Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 18. Dienstag den 4. März 1913. Jahrgang XXII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (k. k. Tabak-Trafik) **und im Redaktionslokale I., Lichtenfelsgasse 5, 1. Stock.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **28. Februar 1913** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner, des Vize-Bürgermeisters Dr. Josef Porzer und des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der Gemeinderat ist beschlußfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Beurlaubt sind die Herren Gem.-Räte Ahorner, Melcher, Dr. Neumayer und Pichler.

2. Entschuldigt sind die Herren Gem.-Räte Sebastian Grünbeck, Dolezal, Dr. Pupovac, Dobeš, Kunschak und Heffenmayer.

3. Herr Gem.-Rat Laubek ersucht um einen Krankheitsurlaub vom 1. bis 30. März.

Ich ersuche die Herren, welche diesen Urlaub bewilligen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Urlaub ist bewilligt.

Herr Gem.-Rat Fogl ersucht um Verlängerung seines Urlaubes um weitere zwei Monate.

Ich ersuche die Herren, welche diesen Urlaub bewilligen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Urlaub ist bewilligt.

4. Der Österreichische Ingenieur- und Architektenverein dankt dem Wiener Gemeinderate für die Widmung eines Ehrengrabes für den vor einigen Tagen verstorbenen Nestor der Aviatik Wilhelm Kreß.

5. Der Wiener Kunstgewerbeverein ladet den Wiener Gemeinderat ein, die neue Ausstellung, die im Wohnhause Sr. Exzellenz des Herrn Markgrafen Pallavicini, I., Bräunerstraße 11, eröffnet worden ist, zu besuchen.

Ich werde an einem Tage der nächsten Woche die Herren Gemeinderäte einladen, diese Ausstellung zu besuchen, in welcher gewiß die Erzeugnisse des Wiener Gewerbes in prächtiger Weise zur Darstellung kommen.

6. Das Bürgermeisteramt Atzgersdorf spricht der Gemeinde Wien für ihre Assanierungsmaßnahmen, welche geeignet waren, die Weiterverbreitung der Typhuserkrankungen einzuschränken, den verbindlichsten Dank aus.

7. Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat mit Entscheidung vom 29. Jänner 1913, Nr. 847, die Beschwerde des Gem.-Rates Schuhmeier gegen den Beschluß des Gemeinderates vom 9. Juli 1912, P. Z. 11900, betreffend die Zuwendung einer Subvention an das Zentral-Komitee des XXIII. Internationalen Eucharistischen Kongresses in Wien und Bewilligung der Kosten für die Ausschmückung der Straßen als unbegründet abgewiesen.

Ich werde die Entscheidung samt der Begründung dem stenographischen Protokolle anfügen lassen.

[Die Entscheidung lautet:

„Im Namen Seiner Majestät des Kaisers!

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat unter dem Vorsitze des k. k. Ersten Präsidenten Marquis Bacquehem, in Gegenwart der Räte des k. k. Verwaltungsgerichtshofes Dr.

Freiherrn v. Hiller-Schönaich, Freiherrn v. Weiß, Dr. Pantuček und Dr. Kamitz, dann des Schriftführers k. k. Hofsekretärs Dr. Ritter v. Schneid, über die Beschwerde des Franz Schuhmeier in Wien gegen den Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 9. Juli 1912, P. Z. 11900, betreffend die Zuwendung einer Subvention an das Zentral-Komitee des XXIII. Internationalen Eucharistischen Kongresses in Wien und Bewilligung der Kosten für die Ausschmückung der Straßen, nach der am 29. Jänner 1913 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung, und zwar nach Anhörung des Vortrages des Referenten sowie der Ausführungen des Dr. Julius Ofner, Hof- und Gerichtsadvokaten in Wien, in Vertretung der Beschwerde, und der Gegenausführungen des Magistrats-Ober-Kommissärs Kopecny, in Vertretung der belangten Behörde, zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Die Beschwerde bekämpft den Beschluß des Wiener Gemeinderates, mit welchem dem Zentral-Komitee des XXIII. Internationalen Eucharistischen Kongresses in Wien eine Subvention von 20.000 K zugewendet und für die Ausschmückung der Straßen anläßlich der eucharistischen Feste ein Betrag von 32.000 K gewidmet wurde, als gesetzwidrig, weil durch diesen Beschluß der Artikel 9 des interkonfessionellen Gesetzes verletzt werde.

Der Gerichtshof konnte die Beschwerde als begründet nicht erkennen. Der Gerichtshof hat bereits wiederholt im Einklange mit seinem Fachplenar-Beschluß vom 24. Mai 1909, zum Beispiel in dem Erkenntnisse vom 25. Jänner 1908, Z. 833, Nr. 5675, dann in jenem vom 16. Februar 1911, Z. 1661, Nr. 8010, die Rechtsanschauung ausgesprochen, daß zwar die Gemeinde nach Artikel 9 des interkonfessionellen Gesetzes ohne besonderen Verpflichtungstitel keinen Beschluß fassen darf, durch welchen eine Ausgabe für Kultuszwecke auf Rechnung aller Umlagspflichtigen ohne Rücksicht auf ihre Religionsangehörigkeit übernommen wird, daß aber bei Unterstützungen, welche Gemeinden den Religionsgenossenschaften oder Kirchen zuwenden, von einem Verstoße gegen Artikel 9 des interkonfessionellen Gesetzes und von einer Überschreitung des Wirkungskreises der Gemeinde nicht gesprochen werden kann, wenn durch die Auslage der Gemeinde andere öffentliche Interessen gefördert werden sollen, welche in dem Wirkungskreise der Gemeinde gelegen sind. Daß dies im vorliegenden Falle zutrifft, geht aus dem Berichte des Magistrates vom 3. Juli 1912 hervor, in welchem die Unterstützung und Förderung der Veranstaltung mit Rücksicht auf ihren eminent patriotischen Charakter und die durch den Fremdenzufluß zu gewärtigenden, für das Wirtschaftsleben der Stadt günstigen Wirkungen befürwortet wurde. Diese Tatbestandsannahme, welche übrigens nicht bestritten wird, liegt dem Beschlusse zugrunde und hatte auch der Gerichtshof diesen Tatbestand nach § 6 des Gesetzes über seine Errichtung zugrunde zu legen. Was speziell die Ausschmückung der Straßen anbelangt, so verweist der Gerichtshof auf sein Erkenntnis vom 24. November 1909, Z. 10055, Nr. 7023 A, daß derartige Auslagen überhaupt nicht als eine Beitragsleistung für die Zwecke der Religionsgenossenschaft angesehen und daher gar nicht unter die Bestimmung des Artikels 9 fallen können.

Im Sinne seiner Geschäftsordnung verweist der Gerichtshof gegenüber den Ausführungen des Beschwerdevertreters auf die Begründung der vorzitierten Erkenntnisse.

Wien, am 29. Jänner 1913."]

8. Meine sehr geehrten Herren! Zeitungsberichten zufolge hat in einer vorigen Sonntag abgehaltenen Delegiertenversammlung des niederösterreichischen Landeskulturrates der sattsam bekannte Reichsritter v. Hohenblum Äußerungen gemacht (Lebhafte Hört-Rufe), welche ich als eine Beleidigung der städtischen Bevölkerung, insbesondere auch unserer Frauen auf das Entschiedenste zurückweisen muß. (Lebhafte Zustimmung.) Öde Witze und alberne Bemerkungen sind keine Argumente und ich glaube mit dieser Zurückweisung das Nötige getan zu haben, denn sonst werde ich mich um den Don Quixote von Muthmannsdorf nicht weiter kümmern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

9. Die Private Frau Anna Dörfler, IV., Rainergasse 27 wohnhaft, hat durch den k. k. Notar Franz Schewczik österreichische Kronenrente im Nominalbetrage von 40.000 K bei der städtischen Hauptkassa mit der Widmung erlegt, daß mit diesem Kapitale eine Stiftung unter dem Namen „Probst Simon v. Eberle und Philipp und Marianne Gagiotti-Stiftung" für christliche, im IV. Bezirke in Wien geborene und nach Wien zuständige Arme ohne Unterschied, ob dieselben bereits eine Pfründe beziehen oder nicht, zu errichten sei. (Beifall.)

Ich glaube, die Versammlung spricht durch Erheben von den Sitzen der edlen Spenderin den Dank aus. (Geschieht.)

10. Es haben ferner die Erben des am 27. Dezember 1912 verstorbenen kaiserl. Rates Bernhard Pollak Edlen v. Parnau aus dem Nachlasse ein Kapital von 20.000 K österr. Kronenrente der Gemeinde Wien zum Zwecke der Verteilung des Zinsenerträgnisses an bedürftige und unterstützungswürdige Personen zu überlassen beschlossen.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

11. Die am 25. Jänner 1913 verstorbene Frau Franziska Baronin v. Columbus hat letztwillig angeordnet, daß die Summe von 600 K unter sehr würdige Arme, die für die arme Seele der Erblasserin beten sollen, verteilt werde.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

12. Von nicht genannter Seite ist dem Herrn Bezirksvorsteher Müller ein Betrag von 500 K zugegangen mit der Bitte, ihn an Arme des XX. Bezirkes zur Verteilung zu bringen.

13. Die Firma Steiner & Adelberg, VII., Neubaugasse 3, hat anläßlich der ihr erteilten kaiserlichen Auszeichnung, den kaiserlichen Adler in Schild und Siegel führen zu dürfen, den Betrag von 300 K für die Armen Wiens gespendet.

14. Herr Karl Uehlein, Privatier, XIV., Mariahilferstraße 200 wohnhaft, hat 300 K zur Verteilung an Arme des XIV. Bezirkes gespendet.

15. Der jüngst verstorbene Graf Széchényi v. Sárvár-Felsövidék hat letztwillig 200 K für Arme Wiens vermacht.

16. Ein Ungenanntsein wollender hat zuhanden des Herrn Bezirksvorstehers kaiserl. Rates Porzer für die Armen des V. Bezirkes einen Betrag von 200 K erlegt.

17. Die Leitung des Roßauer Männergesangvereines in Wien, IX., Währingerstraße 33, hat den Betrag von 50 K zur Anschaffung von Brennmaterialien für Arme des IX. Bezirkes gespendet.

Die Versammlung spricht für alle diese Spenden den ergebensten Dank aus.

18. Für die städtischen Sammlungen hat testamentarisch gespendet:

Frau Baronin Helene Mühlwerth-Gärtner, Ehrenstiftsdame des k. k. adeligen weltlichen Damenstiftes Maria-Schul in Brünn, wohnhaft gewesen in Wien, I., Opernring 8, zwei Porzellangruppen aus der Wiener Porzellanfabrik.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

19. Ich habe aus der letzten Sitzung nachträglich eine Interpellation des Kollegen Schreiner wegen der Zustände am aufgelassenen Schmelzer Friedhofe dahin zu beantworten, daß ich heute selbst eine Kommission auf diesem Friedhofe und dessen Umgebung abgehalten und auch ex commissione die nötigen Verfügungen zur Abstellung der tatsächlich vorhandenen Übelstände getroffen habe. (Beifall.)

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Es sind Interpellationen überreicht worden, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

20. Interpellation des **Gem.-Rates Stangelberger** und Kollegen:

Der Leiter der agrarischen Zentralstelle Simitsch Ritter v. Hohenblum hat in einer vor kurzer Zeit stattgefundenen Delegiertenversammlung des niederösterreichischen Landeskulturrates sich wieder einmal darin gefallen, die Städter und ihre Lebensweise in der ihm eigenen Art anzugreifen. Er sprach von einem Sodoma und Gomorrha, in welches die Städte umgewandelt wurden, und machte hiefür die Moden der städtischen Frauen und die hygienischen Einrichtungen moderner Wohnhäuser verantwortlich.

Es ist nicht zu leugnen, daß in den Städten in Bezug auf die Hygiene des Wohnens und Lebens bisher mehr geschehen ist als auf dem flachen Lande. Aber ebenso merkwürdig ist es zu verlangen, daß deswegen die Kultureinrichtungen in den Städten nicht bestehen sollen.

Solche Reden haben nur den Zweck, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den tatsächlichen Verhältnissen abzulenken und im vorliegenden Falle für die Teuerung Gründe plausibel zu machen, welche mit den bestehenden Teuerungsverhältnissen in keinerlei Zusammenhang stehen. Wenn auch solchen Ausführungen von vernünftigen Menschen kein Wert beigelegt wird, so ist es doch Pflicht, die städtische Bevölkerung vor derlei Angriffen zu schützen.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, gegen die Angriffe, welche Herr v. Hohenblum gegen die städtische Bevölkerung gerichtet hat, Stellung zu nehmen und dieselben in gebührender Weise zurückzuweisen?

Es ist noch eine zweite Interpellation in dieser Angelegenheit, und zwar von Herrn Gem.-Rat Dr. Granitsch eingebracht worden (liest):

21. Interpellation des **Gem.-Rates Dr. Granitsch:**

Am 23. Februar 1913 fand eine Delegiertenversammlung des niederösterreichischen Landes-Kulturrates statt, bei welcher der bekannte Führer des Großagrariertums eine Hetzrede hielt, in der er die ausbeuterischen Tendenzen des Großagrariertums in der maßlosesten Form vertrat, während er für den durch die Steigerung aller Lebensmittelpreise hervorgerufenen Notstand der städtischen Konsumenten nur Spott und Hohn übrig hatte. Die Beschlüsse der Versammlung stellten die Forderungen des Großagrariertums in den extremsten Auswüchsen als ihre Forderungen auf.

Bei dieser Versammlung erschien Herr Vize-Bürgermeister Hierhammer in Vertretung des Herrn Bürgermeisters und versicherte, daß die Stadtverwaltung eine gemeinsame Arbeit mit dieser Delegation wünsche.

Es soll Herrn Ritter v. Hohenblum gewiß nicht das Recht bestritten werden, die Interessen des Großagrariertums mit aller ihm wünschenswert scheinenden Schärfe zu vertreten, und ich fühle mich nicht berufen, darauf hinzuweisen, daß die Tätigkeit dieses Herrn unter dem Deckmantel der Förderung der Landwirtschaft lediglich die Förderung der Interessen des Großagrariertums anstrebt.

Ich bin aber der Anschauung, daß es nicht Sache der Gemeindeverwaltung Wiens sein kann, eine Versammlung namens der Gemeindeverwaltung begrüßen zu lassen und ihr eine gemeinschaftliche Arbeit anzutragen, welche in der schärfsten Form und mit unersättlichen Forderungen danach trachtet, die Interessen der städtischen Bevölkerung und der Konsumenten zugunsten des Großagrariertums in der allerempfindlichsten Weise zu schädigen.

Ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ist demselben bekannt, daß die Delegiertenversammlung des niederösterreichischen Landeskulturrates die Interessen des Großagrariertums auf Kosten der städtischen Bevölkerung in der weitgehendsten Art zu vertreten beschlossen hat und daß trotzdem der Herr Vize-Bürgermeister Hierhammer namens der Gemeindeverwaltung diese Versammlung begrüßt und ihr gemeinschaftliches Zusammenarbeiten mit der Gemeindeverwaltung angetragen hat, und ich frage weiter, ist der Herr Bürgermeister bereit, wenigstens jetzt als Chef der Gemeindeverwaltung seine dem Großagrariertum freundliche, die Interessen der konsumierenden Bevölkerung schädigende Tätigkeit zu ändern und vielmehr jene Bestrebungen zu unterstützen, welche den Schutz der städtischen konsumierenden Bevölkerung und die Zurückweisung der Unersättlichkeit des Großagrariertums bezwecken, und ist er bereit, die gegenteiligen Bestrebungen zu bekämpfen?

Bürgermeister: Beide Interpellationen sind durch meine zu Beginn der Sitzung bereits abgegebene Erklärung erledigt. Ich will dabei nur bemerken, daß die Begrüßung einer Versammlung durch einen Vertreter der Gemeinde Wien ein selbstverständlicher Höflichkeitsakt (Zustimmung) ist und daß Herr Vize-Bürgermeister Hierhammer nicht mehr in der Versammlung anwesend war, als der Hohenblum seine rednerischen Exzesse zum Besten gab, daß im übrigen auch Vize-Bürgermeister Hierhammer kein Prophet ist, um zu wissen, was während seiner Abwesenheit in der Versammlung erörtert wird, und dafür auch nicht verantwortlich gemacht werden kann. Diese Witze mit meiner Agrarierfreundlichkeit weise ich auf das Entschiedenste zurück, Herr Dr. Granitsch kann ganz beruhigt sein, daß ich in der Vertretung der städtischen Interessen mir von ihm gar nichts sagen lasse. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

22. Interpellation des **Gem.-Rates Rotter:**

Im Automatenbuffet IX., Alserstraße 18, befindet sich ein vom Landesverband für Fremdenverkehr aufgestellter automatischer Rouletteapparat, bei welchem man nach Einwurf von 20 h das ein- bis zehnfache „gewinnen" kann. An dem Spiele beteiligen sich meist Angehörige der unteren Stände, die oft in ganz kurzer Zeis 3 bis 5 K und noch mehr verlieren. Es ist dies also eine auf das schärfste zu verurteilende Ausnützung der Spielleidenschaft und hat der Landesverband für Fremdenverkehr es gewiß nicht notwendig, sich auf diese Art Einnahmsquellen zu verschaffen.

Ich bitte daher, Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister:

Ob er nicht geneigt wäre, bei den kompetenten Faktoren einzuwirken, damit diese Art der Volksbewucherung ehestens abgestellt werde?

Bürgermeister: Diese Interpellation kann ich erst in der nächsten Sitzung beantworten, nachdem ich erst die notwendigen Erhebungen einleiten muß.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

23. Interpellation des **Gem.-Rates Dr. Klotzberg:**

Ich habe mich oft und oft gewundert, daß unsere brave Feuerwehr den weiten Weg zu und von den Theatern zu Fuß zurücklegen muß, während Sicherheitswache, Hallendiener, Finanzer und Ordonanzen, ja ich möchte sagen Blinde und Sehende die Straßenbahn frei benützen können; ja, mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. Jänner 1913 kann sogar das k. u. k. Militär zu den Übungsplätzen unentgeltlich befördert werden, um dort nicht ermüdet anzukommen.

Nur die brave Feuerwehr muß überhaupt, wenn dieselbe die Straßenbahn dienstlich benützt, dafür zahlen, das heißt, sie nimmt die Beträge aus ihrem Säckel und gibt dieselben in den Säckel der Straßenbahn. Zu der Zeit, als die Feuerwehr ihren Dienst in den Theatern antritt, benützt das theaterbesuchende Publikum noch lange nicht die Straßenbahn und wenn das Theater zu Ende ist, hat die Feuerwehr noch die Theaterräume zu durchsuchen, das Theaterpublikum ist mittels Straßenbahn schon expediert und die im Theater exponiert gewesene Feuerwehr findet wieder Platz in der Straßenbahn und ist ihrem Dienste in der Zentrale rasch wiedergegeben. Der Dienst eines Feuerwehrmannes im Theater ist kein leichter; bald muß derselbe am Schnürboden, dann in der Versenkung sein, Stiegen auf und Stiegen ab, Leiter auf und ab führt ihn sein Dienst.

Ich richte deshalb an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister, sowie an den sehr geehrten Verkehrs-Ausschuß die Anfrage, respektive Bitte, zu gestatten:

Daß die in den Theatern diensthabende Feuerwehrwache zu und von den Theatern die Straßenbahn unentgeltlich benützen darf, um dortselbst nicht schon ermüdet anzukommen und nach dem Theater rasch wieder ihren Dienst in der Zentrale antreten zu können.

Bürgermeister: Ich glaube, der Ansicht des Herrn Interpellanten am besten zu entsprechen, wenn ich die Interpellation als Antrag auffasse und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe.

Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

24. Interpellation des **Gem.-Rates Sadilek:**

Seitens der Bezirksvertretung XX ist schon des öfteren, ohne Erfolg, die Errichtung eines Gehsteges über die Nordwestbahn im Zuge der Wallensteinstraße und Traisengasse gefordert worden.

Zur Begründung der Dringlichkeit dieser Angelegenheit diene, daß der XX. Bezirk einerseits durch die Donau, anderseits durch den Donaukanal und auch noch durch den k. k. Augarten an und für sich von den Nachbarbezirken abgeschnitten ist und daß im Bezirke selbst der Bezirksteil Zwischenbrücken von der eigentlichen Brigittenau durch den Nordwestbahndamm abgesperrt erscheint. Der letztere hat auf einer Strecke von fast 1½ km, das ist vom Bahnhof bis zur Hellwagstraße keinen Durchlaß und keinen Übergang, obwohl gerade die am meisten verbauten Teile des Bezirkes dadurch von einander abgetrennt erscheinen.

Um nun die dringend notwendige Kommunikation herzustellen, ist die Schaffung einer Überbrückung der Nordwestbahn eine unbedingte Notwendigkeit, schon deswegen, damit der aufstrebende Bezirksteil Zwischenbrücken mit seinem Stammbezirk enger vertnüpft wird, womit gewiß nicht nur eine gesellschaftliche Annäherung, sondern auch eine wirtschaftliche Hebung durch den gegenseitigen geschäftlichen Verkehr erzielt würde.

Diesbezüglich wurde seitens des Stadtbauamtes ein Kostenvoranschlag ausgearbeitet und eine gestellte Interpellation dahin beantwortet, daß nach Durchführung der Verstaatlichung der Nordwestbahn der Sache näher getreten werde.

Gestützt darauf, gestattet sich der Interpellant an Seine Exzellenz die Anfrage zu richten:

Ob wegen Erlangung der Zustimmung seitens der k. k. Staatsbahn-Direktion zur Durchführung obigen Projektes die nötigen Verhandlungen schon eingeleitet sind und wenn nicht, bittet derselbe, dies baldigst veranlassen zu wollen.

Bürgermeister: Auf diese Interpellation möchte ich nur ganz kurz erwidern, daß, wie ja vielleicht bekannt ist, eine größere Transaktion hinsichtlich einer Anzahl von Wiener Bahnhöfen geplant ist, und daß sich der Herr Interpellant einige Zeit gedulden möge, denn man kann nicht im Laufe der sehr wichtigen und großzügigen Verhandlungen, die gepflogen werden, jetzt einen Steg bauen.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

25. Anfrage des **Gem.-Rates Dr. Klotzberg:**

Der Einfuhr rumänischen Fleisches bereitet die ungarische Regierung vielerlei Schwierigkeiten. So verweigert die ungarische Zollbehörde in Orsova die Annahme der österreichischen Goldkronen — der Zoll muß überhaupt in Gold geleistet werden — mit der Motivierung, es müssen ungarische Goldkronen sein. Die ungarischen Goldkronen sind aber in Wien, welche zur Entrichtung des Zolles von Wien nach Orsova geschickt werden, nicht leicht aufzutreiben und Anweisungen der Österreichisch-ungarischen Bank auf Gold werden bei der ungarischen Zollbehörde nicht angenommen.

Ja, sind denn die ungarischen Goldkronen höher im Kurse und besitzen dieselben ein höheres Goldgewicht als die österreichischen Goldkronen? Und wenn nicht, so frage ich:

Ist Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt, an kompetenter Stelle dahin zu wirken, daß unsere Geschäftsleute, welche sich im Interesse der Approvisionierung der Stadt Wien mit dem Importe des Fleisches aus Rumänien befassen, von solchen Vexationen der ungarischen Zollbehörden befreit werden und diesen der Standpunkt klar gemacht wird, daß Goldkrone eben Goldkrone ist, den gleichen Wert besitzt, ob dieselbe nun das Bildnis des Kaisers von Österreich oder das Bildnis des Apostolischen Königs von Ungarn trägt.

Bürgermeister: Nachdem kein konkreter Fall angeführt ist, ist es wohl schwer, diese Interpellation zu beantworten.

Nach dem Münz- und Währungsvertrage (Kundmachung des k. k. Ministerpräsidenten vom 11. August 1892, R.-G.-Bl. Nr. 132) und nach dem Gesetze vom 2. August 1892, R.-G.-Bl. Nr. 127, sind die im Sinne dieses Gesetzes in beiden Staatsgebieten ausgegebenen Goldmünzen in beiden Staatsgebieten bei den Staats- und den übrigen öffentlichen Kassen als vollwichtig bei allen Zahlungen anzunehmen.

Ich muß daher den Herrn Interpellanten einladen, mir einen konkreten Fall bekanntzugeben, dann werde ich den österreichischen Herrn Finanzminister bitten, sich an seinen ungarischen Kollegen wegen Abstellung solcher beklagenswerter Vorkommnisse zu wenden. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

26. Interpellation des **Gem.-Rates Baugoin:**

Die Zustände auf der Linie 58 der städtischen Straßenbahn werden immer unhaltbarer. Die Absperrungen durch die Verbindungsbahn erreichen manchmal die Dauer von ¼ bis ½ Stunde und sind die Verhältnisse deswegen so triste, weil die Strecke nur eingeleisig ist und durch die Absperrung nicht bloß der abgesperrte Zug, sondern alle Züge auf der gesamten Strecke der Linie 58 zum Stehen gebracht werden.

Die begründeten Beschwerden des Publikums von Hietzing, Ober- und Unter-St. Veit nehmen derart überhand, daß eine Abhilfe dieser Übelstände geschaffen werden muß. Ich habe im vergangenen Jahr den Antrag gestellt, es möge ein Projekt zur Unterfahrung der Verbindungsbahn im Zuge der Hietzinger Hauptstraße ausgearbeitet werden, bis dahin jedoch ein direkter Verkehr der Linie 59 bis zur Verbindungsbahn eingeführt werden und der Pendelverkehr von Ober-St. Veit nur bis zur Verbindungsbahn geleitet werden.

Zwecks Durchführung des Umsteigverkehrs ist unter der Verbindungsbahn ein Personentunnel zu errichten. Dieser Tunnel wurde vom Stadtrate beschlossen und ist auch bereits im Budget eingestellt, ohne daß bis heute in dieser Sache etwas veranlaßt worden wäre.

Es wurde eine Pendellinie mit der Linie 57 von der Straßenbahn-Direktion im Winterfahrplan beantragt, was aber über Begründung des Gem.-Rates Kunschak und des Antragstellers vom Wiener Gemeinderate zurückgewiesen wurde in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß nunmehr die Straßenbahn-Direktion ehebaldigst den vom Wiener Gemeinderate gewünschten Pendelverkehr der Linie 59 einführen wird.

Es wird deshalb an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Anfrage gestellt:

1. Ist Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt, Aufschluß darüber zu geben, wie weit das Projekt über die Unterfahrung der Verbindungsbahn gediehen ist?

2. Ist Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt, die Straßenbahn-Direktion zu beauftragen, ehebaldigst, und zwar mindestens mit Einführung des Sommerfahrplanes, den direkten

Verkehr der Linie 59, sowie den Pendelverkehr von Ober-St. Veit zur Verbindungsbahn einzuführen?

3. Wie weit sind die Vorarbeiten betreffs des vom Stadtrate beschlossenen Personentunnels gediehen und wird an die Ausführung desselben baldigst geschritten werden?

Bürgermeister: Das Stadtbauamt wurde seinerzeit angewiesen, die nötigen Projektsstudien für einen Personentunnel mit aller Beschleunigung durchzuführen und sind die bezüglichen Vorarbeiten im Zuge.

Bezüglich des anderen Teiles der Anfrage werde ich mir einen Bericht der Straßenbahn-Direktion vorlegen lassen.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

27. Interpellation des Gem.-Rates Ignaz Fischer:

Zufolge der anhaltenden Trockenheit und des Frostes sind die Straßen mit einer dicken Staubschichte bedeckt und der geringste Windstoß verursacht Staubwolken.

Die Straßenkehrer bemühen sich schon nach 7 Uhr früh, den Staub und Straßenmist zu kehren. Da aber nicht aufgespritzt wird, werden künstlich Staubwolken erzeugt und die zur Schule eilende Jugend, sowie die Passanten müssen den Staub einatmen.

Spottend jeder Beschreibung ist der Zustand der ungepflasterten Gassen.

Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister die Anfragen zu stellen:

1. Ist Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt, sofort zu verfügen, daß Straßen bei Trockenheit, Frostwetter und Wind nur dann gekehrt werden, wenn dieselben mit einem Staubbindemittel vorher bespritzt werden, und

2. daß den Straßenkehrern eingeschärft wird, auch bei Eintritt milderer Temperatur vor dem Kehren ordentlich aufzuspritzen?

Bürgermeister: Hierüber berichtet mir der Magistrat (liest):

„Da die maschinelle Straßenreinigung bei Nacht infolge des anhaltenden Frostes nicht stattfinden kann, wurde dieselbe auf den Tag in die frostfreien Stunden verlegt. Es werden hiebei die Straßen vorher, und zwar im I. Bezirke mit Staubbindemitteln in den übrigen Bezirken mit Wasser bespritzt.

Die Makadamstraßen werden, soweit die Betriebsmittel hinreichen, ebenfalls in der frostfreien Zeit bespritzt, jedoch ist die Wirkung eine geringe, da das Wasser in kürzester Zeit wieder auftriert.

Es wird darauf gesehen, daß beim Kehren von der Hand aus, wenn möglich vorher bespritzt wird.

Eine gänzliche Einstellung der Straßensäuberung bei Frostwetter erscheint untunlich."

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

28. Anfrage des Gem.-Rates Hohensinner:

Gegenüber dem Südbahnhofe wurde für die städtische Straßenbahn eine Abfertigungshalle um 75.000 K gebaut. Das ist ein Stück Neu-Wien. Geht man einige Schritte bis zur Weichenstellung vor, so stößt man sofort auf ein Stück alter Wiener Gemütlichkeit. Man findet einen rohgezimmerten Kasten, in dem der Weichensteller sich vor den Unbilden der Witterung, gegen Sturm und Wetter und Sonnenschein zu schützen sucht. Der Kasten wurde wahrscheinlich von einem Weichensteller selbst gemacht, eine Hundshütte ist ein Palast dagegen. Der Fremde kann einen schönen Begriff von der Fürsorge der Gemeinde Wien für ihre Arbeiter bekommen.

Der Unterzeichnete erlaubt sich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ob er geneigt ist, zu veranlassen, daß auf dem Platze vor dem Südbahnhofe für die Weichensteller eine der Großstadt Wien würdige Schutzhütte errichtet werde?

Bürgermeister: Für die Weiche beim Südbahnhof ist eine elektrische Weichenanlage bestellt worden, deren Lieferung sich leider etwas verzögert hat, aber in etwa sechs bis acht Wochen erfolgen dürfte. Die elektrische Einrichtung der Weiche macht den Weichenwächter entbehrlich, weshalb die Aufstellung einer entsprechenden Wächterhütte, die in vornehmer Ausstattung gedacht war und daher 1100 K kostet, unterblieb.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen kann hiebei nicht unterlassen zu berichten, daß ihres Wissens Schutzhütten für Weichenwächter überhaupt nur in Wien ausgeführt wurden und in keiner anderen Stadt bestehen und auch bei uns auf einer großen Anzahl von Weichenstellposten aus lokalen Gründen gar keine solchen Hütten aufgestellt werden können.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

29. Interpellation des Gem.-Rates Hohensinner:

Die Direktion der städtischen Straßenbahn hat für die Schulen Wiens, deren Kinder die Urania besuchen, zwei Tarife festgesetzt: Für die Bezirke I bis IX 10 K, X bis XXI aber 14 K für den Zug.

Durch diesen Tarif erscheinen gerade die armen Kinder belastet, weshalb sich die Einführung eines Einheitstarifes für alle Bezirke Wiens empfehlen würde, durch den die Kinder der zumeist armen Bevölkerung der ehemaligen Vororte entlastet würden.

Der Unterzeichnete erlaubt sich daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ob er geneigt ist, zugunsten der armen Schulkinder der Bezirke X bis XXI die Einführung eines Einheitstarifes für den Besuch der Urania zu veranlassen.

Bürgermeister: Ich werde hierüber die nötigen Erhebungen pflegen lassen und in der nächsten Sitzung antworten.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

30. Interpellation des Gem.-Rates Winarsky:

Am 12. Jänner 1913 ist im Allgemeinen Krankenhause, IX., Lazarettgasse 14, Johann Langhans verstorben. Am 13. Jänner kam sein Sohn Josef Langhans, um die Leiche zu bestellen. Er ging in das betreffende Bureau im Allgemeinen Krankenhause im 1. Hofe. Entsprechend dem letzten Wunsche des Verstorbenen, der ihm dies ausdrücklich aufgetragen hatte, verlangte er, daß bei dem Leichenbegängnis kein Geistlicher amtieren solle. Darauf wurde er von dem betreffenden Beamten gefragt, ob der Vater konfessionslos war. Als Josef Langhans darauf erwiderte, daß das nicht der Fall war, aber nuerlich betonte, daß es der ausdrückliche letzte Wunsch des Verstorbenen war, daß bei seinem Leichenbegängnis kein Geistlicher amtieren soll, wurde ihm zur Antwort gegeben, dann braucht der Pfarrer nicht dabei sein, aber gezahlt muß werden. Tatsächlich wurde nun, trotz des Protestes des Josef Langhans für die nicht erfolgte Intervention des Pfarrers beim Leichenbegängnis ein Betrag von 8 K 54 h in die Leichenkosten eingestellt, und mit den übrigen Leichenkosten von dem Begräbniskostenbeitrag, den der Verstorbene von der Bezirkskrankenkassa zu erhalten hatte, in Abzug gebracht. Es ist ganz ungehörig, daß von Seite der städtischen Leichenbestattung ein Betrag für geistliche Assistenz beim Leichenbegängnis gefordert wird, wenn der Verstorbene und seine Angehörigen ausdrücklich auf die Intervention des Geistlichen Verzicht geleistet haben. Es ist ganz gewiß ein Mißbrauch ersten Ranges, daß eine Gebühr auch dann eingehoben wird, wenn die geistliche Intervention gar nicht erfolgt ist.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß dem Erben des am 12. Jänner 1913 verstorbenen Johann Langhans eine Gebühr für die geistliche Assistenz beim Leichenbegängnis angerechnet wurde, trotzdem entsprechend dem letzten Wunsche des Verstorbenen eine geistliche Assistenz gar nicht erfolgt war?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister zu veranlassen, daß die widerrechtlich eingehobene Gebühr den Erben des Johann Langhans zurückgestellt und Vorsorge dafür getroffen wird, daß solche Mißbräuche sich nicht mehr wiederholen können?

Bürgermeister: Das Leichenbegängnis nach dem am 12. Jänner 1913 im Allgemeinen Krankenhause verstorbenen Johann Langhans wurde durch die Leichenbestattung des Wiener k. k. Krankenanstaltenfonds durchgeführt.

Die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" beschränkte sich nur auf die im Grunde des Vertrages mit dem

k. k. Krankenanstaltenfonds erfolgte Beistellung eines Fourgons und eines Stellwagens.

Die Aufnahme des Leichenbegängnisses, die Verrechnung und Einhebung der Gebühren erfolgte ausschließlich durch Organe des k. k. Krankenanstaltenfonds.

Der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" stand somit auf die den Gegenstand der Interpellation bildende Angelegenheit keinerlei unmittelbare Einflußnahme zu.

Die ganze Geschichte geht uns somit gar nichts an und es hat sich daher der Herr Kollege Winarsky in der Adresse seiner Interpellation geirrt. (Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

31. Anfrage des Gem.-Rates Schäfer:

An den Vorsteher des II. Bezirkes gelangte beiliegende Karte mit folgendem Texte:

„Warum werden die Straßen, Gassen und Plätze des neuen Häuserviertels im Prater nicht bespritzt? Diese Staubentwicklung ist skandalös! Kommen Sie nie in die Ausstellungsstraße? Nie in die Wolfgang Schmälzl-Gasse oder zum Beispiel Stuwerstraße? u. s. w. Oder sollen die armen Bewohner dieses Teiles von Großwien ersticken? Warum? Zum Vergnügen gehen jetzt schon die Wenigsten mehr herunter, bloß wer beruflich zu tun hat — und die schulpflichtigen Kinder — tun Ihnen die nicht leid, daß sie durch Staubwolken gehen müssen, Gesicht, Haare, Kleider, alles voll Straßenschmutz?"

Nachdem der Bezirksvorsteher jedoch keinerlei Einfluß sowohl auf die Straßenreinigung als auch auf die Straßenbespritzung hat, so hat derselbe mir dieses Schreiben zur Erledigung gegeben. Gleichzeitig lief auch eine Beschwerde des k. k. Prater-Inspektorates bei der Vorstehung wegen mangelhafter Bespritzung der Hauptallee ein. Die Zustände sind tatsächlich vollkommen unerträglich und gleicht der ganze Prater, namentlich die Große und Kleine Zufahrtsstraße eher einem Annex der Wüste Sahara, denn einem Erholungspark. Die ungeheueren Staubmassen des Praters verunreinigen aber auch die Ausstellungsstraße und das ganze Stuwerviertel.

Ich stelle daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, daß bei dem jetzigen warmen und trockenen Wetter in diesem Viertel, besonders aber im Prater wenigstens zweimal täglich um 11 Uhr vormittags und um 2 Uhr nachmittags gespritzt wird, damit die berechtigten Klagen der Bevölkerung beseitigt werden?

Bürgermeister: Es wurde die Bespritzung der Straßen des II. Bezirkes und des k. k. Praters in der frostfreien Zeit mit Faßwagen und mit Automobilsprengwagen durchgeführt. Bei Eintritt frostfreien Wetters wird eine intensive Bespritzung durchgeführt werden.

Übrigens muß ich dem Herrn Interpellanten bemerken, daß ich einen Dankbrief aus dem Prater für die von mir angeordnete Bespritzung der Straßen des Praters erhalten habe.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

32. Interpellation des Gem.-Rates Schlechter:

Der der Gemeinde gehörige Bauplatz neben der Kirche St. Josef ob der Laimgrube im VI. Bezirke ist seit Jahren für die Errichtung eines gewerblichen Musterwarenlagers und für gewerbliche Zwecke überhaupt reserviert. Nachdem nunmehr im Hauptvoranschlage für das Jahr 1913 bereits ein Betrag von 300.000 K für diesen Zweck eingesetzt ist, so erlaube ich mir an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Wie weit die bezüglichen Vorarbeiten und Pläne gediehen sind und wann der Gemeinderat in die Lage kommen dürfte, eine definitive Beschlußfassung hierüber vorzunehmen?

Bürgermeister: Hierüber habe ich zu bemerken, daß die Angelegenheit ehestens im Stadtrate erledigt und dem Gemeinderate vorgelegt werden wird.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

33. Interpellation des Gem.-Rates Winarsky:

In der Gemeinderats-Sitzung vom 31. Jänner 1913 habe ich an den Herrn Bürgermeister eine Interpellation gerichtet, in welcher ich einer Beschwerde der Bewohner der neu errichteten Bedienstetenwohnhäuser für die Angestellten der k. k. Staatsbahnen an der Leystraße im XX. Bezirke Ausdruck gegeben habe Auf diese Interpellation hat der Herr Bürgermeister geantwortet, daß für die Straßenherstellung im Präliminare für 1913 durch Einstellung einer entsprechenden Baurate Vorsorge getroffen worden sei und daß die Pflasterungen beim Eintritt der günstigen Jahreszeit ehetunlichst zur Ausführung gelangen werden. Diese Beantwortnng hat die Beschwerde nach gar keiner Richtung hin erledigt, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß die Straßen in der Umgebung der Bedienstetenwohnhäuser bis zum Eintritt einer „günstigen Jahreszeit" in dem heutigen erbärmlichen Zustande bleiben können. Es fehlt zu den Bedienstetenwohnhäusern übrigens nicht nur eine brauchbare Zufahrtstraße, sondern es fehlt auch bis heute noch die notwendige Beleuchtung der Zugänge zu diesen Häusern.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen:

1. Ist der Herr Bürgermeister nicht der Ansicht, daß es notwendig ist, ohne weiteren Aufschub sofort eine brauchbare Zufahrtstraße und die notwendige Straßenbeleuchtung in der Umgebung der Bedienstetenwohnhäuser der Eisenbahnangestellten im XX. Bezirke herstellen zu lassen?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister die Verfügung zu treffen, daß sofort die hiezu notwendigen Arbeiten durchgeführt werden?

Bürgermeister: Die Herstellung des Niveaus auf der Zufahrtstraße zu den Bedienstetenwohnhäusern der k. k. Staatsbahnen obliegt gemäß den Parzellierungsbestimmungen der Allgemeinen österreichischen Baugesellschaft. Die von dieser Firma vorgenommenen Anschüttungsarbeiten nähern sich ihrer Vollendung und wird daher schon im Laufe der nächsten Woche seitens des Stadtbauamtes ein provisorischer und beleuchteter Gehweg hergestellt werden. Es wird mit dem größten Nachdrucke darauf gesehen werden, daß nach Übernahme der Straßengründe in den physischen Besitz der Gemeinde auch die definitive Straßenherstellung sofort in Angriff genommen werden wird.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

34. Interpellation des Gem.-Rates Winarsky:

In der Gemeinderats-Sitzung vom 21. Jänner 1913 wurde eine Eingabe des Gemeinderates an das Parlament verhandelt, in welcher die Gemeinde zu dem „kleinen Finanzplan" Stellung nahm. Zu dem vom Stadtrate vorgelegten Antrage stellte ich damals folgenden Zusatz-Antrag:

„Der Wiener Gemeinderat protestiert gegen den bekanntgewordenen Plan der Einführung einer Zündholzsteuer, nach welchem die Zündhölzchen bis zu 200 Prozent ihres Verkaufspreises verteuert werden und neuerlich eine schwere Belastung der städtischen Bevölkerung herbeigeführt würde."

Dieser Zusatz-Antrag wurde damals trotz meines Protestes als selbständiger Antrag behandelt und dem Stadtrate zur Vorberatung zugewiesen. In der Debatte wurde auch von Seite des Referenten, des Herrn Vize-Bürgermeisters Hierhammer, behauptet, daß für den Gemeinderat noch nicht die Zeit zur Stellungnahme gegenüber dem Projekte einer Zündholzsteuer gekommen sei, weil im Parlamente die betreffende Vorlage noch nicht eingebracht war.

Nun ist bereits vor einigen Wochen tatsächlich die Regierungsvorlage über die Einführung einer Zündmittelsteuer im Parlamente eingebracht worden, die nicht nur die Besteuerung der Zündhölzchen mit 100 bis 150 Prozent ihres bisherigen Verkaufspreises enthält, sondern auch eine Steuer auf Feuerzeuge, die als Ersatz für Zündhölzchen gebraucht werden könnten. Es liegt daher kein Anlaß mehr vor, die Stellungnahme des Gemeinderates zu dem Projekte einer Zündhölzchensteuer weiter aufzuschieben. Der Stadtrat müßte auch schon die Zeit gefunden haben, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Bei der Energie, mit der von Seite der Regierungsparteien die Erledigung der Steuervorlagen betrieben wird, ist es dringend notwendig, daß der Wiener Gemeinderat möglichst schnell gegen diesen neuen Anschlag auf die Taschen der Bevölkerung Stellung nimmt.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister in der Lage, mitzuteilen, aus welchem Grunde der Stadtrat bisher den ihm am 21. Jänner 1913 zugewiesenen Antrag, der eine Protestkundgebung gegen die Einführung einer Zündholzsteuer zum Zwecke hatte, noch nicht erledigt hat?

2. Ist der Herr Bürgermeister gewillt, dafür zu sorgen, daß der Antrag möglichst rasch erledigt und dem Gemeinderate in seiner nächsten Sitzung Gelegenheit gegeben wird, gegen das volksfeindliche Projekt der Zündmittelsteuer Stellung zu nehmen?

Bürgermeister: Der Stadtrat konnte den Antrag bisher nicht erledigen, weil ihm ein Magistratsbericht noch nicht erstattet worden ist.

Dem Magistrate ist es aber erst vor einigen Tagen möglich gewesen, die Regierungsvorlage, betreffend die Zündmittelsteuer, welche erst am 11. Februar im Abgeordnetenhause eingebracht worden ist, zu erhalten.

Der Magistrat wird unverzüglich an den Stadtrat berichten.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

35. Interpellation des **Gem.-Rates Dr. Hein:**

In einer der letzten Sitzungen des Stadtrates wurde über Antrag des St.-Rates Schreiner folgender Beschluß gefaßt:

„Über Einladung der niederösterreichischen Statthatterei beantragt die Gemeinde Wien im Sinne des § 51 der Gewerbeordnung die Abänderung des mit Statthalterei-Verordnung vom 10. Mai 1910 erlassenen Maximaltarifes für das Wiener öffentliche Platzfuhrwerk in einer den berechtigten Interessen des fahrenden Publikums einerseits und der wirtschaftlichen Lage des Lohnfuhrwerksgewerbes anderseits tunlichst Rechnung tragenden Weise."

Es ist klar, daß die niederösterreichische Statthalterei aus diesem merkwürdigen Gutachten, welches der eigentlichen Frage geflissentlich aus dem Wege geht, keine sonderliche Belehrung schöpfen wird. Man sieht es diesem „Gutachten" an, daß der Stadtrat, welcher ja nach seiner gegenwärtigen Zusammensetzung eigentlich nur ein christlichsozialer Partei-Ausschuß ist, sich mehr von wahlpolitischen, als von sachlichen Motiven leiten läßt.

Da der § 51, Absatz 2 der Gewerbeordnung die Abgabe des Gutachtens der Gemeindevertretung verlangt, so stelle ich im Hinblick darauf, daß bei früheren ähnlichen Anlässen, beispielsweise in der Taxameterfrage, stets die Beschlußfassung des Gemeinderates eingeholt wurde, die Anfragen:

1. Hält der Herr Bürgermeister die Abgabe des obangeführten nichtssagenden Gutachtens in einer hochwichtigen Wiener Lokalfrage mit den Interessenten und dem Ansehen der Gemeinde für vereinbar?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dieses Gutachten vorerst dem Gemeinderate zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen?

Bürgermeister: Was diese Angelegenheit anbelangt, so ist der Stadtrat kompetent, namens des Gemeinderates dieses Gutachten abzugeben, und ich habe gar keine Veranlassung, hierüber im Gemeinderate berichten zu lassen.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

36. Interpellation des **Gem.-Rates Schlechter:**

In der letzteren Zeit sind in der Öffentlichkeit wiederholt Klagen erhoben worden, wobei das von den städtischen Gaswerken gelieferte Gas bezüglich der Leuchtkraft und des Heizwertes bemängelt wird. Da der Gemeinderat bei der Errichtung der städtischen Gaswerke gewiß die Absicht hatte, sowohl bezüglich der Qualität als auch des Preises dem konsumierenden Publikum das möglichste zu bieten, erlaube ich mir, den sehr geehrten Herrn Bürgermeister zu fragen:

Ob er nicht geneigt wäre, periodische Proben und die Prüfung des Gases in der Art und Weise vornehmen zu lassen, wie selbe seinerzeit, als noch die englische Gasgesellschaft die Abgabe von Gas inne hatte, vorgenommen wurden. Auf diese Weise würde sich herausstellen, ob die erhobenen Klagen irgend eine Berichtigung haben und dieselben entweder ganz entkräftet oder mindestens auf das richtige Maß zurückgeführt werden.

Bürgermeister: Vor allem möchte ich den Herrn Kollegen Schlechter auf die Rede aufmerksam machen, die Herr Gem.-Rat Professor Klaudy in der letzten Budget-Debatte gehalten hat und mich hinsichtlich der Beschwerden, die auch mir zu Ohren gekommen sind, vollständig beruhigt hat. Herr Gem.-Rat Professor Klaudy hat die Sache in eingehender und überzeugender Weise dargestellt. Im übrigen werde ich mir einen Bericht der Direktion der städtischen Gaswerke vorlegen lassen.

Es sind Anträge eingebracht worden, um deren Bekanntgabe ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

37. Antrag des **Gem.-Rates Wolny:**

Mit großem Bedauern mußte bisher von Lehrerkreisen auf den Mangel an Spielplätzen im IX. Bezirke hingewiesen werden. Zurückzuführen ist dieser Übelstand darauf, daß der Bezirk zum allergrößten Teile verbaut ist und ein geeigneter Platz von dem für einen Spielplatz notwendigen Ausmaße nicht leicht aufzubringen ist. In solchen Fällen muß auf außergewöhnliche Mittel Bedacht genommen werden, um zum gewünschten Ziele zu gelangen.

Mein Vorschlag geht dahin:

Die Knaben- und Mädchen-Bürgerschule IX., Glasergasse 8, besitzt im Hofe eine fast die ganze Länge der Anstalt einnehmende Doppel-Turnhalle. In derselben wird ständig und gleichzeitig in zwei von einander getrennten Abteilungen — für Knaben und Mädchen — geturnt. Auch alle Spiele werden in derselben ausgeführt. Ein Spiel- oder Turnplatz im Freien steht der Schule wegen Raummangel nicht zur Verfügung. Es kommen demnach die Kinder dieser Anstalt nie in die Lage, irgend welche Übungen im Freien vornehmen zu können. Ja noch mehr: Während es bei neueren Schulen die großen Hofräume ermöglichen, die Schuljugend in den Unterrichtspausen ins Freie zu führen und durch 10 bis 15 Minuten sich bewegen zu lassen, sind die Kinder dieser Anstalt genötigt, während der Pausen in den Klassen zu bleiben, da auch die Gänge nicht breit genug sind, um den Aufenthalt von größeren Maßen dort zu ermöglichen.

Beiden Übelständen könnte abgeholfen werden, wenn auf dem flachen Dache der Turnhalle ein Spiel- und Turnplatz geschaffen würde.

Ja noch mehr: Da die Lüftung im Freien wegfällt, könnte dieser Spielplatz von 4 Uhr an auch anderen Jugendfürsorgeunternehmungen, wie es beispielsweise der Verein zur Pflege des Jugendspieles im IX. Bezirke ist, zur Verfügung gestellt werden.

Den gegenwärtigen Einwand, daß das Dach für diese Lasten nicht stark genug sei, kann ich nicht gelten lassen. Ist man von der Notwendigkeit der Schaffung von Spielplätzen überzeugt, dann darf vor größeren Opfern für Adaptierungen für solche Zwecke nicht zurückgeschreckt werden.

Ich stelle den Antrag:

Das Dach der Doppel-Turnhalle bei der Bürgerschule IX., Glasergasse 8, soll zu einem Turn- und Spielplatz umgestaltet werden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

38. Antrag des **Gem.-Rates Oppenberger:**

Vor kurzem wurden in der Kaiser Josef-Straße im II. Bezirke mehrere Haltestellen der Straßenbahn aufgelassen, wofür in keiner Weise ein triftiger Grund vorliegt. In obgenannter Straße münden viele Quergassen mit großer Einwohnerzahl und großem geschäftlichen Verkehr.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Es seien in der Kaiser Josef-Straße schleunigst die früheren Haltestellen der Straßenbahn zu errichten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

39. Antrag des **Gem.-Rates Rotter:**

Am 1. August 1914 sind es 250 Jahre, daß der kaiserliche Genera Montecuccoli die Türken bei St. Gotthard an der Raab schlug.

Ich beantrage daher:

Daß eine Straße in der Nähe des neuen Invalidenhauses, wo schon eine Montecuccolistraße besteht, mit St. Gotthardstraße benannt wird.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Wir schreiten nunmehr zur Erledigung der Tagesordnung.

40. Ich setze folgende Referate von der Tagesordnung ab:

1. Das Referat Post Nr. 3, betreffend die Erhöhung der Löhne der Arbeiter der Schremser Torfstreu- und Torfmullfabrik, aus dem Grunde, weil dasselbe nicht in die Kompetenz des Gemeinderates fällt und der Stadtrat auf Grund der ihm seinerzeit vom Gemeinderat erteilten generellen Ermächtigung in der Lage ist, das Referat selbständig zu erledigen;

ferner das Referat Post Nr. 25, betreffend die Festsetzung der Baulinien und Verbauungsbestimmungen anläßlich der Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 249 und 250 des Grundbuches Ober-Döbling, an der Chimanistraße im XIX. Bezirke, nachdem mich der Herr Bezirksvorstehers Khun des XIX. Bezirkes ersucht hat, über dieses Referat vorerst ein Gutachten der Bezirksvertretung einzuholen, und schließlich das Referat Post Nr. 14, betreffend das Detailprojekt für den Bau der Straßenbahnlinie nach Leopoldau. Ich bitte nunmehr Herrn Vize-Bürgermeister Dr. Porzer, den Vorsitz zu übernehmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer (den Vorsitz übernehmend): Der Herr Bürgermeister hat das Wort zur Erstattung seines Referates.

41. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe zu referieren über Post 1 der heutigen Tagesordnung. Wie den verehrten Herren bekannt ist, habe ich unmittelbar nach meinem Amtsantritte die Errichtung einer eigenen Magistrats-Abteilung III a für die städtische Wohnungsfürsorge verfügt und einen mir bekannten, sehr tüchtigen Magistrats-Konzeptsbeamten mit der Leitung dieser Abteilung betraut. Wie ich aber glaube, ist es auch notwendig, einen eigenen Gemeinderats-Ausschuß zu bilden, welcher sich mit dieser Frage befaßt, welcher mit den gründlichen Vorarbeiten betraut wird, um jene Referate in den Gemeinderat zu bringen, welche uns in die Lage versetzen, denselben zuzustimmen und die Bevölkerung zu befriedigen. Ich bin der Meinung, daß es heute nicht am Platze ist, ein Programm für diesen Ausschuß vorzubringen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir heute die ganze Theorie und Praxis der Wohnungsfürsorge und der Bodenpolitik entwickeln sollen.

Wir haben uns heute darauf zu beschränken, einen Ausschuß zu beschließen, welcher mit der hier vorgezeichneten Kompetenz eingesetzt wird und welchem nicht nur die vom Gemeinderate entsendeten Mitglieder angehören, sondern dem auch Vertreter der Zentralstelle für Wohnungsreform, ferner Vertreter der Hausbesitzer- und Mieterorganisationen beigezogen werden sollen.

Herr Gem.-Rat Melcher, welcher heute beurlaubt ist, hat mich vor seinem Urlaub ersucht, seinem Antrage zuzustimmen, daß auch Vertreter der Genossenschaft der Wiener Baumeister „Uralte Bauhütte" zugezogen werden. Ich habe, wenn ein solcher Antrag von anderer Seite kommen sollte, gegen die Annahme desselben nichts einzuwenden.

Ich bitte daher, diesem Antrage zuzustimmen, und glaube, wir werden damit einen Ausschuß einsetzen, welcher sich mit wichtigen und verantwortungsvollen Aufgaben zu beschäftigen haben wird und von welchem ich zuversichtlich erwarte, daß er in gründlicher und objektiver Weise seiner Arbeit nachkommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich eröffne die Debatte; das Wort hat Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller kontra.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller: Ich habe mich kontra gemeldet lediglich in der Überzeugung, daß die Bestimmungen, welche uns heute vorliegen, nicht dem vollkommen entsprechen, was wir seinerzeit, als wir die Einsetzung dieses Ausschusses beantragt haben, von einem solchen erwartet haben.

Ich werde die Mahnung des Herrn Bürgermeisters, hier nicht über die ganze Theorie der Wohnungs- und Bodenpolitik zu sprechen, gewiß beherzigen und nur soviel vorbringen, als zur Begründung der einzelnen Punkte erforderlich sein wird, und bitte für diese Zeit um Ihre Aufmerksamkeit.

Im Jahre 1910 haben wir das Glück gehabt — ich muß sagen: das Glück gehabt, weil man in Wien immer ein besonderes Ereignis braucht, um das Interesse der Bevölkerung und der Behörden in Anspruch zu nehmen — den Internationalen Wohnungskongreß in unseren Mauern begrüßen zu können. Damals habe ich in der Gemeinderats-Sitzung vom 17. Juni 1910 zum erstenmale den Antrag gestellt, im Sinne aller Beschlüsse und Resolutionen, die auf diesem Wohnungskongresse gefaßt wurden, bei deren Beschlußfassung auch die offiziellen Vertreter der staatlichen Behörden, des Landes und der Gemeinde Wien anwesend waren, ein derartiges Wohnungs-Komitee einzusetzen.

Ich habe den Antrag — ich erwähne dies nicht aus einem Gefühl der Gekränktheit, sondern weil ich möchte, daß in Zukunft die Konsequenzen daraus gezogen werden — im Laufe der $2^3/_4$ Jahre 16mal urgiert, und ich muß es mit Freude begrüßen, daß ich dazu heute zum 17mal sprechen kann, aber diesmal mit der Genugtuung, daß dieser Ausschuß endlich einmal wirklich eingesetzt wird.

Es ist stets Gepflogenheit, daß bei derartigen Urgenzen alle möglichen Gründe vorgebracht werden, warum mein Antrag nicht dem Stadtrate und Gemeinderate vorgelegt wird. Einmal hat es geheißen, er kommt vor den Städtetag, dann, er wurde dem Magistrate vorgelegt u. s. w. Es war einfach nicht möglich, die Sache im Gemeinderate durchzusprechen, trotzdem sie speziell für Wien außerordentlich dringlich war. Insbesondere ist für den Wiener Gemeinderat dieser Ausschuß dringlich, wenn er die Aufgabe erfüllt, daß er ein Initiativorgan des Gemeinderates ist, das aber auch durch Kontrolle zu wirken hat. Ich erinnere Sie, und diese Erinnerung wird bei diesem Anlasse nicht ganz unpassend sein, daß eine große Debatte über Wohnungsfürsorge und städtische Bodenpolitik am 17. Oktober 1911 hier abgeführt wurde, an welcher sich auch der jetzige Herr Bürgermeister beteiligt hat, da es damals besonders dringend war, mit Rücksicht auf die außerordentlich überhandnehmende Wohnungsnot, Notwohnungen zu erbauen. Es wurden damals auch die Notwohnungen auf der Schmelz beschlossen und zirka 250 solcher Wohnungen erbaut.

Hier muß ich auch wieder einen Punkt besonders betonen, bezüglich dessen Abhilfe vom neuen Ausschusse erwartet wird. Am 17. Oktober 1911 wurden im Gemeinderate die Notwohnungen beschlossen, es wurde dann die gewisse Gesellschaft gegründet, mit der Unterstützung der Zentralstelle für Wohnungsreform. Es wurden die Wohnungen gebaut und auch bezogen.

Aber es ist merkwürdig bei uns in Wien. Damals, als die Sache hier vorlag, besprochen und beschlossen wurde, erregte sie allgemeines Interesse; kurze Zeit darauf hat sich aber niemand mehr darum gekümmert und im Gemeinderat wurde darüber nicht der geringste Bericht mehr bis heute erstattet. Wir wissen daher eigentlich offiziell nicht, was mit den Notwohnungen geschehen ist, ob die ganze Einrichtung sich bewährt hat oder nicht. Ich glaube, es wäre Pflicht der Gemeindeverwaltung, bei derartigen Veranstaltungen, insbesondere wenn es sich um Experimente handelt, dem Gemeinderate regelmäßig Bericht zu erstatten. Aus diesem Grunde glaule ich, wird der neuzuschaffende Wohnungs-

Ausschuß auch die Aufgabe haben, hier bei allen derartigen Angelegenheiten als Berichterstatter zu fungieren und den Gemeinderat periodisch von allen wichtigen Vorkommnissen zu verständigen, denn wie können wir jemals in die Lage kommen, irgend eine Institution richtig zu beurteilen, wenn wir Jahre hindurch von der Institution und ihrem Schicksal gar nichts erfahren? Es kommt dann vielleicht nach Jahren die Sache irgend einmal zu einer Besprechung, an der mehr oder weniger Gemeinderäte teilnehmen, die Sache wird einfach abgehaspelt und darüber abgestimmt, aber eigentlich werden wir über die ganze Angelegenheit doch nur dann wachen können, wenn wir in regelmäßigen Zeitabschnitten auf dem Laufenden erhalten werden.

Das erste, was ich an der Vorlage — die ich ja im übrigen sehr warm begrüße — vermisse, ist, daß dieser Ausschuß lediglich der städtischen Wohnungsfürsorge dienen soll. Er unterscheidet sich hierdurch von meinem bereits früher erwähnten Antrag, der beinhaltet hat, daß dieser Ausschuß sich nicht nur mit der Wohnungsfürsorge, sondern mit dem ganzen Komplex von Fragen, insbesondere der kommunalen Bodenpolitik zu beschäftigen habe, da ich der Anschauung bin, daß man eine städtische Wohnungsfürsorge ohne richtige Bodenpolitik einfach nicht betreiben kann. Man kann die beste Absicht in Bezug auf die Wohnungsfürsorge haben, wenn sie aber nicht mit einer vernünftigen Bodenpolitik Hand in Hand geht, dann ist jede Wohnungsfürsorge unmöglich.

Gestatten Sie mir, ein einfaches triviales Beispiel anzuführen. Denken Sie vielleicht daran, daß wir irgendeinmal irgendwo auf einem Terrain eine größere Gartenstadtanlage oder eine Heimstätte oder irgend etwas nach diesem System, das in Süd-Deutschland Brauch ist, ausführen wollen. Wenn nun die Gemeinde Wien eine großzügige Aktion, wo es sich nicht um Hunderte, sondern vielleicht um Tausende von Wohnungen handeln kann, macht, dann werden Sie zugeben, daß derartige Aktionen nicht wie damals die Notstandsaktion, die man in einer Sitzung beschließen konnte, erledigt werden können, sondern es bedarf jahrelanger Vorbereitungen auf bodenpolitischem Gebiete, insbesondere durch Ankauf von Grundflächen u. s. w. Nun, dazu bedarf es eines Organes, welches diese Angelegenheiten fortwährend im Auge behält, und nachdem wir jetzt eine derartige Zentralstelle in der neuen Magistrats-Abteilung erhalten haben, glaube ich auch, daß es entsprechend wäre, daß ebenso, wie es bei den meisten städtischen Unternehmungen gemacht wird, daß der betreffenden Magistrats-Abteilung eine Direktion an die Seite gestellt wird, auch hier ein oberstes Organ in einem solchen Ausschuß errichtet wird, dem der ganze Komplex der bodenpolitischen Fragen zugewiesen wird.

Ich werde mir dann erlauben, einen Abänderungs-Antrag zu stellen, in welchem ich sage, daß dem zu schaffenden Ausschusse für städtische Wohnungsfürsorge auch alle vorkommenden Fragen der städtischen Bodenpolitik zuzuweisen sind, insbesondere aber ist dieser Ausschuß sowohl bei Ankäufen als Verkäufen von der Gemeinde Wien oder der ihr unterstehenden Fonds gehörigen Imobilien stets aufzufordern, sich gutächtlich zu äußern. Dadurch glaube ich, wird die Gemeinde, beziehungsweise deren Vertretung im Ausschusse jederzeit in der Lage sein, eine Kontrolle über die Grund- und Bodenbewegung in Wien zu üben. Das ist außerordentlich wichtig. Ich will mich aber jetzt nicht weiter darüber aussprechen.

Wenn man sich schon für die Errichtung eines Ausschusses erklären soll, so muß man als ernster Mensch wohl auch verlangen, daß ein solcher Ausschuß sozusagen schon durch seine Konstitutionsurkunde von vornherein die Sicherheit hat, daß er auch als ernstes Organ arbeitet und als ernstes Organ betrachtet wird. Seit vielen Jahren schon kursiert in Gemeinderatskreisen ein Wort eines Bürgermeisters; ob es historisch verbürgt ist, weiß ich nicht. Da hat es sich auch um die Gründung eines neuen Ausschusses gehandelt und der betreffende Chef der Stadtverwaltung hat damals gesagt, er sei mit dem Ausschusse ganz einverstanden, denn wenn etwas nicht oder schlecht geschieht, dann habe man wenigstens einen Sündenbock, dem man alle Fehler zuschieben könne.

Nun, meine Herren, ein solcher Sündenbock wäre auch dieser neue Ausschuß, wenn nicht von vornherein Garantien geboten würden, daß diesem Ausschusse solche Rechte zugebilligt werden, durch welche er in der Lage ist, tatsächlich etwas zu leisten, durch welche er nicht ein vollkommen abhängiges beratendes Organ wird, sondern wodurch es ihm möglich wird, positive Arbeit zu leisten. Diese Erfahrung wird bei jedem Vereinsvorstande und Vereins-Ausschusse in irgend einer anderen Körperschaft gemacht. In dem Augenblicke, wo die Mitglieder des Vorstandes oder Ausschusses die Überzeugung gewinnen, daß das, was sie arbeiten, eigentlich nur deshalb gearbeitet wird, damit irgend etwas geschieht, wo sie die Überzeugung gewinnen, daß ihre Arbeit nicht wirklich zur Geltung kommt, wird das Interesse der Mitarbeiter immer erlahmen und es wird auch das Interesse, welches die Bevölkerung an einem derartigen Ausschusse hat, von vornherein wegfallen.

Meine Herren, es heißt hier (liest): „Alle Angelegenheiten der städtischen Wohnungsfürsorge, bezüglich welcher die Entscheidung dem Stadtrate zusteht, sind von diesem Ausschusse vorzuberaten und mit seinem Gutachten dem Stadtrate vorzulegen. In Fällen, in welchen die Entscheidung des Stadtrates mit dem Antrage des Ausschusses im Widerspruche steht, ist die Angelegenheit dem Herrn Bürgermeister vorzulegen. Über Angelegenheiten, bezüglich welcher die Entscheidung dem Gemeinderate obliegt, hat der Ausschuß unmittelbar dem Gemeinderate zu berichten. In dem Ausschusse sind ständig . . ." u. s. w., u. s. w.

Was ich in erster Linie in dieser Vorlage vermisse — vielleicht ist es gedacht, zum Ausdrucke gebracht ist er aber sicherlich nicht — das ist das Initiativrecht dieses Ausschusses. Es soll dem Ausschusse durch die Vorlage nicht nur die Möglichkeit, sondern gewissermaßen der Auftrag gegeben werden, mit Initiativ-Anträgen an den Gemeinderat, beziehungsweise an die Stadtverwaltung heranzutreten, weil er nur in diesem Falle die Möglichkeit haben wird, für die Bevölkerung etwas gutes schaffen zu können. (Gem.-Rat Tomola: Das ist das primäre Recht eines jeden Ausschusses!)

Die Rechte des Ausschusses sind im Statute verbürgt, aber wir wissen von einer ganzen Reihe von Ausschüssen, daß sie nicht so arbeiten, wie sie nach dem Statute eigentlich arbeiten könnten, daher wäre es gut, wenn in der Konstitutionsurkunde dieses Ausschusses geradezu mit ausgeprägten Worten gesagt würde: Der Ausschuß hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, vorkommendenfalls mit Initiativ-Anträgen vor den

Gemeinderat zu treten. Weiter heißt es: „In Fällen, in welchen die Entscheidung des Stadtrates mit dem Antrage des Ausschusses im Widerspruch steht, ist die Angelegenheit dem Herrn Bürgermeister vorzulegen." Nun muß ich erklären, daß der Wert dieser Bestimmung und die Absicht, welche mit ihr verknüpft sind, nicht ganz klar sind. Aus dem Statut des Ausschusses, Absatz 1, geht hervor, daß ihm außer den zwölf Mitgliedern noch der Herr Bürgermeister und die drei Vize-Bürgermeister angehören.

Der Herr Bürgermeister ist Kraft seines Amtes als Bürgermeister über alle Vorgänge des Ausschusses informiert; er selbst arbeitet im Ausschusse mit, er nimmt an den Beratungen und Verhandlungen, vielleicht auch an den Abstimmungen teil und daher ist es mir nicht recht verständlich, wie die Stellung des Bürgermeisters in jenen Fällen sein soll, wo zwischen dem Ausschusse und dem Stadtrate ein Widerspruch besteht.

Da sollte man denn doch mit dem alten Prinzip brechen. Ich sehe nicht ein, warum alle diese Ausschüsse unter den Stadträten arbeiten müssen. Ich sehe nicht ein, warum nicht ein Ausschuß, zumal einer von derartiger Bedeutung, neben dem Stadtrate als koordiniertes, ich möchte sagen, gleichberechtigtes Organ der Gemeindeverwaltung stehen soll, da es sich doch um einen Komplex von so ungeheuer wichtigen Fragen handelt, daß es vielleicht sehr wesentlich wäre, die Fragen, die in diesen Ausschuß kommen, nicht gleichzeitig mit vielen anderen Geschäftsstücken im Stadtrate und so zu behandeln wie ein anderes Geschäftsstück, so daß sie nicht so gewürdigt werden, wie sie es verdienen würden.

Ich will nun noch in formaler Beziehung zur Vorlage bemerken — der Herr Bürgermeister hat es ja selbst vorgebracht — daß ich über Ersuchen meines heute abwesenden Kollegen Melcher beantrage, daß im vorletzten Absatze, wo es heißt: Dem Ausschusse wird das Recht eingeräumt, Delegierte der Zentralstelle für Wohnungsreform, der Hausbesitzer und der Mieterorganisationen den Sitzungen mit beratender Simme beizuziehen, auch eingefügt werden möge: des Ingenieur- und Architektenvereines und der Vereinigung der Wiener Baumeister. (Rufe: Uralte Bauhütte!)

Ich glaube, daß sich gegen einen solchen Vorschlag nicht der mindeste Widerspruch erheben lassen wird.

In der von mir bereits zitierten Gemeinderats-Sitzung vom 17. Oktober 1911 ist ein sehr großes boden- und wohnungspolitisches Programm entwickelt worden.

Ich erinnere Sie daran, daß Ober-Kurator Steiner eine ganze Reihe von Anträgen gestellt hat, die innerhalb von 4 bis 6 Wochen dem Gemeinderate zur Beschlußfassung hätten vorgelegt werden sollen. Seit damals ist aber sehr viel Zeit verflossen, ohne daß wir diese Anträge zur Erledigung bekommen hätten. Sie wissen alle, daß die Wohnungsnot heute in Wien eine überaus große ist, wenn auch die Zeitungen nicht tagtäglich darüber schreiben. Ich habe bereits früher erwähnt, daß in Wien immer etwas besonderes geschehen muß, damit die maßgebenden Kreise der Bevölkerung auf irgend welche Übelstände aufmerksam werden. So wissen wir, die wir uns mit der Sache näher beschäftigen und denen diese Angelegenheit eine Herzenssache geworden ist, daß die Wohnungsnot eine sehr arge ist, und wir erfahren ja tagtäglich von den verschiedenartigsten Unglücksfällen und von oft entsetzlichen Vorgängen, welche sich infolge der Wohnungsnot in Wien tagtäglich ereignen.

Ich werde selbstverständlich für die Einsetzung dieses Ausschusses stimmen, möchte aber hier den Wunsch aussprechen, daß der Ausschuß tatsächlich auch arbeite, und daß wir mit ihm nicht dieselben Erfahrungen machen, die wir zum Beispiel beim Approvisionierungs-Ausschusse im Laufe einer Reihe von Jahren gemacht haben. (Rufe: Sehr richtig!) Denn sonst ist ja tatsächlich mit der Einsetzung des Wohnungs-Ausschusses nur etwas geschehen, was so aussieht, als ob es volksfreundlich wäre, und momentan ein Bissen sein sollte, der die aufgeregten Gemüter beruhigt, während in Wirklichkeit doch nicht etwas geschaffen wird, was auf die Dauer wohltätig wirkt.

Wie wichtig die Wohnungsfürsorge — und das scheint hier noch immer nicht erkannt zu werden — nicht nur aus den Gründen, die hier immer angeführt werden, sondern insbesondere aus sanitären Rücksichten ist, brauche ich wohl nicht besonders hervorzuheben. Sie wissen, daß bei Volkskrankheiten selbstverständlich die Gefahren immer dort am größten sind, wo der Bevölkerung schlechte und ungesunde Wohnungen zur Verfügung stehen.

Vergessen Sie aber auf eines nicht: an den festgestellten Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und Kriminalität! Es genügt nicht, wenn man die Zunahme der Verbrechen in einem bestimmten Rayon einfach konstatiert, wenn man sich darüber moralisch entrüstet oder nach allerlei Ursachen dafür sucht und in erster Linie für diese Verbrechen immer jene verantwortlich macht, welche diese Verbrechen tatsächlich begehen.

Ich will hier gewiß nicht sentimental werden, aber es muß einmal gesagt werden: Eine Gesellschaft, die sich um das Primitivste nicht kümmert, was ein Mensch in unserem Klima zum Leben nötig hat, in erster Linie um die Wohnung, denn ein bescheidenes Essen zum Fortfristen des Lebens werden sich die meisten noch eher beschaffen können, als die notwendige Wohnung; eine Gesellschaft, die sich darum nicht in entsprechender Weise kümmert, sondern immer die eine oder andere Ausrede findet, warum sie den Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht nachkommen kann, eine solche Gesellschaft darf sich über das Anwachsen der Kriminalität nicht wundern.

Ich brauche Ihnen das wohl nicht erst zu beschreiben; Sie werden sich vielleicht selbst in den Gedankengang eines Menschen hineinversetzen können, der den ganzen Tag in der Großstadt nach einem Unterstand sucht, der vielleicht irgendwo seine Frau und Kinder sitzen hat, und, wenn es abends wird, für sich und seine Familie kein Heim hat. Daß ein solcher Mensch dann, wenn die Nacht fortschreitet und er mit seinen Gedanken allein in den Straßen herumspaziert, auf allerlei böse Gedanken kommt und vielleicht auch ein Verbrechen begeht, das ist gewiß nicht verzeihlich, aber doch begreiflich. Ich glaube, daß wir in der Großstadt der Allgemeinheit in erster Linie dann nützen werden, wenn wir die Wohnungsfrage und besonders die Obdachlosenfrage ehestens einer Lösung zuführen. Ich bin mit dem, was ich anläßlich dieser Frage zu sagen hatte, fertig.

Über die Vorlage selbst will ich mich nicht weiter verbreiten, weil ich glaube, daß die formalen Vorschriften eigentlich ziemlich gleichgültig sind. Es handelt sich vor allem darum, welche Männer die Sache führen und mit welchen Absichten die Sache durchgeführt wird. Wenn dann die Vorschriften auch in

der einen oder anderen Richtung unseren Wünschen nicht ganz so entsprechen, wie wir es von ihnen vielleicht erwartet haben, so werde ich, und ich glaube auch Sie alle, angenehm enttäuscht sein, wenn der Ausschuß selbst die Sache so durchführen wird, daß ein wirkliches Resultat für die gesamte Bevölkerung und insbesondere für die mittleren und kleinen Leute in Wien gefunden wird.

Ich bitte Sie, den von mir vorhin vorgelesenen Antrag anzunehmen und ebenso auch die Anregung, beziehungsweise den Antrag, den ich in Gemeinschaft mit Kollegen Melcher stelle, daß nämlich dem Ausschusse das Recht eingeräumt werde, Delegierte der Zentralstelle für Wohnungsreform, der Hausbesitzer, der Mieterorganisation, des Ingenieur- und Architektenvereines und der Baumeistervereinigung, den Sitzungen mit beratender Stimme beizuziehen. Indem ich Sie um die Annahme dieser beiden Zusatz-, beziehungsweise Abänderungs-Anträge ersuche, schließe ich meine Ausführungen. (Beifall rechts.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Winarsky.

Gem.-Rat Winarsky: Ebenso wie mein unmittelbarer Herr Vorredner kann ich mich selbstverständlich nur für die Annahme des vorgelegten Antrages aussprechen, wenn ich allerdings auch sagen muß, daß die Erfüllung des schon so oft zum Ausdrucke gebrachten Wunsches nach Einsetzung eines derartigen Ausschusses sehr lange auf sich hat warten lassen.

Es ist nicht nur Kollege Dr. Schwarz-Hiller gewesen, der so und so oft hier aufgestanden ist und immer wieder darauf verwiesen hat, daß es nötig ist, einen Ausschuß einzusetzen, der sich mit den Fragen der Wohnungsfürsorge beschäftigt, sondern es ist auch schon seit dem 17. Oktober 1911 der bekannte Antrag des Herrn Ober-Kurators Steiner dem Stadtrat zugewiesen worden, in welchem Herr Ober-Kurator Steiner, der zugleich Obmann des Bürgerklubs ist, verlangt hat, daß binnen vier Wochen ein solcher Ausschuß eingesetzt werden soll. Dieser Antrag ist damals von der Majorität mit großem Jubel begrüßt worden und man mußte der Meinung sein, daß die ernstliche Absicht besteht, auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge etwas zu leisten. Leider hat sich herausgestellt, daß dieser Antrag nur ein Windei gewesen ist. Wir haben ja seit dem 17. Oktober 1911 schon eine so lange Zeit hinter uns und jetzt wird die vierwöchentliche Fallfrist, die damals vom Herrn Ober-Kurator Steiner verlangt worden ist, für erledigt erklärt. Dabei darf man nicht übersehen, daß dieser Antrag des Herrn Ober-Kurators Steiner nicht bloß die Einsetzung eines solchen Ausschusses verlangt hat, sondern auch mehrere Punkte enthält, in denen ein allgemeines wohnungspolitisches Programm der Gemeinde aufgestellt werden sollte. Dieses ganze Programm ist aber bis heute unerledigt geblieben und einzig und allein die Einsetzung des Ausschusses hat der Herr Bürgermeister aus dem Komplex der ganzen Frage herausgenommen.

Nun hat aber der Herr Bürgermeister in dem einleitenden Referate zu diesem Antrage, das übrigens, wie ich schon sagen muß sehr kurz und mager gewesen ist — weniger konnte man zur Begründung einer derartigen Sache wohl nicht sprechen, als der Herr Bürgermeister gesprochen hat — ausdrücklich gesagt, er halte es nicht für zweckmäßig, wenn man sich heute in die Details der Wohnungsfrage in Wien einlassen würde und er würde vor allem keine theoretischen Auseinandersetzungen wünschen. Es fällt mir nicht ein, hier theoretische Auseinandersetzungen zu halten, ich bin aber gezwungen, darauf zu verweisen, daß gerade vom Gesichtspunkte dessen, der praktisch etwas in der Wohnungsfürsorgefrage erreichen will, die Einsetzung dieses Wohnungs-Ausschusses in der Form, wie er beantragt wird, durchaus nicht als eine besonders großartige Sache bezeichnet werden kann. Wenn der Herr Bürgermeister aus dem ganzen Programme, daß seinerzeit der Herr Ober-Kurator Steiner aufgestellt hat und das bis heute unerledigt geblieben ist, nur den einen Punkt, die Einsetzung eines Wohnungs-Ausschusses herausgegriffen hat, so sieht das beinahe so aus, als ob der Herr Bürgermeister sich für diesen einen Punkt deshalb entschieden hätte, weil diese Sache am leichtesten durchzuführen ist — einen Ausschuß kann man ja sehr schnell zusammenberufen und sehr leicht beschäftigen, wenn man will — und weil überdies die Einsetzung dieses Ausschusses am wenigsten kostet und zu nichts verpflichtet. So kommt mir die Sache vor, insbesondere wenn ich mir die Stilisierung dieses Antrages ansehe. Der Ausschuß ist gut, aber wenn er eine segensreiche Tätigkeit entwickeln soll, dann muß für diesen Ausschuß auch ein Programm festgesetzt werden. Dieses Programm fehlt mir. Außerdem muß der Ausschuß mit einer besonderen Vollmacht ausgestattet werden und auch diese Vollmacht fehlt mir. Dieser Antrag ist also ebenso mager, wie das Referat des Herrn Bürgermeisters. Man kann damit machen, was man will; wenn man einfach sagt, es ist ein Ausschuß einzusetzen, der sich mit der Angelegenheit der städtischen Wohnungsfürsorge beschäftigen soll, ist damit gar nichts gesagt.

Es mußte gesagt werden, in welcher Richtung er sich mit der Wohnungsfürsorge beschäftigen soll, es mußte auch gesagt werden, was der Gemeinderat von diesem Ausschusse will, es mußte gesagt werden, welche Aufgaben er zur Erledigung zugewiesen erhalten soll. Nun haben wir allerdings eine Äußerung des Herrn Bürgermeisters, die seine Anschauung über die Bekämpfung der Wohnungsnot in Wien ausspricht, das ist nämlich die Rede, die der Herr Bürgermeister am 4. Jänner 1913, als er beeidigt wurde, gehalten hat. Da hat er nämlich einen Absatz seiner Rede der Wohnungsnot gewidmet. Wenn es nun dieser Absatz seiner Rede sein soll, der diesem Ausschusse als Programm vorgesetzt werden soll, so ist das auch nach keiner Richtung hin befriedigend, denn schon am 17. Oktober 1911, als der Herr Ober-Kurator Steiner über die Wohnungsnot gesprochen hat, hat er sich dagegen verwahrt, daß die Gemeinde selbst bauen soll. Es war damals nicht möglich, näher auf diese Dinge einzugehen, aber es war gewiß sehr bedenklich, daß das erste Wort eines Funktionärs der Gemeinderatsmajorität die Erklärung war, daß die Gemeinde nicht selbst bauen soll. Der Herr Bürgermeister sagte in seiner Rede am 4. Jänner 1913: „Als Endziel aller Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot schwebt mir vor, daß in Wien jedem Bewohner sein Anteil an Licht und Luft gesichert sein soll." Diese Stelle hat auch einen Beifall ausgelöst und sie klingt auch etwas poetisch. Der Herr Bürgermeister hat es aber nicht für notwendig befunden, zu präzisieren, auf welche Weise dieser Anteil an Licht und Luft den Bewohnern der Stadt gesichert sein soll, denn das, was im Anschlusse daran gesagt wird, hängt nicht unmittelbar mit der Wohnungsfürsorge zusammen. Gewiß sind wir dafür, daß Land für Erholungsstätten und Gartenanlagen gegeben wird; vor allem ist es aber notwendig, daß Raum für Wohnungsplätze gegeben wird, damit

Wohnungen im ausreichenden Maße vorhanden sind. Wenn Wohnungen in genügender Menge vorhanden sein werden, dann wird die Schaffung aller dieser schönen Sachen, von denen der Herr Bürgermeister gesprochen hat, die notwendige Ergänzung dieser Aktion der Gemeinde für die Wohnungsfürsorge bilden.

Es muß uns aber mit Mißtrauen erfüllen, wenn andere Fragen in den Vordergrund gestellt werden und von der Hauptfrage überhaupt nicht gesprochen wird; es muß uns mit Mißtrauen erfüllen, wenn heute der Herr Bürgermeister bei der Einsetzung dieses Ausschusses, dem nichts zugewiesen wird und der keine Agenden hat, gesagt hat: Reden wir nicht viel über die Wohnungsfrage, setzen wir den Ausschuß ein, der wird schon selber schauen, daß er weiter kommt. So geht die Sache nicht. Außer der Wohnungsfrage gibt es noch viele Angelegenheiten der Wohnungsfürsorge.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller hat schon auf den Zusammenhang zwischen der Bodenpolitik und der Wohnungsfürsorge hingewiesen. Ich unterstütze den Antrag, den er gestellt hat, die Kompetenz dieses Ausschusses auch auf die Bodenpolitik auszudehnen. Außerdem kommt aber noch eine ganze Menge anderer Dinge in Betracht. Es handelt sich auch um die Einführung einer Wohnungsinspektion und einer ernst zu nehmenden Wohnungsvermittlung, denn eine Wohnungsvermittlung, für die im Budget 10 K eingesetzt sind, kann doch nicht im Ernste als ein Organ zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe angesehen werden. Es handelt sich weiters darum, daß die Gemeinde, wenn sie schon nicht selbst baut, wenigstens die Verpflichtung übernimmt, an gemeinnützige Wohnungs-Genossenschaften Land zu verpachten, so daß sie sich ihr Eigentumsrecht sichert. In der Form des Erbbaurechtes könnte es dann den betreffenden Genossenschaften ermöglicht werden, zu bauen und auf diese Weise Wohnungsfürsorge zu betreiben.

Von allen diesen Dingen wird hier gar nichts gesprochen, von allen diesen Dingen soll man nach dem, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, nicht reden. Wir haben also, wie Sie sehen, kein Programm für diesen Ausschuß; wir haben aber nicht nur kein Programm, sondern es ist uns auch ein Antrag vorgelegt worden, in dem noch etwas viel bedenklicheres liegt. Es heißt da (liest):

„Alle Angelegenheiten der städtischen Wohnungsfürsorge, bezüglich welcher die Entscheidung dem Stadtrate zusteht, sind von diesem Ausschusse vorzuberaten und mit seinem Gutachten dem Stadtrate vorzulegen."

Das heißt, daß dieser Ausschuß eigentlich nichts anderes sein soll als ein Vorbereitungs-Ausschuß für den Stadtrat, nicht ein Vorberatungs-Ausschuß für den Gemeinderat. Es soll demnach die Gruppe von Herren, die sich in diesem Ausschusse zusammenfinden, die miteinander reden und nach langer Auseinandersetzung zu einem Schlusse kommen, nicht die Berechtigung haben, direkt an den Gemeinderat zu berichten, oder einen Beschluß zu fassen, der irgend eine Machtvollkommenheit bedeutet, sondern sie muß vorerst zum Stadtrat gehen. Der Stadtrat überprüft erst, ob die in diesem Vorbereitungs-Komitee gefaßten Beschlüsse auch wirklich brauchbar sind. Dadurch wird die Erledigung der Wohnungs-Angelegenheiten nicht beschleunigt, sondern nur kompliziert.

Es wird um eine Instanz mehr geschaffen; wenn ohnehin alles dem Stadtrate vorgelegt werden muß, dann hätte man die Kompetenz gleich dem Stadtrate zuweisen können. Wir haben in allen diesen Fragen kein Vertrauen zum Stadtrat. Am 17. Oktober 1911 wurde ihm der Antrag Steiner zugewiesen, ohne daß er sich damit beschäftigt hat. Ebenso wurde ihm ein Antrag des Gem.-Rates Schuhmeier zugewiesen, der verlangt hat, daß ein Fonds von 10 Millionen geschaffen werden soll, um eine städtische Wohnungsfürsorge in einem etwas größeren Stile zu ermöglichen; der Stadtrat hat sich auch damit nicht beschäftigt und es nicht für notwendig gehalten, den Wohnungs-Ausschuß einzusetzen. Erst der Initiative des Herrn Bürgermeisters ist es zuzuschreiben, daß dieser einzelne Akt endlich einmal vollzogen wird.

Nun heißt es weiter (liest):

„In Fällen, in welchen die Entscheidung des Stadtrates mit dem Antrage des Ausschusses im Widerspruch steht, ist die Angelegenheit dem Herrn Bürgermeister vorzulegen."

Sie sehen also, erst wird ein Ausschuß mit großem Aplomb eingesetzt, dann wird versichert: Das ist der erste Schritt zur städtischen Wohnungsreform. Das ist die große Maßnahme, auf die die Bevölkerung schon so lange wartet und alle Welt freut sich darüber. Bei genauerer Betrachtung stellt sich aber heraus, daß der Ausschuß nichts anderes ist, als ein Vorbereitungskollegium für den Stadtrat. (Gem.-Rat Müller: Aber nur für gewisse Fälle!) Der Stadtrat ist die zweite Körperschaft, die zu beraten hat. Ergibt sich zwischen beiden ersten Instanzen eine Divergenz, so wird nun als letzte Instanz über den Ausschuß und über den Stadtrat der Bürgermeister erscheinen, der seinen Machtspruch oder Schiedsspruch — wie Sie es nennen wollen — zu fällen hat. Ich muß schon sagen, je genauer man sich das ansieht, desto deutlicher erkennt man, wie inhaltslos der ganze Antrag, einen solchen Ausschuß einzusetzen, ist, und eine wie wenig ernste Absicht damit verfolgt wird. Wenn Sie wollen, daß die Einsetzung dieses Ausschusses von der Bevölkerung als ein ernster Schritt zur Bekämpfung der Wohnungsnot und als ein Anfang zur Einleitung einer städtischen Wohnungsreform aufgenommen werden soll, dann müssen Sie erstens feststellen, was Sie von diesem Ausschusse wollen, dann müssen Sie sich auf bestimmte Aktionen, die dieser Ausschuß auszuführen hat, einigen, dann müssen Sie ihm aber zweitens auch die Vollmacht geben, nicht nur bloß Beschlüsse zu fassen und Beratungen zu führen, sondern auch im Gemeinderate Bericht zu erstatten und selbständige Anträge zu stellen.

Ich erlaube mir daher, zu den Punkten 2 und 3 folgende Abänderungs-Anträge zu stellen. Der Absatz 2 soll lauten: „Alle Angelegenheiten der städtischen Wohnungsfürsorge sind von diesem Ausschusse vorzuberaten. Der Ausschuß berichtet über seine Anträge und Gutachten direkt an den Gemeinderat." (Gem.-Rat Müller: Das steht ja ohnehin drinnen!) Das steht nicht drinnen! Sie scheinen die Vorlage nicht gelesen zu haben; wenn Sie die Vorlage aber gelesen haben, dann scheinen Sie nicht aufgemerkt zu haben, was ich gesprochen habe, sonst hätten Sie hören müssen, was ich des längeren ausgeführt habe und Ihr Zwischenruf wäre dann nicht möglich gewesen. Es steht drinnen: Der Ausschuß ist verpflichtet, seine Gutachten dem Stadtrate vorzulegen. Dagegen kämpfe ich an, denn ich will, daß der Ausschuß direkt an den Gemeinderat berichtet.

Ich beantrage weiter, daß die Absätze 3 und 4, in denen dem Bürgermeister diese sonderbare Schiedsrichterrolle zugewiesen

werden soll und in bestimmten Angelegenheiten im Gemeinderate zu berichten ist, entfallen sollen, weil ich der Ansicht bin, daß der Ausschuß nicht nur in bestimmten Angelegenheiten, sondern in allen Fragen, die zu beraten sind, direkt dem Gemeinderate zu berichten und Anträge zu stellen hätte.

Wenn Sie diese Machtvollkommenheit dem Ausschusse nicht geben wollen, dann gestehen Sie es offen ein, daß Sie mit diesem Antrage nichts anderes beabsichtigen, als bei der Bevölkerung den Schein hervorzurufen, daß auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge etwas geschehen soll, während in Wirklichkeit alles beim alten bleiben wird. (Gem.-Rat Dr. Granitsch: Die Augen auswischen!) Es ist eine Augenauswischerei, wenn Sie sich nicht dazu verstehen wollen, dem Ausschusse bestimmte Vollmachten zu geben.

Wenn der Ausschuß keine Vollmachten hat, wenn er nur an den Stadtrat zu berichten hat, dann wird er zu nichts anderem, als zu einem Wohnungs-Diskutierklub. Einen Wohnungs-Diskutierklub einzusetzen, der den Namen eines Gemeinderats-Ausschusses hat, dazu liegt aber keine besondere Veranlassung vor. Deshalb werden wir an Ihrem Verhalten zu diesem Abänderungs-Antrag, den ich hier gestellt habe, sehen, ob es Ihnen mit der Einsetzung dieses Ausschusses Ernst war, oder ob Sie mit diesem Ausschusse nur ein Parade- oder Schaustück für die Bevölkerung aufstellen wollen. Das würde Ihnen zwar nicht viel nützen, denn in kürzester Zeit würde es sich ja erweisen, ob dieser Ausschuß irgend welche fruchtbare Tätigkeit verrichten kann oder nicht. Arbeit gibt es genug auf diesem Gebiete; wenn Sie aber den Ausschuß nur so einsetzen, wie das hier beabsichtigt zu sein scheint, dann wird er zu nichts anderem werden, als der seinerzeitige Kohlen-Ausschuß, der niemals etwas leisten konnte, weil er immer durch den Stadtrat gehindert wurde, und auch als der Approvisionierungs-Ausschuß, der bei jeder Gelegenheit, wo ernste Fragen in Betracht kommen, durch Beschlüsse und Eingriffe des Stadtrates in seiner Tätigkeit behindert worden ist. Wollen Sie ernste Arbeit leisten, dann machen Sie den Ausschuß zu einer Institution, welche unmittelbar ohne das Dazwischengreifen des Stadtrates an den Gemeinderat zu berichten hat, dann hat auch die sonderbare Schiedsrichterrolle des Herrn Bürgermeisters zu entfallen.

Ich bitte um Annahme meines Abänderungs-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat der Herr Gem.-Rat Dr. Stich. (Zwischenrufe des Gem.-Rates Dr. Granitsch.)

Gem.-Rat Dr. Stich: Ich habe mich zu diesem Gegenstande zum Worte gemeldet, um zunächst meine Befriedigung über den vorgelegten Referenten-Antrag auszusprechen. Es ist uns allen bekannt, daß auch unser Vaterland Österreich nicht von jener Not verschont geblieben ist, die wir unter dem Sammelnamen „Wohnungsnot" begreifen. Wir haben nur etwas, was uns in dieser Beziehung Trost gibt, daß das eine internationale Frage ist, und daß diese Frage im Wechselgang der wirtschaftlichen Entwicklung auch zu uns gekommen ist. Es ist ja, meine hochverehrten Anwesenden, bekannt, daß diese Frage eine Folge der neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwicklung ist. Wir wissen, daß sie in England schon vor mehr als einem Jahrhundert aufgetreten ist, daß sie dann nach Deutschland kam und daß wir sie in den letzten Jahrzehnten auch hierher bekommen haben. Daß es auf diesem Gebiete viel zu tun gibt, haben wir, meine Herren, in den letzten fünf bis sechs Jahren deutlich erkennen können, namentlich in jenen Jahren, wo man konstatieren konnte, daß auch hiee in Wien eine sogenannte Wohnungsnot sei. Ich kann sagen, Gott lob, daß die Zeiten der wirklichen Wohnungsnot, also des Mangels an Wohnungen vorüber sind, und daß wir bereits jetzt in diesem Punkte besseren Zeiten entgegengehen. Es ist sehr zu begrüßen, daß aus dem Schoße der Gemeinderatsmajorität heraus der vorliegende Antrag gekommen ist, weil eben auf diesem Gebiete eine Menge Arbeit bevorsteht. Es wird daher auch, das sage ich ganz offen, dieser Ausschuß in Wahrheit ein Ausschuß der Arbeit sein.

Ich begrüße es auch besonders, daß ins Auge gefaßt wird, daß sich außer der Majorität auch die anderen Parteien des Hauses beteiligen werden, weil es dann durch das Zusammenwirken vieler Komponenten möglich sein wird, gewiß in den meisten Fällen zu einer befriedigenden Resultante zu kommen.

Nun hat sich ein Redner der liberalen Partei, Herr Dr. Schwarz-Hiller, zu derselben Angelegenheit zum Worte gemeldet. Er hat dem vorliegenden Referate beigestimmt und nur zwei Bedenken ausgesprochen: Das eine, daß der Name „Ausschuß für Wohnungsfürsorge" zu wenig klar sei. Nun, verehrte Anwesende, möchte ich meiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß jede Wohnungsfürsorge im Wesen selbst eine Bodenfrage ist, und daß es daher unumgänglich notwendig ist, daß mit der Frage der Wohnung auch die Frage des Bodens verbunden wird.

Es wird daher im Ausschusse über beide Fragen verhandelt werden können.

Ich kann aber sagen, es ist vielleicht gut, wenn der weitere Ausdruck: für „Wohnungsfürsorge" gewählt wurde, aus dem einfachen Grunde, weil es ja doch ein Ausschuß von zwölf Personen sein soll und weil gewisse Fragen, die namentlich Käufe und Verkäufe betreffen, manchmal ja nicht von dieser Menge gelöst werden können. Auch Sie, meine Herren, von der Gegenseite wissen ja, daß man gerade die Preisfragen nicht in großen Körperschaften behandeln kann. Es hat weiters von der sozialdemokratischen Partei der Herr Kollege Winarsky das Wort ergriffen. Ich glaube, nicht irre zu gehen, wenn ich sage, daß er das Referat übernommen hat, und daß er auf diesem Gebiete vielleicht jetzt öfter das Wort ergreifen wird. Ich habe nur gefunden, daß er noch etwas unsicher herumgetappt hat, denn er hat zunächst das Wesen der Sache angegriffen, die Kreierung eines Ausschusses für Wohnungsfürsorge. Ich glaube, daß an die Beantwortung dieser großen und umfangreichen Wohnungsfrage gar nicht herangegangen werden kann, wenn nicht zuvor ein Organ aus der Mitte des Gemeinderates geschaffen ist, welches sich mit der Behandlung derselben beschäftigt. (Gem.-Rat Winarsky: Das Organ muß doch ein Programm haben!) Ein Programm wird es bekommen, Herr Kollege Winarsky.

Ein Programm in einem so ausgedehnten Gebiete kann aber doch nicht hier, wo es sich einfach um die Kreierung eines Ausschusses handelt, bereits gegeben sein. Ich denke, das Programm wird so groß sein, daß Sie Mühe haben werden, die vielen Fragen, die hieher gehören, überhaupt in Bälde zu erledigen. Herr Kollege Winarsky hat besonders einen Programmpunkt seiner Partei wieder herausgeklaubt und wieder

das berühmte Argument gegen unsere Majorität ins Feld geführt, warum von Bauten durch die Gemeinde nicht die Rede ist.

Das, meine Herren, ist gerade eine solche Detailfrage, wie viele andere Fragen, die er angeführt hat, und die die Bodenpolitik betreffen. Ich kann ihm versichern, daß über diese Frage des langen und breiten im Ausschusse gesprochen werden wird. Die Herren von der Gegenseite haben doch schon seit Jahren einen solchen oder einen ähnlichen Ausschuß gewünscht.

Aus den Ausführungen des Kollegen Winarsky ist fast hervorgegangen, daß er mit der Schaffung dieses Ausschusses eigentlich nicht einverstanden ist. (Rufe: Oho! — Gem.-Rat Reumann: Wir sind einverstanden!)

Sie sind einverstanden, aber Kollege Winarsky hat jetzt den ersten Anlaß benützen wollen, um gegen ihn zu Felde zu ziehen. (Gem.-Rat Reumann: Er hat nur einen Wirkungskreis für den Ausschuß verlangt!)

Ich bitte, dieser Wirkungskreis wird ihm in der ersten oder zweiten Sitzung gegeben werden. Im Gemeinderate kann er nicht behandelt werden, weil das Gebiet der Wohnungsfürsorge so groß ist, daß wir das bei der Einsetzung des Ausschusses absolut nicht gleich machen können. (Gem.-Rat Reumann: Das ist nicht richtig!)

Wer sich über das Wesen der Wohnungsfrage klar ist, wird sich auch über das Wesen des Ausschusses klar sein und Kollege Winarsky wird erst dann Grund haben, den Ausschuß anzugreifen, wenn irgend eine Detailfrage dort in Zukunft nicht behandelt wird.

Die übrigen Dinge, die Kollege Winarsky angeführt hat, waren, möchte ich sagen, nur Verlegenheitsanführungen, weil sie nur eine Detaillierung desjenigen waren, was im Ausschuß behandelt werden wird. Er hat aus dem Antrage selbst noch einen Punkt herausgenommen und gesagt, daß der Antrag schon darauf hinzuweisen scheine, daß man es nicht ganz ehrlich mit ihm meint. Nun kann ich Kollegen Winarsky versichern, daß diese Deduktion nicht richtig ist; im Gegenteil, im Antrage ist die Kompetenz genau umschrieben, welche der Ausschuß haben muß. Es handelt sich eben darum, daß gewisse Anträge vor das Forum des Stadtrates kommen müssen, während andere, und das ist die große Mehrzahl, direkt dem Gemeinderate zukommen werden.

Ich finde es außerordentlich glücklich gewählt, daß darüber eine Entscheidung schon im Antrage getroffen worden ist, damit auch die Gegenparteien beruhigt sein können, daß der Ausschuß eine Wirklichkeit hat und nicht eine bloße Erscheinung ist.

Zusammenfassend kann ich also sagen, es ist sehr zu begrüßen, daß sich dieser Ausschuß bilden wird, und ich wünsche tatsächlich nur, daß in ihm ein einträchtiges und einmütiges Zusammenarbeiten der Parteien zustande kommen wird.

Es wird dann gewiß eine der brennendsten und wichtigsten Fragen eine Erledigung finden, von der ich wünsche, daß sie zum allgemeinen Wohle des Volkes ausfallen möge. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Dobek zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rat Dobek: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden. Ich bitte jene Herren, welche dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet: kontra Herr Gem.-Rat Dr. Hein, pro Herr Gem.-Rat Rotter.

Das Wort hat Herr Gem.-Rat Dr. Hein.

Gem.-Rat Dr. Hein: Meine sehr geehrten Herren! Es ist selbstverständlich, daß wir dem Antrage auf Schaffung eines Wohnungs-Ausschusses zustimmen, es ist aber auch vollständig gerechtfertigt, wenn in den Kreisen der Opposition ein gewisses Mißtrauen sich geltend gemacht hat, nach der Richtung hin, daß die Tätigkeit dieses Ausschusses namentlich an den Schwierigkeiten scheitern könnte, die der Stadtrat bereitet, oder auch an den Schwierigkeiten, die ihm dadurch bereitet werden, daß man sich wohl den Anschein geben wird, etwas zu tun, in Wirklichkeit aber keine rechte Reformtätigkeit auf diesem Gebiete beabsichtigt.

Dieses Mißtrauen muß man begreiflich finden, wenn man die Tätigkeit anderer Ausschüsse betrachtet. Bezüglich des Approvisionierungs-Ausschusses wurde bereits darauf hingewiesen, daß bei der Gründung dieses Ausschusses von einer sehr hervorragenden kommunalen Seite gesagt wurde, man solle nur einen Approvisionierungs-Ausschuß bilden, denn wenn dann auf dem Gebiete der Approvisionierung nichts geschieht, werde man dem Approvisionierungs-Ausschuß Schuld geben und der werde dann der Prügelknabe sein. Wir alle wollen natürlich, daß beim Wohnungs-Ausschusse nicht etwa etwas ähnliches sich ergeben soll, denn auch die Geschichte des Approvisionierungs-Ausschusses beweist, daß ihm fortwährend Prügel zwischen die Füße geworfen wurden, daß er namentlich vom Stadtrate oft gehindert wurde, und in der Tat für die Approvisionierung nur sehr wenig leisten konnte. Wir haben eine ganze Reihe anderer Ausschüsse, den Kohlen-Ausschuß, den Ausschuß für die Ausgestaltung des städtischen Pflasterungswesens; von der Tätigkeit all dieser Ausschüsse hören wir nichts. Die scheitern alle daran, daß eben der Stadtrat, der ja nur von einer Partei einseitig zusammengesetzt ist, alles in die Hand nimmt, und auf diese Weise für eine wirkliche Tätigkeit dieser Ausschüsse kein Boden bleibt.

Dieses Mißtrauen ist auch berechtigt durch die bisherige Untätigkeit der Gemeindeverwaltung auf diesem höchst wichtigen Gebiete. Wir haben wiederholt Anträge gestellt, welche eine Änderung und Besserung auf diesem Gebiete zur Folge gehabt hätten, und gerade weil hier von Bodenpolitik gesprochen und mit vollem Rechte die Anregung gegeben wurde, daß sich der Ausschuß nicht bloß mit der Wohnungsfürsorge, sondern auch mit Bodenpolitikfragen im allgemeinen zu befassen haben solle, muß auf die furchtbaren Versäumnisse hingewiesen werden, welche anläßlich der Einverleibung von Floridsdorf begangen wurden, indem unsere Anträge auf Einführung einer Wertzuwachssteuer, die den Gewinn oder einen Anteil vom Gewinne der Gemeinde zugeführt hätte, fortwährend niedergestimmt wurden. Das Mißtrauen ist auch deshalb begründet, weil seinerzeit hier ein Antrag von Ober-Kurator Steiner mit großem Aplomb namens des Bürgerklubs vorgelegt wurde, welcher allerdings den ganzen Komplex der Wohnungsfragen behandelt hat, und weil es in diesem Antrage geheißen hat, es möge binnen vier Wochen noch vor den Sommerferien seitens des Magistrates ein Bericht erstattet werden. Das war eine scheinbar großangelegte Parteiaktion. Seither sind mehrere Sommerferien vergangen, ohne daß dieser Bericht, der von dem Obmanne der Mehrheitsparteien

verlangt worden ist — wir sind es ja gewöhnt, daß unsere Anträge nicht beachtet werden — an uns erstattet worden wäre. Wir erinnern uns an Ihre Aktionen, die in dieser so wichtigen Frage so unglückselig gewirkt haben. Wir erinnern uns an den Wasserheller, der als ein Provisorium bezeichnet wurde, aber im Definitivum blieb, wie alle echt österreichischen Provisorien, und der die Wohnungsnot noch verschärft hat, weil er zu einer Steigerung der Zinse Anstoß gegeben hat. Das erinnert uns auch daran, daß speziell von der Bodenpolitik bisher in diesem Saale wohl mit Worten hie und da die Rede war, daß aber die Bodenpolitik der Gemeinde bisher eine geradezu unglückselige war. Nicht nur bei der Einverleibung von Floridsdorf, sondern auch nachher wurden durch Gemeinderats-Beschlüsse Tatsachen geschaffen, durch welche die Grundpreise verteuert wurden, und unmittelbar nachher hat die Gemeinde die betreffenden verteuerten Gründe gekauft. Ich erinnere da beispielsweise an die Angelegenheit des städtischen Museums auf der Schmelz. Es wäre also notwendig, daß dieser Wohnungs-Ausschuß eine sehr eingehende und intensive Tätigkeit entfalte.

Mit der Schaffung eines Ausschusses und eines Amtes allein ist natürlich nichts getan; den besten Beweis dafür haben wir im Voranschlage für das Jahr 1913, wo für den städtischen Wohnungsnachweis 10 K präliminiert wurden, wobei in einer gründlichen Bemerkung der Buchhaltung gesagt wird, daß dieser Betrag von 10 K auf dem Ergebnisse des Jahres 1909 beruht, in dem gleichfalls 10 K für diesen Zweck verausgabt wurden. In den Jahren 1911 und 1912 wurden diese 10 K sogar in Ersparung gebracht.

Man sieht daraus, daß wir schon Institutionen dem Namen nach geschaffen haben, die aber absolut keine Tätigkeit entwickeln, und deshalb ist das Mißtrauen, welches hier von den oppositionellen Rednern zum Ausdrucke gelangt, in der bisherigen Geschichte der Ausschüsse und der Wohnungsfrage vollständig begründet.

Wir müssen auch darauf hinweisen, daß die Wohnungsfrage angesichts der heutigen Verhältnisse fast zu einer Verkehrsfrage geworden ist. Die Zentralstelle für Wohnungsreform sagt in einem Aufsatze ihrer Mitteilungen mit vollem Recht, nachdem die Entwicklung der Grundpreise in Wien geschildert worden ist, daß diese Entwicklung der Grundpreise in Wien erkennen läßt, daß bei den durch den Straßenbahnverkehr in den Wohnkreis einbezogenen Gebäuden Kleinwohnungen für die große Masse der Bevölkerung so gut wie ausgeschlossen seien, denn so bald der Quadratmeter Grundfläche einen Preis von 15 bis 20 K erreicht, sei eine rationelle Ausnützung des Bodens nur im Wege einer intensiven Verbauung möglich, die aber die Tendenz habe, die Grundstückpreise noch weiter steigen zu lassen, es wäre daher eine wickliche Verbauung mit Kleinwohnungen wahrscheinlich nur außerhalb desjenigen Kreises möglich, der bisher herangezogen wurde. Es wird also bis zu einem gewissen, allerdings bescheidenen Grade eine der wichtigsten Tätigkeiten dieses Ausschusses die Frage der Untergrundbahn bilden. Hiebei könnte auch der Straßenbahn-Ausschuß mitwirken. Auch hier haben wir eine Tätigkeit nach dieser Richtung hin bisher nicht gesehen. Nicht einmal unsere Anträge auf Ermäßigung der Streckenkarten, die von uns wiederholt gestellt wurden und die geeignet wären, für einen Teil der Bevölkerung die Wohnungsnot erträglicher zu machen, sind bisher zur Annahme gelangt. Der Straßenbahn-Ausschuß verhält sich gegen alles ablehnend, was zur Linderung der Wohnungsnot beitragen könnte.

Ich will also dahin resumieren, daß wir allerdings für die Einsetzung des Wohnungs-Ausschusses stimmen werden, daß wir aber erst abwarten müssen, ob der wirklich mit einem gewissen Aplomb angekündigte Wohnungs-Ausschuß den Beginn einer Verbesserung der kommunalen Tätigkeit auf diesem Gebiete sein wird. Da ist es nicht unbegründet, was von Seite meiner Vorredner in Bezug auf die Kompetenzen gesagt wurde.

Es ist richtig, daß in dem Antrage gesagt wird, daß in allen Angelegenheiten, in welchen der Gemeinderat die Beschlußfassung hat, die Vorberatung durch den Wohnungs-Ausschuß erfolgen soll. Das ist eine Verbesserung gegenüber dem seinerzeitigen Zustande beim Approvisionierungs-Ausschuß, die ich auch anerkenne. Es war aber im Anfange des Approvisionierungs-Ausschusses dasselbe. Späterhin hat sich aber doch der Stadtrat in diese Dinge eingemengt und es sind Konflikte zwischen dem Stadtrate und dem Approvisionierungs-Ausschusse entstanden.

Wenn nun bei denjenigen Angelegenheiten, die zur Kompetenz des Stadtrates gehören, dem Wohnungs-Ausschuß bloß eine Vorberatung zuerkannt wird, und wenn bei Differenzen zwischen ihm und dem Stadtrat die Entscheidung dem Bürgermeister anheimgegeben wird, so entspricht das nicht den Verhältnissen, die hier tatsächlich vorhanden sein sollten.

Wir müssen uns auch vor Augen halten, daß der Stadtrat derzeit nur ein geheimer Partei-Ausschuß ist; wir müssen daher bei solchen Konflikten immer verlangen, daß der Gemeinderat die Entscheidung hat. Das ist auch richtig und entspricht vollständig dem Gemeindestatute. In diesem Gemeindestatute — ich muß es betonen und wiederholt hervorheben — heißt es nicht, daß dem Gemeinderate nur diese und jene Angelegenheiten zur Beschlußfassung vorgelegt werden, sondern es sind nur jene Angelegenheiten angeführt, die dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorgelegt werden müssen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dem Gemeinderate, der die Oberaufsicht über alle städtischen Institute hat, auch andere Angelegenheiten vorgelegt werden können, als jene, die ihm vorgelegt werden müssen. Das, was ihm vorgelegt werden muß, ist das Minimum, das im Gemeindestatute vorgezeichnet ist; daher wäre es ganz in Ordnung, den ganzen Komplex der Wohnungs-Angelegenheiten dem Wohnungs-Ausschuß zu überantworten, zumindestens dann, wenn sich ein Konflikt zwischen dem Ausschuß und dem Stadtrate ergibt, so daß der Gemeinderat die Entscheidung zu treffen hätte.

Ich stimme mit den diesbezüglich gestellten Anträgen überein, stelle aber für den Fall, als diese Anträge abgelehnt werden sollten, den Eventual-Antrag, daß wenigstens bei einem Konflikte zwischen Wohnungs-Ausschuß und Stadtrat die Angelegenheit dem Gemeinderate vorgelegt werden soll, der die Entscheidung zu treffen hat. Das ist gewiß in Ordnung, insbesondere im Hinblicke auf die einseitige Zusammensetzung des Stadtrates.

Herr Kollege Dr. Schwarz-Hiller hat den Antrag gestellt, daß bei Verkäufen und Käufen das Votum des Wohnungs-Ausschusses eingeholt werden soll. Ich halte dies nach beiden Richtungen hin für begründet, bei Ein- und Verkäufen, aber namentlich bei Verkäufen. Wenn wir den Wohnungs-Ausschuß in so wichtigen Fragen der Bodenpolitik, wenn es sich zum Beispiel darum handelt, ob wir städtische Gründe verkaufen solle

nicht fragen und ihm von vornherein in solchen Fragen nicht einmal ein Gutachten zuerkennen, dann wird die Tätigkeit dieses Wohnungs-Ausschusses wohl eine allzu beschränkte sein. Wir werden dann dieser hochwichtigen und schwierigen Frage noch viel weniger beikommen können; daher sollten wir dem Wohnungs-Ausschusse wenigstens eine gewisse Kompetenz in dieser Hinsicht einräumen.

Wir werden also für die Errichtung des Wohnungs-Ausschusses stimmen, sprechen aber noch den Wunsch aus, daß sich die weitere Tätigkeit im günstigen Sinne von der bisherigen Tätigkeit der kommunalen Ausschüsse und von der ganzen bisherigen Untätigkeit, die die Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiete bekundet hat, unterscheiden möge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Rotter.

Gem.-Rat Rotter: Schon in der Budget-Debatte und auch heute hat die Opposition — speziell die Sozialdemokraten — den Vorwurf erhoben, daß in der Wohnungsfrage nichts geschehen ist und daß wir keine billigen Wohnungen haben. Nun sehen wir aber, daß auch die Sozialdemokraten, wenn sie bauen, doch auch keine kleinen und billigen Wohnungen herstellen. Im Vorjahre hat der sozialdemokratische Konsumverein versprochen, Wohnungen zu bauen, die aber bis heute noch nicht gebaut sind.

In der Josefstadt wird ein sozialdemokratisches Theater gebaut und nebenan ist ein Gebäude, welches nur große Wohnungen enthält. Warum bauen denn Sie nicht kleine Wohnungen? Das Haus in der Albertgasse 11 gehört der Krankenkassa der Bäcker, einer sozialdemokratischen Organisation. Dort kosten Zimmer, Kabinett und Küche 182 K, 2 Zimmer, Vorzimmer und Küche 213 K. In anderen Häusern kosten solche Wohnungen 13 bis 14 K weniger. Warum haben also Sie keine billigen Wohnungen? Die anderen sollen billigere Zinse haben, Sie selbst aber haben keine billigen Zinse in Ihren Häusern (Gem.-Rat Moißl macht Zwischenrufe.) Herr Gem.-Rat Moißl, reden Sie nicht darein als Hausherr. (Gem.-Rat Moißl: Das ist Ihnen halt unangenehm!)

In Wiener-Neustadt ist eine Arbeiterkolonie; dort wurden mit Hilfe des Wohnungsfürsorgegesetzes und des Kleinwohnungsgesetzes unter sozialdemokratischer Ägide Häuser gebaut, und zwar eine halbe Stunde von Wiener-Neustadt entfernt, ohne Kanalisierung, mitten in der Haide. Dort kosten Zimmer und Küche 30 K, Zimmer, Kabinett und Küche 36 K. (Rufe: Hört! Hört!) Was sagt die „Arbeiter-Zeitung" dazu? Sie tröstet die Bewohner damit, daß sie die Aussicht auf die Rax und den Schneeberg haben! Das ist Ihre Wohnungsfürsorge! Darauf bilden Sie sich etwas ein! Haben Sie billigere oder mehr Wohnungen geschaffen? Hier haben doch die Herren Sozialdemokraten mitgewirkt. Das Wohnungsfürsorgegesetz hat eben zwei Hauptfehler. Vor allem das zu große Ausmaß der Wohnungen: 80 m² für zwei Zimmer, Kabinett und Küche. (Zwischenrufe rechts.) Reden Sie mir nicht immer drein, wir haben Ihnen auch nicht drein geredet. Eine solche Wohnung kostet 800 bis 1000 K. Weder ein Gewerbetreibender noch ein Beamter und noch viel weniger ein Arbeiter kann sich eine solche Wohnung mieten. So sieht Ihre Wohnungsfürsorge aus! Da hätten Sie eine Mietzinsgrenze feststellen sollen, bei welcher die Steuerbegünstigung aufhört. Sie haben aber die billige Steuer nur dazu benützt, um Häuser zu bauen, ohne daß aber deshalb die Zinse billiger geworden sind.

Die Regierung geht daher auch daran, dieses so gute Gesetz, das unter der Mitwirkung der Sozialdemokraten zustande gekommen ist, wieder abändern zu lassen, da es zur Verbilligung der Wohnungen durchaus nicht beigetragen hat.

Herr Gem.-Rat Winarsky hat sich auch darüber beklagt, daß der neue Wohnungs-Ausschuß noch kein Programm hat, er hat es aber unterlassen, den Schleier zu lüften und zu sagen, wie man das alles machen soll. Ich möchte den Herren Volksfreunden warm ans Herz legen, sie mögen im Reichsrate, wo sie soviel durchzusetzen verstehen, einmal versuchen, die Steuerfreiheit für Werkstätten und die Herabsetzung der Steuer für Geschäftslokale durchzusetzen. Damit würden sie sich den Dank der Bevölkerung sichern, auch zum Beispiel durch ein Verbot des Niederreißens fast neuer Häuser, wie es der Kärntner-Basar war, der erst 30 Jahre gestanden ist.

Das wären Dinge, mit denen sich der Wohnungs-Ausschuß beschäftigen sollte.

Herr Gem.-Rat Dr. Hein hat auch davon gesprochen, daß der Wasserheller an der Steigerung der Mietzinse schuld sei. Diese Zinssteigerungen sind ja lange in der Luft gelegen, sie mußten kommen, da ja die Löhne und Baumaterialien um 100 Prozent gestiegen sind. Sollten da die Zinse so bleiben, wie sie früher waren? Das war doch ganz unmöglich. Viele Hausherren haben ja tatsächlich nur um 10 Prozent gesteigert. Die mehr gesteigert haben, die waren Spekulanten. Die Konservativen Hausherren aber haben nur eine den gegenwärtigen Umständen entsprechende Steigerung durchgeführt.

Es wird immer von den Hausgeiern gesprochen und über sie geschimpft; ich kann Ihnen aber sagen, daß viele Hausherren froh wären, wenn sie das Einkommen eines sozialdemokratischen Führers hätten. (Zustimmung.) Gewiß ist, daß viele Hausherren ein solches Einkommen nicht haben.

Ich schließe meine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Herren oppositionellen Redner praktische Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot bringen mögen. (Lebhafter Beifall der Christlichsozialen. — Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Bürgermeister hat das Schlußwort.

Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Zum zweitenmale seit meiner Tätigkeit als Bürgermeister habe ich die Ehre, ein Referat des Stadtrates dem Gemeinderate zu unterbreiten, und ich konstatiere mit Befriedigung, daß sich auch diesmal, so wie das letztemal eine Einmütigkeit des Gemeinderates zeigt, welche die einstimmige Annahme meiner Anträge gewährleisten wird.

Sie gestatten aber, daß ich auf einige Bemerkungen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, zurückkomme.

Der Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller hat erwähnt, wie oft er bereits urgiert habe. Ich habe nicht der Urgenz des Herrn Dr. Schwarz-Hiller bedurft, diese meiner Anschauung nach sehr wichtigen und bedeutungsvollen Anträge dem Gemeinderate zu unterbreiten. (Zustimmung.) Wenn Herr Kollege Dr. Schwarz-Hiller aber meint, daß in den Anträgen ausdrücklich der Initiative des Ausschusses gedacht werden solle, so muß ich wohl darauf verweisen, daß nach § 20 der Geschäftsordnung für die Ausschüsse des Gemeinderates, genehmigt zufolge des Gemeinderats-Beschlusses vom 31. August 1900, jedes Mit-

glied eines Ausschusses das Recht hat, Anträge, die den Wirkungskreis des Ausschusses betreffen, zu stellen und daß daher für die Initiative des Ausschusses und seiner einzelnen Mitglieder ohnehin vorgesorgt ist, der Gemeinderat also heute nicht neuerlich etwas zu beschließen hat, was er bereits im Jahre 1900 als Norm für alle Zeiten und für alle Ausschüsse festgelegt hat. (Zustimmung.)

Wenn von einzelnen Rednern hinsichtlich der Ausschüsse Bedenken geäußert worden sind, so möchte ich mir erlauben, den Herren mitzuteilen, daß erst vor kurzer Zeit über meinen Antrag der Wiener Stadtrat den Magistrat beauftragt hat, wegen Abänderung des Gemeindestatutes nicht nur hinsichlich der Ausschüsse und ihrer Kompetenzabgrenzung gegenüber dem Stadtrate zu berichten, sondern daß ich den Magistrat auch weiters veranlaßt habe, pflichtgemäß die Vorberatung über alle jene Anträge zu pflegen, die von der verehrten Opposition im Verlaufe der letzten Budget-Debatte gestellt worden sind. Ich hoffe, daß wir in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Novellierung unseres Gemeindestatutes hier im Plenum des Gemeinderates beraten und beschließen können. (Lebhafter Beifall bei der Opposition.)

Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller hat teils in Verfolgung des Antrages, den bereits Herr Gem.-Rat Melcher stellen wollte, teils aus eigener Initiative den Antrag gestellt, daß in den Ausschuß nicht nur Delegierte der Wiener Baumeister-Genossenschaft, sondern auch des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines aufgenommen werden sollen. Ich habe gegen die Annahme dieses Antrages nichts einzuwenden. (Beifall bei der Opposition.) Etwas anders steht es aber mit dem anderen Antrag des verehrten Herrn Kollegen Dr. Schwarz-Hiller.

Der Ausschuß, der aus einer Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates besteht, dem aber eine ganze Reihe von Experten zugezogen werden soll, denen ich schließlich keine Amtsverschwiegenheit auferlegen kann, so sehr ich ihnen in bianco volles Vertrauen entgegenbringe, repräsentiert ein kleines Parlament, in dem nach meiner Meinung Bodenpolitik theoretisch betrieben werden kann; die praktische Bodenpolitik muß sich aber etwas stiller und unauffälliger vollziehen, sonst würde der Ausschuß nicht Bodenpolitik, sondern eine Bodenwertsteigerung betreiben und die Gemeinde würde in die Gefahr kommen, ihre Bodenpolitik sehr teuer bezahlen zu müssen. (Zustimmung.) Ich möchte nun gerade in dieser Beziehung über die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiete des Grunderwerbes kurz sprechen. Ich habe mir darüber einen Ausweis von der Wiener Stadtbuchhaltung geben lassen. Diesem Ausweise zufolge wurden von der Gemeinde Wien in den Jahren 1908 bis 1912 Grundstücke im Betrage von 14,491.000 K erworben, wobei Straßengrundabtretungen, Straßendurchführungen u. dgl. Transaktionen ausgeschieden erscheinen. Ich bitte, zu berücksichtigen, daß der Betrag von 14½ Millionen Kronen bei unserem doch immerhin knappen Budget ein Betrag ist, der sich offen sagen läßt, ohne daß man dabei den Gedanken verbinden mußte, die Gemeinde Wien habe ihre Pflicht auf diesem Gebiete vernachlässigt. (Gem.-Rat Winarsky: Wieviel ist davon weiterverkauft worden?) Darüber werde ich mir das nächstemal einen Ausweis geben lassen. (Heiterkeit.)

Ich möchte aber doch noch eine andere Ziffer anführen, die auch beweist, daß wir — die Gemeindevertretung im allgemeinen — doch auch auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge einiges geleistet haben — Bescheidenes, das gebe ich zu. Wir haben durch die Schaffung von Notstandswohnungen und durch die Schaffung von Wohnungen für städtische Bedienstete dem Wohnungsmarkte in unserer Stadt nicht weniger als 2892 Kleinwohnungen zugeführt. (Rufe: Hört! Hört!)

Ich habe ausdrücklich gesagt: eine bescheidene Leistung. Ich will gar nicht ruhmredig werden, aber schließlich sind für Wiener Verhältnisse nahezu 3000 Kleinwohnungen auch keine Kleinigkeit und dafür ein Kostenaufwand von 11,966.000 K zu verzeichnen. Wir haben, wenn wir die 14·5 Millionen für Grunderwerbungen und die 12 Millionen für Kleinwohnungen zusammenrechnen auf diesem Gebiete kommunaler Tätigkeit 26 Millionen in verhältnismäßig kurzer Zeit ausgegeben. Wir können also mit Befriedigung auf diese Tätigkeit zurückblicken, wenn ich mir auch bewußt bin, daß damit die Sache nicht abgeschlossen ist und wir in dieser Beziehung der modernen Kommunalpolitik folgen müssen. Und daß wir ihr folgen, beweist, daß bereits seit mehreren Wochen eine eigene Magistrats-Abteilung auf diesem Gebiete arbeitet und daß Sie heute einen Ausschuß einsetzen, der sich mit dem Problem der modernen Stadtverwaltung zu befassen hat. Freilich meinen einige Herren, ich hätte ein Programm vorlegen müssen; hätte ich ein Programm vorgelegt, so wäre wieder gesagt worden, dadurch solle der Ausschuß präjudiziert werden, dadurch wollten wir die Autonomie und die Souveränität des Ausschusses, der aus allen Parteien zusammengesetzt sei, beschränken. (Zustimmung.) Der verehrte Herr Kollege Winarsky kennt ja sehr genau die ausgebreitete, wirklich reichhaltige Literatur über Wohnungsfürsorge und Bodenpolitik; er kennt daher auch das Programm, das große deutsche und englische Städte akzeptiert haben, und wir werden uns also nach bewährtem Muster in unserem neuen Ausschusse einrichten, wir werden das ganze Problem einer gründlichen und sachlichen Erörterung unterziehen und uns die Frage vorlegen: Was ist mit Rücksicht auf unsere lokalen Verhältnisse im Rahmen unseres Budgets und mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung durchzuführen und anzustreben. Sie dürfen auch keine Sorge haben, daß der Ausschuß, den Sie heute einstimmig beschließen werden, vielleicht keine Arbeit bekommt. Das Magistrats-Referat ist fertig und der Ausschuß kann sofort nach seiner Konstituierung mit seiner Arbeit beginnen. Es ist auch ein Magistrats-Referat über die Einführung einer kommunalen Wertzuwachssteuer fertig. Das ist eine schwierige, wichtige und viel umstrittene Frage. Ich werde diesen Ausschuß, dessen Kompetenz heute noch immer bezweifelt oder mit Mißtrauen angesehen wird, mit allen diesen Fragen sich befassen lassen. Das Referat über die Wertzuwachssteuer wird den Ausschuß gewiß lebhaft interessieren, es wird ihm aber auch viele Mühe und Sorge machen, jene Wertzuwachssteuer zu finden, welche die Wucherer und Spekulanten trifft, dabei aber die ehrlichen Baugewerbetreibenden nicht schädigt und insbesondere auch den Bau von Kleinwohnungen nicht hindert.

Es ist aber auch eine ganze Reihe von anderen Fragen von Wichtigkeit; insbesondere muß dort auch die Nutzbarmachung der neuen Rechtsform des Baurechtes besprochen werden. Das gehört alles in diesen Ausschuß und da kann die Gemeinde Wien unter Umständen eine sehr segensreiche Tätigkeit entfalten, indem sie insbesondere den schwächeren Organisationen zur Seite steht und allen den Neubildungen, die sich auf diesem Gebiete vollzogen haben, oder vollziehen werden, an die Hand geht. Es ist gewiß — wenn auch nicht in die Kompetenz des Ausschusses zu legen — da

heute eine Wohnungspolitik ohne eine entsprechende Verkehrspolitik der Gemeinde kaum betrieben werden kann. (Zustimmung.) Ich werde hier der Initiative des Ausschusses nicht hindernd in den Weg treten. Wir müssen den ganzen Komplex der Fragen, die sich hier vor unseren geistigen Augen aufrollen, besprechen und ich kann nur der Erwartung Ausdruck geben, daß der Ausschuß seine Pflicht erfüllen wird; an meiner Unterstützung soll es gewiß nicht fehlen. (Beifall.)

Ich muß aufrichtig gestehen, daß mich die Rede des Herrn Gem.-Rates Dr. Hein etwas überrascht hat. Wenn die Vertreter der Sozialdemokratie heute hier sprechen und Forderungen stellen, so sind sie mit keiner Verantwortung für die Vergangenheit belastet und die Zukunft liegt vor ihnen; aber Herr Dr. Hein, schlagen Sie doch an die Brust Ihrer Partei! Warum haben denn Ihre großen Vorgänger Dr. Prix und Konsorten bei der Einverleibung im Jahre 1900 nicht eine großzügige Bodenpolitik betrieben? (Zustimmung.) Da muß es wohl wundernehmen, wenn die Epigonen dieser Partei uns heute Vorwürfe machen wollen. Dazu sind Sie, Herr Dr. Hein, viel zu spät auf die Welt gekommen. (Lebhafte Heiterkeit. — Gem.-Rat Moißl: Und Sie haben 16 Jahre gebraucht, ehe Sie auf die Idee gekommen sind! — Gem.-Rat Neustadtl: Für das, was vor 30 Jahren war, sind wir nicht verantwortlich!) Ich lasse meiner Partei keine Vorwürfe machen für die Sünden, die Sie auf sich gehäuft haben. (Lebhafter Beifall.)

Seien Sie daher vorsichtig in der Wahl Ihrer Worte! Ich blicke auf eine 30jährige Kommunaltätigkeit zurück und weiß sehr genau, wie unter Ihnen gewirtschaftet wurde. Reizen Sie mich nicht, daß ich etwa von dieser Zeit zu erzählen anfange. In dieser Richtung möchte ich um Vorsicht bitten. Wir aber wollen heute einträchtig diesen Ausschuß beschließen. Ich bitte Sie, dem Ausschusse Ihr Vertrauen entgegenzubringen. Das Mißtrauen ist ja sehr billig, aber es nützt nichts. Sie werden sehen, daß wir unentwegt festhalten an dem Programm kommunaler Arbeit und sozialer Fürsorge und es wird der Ausschuß, den Sie heute bestimmen, sich zielbewußt in den Rahmen dessen einfügen müssen, was ich an großzügiger Kommunalpolitik verkündet habe und treu befolgen werde. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte, den einen Antrag des Herrn Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller anzunehmen, den andern aber abzulehnen.

Im übrigen bitte ich um die einstimmige Annahme der Stadtrats-Anträge. (Lebhafter andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den ersten Absatz der Stadtrats-Anträge ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Derselbe lautet (liest):

„Der Gemeinderat beschließt die Einsetzung eines Ausschusses für städtische Wohnungsfürsorge, der aus dem Bürgermeister, den drei Vize-Bürgermeistern und zwölf aus der Mitte des Gemeinderates zu wählenden Mitgliedern zu bestehen hat."

Ich ersuche die Herren, welche diesen ersten Absatz annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Zum zweiten Absatz hat Herr Gem.-Rat Winarsky einen Abänderungs-Antrag gestellt, welcher lautet:

„Der zweite Absatz des Antrages soll lauten:

Alle Angelegenheiten der städtischen Wohnungsfürsorge sind von diesem Ausschusse vorzuberaten. Der Ausschuß berichtet über seine Anträge und Gutachten direkt an den Gemeinderat.

Die Absätze drei und vier des Antrages haben zu entfallen."

Ich ersuche die Herren, welche dem Abänderungs-Antrage des Herrn Gem.-Rates Winarsky zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, der Antrag ist abgelehnt.

Ich ersuche die Herren, welche den zweiten Absatz des Stadtrats-Antrages, welcher lautet (liest):

„Alle Angelegenheiten der städtischen Wohnungsfürsorge, bezüglich welcher die Entscheidung dem Stadtrate zusteht, sind von diesem Ausschusse vorzuberaten und mit seinem Gutachten dem Stadtrate vorzulegen."

annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Zu den folgenden zwei Absätzen 3 und 4 hat Herr Gem.-Rat Winarsky die Weglassung beantragt. Die Entscheidung über diesen Antrag wird zusammenfallen mit der Entscheidung über den Antrag des Stadtrates.

Weiters hat Herr Gem.-Rat Dr. Hein beantragt, es soll in Absatz 3 heißen statt „die Angelegenheit ist dem Herrn Bürgermeister vorzulegen", „die Angelegenheit ist dem Gemeinderate vorzulegen".

Ich bitte die Herren, welche mit diesem Abänderungs-Antrage des Herrn Dr. Hein einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich ersuche nun die Herren, welche den Antrag des Stadtrates, Absatz 3 annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist auch der Antrag des Herrn Gem.-Rates Winarsky abgelehnt.

Nun ersuche ich jene Herren, welche folgenden Absatz (liest):

„Über Angelegenheiten, bezüglich welcher die Entscheidung dem Gemeinderate obliegt, hat der Ausschuß unmittelbar dem Gemeinderate zu berichten."

annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Gegen den folgenden Absatz ist eine Einwendung nicht erhoben worden (liest):

„Dem Ausschusse sind ständig der Magistrats-Referent für städtische Wohnungsfürsorge, sowie der Vorstand der Magistrats-Abteilung III, der Stadtbau-Direktor und der Direktor der Stadtbuchhaltung oder die Vertreter dieser Beamten und fallweise auch andere städtische Beamte mit beratender Stimme beizuziehen."

Ich bitte die Herren, welche mit diesem Absatz einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu dem folgenden Absatz (liest):

„Dem Ausschusse wird das Recht eingeräumt, Delegierte der Zentralstelle für Wohnungsreform, der Hausbesitzer- und der Mieterorganisation den Sitzungen mit beratender Stimme beizuziehen"

hat Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller den Zusatz-Antrag gestellt, nach den Worten „Mieterorganisation" einzuschalten „des Ingenieur- und Architektenvereines und der Baumeistervereinigung". Der Herr Referent hat sich mit dieser Einschaltung einverstanden erklärt.

Ich bitte die Herren, welche mit dieser Einschaltung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Absatz ist mit dieser Einschaltung angenommen.

Der letzte Absatz lautet (liest):

„Im übrigen findet für diesen Ausschuß die mit dem Gemeinderats-Beschluß vom 31. August 1900, P. Z. 4925, genehmigte Geschäftsordnung für Ausschüsse des Wiener Gemeinderates sinngemäße Anwendung."

Gegen diesen Absatz ist keine Einwendung erhoben worden; ich ersuche die Herren, welche mit diesem Absatz einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun hat Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller folgenden Zusatz-Antrag gestellt (liest):

„Dem zu schaffenden Ausschusse für städtische Wohnungsfürsorge sind auch alle vorkommenden Fragen der städtischen Bodenpolitik zuzuweisen. Insbesondere ist dieser Ausschuß sowohl bei Ankäufen als auch bei Verkäufen von der Gemeinde Wien oder der ihr unterstehenden Fonds gehörigen Immobilien stets aufzufordern, sich gutächtlich zu äußern."

Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag des Herrn Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, der Antrag ist abgelehnt.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Beschluß: Der Gemeinderat beschließt die Einsetzung eines Ausschusses für städtische Wohnungsfürsorge, der aus dem Bürgermeister, den drei Vize-Bürgermeistern und zwölf aus der Mitte des Gemeinderates zu wählenden Mitgliedern zu bestehen hat.

Alle Angelegenheiten der städtischen Wohnungsfürsorge, bezüglich welcher die Entscheidung dem Stadtrate zusteht, sind von diesem Ausschusse vorzuberaten und mit seinem Gutachten dem Stadtrate vorzulegen.

In Fällen, in welchen die Entscheidung des Stadtrates mit dem Antrage des Ausschusses im Widerspruch steht, ist die Angelegenheit dem Herrn Bürgermeister vorzulegen.

Über Angelegenheiten, bezüglich welcher die Entscheidung dem Gemeinderate obliegt, hat der Ausschuß unmittelbar dem Gemeinderate zu berichten.

Dem Ausschusse sind ständig der Magistrats-Referent für städtische Wohnungsfürsorge, sowie der Vorstand der Magistrats-Abteilung III, der Stadtbau-Direktor und der Direktor der Stadtbuchhaltung oder die Vertreter dieser Beamten und fallweise auch andere städtische Beamte mit beratender Stimme beizuziehen.

Dem Ausschusse wird das Recht eingeräumt, Delegierte der Zentralstelle für Wohnungsreform, der Hausbesitzer- und der Mieterorganisationen, des Ingenieur- und Architektenvereines und der Baumeistervereinigung den Sitzungen mit beratender Stimme beizuziehen.

Im übrigen findet für diesen Ausschuß die mit dem Gemeinderats-Beschluß vom 31. August 1900, P. Z. 4925, genehmigte Geschäftsordnung für Ausschüsse des Wiener Gemeinderates sinngemäße Anwendung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich ersuche nunmehr den Herrn Vize-Bürgermeister Hoß zu referieren.

42. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 19200/12, Post 4, Beilage Nr. 40 betrifft neue Bestimmungen über Zeitbeförderungen und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten, sowie über die Anrechnung einer Quote der Steigerung auf die nächste Gehaltsstufe anläßlich der Versetzung eines städtischen Angestellten in den Ruhestand.

Meine sehr geehrten Herren! Wir waren stets bemüht, den Bediensteten nach Möglichkeit entgegenzukommen. Selbstverständlich mußte das immer in einem gewissen Rahmen gehalten werden, weil ja die Gemeinde nicht nur für die Angestellten zu sorgen hat, sondern weil gewiß auch andere, für das Gemeinwesen notwendige Bedürfnisse Berücksichtigung finden müssen. Soweit es aber in diesem Rahmen und mit Rücksicht auf die ordentlichen Einnahmen der Gemeinde möglich war, ist bis jetzt gewiß auch alles mögliche geschehen. In den letzten Jahren wurden mehrere Regulierungen vorgenommen; die letzte, aber auch die größte im Jahre 1911. Es waren eigentlich zwei: eine im Mai, eine im Dezember. Auf Grund beider Regulierungen sind die Quartiergelder und auch die Gehaltsbezüge reguliert worden. Schon zu dieser Zeit war es bekannt, daß die Beamten auch eine Revision der Zeitbeförderungsvorschriften verlangen. Es hat sich nun darum gehandelt, ob wir die Regulierung der Bezüge überhaupt hinausschieben wollen oder ob wir der Meinung sind, daß es wünschenswert ist, den Beamten wenigstens einen Teil rasch zu geben. Wir waren der letzteren Meinung. Wir haben uns gesagt: Wir wollen den größeren Teil, nämlich die Regulierung der Quartiergelder und Gehalte sofort erledigen, weil dies mit Rücksicht auf die Teuerung unbedingt notwendig ist, und den kleineren Teil, die gesamte Regulierung, für die ja größere Vorarbeiten notwendig waren, einer späteren Behandlung unterziehen. Nach vielen Prüfungen und ziemlichen Schwierigkeiten ist nun tatsächlich auch eine Revision der Zeitbeförderungsvorschriften möglich geworden und es wird Ihnen nun die Vorlage darüber vorgelegt. Daraus ist hauptsächlich zu ersehen, daß einzelne Beamtenkategorien, Techniker und Juristen, die bisher im Wege der Zeitbeförderung in die VIII. Rangsklasse kommen konnten, jetzt in die VII. Rangsklasse kommen können.

Ebenso ist es auch bei der Feuerwehr und bei den akademisch gebildeten Beamten. Bei der Feuerwehr mit einer kleinen Einschränkung, die ich wohl nicht erst zu detailieren brauche. Die Herren ersehen aus der Vorlage, warum die Einschränkung gemacht wird. Sie erfolgt hauptsächlich aus Dienstesrücksichten. Bezüglich der anderen Kategorien war bei den meisten bisher die Vorrückung bis in die IX. Rangsklasse möglich. Nun wird sie bis zur VIII. möglich sein, und zwar zum Teil direkt durch die Zeitbeförderung, zum Teil im Wege der Klassenvorrückung. Es ist auch eine Revision der Vorrückungsfristen vorgenommen worden. Wir haben gefunden, daß sie bisher zu lange waren, und daß es wünschenswert ist, sie zu verkürzen.

Bisher haben die Techniker und die Juristen die VIII. Rangsklasse in 14 Jahren erreicht, jetzt werden sie in 15 Jahren die VII. Rangsklasse erreichen. Ungefähr ebenso ist das Verhältnis bei den Kategorien von Beamten, deren Studien etwas

weniger umfassende sind, aber auch hier hat eine bedeutende Verbesserung gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen platzgegriffen.

Weiters ist ein wichtiger Faktor in die Zeitbeförderung aufgenommen worden, nämlich, daß die Zeit, die bereits zur Anrechnung einer Dienstaltereszulage verflossen ist und die jetzt bei der Pensionierung nicht angerechnet wurde, in Zukunft angerechnet wird.

Wenn jemand in Zukunft zwei Jahre schon auf das nächste Quadriennium gedient hat, wird ihm der entsprechende Betrag auch in die Pension eingerechnet.

Es ist bei der Vorrückung auch auf die Diener Rücksicht genommen worden.

Ich bemerke bezüglich der Diener und der Feuerwehr, daß unter Post 2 ein Referat des Herrn Vize-Bürgermeisters Dr. Porzer auf der Tagesordnung steht, welches aber entfällt, weil, wie Sie auf Seite 4 meines Referates sehen, dasjenige, was das Referat des Herrn Vize-Bürgermeisters Dr. Porzer enthält, hier schon enthalten ist, und weil es nicht zweckdienlich wäre, dieselbe Sache zweimal zu referieren. Ich habe auch noch kleine Abänderungen vornehmen müssen. Die Herren haben den Nachtrag ja bekommen. Hauptsächlich war das nur zur Klarstellung notwendig, weil bei einzelnen Punkten kleine Unklarheiten bestanden haben. Auf Seite 4 ist ein Satz einzuschalten. Es ist nämlich aus der Tabelle zu ersehen, daß in der Post 5 bei den Buchhaltungsbeamten und dem maschinentechnischen Hilfsstatus des Bauamtes die Vorrückungsfrist für Praktikanten ein Jahr, und unter gewissen Voraussetzungen zwei Jahre beträgt.

Es ist nicht genug deutlich, ob der Hilfsstatus des Stadtbauamtes unter jene Kategorie gehört, die nach ein oder zwei Jahren darankommen. Nun haben wir uns geeinigt, daß mit Rücksicht darauf, daß die Herren des Hilfsstatus zwei Jahre Praxis haben müssen, bevor sie bei der Gemeinde angestellt werden, sie nur mehr ein Jahr als Praktikanten zu dienen haben. Sie sind also der Buchhaltung gleichgestellt, wo jene, die nicht wenigstens ein Jahr Diurnisten gewesen sind, zwei Jahre dienen müssen. Das ist gewiß gerechtfertigt.

Dann ist noch eine kleine Änderung im § 13.

In § 13, Alinea 3 heißt es (liest):

„Die Zeitbeförderungs-, Klassenvorrückungs- und Stufenvorrückungsfrist jedes Einzelnen darf im allgemeinen nicht vor der seines unmittelbaren Vormannes ablaufen, soweit eine Ausnahme nicht in einem Mangel der Voraussetzungen für die Zeitbeförderung oder in einem Disziplinarerkenntnisse begründet ist."

Hier ist nun, damit völlige Klarheit herrscht, einzuschalten:

„Wenn der Lauf der Frist des Vormannes nicht durch eine militärische Präsenzdienstleistung oder durch einen Urlaub gegen Einstellung der Bezüge gehemmt war."

In diesem Falle kann der Hintermann den Vordermann überspringen. Wenn jemand zum Beispiel auf ein oder gar drei Jahre einrücken muß oder wenn er ein Jahr Urlaub gegen Karenz der Bezüge bekommt, dann geht es nicht an, daß er unter allen Umständen das Recht hat, vor dem Hintermann zu bleiben. In diesem Falle hat der Hintermann das Recht, ihm vorzukommen. Das ist eine Bestimmung, die schon gegenwärtig auch gilt und die übersehen wurde. Sie wurde nun nachträglich aufgenommen, damit kein Irrtum entsteht.

Die Vorlage bedingt auch einige Änderungen der Pensionsbestimmungen und der Dienstpragmatik, die ich wohl nicht erst zu begründen brauche. Bezüglich der Bedeckungsfrage ist in der Vorlage alles Nötige enthalten. Ich bitte um die Annahme der Anträge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Goltz kontra.

Gem.-Rat Goltz: Ich habe hier einen Brief, der an uns gerichtet wurde, in dem jemand — wahrscheinlich ein Wähler — verlangt, daß wir gegen eine Aufbesserung oder gegen die Forderungen der Beamten überhaupt eintreten sollen. Er findet, daß die Beamten stets wieder neues verlangen und daß dies für die Steuerträger unerhörte Lasten zur Folge hat. Es ist dies eine Zumutung, die etwas merkwürdig ist. Wir sind für die Förderung der Beamten und für die Aufbesserung aus dem einfachen Grunde, weil man doch nicht vergessen darf, daß die Verwaltung der Stadt Wien ein Budget von 236 Millionen hat, das uns ein Bild dieser großen Verwaltung bietet, die eine ungeheuer tätige, wirklich ausgezeichnete Beamtenschaft braucht. Wie es im ganzen Leben ist, so ist es auch hier: Etwas, was gut und tüchtig ist, muß man anständig bezahlen. Das ist doch selbstverständlich und es ist daher auch notwendig, daß man jederzeit dafür eintritt, billige Forderungen der Beamten zur Durchführung zu bringen. Schon im Jahre 1907 ist gerade von der Beamtenschaft der Stadt Wien in erster Linie das Zeitavancement deshalb verlangt worden, weil man jenen älteren Beamten, die seit vielen Jahren im Dienste der Stadt Wien tätig sind, die aber durch die Ungunst der damaligen Avancementsverhältnisse im Status trotz der besten Qualifikation am Vorwärtskommen gehindert waren, eine gerechte Vorrückung ermöglichen wollte. Es sind jedoch bei den im Jahre 1907 getroffenen Bestimmungen keinerlei Übergangsstadien getroffen worden. So sind die älteren Beamten dadurch naturgemäß im Nachteil geblieben, während jüngere rasch vorwärts gekommen sind.

Als Beispiel dafür mag dienen, daß heute in einzelnen Branchen, wie im Exekutionsamt, in der Hauptkassa und im Konskriptionsamte Beamte in der X. Rangsklasse sitzen, die 20 Dienstjahre haben, und solche, die nur 8 Dienstjahre haben. Im § 13 unter a ist nun folgendes enthalten, das für diese Beamten sehr günstig wäre. Hier steht (liest):

„Den Angestellten ist für die Zeitbeförderung, Klassenvorrückung und — den Beamten — auch für die Stufenvorrückung die Dienstzeit, die sie in ihrer gegenwärtigen Klasse (Rangsklasse, Klasse der Praktikanten und Aspiranten, Bezugsklasse [Gemeinderats-Beschluß vom 5. April 1897, Z. 3941]), den letzteren überdies die Dienstzeit, die sie über die nunmehr festgesetzte Beförderungsfrist hinaus in der im Status vorhergehenden Klasse vollstreckt haben, unter Beobachtung der folgenden Bestimmungen anzurechnen."

Nun kommt aber der Nachsatz, der das eigentlich wieder aufhebt. Nach § 13 der neuen Zeitbeförderungsbestimmungen wäre durch diese Gutrechnung der in der jetzigen und vorhergegangenen Rangsklasse zuviel gedienten Jahre eine Ausgleichung möglich. Sie wird aber dadurch, daß der Beamte die Vorrückungsfrist seines Vormannes, der zufällig durch Stellenbeförderung die nächsthöhere Rangsklasse erreicht hat, nicht überspringen darf, vollständig zunichte gemacht. Die Folge davon ist, daß die Be-

amtengruppe, welche bereits im Jahre 1907 zugunsten der jüngeren Kollegen geschädigt wurde, auch jetzt neuerlich von dem durch die neuen Bestimmungen erhofften gerechten und wenigstens teilweisen Ausgleich ausgeschlossen werden soll.

So sehr ich es der jüngeren Beamtenschaft wirklich gönnen muß und auch herzlich gönne, daß sie durch die vorliegenden Bestimmungen ein rasches und sicheres Fortkommen findet, so muß doch im Interesse der älteren Beamtenschaft, die durch Jahrzehnte in erprobter und klagloser Weise ihre Kräfte der Gemeinde Wien gewidmet hat, gefordert werden, daß die Bestimmungen der Zeitbeförderung auf eine der Gerechtigkeit entsprechenden Basis gestellt werden.

Daher erlaube ich mir, zu Alinea 13 Absatz 2 folgenden Zusatz-Antrag zu stellen: „Hiedurch darf jedoch die nach Absatz 1 gebührende Anrechnung der in der gegenwärtigen und der vorhergehenden Rangsklasse über die festgesetzte Frist zugebrachten Dienstzeit für die Zeitbeförderung, die Klassenvorrückung und die Stufenvorrückung nicht aufgehoben werden." Es hätte somit in solchen Fällen die Vorrückung des betreffenden Beamten auch gleichzeitig die Vorrückung seines Vordermannes zur Folge. Es wird mir vielleicht von Seite des Herrn Referenten der Einwurf gemacht werden, daß jede derartige großangelegte Aktion für einzelne gewisse Härten mit sich bringt.

Das ist auch ganz natürlich. Die Hauptsache aber ist doch, daß sie der Allgemeinheit der Beamtenschaft dienen soll. Leider sind es aber jetzt wieder dieselben, die schon im Jahre 1907 benachteiligt worden sind. Wenn es wirklich nur einige wenige sind, dann kann doch der Kostenpunkt bei der großen Gesamtsumme nicht in Betracht kommen.

Sind es viele, die davon betroffen werden, dann ist wieder der Allgemeinheit nicht gedient. Wir müssen aber wirklich bedenken, daß das eine Sache ist, die für unsere Beamten von größter Wichtigkeit ist.

Wie ich schon früher gesagt habe, muß im Interesse der gesamten Bevölkerung und im Interesse einer wirklich notwendigen guten Verwaltung, die wir brauchen, dahin gewirkt werden, daß die Beamten mit Lust und Freude an der Sache sind und daß nicht wieder einzelne oder sogar eine größere Anzahl Beamte mit einer gewissen Mißstimmung erfüllt werden. Ich appelliere daher an sämtliche Herren Kollegen. Die Sache ist kein Politikum. Seien wie froh, daß es auch solche Sachen gibt, die mit der Politik nichts zu tun haben. Es handelt sich hier nur um unsere Beamten und daher bitte ich, diesen Zusatz-Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Angermayer pro.

Gem.-Rat Angermayer: Vor uns liegt wieder ein Entwurf, beziehungsweise ein Antrag des Stadtrates, betreffend Zeitbeförderung und Klassenvorrückung der städtischen Beamten, und ein Abänderungs-Antrag bezüglich der Pensionsvorschriften.

Es ist zum siebentenmale, meine Herren, daß sich diese so viel geschmähte und als beamtenfeindlich bezeichnete Partei der Christlichsozialen während ihrer Herrschaft im Rathause mit dem sozialen Wohl und Wehe ihrer Angestellten beschäftigt.

Das erstemal war es im Jahre 1898, wo eine große Regulierung für alle Beamten durchgeführt wurde; das zweitemal war es im Jahre 1902, also schon nach vier Jahren, wo eine Erhöhung des Quartiergeldes bis zu den drei höchsten Rangsklassen und gleichzeitig eine Erhöhung des Grundgehaltes der XI., X. und IX. Rangsklasse durchgeführt wurde; das drittemal war es im Jahre 1903, also schon nach einem Jahre, wo es sich um die Erhöhung des Quartiergeldes der drei obersten Rangsklassen handelte; das viertemal was es im Dezember 1906, wo das Zeitavancement unter dem damaligen Magistrats-Direktor Dr. Weiskirchner durchgeführt wurde; das fünftemal war es im Jahre 1907 mit dem Beschlusse über die zweite allgemeine Gehaltsregulierung ab 1. Jänner 1908 für alle Rangsklassen; das sechstemal war es im Jahre 1911, wo wir uns in ausgiebiger Weise mit der Regulierung befaßten, und heute, zum siebentenmale, haben Sie das reine Zeitavancement vor sich liegen, wonach die einzelnen Beamtenkategorien auf Grund des Zeitavancements in erhöhte Rangsklassen kommen können und wobei auch eine kürzere Vorrückungsfrist mit inbegriffen ist, was einen Betrag von 430.370 K ausmacht. Gleichzeitig liegt wieder ein Antrag auf Besserstellung der Altpensionisten und der Witwen und Waisen vor, was einen Betrag von 197.200 K für das Jahr 1913 erfordert.

Meine sehr geehrten Herren! Abgesehen von der Erfüllung so mancher Wünsche der einzelnen Beamtenkategorien wegen Gleichstellung mit anderen und Vermehrung der oberen Rangsklassen sind die Vorrückungsfristen so günstig bemessen, daß die gesamte Beamtenschaft der Gemeinde Wien wohl voll und ganz befriedigt sein kann, aber auch daran den neuerlichen Beweis wirklicher sozialer Fürsorge seitens der Gemeinderatsmehrheit erkennen muß. Die christlichsoziale Partei hat damit aufs neue bewiesen, daß sie dort, wo sie entscheidenden Einfluß hat, ernstlich bestrebt ist, ihrem Programme entsprechend, sowie ihrem gegebenen Versprechen getreu das ihr vor den Wahlen geschenkte Vertrauen nach den Wahlen voll und ganz zu rechtfertigen. Die christlichsoziale Partei hat den Beamten versprochen, falls sie wiedergewählt würde, für ihre soziale Lage zu sorgen, soweit es nur in ihrer Macht liegt, und sie hat es getan. Sie hat tatsächlich alles getan, was sie eben tun konnte. Ganz besonders ist aber hervorzuheben, daß diese neuerliche Regulierung trotz den großen Kosten erfolgt, ohne die übrige Bevölkerung auch nur mit einem Heller zu belasten, so daß dadurch die Beamtenschaft vor dem Odium neuer Umlagen oder Steuern bewahrt wird.

Wir Staatsbeamten dagegen wissen ein ganz anderes Lied zu singen. Es ist noch zu bemerken, daß diese ganze Regulierung vor sich gegangen ist, ohne zu feilschen, ohne jede bureaukratische Engherzigkeit und Knauserei, was allerdings nur bei dem außergewöhnlichen Wohlwollen und der Beamtenfreundlichkeit möglich war, die der Obmann des Komitees, unser hochverehrter Herr Bürgermeister Exzellenz Dr. Weiskirchner, sowie der Finanz-Referent Vize-Bürgermeister Hoß bei dieser Angelegenheit an den Tag legten. (Beifall.)

Im ganzen Komitee war kein Bureaukrat und kein Tüftler! Die Vertreter des Gewerbestandes waren von dem ehrlichen Willen bestrebt, gerechten Wünschen der Beamten nachzukommen und den Fixangestellten die Möglichkeit zu bieten, den Teuerungsverhältnissen entsprechend ausgestattet zu sein.

Die Gemeinde Wien hat nichts Überflüssiges gegeben, denn sie hat wohl gewußt, daß sie mit den Steuergeldern aller Stände wirtschaftet und hat deshalb vorsichtig und mit dem Herrn Finanz-Referenten im Einklange gearbeitet. Was möglich war, ist

geschehen, weil wir eine arbeitsfreudige, den materiellen Sorgen möglichst enthobene Beamtenschaft haben wollen.

Unsere politischen Gegner werden wahrscheinlich auch diesmal, wie immer, Demagogie darin erblicken, aber das läßt uns kalt; glauben wir doch, daß noch immer unser Begriff von Demagogie der richtigere sein dürfte, wonach derjenige ein Demagoge ist, der bewußt verleumdet und Versprechungen macht, um sein Ziel zu erreichen, und dann das Halten seiner Versprechungen vergißt und damit die Vertrauensseligen irreführt. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Schön haben Sie sich das aufgeschrieben!)

Schreiben Sie sich Ihre Sachen auch auf; es wird uns dann viel Unsinn erspart bleiben!

Wenn ich das Wort ergriffen habe, so tue ich es, um meinen Kollegen der Gemeinde Wien, die jetzt wohl ebenso befriedigt sein werden, wie die vom niederösterreichischen Lande, meine herzlichsten Glückwünsche auszusprechen, die frei von jedem Neide sind, mich aber bestimmen, mit einer gewissen Wehmut meiner armen Kollegen zu gedenken, die k. k. Staatsbeamte sind.

Wenn man so sieht, wie es den Kollegen vom Lande und der Gemeinde geglückt ist, nach kurzer Vorstellung unter Hinweis auf die unverschuldeten äußeren Umstände ein so seltenes soziales Verständnis und Entgegenkommen seitens ihres Arbeitsgebers, der christlichsozialen Partei, zu finden, da kommt man unwillkürlich auf den Gedanken: Ja, ist denn das, was die Staatsbeamten seit Jahrzehnten verlangen, gar so unmäßig, unberechtigt und daher unerfüllbar?

Was verlangt denn die Staatsbeamtenschaft? Sie verlangt die Dienstpragmatik, das Zeitavancement — mit Rückwirkung vom Juli 1912 — und die Regelung der Aktivitätszulage.

Es ist heute der Brief eines Bürgers oder Wählers erwähnt worden, worin es hieß, man solle den Wünschen der Beamten endlich einmal einen Riegel vorschieben, denn sie kommen immer mit neuen Forderungen.

Mir ist etwas ähnliches passiert. Ich war in einem offenen Geschäfte, es war bei einem Friseur oder — sagen wir bei meiner Wenigkeit von Haaren — bei einem Raseur.

Dort saß ein Wiener, hatte eine Zeitung in der Hand und sagte: „Na also, jetzt könnten die Staatsbeamten endlich einmal Ruhe geben. Glauben die denn rein, daß wir nur für sie da sind? Immer hört man nur von den Staatsbeamten."

Ich habe ihn selbstverständlich gefragt, was er sich eigentlich darunter vorstellt.

Er sagte: Sie sollten endlich genug haben und Ruhe geben! Ich antwortete ihm: Wir haben bis heute nichts bekommen! Ich will ja zugeben, daß Sie das schon seit Jahrzehnten lesen, aber Sie haben sich bis heute noch nicht erkundigt, warum Sie das immer wieder lesen! Sie lesen das nur deshalb immer wieder, weil wir bis zum heutigen Tage nichts bekommen haben, und dadurch macht sich eben der Gedanke in der Bevölkerung breit, daß die Beamten fort und fort mit Forderungen kommen und daß sie eine Kaste sind, die eigentlich nie befriedigt werden kann. Da möchte ich meinen engeren Kollegen doch zu Hilfe kommen und sagen, was wir eigentlich wollen.

Die Dienstpragmatik ist nichts, was unser materielles Wohl fördert, sie ist nichts anderes als eine Regelung unserer Rechtsverhältnisse. Über die Zeitbeförderung sind ganz irrige Begriffe nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei der hohen Regierung und im Abgeordnetenhause vorhanden. Die Zeitbeförderung ist kein Korrelat gegen die Teuerung, denn sie ist nur eine Gehaltsregulierung, aber keine Gehaltserhöhung. Die Regulierung besteht darin, daß mit dem bisherigen Beförderungssystem endlich gebrochen werden soll, weil es unmoralisch und ungerecht ist; unmoralisch deshalb, weil der Hintermann auf den Tod des Vordermannes warten muß, ungerecht deshalb, weil bei gleichen Vorbedingungen, bei gleichen Studien und bei gleicher Verwendung in der großen Staatsmaschine ein Beamter des einen Verwaltungszweiges in 10 Jahren dasselbe erreicht hat, was der andere in 20 Jahren noch nicht erreichen konnte. Die Zeitbeförderung behebt das Unrecht, daß nur derjenige befördert wird, der gerade an der Tour ist, während Hunderte und Tausende von Beamten von der Beförderung nicht betroffen werden, die aber ebenso von der Teuerung getroffen werden wie die anderen, und deshalb ging von Seite der Staatsbeamtenschaft vom ersten Tage an mit dem Wunsche nach der Dienstpragmatik auch Hand in Hand der Wunsch nach dem Zeitavancement und die Bitte um die Regulierung der Aktivitätszulage.

Solange die Aktivitätszulage nicht im gleichen Ausmaße, wie für die Militärgagisten berechnet und von fünf zu fünf Jahren den Teuerungsverhältnissen entsprechend geregelt wird, kann von einer wirklichen Regulierung der Gehalte der Staatsbeamten nicht gesprochen werden.

Wie oft ist diese Forderung erhoben worden? Wie oft ist diese Forderung begründet worden? Wie oft ist diese Forderung von der hohen Regierung und vom Abgeordnetenhause studiert worden — und jetzt heißt es von der Regierung, es ist kein Geld da — und vom Abgeordnetenhaus, man müsse das Zeitavancement schon deshalb durchführen, weil in absehbarer Zeit keine Aussicht auf eine Regulierung der Aktivitätszulage sei.

Vom Herrenhaus aber werden wir an das Treueverhältnis erinnert und es wird uns die rechtlich beschnittene Dienstpragmatik und das magere Zeitavancement mit dem Bedeuten gegeben, jetzt endlich Ruhe zu geben!

Ja, wie sollen wir Ruhe geben? Hängt dies denn von uns ab? Sind wird nicht den Teuerungsverhältnissen machtlos ausgeliefert?

Verlangen wir vielleicht die Erhöhung, um Geld in die Sparkassa zu legen oder um besser zu leben als vor 10 oder 15 Jahren, wo unsere Forderungen auch nicht höher gespannt waren? Der Staatsbeamte ist ja von seinem ersten Dienstantritte an an Sparsamkeit gewöhnt. Wir wollen auch nichts anderes, als daß wir so leben können, wie vor 10 oder 15 Jahren, ohne Luxus, und daß wir den Anforderungen, die an uns gestellt werden, auch nachkommen können. Die Beamten sind ja der beste Konsument, denn was sie in die Hand bekommen, das geben sie auch sofort aus. Wenn sie ihre notwendigen Bedürfnisse nicht decken können, so leidet ihre Kaufkraft und damit wird diese Standesfrage eine Volksfrage!

Es wäre daher dringend notwendig, daß die Herren Abgeordneten mit der gewissenlosen Zeitvertrödlung in den verschiedensten Formen und zu den verschiedensten Zwecken endlich aufhören und sich endlich ihrer großtuerischen Versprechungen erinnern, die vor den Wahlen im Jahre 1911 gemacht wurden; es wäre endlich einmal an der Zeit, daß sich alle maßgebenden Faktoren endlich einmal aufraffen und jenen Fragen zum Durch-

bruche verhelfen, die die Beamtenschaft als ihre vitalsten Lebensfragen betrachten muß. Man soll uns nicht dort, wo, offen gesagt, heute schon der Hunger diktiert, mit dem Hinweis auf das Treueverhältnis abspeisen und von uns nicht verlangen, Ruhe zu geben, wenn wir doch nicht Ruhe geben können. (Gem.-Rat Winarsky: Der Liechtenstein und der Wittek haben ja den Beamten Versprechungen gemacht!)

Vize-Bürgermeister Hierhammer (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Gem.-Rat Angermayer (fortfahrend): Man kann uns als Familienväter doch nicht eine Teuerungszulage zuweisen, die im Tage 28 bis 30 h ausmacht, und von uns verlangen, daß wir damit der Teuerung Herr werden. Daß nach monate-, ja jahrelangem Warten eine Gehaltsregulierung, die nicht rückwirkend ist, den bereits verschuldeten Beamtenstand absolut nicht befriedigen kann, das ist wohl jedem klar, umsomehr, als wir heute hören, daß ein Betrag von 600 Millionen — ja vielleicht sogar das Doppelte — ganz leicht durch die Kassenbestände gedeckt werden könnte. Wenn man vom Standpunkte der Buchhaltung aus sagt, daß man für beständige Ausgaben auch beständige Einnahmen haben muß, so will ich ja dem zustimmen; aber wenn man schon weiß, daß die Beschaffung der ständigen Einnahmen so ungeheuere Schwierigkeiten in unserem Parlamente mit sich bringt, so hätte man ja doch den Staatsbeamten auf Grund der so reichlich bemessenen Kassenbestände bis zur gesetzlichen Erledigung eine fallweise und wieder zurückziehbaren Teuerungszulage bewilligen können. Damit wäre man den Bedürfnissen der Beamtenschaft halbwegs entgegengekommen.

Möge man uns doch nicht immer eine Hilfe anbieten, die der Beamtenschaft nicht genügen kann. Das Ministerium Gautsch hat der Beamtenschaft statt des Zeitavancements eine 20prozentige Erhöhung der Aktivitätszulage angeboten, wir haben sie aber zurückgewiesen, weil wir erstens auf das Zeitavancement nicht verzichten konnten, und zweitens diese munifizente Erhöhung der Aktivitätszulage geradezu ein Hohn auf die Verhältnisse der Beamtenschaft gewesen ist. Sehen wir uns diese Erhöhung der Aktivitätszulage ein wenig näher an.

In Wien beträgt die Erhöhung für die XI. Rangsklasse 12 K, für die X. Rangsklasse 16 K und für die IX. Rangsklasse 20 K pro Monat; in der Provinz für die XI. Rangsklasse 6 K, für die X. Rangsklasse 8 K und für die IX. Rangsklasse 10 K pro Monat.

Das sind 20 bis 67 h pro Tag und dafür hätten wir vorläufig — das heißt auf Jahre hinaus — auf das Zeitavancement verzichten sollen.

Die Verhältnisse der Staatsbeamtenschaft sind die denkbar traurigsten. Es hat ein einzigesmal eine Zeit gegeben, wo man der Beamtenschaft unter die Arme gegriffen hätte, ohne daß damit ein Junktim gegenüber den Steuerträgern geschaffen worden wäre. Das war im Jahre 1911 und es war gerade Fürst Liechtenstein — ich erwähne das nur, weil sein Name angezogen wurde — der im Vereine mit dem jetzigen Herrn Bürgermeister, dem damaligen Handelsminister, sich dafür eingesetzt hat — es war das unter dem Ministerium Bienerth — daß ein Zeitavancement wenigstens im Verordnungswege gegeben werden solle. Ich will nicht sagen, daß dieses Zeitavancement ein Ideal gewesen wäre.

Ich will nicht sagen, daß dieses Zeitavancement unser Ideal gewesen wäre, aber wir hätten vom 1. Jänner 1911 an rückwirkend, ohne daß wir mit dem Odium neuer Steuern belastet worden wären, wenigstens ein Zeitavancement gehabt! Heute schreiben wir Februar, eigentlich schon bald März 1913, und die letzten Verhandlungen zeigen uns wieder, daß die Staatsbeamtenschaft noch weit davon entfernt ist, endlich einmal ein Zeitavancement zu bekommen. Damals hätten wir auf Grund der geradezu wie zum Hohn auf die Juni-Sieger emporschnellenden Teuerung wenigstens eine Erhöhung unserer Aktivitätszulagen erhalten. Wenn wir die Erhöhung der Aktivitätszulagen mit den neuen Steuern verquickt hätten, so hätten wir unsere Forderungen wenigstens teilweise erfüllt gesehen; so aber haben wir nach 2½ Jahren wohl ein Zeitavancement zu erwarten, von einer Aktivitätszulage ist aber überhaupt keine Rede mehr, und da möchte ich denn doch fragen: wo bleibt denn die Erfüllung der großen Versprechungen, die uns anno 1911 von den Herren Reichsratskandidaten, die Gegner der christlichsozialen Partei gewesen sind, in so munifizenter Weise gemacht worden sind? Wo bleibt denn die berühmte Nackensteifheit, mit der Sie alles zu erreichen versprachen? (Widerspruch seitens der Sozialdemokraten.)

Auf Grund dieses Versprechens ist Ihnen ja von Seite der Staatsbeamten das Vertrauen entgegengebracht worden und wir verlangen nichts anderes, als die Rechtfertigung dieses seinerzeit entgegengebrachten Vertrauens. (Gem.-Rat Winarsky: Von uns, den Parteigegnern?)

Der Herr Kollege Winarsky kann es schon nicht mehr erwarten; ich komme ihm sofort entgegen.

Die eine Gruppe dieser Vielversprecher bringt ja heute noch die glänzendsten Anträge ein in ideeller und materieller Beziehung, aber immer gerade dann, wenn sie durch die Einbringung derselben auch noch das Wenige, was von diesem Hause noch zu erreichen ist, auch noch aufs Spiel setzt.

Es scheint diesen Herren der Ausspruch ihres Führers Liebknecht am Erfurter Parteitag in Fleisch und Blut übergegangen zu sein, der Ausspruch, wonach es der Sozialdemokratie weniger oder gar nicht darauf ankommt, daß ihre Anträge auch durchgesetzt werden, sondern hauptsächlich darauf, daß sie Anträge stellt, wie sie keine andere Partei stellen kann, das heißt eine Partei, die auch den ernsten Willen hat, sie durchzubringen.

Mit solch glänzenden, aber auch gleißnerischen Anträgen ist aber der Beamtenschaft nicht gedient, weil kein Greisler auch nur eine Servelatwurst dafür hergibt, geschweige denn, daß sie ihre sonstigen Bedürfnisse damit befriedigen kann.

Die Beamtenschaft wertet sie auch heute schon entsprechend ein, als eine Augenauswischerei, die sie sich nicht länger bieten läßt. Die andere Partei der Junisieger, die mit dem Tone der tiefsten sittlichen Entrüstung im Juni 1911 von dem scheußlichen Verrate der christlichsozialen Partei an der k. k. Staatsbeamtenschaft sprach, steht heute vor der Wählerschaft und weint Krokodilstränen wie ein Klageweib über ihre Machtlosigkeit der bösen, bösen Regierung gegenüber. (Heiterkeit.) Sie gesteht offen ein, daß ihre große Kurage in den Hosen liegt, und daß sie das, was sie versprochen hat, nicht erfüllen kann. (Zwischenrufe des Gem.-Rates Moißl.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Gem.-Rat Moißl, ich bitte um Ruhe. (Gem.-Rat Winarsky: Das ist ja die Vorlesung bei der Hausmeisterin!)

Gem.-Rat Angermayer: Dann sind Sie der Hausmeister. (Heiterkeit. — Stürmische Zwischenrufe des Gem.-Rates Reumann.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer (das Glockenzeichen gebend): Sie haben nicht das Wort, Herr Gem.-Rat Reumann; ich bitte, nicht zu unterbrechen. (Lärm.) Ich bitte um Ruhe. (Gem.-Rat Winarsky: Früher haben Sie keine Berichtigungen zugelassen!) Ich halte meinen Vorsitz, wie ich dazu verpflichtet bin. (Zwischenrufe des Gem.-Rates Winarsky.) Herr Gem.-Rat Winarsky, ich rufe Sie zur Ordnung! (Gem.-Rat Nagler: Wehe tut das, das ist Ihr ganzer Jammer! — Gem.-Rat Angeli: Solche Vorhaltungen sind euch halt unangenehm! — Gegenrufe des Gem.-Rates Reumann.) Ich bitte, die Verhandlung nicht zu stören; ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren. (Gem.-Rat Winarsky: Er soll zur Sache sprechen! — Unruhe.)

Gem.-Rat Angermayer (fortfahrend): Die Beamtenschaft ist einfach die betrogene Vertrauensselige (Gem.-Rat Angeli: So ist es!), die wieder einmal um eine traurige Erfahrung reicher geworden ist. Nun, ich hoffe, daß sie die richtigen Lehren daraus ziehen wird. Wir wollen es hoffen. Sie wird gut tun, die Beamtenfreundlichkeit der Junisieger, der Judenliberalen und der Sozialdemokraten, mit der Beamtenfeindlichkeit der Christlichsozialen einer vorurteilslosen, einer leidenschaftslosen Beurteilung zu unterziehen, und sie wird gut tun, nachzudenken darüber, ob es recht war, daß sie diese Partei im Parlamente geschwächt hat, oder ob es nicht besser gewesen wäre, alles daran zu setzen, unsere, die christlichsoziale Partei, in einer viel stärkeren Anzahl hineinzubringen, damit es ihr möglich wäre, auch dort auf Grund ihrer Übermacht, auf Grund ihres entscheidenden Einflusses in dem Sinne zu wirken, wie sie es im niederösterreichischen Landtage und in der Gemeinde Wien bei der Erörterung der Beamtenfrage getan hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Freilich hat die „Neue Freie Presse" im Jahre 1911 die Regulierung der Beamten des Landes einen demagogischen Exzeß genannt. Ja, meine Herren, vielleicht tut sie es morgen wieder; es ist ja alles möglich. Ich glaube aber, die Beamten der Gemeinde Wien kann das ebenso kühl lassen wie uns. Ich kann Sie nur versichern, daß die Staatsbeamten ihre Kollegen im Lande und in der Gemeinde um diesen demagogischen Exzeß beneiden, daß wir gerne einverstanden wären, wenn einmal der Staat und vor allem jene Herren, die im Jahre 1911 soviel versprochen haben, die alles verstanden haben und die Lösungen so genau zu finden glaubten, uns einem solchen demagogischen Exzeß unterwerfen würden. (Lebhafte Zwischenrufe und Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer (unterbrechend): Ich bitte, doch nicht immer zu unterbrechen. (Gem.-Rat Winarsky: Das sind ja lauter Unwahrheiten!)

Gem.-Rat Angermayer (fortfahrend): Meine sehr geehrten Herren! Wir sind viel leichter zu befriedigen, denn wir getrauen uns das gar nicht zu verlangen, was die Kollegen beim Land und der Gemeinde schon haben. Denn wenn einer verlangen würde, daß ein Rechnungsbeamter mit 15 Jahren in die VIII. Rangsklasse kommt, würde er als Sprecher jener Deputation, die das vorbringt, mit dem Zellenwagen nach dem Steinhof geschickt werden, nicht deshalb, weil man böse auf ihn ist, sondern weil man ihn einfach als einen Irrsinnigen bemitleiden würde. Solche Anforderungen zu stellen, fällt uns gar nicht ein. Was wir aber als Forderung aufzustellen haben, ist, daß jene Großtuer vom Juni 1911 ihr Rückgrat finden mögen, daß sie nicht immer Anträge stellen, die als null und nichtig zu betrachten sind, weil sie gar keine Bedingungen schaffen, daß sie endlich aufhören mit diesem und mit dem Fange der Wählerschaft, daß sie sich ein Beispiel nehmen an der christlichsozialen Partei, wie sie in Niederösterreich schon lange tagt und in der Gemeinde Wien zum Wohle der ihr anvertrauten Beamtenschaft wirtschaftet.

Meine Herren! Der Antrag, der Ihnen vorliegt, ist ein so glänzender, daß ich glaube, darüber selbst nicht viel Worte verlieren zu müssen, und Sie einfach bitte, demselben vollinhaltlich und ohne jede Veränderung zuzustimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Moißl.

Gem.-Rat Moißl: Herr Gem.-Rat Angermayer hat uns große Bösartigkeit vorgeworfen, daß wir Sie aus dem Reichsrate herausgestampert haben. In Wirklichkeit sollte er uns aber dankbar sein, denn wir haben es ermöglicht, daß zwei Ihrer Parteigenossen, und zwar Prinz Liechtenstein und Exz. Heinrich v. Wittek im Herrenhause sitzen und dort Gelegenheit gehabt hätten, die Interessen der Staatsbeamtenschaft zu vertreten. Sie haben aber kein Wort verloren, als diese böswilligen, vertrottelten Greise, die dort im Herrenhause sitzen . . , (Stürmische Zwischenrufe.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer (das Glockenzeichen gebend): Herr Gem.-Rat Moißl, ich rufe Sie wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung! Ich kann nicht zugeben, daß Sie das Herrenhaus beleidigen. (Gem.-Rat Winarsky: Er hat es nicht beleidigt! — Gegenrufe: Vertrottelte Greise hat er sie genannt! — Heftige Zwischenrufe des Gem.-Rates Winarsky.) Ich bitte, den Vorsitz habe ich. Herr Gem.-Rat Winarsky, ich rufe Sie zur Ordnung!

Gem.-Rat Moißl: Ich danke bestens für den Ordnungsruf, aber die Mehrzahl der Bevölkerung, insbesondere die Staatsbeamtenschaft fühlt in diesem Falle mit mir. Auch hätte er das Exzellenz Weiskirchner oder Exzellenz Geßmann erzählen können, die ja einmal Minister gewesen sind und auch für die Beamtenschaft etwas hätten leisten können. Es ist nur daran gescheitert, daß das Herrenhaus in seiner Bösartigkeit und seiner Gemeinheit . . . (Rufe: Oho! — Lärm.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich rufe Sie deshalb nochmals zur Ordnung!

Gem.-Rat Moißl: Ich danke Ihnen nochmals.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bitte, sich dieser Ausdrücke nicht zu bedienen, sonst müßte ich Ihnen das Wort entziehen. (Gem.-Rat Winarsky: Er spricht nur von der Mehrheit des Herrenhauses!)

Gem.-Rat Moißl: Ich spreche selbstverständlich nicht von denen, die dafür gestimmt haben, aber wenn Sie einmal im Herrenhause sitzen werden, Herr Vize-Bürgermeister . . . (Unruhe und Zwischenrufe.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bitte, mich aus dem Spiele zu lassen und mit mir nicht zu polemisieren. (Gem.-Rat Winarsky: Der erwachte Vize-Bürgermeister!) Herr Gem.-Rat Winarsky, ich ersuche Sie zum letztenmale um Ruhe.

Gem.-Rat Moißl: Die Christlichsozialen waren einmal an der Macht, die Christlichsozialen haben einstmals fast die ganzen Mandate von Wien in Händen gehabt. In den Beamtenversammlungen haben Sie stets den Staatsbeamten alles mögliche versprochen, in Wirklichkeit aber haben Sie die Beamtenschaft belogen und betrogen, so, wie jeden anderen Stand. Herr Gem.-Rat Angermayer ... (Neuerliche stürmische Rufe: Oho! — Gem.-Rat Winarsky: Ja, belogen und betrogen! — Gem.-Rat Reumann: Demagogen waren Sie immer und immer!)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Gem.-Rat Moißl, ich rufe Sie nochmals zur Ordnung! Ich lasse diese Beschimpfungen nicht zu; noch eine, und ich entziehe Ihnen das Wort. (Heftige Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Ich habe den Vorsitz zu führen, nicht Sie! Ich bitte um Ruhe. (Gem.-Rat Stein: Der unparteiische Vorsitzende!) Herr Gem.-Rat Stein, ich rufe Sie zur Ordnung! (Gem.-Rat Winarsky: Führen Sie lieber den Vorsitz objektiv!) Sie werden mich die Führung des Vorsitzes nicht lehren, Herr Gem.-Rat Winarsky, aber Sie sollten lernen, wie man sich zu benehmen hat. (Lärm und Zwischenrufe des Gem.-Rates Winarsky.) Herr Gem.-Rat Winarsky, ich rufe Sie neuerlich zur Ordnung! (Gem.-Rat Winarsky: Ich glaube, es wäre notwendig, daß Sie einen Kurs durchmachen!) Herr Gem.-Rat Winarsky, ich bitte, mich aus dem Spiele zu lassen, sonst werde ich anders vorgehen. Vor allem bitte ich um Ruhe. (Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rat Moißl (fortfahrend): Ich kann es ruhig der Staatsbeamtenschaft überlassen, ob meine Ausführungen oder die des Gem.-Rates Angermayer ihren Wünschen entsprechen. Es wird Ihnen nicht gelingen, die Beamtenschaft wieder zu Ihrer Partei zu ziehen, die Sie so lange Zeit zum besten gehalten haben. Wenn Herr Gem.-Rat Angermayer mit seinem Gratulationsbuschen zu den Magistratsbeamten gehen wird, so wird er nicht so herzlich aufgenommen werden, wie er glaubt, denn das, was man der Beamtenschaft mit einem wirklichen Zeitavancement zu bieten hätte, das ist diese Vorlage nicht. Deshalb werde ich zwei Abänderungs-Anträge stellen, und zwar (liest):

Bei § 8 soll es analog des § 62 der Dienstpragmatik des Landes Niederösterreich von der Stelle „Die Beschreibung muß folgende sein:" an lauten:

„Beamten, die nicht nach den Bestimmungen der Dienstpragmatik von der Beförderung oder Vorrückung in höhere Gehaltsstufen ausgeschlossen sind, steht — eine durchwegs mindestens gute Qualifikation und die erfolgreiche Ablegung der vorgeschriebenen Fachprüfungen vorausgesetzt — der Anspruch zu, nach den für die einzelnen Standesgruppen erlassenen besonderen Vorschriften im Wege der Zeitbeförderung in die nächsthöhere Rangsklasse versetzt zu werden."

Ferner beantrage ich (liest):

„Bei § 1, 2. Absatz hat es zu lauten: Die Zeitbeförderung erstreckt sich auf alle Beamten und Diener-Kategorien der Gemeinde. Auf die in der beigeschlossenen Tabelle bezeichneten Beamten, Praktikanten und Kanzlisten, aus denen sich die bezeichneten Status ergänzen, und auf die in die Diener-Bezugsklassen eingereihten Personen haben die Bestimmungen sofort Gültigkeit. Der Stadtrat wird jedoch gleichzeitig aufgefordert, binnen vier Wochen analoge Anträge für die Beamten und Angestellten der städtischen Unternehmungen und die Mannschaft der städtischen Berufsfeuerwehr zu stellen."

Wenn ich verlange, daß auch den Angestellten der städtischen Unternehmungen das Zeitavancement zugebilligt wird und sie gleich behandelt werden sollten, wie die Beamten der Kommune, so befolge ich nur das Beispiel des Staates. Der Staat gibt seinen Beamten, die bei den Eisenbahnen, bei der Tabakregie, oder bei den Salinen angestellt sind, welche ebenfalls nur wirtschaftliche Unternehmungen sind, genau dieselben Vorteile, die er den öffentlichen Beamten gibt.

Wenn ich ferner eine gleiche Behandlung für die Feuerwehrmannschaft verlange, so werden Sie mir sicherlich zugeben, daß die Feuerwehrmannschaft nicht in eine Arbeiterklasse, wie die Straßenkehrer, die da einzig und allein in Betracht kommen, eingereiht werden kann.

Von einer Automatik, von einem Zeitavancement scheint Herr Gem.-Rat Angermayer, trotzdem er Staatsbeamter ist, nicht den leisesten Begriff zu haben. (Rufe: Das wird er von Ihnen lernen!)

Ich bin bereit, ihm darüber Stunden zu geben.

Die Automatik hat den Zweck, den Beamten unabhängig zu machen von dem Wohlwollen oder Mißtrauen seiner Vorgesetzten, in diesem Falle von dem Wohlwollen oder Mißtrauen der christlichsozialen Partei. Die Beamten sollen unabhängige, freie Männer sein, und dazu genügt es vollständig, wenn sie ihre Dienstleistung zufriedenstellend besorgen.

Sie verlangen aber, daß jeder ein vorzüglicher und ausgezeichneter Beamter ist; und das haben Sie dadurch verlangt, daß das Zeitavancement an eine solche Qualifikation gebunden ist.

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderat, ich bitte, mir zu sagen, wo eine vorzügliche Qualifikation verlangt wird. Ich bitte, die Vorlage zu lesen.

Gem.-Rat Moißl (fortfahrend): Ich kann Ihnen das sofort zeigen. Bitte den § 8 zu lesen, dort steht:

Für die Beförderung in die weitere Rangsklasse, beziehungsweise Dienerbezugsklasse in der einen Rubrik „Sehr gut", in der zweiten Rubrik „vorzüglich".

Bürgermeister: Ich bitte, sich nur das Ganze zu Gemüte zu führen.

Gem.-Rat Moißl: Ich bitte, es ist genug, daß man ein „vorzüglich" verlangt. Das Land Niederösterreich, in dem die Bauern die Majorität haben, verlangt nur „gut". Was die Bauern den Beamten zubilligen, das sollten Sie, die Sie vor Beamtenfreundlichkeit durch den Mund des Herrn Gem.-Rates Angermayer fast zergangen sind, ebenfalls zubilligen. (Widerspruch.)

Es steht hier in beiden Rubriken „vorzüglich".

Bürgermeister: Bei den Konzeptsbeamten!

Gem.-Rat Moißl (fortfahrend): Sie geben also zu, Herr Bürgermeister, daß ich vollständig richtig gesprochen habe.

Wenn Sie ein wirkliches Zeitavancement machen wollen, so müssen Sie es im vollen Umfange machen, dürfen aber nicht hergehen und die Beamten der Willkür Ihrer Partei aussetzen, was schließlich und endlich immer der Fall gewesen ist; denn Sie sind nicht nach dem vorgegangen, was der Beamte leistet, sondern nach dem, was er Ihrer Partei leistet. Sie haben verdiente Beamte, die ihre Pflicht durch Jahre hindurch erfüllt

haben, nicht avancieren lassen, Sie haben sie präteriert und haben die Beamtenschaft dazu herabgewürdigt, christlichsoziale Wahlhilfe leisten zu sollen.

Wenn wir im Interesse der Beamtenschaft das Wort ergreifen, so wissen wir allerdings wohl, daß unsere Worte in diesem Saale erfolglos verklingen werden. Wir wollen aber, wenn morgen in der „Reichspost" aufgebauscht und erzählt wird von den glänzenden Taten Richard des Großen, des Kommenden ... (Rufe: Er ist ja schon da! — Heiterkeit.) Als Richard der Große kommt er erst, für Sie ist ja alles groß! (Gem.-Rat Wippel: Ihm gegenüber sind Sie Moißl der Kleine! — Lebhafte Heiterkeit.)

Ich bin überzeugt, daß der Mehrzahl von Ihnen alles imponiert, was nur ein bißchen über die Barrierstöcke ragt. (Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.) Wir wollen der Beamtenschaft zeigen, wie Sie hier wieder nichts anderes tun, als die Beamtenschaft foppen. (Zwischenrufe und Unruhe.)

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, Herrn Moißl den Kleinen weiter sprechen zu lassen. (Stürmische Heiterkeit.)

Gem.-Rat Moißl (fortfahrend): Ich bin der Ansicht, Euere Exzellenz, oder, wie es in deutscher Übersetzung heißt, Euere Erhabenheit, daß Sie nur in den Augen der „Reichspost" ein Großer sind, in meinen Augen sind Sie selbstverständlich ein Kleiner. (Lebhafte Heiterkeit. — Gem.-Rat Wippel: Das wird ihn aber kränken!)

Damit sich der Herr Bürgermeister auf mein Lob nicht zu viel einbildet, habe ich das hervorgehoben. Wir wollen durch unsere Kritik die Mängel zeigen, die in der Vorlage enthalten sind und die Titel, Zeitavancement und Automatik direkt lächerlich machen, denn die Magistratsbeamten werden weiter Ihrer Willkür und Brutalität ...

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Moißl, das glauben Sie doch selbst nicht! Davon bin ich überzeugt.

Gem.-Rat Moißl: Ich war sicherlich nicht einer der schlechtesten Magistratsbeamten, habe aber immer die miserabelste Qualifikation gehabt. (Stürmische Heiterkeit. — Gem.-Rat Wippel: Ihre einzige Erinnerung ist die Pension!)

Wir werden für diese Vorlage stimmen, verlangen aber, daß unsere Anträge entsprechend beachtet werden, denn nur durch die Annahme dieser Anträge wird es möglich sein, die Beamtenschaft frei von Ihrer Willkür und unabhängig zu machen. Hiefür wäre es die höchste Zeit im Interesse der Bevölkerung, die nicht durch christlichsoziale und abhängige Beamte ihre Interessen vertreten lassen will.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Angeli, und zwar pro.

Gem.-Rat Angeli: Ich hätte nicht geglaubt, daß diese Vorlage, die wir alle mit Freude begrüßen, weil sie für die Beamtenschaft wieder einen Schritt vorwärts bedeutet, zu einem solchen Redeexzeß Veranlassung geben würde, wie ihn Herr Moißl vom Stapel gelassen hat.

Wenn der hochverehrte Herr Kollege Moißl uns vorwirft, wir hätten Einfluß auf die Qualifikation, oder die Beamten wären von unserem Wohlwollen abhängig, so glaube ich, daß es keinen Menschen im ganzen Rathause gibt, der nicht ganz genau weiß, daß das eine Unwahrheit ist und daß er das nur deshalb sagt, damit er Anwürfe gegen die Partei schleudern kann. Ich erinnere mich an eine Versammlung im I. Bezirke, in der Herr Moißl seinen Wählern seinen Rechenschaftsbericht erstattete. Er sagte damals: Meine Herren, ich habe Ihnen versprochen, wenn ich gewählt bin, werde ich die Christlichsozialen beschimpfen und beflegeln, so viel ich kann. (Gem.-Rat Moißl: Das ist eine Unwahrheit, das habe ich nicht gesagt!) In dem Sinne hat Herr Gem.-Rat Moißl gesprochen und ich frage Sie alle, die Sie Zeugen sind: haben Sie von diesem Manne einmal eine vernünftige sachliche Rede gehört? (Rufe: Nein! — Heiterkeit. — Gem.-Rat Stein: Ich war dabei, er hat das nicht gesagt!) In diesem Sinne hat er gesprochen. (Gem.-Rat Stein: Er hat gesagt: Rücksichtslos vertreten!) Ich lasse mich übrigens in keine Zwiegespräche ein.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Stein, Sie haben nicht das Wort.

Gem.-Rat Angeli (fortfahrend): Mir wurde es so berichtet. Wenn wir alles, was Herr Moißl seit seiner Wahl gesprochen hat, vor unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, dann können wir bestätigen, daß er keine Vorlage, überhaupt keine Gelegenheit vorübergehen lassen kann, ohne unsere Partei so oft er das Wort ergreift, anzuflegeln. Gerade hier wäre es nicht am Platze gewesen, denn diese Vorlage bedeutet wirklich eine Verbesserung der Lage der Beamtenschaft. Gönnen Sie ihnen das vom Herzen!

Ich habe aber das Wort ergriffen, um folgendes zu erklären: Ich erwarte, daß man in der nächsten Zeit auch eine Vorlage für die Beamten unserer Unternehmungen bringen wird (Zustimmung), für diese Parias, die so viel arbeiten und die eigentlich so wenig Anerkennung finden. Es ist Tatsache, daß die Versprechungen, die jetzt gemacht worden sind, bis jetzt nicht eingelöst wurden. Ich fordere daher, daß man endlich daran gehe, eine dementsprechende Vorlage auszuarbeiten, damit auch die Beamtenschaft der städtischen Unternehmungen jene Zuwendungen erhält, die sie braucht, denn es sind brave, fleißige, tüchtige Arbeiter.

Zum Schlusse möchte ich einen Antrag stellen. In der Vorlage, die uns heute vorliegt, ist auch eine Verschärfung der Qualifikation enthalten. Man konnte ja nicht wissen, daß die Vorlage in dieser Weise gebracht werden wird und daß die Qualifikationsliste bereits fertig ist. Daher konnte man darauf keine Rücksicht nehmen. Mein Antrag geht daher dahin, daß ein gewisses Übergangsstadium geschaffen werde und daß vielleicht diese verschärften Qualifikationsbestimmungen erst mit dem nächsten Jahre zu gelten hätten. Dieser Antrag, ist vernünftig und auch der Herr Referent wird ihm zustimmen können.

Es ist nämlich möglich, daß durch diese verschärften Qualifikationsbestimmungen der eine oder andere Beamte zu kurz kommen könnte, ohne daß es vielleicht beabsichtigt wäre. Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen, daß die verschärften Qualifikationsbestimmungen erst mit Ende des Jahres in Kraft treten. (Beifall.)

Bürgermeister: Zur Geschäftsordnung hat Herr Gem.-Rat Kurz das Wort.

Gem.-Rat Kurz: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Ich bitte die Herren, welche den formalen Antrag auf Schluß der Debatte annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Zum Worte kontra gelangt nunmehr Herr Gem.-Rat Hohensinner.

Gem.-Rat Hohensinner: Die Einführung des Zeitavancements durch die Gemeinde ist gewiß ein Eingeständnis dafür, daß die bisherige Beförderungspraxis, wenn sie nicht direkt auf dem Protektionswesen basierte, doch mindestens der Protektionswirtschaft äußerst dienlich gewesen ist. (Gelächter.) Das ist eine Tatsache, die durch Lachen keineswegs aus der Welt geschafft werden kann.

Ich bin daher auch für das Zeitavancement, insbesondere dann, wenn das Wohl und Wehe von Beamten einer politischen Partei ausgeliefert ist, die eingestandenermaßen alle ihre Maßnahmen nur zu dem einen Zwecke trifft, um ihre Herrschaft zu befestigen und zu erhalten, die nur die eine Maxime kennt: Wir pfeifen auf die Qualifikation, wer nicht pariert, der muß hinaus! Von Sepper an — weil Herr Kollege Angeli von Maßregelungen nichts weiß — von dem Diurnisten Sepper an sind durch die ganze Reihe von Jahren die Magistratsbeamten so kontrolliert und behandelt worden, daß es keiner wagt, über die Vorgänge im Innern nach Außen einen Bericht zu geben. Keiner wagt es, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, in welcher Weise die Beamten bedrückt und behandelt werden. (Widerspruch.)

Ich weiß es ja aus meinem Berufe, wie Ihre Partei mit den Gegnern Ihrer politischen Anschauungen vorgeht. Der Herr St.-Rat Tomola hat in der General-Debatte zum Budget den wirklich anerkennenswerten Mut aufgebracht, mich zu warnen, ich möge ja nicht an seinen Leiterernennungen rühren, ich solle nicht mehr den Mut haben, sie zu kritisieren. Sehen Sie, vor wenigen Tagen hörten wir, daß der Bezirk Währing in heller Opposition ist, weil dienstjüngere klerikale Lehrer dienstälteren deutschnationalen Lehrern vorgezogen wurden. Herr St.-Rat Tomola sorgt wahrhaftig väterlich für mich: er verschafft mir schon jetzt Material für eine recht umfangreiche Budgetrede im nächsten Jahre.

Auch im IV. und V. Bezirke bereitet sich wieder ein Besetzungsskandal vor. Da soll wieder der dienstjüngste Bewerber eine Direktorstelle erhalten, wahrscheinlich weil er Schriftführer des dortigen christlichsozialen politischen Vereines ist und weil man beabsichtigt, ihn als Kandidaten bei den Bezirksratswahlen aufzustellen, und da soll er mit einem vornehmeren Titel als dem eines gewöhnlichen Lehrers paradieren. Im V. Bezirke soll ein Mann eine Stelle erhalten, dessen Schwiegermutter Wäscherin bei einer sehr, sehr hochgestellten Persönlichkeit ist.

Also, wie es bei den Lehrern ist, so ist es sicherlich auch bei den Magistratsbeamten. Warum sollte man denn bei diesen irgend welche Ausnahme machen?

Um nun zur Vorlage selbst zu kommen, habe ich die Bedenken der Herren Vorredner betreffs des Zeitavancements in verstärktem Maße. Mit den Bestimmungen über die Qualifikation und die Beförderung machen Sie sofort ein Hintertürl auf, durch das die Protektionswirtschaft hinein kann.

Wo ist zum Beispiel bei den Bestimmungen über die Qualifikation die Grenze zwischen „vorzüglich" und „sehr gut" zu finden? Wahrscheinlich wird die Tätigkeit eines christlichsozialen Beamten immer vorzüglich und die irgend eines mißliebigen nur eine sehr gute oder gute sein. Auch der Herr Bürgermeister bietet mir keine Gewähr dafür, daß bei ihm die Protektionswirtschaft ein Ende nehmen wird. Wie kann es der Mann wagen, die Protektionswirtschaft zu rügen, wo doch jeder Stadtrat und Gemeinderat ihm sagen kann: „Ja, Freund, Du bist selbst ein Opfer christlichsozialer Protektionswirtschaft, denn Du bist selbst über 40 Sekretäre und Magistratsräte hinwegvoltigiert. Wie kommst Du dazu, zu verlangen, daß wir nach Recht und Gerechtigkeit vorgehen und uns immer nur an Qualifikation und Dienstzeit halten?" Weil ich schon bei Sr. Exzellenz Dr. Weiskirchner bin, muß ich auf die Worte zurückkommmen, die er gegen uns gerichtet hat. Sie bedeuten ja förmlich eine Drohung. Wir sind das nicht gewöhnt und weisen den Ton und die Worte entschieden zurück. Wenn der Herr Bürgermeister in dieser Art mit uns zu debattieren wünscht, dann ist der Waffenstillstand zu Ende und es werden sich Szenen ereignen, gegen die alle anderen ein reines Kinderspiel gewesen sind. Sie wissen ganz genau, Herr Bürgermeister, daß im Jahre 1890 und früher, als die liberale Partei herrschte, die ich nicht zu verteidigen habe, das Problem der Wohnungsfürsorge nicht auf der Tagesordnung gestanden ist. Jede Zeit hat ihre großen Probleme.

Bürgermeister (unterbrechend): Die Wohnungsfürsorge steht jetzt nicht auf der Tagesordnung. Ich bitte, zur Vorlage zu sprechen.

Gem.-Rat Hohensinner (fortfahrend): Herr Bürgermeister, Herr Gem.-Rat Angermayer hat eine ganze Stunde über die Staatsbeamten gesprochen. (Unruhe. — Gem.-Rat Dr. Hein macht lebhafte Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Dr. Hein, ich rufe Sie zur Ordnung!

Gem.-Rat Hohensinner (fortfahrend): Herr Gem.-Rat Angermayer hat eine ganze Stunde vorgelesen, das ist inhaltlich und formell nicht statthaft. (Anhaltende Unruhe und Zwischenrufe.)

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rat Hohensinner, ich rufe Sie zur Sache!

Gem.-Rat Hohensinner: Herr Bürgermeister, wie können Sie mich zur Sache rufen, wenn ich gar nicht spreche, denn ich kann ja bei dieser Unruhe gar nicht sprechen. (Zwischenrufe.) Na, schöner Greisler, ein jeder hat seinen Beruf, dem er außerhalb des Hauses nachgeht, und wie ich ihn ausfülle, das kümmert Sie gar nichts. Ich kümmere mich auch nicht darum, wie Sie Ihre Baunzerln backen.

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rat Hohensinner, sprechen Sie zur Sache!

Gem.-Rat Hohensinner: Ich lasse mir das einfach nicht bieten! — Die liberale Partei hat ihre Vergangenheit, der Herr Bürgermeister hat eine agrarische Vergangenheit; wir haben sie ihm bisher nicht zum Vorwurf gemacht, weil wir erwarten, daß er jetzt etwas leisten wird.

Aber es ist eine Tatsache, daß damals dieses Problem gar nicht auf der Tagesordnung gestanden ist. (Zwischenrufe des Gem.-Rates Dr. Hein.)

Ich muß aber weiter bemerken: Die Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten hat doch die liberale Partei zu einer Zeit geschaffen, als andere Gemeinden solche Dienstordnungen noch gar nicht kannten. Als aber von liberaler Seite die Verbesserung der Dienstpragmatik gefordert, als von liberaler Partei — ich erwähne da den Antrag des Herrn Gem.-Rates Dr. Hein — das Zeitavancement gefordert wurde, hat die christlichsoziale Partei sich die Ohren verstopft und der Herr Dr. Lueger war äußerst

ungehalten über diesen Antrag, den der Herr Dr. Hein hier eingebracht hat Hier handelt es sich aber um nichts anderes als um eine wurzelechte Demagogie Sie stehen vor den Wahlen und deshalb wollen Sie durch Einführung des Zeitavancements die Beamten gewinnen.

Übrigens brauchen die Herren ja die Beamten, weil sie ohne die Beamten nichts schaffen können.

Als dem Dr. Lueger einmal ein Mann, mit dem ich heute noch in persönlichem Verkehre stehe und aus dessen Mund ich das Wort habe, den Vorhalt machte: Wie können Sie solche Gemeinderäte wählen lassen, die werden ja nicht imstande sein, die Verwaltung zu führen, antwortete er: Das ist ganz alles eins. Verwalten werde ich mit den Beamten. Deshalb müssen Sie die Beamten immer zufriedenstellen. (Zwischenruf. — Gem.-Rates Moißl: Mit Ihnen kann man ja nicht einmal eine Greislerei führen!)

Ich stimme den Anträgen, die meine Herren Vorredner gestellt haben, vollinhaltlich zu, will sie jedoch nicht wiederholen, um nicht schon Gesagtes noch einmal anführen zu müssen. Ich will aber auf eines zurückkommen. Ich finde es sonderbar, daß man mit der Regulierung der Beamten des Magistrates nicht auch eine Regulierung der Beamten der städtischen Unternehmungen verbindet.

Herr Gem.-Rat Angermayer ruft mit dem Brusttone der Überzeugung: Was wir versprochen haben, das ist erfüllt worden! Dann steht aber Herr Kollege Angeli auf und sagt: Das paßt mir nicht; wir haben allen Beamten das Zeitavancement versprochen, ich muß daher die Herren drängen, daß sie auch für diese etwas tun. Es ist mir gelungen, Ihnen damit einmal den Fetzen, den Sie vor Ihr volksfreundliches Gesicht hängen, herunterzureißen. (Gelächter.)

Ich bin mit der Ansicht des Herrn Angeli ganz und gar einverstanden. Ich begreife nicht, warum die Herren Direktoren der städtischen Unternehmungen uns keine Vorlage unterbreiten. Wenn der Magistrat fertig sein kann, können die Herren Direktoren doch auch fertig sein. Oder sind die Beamten der städtischen Unternehmungen Beamte II. Ranges? Muß ein solches Vorgehen nicht endlich ein Gefühl der Zurücksetzung in ihnen auslösen, wenn sie immer warten müssen, wenn sie nicht unter denselben Bedingungen arbeiten können, wie die Beamten des Magistrates?

Ich halte die Forderungen dieser Beamten nach vollständiger Gleichstellung mit den Magistratsbeamten auch hinsichtlich der Zeitbeförderung, die ich viel weiter ausgedehnt wissen möchte, vollständig gerechtfertigt, ich stelle aber keinen Antrag, weil ich jetzt gerade keine Lust habe, den Papierkorb des Stadtrates zu füttern.

Ich stimme den Anträgen vollständig zu und wünsche nur, daß schon in allernächster Zeit eine Vorlage kommt — ich glaube, Herr Gem.-Rat Moißl hat einen diesbezüglichen Antrag gestellt — (Gem.-Rat Moißl: Ein Christlichsozialer beantragt ja nichts Volksfreundliches!), die auf der Gleichstellung der Beamten der städtischen Unternehmungen und dem Zeitavancement der Magistratsbeamten basiert.

Es darf in Zukunft keinen Unterschied mehr zwischen den Beamten der städtischen Unternehmungen und den Beamten des Magistrates geben, denn sie dienen alle der Gemeinde Wien und jeder muß auf seinem Posten seine Pflicht tun. (Beifall bei den Sozialdemokraten und Liberalen.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Lux hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rat Lux: Ich beantrage die Wahl von General-Rednern.

Bürgermeister: Es ist die Wahl von General-Rednern beantragt. Ich bitte die Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte die eingetragenen Pro-Redner, die Herren Gem.-Räte Handerek, Schmid, Baron, Amoneſta, Dr. Stich und Rain, sich auf einen General-Redner zu einigen.

Kontra sind noch eingetragen die Herren Gem.-Räte Kodiczek und Emmerling. Ich bitte auch diese, einen General-Redner zu wählen. (Nach einer Pause:) Als General-Redner pro ist Herr Gem.-Rat Handerek, als General-Redner kontra Herr Gem.-Rat Emmerling namhaft gemacht. Nachdem zuletzt ein Kontra-Redner gesprochen hat, erteile ich dem Herrn General-Redner pro, Herrn Gem.-Rat Handerek, das Wort.

Gem.-Rat Handerek: Gestatten Sie, daß ich zu dieser Vorlage als alter, organisierter Staatsbeamter einige Worte spreche. Es gibt nur wenige Freudentage im Leben eines Beamten und in den letzten Jahren ist es beinahe gar nie oder nur höchst selten vorgekommen, daß ein Beamter einen Tag einen glücklichen nennen konnte. Die Sorge um die Erhaltung der Familie, die Sorge um die Erziehung der Kinder liegt so schwer auf jedem Beamten, daß ein Freudentag, wenn ein solcher einmal vorkommt, tatsächlich rot unterstrichen werden muß.

Ich bezeichne den heutigen Tag als einen Freudentag — allerdings nur teilweise — weil nur ein Teil der Beamtenschaft daran partizipiert. Wenn auch von einer Seite gesagt wurde, daß die Beglückwünschung, die Herr Kollege Angermayer der städtischen Beamtenschaft dargebracht hat, ihr nicht sehr erwünscht sei, so glaube ich, daß ich mich trotzdem seinen Worten anschließen und die Kollegen aus dem städtischen Dienste herzlich beglückwünschen kann zu der Fürsorge, die ihnen zuteil geworden ist.

Ich werde mich auf die Beamtenfragen im allgemeinen nicht einlassen; ich werde auch von meinen engeren Kollegen aus dem Staatsdienste nicht sprechen, weil ich nicht wieder den Unmut des Herrn Gem.-Rates Neumann heraufbeschwören will, der gemeint hat, daß schon über eine Stunde über die Staatsbeamtenschaft gesprochen werde.

Die Staatsbeamten sind in der letzten Zeit so bescheiden geworden, daß es ihnen am liebsten wäre, wenn von ihnen gar nicht gesprochen würde, sie wären zufrieden, wenn endlich einmal der Dornenalleeweg, den sie seit dem ersten Schritte, den sie unternommen haben, um das Zeitavancement zu erreichen, schon seit 50 Jahren wandeln, zu Ende wäre. Ich will heute nur hervorheben, was diese Vorlage hier bedeutend unterscheidet von der Vorlage, die im Abgeordnetenhause und im Herrenhause für die Staatsbeamten eingebracht worden ist.

Durch die Einbringung dieser Vorlage im Gemeinderate ist erstens der Beweis erbracht, daß die Lebensverhältnisse der Beamten im allgemeinen derart triste geworden sind, daß an die Regulierung ihrer Gehalte geschritten werden muß. Herr Kollege Angermayer hat ganz richtig betont, daß das Zeitavancement

nicht eine Verbesserung der Gehalte, sondern nur die allernotwendigste Regulierung der Avancementverhältnisse ist, die darin ihren Grund hat, daß die Mittel, die dem Beamten gegeben werden, für sein Dasein nicht mehr ausreichen. Ich möchte also, daß man von dieser meiner Auffassung auch in jenen Kreisen Kenntnis nimmt, die über die Staatsbeamtenvorlage zu entscheiden haben, und da werde ich nicht dem Beispiele des Kollegen Angermayer folgen, der den Herrn von der sozialdemokratischen Partei in kräftigen Worten die Lewiten gelesen hat, sondern in bescheidener Weise an sie die Bitte richten, sie mögen im Parlamente dafür Sorge tragen, daß endlich einmal die Bahn für das Zeitavancement, das heute von ihnen eigentlich gehindert wird freigegebn ewerde.

Die zweite Eigenschaft dieser Vorlage, die ebenfalls unterstrichen werden muß, ist die, daß sie mit einer Raschheit eingebracht worden ist, die eigentlich jeden in Erstaunen versetzen muß. Wenn Sie berücksichtigen, wie viel Monate vergangen sind seit der Zeit, in der die städtische Beamtenschaft sich bittlich an den Gemeinderat gewendet hat, bis zum Zeitpunkte der Einbringung der Vorlage und dagegen die lange Zeit in Betracht ziehen, welche die Gesetzwerdung der Staatsbeamtenvorlage erfordert, dann werden Sie wohl sagen, daß die Majorität dieses Gemeinderates erstens prompt und zweitens ausgiebig gearbeitet hat. Ich befürchte nur, daß die Beamtenschaft, wenn die jetzigen Verhältnisse anhalten, in kurzer Zeit wieder nicht mehr ihr Auslangen finden wird und neuerdings sich an den Gemeinderat wird wenden müssen. Die jetzige Majorität gibt ja gerne, aber es können Zeiten eintreten, in denen auch ihr Säckel leer sein wird, so daß man den Beamten nicht mehr in dem Maße wird entgegenkommen können, wie sie es wünschen würden; ich denke daher daran, daß vielleicht auf anderen Gebieten Kompensationen geschaffen werden könnten, die die Notwendigkeit neuerlicher Regulierungen teilweise paralisieren könnten.

Ich betrachte es da als ein gutes Omen, daß gerade der jetzige Herr Bürgermeister schon zwei Vorlagen eingebracht hat, die, wenn die Sache richtig angepackt und durchgeführt wird, vielleicht doch einen gewissen Regreß für die jetzigen Verhältnisse bilden werden. Am heutigen Tage ist die eine Aktion hier angebahnt worden, das ist die Wohnungsfürsorge; in der vorhergehenden Sitzung hat uns der Herr Bürgermeister mit Anträgen beehrt, die für die Approvisionierung Geltung haben sollen. Auf diesen zwei Gebieten könnte vielleicht der Weg gefunden werden, um endlich einmal den ständigen Gehaltsregulierungen wenigstens auf eine gewisse Art entgegenzutreten. Diese Art der Fürsorge gilt mir auch als die bessere, weil sie nicht nur den städtischen Beamten helfen würde, sondern auch die anderen Klassen der städtischen Bevölkerung umfassen würde. Gerade diese zwei Gebiete der Wohnungsfürsorge und der Approvisionierung, betrachte ich als die, auf denen am allerersten der Teuerung ein Riegel vorgeschoben werden könnte, wodurch die fortwährenden Regulierungen nicht mehr oder doch nur zum Teile notwendig werden. Von diesem Standpunkte aus stelle ich als Staatsbeamter — Sie können ja von hier aus den Staatsbeamten nicht direkt helfen — bei diesem Referate an Sie die Bitte, trachten Sie, daß auf diesen zwei Gebieten etwas erfolgreiches geschieht, und dann wird es möglich sein, auch den anderen Schichten der städtischen Bevölkerung zu helfen.

Das sind so im großen und ganzen die Gesichtspunkte, die mich bewogen haben, zu dieser Sache zu sprechen. Die Lösung ist allerdings nicht einfach, sie erfordert Ausdauer und eine lange Zeit, aber wenn wir alle in den Ausschüssen, die lebensfähig gemacht werden sollen, zusammenarbeiten, dann wird es auch möglich sein, daß sich diese Wohltat auch auf andere Berufe erstreckt, die durch die heutige Vorlage nicht berührt wurden.

Ich schließe, um Sie in Anbetracht der späten Stunde nicht länger aufzuhalten, und ersuche Sie herzlichst, erstens diese Vorlage, so wie sie ist, anzunehmen und zweitens in weiterer Folge auch auf alle jene Mittel zu sinnen, die es ermöglichen, daß sowohl den städtischen, als auch den Staatsbeamten auf diesem Gebiete geholfen werden kann. (Beifall bei der Majorität.)

Bürgermeister: Zum Worte gelangt der Herr General-Redner kontra, Herr Gem.-Rat Emmerling.

Gem.-Rat Emmerling: Herr Gem.-Rat Angermayer hat eingangs seiner Rede erwähnt, daß die heutige Vorlage kein politisches Thema ist, er hat aber ziemlich viel über politische Materie gesprochen.

Ich will nicht in denselben Fehler verfallen und mich an die Tagesordnung halten, erkläre aber gleich eingangs, daß wir der Meinung sind, daß, wenn auch nicht allen Wünschen der Magistratsbeamten durch diese Vorlage Rechnung getragen wird, immerhin eine wesentliche Besserung ihrer Verhältnisse eintreten wird; nun sind wir der Meinung, daß zum Beispiel schon der § 13 eine ziemliche Mißstimmung hinterlassen wird, wo über die Übergangsbestimmungen gesprochen wird und wo nicht klipp und klar zum Ausdrucke gebracht wird, daß die vollendete Dienstzeit auch nach jeder Richtung in Bezug auf die Einreihung in die Rangsklassen angerechnet werden soll. Vielleicht wird es noch möglich sein, diese Härte auszumerzen.

Was das Zeitavancement anbelangt, so haben Sie ein solches mit außerordentlichen Einschränkungen bestimmt. Denn wenn Sie im § 8 und in weiterer Folge von der Qualifikation sprechen und die Beförderung davon abhängig machen, daß die entsprechenden Rubriken in der dazu bestimmten Qualifikationsbezeichnung vorhanden, beziehungsweise ausgefüllt sein müssen, so ist das Zeitavancement zum großen Teile dort, wo diese Beurteilung der Qualifikation nicht in sehr objektiver Weise vorgenommen wird, einfach aufgehoben. Es ist also diese Beschränkung außerordentlich dehnbar, wenn es heißt: Gut, sehr gut, vorzüglich, sehr fleißig und tadellos. Es ist doch sehr schwer, das ganz genau einzuhalten.

Diese Umrahmung des Begriffes läßt nach den Erfahrungen, die in Bezug auf die Behandlungen gemacht worden sind, die Befürchtung aufkommen, daß das Zeitavancement durch diese Bestimmung zum großen Teile unwirksam gemacht werden wird.

Ich möchte noch darauf verweisen, daß Sie gerade bei den Dienerstellen äußerst hart sind, und daß Sie Diener haben, die 13 bis 15 Jahre dienen müssen, bis Sie in die nächsthöhere Gehaltsklasse kommen. Die Arbeiten der Diener sind gewiß nicht zu unterschätzen, insbesondere ihre Erfahrung. Ich kenne die Bureauarbeit und weiß, wie sehr man auf die Verläßlichkeit und die Kenntnisse der Diener angewiesen ist, weil diese Leute dadurch, daß sie durch viele Jahre Einblick in den Geschäftsgang

haben, sich bedeutende Kenntnisse angeeignet haben. Es ist aber gerade die Dienerkategorie sehr stiefmütterlich bedacht und wir ersuchen Sie deshalb, wenn es noch möglich ist, daß Sie im Rahmen dieser Vorlage ein Änderung eintreten lassen.

Eigentlich habe ich mich zum Worte gemeldet, weil in dem Referate des Herrn Vize-Bürgermeisters Hoß nicht mit einem Worte die Beamten der städtischen Unternehmungen erwähnt worden sind. Es wäre doch am Platze gewesen, daß man mit einigen Worten auch dieser großen Kategorie von Beamten gedacht hätte, und wenn davon gesprochen wird, daß selbst bei dieser Vorlage eine Mißstimmung unter den Magistratsbeamten sein wird, weil man nicht allen Wünschen Rechnung tragen kann, so werden Sie mir zugeben, daß eine viel größere Mißstimmung unter den Beamten der städtischen Unternehmungen vorhanden sein muß, wenn bei einem solchen Antrage, bei einem solchen Elaborate, bei einer so großen Sache, wie Sie sie hinstellen, die für die Magistratsbeamten beschlossen wird, auch nicht mit einem Worte der Beamten der städtischen Unternehmungen gedacht wird. (Rufe: Ist schon in Vorbereitung!)

Das hätte sollen im Referate erklärt werden, es kann dies aber der Herr Referent ausbessern, wenn er in seinem Schlußworte darauf verweist, daß an einer solchen Vorlage gearbeitet wird. Die Beamten der städtischen Unternehmungen haben gleiche Vorbildung, aber sie haben noch wesentliche Nachteile gegenüber den Beamten des Magistrates. Sie haben eine längere Arbeitszeit, die Arbeitszeit ist nicht kontinuierlich, sie ist geteilt durch die Mittagsstunde, und die Beamten, von denen sehr viele infolge der Wohnungsnot an der Peripherie der Stadt wohnen, müssen die Mittagspause benützen, um nach Hause zu fahren, und müssen hasten, damit sie nachmittags zur rechten Zeit wieder im Bureau sein können. Die städtischen Beamten haben auch eine 35jährige Dienstzeit.

Wenn Sie nun in Betracht ziehen, daß viele Beamte der städtischen Unternehmungen mehr als sechsstündige Arbeitszeit haben und, wenn Sie diese acht Stunden umrechnen in Bezug auf die Dienstjahre, so werden sie finden, daß die Beamten der städtischen Unternehmungen um acht bis neun Jahre länger dienen, als die Beamten des Magistrates.

Dazu kommt noch, daß die Magistratsbeamten für die Überzeit nach sechs Stunden selbstverständlich honoriert werden, während bei den Beamten der städtischen Unternehmungen die Überzeit erst nach achtstündiger Arbeit eintritt, so daß dieselben auch in dieser Richtung wesentlich schlechter gestellt sind. Ich glaube kaum, daß Sie annehmen, daß wir aus parteipolitischen Motiven über diese Sache sprechen.

Es sind rein sachliche Gründe, die uns dazu veranlassen.

Ich muß nun mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rates Angermayer zurückkommen. Herr Gem.-Rat Angermayer hat uns hier eine Abhandlung über Demagogie gehalten und hat insbesondere darauf verwiesen, daß die Wünsche der Staatsbeamten im Parlament nicht berücksichtigt worden sind. Wenn er die Verhandlungen des Parlamentes kennt, so müßte er eigentlich wissen, daß gerade die Christlichsozialen und Deutschnationalen den Antrag Glöckl, der den Wünschen der Staatsbeamten Rechnung getragen hat, seinerzeit abgelehnt haben. Er hätte wissen müssen, daß dieses magere Zeitavancement und die beschnittenen Rechte, das Treueverhältnis, das er in Verbindung mit dem Hunger gebracht hat, im Parlament nicht deshalb nicht wesentlich verbessert worden sind, weil die Sozialdemokraten hinderlich im Wege gestanden sind. Im Gegenteil. Ich verweise darauf, daß es gerade die Staatsbeamtenorganisationen gewesen sind, wo Mißtrauenskundgebungen gegen die christlichsoziale Partei und den Nationalverband beschlossen wurden. Es muß also doch richtig sein, daß nicht die Sozialdemokraten die Schuld haben, sondern daß die christlichsoziale Partei es gewesen ist, die den Antrag Glöckl niedergestimmt hat und die allen diesen Bestrebungen hinderlich in den Weg getreten ist. Sie müssen sich doch einmal entschließen, eine bestimmte Richtlinie für Ihre Behauptungen aufzustellen. Herr Gem.-Gat Angermayer erklärt, daß die Sozialdemokraten im Parlament überhaupt nichts machen, daß sie es leicht haben, daß sie nur Anträge stellen und daß sie dies nur in ihrer demagogischen Art tun. Herr Gem.-Rat Rotter hat uns dagegen eine Stunde vorher den Vorwurf gemacht, daß im Parlamente lauter sozialdemokratische Gesetze beschlossen werden. Das Wohnungsfürsorgegesetz sei ein sozialdemokratisches Gesetz, das Seuchen- und Sanitätsgesetz ebenfalls. Sie müssen sich also entscheiden: Eines oder das andere. Entweder wird im Parlament eine bloß negative Kritik geübt oder es wird von den Sozialdemokraten auch positive Arbeit geleistet.

Was die Junisieger betrifft, so scheinen sie Ihnen sehr im Magen zu liegen, denn bei jeder Gelegenheit übergibt sich der eine oder andere Herr Kollege, wenn er auf dieses Thema zu sprechen kommt. Es wurde behauptet, daß wir aus rein demagogischen Gründen auch zu dieser Sache sprechen, beziehungsweise daß wir sie hiezu als Anlaß benützen.

Ich verweise darauf, daß vor dem Herrn Kollegen Angermayer keiner der Redner überhaupt das parteipolitische Gebiet berührt, sondern jeder ausschließlich versucht hat, mit sachlichen Motiven seine Ausführungen darzulegen. Es war dem Herrn Kollegen Angermayer vorbehalten, das parteipolitische Gebiet zu streifen, beziehungsweise in die Debatte zu ziehen. Er hat eine lange Vorlesung hierüber gehalten. Es würde niemand und auch uns nicht eingefallen sein, diese Seite in Betracht zu ziehen, auch wir haben die Sache vom sachlichen Standpunkte aus beurteilt. Ich bitte die Herren Vorsitzenden in diesem Saale, in Zukunft, wenn längere und etwas lebhaftere Debatten entstehen, immer zu berücksichtigen, daß wir, wenn wir notgedrungen — weil wir sonst positiv nicht arbeiten können und nur immer hier Gelegenheit haben, zu einer Sache zu sprechen — über den Rahmen der Tagesordnung hinausgehen, immer in der Redefreiheit beschränkt werden, während die Herren der Majorität uneingeschränkte Redefreiheit nach jeder Richtung hin genießen und ohneweiters über Themata sprechen können, die nicht auf der Tagesordnung stehen.

Ich richte am Schlusse meiner Ausführungen an den Herrn Referenten Vize-Bürgermeister Hoß die Frage, ob er nicht in der Lage ist, mitteilen zu können, daß man ähnliche Vorlagen und ähnliche Änderungen auch des Dienstverhältnisses der Beamten der städtischen Unternehmungen in Bearbeitung hat, weil wir der Meinung sind, daß das sonst ein arges Mißverhältnis wäre. Ich glaube, daß sowohl der Geist, der Fleiß, als auch der Ehrgeiz darunter leidet, wenn ein so kolossales Mißverhältnis zwischen den Beamten des Magistrates und denen der städtischen Unternehmungen besteht. Ich bitte daher um diese Mitteilung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bürgermeister: Der Herr Berichterstatter zum Schlußworte.

Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Herr Gem.-Rat Goltz war der Meinung, daß es für einen Teil der Beamtenschaft eine Ungerechtigkeit sei, daß die Vorrückungsfrist im allgemeinen nicht vor der des unmittelbaren Vormannes ablaufen darf. Ich bin nun der Meinung, daß denjenigen, die sich heute einen Rang erworben haben, dieser Rang unter allen Umständen gewahrt bleiben muß. Sie wissen ja, daß es außer der Zeitbeförderung und der Rangsklassenbeförderung auch eine Stellenbeförderung gibt. Wenn das eintreten würde, was Herr Kollege Goltz will, so wäre es möglich, daß ein einzelner, der vielleicht aus verschiedenen Umständen mehrere Jahre in einer einzigen Kategorie zugebracht hat, plötzlich alle, oder einen großen Teil der Kollegen, die heute vor ihm sind, überspringt. Wenn dann die Stellenbeförderung kommt, würde er im Rang vor allem rangieren und wenn seine Qualifikation entsprechend ist, auch darankommen. Es wäre auch nicht möglich, daß, wie Herr Kollege Goltz gemeint hat, wenn der Hintermann vorkommt, der Vordermann mit ihm vorrückt. Das wäre ein sogenanntes Schieben; wenn der Hintermann viel mehr Dienstjahre hätte als der Vordermann, so müßte dieser so weit mit vorrücken, als der andere effektiv gedient hat. Das wäre doch auch nicht entsprechend.

Solche Komplikationen lassen sich also nicht machen. Es gibt vielleicht Beamte, die benachteiligt sind, aber ich bin der Meinung, wenn dies vorkommt und die Qualifikation eine entsprechende ist, eine andere Form wird gefunden werden können, um das gut zu machen; wenn aber die Qualifikation keine entsprechende ist, so kann der Betreffende auch keine Berücksichtigung finden; er wird eben nach der bisherigen Zeitbeförderungsvorschrift behandelt. Es wird gewiß auch Herren geben, die nicht nach der neuen und nicht nach der jetzigen Art vorrücken werden; bei einem großen Beamtenkörper gibt es ja immer Leute, die nicht so entsprechen und die man eben nicht so qualifizieren kann, daß sie Berücksichtigung finden können.

Es ist gesagt worden, wenn eine solche Vorschrift gemacht wird, so soll sie für die Allgemeinheit sein. Ich bin persönlich der Meinung, daß gerade diese Vorlage für die Allgemeinheit gemacht worden ist und daher auf Details nicht eingeht. Es ist ja immerhin möglich, daß vielleicht 50 von den 2800 Beamten nicht zufrieden gestellt werden. Wenn wir die Vorschrift in dem Sinne zuschneiden, wie es im Zusatz-Antrage gesagt ist, dann würde von dem eigentlichen Allgemeinen abgegangen und dem Zwecke nicht entsprochen werden.

Dem Herrn Gem.-Rates Angermayer danke ich für seine außerordentlich schönen und korrekten Ausführungen über die Vorlage. Ich bin persönlich auch der Meinung, daß es uns gewiß eine große Freude machen würde, wenn es gelänge, mit unserer Vorlage der Staatsverwaltung ein gutes Beispiel zu geben, damit endlich auch die Staatsbeamten, die es gewiß auch verdienen, zu einer Regulierung und zur Zeitbeförderung sowie zur Dienstpragmatik kommen.

Ich will noch in Ergänzung meiner früheren Ausführungen hinzufügen, daß es den Beamten nun mit 15 bis 19 Dienstjahren möglich sein wird, die VII., beziehungsweise VIII. Rangsklasse zu erreichen. Das ist nicht nur eine schöne soziale Stellung, sondern es ist damit auch schon ein bedeutender Gehalt verbunden. Der Jurist, der bis zur VII. Rangsklasse vorrücken kann, wird einen Bezug von 7000 bis 8000 K erreichen, ohne die Stellenbeförderung mitzumachen. Die anderen Beamten, die bis zur VIII. Rangsklasse vorrücken können, werden einen Gehalt von 5500 bis 6700 K erreichen. Damit ist gewiß entsprechend vorgesorgt.

Nun will ich noch etwas anführen, woraus Sie sehen, was in den letzten Jahren geschehen ist. Bis Ende 1907 haben die Beamten in der niedersten Rangsklasse einen Gehalt von 2200 K samt Quartiergeld bezogen. Ab 1. Jänner 1910 beziehen sie 2800 K, das heißt also, in vier Jahren wurde der Betrag von 2200 K auf 2800 K, somit um 600 K erhöht. Prozentuell steigt dieser Betrag in den höheren Rangsklassen noch mehr um 800, 900 und 1100 K. Bei solchen Zahlen kann man wohl nicht von Demagogie sprechen. Die Zahlen beweisen, was unsere Beamten und Angestellten bekommen haben. Diese Zahlen müssen auch nach außen hin den richtigen Wert dessen zeigen, was die Christlichsozialen auf diesem Gebiete getan haben.

Herr Gem.-Rat Moißl hat Abänderungs-Anträge zu den §§ 1 und 8 gestellt. Ich bitte, diesen Anträgen nicht zuzustimmen.

Was die städtischen Unternehmungen betrifft, so kann ich erwähnen, daß in den einzelnen Ausschüssen gearbeitet wird und daß zuerst die Grundsätze aufzustellen sind, auf Grund deren die Detailvorlagen ausgearbeitet werden sollen.

Herr Gem.-Rat Angeli hat einen Antrag gestellt, ich möchte ihn aber ersuchen, ihn zurückzuziehen. Ich bin nämlich der Meinung, daß er nicht durchführbar ist.

Wir haben nun durch eine gewisse Zeit zwei Zeitbeförderungen. Wenn wir darauf eingehen, was Herr Gem.-Rat Angeli fordert, daß wir nämlich die verschärfte Qualifikation erst ein Jahr später eintreten lassen, so würden die gegenwärtigen Begünstigungen allen jenen zugute kommen, die jetzt, wenn wir das aufrecht erhalten, nach der zweiten Zeitbeförderungvorschrift befördert werden könnten.

Das wäre für uns sehr unangenehm und wäre auch gar nicht durchführbar, weil es die ganze Vorlage auf den Kopf stellen würde.

Ich möchte noch einiges dem Herrn Gem.-Rate Hohensinner sagen. Er hat gesagt, es sei eine wurzelechte Demagogie, was wir da treiben. Ich glaube, die Zahlen, die ich genannt habe, beweisen, daß wir überhaupt keine Demagogie treiben, sondern unsere Pflicht nach jeder Hinsicht erfüllen. Wir haben ja jetzt gar keine Wahlen; die Wahlen in den 2. Wahlkörper, in welchem sich die Beamten befinden, haben im Vorjahre stattgefunden. Wir haben also noch fünf Jahre vor uns. Geben wir etwas vor den Wahlen, dann heißt es, wir wollen die Beamten gewinnen, geben wir nach den Wahlen, ist es Ihnen auch nicht recht. Man weiß nicht, wie man den Wünschen der Herren Rechnung tragen soll. Auf der einen Seite gibt man zu wenig, anderseits sagen Sie wieder, wir treiben Demagogie und wollen die Beamten fangen.

Ich glaube, die Beamten und Angestellten der Gemeinde Wien werden sich selbst ein Urteil bilden und wissen, was sie von den einzelnen Reden zu halten haben. Ich bitte um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Moißl hat das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Moißl: Ich berichtige tatsächlich gegenüber dem Herrn Gem.-Rate Angeli, daß es vollständig unwahr ist, daß ich in einer Wählerversammlung des I. Bezirkes erklärt habe, daß ich versprochen habe, die Christlichsozialen zu beschimpfen, und daß ich dieses Versprechen gehalten habe.

Wahr ist vielmehr, daß ich in dieser Versammlung erklärt habe: Ich verspreche Ihnen, meine Herren, daß ich Ihre Interessen in der rücksichtslosesten und entschiedensten Weise vertreten werde.

Ich glaube, dieses Versprechen eingelöst zu haben. Die Versammlung war auch meiner Ansicht und hat mir ihr Vertrauen votiert.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung Gegen § 1, Absatz 1 ist keine Einwendung erhoben. Ich erkläre ihn für angenommen. Zu § 1, Absatz 2 liegt ein Gegen-Antrag des Gem.-Rates Moißl vor. Den Herren ist dieser Antrag bekannt.

Ich bitte die Herren, welche den Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rates Moißl annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieh.) Es ist die Minorität, er erscheint abgelehnt.

Ich bitte die Herren, welche Absatz 2 des Stadtrats-Antrages annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu den folgenden Bestimmungen bis einschließlich § 7 ist keine Einwendung erhoben worden.

Ich bitte die Herren, welche für diese Bestimmungen sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu § 8 liegt ein Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rates Moißl vor, der den Herren auch bereits bekannt ist.

Ich bitte die Herren, welche den Gegen Antrag des Herrn Gem.-Rates Moißl annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, er erscheint abgelehnt.

Ich bitte die Herren, welche § 8 nach der vom Stadtrate vorgelegten Fassung annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der § 8 ist angenommen.

Zu den folgenden Paragraphen bis inklusive 12 liegt kein Gegen-Antrag vor.

Ich bitte die Herren, welche diese Bestimmungen annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht) Angenommen.

Ich bitte die Herren, welche § 13 annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu diesem Paragraph liegt ein Zusatz-Antrag des Herrn Gem.-Rates Goltz vor.

Ich bitte die Herren, welche für diesen Zusatz-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minderheit, der Zusatz Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte die Herren, welche nunmehr die restlichen Bestimmungen der Vorlage annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht) Angenommen.

Es liegt ein Antrag des Herrn Gem.-Rates Angeli vor, demzufolge die schärfere Qualifikation für gewisse Vorrückungen erst mit Ende 1913 in Kraft zu treten hat. Ich bin nicht in der Lage, diesen Antrag, bevor ich nicht das Magistrats-Gremium gehört habe, zur Abstimmung zu bringen. Über solche Beamtenfragen muß die zuständige Korporation des Magistrates urteilen.

Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist genügend unterstützt und geht an den Satdtrat.

Ich werde die Magistrats-Direktion beauftragen, in der Gremial-Sitzung diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Hiemit ist diese Angelegenheit erledigt und ich danke namens der städtischen Beamtenschaft dem Gemeinderate für diese munifizente Bewilligung. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Beschluß: Derselbe liegt dieser Nummer als Beilage bei.

Bürgermeister: Herr Vize-Bürgermeister Hoß, ich bitte, fortzufahren.

43. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 2490, Post 5. Vermehrung der Heizaufseherstellen sowie Erhöhung des Entfernungsgebührenpauschales für den Betriebsleiter der städtischen Heizwerkstätte.

Infolge der großen Zunahme der Heizanlagen im Jubiläumsspitale ist es notwendig, daß die Heizaufseherstellen um zwei vermehrt werden. Es sollen bestellt werden 1 Heiz-Ober-Aufseher, 2 Heizaufseher I. Klasse und 2 Heizaufseher II. Klasse.

Das Pauschale des Betriebsleiters soll von 300 K auf 600 K erhöht werden.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Der Antrag des Referenten ist genehmigt.

Beschluß: 1. Die Heizaufseherstellen der städtischen Heizwerkstätte werden von drei auf fünf vermehrt und eingeteilt in die Stellen:

a) eines Heiz-Ober-Aufsehers,
b) zweier Heizaufseher I. Klasse und
c) zweier Heizaufseher II. Klasse.

2. Das in die Pension nicht einrechenbare Jahrespauschale des Betriebsleiters der städtischen Heizwerkstätte wird ab 1. Jänner 1913 von 300 K auf 600 K erhöht.

Bürgermeister: Ich bitte, fortzufahren.

44. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 2496, Post 6. Verein zur Errichtung und Erhaltung einer Knabenbeschäftigunganstalt der Calasantiner-Kongregation um Subvention.

Es wird die Ablehnung beantragt. Auch die Bezirksvertretung hat sich dagegen ausgesprochen. Mit Rücksicht darauf ist der Stadtrat nicht in der Lage, das Ansuchen befürwortend vorzulegen.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich erkläre den Antrag des Referenten für angenommen.

Beschluß: Das Ansuchen des Vereines zur Errichtung und Erhaltung einer Knabenbeschäftigungsanstalt der Calasantiner-Kongregation um Subvention wird abgewiesen.

45. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 3048, Post 18, Wiener Trabrennverein um Ehrenpreis pro 1913.

Es soll dem Wiener Trabrennverein, wie in den früheren Jahren, ein Ehrenpreis von 100 Dukaten bewilligt werden.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Ehrenpreises von 100 Dukaten zur Dotierung eines auf der Wiener Trabrennbahn zu laufenden, für die Produkte der inländischen Traberzucht bestimmten, „Preis der Stadt Wien" zu benennenden Rennens. Die Ausgabe ist auf den Reservefonds zu verweisen.

46. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 2516/12, Post 24. Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten.

Auch auf diesem Gebiete war der Stadtrat bemüht, Ihnen eine Vorlage vorzulegen, die gewiß eine ziemlich weitgehende ist. Selbstverständlich ist es nicht möglich, die Altpensionisten bis zur letzten Regulierung zu berücksichtigen, aber es sollen wenigstens jene, die vor dem Jahre 1907 in Pension gegangen sind, wo also ihre Bezüge noch ziemlich niedrige waren, berücksichtigt werden. Die Pensionen bis zu 3000 K sollen um 200 K, die über 3000 K bis 5000 K um 300 K und die über 5000 K um 400 K erhöht werden. An dieser Erhöhung ist am meisten die mittlere Gruppe mit 300 K beteiligt. Ich bin überzeugt, daß durch diese Erhöhung die Pensionisten sehr befriedigt sein werden. Überdies soll auch den Witwen eine entsprechende Regulierung gewährt werden, und zwar allen jenen, die bei der Regulierung des Jahres 1905 keine Berücksichtigung gefunden haben.

Überdies soll auch der Erziehungsbeitrag, der bei einzelnen jüngeren Witwen, die drei oder vier Kinder haben, sehr ins Gewicht fällt, entsprechend berücksichtigt werden. Die Frau nach einem älteren Pensionisten der niedersten Rangsklasse hat in der früheren Zeit für ein Kind 100 K bekommen. Nach der neuen Regulierung wird sie 240 K bekommen und so steigt das bis 800 K in den einzelnen Rangsklassen. Das wird bei den einzelnen Witwen gewiß mit besonderer Befriedigung empfunden werden.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte. Das Wort hat Herr Gem.-Rat Hohensinner kontra. (Nach einer Pause:) Er ist im Saale nicht anwesend und verliert daher das Wort. Herr Gem.-Rat David kontra!

Gem.-Rat David: Ich habe mich nicht kontra, sondern pro melden wollen, habe dies aber dem Herrn Schriftführer allerdings nicht gesagt.

Zu dem Antrage habe ich nichts weiter zu sagen, sondern nur eine Anfrage zu stellen. Schon vor sehr langer Zeit hat unsere Fraktion hier den Antrag gestellt, es mögen die Altpensionisten der städtischen Straßenbahnen den Neupensionisten gleichgestellt werden. Da in dieser Vorlage, die von Herrn Vize-Bürgermeister Hoß vertreten wird, hievon keine Erwähnung geschieht, so möchte ich mir doch die Anfrage erlauben, ob Sie es nicht für zweckentsprechend und an der Zeit halten würden, daß die Altpensionisten der städtischen Straßenbahnen den Neupensionisten gleichgestellt werden. Ich glaube, daß die Trawaybediensteten dasselbe Anrecht haben auf das, was Sie hier den übrigen Altpensionisten gewähren und es wäre nur ein Akt der Billigkeit, wenn auch nach dieser Richtung hin jenen Arbeitskräften, die gewiß ihren Dienst tadellos verrichten, eine Satisfaktion gegeben wird.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Schelz zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rat Schelz: Ich beantrage Schluß der Debatte und Wahl von General-Rednern.

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, welche diesem formalen Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte die pro eingetragenen Herren Gem.-Räte Angermayer, Knoll, Dr. Stich und Vaugoin sich auf einen General-Redner zu einigen. Kontra ist kein Redner eingetragen. (Nach einer Pause:) Zum General-Redner ist Herr Gem.-Rat Knoll gewählt. Ich erteile ihm das Wort.

Gem.-Rat Knoll: Wir haben die Vorlagen genau geprüft und finden, daß es am besten ist, wenn wir die Gleichstellung so ziemlich durchführen. Das ist auch geschehen.

Ich kann den Herren nur sagen, daß wir die Sache diesbezüglich genau erwogen und gefunden haben, daß diese Lösung die beste ist.

Ich bin daher der Meinung, daß die Herren dafür stimmen sollen. (Beifall.)

Bürgermeister: Der Herr Referent hat nichts mehr zu bemerken und verzichtet auf das Schlußwort.

Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche der Vorlage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die in der Pensionsvorschrift für Gemeindebeamte und -Diener der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nach einer früheren als der derzeitigen Fassung begründeten Ruhe- und Versorgungsgenüsse werden in folgender Weise erhöht:

1. Die Gesamtruhegenüsse der Beamten, die infolge ihrer Versetzung in den Ruhestand der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 6. Dezember 1907, Z. 14181, genehmigten Bezugsregulierung nicht mehr teilhaftig geworden sind, werden

wenn sie nicht mehr als 3000 K betragen, um 200 K;

wenn sie über 3000 bis 5000 K betragen, um 300 K;

wenn sie über 5000 K betragen, um 400 K jährlich erhöht.

Die Gesamtruhegenüsse der Diener, die infolge ihrer Versetzung in den Ruhestand der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 6. Dezember 1907, Z. 15697, genehmigten Bezugsregulierung nicht mehr teilhaftig geworden sind, werden um 100 K jährlich erhöht.

Die Bezugserhöhung gilt als Mietziensbeitrag.

2. Die Pensionen der Witwen, welche von der mit Gemeinderats-Beschluß vom 7. Dezember 1905, Z. 14602, genehmigten Erhöhung der Witwenpensionen ausgenommen worden sind, werden auf das mit diesem Gemeinderats-Beschlusse festgesetzte Ausmaß erhöht. Hiebei werden die Pensionen, welche den Witwen nach nicht in das Rangsklassenschema eingereihten Beamten gebühren, nach den im Gemeinderats-Beschlusse vom 12. Mai 1908, Z. 3681, aufgestellten Grundsätzen ermittelt.

Die Pensionen der übrigen von dem Gemeinderats-Beschlusse vom 7. Dezember 1905, Z. 14602,

nicht betroffenen Beamtenswitwen werden um 100 K jährlich und auf mindestens 800 K erhöht.

Die Pensionen der Witwen nach Dienern, die infolge ihrer Versetzung in den Ruhestand, der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 6. Dezember 1907, Z. 15697, genehmigten Bezugsregulierung nicht mehr teilhaftig geworden sind, werden um 50 K jährlich und auf mindestens 600 K erhöht.

3. Die Erziehungsbeiträge, welche in einem geringeren als dem mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 12. März 1909, Z. 18263/08, festgesetzten Ausmaße bemessen worden oder zu bemessen sind, werden auf dieses Ausmaß erhöht.

Die Bezugsdauer aller Erziehungsbeiträge wird auf das mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 20. Dezember 1911, Z. 18744, festgesetzte Ausmaß verlängert.

Die vorbezeichneten Bezugserhöhungen werden mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1913 jedoch nur für die Bezugsberechtigten selbst und nicht etwa für ihren Nachlaß vom Magistrate von amtswegen angewiesen.

4. Von den pro 1913 auflaufenden Mehrkosten per 197.200 K sind 150.000 K in der unter Ausgabs-Rubrik III 17⅓ präliminierten Reserve für die Erweiterung der Zeitbeförderung der städtischen Beamten und Diener und für die Regulierung der Bezüge der Altpensionisten per 400.000 K und der verbleibende Rest per 47.200 K in Interkalarien, beziehungsweise in dem Reservefonds per 1,000.000 K bedeckt.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rat Zatzka.

47. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 109, Post 16. Offert der Josefine Spelitz auf Verlauf der Einl.-Z. 145 Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk, an die Gemeinde Wien.

Es ist das ein Komplex von mehr als 19.000 m². Vor zirka drei oder vier Wochen haben wir angrenzende Parzellen um 10 K angekauft und dieser Preis wurde vorbildlich für diesen Ankauf. Es ist uns nämlich gelungen, den verlangten Preis von 14, beziehungsweise 13 K auf 10 K herunterzudrücken.

Ich bitte daher um Ihre Zustimmung zu dem Ankaufe.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Da keine Einwendung erhoben wird, erkläre ich den Antrag des Referenten für genehmigt.

Beschluß: I. Die Gemeinde Wien erwirbt von Josefine Spelitz die im Grundbuche Ober-Baumgarten unter Einl.-Z. 145 inneliegenden Gründe, und zwar:

1. Kat.-Parz. 186/1 im Katastralausmaße von . . . . . 6.841 m²
2. Kat.-Parz. 187/1 im Katastralausmaße von . . . . . 518 „
3. Kat.-Parz. 187/2 im Katastralausmaße von . . . . . 324 „
4. Kat.-Parz. 187/3 im Katastralausmaße von . . . . . 6.072 „
5. Kat.-Parz. 196/1 im Katastralausmaße von . . . . . 6.101 m²

somit Gründe im Gesamtausmaße von . 19.856 m², wie sie liegen und stehen, um den Einheitspreis von 10 K per Quadratmeter des Katastral-Ausmaßes, somit um den Kaufschilling von 198.560 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling ist in der Weise zu berichtigen, daß binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien ein Teilbetrag von 98.560 K bar bezahlt wird.

Der Rest von 100.000 K ist bis 30. Juni 1914 zahlbar und mit 4·5 Prozent halbjährig im nachhinein zu verzinsen.

Die Verkäuferin verzichtet auf eine grundbücherliche Sicherstellung des Kaufschillingsrestes.

2. Die Gründe sind der Gemeinde Wien, abgesehen von der unter Post 1 des Lastenblattes der Einl.-Z. 145 Ober-Baumgarten einverleibten Servitut der Duldung der Herzoglich Albertinischen Wasserleitung lastenfrei zu übertragen.

3. Die Vertragskosten und Übertragungsgebühren trägt die Käuferin.

4. Die Verkäuferin ist verpflichtet, binnen acht Tagen nach Aufforderung bei der Einl.-Z. 145 Ober-Baumgarten auf ihre Kosten die Rangordnung der Veräußerung anmerken zu lassen.

II. Der im Jahre 1913 zur Abstattung gelangende Teil des Kaufschillings samt Nebengebühren wird auf die Kassenbestände, und zwar auf den aus dem Kaufgeschäfte bezüglich der Realität Einl.-Z. 803 Mariahilf infolge Übernahme der auf dieser Realität lastenden Satzpost der Ersten österreichischen Sparkassa erübrigten Teilbetrag per 171.574 K 19 h verwiesen und ist auf der Ausgabs-Rubrik XII 13 zu verrechnen.

Der Restbetrag samt Nebengebühren ist im Voranschlage für das Jahr 1914 sicherzustellen.

Bürgermeister: Ich bitte Herrn Vize-Bürgermeister Dr. Porzer zum Referate.

48. Referent Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zahl 2741, Post 17. Pensionsversicherung der Angestellten der Kommunalsparkassa im Bezirke Währing.

Die Währinger Kommunal-Sparkassa fungiert als Ersatzinstitut bezüglich der Pensionierung ihrer Beamten. Nun wird vom Ministerium die Bedingung gestellt, daß für alle Verpflichtungen, welche die Währiger Kommunal-Sparkassa in Bezug auf die Pensionierung ihrer Beamten übernimmt, die Gemeinde Wien als solche die Haftung übernehmen müsse. Die Gemeinde Wien haftet zwar ohnehin im allgemeinen für alle Verpflichtungen, es wird aber noch diese spezielle Haftungserklärung verlangt und da eine ähnliche Haftungserklärung für zwei andere kommunale Sparkassen schon gegeben worden ist, so wird nun der Antrag gestellt, diese Haftungserklärung auch bezüglich der Kommunal-Sparkassa zu geben.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet, eine Einwendung gegen den Stadtrats-Antrag wird nicht erhoben, ich erkläre daher den Antrag des Referenten für genehmigt.

Beschluß: Es wird beschlossen, daß die im § 2 der Statuten der Wiener Kommunalsparkassa im Bezirke Währing festgesetzte Haftung der Gemeinde Wien für die Erfüllung der Verbindlichkeiten dieser Sparkassa sich auch auf die ihren pensionsversicherungspflichtigen Angestellten und deren Hinterbliebenen zugesicherten Versorgungsgenüsse im gesetzlichen Mindestausmaße erstreckt.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Rain. Derselbe wird auch für den Herrn Kollegen Gräf referieren.

49. Referent Gem.-Rat Rain: Zahl 2437, Post 7, Beilage Nr. 41, betrifft das Offert des Laurenz Dobek und Florian Dracka auf Verkauf von Gründen im XVI. Bezirke an die Gemeinde Wien.

Von diesen Gründen entfallen 19.534·6 m² auf Baugrund und 131·75 m² auf Straßengrund. Der Kaufpreis ist billig zu nennen, denn er beträgt 7 K 65 h per Quadratmeter und ist somit um 25 h per Quadratmeter billiger als die seinerzeit in der Nachbarschaft erworbenen Gründe.

Ich bitte um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer (den Vorsitz übernehmend): Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: I. Die Gemeinde Wien kauft von Laurenz Dobek und Florian Dracka die nachbezeichneten, im Grundbuche Ottakring inneliegenden, im bauämtlichen Situationsplane vom Jänner 1911, Dir.-Z. 107, durch rote Umränderung dargestellten, aus der Abteilung der Einl.-Z. 1710, Parz. 692, entstandenen Liegenschaften, und zwar:

Die Baugrund-Parz. 692/1, Einl.-Z. 1710, 692/2, 692/3, Einl.-Z. 1599, 692/4, Einl.-Z. 1714, 692/5, Einl.-Z. 1813, 692/6, Einl.-Z. 1814, 692/7, Einl.-Z. 2127, 692/8, Einl.-Z. 2169, 692/9, Einl.-Z. 2187, 692/10, Einl.-Z. 2203, 692/11, Einl.-Z. 2204, 692/12, Einl.-Z. 2228, 692/13, Einl.-Z. 2313, 692/14, Einl.-Z. 2343, 692/15, 692/16, Einl.-Z. 2369, 692/17, Einl.-Z. 2514, 692/18, Einl.-Z. 2565, 692/19, Einl.-Z. 2755, 692/20, Einl.-Z. 2793, 692/21, Einl.-Z. 2809, 692/22, Einl.-Z. 2936, 692/23, Einl.-Z. 2967, 692/24, Einl.-Z. 2983, 692/25, Einl.-Z. 2985, 692/26, Einl.-Z. 3079, 692/27, Einl.-Z. 3169 und 692/28, Einl.-Z. 3202, im Gesamtausmaße von zirka 19.534·65 m², ferner die reservierten Straßengründe Parz. 692/31, Einl.-Z. 1313, 692/32, Einl.-Z. 1314, 692/33, Einl.-Z. 1317, 692/35, Einl.-Z. 1353, 692/39, Einl.-Z. 1420, 692/40, Einl.-Z. 1508, im Gesamtausmaße von zirka 131·75 m², wie sie liegen und stehen, um den Pauschalpreis von 190.000 K und unter folgenden Bedingungen:

a) Von dem Kaufschillinge ist der Teilbetrag von 110.000 K binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien fällig. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, den Kaufschillingsrest von 80.000 K am 15. Jänner 1914 zu bezahlen und inzwischen mit 4·25 Prozent, vom Tage der Zahlung der ersten Kaufschillingsrate an gerechnet, im vorhinein zu verzinsen. Auf eine pfandrechtliche Sicherstellung des Kaufschillingsrestes leisten die Verkäufer Verzicht.

b) Die Gründe sind frei von Bestandverhältnissen und mit Ausnahme der auf Grund der Abteilungsbewilligung vom 13. Juli 1904, M. Abt. XIV, 210, einverleibten Reallasten auch lastenfrei zu übergeben.

c) Die Verkäufer verpflichten sich, ob den genannten Gründen binnen acht Tagen nach Genehmigung des Rechtsgeschäftes durch den Gemeinderat auf ihre Kosten die Rangordnung für die beabsichtigte Veräußerung grundbücherlich anmerken zu lassen.

d) Sämtliche mit der Errichtung des Rechtsgeschäftes und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien allein. Die Gemeinde verpflichtet sich auch, den Käufern eine etwa zur Vorschreibung gelangende Rentensteuer von den Zinsen des Kaufschillingsrestes zu vergüten.

II. Der Kaufschillingsteilbetrag von 110.000 K, sowie die mit der Errichtung und Durchführung des Rechtsgeschäftes verbundenen Kosten und Gebühren sind auf die Ausgabs-Rubrik XII 13 des Voranschlages für das Jahr 1913 zu verweisen, der Kaufschillingsrest ist im Voranschlage für das Jahr 1914 sicherzustellen.

50. Referent Gem.-Rat Rain: Zahl 2987, Post 8, betrifft das Ansuchen des Vereines „Heim für obdachlose Familien" um unentgeltlichen Wasserbezug für seine Anstalt XVI., Herbststraße 141.

Es wird die Bewilligung des unentgeltlichen Bezuges von täglich 20 hl Hochquellenwasser gegen jederzeitigen Widerruf beantragt.

Über die Tätigkeit des Vereines brauche ich nicht weiter zu sprechen. Sie alle wissen ja, wie wohltätig der Verein wirkt.

Ich bitte daher um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Verein „Heim für obdachlose Familien" wird für seine Anstalt XVI., Herbststraße 141, der unentgeltliche Bezug von täglich 20 hl Hochquellenwasser gegen jederzeitigen Widerruf bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Tomola.

51. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 2839, Post 23, betrifft das Ansuchen des Akademischen Senates der k. k. Universität in Wien um Subvention für die volkstümlichen Universitätskurse. Es wird die Bewilligung einer Subvention von 2000 K beantragt.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet, ich ersuche die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Akademischen Senat der k. k. Universität in Wien wird für die volkstümlichen Universitätskurse eine Subvention von 2000 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schwer.

52. Referent Gem.-Rat Schwer: Zahl 10116/12, Post 28, betrifft das Ansuchen des Österreichischen Bühnenvereines um einmalige Subvention für den Hausbau. Es wird die Bewilligung einer einmaligen Subvention von 1000 K beantragt.

Ich glaube dem Antrage nichts hinzufügen zu müssen und bitte um die Annahme desselben.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet, ich ersuche die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Österreichischen Bühnenverein wird für den Hausbau eine einmalige Subvention von 1000 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schreiner.

53. Referent Gem.-Rat Schreiner: Zur Zahl 2908, Post 15, betrifft die Urteilsgebühr in Sachen Josef Henneberk kontra „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen".

Es wird beantragt, gegen die Entscheidung der Finanz-Landes-Direktion die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Es ist das die 107. Beschwerde.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Gegen die zu Handen der Direktion der städtischen Straßenbahnen am 8. Februar 1913 zugestellte Entscheidung der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direktion vom 31. Jänner 1913, Z. IX—237, laut welcher in Bestätigung der vorinstanzlichen Gebührenvorschreibung die Urteilsgebühr in dem gegen die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" durchgeführten Prozesse des Klägers Josef Henneberk ohne Rücksicht auf den urteilsgemäßen Ausspruch über die Teilung dieser Gebühr in einem die Gemeinde Wien über den gerichtlichen Ausspruch belastenden Ausmaße zwischen den Prozeßparteien aufgeteilt wird, ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen und die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird ermächtigt, diese Beschwerde einzubringen.

54. Referent Gem.-Rat Schreiner: Zahl 2476, Post 13, betrifft die Bestimmung über das Sterbequartal für Hinterbliebene von Beamtinnen der städtischen Straßenbahnen.

Die Beamten der städtischen Straßenbahnen haben schon diese Bonifikation und ich glaube, daß sie auch den Beamtinnen gegeben werden soll.

Ich bitte um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die im § 53 der Dienstordnung für den Fall des Ablebens eines Beamten enthaltenen Bestimmungen über den Beitrag zur Bestreitung der Kranken- und Leichenkosten haben sinngemäß auch im Falle des Ablebens von ledigen oder verwitweten Beamtinnen Gültigkeit. Dieser Beschluß tritt nur für solche Todesfälle in Kraft, welche nach dem Tage der Beschlußfassung eintreten.

55. Referent Gem.-Rat Schreiner: Zur Zahl 2903, Post 12, betrifft den Fahrplan der städtischen Dampfstraßenbahnen für die Sommerperiode 1913. Es wird beantragt, den in Vorlage gebrachten Fahrplan der städtischen Dampfstraßenbahnen für die Sommerperiode 1913, gültig ab 16. April 1913, zu genehmigen.

Dieser Fahrplan ist analog dem des vergangenen Jahres.

Von einem Herren wurde auch der Wunsch geäußert, daß auf der nördlichen Linie über Aspang hinausgefahren werden soll, wenn dort flugtechnische Veranstaltungen stattfinden. Ich glaube, daß wir, wenn die Anmeldung vom Flugtechnischen Verein rechtzeitig geschieht, die Direktion ermächtigen sollen, bis dort hinauszufahren.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Lohner kontra. (Nach einer Pause:) Derselbe ist im Saale nicht anwesend, verliert daher das Wort. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der in Vorlage gebrachte Fahrplan der städtischen Dampfstraßenbahnen für die Sommerperiode 1913, gültig ab 16. April 1913, wird genehmigt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schmid.

56. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 3115, Post 22, betrifft die Bewilligung eines Beitrages zum Mehrerfordernisse für die Restaurierung der Karlskirche im IV. Bezirke.

Für die Restaurierung der Karlskirche wurde seinerzeit ein Voranschlag in der Höhe von 305.600 K gemacht, wobei für die baulichen Arbeiten 205.600 K und für die künstlerischen Arbeiten 100.000 K eingesetzt waren. In der Gemeinderats-Sitzung vom 3. November 1905 hat sich der Gemeinderat bereit erklärt, ein Drittel der für die künstlerischen Herstellungen erforderlichen Summe, das waren 34.000 K zu bewilligen, während der Rest für die künstlerischen Arbeiten vom Stadterweiterungsfonds, beziehungsweise vom Kreuzherren-Ordensstift zu leisten war. Nun ergibt sich die Tatsache, daß mit diesen Beträgen das Auslangen nicht gefunden werden konnte, und das die Restaurierungskosten nicht 205.000 K, sondern 463.000 K betragen.

Für die künstlerische Herstellung, die mit 100.000 K präliminiert war, hat sich ein Mehrerfordernis von 54.362 K ergeben, was sich vorher absolut nicht richtig veranschlagen ließ. Die Statthalterei wendet sich nun an die drei Faktoren, nämlich an den Stadterweiterungsfonds, an das Kreuzherren-Ordensstift und an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen, sich mit je ein Drittel der Kosten an diesem Mehrerfordernisse für die künstlerische Ausstattung zu beteiligen. Auf die Gemeinde Wien würde also ein Betrag von zirka 18.000 K entfallen.

Im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung, welche die Karlskirche hat — sie ist ja eines unserer hervorragendsten architektonischen Werke — möchte ich namens des Stadtrates beantragen, daß die Gemeinde trotzdem sie zur Leistung eines Beitrages nicht bemüssigt wäre, einen einmaligen Restbetrag von 18.000 K bewilligt und denselben mangels einer Bedeckung auf den Reservefonds verweist.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. In Anbetracht dessen, daß die Karlskirche eines der historisch und architektonisch bedeutendsten Baudenkmale der Stadt Wien bildet, erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, zur Deckung des mit 54.352 K veranschlagten Mehrerfordernisses für die notwendigen rein künstlerischen Instandsetzungsarbeiten dieser Kirche einen weiteren, jedoch letzten freiwilligen Beitrag von 18.000 K zu leisten.

2. Die Flüssigmachung dieses Betrages hat jedoch erst nach Beibringung des Nachweises, daß der derzeit noch unbedeckte Rest des Erfordernisses anderweitig sichergestellt wurde, zu erfolgen.

3. Die Auslage wird auf den Reservefonds verwiesen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Poyer.

57. Referent Gem.-Rat Poyer: Zahl 2857, Post 11, betrifft das Ansuchen des Dr. Karl Gaube um Umgangnahme von den Verbauungsbestimmungen für die Liegenschaft Einl.-Z. 1624, Ober-St. Veit, an der Bowitschgasse im XIII. Bezirke.

Es wird beantragt, für die beabsichtigte Abweichung von den festgesetzen Verbauungsbestimmungen, darin bestehend, daß im 7 m breiten Vorgarten ein Vorbau von 1·90, beziehungsweise 1·70 m Tiefe und 8·50 m Länge für einen Stiegenaufgang und für einen Wintergarten hingestellt werden soll, vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung die Genehmigung zu erteilen.

Der Mann hat wegen Erhaltung alter, schöner Bäume den Baugrund seines Hauses bis auf 10 m Tiefe eingeschränkt. Es bleiben immer noch 5·10 m, beziehungsweise 5·30 m Tiefe für den Vorgarten übrig und überdies ist der Seitenabstand größer als der vorgeschriebene.

Ich bitte um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die von Dr. Karl Gaube bei Erbauung eines Einfamilienhauses auf der ihm und seiner Gattin Mathilde Gaube gehörigen Liegenschaft Einl.-Z. 1624 Grundbuch Ober-St. Veit, an der Bowitschgasse im XIII. Bezirke, beabsichtigte Abweichung von der mit Gemeinderats-Beschluß vom 4. Mai 1900, P. Z. 2398, beziehungsweise vom 16. Juni 1905, P. Z. 3492, festgesetzten Verbauungsbestimmungen, darin bestehend, daß bei diesem Baue im 7 m breiten Vorgarten ein Vorbau von 1·90 m, beziehungsweise 1·70 m Tiefe und 8·50 m Länge hergestellt werden soll, welcher einen Stiegenaufgang und einen Wintergarten enthält, wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung genehmigt.

58. Referent Gem.-Rat Poyer: Zahl 3254, Post 27, betrifft die Stellensystemisierung im Stande des Friedhofspersonales für den Hütteldorfer Friedhof anläßlich der Einführung des Eigenbetriebes der Gräberausschmückung und des Beerdigungsdienstes in demselben.

Die derzeitige Totengräberin Frau Redl hat auf ihren Dienst verzichtet, weil sie infolge ihres vorgeschrittenen Alters nicht mehr in der Lage ist, den Totengräberdienst zu versehen. Nun ist der Friedhof zwar klein und ein besonderes Erträgnis aus demselben nicht zu erwarten, aber er schließt an dem von uns demnächst zu errichtenden Waldfriedhofe an und es geht wohl nicht an, daß zwei Gemeindefriedhöfe verschieden verwaltet werden: der eine in eigener Regie und der andere nicht in eigener Regie.

Es wird daher beantragt, den Hütteldorfer Friedhof in die eigene Regie zu übernehmen. Damit ist auch eine Stellensystemisierung verbunden, und zwar sollen dort ein Friedhofsgärtner und zwei Aushilfsgärtnerstellen zu den normalen Bezügen angestellt werden.

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Stadtrats-Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Stadtrats-Antrag ist angenommen.

Beschluß: Es werden folgende Stellen im Stande des ständigen Friedhofspersonales für den Hütteldorfer Friedhof systemisiert:

1. 1 Friedhofsgärtner mit 1800 K Jahresgehalt, 700 K Quartiergeld, beziehungsweise Naturalwohnung im Friedhofe und 25 Prozent Quartiergeldquote.

2. 1 Gehilfe I. Klasse mit einem Wochenlohn von 22 K, einem wöchentlichen Wohnungsbeitrage von 6 K und Montur nach Kategorie III.

3. 1 Gehilfe II. Klasse mit einem Wochenlohn von 20 K, einem wöchentlichen Wohnungsbeitrage von 6 K und Montur nach Gruppe IV.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Knoll.

59. Referent Gem.-Rat Knoll: Zahl 3097, Post 10, betrifft das Projekt für Kanalbauten in der Überfuhrstraße und

in den Gassen rings um die Wohnhäuser der „Gemeinnützigen Floridsdorfer Beamten-Baugenossenschaft, r. G. m. b. H.," im XXI. Bezirke.

Es wird beantragt, das vorgelegte Projekt für den Neubau von Hauptunratskanälen in der Überfuhrstraße, sowie in den angrenzenden Gassen A—B, G—F und F—B in der Strecke vom bestehenden Vorkopfe der Überfuhrstraße bis zum Kreuzungspunkte B rings um die neuerbauten Häuser der „Gemeinnützigen Floridsdorfer Beamten-Baugenossenschaft, r. G. m. b. H.," im XXI. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 25.000 K zu genehmigen und von der zufolge Gemeinderats-Beschluß vom 6. September 1912, P. Z. 14190, sub II, Punkt 1, bedungenen bücherlichen Sicherstellung des Zugeständnisses des k. k. Ärars und des Augustiner Chorherrenstiftes Klosterneuburg zur Herstellung der städtischen Straßeneinbauten und Straßendecken auf den noch in ihrem Besitze befindlichen künftigen Straßengründen abzusehen.

Die Bedeckung ist in der Rubrik 27, Post 16, enthalten.

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer:: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Das vorgelegte Projekt für den Neubau von Hauptunratskanälen in der Überfuhrstraße sowie in den angrenzenden Gassen A—B, G—F und F—B in der Strecke vom bestehenden Vorkopfe der Überfuhrstraße bis zum Kreuzungspunkte B rings um die neuerbauten Häuser der „Gemeinnützigen Floridsdorfer Beamten-Baugenossenschaft, r. G. m. b. H." im XXI. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 25.000 K wird genehmigt.

2. Von der zufolge Gemeinderats-Beschluß vom 6. September 1912, P. Z. 14190, sub II, Punkt 1, bedungenen bücherlichen Sicherstellung des Zugeständnisses des k. k. Ärars und des Augustiner Chorherrenstiftes Klosterneuburg zur Herstellung der städtischen Straßeneinbauten und Straßendecken auf den noch in ihrem Besitze befindlichen künftigen Straßengründen wird abgesehen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Hörmann.

60. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 2764, Post 9, betrifft das Detailprojekt für den Bau einer V. Gruppe von Jungschweinstallungen auf dem Borstenviehmarkte in St. Marx.

Die Kosten belaufen sich auf 64.926 K 26 h. Die Erteilung der Baubewilligung wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bauverhandlung beantragt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Ferdinand Eder hat das Wort pro.

Gem.-Rat Ferdinand Eder: Ich habe mich deshalb zum Worte gemeldet, weil ich es für sehr wichtig halte, daß diese Arbeiten ehebaldigst ausgeführt werden. Ich habe mit verschiedenen Marktinteressenten, besonders mit solchen des Schweinemarktes gesprochen, die mir sehr beachtenswerte Anregungen für eine großzügige Ausgestaltung des Schweinemarktes gegeben und auch gebeten haben, diese Angelegenheit hier gelegentlich vorzubringen, damit bei der Ausgestaltung des Schweinemarktes darauf Rücksicht genommen werden kann. Ich erledige mich dieses Auftrages und bitte, daß mit dem Bau ehebaldigst begonnen werden möge, denn dieser Markt entspricht schon lange nicht mehr den Ansprüchen an denselben und eine Vergrößerung ist daher sehr erwünscht.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Hörmann: Ich teile dem Herrn Vorredner mit, daß schon nächste Woche mit dem Bau begonnen werden wird. Der erforderliche Betrag ist bedeckt und auch die Baupläne liegen vor, der Herr Kollege Eder kann daher die Versicherung entgegennehmen, daß die Arbeiten sofort in Angriff genommen werden.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, welche dem Stadtrats-Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Das vom Stadtbauamte ausgearbeitete Detailprojekt, betreffend die Erbauung einer V. Gruppe von Jungschweinstallungen auf dem Borstenviehmarkte in St. Marx, wird mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 64.926 K 26 h genehmigt.

2. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bauverhandlung wird die Baubewilligung erteilt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Haas.

61. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 3372, Post 26, Beilage Nr. 45, betrifft den Ankauf der der Firma Aristodemo Silvestrucci & Komp. gehörigen Kat.-Parz. 2523/2 und 2524/1 Grundbuch Rovigno, durch die Gemeinde Wien.

Der Preis dieser Grundstücke, deren Ankauf im Interesse des Seehospizes in Rovigno und San Pelagio liegt, ist ein sehr angemessener und es wird deshalb der Ankauf empfohlen.

Ich bitte um die Annahme der in ihrer Hand befindlichen Anträge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Die Gemeinde Wien kauft die dem Aristodemo Silvestrucci & Komp. gehörigen Kat.-Parz. 2523/2, Grundb.-Einl.-Z. 4057 und Kat.-Parz. 2524/1, Grundb.-Einl.-Z. 4195 Grundbuch Rovigno, im Ausmaße von zusammen 5620 m², lastenfrei um den Betrag von 30.000 K.

2. Von dem Kaufschilling ist der Betrag von 25.000 K sofort nach Abschluß des Kaufvertrages, der Rest per 5000 K erst dann fällig, wenn die auf der Kat.-Parz. 2523/2 derzeit stehende Fabriksanlage auf Kosten der Verkäufer demoliert und das hiebei gewonnene Materiale abgeräumt ist.

Diese Demolierung und Räumung hat längstens binnen einem Jahre zu erfolgen, widrigenfalls dieselbe auf Kosten und Gefahr der Verkäufer durch die Gemeinde Wien vorgenommen wird.

3. Die Vermögensübertragungsgebühren und die Kosten des Rechtsgeschäftes übernimmt die Gemeinde Wien zur Zahlung.

4. Die Auslagen im beiläufigen Betrage von 35.000 K sind auf das Investitions-Anlehen vom Jahre 1908 zu verweisen und auf der neu zu eröffnenden Ausgabs-Rubrik XXXVII 31½ „Ankauf von Gründen für das Seehospiz in San Pelagio" zu verrechnen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Brauneiß.

62. Referent Gem.-Rat Brauneiß: Zahl 3191, Post 21, betrifft die Anerkennung der Neuwahl der Bezirksvertretung des XIV. Bezirkes.

Die Wahl ist ordnungsmäßig vor sich gegangen, ein Protest liegt nicht vor, ich bitte daher um die Genehmigung derselben.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die am 27., 29. und 31. Jänner 1913 vorgenommene Neuwahl der Bezirksvertretung für den XIV. Bezirk Rudolfsheim wird im Sinne des § 24, Absatz 3 der Gemeindewahlordnung genehmigt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Baron.

63. Referent Gem.-Rat Baron: Zahl 3185, Post 19, betrifft das Ansuchen der k. k. n.-ö. Statthalterei um Umgangnahme von den Verbauungsbestimmungen für den Neubau einer k. k. Staatsrealschule an der Krottenbachstraße im XIX. Bezirke.

Es wird der Antrag gestellt, vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung dem vorgelegten Projekte für einen Neubau einer k. k. Staatsrealschule im XIX. Bezirke an der Krottenbachstraße die prinzipielle Zustimmung zu erteilen und unter einem die Errichtung eines dritten Stockwerkes und die Verringerung der Seitenabstände an der Krottenbachstraße von 10 m auf 6·5 m und beim Turnsaalanbau von 3 m auf 2 m, beziehungsweise 2·8 m zu genehmigen.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Neubaues einer Staatsrealschule bitte ich um die Genehmigung dieses Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird dem vorgelegten Projekte für einen Neubau einer k. k. Staatsrealschule im XIX. Bezirke an der Krottenbachstraße die prinzipielle Zustimmung erteilt und unter einem die Errichtung eines dritten Stockwerkes und die Verringerung der Seitenabstände an der Krottenbachstraße von 10 m auf 6·5 m und beim Turnsaalanbau von 3 m auf 2 m, beziehungsweise 2·8 m genehmigt.

64. Referent Gem.-Rat Baron: Zahl 3192, Post 20, betrifft die Anerkennung der Neuwahl der Bezirksvertretung des XIX. Bezirkes und den Protest des Alexander Neuman gegen die Wahl aus dem 1. Wahlkörper.

Es wird beantragt: Die am 27., 29. und 31. Jänner 1913 vorgenommene Neuwahl der Bezirksvertretung des XIX. Gemeindebezirkes Döbling unter Zurückweisung des vollkommen unbegründeten, gegen die Wahl aus dem 1. Wahlkörper am 31. Jänner 1913 gerichteten Protestes des Alexander Neuman gemäß § 24 der Gemeindewahlordnung als gültig anzuerkennen. Ich will noch hinzufügen, daß die Wahl aus dem 1. Wahlkörper vollkommen korrekt vorgenommen wurde und bitte, dieselbe anzuerkennen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die am 27., 29. und 31. Jänner 1913 vorgenommene Neuwahl der Bezirksvertretung des XIX. Gemeindebezirkes Döbling wird unter Zurückweisung des vollkommen unbegründeten, gegen die Wahl aus dem 1. Wahlkörper am 31. Jänner 1913 gerichteten Protestes des Alexander Neuman gemäß § 24 der Gemeindewahlordnung als gültig anerkannt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es findet noch eine kurze vertrauliche Sitzung statt.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **28. Februar 1913.**

Vorsitzende: **Vize-Bürgermeister Franz Hoß** und **Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.**

1. (3241.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an Gem.-Rat Dr. Alexander Dorn Ritter v. Marwalt und stellt den Antrag:

Dem Gemeinderate, k. k. Kommerzialrate Dr. Alexander Dorn Ritter v. Marwalt wird anläßlich seines 75jährigen Geburtstages in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Gemeindeverwaltung das taxfreie Bürgerrecht verliehen.

(Angenommen.)

2. (2862.) **Derselbe** referiert über die Ernennung des Magistratsrates Dr. Jakob Dont ad personam zum Ober-Magistratsrate und stellt den Antrag:

Der Magistratsrat Dr. Jakob Dont wird anläßlich der bevorstehenden Vollendung und Eröffnung der Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Krankenanstalt der Gemeinde Wien in Würdigung seiner mehrjährigen, unermüdlichen und ganz besonders hervorragenden Tätigkeit als administrativer Referent für den Bau dieser Anstalt und als Vorstand der Magistrats-Abteilung X a ad personam zum Ober-Magistratsrate in der V. Rangsklasse ernannt.

(Angenommen.)

3. (3367.) **Gem.-Rat Dr. Haas** referiert über das Ansuchen der Antonia Englisch, gewesene Hausnäherin im Bürgerversorgungshause, um Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Genannten wird eine Gnabengabe von jährlich 240 K vom Ersten des auf den Tag des Gemeinderats-Beschlusses folgenden Monates bis Ende 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

4. (3116.) **Gem.-Rat Hallmann** referiert über die Verleihung kommunaler Auszeichnungen an Alois Frömel, Bezirksvorsteher-Stellvertreter des V. Bezirkes, und den Bezirksrat Franz Butulla und stellt den Antrag:

In Anerkennung mehr als 15jähriger verdienstvoller Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung wird dem Bezirksvorsteher-Stellvertreter des V. Bezirkes Alois Frömel die große goldene Salvator-Medaille und dem Bezirksrate Franz Butulla die goldene Salvator-Medaille verliehen. (Angenommen.)

5. (2792.) **Gem.-Rat Rain** referiert über die gnadenweise Zuerkennung einer Pension an den Kontrollor der städtischen Stellwagenunternehmung Andreas Klimesch und stellt den Antrag:

Unter gnadenweiser Anwendung der Bestimmungen über die Ruhegenüsse der Angestellten der städtischen Stellwagenunternehmung und ihrer Angehörigen wird dem Kontrollor Andreas Klimesch eine jährliche Pension von 766 K 8 h ab 1. Mai 1913 zuerkannt. (Angenommen.)

6. (3046.) **Vize-Bürgermeister Hoß** referiert über das Ansuchen des Franz Fellner, Straßenarbeiters, um Gnadengabe und stellt den Antrag:

Dem Genannten wird eine Gnadengabe von jährlich 444 K vom Tage der Lohneinstellung bis Ende 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

7. (3092.) **Derselbe** referiert über die Verleihung einer Gnadengabe zur Pension an den städtischen Ratsdiener i. R. Karl Gärtner und stellt den Antrag:

Dem pensionierten städtischen Ratsdiener Karl Gärtner wird mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse zu seiner Pension jährlicher 760 K eine widerrufliche Gnadengabe von jährlich 200 K bewilligt. (Angenommen.)

8. (3366.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Exner, Straßenarbeiters, um Gnadengabe und stellt den Antrag:

Dem Genannten wird eine Gnadengabe von jährlich 492 K vom Tage der Einstellung des Krankengeldes bis Ende 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

9. (3193.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung einer Pensionszulage an den städtischen Ratsdiener Karl Kugler und stellt den Antrag:

Dem Genannten wird zum normalen Ruhegenuß eine jährliche Pensionszulage von 124 K 80 h bewilligt.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 4. März 1913, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 6. März 1913, vormittags 10 Uhr.
Freitag den 7. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **25. Februar 1913.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Baron, Braun, Brauneiß, Büsch, Fraß, Gräf, Dr. Haas, Hallmann, Hermann, Hörmann, Kleiner, Knoll, Dr. Mataja, Poyer, Rain, Schmid, Schneider, Schreiner, Schwer, Tomola, Wessely, Wippel, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Dechant, Grünbeck Sebastian, Heindl, Oppenberger.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Künzl.

Vize-Bürgermeister Hoß eröffnet die Sitzung.

(P. Z. 3305, M. A. XIV, 9449/12.) **St.-R. Baron** referiert über das Ansuchen der Anna Obrist um Bewilligung zur Abteilung der Realität Einl.-Z. 758 Grundbuch Heiligenstadt (Kahlenbergerstraße) im XIX. Bezirke auf fünf Baustellen und ein Baustellenfragment und beantragt die Gesuchsgewährung, sowie die Zustimmung zur Ausstellung einer Freilassungserklärung hinsichtlich der einverleibten Verbindlichkeit zur Trottoirherstellung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 3259, M. A. XIV, 11024/10.) St.-R. Baron referiert über das Ansuchen des Viktor Reisenleitner um Bewilligung zur Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 249 und 250 Grundbuch Ober-Döbling (Chimanistraße, Ecke Billroth- und verlängerte Karl Ludwig-Straße) im XIX. Bezirke und beantragt:

I. Die als Straßenhof bezeichnete Fläche XVII (provisorische Kat.-Parz. 587/17) ist als Platz unentgeltlich und lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu übertragen.

Für diesen Platz werden die rot schraffierten, mit den Buchstaben h_1 e_1 b_1 x w s r bezeichneten Linien als Baulinien und die rot geschriebenen und unterstrichenen Zahlen als künftige Niveaus

bestimmt. Hinter diesen Baulinien sind 5 m tiefe Vorgärten anzulegen und dauernd zu erhalten. Der Abschluß der Vorgärten gegen den Platz zu hat durch Gitter auf gemauerten Stein- oder Ziegelsockeln zu erfolgen.

Für die Herstellung der Straßenfahrbahn samt Einbauten und des Schmuckplatzes ist zu den eigenen Geldern der Gemeinde Wien von den Abteilungswerbern ein Betrag von 14.000 K nach Herstellung des Hauptkanales im Straßenhofe zu entrichten. Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ist binnen 14 Tagen nach erfolgter Aufforderung vor Hinausgabe der Abteilungsbewilligung eine Kaution in dieser Höhe in einem Einlagebuch der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien zu erlegen. Aus dieser Kaution kann sich die Gemeinde Wien bei Eintritt des Fälligkeitstermines ohne gerichtliche Intervention bezahlt machen. Durch diese Beitragsleistung werden die Eigentümer der Baustelle an dem Straßenhofe weder von der Entrichtung der gesetzlichen Kanaleinmündungsgebühr und sonstiger Gebühren, noch von der Verpflichtung zur Trottoirherstellung in dem Straßenhofe enthoben.

II. Zwischen den Abteilungswerbern und der Gemeinde Wien wird folgendes Übereinkommen getroffen:

Die Abteilungswerber verpflichten sich, binnen drei Jahren nach erfolgter Erledigung der Abteilung den auf dem künftigen Straßengrunde der Billrothstraße befindlichen Teil des bestehenden Gebäudes zu demolieren und diesen Grund im richtigen Niveau in den physischen Besitz der Gemeinde Wien zu übergeben und diese Verpflichtung anläßlich der Abteilung grundbücherlich einverleiben zu lassen. Die Gemeinde Wien wird dagegen auch ihrerseits die Übergabe des nach der Abteilung zur Billrothstraße abzutretenden Grundes nicht vor der Demolierung des Gebäudeteiles verlangen. Den Eigentümern der Baustellen I, II und III werden Erker mit einer Ausladefläche von je 5 m² ohne Anspruch auf ein Entgelt zugestanden. Hiedurch tritt jedoch keine Befreiung von der Entrichtung der gesetzlichen Taxen ein.

III. Die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 249 und 250 des Grundbuches Ober-Döbling im XIX. Bezirke, Kat.-Parz. 582, 583/1, 583/2 und 584/7 wird nach Maßgabe der vorgelegten Abteilungspläne auf 16 Baustellen als Parzellierung im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt.

Den Parzellierungswerbern wird unter Hinweis auf die §§ 10 und 11 der Wiener Bauordnung bekanntgegeben, daß die Gemeinde Wien für den nach Punkt I abzutretenden Straßen- und Platzgrund eine Schadloshaltung nicht leistet.

(Angenommen; Punkt I an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3248, B. A. XIX, 1614/12, M. A. VIII, 609.) St.-R. Baron referiert über Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XIX. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Anträge der Magistrats-Abteilung VIII. (Angenommen.)

(P. Z. 3185, M. A. XIV, 545.) St.-R. Baron referiert über das Ersuchen der k. k. n.-ö. Statthalterei um Umgangnahme von den Verbauungsbestimmungen für den Neubau einer k. k. Staatsrealschule in der Krottenbachstraße im XIX. Bezirke und beantragt:

Vorbehaltlich des anstandlosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird dem vorgelegten Projekte für den Neubau einer k. k. Staatsrealschule im XIX. Bezirke in der Krottenbachstraße die prinzipielle Zustimmung erteilt und unter einem die Errichtung eines dritten Stockwerkes und die Verringerung der Seitenabstände in der Krottenbachstraße von 10 m auf 6·5 m und beim Turnsaalanbau von 3 m auf 2 m, beziehungsweise 2·8 m genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Baron wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3096, M. A. XXII, 3948/12.) Die Ergänzung der inneren Einrichtung der im Amtshause für den XIX. Bezirk untergebrachten Ämter mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 5209 K 67 h wird nach dem Magistrats-Antrage genehmigt.

(P. Z. 3113, M. A. X, 2133.) Der Adele Berolzheimer, I., Krugerstraße 3, wird das eigene Grab Gruppe XXXVIII, Reihe 8, Nummer 1, im Döblinger Friedhofe auf die Dauer des Friedhofbestandes um den Betrag von 1000 K überlassen.

(P. Z. 3075, B. A. XIX, 1093/12.) Die der Franziska Schmidt zu erteilende Bewilligung zur Herstellung einer hölzernen Verkaufshütte auf der städtischen Grund-Parz. 206, Einl.-Z. 404 Katastralgemeinde Unter-Sievering (Sieveringerstraße), im XIX. Bezirke wird im Sinne des Bezirksamts-Antrages bestätigt.

(P. Z. 3192, M. A. XIX, 199.) Die am 27., 29. und 31. Jänner 1913 vorgenommene Neuwahl der Bezirksvertretung des XIX. Gemeindebezirkes Döbling wird unter Zurückweisung des vollkommen unbegründeten, gegen die Wahl aus dem 1. Wahlkörper am 31. Jänner 1913 gerichteten Protestes des Alexander Neumann gemäß § 24 der Gemeindewahlordnung als gültig anerkannt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 3191, M. A. XIX, 168.) **St.-R. Brauneiß** referiert über die Anerkennung der Neuwahl der Bezirksvertretung des XIV. Bezirkes und beantragt:

Die am 27., 29. und 31. Jänner 1913 vorgenommene Neuwahl der Bezirksvertretung für den XIV. Bezirk Rudolfsheim wird im Sinne des § 24, Absatz 3 der Gemeindewahlordnung genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3260, M. A. XV, 10206/12.) St.-R. Brauneiß referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den Schulbau in der Felberstraße, Schweglerstraße, Benedikt Schellinger-Gasse im XIV. Bezirke, und beantragt:

1. Es werden übertragen:

Die Glaserarbeiten an Franz Pschierer jun., XIX., Barawitzkagasse 26, mit 30 Prozent Nachlaß;

die Terrazzopflasterung an Leopold Gröber, V., Ramperstorffergasse 35, mit 10 Prozent Aufzahlung;

die Kunststeinarbeiten an Eduard K. Kubesch, X., Landgutgasse 37, mit 24 Prozent Nachlaß;

die Zimmermalerarbeiten an Rudolf Boubelik, X., Favoritenstraße 81, mit 20 Prozent Nachlaß;

die Tapeziererarbeiten an Anton Sekera's Witwe, II., Vorgartenstraße 203, mit 22·5 Prozent Nachlaß;

die Schulbanklieferung an Fritz Breitenstein, XIV., Dreihausgasse 5, mit 4 Prozent Nachlaß;

die Schultafellieferung an Karl Wagner, XIX., Biedergasse 7, mit 34 Prozent Nachlaß;

die Turnsaaleinrichtung an J. Plaschkowitz, III., Landstraßer Hauptstraße 64, mit 6 Prozent Nachlaß von den Kostenanschlagspreisen.

2. Wegen Vergebung der Anstreicher- und Möbeltischlerarbeiten ist eine neuerliche Offertverhandlung auszuschreiben.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Brauneiß wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3076, B. A. XIV, 2224.) Das Ansuchen der Österreichischen Exportgasglühlicht-Gesellschaft m. b. H. um Abschreibung der für die Anbringung eines Radsteckschildes an dem Hause XIV., Sechshausergürtel 11, vorgeschriebenen Platzzinses von 240 K wird abgelehnt, aus Billigkeitsrücksichten jedoch der Platzzins auf die Hälfte, das ist auf den Betrag von 120 K herabgesetzt.

(P. Z. 3116, M. A. XXII, 3504/12.) **St.-R. Hallmann** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirksvorsteher-Stellvertreter des V. Bezirkes Alois Frömel, sowie an den Bezirksrat Franz Butulla und beantragt:

In Anerkennung mehr als 15jähriger verdienstvoller Tätigkeit auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung wird

a) dem Bezirksvorsteher-Stellvertreter des V. Bezirkes Alois Frömel die große goldene Salvator-Medaille,

b) dem Bezirksrate des V. Bezirkes Franz Butulla die goldene Salvator-Medaille verliehen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3117, M. A. XXII, 235.) **St.-R. Wessely** referiert über die Anfrage der k. k. Polizei-Direktion, betreffend das Ansuchen des Straßenbahner-Gesangvereines der Hauptwerkstätte um Bewilligung zur Tragung eines dem Wappen der Stadt Wien ähnlichen Vereinsabzeichens und beantragt, der k. k. Polizei-Direktion mitzuteilen, daß gegen die Erteilung der vom „Straßenbahner Gesangverein der Hauptwerkstätte" erbetenen Bewilligung zur Tragung von Vereinsabzeichen mit dem Kreuzschild des Wappens der Stadt Wien aus prinzipiellen Gründen Einsprache erhoben wird.

(Angenommen.)

(P. Z. 2666, B. A. VI, 35838/12.) **St.-R. Kleiner** rereriert über das Ansuchen des Christlich-deutschen Turnerbundes um Überlassung des Turnsaales der Knaben-Bürgerschule VI., Stumpergasse 56, beziehungsweise Hirschengasse 18, an je zwei Abenden wöchentlich für Damen-, beziehungsweise Herrenturnstunden und beantragt, dem Vereine den Turnsaal der Knaben-Bürgerschule Stumpergasse 56 unter den üblichen Bedingungen unentgeltlich zu überlassen, dagegen das Ansuchen hinsichtlich der Schule Hirschengasse 18 nach dem Bezirksamts-Antrage abzulehnen.

(Angenommen.)

(P. Z. 3180, 3247, B. A. VI, 4014, 27511/12, M. A. VIII, 607.) St.-R. Kleiner referiert über Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1913, sowie über Gesuche um Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des VI. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge hinsichtlich der Hundesteuer, beziehungsweise die Genehmigung der Anträge der M. Abt. VIII, hinsichtlich der Wassermehrverbrauchsgebühren. (Angenommen)

(P. Z. 3077, B. A. XI, 3257.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Wendelin Potz um Baubewilligung für eine hölzerne Grabmonumentenhalle auf der nicht parzellierten Realität Einl.-Z. 296, Kat.-Parz. 971 Simmering, Simmeringer Hauptstraße 431, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages gegen Ausstellung eines grundbücherlich einzuverleibenden Revers es zu bestätigen. (Angenommen.)

(P. Z. 2930, M. A. X, 2035.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Totengräbergehilfen im Zentral-Friedhofe Franz Sprengnagel um Nachsicht des Ersatzes der Kosten per 90 K für das anläßlich des Transportes vom Depot der Firma Lovrek zum Grab gebrochene Marmorkreuz und beantragt, dem Genannten die Kosten per 90 K für die Neubeschaffung eines Marmorkreuzes gnadenweise zu vergüten. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3378, M. A. III, 882.) Die Abtragung des Gassentraktes der Liegenschaft XI., Dorfgasse 35, wird dem Johann Schallinger, XVIII., Herbeckstraße 51, gegen das Altmaterial übertragen.

Eine Aufzahlung wird von keiner Seite geleistet.

Die Abtragung ist nach Maßgabe der für sie ausgearbeiteten Abtragungsvorschriften auszuführen.

(P. Z. 2939, M. A. VII, 119.) 1. Das vorgelegte Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Leberstraße in der Strecke von der Grillgasse bis zur Kat.-Parz. 422 im XI. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 6700 K wird genehmigt.

2. Das Anerbieten der Firma Rascher & Fraenkel, Getreideagentur, II., Taborstraße 10, auf eine freiwillige Beitragsleistung von 600 K zu den Kosten dieses Kanalbaues wird angenommen.

3. Den in der Verhandlungsschrift vom 8. Februar 1913, M. A. VII, 119, enthaltenen Vereinbarungen über die dauernde, beziehungsweise vorübergehende Inanspruchnahme des Bürgerspitalfondsgrundes Kat.-Parz. 421, Enl.-Z. 516 Grundbuch Simmering, zu den Zwecken dieses Kanalbaues, sowie über die Regelung des allgemeinen Fuhrwerksverkehres während der Bauausführung wird zugestimmt.

(P. Z. 2834, M. D., 4888, 2237/12.) **St.-R. Rain** referiert über den Antrag des Gem.-Rates May wegen Herabsetzung der Zeitbeförderungsfrist der provisorischen Amtsdiener von 10 Jahren auf 5 Jahre.

Gem.-Rat May wird als Antragsteller der Beratung zugezogen.

Referent beantragt, auf den Antrag des Gem.-Rates May im Sinne des Magistrats-Antrages nicht einzugehen.

(Angenommen.)

(P. Z. 3080, B. A. IV, 253.) **St.-R. Schmid** referiert über ein Ansuchen um Nachsicht der Hundesteuer pro 1913 und beantragt die Genehmigung nach dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(P. Z. 3115, M. A. XXII, 114.) St.-R. Schmid referiert über die Bewilligung eines Beitrages zum Mehrerfordernisse für die Restaurierung der Karlskirche im IV. Bezirke und beantragt:

1. In Anbetracht dessen, daß die Karlskirche eines der historisch und architektonisch bedeutendsten Baudenkmale der Stadt Wien bildet, erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, zur Deckung des mit 54.352 K veranschlagten Mehrerfordernisses für die notwendigen rein künstlerischen Instandsetzungsarbeiten dieser Kirche einen weiteren, jedoch letzten freiwilligen Beitrag von 18.000 K zu leisten.

2. Die Flüssigmachung dieses Betrages hat jedoch erst nach Beibringung des Nachweises, daß der derzeit noch unbedeckte Rest des Erfordernisses anderweitig sichergestellt wurde, zu erfolgen.

3. Die Auslage wird auf den Reservefonds verwiesen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3367, M. A. II, 103.) **St.-R. Dr. Haas** referiert über das Ansuchen der gewesenen Näherin im Bürgerversorgungshause Antonia Englisch um Bewilligung einer Gnadengabe und beantragt, der Genannten eine Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. März 1912 an bis Ende des Jahres 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Haas wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3375, M. A. XII, 6107.) Der provisorische Hilfslehrer im städtischen Waisenhause in Klosterneuburg Adolf Hießberger wird mit Rücksicht auf seine Ernennung zum definitiven Bezirksaushilfslehrer im X. Bezirke mit 28. Februar 1913 von dieser Stelle enthoben.

(P. Z. 3303, M. A. XI b, 10708/12.) Der von der Firma Holzmann & Komp. als Ersteherin der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Bau des Pavillons I des Versorgungsheimes als Kaution vorgelegte Garantiebrief der Österreichischen Industrie- und Handelsbank wird gemäß dem Magistrats-Antrage genehmigt.

(P. Z. 3197, M. A. XII, 33829/12.) Zur Kompletierung des derzeitigen Bettwäschebestandes in der Kinderpflegeanstalt V., Siebenbrunnengasse 78, auf 1500 Leintücher, 1000 Polsterüberzüge und 1000 Handtücher wird die Nachschaffung von 121 Leintüchern, 182 Polsterüberzügen und 238 Handtüchern in den im Magistratsberichte angegebenen Qualitäten und Ausmaßen bei der Firma Norbert Langer & Söhne um den bedeckten Betrag von 877 K 54 h genehmigt.

Die Gemeinde übernimmt die Nachschaffung der in der Säuglings-Abteilung und Abteilung für Unheilbare unbrauchbar werdenden Bettwäschestücke nach erfolgter Skartierung, während die Nachschaffung der Wäschestücke in den anderen Abteilungen der Kinderpflegeanstalt (Knaben-Abteilung, Mädchen-Abteilung und Kleinkinder-Abteilung) nach wie vor Sache der (mit der Betriebsführung betrauten) Kongregation bleibt; die Ausbesserung schadhafter Wäschestücke ist in allen Abteilungen von der Kongregation ohne Vergütung durchzuführen.

Die Anschaffung von 200 Knaben-Paletots (in ähnlicher Ausstattung wie in den Waisenhäusern) wird mit dem bedeckten Betrage von rund 3500 K bewilligt.

Die Nachschaffung von 20 Knabenanzügen und 12 Mädchenkleidern für die Abteilung für Unheilbare wird abgelehnt.

(P. Z. 3327, B. Sch. R., 5706/12.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Versetzung des Volksschullehrers I. Klasse Hermann Hein von der Knaben-Volksschule XI., Brehmstraße 9, an die Knaben-Volksschule XII., Johann Hoffmann-Platz 9, und beantragt, die Zustimmung zur Versetzung zu verweigern. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

St.-R. Tomola referiert über Gesuche von provisorischen Lehrpersonen um Beförderung auf Grund des § 46 des Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, und beantragt, zu Volksschullehrern, beziehungsweise Volksschullehrerinnen II. Klasse (V. Kategorie) zu ernennen:

(P. Z. 3209, B. Sch. R., 240) Rudolf Fellner mit der Rechtswirksamkeit vom 16. Jänner 1913;

(P. Z. 3210, B. Sch. R., 13531/12) Franz Badroth mit der Rechtswirksamkeit vom 2. Februar 1913;

(P. Z. 3219, B. Sch. R., 644) Anna Koppensteine mit der Rechtswirksamkeit vom 16. Jänner 1913;

(P. Z. 3220, B. Sch. R., 995) Marie Holley mit der Rechtswirksamkeit vom 25. Dezember 1912;

(P. Z. 3221, B. Sch. R., 18961/12) Ernestine Bollek mit der Rechtswirksamkeit vom 23. November 1912;

(P. Z. 3222, B. Sch. R., 13473/12) Emilie Wald mit der Rechtswirksamkeit vom 20. September 1912;

Die Referenten-Anträge werden bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.

St.-R. Tomola referiert über Gesuche von definitiven Lehrpersonen um Beförderung auf Grund des § 40 des Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, und beantragt, zu Volksschullehrern, beziehungsweise Volksschullehrerinnen I. Klasse (IV. Kategorie) zu ernennen:

(P. Z. 3201, B. Sch. R., 1345) Marie Reinelt mit der Rechtswirksamkeit vom 29. Mai 1912;

(P. Z. 3202, B. Sch. R., 646) Albert Mender mit der Rechtswirksamkeit vom 16. Jänner 1913;

(P. Z. 3203, B. Sch. R., 19996/12) Markus Fröhlich mit der Rechtswirksamkeit vom 16. Jänner 1913;

(P. Z. 3204, B. Sch. R., 19578/12) Stephanie Schneider v. Limhofen mit der Rechtswirksamkeit vom 31. Dezember 1912;

(P. Z. 3205, B. Sch. R., 18812/12) Rosa Bayer mit der Rechtswirksamkeit vom 25. September 1912;

(P. Z. 3206, B. Sch. R., 18686/12) Hermine Filkuka mit der Rechtswirksamkeit vom 13. Dezember 1912;

(P. Z. 3207, B. Sch. R., 14018/12) Antonia Hanek mi der Rechtswirksamkeit vom 24. August 1912;

(P. Z. 3208, B. Sch. R., 18823/12) Gabriele Steiner mit der Rechtswirksamkeit vom 10. August 1912.

Die Referenten-Anträge werden bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen.

St.-R. Tomola referiert über Noten des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Versetzung von Lehrpersonen und beantragt die Zustimmung:

(P. Z. 3078, B. Sch. R., 13772/12) Zur Versetzung der Lehrerin für französische Sprache von der Mädchen-Bürgerschule

XII., Ruckergasse 40, an die Mädchen-Bürgerschule XIV., Heinickegasse 5;

(P. Z. 3079, B. Sch. R., 2775/10, 18847/12) zur Versetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Alma Hübel von der Mädchen-Volksschule VIII., Josefstädterstraße 95, an die Mädchen-Volksschule VIII., Albertplatz 7, sowie zur Versetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Klara Neugschwendtner von der Mädchen-Volksschule VIII., Albertplatz 7, an die Mädchen-Volksschule VIII., Josefstädterstraße 95.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(P. Z. 2839, M. A. II, 10731/12.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Akademischen Senates der k. k. Universität in Wien um Subvention für die volkstümlichen Universitätskurse und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 2000 K.

(Angenommen, an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Tomola wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3361, M. A. XV, 3541.) Zur Beurlaubung des provisorischen Lehrers II. Klasse Alfred Swoboda für die Zeit vom 2. bis 19. April 1912 behufs Teilnahme an der Studienreise der Universität wird im Sinne des Magistrats-Antrages die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 3304, M. A. XV, 15043/12.) Es wird genehmigt, daß die geprüfte Kindergärtnerin Philippine Mikisch bis auf weiteres an dem städtischen Kindergarten XIX., Hammerschmidtgasse 22, hospitiert, beziehungsweise praktiziert.

(P. Z. 3181, M. A. XV, 3313.) Es wird zur Kenntnis genommen, daß zufolge der Note des Bezirksschulrates vom 17. Jänner 1912 dem Direktor der Knaben-Bürgerschule XX., Pöchlarnstraße 14, im laufenden Schuljahre die Bewilligung erteilt wurde, das Schulgebäude an jedem Montag um 4 Uhr nachmittags zu verlassen, um der Lehrverpflichtung an der fachlichen Fortbildungsschule für Schuhmacher, IX., D'Orsaygasse 8, nachkommen zu können.

(P. Z. 3371, M. A. XV, 3540.) Zur sofortigen Beurlaubung der Handarbeitslehrerin Karoline Gruber bis zum Schlusse des laufenden Schuljahres behufs Erteilung des praktischen Koch- und Haushaltungsunterrichtes an dem einjährigen Lehrkurse XX., Jägerstraße 54, unter Belassung der Bezüge wird gemäß dem Magistrats-Antrage die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 3320, M. A. XV, 3354.) Es wird die Zustimmung erteilt, daß dem Oberlehrer Anton Zimmermann eine Erhöhung der Pension bis zum Gesamtbetrage des letzten anrechenbaren Jahresbezuges gewährt werde.

(P. Z. 2904, St. Str. B., 166.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Anerbieten des Karl Rauscher zur käuflichen Überlassung des von seiner Realität Einl.-Z. 16 Grundbuch Grinzing zur Verbreiterung der Straßergasse entfallenden Grundes per 121 m² um 20 K per Quadratmeter und beantragt:

Das Anbot der Hauseigentümer Karl und Anna Rauscher auf lastenfreie Abtretung des zur Verbreiterung der Straßergasse im XIX. Bezirke entfallenden Grundstreifens im Ausmaße von 121 m² von ihrer Realität Kat.-Parz. 197, Einl.-Z. 16 Grundbuch Grinzing zum Einheitspreise von 20 K per Quadratmeter wird genehmigt. Der Kaufpreis per 2420 K ist sofort nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der städtischen Straßenbahn auszuzahlen. Der Grund ist bis längstens 1. Mai 1913 zu übergeben.

Weiters wird den Genannten für die Versetzung der Einfriedung und eines Gartenkioskes, sowie für die Wertverminderung der Gartenanlagen eine Pauschalentschädigung von 1080 K zuerkannt, welche nach Vollendung der Versetzungsarbeiten und Übergabe des Grundes fällig ist.

Gemäß ihrem Vorbehalt dürfen die Verkäufer auf dem abzutretenden Grunde befindliche Gesträucher und Pflanzen nach ihrer Wahl entfernen, sind aber nicht verpflichtet, den Grund im übrigen zu räumen.

Die Vertragskosten trägt die städtische Straßenbahn.

Die Kosten des Grundankaufes per 3500 K (bedeckt) sind im Sinne des Antrages der Straßenbahn-Direktion zu verrechnen.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schreiner wird weiters beschlossen:

(P. Z. 2279, 3090, St. Str. B., 175, 389/Rp.) Den in den vorgelegten Listen angeführten 18 Angestellten der städtischen Straßenbahn wird die Alters- und Strafnachsicht erteilt.

(P. Z. 3241, M. A. XXII, 630.) **Vize-Bürgermeister Dr. Porzer** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Gem.-Rat Dr. Alexander Dorn Ritter v. Marwalt und beantragt, dem Gemeinderate, k. k. Kommerzialrate Dr. Alexander Dorn Ritter v. Marwalt anläßlich seines 75jährigen Geburtstages in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Gemeindeverwaltung das taxfreie Bürgerrecht zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

(P. Z. 2862, M. D., 340.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über den Bericht der Magistrats-Direktion, betreffend das verdienstliche Wirken des Magistratsrates Dr. Jakob Dont als administrativen Referenten für den Bau der Kaiserjubiläums-Krankenanstalt sowie als Vorstandes der Magistrats-Abteilung X a und beantragt:

Magistratsrat Dr. Jakob Dont wird anläßlich der bevorstehenden Vollendung und Eröffnung der Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Krankenanstalt in Würdigung seiner mehrjährigen, unermüdlichen und ganz besonders hervorragenden Tätigkeit als administrativer Referent für den Bau der Krankenanstalt und als Vorstand der Magistrats-Abteilung X a zum Ober-Magistratsrate in der V. Rangsklasse ernannt.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 2741, M. A. II, 1722.) Vize-Bürgermeister Dr. Porzer referiert über die Pensionsversicherung der Angestellte der Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing und beantragt, zuzustimmen, daß die im § 2 der Statuten der Wiener Kommun Sparkassa im Bezirke Währing festgesetzte Haftung der Gemei Wien für die Erfüllung der Verbindlichkeiten dieser Sparkassa

auch auf die ihren pensionsversicherungspflichtigen Angestellten und deren Hinterbliebenen zugesicherten Versorgungsgenüsse im gesetzlichen Mindestausmaß erstreckt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Dr. Porzer wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3093, M. A. III, 7099/12.) Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die Liegenschaften Einl.-Z. 568, 569 und 645 Grundbuch Ober-Döbling (Gründe des Döblinger Gaswerkes) vorbehaltlos und unter Verzichtleistung auf jeden Schadenersatz hinsichtlich der vorgekommenen Anschüttung von Teilflächen des Terrains und der Ausschüttungen der Behältergruben 2c. in ihren physischen Besitz zu übernehmen und den für diese Liegenschaften im Sinne des Kaufvertrages vom 23. bis 29. April 1912 entfallenden Kaufschillingsteilbetrag abzüglich der von diesem Betrage bis 14. April 1913 im voraus bezahlten Zinsen sofort zur Auszahlung zu bringen, unter der Bedingung, daß die Imperial Continental Gas Association an die Gemeinde als Ersatz für die Kosten der Entfernung des Anschüttungsmateriales eine Vergütung in der Höhe von 4000 K leistet und sich hinsichtlich der im Sinne des zitierten Kaufvertrages empfangenen ersten Kaufschillingsrate per 1,168.152 K für vollkommen befriedigt erklärt.

(P. Z. 3072, St. L. B., 147.) Die Abschreibung der Leichenkosten im Betrage von 383 K nach dem am 7. Februar 1913 verstorbenen Inkassanten der städtischen Leichenbestattung Johann Lassak wird in Anbetracht vieljähriger, zufriedenstellender Dienstleistung des Verstorbenen genehmigt.

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

(P. Z. 3073, St. L. B., 148.) Der Witwe Albine Lassak nach dem am 7. Februar 1913 verstorbenen Inkassanten der städtischen Leichenbestattung Johann Lassak wird bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten die ihr gebührende Abfertigung im Betrage von 2600 K gemäß dem Antrage der Direktion zuerkannt.

(P. Z. 3071, St. L. B., 149.) Den Geschäftsnachfolgern der Firma Franz Hübl, IV., Favoritenstraße 35, werden auch weiterhin die sich bei der städtischen Leichenbestattung ergebenden Aufträge auf Glaseinsätze und Kitt sowie Hausreparaturen zu den bisherigen Preisen übertragen.

(Vize-Bürgermeister Dr. Porzer übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 2516/12, 17645/10, 18243/12, M. A. II, 9436/11, M. D., 1122/12, 2206/10, 4258/12.) **Vize-Bürgermeister Hoß** referiert über die Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten und beantragt:

Die in der Pensionsvorschrift für Gemeindebeamte und Diener der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nach einer früheren als der derzeitigen Fassung begründeten Ruhe- und Versorgungsgenüsse werden in folgender Weise erhöht:

1. Die Gesamtruhegenüsse der Beamten, die infolge ihrer Versetzung in den Ruhestand der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 6. Dezember 1907, Z. 14181, genehmigten Bezugsregulierung nicht mehr teilhaftig geworden sind, werden

wenn sie nicht mehr als 3000 K betragen, um 200 K;
wenn sie über 3000 bis 5000 K betragen, um 300 K;
wenn sie über 5000 K betragen, um 400 K

jährlich erhöht.

Die Gesamtruhegenüsse der Diener, die infolge ihrer Versetzung in den Ruhestand der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 6. Dezember 1907, Z. 15697, genehmigten Bezugsregulierung nicht mehr teilhaftig geworden sind, werden um 100 K jährlich erhöht.

Die Bezugserhöhung gilt als Mietzinsbeitrag.

2. Die Pensionen der Witwen, welche von der mit Gemeinderats-Beschluß vom 7. Dezember 1905, Z 14602, genehmigten Erhöhung der Witwenpensionen ausgenommen worden sind, werden auf das mit diesem Gemeinderats-Beschlusse festgesetzte Ausmaß erhöht. Hiebei werden die Pensionen, welche den Witwen nach nicht in das Rangklassenschema eingereihten Beamten gebühren, nach den im Gemeinderats-Beschlusse vom 12. Mai 1908, Z. 3681, aufgestellten Grundsätzen ermittelt.

Die Pensionen der übrigen, von dem Gemeinderats-Beschlusse vom 7. Dezember 1905, Z. 14602, nicht betroffenen Beamtenswitwen werden um 100 K jährlich und auf mindestens 800 K erhöht.

Die Pensionen der Witwen nach Dienern, die infolge ihrer Versetzung, in den Ruhestand der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 6. Dezember 1907, Z. 15697, genehmigten Bezugsregulierung nicht mehr teilhaftig geworden sind, werden um 50 K jährlich und auf mindestens 600 K erhöht.

3. Die Erziehungsbeiträge, welche in einem geringeren als dem mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 12. März 1909, Z. 18263/08, festgesetzten Ausmaße bemessen worden oder zu bemessen sind, werden auf dieses Ausmaß erhöht.

Die Bezugsdauer aller Erziehungsbeiträge wird auf das mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 20. Dezember 1911, Z. 18744, festgesetzte Ausmaß verlängert.

Die vorbezeichneten Bezugserhöhungen werden mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1913, jedoch nur für die Bezugsberechtigten selbst und nicht etwa für ihren Nachlaß vom Magistrate von amtswegen angewiesen.

4. Von den pro 1913 auflaufenden Mehrkosten per 197 200 K sind 150.000 K in der unter Ausgabs-Rubrik III 17 1/3 präliminierten Reserve für die Erweiterung der Zeitbeförderung der städtischen Beamten und Diener und für die Regulierung der Bezüge der Altpensionisten per 400.000 K und der verbleibende Rest per 47.200 K in Interkalarien, beziehungsweise in dem Reservefonds per 1,000.000 K bedeckt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 1954/12, 1816, M. A. XV, 15098, 15297/11, 532/12, 1224.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über das Ansuchen der seit 1. September 1910 in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen um Einbeziehung in die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 5. Jänner 1912, P. Z. 19084, genehmigte Gehaltsregulierung der aktiven Lehrerschaft und beantragt:

Der Stadtrat wolle das Ansuchen der seit dem 1. September 1910 in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen um Erhöhung ihrer Pensionen unter Zugrundelegung der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 5. Jänner 1912, P. Z. 19084, für die aktiven Lehrpersonen geschaffenen Bezüge im Sinne des Magistrats-Antrages ablehnen.

(Angenommen.)

(P. Z. 3048, M. A. II, 12268/12.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über das Ansuchen des Wiener Trabrennvereines um Ehrenpreis pro 1913 und beantragt die Bewilligung eines Ehrenpreises von 100 Dukaten zur Dotierung eines auf der Wiener Trabrennbahn zu laufenden, für die Produkte der inländischen Traberzucht bestimmten „Preis der Stadt Wien" zu benennenden Rennens. Die Ausgabe ist auf den Reservefonds zu verweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3092, M. A. II, 1031.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über die Verleihung einer Gnadengabe an den pensionierten Ratsdiener Karl Gärtner und beantragt, dem Genannten zu seiner Pension von jährlich 760 K gemäß dem Magistrats-Antrage eine widerrufliche Gnadengabe von jährlich 200 K zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3046, M. A. II, 1586.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über das Ansuchen des Straßenarbeiters Franz Fellner um Bewilligung einer Gnadengabe und beantragt, dem Genannten eine Gnadengabe von jährlich 444 K vom Tage der Lohneinstellung bis Ende des Jahres 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß wird weiters beschlossen:

(P. Z. 2931, 3100, M. A. XIX, 197, 198.) Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten wird Josef Stöhr zum definitiven Akzessisten im Zentral-Wahl- und Steuerkataster ernannt und dem provisorischen Bezirkswahlkatasterbeamten Franz Matauschek das Definitivum verliehen.

(P. Z. 2838, M. A. II, 920, 921.) Der Katharina Gröger, Schwester des am 13. Februar 1913 verstorbenen städtischen Rechnungs-Ober-Revidenten Emmerich Gröger wird der Beitrag zur Bestreitung der letzten Krankheits- und der Leichenkosten im Betrage von 1000 K und die Quartiergeldquote für das Quartal vom 1. Februar bis Ende April 1913 im Betrage von 475 K bewilligt.

(P. Z. 2837, M. A. II, 32.) Der dem pensionierten, am 17. Dezember 1912 in der niederösterreichischen Landes-Heil- und Pflegeanstalt am Steinhof verstorbenen Stadtgärtner II. Klasse Heinrich Christen pro Dezember 1912 zuviel ausbezahlte Betrag von 72 K wird gemäß dem Magistrats-Antrage abgeschrieben.

(P. Z. 2934, M. A. VII, 1536/12.) Die Gemeinde Wien ist prinzipiell geneigt, der Frage des Anschlusses der Klosterneuburger Kanalisation an das Wiener Kanalnetz näher zu treten und wird der Magistrat daher ermächtigt, hierüber mit der genannten Stadtgemeinde in Verhandlung zu treten.

Das Ansuchen der Stadtgemeinde Klosterneuburg um Bewilligung der Abgabe von Wiener Hochquellenwasser wird abgelehnt.

(P. Z. 3410, M. A. XXII, 697.) **St.-R. Schwer** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Vorbereitungen für die Prämiierung der Projekte zur Erbauung eines Kaiser Franz Josef-Stadtmuseums und beantragt:

1. Der Magistratsbericht vom 25. Februar wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Zur Ausstellung der eingelangten Projekte werden die südlichen Bufferäume des Neuen Rathauses bestimmt.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schwer wird weiters beschlossen:

(P. Z. 14046, 16380/12, M. A. XXII, 2044, 3007/12.) Die Reklamebroschüre „Wien, ein Leitfaden für den Besucher" ist einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen, wobei jedoch der neue Text jenen der ersten Auflage höchstens um acht Seiten überschreiten darf; die umgearbeitete Broschüre ist in deutscher und französischer Sprache, und zwar in der Stärke von je 20.000 Exemplaren aufzulegen.

Die Neubearbeitung des Textes hat durch die Direktion der städtischen Sammlungen zu erfolgen. Dieser neue Text ist dann mit möglichster Beschleunigung und den geeigneten Anträgen wegen Herstellung der Broschüre und wegen Bedeckung der hiedurch erwachsenden Kosten dem Stadtrate vorzulegen.

(P. Z. 17250/12, St. S., 912/12.) Das von dem Kunsthändler Eduard Hilfreich offerierte Selbstporträt des Malers Josef Weidner wird um den Betrag von 400 K für die städtischen Sammlungen angekauft.

(P. Z. 2156, M. A. XXII, 4008/12.) Der Magistrat wird ermächtigt, den von der Firma Gerlach & Wiedling herausgegebenen Plan der Stadt Wien im Maßstabe 1:20.000 im Bedarfsfalle mit 40 Prozent Nachlaß von dem Ladenpreis für städtische Ämter und Anstalten zu beziehen.

(P. Z. 3225, St. S., 174.) Die Anschaffung zweier Rahmen für die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 12. Juni 1912 durch die akademischen Maler Karl Probst und Karl Friedrich Gsur anzufertigenden Porträts der Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer und Franz Hoß wird genehmigt.

(P. Z. 1231, M. D., 152.) **Bürgermeister Dr. Weiskirchner** referiert über den Bericht der Magistrats-Direktion, betreffend die Kompetenz der Gemeinderats-Ausschüsse, sowie das Verhältnis der städtischen Unternehmungen zur Magistrats-Direktion, und beantragt:

Der Magistrat wird beauftragt, Vorschläge zur Änderung des Gemeindestatutes zu erstatten, welche die Einsetzung und Kompetenz der gemeinderätlichen Ausschüsse in entsprechender Weise ordnen. Hiebei sind auch andere Abänderungen in Erwägung zu ziehen, welche sich aus den seit der letzten Novellierung des Gesetzes gesammelten Erfahrungen ergeben, schließlich sind auch verschiedene, im Laufe der abgeführten Budget-Debatte gestellte Anträge, die auf Abänderung des Statutes zielen, hiebei zu erwägen.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3359, M. A. X, 2528.) Die Gemeinde Wien widmet zur Beerdigung der Leiche Wilhelm Kreß', des Erfinders des Drachenfliegers, das Ehrengrab Nr. 65 an der linksseitigen Friedhofsmauer im Zentral-Friedhofe unter den üblichen Bedingungen.

(P. Z. 2992, M. A. VI, 31.) **St.-R. Wippel** referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Vergebung der Deichgräberarbeiten für die Niveauherstellung auf den ehemals Wagemann'schen Gründen zwischen der Favoriten- und Laaerstraße im X. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 45.700 K, und beantragt die Vergebung der Arbeiten an den Fuhrwerksbesitzer Adolf Hermann, X., Viehtriebstraße 1674, und den Deichgräber Leopold Blümel, ebenda, gegen den offerierten Nachlaß von 42 Prozent im Sinne des Protokolles vom 21. Februar 1913. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Wippel wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3108, M. A. XVII a, 387.) Über Einladung der k. k. n.-ö. Statthalterei beantragt die Gemeinde im Sinne des § 51, Absatz 4 G.-O. die Abänderung des mit Statthalterei-Verordnung vom 10. Mai 1910, L.-G.-Bl. Nr. 105, erlassenen Maximaltarifes für das öffentliche Platzfuhrwerk in einer den berechtigten Interessen des fahrenden Publikums einerseits und der wirtschaftlichen Lage des Lohnfuhrwerksgewerbes anderseits tunlichst Rechnung tragenden Weise.

Zu der von der Statthalterei in Aussicht genommenen weiteren Änderung (Herabsetzung) der Taxensätze für Automobilplatzwagen ab 1. Jänner 1915 behält sich die Gemeinde eine seinerzeitige abgesonderte Stellungnahme im Sinne der angeführten Gesetzesstelle vor.

(Schluß der Sitzung.)

* * *

(**Richtigstellung.**) Der Bericht über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatrechtes und des Bürgerrechtes vom 23. Jänner 1913 ist im Amtsblatte Nr. 16 dahin richtigzustellen, daß es auf Seite 691, 1. Spalte, Zeile 10 von unten anstatt „Gesuchsgewährung" zu heißen hat „Gesuchsablehnung".

Bezirksvertretungen.

(X. Gemeindebezirk, Favoriten.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom **28. Jänner 1913**.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Leopold Hruza.**

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Eduard Dworschak.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet; er hält dem am 27. Jänner 1913 verstorbenen Erzherzog Rainer, dem leutseligen und populärsten Mitgliede unseres Kaiserhauses, einen ehrenden Nachruf, während sich die Anwesenden zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben haben.

An Spenden werden vom Vorsitzenden ausgewiesen:

Ungenannt für die Armen des X. Bezirkes 100 K; Ungenannt für die Armen des X. Bezirkes 500 K; Franz Kabatnik, Kaffeesieder, X., Gudrunstraße 122, 50 K; F. A. Brosche, Fabriksbesitzer, X., Gudrunstraße 185, 20 K.

Einlauf.

(446.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VII, betreffend Regulierung der Bezüge des städtischen Kanalaufsichts- und Betriebspersonales, Verleihung des Definitivums nach 15 Dienstjahren.

Zur Kenntnis.

(179.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung X, betreffend Übersiedlung des suppl. städtischen Arztes Dr. Friedr. Burger nach X., Eckertgasse 17.

Zur Kenntnis.

(150.) Das Gremium der Buchdrucker ersucht, mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren im X. Bezirke erfolgte Verleihung von neuen Buchdrucker-Konzessionen von der Befürwortung künftig einlangender Gesuche um Neuverleihung von solchen Konzessionen abzusehen.

Zustimmung.

(565.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend öffentliche Beleuchtung der Knöllgasse und „Zur Spinnerin."

Zur Kenntnis.

(241.) Zuschrift der Direktion der städtischen Straßenbahnen, betreffend Ablehnung des hierämtlichen Antrages auf Ausbau der Straßenbahnlinie durch die Triesterstraße bis zur Bezirksgrenze.

Nach längerer Debatte wird beschlossen, bezüglich der Verwirklichung dieses Antrages neuerliche Vorstellungen zu machen, da die Frequenz auf dieser Linie bestimmt ebenso groß sein werde, wie auf der Linie nach Kaiser-Ebersdorf.

An die Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Armenrats-Ergänzungswahl.

Zahl der abgegebenen Stimmen: 17.

Es erscheinen zu Armenräten des X. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis Ende 1913 gewählt die Herren:

Josef Vogelhuber, Fahrmeister der Straßenbahnen, Davidgasse, mit 17 Stimmen;

Karl Habereder, städtischer Lehrer, Favoritenstraße 160 mit 17 Stimmen;

Anton Mestrozi, Kleinfuhrmann, Quellenstraße 48, mit 17 Stimmen.

Über den Wahlakt wird ein separates Protokoll geführt und dieses vom Vorsitzenden, dem Schriftführer und B.-R. Semrad unterschrieben; als Skrutatoren fungieren die B.-R. Halbgebauer und Kollmann.

Anträge, Interpellationen und Beschwerden.

B.-R. Groß beantragt die Verlegung des Auslaufbrunnens vor dem Hause Favoritenstraße 216 zum Gasthause des Ignaz Kafenda, Favoritenstraße 215.

Angenommen.

B.-R. Jiratko urgiert unter Hinweis auf den gleichartigen Beschluß der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer seinen seinerzeitigen Antrag auf Benennung des Staatsbahnhofes mit „Ostbahnhof".

Einstimmig angenommen.

B.-R. Semrad beantragt, den Gehweg längs der Laxenburgerstraße zwischen Salvatorianerplatz und Gemeindegrenze herzurichten und auf diesem Wege Ruhebänke aufzustellen.

Der **Vorsitzende** erklärt, sich bezüglich des Weges an den Grundeigentümer Baron Drasche und bezüglich steinerner Bänke an die Garten-Direktion wenden zu wollen.

Die Firma C. Warhanek ladet die Bezirksvertretung zur Besichtigung und Erprobung des von ihr neu konstruierten Kehrichtwagens ein.

Über Vorschlag des **B.-R. kais. Rat Hobner** wird diese Besichtigung für Mittwoch den 4. Februar 1913 angeordnet.

B.-R. Kolbeck beantragt die Wiederaufstellung der Kehrichtkiste auf dem Columbusplatze,

B.-R. Wopicka die Aufstellung einer solchen in der Columbusgasse beim Fabriksgebäude Langen & Wolf.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Donauregulierungs-Kommission.

Die Donauregulierungs-Kommission trat am 24. Februar 1913 unter dem Vorsitze des k. k. Statthalters Dr. Richard Freiherrn v. Bienerth zu einer Plenarversammlung zusammen.

Bei Eröffnung der Sitzung brachte der Vorsitzende zwei Schreiben des früheren Vorsitzenden-Stellvertreters der Kommission, Sr. Exzellenz des Herrn Statthalters a. D. Erich Graf Kielmansegg und des k. k. Sektionschefs a. D. Dr. Theodor Haberer v. Krems-Hohenstein zur Kenntnis, in welchen die Genannten ihren wärmsten Dank für die ihnen gewidmeten Ehrengeschenke aussprachen.

Ebenso gelangte ein Begrüßungsschreiben des Bürgermeisters von Wien Sr. Exzellenz Dr. Weiskirchner zur Verlesung.

Nach Vorstellung des von der Kurie des Landes neu delegierten beratenden Mitgliedes Landes-Ober-Baurat Schumann wurde an die Beratung der Tagesordnung geschritten.

Vorerst wurde das Präliminare für das Jahr 1913 genehmigt. Dasselbe sieht einen Gesamtaufwand von 5,797.000 K vor. Von diesem Gesamtbetrage soll eine Summe von 400.000 K für die Verstärkung des Dammsystemes Tulln—Altenberg verwendet werden. Für den Umbau der Kaiser Franz Josef-Brücke sollen drei Millionen aufgewendet werden.

Die Projekte für den Unterbau und den Überbau dieser Brücke wurden genehmigt. Die Arbeiten für den Unterbau wurden der bestbietenden Firma Dr. Mayreder, Krauß & Komp. zugeschlagen. Für die beim Überbau in Betracht kommenden Arbeiten und Lieferungen wurde eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung ausgeschrieben und werden die Offerte am 17. März 1913 zu überreichen sein.

Nachdem noch für die Vollendung der Versuchsanstalt für Wasserbau eine weitere Subvention von 10.000 K unter gewissen Bedingungen bewilligt worden war, wurde eine Reihe kleinerer Angelegenheiten und Personalsachen erledigt.

Wohnungsfürsorge.

Im Verlage der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien ist in zweiter Auflage die vom k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten herausgegebene Publikation „Administrative Verfügungen und Behelfe zum Gesetze vom 22. Dezember 1910, R.-G.-Bl. Nr. 242, betreffend die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds" erschienen. Diese Publikation, die zum Preise von 1 K 50 h erhältlich ist, enthält eine Zusammenstellung der administrativen Verfügungen, welche zum Wohnungsfürsorgefondsgesetze erlassen worden sind, und der Behelfe, die unter Bedachtnahme auf dieses Gesetz geeignet erscheinen, als Richtschnur für die Bildung der Verwaltungstätigkeit von gemeinnützigen Bauvereinigungen zu dienen.

Als Sonderabdrücke der obangeführten Publikation sind im Verlage der k. k. Hof- und Staatsdruckerei erhältlich: Die Rentabilitätsberechnung (Form A, Preis 5 h für ein Exemplar), das „Musterstatut für gemeinnützige Bau- und Wohnungs-Genossenschaften" (Preis 30 h für ein Exemplar) und die Entwürfe für Verträge über Eigenhäuser, und zwar:

a) Bestandvertrag mit bedingtem Kaufvorvertrag,
b) Kaufvertrag, wenn zur Erbauung des Hauses der notwendige unkündbare Bauvorschuß gegeben wurde und der Kaufvertrag sofort nach Bauvollendung abgeschlossen wird, und
c) Kaufvertrag, wenn die erforderlichen zehn Prozent vom Hausanwärter erst während der Bestandzeit eingezahlt werden. (Preis je 5 h für je ein Exemplar dieser Verträge.)

Außerdem sind auch die Entwürfe für Kaufverträge über Familienwohnhäuser nach dem Arbeiterwohnungsgesetze vom 8. Juli 1912, R.-G.-Bl. Nr. 144, einzeln erhältlich.

Interessenten werden auf diese Publikationen aufmerksam gemacht.

Gemeindevermittlungsämter.

Die Gemeindevermittlungsämter Mariahilf, Josefstadt, Favoriten und Ottakring werden im Monate März 1913 am 5., 12., 19. und 26. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen, das Gemeindevermittlungsamt Leopoldstadt hat hiefür den 6., 13., 20. und 27. März bestimmt.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 23. Februar bis 2. März 1913.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 406.613 kg Und zwar aus:

Wien	265.804 kg
dem sonst. Niederösterreich	31.429 „
Oberösterreich	1.249 „
Steiermark	3.478 „
Krain	115 „
Böhmen	190 „
Mähren	7.192 „
Galizien	51.085 „
Bukowina	2.905 „
Ungarn	9.565 „
Serbien	33.601 „

Kalbfleisch . . 50.200 kg Und zwar aus:

Wien	1.833 kg
dem sonst. Niederösterreich	53 „
Mähren	204 „
Galizien	47.401 „
Bukowina	267 „
Ungarn	442 „

Schaffleisch . . 6.366 kg Und zwar aus:

Wien	1.792 kg
dem sonst. Niederösterreich	4 „
Galizien	408 „
Bukowina	255 „
Ungarn	3.907 „

Schweinefleisch 263.871 kg Und zwar aus:

Wien	127.241 kg
dem sonst. Niederösterreich	2.893 „
Steiermark	89 „
Böhmen	2.457 „
Mähren	6.000 „
Galizien	80.229 „
Ungarn	31.100 „
Kroatien	5.220 „
Bosnien	4.677 „
Rumänien	6.630 „
Serbien	15.335 „

Kälber . . . 4.646 Stück Und zwar aus:

Wien	1.111 St.
dem sonst. Niederösterreich	51 „
Oberösterreich	32 „
Salzburg	22 „
Steiermark	2 „
Mähren	41 „
Galizien	3.319 „
Bukowina	55 „
Ungarn	13 „

Schafe . . . 145 Stück Und zwar aus:

Wien	53 St.
dem sonst. Niederösterreich	77 „
Galizien	3 „
Bukowina	12 „

Schweine . . . 1.600 Stück Und zwar aus:

Wien	500 St.
dem sonst. Niederösterreich	15 „
Mähren	24 „
Galizien	486 „
Ungarn	90 „
Bosnien	38 „
Rumänien	40 „
Serbien	407 „

Lämmer . . 50 Stück Und zwar aus:

Niederösterreich	22 St.
Ungarn	28 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	—·72	bis	2·50	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	1·68	„	2·50	„ „
Kalbfleisch		„ „	—·72	„	2·20	„ „
Schaffleisch		„ „	1·10	„	1·70	„ „
Schweinefleisch		„ „	1·20	„	2·30	„ „
Kälber		„ „	1·—	„	1·84	„ „
Schafe		„ „	1·20	„	1·32	„ „
Schweine		„ „	1·04	„	1·80	„ „
Lämmer		„ „	—·—	„	—·—	per Paar.

Die Zufuhren waren geringer als in der Vorwoche. Der Marktverkehr gestaltete sich ziemlich lebhaft. Rindfleisch verkehrte zu den Preisen der Vorwoche, während Kälber sich um 8 bis 10 h per Kilogramm ermäßigten. Schweine konnten die bisherigen Preise schwach behaupten, dagegen zog Schweinefleisch um 8 bis 10 h per Kilogramm im Preise an. Die starken Bahnzufuhren am 28. Februar 1913 und am Berichtstage (zusammen 282·6 t) hatten speziell in galizischer Ware eine intensive Verflauung verursacht.

Von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft wurden 39.394 kg Rind-, 4270 kg Schweinefleisch, 7 Kälber und 7 Schweine (darunter 34.444 kg Rind- und 4249 kg Schweinefleisch und 7 Schweine aus Serbien), von der „Gemeinde Wien — städtische Übernahmsstelle" 2467 kg Rind-, 803 kg Kalb-, 491 kg Schaf- und 518 kg Schweinefleisch, 215 Kälber und 66 Schweine zu Markte gebracht.

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 23. Februar bis 1. März 1913.

Niederösterr.	Bergheu	von K	7·—	bis	10.40	per 100 kg
„	Wiesenheu	„ „	7·—	„	10.—	„ „ „
Slovakisches	Heu	„ „	7·—	„	8·40	„ „ „
Ungarisches	Heu	„ „	6·80	„	7·20	„ „ „
Klee		„ „	7·—	„	12·—	„ „ „
Schaubstroh		„ „	6·—	„	6·20	„ „ „
„		„ „	24·—	„	34·—	per Schober
Rüttstroh		„ „	4·60	„	5·20	per 100 kg
Grummet		„ „	—·—	„	—·—	„ „ „

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 23. Februar bis 1. März 1913.

Artikel	Menge	Preise von K	von h	bis K	bis h
Weizengrieß	1 kg	.	38	.	46
Auszugmehl	"	.	38	.	45
Mundmehl	"	.	36	.	44
Semmelmehl	"	.	32	.	40
Pohlmehl	"	.	26	.	36
Futtermehl	100 kg	.	.	.	.
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 5·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel „ 4 „ 1 „	3·7 bis 7·4 dkg	—	—	—	—
„ „ 2 „ 1 „	2·0 bis 4·4 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	.	.	.	.
Weißgemischtes Brot	"	—	26·5	—	43·4
Schwarzgemischtes Brot	"	—	24·9	—	39·6
Schwarzes Brot	"	—	26·7	—	32·5
Erbsen, ganz	1 kg	.	40	.	60
„ gespalten	"	.	48	.	72
Linsen	"	.	44	.	90
Bohnen	"	.	40	.	70
Hirse	"	.	32	.	46
Rollgerste	"	.	34	.	72
Reis	"	.	40	.	80
Kaffee, roh	"	3	20	5	60
„ gebrannt	"	3	60	6	40
Kakao	"	3	65	9	.
Schokolade	"	2	20	5	20
Tee	"	5	.	24	.
Zucker	"	.	86	.	96
Honig	"	1	80	2	80
Bohnen, grün	1 kg	4	20	.	
Erbsen, grün, in Schoten	"	1	60	3	
Paradiesäpfel	"	.	90	1	30
Kohl, grün	30 St.	1	20	5	.
„ „	1 „	.	07	.	22
Kohlrüben, heurige	30 „	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ alte	30 „	1	20	5	.
„ „	1 „	.	06	.	20
Kraut, weißes	30 „	2	.	4	.
„ „	1 „	.	16	.	54
Salat in Häupteln	50 St.	8	.	10	.
„ „ „	1 „	.	24	.	32
Spinat	1 kg	.	90	1	50
Rüben, weiß	4 St.	.	.	.	
„ gelb	1 „	.	03	.	10
„ rot	1 „	.	06	.	20
Sauerkraut	1 kg	.	28	.	32
Sauere Rüben	"	.	26	.	32
Knoblauch	"	.	.	.	.
Zwiebel	"	.	12	.	18
Erdäpfel, vorjährige	100 kg	8	.	10	.
„ „	1 „	.	12	.	16
„ heurige	100 „	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ Kipfel, vorjährige	100 „	17	.	20	.
„ „ „	1 „	.	20	.	28
„ „ heurige	100 „	.	.	.	.
„ „ „	1 „	.	.	.	.
Rindsfilz	1 kg	1	10	1	32
Butterschmalz	"	2	60	3	60
Schweinfilz	1 kg	1	84	2	40
Schweinschmalz	"	1	84	2	40
Schweinspeck	"	1	72	2	08
Unschlitt, geschmolzen	"	.	.	.	.
Milch	1 l	.	26	.	32
Rahm	"	.	60	1	20
Topfen	1 kg	.	72	1	.
Butter	"	3	40	4	80
Margarine	"	1	80	2	20
Eier, frische um 2 K	18—24	.	.	.	.
„ eingelegte um 2 K	26—30	.	.	.	.
Barben	1 kg	1	80	2	20
Brachsen	"	1	80	1	90
Forellen	"	9	.	10	.
Hechte, lebend	"	2	.	3	20
„ tot	"	2	.	3	20
Karpfen, lebend	"	2	.	2	60
„ tot	"	.	.	.	.
Lachse	"	11	.	16	.
Schaiden	"	.	.	.	.
Schille	"	3	.	3	60
Sterlette	"	.	.	.	.
Stockfische	"	.	90	1	.
Schellfische	"	.	70	1	30
Weißfische	"	.	60	1	20
Krebse	1 St.	.	.	.	.
Huhn, junges, geputzt	1 St.	1	60	2	40
Masthuhn, geputzt	"	2	.	3	60
Poulard	"	3	.	5	.
„ steir.	"	3	20	4	50
Kapaun	"	3	20	7	.
„ steir.	"	4	.	5	.
Ente	"	3	20	6	.
Gans	"	6	.	13	.
Indian	"	6	.	15	.
Taube	"	.	70	1	80
Fasan	1 St.	3	50	7	.
Rebhuhn	"	1	80	2	50
Wildente	"	2	20	3	50
Wildgans	"	2	60	4	40
Hase	"	4	.	5	40
Hirschfleisch	1 kg	1	.	3	.
Rehfleisch	"	1	20	2	.
Schwarzwild	"	1	20	2	80

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage) Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische von	bis	In den Markthallen von	bis	In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer von	bis
Fleischgattungen						
Rindfleisch, vorderes	160	200	160	200	160	220
Rindfleisch, hinteres	180	240	180	240	180	260
Kalbfleisch	140	200	160	200	160	240
Schaffleisch	110	160	120	160	120	160
Schweinefleisch	180	240	180	240	180	280
Pferdefleisch, vorderes	.	.	.	.	68	112
Pferdefleisch, hinteres	.	.	.	.	96	120

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 28. Februar 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K	50	h	bis	25	K	10 h
Roggen („ 70—74 kg)	„	18	„	40	„	„	20	„	20 „
Gerste	„	15	„	40	„	„	19	„	50 „
Mais	„	15	„	50	„	„	20	„	50 „
Hafer	„	18	„	70	„	„	22	„	30 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von	33	K	40	h	bis	35	K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„	35	„	— „
Roggenmehl	„	21	„	70	„	„	30	„	70 „
Weizenkleie	„	12	„	40	„	„	13	„	60 „
Roggenkleie	„	12	„	40	„	„	12	„	60 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 1. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K	50	h	bis	25	K	10 h
Roggen („ 70—74 kg)	„	18	„	40	„	„	20	„	20 „
Gerste	„	15	„	—	„	„	19	„	— „
Mais	„	15	„	60	„	„	20	„	50 „
Hafer	„	18	„	70	„	„	22	„	30 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von	33	K	40	h	bis	35	K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„	35	„	— „
Roggenmehl	„	21	„	70	„	„	30	„	70 „
Weizenkleie	„	12	„	40	„	„	13	„	60 „
Roggenkleie	„	12	„	40	„	„	12	„	60 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 3. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K	50	h	bis	25	K	10 h
Roggen („ 70—74 kg)	„	18	„	40	„	„	20	„	20 „
Gerste	„	15	„	—	„	„	19	„	— „
Mais	„	15	„	60	„	„	20	„	50 „
Hafer	„	18	„	70	„	„	22	„	30 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von	33	K	40	h	bis	35	K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„	35	„	— „
Roggenmehl	„	21	„	70	„	„	30	„	70 „
Weizenkleie	„	12	„	40	„	„	13	„	60 „
Roggenkleie	„	12	„	40	„	„	12	„	60 „

per 100 kg.

* * *

Pferdemarkt vom 28. Februar 1913.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 339 Pferde.

248 Gebrauchspferde, 91 Schlächterpferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 150 bis 1200 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 70 „ 200 „ „ „

Der Markt war wenig lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 3. März 1913

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 1. März 1913).

1. Gesamtauftrieb: 4366 Stück, und zwar:

Mastvieh	3552 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	814 „
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	4 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	2655 Stück	Kühe	815 Stück
Stiere	802 „	Büffel	94 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3033 Stück
„ Galizien und der Bukowina	318 „
„ dem sonstigen Österreich	1015 „
„ dem Auslande	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von	103	bis	134	K	(extrem bis 141 K)
„ II. „	„	93	„	116	„	
„ III. „	„	82	„	98	„	

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von	113	bis	122	K	(extrem bis — K)
„ II. „	„	102	„	112	„	
„ III. „	„	92	„	100	„	

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von	111	bis	126	K	(extrem bis 138 K)
„ II. „	„	99	„	110	„	
„ III. „	„	89	„	96	„	
Stiere	„	80	„	95	„	(„ „ 105 „)
Kühe	„	80	„	102	„	(„ „ 118 „)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	von	—	bis	—	K	(extrem bis — K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von	—	bis	—	K	(extrem bis — K)
Büffel	„	52	„	74	„	(„ „ — „)
Beinlvieh	„	46	„	90	„	(„ „ — „)

b) Preis per Stück.

Beinlvieh	von	—	bis	180 K.
Mastvieh	„	—	„	— „

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien . . . . . — Stück
„ „ „ auswärts . . . . . — „
Unverkauft blieben . . . . . — „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 23. Februar bis 1. März 1913 für Wien angekauft . . . . . 699 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 928 Stück mehr aufgetrieben.

Bei sehr flauem Geschäftsverkehre wurden gegen die Vorwoche Prima-Stallmastsorten um 2 bis 3 K, Mittelsorten um 3 bis 4 K und mindere Sorten um 2 bis 3 K per Meterzentner billiger verkauft.

Stiere wurden um 4 bis 6 K, Beinlvieh um 2 bis 4 K per Meterzentner billiger abverkauft.

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 20. bis 27. Februar 1913.

Waren eingelagert . . . . . 18.811 Meterzentner
„ ausgelagert . . . . . 18.174 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 6.164 Meterzentner.

Lagerstand vom 27. Februar 1913: 369.572 Meterzentner, und zwar:

48.273	Meterzentner	Weizen,	25.136	Meterzentner	Roggen,
24.148	„	Gerste,	134.472	„	Hafer,
3.961	„	Mais,	6.934	„	Linsen,
10.267	„	Mehl und Kleie,	2.598	„	Ölsaaten,
—	„	Zucker,	3.488	„	Wein,

865 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 8,898.840 K.

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 1. bis 28. Februar 1913.

Waren eingelagert . . . . . 69.808 Meterzentner
„ ausgelagert . . . . . 72.039 „

Der Lagerstand betrug am 28. Februar 1913:

361.055 Meterzentner im Assekuranzwerte von 8,816.320 K
gegen 242.153 „ „ „ „ 6,072.480 „
in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Darunter waren:

47.029	Meterzentner	Weizen	gegen	17.340
24.761	„	Roggen	„	15.592
23.800	„	Gerste	„	24.870
133.186	„	Hafer	„	41.750
2.686	„	Mais	„	20.709
2.602	„	Ölsaaten	„	5.847
6.915	„	Linsen	„	5.155
10.117	„	Mehl und Kleie . .	„	13.331
3.080	„	Wein	„	2.630
—	„	Zucker	„	103 und
864	Hektoliter à 100% Spiritus . . .		„	— im Vorjahre

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates Februar 1913 bezifferte sich auf 5.910 q; es wurden 5 Lagerscheine ausgegeben und keine Lombardierung in die Lagerbücher vorgemerkt.

Baubewegung

vom 28. Februar bis 3. März 1913.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

XV. Bezirk: Wohnhaus, Schmelz, Hütteldorferstraße 26, von Amalia Endler, Pfaffstätten, Bauführer Josef Scheffel (4981).
„ „ Wohnhaus, Schmelz, Block 2a, Stelle 2, von Cyrill Ognar, Bauführer Josef Münster (5184).
„ „ Wohnhaus, Schmelz, Hütteldorferstraße 62, von Josef und Josefine Wendl, Bauführer Rudolf Otto Gerger (5270).
„ „ Wohnhaus, Schmelz, Block 21, Stelle 2, von Wilhelm Wohlmeyer, Architekt, Bauführer J. Wohlmeyer, (5010).
„ „ Wohnhaus, Schmelz, Block 21, Stelle 3, von Wilhelm Wohlmeyer, Architekt, Bauführer J. Wohlmeyer, (5049).

Umbauten.

XIII. Bezirk: Zweistöckiges Haus, Baumgarten, Felbigergasse 64, von Elisabeth Hauf, VI., Gumpendorferstraße 155, Bauführer Theodor Loserth (11538).

Zubauten.

V. Bezirk: Schönbrunnerstraße 47, von Adolf Seidler, Linke Wienzeile 12, Bauführer Ad. Rothermann & Wilhelm Kotscher (1826).
VIII. Bezirk: Florianigasse 8, von Erhard Hammerand, ebenda, Bauführer Jacques Prokesch (1849).
XIII. Bezirk: Veranda, Lainzerstraße 44, von Marie Topitsch, ebenda, Bauführer Quixtner & Widter (11010).
„ „ Erker, Jagdschloßgasse 31, von Heinrich und Olga Elich, ebenda (11455).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Bauernmarkt 7, von Johann Zacherl, XIX., Nußwaldgasse 14, Bauführer Josef und Moritz Sturany (1850).
II. Bezirk: Czerningasse 8, von Dr. Kornelius Schimek, XX., Wallensteinstraße 3/4, noe. Hauseigentümer, Bauführer Karl J. Schmidt & Adolf Mader (1841).
„ „ Untere Augartenstraße 26, von Gustav Ganz & Komp., Bauführer Franz Stagl (1870).
III. Bezirk: Marokkanergasse 7, von Karl Schiener, durch Josef Witzmann sen., IV., Karolinengasse 10, Bauführer derselbe (1845).
IV. Bezirk: Wiedner Hauptstraße 26, von Leopoldine Lechner, V., Schönbrunnerstraße 110, Bauführer Matthias Petsch (1885).
VII. Bezirk: Lindengasse 15, von Jakob Hermann, ebenda, Bauführer Franz Quidenus (1839).
XIII. Bezirk: Leegasse 9, von Ludwig Schmidt, XV., Würzburggasse 15 (11009/12).
„ „ Cumberlandstraße 54, von Heinrich Staud & F. Groß, Linzerstraße 38 (11547/12).
„ „ Linzerstraße 64, von Franz Patzl, ebenda, Bauführer Staud & Groß (11548/13).
XVI. Bezirk: Weiprechtgasse 6, vom Ersten Wiener Volksküchenverein, IV., Hechtengasse 4, Bauführer W. König (13248/12).
„ „ Nauseagasse 27, von Othmar Janisch, ebenda, Bauführer Franz Gräf (13385/12).
„ „ Thaliastraße 26, Einl.-Z. 613, von Alfred Grögl, Kirchstetterngasse 21, Bauführer Barak & Czada (13801/12).
XXI. Bezirk: Schloßhoferstraße 24, von Katharina Schab, Bauführer Friedrich Schuhmaier (8942).
„ „ Brünnerstraße 11, von Rudolf Holzmann, Bauführer Karl Amlacher & Hans Sauer (8943).
„ „ Puffergasse 483/1, vom Etablissement Mietwäsche, Bauführer Friedrich Zieritz (8944).
„ „ Rechte Nordbahngasse 44, von Theodor und Barbara Deutscher, Bauführer Friedrich Schuhmaier (9471).

Diverse geringere Bauten.

XV. Bezirk: Steinzeugrohrkanal, Felberstraße 10, von Josef Knauer, Hotelier (4619).
XXI. Bezirk: Acetylenanlage, Siemensstraße 89, von der Wiener Dampfkessel-, Apparate- und Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft, Bauführer Robert Dammer (9470).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

VIII. Bezirk: Strozzigasse 8, von Löschner & Helmer, IX., Liechtensteinstraße 121 (1836).
XIII. Bezirk: Schweizertalstraße 36, von Lorenz Miller, IX., Währingerstraße 6/8 (10970).
XV. Bezirk: Schmelz, Block 1, Stelle 14, von Stephan Amand (5205).
" " Schmelz, Block 53, Stelle 4 und 5, von Marie Kühnel (4916).
XXI. Bezirk: Brünnerstraße 1, Einl.-Z. 51, von Salomon und Gisela Weininger (8950).
" " Feitsingergasse, Einl.-Z. 446, von Ludwig Werther (9334).

Demolierungsanzeigen.

VIII. Bezirk: Friedrich Schmidt-Platz 5, von Dr. Fritz Keller, I., Krugerstraße 8, im eigenen Namen und noe. Roman R. v. Troczynski (1844).
XIII. Bezirk: Felbigergasse 64, von Elisabeth Hanf, VI., Gumpendorferstraße 155 (11537).
XXI. Bezirk: Schloßhoferstraße 19, von Friedrich Schuhmaier (9465).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Dir. d. städt. Straßenbahn., Z. 123.
24. Februar 1913.

Demolierung des Gebäudes der Realität „Topham", X., Gudrunstraße 159.

Schürf Rudolf — Aufzahlung K 7058.
1000 g. M.-Ziegel 26 K.
1 m³ Bruchziegel 2 K.
1000 Dachziegel 26 K.

Kohn Siegmund & Joh. Schallinger — Aufzahlung 20.100 K.
Für die Wage 2550 K. 1. Offert.
Für die Wage 5567 K. 2. Offert.
1000 g M.-Ziegel 24 K.
1 m³ Bruchziegel 3 K 20 h.
1000 Dachziegel 24 K.

Ammersin Rudolf — Aufzahlung 16.376 K
1000 g. M.-Ziegel 26 K
1000 Bruchziegel 20 K.
1 m³ Bruchziegel 6 K.
1000 Dachziegel 28 K.

Becker Franz — Aufzahlung 15.700 K.
1 m³ Bruchziegel 6 K.
1000 Dachziegel 24 K.
1 m³ Dachziegel 12 K.

Köffl Ignaz — Aufzahlung 22.300 K.
Für die Wage 250 K.
1000 g. M.-Ziegel 28 K.
1 m³ Bruchziegel 5 K.
1000 Dachziegel 25 K.

Nöbauer Lorenz — Aufzahlung 8500 K.
1000 Bruchziegel 40 K.
1000 Dachziegel 30 K.

Ludwig Gustav — Aufzahlung 12.050 K.
1000 g. Ziegel 30 K.
1 m³ g. Ziegel 10 K.
1 m³ Bruchziegel 5 K.
1000 Dachziegel 25 K.

Kiesling Johann & Joh. Nemecky — Aufzahlung 7500 K.
1000 g. Ziegel 27 K.
1 m³ Bruchziegel 8 K.
1000 Dachziegel 27 K.

Nachtragsofferte:

Ammersin Rudolf — Aufzahlung 22.800 K.
Für die Wage 75 K.
1000 g. Ziegel 24 K.
1 m³ Bruchziegel 3 K.
1000 Dachziegel 24 K.

Becker Franz — Aufzahlung 18.100 K mit Wage.
Ziegel wie oben.

* * *

M. Abt. XV, 3517.
28. Februar 1913.

Schulbau XIII., Linzerstraße.

Eisenbetonarbeiten.

Weiß G. A. — Aufzahlung 8%.
Manhart Hugo — Aufzahlung 1%.
Hein Anton — Aufzahlung 7·5%.
Ast Eduard & Komp. — Aufzahlung 8%.
Pittel & Brausewetter — Aufzahlung 8·5%.
Rella N. & Neffe — Aufzahlung 6·5%
Porr A. — Aufzahlung 3·5%.
Westermann & Komp. — Aufzahlung 13%.

Möbeltischlerarbeiten.

Schmidt Heinrich — Aufzahlung 10%.
Herndl Burghard & Fr. Jirka — Aufzahlung 8%.
Breitenstein Fritz — Nachlaß 7%.
Stepanek Karl — Aufzahlung 6%.
Genossenschaft der Tischler — Aufzahlung 7%.
Solar Franz — Nachlaß 2%.

* * *

M. Abt. VII, 97.
3. März 1913.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Wilhelminenbergstraße von Or.-Nr. 1 bis Or.-Nr. 3 im XVII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 3374 K 58 h.

Rzehaczek Eduard — Aufzahlung 62%.

* * *

M. Abt. VII, 1163/12.
1. März 1913.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Hameaustraße vom Sulzweg bis Or.-Nr. 54 Hameaustraße im XVIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 9361 K 77 h

Rzehaczek E. — Aufzahlung 54%.

* * *

M. Abt. VII, 118.
3. März 1913.

Gröretgraben in Kaiser-Ebersdorf im XI. Bezirke.

Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Regulierung des Gröretgrabens und des angrenzenden Fußsteiges im veranschlagten Kostenbetrage von 18.938 K 62 h.

Cimolai Nicolo — Nachlaß 15·5%.
Paganini Carlo — Aufzahlung 4·8%.
Kratochwill Richard — Aufzahlung 5%.
Recha Josef W. — Nachlaß 6%.

Valenta Dominik — Nachlaß 15·5%.
Tokats Josef — Aufzahlung 11%.
Striebel Julius — Kostenanschlagspreise.
Balestrin Giovanni — Preise nach dem städtischen Preistarif.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

(Siehe auch die Stadtrats-Sitzungs-Protokolle.)

M. Abt. XV, 10206/12.

25. Februar 1913.

Schulbau XIV., Felberstraße.

Glaserarbeiten.

Pschierer Franz jun. — Nachlaß 30%.

Terrazzopflasterung.

Gröber Leopold — Aufzahlung 10%.

Kunststeinarbeiten.

Kubesch Eduard K. — Nachlaß 24%.

Zimmermalerarbeiten.

Boubelik Rudolf — Nachlaß 20%.

Tapeziererarbeiten.

Sekera's Anton Witwe — Nachlaß 22·5%.

Schulbanklieferung.

Breitenstein Fritz — Nachlaß 4%.

Schultafellieferung.

Wagner Karl — Nachlaß 34%.

Turnsaaleinrichtung.

Plaschkowitz J. — Nachlaß 6%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

14. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Sommer Josef — Leichenbestattungsunternehmung — XXI., Pragerstraße 1.

Stollewerk Alois — Essig-, Branntwein- und Likör-Erzeugung — XXI., Floridsdorf, Hauptstraße 31.

Storczer Andreas — Elektrotechnische Konzession — XV., Vogelweidplatz 7.

Stramberg-Staudinger-Kalkwerke, Ges. m. b. H. (Geschäftsführer: Emanue-Sobek) — Gewinnung und Verarbeitung von Kalkstein und anderem Gestein, sowie die Erzeugung von Kalk und kalkhältigen Produkten — IV., Blechturmgasse 12.

Tonidandel Karl Johann — Handel mit Wein in verschlossenen Flaschen — XXI., Brünnerstraße 44.

Trieb Martin — Viktualienhandel — XXI., Genochplatz 3.

Tvaruzek Johann — Schuhmacher — XXI., Bahnsteggasse 11.

Weiß Ludwig — Warenhandel (beschränkt) — XV., Turnergasse 29.

Weseslintner Rosa — Fiaker-Lizenz Nr. 1001 — III., Gigergasse.

K. k. Staatsbahn (Direktion der k. k. Nordwestbahn; Pächter: Raimund Winkler) — Gastwirtsgewerbe — XXI., Koloniestraße 50.

Wittman Johann — Kleinfuhrwerker — XXI., Amtsstraße 6.

* * *

15. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Brandhuber Franz — Selchwaren-Verschleiß — XVII., Taubergasse 46.

Breuer Franz — Fleischhauer — XIV., Schwendergasse 25.

Brinek Cyrill — Kleidermacher — XVII., Geblergasse 70.

Cerny Therese — Viktualienhandel — XVII., Hernalser Hauptstraße 189.

Dolezal Franz — Kleidermacher — XVII., Ranftlgasse 21.

Drahota Franz — Kleidermacher — XIV., Neubergenstraße 3 b.

Eckenthaler Johanna — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Sobieskigasse 32.

Fuchs Hedwig — Wäschewaren-Erzeugung — XIX., Döblinger Hauptstraße 49.

Göb Johann — Buchbinder — XIX., Kreindlgasse 1.

Greiner Marie (Alleininhaberin der Firma Johann Greiner) — Fabriksmäßige Erzeugung von Maschinen — III., Apostelgasse 24.

Groß Franz — Pfaidler — XVII., Lobenhauerngasse 1.

Hoffmann Theodor — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt) — XVII., Geblergasse 4.

Joppich Georg — Warenhandel (beschränkt) — XIV., Mariahilferstraße 189.

Koditschek Salomon — Kleidermacher — XVII., Ottakringerstraße 80.

Magic Stefan — Friseur und Raseur — III., Jacquingasse 2.

Matausek Anton — Schuhmacher — XIV., Johnstraße 46.

Matzka Emma — Erzeugung von Holzpantoffeln — XVII., Geblergasse 8.

Mayer Moritz Artur — Holzhandel — XVII., Comeniusgasse 3 bis 7.

Miedler Magdalena — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Märzstraße 110.

Mikulan Annita — Mechanische Strickerei — XVII., Hernalser Hauptstraße 80.

Müllner Josefa, geb. Sebella — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVII., Elterleinplatz 10.

Myslivec Therese, geb. Sorada — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Römergasse 71.

Neumann Emilie — Verschleiß von Konditoreiwaren, Kanditen, Fruchtsäften und Sodawasser — XVII., Jörgerstraße 52.

Niedermeier Veneranda — Damenkleidermacherin — XVII., Müglendergasse 1.

Ott Heinrich — Musiker — XVII., Schumanngasse 60.

Rehak Agnes, geb. Dedera — Fleisch-Verschleiß — XVII., Lackergasse 1.

Reinelt Marie, geb. Nebila — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß — XVII., Hernalser Hauptstraße 102.

Riha Karl — Tierhandel — XVII., Rosensteingasse 61.

Rybar Josef — Marktviktualienhandel — XIV., Zollernsperggasse, Markt.

Rzesnitschek Josef Georg — Marktfahrer — XVII., Lackergasse 42.

Saghy Ernest — Handel mit alten Flaschen — XVII., Geblergasse 110.

Schiesbichl Alois — Pferdehandel — XVII., Elterleinplatz 12.

Schmiedbauer Ferdinand — Handel mit Papier, Zeichen- und Schreibwaren — III., Landstraßer Hauptstraße 147.

Simsa Augusta, geb. Vitamvas — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß — XVII., Leopold Ernst-Gasse 12.

Singer Marcell — Kommissionswarenhandel — IX., Berggasse 5.

Stätter Marie — Warenhandel (beschränkt) — XIV., Märzstraße 116.

Stagl Marianne — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVII., Dornbacherstraße 16.

Steinböck Pauline — Lebensmittel-, Konsumwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Haslingergasse 9.

Süßmayer Karoline — Maskenleihanstalt — XVII., Rokitanskygasse 26.

Tod Anton — Kleinhandel mit Brennmaterialien — IX., Liechtensteinstraße 91.

Ulbrich Anna — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVII., Rosensteingasse 59.

Vojta Aloisia — Viktualienhandel — XVII., Geblergasse 41.

Wagner Rosalia — Verschleiß von Parfümerie- und Toiletteartikeln — XVII., Hernalser Hauptstraße 168.

Wallner Josef — Viktualien-Verschleiß — XVII., Dornbacherstraße 103.

Wallner Marie — Blusennäherin — XVII., Schumanngasse 61.

Wiener Autotaxibetrieb, Ges. m. b. H. — Fiaker-Lizenz Nr. 837 — II., Praterstraße 78.

* * *

17. Februar 1912.

Gewerbe-Unternehmungen.

Bartels Wilhelm Georg (Inhaber der Firma W. Bartels) — Kommissionshandel mit optischen Artikeln — I., Graben 29.

Bauer Eugenie, geb. Lichtenstern — Warenhandel (beschränkt) — IX., Nußdorferstraße 9.

Breitenstein Friderike Amalia — Gastwirtsgewerbe — IX., Frankgasse 10.
Brettschneider Hermine — Warenhandel (beschränkt) — IX., Nußdorferstraße 66.
Brettschneider Hermine — Ein- und Verkauf von altem Brucheisen und Metallabfällen — IX., Nußdorferstraße 66.
Bum Otto — Handel mit Kraftfahrzeugen, sowie mit Bestand- und Zugehörteilen solcher Kraftfahrzeuge — I., Weihburggasse 29.
Ciz Emilie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften, Sodawasser, Marmeladen und Gefronem — IX., Marktgasse 33/35.
Cvek Alois — Schuhmacher — IX., Sobieskigasse 15.
Drazdik Ottokar — Handel mit Eisenwaren — VI., Liniengasse 17.
Eigner Wilhelm — Speditionsgewerbe — IX., Schulz-Straßnitzky-Gasse 1.
Elend Anna — Verschleiß von Kanditen, Konditoreiwaren, Fruchtsäften und Sodawasser — XVII., Schumanngasse 79.
Eret Sophie, geb. Mratschek — Marktviktualienhandel — IV., Phorushalle.
Fallenbüchl Veronika, geb. Pollak — Gewerbsmäßiger Betrieb einer Wäscherolle mit Motorantrieb — XVII., Neßlgasse 9.
Fischl Heinrich — Handelsagentie — IX., Porzellangasse 22.
Friedenfeld Max — Branntweinschank verbunden mit Tee — IX., Rotenlöwengasse 14.
Frieß Franz — Viktualien-Verschleiß — IX., Grünetorgasse 15.
Gaber Albertine, geb. Klos — Warenhandel (beschränkt) — IX., Fluchtgasse 7.
Gaber Albertine, geb. Klos — Gewerbsmäßiger Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — IX., Fluchtgasse 7.
Glück Emil — Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Flüssigkeiten — XI., Dorfgasse 50/52.
Großmann Siegfried — Kommissionswarenhandel — VI., Esterhazygasse 11a.
Haas Karl — Handel mit Kurz- und Galanteriewaren — IX., Hahngasse 15.
Hasenmaier Hedwig, geb. Preiß — Übernahme zum Wäscheputzen — IX., Alserbachstraße 3.
Hebenstreit Beile Gittel — Modistin — IX., Liechtensteinstraße 64.
Österreichische Petroleum-Export-Aktiengesellschaft (Stellvertreter: Franz Hepp) — Engroßhandel mit Petroleum und dessen Nebenprodukten — I., Annagasse 3.
Hentschel Josef Franz (Firma J. F. Henschel) — Großhandel mit zu arzneilicher Verwendung bestimmten Stoffen und Präparaten — IX., Hebragasse 5.
Kacer Franz Josef — Mechaniker — IX., Frankgasse 3.
Kempler Wilhelm — Baumeister — IX., Liechtensteinstraße 26.
Knie Karl — Fleischhauer — IX., Marktgasse 19.
Kohn Hans — Warenhandel (beschränkt) — IX., Peregringasse 3.
Kosch Adolf & Komp., Ges. m. b. H. (Geschäftsführer: Adolf Kosch) — Erzeugung von Olgattungen, technischen Fetten und chemischen Präparaten, sowie Verkauf derselben (beschränkt) — VI., Mollardgasse 86b.
Kunz Anna Marie, geb. Hamp — Kaffeesiederin — VI., Millöckergasse 2.
Lasus Friedrich — Handelsagentur — IX., Liechtensteinstraße 3.
Ledwinka Josef Johann — Kleinfuhrwerker — IX., Müllnergasse 14.
Lhotka Josef — Viktualien-Verschleiß — IX., Sobieskigasse 25.
Löwenstein Wilhelm — Handel mit Schirmstöcken und Schirmgriffen — IX., Wiederhofergasse 8.
Manhart Franz — Viktualienhandel — IX., Lackierergasse 3.
Masa Aloisia, geb. Immervoll — Kleinhandel mit Brennmaterialien — IX., Glasergasse 19.
Nase Adolf — Fiaker-Lizenz Nr. 95 — I., Stephansplatz.
Nell Nikolaus — Anstreicher — IX., Alserstraße 12.
Netter Rosa — Handel mit technischen Präparaten und Apparaten — IX., Pfluggasse 6.
Neußer Emil Richard — Fiaker-Lizenz Nr. 212 — VI., Mariahilferstraße 85 bis 89.
Niederlage der Gummi- und Asbestwarenfabrik in Josefsthal bei Pfaffstätten in Niederösterreich; Niederlage der Gummi- und Asbestwarenfabrik in Josefsthal bei Pfaffstätten in Niederösterreich (Geschäftsführer: Dr. Georg Schick) — IX., Alserstraße 11.
Otec Wenzel — Viktualienhandel — IX., Liechtensteinstraße 81.
Parsch Georg — Handelsagentur — IX., Achamergasse 2.
Pulkert Franziska — Verschleiß von Selchwaren und Schweinefleisch — IX., Spitalgasse 1a.
Ritter Robert — Musiker — VI., Worellgasse 3.
Saborik Anton — Herrenkleidermacher — IX., Sechsschimmelgasse 4.
Saric Franziska — Warenhandel (beschränkt) — IX., Maria Theresien-Straße 21.
Schneider Rosa, geb. Mandl — Ein- und Verkauf von Metallabfällen, Alteisen und Brucheisen (beschränkt) — IX., Franz Josef-Bahn-Straße 41.
Schneider Stephanie, geb. Batscha — Warenhandel (beschränkt) — IX., Liechtensteinstraße 75.
Siebenhandel Josef — Christbaumhandel — IX., Franz Josef-Bahnhof.
Tomasch Josef — Selchwaren-Verschleiß — IX., Porzellangasse 54.
Trnka Andreas — Damenkleidermacher — IX., Lazarettgasse 7.
Voglsang Leopold Anton — Kaffeesieder — IX., Kinderspitalgasse 16.

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 28. Februar 1913.

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Beurlaubt: Gem.-Räte Ahorner, Melcher, Dr. Neumayer und Pichler 733
2. Entschuldigung der Gem.-Räte Sebastian Grünbeck, Dolezal, Dr. Pupovac, Dobes, Kunschak und Heffenmayer 733
3. Beurlaubung der Gem.-Räte Laubek und Fogl 733
4. Dank des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines für die Widmung eines Ehrengrabes für den Aviatiker Wilhelm Kreß 733
5. Einladung des Wiener Kunstgewerbevereines zur Besichtigung der neuen Ausstellung dieses Vereines 733
6. Dank des Bürgermeisteramtes Atzgersdorf für die Assanierungsmaßnahmen zur Einschränkung der Typhuserkrankungen . . . 733
7. Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, mit welcher die Beschwerde des Gem.-Rates Schuhmeier gegen den Gemeinderats-Beschluß, betreffend die Zuwendung einer Subvention an das Zentral-Komitee des XXIII. Internationalen Eucharistischen Kongresses in Wien und die Kosten der Straßenausschmückung, abgewiesen wurde 733
8. Zurückweisung von in einer Delegiertenversammlung des niederösterreichischen Landeskulturrates seitens des Reichsritters v. Hohenblum gemachten Äußerungen 734
9. Legat der Frau Anna Dörfler für Armenzwecke 734
10. Spende der Erben nach kaiserl. Rat Bernhard Pollak Edlen v. Parnau für Armenzwecke 734
11. Legat der Frau Franziska Baronin v. Columbus für Armenzwecke 734
12. Spende eines Ungenannten 734
13. Spende der Firma Steiner & Adelberg 734
14. Spende des Herrn Karl Uehlein 734
15. Legat des Grafen Széchényi v. Sárvár-Felsövidék 734
16. Spende eines Ungenannten 735
17. Spende der Leitung des Roßauer Männergesangvereines . . . 735
18. Legat der Frau Baronin Helene Mühlwerth-Gärtner für die städtischen Sammlungen 735
19. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rates Schreiner, betreffend Räumung des Platzes des ehemaligen Schmelzer Friedhofes von alten Grabsteinen 735
40. Absetzung von drei Referaten von der Tagesordnung 739

Interpellationen:

20. Gem.-Rat Stangelberger, betreffend die Angriffe des Reichsritters v. Hohenblum in einer Delegiertenversammlung des niederösterreichischen Landeskulturrates 735
21. Gem.-Rat Dr. Granitsch, betreffend dieselbe Angelegenheit 735
22. Gem.-Rat Rotter, betreffend die Aufstellung eines automatischen Rouletteapparates in einem Automatenbufett seitens des Landesverbandes für Fremdenverkehr 735
23. Gem.-Rat Dr. Klotzberg, betreffend unentgeltliche Benützung der städtischen Straßenbahn durch die beim Theaterdienst beschäftigten Feuerwehrmänner 736
24. Gem.-Rat Sadilek, betreffend die Errichtung eines Gehsteges über die Nordwestbahn im Zuge der Wallensteinstraße im XX. Bezirke 736
25. Gem.-Rat Dr. Klotzberg, betreffend die Vexationen der ungarischen Zollbehörde bei der Einfuhr rumänischen Fleisches 736
26. Gem.-Rat Baugoin, betreffend die endliche Abstellung der durch die Verbindungsbahn hervorgerufenen Störungen des Straßenbahnverkehres im XIII. Bezirke 736
27. Gem.-Rat Ignaz Fischer, betreffend die Straßenreinigung bei Trockenheit, Frostwetter und Wind 737
28. Gem.-Rat Hohensinner, betreffend die Aufstellung einer entsprechenden Wächterhütte für den Weichenwächter der Straßenbahn beim Südbahnhofe 737
29. Derselbe, betreffend die Einführung eines Straßenbahn-Einheitstarifes für den Besuch der Urania seitens der Schulen Wiens 737
30. Gem.-Rat Winarsky, betreffend die Anrechnung einer Gebühr für die geistliche Assistenz bei einem Leichenbegängnisse trotz deren Unterbleibens 737
31. Gem.-Rat Schäfer, betreffend Bespritzung der Straßen des II. Bezirkes und des k. k. Praters 738
32. Gem.-Rat Schlechter, betreffend den Stand der Vorarbeiten für den Bau eines gewerblichen Musterwarenlagers im VI. Bezirke 738

Seite

33. Gem.-Rat Winarsky, betreffend die sofortige Herstellung einer Zufahrtstraße und der Straßenbeleuchtung in der Umgebung der Bedienstetenwohnhäuser der k. k. Staatsbahnen im XX. Bezirke 738
34. Derselbe, betreffend die Stellungnahme des Wiener Gemeinderates gegen die geplante Einführung einer Zündhölzchensteuer . 738
35. Gem.-Rat Dr. Hein, betreffend die Abgabe eines Gutachtens an die k. k. n.-ö. Statthalterei in Angelegenheit der Abänderung des Maximaltarifes für das Wiener öffentliche Platzfuhrwerk 739
36. Gem.-Rat Schlechter, betreffend die Vornahme von Erprobungen der Leuchtkraft und des Heizwertes des Gases der städtischen Gaswerke 739

Anträge:

37. Gem.-Rat Wolny, wegen Umgestaltung des Daches der Doppel-Turnhalle bei der Bürgerschule IX., Glasergasse 8, zu einem Turn- und Spielplatz 739
38. Gem.-Rat Oppenberger, wegen Wiedererrichtung der früheren Straßenbahnhaltestellen in der Kaiser Josef-Straße im II. Bezirke 739
39. Gem.-Rat Rotter, wegen Benennung einer Straße in der Nähe des neuen Invalidenhauses mit St. Gotthardstraße . . . 739
40. Siehe unter „Mitteilungen".

Referate:

41. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, betreffend Bildung eines Gemeinderats-Ausschusses für städtische Wohnungsfürsorge . . . 740
42. Vize-Bürgermeister Hoß, betreffend die Bestimmung über die Zeitförderung und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten sowie über die Anrechnung einer Quote der Steigerung auf die nächste Gehaltsstufe anläßlich der Versetzung eines städtischen Angestellten in den Ruhestand 751
43. Derselbe, betreffend die Vermehrung der Heizaufseherstellen sowie Erhöhung des Entfernungsgebührenpauschales für den Betriebsleiter der städtischen Heizwerkstätte 764
44. Derselbe, betreffend Ansuchen des Vereines zur Errichtung und Erhaltung einer Knabenbeschäftigungsanstalt der Calasantiner-Kongregation um Subvention (Abweisung) 764
45. Derselbe, betreffend Bewilligung eines Ehrenpreises für den Wiener Trabrennverein 764
46. Derselbe, betreffend Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten 765
47. Gem.-Rat Zatzka, betreffend Offert der Josefine Spelitz auf Verkauf der Einl.-Z. 145 Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk, an die Gemeinde Wien 766
48. Vize-Bürgermeister Dr. Porzer, betreffend Pensionsversicherung der Angestellten der Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing 766
49. Gem.-Rat Rain, betreffend Offert des Laurenz Dobek und Florian Dracka auf Verkauf von Gründen im XVI. Bezirke an die Gemeinde Wien 767
50. Derselbe, betreffend Ansuchen des Vereines „Heim für obdachlose Familien" um unentgeltlichen Wasserbezug für seine Anstalt XVI, Herbststraße 141 767
51. Gem.-Rat Tomola, betreffend Bewilligung einer Subvention an den Akademischen Senat der k. k. Universität in Wien um Subvention für die volkstümlichen Universitätskurse 767
52. Gem.-Rat Schwer, betreffend Bewilligung einer einmaligen Subvention an den Österreichischen Bühnenverein für den Hausbau 768
53. Gem.-Rat Schreiner, betreffend Ergreifung der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde wegen Urteilsgebühr in Sachen Josef Hennebert kontra „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" 768
54. Derselbe, betreffend Bestimmung über das Sterbequartal für Hinterbliebene von Beamtinnen der städtischen Straßenbahnen 768
55. Derselbe, betreffend Fahrplan der städtischen Dampfstraßenbahnen für die Sommerperiode 1913 768
56. Gem.-Rat Schmid, betreffend Bewilligung eines Beitrages zum Mehrerfordernisse für die Restaurierung der Karlskirche im IV. Bezirke 768
57. Gem.-Rat Poyer, betreffend Ansuchen des Dr. Karl Gaube um Umgangnahme von den Verbauungsbestimmungen für die Liegenschaft Einl.-Z. 1624 Ober-St. Veit, an der Bowitschgasse im XIII. Bezirke 769
58. Derselbe, betreffend Stellensystemisierung im Stande des Friedhofspersonales für den Hütteldorfer Friedhof anläßlich der Einführung des Eigenbetriebes der Gräberausschmückung und des Beerdigungsdienstes in demselben 769

Seite

59. Gem.-Rat Knoll, betreffend Projekt für Kanalbauten in der Überfuhrstraße und in den Gassen rings um die Wohnhäuser der Gemeinnützigen Floridsdorfer Beamten-Baugenossenschaft, r. G. m. b. H. im XXI. Bezirke 769
60. Gem.-Rat Hörmann, betreffend Detailprojekt für den Bau einer V. Gruppe von Jungschweinstallungen auf dem Borstenviehmarkte in St. Marx 770
61. Gem.-Rat Dr. Haas, betreffend Ankauf der der Firma Aristodemo Silvestro & Komp. gehörigen Kat.-Parz. 2523/2 und 2524/1 Grundbuch Rovigno, durch die Gemeinde Wien . 770
62. Gem.-Rat Brauneiß, betreffend Anerkennung der Neuwahl der Bezirksvertretung des XIV. Bezirkes 771
63. Gem.-Rat Baron, betreffend Ansuchen der k. k. n.-ö. Statthalterei um Umgangnahme von den Verbauungsbestimmungen für den Neubau einer k. k. Staatsrealschule an der Krottenbachstraße im XIX. Bezirke 771
64. Derselbe, betreffend Anerkennung der Neuwahl der Bezirksvertretung des XIX. Bezirkes. Protest des Alexander Neuman gegen die Wahl aus dem 1. Wahlkörper 771

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 28. Februar 1913.

Inhalt:

1. Vize-Bürgermeister Dr. Porzer, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an Gem.-Rat Dr. Alexander Dorn Ritter v. Marwalt 771
2. Derselbe, betreffend Ernennung des Magistratsrates Dr. Jakob Dont ad personam zum Ober-Magistratsrate . . 771
3. Gem.-Rat Dr. Haas, betreffend das Ansuchen der Antonia Englisch, gewesene Hausnäherin im Bürgerversorgungshause, um Gnadengabe 772
4. Gem.-Rat Hallmann, betreffend die Verleihung kommunaler Auszeichnungen an Alois Frömel, Bezirksvorsteher-Stellvertreter des V. Bezirkes, und den Bezirksrat Franz Butulla 772
5. Gem.-Rat Rain, betreffend die gnadenweise Zuerkennung einer Pension an den Kontrollor der städtischen Stellwagenunternehmung Andreas Klimesch 772
6. Vize-Bürgermeister Hoß, betreffend das Ansuchen des Franz Fellner, Straßenarbeiters, um Gnadengabe 772
7. Derselbe, betreffend die Verleihung einer Gnadengabe zur Pension an den städtischen Ratsdiener i. R. Karl Gärtner 772
8. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Johann Exner, Straßenarbeiters, um Gnadengabe 772
9. Derselbe, betreffend die Bewilligung einer Pensionszulage an den städtischen Ratsdiener Karl Kugler 772

Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 772
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 25. Februar 1913 772
Richtigstellung 779
Bezirksvertretungen:
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 28. Jänner 1913 779
Allgemeine Nachrichten:
Donauregulierungs-Kommission 780
Wohnungsfürsorge 780
Gemeindevermittlungsämter 780
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 23. Februar bis 2. März 1913 781
Heu- und Strohmarkt vom 23. Februar bis 1. März 1913 781
Detailpreise für Lebensmittel vom 23. Februar bis 1. März 1913 . . 782
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 28. Februar 1913 783
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 1. März 1913 783
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 3. März 1913 783
Pferdemarkt vom 28. Februar 1913 783
Schlachtviehmarkt vom 3. März 1913 783
Städtisches Lagerhaus 784
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 28. Februar bis 3. März 1913 . 784
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 785
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 786
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 786
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1913.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
5. März 11 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat Dr. Mang, Neues Rathaus, VIII. Stiege, 1. Stock)	379	Neupflasterung der Vivenotgasse von der Rauchgasse bis zur Wilhelmstraße im XII. Bezirke.	Erd- und Pflasterungsarbeiten .	15.844 K 51 h
				Steinfuhrwerk	3000 K Pauschale 3486 K 42 h
					Vorbemerkung: Pläne 2c. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung IV a, zur Einsicht auf.
					3—3
17. März 11 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat Dr. Mang, Neues Rathaus, VIII. Stiege, 1. Stock)	499	Straßenbespritzung im Jahre 1913.	Lieferung des Bedarfes an Gummispritzschläuchen	13.185 K
					Vorbemerkung: Bedingnisse 2c. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung XI, Amtshaus, VIII., Schlesingerplatz 5.
					1—3
6. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	159	Städtische Unratsverschiffungsstation an der Donaulände (Erdbergermais) im III. Bezirke.	1. Lieferung eines Unratstransportschiffes ohne Einrichtung .	1800 K
				2. Herstellung von 100 neuen Unratstransportkübeln:	
				Tischlerarbeiten	3000 K
				Schlosserarbeiten	4200 K
					3—3

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	137	Umbau des Hauptunratskanales in der Kasernengasse in der Strecke von der Schmalzhofgasse bis zur Mariahilferstraße im VI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	8038 K 12 h 2—2
12. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	119	Neubau eines Hauptunratskanales in der Leberstraße in der Strecke von der Grillgasse bis zur Kat.-Parz. 422 im XI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	4111 K 59 h 1—3
5. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Doblhoffgasse 6, 1. Stock)	418	Städtisches Strandbad „Gänsehäufel“.	**Lieferung von Herrenstrandtrikots und Damenstrandkleidern.**	— 2—2
18. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Doblhoffgasse 6, 1. Stock)	143	Reservoir Galitzinstraße.	**Lieferung und Montage der Eisenkonstruktionen . . . . .** **Anstreicherarbeiten . . . . . .**	18.700 K 4089 K 1—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
13. März 10 Uhr	Abteilung IX (Mag.-Rat **Dr. Konst. Mayer**, Neues Rathaus V. Stiege, 2. Stock)	4670/12	Marktplatz, XXI., Hirschstetten, Genochplatz.	**Herstellung des Asphaltmakadampflasters**	14.900 K 1—8
18. März 10 Uhr	Abteilung X (Mag.-Rat **Koniakowsky**, Neues Rathaus, III. Stiege, Hochparterre)	4590/11	—	**Veräußerung des durch Ausbrennen alter Kränze im Wiener Zentral-Friedhofe verbliebenen, nicht gepauschten Kranzdrahtes im Gesamtgewichte von etwa 2500 Meterzentnern.**	— Vorbemerkung: Bedingnisse in der Verwaltung des Wiener Zentral-Friedhofes. 1—3
13. März 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	14428/12	Zufolge Stadtrats-Beschluß vom 18. Februar 1913, P. Z. 2822, gelangt die im Gebäude der k. k. Textilschule, VI., Marchettigasse 3 befindliche **alte Dampfmaschine ohne Dampfkessel** im Offertwege zum Verkaufe. Die Dampfmaschine ist eine liegende, 10 PH Maschine mit Flachschiebersteuerung, steht zirka 30 Jahre in Verwendung, ist jedoch gut erhalten. Die Maschine kann an Montagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags, an Dienstagen von 10 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags besichtigt werden. Der Verkauf gilt vom Schulgebäude ab und hat der Käufer die Abmontierung und den Abtransport der Maschine auf seine Gefahr und Kosten unter Aufsicht und nach Anordnung des Stadtbauamtes sofort nach erfolgtem Zuschlage zu veranlassen. Der Kaufpreis ist nach erfolgtem Zuschlage vor der Abmontierung der Maschine bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen.	— Vorbemerkung: Nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II d. 1—3

***

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
15. März 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat Dr. Loderer, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	672	—	**Carbonpapier, Umdruckpapier, Farbbänder, Schreibmaschinenradiergummi für städtische Ämter und Anstalten bis 30. Juni 1916.**	— 3—3
17. März 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat Dr. Loderer, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	671	—	**Lieferung von Schreibmaschinen für städtische Ämter und Anstalten und Instandhaltung der Schreibmaschinen.**	3—3

M. Abt. IV, 4278/12.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Hauptfeuerwache Mariahilf, Vergebung der Ziegeldecker-, Schlosser-, Glaser- und Tapeziererarbeiten.)

Wegen Vergebung der folgenden Arbeiten für den Bau der Hauptfeuerwache Mariahilf, VI., Linke Wienzeile-Mollardgasse, und zwar:

1. Der Ziegeldeckerarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 13.000 K (Kaution 650 K),
2. der Schlosserarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 34 315 K 17 h (Kaution 1720 K),
3. der Glaserarbeiten mit einem solchen von 10.181 K (Kaution 510 K) und
4. der Tapeziererarbeiten mit einem solchen von 2455 K (Kaution 120 K)

wird zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 30. Jänner 1913, P. Z. 1628/12, vom Wiener Magistrate, Abteilung IV, **am Freitag den 14. März 1913, pünktlich um 10 Uhr vormittags**, im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Wolfgang Madjera im Neuen Rathause, VIII. Stiege, 1. Stock, neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne und Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II b, Neues Rathaus (Mezzanin), während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen; insbesondere wird auf § 2 der allgemeinen Bedingnisse aufmerksam gemacht, nach dem auf sämtliche Kostenanschlagsposten ohne Ausnahme ein in Prozenten ausgedrücktes einheitliches Anbot zu stellen ist, das auch für alle nach dem städtischen Preistarife zu verrechnenden Regie-, Nachtrags- und unvorhergesehenen Arbeiten gilt.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II b erteilt.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 21. Februar 1913.

Für den Abteilungsvorstand:
Dr. Ebermann,
Magistrats-Sekretär. 1—3

Z. VI-242.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Die k. k. Nordbahn-Direktion Wien hat laut Zuschrift vom 8. Jänner 1913, Z. 1530/III/2, das Projekt des Julius Horowitz, betreffend die Anlage einer Gasrohrleitung zu der von ihm gemieteten Kantine nächst Magazin VI am Bahnhofe Wien vom fachlichen Standpunkte für entsprechend befunden und hierüber um Vornahme der politischen Begehung ersucht.

Diese Amtshandlung wird von der Statthalterei **am Montag den 10. März 1913** unter Leitung des k. k. Statthalterei-Konzipisten Dr. Heinrich v. Zichardt durchgeführt werden.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage **um 10 Uhr vormittags** vor dem Nordbahnhofe.

Die Projektsbehelfe liegen vom 1. März 1913 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Allen Beteiligten steht es frei, bei obiger Amtshandlung zu erscheinen.

Einwendungen gegen das Projekt und allfällige Wünsche können während obiger Auflagefrist schriftlich oder mündlich bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, spätestens aber am Verhandlungstage bei der Kommission selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Diese Verlautbarung dient für alle nicht besonders Verständigten als Einladung.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 26. Februar 1913. 1–1

M. Abt. VI, 2853/12.

Kundmachung.

(Verkauf von Motoren, Pumpen und Reservoiren.)

Die Gemeinde beabsichtigt, aus den zur Auflassung bestimmten Schöpfwerken die Motore und Pumpen samt Zubehör (bei einigen Schöpfwerken auch die Reservoire und sonstigen Eisenbestandteile) zu veräußern. Kauflustige erhalten nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VII a (Baurat Podstata), I., Doblhoffgasse 6, woselbst auch die Anbote, und zwar abgesondert für jedes Schöpfwerk einzubringen sind.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 22. Jänner 1913.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Mang,
Magistratsrat. 11–18

M. Abt. XIX, 273/13.

Kundmachung.

(Neuwahl der Bezirksvertretung für den IV. Bezirk; Auflegung der Wählerlisten und Einbringung von Einwendungen gegen dieselben.)

Infolge Mandatsverzichtes sämtlicher Mitglieder der Bezirksvertretung Wieden ergibt sich die Notwendigkeit, Neuwahlen vorzunehmen.

Behufs deren Durchführung wird Nachstehendes bekanntgemacht.

Die für diese Wahlen nach den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung verfaßten Wählerlisten liegen gemäß § 16 dieser Wahlordnung, wonach die Auflegung der Wählerlisten mindestens sechs Wochen vor der Wahl stattzufinden hat, vom 2. März 1913 an in der Gemeindebezirkskanzlei, IV., Schäffergasse 3, zu jedermanns Einsicht auf.

Einwendungen gegen die Wählerlisten können daselbst in der Zeit **vom 2. März 1913 bis einschließlich 15. März 1913** mündlich oder schriftlich eingebracht werden.

Auf später eingebrachte Einwendungen kann keine Rücksicht genommen werden.

Alle jene Wahlberechtigten, welche gegen diese Wählerlisten auf Grund des Gesetzes Einwendungen erheben zu können glauben, werden eingeladen, diese Einwendungen in der oben bezeichneten Gemeindebezirkskanzlei einzubringen. Hiebei sind die Ausweise über das beanspruchte Wahlrecht (Zuständigkeits-Dekret, Heimatschein, Anstellungs-Dekret, dann Tauf-, beziehungsweise Geburtsschein, Meldezettel, Steuerdokumente 2c.) vorzulegen.

Mündliche Einwendungen werden an den bezeichneten Orten innerhalb obiger Fallfrist täglich während der üblichen Amtsstunden, das ist an Werktagen von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, an Sonntagen dagegen von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags zu Protokoll genommen, schriftliche Einwendungen können innerhalb derselben Frist und während der gleichen Stunden ebendaselbst überreicht werden.

Den in die Wählerlisten für diese Wahlen eingetragenen Personen wird ein gedrucktes Wählerverzeichnis zugesendet. Es werden daher insbesondere jene Wahlberechtigten, welchen dieses Verzeichnis nicht zukommen sollte, eingeladen, ihr Wahlrecht innerhalb der obigen Fallfrist an den bezeichneten Orten mündlich oder schriftlich zu reklamieren.

Über die rechtzeitig erhobenen Einwendungen entscheidet der Magistrat binnen längstens zehn Tagen und nimmt die für zulässig anerkannten Berichtigungen sogleich vor.

Gegen die Entscheidung des Magistrates steht innerhalb dreier Tage die Berufung an den Stadtrat offen, welcher endgültig entscheidet.

Acht Tage vor der Wahl darf in den Wählerlisten für die im Zuge befindliche Wahl keine Veränderung vorgenommen werden.

Die näheren Bestimmungen über Ort und Zeit der Wahl sowie über die Zahl der zu besetzenden Stellen werden seinerzeit zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden.

***

Auszug aus der Gemeindewahlordnung vom 24. März 1900, L.-G.-. und V.-Bl. Nr. 17.

Wahlberechtigung.

§ 2. Wahlberechtigt im 1. Wahlkörper sind unter den österreichischen Staatsbürgern männlichen Geschlechtes, welche das 24. Lebensjahr vollstreckt und im Gemeindegebiete von Wien ihren ordentlichen Wohnsitz haben:

a) Die Ehrenbürger von Wien;

b) die Pfarrer und höheren Geistlichen aller staatlich anerkannten christlichen Konfessionen und die Rabbiner der israelitischen Kultusgemeinden;

c) die wirklichen, pensionierten oder quieszierten Beamten des Allerhöchsten Hofstaates, des Staates, des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien, der öffentlichen Fonds, der Handels- und Gewerbekammer Wien, ferner die Offiziere (Auditore, Militärärzte) und Militärgeistliche im Ruhestande oder im Verhältnisse außer Dienst, die aktiv dienenden, im Ruhestande oder im Verhältnisse außer Dienst stehenden Militärbeamten, schließlich die an den in der Gemeinde bestehenden öffentlichen mittleren oder höheren Lehranstalten angestellten Direktoren und Professoren — alle diese, insofern sie von ihren Bezügen eine Besoldungssteuer entrichten;

d) diejenigen, welche an Grundsteuer mindestens 200 K, an Grund- und Gebäudesteuer (einschließlich der Steuer vom Einkommen aus dem Ertrage steuerfreier Häuser) mindestens 400 K oder an allgemeiner Erwerbsteuer mindestens 100 K nebst Gemeindezuschlägen seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

e) diejenigen, welche an Personaleinkommensteuer mindestens 200 K seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten.

§ 3. Wahlberechtigt im 2. Wahlkörper sind unter den österreichischen Staatsbürgern männlichen Geschlechtes, welche das 24. Lebensjahr vollstreckt und im Gemeindegebiete von Wien ihren ordentlichen Wohnsitz haben:

a) Die Bürger von Wien;

b) die geistlichen der staatlich anerkannten christlichen Konfessionen;

c) die wirklichen, pensionierten oder quieszierten Beamten des Allerhöchsten Hofstaates, des Staates, des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien, der öffentlichen Fonde, der Handels- und Gewerbekammer Wien, ferner die Offiziere (Auditore, Militärärzte, Truppenrechnungsführer) und Militärgeistliche im Ruhestande und im Verhältnisse außer Dienst, die aktiv dienenden, im Ruhestande und im Verhältnisse außer Dienst stehenden Militärbeamten;

d) Doktoren, welche ihren akademischen Grad an einer inländischen Universität erlangt haben, Notare, ferner die von einer inländischen Universität oder Anstalt approbierten Patrone und Magister der Chirurgie, dann Magister der Pharmazie, dann diejenigen Techniker, Bergbau-Ingenieure, Landwirte, Forstwirte und Tierärzte, welche an einer inländischen Hochschule die Diploms- oder Staatsprüfungen bestanden haben, schließlich die behördlich autorisierten Privattechniker, insofern dieselben Gemeindeangehörige sind;

e) die bleibend angestellten Vorsteher und Lehrer der in der Gemeinde befindlichen öffentlichen allgemeinen Volks- und Bürgerschulen sowie der mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestatteten Privatschulen, ferner die an den in der Gemeinde bestehenden öffentlichen mittleren oder höheren Lehranstalten angestellten Direktoren, Professoren, wirklichen Lehrer;

f) diejenigen, welche an Grundsteuer, an Grund- und Gebäudesteuer (einschließlich der Steuer vom Einkommen aus dem Ertrage steuerfreier Häuser) oder an allgemeiner Erwerbsteuer mindestens 40 K nebst Gemeindezuschlägen seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

g) diejenigen, welche an Personaleinkommensteuer mindestens 40 K seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

alle diese Personen, insofern sie nicht schon im 1. Wahlkörper wahlberechtigt sind.

§ 4. Wahlberechtigt im 3. Wahlkörper sind unter den österreichischen Staatsbürgern männlichen Geschlechtes, welche das 24. Lebensjahr vollstreckt und im Gemeindegebiete von Wien ihren ordentlichen Wohnsitz haben:

a) Diejenigen, welche an Grundsteuer, an Grund- und Gebäudesteuer (einschließlich der Steuer vom Einkommen aus dem Ertrage steuerfreier Häuser) oder an allgemeiner Erwerbsteuer mindestens 8 K nebst Gemeindezuschlägen seit einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

b) die wirklichen, mit Dekret definitiv angestellten, pensionierten oder provisionierten Bediensteten des Allerhöchsten Hofstaates, des Staates, des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien, der öffentlichen Fonds, der Handels- und Gewerbekammer in Wien;

c) diejenigen, welche an Personaleinkommensteuer mehr als 20 K seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

alle diese Personen, insofern sie nicht schon im 1. oder 2. Wahlkörper wahlberechtigt sind.

§ 6. Wenn ein Wahlberechtigter verschiedenartige Steuern zu entrichten hat, gehört er, wenn eine dieser Steuerleistungen das im vorstehenden für den 3., 2. oder 1. Wahlkörper angeführte Ausmaß erreicht, in den 3., 2., beziehungsweise 1. Wahlkörper. Die auf Grund von Bekenntnissen vorgeschriebene Rentensteuer wird jedoch der dem Wahlberechtigten vorgeschriebenen Personaleinkommensteuer zugerechnet.

Jedem Wahlberechtigten wird in dem Gemeindebezirke, in welchem er wohnt, die von ihm im gesamten Gemeindegebiete entrichtete Jahresschuldigkeit an direkten Steuern der betreffenden Steuergattung angerechnet.

Die von einer Realität, die mehreren gehört, zu entrichtende Steuer wird unter die Mitbesitzer entsprechend dem Anteile an dem Besitze, der jedem einzelnen zusteht, die von einer öffentlichen Handelsgesellschaft zu entrichtende Steuer unter die einzelnen öffentlichen Handelsgesellschafter zu gleichen Teilen verteilt.

§ 7. Behufs der Einreihung in die drei ersten Wahlkörper werden dem Vater die von seinen minderjährigen Kindern, dem Gatten die von seiner Gattin in der Gemeinde entrichteten direkten Steuerbeträge zugerechnet, solange das dem Vater, beziehungs-

weise Gatten gesetzlich zustehende Befugnis der Vermögensverwaltung nicht aufgehört hat.

Ausnahmen.

§ 8. Ausgenommen von der Ausübung des aktiven Wahlrechtes sind alle Personen, welche unter väterlicher Gewalt, unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, ebenso diejenigen, welche eine Armenversorgung genießen oder innerhalb der letzten zwei Jahre vom Wahltage des Wahlkörpers an gerechnet, dem der Unterstützte angehören würde, eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten haben.

Ausnahmen bei Militärpersonen.

§ 9. Aktiv dienende Offiziere (Auditore, Militärärzte, Truppenrechnungsführer) und Militärgeistliche, dann die im Bezuge einer Gage stehenden, in keine Rangsklasse eingereihten Militärpersonen sowie die dem aktiven Mannschaftsstande angehörigen Militär-(Landwehr-)Personen einschließlich der zeitlich Beurlaubten sind von der Wahlberechtigung ausgenommen.

Ausschluß wegen strafbarer Handlungen.

§ 10. Solange das Strafgesetz keine anderen Bestimmungen trifft, sind vom Wahlrechte ausgeschlossen:

a) Personen, welche wegen eines Verbrechens in Untersuchung gezogen wurden, solange diese dauert;

b) Personen, welche wegen eines Verbrechens, der Übertretung des Diebstahls, der Veruntreuung, der Teilnahme an einer dieser Übertretungen oder des Betruges (§§ 460, 461, 463, 464, St.-G.) oder wegen der im § 1 des Gesetzes vom 28. Mai 1881, R.-G.-Bl. Nr. 47, und im § 1 des Gesetzes vom 25. Mai 1883, R.G.-Bl. Nr. 78, bezeichneten Handlungen zu einer Strafe verurteilt worden sind, jedoch nur solange, als die im § 6 des Gesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 131, Absatz 2 und 4, ausgesprochene Unfähigkeit zur Erlangung der im ersten Absatze des zitierten Paragraphen erwähnten Vorzüge und Berechtigungen dauert.

Ausschließung aus anderen Gründen.

§ 11. Vom Wahlrecht sind ferner ausgeschlossen:

a) Personen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet wurde, solange das Konkursverfahren dauert;

b) Personen, welche über die ihnen anvertraute Vermögensgebarung der Gemeinde oder einer Gemeindeanstalt mit der zu legenden Rechnung noch im Rückstande sind.

Ausübung des Wahlrechtes.

§ 12. Das Wahlrecht ist persönlich auszuüben.

§ 13. Die Verpflichtung der Wähler zur Ausübung des Wahlrechtes wird durch ein besonderes Gesetz normiert werden.

Wählbarkeit.

§ 14. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet.

Ausgenommen von der Wählbarkeit sind: Gemeindebeamte, Gemeindediener und sonstige Angestellte der Gemeinde. Remunerationsbezüge, welche jemand von der Gemeinde erhält, machen ihn der Wählbarkeit nicht verlustig.

Ausgeschlossen sind: Personen, welche wegen eines aus Gewinnsucht verübten Disziplinarvergehens ihres öffentlichen Amtes oder Dienstes entsetzt worden sind, während der drei auf ihre Entlassung folgenden Jahre, vom Zeitpunkte des Eintrittes der Rechtskraft des bezüglichen Erkenntnisses an gerechnet, ferner diejenigen, welchen auf Grund des Statutes sowie der Wahlordnung die Wählbarkeit auf die Dauer von zwei Jahren aberkannt wurde.

Gemäß § 42 des Gemeindestatutes können einer Bezirksvertretung nur solche Gemeindemitglieder angehören, welche ihren Wohnsitz im Bezirke haben und nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeinderates sind.

Auszug aus dem Gesetze, betreffend strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Wahl- und Versammlungsfreiheit.

§ 14. Verlust des Wahlrechtes und der Wählbarkeit.

Die Verurteilung wegen der in den §§ 3 (Wahlbestechung), 5 (Wahlnötigung), 7 (Wahlfälschung), 8 (Wahlbehinderung) und 10 (Wahlvereitelung) bezeichneten Vergehen bewirkt, wenn sie bei Wahlen zum Abgeordnetenhause des Reichsrates oder zu den Landtagen begangen wurden, den Verlust des Wahlrechtes und der Wählbarkeit in Bezug auf das Abgeordnetenhaus des Reichsrates, die Landtage und die Gemeinde- und Bezirksvertretungen für die Dauer von sechs Jahren nach dem Ende der Strafe. Dies ist im Urteile auszusprechen.

Wien, am 1. März 1913.

Der Bürgermeister:

Dr. Richard Weiskirchner. 1—1

M. Abt. XIII, 898/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef und Anna Wasner'sche Stiftung

für Gewerbetreibende.

Verteilt werden: 830 K in vier gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, ohne ihr Verschulden zugrunde gegangene Gewerbsleute, welche ihr Gewerbe noch betreiben. Jedes Jahr ist je ein verarmter Gewerbsmann aus der Leopoldstadt und Brigittenau zu berücksichtigen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Verleihungstag: 26. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1913. 3—3

****

M. Abt. IX, 601/13.

Kundmachung.

(Lizenzierung von Privathengsten für das Jahr 1913.)

Bei den am 30. Jänner 1913 in Wien, II., Schüttelstraße 19 a und XXI., Traberzuchtanstalt Kagran, gemäß dem Gesetze vom 17. Jänner 1885, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 27, und den Verordnungen des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 26. Februar 1885, Z. 7621, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 28, und vom 28. Jänner 1890, Z. 1232, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 11, für Wien abgehaltenen Lizenzierungsverhandlungen hat die Hengstenkörungs-Kommission für folgende Privathengste eine Lizenz zum Beschälen fremder Stuten mit dem aus folgender Tabelle ersichtlichen Inhalte erteilt.

Besitzer	Name	Farbe	Alter in Jahren	Rasse	Abstammung	Der Hengst darf im Jahre 1913 verwendet werden	
des Hengstes						zum Belegen fremder	im Standorte
W. Schlesinger & Komp., II., Schüttelstraße 19 a	Luther Sexton	Schwarzbraun	11	amerik. Traber	v. Prodigal a. d. Emily	Traberstuten mit Ausschluß der Verwendung für die Landeszucht	Tuttenhof bei Korneuburg
	Bohun		12	inländ. Traber	v. Caid a. d. Charmer	Traberstuten und Stuten des Gestütsschlages	
	Hauteur		7	franz. Traber	v. Narquois a. d. Avenir	Traberstuten mit Ausschluß der Verwendung für die Landeszucht	II., Krieau
Leopold Wanko, III., Ungargasse 16	Patriot	Dunkelbraun	12	inländ. Traber	v. Willburn M. a. d. Dornröschen	Traberstuten und Stuten des Gestütsschlages	XI., Leberstraße 12
	Norderpreß		8		v. Wainscott a. d. Faustissima	Traberstuten mit Ausschluß der Verwendung für die Landeszucht	
Georg Bodimer, II, Ausstellungsstraße 7	Bellbar	Fuchs	12	amerik. Traber	v. Escobar a. d. Rhodena	Traberstuten und Stuten des Gestütsschlages	St. Pölten
	Shady G.		11		v. Shade On a. d. Banquet Queen		II., Krieau
Egon Goldschmidt, IX., Maria Theresien-Straße 19	The Plunger	Kastanienbraun	8		v. The Bondsmann a. d. Mary C.		
Julius König, III., Steingasse 7	Levente	Braun	11	inländ. Traber	v. E. L. Robinson a. d. Leola	Traberstuten mit Ausschluß von Stuten des Gestütsschlages	Gestüt Bellevue, XIX
Albert Moser, II., Praterstraße 43	Duce Jay	Rotschimmel	10	amerik. Traber	v. Jay Bird a. d. Nancy Gladys	Traberstuten mit Ausschluß der Verwendung für die Landeszucht	
Hermann Dieffenbacher, II., Kaiser Josef-Straße 36	Prince Axtell	Braun	12	deutscher Traber	v. Axtell a. d. Filosella		Sattelbach bei Baden
Rudolf Albrecht, III., Dapontegasse 3	Ellemer	Rapp	9	inländ. Traber	v. Willburn M. a. d. Gondolat		Gestüt Bellevue, XIX
Lad. Frh. v. Dirsztay, III, Rennweg 25	Al Stanley	Rotschimmel	7	amerik. Traber	v. Tood a. d. ?		II., Krieau
Ignaz Putz, VI., Webgasse 4	Ideal	Schwarzbraun	12	inländ. Traber	v. Lee Simmons a. d. Istria	Traberstuten und Stuten des Gestütsschlages	St. Pölten
Rudolf Demski, VI, Mariahilferstraße 47	Rakoczy	Kastanienbraun	6		v. Falkland a. d. Schwarzer Käfer		III, Fasangasse 25
Max Borzik, Pikulice (Wien, XV., Löhrgasse 20)	Liberez	Lichtbraun	11		v. Falkland a. d. Birganez	Traberstuten und Stuten des Wr. Fuhrwerkes	XV., Löhrgasse 20
Johann Starzinger, XVIII., Michaelerstraße 24	Non plus ultra	Fuchs	6		v. Freund Fritz a. d. Nora Wortley	Traberstuten mit Ausschluß der Verwendung für die Landeszucht	II., Krieau
Josef Weininger, XVIII., Pötzleinsdorferstraße 1	Caid jun.	Schwarzbraun	10		v. Caid a. d. Birdie Simmons		XVIII., Pötzleinsdorferstraße 1

Besitzer	Name	Farbe	Alter in Jahren	Rasse	Abstammung	Der Hengst darf im Jahre 1913 verwendet werden	
	des Hengstes					zum Belegen fremder	im Standorte
Oskar Magelli, IV., Weyringergasse 35	Cow Boy	Braun	6	inländ. Traber	v. Darling Boy a. d. Susi	Traberstuten und Stuten des Gestütsschlages	XI., Leberstraße 10
Rudolf Hein, XXI., Kagran	Baron Mc. Kinney	Schwarzbraun	9	amerik. Traber	v. Mc. Kinney a. d. Ettie Baron		Zuchtanstalt Kagran
	Dave Halle	Dunkelbraun	5		v. Peter the Great a. d. Ashland Mary		
	Barnward King	Braun	8		v. Barnward a. d. Destino		
	Peter Purple	Fuchs	4		v. Peter the Great a. d. Purple Onward		
Johann Genoch, XXI., Stadlau	Gumbert		6	Noriker		Stuten des kaltblütigen Schlages aus dem Zuchtring um Wien	XXI., Stadlau
	Blaß I	Kastanienbraun	4				
	Saul I	Brauntiger	4				

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 6. Februar 1913. 1—1

M. Abt. XIII, 115/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung
für Techniker.

Verliehen werden: Drei Stipendien im Betrage von je 210 K vom Sommersemester 1913 an auf Studiendauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbemittelte, in Wien geborene Hörer der k. k. Technischen Hochschule in Wien, welche sich durch fleißige Verwendung, vorzügliche Befähigung und gute Sitten auszeichnen.

Bei sonst gleichen Umständen genießen Söhne von Wiener Bürgern den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Verleihungstermin: November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Februar 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 903/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Eduard und Aloisia Nusser'sche Stiftung
für Witwen.

Verteilt werden: 234 K in drei gleichen Teilbeträgen an je eine Witwe eines städtischen Arztes, eines städtischen Beamten und eines Wiener Bürgers; unter den Beamtenwitwen genießen solche nach Beamten des Wiener städtischen Marktamtes den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Totenschein des Gatten, von Bürgerswitwen das Bürgerrechts-Dekret des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Verleihungstag: 14. Mai 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 901/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Treitl'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Zwei Stiftplätze im Betrage von je 1000 K an eine männliche und an eine weibliche Person.

Zur Bewerbung sind berufen: Ledige Männer im Alter von 24 bis einschließlich 32 und Mädchen im Alter von 20 bis einschließlich 28 Jahren, christlichen Glaubens, die einen unbescholtenen Charakter, Fleiß, sittlichen Lebenswandel, gesunde Leibeskonstitution, Dürftigkeit und den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes bei ihrer beabsichtigten Verehelichung gehörig auszuweisen imstande sind.

Die ehelichen Nachkömmlinge der Verwandten des Stifters und die Waisen oder Kinder verarmter braver Wiener Bürger sollen unter gleichen Umständen den Vorzug vor anderen haben.

In der Regel soll nur eines der Brautleute einen Ausstattungsbetrag bekommen, bei besonders rücksichtswürdigen Umständen aber können auch beide Brautleute beteilt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis und amtsärztliches Gesundheitszeugnis.

Der Nachweis über den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes kann auch nach Verleihung beigebracht werden.

Wenn ein Vorzugsrecht in Anspruch genommen wird, ist außerdem der entsprechende Nachweis hierüber beizubringen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. März 1913.**

Verleihungstag: 1. Mai 1913.

Auszahlung nach Antritt des Handwerkes und geschehener Verehelichung.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 116/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung
für Gewerbetreibende.

Verteilt werden: 2100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Wiener Gewerbetreibende und Witwen von solchen mit Kindern, welche ihr Gewerbe noch betreiben, ohne ihr Verschulden mittellos geworden sind und ohne Beihilfe außerstande wären, ihr Gewerbe weiter zu betreiben.

Bei sonst gleichen Verhältnissen haben Bürger von Wien den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)schein des anderen Gattenteiles, Tauf(Geburt)zettel der Kinder, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Heimatschein oder Bürgerrechts-Dekret, von Witwen der Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Verleihungstermin: Im November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Februar 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 891/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Stettner'sche Stiftung
für Gastgeberswitwen.

Verteilt werden: 150 K in fünf Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Gastgeberswitwen in Wien, die kränklich und ohne ihr Verschulden verarmt sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Totenschein des Gatten, Nachweis über den früheren Gewerbebetrieb desselben, ärztliches Gutachten über die Kränklichkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Verleihungstag: 24. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 121/13. Selbständiger Wirkungskreis.

David Schwarzmann'sche Stiftung
für eine arme Familie.

Verliehen werden: 74 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Familien, welchen in der Zeit vom 14. Jänner 1912 bis 13. Jänner 1913 ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder und der dokumentarische Nachweis über den widerfahrenen Unglücksfall.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 9. März 1913.**

Verleihungstag: 20. Mai 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. Jänner 1913.

M. Abt. XIII, 889/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Ignaz und Magdalena Trzebitzky'sche Stiftung

für Mitglieder der städtischen Berufsfeuerwehr.

Verteilt werden 840 K.

Zur Bewerbung sind berufen, und zwar:

1. um fortlaufende Unterstützungen von monatlich mindestens 10 K: Mitglieder der städtischen Berufsfeuerwehr, die infolge eines bei Ausübung ihres Dienstes erlittenen Unfalles unverschuldet durch längere Zeit oder immer dienst- und erwerbsunfähig geworden sind;

2. um einmalige Aushilfe von mindestens 60 K: Erkrankte, rekonvaleszente und solche verunglückte Feuerwehrmänner, deren Dienst- oder Erwerbsunfähigkeit nur kürzere Zeit dauert, ferner überhaupt notleidende Feuerwehrmänner, wenn die Notlage eine unverschuldete ist. — Eine einmalige Aushilfe kann auch als Beitrag zu den Leichenkosten für verstorbene Feuerwehrmänner gegeben werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Personaldokumente und sonstige erforderliche Nachweise.

Einreichstelle: Städtisches Feuerwehr-Kommando oder Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 969/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Elisabeth Hugon'sche Stiftung

für Erzieherinnen.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 103 K 60 h.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien wohnende, gewesene Gouvernanten (Erzieherinnen), welche über 50 Jahre alt und durch Krankheit oder andere Gebrechen außer Stande sind, sich ihren Lebensunterhalt zu beschaffen.

Aus Lothringen gebürtige Bewerberinnen, welche obigen Bedingungen entsprechen, haben den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Dienstzeugnis und armenärztliches Zeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 8. Februar 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 899/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Baron Moritz Wodianer'sche Stiftung

für verarmte Gewerbsleute.

Verteilt werden: 2040 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Gewerbs- und Handelsleute, welche in Wien wohnhaft sind und ihr Gewerbe noch betreiben.

Solche, welche für eine Familie zu sorgen haben, und nicht kinderlose Witwen, die ein Gewerbe betreiben, haben unter sonst gleichen Verhältnissen den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder, eventuell Totenschein des anderen Gattenteiles, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. März 1913.**

Verleihungstermin: Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 906/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Gustav Freiherr v. Heine-Geldern'sche Stiftung

für Witwen und Waisen.

Verteilt werden: 620 K in Beträgen von 50 bis 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, welche arm und in Wien heimatberechtigt sind.

Der Stiftungsgenuß kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Dem Gesuche sind anzuschließen:

a) von Witwen: Tauf(Geburt)schein, Trauungs- und Totenschein des Gatten, Heimatschein, Nachweis, daß der Gatte ein Gewerbe betrieben hat;

b) von Waisen: Tauf(Geburt)schein, Totenschein des Vaters oder der Eltern, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis über die Krüppelhaftigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 20. April 1913.**

Tag der Verleihung: 1. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 10270/12. Selbständiger Wirkungskreis.

Kaiser Franz Josef-Regierungsjubiläums-Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Kaiser Franz Josef-Regierungsjubiläums-Stiftung zur Verteilung.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden notleidend gewordene Gewerbetreibende, welche in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

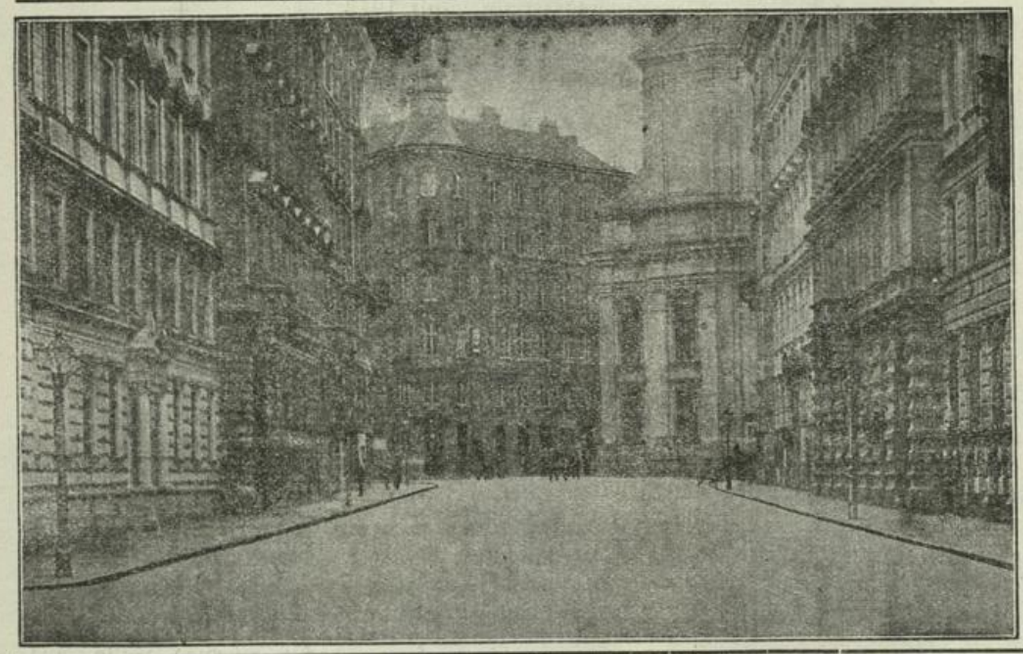
Die Auszahlung der Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft Bewerber vorhanden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret und letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit im Bureau des Herrn Bürgermeisters oder im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII überreicht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 1. Jänner 1913.

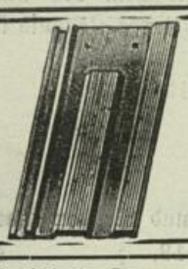
Aktiengesellschaft der k. k. priv.
Pittener Papierfabrik
Zentrale:
I., Kaiser Wilhelm-Ring 2.
Niederlage:
I., Seilerstätte 11.



Asphaltmakadam
im IX. Bezirke Ferstelgasse
ausgeführt von der
Neuchatel Asphalte Company
WIEN
I., Giselastrasse 6.

Robert Kern,
Vertretung des Witkowitzer Röhrenwalzwerkes,
WIEN, I., Walfischgasse 12,
liefert **schmiedeeiserne Gasröhren** und Verbindungsstücke, Siede-, Locomotiv-, Locomobil-, Blech- und Flanschenröhren aller Art etc. etc. **Gusseiserne Röhren** nach deutschem Normale, nach Normale der Wiener Commune nebst dazugehörigen Verbindungsstücken, Abflussröhren, Messing- und Kupferröhren, gusseiserne Rippenröhren Bleiröhren, Armaturen für alle Zwecke, Badiatoren etc.
Preis-Courante gratis und franco

KLINKERPLATTEN — PORZELLAN-WANDVERKLEIDUNGEN — STEINZEUGRÖHREN
KANALISIERUNGEN · PFLASTERUNGEN
BRÜDER SCHWADRON
WIEN, I. FRANZ JOSEF QUAI 3. — ORIGINAL-AMERIK. BADEEINRICHTUNGEN. — TELEFON 13236 * 16292



Doppelfalzziegel und Strangfalzziegel
erzeugt als Spezialität in bezug auf ausgezeichnetes Material und sorgfältigste Ausführung unübertroffen:
Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke
in Naturbrand oder mit dauerhafter Imprägnierung, mit der nach patentiertem Verfahren hergestellten besonders einfachen sehr praktischen und sturmsicheren Anhängevorrichtung versehen.
Direktion und Zentrale: **Wien, I., Schottenbastei 16.** — Telephon 14185.



Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11
Parterre.

Beilage zum „Amtsblatt der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien"

Nr. 18 ex 1913.

Bestimmungen

über die Zeitbeförderung und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten sowie über die Anrechnung einer Quote der Steigerung auf die nächste Gehaltsstufe anläßlich der Versetzung eines städtischen Angestellten in den Ruhestand.

(Gemeinderatsbeschluß vom 28. Februar 1913, Z. 19.200 ex 1912, M.-D. 995 ex 1912.)

I. Der Gemeinderat genehmigt die nachfolgenden „Bestimmungen über die Zeitbeförderung und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten":

§ 1.

Stellenbeförderungen (Beförderungen nach Maßgabe freigewordener Stellen) finden in Hinkunft nur insoweit statt, als Stellen nicht durch die **Zeitbeförderung** (Beförderung nach Ablauf bestimmter Fristen) erlangt werden können. In die Rangklassen, die durch die Zeitbeförderung erreicht werden können, sowie in die I. Diener-Bezugsklasse ist daher nur mehr die Zeitbeförderung oder die Beförderung ad personam zulässig. — Das Recht des Gemeinderates, Angestellte ad personam zu befördern, bleibt unberührt.

Die Zeitbeförderung erstreckt sich auf die in die Rangklassen eingeteilten, in der angeschlossenen Tabelle bezeichneten Beamten, auf die Praktikanten und jene Kanzlisten, aus denen sich die bezeichneten Status ergänzen und auf die in die Diener-Bezugsklassen eingereihten Personen (Amts-, Schul-,

Markt- und Schlachthausdiener, Mahnboten, Marktgebühreneinheber, Aufseher im Asyl- und Werkhause, Zeugwarte der städtischen Sammlungen, Diener in den Versorgungshäusern).

Alle diese Gemeindebediensteten werden in diesen Bestimmungen unter dem Ausdrucke „Angestellte" zusammengefaßt.

Auf die Diurnisten erstreckt sich die Zeitbeförderung nicht.

Für die Beamten des Amtes der städtischen Berufsvormünder bleibt die Zeitbeförderung in dem bisherigen Ausmaße aufrecht.

Die Zeitbeförderung erfolgt im allgemeinen bis in die VIII. Rangklasse; für die Beamten im Konzeptsstatus, die technischen Beamten des Stadtbauamtes (Hauptstatus), die Beamten des Stadtphysikates (ausgenommen die Ärzte für Armenbehandlung und Totenbeschau), die Primarärzte der Versorgungshäuser, Kinderheilanstalten, die Primarärzte und Abteilungsvorstände der Kaiser-Jubiläums-Krankenanstalt, die Beamten des Veterinäramtes, der Sammlungen und des Archivs bis in die VII. Rangklasse, für die Beamten des Wasserbezugsrevisorates, des Exekutionsamtes und des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters bis in die IX. Rangklasse und für die Beamten des Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes, die Marktgefällsbeamten und die Krankenrevisoren bis in die X. Rangklasse. Die Ernennung von Sekundarärzten der Versorgungshäuser und Kinderheilanstalten zu Primarärzten dieser Humanitätsanstalten erfolgt ausschließlich im Stellenbeförderungswege.

Die Beamten der städtischen Feuerwehr, welche im Wege der Zeitbeförderung nur bis in die VIII. Rangklasse gelangen können, sowie die Beamten des Wasserbezugsrevisorates, des Exekutionsamtes und des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters, welche im Wege der Zeitbeförderung nur die IX. Rangklasse erreichen können, rücken, wenn sie die vorgeschriebene Zeit in diesen Rangklassen vollstreckt haben und den Anforderungen hinsichtlich der Beschreibung entsprechen, bei Beibehaltung der rangklassenmäßigen Stellung, und zwar die Beamten der Feuerwehr in die Bezüge der VII., die Beamten des Wasserbezugsrevisorates, des Exekutionsamtes und des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters in die **Bezüge** der VIII. Rangklasse, die Beamten aller 4 Kategorien in weiterer Folge auch in die höheren Gehaltsstufen dieser Rangklassen, die Beamten der Feuerwehr überdies in die für den Ober-Inspektor systemisierte Feuerwehrzulage und in die für die VII. Rangklasse bei der Feuerwehr systemisierte Dienstalters-Personalzulagen vor **(Klassenvorrückung)**; ihre Beförderung in die VII., bzw. VIII. Rangklasse kann hingegen nur im Wege der Stellenbeförderung erfolgen. In letzterem Falle behalten die bereits im Wege der Klassenvorrückung in die Bezüge dieser Rangklassen gelangten Beamten, falls sie sich schon in den höheren Gehaltsstufen befinden, bzw. die Feuerwehrbeamten, falls sie Dienstalters-Personalzulagen besitzen, diese höheren Bezüge bei. Die Fristen für die Gehaltsstufen und die Dienstalters-Personalzulage

zählen im Falle der Klassenvorrückung von dem der Fristvollstreckung nächstfolgenden Tage an. Die später erfolgende Beförderung in die betreffenden Rangklassen ändert an der Berechnung der Bezüge nichts.

§ 2.

Die bisherigen Adjuten der Aspiranten und Praktikanten bleiben unverändert; ebenso bleiben die für die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen der einzelnen Rangklassen der verschiedenen Status (Stufenvorrückung) bestehenden Fristen sowie die bisherige Anzahl der Gehaltsstufen abgesehen vom Status der Beamten der städtischen Feuerwehr und vom Status der in die Diener-Bezugsklassen eingereihten Angestellten unverändert. Im Status der Beamten der städtischen Feuerwehr werden die Fristen für die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen in der IX. Rangklasse mit 2 Jahren und in der VIII. Rangklasse mit 3 Jahren neu festgesetzt. Ebenso werden die Fristen für die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen beider Diener-Bezugsklassen mit 3 Jahren neu bestimmt. Die bisherige Anzahl der Gehaltsstufen bleibt in beiden Status unverändert.

Die für die Beamten der städtischen Feuerwehr in der VIII. Rangklasse systemisierten Dienstalters-Personalzulagen werden mit dem Beginne der Wirksamkeit dieser Bestimmungen aufgelassen.

Hingegen bleiben die für die Beamten der städtischen Feuerwehr in der VII. Rangklasse geschaffenen Dienstalters-Personalzulagen und die für sämtliche Beamte der städtischen Feuerwehr geschaffenen Feuerwehrzulagen bestehen.

Die für den leitenden Primararzt des Seehospizes in San Pelagio systemisierte, in die Pension nicht einrechenbare Zulage jährlicher 600 K, welche nach den geltenden Bestimmungen bei Erlangung der VII. Rangklasse einzustellen war, gebührt nunmehr dem leitenden Primararzt in San Pelagio ohne Rücksicht auf die Rangklasse, die er einnimmt, für die ganze Dauer seiner Stellung als leitender Primararzt.

Die Fristen für die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen **(Stufenvorrückung)** sind bei Zeitbeförderungen von dem der Fristvollstreckung nächstfolgenden Tage, bei Stellenbeförderungen von dem Tage an, an welchem der Angestellte in die höhere Rangklasse gelangt ist, zu berechnen.

Die Fristen für die Zeitbeförderung der Kanzlisten, Praktikanten und Beamten sowie die Fristen für die Klassenvorrückung bei der städtischen Feuerwehr, beim Wasserbezugsrevisorate, beim Exekutionsamte und beim Zentral-Wahl- und Steuerkataster, werden in der aus der am Ende beigefügten Tabelle ersichtlichen Dauer festgesetzt. In die Zeitbeförderungs- und Klassenvorrückungsfrist wird die in einer Rangklasse zurückgelegte provisorische Dienstzeit und in die Praktikantendienstzeit, abgesehen von den Praktikanten des Konkretualstatus, die Aspi-

rantendienstzeit eingerechnet. Die Praktikantendienstzeit ist mit den nachfolgenden Ausnahmen einheitlich mit 2 Jahren bestimmt:

Für jene Praktikanten des Konkretualstatus, welche nicht mindestens 2 Jahre als Kanzleidiurnisten in Verwendung gestanden sind, beträgt die Zeitbeförderungsfrist 3 Jahre, für die Praktikanten der Buchhaltung, welche mindestens 1 Jahr als Buchhaltungsdiurnisten verwendet wurden, und für die Praktikanten im bau- und maschintechnischen Hilfsstatus, deren Anstellung eine zweijährige praktische Verwendung vorausgegangen ist, beträgt diese Frist 1 Jahr; für die Praktikanten im Wasserbezugsrevisorate wird die Frist mit 3 Jahren festgesetzt.

Die XI. Rangklasse der Status des Exekutionsamtes und des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters ergänzt sich im Wege der Zeitbeförderung aus jenen Kanzlisten, welche im Exekutionsamte, bzw. im Zentral-Wahl- und Steuerkataster eine zweijährige Dienstzeit zurückgelegt haben.

Für die in die Diener-Bezugsklassen eingereihten Angestellten wird die Frist zur Beförderung aus der II. in die I. Bezugsklasse mit 10 Jahren festgesetzt. In diese Frist wird eine in der II. Bezugsklasse zugebrachte provisorische Dienstzeit und den Bediensteten aus dem Stande der Feuerwehr die über 10 Jahre bei dieser zugebrachte Dienstzeit eingerechnet. Bei der Beförderung eines solchen Bediensteten bleibt aber seinen Vormännern für ihre später erfolgende Beförderung ihr Rangverhältnis zu ihm vorbehalten, wenn es sich nicht in der Zwischenzeit geändert hätte.

§ 3.

Nur der Status der rechtskundigen Beamten, der Status der technischen Beamten des Stadtbauamtes (Hauptstatus), der geodätische Hilfsstatus des Stadtbauamtes, der bau- und maschinentechnische Hilfsstatus des Stadtbauamtes, die Status des Veterinäramtes, der Stadtbuchhaltung und des Wasserbezugsrevisorates haben je einen eigenen Praktikantenstand.

Die Praktikanten der Hauptkasse, des Steueramtes, des Marktamtes, des Konskriptionsamtes und der Kanzlei bilden unter der Bezeichnung „Kanzleipraktikanten" einen Konkretualstatus.

Die Bezüge der Praktikanten sowie der Diurnisten und Kanzlisten der Konkretualstatus sind unter denselben Rubriken zu verrechnen, wie die Bezüge der Beamten jener Status, denen sie zur Dienstleistung zugewiesen sind; ebenso sind die Bezüge der Diurnisten und Kanzlisten der Buchhaltung mit den Bezügen der Beamten dieses Amtes unter derselben Rubrik zu führen.

§ 4.

Die bisherige Systemisierung der Stellen für jede einzelne Rangklasse eines jeden Status wird hinsichtlich jener Rangklassen aufgelassen, in welche die Angestellten durch die Zeitbeförderung gelangen. An Stelle dieser Art der Systemisierung tritt die Gesamtsystemisierung der Stellen für alle

Rangklassen, welche in einem Status durch die Zeitbeförderung erreichbar sind, einschließlich der Stellen in der niedersten Rangklasse des Status (Summarstand); in diesen Summarstand sind in jenen Status, welche sich aus Praktikanten, bzw. Kanzlisten ergänzen, die Praktikanten, bzw. Kanzlisten (Diurnisten) einzubeziehen. Ebenso treten an Stelle der bisherigen Systemisierung der Stellen in den beiden Bezugsklassen der einzelnen Dienerstatus Summarstände, in die die provisorischen Stellen der einzelnen Status einbezogen sind.

Diese Summarstände der einzelnen Beamten- und Dienerstatus werden in der aus den beiden Beilagen dieser Bestimmungen ersichtlichen Weise festgesetzt.

Die Stellen der Ärzte in den Versorgungshäusern bilden je einen eigenen Summarstand für die Stellen der Primarärzte einerseits und für die Stellen der Sekundarärzte andererseits. Das Gleiche trifft rücksichtlich der Stellen der Ärzte in jeder der drei Kinderheilanstalten zu.

Die Stellen der Primarärzte und der Abteilungsvorstände der Kaiser-Jubiläums-Krankenanstalt bilden ebenfalls je einen eigenen Summarstand.

Die Stelle des Primararztes des Kinderhospizes in Sulzbach wird anstatt in der IX., in der VIII. Rangklasse systemisiert.

Das Verhältnis der definitiven zu den provisorischen Schuldienerstellen ist von 3 zu 3 Jahren nach dem jedesmaligen Stande am 1. Jänner der Jahre 1914, 1917 usw. einer Überprüfung und entsprechenden Richtigstellung zu unterziehen; hiebei ist die Zahl der definitiven Schuldienerstellen mit 81% der gesamten erforderlichen Schuldienerstellen (G.-R.-B. vom 23. Jänner 1906, Z. 591) zu berechnen.

Eine Ernennung im Wege der Zeitbeförderung zieht eine weitere Ernennung nicht nach sich.

§ 5.

Wer, ohne bisher im Dienste der Gemeinde Wien gestanden zu sein, auf einen mit Gehalt oder Adjutum verbundenen Dienstposten Angestellter wird, erhält den Dienstrang und den Titel vom Tage des Dienstantrittes, den Gehalt, allfällige Zulagen und das Adjutum von demselben Tage, das Quartiergeld (Quartiergeldquote) vom ersten Tage des dem Dienstantritte folgenden Zinsquartales an. Erfolgt der Dienstantritt mehrerer solcher Angestellter desselben Dienstzweiges an demselben Tage, so richtet sich ihr gegenseitiger Dienstrang nach der bei der Aufnahme bestimmten Reihenfolge.

Bei der Ernennung von Angestellten, die bereits im Dienste der Gemeinde stehen, mag die Ernennung eine Beförderung in sich schließen oder nicht, gilt folgendes:

a) Der Dienstrang richtet sich bei Zeitbeförderungen nach dem Tage des Ablaufes der Beförderungsfrist, in allen anderen Fällen nach dem Tage der Ernennung. Laufen die Beförderungsfristen für mehrere Angestellte an demselben Tage

ab, so bleibt für sie ihr bisheriges Rangverhältnis aufrecht. Werden mehrere Stellen derselben Klasse eines Status an demselben Tage im Wege der Stellenbeförderung besetzt, so richtet sich das Rangverhältnis zwischen den auf diese Stellen Ernannten nach der Reihenfolge ihrer Ernennung.

b) Der Genuß des systemmäßigen Gehaltes und allfälliger Zulagen beginnt bei der Zeitbeförderung und Klassenvorrückung mit dem ersten Tage des auf den Ablauf der Beförderungs- bzw. Vorrückungsfrist, sonst mit dem ersten Tage des auf die Ernennung folgenden Monates. Eine Ernennung gilt als mit jenem Tage vollzogen, an welchem sie von der zuständigen Stelle ausgesprochen worden ist. Die Zeitbeförderung und Klassenvorrückung wird vom Stadtrate ausgesprochen.

Wenn ein im Genusse eines Taggeldes, Tag-, Wochen- oder Monatslohnes stehender Bediensteter der Gemeinde zum Angestellten ernannt wird, beginnt der Genuß des neuen Gehaltes und der allfälligen Zulagen mit dem Tage der Ernennung.

c) Der Genuß des Quartiergeldes beginnt in den Fällen der Zeitbeförderung und Klassenvorrückung mit dem ersten Tage des dem Ablaufe der Beförderungs-, bzw. Vorrückungsfrist, sonst mit dem ersten Tage des der Ernennung folgenden Zinsquartales.

d) Das Recht auf die Führung des Titels steht dem Angestellten in allen Fällen vom Tage der Ernennung an zu.

§ 6.

Die Voraussetzungen, unter denen ein Angestellter der Zeitbeförderung, bzw. der Klassenvorrückung teilhaftig wird, insolange ihm der Anspruch nicht durch ein Disziplinarerkenntnis entzogen ist, sind: der Ablauf der Beförderungs-, bzw. Vorrückungsfrist (§ 7), eine entsprechende Verwendung (§ 8), endlich das Vorhandensein der etwa vorgeschriebenen besonderen Erfordernisse (§ 9).

§ 7.

In Betreff der Berechnung der Beförderungs- und Vorrückungsfristen gilt folgendes:

Die Frist beginnt mit dem Tage, der auf jenen folgt, nach welchem sich gemäß § 5 der Dienstrang des Angestellten richtet, für Kanzlisten aber, die dem Exekutionsamte oder dem Zentral-Wahl- und Steuerkataster zugewiesen sind, mit dem Tage ihrer Zuweisung, oder, wenn diese der Ernennung zum Kanzlisten vorausgegangen ist, mit dem Tage dieser Ernennung.

Sie endet mit jenem Tage ihres letzten Monates, welcher durch seine Zahl dem Tage ihres Beginnes entspricht. Fehlt dieser Tag in dem betreffenden Monate, so endet sie mit dem letzten Tage dieses Monates.

Wird ein Angestellter — weder strafweise noch auch mit Beförderung — in einen anderen Status übersetzt, so wird

ihm der bis dorthin zurückgelegte Teil der Beförderungsfrist eingerechnet. Ebenso wird bei Ernennung von Sekundarärzten der Versorgungshäuser und Kinderheilanstalten zu Primarärzten dieser Humanitätsanstalten, und zwar ohne Rücksicht, ob die Ernennung an derselben Anstalt erfolgt oder nicht, die von dem Ernannten als Sekundararzt in der VIII. Rangklasse zurückgelegte Dienstzeit für die Zeitbeförderung in die VII. Rangklasse und überdies für die Vorrückung in die höheren Gehaltstufen der VIII. Rangklasse, der der Ernannte auch als Primararzt angehört, eingerechnet. Doch endet die neue Frist in allen diesen Fällen nicht früher als die des unmittelbaren Vormannes, hinter dem der Angestellte eingereiht worden ist.

Eine bei dem Vormanne etwa nach § 10 dieser Bestimmungen oder strafweise eingetretene Verlängerung der Frist bleibt hiebei außer Betracht.

§ 8.

Die zur Zeitbeförderung, bzw. Klassenvorrückung notwendige entsprechende Verwendung wird nachgewiesen:

Bei den dem Exekutionsamte oder dem Zentral-Wahl- und Steuerkataster zugewiesenen Kanzlisten durch die Bestätigung des Amtsvorstehers (Vorstandes der Magistratsabteilung, Bezirksamtsleiters, Bezirksvorstehers, Amtsvorstandes) über ihre vollkommen zufriedenstellende Dienstleistung während der Beförderungsfrist; bei den übrigen Angestellten durch eine den nachstehenden Anforderungen entsprechende Beschreibung in den Rubriken 5 bis 8 des Personalstandesausweises des Angestellten über seine Verwendung während des letzten in die Beförderungsfrist fallenden Kalenderjahres und durch die Erklärung des Amtsvorstehers, daß die seitherige Verwendung des Angestellten nicht unter die für diese Beschreibung gestellten Anforderungen herabgegangen ist.

Die Beschreibung muß folgende sein:

In der 5. und 6. Rubrik:

Für die Beförderung vom Praktikanten in die unterste Rangklasse des betreffenden Status in beiden Rubriken gut;

für die Beförderung in die nächst höhere Rangklasse in beiden Rubriken sehr gut;

für die Beförderung in die weitere Rangklasse in die I. Diener-Bezugsklasse in der einen Rubrik sehr gut, in der anderen Rubrik vorzüglich;

für die Beförderung der in der ersten und zweiten Gruppe der am Ende beigegebenen Tabelle bezeichneten Beamten in die VII. Rangklasse, bzw. im Status der Beamten der städtischen Feuerwehr auch für die Vorrückung in die Bezüge der VII. Rangklasse sowie schließlich für die Beförderung der in den Gruppen 3 bis 8 der Tabelle genannten Beamten in die VIII. Rangklasse und für die Vorrückung der in den Gruppen 9 und 10 genannten Beamten in die Bezüge der VIII. Rangklasse in beiden Rubriken vorzüglich.

In der 7. und 8. Rubrik: sehr fleißig, tadellos.

Auf die bereits vorhandenen, schon bisher der Zeitbeförderung teilhaftigen „Angestellten" (§ 1, Abs. 2), welche den bezeichneten Beschreibungs-Erfordernissen gegenwärtig oder in Zukunft nicht entsprechen, wohl aber jenen, die mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 20. Dezember 1906, Pr.-Z. 17.000, festgesetzt wurden, finden jeweilig die bisherigen Zeitbeförderungsfristen des berufenen Gemeinderatsbeschlusses Anwendung.

Ist nach der Erklärung des Amtsvorstehers die Verwendung des Angestellten seit seiner letzten Beschreibung unter das für die Zeitbeförderung, bzw. Zeitvorrückung erforderliche Maß herabgegangen, so ist die im § 50 der Dienstpragmatik vorgesehene Beschreibungskommission zur Überprüfung dieser Erklärung einzuberufen. Bestätigt sie die Erklärung des Amtsvorstehers, so ist dies dem Angestellten mittels Aufnahmeschrift bekanntzugeben und es steht ihm dagegen der Einspruch an die Berufungskommission im Sinne des § 53 der Dienstpragmatik zu. Eine Eintragung in den Personalstandesausweis findet aus Anlaß eines solchen Verfahrens nicht statt.

§ 9.

Insoweit eine Ernennung auf Grund von Gemeinderatsbeschlüssen an besondere Erfordernisse (Ablegungen von Prüfungen, Probedienstzeit u. dgl.) geknüpft ist, bildet auch der Nachweis dieser Erfordernisse eine Voraussetzung der Zeitbeförderung.

Für Praktikanten des Konkretualstandes, die in dem Status der Hauptkasse, des Steueramtes, des Marktamtes oder Konskriptionsamtes der Zeitbeförderung in die XI. Rangklasse teilhaftig werden sollen, bildet es ein besonderes Erfordernis, daß sie durch das letzte Halbjahr der Beförderungsfrist in dem betreffenden Amte in Verwendung gewesen sind.

§ 10.

Wenn beim Ablaufe der Beförderungs- oder Vorrückungsfrist der Nachweis der Verwendung noch nicht vorliegt, wird dadurch die Frist nicht verlängert, sondern nur die Entscheidung über die Beförderung oder Vorrückung hinausgeschoben.

Die Beförderungs- oder Vorrückungsfrist wird dadurch, daß bei ihrem Ablaufe eine Voraussetzung der Zeitbeförderung oder Klassenvorrückung mangelt, bis zum Tage des Eintrittes sämtlicher Voraussetzungen verlängert.

Unterblieb die Zeitbeförderung oder Klassenvorrückung mangels entsprechender Verwendung (§ 8) und wird der Nachweis einer solchen Verwendung durch eine spätere Beschreibung erbracht, so endet die Beförderungs-, bzw. Vorrückungsfrist am 31. Dezember jenes Jahres, für welches diese spätere Beschreibung erfolgte.

Für die dem Exekutionsamte oder dem Zentral-Wahl- und Steuerkataster zugewiesenen Kanzlisten verlängert sich die Beförderungsfrist jedesmal um 1 Jahr, wenn das Erfordernis der vollkommen zufriedenstellenden Dienstleistung mangelt.

§ 11.

Die Gesuche um Zeitbeförderung oder um Klassenvorrückung sind vom Bewerber nach Ablauf der Frist im Dienstwege zu überreichen.

§ 12.

Bei den Beamten der IV., V. und VI. Rangklasse entfällt die Beschreibung.

Insoweit noch eine Stellenbeförderung in die VII. und VIII. Rangklasse stattfindet, ist hiezu eine Beschreibung, die in der 5. und 6. Rubrik des Personalstandesausweises auf „vorzüglich", in der Rubrik 7 und 8 auf „sehr fleißig, tadellos" lautet, und bei Stellen, die nach ihrer Bestimmung dauernd oder vorübergehend mit einer leitenden Tätigkeit verbunden sind, auch die Eignung hiezu erforderlich.

Die Beförderung ad personam schließt keine Vermehrung der Stellenanzahl des betreffenden Summarstandes oder der für die Rangklassen eines Status systemisierten Stellen in sich und hat daher auch keine weitere Ernennung zur Folge.

Die Besetzung freigewordener Stellen findet in Hinkunft von amtswegen und ohne Ausschreibung statt.

Ansuchen um Beförderung ad personam sind als unzulässig abzuweisen.

§ 13.

Die vorliegenden Bestimmungen treten rückwirkend mit 1. Jänner 1913 in Kraft. Doch haben folgende Übergangsbestimmungen zu gelten:

a) Den Angestellten ist für die Zeitbeförderung, Klassenvorrückung und — den Beamten — auch für die Stufenvorrückung die Dienstzeit, die sie in ihrer gegenwärtigen Klasse (Rangklasse, Klasse der Praktikanten und Aspiranten, Bezugsklasse [Gemeinderatsbeschluß vom 5. April 1897, Z. 3941]), den letzteren überdies die Dienstzeit, die sie über die nunmehr festgesetzte Beförderungsfrist hinaus in der im Status vorhergehenden Klasse vollstreckt haben, unter Beobachtung der folgenden Bestimmungen anzurechnen:

Die Zeitbeförderungs-, Klassenvorrückungs- und Stufenvorrückungsfrist jedes Einzelnen darf im allgemeinen nicht vor der seines unmittelbaren Vormannes ablaufen, wenn eine Ausnahme nicht in einem Mangel der Voraussetzungen für die Zeitbeförderung (Klassenvorrückung) oder in einem Disziplinarerkenntnisse begründet ist, bzw. wenn der Lauf der Frist des Vormannes nicht durch eine militärische Präsenzdienstleistung oder durch einen Urlaub gegen Einstellung der Bezüge gehemmt war.

Doch wird ein Angestellter, dem seinerzeit ein nicht besser beschriebener Hintermann bei der Beförderung vorgezogen wurde, hinsichtlich der Bezüge so behandelt, als ob jene Beförderung nicht erfolgt wäre; nur tritt die Zeitbeförderung für ihn erst nach Maßgabe der allgemeinen Vorschriften ein.

Wurde einem Angestellten in seiner gegenwärtigen Klasse die Beförderungs- oder Vorrückungsfrist durch ein Disziplinarerkenntnis verlängert, so gilt diese Verlängerung auch für die neuen Beförderungs- und Vorrückungsfristen.

Einem degradierten Angestellten wird die in seiner gegenwärtigen und in der vorausgegangenen niedrigeren Klasse vollstreckte Dienstzeit angerechnet.

Den dem Exekutionsamte und dem Zentral-Wahl- und Steuerkataster zugewiesenen Kanzlisten ist die in dieser Eigenschaft in dem betreffenden Amte zurückgelegte Dienstzeit in die Zeitbeförderungsfrist einzurechnen.

Die Dienstzeit der Angestellten ist von dem Tage ab zu rechnen, an dem sie ihren Rang erlangt oder — mangels eines Rangstages — an dem sie die betreffende Klasse erreicht haben.

b) Die neuen Fristen für die Stufenvorrückung sind von dem Tage ab zu rechnen, mit dem die betreffenden Angestellten ihren Rang erlangt haben oder — mangels eines Rangstages — an dem sie in die betreffende Klasse gelangt sind.

Soweit die in der Gehaltsstufe zurückgelegte Dienstzeit länger ist, als die neue Vorrückungsfrist, wird diese Überdienstzeit vorbehaltlich der Anwendung der alinea a) auf die Vorrückungsfristen angerechnet, die für die weiteren Gehaltsstufen der betreffenden Rang- oder Bezugklasse festgesetzt sind.

Die Beamten der Feuerwehr, die in der X., IX. oder VIII. Rangklasse stehen, werden nach den bisherigen Bestimmungen behandelt, wenn sie innerhalb eines Monates vom Tage des gegenwärtigen Gemeinderatsbeschlusses an bei der Magistrats-Direktion ein diesbezügliches Verlangen stellen.

c) Der Rang der Angestellten ist gemäß den vorstehenden Bestimmungen neu festzusetzen.

d) Zeitbeförderungen, für welche die Frist vor dem 1. Jänner 1913 abgelaufen ist, unterliegen den bisherigen Bestimmungen.

e) Eine Nachzahlung von Bezügen für die Zeit vor dem 1. Jänner 1913 findet nicht statt.

f) Auf Beförderungen, aus denen sich ein Rangtag nach dem 31. Dezember 1912 ergibt, sind — unbeschadet erworbener Rechte — die vorliegenden Bestimmungen anzuwenden, derart, als wenn sie damals bereits genehmigt gewesen wären. Demgemäß ist bei solchen Beförderungen der Rang und der Anfallstermin der Bezüge richtigzustellen.

Tabelle

über die zukünftige Zeitbeförderung (Klassenvorrückung) der städtischen Angestellten.

Rangklasse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	Rechtskundige Beamte, technische Beamte des Stadtbauamtes (Hauptstatus), Stadtphysikat (ausgenommen die Ärzte für Armenbehandlung und Totenbeschau), Veterinäramt, städtische Sammlungen, Archiv, Feuerwehr	Primarärzte der Versorgungshäuser und Kinderheilanstalten; Primarärzte und Abteilungsvorstände der Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Krankenanstalt	Ärzte für Armenbehandlung und Totenbeschau, Sekundarärzte in den Versorgungshäusern und Kinderheilanstalten	Geodätischer Hilfsstatus des Stadtbauamtes, Hilfsstatus für Architektur	Stadtbuchhaltung, bau- und maschinentechnischer Hilfsstatus des Stadtbauamtes	Hauptkasse, Steueramt, Marktamt, Konskriptionsamt	Kanzlei	Gemeinde-Friedhöfe	Wasserbezugs-Revisorat	Exekutionsamt, Zentral-Wahl- und Steuer-Kataster	Arbeits- und Dienstvermittlungsamt, Marktgefällsbeamte, Kranken-Revisoren
	Beförderungsfristen (Vorrückungsfristen) in Jahren										
VIII.	5*	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	4	—	4	4	5	6	7	7	7***)	8***)	—
X.	4	—	4	4	4	5	6	6	6	6	—
XI.	—	—	—	4	4	4	4	4	4	5	5
Prakt.	2	—	—	2	1 (2)**)	2 (3)**)	2 (3)**)	—	3	—	—
Kzlst.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—

*) Für die städtische Feuerwehr Klassenvorrückungsfrist.

**) Die dreijährige Frist in den Rubriken 6 und 7 gilt für jene Praktikanten des Konkretualstatus, welche vor ihrer Ernennung zu Praktikanten (Aspiranten) nicht wenigstens 2 Jahre als Kanzleidiurnisten, die zweijährige Frist in der Rubrik 5 für jene Praktikanten der Stadtbuchhaltung, welche nicht wenigstens ein Jahr als Buchhaltungsdiurnisten in Verwendung gestanden sind.

***) Klassenvorrückungsfrist.

Beamten-Summarstände.

Post-Nr.	Status	Der künftige Summarstand umfaßt: die nachbezeichneten Rangklassen ꝛc.	Stellenzahl intra statum	Stellenzahl extra statum	Anmerkung
1	**Rechtskundige Beamte**	VII. bis X. Rangklasse u. Konzepts-Praktikanten (einschließl. Aspiranten)	238	8	4 Stellen haben für Rechnung von 4 ad personam ernannten Magistratsräten unbesetzt zu bleiben, 8 Stellen extra statum für Rechnung anderwärts Zugewiesener.
2	**Technische Beamte (Hauptstatus)**	VII. bis X. Rangklasse und Bau-Praktikanten (einschließl. Aspiranten)	175	2	2 Stellen sind für Rechnung von 2 Vorortebeamte unbesetzt zu lassen, 2 Stellen extra statum für Rechnung anderwärts Zugewiesener.
3	**Hilfsstatus für Architektur**	VIII. bis XI. Rangklasse und Architekturzeichner	19	—	1 Stelle ist für Rechnung eines in der VII. Rangklasse befindlichen Beamten offen zu lassen.
4	**Geodätischer Hilfsstatus**	VIII. bis XI. Rangklasse und Praktikanten (einschließl. Aspiranten)	11	—	Zufolge G.-R.-B. vom 21. Dezember 1911, Pr.-Z. 18193, verringert sich die Stellenzahl ab 1. Mai 1916 auf 10, dafür um eine Stelle in der VII. Rgkl. mehr.
5	**Bau- und maschinentechnischer Hilfsstatus**	VIII. bis XI. Rangklasse und Bauaufsichts-Praktikanten (einschließl. Aspiranten)	85	1	2 Stellen haben für Rechnung von 2 ad pers. in der VII. Rgkl. befindliche Bauaufsichts-Oberrevidenten unbesetzt zu bleiben, 1 Stelle extra statum für Rechnung eines anderwärts Zugewiesenen.
6	**Stadtphysikat**	VII. bis X. Rangklasse	37	—	
7	**Armenärzte**	VIII. bis X. Rangklasse u. Sanitäts-Praktikanten	110	—	
8	**Veterinäramt**	VII. bis X. Rangklasse u. Veterinäramts-Praktikanten (einschl. Aspiranten)	92	—	
9	**Städtische Sammlungen**	VII. bis X. Rangklasse und Praktikanten	10	—	

Post-Nr.	Status	Der künftige Summarstand umfaßt die nachbezeichneten Rangklassen ꝛc.	Stellenzahl intra statum	Stellenzahl extra statum	Anmerkung
10	**Archiv**	VII. bis X. Rangklasse und Praktikanten	5	—	
11	**Feuerwehr**	VIII. bis X. Rangklasse	8	—	
12	**Stadtbuchhaltung**	VIII. bis XI. Rangklasse sowie Praktikanten und Diurnisten	251	13 1	13 Stellen extra statum für Rechnung anderwärts Zugewiesener. 1 Stelle extra statum für 1 derzeit verwendeten Ersatz-Diurnisten.
13	**Wasserbezugs-Revisorat**	IX. bis XI. Rangklasse und Praktikanten	28	—	
14	**Hauptkasse**	VIII. bis XI. Rangklasse und Praktikanten	199	5 1	5 Stellen extra statum für Rechnung anderwärts Zugewiesener. 1 Stelle extra statum für 1 der Kanzlei zugewiesenen und durch 1 Praktikanten ersetzten Beamten.
15	**Steueramt**	VIII. bis XI. Rangklasse und Praktikanten	281	—	
16	**Marktamt**	VIII. bis XI. Rangklasse und Praktikanten und Diurnisten	117	1	1 Stelle extra statum für einen der Übernahmsstelle für Vieh und Fleisch zugewiesenen Beamten.
17	**Konskriptionsamt**	VIII. bis XI. Rangklasse und Praktikanten und Diurnisten	281	—	
18	**Kanzlei**	VIII. bis XI. Rangklasse sowie Praktikanten und Diurnisten	691	14 1	5 Diurnistenstellen haben für Rechnung dreier Beamter (Heiß, Reiß und Gall), 1 Stelle für Rechnung eines zugewiesenen Hauptkassen-Beamten (Perwanger) unbesetzt zu bleiben, 14 Stellen extra statum für Rechnung Zugewiesener, 1 Stelle extra statum für Hlavka.
19	**Gemeinde-Friedhöfe**	VIII. bis XI. Rangklasse	19	1	1 Stelle extra statum für H. Brauer (derzeit X. Rangklasse).

Die in der Rubrik „extra statum" ausgewiesenen Stellen sind veränderlich und zeitlich beschränkt, daher nicht in die dauernde Systemisierung aufgenommen.

Post-Nr.	Status			Der künftige Summarstand umfaßt			Anmerkung
				die nachbezeichneten Rangklassen ꝛc.	Stellenzahl		
					intra	extra	
					statum		
20	**Exekutionsamt**			IX. bis XI. Rangklasse sowie Kanzlisten und Diurnisten	234	—	
21	**Zentral-Wahl- und Steuerkataster**			IX. bis XI. Rangklasse sowie Kanzlisten und Diurnisten	112	—	
22	**Marktgefälls-Beamte**			X. und XI. Rangklasse	2	—	
23	**Arbeits- und Dienstvermittlungsamt**			X. und XI. Rangklasse	15	—	Außerdem 40 Diurnistenstellen.
24	**Ärzte in den städt. Versorgungshäusern**		a) Primarärzte	VII. und VIII. Rangklasse	9*)	—	*) 1 Stelle bleibt für Rechnung eines ad personam in der VI. Rangklasse befindlichen Primararztes I. Kl. unbesetzt.
			b) Sekundarärzte	VIII. bis X. Rangklasse	9	—	
25	**Ärzte in den städtischen Kinder-Heilanstalten**	**St. Pelagio**	a) Primarärzte	VII. und VIII. Rangklasse	2	—	
			b) Sekundarärzte	VIII. bis X. Rangklasse	5	—	
		Hall	a) Primarärzte	VII. und VIII. Rangklasse	1	—	
			b) Sekundarärzte	VIII. bis X. Rangklasse	1	—	
		Salzbach-Ischl	a) Primarärzte	VII. und VIII. Rangklasse	1	—	
			b) Sekundarärzte	VIII. bis X. Rangklasse	1	—	
26	**Ärzte der Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Kranken-Anstalt**		a) Primarärzte	VII. und VIII. Rangklasse	8	—	
			b) Abteilungs-Vorstände	VII. und VIII. Rangklasse	2	—	
27	**Kranken-Revisoren**			X. und XI. Rangklasse einschließlich der provis. Revisoren	7	—	

Beilage II.

Diener-Summarstände.

Post-Nr.	Diener-Status	Der künftige Summarstand umfaßt	Stellenzahl im statum intra	Stellenzahl im statum extra	Anmerkung
1	**Amtsdiener**	I. und II. Bezugsklasse und Aushilfsdiener	459	—	
2	**Schuldiener**	I. und II. Bezugsklasse und prov. Schuldiener	325	—	
3	**Mahnboten**	I. und II. Bezugsklasse	48	—	
4	**Marktgebühren-Einheber**	I. und II. Bezugsklasse einschließlich der prov. Marktgebühren-Einheber	23	—	
5	**Marktdiener**	I. und II. Bezugsklasse einschließlich der prov. Marktdiener	121	3	3 Stellen extra statum für Rechnung der der Übernahmsstelle für Vieh und Fleisch zugewiesenen 3 Marktdiener.
6	**Schlachthausdiener**	I. und II. Bezugsklasse einschließlich der prov. Schlachthausdiener	55	—	
7	**Aufseher im Asyl- und Werkhaus**	I. und II. Bezugsklasse	18	—	
8	**Museumsdiener**	I. und II. Bezugsklasse	2	—	
9	**Diener in den Versorgungshäusern**	I. und II. Bezugsklasse	30	2	2 Stellen extra statum für 1 Magazinsaufseher und 1 Werkmeister.

Die in der Rubrik „extra statum" ausgewiesenen Stellen sind veränderlich und zeitlich beschränkt, daher in die dauernde Systemisierung nicht aufgenommen.

II. Der Gemeinderat beschließt weiters:

Der 1. Absatz des § 5, der 1. und 2. Absatz des § 6 und der § 13 der Pensionsvorschrift für die Gemeinde-Beamten und -Diener der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien sowie der § 61 lit. c) und der § 111 der Dienstpragmatik für die Gemeinde-Beamten und -Diener der Stadt Wien haben in Abänderung der bisherigen Textierung in Hinkunft zu lauten:

§ 5, 1. Absatz, Pensionsvorschrift.

„Der Ruhegenuß wird nach Perzenten bemessen, welche von den letzten in die Pension einrechenbaren Aktivitätsbezügen und, falls dem Angestellten bei weiterer Dienstleistung noch der Anspruch auf eine Gehaltssteigerung offen gestanden wäre, von der nachfolgend näher bestimmten Quote der Steigerung auf die nächste Gehaltsstufe (Steigerungsquote) berechnet werden. Diese Quote beträgt soviele Teile der Gehaltssteigerung, als der Anzahl der vollstreckten ganzen Jahre der Vorrückungsfrist im Verhältnis zu der (eventuell im Disziplinarwege verlängerten) Gesamtfrist entspricht. Hiebei bleiben Teile eines ganzen Vorrückungsjahres unberücksichtigt, falls sie 6 Monate nicht übersteigen; im anderen Falle werden sie für ein volles Jahr gerechnet.

Nach Ablauf des 10. Dienstjahres beträgt der Ruhegenuß 40% der Aktivitätsbezüge und der Steigerungsquote und steigt mit jedem weiteren Dienstjahre

a) bei den Beamten, zu deren definitiver Anstellung die Absolvierung von Fachstudien an einer Hochschule durch die Dienstpragmatik oder durch besondere Beschlüsse des Gemeinderates vorgeschrieben ist, ferner bei den Marktamtsbeamten sowie bei den Offizieren und Unterbeamten der städtischen Feuerwehr um 3%,

b) bei den übrigen Beamten und den Dienern um 2·4%, in allen Fällen jedoch nur solange, bis der Ruhegenuß ohne Hinzurechnung der Perzente der Steigerungsquote den letzten in die Pension einrechenbaren Aktivitätsbezügen gleich kommt."

§ 6, 1. und 2. Absatz, Pensionsvorschrift.

„Der Ruhegenuß (Pensions- oder Quieszentenbezug) besteht aus dem Ruhegehalte, ferner, falls dem Angestellten bei weiterer Dienstleistung noch der Anspruch auf eine Gehaltssteigerung offen gestanden wäre, aus dem Anteile an der Steigerungsquote und aus dem Mietzinsbeitrage und wird nach den zuletzt bezogenen, in die Pension einrechenbaren Aktivitätsbezügen sowie nach der im 1. Absatze des § 5 dieser Vorschrift bezeichneten Quote der Steigerung der nächsten Gehaltsstufe bemessen.

Zu den Aktivitätsbezügen gehören:

a) Der Aktivitätsgehalt einschließlich der bereits angefallenen Biennal-, Triennal- oder Quadriennalzulagen und aller jener Zulagen, die auf Grund allgemeiner oder besonderer Bestimmungen als in die Pension einrechenbar erklärt wurden;

b) das Quartiergeld."

§ 13, Pensionsvorschrift.

„Die Pension der Witwe eines Angestellten (Beamten oder Dieners) wird mit 40% des von ihm zuletzt bezogenen Aktivitätsgehaltes und Quartiergeldes sowie mit 40% der im § 5, Absatz 1, dieser Vorschrift bezeichneten Quote der Steigerung auf die nächste Gehaltsstufe, jedoch höchstens mit 4000 K bemessen."

§ 61, lit. c, Dienstpragmatik.

„Der Aufschub der Vorrückung in die höhere Gehaltsstufe der Rang- oder Bezugklasse, der Aufschub der Zeitbeförderung oder der Aufschub der Klassenvorrückung, und zwar auf bestimmte Dauer."

§ 111, Dienstpragmatik.

„Wird der quieszierte Beamte binnen 3 Jahren nicht wieder angestellt, so ist derselbe in den bleibenden Ruhestand zu versetzen.

Der Ruhegenuß ist nach den zuletzt vor der Versetzung in den zeitlichen Ruhestand bezogenen, in die Pension einrechenbaren Aktivitätsbezügen und nach der in dem Zeitpunkte der Versetzung in den zeitlichen Ruhestand in Rücksicht gezogenen Steigerungsquote der nächsten Gehaltsstufe in der Art auszumitteln, daß hiebei die in der Quieszenz zugebrachte Zeit in die Dienstzeit eingerechnet wird. Die anrechenbare Steigerungsquote selbst erfährt durch den Lauf der Quieszentenzeit keine Erhöhung, hingegen der perzentuelle Anteil an derselben.

Die in der Quieszenz zugebrachte Zeit ist auch in dem Falle in die Dienstzeit einzurechnen, wenn der in den zeitlichen Ruhestand versetzte Beamte wieder angestellt wird."

Diese Abänderungen treten mit 1. Jänner 1913 in Wirksamkeit.

Das Mehrerfordernis aus der Verbesserung der Zeitbeförderung der Beamten und Diener im Jahre 1913 in der Höhe von 430.370 K wird zum Teile in Interkalar-Ersparungen auf den bezüglichen Besoldungs-Rubriken, mit dem Reste in der unter Ausg.-Rubr. III 17/1/3 (Gruppe I) für die Erweiterung der Zeitbeförderung und die Regelung der Bezüge der Altpensionisten eingestellten Reserve **per 400.000 K** seine Bedeckung finden.

Verlag des Gemeinderats-Präsidiums. — Druck von Paul Gerin, Wien.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 19. Freitag den 7. März 1913. Jahrgang XXII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (k. k. Tabak-Trafik) **und im Redaktionslokale I., Lichtenfelsgasse 5, 1. Stock.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **27. Februar 1913.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Baron, Braun, Brauneiß, Büsch, Dechant, Fraß, Grünbeck Sebastian, Dr. Haas, Hallmann, Heindl, Hermann, Hörmann, Kleiner, Knoll, Dr. Mataja, Oppenberger, Poyer, Rain, Schmid, Schneider, Schreiner, Schwer, Tomola, Wessely, Wippel.
Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Entschuldigt: St.-R. Gräf.
Schriftführer: Magistrats-Kommissär v. Radler.

Vize-Bürgermeister Hoß eröffnet die Sitzung.

(3376, M. A. III, 335.) **St.-R. Hallmann** referiert über das Kaufoffert der Firma Georg Schicht, Aktiengesellschaft, an die städtischen Baustellen Einl.-Z. 2301, 2302, 2311 und 2312 Grundbuch Margareten und beantragt die Wahl eines stadträtlichen Verhandlungs-Komitees. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Oppenberger** wird beschlossen:

(3249, M. A. 120.) Das Projekt für den Umbau der Hauptunratskanäle in der Schiffamtsgasse von der Oberen Donaustraße bis zur Leopoldsgasse und in der Leopoldsgasse von der Schiffamtsgasse bis zur Malzgasse im II. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 49.900 K wird genehmigt.

Das Bestbot des Stadtbaumeisters Eduard Rzehaczek auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 25.510 K 27 h gegen eine Aufzahlung von 19 Prozent auf die Kostenanschlagspreise wird angenommen.

(3307, M. A. VIII, 608.) Die Magistrats-Anträge, betreffend neun Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des II. Bezirkes, werden genehmigt.

(3098, M. A. VI, 508.) Das bedeckte Mehrerfordernis von 5208 K 81 h für die Regulierung der Taborstraße im II. Bezirke wird nachträglich genehmigt.

(3244, M. A. VIII, 2631.) I. Die Lieferung der zur Herstellung von Badewäsche für das Jahr 1913 erforderlichen Stoffe wird in folgender Weise vergeben:

1. Die Lieferung des ausgeschriebenen Bedarfes an Leinenkreas der Firma Josef Walzel & Söhne, I., Börsegasse 14, auf Grund ihres Offertes vom 5. Februar 1913 und der ämtlichen Bedingnisse.

2. Die Lieferung des ausgeschriebenen Bedarfes an Wassertuch der Firma Josef Lehrner, IV., Margaretenstraße 35, auf Grund ihres Offertes vom 6. Februar 1913 und der ämtlichen Bedingnisse.

3. Die Lieferung des ausgeschriebenen Bedarfes an Gradl, der Firma L. Dietl, I., Wipplingerstraße 35, auf Grund ihres Offertes vom 6. Februar 1913 und der ämtlichen Bedingnisse.

6. Die Lieferung des ausgeschriebenen Bedarfes an Handtücherzeug der Firma Norbert Langer & Söhne, I., Sterngasse 11, auf Grund ihres Offertes vom 5. Februar 1913 und der ämtlichen Bedingnisse.

II. Die Anfertigung der Badewäsche wird der Magdalena Jaschke, XVIII., Theresiengasse 8, auf Grund ihres Offertes vom 6. Februar 1913 und der ämtlichen Bedingnisse übertragen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Büsch** wird beschlossen:

(2848, M. B. A. XII, 1727.) Die vom Bezirksamte mit der Befristung bis zum 31. Dezember 1917 und gegen eine Demolierungskaution von 400 K zu erteilende Adaptierungsbewilligung für das ebenerdige Gebäude der Österreichischen Holzimport-Kommanditgesellschaft auf der Kat.-Parz. 377/1 Unter-Meidling, öffentliches Gut, wird im Sinne des § 97 Wr. B.-O. bestätigt.

(2853, M. B. A. XII, 38082/12.) Der Marianischen Männerkongregation in Meidling (vorläufiger Sitz: XII., Murlingengasse 57) wird die unentgeltliche Benützung der Kapelle und des anstoßenden Raumes im städtischen Kindergarten XII., Dörfelstraße 1, an jedem zweiten Donnerstage in der Zeit von 8 bis 9 Uhr abends gegen Einhaltung der üblichen Bedingungen bewilligt.

Gleichzeitig wird das magistratische Bezirksamt beauftragt, diejenigen Vereinigungen, welche die Kapelle und den anstoßenden Raum des Kindergartens benützen und noch nicht im Besitze einer auf das neue Gebäude lautenden Bewilligung sind, zur ehesten Einholung dieser Bewilligung seitens des Stadtrates zu veranlassen.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(3460, M. A. X, 11669/12.) Es wird genehmigt, daß gemäß dem Ansuchen des Molkereibesitzers Leopold Wiehart, XIV., Sechshauserstraße 77, der anläßlich der Rückstellung des eigenen Grabes, Gruppe I, Nr. 15, im Baumgartner Friedhofe zur Rückvergütung gelangende Betrag von 40 K im Wege der Friedhofsverwaltung an die Bediensteten des Baumgartner Friedhofes verteilt wird.

(3360, M. B. A. XIII, 1909.) Der Turnsaal der Bürgerschule XIII., Zennerstraße 1, wird dem Apostolate der christlichen Töchter in Breitensee zur Abhaltung einer Versammlung am Sonntag den 2. März 1913, und dem Wiener Männergesangverein „Breitensee" zur Veranstaltung eines Konzertes am Sonntag den 9. März 1913, gegen Ersatz der Reinigungs-, Beleuchtungs- und Beheizungskosten überlassen.

(3330, M. B. A. XIII, 61830/12.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend zwei Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(2683, M. A. XV, 2221.) Die Aufstellung eines Pianinos der Patronage Ober-St. Veit im Turnsaale der Knaben-Volks- und Bürgerschule XIII., Hietzinger Hauptstraße 168, wird bis auf Widerruf genehmigt.

(2854, M. B. A. XIII, 1998.) Der Rekurs des Karl Döltl gegen die Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes XIII vom 3. Jänner 1913, Z. 42843/10, mit welcher der Genannte den Auftrag erhielt, die Heuvorräte aus jenen Dachbodenräumen zu entfernen, in welchen sich Putztürchen von Rauchfängen befinden, wird als unbegründet abgewiesen.

(2382, M. A. III, 8722/12.) St.-R. Poyer referiert über den Grundtausch mit der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankvereine bezüglich eines Teiles der städtischen Kat.-Parz. 1168 Ober-St. Veit, und der Kat.-Parz. 411 öffentliches Gut Lainz, im XIII. Bezirke, und beantragt:

Die Gemeinde Wien überläßt der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankvereine zur Ergänzung der im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1007 inneliegenden Realität die im Plane H durch violette Lasierung gekennzeichneten und mit den Buchstaben a' b' l l' m' (a') und c d d' c' (c) umschriebenen Teile der im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1001 inneliegenden Kat.-Parz. 1168 im Ausmaße von insgesamt zirka 1582 m², wie sie liegen und stehen.

Ferner überläßt die Gemeinde Wien der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankvereine oder einer von diesen namhaft zu machenden physischen oder juristischen Person die im Plane H durch violette Lasierung gekennzeichnete und mit den Buchstaben a b c d e f g h (a) umschriebene, im Verzeichnis des öffentlichen Gutes der Katastralgemeinde Lainz vorgetragene Kat.-Parz. 411 im Ausmaße von zirka 1228·29 m².

Diese Grundüberlassung ist an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein überlassen der Gemeinde Wien zur Ergänzung der im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1055 inneliegenden Realität die im Plane H durch rote Lasierung charakterisierte und mit den Buchstaben a b c g f d e (a) umschriebene Kat.-Parz. 1293/30 in Einl.-Z. 1048 Ober-St. Veit im Ausmaße von 127·42 m².

2. Die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein überlassen nach Durchführung des zwischen ihnen und dem Augustiner Chorherrenstifte Klosterneuburg in Verhandlung stehenden Rechtsgeschäftes, betreffend den Austausch von Arrondierungsgründen an der Bernbrunn-, verlängertem Leopold Müller- und Reichgasse im XIII. Bezirke der Gemeinde Wien zur Ergänzung der im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1055 inneliegenden Realität den im Plane H mit den Buchstaben g h i (g) umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1/2 in Einl.-Z. 1 des Grundbuches Lainz im Ausmaße von zirka 150 m² als reinen Baugrund, veranlassen demnach, daß unter einem mit der grundbücherlichen Zuschreibung dieses Grundteiles zur Einl.-Z. 1055 Ober-St. Veit der mit den Buchstaben h l k l (h) umschriebene Teil der Kat.-Parz. 1/2 Lainz im Ausmaße von zirka 154 m² lastenfrei als Straßengrund ab-

geschrieben und in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes übertragen wird.

3. Sie überlassen der Gemeinde Wien die im Plane H mit den Buchstaben e g h k l b (e) umschriebene Grundfläche, d. i. die im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1007 inneliegende Kat.-Parz. 1179 und Teile der in der gleichen Einlagezahl verzeichneten Kat.-Parz. 1180 im Ausmaße von zirka 3627 m² als reinen Baugrund.

4. Sie übertragen demnach unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes den im Plane H mit den Buchstaben h i k k' h' (h) umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1180 in Einl.-Z. 1007 Ober-St. Veit im Ausmaße von zirka 275 m² ohne weitere Entschädigung lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

5. Die Gemeinde Wien überträgt unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes die im Plane H durch gelbe Lasierung angedeuteten und mit den Buchstaben a' b' c' d' (a') umschriebenen Teile der Kat.-Parz. 1168, Einl.-Z. 1001 Ober-St. Veit, per zirka 168 m² ohne weitere Entschädigung lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

6. Jeder Vertragsteil übernimmt die Verpflichtung, die von ihm in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu übertragenden Grundteile auf seine Kosten in die richtige Höhenlage zu bringen.

7. Die Gemeinde Wien leistet an die Wiener Baugesellschaft und an den Wiener Bankverein eine Aufzahlung im Betrage von 6000 K, welche nach erfolgter gänzlicher grundbücherlicher Durchführung des Tauschgeschäftes fällig sind.

8. Zur Sicherstellung der Erfüllung der im Punkte 2 festgesetzten Verbindlichkeiten kann die Gemeinde Wien diese Aufzahlung von 6000 K als Kaution bis zu jenem Zeitpunkte zurückbehalten, wo die in diesem Punkte erwähnten Grundteile grundbücherlich der Gemeinde Wien zugeschrieben, beziehungsweise lastenfrei in das Verzeichnis des öffentliches Gutes übertragen sind.

9. Die zur grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes erforderlichen Pläne haben die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein auf ihre Kosten beizustellen.

10. Alle übrigen mit diesem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen beide Vertragsteile je zur Hälfte.

11. Die auszutauschenden Gründe sind abgesehen von der im Lastenblatte der Einl.-Z. 1007 und 1048 Ober-St. Veit je unter Post 1 zugunsten der Gemeinde Wien haftenden Verbindlichkeiten gegenseitig vollständig lastenfrei zu übertragen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird beschlossen:

(3459, M. A. X, 6672.) Der Besuch der Friedhöfe im XXI. Bezirke ist dem Publikum in den Monaten April bis einschließlich Oktober und am 1. und 2. November von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends, in den übrigen Monaten von 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends gestattet.

(3428, M. B. A. XXI, 8174.) St.-R. Knoll referiert über das Ansuchen der Leopoldine Zink um Schadloshaltung für die Grundabtretung beim Umbau des Hauses Konskr.-Nr. 1140 Floridsdorf und beantragt die Wahl eines stadträtlichen Verhandlungs-Komitees. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Knoll wird weiters beschlossen:

(3326, M. B. A. XXI, 6105.) Im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, wird die Genehmigung erteilt, daß die mit 648 K für das den Eheleuten Johann und Maria Anna Christ gehörige Haus Konskr.-Nr. 6 Grundbuchs-Einl.-Z. 6 Groß-Jedlersdorf, Or.-Nr. 14 Amtsstraße im XXI. Bezirke bemessene Kanaleinmündungsgebühr bei Gewährung einer 50prozentigen Ermäßigung vorläufig nur mit dem Betrage von 324 K eingehoben werde.

Im Falle einer nachträglichen Änderung in den die Gebührenerleichterung begründenden Verhältnissen wird die entsprechende Ergänzungsgebühr eingehoben werden.

(2875, M. A. III, 7954/12.) Die Gemeinde Wien verkauft an Hans Flicker und Anton Schäftner und letztere kaufen von der Gemeinde Wien die im Grundbuche Floridsdorf unter Einl.-Z. 265 inneliegende, aus der Kat.-Parz. 112 im Katastralausmaße von 305·99 m² bestehende Mittelbaustelle an der Scheffelgasse im XXI. Bezirke, wie sie liegt und steht, um den Einheitspreis von 36 K per Quadratmeter = 129 K 60 h per Quadratklafter, somit um den Kaufschilling von zirka 11.015 K 64 h und unter folgenden Bedingungen:

1. Ein Drittel des Kaufschillings ist binnen 14 Tagen nach Verständigung der Käufer von der Annahme ihres Offertes fällig.

2. Der Kaufschillingsrest ist binnen Jahresfrist, vom Tage der termingemäßen Berichtigung der Anzahlung an gerechnet, zu bezahlen, von diesem Tage an zu 5¼ Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen und auf dem Kaufobjekte zugunsten der Gemeinde Wien an erster Stelle pfandrechtlich sicherzustellen.

3. Die Käufer übernehmen für sich und ihre Rechtsnachfolger die auf dem Kaufobjekte zugunsten der Gemeinde Wien an zweiter Stelle einzuverleibende Beschränkung, daß in dem auf dieser Baustelle aufzuführenden Hause mit Ausnahme des Parterres ausschließlich nur Kleinwohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche und höchstens Zimmer, Kammer und Küche, hergestellt werden.

4. Die Käufer übernehmen weiters die Verpflichtung, die Baustelle binnen längstens zwei Jahren nach Verständigung von der Annahme ihres Offertes mit einem Wohn- und Geschäftshause zu verbauen. Zur Sicherstellung der Erfüllung dieser Verbindlichkeit haben die Käufer noch vor Übergabe der Baustelle eine Kaution im Betrage von 2000 K zu erlegen.

Sie räumen der Gemeinde Wien ausdrücklich das Recht ein, diese Kaution zu realisieren und den Erlös ohne Anrufung des Gerichtes zu den eigenen Geldern einzubeziehen, falls bis zum Ablaufe dieser zweijährigen Frist nicht wenigstens ein erster Benützungskonsens für den Neubau erwirkt ist.

5. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung, sowie die mit der seinerzeitigen Pfandrechtslöschung verbundenen Kosten und Gebühren, endlich die hinsichtlich der Zinsen für den Kaufschillingsrest zur Vorschreibung gelangende Rentensteuer tragen die Käufer zur Gänze allein.

(An den Gemeinderat.)

(3255, M. A. X, 10149/12.) Die vom Magistrate vorgeschlagene Gräbereinteilung für den Groß-Jedlersdorfer Friedhof wird bewilligt.

(3200, M. A. III, 7339.) Das vorgelegte Projekt für die Herstellung einer Baumpflanzung in der Wagramerstraße im XXI. Bezirke zwischen der Steigenteschgasse und der Donaufelderstraße wird genehmigt und hiefür ein auf der Ausgabs-Rubrik XXIV 20 bedeckter Kostenbetrag von 10.500 K bewilligt.

Die Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie auszuführen.

Für die Bewässerung der Baumpflanzung während der Sommermonate wird die Entnahme einer täglichen Wassermenge von 64 hl aus den für Zwecke der Straßenbespritzung bereits aufgestellten Hydranten der Zweiten Hochquellenwasserleitung genehmigt.

Die Baumpflanzung ist von der Stadtgarten-Direktion zu erhalten.

(3196, M. A. XV, 3474.) Der mit den Bautischlerarbeiten für den Schulbau XXI., Schillgasse, betraute Karl Slawiček, XX., Rafaelgasse 16, wird über sein Ansuchen von diesen Arbeiten unter dem Vorbehalte enthoben, daß er allen der Gemeinde Wien durch die Nichterfüllung seiner Vertragspflichten erwachsenden Schaden zu ersetzen hat.

Die restlichen Bautischlerarbeiten für den Schulbau XXI., Schillgasse, werden an Adalbert Sikora, III., Schlachthausgasse 26, auf Grund seines Offertes vom 17. Februar 1913 mit 10 Prozent Aufzahlung übertragen.

Das Offert der Julie Slawiček wird abgelehnt.

(3379, M. A. III, 247.) Um die anstandslose Parzellierung eines Teiles der im Grundbuche Kagran unter Einl.-Z. 11 inneliegenden Kat.-Parz. 226 zu ermöglichen, überläßt die Gemeinde Wien den Eheleuten Franz und Barbara Neudorfer von der im Grundbuche Kagran unter Einl.-Z. 633 inneliegenden Kat.-Parz. 216/2 den im Plane I mit den Buchstaben d e f (d) umschriebenen Teil im Ausmaße von zirka 288·60 m² unter folgenden Bedingungen als reinen Bau- und Arrondierungsgrund:

1. Unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes widmet die Gemeinde Wien den mit den Buchstaben f e g h (f) umschriebenen Grund, das ist die Kat.-Parz. 144/61 und 1260/40, in Einl.-Z. 632 Kagran, und Teile der in der gleichen Einlage inneliegenden Kat.-Parz. 216/4 im Ausmaße von insgesamt zirka 514·57 m² als Straßengrund und überträgt diese Grundteile lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

2. Im Tauschwege übertragen die Eheleute Franz und Barbara Neudorfer die im Plane I mit den Buchstaben a' b' c' d' a' umschriebenen Teile der Kat.-Parz. 226 in Einl.-Z. 11 Kagran im Ausmaße von zirka 796·25 m² lastenfrei in das Privateigentum der Gemeinde Wien.

3. Franz und Barbara Neudorfer treten unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes die mit den Buchstaben e g i (e) umschriebenen Teile der Kat.-Parz. 226 in Einl.-Z. 11, Kat.-Parz. 1260/12 und 144/48, Einl.-Z. 669 Kagran unentgeltlich an die Gemeinde Wien als Straßengrund ab und übertragen diese Grundteile gebühren- und lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

4. Sie übernehmen die auf der Einl.-Z. 11, beziehungsweise auf den Einlagen der entstehenden Baustellen 1 bis 4 als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien einzuverleibende Verpflichtung, die den arrondierten Teil der Kat.-Parz. 226 Kagran umgebenden Straßenzüge bis zur Straßenachse auf ihre Kosten in die richtige Höhenlage zu bringen und die mit e g i (e) umschriebenen Grundteile der Gemeinde Wien über deren jeweiliges Verlangen in richtiger Höhenlage in den physischen Besitz und Genuß zu übergeben.

5. Eine Aufzahlung wird von keinem der beiden vertragschließenden Teile geleistet.

6. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Eheleute Franz und Barbara Neudorfer zur Gänze allein.

7. Durch das vorstehende Übereinkommen soll den von der Baubehörde anläßlich der Parzellierung des südlich der Linie c d liegenden Teiles der Kat.-Parz. 226 Kagran zu stellenden Bedingungen nicht vorgegriffen werden.

(3332, 3331, 3334, 3339, 3333, 3341, 3342, 3340, 3338, 3337, 3336, 3335, M. B. A. XXI, 5903, 6279, 4764, 4644, 4788, 4572, 4548, 4620, 4693, 4668, 4716, 4740.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 287 Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hermann** wird beschlossen:

(3111, M. A. XIV, 13001.) Die der Kommandit-Gesellschaft Joh. N. Bernay zu erteilende Planauswechslungsbewilligung für den Bau IX., Canisiusgasse 8/10, wird unter der Bedingung bestätigt, daß die Bauwerberin für sich und ihre Rechtsnachfolger sich verpflichtet, die in den Straßenkörper der Canisiusgasse eingebaute Rohrleitung für die Dachabfallwässer über jeweiligen Verlangen der Gemeinde Wien zu entfernen, den entsprechenden Zustand des Straßenkörpers (einschließlich der Trottoirergänzung) wieder herzustellen, für die Benützung des Straßengrundes einen jährlichen Anerkennungszins von 8 K vom Tage der ersten Benützungsbewilligung angefangen alljährlich im vorhinein bei der städtischen Hauptkassa zu entrichten und zur Sicherstellung dieser Verpflichtung einen einverleibungsfähigen Revers auf ihre Kosten vor Hinausgabe der Baubewilligung auszustellen, sowie die Einverleibungskosten zu tragen.

(3186, M. A. XIV, 1382.) In nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Statthalterei-Protokoll vom 20. Jänner 1913 samt zwei Plänen, betreffend Errichtung einer Garage für zwei Rettungsautomobile im k. u. k. Garnisonsspitale Nr. 1 im IX. Bezirke, Garnisongasse, zustimmend zur Kenntnis genommen.

(3101, M. A. XVI, 7648.) Die infolge des Durchbruches in die Waisenhausgasse nunmehr mit der Strudelhofgasse kommunizierende Versorgungshausgasse im IX. Bezirke wird als Verlängerung der letzteren gleichfalls mit dem Namen „Strudelhofgasse" bezeichnet. Die im Voranschlage bedeckten Kosten der Umbenennung und Ummumerierung in der Höhe von beiläufig 110 K trägt die Gemeinde Wien.

Die Umbenennung der Waisenhausgasse in „Boltzmanngasse" wird genehmigt.

(2984, M. A. XIV, 6412.) Über Ansuchen des Hugo Manhart und Dr. Wilh. Dub wird die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 723, 725, 727 des Grundbuches des IX. Bezirkes, Kat.-Parz. 1106/1, 1106/2, 1105/1, 1105/2, beziehungsweise

1104/1, 1104/2 auf drei Baustellen und den zum Straßenhof, beziehungsweise zur Porzellangasse abzutretenden Straßengrund nach Maßgabe der vorgelegten Pläne und im Sinne des Magistrats-Antrages als Parzellierung bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(3370, M. A. II, 1830.) Der Holzarbeiterswitwe Marie Pscheidt wird eine einmalige Unterstützung von 300 K bewilligt.

(3450, M. A. IX, 710.) Die Zahl der systemisierten Schlachthausdiener wird um vier Stellen, das ist von 55 auf 59 vermehrt. (An den Gemeinderat.)

(3366, M. A. II, 1112.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über das Ansuchen des Johann Exner, Straßenarbeiter, um Gnadengabe und beantragt:

Dem Genannten wird eine Gnadengabe von jährlich 492 K vom Tage der Einstellung des Krankengeldes bis Ende 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß wird weiters beschlossen:

(2833, M. D., 1717.) In das Urlaubsnormale (Normen für die Urlaube der städtischen Beamten und Diener sowie der sonstigen Angestellten der Gemeinde Wien), Gemeinderats-Beschluß vom 10. Juli 1896, ZZ. 3734 und 4824, wird an Stelle des Absatzes 7 im Punkte 2 folgende Bestimmung eingefügt:

Den Aspiranten, Praktikanten und dergleichen Angestellten wird nach vollstreckter einjähriger Dienstleistung jährlich ein Erholungsurlaub von 14 Tagen, den Diurnisten und Kanzlisten sowie den definitiv angestellten Dienern und den diesen gleichgestellten Bediensteten (neu) nach Maßgabe der Dienstzeit und Zulässigkeit des Dienstes jährlich ein Erholungsurlaub in dem nachstehenden Ausmaße erteilt:

Für eine Dienstzeit von 1 Jahr bis 5 Jahre 8 Urlaubstage,
über 5 Jahre bis 15 Jahre 14 Urlaubstage,
über 15 Jahre bis 25 Jahre 17 Urlaubstage und
über 25 Jahre 21 Urlaubstage.

(An den Gemeinderat.)

(19200/12, M. D., 514/11.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über die Bestimmungen über die Zeitbeförderung und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten sowie über die Anrechnung einer Quote der Steigerung auf die nächste Gehaltsstufe anläßlich der Versetzung eines städtischen Angestellten in den Ruhestand und beantragt:

Die Textierung des drittletzten Absatzes des § 2 der neuen Zeitbeförderungsbestimmungen wird in nachfolgenden Weise festgesetzt:

Für jene Praktikanten des Konkretualstatus, welche nicht mindestens 2 Jahre als Kanzleidiurnisten in Verwendung gestanden sind, beträgt die Zeitbeförderungsfrist 3 Jahre, für die Praktikanten der Buchhaltung, welche mindestens 1 Jahr als Buchhaltungsdiurnisten verwendet wurden, und für die Praktikanten im bau- und maschintechnischen Hilfsstatus, deren Anstellung eine zweijährige praktische Verwendung vorausgegangen ist, beträgt diese Frist 1 Jahr; für die Praktikanten im Wasserbezugsrevisorate wird die Frist mit 3 Jahren festgesetzt.

Der Wortlaut des § 13, Alinea a, zweiter Absatz der obgenannten Bestimmungen wird in nachstehender Weise festgesetzt:

Die Zeitbeförderungs-, Klassenvorrückungs- und Stufenvorrückungsfrist jedes einzelnen darf im allgemeinen nicht vor der seines unmittelbaren Vormannes ablaufen, wenn eine Ausnahme nicht in einem Mangel der Voraussetzungen für die Zeitbeförderung (Klassenvorrückung) oder in einem Disziplinar-Erkenntnisse begründet ist, beziehungsweise wenn der Lauf der Frist des Vormannes nicht durch eine militärische Präsenzdienstleistung oder durch einen Urlaub gegen Einstellung der Bezüge gehemmt war.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß wird weiters beschlossen:

(2355, St. G. W., 366.) Der Laternenwärter Johann Schuller wird in den dauernden Ruhestand versetzt und ihm der normalmäßige Ruhebezug in der Höhe von 36 Prozent seines zuletzt bezogenen Wochenlohnes per 26 K 50 h, d. i. 9 K 54 h pro Woche angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(2818, M. A. VII, 81.) Im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 6. Dezember 1912, P. Z. 17537/12, wird nachbenannten Kanalaufsehern I. Klasse das Definitivum verliehen:

Leopold Fuchs, Anton Groß, Rudolf Schmid, Heinrich Wagner, Ferdinand Kirchner, Franz Müller, Stephan Franner, Karl Weickel, Josef Rath, Rudolf Gilek.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(3318, M. A. VIII, 366.) Die Abgabe von 200 rm Schleifholz aus dem städtischen Forstreviere Kaiserbrunn an die Firma Schoeller & Komp. in Hirschwang, und zwar zum Preise von 9 K per Raummeter für Holz aus dem Wolfstale und von 8 K per Raummeter für jenes aus dem Weichtale wird genehmigt.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(3401, M. A. III, 71.) Die Gemeinde Wien noe. des Wiener Bürgerspitalfonds als Eigentümer des Fondsgutes Spitz a. d. Donau überläßt den Eheleuten Josef und Theresia Eimer die Kat.-Parz. 39/1 und 41, sowie einen Teil der Kat.-Parz. 40, sämtlich in der Katastralgemeinde Zeissing inneliegend in der Landt.-Nr. 587, welche Gründe die Pacht-Abteilung VI nächst dem Orte Zeissing bilden, im Gesamtausmaße von 11.453 m², wogegen die Genannten im Tauschwege an den Wiener Bürgerspitalfonds die Kat.-Parz. 229 und 244, Einl.-Z. 47 Grundbuch Zeissing im Gesamtausmaße von 23.694 m² übergeben.

Der Wiener Bürgerspitalfonds bezahlt nach Vertragsunterfertigung an die Eheleute Josef und Theresia Eimer einen Barbetrag von 100 K. Die vertragsschließenden Teile übernehmen keine Gewähr für ein bestimmtes Ausmaß der Tauschgrundstücke. Letztere sind gegenseitig satz- und lastenfrei zu übergeben. Die Kosten der

Vertragsausfertigung und grundbücherlichen Durchführung trägt der Wiener Bürgerspitalfonds.

Die Übertragungsgebühren trägt jeder Vertragsteil für die von ihm zu erwerbenden Gründe.

(3323, M. B. A. XX, 4943.) Dem Brigittenauer Kirchenverschönerungsverein wird die Benützung des Turnsaales der Mädchen-Bürgerschule XX., Jägerstraße 54, zur Abhaltung einer vom 2. März 1913, von 5 bis halb 9 Uhr abends stattfindenden Generalversammlung unter den üblichen Bedingungen bewilligt.

(3456, M. A. V, 422.) Ein Magistratsbericht über den Antrag des Gem.-Rates Neustadtl auf Herstellung einer Notbrücke beim Umbau der Aspernbrücke, nach welchem die Herstellung einer Notbrücke für Fußgeher beim Umbau der Aspernbrücke im Projekte bereits vorgesehen war, wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(3417, M. A. III, 4346.) In teilweiser Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 21. März 1902, Z. 3439, wird dem Verein zur Pflege des Jugendspieles in Wien der Jugendspielplatz IV., Alleegasse 11, zu Jugendspielen bereits vom 15. April jeden Jahres an überlassen und wird ferner dem genannten Verein neu bewilligt, daß die Schüler sich während des ganzen Jahres an schulfreien Nachmittagen in der Zeit von halb 1 bis 3 Uhr nachmittags auf dem Platze versammeln dürfen, um von dort aus Ausflüge zu machen.

Der Verein hat jedoch dafür zu sorgen, daß keine Beschädigung der Gartenanlagen verursacht wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(3308, M. A. VIII, 610.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend echs Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des X. Bezirkes, werden genehmigt.

(3422, M. B. A. X, 7497.) Ein Bericht des magistratischen Bezirksamtes X in Angelegenheit eines feuerpolizeilichen Auftrages an Anna und Pauline Balzer, Besitzerinnen der Liegenschaft X., Columbusplatz 7/8, wird zur Kenntnis genommen.

(2777, M. A. XIII, 9202.) **St.-R. Kleiner** referiert über die Besetzung von erledigten Freiplätzen an der k. k. Akademie für Musik der darstellenden Kunst und beantragt:

1. Den Schüler Alfons Haingel im Genusse seines Stiftplatzes zu belassen.

2. Unter Abweisung des Gesuches des Adolf Fembeck den an der Klosterneuburger Abteilung freien Platz als 21. (5. freien) an der Akademie in Wien zu besetzen.

3. Folgenden Bewerbern einen städtischen Freiplatz an der k. k. Akademie in Wien vom Studienjahre 1912/13 angefangen auf lehrplanmäßige Unterrichtsdauer zu verleihen:

Johann Will, Karl Winkler, Marie Czedron, Franz Jecha, Otto Bartos und Hermine Millian.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Baron** wird beschlossen:

(3368, M. A. XIV, 6721.) Über Ansuchen der Julie Wassermann wird die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 558 des Grundbuches Grinzing im XIX. Bezirke, Kat.-Parz. 410/1 und 410/2, auf acht Baustellen und drei Baustellenteile nach Maßgabe der vorgelegten Abteilungspläne als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-O., gemäß dem Magistrats-Antrage bewilligt.

(3416, M. A. III, 6427.) Das Projekt über die Herstellung einer Baumpflanzung in der Cottagegasse im XIX. Bezirke zwischen der Lannerstraße und der Hartäckerstraße auf Seite der geraden Orientierungsnummern wird genehmigt und für die Ausführung ein auf der Ausgabs-Rubrik XXIV 22 bedeckter Kostenbetrag von 4300 K bewilligt.

Die Arbeiten sind von der Stadtgarten-Direktion in eigener Regie durchzuführen.

Für die Bewässerung der Baumpflanzung wird die Entnahme einer täglichen Wassermenge von 24 hl während der Sommermonate aus den bereits stehenden Hydranten der Zweiten Hochquellenleitung genehmigt.

(3402, M. A. III, 1455/12.) Anläßlich der Parzellierung der im Grundbuche Unter-Döbling unter Einl.-Z. 5 inneliegenden Realität, welche gleichzeitig mit jener der Liegenschaft Einl.-Z 258 des gleichen Grundbuches durchzuführen ist, wird zwischen der Gemeinde Wien und den Eheleuten Karl Kalman und Anna Freund nachfolgendes Tauschgeschäft geschlossen:

I. Die Eheleute Karl Kalmann und Anna Freund überlassen der Gemeinde Wien lastenfrei als Eigentum die im Parzellierungsplane des Zivil-Ingenieurs Theodor Kwapil vom Februar 1912, G. Z. 530, welcher zur Bauamts-Zahl XIV, 825/12 in der Amtshandlung des Stadtbauamtes gestanden ist, als provisorische Kat.-Parz. 388/9, 388/10 und 388/11 bezeichneten Teile ihrer Liegenschaft Einl.-Z. 5 Unter-Döbling im Ausmaße von zusammen 851·86 m².

II. Sie übertragen ferner die im genannten Plane gelb lasierten und rot schraffierten, als provisorische Kat.-Parz. 388/12, und 388/13 bezeichneten reservierten Straßengründe im Ausmaße von insgesamt 80·21 m² lastenfrei in das Privateigentum der Gemeinde Wien.

III. Sie übertragen die im genannten Plane gelb lasierten und als provisorische Kat.-Parz. 388/14, 388/15, 388/16 und 388/17 bezeichneten Teilen ihrer Liegenschaft im Ausmaße von insgesamt 632·55 m² unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des Tauschgeschäftes zur Eröffnung der Hungerberggasse, der verlängerten Paradiesgasse und der verlängerten Zehenthofgasse, sowie zur Verbreiterung der Iglaseegasse unentgeltlich, gebühren- und lastenfrei als Straßengrund in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

IV. Die Gemeinde Wien überläßt den Genannten im Tauschwege die im mehrfach erwähnten Plane als provisorische Kat.-Parz. 390/3, 390/4 und 390/5 bezeichneten Teile der Liegenschaft Ein.-Z. 258 Unter-Döbling im Ausmaße von insgesamt 227·58 m² als Arrondierungsgrund lastenfrei zu Eigentum.

V. Ferner widmet die Gemeinde Wien die in diesem Plane als provisorische Kat.-Parz. 390/14 bezeichneten Teil und den mit den Buchstaben o n t n^2 o^2 p^2 d^1 z^2 c^1 b^1 m^2 f^2 z o umschriebenen Teil der Liegenschaft Einl.-Z. 258 Unter-Döbling im Ausmaße von insgesamt zirka 1150 m² als Straßengrund und über-

trägt diese Grundteile unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Tauschgeschäftes lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

VI. Die Eheleute Karl Kalman und Anna Freund übernehmen die auf den Einlagen der Baustellen 1 bis 7 je als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien einzuverleibende Verpflichtung, die in den Plänen als provisorische Kat.-Parz. 388/15, 388/16, 388/17 bezeichneten Grundteile und die nach Punkt V von der Gemeinde Wien in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes abzuschreibenden Grundflächen auf ihre Kosten in die richtige Höhenlage zu bringen und diese Straßengründe, soweit sie derzeit zum Gutsbestande der Einl.-Z. 5 Unter-Döbling gehören, der Gemeinde Wien auf deren jeweiliges Verlangen in richtiger Höhenlage in den physischen Besitz und Genuß zu übergeben.

VII. Die Eheleute Karl Kalman und Anna Freund leisten an die Gemeinde Wien binnen 14 Tagen nach Verständigung von der Annahme ihres Antrages durch den Wiener Gemeinderat eine Baraufzahlung im Pauschalbetrage von 7800 K.

VIII. Die zur Vorschreibung gelangende Übertragungsgebühr tragen beide Vertragsparteien je zur Hälfte.

IX. Alle übrigen mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Eheleute Karl Kalman und Anna Freund zur Gänze allein.

X. Für Erker bei den auf den Baustellen 1 bis 6 aufzuführenden Gebäuden, sofern dieselben die baubehördliche Genehmigung erhalten, wird die Gemeinde Wien für eine Gesamtausladefläche von höchstens 10 m² nicht mehr als 25 K per Quadratmeter der Ausladefläche begehren.

XI. Den anläßlich der Parzellierung der Liegenschaften Ein.-Z. 5 Unter-Döbling von der Baubehörde zu stellenden Bedingungen soll durch vorstehendes Übereinkommen nicht vorgegriffen werden.

(3453, M. A. XIV, 1408.) Die schief gegenüber dem Hause Or.-Nr. 25 Kaasgrabengasse abzweigende, zirka 90 m lange, 12 m breite neue Gasse 9, umfassend die Parzelle 450/27, Katastralgemeinde Grinzing, wird nach dem dem Ende der Achtzigerjahre des XVII. Jahrhunderts verstorbenen Wiener Topographen Daniel Suttinger mit den Namen „Suttingergasse" bezeichnet.

(3455, M. A. XVI, 592.) Die unbenannte, bei Or.-Nr. 74, Weinberggasse im XIX. Bezirke abzweigende, zirka 120 m lange, 15·17 m breite Seitengasse, bestehend aus den Parzellen 511/12, 511/13 und 510 Unter-Sievering, wird nach dem am 7. Dezember 1907 verstorbenen Wiener Maler und Professor an der Akademie der bildenden Künste August Eisenmenger mit dem Namen „Eisenmengergasse" bezeichnet.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hörmann** wird beschlossen:

(3514, M. A. XV, 3671.) Der Schlossermeister Wilhelm Scheibenreich jun. wird von der Verpflichtung zur Herstellung der noch aushaftenden Schlosserarbeiten für den Schulbau III., Petrusgasse enthoben und dieselben dem Schlossermeister Matthias Siroky, III., Landstraßer Hauptstraße 155 gegen einen Nachlaß von 11 Prozent von den Kostenanschlagspreisen übertragen.

(3511, M. A. VII, 88.) Der im Straßenkörper der Blattgasse im III. Bezirke vor den Häusern Or.-Nr. 11, 13 und 15 verlaufende, in den städtischen Hauptunratskanal der Kegelgasse eingemündete Privatkanal wird in das Eigentum der Gemeinde Wien übernommen.

Die in der Verhandlungsschrift vom 15. Februar 1913, M. Abt. VII, 88, vorgeschlagenen Herstellungen an diesem Kanale im Gesamtbetrage von 200 K werden genehmigt.

Das Anbot der Eigentümer obiger Häuser auf eine freiwillige Beitragsleistung von 100 K zu diesen Kosten wird angenommen.

(3380, M. A. III, 8585/12.) I. Zwischen der Gemeinde Wien einerseits, Josefine Sorger und Marie Pernitsch anderseits wird nachstehendes Übereinkommen getroffen:

1. Die Gemeinde Wien überträgt an Josefine Sorger und Marie Pernitsch, zum Zwecke der Arrondierung ihrer, aus den Kat.-Parz. 2153/1 und 2153/2 bestehenden Liegenschaft, Einl.-Z. 266 Grundbuch Landstraße im III. Bezirke an der Dietrichgasse den im Plane des Stadtbauamtes vom Juni 1912, Fach-Abteilung XIV, Z. 1244/12, mit den Buchstaben e f g (e) umschriebenen Teile der Kat.-Parz. 2152, Einl.-Z. 265 Grundbuch Landstraße im Ausmaße von rund 5 m².

2. Die Gemeinde Wien überträgt den mit den Buchstaben a b c e g i (a) desselben Planes umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 2152, Einl.-Z. 265 Grundbuch Landstraße im Ausmaße von rund 200 m² lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

3. Josefine Sorger und Marie Pernitsch übertragen gleichzeitig den mit den Buchstaben c d e (c) umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 2153/1 und 2153/2, Einl.-Z. 266 Grundbuch Landstraße im Ausmaße von zirka 60 m², welche nach den genehmigten Baulinien zur Drorygasse und eventuell auf Grund des Spezialbaulinienplanes zur Dietrichgasse entfällt, lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes, verpflichten sich zur Herstellung des richtigen Niveaus auf den von ihnen abzutretenden, sowie auf den von der Gemeinde ins öffentliche Gut zu übertragenden Straßengrundflächen binnen sechs Wochen von der jeweiligen Aufforderung der Gemeinde an gerechnet, auf ihre Kosten und geben ihre Zustimmung, daß diese Verpflichtung auf der Liegenschaft Einl.-Z. 266 Grundbuch Landstraße als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich einverleibt werde.

4. Josefine Sorger überträgt an die Gemeinde Wien die ihr gehörigen, im Plane III des Stadtbauamtes vom Juni 1912, Fach-Abteilung XIV, Z. 1244/12 rot umränderten Baustellenfragmente, und zwar die mit den Buchstaben a b c (a) umschriebene Kat.-Parz. 2294/4, Einl.-Z. 3183 Grundbuch Landstraße, im Ausmaße von rund 219·44 m² und die mit den Buchstaben d e h (d) umschriebene Kat.-Parz. 2203/8, Einl.-Z. 3184 Grundbuch Landstraße im Ausmaße von rund 35·83 m² an der alten Dietrichgasse, wie sie liegen und stehen, lasten- und bestandfrei, mit Ausnahme der auf Grund des Magistrats-Erlasses vom 20. April 1904, M. Abt. XIV, 7338, zugunsten der Gemeinde Wien einverleibten Lasten.

5. Josefine Sorger verpflichtet sich, binnen acht Tagen nach erfolgter Verständigung von der Annahme ihres Offertes auf ihre Kosten die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung auf den Liegenschaften Einl.-Z. 3183 und 3184 Grundbuch Landstraße zu erwirken.

6. Nach gegenseitiger Übergabe und Übernahme der Tauschgründe in den physischen Besitz ist von der Gemeinde Wien ein Barbetrag von 8500 K zu bezahlen.

7. Die Kosten dieses Rechtsgeschäftes, sowie dessen grundbücherliche Durchführung, ferner die Übertragungsgebühren tragen beide Vertragsteile je zur Hälfte.

II. Die Kosten der Aufzahlung zuzüglich der Übertragungsgebühr werden auf die Deckung bietende Ausgabs-Rubrik XII 13 (Gruppe III) verwiesen.

(3421, M. B. A. III, 74729/12.) Auf die Einwendungen des Josef Halbritter gegen die Aufrechnung von 12 K 19 h für Wassermesserreparatur wird nicht eingegangen.

(3471, M. A. XV, 891.) Die Vornahme der in der beiliegenden Aufnahmeschrift vom 12. Februar 1913, M. Abt. XV, Z. 891, genannten Ferialherstellungen im Schulgebäude III., Erdbergstraße 96, mit dem Kostenbetrage von 4540 K wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(3525, M. A. II, 1827.) Der Genossenschaft der Zimmer- und Dekorationsmaler wird ein Betrag von 60 K für Schulpreise bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(3516, M. A. XV, 12032/12.) Der Einrichtung einer Beheizung der Gänge und des Stiegenhauses im Gebäude der Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII., Scheibenbergstraße 63, durch Aufstellung eines Heizkörpers im Parterre des Stiegenhauses wird zugestimmt.

Die hiefür erforderlichen Kosten im Betrage von 800 K werden genehmigt und sind die einschlägigen Arbeiten von der Firma H. Heim, welche die Zentral-Heizungsanlage im obigen Schulgebäude eingerichtet hat, auf Grund des von derselben vorgelegten Kostenanschlages auszuführen, wobei bedungen wird, daß die Firma für diese Arbeiten durch zwei Heizperioden zu haften hat.

(3527, M. A. XV, 10078/12.) Von einem Rekurse gegen die Entscheidung des k. k. n.-ö. Landesschulrates vom 30. September 1912, Z. 2661/7/II, betreffend die Altersversorgung der Handarbeitslehrerin Wilhelmine Pellech, wird aus Billigkeitsrücksichten Umgang genommen.

(3403, M. A. III, 2064/12.) Das Anbot der Erben nach Anton Besser, der Gemeinde Wien den zur Straßenverbreiterung in der Gersthoferstraße erforderlichen Grund, im bauämtlichen Plane vom April 1912, Z. 891, mit h i k l m n h bezeichnet, ferner die Kat.-Parz. 602/1, 603/3, Einl.-Z. 781 Grundbuch Währing und Kat.-Parz. 608, 606/1, Einl.-Z. 782 Grundbuch Währing in das Eigentum der Gemeinde Wien zu übertragen, wogegen die Gemeinde die im bauämtlichen Plane mit c d f g c umschriebene Fläche, inneliegend in den Einl.-Z. 2167 und 2126 Grundbuch Währing in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu übertragen, an die Erben eine Aufzahlung von 30.000 K zu leisten und die übrigen, mit Protokoll vom 22. Jänner 1913 vorgeschlagenen Bedingungen zu erfüllen hätte, wird wegen der zu hohen Aufzahlungsforderung abgelehnt.

Den Erben ist jedoch mitzuteilen, daß der Stadtrat bereit ist, ihr Ausgleichsanbot unter Zugrundelegung einer seitens der Gemeinde zu leistende Aufzahlung von 25.000 K und unter den vereinbarten, beziehungsweise vom Magistrate noch zu formulierenden Bedingungen dem Gemeinderate zur Annahme vorzuschlagen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Tomola werden für die ausgeschriebenen Stellen eines katholischen Religionslehrers an Mädchen-Bürgerschulen ernannt (präsentiert):

(3356, B. Sch. R., 19760/12.) Karl Truchlasch, XV., Zinckgasse 12/14;

(3358, B. Sch. R., 19512/12) Adolf Stümpfler, XVIII., Anastasius Grün-Gasse 10;

(3357, B. Sch. R., 19952/12) Heinrich Roltsch, XX., Jägerstraße 54. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(3190, M. A. VIII, 3702/12.) Für das Haus VII., Halbgasse 8, Einl.-Z. 270, wird mit Rücksicht auf die in diesem Hause befindliche Kleinkinderbewahranstalt gegen jederzeitigen Widerruf der unentgeltliche Bezug von täglich 5 hl Hochquellenwasser bewilligt.

(3469, M. A. X, 3438.) Das Anbot der Firma Kruger & Komp. auf Ankauf der Realität VII., Schottenfeldgasse 60, für Schulbauzwecke wird abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wessely** wird beschlossen:

(3418, M. A. VI, 4909.) Die Lieferung von neuen und die Wiederbeborstung der abgenutzten Piassavabürsten für die städtischen, Kehrmaschinen wird für die Vertragsperiode 1913 bis 1915 in folgender Weise neu vergeben:

Auf Grund der vorgelegten Offerte und der Nachtragserklärung hiezu erhält J. Tauber & S. 30, Rud. Wieraky 20 Marie Djörup 20, Felix Percy 20, J. Leutner's Witwe 18, Firma E. F. Teich 18, Karl Weingärtner 9, Eduard Groß 6 und Johann Riegerl sechs Stück Kehrmaschinen zugewiesen.

(3449, M. A. X, 839.) Der Berufung des Gedärmereinigers Karl Plaine wider die Entscheidung des Wiener Magistrates, M. Abt IV, Z. 6229, vom 28. Jänner 1913, mit welcher dessen Ansuchen um die Bewilligung zum Eintritte in das Schlachthaus St. Marx behufs Einkaufes von Gedärmen abschlägig beschieden wurde, wird keine Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(3372, M. A. XII, 41601/12.) Die Gemeinde Wien kauft die dem Aristodemo Silvestrucci & Komp. gehörigen Kat.-Parz. 2523/2, Grundb.-Einl.-Z. 4057, und Kat.-Parz. 2524/1, Grundb.-Einl.-Z. 4195 Grundbuch Rovigno, im Ausmaße von zusammen 5620 m², lastenfrei um den Betrag von 30.000 K.

Von dem Kaufschilling ist der Betrag von 25.000 K sofort nach Abschluß des Kaufvertrages, der Rest per 5000 K erst dann fällig, wenn die auf der Kat.-Parz. 2523/2 derzeit stehende Fabriksanlage auf Kosten der Verkäufer demoliert und das hiebei gewonnene Materiale abgeräumt ist.

Diese Demolierung und Räumung hat längstens binnen einem Jahre zu erfolgen, widrigenfalls dieselbe auf Kosten und Gefahr der Verkäufer durch die Gemeinde Wien vorgenommen wird.

Die Vermögensübertragungsgebühren und die Kosten des Rechtsgeschäftes übernimmt die Gemeinde Wien zur Zahlung.

Die Auslagen im beiläufigen Betrage von 35.000 K sind auf das Investitions-Anlehen vom Jahre 1908 zu verweisen und auf der neu zu eröffnenden Ausgabs-Rubrik XXXVII 31½ „Ankauf von Gründen für das Seehospiz in San Pelagio" zu verrechnen.

(An den Gemeinderat.)

(3465, M. A. XI b, 2029.) St.-R. Dr. Haas referiert über die Aufstellung einer Döcker'schen Baracke als provisorisches Isolierhaus im städtischen Versorgungshause in Liesing und beantragt die Genehmigung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragt die Ablehnung.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(1458, M. A. XII, 13526.) St.-R. Dr. Haas referiert über das Anbot des Vereines zur Bekämpfung der Tuberkulose in Steiermark, der Gemeinde Wien im Kinderheime Schloß Grafenegg bei Liezen 15 bis 17 Plätze für nicht tuberkulose, aber lungengefährdete Kinder zur Verfügung zu stellen (gegen Tragung der Hälfte der Verpflegskosten, d. i. 1 K 40 h per Kopf) und beantragt, auf das Anbot einzugehen.

St.-R. Knoll beantragt, mit Rücksicht auf die Anstalten der Gemeinde Wien in San Pelagio und Sulzbach, die den Anforderungen entsprechen, auf das Anbot nicht einzugehen.

Referenten-Antrag abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(3591.) Ein Empfang des XI. Deutsch-österreichischen Mittelschultages in Wien im Monate März 1913 wird prinzipiell genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(3457, M. A. X, 9996.) Auf dem Zentral-Friedhofe ist eine Gruppe von Ehrengräbern für solche Personen zu reservieren, die zugunsten der Gemeinde Wien für wohltätige Zwecke oder im Interesse der Allgemeinheit letztwillige Verfügungen getroffen haben.

Laut Vorschlages der Friedhofsverwaltung wird hiefür die Gruppe 44 a in Aussicht genommen.

(10116/12, M. A. II, 1755.) Dem Österreichischen Bühnenverein wird eine einmalige Subvention von 1000 K für den Hausbau bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(3520, M. A. IV, 877.) Die Aufstellung einer Korksteinwand im Eckzimmer der Offizierswohnung Nr. 3 im Gebäude der Feuerwehr-Zentrale I., Am Hof 9, wird mit dem Kostenerfordernisse von 330 K genehmigt.

Für diese bauliche Herstellung wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung die Baubewilligung erteilt.

(3540, M. A. IV, 987.) Dem Feuerwehrkutscher Franz Neumann wird zur Verteidigung gegen die Anklage auf Grund des § 431 Strafgesetz, wegen des am 13. Dezember 1912 erfolgten Zusammenstosses eines Feuerwehr-Wirtschaftswagens mit einem Automobile ein Vertreter bestellt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Kleiner** wird beschlossen:

(3513, M. A. XV, 3761.) Die unentgeltliche Mitbenützung des Lehrzimmers top. Nr. 99 in der Knaben-Volksschule VI., Rahlgasse 2, durch den Ersten Blinden-Unterstützungsverein für Niederösterreich zum Zwecke der Abhaltung einer Vorlesung der Schriftstellerin Lia Burkhardt für die blinden Mitglieder des Vereines am 2. März 1913, Sonntag nachmittags von 4 bis 6 Uhr, wird unter der Bedingung genehmigt, daß die Kosten der Beleuchtung und Beheizung ersetzt werden und der Schuldiener angemessen entlohnt wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(3454, M. A. XVI, 15492/12.) Der bei der Parz. 244 nächst der Kühgasse in Kaiser-Erbersdorf im XI. Bezirke in Wien beginnende, bis zur Hörtengasse reichende, zirka 5 m breite, zirka 390 m lange, in der Richtung der Klebindergasse liegende Fahrweg, Parz. 1943, Eigentum der Gemeinde Wien, wird nach der obenbezeichneten Gasse mit dem Namen „Klebinderweg" benannt. Zur Kennzeichnung dieser Kommunikation als einer nicht baulinienmäßigen Gasse ist die Wegaufschriftstafel mit der Fußnote zu versehen: „Feldweg in unparzelliertem Gebiete."

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(3199, M. A. III, 7809.) Das anläßlich der Ausgestaltung der Baumpflanzung in der Gersthoferstraße im XVIII. Bezirke aufgelaufene bedeckte Mehrerfordernis von 763 K 67 h wird nachträglich genehmigt.

(3445, M. A. XII, 36186/12.) Den Waisenrätinnen des XVIII. Bezirkes Franziska Denk, Karoline Kolacik und Josefine Kurzbauer wird ein Diplom verliehen.

(3473, M. A. XIV, 41.) Über Ansuchen des Edmund und der Karoline Schuh wird die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 1112 Grundbuch Pötzleinsdorf, an der Hockegasse im XVIII. Bezirke, Kat.-Parz. 554/74, nach Maßgabe des Abteilungsplanes auf zwei Baustellen als Unterabteilung nach § 3 b Wr. B.-O. im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt.

(3329, M. B. A. XVIII, 118/III.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend zehn Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(3256, M. A. X, 10099/12.) Dem Ansuchen der Anna Grünas um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das Einzelngrab Gruppe C, Reihe 37, Nummer 358 im Pötzleinsdorfer Friedhofe wird im Sinne des Magistrats-Antrages Folge gegeben. (Angenommen.)

(2922, M. A. X, 2200.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das neuerliche Ansuchen des Steinmetzmeisters Franz Petrik, XVII., Richthausenstraße, Bahnviadukt, um mietweise Überlassung des zwischen dem Hernalser Friedhofe und der Bahnstraße der Vorortelinie gelegenen Gemeindegrundes, und beantragt, dem Ansuchen keine Folge zu geben und den Gesuchsteller anzuweisen, bis längstens 1. März 1913 den bereits in Benützung genommenen Grundteil bis dahin endgültig zu räumen und im früheren Zustande der

Gemeinde wieder zurückzustellen, widrigenfalls die Gemeinde gegen ihn den Rechtsweg betreten wird.

St.-R. Rain beantragt die mietweise Überlassung an Petrik gegen vierteljährige Kündigung im Sinne des Magistrats-Antrages vom 21. August 1912.

Antrag Rain angenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Sebastian Grünbeck wird beschlossen:

(3519, M. A. XVI, 13666/12.) Die zwischen der Hernalser Hauptstraße und der Richthausenstraße, oberhalb des Bahndammes der Vorortelinie der Stadtbahn gelegene, 12 m breite, ungefähr 185 m lange unbenannte Gasse im XVII. Bezirke in Wien, umfassend die Parz. 535/37, 535/53, 535/2, 535/54, 535/40 und 529/13 öffentliches Gut der Katastralgemeinde Hernals wird nach dem im Oktober 1852 verstorbenen Wiener Choristen und Schriftsteller Franz Gräffer, dem Verfasser der österreichischen National-Enzyklopädie, mit dem Namen „Gräffergasse" bezeichnet.

Die zwischen der Hernalser Hauptstraße und der Richthausenstraße unterhalb des Bahndammes der Vorortelinie der Stadtbahn gelegene, 12 m breite, ungefähr 280 m lange unbenannte Gasse, enthaltend die Parz. 535/39, 535/10, 535/78, 532/18 und 529/11 öffentliches Gut der Katastralgemeinde Hernals, wird nach dem am 24. Oktober 1799 verstorbenen Komponisten Karl Ditters v. Dittersdorf, dem Schöpfer einer Anzahl von Oratorien, Operetten, Singspielen, Messen, Kantaten ꝛc. mit dem Namen „Dittersdorfgasse" benannt.

(3245, M. B. A. XVII, 12431/12.) Der Magistrats-Antrag, betreffend ein Gesuch um Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in einem Hause des XVII. Bezirkes, wird genehmigt.

(2796, M. B. A. XVII, 53684/12.) Dem Ansuchen des Alois Gobitschek, Fiakers, XVII., Wurlitzergasse 90, um Nachsicht des Lizenzgebührenrückstandes von 119 K wird Folge gegeben und der Rückstand in Abfall gebracht.

(3427, M. B. A. XVII, 3098.) Der Pachtzinsrückstand der Anna Hummel für gepachtete Gründe im XVII. und XVIII. Bezirke per 240 K wird gnadenweise auf die Hälfte herabgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(3254, M. A. X, 11033.) Es werden folgende Stellen im Stande des ständigen Friedhofspersonales für den Hütteldorfer Friedhof systemisiert:

1. Ein Friedhofsgärtner mit 1800 K Jahresgehalt, 700 K Quartiergeld, beziehungsweise Naturalwohnung im Friedhofe, und 25 Prozent Quartiergeldquote.

2. Ein Gehilfe I. Klasse mit einem Wochenlohne von 22 K, einem wöchentlichen Wohnungsbeitrage von 6 K und Montur nach Kategorie III.

3. Ein Gehilfe II. Klasse mit einem Wochenlohn von 20 K, einem wöchentlichen Wohnungsbeitrage von 6 K und Montur nach Gruppe IV. (An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird beschlossen:

(3399, M. A. VIII, 3912/12.) Für Adaptierungen in der Dampfbad-Abteilung im städtischen Dampf-, Wannen- und Brause, bade im XXI. Bezirke, Kretzgasse 5, werden nach dem vorgelegten Kostenanschlage 6700 K bewilligt.

(3467, M. A. III, 7075.) Von der Herstellung einer Baumpflanzung in der Jedleseerstraße im XXI. Bezirke ist dermalen abzusehen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Mataja** wird beschlossen:

(3114, M. A. XXII, 582.) Ein Magistratsbericht, nach welchem der k. k. Verwaltungsgerichtshof mit Entscheidung vom 29. Jänner 1913, Z. 847, die Beschwerde des Gem.-Rates Schuhmeier gegen den Beschluß des Gemeinderates vom 9. Juli 1912, P. Z. 11900, betreffend die Zuwendung einer Subvention an das Zentral-Komitee des XXIII. Internationalen Eucharistischen Kongresses in Wien und Bewilligung der Kosten für die Ausschmückung der Straßen als unbegründet abgewiesen hat, wird zur Kenntnis genommen. (An den Gemeinderat.)

(3317, M. A. VIII, 2968/12.) Anläßlich der Wasserleitungsrohrlegung im XX. Bezirke, Handelskai, wird die Ausstellung eines Reverses für die k. k. Nordbahn-Direktion nach dem vorgelegten Entwurfe genehmigt.

(3343, St. E. W., 348.) Es wird genehmigt, daß aus Anlaß der Benützung der Bahngrundparzelle 1058/1 bei Verlegung eines Gleichstromkabels zum Anschlusse des vom k. k. Montanverkaufsamte am Kaiser Franz Josef-Bahnhofe gemieteten Magazins durch die zur Augasse parallele Zufahrtsstraße der von der k. k. Staatsbahn-Direktion im Entwurfe übermittelte Revers ausgestellt werde.

(3463, M. A. XXII, 664.) Die Entscheidung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 11. Februar 1913, Z. III-316/35, betreffend die Aufbringung der Hand- und Zugskosten für verschiedene Bauherstellungen an der Pfarrkirche und am Pfarrhofe St. Oswald in Altmannsdorf, XII. Bezirk, wird zur Kenntnis genommen.

(3398, M. A. VIII, 439.) Das Ansuchen des k. k. Notars Dr. Edmund Kosch, Liesing, um Ausstellung einer Löschungserklärung nach dem vom Magistrate vorgelegten Entwurfe, betreffend die Kat.-Parz. 361/12 Grundbuch Liesing, wird bewilligt.

Die Kosten der Ausstellung und grundbücherlichen Durchführung hat der Gesuchsteller zu tragen.

(3374, M. A. XI, 12131/12.) Ein Magistratsbericht, betreffend die Verlassenschaft des Robert Glaser, wird zur Kenntnis genommen und ein Advokat mit der Vertretung der Gemeinde Wien betraut.

(2816, M. A. XIX, 120.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit Note der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk vom 31. Dezember 1912, Z. II a B 741, mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Proschwitzer Feintuch- und Modewarenfabrik Kopetzky & Söhne, Aktiengesellschaft in Wien, für die Jahre 1912 und 1913 wird Umgang genommen.

(2876, M. A. I, 1103.) Über Ansuchen des Eigentümers der Liegenschaft Einl.-Z. 2172 des Grundbuches Währing wird

die Ausstellung einer Löschungserklärung bezüglich der auf dieser Liegenschaft unter C, Post 2 einverleibten Kautionshypothek bis zum Höchstbetrage von 12.500 K gegen vorherigen kautionsweisen Erlag von 160 Stück österreichischen Kronenrenten und die Verpflichtung des Gesuchstellers bewilligt, die Kaution zu ergänzen, falls der Gesamtkurswert unter 12.500 K sinken sollte.

(3043, M. A. XIX, 226.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit Note der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk vom 17. Jänner 1913, Z. II a 13/784, mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Aktiengesellschaft in Wien Fattinger & Komp. pro 1911 wird Umgang genommen.

(2873, M. A. XIX, 167.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit Note der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk vom 3. Jänner 1913, Z. II a 13/453, mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der österreichischen Aktiengesellschaft für Zelluloidfabrikation pro 1912 wird Umgang genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schreiner** wird beschlossen:

(3458, M. A. X, 9311.) Die Lieferung der im Jahre 1913 erforderlichen Mistbeetfenster und Mistbeetkästen für die Friedhofsgärtnereien wird der Firma Franz Flir vormals J. Seethaler gegen einen Nachlaß von 13 Prozent übertragen.

(3118, M. A. XXII, 2516.) Die Beteiligung der Gemeinde Wien an der vom 3. bis 8. Mai 1913 in den Räumen der Gartenbaugesellschaft in Wien stattfindenden Frühjahrs-Blumenausstellung, und zwar in der Abteilung „Flora der Gärten Wiens" wird genehmigt.

Zur Wartung, Pflege und Aufsicht ist das nötige Personale von der städtischen Garten-Direktion beizustellen.

(3466, M. A. III, 8288.) Die Gemeinde Wien übertägt den in der bauämtlichen Planskizze, D. Z. 665/4, dunkelrot lasierten, mit den Buchstaben a b c (a) umschriebenen, in die Sorbaitgasse fallenden Teil der Kat.-Parz. 352/1, Einl.-Z. 405 Grundbuch Fünfhaus, im Ausmaße von zirka 6·51 m² in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

Andreas Dittrich als Eigentümer der Liegenschaft Einl.-Z. 803 Grundbuch Fünfhaus, bezahlt eine Entschädigung von 360 K binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes an die städtische Hauptkassa.

Die Gemeinde Wien entbindet Andreas Dittrich von der Verpflichtung zur Herstellung der richtigen Höhenlage auf obiger Grundfläche und führt diese Herstellung seinerzeit auf eigene Rechnung aus.

Die Gemeinde Wien gibt die Zustimmung zur Löschung der auf Einl.-Z. 803 Grundbuch Fünfhaus, zugunsten der Gemeinde Wien einverleibten Reallast, zur Erwerbung und unentgeltlichen, lastenfreien Abschreibung als Straßengrund und zur Niveauherstellung der ob erwähnten Teilgrundfläche der Kat.-Parz. 352, Einl.-Z. 405 Grundbuch Fünfhaus.

Die Gemeinde Wien gibt endlich die Zustimmung zur Ausfolgung der von dem Käufer seinerzeit erlegten Kaution von 1000 K nach grundbücherlicher Durchführung dieses Übereinkommens.

Die Kosten des Vertrages, der Plananfertigung der grundbücherlichen Durchführung, sowie sämtliche mit diesem Rechtsgeschäft überhaupt verbundenen Kosten und Gebühren trägt Andreas Dittrich.

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom **24. Jänner 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Anton Baumann.**

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Hans Dietl.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten am 20. Dezember 1912 stattgefundenen öffentlichen Sitzung wird genehmigt.

Einlauf.

(230.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, Z. 8718/12, worin in Beantwortung einer vom B.-R. Alois Auinger in der Sitzung vom 20. Dezember 1912 gestellten Anfrage mitgeteilt wird, daß die Herstellung einer Baumpflanzung in der Scheibenbergstraße den gepflogenen Erhebungen zufolge nicht möglich ist.

Zur Kenntnis.

(4202.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, Z. 8717/12, worin in Erledigung eines Antrages der Bezirksvertretung mitgeteilt wird, daß die Aufstellung der gewünschten Baumschützer für die Bäume in der Bastiengasse gegenüber der Kirche bereits veranlaßt wurde.

Zur Kenntnis.

(158.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. 6020/12, worin mitgeteilt wird, daß der Antrag der Bezirksvertretung, betreffend die Besserung der Telephonverhältnisse in Währing, von der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion mit folgendem Schreiben beantwortet wurde:

Der Ausbau des Wiener Telephonnetzes erfolgt nach einem vom k. k. Handelsministerium genehmigten Generalprojekte, das in einzelnen Bezirken bereits durchgeführt ist, in anderen sich in Durchführung befindet. Nach diesem Projekte ist die Errichtung einer Telephon-Nebenzentrale für den Bezirk Währing nicht in Aussicht genommen.

Die Abonnenten dieses Bezirkes werden vielmehr an die neu zu schaffenden Zentralen IX., Hebragasse und XIX., Würthgasse angeschlossen werden. Da indes die Errichtung der Zentrale in der Hebragasse erst zu einem späteren Zeitpunkte erfolgen soll, wird schon gegen Ende des ersten Halbjahres 1913 in der Kinderspitalgasse 11 eine Verteilerstation errichtet werden, durch die es möglich sein wird, angemeldete Anschlüsse jenes Teiles von Währing, der

an Hernals anschließt und durch die Währinger-, Gersthofer- und Pötzleinsdorferstraße begrenzt wird, zu dem obigen Zeitpunkte herzustellen. Die angemeldeten Anschlüsse des westlichen Teiles von Währing werden erst nach Fertigstellung der Zentrale im XIX. Bezirke, das ist im Jahre 1914 errichtet werden können.

Zur Kenntnis.

(9.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII a, Z. 3778/12, betreffend die Mitteilung von der provisorischen Überstellung der Einspänner-Lizenz Nr. 1032 auf den Einspännerstandplatz, Gymnasiumstraße 40, auf die Dauer der Demolierung, beziehungsweise der Bauarbeiten an dem zwischen der Wallnerstraße, Regierungsgasse und Herrengasse gelegenen Häuserblocke.

Zur Kenntnis.

(19.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII, Z. 4127/12, worin mitgeteilt wird, daß mit Rücksicht auf den neuerlichen Antrag der Bezirksvertretung auf Vergrößerung des Parteienraumes im k. k. Postamte Wien 113 abermals eine bezügliche Eingabe an die k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Österreich unter der Enns gerichtet wurde.

Zur Kenntnis.

(4267.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII, Z. 4097, worin mit Bezugnahme auf die in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 20. Dezember 1912 eingebrachte Interpellation des B.-R. Dworak, betreffend Neigung des Turmes der Pfarrkirche St. Josef in Weinhaus mitgeteilt wird, daß wegen Einleitung der erforderlichen Maßnahmen behufs Behebung des obigen Baugebrechens an die k. k. n.-ö. Statthalterei berichtet und gleichzeitig das magistratische Bezirksamt für den XVIII. Bezirk als Baubehörde wegen Veranlassung der etwa sofort aus bau- und sicherheitspolizeilichen Gründen erforderlichen Vorkehrungen verständigt wurde.

Zur Kenntnis.

(245.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk, Z. 44940/12, worin mitgeteilt wird, daß die Abweichung des oberen Teiles des Turmes der Pfarrkirche St. Josef in Weinhaus von der lotrechten Richtung laut Bericht des Stadtbauamtes bereits seit der Erbauung der Kirche bestehe und lediglich einer mangelhaften Ausführung zugeschrieben werden müsse. Mit Rücksicht auf die wiederholt geäußerten Bedenken bezüglich der Standfestigkeit des Kirchturmes habe sich jedoch das magistratische Bezirksamt für den XVIII. Bezirk veranlaßt gesehen, dem Kirchenbauvereine St. Josef in Weinhaus als Eigentümer des Kirchengrundes gemäß § 102 Wr. B.-O. den Auftrag zu erteilen, den Bauzustand des Turmes durch Sachverständige untersuchen zu lassen und den Befund und das Gutachten binnen drei Monaten dem magistratischen Bezirksamte für den XVIII. Bezirk vorzulegen. Doch sei nach Ansicht des magistratischen Bezirksamtes ein Anlaß zu Verlautbarungen, welche geeignet wären, die Kirchenbesucher zu beunruhigen, derzeit nicht gegeben.

Zur Kenntnis.

(3082.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk, Z. 34656/12, worin in Erledigung eines Antrages der Bezirksvertretung, betreffend energisches Einschreitens gegen die unbefugten Photographen, die auf der Straße ihre Geschäfte abschließen und die Auftraggeber gewöhnlich um die Angabe betrügen, mitgeteilt wird, daß die vom Marktamte und k. k. Polizei-Kommissariate in dieser Angelegenheit vorgenommene Überwachung bisher ergebnislos gewesen ist.

Zur Kenntnis.

Mitteilung.

Der **Vorsitzende** teilt mit, er habe Kenntnis davon erlangt, daß Personen, denen das Bürgerrecht verliehen wurde, kaum daß dies in den Tagesblättern publiziert ist, schon von Agenten aufgesucht zu werden pflegen, die sie unter Berufung auf eine Empfehlung des Bezirksvorstehers oder eines Bezirksrates unter verschiedenen Vorwänden zu nicht unbeträchtlichen Auslagen zu verleiten suchen. Er ersuche die Herren, gelegentlich ihrer Erhebungen bei den Bürgerrechtswerbern diese darauf aufmerksam zu machen, daß solche Agenten weder von ihm, noch von irgendeinem Bezirksrate empfohlen sind.

Anträge und Anfragen.

B.-R. Dr. Odehnal stellt, veranlaßt durch Unzukömmlichkeiten bei der Beeidigung Sr. Exz. des Herrn Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner, den Antrag, es möge Vorsorge getroffen werden, daß bei ähnlichen Veranlassungen für die hiezu geladenen, frei gewählten Gemeindefunktionäre — darunter sind auch die Bezirksräte zu verstehen — ein angemessener Raum reserviert und zugänglich gemacht werde. Ferner wäre jenen städtischen Funktionären, welche den Ordnerdienst versehen, einzuschärfen, daß sie sich im Verkehre mit eingeladenen Gästen eines konzilianteren Tones zu befleißigen haben.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Schwarzinger stellt neuerlich den Antrag, das Pissoir vor dem Gasthause Enigl am Ende der Pötzleinsdorferallee sofort zu entfernen und als Ersatz angrenzend an das Straßenbahnwartehäuschen eine Bedürfnisanstalt zu errichten, indem er darauf hinweist, daß das Publikum die Anschauung des Magistrates, das Pissoir sei geruchlos, nicht teile und daß die Zuschüsse, welche die Gemeinde Wien bei der Errichtung einer Bedürfnisanstalt leisten müßte, wohl nicht gar so groß sein können.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Wilfinger beantragt, die Böschung des sogenannten Promenadeweges (Nußallee) in Neustift am Walde gegenüber den Or.-Nr. 2 bis 50 so rasch als möglichst gärtnerisch auszugestalten.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Langschwert beantragt, den Platz an der Martinsstraße, Ecke Blumen- und Ranftlgasse, auf welchem früher ein Wasserschöpfwerk stand, ehebaldigst gärtnerisch auszugestalten.

Einstimmig angenommen.

Derselbe richtet an den Vorsitzenden die Anfrage, wann denn endlich der schon im September 1908 gestellte Antrag der Bezirksvertretung, die Turmuhr der evangelischen Kirche in der Martinsstraße zu beleuchten, eine Erledigung finden dürfte?

Die Beantwortung wird für die nächste Sitzung in Aussicht gestellt.

B.-R. Schiner stellt den Antrag, dahin zu wirken, daß im XVIII. Bezirke, und zwar im aufstrebenden Bezirksteile Gersthof ein

Realgymnasium errichtet werde, da die beiden Mittelschulen des Bezirkes für den Andrang an Schülern viel zu klein sind, so daß viele Eltern gezwungen sind, ihre Söhne Mittelschulen anderer Bezirke oder sogar in der Provinz besuchen zu lassen. Das neue Wehrgesetz mit seinen strengen Bestimmungen bezüglich der Erlangung des Einjährig-Freiwilligenrechtes läßt einen noch stärkeren Andrang zu den Mittelschulen gewärtigen, dem dann die zwei Anstalten des Bezirkes schon gar nicht gewachsen sind.

Schließlich ist das Realgymnasium eine Mittelschultype, die sich im Publikum großer Beliebheit erfreut. In der Begründung wies der Antragsteller auf das gesteigerte Bedürfnis nach dem Ausbaue des Mittelschulwesens hin und entkräftete den Vorwurf, daß durch eine Vermehrung von Mittelschulen nur geistiges Proletariat erzogen werde, indem er auf die Verhältnisse in Deutschland, England u. s. w. hinwies. Die Überfüllung der Währinger Mittelschulen sei notorisch.

Die Schüler werden infolge des Raummangels stark „gesiebt".

Auch für den Gewerbestand wäre es vorteihaft, wenn dieser Stand eine gründliche Vorbildung sich aneignen könnte. Später werde man auch an die Gründung einer Gewerbeschule schreiten müssen, doch sei jetzt die Errichtung eines Realgymnasiums dringender. Zum Schlusse wünscht er, daß alle Schulfaktoren das Augenmerk auch auf die Volksmittelschulen richten mögen, jene Unterrichtsanstalten, in denen der Gewerbetreibende und Beamte in seiner freien Zeit sein Wissen ausbilden könnte.

B.-R. Dworak begründet diesen Antrag vom Standpunkte der Gewerbetreibenden. Heute mache nur derjenige Fortschritte, der eine größere Vorbildung nachweisen kann. Es sollte den Kindern die Möglichkeit geboten werden, die Untermittelschule besuchen zu können. In der Hanna sei heute sogar der Bauernstand so vorgebildet, daß viele Söhne von Bauern Reserveoffiziere sind.

B.-R. Auinger begrüßt ebenfalls, und zwar im Namen der Beamtenschaft den Antrag und wies darauf hin, daß infolge der Überfüllung trotz der Parallelklassen höchstens ein Drittel der eingetretenen Schüler zur Reifeprüfung gelange. Bei der vorhergegangenen „Säuberung" kämen merkwürdigerweise die Kinder der arischen Stammesgenossen an manchen Anstalten am schlechtesten weg. Die gänzliche Verjudung der Hochschulen sei eine traurige Tatsache. Während nun den deutscharischen Insassen in Wien derartige Schwierigkeiten bereitet werden, blühen in Böhmen, Galizien und in jüngster Zeit im südslavischen Teil des Reiches die Mittelschulen. In diesen Mittelschulen fällt ein ganz geringer Bruchteil bei den Reifeprüfungen durch. Da fragt aber niemand, wohin dieses geistige slavische Proletariat komme. Diese Maturanten und Absolventen suchen dann bei den Zentralstellen Anstellung und finden auch leider in Wien ein reiches Feld und einen günstigen Boden. Diese durch Protektion erfolgten Anstellungen schlagen dem deutschen Volke unheilvolle Wunden, da bei Staatsanstellungen in Wien die Zuständigkeit, beziehungsweise Einbürgerung nicht nötig ist. Redner bat schließlich, falls es zur Errichtung der C-Type komme, den Standort so zu wählen, daß auch der ländliche Teil von Währing, speziell Neugerfthof, Vorteile erziele.

Die **B.-R. Angar** und **Dr. Odehnal** begründen ebenfalls ausführlich den Antrag Schiner, der dann, nachdem der **Vorsitzende** die tatkräftigste Unterstützung zusagte, unter lebhaftem Beifalle einstimmig angenommen wurde.

Berichte.

B.-R. Luft berichtet zur Z. 5 über das Ansuchen des Pötzleinsdorfer Verschönerungsvereines um Fortsetzung der Allee in der Herbeckstraße bis zu deren Ende und Errichtung eines Auslaufbrunnens (mit Druckknopf) bei dem sogenannten „roten Kreuze", einer kleinen Anlage mit Ruhebänken an der Kreuzung der Stein- und Schafberggasse, und beantragt die Befürwortung.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Dworak berichtet zur Z. 209 über den Antrag der Bezirksvertretung des XXI. Bezirkes, bei der Steuereinhebung mit der größten Bedachtnahme auf die augenblickliche wirtschaftliche Stärke des Steuerpflichtigen, insbesondere der steuerpflichtigen Handels- und Gewerbetreibenden vorzugehen, und beantragt Anschluß.

B.-R. Schreiner stellt den Zusatz-Antrag, dahinzuwirken, daß Steuerrückstände unter 50 K von den Exekutionsgebühren befreit werden.

Beide Anträge werden mit Stimmen-Einhelligkeit angenommen.

Vor Schluß der Sitzung beglückwünscht der **Vorsitzende** namens der Bezirksvertretung Herrn B.-R. Johann Czarda in einer warm empfundenen Ansprache zu seinem 83. Geburtstage.

Schluß der Sitzung.

(VIII. Gemeindebezirk, Josefstadt.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom **29. Jänner 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Johann Verganer.**

Schriftführer: Kanzleileiter Kanzlei-Direktions-Adjunkt Rudolf Zauner.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Versammelten, konstatiert die Beschlußfähigkeit und eröffnet die Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. 5608/12, betreffend Versetzung des Gaskandelabers an der Ecke der Koch- und Laudongasse.

Zur Kenntnis.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung XXI, betreffend Bedachtnahme bei Steuereinhebungen auf die gegenwärtige ungünstige wirtschaftliche Lage der Handels- und Gewerbetreibenden.

Vollinhaltlich angeschlossen.

Mitteilungen, Beschwerden ꝛc.

Sodann erstattet der **Vorsitzende** einen kurzen vorläufigen Bericht über den diesjährigen Bürgerball und gibt bekannt, daß derselbe sehr gut besucht war und einen glänzenden Verlauf ge-

nommen habe; was das finanzielle Ergebnis anbelange, könne nach den bisherigen Einläufen an Geldern heute schon gesagt werden, daß dasselbe hinter dem früheren Jahre, insbesondere des Vorjahres 1912, nicht nur nicht zurückbleiben, sondern dieselben wahrscheinlich übersteigen werde. Bei dieser Gelegenheit erklärt der **Vorsitzende** nicht umhin zu können, der Josefstädter Bevölkerung den innigsten Dank auszusprechen für die Unterstützung, welche sie diesem Feste stets in so reichem Maße zuteil werden lasse.

Weiters dankt **Derselbe** dem Jungdamen- und Herren-Komitee, ganz besonders dem Obmanne desselben, Herrn Benedikt Felix, für deren Unermüdlichkeit und Opferwilligkeit, wodurch viel zum Gelingen des Festes beigetragen wurde.

B.-R. Riedl bespricht die Unzukömmlichkeit des Hausierens in städtischen Ämtern, weist diesfalls ganz besonders auf einen Mann namens Königstein hin, der sich bei seinem Auftreten auf vielfache Empfehlungen bedeutender Persönlichkeiten stützt, und bittet den Vorsitzenden seinen ganzen Einfluß zur Abstellung dieses Übelstandes aufzubieten.

Der **Vorsitzende** erklärt, daß er bisher, wo es in seiner Macht lag, immer gegen diesen Unfug gewesen sei und das Hausieren in den ihm unterstehenden Ämtern verboten habe; er werde auch weiterhin diesem Gegenstande sein ganzes Augenmerk zuwenden und mit aller Energie auf die Beseitigung dieses Übelstandes dringen.

Die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehende Vornahme von zwei Ergänzungswahlen in den Armenrat des VIII. Bezirkes wird vom **Vorsitzenden** abgesetzt, weil die von der Armeninstituts-Vorstehung erstatteten Wahlvorschläge nicht im Sinne der Vorschriften für die Armenpflege der Gemeinde Wien abgegeben wurden. Die Wahlvorschläge sind zur entsprechenden Ergänzung der Armeninstituts-Vorstehung rückzumitteln.

Schluß der Sitzung.

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom **30. Jänner 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher kaiserl. Rat **F. J. Schadek.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Kommissär Alexander Much.

Die Sitzung wird um 5 Uhr durch den **Vorsitzenden** nach Begrüßung der Anwesenden und Konstatierung der Beschlußfähigkeit eröffnet.

Hierauf ergreift der **Vorsitzende** das Wort zu folgender Ansprache:

Meine hochgeehrten Herren! (Die Versammlung erhebt sich.) Das allerhöchste Kaiserhaus, sowie ganz Wien hat einen schweren unersetzlichen Verlust erlitten. Se. k. u. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer ist nach kurzer Krankheit verschieden. Es ist nicht nötig, auf die unvergänglichen Verdienste, welche sich Erzherzog Rainer um unser Verfassungsleben, die Ausgestaltung der österreichischen Landwehr, sowie in humanitärer Beziehung erworben hat. Kunst und Wissenschaft haben an dem verewigten Erzherzoge ihren besten Freund und Förderer verloren. Mit ihm ist aber auch einer der populärsten Prinzen des kaiserlichen Hauses dahingegangen, der sich der aufrichtigsten Liebe und tiefsten Verehrung der gesamten Wiener Bevölkerung erfreute. Die Herren haben sich zum Zeichen ihrer Trauer von den Sitzen erhoben. Wir werden dem Entschlafenen das liebevollste Andenken bewahren, wie es sein edles Wirken verdient.

Sodann wird das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(2436/12.) Zuschrift der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion, betreffend Anbringung eines Briefkastens vor dem Hause VI., Nelkengasse 3.

Zur Kenntnis.

(137.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, betreffend Holzstöckelpflasterung in der Papagenogasse.

Der seinerzeitige Beschluß wird mit Rücksicht darauf, daß diese Gasse noch nicht im definitiven Niveau sich befindet und die Herstellung des Pflasters daher nur eine provisorische sein könnte, sowie auf die hohen Kosten dieser Herstellung einstweilen zurückgezogen.

(179.) Zuschrift des k. k. Militär-Ober-Rechnungsrates Heinrich Kautsch, betreffend Umnumerierung des demselben gehörigen Hauses VI., Hofmühlgasse 7 a.

Nach längerer Debatte, an der sich die B.-R. Grandauer, Schrötter und Späthe beteiligen, wird dieses Ansuchen befürwortet und beschlossen, in einer weiteren Eingabe die Umnumerierung der Mariahilfer- und Gumpendorferstraße zu verlangen.

Anträge, Anfragen, Beschwerden &c.

B.-R. Bockhorni stellt den Antrag, die auf dem Mariahilfergürtel zwischen Haus Nr. 4 und 14 aufgestellte Planke aus Sicherheits- und hygienischen Rücksichten zurück zu versetzen.

Hiezu sprechen B.-V. kaiserl. Rat Schadek und B.-R. Pollak.

Sodann wird der Antrag angenommen.

B.-R. Bockhorni stellt weiters den Antrag, daß die Haustürnummern in Manneshöhe angebracht werden mögen, da gegenwärtig bei Erhebungen die Nummern oft vollkommen unleserlich sind und dieser Umstand oft große Schwierigkeiten bereitet.

Angenommen.

B.-R. Grandauer kommt auf die schon öfters gerügten Unzukömmlichkeiten beim Baue VI., Mariahilferstraße, Ecke der Esterhazygasse zu sprechen und teilt mit, daß nach wie vor die Straße bis zur Hälfte mit Baumaterialien angeräumt sei. Er ersucht den Herrn Vorsteher, energische Schritte zu unternehmen, daß dieser skandalöse Zustand endlich behoben werde.

Wird geschehen.

B.-R. Glas teilt mit, daß sich in der unteren Esterhazygasse bei dem Hause Nr. 9 ein durch eine Planke gebildeter Winkel befindet, bei dem sich allerhand lichtscheues Gesindel aufhält und der seitens der Dirnen zur Ausübung ihres unzüchtigen Gewerbes benützt werde. Er bittet den Herrn Vorsteher diesbezüglich um Abhilfe.

Letzterer verspricht, sich an den Herrn Polizeibezirksleiter zu wenden.

B.-R. Schrötter kommt auf eine im Gemeinderate bei der Budget-Debatte gestellte Interpellation, betreffend die Verleihung von Kastanienbratöfen zu sprechen und erklärt hiebei, er habe fast alle Jahre auf Fälle hingewiesen, daß Wiener und deutsch-österreichische Petenten um Maronibraterplätze mit der Begründung abgewiesen wurden, daß kein Platz frei sei. Die slavischen Platzwerber, unter welchen sogar begüterte Grundbesitzer sind, haben bereits eine Börse, wo die Plätze gegen eine Gebühr von 180, 200 bis 250 K verkauft oder verpachtet werden. Die Pächter oder Käufer dieser Plätze sind zum großen Teile junge, kaum der Schule entwachsene Burschen, die im Herbste partienweise aus südslavischen Gegenden nach Wien gebracht werden und welche mit minderwertiger Ware (Kastanien, Äpfel) ein recht gutes Geschäft machen.

Daher stelle er den Antrag:

1. Keinem Bewerber dürfen mehr als zwei Plätze zugewiesen werden. (Zwei wegen seiner Frau.)

2. Über die Person des Bewerbers sind genaue Erhebungen zu pflegen.

3. Die frei werdenden Plätze werden in erster Linie nach Wien und Niederösterreich zuständigen Personen verliehen.

4. Die Plätze sind von den Bewerbern selbst zu benützen (beziehungsweise dessen Frau).

5. Gegen Eltern und Vormünder von beim Ofen die Arbeit und den Verkauf versehenden schulpflichtigen Kindern ist strenge vorzugehen und die Bewilligung einzuziehen.

6. Die Gesuche um den Platz sind schon im Frühjahre einzureichen und sogleich der Amtshandlung zuzuführen.

B.-R. Grandauer begrüßt diesen Antrag auf das wärmste und stellt den Antrag, daß bei der Vergebung von Plätzen nur Bewerber deutscher Nation berücksichtigt werden sollen.

Alle Anträge werden sodann angenommen

B.-R. Pesček stellt hierauf den Antrag, es möge die an der Ecke Mariahilferstraße und Bürgerspitalgasse befindliche Bedürfnisanstalt erweitert werden, da sie den Anforderungen nicht mehr genüge.

Hiezu spricht auch **B.-R. Grandauer** und beantragt die Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt in der Mariahilferstraße, Ecke Amerlingstraße.

Beide Anträge werden angenommen.

B.-R. Schrötter führt Beschwerde über den Verkehr der Straßenbahn in der Gumpendorferstraße und ersucht den Herrn Vorsteher, darauf zu dringen, daß die Intervalle zwischen den einzelnen verkehrenden Wagen auch wirklich eingehalten werden.

Wird geschehen.

B.-R. Vetter ersucht, seinen Antrag, betreffend Errichtung eines Wetterschutzhäuschens bei der Haltestelle der städtischen Straßenbahnen in der Eschenbachgasse, zu urgieren.

Diesbezüglich wird eine neuerliche Eingabe verfaßt werden.

Schluß der Sitzung.

(XI. Gemeindebezirk, Simmering.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom **30. Jänner 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Georg Albin Hirsch.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Kommissär Alois Weiß.

Der **Vorsitzende** konstatiert die Beschlußfähigkeit und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der Sitzung vom 30. Dezember 1912 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(158.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung X, daß nunmehr nach Feststellung des Projektes für die Ausgestaltung der Geleiseanlage beim III. Tore des Zentral-Friedhofes im Einvernehmen mit der Straßenbahn-Direktion an die Errichtung einer neuen Bedürfnisanstalt geschritten werden kann.

Zur Kenntnis.

(184.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Floridsdorf, es sei an die für die Steuervorschreibung und Steuereinhebung maßgebenden Behörden das Ansuchen zu stellen, während der anläßlich des Balkankrieges eingetretenen wirtschaftlichen Krise bei der Einhebung der Steuerrückstände mit größter Vorsicht vorzugehen und Ratenzahlungen und Stundungen in ausgedehntem Maße zu bewilligen.

Einhellige Zustimmung

Referate.

(183.) Zuschrift der Bezirksvorstehung für den IX. Bezirk wegen Stellungnahme zum Antrage des B.-R. Märtin, daß die Hauseigentümer im Gesetzes-, beziehungsweise Verordnungswege verhalten werden, in den Wintermonaten die Stiegen und Gänge auch während der Morgenstunden zu beleuchten.

Die Bezirksvertretung beschließt über Antrag des Referenten **B.-R. Schoffig,** in der Frage eine ablehnende Haltung einzunehmen.

Anträge und Anfragen.

B.-R. Größ stellt den Antrag auf Renovierung der Lokalitäten des Gemeindegasthauses in Kaiser-Ebersdorf.

Angenommen.

B.-R. Schmölzer bringt mehrere Wünsche der Kaiser-Ebersdorfer auf Abänderung der Haltestellen der Straßenbahnlinie nach Kaiser-Ebersdorf zur Sprache und beantragt in Entsprechung dieser Wünsche die Verlegung der Haltestellen nächst der Weißenböckstraße, Schmidgunstgasse und Mühlsangergasse unmittelbar an die Kreuzung, beziehungsweise Abzweigung dieser Straßen mit der, beziehungsweise von der Kaiser-Ebersdorferstraße.

B.-R. Salesy befürwortet diesen Antrag, desgleichen **B.-R. Größ.**

Hiezu bemerkt der **Vorsitzende,** daß in der Kaiser-Ebersdorferstraße acht Ausweichen gemacht wurden, um die Intervalle auf 5^1 bei Bedarf abkürzen zu können, die Situierung dieser Ausweichen sei mit seiner und des G.-R. Benda Zustimmung erfolgt

und er halte es daher nicht für opportun, gleich jetzt wieder mit Abänderungsvorschlägen zu kommen.

B.-R. Schmölzer hält seinen Antrag aufrecht, der schließlich mit Mehrheit angenommen wird.

B.-R. Salesy stellt den Antrag, nachdem die Beeidigung Sr. Exz. Dr. Weiskirchner's als Bürgermeister von Wien erfolgt ist, denselben zu der so einmütig von der christlichsozialen Partei erfolgten Wahl zu beglückwünschen und auch dem Bürgerklub für seine Haltung in der Bürgermeisterfrage hier in öffentlicher Sitzung den Dank auszusprechen.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Schmölzer stellt neuerlich den Antrag auf Einlösung des Hauses XI., Kopalgasse 32, aus Verkehrsrücksichten, damit der Engpaß daselbst einmal verschwindet.

Angenommen.

Derselbe stellt die Anfrage, ob in der Frage bezüglich Herstellung von Zugängen zum Gasrohrstege schon etwas veranlaßt worden sei?

Hiezu bemerkt der **Vorsitzende**, daß seitens des St.-R. Hörmann ein Kredit für die Verbesserung der Verkehrswege in diesem Gebietsteile beantragt wurde, welcher aber jedenfalls nur für den III. Bezirk bestimmt sein dürfte; doch hoffe er, daß die Regulierung der Bezirksgrenze bald durchgeführt werden wird und dann sei es möglich, eine Regulierung der Verkehrswege in einer den Bedürfnissen des XI. Bezirkes entsprechenden Weise durchzuführen.

B.-R. Salesy ersucht um Aufstellung der Abschlußplanke im Simmeringerparke noch im Laufe des Frühjahres.

Derselbe ersucht den Vorsitzenden, mit allem Eifer dahinzuwirken, daß endlich die neue Pfarre errichtet werde.

Der **Vorsitzende** bemerkt, daß vorerst die Übertragung eines Teiles des Kirchenvermögens von der alten auf die neue Kirche, welche Angelegenheit jetzt beim k. k. Kultus- und Unterrichtsministerium anhängig ist, durchgeführt werden müsse, um die Schulden, welche auf der neuen Kirche lasten, abzustoßen.

Derselbe stellt den Antrag, es sei an die Direktion der k. k. Staatsbahnen für die Linien der Staats-Eisenbahngesellschaft im Wege des Magistrates das Ersuchen zu stellen, die Bahnbrücke über die Simmeringer Hauptstraße zu rekonstruieren, da der jetzige Zustand der Brücke schon ein sehr schlechter ist und infolge des Lärmes, den die darüber fahrenden Züge verursachen, öfter Pferde scheuen.

Angenommen.

Hierauf macht der **Vorsitzende** Mitteilung über den Erfolg seiner Vorsprache im Eisenbahnministerium und bei der Direktion der k. k. Staatsbahnen für die Linien der Staats-Eisenbahngesellschaft wegen Verbesserung des Sommerfahrplanes und gibt bekannt, daß ihm diesbezüglich Versprechungen wegen Anhaltens des Zuges um $^3/_4$8 Uhr früh in der Haltestelle Simmeringer Hauptstraße gemacht wurden. Auch werde er demnächst bei der Direktion der Wien—Aspangbahn in Angelegenheit der Fahrplanwünsche der Bezirksvertretung vorsprechen.

B.-R. Müllner stellt die Anfrage, ob in der Neurissen und Umgebung die elektrische Beleuchtung zur Durchführung gelangen wird, da die Ligroinbeleuchtung meist nicht funktioniert?

Hiezu bemerkt der **Vorsitzende**, daß gegen eine Oberleitung die k. k. Post- und Telegraphen-Direktion zwar Einwendungen erhoben habe, er hoffe aber, daß bei einer neuerlichen Kommission schließlich doch die Zustimmung zu erlangen sein werde.

Derselbe beantragt die Verlängerung des Wasserleitungsrohrstranges von der Teerfabrik bis zirka 300 m abwärts und Aufstellung eines Auslaufbrunnens daselbst.

Angenommen.

B.-R. Lindner stellt die Anfrage, ob es kein Mittel gebe, um die Firma Bauer zu zwingen, die Planke in der Rautenstrauchgasse zurückzuversetzen, damit der Engpaß dort verschwindet?

Der **Vorsitzende** sagt, er stehe auf dem Standpunkte, man solle der Firma Bauer den Bestandvertrag bezüglich der Wasserleitung über den öffentlichen Straßengrund kündigen, wenn sie sich sträubt, die Planke zurückzuversetzen.

B.-R. Kiesa beschwert sich darüber, daß die Uhr an der neuen Simmeringer Pfarrkirche so häufig stehen bleibt und glaubt, daß die Ursache darin zu suchen sei, daß die Uhr gegen die Witterungseinflüsse und gegen den Staub zu wenig geschützt sei.

Derselbe beantragt, den Kontrahenten zu beauftragen, dafür zu sorgen, daß die Uhr tadellos funktioniere.

Derselbe beantragt die Auspflasterung der Kobelgasse.

B.-R. Diranko stellt den Zusatz-Antrag, daß gleichzeitig die Müchgasse und Dorfgasse zwischen Kobelgasse und Simmeringer Hauptstraße gepflastert werde.

Der **Vorsitzende** glaubt, daß es am besten sei, diese Straßenzüge mit einem Asphaltmakadam zu versehen.

Angenommen.

B.-R. Kiesa beantragt, die Verhandlungen wegen des Durchbruches zur Dorfgasse zu beschleunigen.

Der **Vorsitzende** stellt, um endlich wenigstens einen Durchgang zu schaffen, den Antrag, die Scheuer zu demolieren.

B.-R. Schmölzer gibt der Befürchtung Ausdruck, daß dann die Gartengründe durch Betreten geschädigt werden.

B.-R. Kiesa urgiert die Herstellung der Abfriedung beim Schalthause in der Kopalgasse.

B.-R. Schossig stellt neuerlich den Antrag auf Eröffnung eines Durchbruches von der Simmeringer Hauptstraße zur Schneidergasse und ehebaldigste Einleitung der Verhandlungen wegen Einlösung der erforderlichen Realitäten.

Der **Vorsitzende** verspricht in der Angelegenheit mit dem Magistrats-Referenten zu sprechen.

B.-R. Kiesa beantragt die Ausbesserung des Pflasters in der Simmeringer Hauptstraße zwischen Pachmayergasse und Dittmanngasse.

Angenommen.

Derselbe stellt die Anfrage, ob es richtig sei, daß das Monturdepot verlegt werden soll?

Der **Vorsitzende** bemerkt, daß nach seiner Information Verhandlungen im Zuge seien, wonach die Gemeinde Wien das Monturdepotgebäude für Armenzwecke zu mieten beabsichtigt.

Schließlich beantragt **V.-R. Halesy,** der Straßenbahn-Direktion für die rasche Durchführung der Straßenbahnlinie nach Kaiser-Ebersdorf und insbesondere für die so schnelle Eröffnung des Verkehres den Dank auszusprechen.

V.-R. Schmölzer glaubt, daß dies nicht mehr notwendig sei, da bei der feierlichen Eröffnung ohnehin allen beteiligten Faktoren der Dank ausgesprochen wurde.

Schluß der Sitzung.

(XIV. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom **12. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Eduard Kunz.**

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Anton Marschner.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 30. Dezember 1912 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Dankschreiben Sr. Exzellenz des Herrn Bürgermeisters Dr. Weiskirchner für die Glückwünsche der Bezirksvertretung anläßlich seiner Wahl zum Bürgermeister.

Zur Kenntnis.

(99.) Mitteilung der Stadtbauamts-Abteilung für den XIV. Bezirk, daß wegen Abänderung des beanständeten Fassadenschmuckes des Neubaues in der Sechshauserstraße, Ecke Kürnbergergasse bereits die entsprechenden Verfügungen getroffen wurden.

Zur Kenntnis.

(189.) Verständigung seitens der Magistrats-Abteilung VII, daß die Kanalisierungsarbeiten in der Mariahilferstraße, Holler- und Schwendergasse dem bisherigen Unternehmer abgenommen und der Firma H. Rella & Komp. übertragen wurden.

Der **Vorsitzende** bemerkt dazu, dieser Fall zeige deutlich die Nachteile der Unterbietungen bei den Offertverhandlungen durch nicht leistungsfähige Unternehmer. Denn nicht nur der Unternehmer, der wegen Geldmangel die Arbeiten nicht weiter führen konnte, erleide Schaden, sondern auch die Gemeinde Wien und es wäre daher sehr wünschenswert, wenn in Hinkunft bei den Offertverhandlungen außer den Preisen auch die Leistungsfähigkeit der Firmen und die Qualität der Arbeit berücksichtigt würden.

Die Zuschrift wird sodann zur Kenntnis genommen.

(277.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IX, betreffend das Projekt, den Detailmarkt an der Meiselstraße auf seine doppelte Tiefe zu erweitern.

Zur Kenntnis.

(174.) Antrag der Bezirksvertretung Floridsdorf, mit Rücksicht auf die eingetretene schwere wirtschaftliche Krise die zuständigen Behörden zu ersuchen, daß bei der Steuereinhebung auf die augenblickliche wirtschaftliche Stärke des Steuerpflichtigen Bedacht genommen werde.

Zustimmung.

(175.) Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, die Hauseigentümer im Gesetzes- oder Verordnungswege zur Beleuchtung der Stiegen und Gänge in den Morgenstunden während der Wintermonate zu verhalten.

Zustimmung.

(284.) Antrag der Bezirksvertretung Fünfhaus, es sollen die Automobilisten zur Wahrung der Nachtruhe angewiesen werden, in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr früh nur Signalpfeifen zu verwenden.

Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte nur zur Kenntnis genommen.

Berichte und Anträge.

Der **Vorsitzende** erstattet nun den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1912:

Die Bezirksvertretung hatte 3174 Geschäftsstücke zu erledigen und bei 181 Lokalaugenscheinen zu intervenieren. Sitzungen fanden 9 statt. Im Armeninstitut betrug der Akteneinlauf 7990 Stück. Mit Ende des Jahres standen 2689 Pfründner und 125 Bürgerpfründner in Vorschreibung. Vom Armeninstitute selbst wurden ausbezahlt an Erhaltungsbeiträgen, Waisengeldern und Erziehungsbeiträgen 558.232 K, an einmaligen Unterstützungen, Mietzinsaushilfen 27.156 K, zusammen 585.388 K. Im Ortsschulrate gelangten 6862 Akten zur Erledigung und wurden 6 Sitzungen abgehalten. Bei dem Gemeindevermittlungsamte wurden 841 Ehrenbeleidigungs- und 26 zivilrechtliche Klagen anhängig gemacht; von ersteren wurden 154, von letzteren 8 durch einen Vergleich beendet.

Zum Schlusse des Berichtes stattet der **Vorsitzende** sämtlichen Funktionären, vor allem dem Obmanne des Armeninstitutes, den Armenräten und dem Ortsschulrate, für die uneigennützige und mühevolle Tätigkeit derselben den Dank der Bezirksvertretung ab.

V.-R. Schrepfer teilt mit, daß die in der Sturzgasse befindlichen Bauplätze seit einigen Monaten seitens einer Holzhandlungsfirma, offenbar ohne behördliche Bewilligung als Holzlagerplätze benützt werden und ersucht den Vorsitzenden, wegen der großen Feuersgefahr, die diese Aufstapelung großer Holzmengen mitten in einem verbauten Bezirksteile mit sich bringe, zuständigen Ortes zu intervenieren.

Der **Vorsitzende** erklärt, über diese Angelegenheit sofort mit der Stadtbauamts-Abteilung Rücksprache pflegen zu wollen.

Da keine weiteren Anträge vorliegen, hält nun der **Vorsitzende** mit Rücksicht darauf, daß diese Sitzung die letzte der ablaufenden sechsjährigen Funktionsperiode ist, einen Rückblick über diesen Zeitabschnitt, hebt die wichtigsten Ereignisse hervor und schildert die Tätigkeit der Bezirksvertretung und die Erfolge derselben für die Ausgestaltung des Bezirkes. Soweit die Erfüllung der Wünsche des Bezirkes in den Machtbereich der Gemeinde falle, sei diesen

Wünschen auch fast ausnahmslos Rechnung getragen worden; die Bevölkerung anerkenne auch die Wirksamkeit der Bezirksvertretung und bringe derselben volles Vertrauen entgegen, wie das Ergebnis der in der verflossenen Woche durchgeführten Neuwahlen abermals wieder beweise. Zum Schlusse spricht er allen Bezirksräten, vor allem aber jenen Herren, welche infolge Verzichtes auf eine Wiederwahl aus dem Vertretungskörper ausscheiden, den herzlichsten Dank aus.

B.-R. Vidoni dankt namens der Bezirksräte dem Vorsitzenden für dessen unparteiische und umsichtige Leitung mit dem Beifügen, er hoffe bestimmt, den Vorsteher an der Spitze der neuen Bezirksvertretung wieder begrüßen zu können.

Schluß der Sitzung.

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom **13. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Paul Spitaler.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Dr. Josef Fischer.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der am 16. Jänner 1913 abgehaltenen Sitzung, welches zur Einsichtnahme aufgelegen war, wird genehmigt.

Der Geschäftsausweis für den Monat Jänner 1913 wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Einlauf.

(621.) Dankschreiben der Lina Weidinger für die Anteilnahme der Bezirksvertretung anläßlich des Ablebens ihres Gatten.
Zur Kenntnis.

(257.) Dankschreiben des B.-R. Leopold Tölk für die Kondolenz der Bezirksvertretung anläßlich des Todes seines Bruders.
Zur Kenntnis.

(258.) Die Genossenschaft der Fleischhauer Wiens dankt für die Anteilnahme der Bezirksvertretung anläßlich des Todes ihres Vorstehers Franz Schneider.
Zur Kenntnis.

(329.) Der Deutsche Schulverein, Ortsgruppe Ottokar Kernstock, Wien dankt für das Entgegenkommen bei Überlassung des Festsaales im Gemeindehause.
Zur Kenntnis.

(404.) Laut Zuschrift des Bürgermeisters findet der Ball der Stadt Wien infolge Ablebens Seiner k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Rainer heuer nicht statt.
Zur Kenntnis.

(443.) Ausweis der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien für den Monat Jänner 1913.

(172.) Laut Zuschrift der Magistrats-Abteilung III wurde das Übereinkommen der Gemeinde Wien mit Karoline Gräfin Karatsonyi, betreffend die Durchführung der Neulinggasse über die Liegenschaft III., Landstraßer Hauptstraße 90, dahin abgeändert, daß die bezüglichen Grundflächen bis 1. Mai 1913 an die Gemeinde zu übergeben sind.
Zur Kenntnis.

(229.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend die Ausschmückung des Baumzwischenstreifens vor dem Hause III., Invalidenstraße 5/7.
Zur Kenntnis.

(324.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend Arrondierung der Liegenschaft des Franz Schallaböck, Einl.-Z. 2050 Grundbuch Landstraße.
Zur Kenntnis.

(391.) Der Stadtrat hat in der Sitzung vom 24. Jänner 1913 beschlossen, der Sperrung des Durchganges durch die Rennweger Artilleriekaserne mit eintretender Dunkelheit zuzustimmen. Die Zustimmung gilt jedoch nur bis Ende März 1913.
Zur Kenntnis.

(477.) Zufolge Stadtrats-Beschlusses sind an der Erdbergerlände und in der Dietrichgasse nächst der KaiserJosef-Brücke je eine ganznächtige Auergasflamme zu errichten.
Zur Kenntnis.

(598.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Schneehüttenaufstellung der Wiener städtischen Straßenbahnen „Am Heumarkt".
Zur Kenntnis.

(599.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Umstellung des Schutzgitters beim Ausgange aus dem Kinderparke gegenüber der Reisnerstraße „Am Heumarkt".
Zur Kenntnis.

(328.) Der Vorstand der Magistrats-Abteilung VI gibt bekannt, daß die von der Bezirksvorstehung zur Anzeige gebrachten Übelstände bei der Schneeabfuhr im III. Bezirke künftig abgestellt werden.
Zur Kenntnis.

(378, 453, 565.) Zuschriften der Magistrats-Abteilung VI, Straßengrundübernahmen betreffend.
Zur Kenntnis.

(581.) Laut Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI wurde die Neupflasterung von Straßenkreuzungen im III. Bezirke mit dem Kostenbetrage von 5950 K genehmigt.

B.-V. Spitaler bemerkt, daß im Jänner 1912 schon um die Herstellung der Straßenkreuzungen angesucht worden war, die Genehmigung jedoch erst im Oktober erfolgte, weshalb auch die Pflasterung im Vorjahre mit Rücksicht auf die ungünstige Jahreszeit unterbleiben mußte.

(582.) Laut Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI wurde die Herstellung von Entwässerungsanlagen in der verlängerten Landstraßer Hauptstraße mit dem Kostenbetrage von 2000 K genehmigt.

Zur Kenntnis.

(434.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VII, betreffend die Herstellung eines Verputzes am Gewölbe des rechten Hauptsammelkanales auf der Donau- und Erdbergerlände.

Mit den Arbeiten wurde laut Mitteilung des Stadtbauamtes (262) am 22. Jänner 1913 begonnen.

Zur Kenntnis.

(232.) Die Magistrats-Abteilung IX übermittelt die abgeänderte Kundmachung der Marktordnung für den Wiener Pferdemarkt.

Zur Kenntnis.

(451.) Laut Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII a wird der Einspännerstandplatz vor der Realität III., Landstraßer Hauptstraße 58/60 für die Dauer des Umbaues dieser Häuser vor das Haus Or.-Nr. 61 der Landstraßer Hauptstraße verlegt.

Zur Kenntnis.

(580.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII a, betreffend die Errichtung eines Automobilstandplatzes vor dem Hause Landstraßer Hauptstraße 97.

Zur Kenntnis.

(610.) Zuschriften der Magistrats-Abteilung XIV, verschiedene Bau-Angelegenheiten betreffend.

Zur Kenntnis.

(446.) Die Bezirksvorstehung Hietzing teilt mit, daß den Vertretern der Bezirksvertretung nur bei den Bau-Kommissionen im Wagen der Beamten ein Sitz reserviert, nicht aber, wie in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße behauptet worden sei, für die Lokalaugenscheine überhaupt ein eigener Wagen beigestellt werde.

B.-R. kaiserl. Rat Vogl sagt, daß ihm diese Mitteilung von einem Hietzinger Bezirksrate gemacht wurde.

(245.) Zuschrift der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend die Einführung der Hausbeleuchtung während der Morgenstunden der Wintermonate.

B.-V. Spitaler ist der Anschauung, das dies Gegenstand der Vereinbarung zwischen dem Hausbesitzer und den Wohnparteien sei und es wird beschlossen, dies auch als Anschauung der Bezirksvertretung in der Antwort mitzuteilen.

(256.) Antrag der Bezirksvertretung Floridsdorf, es möge an die zuständigen Behörden das Ersuchen gestellt werden, daß bei der Steuereinhebung auf die durch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse verursachte Lage der Gewerbe- und Handelstreibenden Bedacht genommen werde.

B.-R. Hellmann beantragt, die Bezirksvertretung Landstraße möge sich dem Antrage anschließen.

Angenommen.

(496.) Antrag der Bezirksvertretung Fünfhaus, betreffend die Verwendung von Signalpfeifen in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr früh statt der Huppen im Automobilverkehre.

B.-R. Hellemann beantragt den Übergang zur Tagesordnung.

Angenommen.

B.-V. Spitaler läßt hierauf einen am 4. Februar 1913 in Nummer 34 des „Fremdenblattes" unter der Überschrift: „Neue Häuser, alte Straßen" enthaltenen Artikel zur Vorlesung bringen. Der ungenannte Artikelschreiber spricht von den aufsehenerregenden Konflikten zwischen der Bezirksvertretung Landstraße und den feudalen Bewohnern der Jacquingasse, welche die Absperrung der Jacquingasse für den Schwerfuhrwerksverkehr verlangen, während von der Bezirksvertretung dagegen Stellung genommen wurde. Weiters wird gesagt, daß zwar neue Häuser entstünden, die Straßenpflege jedoch vernachlässigt werde; von der Landstraßer Hauptstraße sollte der Schlachtviehtransport abgelenkt werden u. a. m.

Derselbe bemerkt dazu, daß sich der Schwerfuhrwerksverkehr von der Jacquingasse aus Verkehrsrücksichten vorläufig nicht ablenken lasse; der III. Bezirk, durch die Verbindungsbahn in zwei Teile zerschnitten, besitze von der Heugasse bis St. Marx nur zwei Verbindungsstraßen mit dem Süd- und Staatsbahnhofe. Diese beiden Verbindungen seien die Fasangasse und die Jacquingasse. Es sei daher nicht möglich, den gesamten Schwerfuhrwerksverkehr durch die Fasangasse zu leiten, durch welche die Straßenbahn fahre und wo es ohnehin zu zahlreichen Verkehrsstockungen komme. Die Bezirksvertretung sei schon wiederholt für eine Tieferlegung und Überwölbung der Verbindungsbahn eingetreten. Der Beschwerdeführer möge sich daher gegen die Staatsbahnverwaltung und nicht gegen die Gemeinde Wien wenden. Wenn die Verbindungsbahn überwölbt wäre, dann könnte allerdings der Schwerfuhrwerksverkehr durch die Jacquingasse verboten und durch die Kleist- und Hohlweggasse geleitet werden. Wohin der Schlachtviehtransport abzulenken wäre, müßte der Artikelschreiber selbst sagen. Die Straßenverunreinigung sei auf die zahlreichen Neubauten im Bezirke und den Nachbarbezirken zurückzuführen, viele Hunderte von Kabswagen passieren täglich den Bezirk und verlieren dabei Material. Anderseits sei zum Beispiel in der Estegasse und auf dem Esteplatz eine Straßeninstandsetzung nicht möglich, da dort noch gebaut werde und der Straßengrund noch nicht einmal übergeben sei.

B.-R. kaiserl. Rat Vogl sagt, es sei zu bedauern, daß der Bezirksvorsteher infolge der Zentralisierung der Straßenpflege keinen entsprechenden Einfluß nehmen könne.

B.-V. Spitaler bemerkt, daß durch die Zentralisierung der Nachtarbeit die Disziplin der Arbeiter gelitten habe.

Hinsichtlich der Kompetenz der Bezirksvorsteher im allgemeinen sei Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister einer Erweiterung günstig gesinnt.

Anträge, Anfragen ꝛc.

B.-R. Mandl überreicht eine Zuschrift der Bewohner des Erdbergermais, in welcher um die Pflasterung der Erdbergstraße bis zur Nottendorferstraße, sowie der letzteren, um Weiterführung der Baumgasse und Öffnung des neuen Tores des Zentral-Viehmarktes für den Verkehr ersucht wird.

B.-V. Spitaler sagt, daß eine Pflasterung der Nottendorferstraße und der verlängerten Erdbergstraße vorläufig nicht möglich sei, da die Gründe an der Nottendorferstraße noch nicht parzelliert seien, daher auch die Straße noch nicht reguliert sei. Die verlängerte Erdbergstraße sei ebenfalls nur provisorisch angelegt und werde bedeutend breiter durchgeführt werden. Die Erdbergstraße sei mit

einem Kostenaufwande von 371.000 K hergestellt worden, um die Bauluft im Erdbergermais zu fördern, bis jetzt sei aber nicht gebaut worden. Wegen Eröffnung der Baumgasse habe sich Redner bereits an Herrn Mautner Ritter v. Markhof mit der Anfrage gewendet, ob er nicht die Realität III., Schlachthausgasse 39, an die Gemeinde verkaufen wolle. Herr v. Mautner antwortete, daß ihm dieses Haus für seinen Betrieb unentbehrlich sei, dagegen würde er für die Eröffnung der Barthgasse Entgegenkommen zeigen. Gegen die Öffnung des neuen Tores des Zentral-Viehmarktes habe die Finanzbehörde Stellung genommen.

B.-R. Presburger urgiert die Eindeckung des Rundpissoirs vor dem Hause Or.-Nr. 5 in der Hinteren Zollamtsstraße.

B.-R. Lange beantagt, eine Eingabe an die Direktion der städtischen Straßenbahnen wegen Erweiterung des Sektors Ring—Staatsbahnhof bis zum Südbahnhofe und wegen Herabsetzung des Fahrpreises in die Freudenau ab Sophienbrücke auf 20 h.

Angenommen.

B.-R. Rauscher wünscht eine Erhöhung der Anlageeinfriedung auf dem Paulusplatze.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

137. Ziehung des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874.

Verzeichnis der am 1. März 1913 gezogenen Serien und Gewinst-Nummern des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 per 30 Millionen Gulden und der auf dieselben gefallenen Treffer.

Gezogene Serien: **33, 131, 246, 442, 457, 479, 762, 834, 1367, 1515, 1560, 1618, 1695, 1726, 1980, 2258, 2314, 2332, 2437, 2476, 2595, 2636, 2647.**

Serie 131, Nr. 82, Gewinn 500 K; Serie 246, Nr. 20, Gewinn 2000 K; Serie 457, Nr. 34, Gewinn 500 K; Serie 479, Nr. 61, Gewinn 2000 K; Serie 479, Nr. 80, Gewinn 20.000 K; Serie 762, Nr. 23, Gewinn 500 K; Serie 1367, Nr. 12, Gewinn 500 K; Serie 1367, Nr. 81, Gewinn 500 K; Serie 1515, Nr. 52, Gewinn 500 K; Serie 1560, Nr. 21, Gewinn 500 K; Serie 1560, Nr. 64, Gewinn 500 K; Serie 1618, Nr. 85, Gewinn 300.000 K; Serie 1980, Nr. 52, Gewinn 2000 K; Serie 1980, Nr. 90, Gewinn 500 K; Serie 2258, Nr. 97, Gewinn 10.000 K; Serie 2314, Nr. 24, Gewinn 2000 K; Serie 2332, Nr. 53, Gewinn 500 K; Serie 2437, Nr. 25, Gewinn 500 K; Serie 2476, Nr. 23, Gewinn 2000 K; Serie 2476, Nr. 29, Gewinn 500 K.

Die übrigen 2280 Anteilscheine, welche in den gezogenen Serien enthalten sind, gewinnen je 340 Kronen.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom 2. Juni 1913 ab durch die Kassa der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Die nächste Ziehung findet am 1. Juli 1913 statt.

Verzeichnis jener gezogenen Serien des Kommunal-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874, von welchen bisher noch nicht sämtliche Lose zur Einlösung beigebracht worden sind: 1 2 3 6 10 21 25 28 30 34 35 40 41 42 46 51 55 59 68 72 82 90 91 93 95 100 104 110 116 125 134 137 139 142 146 147 150 158 171 172 177 178 181 184 185 188 189 190 192 199 203 208 216 217 218 220 222 229 230 232 236 237 241 242 243 249 252 255 256 257 262 264 265 270 271 272 273 274 275 279 280 281 284 285 290 291 296 297 299 300 308 309 310 316 318 320 325 334 336 339 342 343 346 356 359 360 364 368 374 376 378 379 380 383 384 387 390 399 400 402 405 414 415 418 424 429 432 437 441 444 456 463 464 465 469 470 472 483 484 486 497 500 501 502 507 508 515 518 519 526 527 530 534 537 540 543 549 550 551 555 556 558 560 563 567 569 570 572 577 582 586 587 588 591 609 610 611 612 615 619 621 635 637 640 641 644 661 664 675 678 680 682 683 686 689 691 692 695 704 705 709 712 719 721 722 723 725 728 730 734 755 766 779 786 793 806 808 814 817 824 826 832 833 837 838 840 846 855 861 872 874 875 889 893 911 918 920 921 930 942 950 958 960 961 962 969 972 987 988 992 995 997 998 999 1002 1009 1012 1015 1016 1019 1027 1033 1042 1046 1048 1053 1055 1056 1059 1063 1064 1066 1070 1083 1096 1098 1102 1105 1110 1115 1117 1121 1126 1135 1136 1138 1141 1143 1147 1158 1164 1165 1173 1174 1181 1182 1185 1188 1189 1190 1191 1192 1194 1197 1198 1206 1210 1214 1217 1218 1220 1222 1225 1228 1229 1231 1233 1236 1239 1240 1245 1247 1248 1249 1251 1254 1255 1256 1262 1264 1268 1272 1273 1275 1276 1277 1278 1281 1284 1285 1288 1293 1299 1301 1314 1316 1324 1325 1330 1335 1336 1337 1340 1349 1355 1362 1370 1371 1374 1377 1379 1382 1383 1390 1394 1397 1402 1403 1404 1411 1414 1418 1421 1425 1428 1429 1432 1442 1443 1444 1458 1467 1468 1470 1483 1494 1496 1500 1510 1519 1524 1535 1537 1539 1544 1547 1548 1551 1554 1561 1564 1571 1572 1574 1578 1581 1584 1587 1597 1599 1600 1603 1605 1617 1619 1620 1624 1633 1641 1645 1647 1653 1654 1656 1659 1663 1665 1667 1669 1670 1671 1672 1673 1675 1683 1684 1688 1701 1702 1703 1707 1709 1718 1725 1727 1732 1735 1742 1744 1745 1747 1754 1757 1761 1763 1764 1766* 1769 1772 1778 1781 1786 1787 1788 1798* 1801 1807 1809 1810 1812 1814 1816 1819 1824 1827 1834 1839 1845 1848 1859 1863 1867 1870 1882 1885 1888 1896 1900 1901 1904 1913 1917 1919 1922 1924 1925 1930 1938 1940 1943 1951 1966 1969 1973 1974 1978 1987 1997 1999 2002 2005 2006 2012 2016 2018 2027 2034 2035 2039 2049 2050 2058 2059 2060 2063 2077 2079 2083 2088 2091 2095 2096 2097 2098 2101 2102 2105 2109 2114 2131 2132 2139 2140 2150 2153 2157 2162 2165 2171 2174 2177 2179 2183 2184 2188 2197 2206 2208 2212 2215 2216 2219 2221 2226 2233 2234 2237 2243 2262 2276 2280 2288 2290 2292 2295 2296 2298 2303 2306 2307 2325 2336 2337 2343 2350 2351 2358 2359 2365 2368 2377 2383 2391 2395 2396 2402 2406 2409 2422 2425 2427 2430 2440 2444 2456 2459 2470 2471 2472 2475 2482 2485 2490 2491 2496 2509 2511 2521 2525 2528 2529 2534 2535 2538 2542 2548 2551 2567 2570 2577 2584 2585 2589 2594 2603 2611 2612 2614 2633 2635 2648 2649 2650 2661 2664 2669 2671 2674 2685 2686 2690 2693 2695 2699 2700 2702 2710 2718 2728 2732* 2735 2738 2739 2752 2756 2761 2767 2769 2772 2786 2788 2796 2809 2811 2815 2820 2826 2827 2828 2839 2842 2845 2846 2850 2860 2863 2864 2865 2867 2872 2874 2880 2886 2887 2894 2895 2906 2908 2911 2913 2916 2918 2919 2921 2926 2927 2929 2933 2934 2935 2936 2937 2940 2941 2950 2952 2954 2962 2963 2972 2974 2985 2987 2990 2995 2999.

* * *

35 Millionen-Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1894.

Verzeichnis der am 1 März 1913 ausgelosten und am 1. September 1913 zur Einlösung kommenden Obligationen des 35 Millionen Kronen-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1894, und zwar:

Serie	47	Nr. 1	à 5000 K.
„	280	„ 1	
„	667	„ 1	
„	962	„ 1	
„	1078	„ 1	
„	5753	„ 1	
Serie	2519	Nr. 1—5	à 1000 K.
„	2610	„ 1—5	
„	2704	„ 1—5	
„	2784	„ 1—5	
„	3284	„ 1—5	
„	3497	„ 1—5	
„	3956	„ 1—5	
„	5963	„ 1—5	
Serie	4104	Nr. 1—10	à 500 K.
„	4189	„ 1—10	
„	4372	„ 1—10	
„	4491	„ 1—10	

Verzeichnis jener gezogenen Obligationen des 35 Millionen Kronen-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1894, welche bisher noch nicht zur Einlösung beigebracht worden sind:

Serie	1406	Nr.	1.
„	1751	„	1.
„	2276	„	1.
„	2588	„	2.
„	2869	„	3.
„	3277	„	3, 4.
„	3282	„	5.
„	3443	„	5.
„	3469	„	5.

*) verjährt.

Serie 3524 Nr. 1 bis 5.
„ 3536 „ 4.
„ 5041 „ 1.
„ 5049 „ 14, 17, 20.
„ 5074 „ 16, 18.
„ 5172 „ 8, 24, 25.
„ 5185 „ 1.
„ 5220 „ 7 bis 10, 15.
„ 5326 „ 1 bis 6, 9, 10, 13, 14, 15, 16, 19.
„ 5987 „ 1.
„ 6028 „ 33, 39.
„ 6053 „ 20, 28.
„ 6074 „ 15, 17, 24, 27, 37, 44, 45, 46.
„ 6082 „ 14 bis 23.
„ 6446 „ 3.
„ 6506 „ 5.

Wien, am 1. März 1913.

Die nächste Ziehung findet am 2. März 1914 statt.

Ausweis der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien.

In der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1913

wurden von 25.780 Parteien, darunter 3486 neue . . . . . 8,175.189 K 58 h
eingelegt und an 11.220 Parteien, darunter 1597 Saldi . . . . . 5,532.619 „ 16 „
rückgezahlt.
Zuwachs bei einer Gesamtzahl von 37.000 Parteien, 1889 Konti mit . . . . . 2,642.570 „ 42 „
Stand der Einlagen auf 128.030 Konten 163,950.995 „ 19 „
Stand der Hypothekardarlehen . . . . . 87,574.748 „ 61 „
„ „ Darlehen an öffentliche Körperschaften . . . . . 14,874.073 „ 56 „
„ „ Effekten und Salinenscheine . . 45,116.600 „ — „

Einlagenzinsfuß für Spareinlagen in jeder Höhe 4 Prozent.

Hypothekarzinsfuß 4½ Prozent.

Zinsfuß für Vorschüsse auf Wertpapiere ½ Prozent über der Bankrate.

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim.

Februar 1912.

Eingelegt von 8102 Parteien . . . . . 2,447.072 K 20 h
Rückgezahlt an 4503 Parteien . . . . . 1,988.320 „ 12 „

Mit 28. Februar 1912 betrug der Stand:

der Gesamteinlagen auf 60.384 Kontis . . 80,294.693 K — h
„ Hypothekardarlehen . . . . . 57,136.898 „ 70 „
„ Gemeindedarlehen . . . . . 3,594.697 „ — „
„ Gesamt-Werteffekten . . . . . 19,494.922 „ 70 „
„ Reservefonds . . . . . 3,321.019 „ 76 „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals.

Februar 1913.

Einlagen im Februar 1913 von 9291 Parteien 2,393.818 K — h
Rückzahlungen an 4735 Parteien . . . . 2,020.326 „ — „

Stand am 28. Februar 1913.

Gesamteinlagen auf 49.950 Konti . . . . 64,220.310 K — h
Hypothekardarlehen . . . . . 47,790.335 „ — „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing.

In der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1913.

Eingelegt von 6211 Parteien . . . . . 1,624.769 K 29 h
Rückgezahlt an 3277 Parteien . . . . . 1,299.118 „ 71 „

Mit 28. Februar 1913 betrug der Stand:

Gesamteinlagen auf 34.030 Konti . . . . 43,639.809 K 89 h
Hypothekardarlehen . . . . . 32,570.096 „ 56 „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling.

Februar 1913.

Eingelegt von 1602 Parteien . . . . . 476.937 K 63 h
Behoben von 880 Parteien . . . . . 495.446 „ 24 „
Es ergibt sich daher ein Minus von . . . . 18.508 K 61 h
Dieses abgerechnet zum Stande mit Ende Jänner 1913 per . . . . . 11,909.620 „ 76 „
gibt mit Ende Februar 1913 bei 11.607 offenen Konti einen Einlagenstand von 11,891.112 K 15 h
Der Stand der Hypothekardarlehen beträgt mit Ende Februar 1913 . . . . . 8,962.151 K 99 h

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Floridsdorf.

Ausweis für den Monat Februar 1913.

Stand des Vormonates . . . . . 20,493.571 K 51 h
Eingelegt wurden von 1296 Parteien . . 355.076 „ 48 „
Zusammen . 20,848.647 K 99 „
Rückgezahlt wurden an 721 Parteien . . . 379.669 „ 48 „
Stand mit Ende Februar 1913 bei 11.641 Konti . . . . . 20,468.978 K 51 h

Heimsparkassen:

Stand des Vormonates . . . . . 117.769 K 03 h
Eingelegt wurden von 137 Parteien . . . 5.955 „ 50 „
Zusammen . 123.724 K 53 h
Rückgezahlt wurden an 39 Parteien . . . 2.076 „ 28 „
Stand mit Ende Februar 1913 bei 834 Konti . . . . . 121.648 K 25 h

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 4. und 6. März 1913.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine) . . . . 10917 Stück
Fettschweine . . . . . 6329 „
Summe . 17246 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 67 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . 15755 Stück
für das Land . . . . . 1430 „
unverkauft blieben . . . . 61 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I. Qualität . . . . von 124 bis 132 h (extrem bis 144 h)
II. „ . . . . „ 116 „ 122 „
III. „ . . . . „ 108 „ 114 „

Fettschweine:

I. Qualität . . . . von 130 bis 138 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ 122 „ 129 „
III „ . . . . „ 114 „ 121 „

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten waren um 1359 Fleischschweine mehr und um 496 Fettschweine weniger aufgetrieben.

Bei lebhaftem Geschäftsgange wurden Fettschweine durchschnittlich um 6 h per Kilogramm teuerer verkauft, während Fleischschweine infolge des größeren Angebotes 4 h per Kilogramm im Preise eingebüßt haben.

* * *

Pferdemarkt vom 4. März 1913.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 456 Pferde.

286 Gebrauchspferde, 170 Schlächterpferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 150 bis 1400 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 100 „ 150 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 3. und 6. März 1913.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	31	Schafe lebend	1280
Kälber ausgeweidet .	4745	Schafe ausgeweidet . .	179
Lämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet	2005
Lämmer ausgeweidet . .	1827		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ 120 „ 132 „
III. „ . . . . „ — „ — „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 140 bis 168 h (extrem bis 190 h)
II. „ . . . . „ 120 „ 138 „
III. „ . . . . „ 100 „ 116 „

Lämmer lebend (per 1 kg:)

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Lämmer ausgeweidet (per 1 Paar):

I. Qualität . . . . von — bis — K (extrem bis — K)
II. „ . . . . „ 14 „ 60 „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 124 bis 136 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ 104 „ 120 „
III. „ . . . . „ 90 „ 100 „

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 146 bis 160 h (extrem bis 170 h)
II. „ . . . . „ 136 „ 148 „
III. „ . . . . „ 120 „ 136 „

Schafe lebend (per 1 Stück):

I. Qualität . . . . von — bis — K extrem bis — K)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 70 bis 72 h (extrem bis 82 h)
II. „ . . . . „ 62 „ 66 „
III. „ . . . . „ 56 „ 60 „

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 25 Stück Kälber weniger zugeführt und konnten Prima-Kälbersorten die vorwöchentlichen Preisen schwach behaupten, Mittel- und mindere Sorten wurden um 6 bis 8 h per Kilogramm billiger gehandelt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 608 Stück Schafe mehr aufgetrieben und wurde um 2 bis 4 h per Kilogramm billiger gehandelt.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 6. März 1913 88 Stück Mast- und 45 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Weidner Fettschweine konnten die vorwöchentlichen Preise fest behaupten, weidner Fleischschweine wurden um 4 h per Kilogramm billiger abverkauft.

In weidner Lämmern waren Preisrückgänge von 2 K per Paar zu verzeichnen.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 4. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K	50	h	bis 25	K	10 h
Roggen („ 70—74 kg)	„	18	„	40	„	„ 20	„	20 „
Gerste	„	15	„	—	„	„ 19	„	— „
Mais	„	15	„	70	„	„ 20	„	80 „
Hafer	„	18	„	70	„	„ 22	„	30 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A.-C.)	von	33	K	40	h	bis 35	K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„ 35	„	— „
Roggenmehl	„	21	„	70	„	„ 30	„	70 „
Weizenkleie	„	12	„	40	„	„ 13	„	60 „
Roggenkleie	„	12	„	40	„	„ 12	„	60 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 5. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K	50	h	bis 25	K	10 h
Roggen („ 70—74 kg)	„	18	„	40	„	„ 20	„	20 „
Gerste	„	15	„	—	„	„ 19	„	— „
Mais	„	15	„	70	„	„ 20	„	80 „
Hafer	„	19	„	70	„	„ 22	„	30 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A.-C.)	von	33	K	40	h	bis 35	K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„ 35	„	— „
Roggenmehl	„	21	„	70	„	„ 30	„	70 „
Weizenkleie	„	12	„	40	„	„ 13	„	60 „
Roggenkleie	„	12	„	40	„	„ 12	„	60 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 6. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K	50	h	bis 25	K	10 h
Roggen („ 70—74 kg)	„	18	„	40	„	„ 20	„	20 „
Gerste	„	15	„	—	„	„ 19	„	— „
Mais	„	15	„	70	„	„ 20	„	80 „
Hafer	„	18	„	70	„	„ 22	„	30 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A.-C.)	von	33	K	40	h	bis 35	K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„ 35	„	— „
Roggenmehl	„	21	„	70	„	„ 30	„	70 „
Weizenkleie	„	12	„	40	„	„ 13	„	60 „
Roggenkleie	„	12	„	40	„	„ 12	„	60 „

per 100 kg.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Bäder im Monate Februar 1913.

Theresienbad im XII. Bezirke.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	6937,	davon	3936	3001
Dampfbad	9779,	„	6605	3174
Voll- und Schwimmbad	—,	„	—	—
Zusammen	16716,	davon	10541	6175

XXI. Bezirk, Floridsdorfer Badeanstalt, Kretzgasse.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	1365,	davon	—	—
Dampfbad	2487,	„	1769	718
Brausebad	6464,	„	4668	1796
Zusammen	10316,	davon	—	—

Hernalser Voll- und Schwimmbad.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
XVII. Bez., Jörgerstraße 50	—	davon	—	—

Volksbäder.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
II. Bez., Vereinsgasse 29	17935,	davon	12566	5369
III. Bez., Apostelgasse 18	10119,	„	8231	1888
IV. Bez., Klagbaumgasse 4	8989,	„	6644	2145
V. Bez., Einsiedlerplatz 18	14162,	„	10869	3293
VI. Bez., Esterhazygasse 2	12100,	„	8777	3323
VII. Bez., Hermanng. 24 bis 28	17542,	„	12136	5406
VIII. Bez., Florianigasse 24	10702,	„	7860	2842
IX. Bez., Wiesengasse 17	11191,	„	7858	3333
X. Bez., Gudrunstraße 163 a	17058,	„	13436	3602
XI. Bez., Geiselbergstraße 54	4197,	„	3436	761
XIII. Bez., Hütteldorferstr. 82	6509,	„	5124	1385
XIV. Bez., Heinickegasse 3	9175,	„	6969	2176
XV. Bez., Reithofferplatz 4	9569,	„	7310	2259
XVI. Bez., Fried. Kaiserg. 11	13596,	„	10080	3516
XVII. Bez., Gschwandnergasse 62	8648,	„	6340	2308
XVIII. Bez., Klostergasse 27	7742,	„	5661	2081
XX. Bez., Treustraße 60	6626,	„	5443	1183
Zusammen	185830,	davon	138960	46870

Baubewegung

vom 4. bis 6. März 1913.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

V. Bezirk: Fabrik, Stolberggasse, Einl.-Z. 1065, von der Gesellschaft für graphische Industrie, VI., Gumpendorferstraße 87, Bauführer J. G. Tolazzi (1903).

X. Bezirk: Wohnhaus, Hausergasse 20, von Adalbert Sommer, Bauführer derselbe (10019).

" " Wohnhaus, Neilreichgasse 70, von Hugo Schuster (10214).

XIII. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Unter-St. Veit, Bossigasse, Einl.-Z. 235, von Franz Wafler, V., Kleine Neugasse 11, Bauführer derselbe (11765).

" " Zweistöckiges Wohnhaus, Unter-St. Veit, Bossigasse, Einl.-Z. 236, von Franz Wafler, V., Kleine Neugasse 11, Bauführer derselbe (11766).

" " Zweistöckiges Wohnhaus, Penzing, Cumberlandstraße, Einl.-Z. 1684, von Wilhelm und Marie Klor, Hadikgasse 146, Bauführer Ferdinand Baldia (11828).

" " Zweistöckiges Wohnhaus, Penzing, Cumberlandstraße, Einl.-Z. 1147, von Wilhelm und Marie Klor, Hadikgasse 146, Bauführer Ferdinand Baldia (11829).

" " Dreistöckiges Wohn- und Geschäftshaus, Breitensee, Spallartgasse, Ecke Matzingergasse und Ecke Marnogasse, Einl.-Z. 103, von Johann und Anna Jakſch, Zennerstraße 8, Bauführer Josef Münster (12076).

" " Schulbau, Hochsatzengasse, von der Gemeinde Wien, Bauführer Matthäus Bobdal (12153)

XX. Bezirk: Haus, Hochstädtplatz 2, Dresdnerstraße 34, von E. Krombholz' Erben durch Friedrich Krombholz, I., Operngasse 6, Bauführer Krombholz & Kraupa (2000).

XXI. Bezirk: Zwei Wohnhäuser, Ecke Schloßhoferstraße und Bentheimgasse, von Salomon und Gisela Weininger, Bauführer Georg Kohler (10507).

Umbauten.

XIII. Bezirk: Zweistöckiges Haus, Lainzerstraße 141, von Karl und Cäcilie Winkler, ebenda, Bauführer Martin Leopold (11937).

Zubauten.

X. Bezirk: Stall und Schuppen, Laxenburgerstraße 44, Grundb.-Einl.-Z 979, von Adolf Friedmann, ebenda (10020).

" " Braunspergengasse, Einl.-Z. 1370, von Josef Podlegar, IV., Trappelgasse 3 (13340).

XII. Bezirk. Villa, Valerie-Cottage 13, von August und Martha Moßler, Bauführer Gustav Endl (9192)

XIII. Bezirk: Stockwerksaufsetzung, Amalienstraße 18, von Therese Choatlinsky, XII., Rosenhügelstraße 30, Bauführer Karl Biedermann (11971)

Adaptierungen.

I. Bezirk: Hohenstaufengasse 6, vom Pensionsfonds der Beamten und Diener der k. k. prsv. österr. Länderbank durch die Häuser-Administration derselben, Bauführer Ferdinand Dehm & Olbricht (1973).

II. Bezirk: Kleine Stadtgutgasse 9, von der Direktion des Römerbades, ebenda (1916).

" " Praterstraße 50, von Paul Fiſcher durch Dr. Rudolf Pollak, I., Grillparzerstraße 7, Bauführer Jos. Herzberg (1970).

IV. Bezirk: Belvederegasse 27, von Edm. Kahler & Joh. Sladek, XVIII., Gersthoferstraße 20, Bauführer dieselben (1924).

" " Weyringergasse 36, von Luise Weyringer, II., Vorgartenstraße 154, Bauführer Joh. Hefenmayer (1945).

VI. Bezirk: Ägidigasse 9, von Ant. Schneider durch Wenzel Rauſch, XIV., Kellinggasse 11, Bauführer derselbe (1972).

VII Bezirk: Lindengasse 51, von Alexander Beſchorner, ebenda, durch die Gebäude-Verwaltung Karl Hulanicki & Sohn, VI., Mariahilferstraße 49, Bauführer Adalbert Jezl (1936).

XIII. Bezirk: Veitingergasse, Einl.-Z. 429 Lainz, von Guido Kottowitz Edler v. Kortſchak, Triest, Bauführer E. Ast & Komp. (11939).

" " Hütteldorferstraße 123, von Josef Woitowiſch, ebenda Bauführer Ferd. Meißner (11945).

XII. Bezirk: Reichgasse, Einl.-Z. 1266 Ober-St. Veit, von Heinrich Röminger, Lundenburg, Bauführer derselbe (11978).

" " Hietzinger Hauptstraße 93, von Max und Guido Eckstein, I., Wildbretmarkt 5 (12080).

" " Einl.-Z. 163 Lainz, Parz. 274/13, 274/22, 274/62, von der Gemeinnützigen Familienhäuser-Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Ostmark", I., Friedrichstraße 2, Bauführer Rudolf Hauk (12081, 12082, 12083).

XVI. Bezirk: Neulerchenfelderstraße 15, von Hermann Brandstätter, ebenda, Bauführer Eduard Bock (14725).

Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Klubhaus, K. k. Prater, Landt.-Einl.-Z. 710, Kat.-Parz. 1963/1, nächst dem k. k. Lusthaus, vom Reit- und Poloklub, durch Ferd. Graf Kinsky (1943).

III. Bezirk: Schuppen, Erdbergerlände, Einl.-Z. 318, von Jos. Marune, Leonhartgasse 9 (1956).

V. Bezirk: Autogarage, Einsiedlerplatz 9, von Wilh. Allinger, Grüngasse 27, Bauführer Ant. Schwertmann (1899).

IX. Bezirk: Steinzeugrohrkanal, Brünnlbadgasse 1, von Dr. Alois Koch, Baden, Straßerngasse 11, Bauführer F. Steiner (1907).

XIII. Bezirk Gewächshaus, Hietzinger Friedhof, von der Gemeinde Wien, Bauführer Matthäus Bohdal (11816).

" " Hauskanal, Einsiedeleigasse 35, von Dorothea Stülpnagel, Zehetnergasse 1, Bauführer Vlastimil Schindler (11952).

" " Hauskanal, Einsiedeleigasse 37, von Karoline Konegen, Zehetnergasse 1, Bauführer Vlastimil Schindler (11953).

XVI. Bezirk: Riegelwandmagazin, Hasnerstraße 120, von Marie Hengel, XVII., Hernalser Hauptstraße 82, Bauführer Franz Gräf (14446).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

I. Bezirk: Rotenturmstraße 13, von der Allgemeinen österreichischen Baugesellschaft, I., Dominikanerbastei 19 (Aussteckung) (1950).

" " Lichtensteg 4, von der Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen „Der Anker", Fischhof 3, durch Baurat Ernst v. Gotthilf & Alex. Neumann (1971).

II. Bezirk: Engerthstraße, Einl.-Z. 2659, 2660, von den Österreichischen Siemens-Schuckert-Werken, Engerthstraße 150 (1896).

X. Bezirk: Hausergasse 20, von Adalbert Sommer, Bauführer derselbe (10018).

" " Favoritenstraße, Grundb.-Einl.-Z. 3045, von Lorenz Nöbauer, Bauführer derselbe (14557).

XIII. Bezirk: Cumberlandstraße, Einl.-Z. 1147 und 1684 Penzing, von Wilhelm und Marie Klor, Hadikgasse 146, Bauführer Ferdinand Baldia (11827).

" " Schweizertalstraße, Einl.-Z. 511 Ober-St. Veit, von Lorenz Miller, IX., Währingerstraße 6/8 (11961).

" " Amalienstraße 18, von Therese Choatlinsky, XII., Rosenhügelstraße 30, Bauführer Karl Biedermann (11972)

XVII. Bezirk: Dornbacherstraße 112, von Barbara Maly (10460).

XXI. Bezirk: Groß-Jedlersdorf, Ecke Schleif- und Obermayergasse, Einl.-Z. 181 und 824, nach dem Grundbuche 833/3, 833/2 und 83°/4, nach dem Kataster 336, 337, 338, 339/1, von Franz Josef Hopf (10506).

Demolierungsanzeigen.

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 120, von S. Stern, XX., Treustraße 47, von Karl Skrobak (1960).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

M. Abt XV, 309.
27. Februar 1913.

Vergebung der für die im Jahre 1913 vorzunehmenden Straßenpflasterungen zu liefernden neuen Pflastersteine.

Biehöck Franz, Kleinzell — 160.000 Stück 7/7" um 610 K.
40.000 Stück 5/7" glatte um 440 K.

4.000 Stück gerade Randsteine um 8 K 30 h per Meter.
Bogenrandsteine um 12 K 50 h per Meter.
100 m³ große ordinäre um 32 K per Kubikmeter.

Schmuckerschlag Johann, Steineck
— 20.000 Stück Würfel um 660 K.
15.000 Stück Formsteine um 1370 K.
Kolonet und Weichsberg:
70.000 Stück Würfel um 630 K.
15.000 Stück Formsteine um 1330 K.
9.000 m Randsteine um 8 K 80 h.
Bogenrandsteine um 12 K 50 h per Meter.

Gebrüder Kerber, Fürstenstein
— 300.000 Stück Würfel um 730 K.
10.000 Stück Zwickel um 485 K.
100.000 Stück glatte um 520 K.
6.000 Stück geritzte um 600 K.
50.000 Stück 5/7/9" geritzte um 780 K.
20.000 Stück Formsteine um 1560 K.
Hautzenberg:
150.000 Stück Würfel um 700 K.
100.000 Stück glatte um 560 K.

Benedikt Karl, Skutschor prima:
— 150.000 Stück Würfel um 720 K.
20.000 Stück 5/7/7" um 535 K.
20.000 Stück doppelt geritzte um 780 K.
10.000 Stück Formsteine um 1590 K, für Lieferungen im II. Bezirke, bei Lieferungen im IX. Bezirke Würfel um 5 K, Formsteine um 10 K höher.
Hutschitzen und Schweinitzen:
60.000 Stück Würfel um 715 K.
30.000 Stück glatte um 520 K.
15.000 Stück doppelt geritzte um 760 K.
7.000 Stück Formsteine um 1550 K.

Aus Brüchen von Erzherzog Este
Dozaran:
15.000 Stück Würfel um 710 K.
Mrazem:
60.000 Stück Würfel um 750 K.
Burgstallen:
80.000 Stück Würfel um 630 K.
30.000 Stück glatte um 480 K.
15.000 Stück 5/7/9" um 690 K.
10.000 Stück Formsteine um 1420 K.
Borschau:
30.000 Stück Würfel um 650 K.
6.000 Stück glatte um 490 K.
3.000 Stück Formsteine um 1400 K.
4.000 Stück Randsteine gerade um 9 K 20 h, gebogen um 13 K 20 h.
Lichnitz:
2.000 m Randsteine gerade um 9 K, gebogene um 13 K.
Burgstaller:
3.000 m Randsteine gerade um 9 K, gebogene um 13 K.

Kapsreiter August, Schärding
— 150.000 Stück Würfel um 730 K.
60.000 Stück Würfel (neues Muster) um 610 K.
10.000 Stück Zwickel um 485 K.
70.000 Stück glatte um 520 K.
6.000 Stück geritzte um 600 K.
80.000 Stück 5/7/9" um 780 K.
15.000 Stück Formsteine um 1560 K.

Straßer Leopold, Sarmingstein
— 280.000 Stück Würfel um 665 K.
9.000 Stück Zwickel um 490 K.
10.000 Stück Formsteine um 1600 K.
150.000 Stück Rechtecksteine um 510 K.
6.000 Stück 5/7/7" geritzte um 600 K.
80.000 Stück doppeltgeritzte um 710 K.
1.000 m Randsteine um 8 K.
80 Stück Bogenrandsteine um 13 K.
200 m³ große ordinäre um 30 K.
200 m³ kleine ordinäre um 30 K.
30 Stück Bogenrandsteine mit einem Radius von 1 bis 1, 5 m Radius mit 10% Aufzahlung, unter 1 m Radius mit 15% Aufzahlung.
Dornach:
150.000 Stück Würfel um 675 K.
6.000 Stück Zwickel um 495 K.
10.000 Stück Formsteine um 1620 K.
50.000 Stück Rechtecksteine um 515 K.
50.000 Stück doppeltgeritzte 5/7/9" um 720 K.
200 m³ große ordinäre um 30 K.
100 m³ kleine ordinäre um 30 K.

Schußmann Johann — Hlinskoer Granit:
75.000 Stück Würfel um 720 K.
5.000 Stück Formsteine um 1650 K.
2.500 Stück Zwickel um 520 K.
10.000 Stück doppeltgeritzte um 760 K.

Poschacher Anton, Mauthausen
— 1,100.000 Stück Würfel um 665 K.
20.000 Stück Lampleiten um 685 K.
120.000 Stück Neuhauser um 610 K.
100.000 Stück glatte Mauthausener um 520 K.
25.000 Stück glatte Neuhauser um 450 K.
6.000 Stück 5/7/7" doppeltgeritzte um 600 K.
300.000 Stück doppeltgeritzte 5/7/9" um 710 K.
18.000 Stück Zwickel Mauthausener um 490 K.
2.000 Stück Zwickel Neuhauser um 450 K.
10.000 Stück Formsteine um 1620 K.
600 m³ ordinäre um 30 K.
2.500 m Randsteine um 8 K.
80 Stück Bogen um 13 K, mit kleinerem Radius 10%, beziehungsweise 15% Aufzahlung.

Echsenbacher Granit-Gesellschaft Armann & Komp., Schrems und Wolfsegg
— 150.000 Stück Würfel um 645 K.
75.000 Stück 5/7/7" um 460 K.
Lanzenhope und Kuchelmühle:
120.000 Stück Würfel um 660 K.
30.000 Stück 5/7/9 um 700 K.
1.000 m gerade Randsteine um 8 K 50 h.
Horitz und Irresdorf:
150.000 Stück Würfel um 620 K.
100.000 Stück 5/7/7" um 445 K.

Granit-Aktiengesellschaft Regensburg, Oberösterreich
— 150.000 Stück Würfel um 730 K.
20.000 Stück 2. Sorte um 610 K.
6.000 Stück Zwickel um 485 K.
3.000 Stück Formsteine um 1560 K.
10.000 Stück glatte 5/7/7" um 520 K.
10.000 Stück 5/7/9" geritzte um 780 K.
Vilshofen:
700.000 Stück Würfel um 730 K.
10.000 Stück 2. Sorte um 610 K.
50.000 Stück glatte 5/7/7" um 520 K.
5.000 Stück geritzte 5/7/7" um 600 K.
20.000 Stück geritzte 5/7/9" um 780 K.
Hautzenberg:
50.000 Stück Würfel um 685 K.
25.000 Stück glatte 5/7/7" um 485 K.

Böck Ludwig — Zumberg:
100.000 Stück Würfel um 720 K.
50.000 Stück glatte um 530 K.
2.000 Stück doppeltgeritzte 5/7/7" um 630 K.
40.000 Stück doppelgeritzte 5/7/9" um 770 K
5.000 Stück Zwickel um 530 K.
10.000 Stück Formsteine um 1560 K.
Mauthausen:
100.000 Stück Würfel um 660 K.
2.000 Stück Formsteine um 1430 K.

Pollak Johann & Komp., A. Ullrich
— Gebharts:
6.000 Stück Würfel um 620 K.
10.000 Stück glatte um 500 K.
4.000 Stück geritzte um 680 K.
Hohenreich:
Randsteine 500 m um 8 K, mit einem Radius von 1 m um 10 K.

Kiesch Johann — Zaluzaner:
5000 m Randsteine um 9 K 50 h.
Bogen um 12 K 80 h.
Burgstaller:
3000 m Randsteine um 9 K.
Bogen um 12 K 50 h.
25.000 Stück Würfel um 730 K.

Lentsch Johann — 50.000 Stück Würfel um 760 K.
3.000 Stück Zwickel um 780 K.
500 m³ große ordinäre um 65 K 50 h.

Fischer Johann & Haas — Mauthstadt:
50.000 Stück Würfel um 580 K.
10.000 Stück 5/7/7" um 420 K.

Schärschinger Genossenschaft für Granitverwertung
— 10.000 Stück Würfel um 628 K.
5.000 Stück 2. Muster 610 K.

Widy Josef, Schrems — 10.000 Stück Würfel um 630 K.
10.000 Stück 5/7/7" um 560 K.
10.000 Stück geritzte 5/7/9" um 700 K.

Kralitschek Johann — Burgstall:
90.000 Stück Würfel um 640 K.
10.000 Stück 5/7/7" um 480 K.
15.000 Stück doppeltgeritzte 5/7/9" um 690 K.
5.000 Stück Zwickel um 470 K.
10.000 Stück Formsteine um 1350 K.
Skutsch:
200.000 Stück Würfel um 710 K.
40.000 Stück glatte um 520 K.
40.000 Stück doppeltgeritzte 5/7/9" um 750 K.
20.000 Stück Formsteine um 1530 K.
Hutschitz:
100.000 Stück Würfel blau um 720 K.
30.000 Stück Würfel grau um 700 K.
15.000 Stück 5/7/7" um 520 K.
6.000 Stück 5/7/9" um 750 K.
15.000 Stück Formsteine um 1580 K.
Pozarer:
15.000 Stück Würfel um 700 K.
Kozarovic:
4000 m Randsteine um 9 K 40 h.
Bogen um 12 K 50 h.
Reipersdorf:
10.000 Stück Würfeln um 640 K.
5.000 Stück glatte um 480 K.
5.000 Stück doppeltgeritzte um 690 K je per 1000 Stück.

* * *

M. Abt. VI, 308.
28. Februar 1913.

Regulierung der Sieveringerstraße im XIX. Bezirke.

Wolf Franz — Aufzahlung 9% für Erd- und Pflasterungsarbeiten.
Aufzahlung 12% für Steinfuhrwerk.
Lovato Josef & Karl Piccardi — Aufzahlung 5%.

* * *

M. Abt. VII, 163.
4. März 1913.

Umbau des Hauptunratskanales in der Bischoffgasse von der Schönbrunnerstraße bis zur Tivoligasse im XII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 14.344 K 75 h.

Rzehaczek E. — Aufzahlung 21·1%.
Mehrwald Leopold — Aufzahlung 15·9%.
Tokats Josef — Aufzahlung 32%.
Peterka Ferdinand — Aufzahlung 12·5%.
Kasparek Johann und Josef Haala — Aufzahlung 16%.

* * *

M. Abt. X, 10857/12.
4. März 1913.

Bau der Sanitätsstation im XIV. Bezirke. Innere Einrichtung für die Wasserleitungsanlage und die Aborte.

Egerth Anton — Nachlaß 23%.
Reder Valentin — Nachlaß 22%.
Hudak Franz — Nachlaß 5%.
Almoslechner Johann — Nachlaß 10% für Posten 1 bis 202.
Nachlaß 15% für Posten 203 bis 206.
Urban Eduard — Nachlaß 20%.
Lerch Josef — Nachlaß 17%.
Maluschek & Komp. — Nachlaß 15·5%.
Schneider J. — Nachlaß 26%.
Med J. — Nachlaß 14%.
Aufzahlung 10% für Waschtische, Ventile, Konsolen.
Eigner's Frz. Wtw. — Nachlaß 23%.

M. Abt. VII, 168.
5. März 1913.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Abt Karl-Gasse von Or.-Nr. 25 bis Or.-Nr. 21 im XVIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 1803 K 61 h.

Rzehaczek E. — Aufzahlung 32%.
Mehrwald Leopold — Aufzahlung 37%.
Kasparek Johann und Josef Haala — Aufzahlung 20%.

* * *

M. Abt. VI, 379.
5. März 1913.

Neupflasterung der Vivenotgasse von der Rauchgasse bis zur Wilhelmstraße im XII. Bezirke.

Tokats Josef — Aufzahlung 2% inklusive Steinzufuhr.
Paganini Karlo — Aufzahlung 10% für Erd- und Pflasterungsarbeiten.
Aufzahlung 14% für Steinzufuhr.
Mentschik Alois — Aufzahlung 15% für Erd- und Pflasterungsarbeiten.
Aufzahlung 6% für Steinzufuhr.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

18. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Offene Handelsgesellschaft Chemische Produkten- und Zündkapselfabrik Viktor Alder (Gesellschafter: Viktor Alder, Rudolf Alder; Geschäftsführer: Emil Wehle) — Verschleiß von Giften und von zur arzneilichen Verwendung bestimmten Stoffen und Präparaten, insofern dies nicht ausschließlich den Apothekern vorbehalten ist (Zweigniederlassung).

Bau- und Kunstschlosserei und Eisenkonstruktionswerkstätte J. Wilhelm (Inhaber: Jakob Wilhelm) — Fabriksmäßiger Schlossereibetrieb — VIII., Bennogasse 28.

Firma Emanuel Heß, Kommandit-Gesellschaft (Geschäftsführer: Robert Schuffer) — Agentie- und Kommissionsgeschäft in Kolonial- und Fettwaren und Gemischtwarenhandel — IV., Paulanergasse 10.

Kellner Josef — Kaffeesieder — X., Favoritenstraße 67.

Schmied Josef — Kleidermacher — XVIII., Gymnasiumstraße 12.

Seyß Robert — Chemigraphische Klischee-Erzeugung — VIII., Alserstraße 43.

Stummer Anton — Warenhandel (beschränkt) — IV., Freihaus.

Zambajko Berta — Handel mit Lebensmitteln und Flaschenbier sowie anderen Verbrauchsgegenständen des täglichen Bedarfes mit Ausnahme des Detail-Verschleißes von Zucker, Kaffee, Tee, Gewürzen ꝛc. — XIX., Hardtgasse 1.

* * *

19. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Wiener Porzellan-Manufaktur J. Böck (Alleininhaber: Josef Böck) — Warenhandel (beschränkt) — IV., Wiedner Hauptstraße 15/17.

Donnenfeld Srul false Neumann — Gastwirt — XVII., Weißgasse 2.

Ehrenberger Karoline, geb. Kurzer — Marktviktualienhandel — XVII., Markt am Dornerplatz.

Körner Ludwig — Marktviktualienhandel — IV., Naschmarkt.

Kosler Friedrich — Gemischtwarenhandel — XIX., Silbergasse 18.

Kreuz Hedwig — Gastwirtsgewerbe — XIV., Selzergasse 38.

Kürt Alfred — Schilder- und Schriftenmaler — IV., Gußhausstraße 14.

Löwinger Paul — Handelsagentur — I., Werdertorgasse 4.

Marchart Hermann — Schlosser — VIII., Florianigasse 67.

Mayer Berta — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — VI., Detailmarkthalle, Zelle 132.

Platzek Ignaz — Warenhandel (beschränkt) — VI., Mariahilferstraße 115.

Solman Luise — Masseurin — XIV., Grenzgasse 9.
Wallner Therese — Fragnerin — XIV., Flachgasse 32.
Windhab Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VIII., Skodagasse 21.
Zuckermandl Edmund — Handelsagentur — VI., Stumpergasse 42.

* * *

20. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Aichinger & Ullmann (Gesellschafter: Wilhelm Ullmann, Anton Aichinger) — Photographiegewerbe (beschränkt) — VIII., Neudeggergasse 1/3.
Automobil-Betrieb Austria, Ges. m. b. H. (Geschäftsführer: Johann Titz) — Einspänner-Lizenz Nr. 452 — VIII., Wickenburggasse, Universitätsstraße.
Friedrich Aemilian — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — I., Wipplingerstraße 18.
Honus Philomena — Gastwirtsgewerbe — I., Fleischmarkt 6 a.
Klein Franz — Tischler — IV., Weyringergasse 33.
Kurz Josef — Einspännerwagen Nr. 1454 — XII., Meidling, Südbahnhof.
Mörzinger Ludwig — Einspänner-Lizenz Nr. 236 — IV., Wiedner Hauptstraße 1.
Moser Franz Wilhelm — Musiker — I., Rathausstraße 21.
Rauch Emil — Fiaker-Lizenz Nr. 12 — I. Stephansplatz.
Sager Sophie, geb. Ondracek — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVII., Hernalser Hauptstraße 89.
Scheithauer Georg — Einspännerwagen Nr. 1158 — III., Neulinggasse, Ungargasse.
Tetra-Unternehmung zur Erzeugung hygienischer Gewebe (Patent Robitschek) Ges. m. b. H. (Geschäftsführer: Siegfried Kohorn) — Fabriksmäßige Erzeugung von Wäschewaren und Verbandstoffen — IX., Roßauergasse 3/5.

* * *

21. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Allina Pauline — Warenhandel (beschränkt) — VII., Mariahilferstraße 114.
Benedikter & Komp. (Gesellschafter: Josef Karl Benedikter, Otto Konstantin Jungwirth) — Warenhandel (beschränkt) — VIII., Langegasse 70.
Brosig Karl — Pachtbetrieb des dem Karl Weber gehörigen Kaffeesiedergewerbes — X., Triesterstraße 5.
Burscha Franz — Glaser (Filiale) — II., Taborstraße 20.
Eisenhammer Adolf — Schuhwarenhandel (Filiale) — II., Stuwerstraße 9.
Felder Johann — Verschleiß von Bilderbüchern, Wunsch- und Märchenbüchern, Briefstellern, Jugendschriften (beschränkt) — XVII., Geblergasse 42.
Grübler Felix, Dr. — Advokat — I., Rathausstraße 5.
Hecht Katharina — Warenhandel (beschränkt) — VI., Laimgrubengasse 20.
Herlinger Alfred — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XV., Markgraf Rüdiger-Gasse 24.
Hochkugler Martin — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VII., Badhausgasse 12.
Kolar Method — Kürschner — VII., Bernardgasse 25.
Kornherr Marie — Handel mit Küchengeräten — VIII., Josefstädterstraße 30.
Kozel Margarete — Damenkleidermacherin — VII., Westbahnstraße 35.
Krakowitz Friedrich Konrad — Warenhandel (beschränkt) — VII., Siebensterngasse 38.
Kremser Karl & Komp. (Gesellschafter: Karl Kremser, Heinrich Hebak) — Taschnergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 113.
Kronhuber Ignaz — Handschuh- und Bandagenmacher — VII., Kandlgasse 6.
Kurkischianz Hans — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Wiener Finanzblatt" — I., Spiegelgasse 8.
Lang August Adolf — Warenhandel (beschränkt) — VII., Karl Schweighofer-Strraße 34.
Lichtmeß Olga — Pfaidlerin — I., Fleischmarkt 15.
Lob Viktoria, geb. Schwab — Naturblumenbinderei und -Handel — VII., Neubaugasse 71.
Loida Marie — Reinigung von Staubtüchern und Imprägnieren derselben mit Fettstoffen — VIII., Laudongasse 32.
Mühlfeld Anna — Warenhandel (beschränkt) — VII., Neubaugasse 36.
Österreichische Petroleum-Export-Aktiengesellschaft (verantwortlicher Stellvertreter: Franz Hepp) — Engroshandel mit Petroleum und dessen Nebenprodukten — I., Annagasse 3.
Patzl Rudolf — Pachtung der der Aloisia Patzl gehörigen Rauchfangkehrer-Konzession — III., Reisnerstraße 3.
Raba Luise — Kleidermacherin — VI., Sonnenuhrgasse 6.
Rada & Anzelini (Gesellschafter: Cäsare Anzelini, Johann Rada) — Fabriksmäßige Erzeugung von Bijouteriewaren — VIII., Uhlplatz 5.
Stratimirovic Milov Michael, Ritter v. — Advokat — I., Nibelungengasse 3.
Walenta Rudolf — Tischler — XVII., Leitermayergasse 11.
Wanek Friedrich, Dr. — Advokat — I., Helferstorferstraße 13.

* * *

22. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Adler Gisela, geb. Hirschfeld — Handel mit Schuhen und Schuhzugehörartikeln — XVI., Brunnengasse 52.
Emil Bartoch — Gemischtwarenhandel — V., Schönbrunnerstraße 139.
Bauer Heinrich — Böttcher — XVI., Seitenberggasse 21.
Bauer Josefa, geb. Hönig — Mieder-Erzeugung — XVI., Thaliastraße 73.
Beck Arnold — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Volkertplatz 12.
Beer Anton — Musiker — V., Einsiedlergasse 20.
Biegler Karoline Johanna, geb. Hein — Handel mit Fragnerciartikeln, Flaschenbier und Flaschenwein — III., Landstraßergürtel beim Schweineschlachthaus.
Birsak Anton — Handel mit Viktualien, Feigenkaffee, Kanditen, Kerzen, Seifen, Waschein, Reibsand und Flaschenbier — V., Schloßgasse 16.
Blahak Melichar — Fleisch-Verschleiß — XVI., Wilhelminenstraße 76.
Bochnicek Marie, geb. Kubanek — Hut-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 29.
Bräuer Johann — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — II., Wolfgang Schmälzl-Gasse 6.
Cap Franziska, geb. Tichy — Handel mit Haus- und Küchengeräten, mit Metallwaren und Metallgalanteriewaren — V., Zentaplatz 6.
Capek Anton, Ges. m. b. H. (Gesellschafter: Anton Capek, Alfred Fantl; Geschäftsführer: Anton Capek) — Fabriksmäßiger Betrieb des Schuhmachergewerbes — XVI., Thaliastraße 28.
Cerny Franz — Spengler — V., Straußengasse 24.
Ciprian Anton — Zuckerbäcker — XV., Goldschlagstraße 21.
Cwrk Adalbert — Kleidermacher — XVI., Hasnerstraße 47.
Dangl Franz — Beseitigung von Hühneraugen — II., Schweidlgasse 15.
Derner Anton — Gemischtwarenhandel — XVI., Neulerchenfelderstraße 6.
Duchek Karl — Klavierstiften- und Stimmnagel-Erzeugung — V., Hartmanngasse 6.
Dvorak Barbara, geb. Zant — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVI., Degengasse 58.
Ebel Antonia — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Schüttauplatz 1.
Eckl Johann — Damenkleidermacher — V., Sonnenhofgasse 3.
Egger Franz — Engros-Handel mit Farben, Bergwerks- und chemischen Produkten (beschränkt) — III., Oberzellergasse 18.
Möbelhaus Glasauerhof Gottlieb Eisenhammer — Handel mit neuen Möbeln — XIV., Mariahilferstraße 180.
Eisner Max — Fleischhauer — II., Springergasse 1.
Feistl Emma, geb. Möderer — Handel mit Viktualien und Kanditen — V., Reinprechtsdorferstraße 9.
Fischmann Ernst — Fiaker-Lizenz Nr. 963 — I., Morzinplatz.
Offene Handelsgesellschaft Österreichische Wasserwerks-Baugesellschaft Flegel, Karl & Stark (Gesellschafter: Julius Flegel, Anton Karl, Florian Stark; Geschäftsführer: Anton Karl) — Ausführung von Gasrohrleitungen und Wassereinleitungen — XVI., Nödlgasse 5.
Franzke Anna — Kanditen-Erzeugung — XVI., Kreitnergasse 46.
Fritz Marie — Konditoreiwaren-Verschleiß — XVI., Ottakringerstraße 19.
Fürst Samuel — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVI., Redtenbachergasse 48.
Gansinger Therese, geb. Schretzenmayer — Marktviktualienhandel — IV., Naschmarkt.
Geißler Josefine — Marktviktualienhandel — II., Borgartenstraße, Marktplatz.
Gläsner Rudolf — Rauchrequisiten- und Spazierstöcke-Verschleiß — XVI., Lerchenfeldergürtel 53.
Gottfried Moses — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Taborstraße 61.
Grün Franz — Musiker — XVI., Brestelgasse 7.
Grünbaum Robert, Dr. — Institut für physikalische Therapie — I., Heßgasse 7.
Guha Franz — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Ennsgasse 27.
Halla Rudolf — Friseur — XVI., Wilhelminenstraße 78.
Hammer Karl Johann — Fragner — V., Embelgasse 32.
Hauerstorfer Rudolf — Lebensmittel-, Konsumwaren- und Flaschenbier-Verschleiß (beschränkt) — XVI., Paletzgasse 10.
Heide Alfred — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Taborstraße 17.
Helzel Rudolf — Friseur und Raseur — IV., Weyringergasse 40.

Hickisch Anna, geb. Tausch — Warenhandel (beschränkt) — XVI., Schellhammergasse 20.
Höfler Leopold — Fensterputzer — V., Schönbrunnerstraße 115.
Firma R. Hoffmann & Komp., Ges. m. b. H. (Geschäftsführer: Ingenieur Martin Blodnig) — Baumeister-Konzession — V., Goldeggasse 20.
Hrazdil Anna, geb. Wachula — Elektrische Wäscherolle — XVI., Koppstraße 41.
Huber Aloisia, geb. Honei — Erzeugung von Damenhutformen aus Stroh und Stoffen — XVI., Thaliastraße 92.
Hübler Maximilian — Photograph — II., Große Mohrengasse 14.
Ilgerl Ferdinand — Gastwirt — XVI., Neulerchenfelderstraße 70.
Ivenz Johann — Musiker — XVI., Deinhardsteingasse 6.
Johoda Anna, geb. Havlicek — Handel mit Holzmöbeln — V., Amtshausgasse 2.
Janousek Stephanie, geb. Glaubenkranz — Damenkleidermacherin — XVI., Neulerchenfelderstraße 81.
Judmann Franz — Fleisch-Verschleiß — II., Schiffmühlenstraße 52.
Karolitsch Karoline, geb. Schittenhelm — Lebensmittel-, Konsumwaren- und Flaschenbier-Verschleiß (beschränkt) — XVI., Koppstraße 78.
Kasal Anna — Fragnerin — V., Nikolsdorfergasse 44.
Kastl Marie, geb. Rind — Verschleiß von Papier, Kurz- und Galanteriewaren, Schreib- und Zeichenrequisiten — XVI., Hasnerstraße 29.
Kacl Franziska — Wäschewaren-Erzeugung — V., Zentagasse 5.
Kernbeis Josef — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVI., Hippgasse 60.
Klein Zlate — Trödler — V., Ramperstorffergasse 30.
Klima Anton — Kleidermacher — XVI., Grundsteingasse 29.
Köhler Franz — Konzession zur Verabreichung von Pferdefleischspeisen, jedoch nur in Verbindung mit dem von ihm betriebenen Pferdefleisch-Verschleiß und gebunden an den Betriebsort Kaisermühlen — II., Schiffmühlenstraße 55.
Kohn Gustav — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Obere Donaustraße 35.
Kohn Jakob — Kommissionshandel mit neuen Möbeln — II., Untere Donaustraße 29.
Kortus Marie, geb. Swoboda — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Gaullachergasse 21.
Krizek Adolf — Handel mit Zimmer- und Kücheneinrichtungsgegenständen — XVI., Ottakringerstraße 170.
Kubec Marie, geb. Sykora — Warenhandel (beschränkt) — XVI., Koppstraße 147.
Labiner Herz Lazar — Hutmacher — V., Schönbrunnerstraße 120.
Lackner Marie, geb. Gundmeier — Viktualien-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 117.
Lager Katharina, geb. Wittmann — Marktviktualien-Verschleiß — XVI., Johann Nepomuk Berger-Platz, Markt.
Laßlo Theresia — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Yppenplatz 10.
Leiter Josefa, geb. Hauer — Marktfahrerin — XVI., Neulerchenfelderstraße 51.
Mayer Emmerich — Handel mit Teppichen — II, Aspernbrückenstraße 4.
Mayer Walburga — Gastwirtsgewerbe — XVI., Herbststraße 55.
Meyer Franz — Steindruckerei und Lithographie — II., Darwingasse 5.
Müller Marie — Wäscheputzerei — V., Grüngasse 19.
Newald Theresia — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Koks — II. Novaragasse 26.
Österreichische Aktiengesellschaft für Spezialbauten (verantwortlicher Stellvertreter: Bernhard Pichler) — Baumeistergewerbe — I., Hoher Markt.
Parkus Karl — Marktviktualien-Verschleiß — XVI., Yppenplatz, Markt.
Peterselka Cäcilie, geb. Jellinek — Gastwirtsgewerbe — II., Zirkusgasse 10.
Philipp Moritz — Kleiderhandel — XVI., Thaliastraße 88.
Pitsch Viktor — Flaschenbier-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 26.
Plhak Johann — Marktviktualienhandel — XVI., Brunnengasse, Markt.
Plhak Johann — Kleinfuhrwerker — XVI., Rückertgasse 24.
Poiger Karl — Erzeugung von Metallputzwaren — V., Arbeitergasse 50.
Politzer Siegmund, Dr. — Ärztliche Praxis — V., Laurenzerberg.
Pollak Moses — Warenhandel (beschränkt) — XVI., Neulerchenfelderstraße 2.
Probst Marie, geb. Stektaub — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Bachgasse 34.
Reihons Johann — Bäcker — XVI., Ottakringerstraße 47.
Riedl Johann — Stukkateur — II, Springergasse 8.
Röder Eduard — Verschleiß von Mehl, Grieß, Kanditen und Zuckerwaren — V., Siebenbrunnengasse 4.
Rybar Adele, geb. Irger — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Richard Wagner-Platz 13.
Salann Franz — Marmorwaren-Erzeugung — V., Wiedner Hauptstraße 111.
Schachtner Marie, geb. Böhm — Handel mit Schnitt- und Pfaidlerwaren — V., Siebenbrunnengasse 29.
Schandera Anna, geb. Manschibel — Marktfahrer — XVI., Lerchenfeldergürtel 27.
Schild Franziska, geb Nowak — Flaschenbier-Verschleiß — XIX., Kahlenbergerstraße 13.
Schleich Marie — Wäschewaren-Erzeugung — V., Spengergasse 1 c.
Schorr Jakob Josef (Inhaber der Einzelfirma A. J. Schorr & Sohn) — Pfaidlerei — II., Große Sperlgasse 35.
Seifert Anna, geb. Siegel — Konditoreiwaren-Verschleiß — XVI., Hasnerstraße 107.
Seitner Anna, geb. Wildner — Marktfahrer — V., Siebenbrunnengasse 7.
Sischka Franz (Alleininhaber: Franz Sischka) — Erzeugung von fugenfreien Asbestfußböden — XVI., Fröbelgasse 21.
Slepizka Ernestine — Handel mit neuen Wäsche- und Pfaidlerwaren, Schuhen, Handschuhen, Schirmen und Galanteriewaren — V., Jahngasse 4.
Sluczanski Dionys — Warenhandel (beschränkt) — XVI., Huttengasse 83.
Smolka Albine — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Sodawasser und Fruchtsäften — V., Schönbrunnerstraße 99.
Steffel Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — II., Castellezgasse 15.
Stein Adalbert — Kleidermacher — V., Wehrgasse 28.
Sternberg Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Rueppgasse 10.
Stich Gustav — Lebensmittel und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVI., Odoakergasse 22.
Stift Johann — Gastwirt — V., Spengergasse 52.
Stubenvoll Rosa — Übernahme von Wäsche zum Waschen, Putzen und Chemischputzen — II., Stuwerstraße 7.
Tauschek Wenzel — Damenkleidermacher — XVI., Herbststraße 30.
Weintögl Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 87.
Wich Josef — Friseur und Raseur — II., Aspernbrückengasse 5.
Winter Regina, geb. Kraus — Handel mit Möbeln und Tapeziererwaren — XVI., Lerchenfeldergürtel 24, Stadtbahnviadukt.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 27. Februar 1913 789
Bezirksvertretungen:
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 24. Jänner 1913 799
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom 29. Jänner 1913 801
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 30. Jänner 1913 802
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 30. Jänner 1913 803
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 12. Februar 1913 805
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 13. Februar 1913 806
Allgemeine Nachrichten:
137. Ziehung des Prämienanlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 808
35 Millionen-Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1894 . . 803
Ausweis der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien 809
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim 809
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals 809
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing 809
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling 809
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Floridsdorf 809
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 4. und 6. März 1913 810
Pferdemarkt vom 4 März 1913 810
Jung- und Stechviehmarkt vom 3. und 6 März 1913 810
Preisbeweaung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 4. März 1913 811
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 5. März 1913 811
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 6. März 1913 811
Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Bäder im Monat Februar 1913 811
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 4. bis 6. März 1913 812
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
Offertverhandlungs-Ergebnisse 812
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 814
Kundmachungen.
Beilage:
Mitteilungen der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrates pro Jänner 1913.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1913.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
19. März 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Dr. Ehrenberg**, Neues Rathaus, V. Stiege 2. Stock)	5826	II., Obere Augartenstraße 12.	Baumeisterarbeiten	7204 K 75 h 1—3
17. März 11 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Dr. Mang**, Neues Rathaus, VIII. Stiege, 1. Stock)	499	Straßenbespritzung im Jahre 1913.	Lieferung des Bedarfes an Gummispritzschläuchen	13.185 K Vorbemerkung: Bedingnisse 2c. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung XI, Amtshaus, VIII., Schlesingerplatz 5. 2—3
12. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	119	Neubau eines Hauptunratskanales in der Leberstraße in der Strecke von der Grillgasse bis zur Kat.-Parz. 422 im XI. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	4111 K 59 h 2—3

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten	
18. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	230	Umbau des Hauptunratskanales in der Bergsteiggasse von der Jörgerstraße bis zur Pezzlgasse im XVII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	9075 K 5 h	1—3
18. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Doblhoffgasse 6, 1. Stock)	143	Reservoir Galitzinstraße.	**Lieferung und Montage der Eisenkonstruktionen** . . . . . **Anstreicherarbeiten**	18.700 K 4089 K	2—3
19. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Doblhoffgasse 6, 1. Stock)	399	Dampfwäscherei im städtischen Donaubade, II., Erzherzog Karl-Platz 4.	1. **Wäschereimaschinen** (Zylinder-Dampfmangel samt Vorgelege, Wäschemangel „Lignitzia", liegende Waschmaschine samt Vorgelege, Gasplätte) . . . 2. **Einflammrohrkessel** samt Montierung (exklusive Einmauerung) 3. **Vier Elektromotoren** samt Leitungen . . . . . Für die sub 1, 2 u. 3 genannten Lieferungen sind gesonderte Offerte einzubringen.	12.520 K 4200 K 3100 K	1—3
13. März 10 Uhr	Abteilung IX (Mag.-Rat **Dr. Konst. Mayer**, Neues Rathaus V. Stiege, 2. Stock)	4670/12	Marktplatz, XXI., Hirschstetten, Genochplatz.	**Herstellung des Asphaltmakadampflasters**	14.900 K	2—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
18. März 10 Uhr	Abteilung X (Mag.-Rat **Koniakowsky**, Neues Rathaus, III. Stiege, Hochparterre)	4590/11	—	**Veräußerung des durch Ausbrennen alter Kränze im Wiener Zentral-Friedhofe verbliebenen, nicht gepauschten Kranzdrahtes im Gesamtgewichte von etwa 2500 Meterzentnern.**	— Vorbemerkung: Bedingnisse in der Verwaltung des Wiener Zentral-Friedhofes. 2—3
11. März 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	10206/12	Doppel-Volks- und Bürgerschule, XIV., Felberstraße.	**Anstreicherarbeiten** . . . . . **Möbeltischlerarbeiten**	24.695 K 50 h 32.217 K 60 h Vorbemerkung: Pläne rc. im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II a. 1—1
13. März 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	14428/12	Zufolge Stadtrats-Beschluß vom 18. Februar 1913, P. Z. 2822, gelangt die im Gebäude der k. k. Textilschule, VI., Marchettigasse 3 befindliche **alte Dampfmaschine ohne Dampfkessel** im Offertwege zum Verkaufe. Die Dampfmaschine ist eine liegende, 10 PH Maschine mit Flachschiebersteuerung, steht zirka 30 Jahre in Verwendung, ist jedoch gut erhalten. Die Maschine kann an Montagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags, an Dienstagen von 10 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags besichtigt werden. Der Verkauf gilt vom Schulgebäude ab und hat der Käufer die Abmontierung und den Abtransport der Maschine auf seine Gefahr und Kosten unter Aufsicht und nach Anordnung des Stadtbauamtes sofort nach erfolgtem Zuschlage zu veranlassen. Der Kaufpreis ist nach erfolgtem Zuschlage vor der Abmontierung der Maschine bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen.	— Vorbemerkung: Nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II d 2—3

***

D. Z. 132/32, 0/12.
61.

Kundmachung.

(Offertausschreibung für die Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XVIII., Währingergürtel.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen beabsichtigt, in der Wagenhalle des Bahnhofes XVIII., Währingergürtel, zwei getrennte Zentral-Heizanlagen ausführen zu lassen, von welchen die eine die Wagenhalle, die zweite die Nebenräume und die im Souterrain befindlichen Baderäume beheizen soll. Letztere ist mit einer Warmwasserbereitung für die Waschapparate der Diensträume und für die Badeanlage in Verbindung zu bringen.

Die Kosten für die beiden Heiz-, sowie für die Bade- und Warmwasserbereitungsanlage sind getrennt zu offerieren.

Wegen Vergebung dieser Arbeiten und Lieferungen wird eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung für **den 4. April 1913, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, Amerlingstraße, ausgeschrieben.

Pläne, Baubeschreibung, allgemeine und besondere Bedingnisse liegen bei der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, auf, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei bis zum 3. April an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung am 4. April 1913, betreffend Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XVIII., Währingergürtel", versehen zu richten oder am Tage der Offertverhandlung, das ist am 4. April 1913, vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu überreichen.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, die Baubeschreibung, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen hat und sich denselben vorbehaltlos unterwirft.

Bezüglich der näheren Bestimmungen über die zu erlegende Kaution wird auf den § 3 der allgemeinen Bedingnisse verwiesen.

Die notwendigen Behelfe, Bedingnisse und Pläne können — soweit der Vorrat reicht — in der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung, VI., Rahlgasse 3, erworben werden.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.
Wien, am 3. März 1913. 1—3

M. Abt. IV, 4278/12.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Hauptfeuerwache Mariahilf, Vergebung der Ziegeldecker-, Schlosser-, Glaser- und Tapeziererarbeiten.)

Wegen Vergebung der folgenden Arbeiten für den Bau der Hauptfeuerwache Mariahilf, VI., Linke Wienzeile-Mollardgasse, und zwar:

1. Der Ziegeldeckerarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 13.000 K (Kaution 650 K),

2. der Schlosserarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 34 315 K 17 h (Kaution 1720 K),

3. der Glaserarbeiten mit einem solchen von 10.181 K (Kaution 510 K) und

4. der Tapeziererarbeiten mit einem solchen von 2455 K (Kaution 120 K)

wird zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 30. Jänner 1913, P. Z. 1628/12, vom Wiener Magistrate, Abteilung IV, **am Freitag den 14. März 1913, pünktlich um 10 Uhr vormittags,** im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Wolfgang Madjera im Neuen Rathause, VIII. Stiege, 1. Stock, neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne und Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II b, Neues Rathaus (Mezzanin), während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen; insbesondere wird auf § 2 der allgemeinen Bedingnisse aufmerksam gemacht, nach dem auf sämtliche Kostenanschlagsposten ohne Ausnahme ein in Prozenten ausgedrücktes einheitliches Anbot zu stellen ist, das auch für alle nach dem städtischen Preistarife zu verrechnenden Regie-, Nachtrags- und unvorhergesehenen Arbeiten gilt.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II b erteilt.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 21. Februar 1913.

Für den Abteilungsvorstand:
Dr. Ebermann,
Magistrats-Sekretär. 2—3

M. Abt. VI, 2853/12.

Kundmachung.

(Verkauf von Motoren, Pumpen und Reservoiren.)

Die Gemeinde beabsichtigt, aus den zur Auflassung bestimmten Schöpfwerken die Motore und Pumpen samt Zubehör (bei einigen Schöpfwerken auch die Reservoire und sonstigen Eisenbestandteile) zu veräußern. Kauflustige erhalten nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VII a (Baurat Podstata), I., Doblhoffgasse 6, woselbst auch die Anbote, und zwar abgesondert für jedes Schöpfwerk einzubringen sind.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 22. Jänner 1913.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Mang,
Magistratsrat. 12—18

M. Abt. V, 460.

Kundmachung.

(Kommissionelle Verhandlung.)

Über das Projekt der „Gemeinde Wien — städtisches Elektrizitätswerk", betreffend Errichtung einer Transformatorenstation im städtischen Kindergarten X., Laimäckergasse, findet am **Montag den 17. März 1913, vormittags 9 Uhr**, die kommissionelle Verhandlung im Sinne des III. Hauptstückes der Gewerbeordnung statt.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich zur anberaumten Stunde X. Bezirk, Ecke Quellenstraße und Laimäckergasse.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichen Projektsbehelfe vom 3. März 1913 bis zum Verhandlungsvortage in der Magistrats-Abteilung V (I., Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock, im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Müller) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegen.

Einwendungen gegen dieses Projekt oder etwaige Bemerkungen können in der genannten Magistrats-Abteilung oder bei der Lokalverhandlung schriftlich oder mündlich vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung eingebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 1. März 1913. 1—1

Kundmachung.

Der gefertigte Ausschuß beehrt sich hiemit, die P. T. Mitglieder des **Kreditvereines der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien** laut § 22 der Statuten zu der **Montag den 17. März 1913, ½6 Uhr abends,** im Alten Rathause, I., Wipplingerstraße 8, 1. Stock, stattfindenden

I. ordentlichen Plenarversammlung

höflichst einzuladen.

Der Eintritt zur Plenarversammlung ist nur gegen Abgabe der Legitimationskarte gestattet. Mitglieder, welche dieselbe nicht erhalten haben sollten, wollen die Legitimation bei der Leitung des Kreditvereines reklamieren.

Tagesordnung:

1. Statutenänderung.
2. Vortrag des Berichtes über die Geschäftsergebnisse und des Jahresabschlusses für die erste Geschäftsperiode vom 16. Oktober 1911 bis 31. Dezember 1912.
3. Bericht der Revisoren.
4. Wahl von vier Ausschußmitgliedern und zwei Ersatzmännern für die durch das Los ausscheidenden Herren: Ignaz Albrecht, Andreas Baudouin, Josef Schelz, Josef Wieninger; Johann Pichler, Karl Preininger.
5. Wahl von drei Revisoren.
6. Eventuelle Anträge der Mitglieder (§ 25 der Statuten).

Der Ausschuß
des Kreditvereines der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien.
1—1

Z. 889.

Kundmachung.

(Karl und Theresia Göschl'sche Stiftung.)

Von den Zinsen des Karl und Theresia Göschl'schen Stiftungskapitales kommen eine Zahl von Stiftungsbeträgen à 100 K im Monate Mai 1913 zur Verteilung.

Anspruch auf eine Beteilung mit diesen Stiftungsbeträgen haben nach der letztwilligen Anordnung der Stifter Geschäftsleute des III. Gemeindebezirkes, welche ohne ihr Verschulden verarmt und durch ihr Verhalten einer Unterstützung würdig und wenigstens zehn Jahre im Bezirke ansässig sind, ohne Unterschied der Nationalität und des Geschlechtes, jedoch müssen sie sich zu einer christlichen Konfession bekennen.

Bürger von Wien oder nach Wien heimatberechtigte Personen haben unter sonst gleichen Voraussetzungen den Vorzug vor anderen Bewerbern.

Wer einmal eine Beteilung aus den Stiftungserträgnissen bezogen hat, ist für das nächste Jahr von dem Bezuge einer solchen ausgeschlossen. Die Gesuche sind, mit den notwendigen Dokumenten versehen, **bis 10. April 1913** in der Kanzlei der Bezirksvertretung Landstraße, III., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 5. März 1913.

Der Bezirksvorsteher des III. Wiener Gemeindebezirkes:
Paul Spitaler. 1—3

M. Abt. XIII, 901/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Treitl'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Zwei Stiftplätze im Betrage von je 1000 K an eine männliche und an eine weibliche Person.

Zur Bewerbung sind berufen: Ledige Männer im Alter von 24 bis einschließlich 32 und Mädchen im Alter von 20 bis einschließlich 28 Jahren, christlichen Glaubens, die einen unbescholtenen Charakter, Fleiß, sittlichen Lebenswandel, gesunde Leibeskonstitution, Dürftigkeit und den Antritt eines Handwerkes

***

oder anderen soliden Geschäftes bei ihrer beabsichtigten Verehelichung gehörig auszuweisen imstande sind.

Die ehelichen Nachkömmlinge der Verwandten des Stifters und die Waisen oder Kinder verarmter braver Wiener Bürger sollen unter gleichen Umständen den Vorzug vor anderen haben.

In der Regel soll nur eines der Brautleute einen Ausstattungsbetrag bekommen, bei besonders rücksichtswürdigen Umständen aber können auch beide Brautleute beteilt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis und amtsärztliches Gesundheitszeugnis.

Der Nachweis über den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes kann auch nach Verleihung beigebracht werden.

Wenn ein Vorzugsrecht in Anspruch genommen wird, ist außerdem der entsprechende Nachweis hierüber beizubringen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. März 1913.**

Verleihungstag: 1. Mai 1913.

Auszahlung nach Antritt des Handwerkes und geschehener Verehelichung.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 114/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Ludwig Edler v. Reithoffer'sche Stiftung.

Verteilt werden: 1200 K in 12 gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte Wiener Bürger und verarmte, in Wien wohnende Personen, welche ein Gewerbe in Wien betrieben haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Bürgerrechtsnachweis, beziehungsweise Nachweis, daß Bittsteller ein Gewerbe in Wien betrieben hat.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Verleihungstag: 10. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 15. Februar 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 116/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung
für Gewerbetreibende.

Verteilt werden: 2100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Wiener Gewerbetreibende und Witwen von solchen mit Kindern, welche ihr Gewerbe noch betreiben, ohne ihr Verschulden mittellos geworden sind und ohne Beihilfe außerstande wären, ihr Gewerbe weiter zu betreiben.

Bei sonst gleichen Verhältnissen haben Bürger von Wien den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)schein des anderen Gattenteiles, Tauf(Geburt)zettel der Kinder, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Heimatschein oder Bürgerrechts-Dekret, von Witwen der Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Verleihungstermin: Im November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Februar 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 115/13. Selbständiger Wirkungskreis

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung
für Techniker.

Verliehen werden: Drei Stipendien im Betrage von je 210 K vom Sommersemester 1913 an auf Studiendauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbemittelte, in Wien geborene Hörer der k. k. Technischen Hochschule in Wien, welche sich durch fleißige Verwendung, vorzügliche Befähigung und gute Sitten auszeichnen.

Bei sonst gleichen Umständen genießen Söhne von Wiene Bürgern den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Verleihungstermin: November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Februar 1913. 3—3

Matscheko'sche
Kunststein- u. Zementwaren-Fabrik
Wien, X/1, Trostgasse 100
(Tramway-Endstation Triesterstrasse.)
Spezialität: Fassade-Inkrustation, Renovation aller Steinbauten, Stiegenstufen-Ausbesserung etc.
Telephon Nr. 2850.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 20. Dienstag den 11. März 1913. Jahrgang XXII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (k. k. Tabak-Trafik) **und im Redaktionslokale I., Lichtenfelsgasse 5, 1. Stock.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Sitzung des Gemeinderates.

Dienstag den 11. März 1913, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 11. März 1913, vormittags 10 Uhr.
Mittwoch den 12. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates **vom 28. Februar 1913.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Baron, Braun, Brauneiß, Büsch, Dechant, Fraß, Grünbeck Sebastian, Dr. Haas, Hallmann, Hermann, Hörmann, Kleiner, Knoll, Oppenberger, Rain, Schmid, Schneider, Schreiner, Tomola, Wessely, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Gräf, Poyer.
Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Achleitner.

Vize-Bürgermeister Hoß eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilung:

Der Verein der Beamten der Stadt Wien dankt für die Ausschmückung des Kursalons anläßlich des X. Kränzchens des Vereines der Beamten der Stadt Wien. (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Rain** wird beschlossen:

(3344, St. Stellw. Unt., 129.) Es wird genehmigt, daß der Stellwagenbetrieb der Linie Stadt—Alserstraße—Hernalsergürtel in der in der Verhandlungsschrift vom 20. Jänner 1913, Z. 39, der Magistrats-Abteilung VII festgestellten Weise, während der Dauer des Baues des Alsbachentlastungskanales in der Alserstraße und Kinderspitalgasse, aufrecht erhalten bleibe.

(1690, M. A. XXII, 124.) Die Anzeige des Rathauskellerwirtes Josef Dombacher, betreffend die Lösung seines Gesellschaftsverhältnisses mit Ferdinand Milloch, wird zur Kenntnis genommen.

(1201, M. B. A. VIII, 29825/12.) Dem Ansuchen des Johann Arlett um Genehmigung der Anbringung von zwei Bogenlampen

sowie eines Steckschildes bei seinem Geschäftslokale in einem Abstande von 2 m über dem Trottoir wird im Sinne der Äußerung der Bezirksvertretung Folge gegeben.

(3426, M. B. A. XVII, 55820/12.) Dem Alois Winkler wird aus Billigkeitsgründen der Betrag von 89 K 60 h zur teilweisen Deckung der von ihm beglichenen Verpflegskosten für Marie Teizl auf Rechnung der Wiener städtischen Dienstbotenkrankenkassa rückvergütet.

(3425, M. B. A. XII, 4719.) Das neuerliche Ansuchen des Karl Henkel um gnadenweise Übernahme der für die Kinderfrau Genovefa Reiterer im k. k. Allgemeinen Krankenhause aufgelaufenen Verpflegskosten im Betrage von 35 K 20 h für Rechnung der Wiener Dienstbotenkrankenkassa wird abgewiesen.

Das magistratische Bezirksamt für den XII. Bezirk wird ermächtigt, eventuelle weitere, denselben Gegenstand betreffende Eingaben selbständig ohne Vorlage an den Stadtrat zurückzuweisen.

(3345, St. Stellw. Unt., 245.) Der Bericht der Direktion der städtischen Stellwagenunternehmung, betreffend den Verkehr zum Asperner Flugfeld, wird zur Kenntnis genommen und genehmigt, daß seitens der städtischen Stellwagenunternehmung der Stellwagenbetrieb in der Flugwoche zwischen Wien, beziehungsweise Stadlau—Aspernflugfeld zu unterbleiben hat.

(2955, M. B. A. VIII, 30773/12.) Die Bezirksamts-Anträge betreffend acht Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1912, werden genehmigt.

(1454, M. A. XI, 63117/12.) Dem Armenrate des VIII. Bezirkes und derzeitigen Kassier des Armeninstitutes Josefstadt August Gude wird das Diplom für eine mindestens zehnjährige verdienstvolle Ausübung des Ehrenamtes als Armenrat verliehen.

(2792, St. Stellw. Unt. 119.) Unter gnadenweiser Anwendung der Bestimmungen über die Ruhegenüsse der Angestellten der städtischen Stellwagenunternehmung und ihrer Angehörigen wird dem Kontrollor Andreas Klimesch eine jährliche Pension von 766 K 8 h ab 1. Mai 1913 zuerkannt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Baron** wird beschlossen:

(3518, M. A. XIV, 422.) In Festsetzung des General-Baulinien- und Regulierungsplanes wird gemäß § 105 der Bauordnung für Wien bestimmt:

Für das Gebiet des ehemaligen Gaswerkes in Döbling zwischen der Gymnasiumstraße und der Billrothstraße wird der aus den Plänen 1 und 2 des Stadtbauamtes, Z. 3281/XIII ex 1912, bestehende General-Regulierungsplan genehmigt und haben die im Plane 2 rot gezogenen und schraffierten Linien a b — c d — e f f' — g h h' i — k l l' — m n — o p — q r r' — s s' t — u v — w x — y z — a_1 b_1 dann i v — k w — l' x — m y — n z — o a_1 — p b_1 — q c_1 — r_1 d_1 — s f_1 e e_1 — c_1 d_1, als neue Baulinien für die Gassen 1, 2, 3, 4, 5 und 6 für die Plätze A und B zu gelten.

Für die neuen Gassen werden die im Plane 2 des Stadtbauamtes, Z. 3281/XIII ex 1912, eingeschriebenen Straßenbreiten und die auf Plan 2 eingezeichneten Querprofile festgesetzt.

Als neue Straßenhöhen werden die im Plane 2, Z. 3281/XIII ex 1912, rot eingeschriebenen Koten, welche die Höhen in Metern über dem Nullpunkt des Pegels an der Ferdinandsbrücke angeben, bestimmt.

Bezüglich der Verbauung wird bestimmt, daß dieselbe mit dreistöckigen Wohnhäusern zu erfolgen hat, deren Hauptgesimse innerhalb jedes einzelnen Blockes in Übereinstimmung zu bringen sind, und deren Dächer möglichst gleiche Neigung erhalten, damit alle Giebel und Feuermauern gedeckt werden.

Die Verbauung der städtischen Gründe darf nur an der Baulinie und nur mit Gassendoppeltrakten derart erfolgen, daß in jedem einzelnen Blocke zusammenhängende Höfe entstehen. Die Errichtung von Hoftrakten ist untersagt.

Die Verbauung des Blockes f_1 s s' t h_1 g_1 f_1 hat derart zu erfolgen, daß weder von der Gürtelstraße noch von der Döblinger Hauptstraße und der verlängerten Hasenauerstraße ein Anblick von Feuermauern sich ergibt. Die zwischen der Linie f_1 g_1 und der nördlichen Grenze des israelitischen Friedhofes liegende Fläche ist dauernd unverbaut zu belassen und gärtnerisch auszugestalten. Die an die Linie f_1 g_1 angrenzenden Gebäude haben gegen diesen Gartenstreifen fassadierte Fronten mit Fenstern zu erhalten.

Bei der Verbauung, beziehungsweise Parzellierung dieses Blockes ist von der Baubehörde die freiwillige Eröffnung eines Durchganges längs der nördlichen Grenze des israelitischen Friedhofes von der Döblinger Hauptstraße zur Gasse 6 in einer Breite von mindestens 3 m anzustreben. (An den Gemeinderat.)

(3530, M. A. III, 6850/12.) Das Offert der Eheleute Josef und Theresia Hengl, der Gemeinde Wien die im Grundbuche Unter-Sievering unter Einl.-Z. 410 inneliegende Kat.-Parz. 777, im Katastralausmaße von 2352 m² käuflich zu überlassen, wird mit Rücksicht auf die übertrieben hohe Forderung abgelehnt.

(3529, M. A. III, 325.) Das Offert des Dionys Ehrenreich, der Gemeinde Wien die im Grundbuche Ober-Döbling unter den Einl.-Z. 1030 bis 1037, 1049 bis 1054, 1057, 1059 bis 1061 inneliegenden Liegenschaften im Ausmaße von insgesamt 9573 m² zu überlassen, wird mit Rücksicht auf die weitaus zu hohe Forderung abgelehnt.

(3528, M. A. III, 8253/12.) Der Stadtrats-Beschluß vom 7. Februar 1913, Z. 2311, betreffend die Verpachtung eines Teiles der Kat.-Parz. 965/1 Grinzing an Josef Czepiczka wird in der Richtung abgeändert, daß der oberwähnte Teil der Kat.-Parz. 965/1 Grinzing an Josef Czepiczka und Kamillus Tocht verpachtet werde; die übrigen Bestimmungen des Stadtrats-Beschlusses vom 7. Februar 1913, Z. 2311, bleiben aufrecht.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Büsch** wird beschlossen:

(3510, M. A. VII, 155.) Dem Ansuchen des Stadtbaumeisters Eduard Rzehaczek, V., Kriehubergasse 16, um Nachsicht der beim Kanalneubau in der Grünbergstraße im XII. Bezirke eingetretenen Terminüberschreitung in der Dauer von fünf Arbeitstagen gegenüber dem mit 30 Arbeitstagen festgesetzten Termine wird Folge gegeben.

(3509, M. A. VII, 96.) Dem Ansuchen des Stadtbaumeisters Eduard Rzehaczek, V., Kriehubergasse 16, um Nachsicht der beim Kanalumbaue in der Ratschkygasse im XII. Bezirke eingetretenen Terminüberschreitung in der Dauer von $2^1/_2$ Arbeitstagen gegenüber dem mit 15 Tagen festgesetzten Arbeitstermine wird Folge gegeben.

(3470, M. A. XV, 12554/12.) Von den Arbeiten und Lieferungen für den Kindergartenbau XII., Hetzendorferstraße 57, werden vergeben:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten an Gottfried Lemböck, XII., Schlöglgasse 28, gegen einen Nachlaß von 8·5 Prozent von den amtlichen Kostenanschlagspreisen.

2. Romanzementlieferung an die Firma Zementfabrik Perlmoos, IV., Lothringerstraße 8, zu dem offerierten Preise von 2 K 70 h per 100 kg netto in Fässern.

3. Steinmetzarbeiten an Leopold Schäftner, XI., Lorystraße 65, gegen den offerierten Nachlaß von 26 Prozent von den amtlichen Kostenanschlagspreisen.

4. Zimmermannsarbeiten an die Firma Adalbert Chromy's Wtwe. & Sohn, XIV., Rauchfangkehrergasse 39, zu den amtlichen Kostenanschlagspreisen.

5. Bautischlerarbeiten an die Firma Julius Fabrus' Nachfolger Brückner & Swoboda, III., Hohlweggasse 30, gegen eine Aufzahlung von 7 Prozent auf die amtlichen Kostenanschlagspreise.

6. Schlosserarbeiten an Johann Sommer, IX., Pfluggasse 7, gegen einen Nachlaß von 13 Prozent von den amtlichen Kostenanschlagspreisen, beziehungsweise zu den Tarifpreisen für Unvorhergesehenes und Regiearbeiten.

7. Anstreicherarbeiten an Johann Kern, XIV., Ullmannstraße 52, gegen einen Nachlaß von 23 Prozent von den amtlichen Kostenanschlagspreisen.

8. Glaserarbeiten an Peter Tesar's Söhne, XII., Migazziplatz 5, gegen einen Nachlaß von 22 Prozent von den amtlichen Kostenanschlagspreisen und Tarifpreise für Unvorhergesehenes.

(3446, M. A. XXII, 2654/12.) St.-R. Büsch referiert über die Vergebung der Lieferung von Kokosteppichen für die städtischen Amts- und Anstaltsgebäude bis 31. Dezember 1915 und beantragt, die Lieferung der für die städtischen Ämter und Anstalten erforderlichen Kokosteppiche bis zum 31. Dezember 1915 der Firma A. Herzmansky zu nachstehenden Preisen zu übertragen:

Qualität A.

67 cm breit, 2 K mit Borte, 1 K 93 h ohne Borte, 30 h für das Einfassen;

90 cm breit, 2 K 70 h mit Borte, 2 K 60 h ohne Borte, 38 h für das Einfassen;

100 cm breit, 3 K mit Borte, 2 K 90 h ohne Borte, 40 h für das Einfassen;

112 cm breit, 3 K 35 h mit Borte, 3 K 25 h ohne Borte, 45 h für das Einfassen;

125 cm breit, 3 K 75 h mit Borte, 3 K 62 h ohne Borte, 52 h für das Einfassen.

Qualität B.

67 cm breit, 2 K 20 h mit Borte, 2 K 10 h ohne Borte, 30 h für das Einfassen;

90 cm breit, 2 K 95 h mit Borte, 2 K 85 h ohne Borte, 38 h für das Einfassen;

100 cm breit, 3 K 25 h mit Borte, 3 K 15 h ohne Borte, 40 h für das Einfassen;

112 cm breit, 3 K 65 h mit Borte, 3 K 55 h ohne Borte, 45 h für das Einfassen;

125 cm breit, 4 K 10 h mit Borte, 3 K 95 h ohne Borte, 52 h für das Einfassen.

St.-R. Hallmann beantragt die Vergebung der Lieferung an die Firma Julius Meister.

Der Antrag des St.-R. Hallmann wird abgelehnt und der Referenten-Antrag sohin angenommen.

(3257, M. A. XXI, 244/12.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer** referiert über die Vergebung der Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für das statistische Jahrbuch und für den Verwaltungsbericht der Jahrgänge 1912 bis 1916 und beantragt, die Vergebung der Buchdruckerarbeiten für die Berichte der Gemeindeverwaltung und für die statistischen Jahrbücher der Stadt Wien für die Jahre 1912 bis 1916 der Firma Paul Gerin und die Buchbinderarbeiten für diese Verwaltungsberichte, beziehungsweise Jahrbücher für die gleiche Lieferungsperiode (1912 bis 1916) der Firma Karl Scharf's Witwe zu übertragen.

St.-R. Hörmann beantragt, die Vergebung der Buchdruckerarbeiten für den Verwaltungsbericht an die Firma Sperl unter der Bedingung, daß sich diese Firma mit einer Vertragsdauer von fünf Jahren einverstanden erklärt.

Der Referenten-Antrag wird mit dem Abänderungs-Antrag des St.-R. Hörmann angenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hallmann** wird beschlossen:

(3517, M. A. XIV, 271.) Über Ansuchen des Ignaz, Gustav und Rudolf Gridl wird die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 1073 und 1074 des Grundbuches des V. Bezirkes, Kat.-Parz. 867, 868/2 und 309/1 nach Maßgabe der vorgelegten Abteilungspläne auf zwei Baustellen (I und Kat.-Parz. 867) und zwei Baublöcke (II und III) als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-O. gemäß dem Magistrats-Antrage bewilligt.

Es wird die Zustimmung zur Ausstellung einer Löschungserklärung über die auf der Liegenschaft Einl.-Z. 1074 in C, sub Posten 7, 9 und 10 und über die auf der Liegenschaft Einl.-Z. 1073 in C, sub Posten 3, 5, 10, 11, 12, 13, 14 und 15 einverleibten Reallasten auf Kosten der Gesuchsteller unter der Bedingung erteilt, daß die oben genannte Abteilung gleichzeitig grundbücherlich durchgeführt werde.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(3475, M. A. XIV, 24/09.) I. Für die Liegenschaft Einl.-Z. 99 Grundbuch Wieden, IV. Bezirk, Favoritenstraße 1, werden die genehmigten Baulinien nach den im Plane des Stadtbauamtes, Z. 31/XIII ex 1909, rot eingezeichneten und rot schraffierten Linien a b c c' d' d abgeändert.

II. Die Gemeinde Wien überläßt der Pensionsgesellschaft bildender Künstler in Wien den nach Maßgabe dieser Baulinienbestimmung zur Bauarea einzubeziehenden Grund im Ausmaße von zirka 95·5 m² unter der Bedingung, daß der nach dieser Baulinienbestimmung zur Straße entfallende Grund von 159 m² der

Gemeinde unentgeltlich überlassen werde und daß die Pensionsgesellschaft bildender Künstler Wiens außerdem eine Aufzahlung von 24.905 K bei Ausfertigung des Baukonsenses bei dem seinerzeitigen Neubau des Hauses Favoritenstraße 1 bezahlt. Die Übertragungsgebühr, die Kosten der Plananfertigung, des Rechtsgeschäftes und seiner Durchführung hat die Pensionsgesellschaft bildender Künstler Wiens zu tragen. Die Gültigkeitsdauer dieser Schadloshaltungs-, beziehungsweise Übernahmspreisbestimmung wird auf zwei Jahre eingeschränkt. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Oppenberger** wird beschlossen:

(3521, M. A. III, 5826/12.) Die Renovierung des städtischen Hauses II., Obere Augartenstraße 16, und zwar die Färbelung der Gassen- und Hoffassaden, der Anstrich der äußeren Fensterflügel nach vorangegangener Reparatur, durch Tischler, Glaser und Schlosser, die Reparatur der Feuer- und Lichthofmauer, das Ausmalen der Stiegen und Gänge, das Weissen der Aborte, die Neueindeckung des Daches mit Eternit, die Erneuerung der Dachbleche, der Anstrich der äußeren Türen, des Haustores und des Windfanges, die Herstellung eines Ölanstriches (Sockels) im Stiegenhauses und in der Waschküche, wird nach dem von der Stadtbuchhaltung adjustierten Kostenanschlage mit dem in Ausgabs-Rubrik XII 4 a bedeckten Betrage von 13.969 K 63 h genehmigt.

Zur Vergebung der Baumeisterarbeiten im Betrage von 7204 K 75 h wird auf Grund der vom Bauamt vorgelegten allgemeinen und besonderen Bedingnisse eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung ausgeschrieben. Die übrigen Arbeiten sind an kurrente Ersteher zu vergeben.

Die Renovierung ist im Frühjahre 1913 ausführen zu lassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(2253, M. A. XI b, 12804/12.) Das Detailprojekt für die Ausführung der elektrischen Anlage (veranschlagt mit 19.500 K), der Blitzableiteranlage (veranschlagt mit 1350 K), der Gasanlage (veranschlagt mit 4200 K), eines elektrischen Personenaufzuges (veranschlagt mit 8300 K) und eines elektrischen Speisenaufzuges (veranschlagt mit 5200 K) am Baue des Pavillons I des Wiener Versorgungsheimes wird genehmigt und zur Kenntnis genommen, daß sich hiedurch die bisher bewilligten Baukosten von 1,254.185 K 48 h um 38.550 K erhöhen.

(An den Gemeinderat.)

(1074, M. A. XIV, 4195/11.) 1. Hinter den im Plane des Stadtbauamtes Z. 1112/XIII ex 1911, mit den Buchstaben d e und f a g bezeichneten Baulinienstrecken der Reichgasse im XIII. Bezirke sind mindestens 5 m tiefe Vorgärten anzuordnen und als solche dauernd zu erhalten. Der Abschluß der Vorgärten untereinander und gegen die Straße hat mit einem die Durchsicht freilassenden Gitter auf gemauertem Sockel zu erfolgen.

2. An der Grenze der Häuser Lainzerstraße 48 und Reichgasse 2 ist ein je 3 m breiter Raum als Seitenabstand dauernd unverbaut zu belassen.

3. Am Zusammenstoße der Häuser Lainzerstraße 48 und Reichgasse 2 wird die genehmigte Baulinie nach der im Plane rot schraffierten, mit den Buchstaben a b c bezeichneten Linie abgeändert. (An den Gemeinderat.)

(2880, M. A. XV, 13148/12.) Die für den Schulbau XIII., Amalienstraße, notwendigen Schlosserarbeiten werden der Firma Johann Hackl, XIV., Hütteldorferstraße 212, gegen einen Nachlaß von 13 Prozent von den Kostenanschlagspreisen unter der Bedingung übertragen, daß er auch für Regie- und unvorhergesehene Arbeiten 13 Prozent Nachlaß gewährt.

(2740, M. A. VII, 1090/12.) Dem Ansuchen der Betonbauunternehmung Adolf Baron Pittel um Nachsicht der beim Baue des Hauptunratskanales in der Winzerstraße im XIII. Bezirke gegenüber dem mit 30 Tagen festgesetzten Arbeitstermin eingetretenen Terminüberschreitung von 26 Arbeitstagen wird Folge gegeben.

(3052, M. A. XV, 13432/12.) Die für den Schulbau XIII., Linzerstraße, notwendigen Schlosserarbeiten werden der Firma Franz Krejczi, XIII., Hollergasse 13, nach ihrem Offerte gegen einen Nachlaß von 13 Prozent, Posten 63 und 64 und Regiearbeiten zu Tarifpreisen, übertragen.

(3400, M. A. XV, 2977.) Die für die Wasserleitungseinrichtung und Klosettlieferung am Schulbaue XIII., Linzerstraße, notwendigen Arbeiten und Lieferungen werden der Firma Franz Eigner's Witwe, III., Marxergasse 33, nach ihrem Offerte gegen einen Nachlaß von 24 Prozent von den Kostenanschlagspreisen übertragen.

(3404, M. A. III, 50.) Die Gemeinde Wien verkauft an die Eheleute Rudolf und Gabriele Lang die im Grundbuche Ober-Baumgarten unter Einl.-Z. 290 inneliegende, aus der Kat.-Parz. 12/32 mit einem Ausmaße von zirka 610·50 m² bestehende Baustelle 65 an der Helmesbergergasse im XIII. Bezirke, wie sie liegt und steht, um den Einheitspreis von 18 K per Quadratmeter, somit um den Kaufschilling von zirka 10.989 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling ist binnen sechs Wochen nach Verständigung der Käufer von der Annahme ihres Anbotes fällig.

2. Die Käufer nehmen zustimmend zur Kenntnis, daß auf dieser Baustelle nur ein höchstens Souterrain, Hochparterre und erstes Stockwerk enthaltendes Gebäude im Villenstile erbaut werden darf, und daß im übrigen die Bestimmungen der Vorschrift für den Verkauf der durch die Parzellierung der Schloßparkrealität in Ober-Baumgarten entstandenen Baustellen auf diesen Kauf sinngemäß Anwendung zu finden haben.

3. Die Käufer sind verpflichtet, die Baustelle binnen zwei Jahren nach Übergabe zu verbauen.

Zur Sicherstellung der Erfüllung dieser Verbindlichkeit hat ein Teilbetrag von 1000 K des Vadiums als Kaution liegen zu bleiben.

Der Gemeinde Wien wird ausdrücklich das Recht eingeräumt, diese Kaution ohne Anrufung eines Gerichtes zu realisieren und zu den eigenen Geldern einzuziehen, wenn nicht bis zu dem Ablaufe der zweijährigen Frist wenigstens eine erste Benützungsbewilligung für den Neubau erwirkt ist.

4. Bei Verbauung der Baustelle ist der Vorgarten gegen die Gasse mit einem die freie Durchsicht nicht behindernden Gitter auf gemauertem oder Betonsockel abzuschließen.

5. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Käufer zur Gänze allein. (An den Gemeinderat.)

(3452, M. A. III, 888.) Dem Ansuchen des Dr. Nikolaus Damianos, ihn aus dem Offerte, betreffend den Ankauf eines Teiles der Kat.-Parz. 15/1, 16/1, 313/1, 24/2 und der Kat.-Parz. 23/2 Unter-Baumgarten zu entlassen, wird in Berücksichtigung der von ihm dargelegten Verhältnisse stattgegeben. Zugleich wird die Ausfolgung des erlegten Vadiums gestattet.

(3462, M. A. XXII, 184.) Dem Ansuchen des Mesners der städtischen Kirche in Unter-St. Veit im XIII. Bezirke um Erhöhung seiner Remuneration wird keine Folge gegeben.

(2982, M. A. XIV, 5039/12.) Dem Oskar Goldschmidt, Eigentümer der Liegenschaft Einl.-Z. 1022 Grundbuch Ober-St. Veit im XIII. Bezirke, wird gemäß dem Magistrats-Antrage die politische Bewilligung erteilt, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne diese Liegenschaft auf vier Baustellen abzuteilen.

Die Abteilung stellt sich nach § 3, lit. a Wr. B.-O. als Parzellierung dar.

(3487, M. B. A. XIII, 4857.) Den Erben nach Franziska Abel wird unter Abstandnahme von den mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 24. März 1893, P. Z. 3294, festgesetzten Verbauungsbestimmungen die Herstellung eines ebenerdigen Kanzleigebäudes und zweier hölzerner Lagerschuppen auf der Liegenschaft Einl.-Z. 187 des Grundbuches Hietzing am Hietzingerkai im XIII. Bezirke für den Betrieb eines Schieferdeckergewerbes vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauvollendung gestattet.

Hiebei wird bedungen, daß sich die Bauwerber für sich und ihre Rechtsnachfolger mittels intabulationsfähigen Reverses verpflichten, die angeführten Baulichkeiten über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien sofort und ohne Anspruch auf eine Entschädigung zu demolieren, widrigens die Gemeinde berechtigt sein soll, die Demolierung auf Gefahr und Kosten der jeweiligen Grundeigentümer zu veranlassen. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(3561, M. A. III, 830.) Die bei der freiwilligen Feilbietung vom 24. Februar 1913 stattgefundene Erwerbung der Liegenschaft Kat.-Parz. 1192, Einl.-Z. 596 Grundbuch Dornbach, für die Gemeinde um den Betrag von 19.550 K wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird beschlossen:

(3447, M. A. III, 6111/12.) Die Schöpfwerke im städtischen Reservegarten in Kagran und in der städtischen Baumschule in Albern, sowie das Pumpwerk im Türkenschanzparke sind im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung zu veräußern.

Sämtliche bereits eingelangten Anbote auf Ankauf des Schöpfwerkes im städtischen Reservegarten in Kagran werden abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Baron** wird beschlossen:

(3493, M. B. A. XIX, 1955.) Dem Arnold Keßler wird zur Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtung, den bei seiner Villa Or.-Nr. 2 Neidhartgasse nächst der Hartäckerstraße, XIX. Bezirk, im Seitenabstande hergestellten abzutragen oder den zur Herstellung des festgesetzten Seitenabstaandes erforderlichen Grund von der benachbarten Liegenschaften zu erwerben, eine letzte unerstreckbare Frist bis 1. Mai 1916 erteilt.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(3102, M. A. XVI, 2471.) Zur Bedeckung des Mehrerfordernisses an Vorspannsauslagen im Monate Dezember 1912 wird zu der Rubrik LI „Vorspannsauslagen" ein Nachtragskredit pro 1912 in der Höhe von 2540 K 80 h bewilligt.

(3193, M. D., 354.) Der städtische Ratsdiener Karl Kugler wird über sein Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und demselben der Ruhegenuß mit 2475 K 20 h bemessen und demselben eine jährliche Pensionszulage von 124 K 80 h bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(3194, M. D., 284.) Der Aushilfsdiener Karl Hörle wird im Wege der Vorrückung mit dem Range vom 9. Jänner 1913 zum Amtsdiener II. Bezugsklasse mit den systemisierten Bezügen eines solchen befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(3306, M. A. III, 8472/12.) Der von dem provisorisch ernannten Stadtgarten-Assistenten II. Klasse Rudolf Distl vorgelegte Nachweis der Zuständigkeit in Wien wird als rechtzeitig erbracht angesehen und dem Genannten das Definitivum verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(3253, M. D., 80.) Der provisorische Exekutionsamts-Akzessist Emil Reinold wird in den Stand der Diurnisten und Kanzlisten unter Berücksichtigung seiner Gesamtdienstzeit bei der Gemeinde als Kanzlist II. Klasse eingereiht.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **4. März 1913.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende:

Baron,	Dr. Haas,
Braun,	Hallmann,
Brauneiß,	Hermann,
Büsch,	Hörmann,
Dechant,	Kleiner,
Fraß,	Knoll,
Grünbeck Sebastian,	Dr. Mataja,

Poyer, Tomola,
Schmid, Wessely,
Schneider, Wippel,
Schwer, Zatzka.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.

Entschuldigt: St.-R. Gräf, Heindl, Oppenberger, Rain, Schreiner,
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Künzl.

Vize-Bürgermeister Hoß eröffnet die Sitzung.

(P. Z. 3635, B. A. XIII, 7178.) **St.-R. Poyer** referiert über das Ansuchen der Katharina Kauba um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität XIII., Gallgasse 21 und beantragt die Ermäßigung der Gebühr per 648 K 60 h auf den Betrag von 454 K 2 h im Sinne des Bezirksamts-Antrages.
(Angenommen.)

(P. Z. 3585, B. A. XIII, 26707/12.) St.-R. Poyer referiert über den Entwurf des mit Luise Klein abgeschlossenen Übereinkommens, betreffend die Räumung der ihr verpachteten städtischen Grundparzellen vor den Häusern XIII., Altgasse 23 und 23 a für Gartenzwecke und beantragt, folgenden Vergleich genehmigend zur Kenntnis zu nehmen:

Luise Klein verpflichtet sich, bei sonstiger Exekution, die ihr pachtweise überlassenen Kat.-Parz. 56/4, 56/5 und Teile der Kat.-Parz. 56/6 öffentliches Gut (Hietzing) bis 31. Mai 1913 im richtigen Niveau der Gemeinde zu übergeben, beziehungsweise die noch darauf stehenden Baulichkeiten zu demolieren.
(Angenommen.)

(P. Z. 3474, M. A. XIV, 4036/09.) St.-R. Poyer referiert über die Bestimmung der Entschädigung für die von Dr. Anton Holubowsky anläßlich der Parzellierung der Realitäten Einl.-Z. 263 bis 265 Grundbuch Hütteldorf (Flötzersteig, Hügelring) im XIII. Bezirke in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu übertragenden Gründe (Parz. 578/6, 577/17, 576/16) per 110·87 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit dem Pauschalbetrage von 350 K festzusetzen und die im vorgelegten Plane schraffierten Grundteile im Sinne des Magistrats-Antrages als reservierten Straßengrund in das Privateigentum der Gemeinde zu übertragen.
(Angenommen.)

(P. Z. 1482, B. A. XIII, 60351/12.) St.-R. Poyer referiert über das Ansuchen des Franz Fuhrmann um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität XIII., Hütteldorferstraße 211 und beantragt die Ermäßigung der Gebühr per 845 K 82 h auf den Betrag von 761 K 24 h (um 10 Prozent).

Es wird beschlossen, das Ansuchen nach dem Bezirksamts-Antrage abzulehnen.

(P. Z. 3377, M. A. III, 806.) **St.-R. Tomola** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Verpachtung der Restauration im Türkenschanzpark für fünf Jahre ab 1. Mai 1913 und beantragt, die Restauration im Türkenschanzparke vom 1. Mai 1913 bis zum 30. April 1918 dem Romeo Trost, VIII., Strozzigasse 17, um den angebotenen Jahrespachtzins von 30.000 K und unter den Bestimmungen der der Offertverhandlung vom 10. Jänner 1913 zugrunde gelegenen Bedingnisse zu verpachten.

St.-R. Schwer beantragt die Verpachtung der Restauration an Josef Mayer, VIII., Lerchenfelderstraße 54/56, um den Jahrespachtzins von 34.000 K im Sinne des Magistrats-Antrages.

Es wird der Antrag des St.-R. Schwer abgelehnt; der Referenten-Antrag wird sohin zum Beschlusse erhoben.
(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 2020, M. A. XV, 1166.) Die Anschaffung der Broschüre „Kindertuberkulose und ihre Bekämpfung" von Dr. Felix Wolff für die Lehrerbibliotheken der Volks- und Bürgerschulen in 450 Exemplaren und für die städtischen Amtsärzte in 150 Exemplaren wird gemäß dem Magistrats-Antrage genehmigt.

(P. Z. 3747, M. A. II, 327, 617.) Dem Zentralverein für Volksernährung (Verein zur Errichtung und Erhaltung der Ersten Wiener Suppen- und Teeanstalt) I., Postgasse 13, wird für die Anstalt im X. Bezirke gemäß dem Magistrats-Antrage eine außerordentliche Subvention von 2000 K bewilligt.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 3644, M. A. XII, 17486/12.) Die ausgeschriebenen kurrenten Arbeiten und Lieferungen für das Seehospiz San Pelagio für die Jahre 1913 bis 1915 werden nach dem Magistrats-Antrage der Firma Silvestrucci & Zaratin in Rovigno gegen die verlangte Auszahlung von 4 Prozent übertragen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hallmann** wird beschlossen:

(P. Z. 3643, M. A. XII, 41557/12.) Die Herstellung eines Drahtabfriedungsgitters auf gemauertem Sockel vor dem Gebäude der Kinderpflegeanstalt V., Siebenbrunnengasse 78, in der Flucht der Siebenbrunnengasse wird mit den von der Kommission beantragten Vereinfachungen in Genehmigung des Kostenvoranschlages des Stadtbauamtes, beziehungsweise des Offertes der Firma Franz Koczor mit dem bedeckten Kostenbetrage von 3000 K genehmigt.

(P. Z. 3677, M. A. XIV, 5506/10.) **St.-R. Baron** referiert über das Ansuchen des Josef und der Marie Sikora um Bewilligung zur Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 440, Grundbuch Unter-Sievering (Iglaseegasse und Kaasgrabengasse) im XIX. Bezirke auf drei Baustellen und neun Baustellenfragmente, sowie um Bestimmung der Schadloshaltung und des Übernahmspreises für die abzutretenden, beziehungsweise für die einzubeziehenden Gründe und beantragt:

1. Der vom Magistrate vorgelegte Entwurf des mit den Abteilungswerbern abzuschließenden Übereinkommens hinsichtlich der Grundabtretung, beziehungsweise Grundeinbeziehung wird genehmigt.

2. Unter der Voraussetzung der Genehmigung obigen Antrages durch den Gemeinderat wird die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 440 Grundbuch Unter-Sievering im XIX. Bezirke unter

Einbeziehung der im Plane II als provisorische Kat.-Parz. 821/2 und 1140/2 bezeichneten Teile der im Verzeichnisse des öffentlichen Gutes liegenden Kat.-Parz. 821 (Unter-Sievering) und 1140 (Grinzing) nach Maßgabe der vorgelegten Pläne auf drei Baustellen und neun Baustellenteile als Parzellierung im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Baron wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3739, M. A. XXII, 608.) Die Ausschmückung des Festplatzes anläßlich der am 16. März 1913 stattfindenden Körnerfeier in Döbling wird mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 750 K unter Verweisung der Auslage auf den Reservefonds genehmigt

(P. Z. 3821, M. A. III, 357.) Der Verkauf des am Boden der Meierei Kobenzl lagernden Kornes an Leopold Gramm, XIX., Heiligenstädterstraße 171, um 19 K 10 h, beziehungsweise 18 K 10 h per Meterzentner wird im Sinne des Magistrats-Antrages genehmigt.

(P. Z. 3737, M. A. XI, 815.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ergebnis der von der Bezirksvertretung des XVII. Bezirkes am 30. Dezember 1912 vorgenommenen Wahl von Armenräten.

Gewählt wurden mit der Funktionsdauer bis Ende des Jahres 1913:

Franz Pamperl, Fleischselcher, Hormayrgasse 33.

Georg Pamperl, Hausbesitzer, Hormayrgasse 43.

Peter Schorsch, Glasermeister, Rosensteingasse 59.

Referent beantragt, die vorgenommenen Wahlen nach dem Magistrats-Antrage zu bestätigen. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Sebastian Grünbeck wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3103, M. A. VIII, 40.) Die Glaserarbeiten für den Bau des Hernalser Dampf-, Wannen- und Hallenschwimmbades werden dem Glasermeister Adolf Malling, VIII., Skodagasse 23, auf Grund des amtlichen Kostenanschlages und der amtlichen Bedingnisse sowie auf Grund seines Offertes vom 11. Februar 1913 gegen einen Nachlaß von 40 Prozent von den Preisansätzen des amtlichen Kostenanschlages übertragen.

(P. Z. 3515, M. A. XV, 3701.) **St.-R. Wippel** referiert über Mehrkosten für die Trockenlegung des Turnsaales der Schule X., Uhlandgasse 1, und beantragt, die Mehrkosten per 3410 K gegenüber dem bewilligten Kostenbetrage von 1900 K gemäß dem Magistrats-Antrage zu genehmigen. (Bedeckt.)

(Angenommen.)

(P. Z. 3743, M. A. II, 10557/12.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen der k. k. Universitäts-Professoren Dr. Rudolf Much und Hofrat Dr. Josef Seemüller namens der von der k. k. Akademie der Wissenschaften eingesetzten Kommission um Bewilligung einer Subvention zur Herausgabe des bayerisch-österreichischen Wörterbuches und beantragt, zur Herausgabe des bayerisch-österreichischen Gesamtwörterbuches eine Subvention von je 1000 K für die Jahre 1913 bis 1917 zu bewilligen der Magistrat wird ermächtigt, diese Subvention gegen Beibringung eines entsprechenden Nachweises des Arbeitsfortschrittes flüssig zu machen.

Vom Jahre 1914 an ist die Auslage budgetmäßig sicherzustellen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

St.-R. Tomola referiert über Noten des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur Versetzung von Lehrpersonen, und beantragt die Zustimmung:

(P. Z. 3588, B. Sch. R., 7-61/12.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers I. Klasse Franz Lechner von der Knaben-Volksschule XIII., Lorbinggasse 2, an die Knaben-Volksschule XIII., Diesterweggasse 30;

(P. Z. 3589, B. Sch. R., 13503/12) zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Sophie Sladovnik von der Mädchen-Volksschule XIX., Silbergasse 2, an die Mädchen-Volksschule XIX., Hammerschmidtgasse 26;

(P. Z. 3592, B. Sch. R., 3365/11) zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers I. Klasse Karl Sotolar von der Knaben-Volksschule XIV., Kauergasse 3, an die Knaben-Volksschule XIV., Dadlergasse 9.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(P. Z. 3733 bis 3736, M. A. XV, 3708, 3714, 3713, 3751.) St.-R. Tomola referiert über Gesuche von Lehrpersonen um Gehaltsvorschuß.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(P. Z. 3586, 3569, M. A. XV, 3843, 3780.) St.-R. Tomola referiert über die Noten des Bezirksschulrates vom 24. und 26. Februar 1913, betreffend die Zustimmung zur Beurlaubung der Volksschullehrer I. Klasse Adolf Mahel und Anton Beck und beantragt, zur Beurlaubung der Genannten für die Zeit vom 18. Februar, beziehungsweise 1. März 1913 bis 15. Juli, beziehungsweise 31. Mai 1913 gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Substitutionsnormales erwachsenden) und gegen Einstellung allfälliger Remunerationen die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Kleiner** wird beschlossen:

(P. Z. 3680, M. A. VIII, 648.) Das dem Ernst Bauer als Alleininhaber der Firma Karl Biehler zustehende Wasserbezugsrecht aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung wird mit dem Betrage von 2800 K von der Gemeinde Wien rückgekauft und diese Rückkaufssumme von 2800 K auf den Reservefonds verwiesen.

(P. Z. 3757, M. A. XV, 336.) Die im Augenscheins-Protokolle vom 20. Februar 1913 in Vorschlag gebrachten Ferialherstellungen im Schulgebäude VI., Korneliusgasse 6, Kopernikusgasse 15, werden gemäß dem Magistrats-Antrage mit dem Gesamtkostenbetrage von 10.885 K genehmigt.

(P. Z. 3760, M. A. III, 1288.) Der Monatszins für das Lokal top. Nr. 62 im städtischen Hause VI., Mollardgasse 32, wird gemäß dem Magistrats-Antrage mit 30 K festgesetzt.

(P. Z. 3676, M. A. XIV, 539, 746.) Die Gewährung der teilweisen Nachsicht des vorgeschriebenen Hofausmaßes anläßlich

des Umbaues des Hauses VI., Gumpendorferstraße 67, sowie die Verzichtleistung des Bauwerbers Josef Marco auf eine Schadloshaltung für den zur Gumpendorferstraße abzutretenden Grund und die Übernahme der Kosten der Plananfertigung, sowie der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages durch den Bauwerber wird gemäß dem Magistrats-Antrage zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 3675, M. A. XIV, 1403.) **St.-R. Schmid** referiert über das Ansuchen der apostolischen Nuntiatur um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität IV., Theresianumgasse 31, Viktorgasse 2, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß die Ausladefläche des Portals per 0·5 m² im dreifachen Außmaße von der schadlos zu haltenden Grundfläche in Abzug gebracht wird.

Von der Forderung einer Entschädigung für die Balkonanlage wird, wie üblich, abgesehen. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schmid wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3748, M. A. III, 318.) Das Ansuchen des Mieters der Wohnung top. Nr. 2 im städtischen Hause IV., Alleegasse 11 um Herabsetzung des regulierten Mietzinses wird nach dem Magistrats-Antrage abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Pechant** wird beschlossen:

(P. Z. 3587, B. A. XVIII, 38990/12.) Dem Vereine zur Förderung des Schulwesens im XVIII. Bezirke wird zur Abhaltung eines Turnkurses für schulpflichtige Kinder der Turnsaal der Knaben- und Mädchen-Volksschule XVIII., Scheibenbergstraße 63, an zwei Wochentagen nachmittags für ein bis zwei Stunden gegen Vergütung der Beheizungs- und Beleuchtungskosten im Sinne des Bezirksamts-Antrages überlassen.

(P. Z. 3758, M. A. XV, 3698/12.) Die Herstellung einer Waschküche im Kellerraum des Schulgebäudes XVIII., Leitermayergasse 45, mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 1400 K 74 h wird nach dem Magistrats-Antrage genehmigt

(P. Z. 3577, M. A. VII, 104.) 1. Das vorgelegte Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Glanzinggasse von der Krottenbachstraße bis zum Hause Glanzinggasse 14 und in der verlängerten Ludwiggasse von der Starkfriedgasse bis zur Glanzinggasse im XVIII. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 59.000 K wird genehmigt.

2. Das Bestbot der Betonbau-Unternehmung N. Rella & Neffe, IX., Zimmermanngasse 12, auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten im Betrage von 33.344 K 60 h mit einer begehrten Aufzahlung von 4·5 Prozent auf die Kostenanschlagspreise wird angenommen.

(P. Z. 3661, M. A. IV, 181.) **St.-R. Schwer** referiert über die Anschaffung eines Dienstautomobils für den Feuerwehr-Kommandanten, und beantragt, die Anschaffung eines Automobils und die Übertragung der Lieferung desselben an die Firma „Österreichische Daimler-Motoren-Aktiengesellschaft" um 16.800 K im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen und dasselbe der städtischen Feuerwehr für die Dienstfahrten des jeweiligen Kommandanten zuzuweisen. (Angenommen.)

(P. Z. 3596, St. S., 197.) St.-R. Schwer referiert über die Anregung des k. u. k. Majors Reichsfreiherrn v. Lempruch auf Widmung eines eigenen Grabes für die Wiederbeerdigung der Leiche des Andreas Keller, Mitbeteiligten an der Rettung des Kronprinzen Ferdinand, nachmaligen Kaisers Ferdinand I. von Österreich anläßlich des auf ihn durch Franz Reindl in Baden am 9. August 1832 verübten Attentates, und beantragt, zu genehmigen:

1. Bewilligung eines eigenen Grabes im Zentral-Friedhofe auf die Dauer des Friedhofsbestandes.

2. Bewilligung eines Grabsteines aus den vorhandenen Beständen.

3. Bewilligung der Kosten der Renovierung des Grabsteines.

4. Die auf dem Grabstein anzubringende Inschrift ist dem Stadtrate zur Genehmigung vorzulegen, desgleichen der Vorschlag bezüglich der getroffenen Auswahl des Grabes.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schwer wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3595, St. S., 59.) Die Entlehnung von 50 Blättern aus dem Besitze der städtischen Sammlungen für eine „Musik- und Theater-Ausstellung" im Erzherzog Rainer-Museum für Kunst und Gewerbe in Brünn wird bewilligt.

(P. Z. 3632, St. S., 285.) Dem Wiener Altertumsverein wird die angesuchte photographische Aufnahme zweier Geschäftsschilder im städtischen Museum bewilligt.

(P. Z. 2336, M. A. XIV, 12997/12.) **St.-R. Zatzka** referiert über die Baulinienabänderung für die Kupelwiesergasse zwischen Wenzgasse und Lainzerstraße im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Die genehmigten Baulinien für den Teil der Kupelwiesergasse zwischen der Wenzgasse und der Lainzerstraße werden unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 12 m nach den im Plane 1 des Stadtbauamtes, Z. 3130/XIII ex 1912, rot schraffierten Linien a b c d, beziehungsweise e f g h abgeändert.

2. Hinter diesen Baulinien sind mindestens 4 m tiefe Vorgärten anzulegen und dauernd zu erhalten. Der Abschluß derselben untereinander und gegen die Straße hat mit die Durchsicht gestatteten Gittern auf Sockeln zu erfolgen.

3. Die für dieses Gebiet bereits erlassenen Verbauungsbestimmungen bleiben aufrecht.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3755, M. A. XI b, 383.) St.-R. Zatzka referiert über die Abweichung von den Verbauungsbestimmungen anläßlich der Erbauung des Pavillons I im Versorgungsheime und beantragt:

In Abweichung von den mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. März 1893 festgesetzten Verbauungsbestimmungen wird für den Bau des Pavillons I des Versorgungsheimes die Ausführung von drei Stockwerken bewilligt und somit auf Grund des anstandslosen Ergebnisses der kommissionellen Bauverhandlung die Baubewilligung erteilt. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3639, B. A. XIII, 8801.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Philipp Schleidt um Baubewilligung für

bauliche Umgestaltungen in dem Hause XIII., Veitingergasse 4, und beantragt, die angesuchte Bauerleichterung, bestehend in der Herstellung von Dachbodenwohnräumen, im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 3637, B. A. XIII, 9001.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Dr. Gustav Scheu um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität Einl.-Z. 315 Unter-St. Veit, La Rochegasse im XIII. Bezirke und beantragt, die angesuchte Bauerleichterung, bestehend in der Herstellung einer Eichenholzstiege vom Erdgeschoß in den 1. Stock, im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 3593, B. A. I, 6907.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des „Graben-Café", Ges. m. b. H., um Bewilligung zur Aufstellung eines Kioskes mit Terrasse vor dem Trattnerhof zwischen dem Brunnen und der Plakatierungssäule im I. Bezirke und beantragt, der genannten Gesellschaft bis auf Widerruf und gegen Entrichtung eines jährlichen Platzzinses von 2700 K ab 1. Mai 1913 unpräjudizierlich der erst durchzuführenden Bauverhandlung die Aufstellung eines an den beiden Schmalseiten um je 50 cm verlängerten Holzpodiums, jedoch ohne die projektierte Terrasse, im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bewilligen. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Zatzka wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3634, B. A. XIII, 32056/12.) Die vom Bauwerber Gustav Ziegler, Inhaber einer Betriebsanlage für Färberei, Druckerei, Bleicherei und Mercerisage, beabsichtigte Abweichung von den mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 24. März 1893, Z. 333027/91, festgesetzten Verbauungsbestimmungen, darin bestehend, daß in dem auf der Liegenschaft Grundb.-Einl.-Z. 481 Unter-St. Veit im XIII. Bezirke, Hietzingerkai 101/103, befindlichen Fabriksgebäude, Konstr.-Nr. 182, die in den vorgelegten Plänen verzeichneten baulichen Umgestaltungen zum Zwecke der Verbesserung mehrerer Betriebsräume vorgenommen werden sollen, wird genehmigt. (An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 2251, M. A. XV, 10781/11.) **Vize-Bürgermeister Hoß** referiert über das Ansuchen der Bediensteten der Heizwerkstätte um Regulierung der Lohnverhältnisse und beantragt:

In teilweiser Abänderung der gegenwärtig geltenden Dienstordnung für die Arbeiter der städtischen Heizwerkstätte werden folgende Bestimmungen genehmigt:

1. Die Arbeiterschaft besteht aus:

a) Hilfsarbeitern,

b) Professionisten (Monteure, Schlosser, Schmiede, Maurer, Installateure u. s. w.),

c) Vorarbeitern bis zur Höchstzahl von fünf.

2. Die Löhne für die genannten drei Gruppen der Arbeiterschaft werden folgendermaßen festgesetzt:

a) Die Hilfsarbeiter erhalten bis zum vollendeten 10. Dienstjahre einen Taglohn von 3 bis 4 K.

Vom 11. Dienstjahre angefangen haben dieselben Anspruch auf einen Wochenlohn von 21 bis 28 K.

b) Die Professionisten erhalten bis zum vollendeten 3. Dienstjahre einen Taglohn von 3 K 50 h bis 5 K, vom 4. bis zum vollendeten 6. Dienstjahre einen Taglohn von 4 K bis 6 K. Vom Beginne des 7. Dienjahres in der Heizwerkstätte gebührt den Professionisten ein Wochenlohn, der bis zum vollendeten 10. Dienstjahre 28 bis 42 K, und vom 11. Dienstjahre angefangen 30 bis 44 K beträgt. Weiters gebührt den Professionisten vom 11. bis zum vollendeten 20. Dienstjahre eine jährliche Dienstzulage von 150 K und vom 21. Dienstjahre angefangen eine solche von 300 K.

Die Dienstzulage von 150, beziehungsweise 300 K jährlich ist in zwölf gleichen, verfallenen Monatsraten zahlbar.

c) Die Vorarbeiter erhalten je nach der Länge der Dienstzeit die für Professionisten in der Heizwerkstätte festgesetzten Lohnbezüge und Zulagen.

Außerdem gebührt ihnen bei einer in der Eigenschaft als Vorarbeiter zurückgelegten Dienstzeit bis zu 10 Jahren eine monatliche Dienstzulage von 30 K, die vom 11. Dienstjahre angefangen auf 45 K monatlich erhöht wird.

Die Lohnhöhe innerhalb der oben angegebenen Ausmaße bestimmt in jedem einzelnen Falle unter Rücksichtnahme auf die Verwendbarkeit des Arbeiters die zuständige Fachabteilung des Stadtbauamtes.

Die Flüssigmachung aller vorbezeichneten Bezüge hat im nachhinein zu erfolgen.

Überstunden an Wochentagen werden mit 12 Prozent des Taglohnes bezahlt. Für Sonntags- und Feiertagsarbeit wird die Zeit von sechs ununterbrochenen Arbeitsstunden einschließlich der Frühstückspause (9 Uhr) als ein voller Arbeitstag berechnet. Überstunden an Sonn- und Feiertagen und Arbeitsstunden zur Nachtzeit (9 Uhr abends bis 6 Uhr früh) werden mit 15 Prozent des normalen Taglohnes vergütet. Eine einstündige Mitternachtspause (12 bis 1 Uhr) wird in die Arbeitszeit eingerechnet.

Im Wochenlohne stehenden Arbeitern und Vorarbeitern werden Arbeitsstunden an Sonntagen mit 15 Prozent des ermittelten Taglohnes vergütet.

Bei den im Wochenlohne stehenden Arbeitern und Vorarbeitern wird der zur Berechnung der Überstundenentlohnung zu ermittelnde Taglohn in der Weise berechnet, daß der Wochenlohn durch 6, der Monatsbezug aber durch 30 dividiert wird und der Quotient, beziehungsweise die Summe beider Quotienten sohin das gewünschte Resultat liefert.

3. Den Arbeitern der städtischen Heizwerkstätte wird freie Fahrt im Dienste zugestanden.

4. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 1. Jänner 1913 in Kraft. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3464, M. A. XI b, Z. 1013.) Der Ersatz der Übersiedlungskosten im Betrage von 41 K an den Maschinisten II. Klasse Johann Baumann anläßlich dessen dienstlicher Versetzung aus dem Wiener Versorgungsheim in das städtische Versorgungshaus in Mauerbach wird genehmigt.

(P. Z. 3524, M. A. II, 8735/12.) Der Straßenarbeiterswitwe Josefa Danzinger wird eine Gnadengabe von 360 K

vom 1. März 1913 bis Ende des Jahres 1915, eventuell bis zu einer früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 3461, 3523, M. A. II, 1177, 338.) Der Wasserleitungs-Aufseherswitwe Rosa Meuser, sowie der Aushilfsdienerswitwe Antonia Martinke wird für ihren Sohn Josef, beziehungsweise Leopold der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 72 K vom 14. Februar, beziehungsweise 14. März 1913 bis Ende des Jahres 1913, beziehungsweise bis 20. Mai 1914, eventuell bis zu einer früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 3526, M. A. II, 12232/12.) Zum Ersatze der von der Zentralbank der deutschen Sparkassen für den Zimmermeister Johann Tröster bei der städtischen Hauptkassa als Kautionen erlegten Schuldverschreibungen per zusammen 5200 K durch einen Garantiebrief dieser Bank wird im Sinne des Magistrats-Antrages die Zustimmung erteilt.

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

(P. Z. 3174, St. E. W., 358, I c.) Der quieszierte Ober-Elektriker der städtischen Elektrizitätswerke Alois Hampel wird mit Rücksicht auf die erfolgte Wiedergenesung als Ober-Elektriker II. Klasse, 2. Gehaltsstufe mit einem Gehaltsbezuge von 1900 K und einem jährlichen Quartiergeld von 900 K bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten wieder angestellt.

(P. Z. 1496, 1497, St. E. W., 3026, 3216/12.) Die Ober-Elektriker II. Klasse Josef Kuhn und Karl Fink werden bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten im Wege der Zeitbeförderung in die nächsthöhere Bezugsklasse der Ober-Elektriker I. Klasse befördert unter Zustimmung zur Flüssigmachung des systemisierten Gehaltsbezuges der 1. Gehaltsstufe pro jährlich 2700 K vom 1. Jänner 1913, beziehungsweise des Quartiergeldes pro jährlich 1100 K vom 1. Februar 1913 an.

(P. Z. 3636, B. A. XXI, 7040.) **St.-R. Knoll** referiert über das Ansuchen des Peter Bernreiter um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Einl.-Z. 12 Grundbuch Groß-Jedlersdorf, Or.-Nr. 26 Amtsstraße im XXI. Bezirke und beantragt die Ermäßigung der Gebühr per 603 K 60 h auf den Betrag von 301 K 80 h im Sinne des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(P. Z. 3451, M. A. III, 930) **St.-R. Schneider** referiert über das Kaufanbot des Dr. Georg Sablich und der Milla Fillinich auf das der Gemeinde Wien gehörige Haus in Görz, Corso Francesco Giuseppe 90, und beantragt:

I. Die Gemeinde Wien als Erbin nach Felix Grienfteidl verkauft die in die Verlassenschaft nach dem Genannten gehörige Liegenschaft in Görz, Corso Francesco Giuseppe 90, Einl.-Z. 229 des Grundbuches der Katastralgemeinde Grafenberg mit der Bauparzelle 154 und den Grundparzellen 286/3 und 286/5 mit dem Katastralausmaße von 1817 m² an den k. k. Hofrat Georg Sablich und Milla Fillinich vorbehaltlich der verlassenschaftsbehördlichen Genehmigung um den Kaufschilling von 36.000 K im Sinne des Magistrats-Antrages.

II. Dem Verwalter des obigen Hauses Leonardo Nodus wird eine Provision von 360 K bewilligt.

(Angenommen; Punkt I an den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

(**Richtigstellung.**) Im Amtsblatte Nr. 18 hat es in der Rede des Gem.-Rates Rotter auf Seite 748, Zeile 27 von unten, anstatt: „13 bis 14 K" **richtig** zu heißen: „30 bis 40 K".

Bezirksvertretungen.

(XII. Gemeindebezirk Meidling.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom **19. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Karl Donner.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Julius Krasser.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der am 18. Dezember 1912 abgehaltenen Sitzung wird vorgelesen und genehmigt

Der **Vorsitzende** begrüßt zunächst den St.-R. Büsch und den G.-R. May und dankt beiden Herren für ihr Erscheinen.

Einlauf.

Der Lehrkörper des k. k. Karl Ludwig-Gymnasiums im XII. Bezirke spendet 20 K für die Armen des XII. Bezirkes.

Dankend zur Kenntnis.

Frau Berta Suschitzky, XII., Tivoligasse 5, hat für die Armen des XII. Bezirkes 20 K zu Handen des Bezirksvorstehers des XII. Bezirkes erlegt.

Dankend zur Kenntnis.

Der k. k. Notar Gustav Mörtl hat als Verlassenschaftskurator nach dem am 21. November 1912 verstorbenen, zuletzt XII., Aßmayergasse 9, wohnhaft gewesenen Privatier Franz Lang, dem Bezirksvorsteher des XII. Bezirkes 200 K für die Armen des XII. Bezirkes übergeben.

Dankend zur Kenntnis.

Schreiben des Karl Hilscher, in welchem der Bezirksvertretung für den XII. Bezirk und speziell dem B.-V. Donner, sowie den B.-R. Hanslick und Kraus für die energische Wahrung seiner Interessen aus Anlaß des Wasserleitungsrohrbruches in der Eichenstraße der verbindlichste Dank zum Ausdrucke gebracht wird.

Zur Kenntnis.

(144.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend die Mitteilung, daß der Stadtrat das Anerbieten der Frau Therese Meier wegen Ankaufes der von den Liegenschaften XII., Schönbrunnerstraße 256 und 258 zur Durchführung der Schönbrunner Schloßstraße notwendigen Grundfläche wegen der übermäßigen Höhe der Forderungen abgelehnt habe.

Zur Kenntnis.

(494.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung X, betreffend die Mitteilung, daß im Altmannsdorfer Friedhofe der Belegraum vollständig erschöpft und infolgedessen die Sperrung des Friedhofes in nächster Zeit unvermeidlich sei, zumal eine Erweiterung desselben mit Rücksicht auf die Nähe des verbauten Gebietes nicht empfehlenswert scheine.

In der Debatte über diese Zuschrift ergreifen der **Vorsitzende** und die **V.-R. Bezdeka** und **Schmutzer** das Wort. Sämtliche Redner sprechen sich gegen die Sperrung des Friedhofes aus, und zwar im Hinblicke darauf, daß der südlich an den Friedhof anstoßende Grund, der in seiner Bodenbeschaffenheit gleich dem Boden des gegenwärtigen Friedhofes für die Verwesung in ganz seltener Weise günstig sei, allenfalls um einen annehmbaren Preis dürfte erworben werden können. Der fragliche Bezirksteil sei bis auf die Nordseite noch auf eine große Strecke unverbaut. Der Friedhof liege sozusagen auf freiem Felde. Außerdem befinde sich der Friedhof in einem Fabriksviertel und werde darum der Besiedelung nicht hinderlich sein.

Der **Vorsitzende** stellt schließlich den Antrag, es sei an die kompetente Stelle eine Eingabe zu richten, in welcher gegen die Sperrung des Friedhofes Stellung genommen und die Erweiterung desselben verlangt wird.

(316.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XV, betreffend die Genehmigung des Projektes für den Bau und die innere Einrichtung eines Kindergartengebäudes auf der städtischen Realität XII., Hetzendorferstraße 57, mit einem Kostenbetrage von 167.275 K 92 h.

Wird mit dem Ausdrucke des Beifalles zur Kenntnis genommen.

(330.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVIIa, betreffend die Errichtung eines Teilstandplatzes XII., Schönbrunnerstraße-Bischoffgasse für drei Einspännerautomobile des fixen Standplatzes XII., Meidling-Südbahnhof.

Zur Kenntnis.

(491.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den XII. Bezirk, in welcher mit Rücksicht auf den Antrag wegen Beiziehung der Bezirksräte zu den baulichen Benützungs-Kommissionen mitgeteilt wird, daß bisher prinzipiell eine solche Beiziehung der Bezirksvertretungen nicht stattgefunden habe. Die Zusammensetzung der Benützungs-Kommissionen sei ebenso wie der Kreis der den Bau-Kommissionen zuzuziehenden Organe und Interessenten im Gesetze genau bestimmt und es werde somit der Bestimmung des § 101 B.-O. eben nur durch Ladung eines technischen und eines Sanitätsorganes entsprochen. Von diesem Standpunkte aus könne mangels einer Änderung der gesetzlichen Grundlage auch bezüglich des XII. Bezirkes nicht abgegangen werden. Die Bezirksvertretung könne jedoch versichert sein, daß das Bezirksamt nach wie vor bemüht sein werde, zwischen den Interessen der Eigentümer einerseits und den Interessen der Öffentlichkeit anderseits einen gerechten Ausgleich zu finden.

Zur Kenntnis.

(561.) Antrag der Bezirksvertretung Neubau, betreffend die Einrichtung eines Umsteigeverkehres zwischen Autobus und elektrischer Straßenbahn.

Zustimmung.

(515.) Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend Stellungnahme gegen die Verwendung von Kabswagen in den Straßen Wiens.

Zustimmung.

(229.) Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, es seien Schritte einzuleiten, damit die Hauseigentümer verhalten werden, in den Wintermonaten die Stiegen und Gänge auch während der Morgenstunden zu beleuchten.

Abweisung.

(411.) Antrag der Bezirksvertretung Fünfhaus, es mögen die Automobilisten angewiesen werden, zur Wahrung der Nachtruhe in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr früh statt der Huppen Signalpfeifen zu verwenden.

Zustimmung.

(230.) Antrag der Bezirksvertretung Brigittenau, es sei an die kompetenten Stellen mit dem Ersuchen heranzutreten, bei der Steuereinhebung mit der größten Bedachtnahme auf die augenblickliche wirtschaftliche Stärke des Steuerpflichtigen, insbesondere der steuerpflichtigen Handels- und Gewerbetreibenden vorzugehen.

Zustimmung.

Mitteilungen und Berichte des Bezirksvorstehers.

Der **Vorsitzende** erstattete zunächst Bericht über die Tätigkeit des Gemeindevermittlungsamtes für den XII. Bezirk im Jahre 1912. Er gibt folgende Daten bekannt: bürgerliche Rechtsstreitigkeiten wurden im ganzen 48 anhängig gemacht, in 37 Fällen hievon war die Intervention von Erfolg begleitet; in Ehrenbeleidigungs-Angelegenheiten intervenierte das Vermittlungsamt in 985 Fällen, und zwar wurde das Amt in 219 Fällen vor Einbringung der gerichtlichen Klage in Anspruch genommen und wurden 766 Klagen dem Amte vom Gerichte zur Vornahme des Sühneversuches abgetreten; bezüglich der Ehrenbeleidigungs-Angelegenheiten kam es in 55 Fällen, bezüglich der letzteren in 45 Fällen zu einem Vergleiche.

Der **Vorsitzende** macht ferner die Mitteilung, daß der zugunsten notdürftiger Gewerbetreibender des XII. Bezirkes abgehaltene diesjährige Bürgerball, der einen geradezu glänzenden Verlauf genommen habe, ein Reinerträgnis von 1500 K ergab.

Die Mitteilungen des **Vorsitzenden** werden mit dem Ausdrucke des Dankes zur Kenntnis genommen.

Anträge.

V.-V. Donner stellt den Antrag, die Bezirksvertretung wolle eine Eingabe an die kompetente Stelle beschließen, in welcher unter Hinweis auf die Schwierigkeiten bei Rückerlangung von Guthaben bei den Steuerbehörden beantragt wird, es möge zum Zwecke der Rückzahlung von solchen Guthaben bei den Steuerbehörden der Postscheck eingeführt werden.

Mit der Einführung des Postscheckverkehres bei Steuerleistungen an die Steuerbehörden sei eine sowohl für das Publikum als auch für die beteiligten Behörden höchst wichtige Institution getroffen worden und es wäre nur zu wünschen, daß diese moderne und allen Anforderungen entsprechende Art des Geldverkehres auch bei der Rückzahlung von Guthaben der Parteien zur Anwendung käme. In zahlreichen Fällen ereigne es sich nämlich, daß infolge zu hoch berechneter Steueransätze oder infolge Ergreifens des Rekurses gegen zu hoch bemessene Steuern den Parteien bei den Steuerbehörden ein Guthaben erwachse und es darnach vieler Umständlichkeiten bedürfe, dieses Guthaben zurückbezahlt zu bekommen. Man müsse selbst zu der betreffenden Steuerbehörde gehen, was mitunter mit einem nicht im Verhältnisse stehenden Zeitverluste verbunden wäre oder man müsse erst, um zu seinem Gelde zu kommen, einen mit Vollmacht und Legitimation versehenen Vertreter senden. Die Angelegenheit auf schriftlichem Wege zu erledigen wäre nicht gut möglich, da die Steuerbehörden für Rückzahlungen Quittungen verlangten, solche aber ohne vorhergehendem Zahlungsempfange nicht ausgestellt werden könnten.

Allen diesen Schwierigkeiten könnte mit einem Schlage abgeholfen werden und könnte auch die Geschäftsgebarung der beteiligten Ämter wesentlich vereinfacht werden, wenn sich die Steuerbehörden bei Rückzahlungen der den Parteien erwachsenden Guthaben des Postschecks bedienen würden.

Angenommen.

Derselbe beantragt neuerdings eine Eingabe an die Magistrats-Direktion, in welcher um die der Bevölkerungszunahme entsprechende Vermehrung der Stellen der städtischen Armenärzte ersucht wird.

Angenommen.

Derselbe beantragt weiters, es seien in Anbetracht der schlechten Erwerbsverhältnisse und der Nichtrentabilität der Wiener Automobilunternehmungen, welche hauptsächlich durch eine nicht zweckentsprechende Verteilung der Standplätze herbeigeführt werde, in der Schönbrunnerallee beim Kaffeerestaurant Siller, ferner beim Ausgange des Tivoli und an der Ecke der Meidlinger Hauptstraße gegenüber der Philadelphiabrücke drei neue freie Standplätze zu errichten, damit auf diese Weise die vielen leeren Rückfahrten zur Inneren Stadt vermieden würden.

Angenommen.

V.-R. Hanslick stellt den Antrag, es seien bei den kompetenten Stellen die nötigen Schritte zu unternehmen, daß den Bezirksräten je ein Exemplar der Blätter für das Armenwesen der Stadt Wien, sowie das statistische Jahrbuch der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werde. Es wäre für die Bezirksräte von nicht zu unterschätzendem Vorteile, sich in allen auf die Gemeindeverwaltung beziehenden Angelegenheiten informieren zu können und hievon Kenntnis zu haben.

Angenommen.

V.-R. Jindra weist auf den zahlreichen Besuch hin, dessen sich die Parkanlage und der Kinderspielplatz in der Steinbauergasse zu erfreuen hätten und beantragt, es sei an einer geeigneten Stelle in den Anlagen ein Auslaufbrunnen aufzustellen, damit sich die Kinder und die Parkbesucher erfrischen könnten. Ferner seien an verschiedenen Stellen der Anlagen Ständer für Papierabfälle aufzustellen, damit durch das Wegwerfen der Papierabfälle die Parkanlagen nicht verunstaltet würden. Endlich erscheine die Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Kreuzung der Steinbauergasse und des Gaudenzdorfergürtels notwendig.

Angenommen.

Derselbe beantragt ferner, die baldigste Errichtung der schon lange projektierten Parkanlage bei der Notkirche in Neumargareten.

Angenommen.

V.-R. Wizlsperger bemerkt, in Hetzendorf gäbe es eine ganze Reihe von schönen Spaziergängen und herrlichen Ausflugspunkten. Er verweise nur auf den Rosenhügel, der wegen seiner schönen Aussicht ein sehr gern besuchter Ort sei; doch müsse für diesen Ausflugspunkt noch so mancherlei geschehen, denn abgesehen davon, daß die Wege, welche zu demselben führen, einer Ausbesserung bedürfen, müsse man dem Platze vor dem Reservoir auf dem Rosenhügel eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. In dieser Hinsicht beantrage er die gründliche Ausbesserung der Wege, welche von Hetzendorf zum Rosenhügel führen, ferner die Regulierung und gärtnerische Ausgestaltung des Platzes vor dem Reservoir auf dem Rosenhügel sowie die Aufstellung einiger Ruhebänke an geeigneten Aussichtspunkten.

Angenommen.

Anfragen, Wünsche und Beschwerden.

V.-V. Donner bringt zur Sprache, daß vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk dem Vorstande der Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Heimat" gelegentlich der Erteilung der Baubewilligung für ein Wohn- und Geschäftshaus in der Schlöglgasse die Bedingung vorgeschrieben worden sei, daß, weil dermalen die Hochquellenleitung nicht gelegt sei, bei Unmöglichkeit des Anschlusses an dieselbe nach Vollendung des Baues Trinkwasser durch die Herstellung eines Hausbrunnens beigestellt werden müsse; er könne nur sagen, ein solcher Auftrag sei heute, wo die Stadt Wien seit der Eröffnung der Zweiten Hochquellenleitung über eine solche Menge des besten Trinkwassers verfüge, daß man sogar daran denke, dieses Wasser auch an die Gemeinden Atzgersdorf, Liesing und Mauer abzugeben, einfach unverständlich; er bemerke, daß er in diesem Falle mit Erfolg interveniert habe und die Angelegenheit nur deshalb vorbringe, um an einem Beispiele aufzuzeigen, wie unbedingt notwendig die Beiziehung eines Bezirksrates zu den baulichen Kommissionen sei.

Zur Kenntnis.

V.-V.-St. Adlersflügel stellt an den Vorsitzenden die Anfrage, ob ihm die baulichen Zustände in den Schulen auf dem Migazziplatze bekannt seien, beziehungsweise ob derselbe geneigt sei, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der endliche Umbau dieser Schulen in das Bauprogramm 1913/14 eingesetzt werde?

Der **Vorsitzende** bemerkt hiezu, daß erst in der letzten Sitzung V.-R. Köppl den Antrag auf Herstellung eines Ersatzbaues für die beiden Schulhäuser auf dem Migazziplatze gestellt habe. Dieser Antrag befinde sich gegenwärtig bei den städtischen Ämtern in Beratung.

Derselbe stellt weiters die Anfrage, ob dem Vorsitzenden der erbärmliche Zustand der Straßenpflasterung in der Wilhelmstraße

bekannt sei, ferner ob derselbe geneigt sei, dafür Sorge zu tragen, daß diesem Übelstande ehestens abgeholfen werde?

Der **Vorsitzende** erklärt, daß die Umpflasterung der Wilhelmstraße noch in diesem Frühjahre erfolgen werde.

B.-R. Bezdeka ersucht den Vorsitzenden, er möge sich mit dem Wiener Tierschutzverein ins Einvernehmen setzen, damit Schritte unternommen würden, welche geeignet seien, den Tierquälereien, deren Zeuge man jeden Tag bei der Philadelphiabrücke sein könne, ein Ende zu setzen.

Der **Vorsitzende** verspricht seine Intervention.

B.-R. Burghaber beklagt sich über die fortwährende Trottoirverstellung in einem Teile der Schönbrunnerstraße. Durch diese Verstellung des Trottoirs seien die Schulkinder gezwungen, die Fahrbahn zu benützen, wodurch die körperliche Sicherheit dieser Kinder gefährdet erscheine; er ersuche den Vorsitzenden, die nötigen Schritte unternehmen zu wollen, daß das Trottoir mindestens zu Beginn und zum Schlusse des Unterrichtes frei gehalten werde.

Der **Vorsitzende** verspricht Abhilfe.

B.-R. Hanslick beschwert sich über die Staubplage in der Grünbergstraße und wünscht, daß diese Straße mindestens zweimal wöchentlich mit Kehrmaschinen gereinigt werde.

Derselbe beklagt sich ferner darüber, daß auf dem Meidlinger Kirchenplatze die körperliche Sicherheit der Passanten dadurch gefährdet erscheine, daß man die Kinder auf diesem frequentierten Platze Fußball spielen lasse.

Der **Vorsitzende** verspricht in beiden Fällen Abhilfe.

B.-R. Köppl führt darüber Klage, daß der Spielplatz in der Ratschkygasse viel zu groben Riesel aufweise und deshalb von den Schülern der umliegenden Schulen nicht benützt werden könne; er ersuche, den schon von ihm selbst öfter bezeichneten Übelstand beseitigen zu lassen.

Derselbe erklärt ferner, daß dem Stadtrate für die Errichtung eines Eislaufplatzes im Steinbauerparke der Dank der Bevölkerung gebühre. Es bleibe nur noch die Erfüllung einzelner kleiner Wünsche übrig; zum Beispiel wäre die Betonierung wünschenswert, da der Boden jetzt Unebenheiten aufweise und deshalb viel mehr Wasser verbraucht werden müsse.

Derselbe wünscht ferner, daß die Kehrichtabfuhr bei den Schulen zu Beginn und am Schlusse des Unterrichtes unterlassen werde; er bitte den Vorsitzenden, die nötigen Schritte veranlassen zu wollen.

Der **Vorsitzende** verspricht in allen diesen Fällen seine Intervention.

B.-R. Kraus erwähnt, es sei in der Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim der Antrag angenommen worden, die Gemeinde Wien möge im städtischen Theresienbade Meidling dauernd einen Arzt anstellen. Er glaube, die Durchführung dieses Antrages sei überflüssig, da in der Nähe des Theresienbades genug Ärzte wohnhaft seien und außerdem im Amtshause ein städtischer Arzt Permanenzdienst habe, so daß ärztliche Hilfe jederzeit zur Verfügung stehe. Die Anstellung eines Arztes würde also der Gemeinde Wien nur überflüssige Kosten verursachen.

Zustimmung.

B.-R. Niederle bespricht die Angriffe, welche der ehemalige G.-R. Wutschel in einer sozialdemokratischen Versammlung in Hetzendorf gegen die Bezirksvertretung Meidling erhoben habe. Diese ungerechtfertigten, gehässigen Angriffe müsse man mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Um zu zeigen, von welcher Qualität diese Angriffe waren, erwähne er nur, daß Wutschel der Bezirksvertretung vorgeworfen habe, sie berate bei geschossenen Türen. Es sei überflüssig, auf diesen Angriff auch nur ein einziges Wort zu erwidern. Ferner habe man speziell dem Herrn Stadtrate und dem Herrn Bezirksvorsteher wegen ihrer Haltung in der Hetzendorfer Friedhofsfrage Vorwürfe gemacht. Diese Vorwürfe seien gänzlich unbegründet und er beantrage, den beiden Herren wegen ihrer energischen Haltung in dieser Angelegenheit den Dank und das Vertrauen auszusprechen.

Angenommen.

Derselbe erwähnt ferner, es sei ein Gewerbetreibender vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk wegen einer ganz unbedeutenden Sache zu einer Geldstrafe von 20 K verurteilt worden; er bitte den Vorsitzenden, er möge sich mit dem Amtsleiter ins Einvernehmen setzen, daß gegen die Gewerbetreibenden nicht gar so hart vorgegangen werde.

Der **Vorsitzende** verspricht seine Intervention.

Derselbe erwähnt ferner, daß in der Bezirksvertretung Rudolfsheim gegen die Einwölbung des Wienflusses zwischen Lobkowitzbrücke und Maria Theresia-Brücke behufs Errichtung eines Marktes Stellung genommen worden sei. Hiezu könne er nur bemerken, daß die Bezirksvertretung Meidling das Recht und die Pflicht habe, dafür Sorge zu tragen, daß die trostlosen Marktverhältnisse im XII. Bezirke endlich einmal einer gründlichen Regulierung unterzogen würden. Den bestehenden Mißständen könne aber nur durch die Durchführung des obigen Projektes radikal abgeholfen werden.

Die Bezirksvertretung Meidling wolle keineswegs mit diesem Projekte den Rudolfsheimer Markt schädigen; es möge aber auch die Bezirksvertretung Rudolfsheim dem Projekte der Bezirksververtretung Meidling nicht feindlich gegenüberstehen.

Der **Vorsitzende** bemerkt hiezu, er habe erst in der letzten Sitzung seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit ausführlich dargelegt, er wolle diesmal nur hinzufügen, daß das Projekt auf jeden Fall werde durchgeführt werden. Es sei ihm bekannt, daß die Bildung eines Konsortiums im Zuge sei, welches die Durchführung des Marktprojektes in eigener Regie durchführen wolle.

B.-R. Wizlsperger beklagt sich, daß die Laterne in der Altmannsdorferstraße, welche bei dem Ausgange der Station Unter-Hetzendorf stehe, nicht beleuchtet sei; er bitte um Abhilfe.

Der **Vorsitzende** verspricht seine Intervention.

B.-R. Zörkler wünscht die Holzstöckelpflasterung der Straße vor der Schule in der Bischoffgasse. Ferner möge veranlaßt werden, daß das Trottoir vor der Schule zu Beginn und am Schlusse des Unterrichtes frei bleibe.

Der **Vorsitzende** verspricht seine Intervention.

Schluß der Sitzung.

(XVI. Gemeindebezirk, Ottakring.)

Protokoll

über die Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom **20. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Franz Friedl.**

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Rupert Gauguſch.

Der **Vorſitzende** begrüßt die erschienenen Bezirksräte und die anwesenden G.-R. Klaus und Schimek, konstatiert die Beschlußfähigkeit und eröffnet die Sitzung.

V.-V. Friedl hält dem verstorbenen G.-R. Franz Schuhmeier einen ehrenden Nachruf, während dessen sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben haben, und spricht dem Friedhofsverwalter für die anläßlich des Leichenbegängnisses des Verstorbenen auf dem Friedhofe getroffenen Verfügungen, die einen ungestörten Verlauf des Begräbnisses ermöglichten, den Dank aus.

Einlauf.

(54.) Der Bürgermeister hat den Magistrats-Sekretär Dr. Gerlach zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes des XVI. Bezirkes bestellt.

Zur Kenntnis.

(857.) Die Magistrats-Abteilung XXII teilt mit, daß die Rathauskeller-Kommission bisher noch nie ungarische Weine für den Rathauskeller angekauft hat, und daß auch für die Zukunft diese Absicht nicht besteht.

Zur Kenntnis.

(4192/12.) Der k. k. Bezirksschulrat Wien ersucht um die Vornahme der Wahl eines Ersatzmannes in den Ortsschulrat an Stelle des ausgetretenen Ersatzmannes Ludwig Schmidt.

Zur Kenntnis.

(915.) Die Architekten Scheffel, Glaſer und Kraupa teilen mit, daß sie einen Prospekt für ein Wohn- und Geschäftshaus mit großen Sälen und Nebenräumen auf den Gründen der Ölfabrik ausgearbeitet haben und der Bezirksvertretung vorlegen werden, welches Anerbieten mit Dank angenommen wird.

Anträge.

V.-R. Tremml beantragt die Schaffung eines Kinderspielplatzes auf dem durch Auffüllung einer Grube beim Steinbruch gewonnenen Platz.

Einhellige Zuſtimmung.

V.-R. Korzen beantragt, die Flurwächter bereits am 1. April jedes Jahres den Dienst antreten zu lassen, um die Beschädigung von Kulturen, Wiesen u. s. w. möglichst zu verhüten.

Der **Vorſitzende** teilt diesbezüglich mit, daß die Flurwächter Mitte des Monates April ihren Dienst beginnen, so im vorigen Jahr am 17. April, wodurch dem Wunsche des Antragstellers möglichst entgegengekommen erscheint.

V.-R. Steinruck, beziehungsweise **Alfonſus** beantragen die Errichtung einer Wartehalle bei der Endstation der Straßenbahnlinie Ottakringerstraße beim Schottenhof.

Angenommen.

V.-R. Steinruck beantragt die Pflasterung der Enenkelstraße zwischen Ottakringer- und Thaliastraße.

Angenommen.

V.-R. Amtmann beantragt, es wären den Lebensmittelhändlern des Marktes auf dem Yppenplatze behufs Vermeidung der Lagerung der Lebensmittel auf der Straße, Stellagen zur Verfügung zu stellen.

Die **V.-R. Fidrant** und **Allreich** weisen ebenfalls auf diese Übelstände hin, **V.-R. Hanuſek** bemerkt, daß er bereits vor zwei Jahren einen gleichen Antrag eingebracht hat.

Der **Vorſitzende** erklärt, sich hierüber mit dem Marktamte ins Einvernehmen zu setzen.

V.-R. Alfonſus führt darüber Beschwerde, daß die Gehwege mit derart grobem Schotter bestreut wurden, daß die Passanten diese Wege zu meiden gezwungen sind, und ersucht um dringende Abhilfe.

Die Bauamts-Abteilung berichtet hiezu, daß die Gehwege vorerst mit grobem Kiesel überzogen wurden und daß die Berieselung mit feinem Kiesel in kürzester Zeit erfolgen wird.

V.-R. Heigl bemerkt, daß der Zeitpunkt für die Herstellung der Gehwege schlecht gewählt wurde.

Der **Vorſitzende** verspricht, dahin zu wirken, daß dem gerügten Übelstande ehestens abgeholfen wird.

V.-R. Weingärtner beantragt Verbesserung der Beleuchtung in der Friedmannsgasse.

Angenommen.

Derſelbe beantragt die Hintanhaltung des unbefugten Hausierens beim Markt in der Brunnengasse. Der Antragsteller, sowie **V.-R. Fidrant** weisen auf diese Übelstände hin, denen am ehesten durch Aufstellung nicht uniformierter Polizei gesteuert werden könnte.

Der **Vorſitzende** erklärt, sich mit der Marktamts-Abteilung behufs Abhilfe des unbefugten Hausierens ins Einvernehmen zu setzen.

V.-R. Ramharter stellt einen Antrag, betreffend die Anbringung von Geschäftsschildern ohne Namen des Gewerbeinhabers, besonders in der Brunnengasse und auf dem Markt auf dem Yppenplatz.

Der **Vorſitzende** verspricht, die erforderlichen Schritte zur Abhilfe einzuleiten.

Derſelbe beantragt die Wiedereinführung des Gebrauches von Bierflaschen mit Patentverschluß und Anbringung von Blechstreifen am Flaschenhals beim Flaschenbier aus dem Brauhaus der Stadt Wien. Zieht jedoch im Hinblick darauf, daß der Gebrauch von Bierflaschen mit Patentverschluß gesetzlich verboten ist, den Antrag zurück.

Derſelbe stellt ferner den Antrag, es möge bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien für die Parteien der Scheckverkehr eingeführt werden; zieht jedoch den Antrag wieder zurück.

Derſelbe beantragt weiter die Aufhebung des Verbotes des Abladens von Kohle mittels Kohlenrutschen.

Nach längerer Debatte, an der sich **V.-V.-St. Haniſch** und die **V.-R. Alfonſus, Hanuſek, Heidl, Mann** und der Antragsteller beteiligen, wird der Antrag abgelehnt.

B.-R. Tichy beantragt die Durchführung der Römer-, Seitenberg-, Heigerlein-, Spindelegger- und Effingergasse und Eröffnung der zwischen diesen Gassen in Aussicht genommenen Plätze.

Zustimmung.

B.-R. Schmidt beantragt, es sei das Villenviertel des XVI. Bezirkes, umfassend das Liebhartstal, den Wilhelminenberg und die Roterd, mit dem Namen „Leopold Salvator-Cottage" zu bezeichnen; Se. k. u. k. Hoheit Erzherzog Leopold Salvator habe bereits seine Zustimmung erteilt.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Korzen beantragt die Mitwirkung des Verkehrs-Komitees bei der Verbauung des Villenviertels des XVI. Bezirkes. Er begründet den Antrag, den auch die **B.-R. Schmidt, Tremml, Six** und **Ramharter** unterstützen. In das hiefür bestimmte Bau-Komitee werden **G.-R. Klaus** und die **B.-R. Schmidt, Six** und **Korzen** gewählt.

B.-R. Schmidt ersucht den Bezirksvorsteher, jedem Bezirksrate den seinen Rayon umfassenden Teil des General-Regulierungsplanes zur Verfügung zu stellen. **B.-R. Mann** wünscht für jeden Bezirksrat einen kleinen Bezirksplan mit den eingezeichneten Rayons. **B.-R. Six** wird sich die im Amtsblatte vom 14. Februar angekündeten Regulierungspläne beschaffen und der Bezirksvertretung vorlegen, welche dann hierüber beschließen kann.

B.-R. Schmidt berichtet über die Mitteilung des Magistrates über den in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung gestellten Antrag, betreffend die Weiterführung der Autobuslinie durch die Kollburggasse und Wilhelminenstraße, daß die Unternehmung dieses Projekt zwar ins Auge gefaßt hat und im Prinzip festhalten wird, daß jedoch derzeit aus verkehrstechnischen Gründen nicht an die Ausführung gedacht werden kann. Er ersucht den Vorsitzenden, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Autobusverkehr wenigstens auf der bereits genehmigten Linie endlich aufgenommen wird.

B.-R. Fidraut berichtet über den Antrag der Bezirksvertretung Floridsdorf, an die kompetenten Behörden mit dem Ersuchen heranzutreten, bei der Steuereinhebung mit der größten Bedachtnahme auf die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage vorzugehen und beantragt die Zustimmung.

Angenommen.

B.-V.-St. Hanisch berichtet über den Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend die Beseitigung des Kabsfuhrwerkes und stellt den Antrag, von der Abschaffung dieses Fuhrwerkes abzusehen; es wäre jedoch die Überwachung wegen Einhaltung der geltenden Vorschriften genauestens durchzuführen und im Übertretungsfalle mit strengen Strafen vorzugehen.

Nach längerer Debatte, an der sich die **B.-R. Six, Heigl** und **Fritz** beteiligen und den Referenten-Antrag befürworten, wird demselben zugestimmt.

B.-V.-St. Hanisch referiert über den Antrag der Bezirksvertretung Fünfhaus, die Automobilisten seien zu verhalten, in der Zeit von 11 Uhr nachts bis 6 Uhr früh statt der Huppen Signalpfeifen zu verwenden, und beantragt die Kenntnisnahme.

Angenommen.

Derselbe berichtet ferner über den Vorschlag des Magistrates, betreffend die Benennung des außerhalb der Stadtbahnlinie gelegenen Teiles der Herbststraße mit dem Namen „Wiesberggasse", der Koppstraße mit „Rankgasse" und der Degengasse mit „Ochsenheimergasse" und beantragt, den Benennungen der beiden ersten Straßen zuzustimmen.

B.-R. Schmidt beantragt, die Fortsetzung der Degengasse nach Georg v. Montfort Edlen v. Starkenburg, einem Besitzer des Ottakringer Freihofes, „Starkenburggasse" zu benennen.

Angenommen.

B.-R. Pleska referiert über die Zuschrift des Magistrates wegen Errichtung eines Pavillonpissoirs in der geplanten Gartenanlage zwischen der Geleiseschleife Maroltingergasse—Wernhardtstraße und beantragt, im Hinblick auf den starken Verkehr die Errichtung einer Bedürfnisanstalt.

Angenommen.

B.-R. Tremml ersucht um Unterstützung bei dem Betrieb des Eislaufplatzes im Liebhartstale; dem Komitee treten Gem.-Rat Klaus und die B.-R. Alfonsus, Spindler und Steinruck bei.

Wahlen.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, daß die Ergänzungswahl für neun Armenratsstellen vorzunehmen ist und ersucht um Abgabe der Stimmzettel.

Zu Skrutatoren werden die B.-R. Alfonsus und Tremml bestimmt.

Abgegeben werden 24 Stimmzettel.

Es erscheinen einstimmig gewählt:

Franz Eichinger, Fleischhauer, Lienfeldergasse 46.

Franz Greger, Apotheker, Habsburgplatz 14.

Robert Rod, k. k. Postbeamter und Hausbesitzer, Koppstraße 38.

Karl Gerhold, Kaufmann, Effingergasse 10.

Albert Winter, Schirm-Erzeuger, Brunnengasse 57.

Josef Indra, Schneidermeister, Friedmannsgasse 22.

Stephan Höppeler, Bürgerschullehrer, Hasnerstraße 103.

Ludwig Pillweis, k. k. Kanzlei-Offiziant, Wilhelminenstraße 213.

Julius Mück, Kanzlei-Offiziant i. P., Koppstraße 4.

Interpellationen und Beschwerden.

B.-R. Steinruck interpelliert den Vorsitzenden wegen der bedeutenden Staubentwicklung bei der Reinigung der Straßen mit Kehrmaschinen, worauf der **Vorsitzende** Aufklärung gibt.

B.-R. Fritz führt Beschwerde über die Verunreinigung bei der Einplankung der Panikengasse zwischen Kopp- und Herbststraße und die gefährliche Aufstellung derselben.

Der **Vorsitzende** verspricht, dem Übelstande nach Möglichkeit abzuhelfen.

Schluß der Sitzung.

(IX. Gemeindebezirk, Alsergrund.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom **27. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Josef Stary.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Dr. Karl Wiesenberger.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Versammlung, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

B.-V. Stary hält dem am 29. Jänner 1913 verstorbenen B.-R. Josef Knauer einen warmen, ehrenden Nachruf, der von der Versammlung zum Zeichen der Trauer stehend angehört wird.

Von der Verlesung des Protokolles der letzten öffentlichen Sitzung vom 28. Jänner 1913 wird über Beschluß abgesehen und dasselbe für genehmigt erklärt.

Einlauf.

(299.) Laut Mitteilung der Magistrats-Abteilung V wurde die Errichtung einer Bedarfshaltestelle für die zur Stadt fahrenden Wagen der Linie 36 und 40 in der Kolingasse über den neuerlichen Antrag der Bezirksvertretung genehmigt.

Zur Kenntnis.

(1928.) Die Magistrats-Abteilung III ersucht um Äußerung über den Antrag des G.-R. Prof. Wolny, beim Maschinenhause der ehemaligen Ferdinands-Wasserleitung (an der Stadtbahnkurve Brigittabrücke—Nußdorferstraße) einen Jugendspielplatz zu errichten.

Der **Vorsitzende** beantragt, sich dem vorliegenden Antrage vollinhaltlich anzuschließen und denselben wärmstens zu befürworten.

B.-R. Kraus bezeichnet diese Stelle als sehr günstig für einen Spielplatz.

Der Antrag des Vorsitzenden wird hierauf einstimmig angenommen.

(329.) Der Rund-Antrag der Bezirksvertretung Josefstadt auf Einrichtung eines Umsteigeverkehres zwischen Autobus und Straßenbahn wird über Befürwortung durch **B.-V. Stary** einstimmig zum Beschlusse erhoben.

(376.) Dem Rund-Antrage Meidling, es möge an die Steuerbehörden mit dem Ersuchen herangetreten werden, daß zur Rückzahlung von Guthaben der Postscheckverkehr eingeführt werden solle, wird einhellig zugestimmt.

(261.) Die Bezirksvertretung Fünfhaus ersucht um Anschluß an den Antrag, daß die Automobilisten zur Wahrung der Nachtruhe angewiesen werden sollen, in der Zeit von zwölf Uhr nachts bis sechs Uhr früh statt der Huppe Signalpfeifen zu verwenden.

Vorsitzender: Es ist sehr fraglich, welches von diesen beiden Übeln, Huppe oder Signalpfeife, das kleinere ist.

B.-R. Hiller spricht sich gegen den Antrag aus, ebenso die **B.-R. Forster, Kraus** und **Meyer.**

B.-R. Märtin würde dem vorliegenden Antrage zustimmen.

Der Antrag des **B.-R. Cermak** auf Schluß der Debatte wird angenommen.

B.-R. Magschitz erklärt sich gleichfalls für die Beibehaltung der Huppe.

Es wird beschlossen, dem vorligenden Antrage der Bezirksvertretung Fünfhaus nicht zuzustimmen.

Anträge und Anfragen.

B.-R. Kraus fragt an, ob seitens der Straßenbahn-Direktion über den Antrag der Bezirksvertretung auf Umwandlung der Bedarfshaltestelle Pelikangasse der Linie 15 (Lazarettgasse) in eine feste Haltestelle bereits eine Antwort eingelangt ist.

Vorsitzender: Wir werden diese Angelegenheit betreiben.

B.-R. Weil: Die Magistrats-Abteilung VI hat angeordnet, daß die Straßensäuberung mittels des Rollbesens in der Mittagsstunde geschehen solle; dies ist die ungünstigste Zeit.

Der **Vorsitzende** führt in eingehender Weise aus: Über die Staubplage sind fortwährend zahllose Klagen eingelaufen. Jetzt hat man versucht, der Staubplage ein Ende zu machen, und es wurde daher nach vielfachen Beratungen die Verfügung getroffen, daß die Kehrbesen beim Tage fahren sollen, da derzeit nur während der wärmeren Tagesstunden gespritzt werden kann.

In der Früh haben wir jeden Tag unter Null, in den Vormittagsstunden wird es wärmer, so daß man erst gegen Mittag aufspritzen und mit Kehrbesen fahren kann. Wir müssen doch selbstredend irgendwo anfangen, und da kommt der Wagen in gewisse Straßen, natürlich in der Mittagstunde, das läßt sich unmöglich anders regeln! Das Stauböl kostet furchtbar viel Geld, und ist schon deshalb nicht allgemein verwendbar. Es ist aber doch nicht zu leugnen, daß die Auslagen der Gemeinde Wien für Straßenreinigung kolossal große sind; jetzt wurde abermals eine Lohnerhöhung der Straßenarbeiter, Aufseher u. s. w. durchgeführt; was in dieser Frage geschehen kann, geschieht ja, allerdings lassen sich derartige Dinge nicht vom grünen Tische aus erledigen. Ich möchte — wie schon so oft — auch heute wieder alle Bezirksräte dringendst bitten, daß nicht sie selbst in Fragen eingreifen, worüber die Bevölkerung ruhig ist, weil jedermann einsieht, daß ohnehin das Möglichste geleistet wird.

B.-R. Weil: Um 3 Uhr nachmittags steht jeden Tag an derselben Stelle ein Straßenarbeiter, und kehrt, ohne zu spritzen.

B.-V. Stary: Beim Montag-Rapporte wird in jeder Woche davon gesprochen, daß die Aufseher die Straßenarbeiter zum Aufspritzen auffordern müssen. Die Hauptursache aber, warum vielleicht nicht immer genügend gespritzt wird, ist die, daß der Straßenkehrer in den neuen Häusern überhaupt kein Wasser bekommt; er kann doch unmöglich mit dem Wasserwagen eine halbe Stunde weit fahren, und dabei die Hälfte der Arbeitszeit versäumen.

Je größer Wien wird, desto schwieriger wird die Bewältigung der Frage der Straßenreinigung werden; je mehr die Straßen verbreitert werden, je mehr Straßenbahnlinien geschaffen und das Automobilwesen überhandnehmen wird, desto größer wird die Staubplage werden! Dagegen läßt sich leider beim besten Willen nichts machen.

Bis heute aber war keiner der Herren imstande, mir eine wirkliche Lösung dieser Frage vorzuschlagen.

B.-R. Weil: Ich würde anregen, daß die Bezirksvorstehung an die Hausbesitzer herantritt, daß sie die Wasserentnahme seitens der Straßenarbeiter dulde.

Der **Vorsitzende** erwidert: Die Hauseigentümer wohnen zumeist nicht in ihren Häusern, und die Hausbesorger sind aus dem Grunde gegen das Wasserholen der Straßenarbeiter, weil dabei Wasser verspritzt wird, was namentlich im Winter unangenehm ist; auch sind sehr oft in schöneren Häusern die Wasserleitungen nur in den Wohnungen. Eine diesbezügliche Aufforderung an die Hausbesitzerschaft wäre wohl gänzlich erfolglos.

B.-R. Örley: Es ist doch in jeder Gasse ein Hydrant, und könnten doch die Straßenkehrer daraus das Wasser entnehmen.

B.-R. Stary: Erstens muß ich richtigstellen, daß nicht in jeder Gasse ein Hydrant ist und dann ist doch bei diesen der Druck ein viel zu großer; die Hydranten sind daher für diesen Zweck überhaupt nicht zu brauchen.

Glauben Sie mir, meine Herren, daß wir gewiß den allerbesten Willen haben, die Frage so zu lösen, wie es dem Wunsche und dem Wohle der Bevölkerung unserer geliebten Vaterstadt entspricht.

B.-R. Czermak stellt den Antrag, daß der Durchgang zwischen der Canisius- und der Pulverturmgasse baldigst eröffnet werden möge.

Angenommen.

Der **Vorsitzende** führt in längerer Rede aus: Bekanntlich wird jetzt gegenüber dem Gemeindehause das chemische Universitäts-Institut gebaut. Bei dem kürzlich abgehaltenen kommissionellen Augenscheine war ich persönlich anwesend, und bin hiebei mit meiner Anschauung mit den Herren Vertretern der beteiligten Ministerien in Widerspruch gekommen.

Über Einzelheiten will ich hier in der öffentlichen Sitzung nicht sprechen, sondern nur über die Fassade.

Meine sehr geehrten Herren!

Ich bin ein gebürtiger Alsergrunder; ich habe miterlebt — um nur einige Beispiele anzuführen — die Erbauung des Gebäudes der General-Direktion der Tabakregie in der Porzellangasse, der Konsularakademie in der Waisenhausgasse (einer Seitengasse) lauter Prachtbauten.

Und jetzt soll auf die Währingerstraße, auf die schönste Straße des IX. Bezirkes, ein vier Stockwerke hohes, 80 bis 90 m langes Gebäude mit einer Fassade kommen, die so einfach und nüchtern ist, daß man sie nicht anders als eine Verunzierung nennen kann.

Ich hatte sofort das Gefühl: Das kann ich allein nicht verantworten! Ich habe daher folgendes veranlaßt:

Morgen Freitag den 28. Februar 1913, um 10 Uhr vormittags findet in der Halle des physikalischen Institutes (Eingang Versorgungshausgasse) eine Zusammenkunft der Bezirksvertretung mit den Herren aus den Ministerien statt, wo wir uns die Pläne ansehen werden, zu der ich hiemit alle Bezirksräte einlade.

Ich bemerke noch folgendes.

Die beteiligten Ministerien sind bereit, mit uns zu verhandeln, und wahrscheinlich werden wir morgen schon geänderte Pläne vorfinden. Ich bitte alle Herren, morgen rückhaltlos ihre Meinung auszusprechen.

Die **B.-R. Hiller** und **Meyer** danken dem Bezirksvorsteher für sein tatkräftiges Vorgehen und die energische, zielbewußte Vertretung des Bezirkes.

Der **Vorsitzende**: Sämtliche Herren müssen morgen gegen die unschöne Fassade ernste Vorstellungen erheben, und ich bitte deshalb alle Kollegen, sich mit meinem Standpunkte einverstanden zu erklären.

Ich habe beim ersten Augenscheine ausdrücklich gesagt: Die Fassade dieses ungeheuer langen Gebäudes darf nur im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung beschlossen werden; es werden ja wahrscheinlich keine so kolossalen Änderungen zu erreichen sein, wie ich es wünschen würde, aber wenigstens eine Ausschmückung der Fassade werden wir durchsetzen. Eines möchte ich noch beifügen: Daß nämlich auch das Stadtbauamt (Ober-Baurat Goldemund) sich auf meine Seite gestellt hat, und das war vielleicht die Hauptursache, daß die Herren Vertreter der Ministerien nachgegeben haben.

Der Bau kostet (mit der sehr kostspieligen Inneneinrichtung) $2^1/_2$ bis 3 Millionen Kronen, und da können und dürfen 100.000 K mehr keine Rolle spielen! Ich glaube daher, wir können mit Fug und Recht verlangen, daß auf der Hauptstraße und im Mittelpunkte unseres Bezirkes ein solches Gebäude geschaffen werde, dessen wir uns nicht zu schämen brauchen.

Ich bitte daher nochmals: Kommen Sie, meine Herren, morgen Alle!

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Wohlfahrtspflege für die erwerbende Jugend im Gewerbe.

Im Sinne des Erlasses des k. k. n.-ö. Landesschulrates vom 15. Februar 1913, Z. 14-III (M. Abt. XV, 4143), wird Nachstehendes bekanntgemacht:

Zufolge Erlasses des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 27. Dezember 1912, Z. 67501-XX a, sind etwaige Gesuche von Organisationen um materielle Zuwendungen aus Staatsmitteln, die sich auf eine ersprießliche Tätigkeit zugunsten des gewerblichen Nachwuchses stützen, in Hinkunft nicht mehr beim Ministerium für öffentliche Arbeiten, sondern beim Landesschulrate, und zwar alljährlich bis zum 15. März einzubringen.

Von der unmittelbaren Einbringung derartiger Gesuche beim genannten Ministerium selbst ist unbedingt abzusehen.

Der mit 15. März eines jeden Jahres bezeichnete äußerste Einreichungstermin ist im eigenen Interesse der gesuchstellenden Organisationen genauestens einzuhalten, da Gesuche, welche erst nach dem angegebenen Zeitpunkte beim Landesschulrate einlangen, in der Regel nicht mehr berücksichtigt werden könnten.

Ausdrücklich sei bemerkt, daß die Gewährung staatlicher Subventionen aus dem dem Ministerium für öffentliche Arbeiten für die „Wohlfahrtspflege für die im Gewerbe tätige Jugend" zur Verfügung stehenden Kredite eine ersprießliche Tätigkeit zugunsten des gewerblichen Nachwuchses zur unbedingten Voraussetzung hat.

Bei Subventionsgesuchen solcher Organisationen, welche die Schaffung gewerblicher Jugendfürsorge-Einrichtungen im engeren Sinne, also von Lehrlingsheimen und -Horten, nicht ausschließ-

lich zum Ziele haben, ist daher stets unter Anführung bestimmter, womöglich ziffermäßiger Daten (Anzahl der gewerblichen Jugendlichen, denen die Institution zugute kommt, approximativer Prozentsatz der Gesamtaufwendungen in dieser Hinsicht u. s. w.) darzutun, inwiefern sie Aufgaben der gewerblichen Jugendfürsorge erfüllen.

Jedem Subventionsgesuche ist das vorgeschriebene Katasterblatt, vollständig und genau ausgefüllt, der Rechnungsabschluß für das abgelaufene und der Voranschlag für das laufende Kalenderjahr anzuschließen.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 6. März 1913, Z. 3321/13:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem früheren Kooperator an der Pfarrkirche St. Florian, V., Matzleinsdorferstraße, Josef Jakob, für sein ersprießliches Wirken als Religionslehrer die Anerkennung auszusprechen.

Gemeindevermittlungsämter.

Das Gemeindevermittlungsamt Margareten wird im Monate März 1913 am 12., 19. und 26. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 2. bis 8. März 1913.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 479.096 kg Und zwar aus:

Wien	329.947 kg
dem sonst. Niederösterreich	37.047 „
Oberösterreich	1.476 „
Steiermark	1.883 „
Krain	230 „
Böhmen	169 „
Mähren	12.420 „
Galizien	56.006 „
Bukowina	3.760 „
Ungarn	11.442 „
Rumänien	8.338 „
Serbien	16.378 „

Kalbfleisch . . 44.090 kg Und zwar aus:

Wien	2.770 kg
Mähren	131 „
Galizien	40.365 „
Bukowina	96 „
Ungarn	728 „

Schaffleisch . . 8.095 kg Und zwar aus:

Wien	998 kg
dem sonst. Niederösterreich	29 „
Galizien	246 „
Bukowina	144 „
Ungarn	6.688 „

Schweinefleisch 250.224 kg Und zwar aus:

Wien	123.159 kg
dem sonst. Niederösterreich	2.531 „
Oberösterreich	1.059 „
Steiermark	278 „
Böhmen	3.628 „
Mähren	5.073 „
Galizien	71.680 „
Ungarn	20.674 „
Kroatien	6.142 „
Serbien	16.000 „

Kälber . . . . 3.940 Stück Und zwar aus:

Wien	992 St.
dem sonst. Niederösterreich	41 „
Oberösterreich	2 „
Salzburg	6 „
Steiermark	2 „
Mähren	67 „
Galizien	2.765 „
Bukowina	48 „
Ungarn	17 „

Schafe . . . . 197 Stück Und zwar aus:

Wien	134 St.
dem sonst. Niederösterreich	61 „
Mähren	1 „
Galizien	1 „

Schweine . . . 1.338 Stück Und zwar aus:

Wien	526 St.
dem sonst. Niederösterreich	24 „
Oberösterreich	5 „
Mähren	17 „
Galizien	428 „
Ungarn	8 „
Serbien	320 „

Lämmer . . . 431 Stück Und zwar aus:

Wien	155 St.
Galizien	1 „
Ungarn	275 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K —·72	bis	2·50	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „ 1·60	„	2·50	„ „
Kalbfleisch		„ „ —·56	„	2·30	„ „
Schaffleisch		„ „ 1·20	„	1·70	„ „
Schweinefleisch		„ „ 1·32	„	2·20	„ „
Kälber		„ „ —·92	„	1·84	„ „
Schafe		„ „ 1·08	„	1·40	„ „
Schweine		„ „ 1·00	„	1·84	„ „
Lämmer		„ „ —·—	„	—·—	per Paar.

Die Zufuhren waren stärker als in der Vorwoche und gestaltete sich der Marktverkehr ziemlich lebhaft. Mit Ausnahme von Schweinefleisch, das um 4 bis 6 h per Kilogramm im Preise anzog, verkehrten sämtliche Fleischsorten um 4 h per Kilogramm billiger.

Von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft wurden 23.695 kg Rind-, 12.311 kg Schweinefleisch, 7 Kälber, 45 Schweine (darunter sämtliches Schweinefleisch und alle Schweine, dann 16.371 kg Rindfleisch aus Serbien), von der „Gemeinde Wien — städtische Übernahmsstelle" 1631 kg Rind-, 1174 kg Kalb- und 534 kg Lammfleisch, 1098 kg Schweinefleisch, 186 Kälber, 15 Schweine, 159 Lämmer zu Markte gebracht.

* * *

Pferdemarkt vom 7. März 1913.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 496 Pferde.

325 Gebrauchspferde, 169 Schlächterpferde, 2 Esel.

Preis: für Gebrauchspferde . . 150 bis 1400 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 50 „ 180 „ „ „
„ Esel . . . . . 60 „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 2. bis 8. März 1913.

Niederösterr. Bergheu . . .	von K	7·60	bis 10·60	per 100 kg
„ Wiesenheu . . .	„ „	7·20	„ 10·—	„ „ „
Slovakisches Heu	„ „	7·—	„ 8·40	„ „ „
Ungarisches Heu	„ „	6·20	„ 7·20	„ „ „
Klee	„ „	9·—	„ 12·50	„ „ „
Schaubstroh	„ „	5·80	„ 6·—	„ „ „
„	„ „	24·—	„ 34·—	per Schober
Rüttstroh	„ „	4·—	„ 5·—	per 100 kg
Grummet	„ „	—·—	„ —·—	„ „ „

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 27. Februar bis 6. März 1913.

Waren eingelagert . . . . . 19.809 Meterzentner
„ ausgelagert . . . . . 24 898 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 7.451 Meterzentner.

Lagerstand vom 6. März 1913: 364.483 Meterzentner, und zwar:

49.424	Meterzentner	Weizen,	22.427	Meterzentner	Roggen,
23.811	„	Gerste,	131.083	„	Hafer,
4.825	„	Mais,	6.486	„	Linsen,
10.100	„	Mehl und Kleie,	2.273	„	Ölsaaten,
—	„	Zucker,	4.115	„	Wein,

865 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 8,751.820 K.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 7. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K 50	h bis	25	K —	h
Roggen („ 70—74 kg) . .	„	18	„ 40	„ „	20	„ 10	„
Gerste	„	15	„ —	„ „	19	„ —	„
Mais	„	15	„ 70	„ „	20	„ 60	„
Hafer	„	18	„ 70	„ „	22	„ 30	„

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von	33	K 40	h bis	35	K 80	h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„ —	„ „	35	„ —	„
Roggenmehl	„	21	„ 70	„ „	30	„ 70	„
Weizenkleie	„	12	„ 40	„ „	13	„ 60	„
Roggenkleie	„	12	„ 40	„ „	12	„ 60	„

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 8. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg) . . .	von	20	K 40	h bis	24	K 80	h
Roggen	„	18	„ 40	„ „	20	„ 10	„
Gerste	„	14	„ 80	„ „	19	„ —	„
Mais	„	15	„ 70	„ „	20	„ 80	„
Hafer	„	18	„ 70	„ „	22	„ 30	„

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von	33	K 40	h bis	35	K 80	h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„ —	„ „	35	„ —	„
Roggenmehl	„	21	„ 70	„ „	30	„ 70	„
Weizenkleie	„	12	„ 40	„ „	13	„ 60	„
Roggenkleie	„	12	„ 40	„ „	12	„ 60	„

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 10. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K 40	h bis	24	K 80	h
Roggen („ 69—74 kg)	„	18	„ 50	„ „	20	„ —	„
Gerste	„	14	„ 80	„ „	19	„ —	„
Mais	„	15	„ 70	„ „	20	„ 70	„
Hafer	„	18	„ 70	„ „	22	„ 30	„

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von	33	K 40	h bis	35	K 80	h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„ —	„ „	35	„ —	„
Roggenmehl	„	21	„ 70	„ „	30	„ 70	„
Weizenkleie	„	12	„ 40	„ „	13	„ 60	„
Roggenkleie	„	12	„ 40	„ „	12	„ 60	„

per 100 kg.

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 2. bis 8. März 1913.

Artikel	Menge	Preise von K	Preise von h	Preise bis K	Preise bis h
Weizengrieß	1 kg	.	38	.	46
Auszugmehl	"	.	38	.	45
Mundmehl	"	.	36	.	44
Semmelmehl	"	.	32	.	40
Pohlmehl	"	.	26	.	36
Futtermehl	100 kg	.	.	.	.
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 5·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel „ 4 „ 1 „	3·7 bis 7·4 dkg	—	—	—	—
„ „ 2 „ 1 „	2·0 bis 4·4 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	.	.	.	.
Weißgemischtes Brot	"	—	26·5	—	43·4
Schwarzgemischtes Brot	"	—	24·9	—	37·6
Schwarzes Brot	"	—	26·7	—	32·5
Erbsen, ganz	1 kg	.	40	.	60
„ gespalten	"	.	48	.	72
Linsen	"	.	44	.	90
Bohnen	"	.	40	.	70
Hirse	"	.	32	.	46
Rollgerste	"	.	34	.	72
Reis	"	.	40	.	80
Kaffee, roh	"	3	20	5	60
„ gebrannt	"	3	60	6	40
Kakao	"	3	65	9	.
Schokolade	"	2	20	5	20
Tee	"	5	.	24	.
Zucker	"	.	86	.	96
Honig	"	1	80	2	80
Bohnen, grün	1 kg	4	20	.	
Erbsen, grün, in Schoten	"	1	60	3	
Paradiesäpfel	"	.	90	1	30
Kohl, grün	30 St.	1	20	5	.
„ „	1 „	.	07	.	22
Kohlrüben, heurige	30 „	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ alte	30 „	1	20	5	.
„ „	1 „	.	06	.	20
Kraut, weißes	30 „	2	.	4	.
„ „	1 „	.	16	.	54
Salat in Häupteln	50 St.	8	.	10	.
„ „ „	1 „	.	24	.	32
Spinat	1 kg	.	90	1	50
Rüben, weiß	4 St.	.	.	.	
„ gelb	1 „	.	03	.	10
„ rot	1 „	.	06	.	20
Sauerkraut	1 kg	.	28	.	32
Saure Rüben	"	.	26	.	32
Knoblauch	"	.	24	.	32
Zwiebel	"	.	12	.	18
Erdäpfel, vorjährige	100 kg	8	.	10	.
„ „	1 „	.	12	.	16
„ heurige	100 „	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ Kipfel, vorjährige	100 „	17	.	20	.
„ „ „	1 „	.	20	.	28
„ „ heurige	100 „	.	.	.	.
„ „ „	1 „	.	.	.	.
Rindsfilz	1 kg	1	10	1	32
Butterschmalz	"	2	60	3	60

Artikel	Menge	Preise von K	Preise von h	Preise bis K	Preise bis h
Schweinfilz	1 kg	1	84	2	40
Schweinschmalz	"	1	84	2	40
Schweinspeck	"	1	72	2	08
Unschlitt, geschmolzen	"	.	.	.	.
Milch	1 l	.	26	.	32
Rahm	"	.	60	1	20
Topfen	1 kg	.	72	1	.
Butter	"	3	40	4	80
Margarine	"	1	80	2	20
Eier, frische um 2 K	26—32	.	.	.	.
„ eingelegte um 2 K	. —.	.	.	.	.
Barben	1 kg	1	80	2	20
Brachsen	"	1	80	1	90
Forellen	"	9	.	10	.
Hechte, lebend	"	2	.	3	20
„ tot	"	2	.	3	20
Karpfen, lebend	"	2	.	2	60
„ tot	"	.	.	.	.
Lachse	"	11	.	16	.
Schaiden	"	.	.	.	.
Schille	"	3	.	3	60
Sterlette	"	.	.	.	.
Stockfische	"	.	90	1	.
Schellfische	"	.	70	1	30
Weißfische	"	.	60	1	20
Krebse	1 St.	.	.	.	.
Huhn, junges, geputzt	1 St.	1	60	2	40
Masthuhn, geputzt	"	2	.	3	60
Poulard	"	3	.	5	.
„ steir.	"	3	20	4	50
Kapaun	"	5	20	7	.
„ steir.	"	4	.	5	.
Ente	"	3	20	6	.
Gans	"	6	.	13	.
Indian	"	6	.	15	.
Taube	"	.	70	1	80
Fasan	1 St.	3	50	7	.
Rebhuhn	"	1	80	2	50
Wildente	"	2	20	3	50
Wildgans	"	2	60	4	40
Hase	"	4	.	5	40
Hirschfleisch	1 kg	1	.	3	.
Rehfleisch	"	1	20	2	.
Schwarzwild	"	1	20	2	80

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage): Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische von	bis	In den Markthallen von	bis	In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer von	bis
Fleischgattungen						
Rindfleisch, vorderes	160	200	160	210	160	220
Rindfleisch, hinteres	180	240	180	240	180	260
Kalbfleisch	140	200	160	200	160	240
Schaffleisch	110	160	120	160	120	160
Schweinefleisch	180	240	180	240	180	280
Pferdefleisch, vorderes	.	.	.	.	68	112
Pferdefleisch, hinteres	.	.	.	.	96	120

Schlachtviehmarkt vom 10. März 1913

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 8. März 1913).

1. Gesamtauftrieb: 3745 Stück, und zwar:

Mastvieh	3185 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	560 „
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	39 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	2698 Stück	Kühe	587 Stück
Stiere	416 „	Büffel	44 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	2629 Stück
„ Galizien und der Bukowina	392 „
„ dem sonstigen Österreich	724 „
„ dem Auslande	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von 101	bis 132 K	(extrem bis 140 K)	
„ II. „	„ 94	„ 112 „		
„ III. „	„ 84	„ 96 „		

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von 111	bis 120 K	(extrem bis 124 K)	
„ II. „	„ 101	„ 110 „		
„ III. „	„ 90	„ 100 „		

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von 108	bis 126 K	(extrem bis 136 K)	
„ II. „	„ 97	„ 107 „		
„ III. „	„ 88	„ 96 „		
Stiere	„ 84	„ 98 „	(„ „	104 „)
Kühe	„ 83	„ 104 „	(„ „	116 „)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	von —	bis — K	(extrem bis	— K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von —	bis — K	(extrem bis	— K)
Büffel	„ 56	„ 72 „	(„ „	— „)
Beinlvieh	„ 50	„ 86 „	(„ „	— „)

b) Preis per Stück.

Beinlvieh	von 140 bis 272 K.
Mastvieh	„ — „ — „

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	— Stück
„ „ „ auswärts	— „
Unverkauft blieben	276 „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 2. bis 8. März 1913 für Wien angekauft . . . . . 938 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 621 Stück weniger aufgetrieben.

Bei sehr flauem Geschäftsverkehre wurden gegen die Vorwoche im Vormittagsverkehre Prima-Stallmastsorten um 1 bis 2 K, Mittelstallmastsorten um 2 bis 3 K per Meterzentner billiger gehandelt. Mindere Sorten wurden um 1 bis 2 K per Meterzentner teuerer abverkauft.

Im Nachmittagsverkehre verflaute der Geschäftsverkehr und waren in Mittelware weitere Preisrückgänge von 2 bis 3 K per Meterzentner zu verzeichnen.

Stiere wurden um 2 bis 3 K, Beinlvieh um 2 K per Meterzentner teuerer verkauft.

Baubewegung

vom 7. bis 10. März 1913.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

X. Bezirk: Haus, Trostgasse (Neilreichgasse 953 Inzersdorf-Stadt) (14842).
„ „ Haus, an der Laaerstraße, Einl.-Z. 13 und 192 Ober-Laa (14843).
„ „ Haus, Neusatzgasse 3195 (14844).
„ „ Haus, Neusatzgasse 1220 (14845).
XXI. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Groß-Jedlersdorf, Einl.-Z. 996, von Paul und Rosalia Christ, Brünnerstraße 16, Bauführer Johann Molzer (11368).
„ „ Haus, Ostmarkstraße 31, von Karoline Wimmer, Bauführer Gottfried Doleschal (11083).
„ „ Haus, Brünnerstraße 122, von Leopold Bernreiter, Bauführer Johann Molzer (11182).
„ „ Haus, Groß-Jedlersdorf, Einl.-Z. 977, von Johann und Katharina Cervenka, Bauführer Franz Balischek (11237).
„ „ Haus, Kagran, Einl.-Z. 913, von Franz und Rosalia Sterl, Bauführer Franz Hansal (11305).

Umbauten.

XIII. Bezirk Bitusgasse , von Karl und Franziska Pelleter, ebenda, Bauführer Josef Bertha (12497).

Zubauten.

II. Bezirk: Werkstätte, Handelskai 388, von der Wiener Fleischhauer-Kompagnie, Aktiengesellschaft m. b. H., durch Lambert Hans Hofer, Bauführer derselbe (2069).
VII. Bezirk: Zweistöckiger Hofquertrakt, Andreasgasse 3, von Johann Neiber, ebenda, Bauführer Weiß & Nemetschke (2058).
X. Bezirk: Amerikanisches Eishaus und Pferdestall, Kudlichgasse 29, von Ad. Jg. Mautner & Sohn (15425).
„ „ Dreistöckiges Geschäftshaus, Triesterstraße, Ecke Franz Schub-Gasse, Grundb.-Einl.-Z. 1291, von Rudolf Komarek (15426)
XIII. Bezirk: Einstöckiger Zubau, Anton Langer-Gasse 8, von Friedrich Runge, ebenda, Bauführer Karl Kröpfl (12227).
„ „ Waschküche, Am Platz 1, vom Chorherrenstift Klosterneuburg, Bauführer C. Wenz & J. Lecker (12777).
XVI. Bezirk: Küche, Dettergasse 4, von Andreas Kirchmayer, Bauführer Leo Stussig (14963).
XXI. Bezirk Hoftrakt, Brünnerstraße 125, von Rudolf und Wilhelmine Klager, Bauführer Franz Aubrecht (10951).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Weihburggasse 16, von der Allgemeinen österreichischen Baugesellschaft, Dominikanerbastei 19, Bauführer dieselbe (2006).
„ „ Am Hof 9, von der Magistrats-Abteil 2026).

II. Bezirk: Obere Donaustraße 29/31, von der Ersten Dampfwäscherei-Aktiengesellschaft, ebenda, Bauführer Johann Dobias (2040).
III. Bezirk: Landstraßer Hauptstraße 9, vom Unterstützungs- und Rechtsschutzverein „Sekretär" österr.-ungar. Lokomotivführer, ebenda, Bauführer Karl Michna und Josef Herzberg (2041).
„ „ Ungargasse 59/61, von Portois & Fix, ebenda, Bauführer Wagner & Freitag, A.-G. & Meinong (2059).
„ „ Seidlgasse 8, von der St. Norbertus Buch- und Kunstdruckerei, ebenda, Bauführer Alois Schaufler (2064).
V. Bezirk: Wiedner Hauptstraße 117, von Engelbert Jahrl, durch Leopold Wallner, Siebenbrunnengasse 43, Bauführer derselbe (2037).
„ „ Rechte Wienzeile 79, von Friedrich Wagner, durch Joh. Kloiber jun., XII., Tichtelgasse 22, Bauführer derselbe (2092).
VI. Bezirk: Sandwirtgasse 20, von Julius Haller, V., Margaretenstraße 88, Bauführer derselbe (2062).
„ „ Mariahilferstraße 41, von Hugo Wessely, ebenda (2098).
VII. Bezirk: Zieglergasse 39, von Adolf Reichl, ebenda, Bauführer Jak. Sellner (2020).
VIII. Bezirk: Maria Treu-Gasse 6, von Andreas Kirchmayer, Lerchenfelderstraße 46, Bauführer Leo Stussig (2019).
„ „ Lenaugasse 19, Tulpengasse 2, von der Vereinigten Wiener Plakatierungs-Unternehmung Mauczka, Endlicher & Weiner, Ges. m. b. H., Bauführer Wilh. Freisler (2022).
IX. Bezirk: Alserbachstraße 11, von Fanni Schreiber, ebenda, Bauführer die Firma vormals Kleiner & Bockmayer (2063).
X. Bezirk: Favoritenstraße 77, von Eugenie Honus, ebenda, Bauführer Anton Heim (15397).
XII. Bezirk: Albrechtsbergergasse 15, von der Genossenschaft der Chemischputzer, VI., Millergasse 35, Bauführer Josef Fuchs (9698).
„ „ Meidlinger Hauptstraße 27, von Siegfried Weigl, Bauführer Karl Michna & Josef Herzberg (9833).
XVI. Bezirk: Koppstraße 7, von Jakob Posamentier, Bauführer Karl Kobermann (15376).
XXI. Bezirk: Floridusgasse 41, von Anna Obst, Bauführer Josef Rausch (11085).
„ „ Groß-Enzersdorferstraße 7, von Karl Lutz, Bauführer Josef Rausch (11086).
„ „ Bahnsteggasse 27, von A. und R. Hruby, Bauführer Franz Balischek (11238).
„ „ Schloßhoferstraße 42, von Theodor und Amil. Weinbrenner, Bauführer Friedrich Schuhmaier (11239).
„ „ Donaufelderstraße 61, von Julius Kluß, Bauführer Fr. Jos. Hopf (11240).

Diverse geringere Bauten.

I. Bezirk: Kiosk, Graben 29 a, vom Grabencafé, Ges. m. b. H, ebenda (2077).
II. Bezirk: Kühlhaus, k. k. Prater, Lusthaus, von Ad. Jgn. Mautner & Sohn, Brauerei St. Marx, Bauführer Wolfgang Brunner (2105).
V. Bezirk: Sauggasanlage, Schwarzhorngasse 5, von Al. Kristofek (2069).
VII. Bezirk: Steinzeugrohrkanal, Bandgasse 18, von Franz Böhm durch Joh. Kietreiber, VI., Morizgasse 5, Bauführer derselbe (2004).
XII. Bezirk: Pferdestall, Düngergrube und Steinzeugrohrleitung, Sechtergasse 12, von Raimund und Julie Ružicka, Bauführer Ferd. Schmalek (9389).
XIII. Bezirk: Stall, Adolfstorgasse 24, von Julius und Karoline Liebwein, VI., Gumpendorferstraße 32, Bauführer Franz Oppolzer (12439).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

II. Bezirk: Bellegardegasse, Einl.-Z. 125, von Karl Humpel, XV., Haidmannsgasse 9 (2010).
III. Bezirk: Dietrichgasse 32 a, von Josefine Sorger und Marie Pernitsch, II., Praterstraße 43 (10 4).
IX. Bezirk: Canisiusgasse 8/10, von der Kommandit-Gesellschaft für Buchdruckerei, Lithographie, Schriftgießerei ꝛc. Joh. N. Bernay (2012).
XII. Bezirk: Wienerbergstraße, Einl.-Z. 513, von Marie Kummer, Wurmbstraße 34 (9512).
XIII. Bezirk: Breitensee, Einl.-Z. 8, von Rosalie Kapsamer, Breitenseerstraße 1 (12299).
„ „ Penzing, Einl.-Z. 1842, von Wenzel Endisch, Linzerstraße 360 (12328).
„ „ Penzing, Einl.-Z. 1843, von Wenzel Endisch, Linzerstraße 360 (12329).
XX. Bezirk: Engerthstraße, Einl.-Z. 2815, von Josef Gabriel, Leipzigerstraße 41 (2104).
XXI. Bezirk: Groß-Jedlersdorf, Einl.-Z. 141, von Gabriele Boesch, Elise Dengler, XIX., Billrothstraße 73, Bauführer Friedrich Zieritz (10949).
„ „ Floridsdorf, Wenhartgasse 19, Kat.-Parz. 218, Einl.-Z. 218, von Anna Sperl und Medek'sche Erben (10986).
„ „ Sebastian Kohl-Gasse, Einl.-Z. 120, Kat.-Parz. 1321, von Josef Inwald, Glasfabrik (11234).
„ „ Groß-Jedlersdorf, Brünnerstraße 95, Kat.-Parz. 654, Einl.-Z. 142, von Johann und Katharina Cervenka (11236).

Demolierungsanzeigen.

V. Bezirk: Margaretenstraße 78, von Gust. Menzel, IV., Wiedner-gürtel 26 (2083).
VI. Bezirk: Mollardgasse 8, von L. Werther, XXI., Wimpffengasse 33 (2028).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Dir. d. städt. Elektrizitätsw., 403/Ic.

4. März 1913.

Adaptierungen im Hause VI., Kaunitzgasse 6.

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Glisch Edmund — Nachlaß 7%. Nachlaß 8% bei Ausführung der gleichen Arbeiten im Hause Nr 8. Tarifpreise für Regiearbeiten.
Bublik J. — Kostenanschlagspreise.
Niel Karl — Nachlaß 6%. Aufzahlung 5% für Unvorhergesehenes und Regiearbeiten.
Schoderböck Rudolf — Aufzahlung 10%.
Ranzinger Martin — Kostenanschlagspreise.
Kamenicky Emanuel — Nachlaß 6·7%. Aufzahlung 10% für Regiearbeiten.
Irschik Hans — Nachlaß 4%. Aufzahlung 20% für Unvorhergesehenes.
Nella H. & Komp. — Nachlaß 21·4%. Aufzahlung 5% für Regiearbeiten.
Haupt Max — Nachlaß 10%. Kostenanschlagspreise für Regiearbeiten.
Netzl Lorenz — Nachlaß 15%.

Lieferung der Träger und Eisenkonstruktionen.

Wahlberg Max — Nachlaß 6%.
Sasse Heinrich — Nachlaß 6·5%. Tarifpreise für Unvorhergesehenes und Regiearbeiten.
Janisch Johann — Aufzahlung 2·5%.
Neumeier Karl — Kostenanschlagspreise.
Waagner R. Ph., L. & J. Biro & A. Kurz — Nachlaß 7%.

Zimmermannsarbeiten.

Muth Anton — Nachlaß 11%.
Demal Franz — Nachlaß 5%.
Otte Hermann — Kostenanschlagspreise.
Schmid Franz jun. — Nachlaß 8%.
Tauber Anton — Nachlaß 2%.
Dezort Franz — Nachlaß 1%.
Schlögl Leopold — Nachlaß 4%. Aufzahlung 10% für Unvorhergesehenes und Regiearbeiten.
Hartl Wenzel — Nachlaß 6·5%.

* * *

M. Abt VII, 137.

7. März 1913.

Umbau des Hauptunratskanales in der Kasernengasse in der Strecke von der Schmalzhofgasse bis zur Mariahilferstraße im VI. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 8038 K 12 h.

Mehrwald Leopold — Aufzahlung 15·8%.
Rzehaczek E. — Aufzahlung 17·5%.
Peterka Ferdinand — Aufzahlung 19·5%.
Kasparek Johann & Josef Haala — Aufzahlung 20%.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

M. Abt. X, 9311/12.

Mistbeettfenster und Mistbeettkästen für die Friedhofsgärtnereien.

Flir Franz — Nachlaß 13%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

22. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Wolak Franz — Bautischler — XVI., Paletzgasse 22/24.
Wreßig Friedrich Wilhelm — Handelsagentur — II., Schüttelstraße 3.
Wurm Leopold — Graveur und Metallausschneider — XVI., Arnethgasse 57.
Ziak Franz — Übernahme zum Chemischputzen, Färben und Appretieren — XVI., Thaliastraße 3.
Zillinger Ferdinand — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — V., Margaretenstraße 102.
Zippera Peter — Friseur und Raseur — II., Obere Donaustraße 1.

* * *

24. Februar 1913.

a) Gewerbe-Unternehmungen.

Beer Heinrich — Wagner — XVIII, Schumanngasse 45.
Firma Brond & Ratz (Gesellschafter: Fischel Ratz, Simon Brand) — Handel mit Manufakturwaren — I., Ruprechtstiege 4.
Brückl Josef — Warenhandel (beschränkt) — XVIII., Staudgasse 55.
Cejnek Maria Anna — Ausführung von Maschinschreibarbeiten und von Übersetzungen — III., Ungargasse 44.
Cejnek Maria Anna — Handel mit Bureauartikeln, Papier und Parfumeriewaren — III., Ungargasse 44.
Cerny Wenzel — Zimmermaler — XVIII, Theresiengasse 18.
Dworak W. jun. (Alleininhaber: Wenzel Dworak) — Handel mit Kehrichtsammelapparaten ꝛc. — XVIII., Gentzgasse 162.
Ebner Anton — Milchmeier (Filiale) — II., Winterhafen.
Einzinger Adolf — Friseur und Raseur (Filiale) — XVII., Haslingergasse 7.
Offene Handelsgesellschaft Adolf Freiwillig (Gesellschafter: Adolf Freiwillig, Jakob Freiwillig) — Fabriksmäßige Adjustierung von Seide, Zwirn und Schafwolle, sowie fabriksmäßige Erzeugung von Posamentierwaren — VI., Mariahilferstraße 115.
General-Bauunternehmung (Geschäftsführer: Emanuel Rindl) — Bauunternehmung — IV, Alleegasse 53.
Gradl Marie, geb. Krivanek — Selchwaren-Verschleiß — III., Erdbergstraße 158.
Groß Wilhelm — Handelsagentur — III., Untere Weißgärberstraße 37.
Grünhut Moritz — Branntweinschank — XVIII., Gentzgasse 30.
Grüsser Marie, geb. Fleck — Handel mit Wäsche, Leinenwaren und Modeartikeln — III., Marxergasse 52.
Haselbacher Anton — Naturblumenhandel und -Binderei — XVIII., Gentzgasse 125.
Heller Julius — Handelsagentur — VI., Mollardgasse 85.
Herndl Otto — Fleischhauer — III., Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren.
Hruban Ferdinand — Handel mit Schneiderzugehörartikeln — III., Klimschgasse 23
Julinek Franziska — Übernahme zum Chemischputzen, Färben und Appretieren — XVIII., Vinzenzgasse 28.
Jung Adolf — Handel mit Milch und Gebäck, Zuckerbäckerwaren und Flaschenbier — III., Fasangasse 48.
Katz Alois — Viehhandel — III., Schlachthaus St. Marx.
Keil Wilhelmine — Handel mit Fragnereiartikeln, Selchwaren und Flaschenbier — III., Baumgasse 17.
Klier Adelheid — Viktualien- und Milch-Verschleiß — III., Keinergasse 31.
Kößl Anton — Gastwirt — XVIII., Staudgasse 42.
Kosser Johanna, geb. Reichsfeld — Geflügelhandel — XVIII., Gersthof (Marktstand).
Krenek Anna — Handel mit Fragnereiartikeln und Zuckerbäckerwaren — III., Fürtzlerstraße 26.
Lehngruber Josef — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt, Filiale) — XVII., Ortliebgasse 50.
Lenitz Georg — Verkauf von Kerzen, Seifen und Haushaltungsgegenständen — III., Hainburgerstraße 73.
Lett Franz — Friseur und Raseur (Filiale) — II., Große Mohrengasse 39.
Leutgeb Karl — Verschleiß von Rind- und Kalbfleisch — XVIII., Scheibenbergstraße 22.
Löhrl Franz — Viktualien-Verschleiß — III., Beatrixgasse 4a.
Lucky Andreas — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Neulinggasse 7.
Lustig David — Kürschner — XVIII, Antonigasse 9.
Mayr Franziska — Hand- und Nagelpflege — IV., Schleifmühlgasse 21, ab 1. März 1913, IV., Paulanergasse 14.
Morgenstern Edgar — Maschinelle Holzbearbeitung — III., Weißgärberlände 42.
Müller Max — Gemischtwarenhandel — XVIII., Mitterberggasse 21.
General-Bauunternehmung (Geschäftsführer: Peter Odorico) — Erzeugung von Zementwaren — IV., Alleegasse 53.
Österreichische Fischhandelsgesellschaft m. b. H. (Vertreter: Marie Gorsky) — Handel mit Fischen in rohem, geräuchertem, gebackenen oder mariniertem Zustande, sowie Konservierung von Fischen (Filiale) — XXI., Hirschstetten, Kat.-Parz. 206/2, Verkaufshütte in der Stadlauerstraße.
Olbricht Eduard — Kleinhandel mit Holz, Kohlen und Koks — III. Hetzgasse 21.
Pawlik August — Musiker — XVIII, Rathstraße 44.
Pfannhauser Josef — Gold- und Silberschmied — XVIII., Staudgasse 41.
Polleichtner Therese — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XII., Schönbrunnerstraße 240.
Popper Ludwig — Handelsagentie — III., Kegelgasse 5.
Prohaska Karoline, geb. Vaisochr — Modistin — III., Beatrixgasse 4a.
Prochazka Anton — Handelsagentur — III, Erdbergerlände 16.
Raaber Johanna — Handel mit Parfümerie, Kurzwaren und Toilettenartikeln — III, Landstraßer Hauptstraße 81.
Rettinger Barbara — Gemischtwarenhandel (Filiale) — XI., Eisteichstraße 17.
Rosandic Marie, geb. Bogdanovic — Photographische Porträtaufnahme — III, Untere Viaduktgasse 53.
Rosenberger Ernestine — Kostgebergewerbe — VI., Esterhazygasse 30.
Rothenstreich Juda — Handelsagentur — XIX., Silbergasse 8.
Sachs Anna Therese — Pfaidlerin — XVI., Ottakringerstraße 148 (Filiale).
Sachs Johanna — Wäschewaren-Erzeugung — III, Radetzkystraße 3.
Schöngut Moritz — Handel mit Schuh- und Lederwaren — III., Marxergasse 38.
Schossig Franz — Musiker — III, Erdbergstraße 120a.
Settwert Leopoldine — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — XVIII., Schöffelgasse 11.
Sofer Albert — Kleinfuhrwerker — III., Wassergasse 21.
Sonnenschein Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XIV., Mariahilferstraße 187.
Steinzer Katharina — Verschleiß von Konditoreiwaren, Sodawasser und Fruchtsäften — XVIII., Salmannsdorferstraße 37.
Straka Wenzel — Friseur und Raseur — XV., Rosinagasse 3.
Offene Handelsgesellschaft Strubecker & Holluber — Gemischtwarenhandel (Filiale) — VI., Gumpendorferstraße 74.
Stützel Emanuel — Übernahme von Stoffen und Kleidungsstücken zum chemischen Putzen, Appretieren, Färben und Waschen durch hiezu berechtigte Gewerbetreibende — III., Beatrixgasse 4a.
Thüringer Magdalena, geb. Holub — Erzeugung und Verkauf von Wäschewaren — XVIII., Plenergasse 10.
Tillinger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Linke Wienzeile 58.
Ton Anna — Tierhandel — III., Göllnergasse 10.
Vojta Aloisia, geb. Stastny — Viktualienhandel — XVII, Geblergasse 41.
Wagner Augustine — Viktualienhandel — XVIII., Hildebrandgasse 39.
Wärmer Theresia — Pfaidlerin — XVIII., Gersthoferstraße 12.
Wiener Taxameterunternehmung mit de Dion-Wagen, G. m. b. H. — Pachtbetrieb der der Karoline Spiegel gehörigen Fiaker-Lizenz Nr. 92 — I., Graben.

Winter Josef — Pachtbetrieb der dem Emanuel Goldsand gehörigen Kaffeesieder-Konzession — III., Schlachthausgasse 20.

b) Nicht dem Gewerbegesetze unterliegende, erwerbsteuerpflichtige Unternehmungen.

Neumann Ludwig, Dr. — Auskunftserteilung in Angelegenheiten chemischer und pharmazeutischer Natur — III., Löwengasse 11.

* * *

25. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Baweg Jeanette — Warenhandel (beschränkt) — VIII., Lerchenfelderstraße 52.

Bazant Anna — Zier- und Handelsgärtnerei — XI., Zentral-Friedhof.

Beigel Siegmund — Schlosser — I., Wipplingerstraße 15

Blau Leopold — Spengler — XI, Simmeringer Hauptstraße 124.

Bolzer Leopoldine — Zier- und Handelsgärtnerei — XI., Simmeringer Ortsfriedhof.

Brandestimi Anna — Warenhandel (beschränkt) — VII, Bandgasse 37.

Cecelits Karl — Gewerbsmäßiger Betrieb einer Automobil-Garage — XIX., Gaswerkgasse 6.

Cerny Karl — Friseur und Raseur (Filiale) — XIX., Hackhofergasse 6.

Cvetko Marie — Lebensmittel- und Kolonialwaren-Verschleiß (beschränkt) und Flaschenbierhandel — XVII., Matzengasse 25.

Ceil Cyrill — Kleidermacher — VI., Mariahilferstraße 47.

Deutsch Karl — Handel mit Leder und Schuhmacherzugehör — VIII., Tigergasse 33.

Donhofer Anna, geb. Schwingfall — Handel mit Kerzen, Seifen, Parfümeriewaren, sowie Papier und Schreibrequisiten — I., Drahtgasse 4.

Eisenhuber Cäcilie — Damenkleidermacherin — III., Fasangasse 4.

Mieses Elie — Handelsagentie — VII, Kaiserstraße 51.

Fritz Siegwart — Warenhandel (beschränkt) — VII, Neustiftgasse 125.

Fritz Theodor — Handel mit Rohprodukten — V., Kasernengasse 21.

Fuchs Siegfried — Herstellung und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung und Leitung von Elektrizität — IX., Clusiusgasse 13.

Gerber Genoch rekte Geist — Damenkleidermacher — VI., Gumpendorferstraße 80.

Grazer Franz — Bäcker — VI., Windmühlgasse 6.

Heitler Josef — Warenhandel (beschränkt) — VII., Neustiftgasse 40.

Hejhal Rosina, geb. Klose — Warenhandel (beschränkt) — VII., Kandlgasse 29.

Hoch Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XV., Rosinagasse 5.

Hönigmann Julie — Warenhandel (beschränkt) — VIII, Piaristengasse 7.

Horowitz Hillel — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II, Castellezgasse 29.

Huber Josef — Gemischtwarenhandel — XI, Leberstraße 66.

Huth Anna — Warenhandel (beschränkt) — VIII, Lerchenfelderstraße 44.

Inführ Johann — Zwangspacht der dem Emanuel Igler gehörigen Gastwirts-Konzession — XIX., Heiligenstädterstraße 167.

Jablonicky Helene — Handel mit Blumen im Umherziehen — VIII., Kochgasse 36

Jakob Isaak — Warenhandel (beschränkt) — VII, Burggasse 103.

Offene Handelsgesellschaft Michael und Therese Kitzler's Erben (Stellvertreter: Johann Kitzler) — Periodischer Personentransport mit 16 Automobil-Stellwagen auf der Route Wien, I., Stephansplatz—Josefstadt—Ottakring (Liebhartstal) und zurück (Lizenz-Nr. 567 bis 582) gebunden an die grundsätzliche Bedingung, im Betriebe nur inländische Erzeugnisse zu verwenden — XVI., Ottakringerstraße 110.

Kormann Ludwig — Schuhmacher — VI., Linke Wienzeile 100.

Kraska Johann — Marktviktualien-Verschleiß — VI, Detailmarkthalle, Zelle 84.

Lang Leo — Handel mit Grabausschmückungsgegenständen — XI., Simmeringer Hauptstraße 285.

Laznicek Vinzenz — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XIV., Nobilegasse 39.

Lorbeer Albert — Kaffeesieder — VII, Neubaugasse 36.

Malovic Franziska — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln (Filiale) — X., Favoritenstraße 75.

Mannert Rudolf — Pachtbetrieb der dem Julius Drach gehörigen Fiaker-Lizenz Nr. 133 — I., Opernring-Operngasse.

Müller Josef — Gewerbsmäßiger Betrieb einer Wäscherolle mit elektrischem Antriebe — XVII., Taubergasse 60.

Nitsch Josef — Kleinhandel mit Brennmaterialien (Filiale) — XIII., Märzstraße 144.

Pecuch Klementine — Selchwaren Verschleiß — XVII., Lorenz Bayer-Platz 19.

Pollak Anna — Damenkleidermacherin — VI., Mariahilferstraße 51.

Pollak Hermine — Damenkleidermacherin — VI., Mariahilferstraße 51.

Prucha Karl — Elektrotechnische Konzession — XIX., Kahlenbergerstraße 57.

Reinbacher Julie, geb. Reitler — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — IV., Schwarzenbergerplatz 15.

Richter Julius — Kleidermacher — VI., Mittelgasse 16.

Roupetz Franz — Herrenkleidermacher — VI., Strohmayergasse 11.

Schauer Alois, Dr. — Zahnärztliches und zahntechnisches Atelier — I., Spiegelgasse 13.

Schmidt Andreas — Pachtung der der Karoline Zoigner gehörigen Einspänner-Lizenz Nr. 212 — IX., Türkenstraße.

Sedlak August — Herrenkleidermacher — VIII., Lerchenfelderstraße 162.

Stiefel Franz — Reparieren von Puppen — VIII., Josefstädterstraße 82.

Svitak Matthäus — Viktualien-Verschleiß — VIII., Stolzenthalergasse 10.

Thallinger Amalia, geb. Schlesinger — Wäschewaren-Erzeugung — XI., Herbortgasse 29.

Umshaus Franziska — Handel mit Wildbret und Geflügel — XI., Simmeringer Hauptstraße 108.

Firma Wagner & Stiaßny (Gesellschafter: Ludwig Stiaßny, Karl Wagner; Geschäftsführer: Ludwig Stiaßny) — Handel mit Beleuchtungsgegenständen — XI., Braunhubergasse 6.

Veto Company Vertriebsgesellschaft für Schutzapparate gegen Feuer und Einbruch, Ges. m. b. H. (Geschäftsführer: Karl Paschkes) — Handel mit Schutzapparaten gegen Feuer und Einbruch — VI., Gumpendorferstraße 54.

Weiß R. (Alleininhaber: Regina Weiß) — Kommissionswarenhandel — VI., Hirschengasse 2.

Weiß Simon — Warenhandel (beschränkt) — IV., Favoritenstraße 72/74.

Wiblinger Philomena — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Simmeringer Hauptstraße 171.

Winter Josef — Ausführung von Gasrohrleitungen, von Gasbeleuchtungseinrichtungen und von Wasserleitungen — X., Raaberbahngasse 14.

Wolf Anna — Witwenfortbetrieb des Schuhmachergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Karl Wolf — XVI., Stephanieplatz 3.

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:
Sitzung des Gemeinderates 817
Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 817
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 28. Februar 1913 817
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 4. März 1913 821
Richtigstellung 826
Bezirksvertretungen:
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 19. Februar 1913 826
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 20. Februar 1913 830
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom 27. Februar 1913 832
Allgemeine Nachrichten:
Wohlfahrtspflege für die erwerbende Jugend im Gewerbe 833
K. k. Bezirksschulrat 834
Gemeindevermittlungsämter 834
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 2. bis 8. März 1913 . 834
Pferdemarkt vom 7. März 1913 835
Heu- und Strohmarkt vom 2. bis 8. März 1913 835
Städtisches Lagerhaus 835
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 7. März 1913 835
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 8. März 1913 835
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 10. März 1913 835
Detailpreise für Lebensmittel vom 2. bis 8. März 1913 836
Schlachtviehmarkt vom 10. März 1913 837
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 7. bis 10. März 1913 837
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 838
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 839
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 839
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1913.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
19. März 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat **Dr. Ehrenberg**, Neues Rathaus, V. Stiege 2. Stock)	5826	II., Obere Augartenstraße 12.	**Baumeisterarbeiten**	7204 K 75 h 2—3
17. März 11 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat **Dr. Mang**, Neues Rathaus, VIII. Stiege, 1. Stock)	499	Straßenbespritzung im Jahre 1913.	**Lieferung des Bedarfes an Gummispritzschläuchen**	13.185 K Vorbemerkung: Bedingnisse 2c. erliegen zur Einsicht im Stadtbauamte, Abteilung XI, Amtshaus, VIII., Schlesingerplatz 5. 3—3
12. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	119	Neubau eines Hauptunratskanales in der Leberstraße in der Strecke von der Grillgasse bis zur Kat.-Parz. 422 im XI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	4111 K 59 h 3—3

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
18. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	230	Umbau des Hauptunratskanales in der Bergsteiggasse von der Jörgerstraße bis zur Pezzlgasse im XVII. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	9075 K 5 h 2—3
19. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	240	Neubau eines Hauptunratskanales in der neuen Gasse zwischen der Wallensteinstraße und Greiseneckergasse und Herstellung einer Spülkammer und Spülleitung in der Othmargasse im XX. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	3993 K 33 h 1—3
20. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	254	Umbau des Hauptunratskanales in der Tannengasse und am Reithofferplatze in der Strecke von der Felberstraße bis zur Märzstraße im XV. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	17.674 K 11 h 1—3
18. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat Hanisch, I., Dobl-hoffgasse 6, 1. Stock)	143	Reservoir Galitzinstraße.	Lieferung und Montage der Eisenkonstruktionen . . . . . Anstreicherarbeiten	18.700 K 4089 K 3—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
19. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Doblhoffgasse 6, 1. Stock)	399	Dampfwäscherei im städtischen Donaubade, II., Erzherzog Karl-Platz 4.	1. **Wäschereimaschinen** (Zylinder-Dampfmangel samt Vorgelege, Wäschemangel „Lignitzia", liegende Waschmaschine samt Vorgelege, Gasplätte) . . . 2. **Einflammrohrkessel** samt Montierung (exklusive Einmauerung) 3. **Vier Elektromotoren** samt Leitungen . . . . . . Für die sub 1, 2 u. 3 genannten Lieferungen sind gesonderte Offerte einzubringen.	12.520 K 4200 K 3100 K 2—3
31. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Doblhoffgasse 6, 1. Stock)	160	Versorgungsleitung der Zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung vom Behälter Galitzinstraße bis zum Hernalsergürtel im XVI. Bezirke.	**Deichgräber-, Pflasterer-, Baumeister- und Maschinistenarbeiten**	123.879 K 43 h 1—3
13. März 10 Uhr	Abteilung IX (Mag.-Rat **Dr. Konst. Mayer**, Neues Rathaus V. Stiege, 2. Stock)	4670/12	Marktplatz, XXI., Hirschstetten, Genochplatz.	**Herstellung des Asphaltmakadampflasters**	14.900 K 3—3
18. März 10 Uhr	Abteilung X (Mag.-Rat **Koniakowsky**, Neues Rathaus, III. Stiege, Hochparterre)	4590/11	—	**Veräußerung des durch Ausbrennen alter Kränze im Wiener Zentral-Friedhofe verbliebenen, nicht gepauschten Kranzdrahtes im Gesamtgewichte von etwa 2500 Meterzentnern.**	— Vorbemerkung: Bedingnisse in der Verwaltung des Wiener Zentral-Friedhofes. 2—3

**

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
13. März 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat Schaufler, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	14428/12	Zufolge Stadtrats-Beschluß vom 18. Februar 1913, P. Z. 2822, gelangt die im Gebäude der k. k. Textilschule, VI., Marchettigasse 3 befindliche **alte Dampfmaschine ohne Dampfkessel** im Offertwege zum Verkaufe. Die Dampfmaschine ist eine liegende, 10 PH Maschine mit Flachschiebersteuerung, steht zirka 30 Jahre in Verwendung, ist jedoch gut erhalten. Die Maschine kann an Montagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags, an Dienstagen von 10 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags besichtigt werden. Der Verkauf gilt vom Schulgebäude ab und hat der Käufer die Abmontierung und den Abtransport der Maschine auf seine Gefahr und Kosten unter Aufsicht und nach Anordnung des Stadtbauamtes sofort nach erfolgtem Zuschlage zu veranlassen. Der Kaufpreis ist nach erfolgtem Zuschlage vor der Abmontierung der Maschine bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen.	— Vorbemerkung: Nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II d	

3—3

D. Z. 132/32, 0/12.
61.

Kundmachung.

(Offertausschreibung für die Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XVIII., Währingergürtel.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen beabsichtigt, in der Wagenhalle des Bahnhofes XVIII., Währingergürtel, zwei getrennte Zentral-Heizanlagen ausführen zu lassen, von welchen die eine die Wagenhalle, die zweite die Nebenräume und die im Souterrain befindlichen Baderäume beheizen soll. Letztere ist mit einer Warmwasserbereitung für die Waschapparate der Diensträume und für die Badeanlage in Verbindung zu bringen.

Die Kosten für die beiden Heiz-, sowie für die Bade- und Warmwasserbereitungsanlage sind getrennt zu offerieren.

Wegen Vergebung dieser Arbeiten und Lieferungen wird eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung **für den 4. April 1913, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, Amerlingstraße, ausgeschrieben.

Pläne, Baubeschreibung, allgemeine und besondere Bedingnisse liegen bei der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, auf, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei bis zum 3. April an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung am 4. April 1913, betreffend Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XVIII., Währingergürtel", versehen zu richten oder am Tage der Offertverhandlung, das ist am 4. April 1913, vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu überreichen.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, die Baubeschreibung, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen hat und sich denselben vorbehaltlos unterwirft.

Bezüglich der näheren Bestimmungen über die zu erlegende Kaution wird auf den § 3 der allgemeinen Bedingnisse verwiesen.

Die notwendigen Behelfe, Bedingnisse und Pläne können — soweit der Vorrat reicht — in der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung, VI., Rahlgasse 3, erworben werden.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.
Wien, am 3. März 1913.

2—3

D. Z. 1046/32, 0 12.
80.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XIII., Speising an der verlängerten Hetzendorferstraße.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen beabsichtigt, im Verwaltungsgebäude und in der Wagenhalle des Bahnhofes Speising im XIII. Bezirke zwei getrennte Zentral-Heizungsanlagen ausführen zu lassen, von welchen die erstere mit einer im Souterrain befindlichen Badeanlage und Warmwasserbereitung für die Waschapparate der Diensträume zu kombinieren ist.

Die Kosten für die beiden Heiz-, sowie für die Bade- und Warmwasserbereitungsanlage sind getrennt zu offerieren.

Wegen Vergebung dieser Arbeiten und Lieferungen wird eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung für **10. April 1913, um 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, Amerlingstraße, ausgeschrieben.

Pläne, Baubeschreibung, allgemeine und besondere Bedingnisse liegen bei der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, auf, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei bis zum 9. April 1913 an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Brieshülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung am 10. April 1913, betreffend Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XIII., Speising" versehen, zu richten oder aber am Tage der Offertverhandlung, das ist am 10. April 1913, vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu überreichen.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, die Baubeschreibung, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen hat und sich denselben vorbehaltlos unterwirft.

Bezüglich der näheren Bestimmungen über die zu erlegende Kaution wird auf den § 3 der allgemeinen Bedingnisse verwiesen. Die notwendigen Behelfe, Bedingnisse und Pläne können, soweit der Vorrat reicht, in der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, käuflich erworben werden.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 5. März 1913. 1—3

M. Abt. IV, 4278/12.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Hauptfeuerwache Mariahilf, Vergebung der Ziegeldecker-, Schlosser-, Glaser- und Tapeziererarbeiten.)

Wegen Vergebung der folgenden Arbeiten für den Bau der Hauptfeuerwache Mariahilf, VI., Linke Wienzeile-Mollardgasse, und zwar:

1. Der Ziegeldeckerarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 13.000 K (Kaution 650 K),

2. der Schlosserarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 34 315 K 17 h (Kaution 1720 K),

3. der Glaserarbeiten mit einem solchen von 10.181 K (Kaution 510 K) und

4. der Tapeziererarbeiten mit einem solchen von 2455 K (Kaution 120 K)

wird zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 30. Jänner 1913, P. Z. 1628/12, vom Wiener Magistrate, Abteilung IV, **am Freitag den 14. März 1913, pünktlich um 10 Uhr vormittags**, im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Wolfgang Madjera im Neuen Rathause, VIII. Stiege, 1. Stock, neuerlich eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne und Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II b, Neues Rathaus (Mezzanin), während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen; insbesondere wird auf § 2 der allgemeinen Bedingnisse aufmerksam gemacht, nach dem auf sämtliche Kostenanschlagsposten ohne Ausnahme ein in Prozenten ausgedrücktes einheitliches Anbot zu stellen ist, das auch für alle nach dem städtischen Preistarife zu verrechnenden Regie-, Nachtrags- und unvorhergesehenen Arbeiten gilt.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II b erteilt.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 21. Februar 1913.

Für den Abteilungsvorstand:
Dr. Ebermann,
Magistrats-Sekretär. 3—3

M. Abt. VI, 2853/12.

Kundmachung.

(Verkauf von Motoren, Pumpen und Reservoiren.)

Die Gemeinde beabsichtigt, aus den zur Auflassung bestimmten Schöpfwerken die Motore und Pumpen samt Zubehör (bei einigen Schöpfwerken auch die Reservoire und sonstigen Eisenbestandteile) zu veräußern. Kauflustige erhalten nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VII a (Baurat Podstata), I., Doblhoffgasse 6, woselbst auch die Anbote, und zwar abgesondert für jedes Schöpfwerk einzubringen sind.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 22. Jänner 1913.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Mang,
Magistratsrat. 13—18

Z. 889.

Kundmachung.

(Karl und Theresia Göschl'sche Stiftung.)

Von den Zinsen des Karl und Theresia Göschl'schen Stiftungskapitales kommen eine Zahl von Stiftungsbeträgen à 100 K im Monate Mai 1913 zur Verteilung.

Anspruch auf eine Beteilung mit diesen Stiftungsbeträgen haben nach der letztwilligen Anordnung der Stifter Geschäftsleute des III. Gemeindebezirkes, welche ohne ihr Verschulden verarmt und durch ihr Verhalten einer Unterstützung würdig und wenigstens zehn Jahre im Bezirke ansässig sind, ohne Unterschied der Nationalität und des Geschlechtes, jedoch müssen sie sich zu einer christlichen Konfession bekennen.

Bürger von Wien oder nach Wien heimatberechtigte Personen haben unter sonst gleichen Voraussetzungen den Vorzug vor anderen Bewerbern.

Wer einmal eine Beteilung aus den Stiftungserträgnissen bezogen hat, ist für das nächste Jahr von dem Bezuge einer solchen ausgeschlossen. Die Gesuche sind, mit den notwendigen Dokumenten versehen, **bis 10. April 1913** in der Kanzlei der Bezirksvertretung Landstraße, III., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 5. März 1913.

Der Bezirksvorsteher des III. Wiener Gemeindebezirkes:
Paul Spitaler. 2—3

M. Abt. XIII, 906/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Gustav Freiherr v. Heine-Geldern'sche Stiftung

für Witwen und Waisen.

Verteilt werden: 620 K in Beträgen von 50 bis 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, welche arm und in Wien heimatberechtigt sind.

Der Stiftungsgenuß kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Dem Gesuche sind anzuschließen:

a) von Witwen: Tauf(Geburt)schein, Trauungs- und Totenschein des Gatten, Heimatschein, Nachweis, daß der Gatte ein Gewerbe betrieben hat;
b) von Waisen: Tauf(Geburt)schein, Totenschein des Vaters oder der Eltern, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis über die Krüppelhaftigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 20. April 1913.**
Tag der Verleihung: 1. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 969/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Elisabeth Hugon'sche Stiftung

für Erzieherinnen.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 103 K 60 h.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien wohnende, gewesene Gouvernanten (Erzieherinnen), welche über 50 Jahre alt und durch Krankheit oder andere Gebrechen außer Stande sind, sich ihren Lebensunterhalt zu beschaffen.

Aus Lothringen gebürtige Bewerberinnen, welche obigen Bedingungen entsprechen, haben den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Dienstzeugnis und armenärztliches Zeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 8. Februar 1913. 3—

M. Abt. XIII, 899/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Baron Moritz Wodianer'sche Stiftung
für verarmte Gewerbsleute.

Verteilt werden: 2040 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Gewerbs- und Handelsleute, welche in Wien wohnhaft sind und ihr Gewerbe noch betreiben.

Solche, welche für eine Familie zu sorgen haben, und nicht kinderlose Witwen, die ein Gewerbe betreiben, haben unter sonst gleichen Verhältnissen den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder, eventuell Totenschein des anderen Gattenteiles, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. März 1913.**

Verleihungstermin: Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 889/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Ignaz und Magdalena Trzebitzky'sche Stiftung
für Mitglieder der städtischen Berufsfeuerwehr.

Verteilt werden 840 K.

Zur Bewerbung sind berufen, und zwar:

1. um fortlaufende Unterstützungen von monatlich mindestens 10 K: Mitglieder der städtischen Berufsfeuerwehr, die infolge eines bei Ausübung ihres Dienstes erlittenen Unfalles unverschuldet durch längere Zeit oder immer dienst- und erwerbsunfähig geworden sind;

2. um einmalige Aushilfe von mindestens 60 K: Erkrankte, rekonvaleszente und solche verunglückte Feuerwehrmänner, deren Dienst- oder Erwerbsunfähigkeit nur kürzere Zeit dauert, ferner überhaupt notleidende Feuerwehrmänner, wenn die Notlage eine unverschuldete ist. — Eine einmalige Aushilfe kann auch als Beitrag zu den Leichenkosten für verstorbene Feuerwehrmänner gegeben werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Personaldokumente und sonstige erforderliche Nachweise.

Einreichstelle: Städtisches Feuerwehr-Kommando oder Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 111/13. Selbständiger Wirkungskreis.

A. Wolfgang Elmair-, Katharina Faz-, Anna Khlell-, Anna Tulfer'sche Heiratsausstattungsstiftung.
B. Anna Khunig'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen wird: ein Ausstattungsbetrag von
ad A 91 K.
ad B 97 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Ad A. Hausarme, das sind nicht in einem Pfründengenuß stehende arme Jungfrauen, welche einen ehrenhaften Mann zu ehelichen beabsichtigen, wobei arme Jungfrauen aus der Verwandtschaft des im Jahre 1560 verstorbenen Stifters Wolfgang Elmair und seiner Ehegattin, ferner unvermögliche Bürgerstöchter, fromme und arme Waisen endlich arme Dienstmädchen den Vorzug haben;

ad B. arme, fromme Jungfrauen, insbesondere Waisen, welche einen ehrenhaften Mann zu ehelichen beabsichtigen.

Die Verleihung beider unter A und B genannten Stiftungen erfolgt gleichzeitig und womöglich an dasselbe Mädchen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, eventuell Nachweis über das geltend gemachte Vorzugsrecht und über die Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. Jänner 1913.

M. Abt. XIII, 898/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef und Anna Wasner'sche Stiftung
für Gewerbetreibende.

Verteilt werden: 830 K in vier gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, ohne ihr Verschulden zugrunde gegangene Gewerbsleute, welche ihr Gewerbe noch betreiben. Jedes Jahr ist je ein verarmter Gewerbsmann aus der Leopoldstadt und Brigittenau zu berücksichtigen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Verleihungstag: 26. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 891/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Stettner'sche Stiftung
für Gastgeberswitwen.

Verteilt werden: 150 K in fünf Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Gastgeberswitwen in Wien, die kränklich und ohne ihr Verschulden verarmt sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Totenschein des Gatten, Nachweis über den früheren Gewerbebetrieb desselben, ärztliches Gutachten über die Kränklichkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Verleihungstag: 24. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 116/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung
für Gewerbetreibende.

Verteilt werden: 2100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Wiener Gewerbetreibende und Witwen von solchen mit Kindern, welche ihr Gewerbe noch betreiben, ohne ihr Verschulden mittellos geworden sind und ohne Beihilfe außerstande wären, ihr Gewerbe weiter zu betreiben.

Bei sonst gleichen Verhältnissen haben Bürger von Wien den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)schein des anderen Gattenteiles, Tauf(Geburt)zettel der Kinder, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Heimatschein oder Bürgerrechts-Dekret, von Witwen der Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Verleihungstermin: Im November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Februar 1913.

TERRANOVA Wasserabweisender, patentierter Fassadenputz! Wetterbeständig, farbecht, vornehme Wirkung!

Ältester Edelputz, seit 1893 schon bei vielen Millionen von Quadratmetern im In- und Auslande bewährt!

Warnung vor minderwertigen Nachahmungen
unter allerlei, teils ähnlich klingenden Namen!

Poröse Estriche als Unterlage für Linoleum!

Österr.-ungar. Terranova-Verwertung G. m. b. H.
Wien, VI., Mariahilferstrasse Nr. 47.

Union-Bank.

Die dreiundvierzigste ordentliche

General-Versammlung

der Aktionäre der Union-Bank findet

Donnerstag den 27. März 1913, um 11 Uhr vormittags

im Anstaltsgebäude, I., Renngasse 1, statt.

Auf der Tagesordnung stehen die üblichen Verhandlungsgegenstände.

Die stimmberechtigten Herren Aktionäre, welche an der General-Versammlung teilzunehmen wünschen, wollen ihre Aktien in Gemässheit des § 27 der Statuten **spätestens am 19. März d. J.** deponieren, und zwar:

in **Wien** bei der **Liquidatur** der **Union-Bank**, und bei den sonstigen bekanntgegebenen Stellen.

Wien, am 7. März 1913. **Union-Bank.**



Fabrik aller Arten
Oefen & Herden
Max Bode & Co
Wien V. Siebenbrunneng. 44. Tel. 8398
Zentral-Heizungen. | Bade-Oefen.

Telephon 6979. **MÖBEL!** Telephon 6979.

Erste genossenschaftl. Warenhalle der Tischlermeister Wiens
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

VII., Lerchenfelderstr. 45 (Ecke Neubaugasse).
Reichhaltiges Lager von Möbeln in allen Stilarten, Einrichtung ganzer Wohnräume, Villen, Hotels, Institute, Bureaus etc.

KLINKERPLATTEN — PORZELLAN-WANDVERKLEIDUNGEN — STEINZEUGRÖHREN
KANALISIERUNGEN · PFLASTERUNGEN.
BRÜDER SCHWADRON
WIEN I. FRANZ JOSEF QUAI 3. — ORIGINAL-AMERIK. BADEEINRICHTUNGEN. — TELEFON 13236 & 16292.

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 21. Freitag den 14. März 1913. Jahrgang XXII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (k. k. Tabak-Trafik) und im Redaktionslokale I., Lichtenfelsgasse 5, 1. Stock.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **11. März 1913** unter dem Vorsitze des Vize-Bürgermeisters Dr. Josef Porzer und des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Gemeinderat ist beschlußfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister läßt sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen.

2. Beurlaubt sind die Herren Gem.-Räte Dr. Neumayer, Melcher, Pichler, Laubek, Fogl, Lohner, Kunschak und Heindl.

3. Entschuldigt sind die Herren Gem.-Räte Dr. v. Baechlé, Fraß, Obrist und Schäfer.

4. Der Herr Bürgermeister ersucht um einen Urlaub bis einschließlich 26. März 1913. Ich habe denselben erteilt.

5. Die kaiserl. Deutsche Botschaft, beziehungsweise der Botschafter H. v. Tschirschky schreibt (liest):

„Euere Exzellenz

bitte ich, für die mir anläßlich des schweren Unglücksfalles, der die kaiserliche Marine betroffen hat, ausgesprochene Teilnahme der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien meinen tiefstgefühlten Dank entgegennehmen zu wollen. Ich werde nicht verfehlen, meiner Regierung von dem Schreiben Euerer Exzellenz Kenntnis zu geben und bin überzeugt, daß die herzliche Anteilnahme, mit der die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien der in treuer Erfüllung ihres Berufes heimgegangenen deutschen Männer gedacht hat, sowie die Worte aufrichtiger Bundestreue in meinem Vaterlande einen dankbaren Widerhall finden werden."

6. Der Verein der Beamten der Stadt Wien richtet folgende Zuschrift an den Gemeinderat (liest):

„Der Verein der Beamten der Stadt Wien richtet an einen hochlöblichen Gemeinderat der Stadt Wien die ergebenste Bitte, den tiefgefühltesten und aufrichtigsten Dank der städtischen Beamtenschaft für die Genehmigung der Vorlage über die Änderung der Bestimmungen für die Zeitvorrückung gütigst entgegennehmen zu wollen.

Mit dieser Genehmigung wurde die im Jahre 1911 vom hochlöblichen Gemeinderate begonnene Durchführung jener Bestimmungen, welche die materielle und soziale Besserstellung der städtischen Beamtenschaft bezweckten, vollendet, so daß die städtische Beamtenschaft hinsichtlich ihrer materiellen Stellung beinahe allen öffentlichen Beamtenkategorien den Rang abgelaufen hat.

In voller Erkenntnis und Würdigung, daß die städtische Beamtenschaft diese Sonderstellung nur der steten Fürsorge und dem verständnisvollen Wohlwollen der hochlöblichen Gemeindevertretung verdankt, gibt sie zugleich mit dem Ausdrucke ihres ergebensten Dankes die Versicherung ab, ihre große Dankesschuld durch die volle Hingabe ihrer geistigen und körperlichen Kräfte zur klaglosen Erledigung der ihr zugewiesenen Aufgaben in der Verwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einlösen zu wollen.

Mit dem Ausdrucke der ergebensten Hochachtung zeichnet
Für den Verein der Beamten der Stadt Wien
Der Präsident:
Vinzenz Viktor de Pontis."

7. Eine Deputation der Altpensionisten der Gemeinde hat bei Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister vorgesprochen und hat ihm den Dank für die Erhöhung ihrer Ruhebezüge durch den Gemeinderat ausgesprochen.

8. Der k. k. Österreichische Flugtechnische Verein dankt ergebenst der Gemeinde Wien für die Widmung eines Ehrengrabes für die sterblichen Überreste des Altmeisters der Flugtechnik Ingenieur Wilhelm Kreß. Ebenso dankt der Flugtechnische Verein, als jene Korporation, welche die Dispositionen für die Veranstaltung eines würdigen Leichenbegängnisses getroffen hat, für die Teilnahme eines Vertreters der Gemeinde Wien, des Herrn Vize-Bürgermeisters Hierhammer, bei dem Leichenbegängnisse des Verblichenen.

9. Der Obmann des Armen-Institutes für den I. Bezirk bringt zur Kenntnis, daß Herr k. k. Kommerzialrat Ignaz Bittmann 1100 K, und zwar 1000 K zum Zwecke der Ferienkolonie und 100 K zum Ankaufe von Speisemarken für die armen Kinder des I. Bezirkes gespendet hat, welcher Betrag in der Verlagsrechnung des Armen-Institutes ausgewiesen erscheint.

Hiefür wird der Dank ausgesprochen.

10. Weiters berichtet derselbe Herr Obmann, daß Frau Isabella Reiß, I., Krugerstraße 3, 1000 K, und zwar 500 K für Arme des I. Bezirkes und 500 K für arme Kinder des I. Bezirkes zu Ferienkoloniezwecken gespendet hat, welche Beträge in der Verlagsrechnung des Armen-Institutes Innere Stadt ausgewiesen erscheinen.

Auch hiefür wird der Dank ausgesprochen.

11. Der humanitäre Fortbildungsklub „Kernige Alservorstädter" hat die Summe von 200 K mit der Bestimmung gespendet, daß 10 arme christliche Familien, die im IX. Bezirke wohnhaft sind, mit Beträgen von je 20 K beteilt werden.

Hiefür wird der Dank ausgesprochen.

12. Siegmund Frankl, Beamter, I., Wipplingerstraße 21, spendet anläßlich seiner Civiltrauung 20 K für Arme.

Auch hiefür wird der Dank ausgesprochen.

13. Herr Hans Schneider, Inhaber der Firma Heinrich Jauner, k. u. k. Hof- und Kammer-Graveur, spendet acht Stück Medaillen und Plaquetten, die von ihm hergestellt wurden, für Museumszwecke.

Es wird ihm hiefür der Dank ausgesprochen.

14. Zur Interpellation des Herrn Gem.-Rates Hans Rotter vom 28. Februar 1913 erstattet der Magistrat nachstehenden Bericht (liest):

„Der im Automatenbüfett IX., Alserstraße 18, seit Montag den 24. Februar 1913 aufgestellt gewesene Roulettespielapparat der Ersten österreichischen Hotelgesellschaft in Triest wurde bereits am 28. Februar durch den Besitzer des Automatenbüfetts Samuel Deutschmann dem Betriebe entzogen und am nächsten Tage seitens des Polizei-Kommissariates Alsergrund in Beschlag genommen.

Damit erscheint die Angelegenheit umsomehr gegenstandslos, als die k. k. Polizei-Direktion, wie bekanntgegeben wurde, mit Rücksicht auf diesen Vorfall strenge darauf sehen wird, daß nirgends mehr in Wien ein derartiger Apparat aufgestellt werde."

Es liegt auch eine Zuschrift der k. k. Polizei-Direktion vor, welche im wesentlichen denselben Inhalt aufweist.

15. Bezüglich der Interpellation des Herrn Gem.-Rates Hohensinner über den Preis der Sonderwagen zum Gebäude der „Urania" für Schulkinder bemerke ich, daß über diesen Gegenstand bereits Anträge im k. k. Bezirksschulrate in Vorbereitung stehen, die demnächst an den Straßenbahn-Ausschuß geleitet werden.

Ich ersuche um Verlesung der eingelangten Interpellationen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rates Rotter**:

Ich habe am 20. September 1912 in Angelegenheit der von einem Teile der Handelsgehilfenschaft affichierten Plakate, die Siebenuhrsperre betreffend, eine Interpellation eingebracht.

In Beantwortung derselben durch den Herrn Bürgermeister Dr. Neumayer versprach selber, sich mit der Polizei-Direktion zwecks Unterdrückung dieser Plakate ins Einvernehmen zu setzen. Sie erschienen auch längere Zeit in veränderter Form. Seit Kurzem aber tauchen wieder rote Affichen auf mit den Worten: „Kein Einkauf nach 7 Uhr. Wer nach 7 Uhr einkauft, schädigt sich und Andere."

Man mag über die Art des Kampfes für die Siebenuhrsperre denken wie man will, es geht aber nicht an, daß viele ehrlich und schwer, meist ohne Mithilfe arbeitende Geschäftsleute öffentlich als Schädlinge hingestellt werden und das Publikum aufgefordert wird, selbe zu meiden.

Ich erlaube mir daher, Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister zu fragen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich neuerdings im Interesse des Handels und Gewerbestandes mit der Polizei-Direktion ins Einvernehmen zu setzen, damit derartige, gegen eine ganze Klasse der Bevölkerung aufreizende Plakate nicht affichiert werden dürfen?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich werde den Inhalt dieser Interpellation dem Polizei-Präsidenten zur Kenntnis bringen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

17. Interpellation des **Gem.-Rates Ferdinand Eder**:

Nachdem, besonders in der letzten Zeit, die Geschäftsführung der Großschlächterei-Aktiengesellschaft eine Form angenommen hat, welche dazu angetan ist, durch den an den unlauteren Wettbewerb streifenden Charakter, durch unzulässigen Zwischenhandel und Miskreditierung der Fleischhauer, dem ohnedies schwer kämpfenden Fleischhauergewerbe den Boden der Existenz ganz zu entziehen, erlaubt sich der Interpellant, an Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister, folgene Fragen zu richten:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, darauf Einfluß zu nehmen, daß der Konkurrenzkampf dieser Gesellschaft nicht zu einem unlauteren Wettbewerbe ausartet?

2. Das Betreiben des ausgesprochenen Zwischenhandels dieser Gesellschaft einzustellen?

3. Darauf Einfluß zu nehmen, daß die Führung der Korrespondenz nicht in einer Weise geschieht, welche die Gewerbetreibenden mißkreditiert?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich muß den Herrn Gem.-Rat Ferdinand Eder bitten, mir konkrete Tatsachen be-

kanntzugeben, auf welche sich diese Behauptung stützt. Nur dann bin ich in der Lage, eine Untersuchung einzuleiten und über das Resultat dieser Untersuchung Mitteilung zu machen. (Gem.-Rat Ferdinand Eder: Ja, das kann ich!)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

18. Anfrage des Gem.-Rates Gussenbauer:

Zeitungsnachrichten nach soll die Statthalterei den in Wien eingewanderten, hier eine Existenz suchenden, also den nicht bodenständigen Tschechen, die Abhaltung eines Blumentages bewilligt haben. Der tschechische Blumentag soll sich sogar auf drei Tage erstrecken. Diese Nachricht hat unter der Wiener Bevölkerung hochgradige Aufregung hervorgerufen. Die Aufregung ist umso begreiflicher, als einerseits in diesem Bestreben der Tschechen eine offensichtliche Provokation der bodenständigen deutschen Wiener Bevölkerung und anderseits eine Brüskierung seitens der staatlichen Behörden erblickt wird.

Die Erregung hat aber durch die unpatriotischen Vorfälle und durch die Geldsammlungen für die Serben unter den Tschechen neuen Zündstoff gefunden. Aber auch andere Umstände tragen zur Erhöhung der allgemeinen Aufregung bei, so zum Beispiel die Komenskyschule auf der Landstraße, die Verschleppung der Lex Kolisko, ferner das ganz ungewöhnliche und unbegreifliche Entgegenkommen seitens der staatlichen Behörden, das in gleicher Weise bisher keinem bodenständigen deutschen Schutzverein in Wien entgegengebracht wurde.

Jeder Wiener legt sich aber noch folgende Fragen vor: Wäre in Prag ein deutscher Blumentag möglich? Würde die Statthalterei in Böhmen den in Prag erbgesessenen und bodenständigen Deutschen ein gleiches Entgegenkommen zeigen? Würden die Tschechen in Prag die Abhaltung eines deutschen Blumentages überhaupt zulassen? Alle diese Fragen müssen erfahrungsgemäß mit „Nein" beantwortet werden.

Ein Volk, welches einen so hohen Grad von Feindseligkeit und Gehässigkeit gegenüber allem Deutschen zum Ausdrucke bringt, wie es die Tschechen seit Jahrzeiten zeigen, ist wohl nicht berechtigt, eine derartige herausfordernde Belastungsprobe auf die deutsche Geduld und Gastfreundschaft zu stellen. Wie die letzten Ereignisse beweisen, werden die tschechischen Herausforderungen zu gesetzwidrigen Zusammenstößen führen, denen schon aus sicherheitspolizeilichen Gründen, also aus Gründen der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung vorgebeugt werden muß.

Mit Rücksicht auf alle diese Umstände gestatte ich mir, an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfragen zu richten:

1. Ist es dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß die Statthalterei einen tschechischen Blumentag bewilligt hat?

2. Wenn ja, ist der Herr Bürgermeister geneigt, auf die Statthalterei dahin Einfluß zu nehmen, daß aus Gründen nationaler Natur und aus sicherheitspolizeilichen Gründen die Abhaltung eines tschechischen Blumentages in dem deutschen Wien untersagt werde?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Magistrat berichtet, daß er bei der Statthalterei Erhebungen gepflogen und dort die Auskunft erhalten hat, daß bei der Statthalterei um die Abhaltung eines derartigen Blumentages nicht angesucht wurde.

Ich werde jedoch noch genauere Erhebungen pflegen und je nach dem Resultate derselben das Nötige veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

19. Interpellation des Gem.-Rates Silberer:

Neue Straßentafeln sollen jetzt in Wien in der Inneren Stadt angebracht werden, und zwar Emailtafeln in den Hauptverkehrsadern und am Ring. Mit dieser Reform wird zugleich eine bedeutende Vermehrung der Straßentafeln überhaupt verbunden.

Hierzu gestatte ich mir zu bemerken, daß ich seit Jahren darauf aufmerksam gemacht habe, daß viel viel wichtiger, als die Frage, ob diese Tafeln aus Email oder gewöhnlichem Eisenguß hergestellt werden sollen, die Sorge für deren beständige, ordentliche Reinigung ist. Die Tafeln aus schönstem Material sehen sehr bald schlecht und unappetitlich aus, wenn sie nicht reingehalten und zu diesem Zwecke ziemlich oft abgewaschen werden. Eine Stadt mit schmutzigen Straßentafeln macht auf den Fremden einen unreinlichen Eindruck, auch wenn sie noch so viele Blumen auf die Straßenmaste hängt.

Damit soll beileibe kein Vorwurf gegen den Blumenschmuck erhoben, aber nur festgestellt werden, daß Blumen doch nur ein Luxus, die Sauberkeit der Orientierungstafeln aber ein Gebot der Reinlichkeit und Ordnungsliebe ist.

Der Gefertigte erlaubt sich hiermit die ergebene Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dafür Sorge zu tragen, daß gleichzeitig mit der Anbringung der neuen Straßentafeln auch eine beständige, ordentliche Reinigung dieser Tafeln vorgesehen wird?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Frage der Reinigung der Straßentafeln ist in dem am 3. Februar 1913 an den Stadtrat erstatteten Magistratsberichte, M. Abt. XVI, 16631, betreffend die Reform der Straßen- und Hausnummerntafeln, eingehend erwogen worden.

Bei dieser Frage spielt das Material, aus welchem Straßentafeln hergestellt werden, eine große Rolle. Während nämlich Zinkgußtafeln mit den erhabenen gothischen Buchstaben einer besonderen Pflege bedürfen und alljährlich gereinigt werden müssen, zu welchem Behufe die erforderlichen Arbeiten periodenweise an Kontrahenten übergeben werden, ist bei den Emailblechtafeln eine besondere Reinigung nicht erforderlich, weil sich diese Tafeln laut der aus anderen Städten, in welchen solche Tafeln bestehen, eingezogenen Informationen nahezu vollständig automatisch durch die athmosphärischen Einflüsse reinigen. Bisher war die Reinigung der Zinkgußtafeln mit einem jährlichen Kostenaufwande von zirka 7000 K — und geringem Effekte — verbunden. Diese Kosten dürften beinahe gänzlich bei Anwendung von Emailblechtafeln in Wegfall kommen.

Diese Erwägung bildet eines der Hauptargumente gegen die weitere Belassung der Zinkgußtafeln mit Reliefbuchstaben und für die Einführung der Emailblechtafeln mit glatter Schrift.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

20. Interpellation der Gem.-Räte Neumann und Winarsky:

Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß die Bewohner der Triesterstraße im X. Bezirke an den Stadtrat und an den Gemeinderat eine Eingabe folgenden Inhaltes gerichtet haben:

„An den löblichen

Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien.

Im Jahre 1890, also vor 23 Jahren wurde der von dem Kaiser Franz Josef-Spitale gegen Süden zu gelegene Teil des X. Bezirkes zur Reichshaupt- und Residenzstadt Wien einverleibt, nachdem er früher von der Wienerbergstraße an zur Gemeinde Inzersdorf gehört hatte.

Dieser Teil des X. Bezirkes, welcher ungefähr die doppelte Ausdehnung des I. Bezirkes besitzt, wurde in den letzten Jahren außerordentlich stark bevölkert und bildet namentlich der unter der Spinnerin am Kreuz liegende Teil, der sogenannte Wienerberg, eine Fabriksstadt von einer Ausdehnung, wie sie nur selten am ganzen Kontinente wieder zu finden ist.

Vom Kaiser Franz Josef-Spital bis zur Spinnerin am Kreuz wurden ganze Straßenzüge neu ausgebaut und die Ziegelfabrikstadt „Wienerberg" allein ist von zirka 5000 Menschen bewohnt. Außerdem beschäftigen die an der Wienerbergstraße gelegenen Etablissements — nämlich die Tonwarenfabrik und die Gasanstalt — das ganze Jahr hindurch über 900 Arbeiter und noch weit größer wird die Zahl derer sein, welche in den übrigen Fabriken dieses Stadtteiles ihren Lebensunterhalt finden. Obwohl alle diese Bewohner des genannten Fabriksteiles ihre Steuern und Gemeindeumlagen in der gleichen Weise entrichten müssen, wie die anderer Bezirke, so ist es ihnen doch nicht vergönnt, an den Wohltaten und Annehmlichkeiten teilzunehmen, welche die Reichshaupt- und Residenzstadt ihren übrigen Bewohnern in so reichem Maße bietet.

Fast von jedem Verkehre abgeschnitten, ist es ihnen nicht möglich, ihren Kindern die entsprechende Erziehung angedeihen zu lassen, weil schon die entfernte Lage von der Endstation der städtischen Straßenbahnen in der Trostgasse dies nichts ermöglichen. Um diese zu erreichen, ist eine Wegstrecke von 20 bis 25 Minuten zurückzulegen. Ganz besonders schwer wird der Mangel eines billigen kommunalen Verkehrsmittels von der Bewohnerschaft in wirtschaftlicher Beziehung empfunden, da sie von den billigen Einkaufsquellen, welche die Approvisionierung Wiens ihren Bewohnern so vielfach bietet, leider auch nur in den allerseltensten Fällen und wieder nur mit größeren Opfern Gebrauch machen können.

Um ein Beispiel anzuführen, sei folgendes erwähnt:

Bei Einkäufen in dem nahegelegenen Inzersdorf müssen die Waren durch die Verzehrungssteuerlinie gebracht werden. Da nun in Inzersdorf, mit Rücksicht auf die Nähe der Hauptstadt, meist die gleichen Preise oder noch höhere für alle Konsumartikel, namentlich aber für Fleisch bezahlt werden müssen, erhöhen sich diese Einkaufskosten noch um die jeweilige Verzehrungssteuer. Die

gleichen Schwierigkeiten ergeben sich auch für die Beschaffung aller anderen Lebens- und Bedarfsartikel.

Irgend eine geistige Zerstreuung, wie Theater, Konzerte, Vorträge und dergleichen zu besuchen, ist dieser Bevölkerung des genannten Stadtteiles ebenfalls mit Rücksicht auf den Mangel einer städtischen Straßenbahn selbst bei gutem Wetter sehr schwer, bei schlechtem Wetter jedoch gänzlich unmöglich, denn die Triesterstraße, die einzige Hauptverkehrsstraße, befindet sich dann in einem derartig desolaten Zustande, daß eine Begehung derselben in besserer Kleidung gänzlich ausgeschlossen ist.

Eine Straßenpflege wie in den übrigen Bezirksteilen existiert hier nicht. Die Straßenkehrmaschinen befahren merkwürdigerweise die Triesterstraße nur bis zur Kreuzung mit der Wienerbergstraße, während der ganze südliche Teil derselben bei nur einige Stunden anhaltendem Regen in ein Kotmeer verwandelt wird.

In wie hohem Maße die Verlängerung der elektrischen Straßenbahnlinie 65 über die Triesterstraße bis zum Linienamte dortselbst ein Gebot unbedingter Notwendigkeit ist, kann täglich bei günstigem Wetter aus dem regen Verkehre ersehen werden, welcher sich von der Endstation der vorerwähnten Straßenbahnlinie gegen Inzersdorf zu entwickelt und namentlich an schönen Sonn- und Feiertagen sich außerordentlich verdichtet.

Erst durch die Verlängerung dieser Straßenbahnlinie bis nach Inzersdorf würde dieselbe erträgnisreich werden, da auch die Bewohner von Inzersdorf dieses städtische Verkehrsmittel der Wiener Lokalbahn vorziehen würden, welche ja erst auf dem Umwege über Meidling zur Stadt führt und eine häufige Benützung auch zu kostspielig ist.

Als in den früheren Jahren die Erwerbs- und Einkaufsverhältnisse günstigere, beziehungsweise billigere waren, hat die Bevölkerung dieses Stadtteiles ihre Isolierung nicht so stark empfunden, wie heute, wo die Teuerung aller Bedarfsartikel eine enorme geworden ist und sich auch die sozialen Verhältnisse in den letzten zehn Jahren erheblich geändert haben.

Nunmehr aber muß die Bevölkerung dieses Bezirksteiles darauf bestehen, daß auch sie endlich wenigstens zum Teile der Wohltaten teilhaftig werde, welche allen anderen Bewohnern der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien geboten werden. Es stellen daher die vorerwähnten Bewohner dieses Bezirksteiles die notwendige Forderung auf den Ausbau der Linie 65 der städtischen Straßenbahn vom Kaiser Franz Josef-Spital bis zum Linienverzehrungssteueramte an der Triesterstraße bei Inzersdorf und hoffen zuversichtlich, daß diesem dringenden Bedürfnisse ehestens Rechnung getragen werde."

Will der Herr Bürgermeister Vorsorge treffen, daß die in der Eingabe enthaltenen berechtigten Wünsche der Bevölkerung der Triesterstraße Berücksichtigung finden?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zur Beantwortung der Anfrage wird berichtet (liest):

„Am 11. Dezember 1912 wurde an den Gemeinderats-Ausschuß für die städtischen Straßenbahnen über ein Ansuchen der Gemeinde Inzersdorf um Ausbau der Straßenbahnlinie Triesterstraße und Laxenburgerstraße bis zur Gemeindegrenze berichtet und es wurde dieses Ansuchen von dem Ausschusse abgelehnt.

Es ist daher auch im Voranschlage für 1913 für einen solchen Bau nichts vorgesehen. Sowohl die Gemeinde Inzersdorf als auch die Bezirksvertretung Favoriten haben sich jedoch neuerdings an die Straßenbahn-Direktion mit dem Ersuchen gewendet, den Bau der Linie Triesterstraße neuerlich in Erwägung zu ziehen und beantragt die erstere, ihn eventuell durch eine entsprechende Tarifregelung zu ermöglichen. Hierüber werden jetzt bei der Straßenbahn-Direktion Berechnungen angestellt, über deren Ergebnis an den Gemeinderats-Ausschuß für die städtischen Straßenbahnen berichtet werden wird."

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

21. Anfrage des **Gem.-Rates Moißl:**

Die Hietzinger Hauptstraße — eine der vornehmsten Villenstraßen Wiens, die sich noch dazu bei einem von Fremden sehr frequentierten Hotel befindet — ist nicht gepflastert und befindet sich in einem — selbst für unsere Begriffe — skandalös vernachlässigten Zustande.

Von Seite maßgebender Personen wurde der dortigen Bevölkerung schon vor Jahren die Pflasterung zugesagt, bisher jedoch nicht einmal für eine ordentliche Bespritzung oder Ölung Sorge getragen.

Nachdem ich das Verlangen nach Pflasterung oder zumindest Ölung dieser Straße als ein gerechtes und billiges erachte, so frage ich:

Sind Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister diese Übelstände bekannt und wird in absehbarer Zeit etwas geschehen, um den berechtigten Wünschen der Bewohner der Hietzinger Hauptstraße entgegenzukommen?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Hietzinger Hauptstraße ist in der Strecke von der Kaiser Franz Josef-Brücke bis zur Kirchmayergasse, somit gerade in jenem Teile, wo sich die Hotels befinden, ohnedies mit Granit gepflastert. Dieses Pflaster befindet sich im guten Zustande, allfällige geringfügige Schäden werden ehestens behoben werden.

In der übrigen Strecke von der Kirchmayergasse bis nach Ober-St. Veit ist die Fahrbahn der Hietzinger Hauptstraße allerdings noch eine Makadamstraße. Die Pflasterung konnte bisher mangels präliminarmäßiger Bedeckung nicht durchgeführt werden und ist auch für das heurige Jahr aus diesem Grunde noch nicht in Aussicht genommen. Die notwendige Instandsetzung der Makadamstraße wird im Laufe des Frühjahres erfolgen.

Die Hietzinger Hauptstraße wird während der Bespritzungssaison in ihrer ganzen Ausdehnung täglich dreimal bespritzt.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

22. Anfrage des **Gem.-Rates Moißl:**

Ich habe in der Gemeinderats-Sitzung am 6. September 1912 beantragt, die Trottorreinigung sei von der Gemeinde zu übernehmen.

Nachdem sich nun mein Antrag seit mehr als sechs Monaten im Stadtrate befindet, so gestatte ich mir die Anfrage:

Ist Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt, Maßnahmen zu treffen, damit dieser Antrag, der eine gerechte Forderung der gesamten Hausbesorgerschaft Wiens beinhaltet, endlich auf die Tagesordnung einer Gemeinderats-Sitzung gelange?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Magistrat hat einen Bericht bereits an den Stadtrat geleitet und wird diese Angelegenheit demnächst im Stadtrate in Verhandlung genommen.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

23. Interpellation des **Gem.-Rates Winarsky:**

In der Gemeinderats-Sitzung vom 28. Februar 1913 habe ich an den Herrn Bürgermeister eine Interpellation gestellt, in welcher ich einer Beschwerde wegen der Einhebung einer Gebühr für die Intervention des Geistlichen bei dem Leichenbegängnisse des verstorbenen Johann Langhans vom Allgemeinen Krankenhause aus, trotzdem der Geistliche bei dem Leichenbegängnisse gar nicht zugegen war, Ausdruck gegeben habe.

Diese Interpellation hat der Herr Bürgermeister damit beantwortet: Der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" stand auf die den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit kein unmittelbarer Einfluß zu. Die ganze Geschichte geht uns somit gar nichts an und es hat sich der Herr Kollege Winarsky in der Adresse seiner Interpellation geirrt.

Nun habe ich heute eine Beschwerde über einen ganz ähnlichen Fall vorzubringen.

Der Beamte Konrad Kubala bestellte für seinen verstorbenen Sohn Karl Kubala in der Filiale der städtischen Leichenbestattung auf dem Rennweg eine einfache Bestattung ohne Einsegnung. An dem Leichenbegängnisse nahm auch kein Priester teil. Trotzdem wurde Herrn Kubala von der städtischen Leichenbestattung ein Betrag von 11 K 6 h als Gebühr für den Geistlichen eingesetzt. Als Kubala sich über dieses Vorgehen beschwerte, bekam er am 1. Februar 1913 von der städtischen Leichenbestattungsanstalt einen Brief, in welchem seine Beschwerde folgendermaßen erledigt wird:

„Was die beanständete Post von 11 K 6 h betrifft, so sind wir verpflichtet, diese geringste Stolataxe III. Klasse für jede Leiche bei dem Kirchenmeisteramte zu St. Stephan zu entrichten, welche in dem Pfarrsprengel vorkommen, die bei der Erzdiözese St. Stephan stolapflichtig sind, in diesem Falle „Maria Geburt" am Rennweg, als zu St. Stephan gehörig. Befreiung davon kann nur durch ein vorher vorzulegendes Armutszeugnis erreicht werden.

Sollte Ihnen diese Aufklärung nicht genügen, so wollen Sie sich gefälligst direkt an das Kirchenmeisteramt zu St. Stephan wenden."

Die städtische Leichenbestattung erklärt also einfach, daß sie verpflichtet sei, für das Kirchenmeisteramt von St. Stephan bei jedem Leichenbegängnisse ganz gleichgültig, ob ein Geistlicher interveniert hat oder nicht, eine Stolataxgebühr einzuheben. Was für eine Art von Verpflichtung hier vorliegt, ist nicht zu erkennen. Eine gesetzliche Verpflichtung kann es jedenfalls nicht sein. Der Herr Bürgermeister wird aus den von mir angeführten Tatsachen ersehen, daß in

diesem Falle, sowie in allen anderen Fällen nicht behauptet werden kann, daß die Einhebung von Stolagebühren für die Intervention von Geistlichen trotz der Ablehnung dieser Intervention seitens der das Leichenbegängnis bestellenden Parteien, die Gemeinde Wien nichts angeht. Man sieht im Gegenteile, daß es direkt die Übung der städtischen Leichenbestattung ist, in solcher Form vorzugehen, ja, daß sie es als „ihre Verpflichtung" ansieht, in solcher Weise ungerechtfertigt vorgeschriebene Gebühren von den Parteien für die Pfarrämter einzuheben.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfragen:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß von Seite der städtischen Leichenbestattung in vollkommen ungesetzlicher Weise gegen den Widerspruch der beteiligten Parteien Stolataxgebühren auch dort eingehoben werden, wo eine Intervention eines Geistlichen gar nicht stattgefunden hat?

2. Ist dem Herrn Bürgermeister über den vollkommen ungesetzlichen Vorgang gegenüber dem Beamten Konrad Kubala, dem eine Gebühr von 11 K 6 h vorgeschrieben wurde, obwohl er konfessionslos ist und sich ausdrücklich die Intervention eines Geistlichen verbeten hat, Bericht erstattet worden?

3. Gedenkt der Herr Bürgermeister zu verfügen, daß die städtische Leichenbestattung sich künftig nicht mehr dazu hergibt, ungerechtfertigt und ungesetzlich vorgeschriebene Stolataxgebühren für die Pfarrämter einzutreiben?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Diese Interpellation wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

24. Interpellation des Gem.-Rates Gebhart:

Vor ungefähr zwei Jahren regte der städtische Baurat Goldemund an, die im XXI. Bezirke liegenden kommunalen Gründe zu parzellieren und sie an Personen, welche sich der Gemüsekultur, beziehungsweise dem Kleintierzuchtbetriebe widmen, zu verpachten.

Dieses Projekt, das zweifelsohne große volkswirtschaftliche, wie wirtschaftspolitische Bedeutung besitzt, und das vollste Interesse, so auch die Billigung der landwirtschaftlichen Fachmänner, der Volkswirte gefunden hat, kann auch die Bevölkerung Wiens nicht unbeachtet lassen; durch entsprechende Parzellierung dieses kommunalen Besitzes, bei flächen- und pachtweiser Abgabe desselben würde Hunderten von Familien eine auskömmliche Erwerbsmöglichkeit, durch die Kultivierung des Gemüsebaues in Verbindung mit einer Züchtung von Geflügel und Kaninchen, beziehungsweise mit einem Schwein- und Ziegenhaltungsbetrieb geboten sein.

Eine besondere Bedeutung hätte die Verwirklichung dieses Projektes hinsichtlich einer regelmäßigen Versorgung der Wiener Lebensmittelmärkte mit Produkten aus dem Gemüsebau, der Kleintierzucht — Eier, Geflügel- und Kaninchenfleisch — beziehungsweise Schweinefleisch und Ziegenmilch. Heute gehen alle diese so unentbehrlichen Produkte des täglichen Bedarfes unseren Lebensmittelmärkten mit wachsender Unsicherheit zu, die Folge davon ist eine unmäßige Teuerung derselben, ja vielfach ein Mangel an solchen.

Ich gestatte mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten:

Ob ihm dieses Projekt bekannt ist, ob er dasselbe einem genauen Studium unterziehen lassen und die Durchführung desselben, eventuell unter Zuziehung von landwirtschaftlichen wie tierzüchterischen Fachleuten ehestens anordnen will?

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Auch diese Interpellation wird in der nächsten Gemeinderats-Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

25. Interpellation des Gem.-Rates Kern:

Seit mehr als Jahresfrist stellte ich den Antrag betreffs eines Durchlasses bei der Verbindungsbahn im XII. Bezirke, Schönbrunner Allee und eines Überganges der Verbindungsbahn Rosenhügelstraße.

Dieser Antrag wurde laut Stadtrats- und Gemeinderats-Beschluß genehmigt. Es wurden mit der Staatsbahn-Direktion Verhandlungen wegen der Ausführung von Arbeiten und der Kostenaufteilung eingeleitet. Die Staatsbahn-Direktion hat der Übernahme der halben Baukosten zugestimmt.

Gestützt darauf und auf die begründeten Beschwerden des Publikums, gestattet sich der Interpellant an den Herrn Bürgermeister die Bitte zu richten:

Ehetunlichst die Durchführung dieser Arbeiten zu veranlassen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Es kommen jetzt die Anträge.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

26. Antrag des Gem.-Rates Schelz:

Die Gemeinde Wien hat durch die freiwillige Errichtung des Kaiserjubiläums-Spitales den Beweis erbracht, daß sie bereit ist, im Interesse der kranken und leidenden Mitbürger jedes erdenkliche Opfer zu bringen. Ein gleich verdienstliches Werk wäre aber auch die Schaffung eines Sanatoriums für den Mittelstand.

Die heute in Wien bestehenden Sanatorien sind ohne Ausnahme nur für sehr reiche Leute zugänglich, da die dortselbst für operative Eingriffe wie auch für die Pflege geforderten Preise selbst für den besser situierten Mann aus dem Mittelstande einfach unerschwinglich sind. Die Gemeinde Wien würde sich durch die Errichtung einer derartigen Anstalt, welche auch Personen aus dem Mittelstande aufsuchen könnten, ein hohes Verdienst um die leidende Menschheit erwerben und sich ein dauerndes Denkmal setzen.

Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Stadt- und Gemeinderat wolle die erforderlichen Schritte einleiten, um in kürzester Zeit in eigener Regie ein städtisches Sanatorium zu errichten und dasselbe derart zu organisieren, daß es auch der minderbemittelten Bevölkerung möglich ist, dortselbst Heilung zu suchen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

27. Antrag des Gem.-Rates Schmidt:

Vor zwei Jahren wurden am Großmarkt im XVI. Bezirke, Yppenplatz, die Marktstände wegen der Rattenplage zum größten Teile auf Kosten der Kommune gehoben, um die Reinigung und Durchspülung besser durchzuführen.

Bedauerlicherweise hält ein Teil der Standbesitzer sehr wenig auf Ordnung und Reinlichkeit; diese werfen hauptsächlich beim Auspacken von Eiern, Orangen ꝛc., Stroh, Papier, Holzwolle, auch faules Obst, Gemüse auf den Boden, wodurch der Raum zwischen den Treppen verlegt wird, so daß eine gründliche Reinigung schwer durchzuführen ist und die Ratten neuerdings zum Vorschein kommen.

Ich stelle demnach den Antrag:

Der geehrte Herr Bügermeister wolle veranlassen, daß die Marktorgane beauftragt werden, streng darauf zu achten, daß die Standbesitzer die Emballage, Abfälle ꝛc. in eine dazu bereitstehende Kiste werfen, so daß nicht der Markt, sowie die umliegenden Gassen so verunreinigt werden und die Reinigung besonders zwischen den Treppen nicht so erschwert wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

28. Antrag des Gem.-Rates Amonesta:

Der Reichtum der deutschen Sprache ist unendlich und es ist eine Liebhaberei wohl in erster Reihe von den Ämtern und deutschen Gelehrten, mit fremden Ausdrücken unsere Muttersprache zu vermengen. Die deutsche Sprache ist ihrem Wortschatze nach eine an Wörtern überreiche, sohin nicht so arm, daß sie sich mit Fremdwörter vermischen müßte, und unwürdig ist die Vereinigung mit fremdem Kauderwelsch. Schon im Jahre 1475 wurde der Ansatz zu einem deutschen Wörterbuch gebildet und eine Reihe von Wörterbüchern wurde herausgegeben bis zu den noch heute mustergültigen Werk der Brüder Jakob und Wilhelm Grimm. Unentwegt wurde die deutsche Sprache ausgebaut. Von der deutschen Reichssprache, die in Kirche, Schule und Gerichtsstube eindrang, die unser Goethe hervorragend meisterte, bis auf heute, wo in den Tagungen der gesetzgebenden Körperschaften und vom Lehrstuhle so manches neue Wort geprägt wurde (so zum Beispiel: „Unstimmlichkeit" vom ehemaligen deutschen Reichskanzler Bülow). Wir haben es nicht notwendig, zum Austausch und Ausdruck unserer Gedanken fremdes Beiwerk in solchen Massen herbeizuschleppen, wie es beispielsweise in unserem „Amtsdeutsch" der Fall ist, wo, um sich zurecht zu finden, selbst der berühmte Faden der Ariadne nicht helfen könnte, da dieser durch das Herumwinden zu einer Klöppelspitze würde, ja man sinkt beim Lesen eines solchen Schriftstückes hilfslos in sich selbst zusammen und, mit Faust zu reden: „Da steh' ich nun, ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor."

In uns Deutschen regt sich selbst mächtig das Bestreben, die hehre Muttersprache, welche wir als ein Kleinod erkennen, rein zu erhalten, und so tagte erst in jüngsten Tagen, am 8. März (Lenzmond) 1913 im Sitzungssaale des Alten Rathauses die Hauptversammlung der Ortsgruppe „Wien-Rathaus" des deutschen Schutzvereines „Südmark", woselbst nach vollzogener Tagesordnung vom Obmanne des Wiener Zweigvereines des deutschen Sprachvereines

Herrn Direktor A. Stangl, ein Vortrag über „Amtsdeutsch" gehalten wurde, der sich als eine von Seite der Beamten der Stadt Wien freudig begrüßte Veranstaltung darstellte.

Es gibt so viele Vereine zur Sprachenreinigung, unsere Schule lehrt unübertrefflich die herrliche deutsche Sprache, die ja einen Homer in das geliebte Deutsche übertragen konnte, lückenlos durch ihren Reichtum.

Aber was hilft das alles, wenn die maßgebenden Körperschaften so gerne den Geist in den Fremdwörtern bespiegeln. Es würde wohl weit über den Rahmen meines folgenden Antrages hinausragen, wollte ich den Eingang desselben weiter ausführen, denn begründen, das rufe ich wohl mit Recht aus, begründen brauche ich ihn nicht, denn wo man hinsieht, stößt man auf Fremdlinge und ich glaube, daß da in erster Linie die maßgebenden Körperschaften diesem Unfug steuern müssen. Wenn ich hier in dem Saale den Anfang mache, so muß ich wieder mit Faust sagen: „Hier stock' ich schon, wer hilft mir weiter fort!" — Ich sehe nämlich schon die Herren vom Magistrat, Präsidialbureau, die Vertreter der Kommune Wien und so weiter. Warum nicht Obrigkeit, Stadtrat, Vorsteheramt, Oberaufsicht der Gemeinde?? Um dies weiter auszuführen, nehme ich das mir zunächst liegende Amtsblatt der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zur Hand, um nur die förmlich ins Auge springenden und schon zu einer süßen Gewohnheit gewordenen Fremdwörter zu verdeutschen. In jener Nummer-(Folge) finde ich:

„Kommune" zu deutsch: Gemeinde.
„Magistrat" zu deutsch: Stadtrat.
„Sektion" des Armeninstitutes, zu deutsch: Abteilung.
„Protokoll" zu deutsch: Verhandlungsschrift.
„Kataster" zu deutsch: Flur- oder Grundbuch.
„Projekt" für den Neubau eines Kanales, zu deutsch: Entwurf.
„Rubrik" zu deutsch: Abschnitt oder Überschrift.
„Präsidialbureau" zu deutsch: Vorsteher-Amtsraum.
„Pränumerationspreis" (so am Titeltopf des Amtsblattes zu lesen) zu deutsch: Vorausbezahlung.
„Protokollieren" zu deutsch: amtlich niederschreiben.
„Legitimation" zu deutsch: Ausweis.
„Präliminar" zu deutsch: vorläufige Feststellung.
„Präliminar-Belastung" zu deutsch: vorläufige Belastung.
„Qualität" zu deutsch: Eigenschaft, Beschaffenheit.
„Objekt" zu deutsch: Gegenstand.
„Approvisionierung" zu deutsch: Lebensmittel, Mundvorrat.
„Offert-Ausschreibung" zu deutsch: Anbot-Ausschreibung.
„Interpellation" zu deutsch: Einrede u. s. w. u. s. w.

Auch in den sonstigen Druckschriften und Veröffentlichungen wird diesbezüglich viel gesündigt und verweise ich auf den alljährlich erscheinenden „Kommunal-Kalender", welcher mit gleichem Rechte den deutschen Namen „Gemeinde-Zeitweiser" führen könnte.

Ich weiß es und bin überzeugt, daß es sich nicht im Handumdrehen ändern läßt, aber ich glaube doch, daß hier mit der Zeit Wandel geschaffen werden kann und unsere alte schöne deutsche Sprache wieder damit zu Recht kommt. Einerseits auch zur Wahrung des deutschen Charakters der Stadt Wien stelle ich nun folgenden Antrag:

Der hochgeehrte Herr Bürgermeister wolle gütigst veranlassen, daß nach Tunlichkeit die Fremdwörter durch sinngemäße deutsche Worte ersetzt werden und daß diese im Amtsgebrauch bleibend aufgenommen werden.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

29. Antrag des **Gem.-Rates Vaugoin:**

Die Tramwaylinie 160, welche als Pendellinie zwischen der Speisingerstraße-Jubiläumsspital und Versorgungsheim am 1. März 1913 eingeführt wurde, würde eine weitaus stärkere Frequenz aufweisen, wenn sie bis zur Jagdschloßgasse, das heißt bis zur Lainzer Kirche geführt werden würde.

In diesem Falle könnten die sehr zahlreichen Besucher der genannten Humanitätsanstalten bei der Lainzer Kirche in den 160er-Wagen umsteigen, während sie heute zum größten Teile den Weg von Lainz zum Versorgungsheim oder zum Jubiläumsspital zu Fuß zurücklegen, wodurch die städtischen Straßenbahnen einen finanziellen Verlust erleiden.

Durch eine Verlängerung des Pendelverkehres von der Speisingerstraße bis zur Jagdschloßgasse würde aber auch der Bevölkerung von Speising ein großer Verkehrsvorteil geboten werden, indem der Verkehr bis Speising eine Verdichtung erfahren würde.

Ich stelle daher den Antrag:

Die Pendellinie 160, Versorgungsheim—Jubiläumsspital—Speisingerstraße wird bis zur Jagdschloßgasse verlängert.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

30. Antrag der **Gem.-Räte Dr. Hein** und Genossen:

Übermorgen jährt sich zum 65. Male der Tag, welcher als der Anfangstag der Revolution des Jahres 1848 bezeichnet wird, der die Völker Österreichs die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände zu verdanken haben.

Es wäre gewiß eine Pflicht der freigewählten Gemeindevertretung, jene Männer zu ehren, welche damals in Wien für die erhabenen Grundsätze der Freiheit und der Gleichberechtigung aller Staatsbürger gekämpft und gelitten haben.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Es seien Gassen nach Robert Blum, Adolf Fischhof und Konrad Füster zu benennen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Geht an den Stadtrat.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung.

Ich ersuche Herrn Vize-Bürgermeister Hoß, sein Referat zu erstatten.

31. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 2833, Post 1. Regelung der Erholungsurlaube der definitiven Diener und mit ihnen gleichgestellter Bediensteter. Es wird beantragt (liest):

„In das Urlaubsnormale (Normen für die Urlaube der städtischen Beamten und Diener sowie der sonstigen Angestellten der Gemeinde Wien: Gemeinderats-Beschluß vom 10. Juli 1896, Zahlen 3734 und 4824) wird an Stelle des Absatzes 7 im Punkte 2 folgende Bestimmung eingefügt:

„Den Aspiranten, Praktikanten und dergleichen Angestellten wird nach vollstreckter einjähriger Dienstleistung jährlich ein Erholungsurlaub von 14 Tagen, den Diurnisten und Kanzlisten sowie den definitiv angestellten Dienern und den diesen gleichgestellten Bediensteten nach Maßgabe der Dienstzeit und Zuträglichkeit des Dienstes jährlich ein Erholungsurlaub in dem nachstehenden Ausmaße erteilt: Für eine Dienstzeit von 1 Jahr bis 5 Jahre 8 Urlaubstage, über 5 Jahre bis 15 Jahre 14 Urlaubstage, über 15 Jahre bis 25 Jahre 17 Urlaubstage und über 25 Jahre 21 Urlaubstage."

Das ist eine bedeutende Verbesserung gegenüber den bisherigen Urlauben. Ich bitte Sie um die Genehmigung der Vorschläge des Stadtrates.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gelangte Referenten-Antrag.

32. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 3450, Post 2. Vermehrung der systemisierten Schlachthausdienerstellen. Es wird beantragt: Die Zahl der systemisierten Schlachthausdiener wird um vier Stellen, das ist von 55 auf 59 vermehrt.

Diese Diener sind für die Schlachthäuser in St. Marx und an der Als bestimmt. Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Ferdinand Eder.

Gem.-Rat Ferd. Eder: Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil ich bitten möchte, daß bei der Systemisierung der Diener für das Schlachthaus St. Marx besonders darauf Rücksicht genommen werde, daß Leute ausgesucht werden, welche den Dienst in den Kühlanlagen verstehen. Es ist eine sehr unangenehme Tatsache, daß die Diebstähle im Schlachthause St. Marx noch immer nicht aufgehört haben. Ich möchte daher bitten, daß man erstens für die Kühlräume die richtigen Leute anstelle, welche dahin passen, und zweitens, daß man den Portierposten wieder so einrichtet, wie es früher gewesen ist; denn jetzt wechseln die Diener beim Tore ab und es weiß niemand genau, wer

eigentlich die Portierstelle versieht. Bis vor Jahresfrist war ein permanenter Portier angestellt. Dieser Portier ist in Pension gegangen und seither haben wir keinen neuen Portier im Schlachthause bekommen. Ich möchte also bitten, daß einer von den vier Dienern, die neu systemisiert werden sollen, als Portier fix angestellt wird, der einerseits die Leute, die im Schlachthause nichts zu tun haben, nicht hineinläßt und der anderseits die Leute gut kennt, welche im Schlachthause beschäftigt sind, denen daher der Eintritt nicht zu verwehren ist. Ich möchte recht sehr bitten, daß meine Anregung zur Kenntnis genommen werde und zur Ausführung gelange.

Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Ich werde sehr gerne Gelegenheit nehmen, mit dem Vorstande der Magistrats-Abteilung IX Rücksprache zu pflegen, damit Ihre Wünsche tunlichst Berücksichtigung finden.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die Zahl der systemisierten Schlachthausdiener wird um vier Stellen, das ist von 55 auf 59 vermehrt.

33. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 2251, Post 3. Regelung der Lohnverhältnisse ꝛc. für das Personale der städtischen Heizwerkstätte.

Aus dem Referat ersehen die Herren, daß drei Kategorien geschaffen werden: Hilfsarbeiter, Professionisten und Vorarbeiter. Die Löhne sind selbstverständlich der Qualität der einzelnen Kategorien entsprechend angenommen. Für die Hilfsarbeiter wird ein Lohn von 3 bis 4 K festgesetzt, vom 11. Dienstjahre an kommen sie in Wochenlohn und erhalten 21 bis 28 K. Die Professionisten haben entsprechend höhere Löhne. Ich bemerke gleich, daß bei jeder Lohnkategorie eine gewisse Spannung ist. Bei den Professionisten beträgt zum Beispiel der Taglohn bis zum vollendeten dritten Dienstjahre 3 K 50 h bis 5 K. Der Leiter der Fachabteilung hat das Recht, den Betrag innerhalb dieser Grenze entsprechend der Qualität des Arbeiters zu bestimmen. Es sind ja nicht alle Arbeiter gleich; wenn ein Professionist besser arbeitet, bekommt er einen höheren Lohn, arbeitet er minder, so wird er innerhalb dieser Grenze geringer entlohnt.

Vom siebenten Dienstjahre an werden die Professionisten schon als Wochenarbeiter geführt und erhalten bis zum zehnten Dienstjahr 28 bis 42 K und vom 11. Dienstjahre angefangen 30 bis 44 K wöchentlich. Überdies gebührt ihnen vom 11. bis 20. Dienstjahr eine Zulage von 150 K jährlich und vom 21. Dienstjahr an eine solche von 300 K. Die Vorarbeiter bekommen denselben Lohn wie die Professionisten und für die Zeit, die sie als Vorarbeiter tätig sind, eine Zulage, die bis zum zehnten Dienstjahre monatlich 30 K und von da an monatlich 45 K beträgt; überdies haben die Vorarbeiter freie Fahrt, was sie bisher nicht hatten. Die ganze Vorlage tritt mit 1. Jänner 1913 in Kraft.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Domes kontra.

Gem.-Rat Domes: So oft der Stadtrat mit einer Vorlage, betreffend die Regulierung der Dienstverhältnisse der in städtischen Diensten stehenden Arbeiter kommt, so oft wird offenkundig, daß dem Stadtrat die ernstliche Absicht fehlt, die Löhne wirklich nach den Bedürfnissen und geänderten Lebensverhältnissen zu regulieren. Zu gleicher Zeit, als im Stadtrate diese Vorlage beraten wurde, stehen die Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen über Tarifverträge in Verhandlungen. Wenn man das Resultat dieser Unterhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den industriellen Organisationen, betreffend die Regulierung der Löhne, mit dieser Vorlage, die uns vom Stadtrate unterbreitet wird, vergleicht, so muß man sagen, daß die Vorlage geradezu aufreizend wirkt. Es sind einfach unmögliche Löhne, die da vom Referenten namens des Stadtrates zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Die Löhne sind nicht nur unverhältnismäßig niedrig, unzulänglich und unmöglich, sondern es ergeben sich auch in der Vorlage so viele Widersprüche und Unmöglichkeiten, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß sich der Stadtrat bei der Beratung dieser Gegenstände ernstlich bemüht hat, eine Regelung der Verhältnisse der Arbeiter herbeizuführen.

Es heißt hier im Punkte 2: „Die Hilfsarbeiter erhalten bis zum vollendeten zehnten Dienstjahre einen Taglohn von 3 bis 4 K." Ich frage nun, was das heißen soll? Das heißt doch einfach, daß es ganz im Belieben des Direktors oder des Betriebsleiters steht, jedem Arbeiter innerhalb der zehn Jahre den Lohn zwischen 3 bis 4 K festzusetzen. Dadurch kann es vorkommen, daß nach dieser Vorlage einer nach zehn Dienstjahren 3 K, ein anderer 4 K bekommt, denn der Betriebsleiter ist ja durch keine Bestimmung verhalten, die Verhältnisse des Arbeiters, seine Arbeit, seine im städtischen Betriebe zurückgelegte Dienstzeit zu berücksichtigen. Soweit wir Tarifverträge machen und soweit es durch die Arbeiterorganisation gelungen ist, auf die Gestaltung der Löhne bestimmenden Einfluß zu nehmen, gibt es in der ganzen Welt in keinem einzigen Tarifvertrage eine solche Bestimmung.

Es heißt vielmehr in den Tarifverträgen: Nach der Auslehre erhält er so viel, ein weiteres Jahr nach der Auslehre so viel, zwei Jahre nach der Auslehre so viel u. s. w. Der Lohn steigt rein automatisch mit der zurückgelegten Gehilfenzeit nach der Auslehre. Das ist eine ganz natürliche Forderung, der alle Industriellen stattgegeben haben. Natürlich ist sie deswegen, weil mit der Länge der Zeit, die sich der Arbeiter in seinem Berufe beschäftigt, auch seine Tüchtigkeit wächst. Soll das in den städtischen Betrieben anders sein? Hier wird nicht nur die Dienstzeit, die der Betreffende in städtischen Diensten verbracht hat, nicht berücksichtigt, sondern es wird auch die Zeit nicht in Betracht gezogen, die der Arbeiter nach seiner Lehrzeit hinter sich hat. Es heißt hier einfach: Der Hilfsarbeiter erhält in den ersten zehn Jahren 3 bis 4 K, niemand weiß, wer 3 K, wer 4 K und wer die Zwischenstufen von 3 und 4 K bekommen soll. Das ist also keine Regelung, sondern ein Freibrief für die Willkür des Betriebsleiters, der einem Arbeiter mehr geben wird, sofern er ihm persönlich gewogen ist.

Weiters heißt es hier, daß vom elften Dienstjahre angefangen der Arbeiter Anspruch auf einen Wochenlohn von 21 bis 28 K hat, das heißt, wörtlich genommen: Der Arbeiter, der zehn Jahre im städtischen Betriebe arbeitet, bekommt täglich 3 K, nach zehn Jahren aber soll er einen Wochenlohn bekommen.

Der Effekt in Geld ist der gleiche geblieben. Wenn einer, der zehn Jahre im Betriebe beschäftigt ist, mit 4 K eingetreten ist, so bekommt er nach zehn Jahren einen Wochenlohn von 28 K. Obwohl er zehn Dienstjahre hinter sich hat, ist der Effekt im Lohne ganz gleich geblieben. Das ist vom Gesichtspunkt der Lohnregulierung.

Im selben Punkte 6 heißt es (liest):

„Die Professionisten erhalten bis zum vollendeten dritten Dienstjahr einen Taglohn von 3 K 50 h bis 5 K." Ich frage wieder: Wer bekommt die 3 K 50 h und wer bekommt die 5 K; nach welchem Schlüssel werden die 3 K 50 h bis 5 K ausbezahlt? Wird hier die Länge der Dienstzeit, wird die Qualität, die dem einen oder dem anderen Arbeiter zukommt, berücksichtigt? Davon steht nichts in der Vorlage. Nach der Arbeitsleistung zahlt die Kommune überhaupt nicht ihre Leute. (Zwischenrufe des Gem.-Rates Hötzel.) Es heißt dann weiter (liest):

„Vom Beginne des siebenten Dienstjahres in der Heizwerkstätte gebührt den Professionisten ein Wochenlohn, der bis zum vollendeten zehnten Dienstjahre 28 K bis 42 K beträgt." Ich frage wieder: Wer bekommt die 28 K und wer die 42 K, und wo ist der Schlüssel, nach dem diese Löhne von 28 K bis 42 K den Arbeitern zukommen sollen? (Andauernde Unruhe und Zwischenrufe.) Es heißt weiter, daß den Professionisten vom elften bis zum vollendeten zwanzigsten Dienstjahre eine jährliche Dienstzulage bei einem Wochenlohn von 30 K bis 44 K gebührt.

Bei der Kommune muß nach der Vorlage ein Arbeiter 20 Jahre ununterbrochen im Dienste stehen, bis er in die Lage kommt, 30 K bis 44 K wöchentlich an Lohn zu beziehen. Ich will Ihnen einige Resultate aus den Verhandlungen mitteilen, die bei den gegenwärtigen Tarifverträgen bei den Professionisten erzielt worden sind.

Nach den Tarifverträgen heißt es: Professionisten nach dem ersten Gehilfenjahr, das heißt ein Jahr nach der Auslehre, 26 K 75 h, nach dem zweiten Gehilfenjahre 27 K 82 h, nach dem dritten Gehilfenjahr 32 K 10 h. Das gilt für alle Professionisten, sofern sie eine dreijährige Gehilfenzeit hinter sich haben, bei weniger als neunstündiger Arbeitszeit täglich.

Bei der Kommune muß einer zehn Jahre arbeiten, wenn er 30 K an Wochenlohn erreichen will. Dazu kommt, daß in der Privatindustrie, für die diese Bestimmungen gelten, diese Löhne und diese Sätze eine andere Bedeutung haben, als die Lohnsätze, die in der Vorlage für die kommunalen Arbeiter in Aussicht genommen sind. Bei der Privatindustrie heißt es „Minimallohn", also „Eintrittslohn"; effektiv steigern sich aber die Lohnsätze, die in der Privatindustrie erhandelt worden sind und die ich genannt habe, gegenüber diesen festen Sätzen wenigstens um 60 bis 100 Prozent, das heißt die Professionisten in der Wiener Privatindustrie haben nicht 27, sondern 50 bis 54 K Wochenverdienst, gegenüber der Verdienstmöglichkeit, die hier vorgesehen ist, nämlich gegenüber 30 bis 44 K nach zehnjähriger Dienstleistung.

Das ist eine ganz unmögliche Sache. Ich glaube nicht, daß es dem Gemeinderate und dem Stadtrate unter allen Umständen darum zu tun sein kann, zu beweisen, daß die Gemeinde Wien absolut die schlechteste Arbeitsgeberin sein will. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Stadtrat absolut nur von dem einen Wollen und Willen beseelt ist, zu beweisen, daß die Gemeinde unter allen Umständen schlechtere Löhne bezahlen will, als die Privatindustrie bezahlt. (Ruf: Aber immer noch besser als die Konsumvereine!) In der Privatindustrie werden die Überstunden mit wenigstens 25 Prozent bis 50 Prozent in den verschiedensten Berufen besser bezahlt.

Was schlägt uns der Stadtrat vor? Der Stadtrat geht über die Verhältnisse, die in dem größten Teile der Wiener Arbeiterschaft vorherrschen, einfach hinweg; für ihn existiert keine Norm, er macht sich seine Norm unbekümmert darum, ob durch die Vorlage die Lebensbedürfnisse der Arbeiter Berücksichtigung finden oder nicht; 25 Prozent gibt die Privatindustrie, der Stadtrat aber schlägt vor, daß wir 12 Prozent des Taglohnes als Zuschlag für die Bezahlung der Überstunden bewilligen sollen. Es wird von den Herren der Majorität, so oft hier Gelegenheit gegeben ist, über Arbeiterfragen zu sprechen, auf die großartige soziale Tätigkeit, die der Gemeinderat entfaltet, verwiesen und gesagt, daß der Wiener Gemeinderat bezüglich seiner sozialpolitischen Tätigkeit jedenfalls auf der Höhe der Zeit stehe. Vergleicht man diese Vorlage mit den Versicherungen, die die Herren der Majorität bei der Behandlung derartiger Fragen geben, so kommt man sehr bald zur Überzeugung, daß das, gelinde gesagt, eine arge Übertreibung, wenn nicht eine Selbstverhöhnung ist. Sie behaupten in einem Atem, daß die Gemeinde Wien in sozialpolitischer Hinsicht ihre Aufgabe voll erfüllt hat, nimmt man aber die Vorlage zur Hand und prüft man, wie die Gemeinde Wien die sozialen Verhältnisse der Arbeiter berücksichtigt, dann muß man zu dem Resultate kommen, das ich vorhin erwähnt habe.

Die Vorlage ist also absolut unzulänglich, denn sie berücksichtigt nicht die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter zu leben haben und ich erlaube mir daher, zu dem vorliegenden Antrag einige Abänderungen zu stellen. Zu Punkt 2 beantrage ich (liest):

„Die Löhne für alle Arbeiterkategorien sind Zeitlöhne und steigen automatisch mit der Anzahl der im städtischen Dienste zugebrachten Dienstjahre, und zwar:

a) Für Hilfsarbeiter, Eintrittslohn 3 K 60 h täglich, mit einer Steigerung von 20 h täglich von zwei zu zwei Jahren.

Nach vollendetem zehnten Dienstjahr haben die Hilfsarbeiter Anspruch auf Wochenlohn in der Höhe von 28 K, welcher von drei zu drei Jahren um je 2 K steigt, bis auf 38 K wöchentlich.

b) Die Professionisten erhalten beim Eintritt einen Mindestlohn von 5 K täglich und steigt dieser von zwei zu zwei Jahren um 20 h bis auf 7 K täglich.

Nach vollendetem zehnten Dienstjahre haben dieselben Anspruch auf Wochenlohn in der Höhe von 42 K, welcher von zwei zu zwei Jahren um je 2 K steigt bis auf 52 K nach 20jähriger Dienstzeit und Beibehaltung der in Vorlage vorgesehenen Diensteszulagen.

Arbeiter, die eine besonders qualifizierte Arbeitsleistung zu verrichten haben (Vorarbeiter, Monteure, 2c.), erhalten entsprechend höhere Löhne.

Absatz 4 von Punkt 2 c soll heißen:

Überstunden werden für alle Arbeiterkategorien mit 25 Prozent Aufschlag auf den Tagesverdienst besser entlohnt."

Ich bitte Sie, meine Abänderungs-Anträge zu akzeptieren; sie sind nicht willkürlich gestellt, sondern basieren auf dem Resultate der Verhandlungen, die die Gewerkschaften mit den Unternehmen erzielt haben. (Gem.-Rat Elis: Hoch, die Lizitation!)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Herr Kollege Domes hat gesagt, daß die Vorlage aufreizend wirke. Ich glaube, die Zuschrift des Vereines der Beamten der Stadt Wien über die letzte Regulierung zeigt uns, daß die Vorlagen, welche dem Gemeinderate vorgelegt werden, nicht aufreizend wirken, sondern die vollste Befriedigung der Beamten und Bediensteten der Gemeinde Wien hervorrufen. (Zustimmung.) Das ist eine Tatsache, die Sie auch nicht bestreiten können, und geradeso verhält es sich in diesem Falle. Es ist bedauerlich, daß ein Gemeinderat solche Worte gegen eine Gemeindeverwaltung richtet, die bemüht ist, alles für ihre Bediensteten zu tun. (Zustimmung.) Wir haben uns nicht nach anderen Organisationen zu richten, weil für unsere Arbeiter ganz andere Voraussetzungen bestehen. Unsere Bediensteten brauchen keine Organisationsbeiträge zu leisten, und sie wissen, daß sie und auch ihre Familien, wenn das auch als Anspruch nicht ausdrücklich festgelegt ist, eine Altersversorgung bekommen, wenn sie eine bestimmte Zeit lang zur Zufriedenheit gearbeitet haben. Für einen Arbeiter ist das viel wert zu wissen, wie es ihm gehen wird, wenn er einmal alt und arbeitsunfähig geworden ist. Zu mir kommen täglich viele Leute, die 20 bis 30 Jahre in Fabriken gearbeitet haben, und bitten mich: Geben Sie uns eine Arbeit auf der Straße, damit wir unsere letzten Tage doch halbwegs fristen können. So schaut die Sache aus. Bei uns bekommt der letzte Straßenarbeiter, wenn er arbeitsunfähig geworden ist, eine Gnadengabe in entsprechender Höhe. Das muß in Berücksichtigung gezogen werden. Sie mögen dagegen sagen, was Sie wollen, wir wissen doch, daß unser Vorgehen richtig ist, und wir werden uns auch weiterhin darnach halten. (Zustimmung.) In den Privatbetrieben muß der Arbeiter die Krankenkassa bezahlen und er ist auch gegen Unfall nicht versichert. Bei uns ist auch in dieser Richtung für ihn vorgesorgt. (Gem.-Rat Domes: Dafür hat er bei Ihnen einen um die Hälfte niedrigeren Lohn! — Widerspruch.) Er hat auch nicht die Hälfte des Lohnes, den die Privatindustrie zahlt. Herr Gem.-Rat Domes wird sicher nicht imstande sein, mir zu sagen, wo ein Hilfsarbeiter 6 bis 8 K täglich bekommt; am wenigsten wird dies dort der Fall sein, wo die Herren selbst etwas dreinzureden haben.

Herr Kollege Domes hat auch gesagt, es solle bestimmt werden, wann die Leute 3 und wann sie 4 K bekommen. Ich glaube nicht, daß diese Löhne nach einer festen Norm gezahlt werden sollen, sondern nach der Leistung des einzelnen. Wenn einer ein schwacher Hilfsarbeiter ist und kaum seine Pflicht erfüllt, soll er sich mit 3 K begnügen (Gem.-Rat Winarsky: Was ist es denn mit dem Zeitavancement für die Arbeiter?); wenn es ein mittlerer Arbeiter ist, dann wird er 3 K bis 3 K 50 h bekommen; wenn sich aber ein Hilfsarbeiter besonders qualifiziert, dann wird man ihm bis zu 4 K geben. Der bekommt also dann sechsmal 4 K, das sind 24 K in der Woche. Nach sechs Jahren tritt er dann in den Wochenlohn und hat damit den Vorteil, daß er den siebenten Tag mitgezahlt bekommt; er erhält dann siebenmal 4, respektive siebenmal 3 oder siebenmal 3 K 50 h, je nachdem er von seinen Vorgesetzten qualifiziert und darnach in die entsprechende Bezugsklasse eingereiht worden ist. Bei den Professionisten ist dasselbe der Fall.

Im ersten Jahre bekommen sie bis zu 5 K. Die Bezahlung richtet sich nach den Leistungen. Vom siebenten Jahre an bekommen sie einen Wochenlohn von 28 K bis 42 K.

Herr Kollege Domes hat gefragt, wann sie 28 K und wann sie 42 K bekommen. Nach den Beträgen, die sie im Taglohne gehabt haben, richtet sich auch die Einreihung in die Wochenlohnklassen von 28 K, 32 K, 36 K oder 42 K.

Es ist auch gesagt worden, daß die Professionisten erst nach zehn Jahren 30 K bekommen. Das stimmt nicht. Nach der Vorlage bekommen die Professionisten schon viel früher 30 K.

Ich habe mir schon erlaubt, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter, wenn auch die Löhne manchmal niedriger sein sollten, was aber noch gar nicht bewiesen ist, bei der Gemeinde eine Menge von Benefizien haben, die für den Arbeiter mehr wert sind, als die paar Prozente, die er anderswo mehr an Lohn bekommt.

Der Stadtrat bemüht sich, dem Gemeinderat Vorlagen zu unterbreiten, für die er die volle Verantwortung übernehmen und von denen er annehmen darf, daß der Gemeinderat ihnen mit voller Ruhe zustimmen wird. Beweis dessen ist die Zuschrift, die von den Beamten heute über die letzte Regulierung gekommen ist.

Ich bitte um Annahme des Stadtrats-Antrages und Ablehnung des Gegen-Antrages des Gem.-Rates Domes.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Gegen Punkt 1 des Stadtrats-Antrages ist ein Gegen-Antrag nicht gestellt worden; ich ersuche die Herren, welche mit Punkt 1 des Stadtrats-Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Punkt 1 ist angenommen.

Zu den Punkten 2 hat Herr Gem.-Rat Domes einen Gegen-Antrag gestellt, welchen er vollinhaltlich zur Verlesung gebracht hat. Ich bitte die Herren, welche den Gegen-Antrag des Herrn Gem.-Rates Domes annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist abgelehnt.

Nun ersuche ich die Herren, welche den Punkt 2 des Antrages in der Fassung des Stadtrates annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu den Punkten 3 und 4 sind Gegen-Anträge nicht gestellt worden; ich ersuche die Herren, welche mit diesen beiden Punkten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Sie sind angenommen.

Beschluß: In teilweiser Abänderung der gegenwärtig geltenden Dienstordnung für die Arbeiter der städtischen Heizwerkstätte werden folgende Bestimmungen genehmigt:

1. Die Arbeiterschaft besteht aus:
   a) Hilfsarbeitern,
   b) Professionisten (Monteure, Schlosser, Schmiede, Maurer, Installateure u. s. w.),
   c) Vorarbeitern bis zur Höchstzahl von fünf.
2. Die Löhne für die genannten drei Gruppen der Arbeiterschaft werden folgendermaßen festgesetzt:
   a) Die Hilfsarbeiter erhalten bis zum vollendeten 10. Dienstjahre einen Taglohn von 3 K bis 4 K.

      Vom 11. Dienstjahre angefangen haben dieselben Anspruch auf einen Wochenlohn von 21 K bis 28 K.
   b) Die Professionisten erhalten bis zum vollendeten 3. Dienstjahre einen Taglohn von 3 K 50 h bis 5 K, vom 4. bis zum vollendeten 6. Dienstjahre einen Taglohn von 4 K bis 6 K. Vom

Beginne des 7. Dienstjahres in der Heizwerkstätte gebührt den Professionisten ein Wochenlohn, der bis zum vollendeten 10. Dienstjahre 28 K bis 42 K, und vom 11. Dienstjahre angefangen 30 K bis 44 K beträgt. Weiters gebührt den Professionisten vom 11. bis zum vollendeten 20. Dienstjahre eine jährliche Dienstzulage von 150 K und vom 21. Dienstjahre angefangen eine solche von 300 K.

Die Dienstzulage von 150 K, beziehungsweise 300 K jährlich ist in 12 gleichen, verfallenen Monatsraten zahlbar.

c) Die Vorarbeiter erhalten je nach der Länge der Dienstzeit die für Professionisten in der Heizwerkstätte festgesetzten Lohnbezüge und Zulagen.

Außerdem gebührt ihnen bei einer in der Eigenschaft als Vorarbeiter zurückgelegten Dienstzeit bis zu 10 Jahren eine monatliche Dienstzulage von 30 K, die vom 11. Dienstjahre angefangen auf 45 K monatlich erhöht wird.

Die Lohnhöhe innerhalb der oben angegebenen Ausmaße bestimmt in jedem einzelnen Falle unter Rücksichtnahme auf die Verwendbarkeit des Arbeiters die zuständige Fach-Abteilung des Stadtbauamtes.

Die Flüssigmachung aller vorbezeichneten Bezüge hat im nachhinein zu erfolgen.

Überstunden an Wochentagen werden mit 12 Prozent des Taglohnes bezahlt. Für Sonntags- und Feiertagsarbeit wird die Zeit von 6 ununterbrochenen Arbeitsstunden einschließlich der Frühstückspause (9 Uhr) als ein voller Arbeitstag berechnet. Überstunden an Sonn- und Feiertagen und Arbeitsstunden zur Nachtzeit (9 Uhr abends bis 6 Uhr früh) werden mit 15 Prozent des normalen Taglohnes vergütet. Eine einstündige Mitternachtspause (12 bis 1 Uhr) wird in die Arbeitszeit eingerechnet.

Im Wochenlohne stehenden Arbeitern und Vorarbeitern werden Arbeitsstunden an Sonntagen mit 15 Prozent des ermittelten Taglohnes vergütet.

Bei den im Wochenlohne stehenden Arbeitern und Vorarbeitern wird der zur Berechnung der Überstundenentlohnung zu ermittelnde Taglohn in der Weise berechnet, daß der Wochenlohn durch 6, der Monatsbezug aber durch 30 dividiert wird und der Quotient, beziehungsweise die Summe beider Quotienten sohin das erwünschte Resultat liefert.

3. Den Arbeitern der städtischen Heizwerkstätte wird freie Fahrt im Dienste zugestanden.

4. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 1. Jänner 1913 in Kraft.

34. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 3740, Post 4. Freie Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Wien um Subvention pro 1913.

Es soll der Betrag wie in den früheren Jahren, nämlich 1500 K, unter derselben Voraussetzung gegeben werden. Diese Voraussetzung ist, daß die Gemeindebeamten für die Vorträge die Hälfte des vorgeschriebenen Betrages zu zahlen haben.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung wird pro 1913 eine Subvention von 1500 K unter der Bedingung bewilligt, daß aus dem Subventionsbetrage für die Gemeindebeamten, die an den Vorträgen und Besichtigungen im Jahre 1913 teilnehmen, die Hälfte des von ihnen sonst zu entrichtenden Honorares bis zum Gesamtbetrage von 1500 K bestritten werde.

35. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 3678, Post 5. Systemisierung von 15 Diurnistenstellen für den Bedarf der Magistrats-Abteilung XI und des Zentral-Armenkatasters.

Die Arbeiten im Kataster wurden bis jetzt in der Nachmittagsfrequenz gemacht. Es hat sich aber nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre herausgestellt, daß es nicht zweckmäßig erscheint, diese Arbeiten in einer Nachmittagsfrequenz, die ja auch ziemlich kostspielig ist, machen zu lassen. Es ist nicht praktisch, wenn die Herren Beamten nur nachmittags von 4 bis 7 Uhr für diesen Zweck zur Verfügung stehen, es ist vielmehr notwendig, daß jemand den ganzen Tag zur Verfügung steht, der Auskünfte erteilt und die Katasterblätter in Ordnung bringt. Es wird daher der Antrag gestellt, für den Bedarf der Magistrats-Abteilung XI und im Zentral-Armenkataster 15 Diurnistenstellen neu zu systemisieren.

Die Kosten der Nachmittagsfrequenz betrugen bisher jährlich zirka 15.000 K, während uns die 15 Diurnisten im ersten Jahre 16.400 K kosten, welcher Betrag natürlich später steigt. Dafür aber haben wir eine bessere Leistung auf diesem Gebiete geschaffen.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Winarsky.

Gem.-Rat Winarsky: Wir haben hier einen Antrag, in welchem 15 Diurnistenstellen für den Bedarf der Magistrats-Abteilung XI und des Zentral-Armenkatasters vorgesehen sind. Dieser Antrag soll einen Ersatz bieten für die Arbeitsleistung, die bisher von den Magistratsbeamten in ihrer freien Zeit verrichtet worden ist, und dementsprechend soll zu gleicher Zeit die Ermächtigung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1900 je nach dem Umfange der Katasterarbeiten die erforderliche Zahl geeigneter Magistratsbeamten zur Nachmittagsarbeit gegen Kostgeldentschädigung heranziehen zu dürfen, widerrufen werden.

Dieser Antrag sieht doch etwas eigentümlich aus, daß nämlich die Arbeit, um die es sich handelt, die bis jetzt von Beamten versehen worden ist, künftig von Diurnisten versehen werden soll. Es ist das allerdings eine Arbeit, die von Magistratsbeamten in ihrer freien Zeit gemacht wurde, wofür sie eine Kostgeldentschädigung bekommen. Das ist nun schon seit einer ziemlich langen Zeit geschehen, und zwar seit dem Jahre 1900. Ich finde es ja auch in Ordnung, daß eine Arbeit, die regelmäßig wiederkehrt, nicht immer während der Überstundenzeit zu

verrichten ist, aber wenn diese Arbeit bisher von Magistratsbeamten versehen wurde, warum beantragt uns der Stadtrat nun, Diurnistenstellen zu systemisieren und die Arbeit, die bisher von Beamten verrichtet worden ist, nunmehr von Diurnisten verrichten zu lassen? Ich weiß nicht, welcher Zweck damit verfolgt werden soll. Handelt es sich bloß darum, den Nebenverdienst, den Magistratsbeamte bis jetzt in der Form von Kostgeldentschädigungen gehabt haben, aufzuheben, also eine Liebenswürdigkeit gegen die Magistratsbeamten durchzuführen, indem man ihnen diese Kostgeldentschädigung entzieht, oder handelt es sich darum, eine Arbeit, die bisher von Beamten verrichtet wurde, zu einer Diurnistenarbeit zu degradieren? Wenn diese Arbeit qualifiziert wird, wie in den früheren Jahren, wenn sie sogar, wie aus den Ausführungen des Herrn Referenten zu ersehen war, bisher in Ordnung gemacht worden ist und jetzt noch besser gemacht werden soll als früher, dann ist es sonderbar, daß diese Besserung der Arbeit von der Zuweisung dieser Arbeit an Diurnisten abhängt, obwohl man annehmen müßte, daß die bisherige Arbeit, weil sie von höher qualifizierten Arbeitskräften versehen wurde, auch ein besseres Resultat erzielen müßte. Wenn also die gleiche Arbeit, die bisher von Magistratsbeamten verrichtet wurde, gut war, dann sehe ich nicht ein, weshalb Diurnistenstellen kreiert werden sollen, gegen welche seinerzeit von der christlichsozialen Majorität selbst Sturm gelaufen wurde.

Ich erinnere die Herren daran, daß der verstorbene Bürgermeister Dr. Lueger die Diurnistenwirtschaft in scharfen Worten verurteilt hat. Sie gehen nun daran, eine Arbeit, die bisher von magistratischen Beamten zur Zufriedenheit versehen wurde, Diurnisten zu übertragen und zu diesem Zwecke neue Diurnistenstellen zu kreieren. Es wäre meiner Meinung nach besser, die Diurnistenstellen eingehen zu lassen und wirkliche Beamtenarbeiten auch von Beamten verrichten zu lassen, sonst kommen wir zu dem Resultat, daß diese ganze Maßregel nur erfolgt, um Geld zu ersparen, daß Sie trachten, die Arbeiten durch billigere Arbeitskräfte besorgen zu lassen. Dann nützt uns freilich die schönste Dienstpragmatik nichts, weil man sich bemüht, den Wirkungskreis der Beamten einzudämmen und an ihre Stelle billig entlohnte Diurnisten einzusetzen, die von der Dienstpragmatik, dem Zeitavancement um allen diesen Dingen, von denen Herr Vize-Bürgermeister Hoß beim früheren Referate Erwähnung getan hat, keinen Nutzen haben.

Ich möchte den Herrn Vize-Bürgermeister Hoß als Referenten deshalb fragen, warum diese Beamtenarbeit nunmehr Diurnisten zugewiesen wird. Ich frage ihn, ob es sich nur darum handelt, die Beamten um ihr Kostgeld zu bringen, oder ob er die Absicht hat, den Wirkungskreis der Beamten einzudämmen, in dem er für eine Arbeit, die bisher von den Beamten in der Frequenz gegen besondere Entlohnung gemacht wurde, neue Diurnistenstellen schafft. Sie sollen Beamtenstellen schaffen, wenn diese Arbeit in Überstunden nicht besorgt werden kann.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Ich möchte nur folgendes bemerken. Wie der Zentral-Kataster eingeführt wurde, wußte man noch nicht, wie weit sich die Sache ausdehnen, welchen Umfang sie annehmen wird, und war daher nicht in der Lage, gleich das entsprechende Personal für diesen Zweck zu bestimmen. Man hat daher einen Ausweg gesucht und die Beamten, die sich freiwillig für die Nachmittagsfrequenz gemeldet haben um einen entsprechenden Betrag dazu herangezogen. Das ist bis jetzt geschehen. Nun hat sich aber gezeigt, daß es doch nicht dasselbe ist, ob jemand ausgeruht morgens mit der Arbeit beginnt und bis 2 Uhr arbeitet oder ob ein Beamter, der von der Früh bis 2 Uhr nachmittags Dienst geleistet hat, dann wieder drei bis vier Stunden weiter arbeiten soll. Es hat sich auch herausgestellt, daß es unpraktisch ist, die Leute nur von 4 bis 7, eventuell 8 Uhr abends zur Verfügung zu haben. Es sind ja Eintragungen und Auskünfte auch im Laufe des Vormittags notwendig und es müssen jetzt immer zwei bis drei Herren dazu kommandiert worden.

Was die Arbeit selbst betrifft, so ist die Eintragung in die Katasterblätter eine ganz einfache Arbeit (Gem.-Rat Winarsky: Aber bisher haben sie Beamte gemacht!) Ja, weil man sich vor ungefähr drei Jahren noch nicht über das Erfordernis klar war. Nun ist man sich aber über den Umfang der Arbeiten klar geworden und auch darauf gekommen, daß es sich empfiehlt, eine andere Einteilung zu machen. Es bedeutet das keine Herabsetzung der Beamtenarbeit, weil das eigentlich eine der leichtesten Arbeiten ist, die man von einem Beamten verlangen kann, und diese leichteste Arbeit von Beamten dürfte wohl auch ein guter Diurnist zu leisten imstande sein.

Es ist das also keine Zurücksetzung, anderseits aber kann man verlangen, daß auch die Diurnisten etwas zu tun imstande sind.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Prozer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche dem Stadtratrats-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Für den Bedarf der Magistrats-Abteilung XI und im Zentral-Armenkataster werden 15 Diurnistenstellen neu systemisiert. Die zufolge Gemeinderats-Beschluß vom 11. Dezember 1900, Z. 13708, erteilte prinzipielle Ermächtigung, je nach dem Umfange der Katasterarbeiten die erforderliche Zahl geeigneter Magistratsbeamten zur Nachmittagsarbeit gegen Kostgeldentschädigung heranziehen zu dürfen, wird widerrufen.

36. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 3744, Post 6. Zentral-Verband „Maria Josephinum" um außerordentliche Subvention anläßlich der Errichtung der Krippe und des Kinderasyls im XX. Bezirke. Der Verein hat für die Krippe im XX. Bezirke 6000 K Auslagen gehabt, und es soll ihm als Zuschuß ein einmaliger Betrag von 1000 K bewilligt werden.

Ich bitte um die Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche jene Herren, welche für den Stadtrats-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Zentral-Verbande „Maria Josephinum" wird eine außerordentliche Subvention von 1000 K für die Errichtung der Krippe und des Kinderasyles im XX. Bezirke bewilligt.

37. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 3745, Post 7. Der Verein „Heim für obdachlose Familien" ersucht

um eine außerordentliche Subvention. Bis jetzt wurden ihm 2000 K bewilligt. Vor mehreren Jahren, im Jahre 1906, bekam der Verein eine Subvention von 10.000 K. Für das neue Heim, das er seinerzeit baute, bekam er im Jahre 1911 zu der Subvention von 2000 K eine weitere Bausubvention von 2000 K. Nun ist der Verein mit der Bitte herangetreten, es möge ihm wie für den XX. Bezirk, auch für das Haus im XVI. Bezirke 2000 K bewilligt werden, weil das Haus beinahe noch größer ist als das im XX. Bezirke.

Es wird nun beantragt, für das verflossene Jahr eine ausnahmsweise Subvention von 2000 K zu bewilligen, für das Jahr 1913 werden wir noch Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche für den Stadtrats-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Vereine „Heim für obdachlose Familien" wird für das Jahr 1912 nachträglich eine außerordentliche Subvention von 2000 K für die Anstalt im XVI. Bezirke bewilligt.

38. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 3746, Post 8. Asylverein für Obdachlose um Subvention pro 1913. Es wird beantragt, diesem Verein die Subvention von 50.000 K, die er bis jetzt erhielt, wieder zu bewilligen. Ich bemerke, daß der Verein um einen höheren Betrag angesucht hat. Wir können aber keinen größeren Betrag vorschlagen, da die Gemeinde auf diesem Gebiete sich selbst betätigt und bedeutende Auslagen hat, wodurch sie den Verein zum Teil entlasten dürfte. Wir haben für den Zubau des Asyl- und Werkhauses, der 650 Personen faßt, 675.000 K bewilligt. Mit Rücksicht darauf glaube ich, daß die bisherige Subvention entsprechend ist. Ich bitte um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche für den Stadtrats-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Asylverein für Obdachlose wird pro 1913 eine Subvention von 50 000 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Herren Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten. Ich ersuche, das Referat Post 47 zu erstatten.

39. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 3986, Post 47, Beilage Nr. 67. Abänderung des Ermächtigungsgesetzes, betreffend das Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1908. Der Gemeinde Wien wurde im Jahre 1908, und zwar mit Gesetz vom 17. Juni 1908, die Aufnahme eines Anlehens von 360 Millionen Kronen bewilligt. Davon wurden bisher 200 Millionen Kronen aufgenommen. Es heißt nun im Punkte 3, daß der Zinsfuß höchstens 4 Prozent betragen darf. Nun dürfte Ihnen bekannt sein, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ein Zinsfuß von 4 Prozent schwer zu erzielen ist, und wenn schon, nur bei einem sehr ungünstigen Kurs.

Mit Rücksicht darauf und weil der Landtag, dessen Genehmigung erforderlich ist, nicht so oft zusammentritt, und es nicht ausgeschlossen ist, daß noch im Laufe dieses Jahres Verhandlungen bezüglich der Aufnahme des Anlehens gepflogen werden müssen, wird beantragt, daß der Zinsfuß eventuell auch $4^1/_2$ Prozent betragen dürfe. Damit ist nicht gesagt, daß wir unter allen Umständen bei $4^1/_2$ Prozent bleiben. Es wird seinerzeit geprüft werden, ob es besser ist, 4, $4^1/_4$ oder $4^1/_2$ Prozent festzusetzen und es wird dann der Gemeinderat in der Lage sein, dazu Stellung zu nehmen. Ich bitte um die Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte kontra hat sich Herr Gem.-Rat Ignaz Fischer zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Gem.-Rat Ignaz Fischer: Ich bin der Anschauung, daß mit Rücksicht darauf, daß die Kommune Wien für die nächsten Monate vorgesorgt hat, sie überhaupt nicht in die Lage kommen wird, Papiere zu begeben, und daß es sich mit Rücksicht auf die gegenwärtige ungünstige Finanzlage empfiehlt, diese Angelegenheit überhaupt in suspenso zu belassen. Ich glaube nämlich, daß in dem Momente, wo die politischen Verhältnisse eine Klärung erfahren, sich auch die Geldverhältnisse besser gestalten werden und daß vielleicht die Kommune Wien nicht in die Lage versetzt sein wird, ein Anlehen zu $4^1/_2$ Prozent aufzunehmen. Es ist daher eigentlich nicht notwendig, über diesen Gegenstand heute zu beraten; die Sache ist ja nicht akut. Denn wer weiß, ob die Gemeinde überhaupt in die Lage kommt, ein weiteres Anlehen aufzunehmen. Kommt es aber dazu, dann haben wir noch Zeit, darüber zu beraten. (Rufe: Es ist ein Beschluß des Landtages notwendig!) Wenn ein Beschluß des Landtages notwendig ist, so habe ich dagegen nichts einzuwenden. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß ich es für verfrüht halte, gewissermaßen uns schon jetzt zu präjudizieren. Wenn es sich nur um einen Beschluß des Landtages handelt und wenn man die Sache so macht, daß man sie sich gewissermaßen auf Lager hält, so lasse ich mir das gerne gefallen. Ich befürchte nur, daß wenn einmal $4^1/_2$ Prozent auf die Papiere gedruckt sind, diese auch zu diesem Zinsfuße ausgegeben werden, und das wäre eine dauernde Belastung. Ich habe also mit Rücksicht darauf, daß es sich darum handelt, nur einen Landtags-Beschluß einzuholen, selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß es vielleicht gar nicht dazu kommen wird, daß wir diese Papiere begeben müssen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Dr. Granitsch.

Gem.-Rat Dr. Granitsch: Dieses Referat soll von Ihnen nicht beschlossen werden, ohne daß seitens der Opposition einige Worte gegen die Art, wie Sie ihre Finanzen gestalten, eingewendet werden.

Meine Herren! Es ist heute keine Kleinigkeit, den Markt wieder mit einem Anlehen zu belasten.

Der Anlehenmarkt ist von allen Staaten derart belastet, daß Österreich bekanntlich 125 Millionen in Amerika ausleihen mußte. Darüber wird natürlich nicht sehr viel geschrieben, weil die Öffentlichkeit in dieses Wespennest nicht gern hineinsticht; die Zeitungen gehen darüber hinweg, weil es sich um eine finanzielle Transaktion handelt.

Ich muß aber sagen, die Tatsache, daß man sich 125 Millionen unter den drückendsten Bedingungen, die es überhaupt gibt, in Amerika ausleihen muß, weil der österreichische Staat Geld braucht, noch dazu eine Summe, die eine Großmacht in der Westentasche haben müßte, wenn ihre Finanzwirtschaft halbwegs

geregelt wäre, beweist, daß eine solche Zeit nicht geeignet ist, auch noch kommunale Anlehen auf den Markt zu werfen.

Ich bin also deswegen gegen den Beschluß, das Gesetz abzuändern, weil ich eher mithelfen möchte, einen Riegel vorzuschieben, daß auch das Jahr 1913 wiederum mit einem Merkmal der christlichsozialen Wirtschaft, Jammerwirtschaft (Gelächter) — Schandwirtschaft, wenn Ihnen Jammerwirtschaft zu lächerlich vorkommt — abschließt.

Ich sage also Schandwirtschaft, wenn Ihnen das lieber ist. (Heiterkeit.)

Wenn Sie darüber lachen, so beweist das nicht, daß ich Unrecht habe, sondern, daß Sie keine Ahnung davon haben, was Sie tun; das ist damit bewiesen. (Unruhe und Zwischenrufe.)

Es ist sehr schön in einer solchen Jubelstimmung 160 Millionen zu bewilligen, nur um wieder die Möglichkeit zu haben ... (Lebhafte Unruhe und Zwischenrufe. — „Expensen!") Sie arbeiten doch nichts, da können Sie auch keine Expensen verdienen.

Es ist also sehr schön, in einer solchen Jubelstimmung die Gemeinde Wien wieder mit einer größeren jährlichen Last zu belegen. Das können Sie auf Grund ihrer Verantwortung beschließen. Sie trifft die Verantwortung, aber es soll nicht gesagt werden, daß die Opposition nicht dagegen Einsprache erhoben hat, und zwar aus folgenden Gründen.

Sie verwenden diese Anlehen nicht, wie Sie behaupten, zu Investitionen, sondern Sie verwenden sie, um Schulden zu machen, um damit das Defizit, das Sie alle Jahre haben, zu verkleistern. (Lebhafte Unruhe und Rufe: Das glaubt er ja selbst nicht!) Herr Vize-Bürgermeister, wenn der Herr Bürgermeister präsidiert, sind die Herren etwas ruhiger; wissen Sie, meine Herren, mich schrecken Sie nicht ab, weil ich weiß, was ich sage, und weil ich weiß, daß ich recht habe (Gelächter), wenn ich sage, daß Sie Schulden machen, um einfach das Defizit, das Sie alle Jahre haben, zu decken; denn es ist nicht wahr, daß Sie mit den Anleihegeldern Investitionen machen, Sie decken damit einfach das, was Ihnen alle Jahre in der gewöhnlichen Wirtschaft abgeht.

Sie brauchen diese Anleihe, um Pflasterungen vorzunehmen, um die verschiedensten kurrenten Auslagen zu bestreiten. Wie Sie das budgetieren, ist Ihre Sache. Wenn Sie sagen, daß Sie das für Investitionen brauchen, so können Sie das als Majorität ja beschließen. Wer aber Ihre Gebarung buchhalterisch prüft, wird sagen, daß Sie alljährlich in einem großen Defizit drinnstecken, und damit Sie dafür aufkommen können, müssen Sie Anlehen begeben. Sie betreiben Ihre gesamten städtischen Unternehmungen so, daß ein Kaufmann, wenn er sie in gleicher Weise betreiben würde, in der kürzesten Frist bankrott machen müßte, denn alles, was Sie brauchen, nehmen Sie aus dem Investitions-Anlehen, alles, was Sie durch Reservierungen und Abschreibungen ansammeln sollten, um für die Bedürfnisse aufzukommen, während Sie an die Gemeinde Wien aus Ihren Betrieben Gelder abführen, die de facto abzuführen Sie nicht berechtigt sind. Wenn die Gaswerke, die städtischen Elektrizitätswerke und insbesondere die Straßenbahnen einer Aktiengesellschaft gehören würden, (Rufe: Das wäre Ihnen recht!) — aber reden Sie nicht so dumm, ich wäre ja die Aktiengesellschaft nicht — aber wenn eine Aktiengesellschaft diese Unternehmungen so betreiben würde, wie Sie, so wäre sie nach einigen Jahren bankrott.

Das sage ich Ihnen. Wer das bestreitet, versteht's halt nicht. (Zwischenruf.) Es ist ja Ihr Recht, das nicht zu verstehen, Ihr volles Recht. Sie verstehen eben nicht, über was Sie beschließen, Sie verstehen noch viel mehr nicht. Wenn Sie es verstehen würden, so würden Sie meinen Worten gewiß nicht widersprechen. Ich sage also: wenn eine Aktiengesellschaft alljährlich an Dividenden verteilen würde, was Sie an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien abführen, und wenn alles das, was sie braucht, um die Abgänge, Schäden und Erneuerungen zu bestreiten, wiederum durch Schulden decken würde, dann würde die Aktiengesellschaft in der kürzesten Zeit bankrott machen und das wäre auch bei Ihnen der Fall, wenn nicht der Kredit der Gemeinde Wien einstweilen unerschöpflich wäre, der auch durch Ihre Wirtschaft nicht untergraben werden kann. Einstweilen noch nicht, aber es wird der Moment kommen, wo Sie wieder Angst haben werden, ob sich die Schuldenwirtschaft weiterführen lassen wird. Der Augenblick wird noch kommen. (Rufe: Bis dahin wird Dr. Granitsch 100 Jahre alt! — Heiterkeit und Unruhe.)

Ich werde warten, bis Sie ein bißchen still sind; dann werde ich fortsprechen, da sich der Herr Vize-Bürgermeister absolut nicht darum kümmert, ob Sie still sind. Ich kann ja ein bißchen warten, bis von selbst Ruhe eintritt. (Vize-Bürgermeister Dr. Porzer gibt das Glockenzeichen.)

Ich sage also folgendes: Da es heuer nicht unbedingt notwendig ist, dieses Anlehen zu begeben, da Sie das Jahr 1913 noch mit Ach und Krach werden fortwursteln können, ohne dieses Anlehen begeben zu müssen, so möchte ich bitten, daß das Jahr 1913 auch tatsächlich ohne Anlehen vorübergehe, denn diese Zeit ist für den Anlagemarkt die denkbar ungünstigste.

Dieses Anlehen hätte auch zur Folge, daß das Gemeindebudget dauernd in der schwersten Weise belastet würde. Einmal durch den ungünstigen Begebungskurs und zweitens durch die hohe Verzinsung. Wenn die Gemeinde das Anlehen im Jahre 1913 begibt, wird sie viel schwerer belastet werden, als es notwendig wäre. Ich bin dafür, daß wir für dieses Jahr von der Anlehenbegebung auf alle Fälle absehen. Ich sehe es daher auch nicht für gerechtfertigt an, wenn Sie dem Landtag den Vorschlag machen, diesen neuerlichen Gemeindevermögensverschleuderungsversuch zu ermöglichen. Deswegen bin ich gegen diesen Antrag. (Gelächter und Zwischenrufe.) Ja, ein Gemeindevermögensverschleuderungs-Beschluß, das ist es. Wenn Sie auch noch so sehr darüber lachen, so ändert das die Sachlage in keiner Weise. Es wird ja die Zeit kommen, in der hier Leute sitzen werden, welche die finanzielle Gebarung verstehen werden, und die werden einsehen, daß das richtig gewesen ist, was die Opposition gesagt hat.

Es gehört übrigens auch gar nichts dazu; wenn man sich nur ein ganz klein wenig mit diesen Sachen beschäftigt, muß jeder zu dem gleichen Resultate kommen. Nur Sie wollen nicht verstehen, sondern Ihre Majorität dazu ausnützen, die Wirtschaft weiterzuführen, schlecht und recht, wie es bisher gegangen ist, unbekümmert darum, welche Unsummen zwecklos dem Gemeindevermögen aufgelastet werden. Wir aber werden nicht mittun und gegen diese Vorlage stimmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Ellend zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rat Ellend: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden. Die Herren, welche für Schluß der Debatte stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet die Herren Gem.-Räte Schlechter, Winarsky und Rain.

Das Wort hat Herr Gem.-Rat Schlechter kontra.

Gem.-Rat Schlechter: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich in der vorliegenden Frage auch kontra gemeldet, werde auch gegen den Antrag stimmen, werde aber ganz andere Argumente und Worte vorbringen, als wir sie soeben von meinem geehrten Herrn Vorredner gehört haben. Wir leben in einer so ernsten Zeit, daß ich geglaubt hätte, es werde bei dem sittlichen Ernste, welcher uns bei der Beratung so wichtiger Angelegenheiten innewohnen sollte, niemand mit Worten kommen, welche geeignet sind, das Ansehen und die Würde der Gemeinde, aber auch den Kredit der Gemeinde Wien zu schädigen. (Lebhafter Beifall bei der Majorität.)

Ich habe aber schon gesagt, daß ich mich auch kontra zum Worte gemeldet habe, und ich muß aufrichtig gestehen, daß ich es sogar wünschen würde, wenn die Majorität im gegenwärtigen Momente dazukommen würde, aus verschiedenen Rücksichten heute auf diesen Antrag nicht einzugehen. Die Gründe, welche ich vorführe, sind vor allem anderen folgende.

Die Rückkehr zu den $4^1/_2$ Prozent Titres ist ein so folgenschwerer Schritt, daß unter gewissen Umständen, welche wahrscheinlich auch eintreten werden, alle bisherigen 4prozentigen Titres, das heißt die Staatsrente, die Obligationen, die Kommunalpapiere, die Landespfandbriefe, entwertet werden, und wir laden eine große Verantwortung auf uns, wenn wir in diesem Augenblicke darangehen, als die ersten zu kommen und uns die Bewilligung, mit $4^1/_2$prozentigen Papieren auf den Markt zu gehen, geben lassen. Dazu kommt noch folgendes.

Wir sind erst am Anfange März und haben vor ganz kurzer Zeit unseren städtischen Haushalt bestellt. Ich darf diese Worte wohl gebrauchen. Derselbe Herr Referent hat uns damals versichern können, daß wir mit dem, was wir sichergestellt haben, in diesem Jahre das Auskommen finden werden. Wenn wir aber das Auskommen finden, dann haben wir erst recht nicht notwendig, uns jetzt schon die Ermächtigung zu holen, eventuell bis zu 160 Millionen zu $4^1/_2$ Prozent ausgeben zu können. Ich glaube, daß man in dieser Beziehung sehr vorsichtig sein sollte.

Nun möchte ich noch folgendes bemerken und da werden Sie sehen, daß ich ganz unbefangen spreche. Es hat auf mich einen ziemlich unangenehmen Eindruck gemacht, als ich heute früh in der Zeitung las, daß am Abend beschlossen werden soll, ein Anlehen zu $4^1/_2$ Prozent noch im Laufe dieses Jahres zu begeben. (Zwischenruf.) Ich habe mir die Redefreiheit gewahrt und wenn ich am Anfange erklärt habe, sachlich zu sprechen, und gewisse Worte bedauert habe, so hindert mich das nicht im geringsten, an Ihr Gefühl, aber auch an Ihr Gewissen zu appellieren. Nun kommt aber noch folgender Umstand. Der Beschluß, den wir heute fassen sollen, dokumentiert eigentlich, daß wir den Glauben auf einen baldigen Frieden verloren haben; das hat doch der Öffentlichkeit gegenüber eine große Bedeutung, so daß ich die Verantwortung hiefür nicht auf mich nehmen kann. Mit diesem Beschlusse konstatieren wir eigentlich, daß wir die Aussicht, daß bald Frieden wird, aufgeben, und daß wir der Meinung sind, daß die Beruhigung des Geldmarktes wahrscheinlich erst in so später Zeit eintreffen wird, daß wir jetzt schon Sorge tragen müssen, bei besserer Verzinsung und günstigeren Bedingungen etwas zu bekommen. Mit einem solchen Antrage hätte man also vorsichtig sein müssen, und wenn man schon damit gekommen ist, so wäre es zum mindesten nicht notwendig gewesen, eine außerordentliche Sitzung des Stadtrates einzuberufen.

Es ist aber auch eine starke Zumutung, daß wir, wenn wir zufälligerweise heute keine Zeitung gelesen hätten, ohne etwas vorher zu wissen, heute über einen so hochwichtigen Beschluß des Stadtrates hätten entscheiden sollen. Es gibt wahrlich keine andere Körperschaft, die ein solches Glück hat, wie der niederösterreichische Landtag. Er ist seit dem 27. Dezember v. J. beisammen — was er gemacht hat, das zu beurteilen, überlasse ich Ihnen — seine Sitzungen sind aber an den Fingern abzuzählen. (Gem.-Rat Dr. Granitsch: Aber Diäten haben sie bekommen!) In diesen ganzen vier Monaten ist gar nichts geschehen und der Landtag bleibt nur deshalb beisammen, weil man annimmt, daß, wenn der kleine Finanzplan fertig ist, das Land und die Gemeinde nicht zu kurz kommen werden und man beim Budget darauf Rücksicht nehmen will. Die Gefahr, daß der Landtag Ihnen nicht zur Verfügung stehen würde, ist wahrlich nicht gegeben. Nachdem der Reichsrat erst im April zusammentritt, wird der Landtag bis dahin seine Tätigkeit wie bisher entwickeln und wir kriegen daher sicher die Bewilligung, wenn sie noch notwendig sein sollte.

Jetzt, meine Herren, appelliere ich aber — ich habe es wenigstens — an Ihr vaterländisches Gefühl. Die Gemeinde Wien soll heute nicht zeigen, daß die Situation so miserabel ist, daß wir allen Grund haben zu besorgen, daß für die Bedürfnisse der Stadt Wien mit einer $4^1/_2$prozentigen Anleihe gerechnet werden muß. Bedenken Sie, welchen Eindruck dieser Beschluß auf die Öffentlichkeit machen wird.

Ich bitte Sie daher, diesen Antrag fallen zu lassen oder die Verhandlung darüber zu vertagen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist ein Vertagungs-Antrag gestellt worden. Bevor ich denselben zur Abstimmung bringe, erteile ich dem Herrn Referenten das Wort.

Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Der Herr Vorredner hat beantragt, die Verhandlung über diesen Gegenstand zu vertagen. Ich werde noch vor der Abstimmung Gelegenheit haben, meine Erwiderung auf die Ausführungen der einzelnen Herren Redner vorzubringen; nachdem aber ein Vertagungs-Antrag gestellt wurde, ist es notwendig, schon jetzt etwas darüber zu sagen.

Vom Herrn Kollegen Fischer ist gesagt worden, der Stadtrats-Antrag soll nicht angenommen werden, denn es sei später noch Zeit genug und Hoffnung vorhanden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bessern werden. Wir wünschen ja alle, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern und wir hoffen es auch, das ist aber nur unsere Meinung, bestimmt wissen wir es nicht. Sie können und sollen sich bessern, aber sie können auch noch schlechter werden. Dann käme die Gemeinde in die Situation, Geld aufnehmen zu müssen und was fangen wir

dann an, wenn wir nicht vorgesorgt haben? Wenn wir das Anlehen zu 4 Prozent vergeben können, werden wir es tun. Der Gemeinderat wird jedenfalls vorerst genau prüfen, ob die Begebung zu 4, zu 4¼ oder zu 4½ Prozent notwendig ist. Heute soll in dieser Beziehung nur eine Vorsichtsmaßregel getroffen werden.

Vom Herrn Gem.-Rat Dr. Granitsch ist gesagt worden, daß der Gemeinderat heute eine Gemeindevermögensverschleuderung beschließen soll. Ich bin der Meinung, daß der Beschluß nur dem Gebote der Vorsicht entspricht, nachdem die Gemeindevertretung, wie Sie ja selbst sagen, die Pflicht hat, Vorsorge zu treffen, daß die Gemeinde in keine Verlegenheit kommt. Es würde ja vielleicht den Herren von der Opposition zum Vergnügen gereichen, uns in Verlegenheit zu sehen (Zustimmung) und sie würde dann sicher sagen, wir hätten übersehen, rechtzeitig Vorsorge zu treffen. Um Ihnen dieses Vergnügen nicht zu machen, wollen wir diesen Beschluß vom Gemeinderate einholen.

Ich möchte nur noch bemerken, daß darin gar keine Gefahr für uns besteht. Im § 3 steht, daß der Gemeinde seinerzeit, wenn sie es notwendig findet, den ganzen Anlehensbetrag wieder zurückzahlen und sich im Konvertierungswege ein günstigeres Anlehen verschaffen kann. Ich werde Ihnen den Passus aus § 3 vorlesen. Er lautet (liest):

„Der Stadt Wien wird jedoch das Recht vorbehalten, nach Maßgabe des von ihr zu treffenden Übereinkommens, auch eine größere Anzahl von Obligationen als nach dem Tilgungsplane entfallen würde, zu verlosen oder auch sämtliche noch im Umlaufe befindliche Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen." (Rufe: Aber al pari!)

Entschuldigen Sie, wenn wir in eine ungünstige Situation kommen, können wir uns durch eine Konvertierung helfen, die dann von uns gewiß im richtigen Moment durchgeführt werden wird.

Vom Herrn Gem.-Rat Schlechter ist gesagt worden, daß die 4prozentigen Titres dadurch entwertet werden. Ich will ja zugeben, daß das keine Besserung ist, aber Herr Gem.-Rat Schlechter darf nicht übersehen, daß zwischen 4prozentigen und 4·5prozentigen Titres auch eine Spannung im Kurs ist und daß diese Spannung den Kurs auch drückt. Zugegeben also, daß eine kleine Verschlechterung darin enthalten ist, so muß man doch damit rechnen, daß das nicht allein die Gemeinde macht, sondern daß auch der Staat und andere Staaten, wie Frankreich, Deutschland u. s. w. das machen. Was die tun müssen, dem kann auch die Gemeinde Wien nicht ausweichen.

Ich ersuche daher, dem Vertagungs-Antrage nicht zuzustimmen, sondern denselben abzulehnen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung über den Vertagungs-Antrag. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Vertagungs-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Vertagung ist abgelehnt. (Unruhe. — Zwischenrufe der Gem.-Räte Moißl und Hötzel.)

Ich bitte um Ruhe. (Gem.-Rat Stein: Herr Vize-Bürgermeister, der Gem.-Rat Hötzel hat dem Kollegen Moißl Ohrfeigen angetragen! — Gem.-Rat Hötzel: Der Gem.-Rat Moißl hat gesagt, hier ist eine Bude!) Herr Gem.-Rat Hötzel, wenn Sie Gespräche führen wollen, bitte ich, sie draußen zu führen. (Zustimmung bei der Opposition.) Ich bitte um Ruhe.

Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Winarsky kontra.

Gem.-Rat Winarsky: Vom Stadtrate wird die Forderung gestellt, es möge ihm die Ermächtigung erteilt werden, im Landtage von Niederösterreich ein Gesetz einzubringen, durch das die Gemeinde Wien ermächtigt wird, den Rest des Anlehens von 160 Millionen Kronen, der noch zur Begebung zu gelangen hat, mit 4·5 Prozent statt mit 4 Prozent zu verzinsen. Die Debatte über diesen Antrag hat gezeigt, daß die Herren der Majorität die dringende Notwendigkeit der Beschaffung neuer Gelder empfinden. Wenn auch heute der Herr Finanz-Referent der Gemeinde, der Herr Vize-Bürgermeister Hoß, erklärt hat, daß man diese Ermächtigung nur sozusagen auf Lager brauche und es durchaus nicht sicher sei, ob man davon Gebrauch machen werde oder nicht, so besteht doch in Wirklichkeit kein Zweifel, daß der Stadtrat um diese Ermächtigung an den Gemeinderat nicht gekommen wäre, wenn ihm nicht die Not auf die Fingernägel brennen würde.

Ich habe mich sehr gewundert über die Rede des Herrn Kollegen Schlechter, der sonst immer zum Budget spricht und gewöhnlich den Anschein erwecken möchte, daß er ein Sachverständiger im Budget ist ... (Gem.-Rat Schlechter: Das bin ich schon auch!) — es mag ja sein — es hat mich also gewundert, sage ich, daß er an den sittlichen Ernst und an die Würde der Kollegen von der Minorität des Gemeinderates appelliert hat, denn an den sittlichen Ernst und an die Würde der christlichsozialen Majorität kann er nicht appelliert haben, weil er ihr Verhalten selbst gerügt hat. Die Tatsache, daß heute in einer Zeitungsnotiz zuerst die Nachricht über diesen Antrag in die Öffentlichkeit gekommen ist, wirft ja ein grelles Schlaglicht auf den sittlichen Ernst und auf die Würde der Herren der Majorität, ich wundere mich aber über den Kollegen Schlechter noch mehr als über den Appell an die Minorität — wir haben ähnliche Redensarten vom Kollegen Schlechter ja schon mehrmals gehört, wenn er so getan hat, als ob er in der Opposition wäre, während er in Wirklichkeit der Partisan der Majorität gewesen ist — ich wundere mich noch mehr, sage ich, darüber, daß er so erstaunt war, daß man die Notwendigkeit empfindet, eine solche Ermächtigung vom Landtage einzuholen.

Wenn Sie sich an den Hauptvoranschlag des Jahres 1913 erinnern, so wird Ihnen in Erinnerung sein, daß darin 34,908.000 K Anlehensgelder aus dem Anlehen vom Jahre 1908 in Rechnung gestellt gewesen sind; es wird Ihnen aber ebenso in Erinnerung sein, daß damals von dem 2 Millionen Kronen-Anlehen nur zirka 12·5 Millionen zur Verfügung gestanden sind, daß sich also bereits damals eine Differenz von 22,239.000 K ergeben hat, die zwar nicht als Defizit eingestanden worden ist, die aber, solange die Gemeinde nicht eine neue Finanzoperation durchführt, tatsächlich als Defizit in den Hauptvoranschlag pro 1913 einzustellen ist.

Damals hat man uns allerdings allerhand verzweifelte Mittel vorgeführt. Der Herr Finanz-Referent, der heute um diese Ermächtigung einkommt, hat damals behauptet, es werde nicht notwendig sein, eine neue Anlehensermächtigung einzuholen; er hat uns gesagt, daß man vielleicht mit den Kassenbeständen werde auskommen können.

Diese Behauptung ist damals schon ziemlich deutlich als unrichtig zu erkennen gewesen, weil die Kassenbestände auch damals schon niedriger angegeben waren als diese Differenz von 22,239.000 K.

Außerdem hat uns der Finanz-Referent des Magistrates in den Beratungen des Magistratsgremiums darüber aufgeklärt, daß man mindestens 8,000.000 K braucht, um die notwendigen Revirements in den Kassen durchführen zu können. Damals hat der Finanz-Referent auch von einer zweiten Möglichkeit gesprochen, nämlich von der Aufnahme einer schwebenden Schuld, eine Sache, die gewiß noch bedenklicher erscheinen hat müssen, als diese Ermächtigung, die jetzt eingeholt wird. Weil damals über die tatsächliche Finanzlage der Gemeinde gar kein Zweifel obwalten konnte, weil jeder, der das Budget genau angeschaut hat, zu der Erkenntnis gelangen mußte, daß im Laufe des Jahres entweder mit den Kassenbeständen manipuliert oder eine schwebende Schuld aufgenommen oder eine neue Finanzoperation durchgeführt werden müsse, die bei der Geldknappheit schon im Dezember 1912 ebenso zu erkennen war wie jetzt, nur daß man jetzt mit einem höheren Prozentsatz wird abschließen müssen, als es bisher der Fall gewesen ist, wundere ich mich, daß Herr Kollege Schlechter, der jetzt so überrascht gewesen ist, damals als Budget-Redner kein Wort über diese Dinge zu sagen gehabt hat.

Ich habe in meiner Budgetrede vom 18. Dezember 1912 auf alle diese Gefahren aufmerksam gemacht und wenn man in einer so traurigen Sache eine Genugtuung empfinden dürfte, so könnte ich sagen, daß ich mit Genugtuung konstatieren kann, daß alles das eingetreten ist, was ich am 18. Dezember 1912 ausgeführt habe. Man kann aber bei einer solchen Sache eine Genugtuung nicht empfinden. Das heutige Verlangen des Herrn Finanz-Referenten ist also nichts anderes, als eine klipp und klare Widerlegung seiner damaligen Ausführungen als Budget-Referent auf der einen Seite, und eine offizielle Bestätigung der jammervollen Finanzwirtschaft, die von der christlichsozialen Majorität geführt wird, auf der anderen Seite. Täuschen wir uns nicht. Es handelt sich nicht allein um die Frage, ob die 160 Millionen Kronen um 4 oder 4½ Prozent begeben werden sollen. Das ist nicht das ganze, worum es sich handelt.

Es handelt sich vor allem darum, zu welchem Kurse die betreffenden Papiere begeben werden. Da werden wir erst die Wahrheit über den tatsächlichen Stand der Gemeindefinanzen erfahren. Sie können freilich sagen, ob 4½ Prozent oder 4 Prozent, das ist ja nicht so arg; es gibt Staatsanlehen, die zu höheren Zinssätzen abgeschlossen wurden. Selbstverständlich fällt auch ½ Prozent sehr tüchtig in die Wagschale und wenn die Herren voraussehende Finanzwirtschaft betreiben, wenn Sie nicht finanzwirtschaftlich direkt von der Hand in den Mund leben würden, dann hätten Sie schon früher wissen müssen, daß im Jahre 1913 mit dem begebenen Teile des Anlehens das Ende erreicht sein wird und wenn Sie das Recht in Anspruch nehmen wollen, als gute Verwalter der Finanzen und des Vermögens der Gemeinde Wien zu gelten, dann hätten Sie schon viel früher Sorge tragen müssen, daß der Rest des Anlehens begeben wird dann wären Sie nicht in die Gefahr gekommen, in der Sie sich heute befinden, dann wären Sie nicht gezwungen, bedeutend höhere Zinsen zu bewilligen, dann wären Sie nicht in der Gefahr, daß Sie die Papiere auch noch zu bedeutend niedrigerem Kurse begeben müssen.

Bei dieser Begebung der Papiere werden wir erst sehen, wie weit wir von den Herren, die heute die Finanzverwaltung in der Hand haben, hineingetrieben wurden. Verwalten heißt in diesem Falle auch voraussehen, und es war im Verlaufe des Jahres 1912 schon vorauszusehen — wenn es für uns vorauszusehen war, so war es natürlich für die Herrrn der Majorität noch viel eher vorauszusehen — daß Sie mit den Geldern, welche Sie aus dem Anlehen zur Verfügung hatten, Ihr Auslangen nur in den ersten Monaten des Jahres 1913 finden würden. Sie waren also verflichtet, in dieser Hinsicht für den notwendigen Ersatz vorzusorgen, wenn Sie nicht dazu zu haben waren, die laufenden Einnahmen der Gemeinde zu erhöhen, wozu wir Sie vergeblich seit einer ganzen Reihe von Jahren auffordern. Wenn Sie die laufenden Einnahmen nicht erhöhen, wenn Sie fortwährend von Schuldengeldern leben wollen, dann ist es selbstverständlich, daß Sie wenigstens dafür sorgen müssen, daß die Schuldengelder rechtzeitig bereit gestellt werden, das ist doch das allermindeste an finanzwirtschaftlicher Vorsorge, was man von Ihnen fordern kann und nicht einmal dieses Minimum haben Sie zustande gebracht.

Wir werden selbstverständlich für den Antrag, den Sie stellen, nicht stimmen. Wir werden dafür nicht stimmen, nicht weil wir nicht begreifen würden, daß Sie heute um diese Ermächtigung kommen, sondern wir werden deshalb nicht dafür stimmen, weil wir Ihnen weder direkt noch indirekt eine Zustimmung zu Ihrer Finanzpolitik aussprechen wollen, weil wir keinen Teil der Verantwortung tragen wollen, an all der Schädigung, welche die Gemeinde durch Ihre Finanzwirtschaft erleidet und die gewiß durch den unter so sonderbaren Umständen erfolgten Abschluß dieses Anlehens eintreten wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Rain pro.

Gem.-Rat Rain: Gestatten Sie mir, daß ich mich in dieser Angelegenheit auf den Standpunkt des Herrn Referenten stelle. Der erste Redner betonte, daß der österreichische Staat durch die Geldverhältnisse gezwungen war, in erster Linie ins Ausland zu gehen. Sie können, Herr Dr. Granitsch, überzeugt sein, daß der österreichische Staat insofern verpflichtet war, nach Amerika zu gehen, als es zu verhindern galt, die Geldverhältnisse im Inlande, die aufs äußerste gespannt waren, nicht noch stärker zu spannen. Man konnte und durfte der Industrie nicht von staatswegen jene Beträge entziehen, die der Staat notwendig hat. Sie alle, die im kaufmännischen und industriellen Leben stehen, müssen zugeben, daß es geradezu gar nicht zu verantworten gewesen wäre, wenn die 125 Millionen von österreichischen Banken hätten zur Verfügung gestellt werden müssen.

Wer kaufmännisch denkt, muß auch hier offen die Wahrheit sagen: Nicht die Verhältnisse haben den Staat gezwungen, das zu tun, sondern die Rücksichtnahme auf die österreichische Industrie. Sie haben auch von einem Gemeindevermögensverschleuderungsversuch gesprochen. Wie soll das Gemeindevermögen verschleudert werden? Ich frage den Kollegen Dr. Granitsch! Es ist noch nicht lange her in diesem Saale, daß während der Budgetberatung wiederholt gesagt wurde, daß unter dem Bürgermeister Dr. Neumayer große Fragen nicht in Angriff genommen worden sind. Wir haben jetzt einen neuen Bürgermeister, und Aufgabe der jetzigen Majorität mit ihrem neuen Führer wird es sein, große wirtschaftliche Fragen ins Rollen zu bringen, weil es Pflicht der

Gemeindeverwaltung ist, bei dem jetzigen wirtschaftlichen Stillstande Arbeit zu schaffen. (Beifall.)

Der Gemeindevertreter, der heute den Mut hat, zu sagen, daß zu den Tausenden von brotlosen Arbeitern noch mehr kommen sollen, daß auf allen wirtschaftlichen Gebieten ein Stillstand eintreten soll, um die Depression noch größer zu machen, der macht sich einer Pflichtverletzung schuldig und ist nicht wert, in diesem Saale als Vertreter der Arbeiterkreise zu sitzen. (Beifall.)

Es ist gesagt worden, warum geschieht das gerade jetzt? Ja, es ist auch die Frage zu beantworten, warum das gerade jetzt geschieht. Ich glaube, daß der niederösterreichische Landtag nur mehr wenige Wochen tagen wird, und wir alle haben die Überzeugung, daß in diesem Jahre der Landtag nicht mehr einberufen werden wird. Daher ginge dieses Jahr vollständig verloren. Was würden Sie nun sagen, wenn Fragen drängend werden, wenn an die Gemeindeverwaltung wirklich größere Ansprüche durch besondere Umstände gestellt werden? Sie würden sagen, die jetzige Majorität hat nicht rechtzeitig vorgesorgt.

Es steht ausdrücklich in der Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen, daß nur daran gedacht wird, bis $4^1/_2$ Prozent zu geben. Muß denn das unbedingt geschehen? Darüber werden wir dann entscheiden, wenn wieder ein größerer Teil des Anlehens zur Begebung kommt. Haben sich dann die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert, so wird es Pflicht der ganzen Majorität sein, die Interessen der Stadt Wien auch dabei zu wahren.

Weiters wurde von den Herren gesagt: Der Landtag tagt schon so lange, die Diäten! Nun, meine Herren, von jeder Parteigruppe sitzen Herren dort, ich gehöre selbst dem Landtage als Mitglied an, und ich kann Sie versichern, daß die Diäten, welche ein Landtags-Abgeordneter bezieht, in einem Jahre 180 K, in einem anderen Jahre 700 und etliche 80 K und in einem Jahre den namhaften Betrag von 2000 K betragen haben. Ja, meine Herren, sagen Sie mir, ist es am Platze, daß sich ein Vertreter findet, der einen anderen Vertreter in dieser Weise verumglimpft, weil er vielleicht durchschnittlich 800 bis 1200 K bezogen hat? Ich hätte erwartet, daß in dieser Debatte nur sachliche Momente zur Geltung kommen, und ich habe nicht gehofft, daß man so kleinlich sein wird.

Herr Kollege Schlechter hat auch das Drücken der jetzigen Papiere erwähnt. Ja, sind die Herren nicht davon unterrichtet, stehen Sie nicht auf der Höhe der Zeit, daß bereits jetzt die Länder das Geld zu $4^1/_2$ Prozent aufgenommen haben? Ist Ihnen unbekannt, daß die ungarische Regierung 250 Millionen zu $4^1/_2$ Prozent begibt? Ist Ihnen unbekannt, daß der österreichische Staat jetzt bereits mit den Banken zu $4^1/_2$ Prozent verhandelt? Die Geldverhältnisse haben sich eben geändert und wenn auch die ganze Krisis vorüber sein wird, wird ihre Nachspur noch mindestens zwei bis drei Jahre den Geldmarkt beherrschen. Sie werden nicht imstande sein, den Zinsfuß in den nächsten Jahren so zu drücken, daß bedeutendere Beträge unter $4^1/_2$ Prozent aufgenommen werden können.

Es wird aber eventuell auch Pflicht — nicht nur der Gemeindeverwaltung, sondern auch unserer Landes-Hypothekenanstalt — sein, Anlehen aufzunehmen. Die Vertreter der Arbeiterschaft würden sonst mit Recht sagen: Wenn wir nicht ein Hypothekardarlehen aufnehmen, wird das ganze Wohnungsfürsorgegesetz hinfällig. Auch da wird durch die Pfandbriefanstalten nur dann die Möglichkeit geboten sein, den gerechtfertigten Ansprüchen der Wohnungsfürsorge zu entsprechen, wenn $4^1/_2$prozentige Papiere auf den Markt gelegt werden. Sie werden das Geld zu 4 Prozent nicht bekommen. Aber in dem Momente, wo Sie nichts begeben können, werden Sie auch nicht die Möglichkeit haben, irgend welche Anstrengungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge zu machen.

Es gibt noch eine ganze Reihe anderer Gebiete der Gemeindeverwaltung, wo der Gemeinde große und bedeutende Aufgaben harren.

Sie selbst haben bei der Budgetberatung zu wiederholtenmalen gesagt, das und das soll endlich geschehen. Dann müssen Sie uns aber auch die Möglichkeit bieten, daß die nötigen Mittel dazu rechtzeitig vorgesehen werden.

Herr Kollege Winarsky hat — ich weiß nicht absichtlich oder nicht — am Schlusse seiner Ausführungen betont, wir hätten die restlichen 160 Millionen schon seinerzeit begeben sollen, als die Kurse noch günstiger waren. Verehrter Herr Winarsky! Hätten Sie doch einen Bleistift zur Hand genommen und ausgerechnet, was wir inzwischen an Interkalarzinsen verloren hätten! (Zustimmung.) Sie haben das nicht ernst gemeint! Sie sind viel zu sehr kommerziell gebildet, als daß Sie uns das hätten ernstlich einreden wollen, sondern es war dies halt — das Rathaus hat große Fenster — wieder vollständig zum Fenster hinausgesprochen. Ich bitte um die Annahme des Stadtrats-Antrages. (Lebhafter Beifall bei der Majorität.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Ich will anschließend nur einige Worte sagen.

Herr Kollege Winarsky hat mich hier als Budget-Referenten einigermaßen ermahnt und darauf hingewiesen, ich hätte bei der Budgetberatung anders gesprochen als jetzt. Ich habe seinerzeit klar und deutlich die Verhältnisse geschildert. Ich habe keine Geheimnisse gemacht und das Budget nicht rosig geschildert.

Herr Gem.-Rat Winarsky wird zugeben müssen, daß ich damals gesagt habe, daß wir uns für 1913 eventuell ohne Aufnahme neuer Anlehensbeträge halten können, wenn wir die Kassenbestände heranziehen oder vielleicht auch eine kleine schwebende Schuld aufnehmen. Wenn wir den Voranschlag einhalten, wird es gewiß auch nicht anders werden, als ich seinerzeit gesagt habe, daß wir nämlich mit den Kassenbeständen ungefähr das Auslangen finden, bis auf einen kleinen Betrag von vier bis fünf Millionen Kronen, welche, wenn nötig, seinerzeit leicht beschafft werden können. Nun wissen Sie aber, daß der Herr Bürgermeister die Absicht hat, größere Fragen ins Rollen zu bringen, und es ist daher nicht ausgeschlossen, daß ein Teil dieser Fragen schon im Jahre 1913 zur Lösung kommen kann. Wo soll man dann das Geld hernehmen? Wenn es auch nicht schon im Jahre 1913 ausgegeben werden soll, so muß man es sich doch für die nächsten Jahre sichern. Wenn der Herr Bürgermeister nun in einem solchen Momente so vorsichtig ist und die gesetzliche Möglichkeit haben will, das Geld aufzunehmen, wenn eine günstige Gelegenheit sich bietet, so hätte ich nicht vorausgesetzt, daß von einer Seite in dieser Art dagegen gesprochen wird.

Wer die Frage halbwegs objektiv betrachtet, muß zugeben, daß die Behauptung, wir nehmen das Geld nur auf, weil uns die Not auf die Fingernägel brennt, nicht richtig ist, sondern daß dies nur ein Akt der Vorsicht ist, um das Beste für die Gemeinde tun zu können. Ich habe selbst gesagt, daß eine schwebende Schuld viel unangenehmer wäre, als eine Änderung des Ermächtigungsgesetzes. Wenn wir einen Teil des Anlehens unter günstigen Verhältnissen begeben können, werden wir das lieber tun, als eine teuere schwebende Schuld aufzunehmen, die bei der Durchführung größerer Arbeiten nicht 5, sondern vielleicht 20 Millionen ausmachen könnte. Wenn man eine schwebende Schuld von 20 Millionen zu dem erhöhten Zinsfuße aufnehmen soll, wird man gewiß nachdenken und kalkulieren, was das bessere ist. Da wir nun immer die Verpflichtung haben, das Bessere zu suchen und da wir der Meinung sind, das Bessere gefunden zu haben, so erlaube ich mir, die Annahme dieses Antrages nochmals vorzuschlagen. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Dr. Granitsch zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Dr. Granitsch: Ich habe nur einige ganz kleine Richtigstellungen vorzubringen und ich meine, es wird sich das in viel freundlicherer Form abspielen, wenn Sie mich nicht fortwährend unterbrechen.

Herr St.-Rat Rain hat gesagt: Es war eine Pflicht Österreichs, die 125 Millionen in Amerika aufzunehmen. Ich berichtige tatsächlich, daß ich nicht deswegen einen Vorwurf gemacht habe, daß der Staat die 125 Millionen in Amerika genommen hat, sondern daß ich nur gemeint habe, daß die Geldverhältnisse in Österreich so ungünstige waren, daß es Pflicht des Staates gewesen sei, ausländisches Geld herbeizuziehen. Ich berichtige demzufolge tatsächlich, daß meine Argumentation auf diesem Gebiete ganz identisch mit der des Herrn St.-Rates Rain war; denn ich habe gesagt, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind solche, daß man im Inlande das Geld nicht beschaffen konnte, und infolgedessen in das Ausland gehen und dort zirka 7 Prozent bezahlen mußte.

Ich berichtige tatsächlich, daß ich damit nur gemeint habe, daß in einer solchen Zeit ein inländisches Anlehen von der Gemeinde Wien überhaupt nicht gegeben werden soll.

Ich berichtige weiters tatsächlich, daß ich in der Zinsendifferenz zwischen 4 und $4^1/_2$ Prozent gar kein besonderes Gravamen sehe. Das habe ich auch nicht gesagt, sondern meine Ausführungen haben sich dagegen gewendet, daß man überhaupt auf dem Wege des Schuldenmachens neuerlich fortschreiten will.

Ich berichtige weiters tatsächlich, daß in den Ausführungen sowohl des Herrn Referenten, als auch des Herrn Redners der Majorität ein Widerspruch besteht. Während nämlich einerseits bereits in der Budget-Debatte in Aussicht gestellt worden ist, daß wir wiederum an den Geldmarkt werden appellieren müssen, wird heute gesagt: Wir tun das deswegen, weil der neue Bürgermeister vielleicht große Aufgaben erfüllen wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer (unterbrechend): Herr Gem.-Rat Dr. Granitsch, das ist keine tatsächliche Berichtigung.

Gem.-Rat Dr. Granitsch: Ich berichtige hiemit tatsächlich — ich glaube mich bisher strenge im Rahmen der tatsächlichen Berichtigung gehalten zu haben (Gelächter) — daß es keine richtige Argumentation ist, wenn sich die Gegenseite auf Zukunftsmusik beruft und uns Versprechen bezüglich zukünftiger Investitionen macht, während doch tatsächlich bereits seit dem Voranschlage für das heurige Jahr feststeht, daß, auch wenn der neue Herr Bürgermeister keine neuen Ideen hat, trotzdem an den Anlehensmarkt appelliert werden muß. Das ist ja bereits in der heurigen Budget-Debatte festgestellt worden.

Ich möchte endlich, hochverehrter Herr Vize-Bürgermeister, tatsächlich berichtigen, daß sich meine Ausführungen nur dagegen gewendet haben, daß fortwährend, auch zu den drückendsten und ungünstigsten Zeiten Schulden gemacht werden. Bei dieser Anschauung bleibe ich. Damit wird, wie ich tatsächlich berichtige, keineswegs Mangel an sittlichem Ernst bewiesen, sondern Mangel an sittlichem Ernst beweisen, wie ich tatsächlich berichtige, vielmehr jene, welche in so ungünstiger Zeit leichtsinnig Schulden machen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben worden ist.

Beschluß: Im niederösterreichischen Landtage ist unverzüglich eine Gesetzesvorlage folgenden Inhaltes einzubringen:

Gesetz vom . . . . . betreffend die Ermächtigung der Stadt Wien zur Aufnahme eines Anlehens von 360 Millionen Kronen.

Über Antrag des Landtages Meines Erzherzogtums Österreich unter der Enns finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

In Abänderung des § 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1908, L.-G.-Bl. Nr. 103, mit welchem der Stadt Wien die Aufnahme eines Anlehens von 360 Millionen Kronen bewilligt worden ist, wird die Stadt Wien ermächtigt, den bisher noch nicht begebenen Teilbetrag dieses Anlehens von 160 Millionen Kronen mit höchstens viereinhalb von Hundert zu verzinsen.

§ 2.

Mein Minister des Innern wird mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, am . . . . . .

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Baron.

40. Referent Gem.-Rat Baron: Zahl 3402, Post 34, Beilage Nr. 55. Übereinkommen mit den Eheleuten Karl Kalman und Anna Freund bezüglich der Arrondierung der Liegenschaft Einl.-Z. 5 Unter-Döbling, im XIX. Bezirke.

Die Herren haben den bezüglichen Antrag in Händen, die Gemeinde macht hier ein gutes Geschäft.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben worden ist.

Beschluß: Anläßlich der Parzellierung der im Grundbuche Unter-Döbling unter Einl.-Z. 5 inneliegenden Realität,

welche gleichzeitig mit jener der Liegenschaft Einl.-Z. 258 des gleichen Grundbuches durchzuführen ist, wird zwischen der Gemeinde Wien und den Eheleuten Karl Kalman und Anna Freund nachfolgendes Tauschgeschäft geschlossen:

I. Die Eheleute Karl Kalman und Anna Freund überlassen der Gemeinde Wien lastenfrei als Eigentum die im Parzellierungsplane des Zivilingenieurs Theodor Kwapil vom Februar 1912, G.-Z. 530, welcher zur St.-B.-Z. XIV, 825/12, in der Amtshandlung des Stadtbauamtes gestanden ist, als provisorische Kat.-Parz. (388/9, 388/10 und 388/11) bezeichneten Teile ihrer Liegenschaft Einl.-Z. 5 Unter-Döbling im Ausmaße von zusammen 851·86 m².

II. Sie übertragen ferner die im genannten Plane gelb lasierten und rot schraffierten, als provisorische Kat.-Parz. (388/12 und 388/13) bezeichneten, reservierten Straßengründe im Ausmaße von insgesamt 80·21 m² lastenfrei in das Privateigentum der Gemeinde Wien.

III. Sie übertragen die im genannten Plane gelb lasierten und als provisorische Kat.-Parz. (388/14, 388/15, 388/16 und 388/17) bezeichneten Teile ihrer Liegenschaft im Ausmaße von insgesamt 632·55 m² unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Tauschgeschäftes zur Eröffnung der Hungerberggasse, der verlängerten Paradiesgasse und der verlängerten Zehenthofgasse, sowie zur Verbreiterung der Iglaseegasse unentgeltlich, gebühren- und lastenfrei als Straßengrund in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

IV. Die Gemeinde Wien überläßt den Genannten im Tauschwege die im mehrfach erwähnten Plane als provisorische Kat.-Parz. (390/3, 390/4 und 390/5) bezeichneten Teile der Liegenschaft Einl.-Z. 258 Unter-Döbling im Ausmaße von insgesamt 227·58 m² als Arrondierungsgrund lastenfrei zu Eigentum.

V. Ferner widmet die Gemeinde Wien die in diesem Plane als provisorische Kat.-Parz. (390/14) bezeichneten Teile und den mit den Buchstaben o n t n^2 o^2 p^2 d^1 z^2 c^1 b^1 m^2 f^2 z o umschriebenen Teil der Liegenschaft Einl.-Z. 258 Unter-Döbling im Ausmaße von ingesamt zirka 1150 m² als Straßengrund und überträgt diese Grundteile unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Tauschgeschäftes lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

VI. Die Eheleute Karl Kalman und Anna Freund übernehmen die auf den Einlagen der Baustellen 1 bis 7 je als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien einzuverleibende Verpflichtung, die in den Plänen als provisorische Kat.-Parz. (388/15, 388/16, 388/17), bezeichneten Grundteile und die nach Punkt V von der Gemeinde Wien in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes abzuschreibenden Grundflächen auf ihre Kosten in die richtige Höhenlage zu bringen und diese Straßengründe, soweit sie derzeit zum Gutsbestande der Einl.-Z. 5 Unter-Döbling gehören, der Gemeinde Wien auf deren jeweiliges Verlangen in richtiger Höhenlage in den physischen Besitz und Genuß zu übergeben.

VII. Die Eheleute Karl Kalman und Anna Freund leisten an die Gemeinde Wien binnen 14 Tagen nach Verständigung von der Annahme ihres Antrages durch den Wiener Gemeinderat eine Baraufzahlung im Pauschalbetrage von 7800 K.

VIII. Die zur Vorschreibung gelangende Übertragungsgebühr tragen beide Vertragsparteien je zur Hälfte.

IX. Alle übrigen mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Eheleute Karl Kalman und Anna Freund zur Gänze allein.

X. Für Erker bei den auf den Baustellen 1 bis 6 aufzuführenden Gebäuden, sofern dieselben die baubehördliche Genehmigung erhalten, wird die Gemeinde Wien für eine Gesamtausladefläche von höchstens 10 m² nicht mehr als 25 K per Quadratmeter der Ausladefläche begehren.

XI. Den anläßlich der Parzellierung der Liegenschaft Einl.-Z. 5 Unter-Döbling von der Baubehörde zu stellenden Bedingungen soll durch vorstehendes Übereinkommen nicht vorgegriffen werden.

41. Referent Gem.-Rat Baron: Zahl 3677, Post 35, Beilage Nr. 56. Grundtransaktion zwischen der Gemeinde Wien und den Eheleuten Josef und Marie Sikora anläßlich der Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 440 Grundbuch Unter-Sievering im XIX. Bezirke.

Die Herren haben auch diesen Antrag in Händen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben worden ist.

Beschluß: Zwischen der Gemeinde Wien und den Eheleuten Josef und Marie Sikora wird nachfolgendes Übereinkommen getroffen:

a) Josef und Marie Sikora übertragen die im vorgelegten Plane I als provisorische Kat.-Parz. (636/14) bezeichnete Grundfläche im Ausmaße von 6537·69 m² lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes und die in demselben als provisorische Parzellen (636/13, 636/15 und 636/16) bezeichneten Grundflächen im Ausmaße von 898·43 m² lastenfrei in das Privateigentum der Gemeinde Wien.

b) Die Übergabe dieser Grundfläche hat im derzeitigen Niveau zu erfolgen. Von dem auf der provisorischen Kat.-Parz. 636/14 befindlichen Brunnen bleiben die zur Wiederverwendung geeigneten Bestandteile Eigentum des Josef und der Marie Sikora. Dieselben verpflichten sich, vor der Übergabe der provisorischen Kat.-Parz. 636/14 die eigentümlich vorbehaltenen

Bestandteile zu entfernen und den Brunnen ordnungsgemäß zu verschütten, falls nicht vorher zwischen den Eigentümern und der Gemeinde Wien bezüglich des Brunnens ein besonderes Übereinkommen getroffen werden sollte.

c) Oskar Sikora, dem Sohne der Eheleute Josef und Marie Sikora, wird ein Vorrecht auf die Pachtung eingeräumt, falls die provisorischen Kat.-Parz. 636/13, 636/14, 636/15 und 636/16 einstweilen verpachtet werden.

d) Die Gemeinde Wien überträgt hingegen gleichzeitig zur Arrondierung der Baustellenteile VII bis X die im vorgelegten Plane als provisorische Parzellen 821/2 und 1140/2 bezeichneten Teile der im Verzeichnis des öffentlichen Gutes liegenden Kat.-Parz. 821 (Katastralgemeinde Unter-Sievering) und 1140 (Katastralgemeinde Grinzing) im Ausmaße von zusammen 264·65 m² an die Eheleute Josef und Marie Sikora. Es wird jedoch bedungen, daß diese Grundfläche insolange für den Verkehr offen gehalten wird, bis ein Ersatzweg im benützbaren Zustande hergestellt sein wird, und daß diese Verpflichtung auf den Baustellenteilen VII bis X gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung der Abteilung als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien einverleibt werde.

e) Die Gemeinde Wien zahlt an die Eheleute Josef und Marie Sikora nach erfolgter grundbücherlicher Durchführung des Übereinkommens und Übergabe der Gründe einen Pauschalbetrag von 58.000 K, wobei die provisorische Kat.-Parz. 636/14 im Ausmaße von 6537·69 m² mit 9 K per Quadratmeter bewertet wird.

f) Sämtliche Kosten, welche mit der grundbücherlichen Durchführung dieses Übereinkommens verbunden sind, sowie die Übertragungsgebühren tragen Josef und Marie Sikora.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Hallmann.

42. Referent Gem.-Rat Hallmann: Zahl 3376, Post 36, Beilage Nr. 64. Kaufoffert der Firma Georg Schicht A. G. auf die städtischen Baustellen Einl.-Z. 2301, 2302, 2311 und 2312 Margareten, V. Bezirk, Margaretengürtel-Kohlgasse.

Diese vier Bauplätze haben ein Ausmaß von 2113·79 m². Es wird hiefür ein Pauschalpreis von 243.000 K geboten; ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Domes. (Nach einer Pause:) Herr Gem.-Rat Domes ist im Saale nicht anwesend; er verliert daher das Wort.

Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Neumann.

Gem.-Rat Neumann: Es heißt, daß hier ein Wohnhaus und Geschäftshaus von der Firma Schicht gebaut werden soll. Nun fragt es sich, was das für ein Geschäftshaus eigentlich werden wird. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Firma Schicht dort irgend eine chemische Fabrik errichtet, durch die die Nachbarschaft sehr stark geschädigt werden könnte. Ich möchte daher wissen, ob bei diesem Kaufe auch dafür gesorgt worden ist, daß dort nicht etwa ein Fabriksgebäude errichtet wird, welches die ganze Umgebung schädigt.

Es ist, wie gesagt, aus dem Referate nicht recht zu verstehen, was unter dem Geschäftshaus zu verstehen ist. Außerdem räumen Sie der Firma Schicht das pouvoir ein, daß sie erst in einem Zeitraum von drei Jahren zu verbauen braucht. Allerdings verlangen Sie anderseits, daß die Firma Schicht keine Einwendung dagegen erhebt, daß Sie dort die elektrische Unterstation errichten.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Hallmann: Eine Fabrik wird dort nicht hinkommen, sondern es werden 150 Beamte dieser Aktiengesellschaft dort wohnen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben wurde.

Beschluß: Die Gemeinde Wien verkauft an Georg Schicht, A.-G., die Baustellen Einl.-Z. 2301, Kat.-Parz. 708/2, im Ausmaße von 595·89 m², Einl.-Z. 2302, Kat.-Parz. 708/3, im Ausmaße von 462·50 m², Einl.-Z. 2311, Kat.-Parz. 708/12, im Ausmaße von 462·50 m², Einl.-Z. 2312, Kat.-Parz. 708/13, im Ausmaße von 592·90 m², sämtliche im Grundbuche V., Margareten, um den Pauschalpreis von 243.000 K und unter nachfolgenden Bedingungen:

1. Der Kaufpreis ist binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung des Rechtsgeschäftes durch den Gemeinderat bar zu bezahlen.

2. Die Verkäuferin verpflichtet sich für sich und ihre Rechtsnachfolger im Besitze der Liegenschaften, gegen den Bau und Betrieb einer elektrischen Unterstation mit rotierenden und ruhenden Umformern und Akkumulatorenbatterien auf den benachbarten Baustellen Nr. 3, Einl.-Z. 2303, Nr. 4, Einl.-Z. 2304, Nr. 5, Einl.-Z. 2305, Nr. 10, Einl.-Z. 2308, Nr. 11, Einl.-Z. 2309, Nr. 12, Einl.-Z. 2310 keine Einwendung zu erheben, und ist diese Verpflichtung auf Kosten der Käuferin auf den Einl.-Z. 2301, 2302, 2311 und 2312 Grundbuch Margareten als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien gleichzeitig mit der Einverleibung ihres Eigentumsrechtes grundbücherlich sicherzustellen.

3. Die Käuferin verpflichtet sich, auf den gekauften Liegenschaften längstens binnen drei Jahren vom Tage der Genehmigung des Rechtsgeschäftes durch den Gemeinderat ein Wohn- und Geschäftshaus zu errichten. Zur Sicherstellung dieser übernommenen Verpflichtung erlegt dieselbe gleichzeitig mit dem Kaufschilling eine Kaution im Betrage von 6000 K, welche ohne Anrufung eines Gerichtes zu dem Vermögen der Gemeinde Wien eingezogen werden kann, falls diese Verpflichtung nicht erfüllt wird, und bis zu dem bezeichneten Tage nicht wenigstens ein erster

Benützungskonsens für den aufzuführenden Neubau erwirkt worden sein sollte. Außerdem ist diese Verpflichtung auf Kosten der Käuferin auf den Einl.-Z. 2301, 2302, 2311 und 2312 Grundbuch Margareten als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich sicherzustellen.

4. Die Kosten der Errichtung des Kaufvertrages und dessen grundbücherlicher Durchführung, die Kosten der Planausfertigung und die Übertragungsgebühren trägt die Käuferin zur Gänze allein.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Hörmann.

43. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 3672, Post 48, Beilage Nr. 66. Wilhelm Beetz um Bestimmung des Übernahmspreises für den zur Liegenschaft Einl.-Z. 342, III., Erdbergstraße 17, Geusaugasse 42, einzubeziehenden Straßengrund.

Wie Sie aus der Zeichnung ersehen, hat der Grund in der Geusaugasse ein Ausmaß von ungefähr 95·48 m². Bei der damaligen Straßenregulierung wurde die Einfahrt so tief genommen, daß sie zirka 3 m beträgt und die halbe Straße von der Regulierung ausgenommen werden mußte. Die Gemeinde mußte eine Stützmauer errichten und die Einfriedung vornehmen. Es sind nun Unterhandlungen mit Beetz angeknüpft worden und er hat einen Preis von 47 K per Quadratmeter angeboten. Wir haben aber mit ihm weiter verhandelt und sind schließlich bis zu einem Preis von 115 K gekommen.

Es wird nun der Antrag gestellt, ihm den Grund mit 115 K per Quadratmeter zu übergeben, was in Summa 10.980 K 20 h ausmacht. Sonst müßte die Gemeinde zirka 8000 K ausgeben, während so für sie gar keine Auslagen entstehen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte die Herren, die dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Zwischen der Gemeinde Wien und Wilhelm Beetz wird folgendes Übereinkommen getroffen:

Die Gemeinde Wien überläßt an Wilhelm Beetz den nach Maßgabe der Baulinie in der Geusaugasse zur Liegenschaft Einl.-Z. 342 des Grundbuches des III. Bezirkes einzubeziehenden Grund im Ausmaße von ungefähr 95·48 m².

Wilhelm Beetz verpflichtet sich, binnen drei Monaten nach erfolgter Genehmigung des Übereinkommens die Einfriedungsmauer in die Flucht der Baulinie zu stellen und binnen 14 Tagen nach erfolgter Aufforderung den Preis von 115 K per Quadratmeter, d. i. zusammen für 95·48 m² 10.980 K 20 h zu bezahlen.

Die Kosten der Vertragserrichtung, der Plananfertigung und der grundbücherlichen Durchführung sowie die Übertragungsgebühren trägt Wilhelm Beetz.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Knoll.

44. Referent Gem.-Rat Knoll: Zahl 2875, Post 37, Beilage Nr. 51. Kaufanbot des Hans Flicker und Anton Schäftner auf die städtische Mittelbaustelle an der Scheffelgasse im XXI. Bezirke, Einl.-Z. 265 Grundbuch Floridsdorf.

Das ist eine Mittelbaustelle und hat 305·99 m². Der Preis per Quadratmeter beträgt 36 K. Die Eckbaustelle hat der Betreffende im Jahre 1910 um 44 K per Quadratmeter gekauft. Es sollen dort gemeinnützige Wohnungen, und zwar Kleinwohnungen, die nur aus Zimmer und Küche bestehen, errichtet werden. Mit Rücksicht darauf, daß bei uns draußen eine sehr große Wohnungsnot besteht und daß der Preis ohnehin von 30 auf 36 K gebracht wurde und dieser Preis sehr entsprechend ist, bitte ich um die Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte die Herren, die dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Die Gemeinde Wien verkauft an Hans Flicker und Anton Schäftner und letztere kaufen von der Gemeinde Wien die im Grundbuche Floridsdorf unter Einl.-Z. 265 inneliegende, aus der Kat.-Parz. 112 im Katastralausmaße von 305·99 m² bestehende Mittelbaustelle an der Scheffelgasse im XXI. Bezirke, wie sie liegt und steht, um den Einheitspreis von 36 K per Quadratmeter, ist gleich 129 K 60 h per Quadratklafter, somit um den Kaufschilling von zirka 11.015 K 64 h und unter folgenden Bedingungen:

1. Ein Drittel des Kaufschillings ist binnen 14 Tagen nach Verständigung der Käufer von der Annahme ihres Offertes fällig.

2. Der Kaufschillingsrest ist binnen Jahresfrist vom Tage der termingemäßen Berichtigung der Anzahlung an gerechnet, zu bezahlen, von diesem Tage an zu 5·25 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen und auf dem Kaufobjekte zugunsten der Gemeinde Wien an erster Stelle pfandrechtlich sicherzustellen.

3. Die Käufer übernehmen für sich und ihre Rechtsnachfolger die auf dem Kaufobjekte zugunsten der Gemeinde Wien an zweiter Stelle einzuverleibende Beschränkung, daß in dem auf dieser Baustelle aufzuführenden Hause mit Ausnahme des Parterres ausschließlich nur Kleinwohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche und höchstens Zimmer, Kammer und Küche, hergestellt werden.

4. Die Käufer übernehmen weiters die Verpflichtung, die Baustelle binnen längstens zwei Jahren nach Verständigung von der Annahme ihres Offertes mit einem Wohn- und Geschäftshause zu verbauen. Zur Sicherstellung der Erfüllung dieser Verbindlichkeit haben die Käufer noch vor Übergabe der Baustelle eine Kaution im Betrage von 2000 K zu erlegen.

Sie räumen der Gemeinde ausdrücklich das Recht ein, diese Kaution zu realisieren und den Erlös ohne Anrufung des Gerichtes zu den eigenen Geldern einzubeziehen, falls bis zum Ablaufe dieser zweijährigen Frist nicht wenigstens ein erster Benützungskonsens für den Neubau erwirkt ist.

5. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung, sowie die mit der seinerzeitigen Pfandrechtslöschung verbundenen Kosten und Gebühren, endlich die hinsichtlich der Zinsen für den Kaufschillingsrest zur Vorschreibung gelangende Rentensteuer tragen die Käufer zur Gänze allein.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate Herr Gem.-Rat Poyer.

45. Referent Gem.-Rat Poyer: Ich habe die Ehre, zur Zahl 2082, Post 38 zu referieren.

Es handelt sich um einen Grundtausch zwischen der Gemeinde Wien und der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankverein.

Die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein sind an die Gemeinde Wien wegen Ankaufes von zwei Gründen in Lainz und Ober-St. Veit herangetreten. Nun hat die Gemeinde an der Ecke der Bernbrunngasse und der zukünftigen Leopold Müller-Gasse einen wertvollen aber unvollständigen Grund, zu dessen Arrondierung die anstoßenden Gründe der Wiener Baugesellschaft notwendig sind. Von der Ansicht ausgehend, daß der Gemeindegrund zu erhalten und nicht wegzugeben ist, ist von der Gemeinde der Wiener Baugesellschaft ein Grundtausch vorgeschlagen worden, der in den in Ihren Händen befindlichen Anträgen niedergelegt ist.

Die Bewertung der gegenseitigen Gründe ist in einer für die Gemeinde außerordentlich günstigen Weise vorgenommen worden. Die Leistung der Gemeinde an die Baugesellscha,t beträgt 61.691 K, die Leistung der Offerenten 74.611 K. Die Gemeinde hätte also einen Betrag von zirka 13.000 K aufzuzahlen gehabt. Im Wege von Verhandlungen wurde dieser Betrag auf 6000 K herabgemindert. Da das Interesse der Gemeinde hier vollständig gewahrt ist, so bitte ich um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Jene Herren, welche für den Stadtrats-Antrag stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Die Gemeinde Wien überläßt der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankvereine zur Ergänzung der im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1007 inneliegenden Realität die im Plane H durch violette Lasierung gekennzeichneten und mit den Buchstaben a' b' l l' m' (a') und c d d' c' (c) umschriebenen Teile der im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1001 inneliegenden Kat.-Parz. 1168 im Ausmaße von insgesamt zirka 1582 m², wie sie liegen und stehen.

Ferner überläßt die Gemeinde Wien der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankvereine oder einer von diesen namhaft zu machenden physischen oder juristischen Person die im Plane H durch violette Lasierung gekennzeichnete und mit den Buchstaben a b c d e f g h (a) umschriebene, im Verzeichnisse des öffentlichen Gutes der Katastralgemeinde Lainz vorgetragene Kat.-Parz. 411 im Ausmaße von zirka 1228·29 m².

Diese Grundüberlassung ist an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein überlassen der Gemeinde Wien zur Ergänzung der im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1055 inneliegenden Realität die im Plane H durch rote Lasierung charakterisierte und mit den Buchstaben a b c g f d e (a) umschriebene Kat.-Parz. 1293/30 in Einl.-Z. 1048 Ober-St. Veit im Ausmaße von 127·42 m².

2. Die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein überlassen nach Durchführung des zwischen ihnen und dem Augustiner Chorherrenstifte Klosterneuburg in Verhandlung stehenden Rechtsgeschäftes, betreffend den Austausch von Arrondierungsgründen an der Bernbrunn-, verlängerten Leopold Müller- und Reichgasse im XIII. Bezirke der Gemeinde Wien zur Ergänzung der im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1055 inneliegenden Realität den im Plane H mit den Buchstaben g h i (g) umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1/2 in Einl.-Z. 1 des Grundbuches Lainz im Ausmaße von zirka 150 m² als reinen Baugrund, veranlassen demnach, daß unter einem mit der grundbücherlichen Zuschreibung dieses Grundteiles zur Einl.-Z. 1055 Ober-St. Veit der mit den Buchstaben h i k l (h) umschriebene Teil der Kat.-Parz. 1/2 Lainz im Ausmaße von zirka 154 m² lastenfrei als Straßengrund abgeschrieben und in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes übertragen wird.

3. Sie überlassen der Gemeinde Wien die im Plane H mit den Buchstaben e g h k l b (e) umschriebene Grundfläche, das ist die im Grundbuche Ober-St. Veit unter Einl.-Z. 1007 inneliegende Kat.-Parz. 1179 und Teile der in der gleichen Einl.-Z. verzeichneten Kat.-Parz. 1180 im Ausmaße von zirka 3627 m² als reinen Baugrund.

4. Sie übertragen demnach unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes den im Plane H mit den Buchstaben h i k k' h' (h) umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1180 in Einl.-Z. 1007 Ober-St. Veit im Ausmaße von zirka 275 m² ohne weitere Entschädigung lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

5. Die Gemeinde Wien überträgt unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes die im Plane H durch gelbe Lasierung angedeuteten und mit den Buchstaben a' b' c' d' (a') umschriebenen Teile der Kat.-Parz. 1168, Einl.-Z. 1001 Ober.-St. Veit per zirka 168 m² ohne weitere Entschädigung lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

6. Jeder Vertragsteil übernimmt die Verpflichtung, die von ihm in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu übertragenden Grundteile auf seine Kosten in die richtige Höhenlage zu bringen.

7. Die Gemeinde Wien leistet an die Wiener Baugesellschaft und an den Wiener Bankverein eine Aufzahlung im Betrage von 6000 K, welche nach erfolgter gänzlicher grundbücherlicher Durchführung des Tauschgeschäftes fällig sind.

8. Zur Sicherstellung der Erfüllung der im Punkte 2 festgesetzten Verbindlichkeiten kann die Gemeinde Wien diese Aufzahlung von 6000 K als Kaution bis zu jenem Zeitpunkte zurückbehalten, wo die in diesem Punkte erwähnten Grundteile grundbücherlich der Gemeinde Wien zugeschrieben, beziehungsweise lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes übertragen sind.

9. Die zur grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Rechtsgeschäftes erforderlichen Pläne haben die Wiener Baugesellschaft und der Wiener Bankverein auf ihre Kosten beizustellen.

10. Alle übrigen mit diesem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen beide Vertragsteile je zur Hälfte.

11. Die auszutauschenden Gründe sind, abgesehen von der im Lastenblatte der Einl.-Z. 1007 und 1048 Ober-St. Veit je unter Post 1 zugunsten der Gemeinde Wien haftenden Verbindlichkeiten gegenseitig vollständig lastenfrei zu übertragen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schmid.

46. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 3475, Post 39. Pensionsgesellschaft der bildenden Künstler Wiens um Abänderung der Baulinie für die Liegenschaft Einl.-Z. 99 Grundbuch Wieden, IV. Bezirk, Favoritenstraße 1, und Bestimmung des Übernahmspreises für den in die Verbauung dieser Liegenschaft einzubeziehenden Straßengrund.

Die Änderung der Baulinie bedeutet wohl eine Konzession an die Pensionsgesellschaft der bildenden Künstler Wiens, ich glaube aber, daß dieses Entgegenkommen gewiß berechtigt ist, da es sich hier um ein humanitäres Institut handelt und das Interesse der Gemeinde durchaus nicht geschädigt wird. Wie die Herren aus dem Plane ersehen, wird künftig die Favoritenstraße an dieser Stelle, die heute ein Engpaß ist, eine Breite von 23 m haben.

Das ist vollständig ausreichend. Nach dem alten Regulierungsplane waren 25 m, respektive 24 m vorgesehen, weil die Baulinie dort schief geht. Wenn man bedenkt, daß die Wiedner Hauptstraße vor der Gabelgasse mit der Favoritenstraße nur etwas über 22 m hat, so wird hier die Breite von 23 m vollständig ausreichen.

Was die Schadloshaltung anbelangt, so ist zu bemerken, daß der von der Pensionsgesellschaft der bildenden Künstler Wiens abzutretende Grund 159 m² beträgt. Dagegen werden vom Gemeindegrund in die neue Bauarea 95½ m² einbezogen. Nach der bekannten Relation 1 : 3 wird die abzutretende Area nur mit ein Drittel in Rechnung gezogen, das sind 53 m², so daß die an die Gemeinde zu vergütende Area 42½ m² beträgt. Nun hat das Bauamt den Quadratmeter mit 586 K eingeschätzt. Der Preis ist gewiß entsprechend und den dortigen Verhältnissen vollständig angepaßt. Der Gesamtbetrag, den die Gesellschaft zu leisten hat, ist 24.950 K.

Ich bemerke nur, daß die Bestimmung, betreffend die Schadloshaltung, beziehungsweise die Aufzahlung nur für zwei Jahre Gültigkeit hat. Auf längere Zeit binden wir uns nicht. Da es im Interesse der Gemeinde ist, daß der Engpaß dort endlich einmal beseitigt wird und der Umbau stattfindet, bitte ich um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Herr Gem.-Rat Schlechter kontra.

Gem.-Rat Schlechter: Ich möchte zuerst einen Wunsch aussprechen und dann noch einen Antrag wegen Einschaltung eines Wortes stellen.

Wenn wir den Plan anschauen, so stimmt er mit den Verhältnissen in der dortigen Gegend nicht mehr überein, denn bekanntlich sind die Häuser Nr. 4 und 6 bereits umgebaut. Der neue Bestand ist so geartet, daß wir an dieser Stelle allerdings etwas vorrücken können. Wäre das nicht der Fall, dann wäre es überhaupt nicht möglich, diese Baulinie zu genehmigen, denn sonst würde ein derartiger Engpaß entstehen, daß nicht einmal ein Wagen durchfahren könnte.

Es wäre, wie ich schon mehrmals bemerkt habe, wünschenswert, wenn uns nicht Pläne mit dem alten Bestand vorgelegt würden. Es wäre ganz leicht möglich gewesen, die außerhalb der verbauten Linien angegebenen Bezeichnungen wegzulassen, so daß sich auch derjenige ein Bild hätte machen können, der in dieser Gegend nicht besonders bekannt ist.

Bezüglich des Wortes, daß ich gerne eingesetzt wissen möchte, möchte ich folgendes bemerken.

Der Herr Referent hat selbst gesagt, daß wir dieser Pensionsgesellschaft gewissermaßen entgegenkommen und ihr mit Rücksicht auf die Art ihres Betriebes gleichsam ein Bene einräumen. Wir wollen es auch tun. Der Herr Referent hat es auch motiviert und ich bin nicht dagegen. Es soll aber die Bedingung daran geknüpft werden — und zwar kommt das im letzten Satze vor — daß die Gültigkeit dieser Schadloshaltung beziehungsweise die Übernahmspreisbestimmung auf 2 Jahre beschränkt wird. Wenn wir schon die Baulinie zugunsten des heutigen Bauwerbers ändern, so sollten wir auch die neue Baulinienbestimmung auf die Dauer von zwei Jahren festsetzen, weil wir, wenn die Transaktion nicht zustande kommt, dann wenigstens das Recht haben, die Baulinie nach unserem Gutdünken zu bestimmen.

Ich glaube, der Herr Referent wird keine Einwendung machen, wenn ich beantrage, daß vor den Worten „der Schadloshaltung" in der zweitvorletzten Zeile das Wort „Baulinienbestimmung" eingefügt wird.

Der Satz wird dann heißen:

Die Gültigkeitsdauer dieser Baulinienbestimmung, der Schadloshaltung, beziehungsweise des Übernahmspreises wird auf zwei Jahre festgesetzt.

Wir haben damit vollständig freie Hand in dem Falle als der Umbau nicht zustande kommen sollte.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Schmid: Bezüglich des Wunsches des Herrn Gem.-Rates Schlechter wegen Ausführung des Planes muß ich sagen, daß ich selbst bemerkt habe, daß es besser gewesen wäre, wenn der neue Bestand eingezeichnet

worden wäre, das heißt, das ist ja geschehen, aber es sind auch noch die alten Umrisse vorhanden. Das ist ein Versehen, für welches ich um Entschuldigung bitte. Ich habe mir eben gedacht, daß die Herren ja selbst hinausgehen und sich die Sache anschauen werden.

Was die zweite Bemerkung anlangt, so wird sich das in der Weise machen lassen, daß man als Zusatz hinzufügt, daß die Baulinie in Rechtskraft tritt, wenn innerhalb zweier Jahre mit dem Bau begonnen wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Herr Gem.-Rat Schlechter hat noch einen Zusatz-Antrag gestellt, den der Herr Referent folgendermaßen formuliert hat (liest):

„Die neue Baulinie tritt in Kraft, wenn innerhalb zweier Jahre mit dem Bau begonnen wird."

Ich bitte die Herren, welche diesem Zusatz-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Auch dieser Zusatz-Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: I. Für die Liegenschaft Einl.-Z. 99 Grundbuch Wieden, IV. Bezirk, Favoritenstraße 1, werden die genehmigten Baulinien nach den im Plane des Stadtbauamtes, Z. 31/XIII ex 1909, rot eingezeichneten und rot schraffierten Linien a b c c' d' d abgeändert.

II. Die Gemeinde Wien überläßt der Pensionsgesellschaft bildender Künstler in Wien den nach Maßgabe dieser Baulinienbestimmung zur Bauarea einzubeziehenden Grund im Ausmaße von zirka 95·5 m² unter der Bedingung, daß der nach dieser Baulinienbestimmung zur Straße entfallende Grund von 159 m² der Gemeinde unentgeltlich überlassen werde und daß die Pensionsgesellschaft bildender Künstler Wiens außerdem eine Aufzahlung von 24.905 K bei Ausfertigung des Baukonsenses bei dem seinerzeitigen Neubaue des Hauses Favoritenstraße 1 bezahlt.

Die Übertragungsgebühr, die Kosten der Plananfertigung, des Rechtsgeschäftes und seiner Durchführung hat die Pensionsgesellschaft bildender Künstler Wiens zu tragen.

Die Gültigkeitsdauer dieser Schadloshaltungs-, beziehungsweise Übernahmspreisbestimmung wird auf zwei Jahre eingeschränkt. Die neue Baulinie tritt in Kraft, wenn innerhalb zweier Jahre mit dem Baue begonnen wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Ich bitte nun den Herrn Gem.-Rat Schneider zu referieren.

47. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 3451, Post 40, betrifft das Kaufanbot des Dr. Georg Sablich und der Milla Fillinich auf das der Gemeinde Wien gehörige Haus in Görz, Corso Francesco Giuseppe 90.

Über diese Villa ist folgendes zu bemerken. Die ganze Liegenschaft, sowohl die Villa als auch der Garten, ist in einem ziemlich desolaten Zustande. Das Bruttoerträgnis, nach dem Steuersatz berechnet, beziffert sich auf höchstens 26.000 K. In der Verlassenschaft war der Wert derselben auf 38.000 K geschätzt.

Es haben sich, seitdem die Villa im Besitze der Gemeinde Wien ist, mehrere Käufer gefunden, aber es war keines ihrer Offerte annehmbar. Endlich haben wir ein Anbot mit 36.000 K bekommen. In Anbetracht dessen, daß uns die Renovierung ziemlich viel Geld kosten würde, und daß uns auch die Verwaltung eines Gebäudes in Görz ziemlich hoch zu stehen kommt, ist es entschieden am besten, das Gebäude zu verkaufen. Nachdem das Anbot ein günstiges ist, bitte ich um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die mit dem vorliegenden Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Die Gemeinde Wien als Erbin nach Felix Griensteidl verkauft die in die Verlassenschaft nach dem Genannten gehörige Liegenschaft in Görz, Corso Francesco Giuseppe 90, Einl.-Z. 229 des Grundbuches der Katastralgemeinde Grafenberg mit der Bauparzelle 154 und den Grundparzellen 286/3 und 286/5 mit dem Katastralausmaße von 1817 m² an den k. k. Hofrat Georg Sablich und Milla Fillinich vorbehaltlich der verlassenschaftsbehördlichen Genehmigung um den Kaufschilling von 36.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Ein Teilbetrag des Kaufschillings per 18.000 K ist bei Übergabe der oberwähnten Liegenschaft in den physischen Besitz der Käufer, der Rest in sechs gleichen, je am Jahrestage der termingemäßen Berichtigung der ersten Rate fälligen Teilzahlungen zu begleichen; der jeweilige Kaufschillingsrest ist mit 5 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen.

Den Käufern bleibt das Recht vorbehalten, den jeweiligen Kaufschillingsrest auch ohne Einhaltung obiger Termine wann immer früher im vollen Betrage gegen vorherige vierwöchentliche Anzeige an die Gemeinde Wien und entsprechende Verrechnung der etwa vorausbezahlten Zinsen zu erlegen.

2. Zur Sicherstellung des Kaufschillingsrestes samt Nebengebühren ist das Pfandrecht zugunsten der Gemeinde Wien auf der Einlage 229 des Grundbuches Grafenberg an erster Stelle einzuverleiben.

3. Die Gemeinde Wien übernimmt keinerlei Haftung für eine bestimmte Beschaffenheit und für ein bestimmtes Ausmaß der zu verkaufenden Liegenschaft.

4. Der Tag der Übergabe des Kaufobjektes in den physischen Besitz der Käufer bildet die Grundlage für die Verrechnung bezüglich der Steuern, Mietzinse u. s. w.

5. Sämtliche mit der Vertragsausfertigung und der grundbücherlichen Durchführung dieses Kaufgeschäftes, sowie die mit der seinerzeitigen Löschung

des Pfandrechtes verbundenen Kosten und Gebühren, weiters die hinsichtlich der Kaufschillingsrestzinsen zur Vorschreibung gelangende Rentensteuer tragen die Käufer ganz und allein.

48. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 2829, Post 41, betrifft die Grundtransaktion zwischen der Gemeinde Wien und der Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen in Wien „Der Anker" anläßlich des Umbaues der Häuser I., Hoher Markt 10 bis 13.

Sie haben heute in einer Beilage und in einem Referatbogen dazu eine Berichtigung erhalten. In dieser Berichtigung ist ein Antrag hinzugefügt worden, der in der Ihnen zugesendeten Beilage nicht enthalten war. Das Ganze ist eine ziemlich umfangreiche Schadloshaltung. Sie ist für die Gemeinde Wien, aber auch für die Gesellschaft ziemlich hart. Erst nach langwierigen Verhandlungen war eine Einigung zu erzielen. Die Gemeinde erreicht dabei die Beseitigung eines Passagehindernisses, nämlich des sogenannten Rauneggerschen Hauses. Die Gemeinde Wien hat sich bei der Erwerbung des Rauneggerschen Hauses am Lichtensteg eifrig beworben, die Verhandlungen haben aber zu keinem Resultate geführt. Der „Anker" hat die Sache dann selbst in die Hand genommen und das kommt uns ungleich billiger zu stehen, als wenn wir diese Realität selbst erworben hätten. Wir geben zur Erwerbung des Rauneggerschen Hauses einen Beitrag von 200.000 K und zahlen eine Schadloshaltung von 88.000 K. Wenn Sie dabei bedenken, daß da 733 m² als Straßengrund abzutreten sind, so werden Sie finden, daß die Gemeinde dabei entschieden ganz gut fährt. Ferner haben wir noch einen Betrag von 9546 K in Abrechnung zu bringen, welchen der „Anker" der Gemeinde Wien nach der Ihnen heute auf den Tisch gelegten Nachtragsbeilage für die Herstellung des Torportales und für den in die Verbauung einzubeziehenden Grund von 9·34 m² zu bezahlen hat. Sie sehen, daß alles mögliche getan wurde, um das Interesse der Gemeinde Wien zu wahren.

Ich bitte daher um Annahme der Ihnen vorliegenden Anträge.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: I. Die Gemeinde Wien überläßt der Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen in Wien „Der Anker" den nach Maßgabe der bestimmten Baulinien in die Verbauung einzubeziehenden Grund im Ausmaße von 9·43 m² um den Betrag von 5658 K und die zur Herstellung des Torportales am Hohen Markt erforderliche Grundfläche im Ausmaße von 4·32 m² um den Betrag von 3888 K.

Die Einzahlung dieser Beträge hat vor Ausfertigung der Baubewilligung zu erfolgen.

II. a) Die Gemeinde Wien übergibt der Gesellschaft „Anker" den nach Maßgabe der bekanntgegebenen Baulinien in die Bauarea einzubeziehenden Straßengrund einschließlich des Grundes der heutigen öffentlichen Durchfahrt im Gesamtausmaße von 125·02 m² unentgeltlich ins Eigentum und leistet

b) für die von den Liegenschaften Einl.-Z. 508, 509, 510 und 511 des I. Bezirkes (jetzt Einl.-Z. 508 des I. Bezirkes) zu Straßenzwecken abzutretenden Grundflächen im Gesamtausmaße von 733·82 m² eine Schadloshaltung im Betrage von 88.000 K.

Die Kosten der grundbücherlichen Durchführung dieser Grundtransaktion einschließlich jener, hinsichtlich der ad I überlassenen Grundflächen, sowie die Übertragungsgebühren hat der „Anker" zu tragen.

c) Die Gemeinde Wien leistet zum Ankaufe des Hauses I., Lichtensteg 4, einen Beitrag von 200.000 K unter der Bedingung, daß dieses Haus im November 1913 zur Demolierung gelangt und der zur Straßenverbreiterung abzutretende Grund ohne weitere Entschädigung ins öffentliche Gut übertragen und der Gemeinde in den physischen Besitz übergeben werde.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Wippel.

49. Referent Gem.-Rat Wippel: Zahl 1692, Post 42, betrifft das Kaufanbot der Firma Gustav & Wilhelm Heller auf einen Teil der Straßenparzelle 816/1, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt, im X. Bezirke, Malborghetgasse.

Im General-Regulierungsplane ist der Zug der Malborghetgasse bereits eingezeichnet. Ihre Fortsetzung ist bis herunter gedacht gewesen. Die Firma Gustav & Wilhelm Heller ist im alleinigen Besitz der in dem in Ihren Händen befindlichen Plane mit A und B bezeichneten Grundparzellen und sie hat natürlich ein lebhaftes Interesse daran, daß dieser kleine Gassendurchzug entfällt und beide Parzellen miteinander verbunden werden. Dem haben wir aber nicht so ohneweiters zugestimmt. Das erstemal wurde die Sache vom Stadtrate abgelehnt. Nun ist eine Deputation zum Bürgermeister gekommen und hat um die Vornahme eines Lokalaugenscheines gebeten und gesagt: Wenn die Angelegenheit so durchgeführt werden würde, wie sie beantragt sei, so bliebe dort nichts als lauter Anger; die Angelegenheit könnte auch so durchgeführt werden, daß keine Sackgasse geschaffen wird.

Der Lokalaugenschein hat unter der Führung des Herrn Vize-Bürgermeisters Hoß und im Beisein der Herren St.-Räte Schmid, Rain, Schneider und meiner Wenigkeit stattgefunden und ergeben, daß man die Sache ruhig machen könne. Wir haben nun die Herren Heller noch einmal zu einer Verhandlung eingeladen und von ihnen den Betrag von 6000 K darauf bekommen. Seinerzeit wurden uns für die Grundfläche 45 K, dann 55 K geboten und endlich haben wir hiefür einen Pauschalbetrag von 61.000 K bekommen. Ich bitte also, dem Antrage, der vom Stadtrate nach reiflicher Überlegung unterbreitet wird, zuzustimmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die dem Stadtrats-Antrage zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: I. Die im Plane des Stadtbauamtes vom November 1912, Z. 2884/XIII ex 1912, mit den Buchstaben a c und b d bezeichneten Baulinien der Malborghetgasse im X. Bezirke werden aufgelassen und die Baulinien in der Davidgasse und Inzersdorferstraße nach den rot schraffierten Linien a b und c d ergänzt.

II. Die Gemeinde Wien überträgt an die Firma Gustav & Wilhelm Heller als Eigentümerin und zum Zwecke der Arrondierung der im bauämtlichen Plane, Z. 1494/XIII ex 1911, mit A und B bezeichneten Baublöcke den im Plane mit den Buchstaben a b d c (a) umschriebenen Teil der aufzulassenden Malborghetgasse, Straßenparzelle 816/1 Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt im X. Bezirke, im Ausmaße von 1350·89 m² um den Pauschalpreis von 61.000 K und unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Verständigung von der Annahme des Offertes durch den Wiener Gemeinderat bar zu bezahlen.

2. Die Kosten der Errichtung des Vertrages und dessen grundbücherlicher Durchführung, der Ausfertigung der Trennungspläne, sowie die Übertragungsgebühr samt Zuschlägen trägt die Firma Gustav & Wilhelm Heller.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Zatzka.

50. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 3404, Post 43, betrifft das Kaufanbot der Eheleute Rudolf und Gabriele Lang auf die städtische Liegenschaft Einl.-Z. 290 Grundbuch Ober-Baumgarten, Baustelle 65, an der Helmesbergergasse im XIII. Bezirke.

Die angrenzende Baustelle wurde im verflossenen Jahre um 16 K per Quadratmeter angekauft. Die Eheleute Lang haben uns zuerst 15 K geboten, im Verhandlungswege haben wir aber 18 K, also um 2 K mehr erzielt, als sie uns gekostet hat. Die Baustelle ist ungünstig gelegen, denn sie liegt an der Westbahn, die Gegend ist nicht rauch- und rußfrei und es wird beantragt, diese Baustelle um den Betrag von 18 K per Quadratmeter abzustoßen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Die Gemeinde Wien verkauft an die Eheleute Rudolf und Gabriele Lang die im Grundbuche Ober-Baumgarten unter Einl.-Z. 290 inneliegende, aus der Kat.-Parz. 12/32 mit einem Ausmaße von zirka 610·50 m² bestehende Baustelle 65 an der Helmesbergergasse im XIII. Bezirke, wie sie liegt und steht, um den Einheitspreis von 18 K per Quadratmeter, somit um den Kaufschilling von zirka 10.989 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling ist binnen sechs Wochen nach Verständigung der Käufer von der Annahme ihres Anbotes fällig.

2. Die Käufer nehmen zustimmend zur Kenntnis, daß auf dieser Baustelle nur ein höchstens Souterrain, Hochparterre und ein Stockwerk enthaltendes Gebäude im Villenstile erbaut werden darf und daß im übrigen die Bestimmungen der Vorschrift für den Verkauf der durch die Parzellierung der Schloßparkrealität in Ober-Baumgarten entstandenen Baustellen auf diesen Kauf sinngemäß Anwendung zu finden haben.

3. Die Käufer sind verpflichtet, die Baustelle binnen zwei Jahren nach Übergabe zu verbauen.

Zur Sicherstellung der Erfüllung dieser Verbindlichkeit hat ein Teilbetrag von 1000 K des Vadiums als Kaution liegen zu bleiben.

Der Gemeinde Wien wird ausdrücklich das Recht eingeräumt, diese Kaution ohne Anrufung eines Gerichtes zu realisieren und zu den eigenen Geldern einzuziehen, wenn nicht bis zu dem Ablaufe der zweijährigen Frist wenigstens eine erste Benützungsbewilligung für den Neubau erwirkt ist.

4. Bei Verbauung der Baustelle ist der Vorgarten gegen die Gasse mit einem die freie Durchsicht nicht behindernden Gitter auf gemauertem oder Betonsockel abzuschließen.

5. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Käufer zur Gänze allein.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Baron.

51. Referent Gem.-Rat Baron: Zahl 3518, Post 9, betrifft den Regulierungsplan für das Gebiet des ehemaligen englischen Gaswerkes in Döbling zwischen der Gymnasium- und Billrothstraße im XIX. Bezirke.

Die Herren haben den bezüglichen Antrag in Händen, die Pläne liegen hier zur Einsicht auf, ich bitte nunmehr um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer (den Vorsitz übernehmend): Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: In Festsetzung des General-Baulinien- und Regulierungsplanes wird gemäß § 105 Wr. B.-O. bestimmt:

Für das Gebiet des ehemaligen Gaswerkes in Döbling zwischen der Gymnasiumstraße und der Billrothstraße wird der aus den Plänen 1 und 2 des Stadtbauamtes, Z. 3281/XIII ex 1912, bestehende General-Regulierungsplan genehmigt und haben die im Plane 2 rot gezogenen und schraffierten Linien a b — c d — e f f' — g h h' i — k l l' — m n — o p — q r r' — s s' t — u v — w x — y z — a_1 b_1 — dann i v — k w — l' x — m y — n z — o a_1 — p b_1 — q c_1 — r_1 d_1 — s f_1 e_1 — c_1 d_1 — als

neue Baulinien für die Gassen 1, 2, 3, 4, 5 und 6 und für die Plätze A und B zu gelten.

Für die neuen Gassen werden die im Plane 2 des Stadtbauamtes, Z. 3281/XIII ex 1912, eingeschriebenen Straßenbreiten und die auf Plan 2 eingezeichneten Querprofile festgesetzt.

Als neue Straßenhöhen werden die im Plane 2 Z. 2381/XIII ex 1912, rot eingeschriebenen Koten, welche die Höhen in Metern über dem Nullpunkt des Pegels an der Ferdinandsbrücke angeben, bestimmt.

Bezüglich der Verbauung wird bestimmt, daß dieselbe mit dreistöckigen Wohnhäusern zu erfolgen hat, deren Hauptgesimse innerhalb jedes einzelnen Blockes in Übereinstimmung zu bringen sind und deren Dächer möglichst gleiche Neigung erhalten, damit alle Giebel und Feuermauern gedeckt werden.

Die Verbauung der städtischen Gründe darf nur an der Baulinie und nur mit Gassendoppeltrakten derart erfolgen, daß in jedem einzelnen Blocke zusammenhängende Höfe entstehen. Die Errichtung von Hoftrakten ist untersagt.

Die Verbauung des Blockes f_1 a s' t b_1 g_1 f_1 hat derart zu erfolgen, daß weder von der Gürtelstraße noch von der Döblinger Hauptstraße und der verlängerten Hasenauerstraße ein Anblick von Feuermauern sich ergibt. Die zwischen der Linie f_1 g_1 und der nördlichen Grenze des israelitischen Friedhofes liegende Fläche ist dauernd unverbaut zu belassen und gärtnerisch auszugestalten. Die an die Linie f_1 g_1 angrenzenden Gebäude haben gegen diesen Gartenstreifen fassadierte Fronten mit Fenster zu erhalten.

Bei der Verbauung, beziehungsweise Parzellierung dieses Blockes ist von der Baubehörde die freiwillige Eröffnung eines Durchganges längs der nördlichen Grenze des israelitischen Friedhofes von der Döblinger Hauptstraße zur Gasse 6 in einer Breite von mindestens 3 m anzustreben.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Büsch.

52. Referent Gem.-Rat Büsch: Zahl 3535, Post 10, betrifft das Ansuchen des Karl und der Emma Schulder um Bewilligung zur Errichtung eines Werkstättengebäudes auf der Realität Einl.-Z. 124 Katastralgemeinde Altmannsdorf, XII., Hetzendorferstraße 55.

Mit Gemeinderats-Beschluß vom 26. Juni 1903 wurde ausgesprochen, daß dort nur Wohnhäuser aufgeführt werden dürfen; nachdem aber schon aus früherer Zeit einige Fabriken dort bestehen, wird beantragt, die Zustimmung zur Errichtung eines Werkstättengebäudes auf dieser Realität zu erteilen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Goltz kontra.

Gem.-Rat Goltz: Es fallen mir hier vor allem zwei Dinge auf. Es heißt, daß für diese Gegend die Bestimmung getroffen wurde, daß nur Wohnhäuser dort erbaut werden dürfen; jetzt will man im Gegensatze hiezu dort eine Blechschlosserei errichten. Stellen Sie sich nur vor, was geschieht, wenn zum Beispiel irgend ein Gelehrter zu stiller geistiger Arbeit sich in dieser Gegend ein Wohnhaus erbaut hat unter der Voraussetzung, daß diese Gegend nur für Wohnhäuser bestimmt sei, und nun ertönt auf einmal der Höllenlärm einer Blechschlosserei. Was ist die Folge davon? Die Folge davon ist, daß Leute, die ruhig wohnen wollen, wegziehen müssen und wieder ein Stadtteil seiner ursprünglich bestimmten Verbauungsart entzogen wird, denn wenn einmal eine Blechschlosserei dort ist, wird infolge des ersten Fehlers auch der nächste bald gemacht werden, denn man wird — und zwar mit vollem Rechte — sagen, wenn schon eine Blechschlosserei dort ist, dann kann man auch jede andere Fabrik dort errichten. Die dritte Folge ist dann die, daß man sagen wird, wenn schon Fabriken da sind, kann man auch eine vier Stock hohe Verbauung erlauben, denn es ist ganz natürlich, daß dort, wo Fabriken sind, auch die nötigen Arbeiterhäuser entstehen müssen. Das Endresultat ist also dann, daß von der ursprünglichen, ganz vernünftigen Idee, an der Peripherie nur niedrige Wohnhäuser zu gestatten, vollständig abgegangen wird und wir werden dann wider das schöne Resultat erzielt haben, das wir schon in mehreren Fällen erreicht haben, daß nämlich an der Peripherie neuerlich ein Steinhaufen wüstester Art entsteht.

Ich mache auch darauf aufmerksam, daß die Hetzendorferstraße dort direkt an der Valerie-Cottage und am Hetzendorfer Schloß vorüberführt. Ich war nicht draußen, aber nach der Nummernzahl nehme ich an, daß die in Rede stehende Realität diesseits des Bahndammes liegt. Da soll man lieber von vornherein aussprechen, daß dort überhaupt keine Wohnhäuser gebaut werden sollen, sondern ein Fabriksviertel gemacht werden soll. Ich weiß nicht, ob sich das empfehlen wird und ob ein zwingender Grund dazu vorhanden ist, von der ursprünglichen Idee, daß dort nur Wohnhäuser erbaut werden dürfen, abzugehen, da ja auf der anderen Seite des Bahndammes das Valerie-Cottage liegt. Es muß doch seinerzeit ein zwingender Grund dagewesen sein, daß man im Stadtrate und Gemeinderate beschlossen hat, daß dort nur Wohnhäuser gebaut werden dürfen.

Es stehen da zwei Dinge einander gegenüber, die miteinander absolut unvereinbar sind. Ich bin nicht dagegen, daß man in einem anderen Falle im X. Bezirke Fabriken errichten will, denn dort ist schon ein Fabriksviertel geschaffen. Es läßt sich jetzt durchaus nicht so klar legen, wer recht hat oder nicht. Ich will durchaus keine faktiöse Opposition machen, ich bin nur dagegen, daß man insbesondere an die Peripherie der Stadt ohne zwingenden Grund solche Viertel, die ausschließlich für Wohnhäuser bestimmt waren, zerstört und einer höheren Verbauung zuführt. Das sind alles Dinge, die wir kennen, wir kennen die Gründe, warum wir an der Peripherie der Stadt nur niedrige Gebäude haben wollen, das brauche ich wohl nicht näher zu erklären. Ich möchte also zu diesem Punkte folgenden Antrag stellen (liest):

„In Anerkennung des Umstandes, daß die Entscheidung über die Verbauung einzelner Stadtteile zu den wichtigsten Agenden des neuzuschaffenden Ausschusses für Wohnungsfürsorge gehört, ist die Behandlung der Angelegenheit zu verschieben und diesem Ausschusse vorzubehalten."

Ich weiß nicht, ob das Malheur wirklich so groß wäre, wenn diese Bewilligung jetzt nicht erteilt wird, und es wäre nur natürlich, nachdem man diese wichtigen Sachen dem Wohnungs-Ausschuß überlassen will, daß man so lange wacht, bis dieser

Wohnungs-Ausschuß tatsächlich in Aktion tritt, denn das sind Sachen, über die man nicht hinweg gehen darf. Ein solcher Fehler zieht oft hundert andere nach sich und es ist möglich, daß durch eine solche Bewilligung ein ganzer Stadtteil ruiniert wird.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Büsch: Der geehrte Herr Vorredner dürfte die Verhältnisse, wie sie dort bestehen, nicht kennen. Es besteht dort eine große Fabrik, die Gegend dort ist ganz eben und der Grundwasserstand ist ein derartiger, daß man bei 80 cm Tiefe schon auf Grundwasser stößt. Wir wollten dort eines Platz für die Errichtung eines Schulgebäudes kaufen, konnten aber den Grund dazu nicht benützen. Es ist auch kein anderes Haus dort und deshalb ist man an den Stadtrat herangetreten, zu gestatten, daß dort eine Blechschlosserei, die aber keinen Lärm macht, errichtet werden darf.

Der Stadtrat hat anfangs auch Bedenken gehabt. Es hat aber die Schloßhauptmannschaft gegen diese Fabrik keine Einwendung erhoben. Die Verarbeitung des Bleches geschieht nämlich so, daß es glühend gemacht und in diesem Zustande durch Maschinen in die entsprechende Form gepreßt wird, so daß dadurch kein Lärm verursacht wird. Übrigens wird dort selten jemand bauen, weil er dort keinen Keller graben kann, denn bei 80 cm Tiefe kommt man, wie ich bereits erwähnt habe, schon auf Grundwasser. Wir haben eine Schule drüber dem Bahndamm auf der anderen Seite, sogar diese hat im Keller Wasser und wir müssen ein eigenes Pumpwerk aufstellen, um das Wasser auszupumpen.

Infolge dieser Umstände hat der Stadtrat sich veranlaßt gesehen, diese Art der Verbauung zu gestatten und ich bitte um Ihre Zustimmung. (Gem.-Rat Goltz: Es würde aber doch nicht schaden, wenn wir das verschieben würden!)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die Debatte ist geschlossen. Herr Gem.-Rat Goltz hat einen Antrag gestellt, den er selbst verlesen hat, und der Ihnen bekannt ist; er geht dahin, das Referat an den zu errichtenden Wohnungs-Ausschuß zu leiten. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung und bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun bitte ich die Herren, welche den Stadtrats-Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Unter Abstandnahme von dem Gemeinderats-Beschlusse vom 26. Juni 1903, Z. 11847, wonach im Gebiete der Hetzendorferstraße nur Wohnhäuser errichtet werden dürfen, wird die Zustimmung zur Erbauung eines Werkstättengebäudes (Blechschlosserei) auf der Realität Einl.-Z. 124 Katastralgemeinde Altmannsdorf, Hetzendorferstraße 55, nach dem vorgelegten Projekte erteilt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dechant.

53. Referent Gem.-Rat Dechant: Zahl 3258, Post 11, Beilage Nr. 61. Baulinienänderung in der Gersthoferstraße im XVIII. Bezirke.

Die Eigentümer der Realitäten 142 bis 166 und 95 bis 113 haben das Ansuchen um Abänderung der Baulinie gestellt, damit dort eine leichtere Verbauungsart möglich ist. Auf der rechten Seite der Gersthoferstraße ist die Verbauung sehr erschwert, da knapp hinter den Objekten sich eine hohe Berglehne befindet. Die Herren haben die Detail-Anträge in Händen und ich bitte um Ihre Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche den Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: In Festsetzung des General-Baulinien- und General-Regulierungsplanes wird gemäß § 105 der Bauordnung für Wien bestimmt:

Die Baulinien für die Pötzleinsdorferstraße und Gersthoferstraße werden nach den im Plane des Stadtbauamtes, Z. 2171/XIII B ex 1910, rot schraffierten und mit den Buchstaben w b, d e f g h h', i' i k l, m n o p q r r'n d s t u bezeichneten Linien abgeändert.

Hinter den Linien v w b, m' m'' und s t u sind Vorgärten in der aus dem Detailplane ersichtlichen Tiefe anzulegen, als solche dauernd zu erhalten, und gegen die Pötzleinsdorferstraße, beziehungsweise Gersthoferstraße und Scheibenbergstraße mit gefälligem Gitter auf höchstens 1 m hohen Sockeln abzuschließen.

Der bestehende Fußsteig Kat.-Parz. 318/4, Grundbuch Gersthof, ist nach den im Übersichtsplane mit a b und c d bezeichneten Linien auf 5 m zu verbreitern. Hinter den Linien a b' und c d' sind mindestens 6 m breite, hinter den Linien b' b und d' d mindestens 3 m breite Grundstreifen ständig unverbaut zu belassen, als Gärten auszugestalten und gegen den Weg mit einem gefälligen Gitter auf gemauerten, höchstens 1 m hohen Sockeln abzuschließen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Haas.

54. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 4142, Post 45. Erhöhung der Handgelder für die Pfleglinge im Bürgerversorgungshause.

Im Monate Dezember habe ich in diesem Saale die Ehre gehabt, Sie zu bitten, daß Sie die täglichen Zehrgelder der Pfleglinge von 1 K auf 1 K 10 h erhöhen mögen. Neuerliche Erhebungen haben ergeben, daß die Erträgnisse des Bürgerspitalfonds es ermöglichen, daß man diese Präbenden nicht um bloß 10 h, sondern um 20 h erhöhen kann, und ich stelle daher den Antrag, daß der Gemeinderat genehmigt, daß die Erhöhung von 10 h vom 15. Dezember an bis zum heutigen Tage gelten soll und daß vom heutigen Tage ab, den Bürgerspitalspfleglingen ein Zehrgeld von 1 K 20 h gewährt werde.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die Geldportionen der Bürgerpfleglinge werden auf 1 K 20 h pro Tag erhöht. Die auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 5. Dezember 1912, P. Z. 19327, in der Zeit vom 15. Dezember 1912 bis zum heutigen Tage zur Auszahlung gelangten, von 1 K auf 1 K 10 h erhöhten Geldportionen werden nachträglich genehmigt.

55. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 3747, Post 13. Zentral-Verein für Volksernährung um außerordentliche Subvention für die Anstalt im X. Bezirke.

Für die Errichtung der Heimstätte in Favoriten wird beantragt, dem Vereine eine außerordentliche Subvention von 2000 K zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Zentral-Verein für Volksernährung wird für die Anstalt im X. Bezirke eine außerordentliche Subvention von 2000 K bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Mataja.

56. Referent Gem.-Rat Dr. Mataja: Zahl 2780, Post 14. Entscheidung der k. k. Nordbahn-Direktion vom 5. Dezember 1912, Nr. 106861/III, betreffend die Erteilung des Baukonsenses für die Errichtung eines Spiritusmagazines im I. Kellerhofe der Nordbahn durch den Verein mährischer Zuckerfabriken in Olmütz.

Es ist hier folgender Fall eingetreten. Der Baukonsens wurde seitens der Nordbahn-Direktion namens des Eisenbahnministeriums erteilt, und zwar nach einem Erlasse, daß die Nordbahn-Direktion befugt ist, im Namen des Eisenbahnministeriums eine Entscheidung zu treffen. Nun ist diese Entscheidung für uns materiell äußerst bedenklich, weil man dort Anlagen bauen will, die nach unserer Ansicht eminent feuergefährlich sind. Das Prinzip, das in diesem Erlasse zum Ausdruck kommt, widerstreitet unserer Ansicht über das Instanzenprinzip auf das gröblichste, weil es nicht sein darf, daß eine untere Instanz namens der obersten Instanz eine Entscheidung fällt. Es wird dadurch eben der ganze Instanzenzug unterbunden und wir betrachten das als ungesetzlich. Wir können daher diese Entscheidung der Nordbahn-Direktion nicht entgegenehmen und haben aus diesem Grunde einerseits eine Beschwerde an das Eisenbahnministerum gerichtet, anderseits aber beantragen wir, um die Frist nicht zu versäumen, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen. Ich beantrage Ihnen nun, dem Antrage des Stadtrates Folge zu geben und die Beschwerde einzubringen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Gegen die Entscheidung der k. k. Nordbahn-Direktion vom 5. Dezember 1912, Nr. 106861/III, betreffend die Erteilung des Baukonsenses für die Errichtung eines Spiritusmagazines im I. Kellerhofe der Nordbahn durch den Verein mährischer Zuckerfabriken in Olmütz, ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen. Sollte das k. k. Eisenbahnministerium den gegen oberwähnte Entscheidung der k. k. Nordbahn-Direktion vom Magistrate eingebrachten Rekurs meritorisch erledigen, so ist die Beschwerde zurückzuziehen.

57. Referent Gem.-Rat Dr. Mataja: Zahl 3756, Post 15. Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 10. Februar 1913, Z. 2653, betreffend feuerpolizeiliche Aufträge über die Holzlagerungen am Nordbahnhofe.

Es handelt sich da wieder um eine Angelegenheit der Feuerpolizeiordnung, und zwar um Feststellung der Frage, ob die feuerpolizeiliche Hoheit der Gemeinde Wien vor den Eisenbahnanlagen Halt machen muß, wie es vom Eisenbahnministerium interpretiert wird. Unserer Ansicht nach, sind wir auch bei Eisenbahnanlagen befugt, feuerpolizeiliche Aufträge zu erteilen. Das Eisenbahnministerium ist nun anderer Ansicht und hat unseren diesbezüglichen Auftrag inhibiert.

Auch gegen diese Entscheidung wird beantragt, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Ignaz Fischer.

Gem.-Rat Ignaz Fischer: Als seinerzeit auf dem Nordbahnhof das große Feuer ausgebrochen ist, wurde, so viel mir bekannt, beschlossen, daß man Anhäufungen von brennbaren Stoffen auf den Bahnhöfen im Weichbilde der Stadt unter allen Umständen vermeiden soll. Nun ist mir bekannt, daß draußen in der Provinz die Bezirkshauptmannschaften sehr stark darüber wachen, daß Sendungen, welche leicht brennbarer und entzündlicher Natur sind, auf den Bahnhöfen nicht aufgestapelt werden. Ich muß nun staunen, daß gerade in Wien das Eisenbahnministerium sich nicht fügt und daß gerade in Wien der Abusus, ich möchte sagen, die Ungerechtigkeit sich einbürgert, daß geduldet wird, daß solche Vorräte aufgestapelt werden, wozu gar kein Anlaß vorhanden ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht nur bei der Nordbahn verweilen, sondern möchte die Herren auch auf den Bahnhof der Staatseisenbahn-Gesellschaft führen. Dort lagern noch viel größere Vorräte, die gewöhnlich erst nach zwölf Monaten verauktioniert werden. Das ist ein Beweis, daß gar kein zwingender Grund vorhanden ist, daß diese Vorräte dort aufgestapelt sind.

Nach dem Betriebsreglement ist die Eisenbahn verpflichtet, jede Sendung anzunehmen und sie muß für die Deponierung in der Abgangsstation Sorge tragen, ob sie nun brennbar ist oder nicht. Ist sie explosiver Natur, so wird sie eben binnen 24 Stunden entfernt. Ist sie nicht explosiver Natur, so muß man sie auf Lager nehmen und hebt Lagerzins ein. Was ist nun heute? Die Firmen mieten sich Plätze und deponieren auf den Bahnhöfen. Sie senden Ware nach Wien, ohne einen Käufer für dieselbe zu haben, und lassen sie hier ruhig liegen. Die ganzen Bahnhöfe sind durch derlei Lagerungen überfüllt und wenn sich zu einer stärkeren Saison wirklich die zwingende Notwendigkeit ergibt, daß andere Güter dort liegen bleiben müssen, so ist kein Platz vorhanden oder es wird ein höherer Lagerzins eingehoben. Ich bin daher der Anschauung, daß die Kommune Wien nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, auch

bei der Staatseisenbahngesellschaft und bei der Kaiser Ferdinands-Nordbahn ganz energisch einzuschreiten, um derlei Lagerungen zu unterbinden. Ich sehe nicht ein, warum die Bahnhöfe als Lagerplätze dienen sollen, dazu sind sie nicht da. Sie dienen nur der täglichen Verkehrsabwicklung, aber nicht dazu, um für dauernde Lagerplätze für alle Parteien zu sorgen. Im übrigen hat das noch andere Übelstände zur Folge. Ich habe schon in der Budget-Debatte gesagt, daß wir in Wien einen Abusus haben. Die Kaiser Ferdinands-Nordbahn konzentriert den ganzen Kohlenverkehr, das heißt 130.000 Waggons pro Jahr, auf den Nordbahnhof, und zwar lediglich darum, weil auf den anderen Bahnhöfen angeblich für Kohlenrutschen keine Plätze vorhanden sind. Ja, gewiß ist kein Platz da, weil die Plätze durch Holz und andere Güter okkupiert sind, bei welchen es aber nicht notwendig ist, daß sie dort lagern.

Die Industrie Wiens ist dadurch außerordentlich geschädigt. Wenn jemand beim Staatsbahnhof eine Fabrik hat, so kann er die Kohlen nicht vom Staatsbahnhof, sondern nur vom Nordbahnhof beziehen; denn vom Staatsbahnhof kommen sie um 10 K — früher um 17 K — teuerer, als vom Nordbahnhof. Das ist eben auch wieder eine Folge davon, weil die Räume der Bahnhöfe durch solche Güter okkupiert sind. Wenn es sich dann darum handelt, Kohlenrutschen anzulegen, so ist kein Platz vorhanden.

Ich begrüße daher diese Gelegenheit und ich glaube, wir sollten Anlaß nehmen, daß man auch die anderen Bahnhöfe revidiert und dort, wo derlei Aufstapelungen konstatiert werden, dagegen einschreitet. Es ist absolut kein Anlaß vorhanden, daß die Bahnhöfe zu ständigen Lagerstätten verwendet werden. Wir sehen zum Beispiel, daß Zuckerfabriken Spiritus einlagern; ungarische Weinhändler lagern Wein ein u. s. w.

Dazu sind aber die Bahnhöfe nicht da. Wenn es sich darum handelt, ein neues Geleise nach dem mächtig aufstrebenden Floridsdorf zu legen, um diesen Bezirk zu verbinden, erklärt das Eisenbahnministerium, der Nordbahnhof sei zu klein, um ein neues Geleise zu bauen. Das ist aber nicht wahr; es wäre Platz, wenn vernünftig zu Werke gegangen würde.

Ich stelle daher den Antrag, man möge diesen vorliegenden Anlaß benützen, daß auch andere Bahnhöfe von derlei Warenaufstapelungen befreit werden; man möge die Holzsendungen nach der Peripherie von Wien geben; dort sind Lagerplätze genug. Man braucht das nicht im Weichgebilde von Wien aufzustapeln und dadurch eine große Feuersgefahr heraufzubeschwören. Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende. (Zustimmung.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Dr. Mataja: Ich kann den Worten meines unmittelbaren Vorredners in Bezug auf die Bahnhöfe nur zustimmen. Es ist tatsächlich richtig und sehr traurig, daß die Gemeinde Wien alles mögliche erst im Instanzenzuge erreichen kann, daß sie alle möglichen Rechtsmittel ergreifen muß, um eine so natürliche Sache, wie es die Befreiung der Bahnhöfe von derartig brennbaren Stoffen ist, zu bewerkstelligen, insbesondere am Nordbahnhof, wo doch das seinerzeitige Brandunglück wenigstens eine Belehrung für die Regierung und die Eisenbahnverwaltung sein sollte, um Derartiges für die Zukunft zu verhindern.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht). Angenommen.

Bezüglich des Antrages des Gem.-Rates Ignaz Fischer stelle ich den Unterstützungs-Antrag.

Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Beschluß: Gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 10. Februar 1913, Z. 2653, mit welcher der Bescheid des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk, ddto. 20. Mai 1912, M. B. A. II, 97142, betreffend feuerpolizeiliche Aufträge über die Holzlagerungen am Nordbahnhofe gemäß § 107 des Wiener Gemeindestatutes außer Kraft gesetzt wurde, ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Panosch.

58. Referent Gem.-Rat Panosch: Ich habe die Ehre, namens des Elektrizitäts-Ausschusses zu referieren über Zahl 3211, Post 16, betreffend die Vermehrung des Personales der städtischen Elektrizitätswerke.

Mit dem vorhandenen Personale wird nicht mehr das Auslangen gefunden und es wird daher der Antrag gestellt (liest):

„1. Die Zahl der im Status der kaufmännischen Aspiranten, Praktikanten und in Klassen eingeteilten Beamten wird um 8, die Zahl der Kohlenmanipulanten um 1 und die der Laufburschen um 18 vermehrt.

2. Die Kohlenmanipulantenstelle ist sofort, die übrigen Stellen sind hingegen dem Bedarfe entsprechend allmählich zu besetzen."

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand vorgemerkt. Ich bitte die Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gelangte Referenten-Antrag.

59. Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich erlaube mir nun eine Anfrage an die Versammlung zu richten. Es ist heute im Stadtrate ein Terminstück, betreffend die Ergreifung einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof wegen der der Zentral-Sparkassa auferlegten Verpflichtung, mindestens 15 Prozent zum Ankauf von Staatswerten zu verwenden, referiert worden.

Es war nicht mehr möglich, das Stück in Druck zu legen. Es ist ein Terminstück, der Termin ist der 11. März.

Ich wollte nun fragen, ob die Herren einverstanden sind, dieses Stück ohne Vorlage referieren zu lassen?

Die Sache liegt im Interesse aller Sparkassen und daher auch im Interesse der unsrigen, hauptsächlich aber im Interesse der Hypothekarkredite.

Wenn Sie einverstanden sind, werde ich referieren lassen. (Zustimmung.)

Dann bitte ich Herrn Dr. Mataja, darüber zu referieren.

60. Gem.-Rat Dr. Mataja: Zahl 4170, betrifft die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof hin-

sichtlich den der Zentral-Sparkassa auferlegten Verpflichtung, mindestens 15 Prozent zum Ankauf von Staatswerten zu verwenden, und auch gegen den sogenannten Garantieauftrag an die Gemeinde Wien für die betreffenden Forderungen zu rekurieren.

Der sogenannte Sparkassa-Erlaß der Regierung ist allgemein bekannt. Ebenso bekannt ist die gegenwärtige so überaus traurige Lage des Geldmarktes, welches sich in einer ganzen Reihe von Betrieben, Industrien und Zweigen des Geldmarktes in empfindlicher Weise bemerkbar gemacht hat.

Die Folge davon ist unter anderen ein erschreckender Kursverlust selbst bei solchen Papieren, die sonst als sichere Anlagepapiere gelten.

Eine weitere Konsequenz ist die enorme Verschlechterung der Bilanzen der Geldinstitute, die ihre Bilanz nach denselben Grundsätzen, wie bisher, aufstellen, eine Konsequenz, welche ganz allgemein ohne Unterschied des Betriebes sämtliche Geldinstitute auf dem Markte trifft. Die Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien ist natürlich durch die allgemeinen Verhältnisse wie alle anderen Institute mitbetroffen.

Die Regierung, die ihrerseits bei den herrschenden Verhältnissen und durch die infolge der Ausdehnung des Wirkungskreises der Postsparkassa geschaffenen Sachlage bemüht ist, für die staatlichen Papiere den entsprechenden Absatz zu finden, hilft sich durch diesen Sparkassen-Erlaß selbst; vom Standpunkte des Emittenten von Wertpapieren hilft diese Maßregel.

Sie hilft aber um so weniger den davon Betroffenen, auf die der Staat staatliche Lasten ablädt.

Die Regierung macht die Vorschrift — und zwar bei sonstiger Nichtgestattung der Bilanzbegünstigungen, die den anderen Instituten eingeräumt sind — daß die Gemeinde Wien für ihre Sparkassa einen besonderen Garantiebrief für diese Posten ausstellen muß und daß anderseits ein Mindestverhältnis zwischen den staatlichen Effekten und den anderen Wertanlagen platzgreife.

Die Ausstellung eines Garantiebriefes ist bei dem Verhältnisse der Gemeinde Wien zur Zentral-Sparkassa, für deren Verpflichtungen sie ohnehin garantiert, gänzlich gegenstandslos; sie hat nur eine Irreführung zur Folge und würde im Gegenteile im Publikum den Eindruck hervorrufen, als ob die Gemeinde Wien für andere Verpflichtungen der Zentral-Sparkassa nicht haftbar wäre. Das wäre nur geeignet, den Geschäftsgang der Zentral-Sparkassa zu erschweren. Ein solch falscher Eindruck soll vermieden werden. Zwecklos ist es auch, eine Spezial-Garantie auszustellen, wenn eine General-Garantie besteht.

Was den anderen Punkt anlangt, so läßt es sich einfach mit einem geordneten Geschäftsgang nicht vereinbaren, daß eine solche Vorschrift erteilt wird, die für ein Geldinstitut sehr unangenehm werden kann. In der Gesamtheit durchgeführt, nützt es vielleicht dem Rentenkurse, beeinträchtigt aber die einzelnen Institute, die unter Umständen bitter darunter leiden können. Infolgedessen hat der Stadtrat beschlossen, dem Gemeinderate den Antrag vorzulegen, gegen diesen Erlaß der Regierung, sofern er die Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien, beziehungsweise die Gemeinde Wien selbst betrifft, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Hein.

Gem.-Rat Dr. Hein: Wir stimmen vollinhaltlich diesem Antrage bei, weil in der Tat eine Gefährdung des Hypothekarkredites zu befürchten ist, indem derzeit die Kreditverhältnisse ohnedies sehr schlechte sind. Es ist eine Gefährdung der Bautätigkeit, wenn die Sparkassagelder dem Hypothekarkredite entzogen werden. Die Banken haben diesbezüglich keine Vorschriften, sie sind daher gegenüber den Sparkassen in einer günstigeren Situation. Wir müssen darauf sehen, daß dem Hypothekarkredite, bezüglich dessen äußerst ungünstige Verhältnisse in Wien herrschen, nicht noch mehr Gelder auf diese Weise entzogen werden. Der Kurs der Renten muß durch andere Mittel gebessert werden. Er muß gebessert werden durch eine solide Finanzwirtschaft, er muß gebessert werden dadurch, daß man nicht Ausgaben ohne ersichtlichen Zweck macht, wie es jetzt vielfach geschieht. Das geschieht jetzt durch eine äußere Politik, bei der man eigentlich nicht weiß, was sie will, die kolossale Kriegskosten verursacht, ohne daß man einen richtigen Zweck vor Augen hat. Wir können den Anträgen nur zustimmen, weil es ja gar keinem Zweifel unterliegt, daß durch die ungünstigen Kreditverhältnisse auf dem Hypothekarmarkte jede Wohnungsfürsorge nahezu unmöglich ist.

Es wurde zwar das Wohnungsfürsorgegesetz beschlossen, es kann aber durch die ungünstigen Verhältnisse auf dem Hypothekarmarkte nicht in Wirksamkeit treten. Das Wohnungsfürsorgegesetz geht ja im wesentlichen dahin, daß der Staat mit seinem Wohnungsfürsorgefonds die Haftung für die zweiten Sätze übernimmt. Ja, was nützt denn die Haftung für die zweiten Sätze, wenn die ersten Sätze nicht beschafft werden können, wenn, wie dies notorisch ist, nicht einmal Baukredite beschafft werden können? Sie sehen, daß das eine für die Wiener Verhältnisse hochwichtige Frage ist, hochwichtig vom Standpunkte der Wohnungsfürsorge.

Es kann nach dieser Richtung nichts geschehen, wenn nicht die Kreditverhältnisse gebessert werden, und weil wir mit dem Referenten, respektive dem Stadtrate derselben Ansicht sind, daß der Sparkassa-Erlaß nach dieser Richtung eine Verschlechterung herbeiführen würde, so stimmen wir diesem Antrage vollinhaltlich zu.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Hat der Herr Referent noch etwas zu bemerken?

Referent Gem.-Rat Dr. Mataja: Nein!

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Der Herr Referent hat nichts zu bemerken. Eine Einwendung ist nicht erhoben worden. Ich bitte die Herren, die dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Stadtrats-Antrag ist einstimmig angenommen.

Beschluß: Gegen den Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 16. Jänner 1913, Z. 44669, womit der Gemeinde Wien die Verpflichtung zur Ausstellung eines Garantiebriefes auferlegt und die Zentral-Sparkassa verhalten wird, mindestens 15 Prozent ihrer Einlagen zum Ankauf von Staatswerten zu verwenden, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Poyer.

61. Referent Gem.-Rat Boyer: Zahl 3094, Post 17. Offert des Eduard Hofbauer auf Verkauf der Liegenschaft Einl.-Z. 172 Speising an der Feldkellergasse im XIII. Bezirke.

Die Erwerbung dieses Grundstückes ist unbedingt notwendig, weil die Absicht besteht, die Hetzendorferstraße endlich zu eröffnen und in Zukunft die Elektrische von Hetzendorf zum Versorgungsheim fortzuführen.

Das Anbot des Herrn Hofbauer ist ein sehr günstiges. Er hat zwei Alternativen gestellt, erstens: 11 K per Quadratmeter, wenn ein Teilbetrag von 120.000 K binnen acht Tagen und der Rest binnen Jahresfrist bezahlt wird; die zweite Alternative ist: Ein Preis von 12 K. Hier würde er Obligationen des Investitions-Anlehens vom Jahre 1902 oder des Gas-Anlehens zum Kurse von 95 K übernehmen.

Diese zweite Alternative ist für die Gemeinde ungünstiger, weil sich der Ankaufspreis um zirka 10.000 K höher stellen und überdies sich auch noch die Übertragungsgebühren, die die Gemeinde zu tragen hätte, entsprechend erhöhen würden. Der Stadtrat hat sich daher für die Alternative 1 entschieden.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: I. Zu Regulierungszwecken erwirbt die Gemeinde Wien von Eduard Hofbauer die im Grundbuche Speising unter Einl.-Z. 172 inneliegenden Kat.-Parz. 351, 352 und 353 im Ausmaße von insgesamt 17.217·24 m², wie sie liegen und stehen, um den Einheitspreis von 11 K per Quadratmeter, somit um den Kaufschilling von 189.389 K 64 h und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Gründe sind der Gemeinde Wien vollständig lastenfrei zu übertragen.

2. Der Kaufschilling ist in der Weise zu berichtigen, daß binnen längstens acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien ein Teilbetrag von 120.000 K bar bezahlt, der Rest binnen Jahresfrist, vom Tage der termingemäßen Berichtigung der Anzahlung an gerechnet, beglichen und von diesem Tage an zu 4 Prozent verzinst wird.

Auf eine grundbücherliche Sicherstellung des Kaufschillingsrestes wird verzichtet.

3. Die mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin.

4. Der Verkäufer ist verpflichtet, auf Verlangen der Gemeinde Wien binnen acht Tagen nach Verständigung von der Annahme seines Offertes durch den Wiener Gemeinderat auf seine Kosten bei der Einl.-Z. 172 Speising die Rangordnung der Veräußerung anmerken zu lassen.

II. Die aus diesem Kaufgeschäfte erwachsenden Auslagen, soweit sie in diesem Jahre fällig werden, werden auf die Ausgabs-Rubrik XXII 3 verwiesen, soweit sie im nächsten Jahre zur Auszahlung zu gelangen haben, sind sie im Voranschlage für das Jahr 1914 sicherzustellen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Rain.

62. Referent Gem.-Rat Rain: Zahl 3448, Post 18. Neusystemisierung der Bürgererhaltungsbeiträge.

Ich möchte gleich eingangs erwähnen, daß sich in der gedruckten Tagesordnung zwei Druckfehler eingeschlichen haben. Es soll nämlich richtig heißen statt „724 Erhaltungsbeiträge von monatlich 24 K" 700, und statt „720 zu monatlich 20 K" 700. In dem hier vorliegenden Antrage handelt es sich um eine Vermehrung der höheren Stellen. Bisher waren 20 Bürgererhaltungsbeiträge mit 40 K, jetzt sollen sie um 80, also auf 100 erhöht werden. Weiters sollen die bisherigen Stellen mit 36 K auf 130 erhöht werden; die übrigen Stellen bleiben gleich.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Die Anzahl der Bürgererhaltungsbeiträge wird bis auf weiteres festgesetzt, wie folgt:

100	Erhaltungsbeiträge	von	monatlich	40 K,
130	„	„	„	36 „
675	„	„	„	30 „
700	„	„	„	24 „
700	„	„	„	20 „
570	„	„	„	16 „

63. Referent Gem.-Rat Rain (für Gem.-Rat Fraß): Zahl 3190, Post 44. Bewilligung eines unentgeltlichen Hochquellenwasserbezuges für die Kleinkinderbewahranstalt VII., Halbgasse 8.

Die Tätigkeit dieser Kleinkinderbewahranstalt ist Ihnen bekannt. Es werden mehr als 100 Kinder tagsüber verpflegt und es soll nun ein Wasserquantum von 5 hl pro Tag unentgeltlich bewilligt werden.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Für das Haus VII., Halbgasse 8, Einl.-Z. 270, wird mit Rücksicht auf die in diesem Hause befindliche Kleinkinderbewahranstalt gegen jederzeitigen Widerruf der unentgeltliche Bezug von täglich 5 hl Hochquellenwasser bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schmid.

64. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 1750, Post 22. Rechnungslegung über den für archäologische Zwecke pro 1912 bewilligten Kredit.

Wie die Herren aus der Vorlage ersehen, wurden von diesem Kredite per 5000 K 4516 K 31 h verausgabt, so daß 483 K 69 h verbleiben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Es wird genehmigend zur Kenntnis genommen, daß von dem für archäologische Zwecke pro 1912 bewilligten Kredite per 5000 K ein Betrag von 4516 K 31 h verausgabt wurde, mithin ein Betrag von 483 K 69 h unverwendet blieb.

65. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 2099, Post 21. Ansuchen des Elektrotechnischen Vereines in Wien um Subvention pro 1912.

Es wird beantragt, dem Vereine für 1912 2000 K als Subvention so wie in dem vergangenen Jahre zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Dem Elektrotechnischen Verein in Wien wird pro 1912 eine Subvention von 2000 K auf Rechnung der städtischen Elektrizitätswerke bewilligt.

66. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 4123, Post 46, Zurückziehung der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde gegen die Gebührenbemessung von dem neuen Schleppbahnvertrage der Zentrale Simmering der städtischen Elektrizitätswerke.

Der neue Schleppbahnvertrag wurde im Jahre 1911 beschlossen und dabei eine teilweise Gebührenbefreiung in Anspruch genommen. Die Finanz-Landes-Direktion steht nun auf einem anderen Standpunkte und infolgedessen wurde die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen und gleichzeitig auch ein Rekurs an das Finanzministerium gemacht. Der Rekurs wurde nun vom Finanzministerium günstig erledigt, so daß die Gemeinde Wien klaglos gestellt worden ist; somit ist die Zurückziehung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof begründet.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Die auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 21. Dezember 1912, P. Z. 18610, beim k. k. Verwaltungsgerichtshofe überreichte Beschwerde gegen die Entscheidung der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direktion vom 16. Oktober 1912, Z. XVII-526, betreffend die Gebührenbemessung von dem neuen Schleppbahnvertrage der Zentrale Simmering der städtischen Elektrizitätswerke, ist mit Rücksicht auf die laut Verständigung des k. k. Zentraltax- und Gebührenbemessungsamtes vom 10. Februar 1913, Z. III-1546, erfolgte Klaglosstellung zurückzuziehen.

67. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 3218, Post 20. Abschluß eines Übereinkommens zwischen der „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke“ und der Gemeinde Hainburg wegen Stromlieferung.

Die Herren haben die Vorlage in der Hand, ich möchte mir aber doch erlauben, einiges darüber zu sagen und die wichtigsten Punkte hervorzuheben.

Zur Abgabe gelangt Drehstrom von zirka 35.000 Volt Spannung.

Die Kosten des Hochspannungsleitungsnetzes bis zu den Hochspannungssammelschienen vor der Transformatorenanlage, deren Aufstellungsort an der Grenze des Gemeindegebietes noch gemeinsam zu bestimmen sein wird, ferner die Kosten der Transformatoren selbst und aller der Hochspannungsseite zugehörigen Apparate und Einrichtungen gehen zu unseren Lasten.

Dagegen fallen alle noch weiter notwendigen Apparate und Einrichtungen, die hinter den Transformatoren-Niederspannungsklemmen behufs Abgabe elektrischer Energie angebracht werden müssen, sowie die Beistellung der für die Unterbringung der Transformatorenanlage nötigen Räume und baulichen Herstellungen, die nach unseren Angaben auszuführen sind, zu Lasten der Gemeinde Hainburg.

Ebenso trägt die Gemeinde Hainburg die gesamten Kosten für die Herstellung und Instandhaltung des ganzen Energieverteilungsnetzes, der Hausanschlüsse und aller sonstigen notwendigen Einrichtungen für die Energieverteilung in ihrer Gemeinde, von der Transformatorenanlage ausgehend bis zu den Konsumstellen.

Außer den vorangeführten Leistungen wird die Gemeinde Hainburg zu den Investitionen, die wir anläßlich der zu übernehmenden Energielieferung aufzuwenden haben werden, einen Beitrag von 60.000 K leisten.

Dieser Betrag wird in zehn aufeinanderfolgenden Jahresraten von je 6000 K im nachhinein jährlich an uns zu bezahlen sein und wird von uns an die Gemeinde Hainburg nicht mehr zurückerstattet.

Die Gemeinde Hainburg anerkennt ausdrücklich, daß ungeachtet ihrer Beitragsleistung sämtliche von uns und auf unsere Kosten beigestellten Einrichtungen, wie Hochspannungsleitung, Transformatoren ꝛc., auch nach Ablauf des Übereinkommens unser Eigentum verbleiben.

Als jährlicher Mindestverbrauch wird eine Strommenge gewährleistet und bezahlt, die aus der jeweils zwischen der Gemeinde Hainburg und uns vereinbarten und ihr von uns stets zur Verfügung zu haltenden Leistung in Kilo-Volt-Ampère, multipliziert mit der jährlichen Betriebsstundenanzahl von 1250 resultiert.

Die Leistung wird nach Kilowatt und nach den Brennstunden berechnet. Die Berechnung erfolgt so, wie aus der Vorlage nach Alternative A ersichtlich ist. Es ist noch eine Alternative B da, die anders berechnet wird, und es steht der Gemeinde frei, jeweils nach Ablauf des Jahres nach dieser zu rechnen. Vorderhand wird die erste Alternative in Kraft treten. Der Preis ist 25 K per Tonne ab Ostrau; vorgesehen ist, daß, wenn eine Verminderung des Preises von mehr als 20 Prozent eintritt, auch der Preis um ein Viertel ermäßigt wird. Die Gemeinde Hainburg überläßt uns sämtliche in ihrem Gemeindegebiete befindlichen Kraftstromkonsumenten, deren Kapazität 30 Kilowatt übersteigt, zum direkten Anschlusse an unser Leitungsnetz. Wir verpflichten uns, von dem jeweiligen Bruttoertrage, der aus der Stromlieferung für jeden an unser Netz angeschlossenen Kraftstromkonsumenten mit einer Anschlußkapazität von über 30 Kilowatt resultiert,

eine 5prozentige Abgabe an die Gemeinde Hainburg zu leisten. Das sind die wichtigsten Punkte.

Das Übereinkommen ist für die Gemeinde günstig, ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der vorgelegte Entwurf des Übereinkommens zwischen der Firma „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke" und der Stadtgemeinde Hainburg, betreffend Lieferung elektrischer Energie, wird genehmigt.

68. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 4030, Post 23, betrifft die Adaptierungen in der Unterstation der städtischen Elektrizitätswerke VI., Kaunitzgasse. Es wird beantragt, für die geplanten Adaptierungen in den Häusern Or.-Nr. 6 und 8 Kaunitzgasse (Unterstation) vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der kommissionellen Bauverhandlung die Baubewilligung zu erteilen.

Zufolge Aufstellung neuer Akkumulatorenbatterien sind dort Adaptierungsarbeiten notwendig, und zwar die Auswechslung verschiedener Deckenkonstruktionen, die für die neu aufzustellenden Batterien zu schwach sind. Es wird sich ein Gesamterfordernis von 102.526 K ergeben, welche im Präliminare der städtischen Elektrizitätswerke vorgesehen sind.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet, ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Für die geplanten Adaptierungen in den Häusern Or.-Nr. 6 und 8 Kaunitzgasse (Unterstation) wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der kommissionellen Bauverhandlung die Baubewilligung erteilt.

69. Referent Gem.-Rat Schmid: Zahl 3215, Post 19, betrifft das Projekt für den Bau eines Schalt- und Umformerhauses im Simmeringer Kraftwerke mit dem veranschlagten Erfordernisse von 520.374 K 59 h. Es wird beantragt, für das vorgelegte Projekt vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der kommissionellen Bauverhandlung die Baubewilligung zu erteilen.

Bei der gegenwärtigen Phasenspannung von 5500 Volt können die Elektrizitätswerke wegen der rapid wachsenden Ausdehnung des Konsumgebietes und der Beanspruchung in demselben nicht mehr das Auslangen finden. Es wird deshalb in Aussicht genommen, mit der höheren Spannung von 35.000 Volt die elektrische Energie den einzelnen Speisestellen des 5000 Volt-Drehstromkabelnetzes zuzuführen. Dies bedingt die Herstellung einer Schalt- und Transformatorenanlage in der Zentrale Simmering, in welcher der von den Turbogeneratoren mit einer Spannung von 5500 Volt erzeugte Drehstrom auf die Spannung von 35.000 Volt gebracht wird. Anschließend an dieses Schalt- und Transformatorenhaus soll auch eine Anlage mit rotierenden Umformern für den Betrieb der Bahn Wien—Preßburg samt den zugehörigen Schaltapparaten erbaut werden, in welcher Einphasenwechselstrom von 16 Sekundenperioden und 15.000 Volt Spannung erzeugt werden soll. Das zu erbauende Gebäude wird so eingerichtet sein, daß sowohl die Transformatorenanlage für das 35.000 Volt-Drehstromnetz, als auch die Umformeranlage für das 15.000 Volt-Einphasenwechselstromnetz jederzeit erweitert werden können.

Die Baukosten belaufen sich auf 520.374 K 59 h, welcher Betrag sich infolge der zu erwartenden Erstehungsnachlässe auf höchstens 500.000 K reduzieren dürfte. Ebenso hoch wurde im Voranschlage für das Jahr 1913 auch der Bau präliminiert.

Ich bitte um die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet, ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Für das vorgelegte Projekt für den Bau eines Schalt- und Umformerhauses im Simmeringer Kraftwerke mit dem veranschlagten Erfordernisse von 520.374 K 59 h wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der kommissionellen Bauverhandlung die Baubewilligung erteilt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelang Herr Gem.-Rat Schreiner.

70. Referent Gem.-Rat Schreiner: Zahl 3927, Post 24, betrifft das Projekt für die Zufahrtsgeleise zur neu zu errichtenden Wagenhalle III im Bahnhofe Breitensee der städtischen Straßenbahnen.

Es wird beantragt: Das vorgelegte Projekt für die Zufahrtsgeleise zur neu zu errichtenden Wagenhalle III im Bahnhofe Breitensee der städtischen Straßenbahnen wird mit dem aus dem Investitions-Anlehenpräliminace 1912, Kapitel I, Post 18, zu bedeckenden Betrage von 42.000 K genehmigt.

Ich bemerke, daß von der Nachbarrealität Hütteldorferstraße 144, eine Fläche von 25 m² dazukommen muß. Die Besitzerin lehnt jedoch den Verkauf ab. Das Enteignungsverfahren soll aber nur insoweit eingeleitet werden, daß wir eine Servitut darauf erwirken.

Die Anträge sind in Ihren Händen, ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Das vorgelegte Projekt für die Zufahrtsgeleise zur neu zu errichtenden Wagenhalle III im Bahnhofe Breitensee der städtischen Straßenbahnen wird mit dem aus dem Investitions-Anlehenpräliminare 1912 Kapitel I, Post 18, zu bedeckenden Betrage von 42.000 K genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Tomola.

71. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 3362, Post 12, betrifft das Mehrerfordernis für den Schulbau, XVII., Heigerleinstraße.

Dieses Referat erstatte ich für Herrn Kollegen Sebastian Grünbeck.

Bei der Schlußabrechnung hat sich eine Überschreitung von 26.000 K ergeben, die verhältnismäßig gering ist und mit der Beschleunigung der Arbeiten begründet wird.

Ich bitte um die Genehmigung dieses Mehrerforderuisses.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die gegenüber dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 7. Dezember 1909, Z. 15881, für den Schulbau XVII., Heigerleinstraße, bewilligten Gesamtkostenerfordernisse von 679.920 K 57 h aufgelaufenen Mehrkosten per 26.000 K werden genehmigt.

72. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 3743, Post 26, betrifft die Bewilligung einer Subvention für die Herausgabe des bayrisch-österreichischen Gesamtwörterbuches.

Die kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien und die königl. Akademie in München haben sich vereinigt, ein für die deutsche Sprachforschung, insbesondere für die bayrische und österreichische Mundart hochwichtiges Werk zu schaffen.

Dieses Werk, betitelt „Bayrisch-österreichisches Gesamtwörterbuch der Dialekte in Bayern und Österreich" ist so umfangreich, daß für sein Erscheinen viele Jahre in Anspruch genommen werden. Die kaiserl. Akademie der Wissenschaften gibt einen jährlichen Beitrag von 5000 K, die Gemeinde Wien hat im vorigen Jahre 1000 K bewilligt. Bei dem Umstande jedoch, als das Zustandekommen dieses Werkes bis zum Jahre 1920 in Aussicht genommen ist, empfiehlt es sich, damit die Veranstalter mit einem fixen Betrage rechnen können, die Subvention der Gemeinde Wien für mehrere Jahre zu bewilligen.

Es wird daher der Antrag gestellt, die Subvention für fünf Jahre, und zwar 1000 K jährlich, zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet; ich bitte die Herren, die mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der Gemeinderat bewilligt zur Herausgabe des Bayrisch-österreichischen Gesamtwörterbuches eine Subvention von je 1000 K für die Jahre 1913 bis 1917, zu deren Auszahlung gegen Beibringung eines entsprechenden Nachweises des Arbeitsfortschrittes der Magistrat ermächtigt wird.

73. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 3827, Post 27, betrifft die Abänderung der Bestimmung über die Remuneration für die Erteilung des Handfertigkeitsunterrichtes an den Spezial-Schul-Abteilungen.

Es wird beantragt, die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 24. November 1911, P. Z. 17340, festgesetzte Bestimmung über die Remuneration für die Erteilung des Handfertigkeitsunterrichtes an den Spezial-Schul-Abteilungen (Punkt 5 des Beschlusses) hinsichtlich der beiden städtischen Taubstummen-Abteilungen in folgender Weise, und zwar rückwirkend vom 1. Jänner 1913 an abzuändern:

Der Handfertigkeitsunterricht an der V. Klasse (6. bis 8. Schuljahr) der beiden Taubstummen-Abteilungen wird mit einem jährlichen Pauschalbetrage von 200 K für die zu erteilenden sechswöchentlichen Unterrichtsstunden den für den Handfertigkeitsunterricht lehrbefähigten Lehrpersonen für die Dauer der tatsächlichen Unterrichtserteilung remuneriert.

Der Handfertigkeitsunterricht an der I. bis IV. Klasse wird als obligater Lehrgegenstand innerhalb der Lehrverpflichtung gelegen, und da er eine spezielle Befähigung nicht erfordert, nicht besonders entlohnt.

Die Gemeinde Wien behält sich hinsichtlich der erhöhten Remuneration den seinerzeitigen Rückersatzanspruch gegen den zur Tragung der Kosten für die Spezial-Schulen Verpflichteten vor.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 24. November 1911, P. Z. 17340, festgesetzte Bestimmung über die Remuneration für die Erteilung des Handfertigkeitsunterrichtes an den Spezial-Schul-Abteilungen (Punkt 5 des Beschlusses) wird hinsichtlich der beiden städtischen Taubstummen-Abteilungen in folgender Weise, und zwar rückwirkend vom 1. Jänner 1913 an abgeändert:

Der Handfertigkeitsunterricht an der V. Klasse (6. bis 8. Schuljahr) der beiden Taubstummen-Abteilungen wird mit einem jährlichen Pauschalbetrage von 200 K für die zu erteilenden sechs wöchentlichen Unterrichtsstunden den für den Handfertigkeitsunterricht lehrbefähigten Lehrpersonen für die Dauer der tatsächlichen Unterrichtserteilung remuneriert.

Der Handfertigkeitsunterricht an der I. bis IV. Klasse wird als obligater Lehrgegenstand innerhalb der Lehrverpflichtung gelegen, und da er eine spezielle Befähigung nicht erfordert, nicht besonders entlohnt.

Die Gemeinde Wien behält sich hinsichtlich der erhöhten Remuneration den seinerzeitigen Rückersatzanspruch gegen den zur Tragung der Kosten für die Spezial-Schulen Verpflichteten vor.

74. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 3525, Post 25, betrifft das Ansuchen der Genossenschaft der Zimmer- und Dekorationsmaler um Bewilligung eines Betrages für Schulpreise.

Es wird die Bewilligung eines Betrages von 60 K beantragt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der Genossenschaft der Zimmer- und Dekorationsmaler wird ein Betrag von 60 K für Schulpreise bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Zatzka.

75. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 3634, Post 31, betrifft das Ansuchen des Gustav Ziegler um Abstandnahme von den Verbauungsbestimmungen für bauliche Umgestaltungen in dem auf der Liegenschaft Einl.-Z. 481 Unter-St. Veit, XIII., Hietzingerkai 101/103, befindlichen Fabriksgebäude.

Es wird beantragt, die von Gustav Ziegler, Inhaber einer Betriebsanlage für Färberei, Druckerei, Bleicherei und Mercerisage beabsichtigte Abweichung von den mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. März 1893, Z. 333027/91, festgesetzten Verbauungsbestimmungen, darin bestehend, daß in dem auf der Liegenschaft Einl-Z. 481 Unter-St. Veit im XIII. Bezirke, Hietzingerkai 101/103, befindlichen Fabriksgebäude, Konstr.-Nr. 182, die in den vorgelegten Plänen verzeichneten baulichen Umgestaltungen zum Zwecke der Verbesserung mehrerer Betriebsräume vorgenommen werden sollen, zu genehmigen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Die von Gustav Ziegler, Inhaber einer Betriebsanlage für Färberei, Druckerei, Bleicherei und Mercerisage, beabsichtigte Abweichung von den mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. März 1893, Z. 333027/91, festgesetzten Verbauungsbestimmungen, darin bestehend, daß in dem auf der Liegenschaft Einl.-Z. 481 Unter-St. Veit im XIII. Bezirke, Hietzinger Kai Nr. 101/103, befindlichen Fabriksgebäude, Konstr.-Nr. 182, die in den vorgelegten Plänen verzeichneten baulichen Umgestaltungen zum Zwecke der Verbesserung mehrerer Betriebsräume vorgenommen werden sollen, wird genehmigt.

76. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 1074, Post 29, betrifft die Baulinienänderung für die Reichgasse im XIII. Bezirke und Anordnung von Vorgärten daselbst.

Die Straße hat dort statt eine Breite von 15 m eine Breite von 12 m; nun sollen 4 m breite Vorgärten bestimmt werden, sodaß die Häuser 20 m von einander entfernt sind.

Die Herren haben die Anträge in Händen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Hinter den im Plane des Stadtbauamtes, Z. 1112/XIII ex 1911 mit den Buchstaben d e und f a g bezeichneten Baulinienstrecken der Reichgasse im XIII. Bezirke sind mindestens 5 m tiefe Vorgärten anzuordnen und als solche dauernd zu erhalten. Der Abschluß der Vorgärten untereinander und gegen die Straße hat mit einem die Durchsicht freilassenden Gitter auf gemauertem Sockel zu erfolgen.

2. An der Grenze der Häuser Lainzerstraße 48 und Reichgasse 2 ist ein je 3 m breiter Raum als Seitenabstand dauernd unverbaut zu belassen.

3. Am Zusammenstoße der Häuser Lainzerstraße 48 und Reichgasse 2 wird die genehmigte Baulinie nach der im Plane rot schraffierten, mit den Buchstaben a b c bezeichneten Linie abgeändert.

77. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 2336, Post 33, betrifft die Baulinienabänderung für die Kupelwiesergasse zwischen Wenzgasse und Lainzerstraße im XIII. Bezirke.

Hier handelt es sich um dasselbe nur mit dem Unterschiede, daß die Baulinie abgeschwenkt werden soll. Die Herren haben die Anträge in Händen, ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Die genehmigten Baulinien für den Teil der Kupelwiesergasse zwischen der Wenzgasse und der Lainzerstraße werden unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 12 m nach den im Plane 1 des Stadtbauamtes, Z. 3130/XIII ex 1912, rot schraffierten Linien a b c d, beziehungsweise e f g h abgeändert.

2. Hinter diesen Baulinien sind mindestens 4 m tiefe Vorgärten anzulegen und dauernd zu erhalten. Der Abschluß derselben untereinander und gegen die Straße hat mit die Durchsicht gestattenden Gittern auf Sockeln zu erfolgen.

3. Die für dieses Gebiet bereits erlassenen Verbauungsbestimmungen bleiben aufrecht.

78. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 3487, Post 28, betrifft das Ansuchen des Dr. Alexander Vinzenz Wolf als Vormund der Erben nach Franziska Abel um Abstandnahme von den Verbauungsbestimmungen für die Liegenschaft Einl.-Z. 187 Hietzing, XIII., Hietzinger-Kai 81.

Es wird beantragt, den Erben nach Franziska Abel unter Abstandnahme von den mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. März 1893, P. Z. 3294/91, festgesetzten Verbauungsbestimmungen die Herstellung eines ebenerdigen Kanzleigebäudes und zweier hölzerner Lagerschuppen auf der Liegenschaft Einl.-Z. 187 des Grundbuches Hietzing am Hietzinger-Kai im XIII. Bezirke für den Betrieb eines Schieferdeckergewerbes vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung zu gestatten. Es wird jedoch bedungen, daß sich die Bauwerber für sich und ihre Rechtsnachfolger mittels intabulationsfähigen Reverses verpflichten, die angeführten Baulichkeiten über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien sofort und ohne Anspruch auf eine Entschädigung zu demolieren, widrigens die Gemeinde berechtigt sein soll, die Demolierung auf Gefahr und Kosten der jeweiligen Grundeigentümer zu veranlassen. Der Betrieb besteht bereits.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Den Erben nach Franziska Abel wird unter Abstandnahme von den mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. März 1893, P. Z. 3294/91, festgesetzten Ver-

bauungsstimmungen die Herstellung eines ebenerdigen Kanzleigebäudes und zweier hölzerner Lagerschuppen auf der Liegenschaft Einl.-Z. 187 des Grundbuches Hietzing am Hietzinger Kai im XIII. Bezirke für den Betrieb eines Schieferdeckergewerbes vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung gestattet. Hiebei wird bedungen, daß sich die Bauwerber für sich und ihre Rechtsnachfolger mittels intabulationsfähigen Reverses verpflichten, die angeführten Baulichkeiten über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien sofort und ohne Anspruch auf eine Entschädigung zu demolieren, widrigens die Gemeinde berechtigt sein soll, die Demolierung auf Gefahr und Kosten der jeweiligen Grundeigentümer zu veranlassen.

79. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 2253, Post 30, betrifft das Detailprojekt für die elektrische Anlage, Blitzableiteranlage, elektrische Aufzüge und die Gasanlage im Pavillon I des Wiener Versorgungsheimes.

Es wird beantragt, das Detailprojekt für die Ausführung der elektrischen Anlage (veranschlagt mit 19.500 K), der Blitzableiteranlage (veranschlagt mit 1350 K), der Gasanlage (veranschlagt mit 4200 K), eines elektrischen Personenaufzuges (veranschlagt mit 8300 K) und eines elektrischen Speisenaufzuges (veranschlagt mit 5200 K) am Baue des Pavillons I des Wiener Versorgungsheimes zu genehmigen und zur Kenntnis zu nehmen, daß sich hiedurch die bisher bewilligten Baukosten von 1,254.185 K 48 h um 38.550 K erhöhen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Das Detailprojekt für die Ausführung der elektrischen Anlage (veranschlagt mit 19.500 K), der Blitzableiteranlage (veranschlagt mit 1350K), der Gasanlage (veranschlagt mit 4200 K), eines elektrischen Personenaufzuges (veranschlagt mit 8300 K) und eines elektrischen Speiseaufzuges (veranschlagt mit 5200 K) am Baue des Pavillons I des Wiener Versorgungsheimes wird genehmigt und zur Kenntnis genommen, daß sich hiedurch die bisher bewilligten Baukosten von 1,254.185 K 48 h um 38.550 K erhöhen.

80. Referent Gem.-Rat Zatzka: Zahl 3755, Post 32, betrifft das Ansuchen der Magistrats-Abteilung XI b um Umgangnahme von den Verbauungsbestimmungen für den Bau des Pavillons I des Versorgungsheimes.

Die Genehmigung des dritten Stockwerkes wurde eigentlich vom verehrten Gemeinderate schon durch die Genehmigung der Pläne gegeben. Nachdem aber das magistratische Bezirksamt als Baubehörde auf der formellen Zustimmung des Gemeinderates besteht, bitte ich, die Baubewilligung zu erteilen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bitte jene Herren, welche für den Stadtrats-Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: In Abweichung von den mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. März 1893, Z. 333027/91, festgesetzten Verbauungsbestimmungen wird für den Bau des Pavillons I des Versorgungsheimes die Ausführung von drei Stockwerken bewilligt und somit auf Grund des anstandslosen Ergebnisses der kommissionellen Bauverhandlung die Baubewilligung erteilt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es findet noch eine kurze vertrauliche Sitzung statt.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 8 Uhr 13 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom

11. März 1913.

Vorsitzender: **Vize-Bürgermeister Hierhammer.**

1. (4020.) **Vize-Bürgermeister Hoß** referiert über die Übernahme des Ober-Werkführers im K. k. Allgemeinen Krankenhause Josef Mokre in den Dienst des Kaiserjubiläums-Spitales und stellt den Antrag:

Der gegenwärtige Ober-Werkführer im K. k. Allgemeinen Krankenhause Josef Mokre wird zum definitiven Gemeindebeamten mit den Bezügen der IX. Rangsklasse (das ist 3000 K Gehalt, 1500 K Quartiergeld oder nach Wahl der Gemeinde dem Genusse einer Naturalwohnung im Spitale und der 25prozentigen Quartiergeldquote) ernannt. Es kommt ihm der Titel „Revisor der medizinischen Einrichtung im Jubiläumsspitale" zu. Die bisher im Dienste der k. k. Krankenanstalt ununterbrochen zugebrachte Dienstzeit vom 15. Oktober 1898 wird dem Josef Mokre hinsichtlich der Ruhegenüsse, der Witwen- und Waisenversorgung eingerechnet. (Angenommen.)

2. (3461.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Rosa Meuser, Wasserleitungs-Aufseherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe für ihren Sohn Josef und stellt den Antrag:

Der Genannten wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 72 K für ihren Sohn Josef, geboren 14. Dezember 1899, vom 14. Februar 1913 bis Ende 1913, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

3. (3523.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Antonia Martinko, Aushilfsdienerswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe für ihren Sohn Leopold und stellt den Antrag:

Der Genannten wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 72 K für ihren in Lehre stehenden Sohn Leopold vom 14. März 1913 bis 30. Mai 1914, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

4. (3524.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Josefa Danzinger, Straßenarbeiterswitwe, um Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Genannten wird unter Einstellung ihrer Armenpfründe eine Gnabengabe von jährlich 360 K vom 1. März 1913 bis Ende 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

5. (3598.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß und stellt den Antrag:

Demselben wird ein in 40 ununterbrochenen Monatsraten rückzahlbarer sechsmonatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 1000 K unter Abzug des noch aushaftenden Gehaltsvorschußrestes per 275 K im Restbetrage von 725 K bewilligt.

(Angenommen.)

6. (3934.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Hochhauser, Kanzlistenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe für ihren Sohn Josef und stellt den Antrag:

Der Genannten wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 72 K für ihren Sohn Josef, geboren 14. Februar 1898, derzeit in der VI. Gymnasialklasse mit gutem Erfolge, vom 14. Februar 1913 bis Ende 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

7. (4019.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bau-Direktors Ingenieur Karl Sykora um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und stellt den Antrag:

Dem städtischen tit. Bau-Direktor Ing. Karl Sykora wird aus Anlaß seines Übertrittes in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner 40jährigen, ausgezeichneten und hervorragenden Tätigkeit im Dienste der Gemeinde Wien das taxfreie Bürgerrecht verliehen. (Angenommen.)

8. (4137.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ober-Rechnungsrates Hans Summerer um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und stellt den Antrag:

Dem Ober-Rechnungsrate Hans Summerer wird anläßlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand für seine langjährige, pflichteifrige und sehr ersprießliche Dienstleistung die vollste Anerkennung ausgesprochen. (Angenommen.)

9. (3987.) **Gem.-Rat Baron** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirksvorsteher und Reichsrats-Abgeordneten des XIX. Bezirkes Wenzel Kuhn und stellt den Antrag:

Dem Genannten wird anläßlich des Ablaufes seiner zweiten Funktionsperiode als Bezirksvorsteher in Anerkennung seines langjährigen, ersprießlichen Wirkens auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens das taxfreie Bürgerrecht verliehen.

(Angenommen.)

10. (3752.) **Derselbe** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirksrat Rudolf Klippel und stellt den Antrag:

Dem Genannten wird in Anerkennung seiner langjährigen, verdienstvollen Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung sowie in Würdigung seiner mehr als 20jährigen Tätigkeit als Mitglied, beziehungsweise Hauptmann der Freiwilligen Feuerwehr Nußdorf die goldene Salvator-Medaille verliehen. (Angenommen.)

11. (4018.) **Gem.-Rat Schreiner** referiert über die Verleihung kommunaler Auszeichnungen an die Bezirksräte des XV. Bezirkes Hermann Holzwarth, Franz Neuner, Josef Weinheimer und den Obmann des Ortsschulrates Theodor Krauß und stellt den Antrag:

In Anerkennung ihrer mehr als 15jährigen Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung wird den Bezirksräten des XV. Bezirkes Hermann Holzwarth, Franz Neuner und Josef Weinheimer die goldene, dem Obmanne des Ortsschulrates und Bezirksrat Theodor Krauß die große goldene Salvator-Medaille verliehen. (Angenommen.)

12. (3377.) **Gem.-Rat Tomola** referiert über die Verpachtung der Türkenschanzparkrestauration und stellt den Antrag:

Die Restauration im Türkenschanzparke wird vom 1. Mai 1913 bis zum 30. April 1918 dem Romeo Trost, VIII., Strozzigasse 17, um den Jahrespachtzins von 30.000 K und unter den Bestimmungen der der Offertverhandlung vom 10. Jänner 1913 zugrunde gelegenen Bedingnisse verpachtet.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(VII. Gemeindebezirk, Neubau.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom **17. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **kaiserl. Rat Franz Weidinger.**

Schriftführer: Kanzleileiter Ober-Offizial Franz Prem.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen und erklärt nach konstatierter Beschlußfähigkeit die Sitzung für eröffnet.

Hierauf wird das Protokoll der Sitzung vom 9. Jänner 1913 verlesen. Dasselbe wir genehmigt.

Einlauf.

(294.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung II, betreffend Einberufung einer Enquete zur Reform des gewerblichen Kreditwesens.

(293.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung IX, betreffend die gänzliche Auflassung des Kabsfuhrwerkes im Interesse der Straßenreinhaltung.

Hiezu bemerkt **B.-V. kaiserl. Rat Weidinger**, daß sich erst wieder in der jüngsten Zeit im VII. Bezirke der Übelstand der rücksichtslosesten Verunreinigung der Kirchengasse und Lindengasse durch Kabsfuhrwerk ergeben habe. Dennoch glaube er, daß man das Kabsfuhrwerk aus bauökonomischen Gründen nicht werde entbehren können. Eine Abhilfe könnte jedoch durch strenge Strafen,

Haftbarmachungen des Bauführers für alle durch den Unternehmer erfolgten Schäden und Einführung einer entsprechenden Kabstype geschaffen werden.

Zustimmung.

(133.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend Beleuchtung der Stiegen und Gänge in den Morgenstunden durch die Hauseigentümer.

V.-V. kaiserl. Rat Weidinger glaubt, daß hier eine Regelung im Verordnungswege nicht notwendig sei, da sich diese Angelegenheit am besten durch ein Einvernehmen zwischen Hauseigentümern und Mietern ordnen lasse. Eine solche Verordnung zwinge die Hausherren zu Geldopfern und beunruhige die Mieter, die ohnehin schon hohe Zinse zahlen.

V.-R. Wittner spricht für die Erlassung einer solchen Verordnung, jedoch wird den Ausführungen des kaiserl. Rates zugestimmt.

(238.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung XV, betreffend Einführung von Signalpfeifen für Automobile während der Nacht.

Zustimmung.

(132.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung XXI, betreffend Rücksichtnahme bei der Steuereinhebung auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage.

Zustimmung.

V.-V. kaiserl. Rat Weidinger teilt mit, daß er mit der Direktion des Deutschen Volkstheaters ein Abkommen getroffen habe, so daß ihm trotz des allgemein schlechten Ganges der Theater eine Summe von 3500 K zur Verfügung gestellt worden sei, und beantragt, der Direktion den Dank der Bezirksvertretung zum Ausdrucke zu bringen.

Einstimmig angenommen.

V.-R. Dr. Kuhn, beantragt dem Vorsteher für seine Bemühungen den Dank auszusprechen.

Einstimmig angenommen.

Über Vorschlag des **V.-V. kaiserl. Rates Weidinger** wird beschlossen:

Dem Unterstützungsverein für Arme des VII. Bezirkes 200 K; der Neubauer Ferienkolonie 200 K; dem Neubauer Knabenhort 100 K; den „Maria-Trost-Spatzen" 100 K zuzuwenden. Ebenso werden der Vinzenzkonferenz zu St. Ulrich 100 K, dem Frauen-Wohltätigkeitsverein 50 K als Subvention vom Vorsteher aus anderen Mitteln zuerkannt.

Ferner wird beschlossen, den Restbetrag von 2900 K durch die Bezirksräte an die Armen des Bezirkes zur Verteilung zu bringen, und zwar so, daß auf jeden Bezirksrat ein Betrag von 138 K entfällt.

Sodann dankt **V.-R. Ohrfandl** namens der Ferienkolonie und des Knabenhortes, **V.-R. Bauer** namens der „Maria-Trost-Spatzen", Dr. Kuhn und **V.-R. Köck** namens der Vinzenz-Konferenz dem Bezirksvorsteher für die Zuwendungen.

Anträge, Interpellationen ꝛc..

V.-R. Wittner beschwert sich, daß die Bezirksräte Erhebungen über Vermögensverhältnisse bei Telephongebührenrückständen ꝛc. pflegen sollen.

V.-V. kaiserl. Rat Weidinger begründet dies mit der Geschäftsordnung.

V.-R. Rammer beantragt, die Gemeinde Wien möge beim Umbaue von Or.-Nr. 9 Mondscheingasse Vorsorge treffen, daß Kleinwohnungen geschaffen werden, damit der Mittelstand nicht ganz vom Bezirke verdrängt werde.

Angenommen.

V.-R. Ohrfandl urgiert die Aufstellung eines frostfreien Brunnens in der Neustiftgasse bei der Markthalle.

Abteilung VIII.

Derselbe wünscht ferner, daß bei der Markthalle in der Neustiftgasse eine ganznächtige Straßenlaterne angebracht werde.

Abteilung IV.

Derselbe regt an, daß vom Baue in der Mariahilferstraße ein Teil des Kabsfuhrwerkes durch die Gumpendorferstraße geleitet werde.

Magistratisches Bezirksamt VII.

V.-R. Wittner beschwert sich darüber, daß die Kehrichtabfuhr in der Zieglergasse bei der Schule Or.-Nr. 49 gerade um ½2 Uhr nachmittags erfolge, wodurch die Schulkinder in ihrer Gesundheit gefährdet erscheinen.

V.-V. kaiserl. Rat Weidinger verspricht Abhilfe.

V.-R. Mager urgiert die Umwandlung der Gasflamme Nr. 929 in eine ganznächtige.

Magistrats-Abteilung IV.

Derselbe bemängelt, daß die Straßen oft nur mangelhaft bespritzt und gekehrt werden, weil die Spritzwagen den auf der Straße stehenden Wagen ausweichen müßten.

Ferner wünscht **Derselbe**, daß die Bezirksräte bei Kommissionen über Tischaufstellungen die Interessen der Geschäftsleute wahren mögen.

Zur Kenntnis.

Derselbe beschwert sich ferner:

1. Über die Straßenverstellung bei der Ulrichskirche und bemängelt

2. daß die Zeit auf den Turmuhren der Kirche schwer ablesbar sei.

Ad 1 Bezirksamt.

Derselbe bemängelt schließlich, daß die Straßenbahnwagen voll Zettel und Annoncen seien und ihren guten Eindruck eingebüßt haben.

Direktion der Straßenbahn.

V.-V.-St. Ebeling urgiert die Anbringung eines Briefkastens am Amtshause VII., Hermanngasse 24.

An die k. k. Post-Direktion.

V.-R. Sahliger beschwert sich über die argen Straßen- und Trottoirverstellungen durch den Spediteur Karl Herrmann, VII., Hermanngasse 33, und ersucht um Einleitung der Strafamtshandlung.

An das magistratische Bezirksamt VII.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 5. März 1913, Z. 3417/13:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat sich laut Erlasses vom 27. Februar 1913, Z. 393-II, bestimmt gefunden, dem Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Knaben XIX., Wigandgasse 29, Josef Haerdtl für sein verdienstvolles Wirken als Schulleiter sowie für die eifrige Pflege der Obstkultur, die es ihm ermöglichte, eine Reihe von Schulgärten teils kostenlos, teils gegen sehr geringe Entschädigung mit Obstbäumen auszustatten, die belobende Anerkennung auszusprechen.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 11. und 13. März 1913.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine)	9697 Stück
Fettschweine	7388 „
Summe	17085 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 61 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	15137 Stück
für das Land	1741 „
unverkauft blieben	207 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I.	Qualität	von 126	bis 136 h	(extrem bis 144 h)
II.	„	„ 116	„ 124	„
III.	„	„ 108	„ 114	„

Fettschweine:

I.	Qualität	von 126	bis 134 h	(extrem bis 136 h)
II.	„	„ 116	„ 125	„
III.	„	„ 108	„ 115	„

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten waren im Vergleiche zur Vorwoche um 1220 Fleischschweine weniger und um 1059 Fettschweine mehr aufgetrieben.

Bei ruhigem Geschäftsgange wurden Fettschweine in Prima- und Mittelsorten um 4 h per Kilogramm, in minderer Ware bis 6 h per Kilogramm billiger verkauft. Fleischschweine haben bei lebhaftem Verkehre um 2 bis 4 h per Kilogramm im Preise angezogen.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 11. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von 20 K 40 h	bis 24 K 80 h
Roggen („ 69—74 kg)	„ 18 „ 50	„ „ 20 „ — „
Gerste	„ 14 „ 80	„ „ 19 „ — „
Mais	„ 15 „ 70	„ „ 20 „ 80 „
Hafer	„ 18 „ 70	„ „ 22 „ 30 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von 33 K 40 h	bis 35 K 80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„ 26 „ —	„ „ 35 „ — „
Roggenmehl	„ 21 „ 70	„ „ 30 „ 70 „
Weizenkleie	„ 12 „ 40	„ „ 13 „ 60 „
Roggenkleie	„ 12 „ 40	„ „ 12 „ 60 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 12. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von 20 K 20 h	bis 24 K 60 h
Roggen („ 69—74 kg)	„ 18 „ 50	„ „ 19 „ 90 „
Gerste	„ 14 „ 80	„ „ 19 „ — „
Mais	„ 15 „ 60	„ „ 20 „ 80 „
Hafer	„ 18 „ 50	„ „ 22 „ 10 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von 33 K 40 h	bis 35 K 80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„ 26 „ —	„ „ 35 „ — „
Roggenmehl	„ 21 „ —	„ „ 30 „ 20 „
Weizenkleie	„ 12 „ 60	„ „ 13 „ 60 „
Roggenkleie	„ 12 „ 60	„ „ 12 „ 80 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 13. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von 20 K 20 h	bis 24 K 60 h
Roggen („ 69—74 kg)	„ 18 „ 50	„ „ 19 „ 80 „
Gerste	„ 14 „ 80	„ „ 19 „ — „
Mais	„ 15 „ 60	„ „ 20 „ 80 „
Hafer	„ 18 „ 50	„ „ 22 „ 10 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von 33 K 40 h	bis 35 K 80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„ 26 „ —	„ „ 35 „ — „
Roggenmehl	„ 21 „ 20	„ „ 30 „ 20 „
Weizenkleie	„ 12 „ 60	„ „ 13 „ 60 „
Roggenkleie	„ 12 „ 60	„ „ 12 „ 80 „

per 100 kg.

* * *

Pferdemarkt vom 11. März 1913.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 443 Pferde.

275 Gebrauchspferde, 167 Schlächterpferde, 1 Esel.

Preis: für Gebrauchspferde . . 150 bis 1400 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 80 „ 210 „ „ „
„ Esel . . . . . 60 „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 10. und 13. März 1913.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	36	Schafe lebend	324
Kälber ausgeweidet . .	4312	Schafe ausgeweidet . .	140
Lämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet	2118
Lämmer ausgeweidet . .	2569		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I.	Qualität . . . . von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„ . . . . . „	104	„	128 „	
III.	„ . . . . . „	—	„	— „	

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität . . . . von	142	bis	170 h	(extrem bis 188 h)
II.	„ . . . . . „	124	„	140 „	
III.	„ . . . . . „	100	„	120	

Lämmer lebend (per 1 kg:)

I.	Qualität . . . von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„ . . . . . „	—	„	— „	
III.	„ . . . . . „	—	„	— „	

Lämmer ausgeweidet (per 1 Paar):

I.	Qualität . . . . von	—	bis	— K	(extrem bis — K)
II.	„ . . . . . „	13	„	60 „	
III.	„ . . . . . „	—	„	— „	

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität . . . . von	124	bis	136 h	(extrem bis — h)
II.	„ . . . . . „	106	„	120 „	
III.	„ . . . . . „	94	„	104 „	

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität . . . . von	146	bis	160 h	(extrem bis 168 h)
II.	„ . . . . . „	136	„	148 „	
III.	„ . . . . . „	120	„	136 „	

Schafe lebend (per 1 Stück):

I.	Qualität . . . . von	—	bis	— K	extrem bis — K)
II.	„ . . . . . „	—	„	— „	
III.	„ . . . . . „	—	„	— „	

Schafe lebend (per 1 kg):

I.	Qualität . . . . von	70	bis	74 h	(extrem bis — h)
II.	„ . . . . . „	68	„	— „	
II.	„ . . . . . „	—	„	— „	

Auf den Jungviehmärkten wurden um 429 Stück Kälber weniger zugeführt. Bei lebhafter Kauflust konnten sämtliche Kälbersorten die vorwöchentlichen Preise fest behaupten, in vielen Fällen um 4 h per Kilogramm teuerer.

Auf dem Schafmarkte wurden um 956 Stück Schafe weniger aufgetrieben und wurde zu vorwöchentlichen Preisen gehandelt.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 13. März 1913 311 Stück Mast- und 25 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Weidner Fettschweine wurden um 2 bis 4 h per Kilogramm teuerer abverkauft. Weidner Fleischschweine sowie Weidner Lämmer konnten die vorwöchentlichen Preise behaupten.

In weidner Schafen war der Geschäftsverkehr belanglos.

Baubewegung

vom 11. bis 13. März 1913.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

III. Bezirk: Haus, Keilgasse 11, von Wenzel König, IV., Schikanedergasse 13, Bauführer derselbe (2193).

Umbauten.

XIII. Bezirk: Felbigergasse 64, von Elisabeth Hauf, VI., Gumpendorferstraße 135, Bauführer Theodor Loserth (13491).

Zubauten.

X. Bezirk: Schuppen, Kat.-Parz. 1477/2, von Rudolf Schmidt & Komp. (15835).
„ „ Kompressoranlage, Süßmayergasse, Kat.-Parz. 1998, von Rudolf Schmidt & Komp. (15836).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Weinberggasse, Einl.-Z. 594, von Hugo Frankfurther, I., Postgasse 13 (347).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Am Hof 9, von der Magistrats-Abteilung IV (2026).
„ „ Johannesgasse 3, von der Mater Vinzenzia Heimel, derzeit Oberin der Ursulinnen noe. des Klosters der Ursulinnen in Wien, Bauführer Anton Schäftner & Hans Flicker (2141).
II. Bezirk: Leopoldsgasse 15 a, von Karl Schönhofer, ebenda, Bauführer Karl Fleischer (2156).
„ „ Novaragasse 48, von Bruno Altmann, IX., Porzellangasse 7 b, Bauführer derselbe (2171).
III. Bezirk: Ungargasse 59 61, von Portois & Fix, ebenda, Bauführer Waiß & Freitag A.-G. & Meinong (2059).
„ „ Boerhavegasse 13/15, von der k. k. n.-ö. Statthalterei (2135).
„ „ Gerlgasse 21, von Wilhelm Funk, Strohgasse 12 (2161).
IV. Bezirk: Mittersteig 4, von Ferdinand Böhm, ebenda, Bauführer Jul. Hecht (2194).
V. Bezirk: Wimmergasse 19, von Anna Gaiseck, ebenda, durch Fabian Blaha, Bauführer derselbe (2152).
VII. Bezirk: Burggasse 93, von Josef Kraft, ebenda, Bauführer Joh. Schrepfer (2145).
„ „ Mariahilferstraße 76, von Julius Goldschläger, IV., Prinz Eugen-Straße 32, Bauführer Heinrich Erhard (2183).
„ „ Neubaugasse 36, von der Wiener Schauspielhaus-Gesellschaft m. b. H. „Volksbühne" durch Direktor A. Rundt, ebenda (2199).
IX. Bezirk: Grünetorgasse 19, von Dr. Weisl noe. Charlotte Weisl, VII., Kirchengasse 48, Bauführer Karl Hofmann (2170).
„ „ Lazarettgasse 16, vom Landesverein vom „goldenen Kreuze", I., Herrengasse 7, Bauführer Löschner & Helmer (9187).

XII. Bezirk: Tivoligasse 70, von Ernesto Somma, Bauführer Matth. Ramsauer (10697).
XIII. Bezirk: Gallgasse 10, von Josef Züger und Josefa Schatzl, ebenda, Bauführer Ferd. Gerhartshuber (13127).
" " Speisingerstraße 40, von Heinrich Hirsch, ebenda, Bauführer Ferd. Gerhartshuber (13129).
" " Mantlergasse 47, von Heinrich Sonnenfeld, VII., Kirchengasse 19, Bauführer Franz Peydl (13362)
" " Gallgasse 41 von Johann und Therese Fleck, Bartholomäusgasse 4, Bauführer Ferd. Gerhartshuber (13481).
XIX. Bezirk: Windhabergasse 12, von Josef Frühbeck, Bauführer Brüder Paul (552).
" " Sieveringerstraße 135, von Theodor Friedmann, VI., Mariahilferstraße 120, Bauführer Adolf Micheroli (561).
" " Weinberggasse 28, von Jakob Schwarz (571).
" " Himmelstraße 55, von Andreas Bibsa (390).
XX. Bezirk: Handelskai 12, von der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, ebenda, Bauführer Max Ott (2114).

Diverse geringere Bauten.

V. Bezirk: Magazinstrakt, Schönbrunnerstraße 47, von Ad. Seidler, VI, Linke Wienzeile 12, Bauführer Adolf Rothermann & Wilh. Kotscher (2200).
VI. Bezirk: Schuppen, Wallgasse 14, von Gisela und August Haag, ebenda (2153).
" " Steinzeugrohrkanal, Millergasse 41, von Hedwig und Emilie Schwarz, ebenda, Bauführer Anton Witzmann (2179).
XII. Bezirk: Feuermauer, Pohlgasse 31, von Antonia Takacs und Ignaz Klupp, Bauführer Ignaz Klupp (10883).
XIII. Bezirk: Veranda, Speisingerstraße 2, von Marie Weide, ebenda, Bauführer Ferd. Gerhartshuber (13128).
" " Garage, Hietzinger Hauptstraße 50, von Jakob Schmid, ebenda, Bauführer W. Kotscher (13147).
" " Schuppen und Stall, Jagdschloßgasse 13, von Martin Leopold, ebenda, Bauführer derselbe (13363).
" " Veranda, Speisingerstraße 77, von Anna Tögel, ebenda, Bauführer Lambert Hofer (13365).
" " Einfriedung, Unter-St. Veit, Hügelgasse, Einl.-Z. 532, von Dr. Richard Batka, Hügelgasse 7, Bauführer Otto Gielow (13141).
XIX. Bezirk: Einfriedung, Cobenzlgasse 69, von Otto Waldstein (534).
" " Stützmauer, Langackergasse 11, von Hermann Rauscher (563).
" " Garteneinfriedung, Springsiedelweg, Einl.-Z. 199, von Josefine Bernatzik (608).
" " Gartenaufgangstiege, Heiligenstadt, Springsiedelweg 29, Einl.-Z. 623, von Wanda Gräfin Lubinska (629).
XX. Bezirk: Stall, Werftstraße, Kat-Parz. 36771, von Johann Kölbl, Gerhardusgasse 10, Bauführer Rudolf Hartl (2143).
XXI. Bezirk: Werkstatt, Groß-Jedlersdorf, Kat.-Parz. 149/5, Einl.-Z 675, von Florian Ott, Brünnerstraße 171 (12172).
" " Schuppen, Groß-Jedlersdorf, Kat.-Parz. 149/6, Einl.-Z. 606, von Florian Ott, Brünnerstraße 171 (12173).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

III. Bezirk: Kärchergasse, Einl.-Z. 646, von der Wiener Baugesellschaft, A.-G., I., Wallnerstraße 1 a (2119).
V. Bezirk: Nikolsdorferstraße 39, von Anton Oreste und Antonia Bastreri, Nikolsdorfergasse 41 (Aussteckung) (2155).
IX. Bezirk: Waisenhausgasse, Einl.-Z. 1169, vom fürsterzbischöflichen Ordinariat durch Generalvikar Dr. Josef Pfluger (2144).
XIII. Bezirk: Breitensee, Einl.-Z. 395, von Stephan Amand, Hütteldorferstraße 102 (12959).
" " Unter-St. Veit, Hügelgasse, Einl.-Z. 532, von Dr. Richard Batka, Hügelgasse 7 (13023).
" " Hütteldorf, Einl.-Z. 76, von Heinrich Hackl, V., Arbeitergasse 25 (13349).
XVI. Bezirk: Hasnerstraße 105, Einl.-Z. 3112 Grundbuch Ottakring, von Michael Heinrich, Neulerchenfelderstraße 78, Bauführer Alfred Nikoladoni (16355).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Einl.-Z. 1506, 1589, von Rudolf Herzer, Billrothstraße 37 (542).
" " Sollingergasse, Ecke Hutweidengasse, Einl.-Z. 592, von Hugo Frankfurther, I., Postgasse 13 (593).
" " Heiligenstadt, Barawitzkagasse 36, Einl.-Z. 198, von Dr. Max Strauß, I., Schottengasse 10 (612).

Demolierungsanzeigen.

IX. Bezirk: Waisenhausgasse, Einl.-Z. 1169, von Josef Schmalzhofer, Waisenhausgasse 16 (2169).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Dir. d. städt. Elektrizitätsw., 403/I c.

4. März 1913.

Adaptierungen in den Häusern VI., Kaunitzgasse 6 und 8.

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Bublik J. — Kostenanschlagspreise.
Niel Karl — Nachlaß 6%.
Aufzahlung 5% für Unvorhergesehenes und Regiearbeiten.
Schoderböck Rudolf — Aufzahlung 10%.
Ranzinger Martin — Kostenanschlagspreise.
Kamenický Emanuel — Nachlaß 6·7%.
Aufzahlung 10% für Regiearbeiten.
Rella H. & Komp. — Nachlaß 21·4%.
Aufzahlung 5% für Regiearbeiten.
Haupt Max — Nachlaß 10%.
Regiearbeiten nach Preistarif.
Irschik Hans — Aufzahlung 10%.
Aufzahlung 20% für Regiearbeiten und Unvorhergesehenes.
Glisch Edmund — Nachlaß 7%.
Nachlaß 8% bei gleichzeitiger Übertragung der Arbeiten im Hause VI., Kaunitzgasse 6.
Netzl Lorenz — Nachlaß 13%.

Träger und Eisenkonstruktionen.

Waagner R. Ph., L. & J. Biró & A. Kurz — Nachlaß 4·5%.
Neumeier Karl — Kostenanschlagspreise.
Janisch Johann — Kostenanschlagspreise.
Sasse Heinrich — Nachlaß 6·5%.
Unvorhergesehenes und Regiearbeiten nach Preistarif.
Wahlberg Max — Nachlaß 1%.

Zimmermannsarbeiten.

Rella H. & Komp. — 3000 K.
Muth Anton — Nachlaß 26%.
Nachlaß 19% bei gleichzeitiger Übertragung der Arbeiten im Hause VI., Kaunitzgasse 6.
Regiearbeiten und Unvorhergesehenes nach Preistarif.
Dezort Franz — Aufzahlung 8%.
Unvorhergesehenes nach Preistarif.
Schlögl Leopold — Nachlaß 4%.
Aufzahlung 10% für Unvorhergesehenes und Regiearbeiten.
Demal Franz — Nachlaß 5%.
Otte Hermann — Kostenanschlagspreise.
Tauber Anton — Aufzahlung 15%.
Schmid Franz jun. — Nachlaß 8%.
Hartl Wenzel — Nachlaß 11%.

Anstreicherarbeiten.

Jaschke Ernst — Nachlaß 5%.
Butschek Karl — Nachlaß 18%.
Abzieher Ignaz — Nachlaß 20%.
Luther Karl — Nachlaß 10%.
Radda Josef — Nachlaß 17%.
Meißl O. M., Ges. m. b. H. — Nachlaß 19%.
Stepner Rudolf & Max Wolf — Nachlaß 12%.
Rühmkorf Adolf — Nachlaß 14%.
Hanel Karl und Josef — Nachlaß 16%.
Sirmer Johann — Nachlaß 16%.
Silwand Franz — Kostenanschlagspreise.
Grohmann Heinrich — Nachlaß 15%.

* * *

M. Abt. XV, 10206/12.
11. März 1913.

Schulbau XIV., Felberstraße.

Anstreicherarbeiten.

Quante Friedrich — Nachlaß 10%.
Kubik Gottlieb — Kostenanschlagspreise.
Rühmkorf Adolf — Nachlaß 16%.
Kartler Karl — Nachlaß 18%.
Rund Karl — Nachlaß 20%.
Mikša Josef — Nachlaß 22%.
Achatzy Karl — Nachlaß 12%.
Radda Josef — Nachlaß 24%.
Grohmann Heinrich — Nachlaß 20%.
Abzieher Ignaz — Nachlaß 21%.
Bazant Rudolf — Nachlaß 16%.
Butschek Karl — Nachlaß 18%.
Kern Johann — Nachlaß 17%.
Schlosser Johann — Nachlaß 18%.
Jaschke Ernst — Nachlaß 20%.
Hanel Karl & Josef — Nachlaß 23%.
Weiße Friedrich Paul — Nachlaß 10%.
Markeli Karl — Nachlaß 18·5%.
Kolb Alois — Nachlaß 6%.
Steppner Rudolf & Max Wolf — Nachlaß 22%.
Bestle Ludwig — Nachlaß 14%.
Luther Karl — Nachlaß 15%.
Perger Johann — Nachlaß 10%.
Burger Josef — Nachlaß 20%.

Möbeltischlerarbeiten.

Zieleniecky Julius — Nachlaß 5%.
Stepanek Karl — Nachlaß 8%.
Herndl Burghard und Franz Jirka — Kostenanschlagspreise.
Schmidt Heinrich — Kostenanschlagspreise.
Genossenschaft der Tischler in Wien — Aufzahlung 3%.
Kezlik Adalbert — Aufzahlung 10%.
Breitenstein Fritz — Nachlaß 4%.
Ranftl Karl — Kostenanschlagspreise.
Huber Michael — Nachlaß 10%.
Solar Franz — Kostenanschlagspreise.

* * *

M. Abt. IX, 3090/12.
12. März 1913.

Instandsetzung der Phorushalle.

Baumeisterarbeiten.

Kamenitzky Emanuel — Kostenanschlagspreise.
Robl Alois — Nachlaß 10%.
Netzl Lorenz — Nachlaß 20·5%.
Bayerl Rud. — Nachlaß 22%. Nachlaß 20% für Gerüstherstellung und Baumeisterarbeiten.
Niel Karl — Nachlaß 7%. Tarifpreise für Unvorhergesehenes und Regiearbeiten.
Lukotsky Hans — Nachlaß 20%.
Waldhauser Anton — Nachlaß 15%. Tarifpreise für Regiearbeiten.
Schwabl Karl — Nachlaß 22%. Tarifpreise für Unvorhergesehenes.
Schlögl Franz — Nachlaß 15%. Tarifpreise für Unvorhergesehenes.
Lamich Rudolf — Nachlaß 10%.
Witzmann Josef jun. — Aufzahlung 18%. Aufzahlung 30% für Reinigungsarbeiten. Aufzahlung 20% für Gerüstherstellung (Patentleiterngerüst).
Kieslich Adolf — Nachlaß 20%. Aufzahlung 5% auf Tarifpreise für Unvorhergesehenes und Regiearbeiten.
Löwitsch Georg — Nachlaß 20%. Taglohnarbeiten nach dem städtischen Preistarif.

Gerüstbeistellung.

Löwitsch Georgi — Nachlaß 20%.
Heiland Hermann — Aufzahlung 15%. 1 K per Mann und Stunde für eventuelle Regiearbeiten.
Damianisch Michael — Preis 2357 K 20 h.

Anstreicherarbeiten.

Grohmann Heinrich — Nachlaß 20%.
Radda Josef — Nachlaß 20%.
Butschek Karl — Nachlaß 18%.
Silwand August — Nachlaß 26%.
Lang Edmund — Nachlaß 15%. Nachtaß 50% von den Kostenanschlagspreisen für Anstrich der Fenstertafel.
Rümkorf Adolf — Nachlaß 16%.
Rathberger's Max Neffe Ludwig Pestl — Nachlaß 15%. Garantie von fünf Jahren für Innenanstrich. Garantie von drei Jahren für Außenanstrich.
Engelhardt Hugo — Nachlaß 10%.
Meißl Otto, Ges. m. b. H. — Nachlaß 16%.
Kolb Alois — Kostenanschlagspreise.
Luther Karl — Nachlaß 15%.
Hanel Heinrich — Nachlaß 21%.
Jaschke — Nachlaß 15%.

Bauspenglerarbeiten.

Lefnär H. — Nachlaß 8%. Ohne Gerüstbeistellung.
Schumann Karl — Nachlaß 15·5%.
Polansky Josef — Nachlaß 15%. Altmateriale städtischer Preistarif.
Süttinger Wilhelm — Nachlaß 22%. Nachlaß 10% für Regiearbeiten.
Doubrawa Max — Nachlaß 28%.
Kallein Friedrich — Nachlaß 22·5%.
Urban Eduard — Nachlaß 15%.
Nagl Johann — Nachlaß 20%. Aufzahlung 10% für Post 19.
Hieß Matthias — Nachlaß 22%. Nachtragsarbeiten zu den Kostenanschlagspreisen.
Muck Karl — Nachlaß 8%.
Wekac Franz — Nachlaß 15% Tarifpreise für Unvorhergesehenes.
Frank Anton — Nachlaß 18%. Tarifpreise für Unvorhergesehenes.
Dick Alois — Nachlaß 15%.
Smeikal Josef — Nachlaß 15%.

* * *

M. Abt. VII, 119.
12. März 1913.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Leberstraße in der Strecke von der Grillgasse bis zur Kat.-Parz. 422 im XI. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 4111 K 59 h.

Rzehaczek Eduard — Aufzahlung 18·2%.
Mehrwald Leopold — Aufzahlung 17·9%.
Haala & Kasparek — Aufzahlung 14%.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

(Siehe auch die Stadtrats-Sitzungs-Protokolle.)

M. Abt. VII, 120.

Umbau der Hauptunratskanäle in der Schiffamts- und Leopoldsgasse im II. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 25.510 K 27 h.

Rzehaczek Ed. — Aufzahlung 19%.

* * *

M. Abt. VII, 104.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Glanzinggasse von der Krottenbachstraße bis zum Hause Glanzinggasse 14 und in der verlängerten Ludwiggasse von der Starkfriedgasse bis zur Glanzinggasse im XVIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 33.344 K 60 h.

Nella N. & Neffe — Aufzahlung 4·5%.

* * *

Z. 4670.

Markt im XXI. Bezirke, Hirschstetten.

Asphaltiererarbeiten.

Posnansky & Strelitz — Nachlaß 5%.

Schotterlieferung.

Hollitzer Franz & Emil — 12 K per Kubikmeter.

(Bezüglich Asphaltmakadam neue Offertverhandlung.)

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

26. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Bauer Ottilie — Fragnerin — III., Hagenmüllergasse 12.

Blau Anna, geb. Rosenthal — Wäschewaren-Erzeugung — XVII., Mayßengasse 15.

Dengler Marie, geb. Niklfeld — Handel mit Zuckerbäckerwaren — XIX., Ecke Kaasgraben und Darlingergasse.

Ebhart Anna — Wäscheputzerei — XV., Wurzbachgasse 24.

Erste österr. Seifensieder-Gewerk-Gesellschaft Apollo, G. m. b. H. — Handel mit Fettstoffen und chemischen Produkten (Filiale) — VII., Apollogasse 6.

Ertler Ignaz — Viehhandel — III., Kolonitzgasse 7.

Faust Josef — Gewerbsmäßige Stein-, Kunststeinzement- und Gips-Bildhauerei — XIX., Heiligenstädterstraße 56.

Feintuch Friedrich — Handelsagentur — III., Petrusgasse 16.

Fiala Josef — Wäschewaren-Erzeugung — III., Apostelgasse 4.

Fida Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XIV., Reichsapfelgasse 1.

Friedl Anna — Koloristin — III., Baumgasse 38.

Frischengruber Josef — Zimmerputzergewerbe und Vornahme von Reinigungsarbeiten bezüglich der Wohnräume, Fenster und Portale und Waschen von Ölfassaden — XVII., Jörgerstraße 11.

Fritz Marie — Damenkleidermacherin — III., Marokkanergasse 3.

Hellan Johann — Kleinhandel mit Brennmaterialien — III., Kollergasse 22.

Hietzgern Viktor — Beh. aut. Bau-Ingenieur — IX., Liechtensteinstraße 41.

Högn August — Kleinfuhrwerker — XIV., Rauchfangkehrergasse 38.

Höllerl Theresia, geb. Bartmann — Fragnerin — XIX., Heiligenstädterstraße 183.

Holzer Andreas — Gemischtwaren- und Flaschenbierhandel — XIV., Pillergasse 7.

Hrusa Theresia — Fortbetrieb des Kaffeesiedergewerbes nach dem verstorbenen Franz Hrusa — XIV., Rauchfangkehrergasse 17.

Jakubec Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XIV., Sechshauserstraße 45.

Kaltenegger Karoline — Handel mit Wohnungseinrichtungsgegenständen und Stoffen — III., Marokkanergasse 13.

Koch Heinrich — Versicherungsagentur — V., Zentagasse 1.

Krötzl Johann — Warenhandel (beschränkt) — XIV., Ullmannstraße 63.

Leipold Josefine — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Grieß, Mehl, Gebäck, Germ und Hülsenfrüchten — XIV., Reichsapfelgasse 34.

Lintner Anna — Verschleiß von Kanditen, Konditoreiwaren, Fruchtsäften und Sodawasser — XVII., Hormayrgasse 45.

Matz Marie — Auskocherei — XIV., Grenzgasse 7.

Mayer Ferdinand — Pferdefleisch- und Pferdefelchwaren-Verschleiß — XIV., Märzstraße 88.

Mödlhammer Marie — Warenhandel (beschränkt) — XIV., Meiselstraße 31.

Naschold Robert — Zuckerbäcker (Filiale) — VII., Westbahnstraße 41.

Neidhart Anton — Fiaker-Lizenz Nr. 867 — I., Neuer Markt.

Neidhart Leopold Anton — Fiaker-Lizenz Nr. 115 — I., Neuer Markt.

Nemetz Marie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Kanditen — XV., Märzstraße 29.

Perl Alfred — Pachtung der dem Anton Bachner gehörigen Fiaker-Lizenz Nr. 343 — IV., Wiedner Hauptstraße 23/25.

Petrilla Josef — Wäscher und Wäscheputzerei — XIV., Flachgasse 42.

Polak Marie — Wäschewaren-Erzeugung — XIV., Arnsteingasse 11.

Prillisauer Karl — Fiaker-Lizenz Nr. 368 — I., Walfischgasse.

Prokſch Eduard, Dr. techn. — Beh. autor. Bau-Ingenieur — IV., Karolinengasse 29.

Rambousek Anna — Damenkleidermacherin — III., Rennweg 11.

Reinhart Johanna — Pränumerantensammlerin — V., Siebenbrunnengasse 42.

Sarnitz Theresia (Geschäftsführer: Johann Ruzicka) — Fortbetrieb des Handschuhlederfärbergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Josef Sarnitz — XII., Dunklergasse 16.

Schefcowitz Adalbert — Verschleiß von Zuckerwaren und Kanditen — XV., Zinckgasse 13.

Schell Adolf — Fiaker-Lizenz Nr. 438 — I., Wiesingerstraße.

Schille Jg., Sanitätsgeschäft „zum Samariter" (Geschäftsführer: Gustav Wunderlich) — Gemischtwaren-Detailhandel (beschränkt) — I., Teinfaltstraße 4.

Franziska Schindler, geb. Hertl — Modistin — VII, Mariahilferstraße 61.

Schwertberger Marie — Warenhandel (beschränkt) — XIV., Storchengasse 26.

Stacho Martha — Damenkleidermacherin — VI., Korneliusgasse 9.

Stiedl Karl — Gastwirt — XVII., Wurlitzergasse 87.

Swoboda Johann — Bäcker — III., Hainburgerstraße 55.

Walter Hubert — Messerschmied — XIV., Arnsteingasse 5.

Weiniger Karl — Kaffeesieder — XI., Dorfgasse 45.

* * *

27. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Amberger Josef — Mechaniker — X., Columbusgasse 40.

Bader August Josef — Wäscheputzerei (Filiale) — II., Mühlfeldgasse 3.

Bartl Matthias — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Knöllgasse 27.

Blaha Josef — Fragner — X., Knöllgasse 32.

Bock Johann & Komp. (Gesellschafter: Karl Popp, Josef Becer, Karl Eckelhart) — Kunstein-Erzeugung — IX., Grünetorgasse 5.

Braun Marie, geb. Lang — Handel mit neuen Kleidern, neuer Wäsche und Kurzwaren — X., Karmarschgasse 17.

Breitling Wilhelmine, geb. Timper — Zuckerwaren- und Kanditen-Verschleiß — X., Eugenplatz 3.

Busch Fritz — Handel mit allen Waren (beschränkt) — VIII., Blindengasse 46.

Cech Johann — Großfuhrwerker — X., Wienerberg, Werk 2.

Cejchan Josef — Gastwirt — X., Kudlichgasse 38.

Chlup Marie, geb. Tinfas — Wäscherei und Wäscheputzerei — X., Quellenstraße 122.

Dolezel Johann — Flaschenbierhandel — X., Van der Nüllgasse 66.

Eisenreich Marie, geb. Klawik — Fouragehandel — X., Gudrunstraße 160.

Enser Josef — Kaffeesieder — III., Rennweg 82.

Fabricius Emilie v. — Warenhandel (beschränkt) — IX., Nußdorferstraße 65.

Fischer Olga — gewerbsmäßige Vermittlung von Theaterkarten — VIII., Josefstädterstraße 124/126.

Fischer Olga, geb. Schwarz — Mechanische Strickerei — IX., Alserstraße 26.

Flandorfer Ferdinand — Zwangspacht der dem Johann Neßler gehörigen Gastwirtskonzession — XII., Ratschkygasse 25.

Foltin Franziska — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Quellenstraße 167.

Frieß Fanny — Damenkleidermacherin — IX., Marktgasse 8.

Fritsch Josef — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Sobieskigasse 42.

Fuchs Johann — Selchwaren-Verschleiß — IX., Liechtentalergasse 20.

Gartner Leopoldine, geb. Leonhartsberger — Fragnerin — X., Favoritenstraße 212.

Gaßner Johann — Übernahme zum Chemischputzen, Färben, Appretieren, und Wäscheputzen und Warenhandel (beschränkt) — X, Quellenstraße 42/44.

Geyer Elisabeth — Warenhandel (beschränkt) — VII., Lerchenfelderstraße 53.

Grojer Anton — Gastwirt — X., Quellenstraße 39.

Gromann Leopold Eduard — Gastwirt — XII., Flurschützgasse 8.

Gruber Johann — Warenhandel (beschränkt) — X., Columbusgasse 51.

Gruber Ferdinand — Friseur — VI., Dreihufeisengasse 17.

Haberfellner Auguste, geb. Gerlach — Knopflochnäherin — XVII., Hernalser Hauptstraße 189.

Harder Karoline (Alleininhaberin der Firma Friedrich Harder) — Fabriksmäßige Erzeugung von Kartonnagewaren — XIII., Penzingerstraße 15.
Hawel Franz — Tischler — I., Bäckerstraße 2.
Herzfeld Ludwig (Gesellschafter: Ludwig Herzfeld, Marcell Herzfeld) — Handel mit Damenmodeartikeln (Filiale) — I., Kärntnerstraße 4.
Hoffmann Charlotte — Handel mit Originalbildern und Rahmen — VII., Schottenfeldgasse 84.
Horak Rudolf — Friseur, Raseur und Perückenmacher — X., Laxenburgerstraße 13.
Hronek Karl — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Alxingergasse 33.
Hrusa Anna — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Gefrornem, Fruchtsäften, Marmeladen und Sodawasser — X., Arthaberplatz 9.
Hunger Barbara, geb. Parzer, verw. Hawranek — Viktualien-Verschleiß — IX., Lackierergasse 3.
Jäger Anna — Mieder-Erzeugung — X., Favoritenstraße 91.
Jellinek Elsa — Gastwirtsgewerbe — X., Erlachgasse 79.
Josef Ferdinand — Flaschenbier-Verschleiß — X., Schröttergasse 1 e.
Kalas Johann — Kleidermacher — IX., Nußdorferstraße 4.
Kapral Emilie — Militärwäschenäherei — X., Humboldgasse 13.
Katzenschlager Ignaz — Kleinfuhrwerker — X., Buchengasse 132.
Kittenberger Anna — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Dampfgasse 31.
Kreitmeier Elisabeth, geb. Fröhlich — Fragnerin — X., Buchengasse 64.
Lachkovics Franz — Kleinfuhrwerker — X., Heinlgasse 17.
Laschinsky Johannes — Metalldreher — X., Knöllgasse 16.
Löhausen Peter Josef — Warenhandel (beschränkt) — IX., Lustkandlgasse 52.
Machacek Josef — Mieder-Erzeugung — IX., Marktgasse 6.
Maljarik Stephan — Friseur und Raseur — X., Quellenstraße 104.
Markytan Anton — Handelsagentie — IX., Lustkandlgasse 35.
Maschka Aloisia, geb. Ludwig — Warenhandel (beschränkt) — X., Quellenstraße 56.
Matl Ferdinand — Selchwaren-Verschleiß — X., Buchengasse 31.
Maurer Katharina — Selchwaren-Verschleiß — X., Waldgasse 58.
Mayer Anton — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Humboldtgasse 34.
Mazurs Anton Söhne, Offene Handelsgesellschaft (Gesellschafter: Franz Mazur, Ignaz Mazur) — Hutmacher — X., Keplerplatz 12.
Mazur Johann — Warenhandel (beschränkt) — X., Keplerplatz 12.
Merinsky Josefa — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Senefeldergasse 22.
Mitsanek Julie, geb. Wratil — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — X., Keplerplatz 8.
Nemec Beatrix — Kaffeerösterei — X., Quellenplatz 3.
Neßler Johann (auch Nestler) — Gastwirt — XII, Ratschkygasse 25.
Neubauer Anton — Gastwirt — IX., Franz Josefsbahnstraße 13.
Niederl Aloisia — Gemischtwarenhandel — IX., Marktgasse 31.
Opitz Johann — Stukkaturer — IX., Grünetorgasse 5.
Os.ansky Johann — Fragner — X., Rotenhofgasse 30.
Penz Laurenz — Übernahme zum chemisch Putzen, Färben, Appretieren und Wäscheputzen — IX., Liechtensteinstraße 132.
Podbera Elisabeth — Wäscheputzerei (Filiale) — III., Baumgasse 28.
Pokorny Josef — Herrenkleidermacher — X., Hofherrgasse 6.
Pokorny Leopold — Metallgießer — X., Neilreichgasse 80.
Reif Heinrich — Handelsagentie — IX., Währingergürtel 108.
Riedlmayer Josef — Drechsler — X., Senefeldergasse 64.
Riffart Magdalena, geb. Bergner — Marktviktualienhandel — X., Eugenplatz, Markt.
Rosenberg Ella — Vervielfältigung von Schriftstücken kommerziellen und literarischen Inhaltes — IX., Müllnergasse 6.
Rosenberg Rosa — Handel mit Wäsche-, Wirk-, Galanteriewaren und Geschirr — X., Gudrunstraße 134.
Rosenthal Johanna — Gastwirtsgewerbe — I., Wildbretmarkt 8.
Rudnai Sabine — Warenhandel (beschränkt) — X., Triesterstraße 45.
Schöngut Sali — Warenhandel (beschränkt) — X., Laxenburgerstraße 41.
Schwab Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — X., Hardtmuthgasse 61.
Schweiger Anna, geb. Trischler — Warenhandel (beschränkt) — IX., Porzellangasse 11.
Seipel Alfred — Gewerbsmäßige Herstellung von Schaufenster-Einrichtungsgegenständen aus Messing und Eisen — X., Humboldgasse 22.
Sir Julius — Möbelhandel — X., Favoritenstraße 90.
Slanar Gustav — Wagner — X., Siccardsburggasse 37.
Soukup Rudolf — Fragner — X., Gellertgasse 63.
Steinkopf Franz — Hallentröbler — IX., Berggasse 34, Zelle 145.
Stemmer Sabine — An- und Verkauf von altem Eisen und Bruchmetallen — X., Quellenstraße 104.
Handelsgesellschaft für Sternator Aschenbehälter Siegfried Stern & Komp. (vertreten durch Siegfried Stern) — Handel mit Aschenbehältern — IX., Grünetorgasse 17.
Straka Heinrich — Verschleiß von Fleisch-, Selch- und Fleckssiederwaren — X., Eugenplatz, Stand 23.
Straka Heinrich — Fleckssieder — X., Trostgasse 36.
Strnad Karl — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — X., Waldgasse 44.
Tomsu Mathilde, geb. Pistelak — Kleinhandel mit Brennmaterialien — IX., Thurygasse 20.
Tschirsch Heinrich & Komp. (Gesellschafter: Heinrich Tschirsch, Rudolf Popper) — Werkzeug- und Maschinenfabrik — X., Laxenburgerstraße, gegenüber Nr. 143.
Unterweger Matthias — Zuckerwaren-Verschleiß — X., Eugenplatz, Stand.
Vacha Karl — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — X., Rechberggasse 7.
Wagner Hedwig, geb. Milde — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. a, b und f G.-O. mit Beschränkung auf achttägige Mietdauer — IX., Wasagasse 52.
Waschka Anna — Marktviktualienhandel — X., Eugenplatz.
Wieser Josef — Milch-Verschleiß — X., Gellertgasse 23.
Wolf Gerson, Dr. med. — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. a, b und f G.-O., beschränkt auf Ammen — IX., Währingerstraße 63.
Wopicka Josef — Flaschenbier-Verschleiß und Warenhandel (beschränkt) — X., Raaberbahngasse 8.
Zipper Peter — Elektrotechnische Konzession — VII., Seidengasse 3 bis 9.

* * *

28. Februar 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Adam Anton — Schuhmacher — XXI., Bertlgasse 7.
Antonin Vinzenz Matthias — Kleinfuhrwerker — XXI., Rechte Nordbahngasse 48.
Aust Johanna, verehel. Psenar — Brennmaterialienhandel — XXI., Frömmelgasse (Platz).
Bach Gregor — Friseur und Raseur — VIII., Skodagasse 17.
Bartl Richard — Pachtbetrieb des dem Karl Kreindl sen. gehörigen Gastwirtsgewerbes — XIX., Grinzingerstraße 77 a.
Baugewerbe, Ges. m. b. H. (Geschäftsführer Alois Müller) — Legung von Tonplatten — VI., Dominikanergasse 7.
Benisch Marie, geb. Heger — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß (Filiale) — XIX., Döblinger Hauptstraße 23/25.
Berger Barbara — Flaschenbier-Verschleiß — XII., Ruckergasse 8.
Berger Josef — Stahl- und Metallschleifer — III., Münzgasse 1.
Bornchoff Wolf — Kleinhandel mit Brennmaterialien — III., Rennweg 113.
Bosinsky Josef — Papier- und Kurzwarenhandel — III., Landstraßer Hauptstraße 105.
Buschmin Fedor — Warenhandel (beschränkt) — IV., Schleifmühlgasse 16.
Cejnek Karl — Schuhmacher — XV., Robert Hamerling-Gasse 19.
Degner Anna — Anbieten persönlicher Dienste an öffentlichen Orten ohne Verwendung von Hilfsarbeitern und ausschließlich nur behufs Reinigung der Kleidung und Beschuhung von Pasanten — II., Franzensbrückenstraße nächst dem Praterstern bei Gaskandelaber.
Fallnbüchl Elisabeth — Milchhandel — XXI., Anton Bosch Gasse 1.
Faßmann Josef — Handel mit kosmetischen Artikeln — III., Kleistgasse 16.
Fiedler Viktor — Gemischtwarenhandel — XVII., Leopold Ernst-Gasse 8.
Fischer Johann — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Webgasse 33.
Grünwald Ignaz — Klein-Verschleiß von gebrannten geistigen Flüssigkeiten — XXI., Schloßhoferstraße 25.
Gschwandtner Marie — Witwenfortbetrieb des Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleißes nach ihrem verstorbenen Gatten Leopold Gschwandtner — XII., Strohberggasse 10.
Zimmerei Wienerberg Havlicek & Komp. (Gesellschafter: Franz Havlicek, Max Raschkes) — Zimmermeistergewerbe — X., Triesterstraße 107.
Hejlik Johann — Handel mit Tieren, Tierfutter, Utensilien, Übernahme von Tierpräparationen — XXI., Brünnerstraße 40.
Helmer Wilhelm jun. — Fleischselcher (Filiale) — I., Rotenturmstraße 17.
Hopfner Franz — Pachtung des der Firma Paul Hopfner & Sohn gehörigen Gastwirtsgewerbes — I., Kärntnerstraße 61.
Jaretz Josef — Einspännerwagen Nr. 544 — I., Morzinplatz.
Jedlička Marie — Gemischtwaren- und Petroleum-Verschleiß — XXI., Leopoldplatz 4.
Jellinek Zlarie — Marktviktualienhandel — VI., Detailmarkthalle.
Kadner Franz — Fragner — XXI., Leopoldauerplatz 79.
Karten Michael — Handel mit Flaschen — XXI., Freytaggasse 12.
Kolak Josef — Tischler (Filiale) — IV., Schleifmühlgasse 2.
Konstacky Josef — Kleidermacher — XXI., Brünnerstraße 59.
Kostenapfel Theresia, geb. Korntreter — Übernahme zum Chemischputzen, Färben und Appretieren — XVII., Hormayrgasse 58.

Krumpel Christine — Warenhandel (beschränkt) — XII., Rauchgasse 23.
Laßen Hans — Warenhandel (beschränkt) — XVII., Hernalser Hauptstraße 84.
Lebschmid Georg — Eis Verschleiß — X., Favoritenstraße 218.
Ledermüller Karl — Anbieten persönlicher Dienste an öffentlichen Orten ohne Verwendung von Hilfsarbeitern und ausschließlich nur behufs Reinigung der Kleidung und Beschuhung von Passanten — I., Graben, Leopoldsbrunnen.
Lenard Julian — Einspänner-Lizenz Nr. 244 — III., Rennweg 20 bis 24.
Lipnik Theresia — Marktviktualienhandel — VI., Detailmarkthalle.
Luger Leopoldine — Wäschewaren-Erzeugung — XVII., Veronikagasse 40.
Mares Matthias — Damenkleidermacher — VII., Kandlgasse 27.
Mauthner Louise, geb. Popper — Pfaidlerin — I., Fleischmarkt 8.
Mayer Johann — Warenhandel (beschränkt) — XII., Aßmayergasse 22.
Molecz Rosalia — Warenhandel (beschränkt) — XII., Reschgasse 24.
Mühlböck Johann — Tapezierer — I., Aspernplatz 1.
Müller Josef — Handelsagentie — XXI., Obergefällplatz 7.
Müller Katharina — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XII., Fockygasse 22.
Ondracek Therese — Kleinfuhrwerkerin — XXI., K.-Nr. 594, Floridsdorf.
Oreschkovich Edmund — Verschleiß von Schokolade, Zuckerwaren, Kanditen und Obst — XV., Mariahilfergürtel 29.
Penz Otmar — Beherbergung von Fremden — V., Wiedner Hauptstraße 135.
Pohl Ferdinand — Selchwaren-Verschleiß — XXI., Bismarckplatz 16.
Prechtl Magdalene, geb. Albrecht — Handel mit Fragnereiartikeln, Flaschenbier, Flaschenwein, Kanditen u. s. w. — XXI., Morseegasse 16.
Preßler Rosalia, geb. Müller — Fragnerin — XXI., Pragerstraße 61.
Rathbauer Marie, geb. Schrengel — Verschleiß von Flaschenbier, Flaschenwein, Viktualien, Kanditen, Zuckerbäckerwaren — XXI., Kaiserin Elisabeth-Straße 13.
Reinhart Johann — Kleinfuhrwerker — XII., Premlechnergasse 28.
Riener Paul — Kleinfuhrwerker — XII., Aßmayergasse 70.
Ryback Rudolf — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XXI., Schenkendorfgasse 1.
Schneider Rosa — Warenhandel (beschränkt) — VIII., Lerchenfelderstraße 66.
Schneider Rudolf — Gewerbsmäßige Ausübung des Patentes Nr. 53115, betreffend Masse zur Fixierung von Abdrücken, insbesondere für daktylische Zwecke und Verfahren zur Herstellung der Masse — VII., Bandgasse 30.
Schulz Ludowika — Kanditen und Zuckerwaren-Verschleiß — XII., Steinbauergasse 17.
Skop Franziska — Trödlerin — XXI., Strebersdorf 196.
Springer Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernalser Hauptstraße 103.
Fabrik chemischer und pharmazeutischer Präparate, Dr. Franz Stohr, Ges. m. b. H. (Geschäftsführer: Dr. Artur Glaeßner) — Erzeugung chemisch-technischer Artikel aller Art (beschränkt) — III., Rennweg 2.
Straßer Richard (Firma: Richard Straßer) — Warenhandel (beschränkt) — XV., Mariahilferstraße 145.
Tesar Josef — Kleinfuhrwerker — XII., Malfattigasse 21.
Winter Franz — Kleinfuhrwerker — XII., Meidlinger Hauptstraße 19.
Zillinger Marie — Warenhandel (beschränkt) — XII., Murlingengasse 52.
Zillner Johann — Sattler — XXI., Floridsdorfer Hauptstraße 29.
Zormann August — Warenhandel (beschränkt) — XII., Hauslabgasse 18.

* * *

1. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Angelmayer Franz — Spengler — III., Thomasplatz 6.
Ausübel Julie — Einspänner-Lizenz Nr. 1352 — IV., Luisengasse 24.
Bauczek Marie — Warenhandel (beschränkt) — XIII., Linzerstraße 284 a.
Bisecker Richard — Holzhandel — XIII., Schillingergasse 2.
Danninger Rudolf — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XIII., Hütteldorferstraße 164.
David Samuel (Alleininhaber der Firma Dampfwäscherei Company Pauly, G. m. b. H., Nachfolger S. David) — Fabriksmäßige Dampfwäscherei — XIII., Reinlgasse 33.
Doppler Eva — Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Tuersgasse 8.
Feige Emma — Gastwirtsgewerbe — XIII., Hernstorferstraße 13.
Fischer Marie — Branntweinschank — XIII., Linzerstraße 203.
Franscher Cäcilie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Marmeladen, Fruchtsäften, Sodawasser und Gefrornem — XIII., Linzerstraße 2.
Goldstein Moses — Fabriksmäßige Erzeugung von Möbeln — XIII., Leyerstraße 9.
Gyarmati Siegmund — Porträtphotograph — XII., Meidlinger Hauptstraße 10.
Haberl Marie — Pfaidlerin — VIII., Laudongasse 34 b.
Häfner Anna — Pfaidlerin — III., Krieglergasse 8.
Holubec Amalia — Fiaker-Lizenz Nr. 8 — I., Opernring, Operngasse.
Huber Gisela, geb. Horner — Feilbieten von Obst, Gemüse, Naturblumen und Geflügel im Umherziehen in Wien — XIII., Hütteldorferstraße 127.
Huber Rudolf — Anstreicher — XII., Meidlinger Hauptstraße 9.
Konzwald Josef — Photograph mit Ausschluß der Porträtphotographie — XIII., Lainzerstraße 165.
Knicradl Franz — Fleischhauer — XII., Breitenfurterstraße 68.
Kraus Katharina, geb. Holzeimer — Gemischtwarenhandel mit Ausschluß der Artikel, deren Verkauf an eine Konzession gebunden ist und Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Matznergasse 16.
Kritsch Franz — Schuhmacher — XII., Reschgasse 29.
Lediger Franziska — Milchmeierei — XIII., Firmiangasse 23.
Lesibrany Johann — Etuimacher — XII., Schallergasse 57.
Maier Franz Josef — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Diesterweggasse 36.
Marschalek Elisabeth — Wildbret- und Geflügelhandel — III., Fasangasse 12.
Martinek Johann — Damenkleidermacher — XIII., Linzerstraße 47 a.
Melzer Hedwig, geb. Wibiral — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Marmeladen, Fruchtsäften, Sodawasser und Gefrornem — XIII., Reinlgasse 14.
Merkl Anton — Tapezierer — IV., Preßgasse 4.
Mittermüller Rudolf — Privatschule für den Unterricht in Klavier- und Violinspiel, sowie in Gesang — XIII., Linzerstraße 396.
Nenwich Anna — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Linzerstraße 124.
Netbal Marie — Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Hickelgasse 18.
Orient-Teppich-Aktiengesellschaft — Kommissionshandel mit orientalischen Teppichen und ähnlichen Erzeugnissen — III., Invalidenstraße 3.
Penz Augustine — Gastwirtin — V., Wiedner Hauptstraße 135.
Pilati Rudolf Artur Edler v. Tassulen — Gewährung von Darlehen — XIII., Lorenz Weiß-Gasse 9.
Prochazka Wenzel — Drechsler — III., Boerhavegasse 9.
Reischl Rudolf — Schuhmacher — XII., Meidlinger Hauptstraße 42.
Renz Hedwig — Warenhandel (beschränkt) — XIII., Matznergasse 15.
Rösner Franz — Fiaker-Lizenz Nr. 100 — I., Bartensteingasse.
Roth Isidor — Warenhandel (beschränkt) — XIII., Kuefsteingasse 4.
Schneider Leopoldine — Kleinfuhrwerksgewerbe — III., St. Marx, Parz. 22.
Schwarz Hermann — Handel mit rohem, gebratenem Geflügel und Selchwaren — III., Geologengasse 4.
Seelenmayer & Barkan (Gesellschafter: Max Seelenmayer, Hugo Barkan) — Fabriksmäßige Erzeugung von Stumpen und Hüten — XIII., Meiselstraße 71.
Suchy Viktoria — Fleisch-Verschleiß — XIII., Penzingerstraße 146.
Stephan Marie — Frauen- und Kinderkleidermacherin — XIII. Missindorfstraße 14.
Stern Rosa, geb. Schauer — Modistin — XIII., Breitenseerstraße 9.
Battner Rudolf — Gastwirt — XIII., Schwendergasse 61.
Wasel Wilhelm — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VI., Schmalzhofgasse 26.
Winkler Ferdinand — Warenhandel (beschränkt) — XIII., Altgasse 13.
Winkler Karl — Schuhmacher — IV., Blechturmgasse 10.
Wolf Marie — Schuhfabrik — XIII., Meiselstraße 70.
Wolter Anna — Fischhandel — XIII., Hütteldorferstraße 191.
Zöllner Matthias — Etuimacher — XII., Malfattigasse 5.

* * *

3. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Ausübel Josef — Einspänner-Linzenz Nr. 469 — IV., Luisengasse 24.
Belanecz Anna — Viktualien-Verschleiß — II., Novaragasse 12.
Berl Moritz (Gesellschafter: Moritz Berl, Dr. Rudolf Berl, Richard Berl, Klemens Jolles Berl) — Handel und Export mit Schuh- und Textilwaren — II., Taborstraße 10.
Bittner Heinrich — Handel mit gestickten Hausegen — I., Wollzeile 31.
Boscowitz Friedrich & Waizenkorn (Gesellschafter: Anton Sieber, Ludwig Kamenitzky) — Handelsagentur — I., Wipplingerstraße 24.
Burggasser Hermine, geb. Kornherr — Viktualienhandel — II., Zirkusgasse 9.
Drbalek Wilhelm — Marktviktualienhandel — XVI., Gablenzgasse 20.

Ertl Helene — Pfaidlerin — XII., Schönbrunnerstraße 187.
Falber Bine Elka — Damenkleidermacherin — II., Untere Augartenstraße 23.
Falkmer Leopoldine, geb. Ondr — Damenkleidermacherin — VII, Bernardgasse 9.
Feichtinger Karl — Kaffeesieder — VIII., Alserstraße 47.
Frey Josefa — Selchwaren-Verschleiß — XII., Steinbauergasse 26.
Gerhartl Franz — Kleinfuhrwerker — XVII., Halirschgasse 18.
Giel & Czeika (Gesellschafter: Johann Gießl, Josef Straßer-Czeika) — Handel mit neuen Glas- und Porzellanwaren — II., Obere Donaustraße 81.
„Globe-Separator" G. m. b. H. (Stellvertreter Franz Indra) — Vertrieb und Handel mit landwirtschaftlichen und gewerblichen Maschinen und Geräten, insbesondere mit Molkereimaschinen, Geräten und deren Bestandteilen — XII., Franz Emerich-Gasse 4.
Gottdenker Isaak — Warenhandel (beschränkt) — II., Schüttaustraße 70.
Groß Leopold — Warenhandel (beschränkt) — IV., Favoritenstraße 27 a.
Grünwald Anna — Gemischtwarenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — II., Leopoldsgasse 22.
Grünwald Julius — Handelsagentie — VII, Siebensterngasse 1.
Guttmann Anton — Handel mit Gemüse, Obst im Umherziehen für Niederösterreich — XII., Wertheimsteingasse 7.
Hadinger Josefa, geb. Köller — Gewerbsmäßiger Betrieb einer Wäscherolle mit Handbetrieb — XVII., Rokitanskygasse 11.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:

Inhalt:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 11. März 1913.

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Bürgermeisters 841
2. Beurlaubt: Gem.-Räte Dr. Neumayer, Melcher, Pichler, Laubek, Fogl, Lohner, Kunschak und Heindl 841
3. Entschuldigung der Gem.-Räte Dr. v. Baechlé, Fraß, Obrist und Schäfer 841
4. Beurlaubung des Bürgermeisters 841
5. Dank Sr. Exzellenz des kaiserl. Deutschen Botschafters für die anläßlich des Unglücksfalles in der kaiserl. Deutschen Marine ausgesprochene Teilnahme 841
6. Dank des Vereines der Beamten der Stadt Wien für die Genehmigung der Vorlage über die Änderung der Bestimmungen für die Zeitvorrückung der städtischen Beamten 841
7. Dank der städtischen Altpensionisten für die Erhöhung ihrer Ruhebezüge 842
8. Dank des k. k. österr. Flugtechnischen Vereines für die Widmung eines Ehrenpreises für den Aviatiker Ingenieur Wilhelm Kreß 842
9. Spende des Herrn k. k. Kommerzialrates Ignaz Bittmann 842
10. Spende der Frau Isabella Reiß 842
11. Spende des humanitären Fortbildungsklub „Kernige Alservorstädter" 842
12. Spende des Herrn Siegmund Frankl 842
13. Spende des Herrn k. u. k. Hof- und Kammergraveurs Hans Schneider für die städtischen Sammlungen 842
14. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rates Rotter, betreffend die Aufstellung eines automatischen Rouletteapparates in einem Automatenbüfett seitens des Landesverbandes für Fremdenverkehr 842
15. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rates Hohensinner, betreffend die Einführung eines Straßenbahn-Einheitstarifes für den Besuch der „Urania" seitens der Schulen Wiens 842
59. Erstattung eines nicht auf der Tagesordnung befindlichen Referates 870

Interpellationen:

16. Gem.-Rat Rotter, betreffend die auf die Siebenuhrsperre bezüglichen Plakate 842
17. Gem.-Rat Ferdinand Eder, betreffend die Geschäftsführung der Großschlächterei-Aktiengesellschaft 842
18. Gem.-Rat Gussenbauer, betreffend die Abhaltung eines tschechischen Blamentages in Wien 843
19. Gem.-Rat Silberer, betreffend die Reinigung der Straßentafeln 843
20. Gem.-Räte Neumann und Winarsky, betreffend Weiterführung der Straßenbahn nach Inzersdorf 843
21. Gem.-Rat Moißl, betreffend den Zustand der Hietzinger Hauptstraße 844
22. Derselbe, betreffend die Erledigung seines Antrages auf Übernahme der Trottoirreinigung von der Gemeinde 844
23. Gem.-Rat Winarsky, betreffend die Anrechnung einer Stolaxe bei einem Leichenbegängnisse seitens der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" trotz des Unterbleibens der geistlichen Assistenz 844
24. Gem.-Rat Gebhart, betreffend die Verwirklichung des Projektes Goldemund für die Verpachtung städtischer Gründe im XXI. Bezirke für Zwecke der Gemüsekultur und der Kleintierzucht 845
25. Gem.-Rat Kern, betreffend die Durchführung der Arbeiten zwecks Herstellung eines Durchlasses bei der Verbindungsbahn im Zuge der Schönbrunner Allee, beziehungsweise eines Überganges im Zuge der Rosenhügelstraße 845

Anträge:

26. Gem.-Rat Schelz, betreffend die Errichtung eines städtischen Sanatoriums für den Mittelstand 845
27. Gem.-Rat Schmidt, betreffend die Reinhaltung des Marktes XVI, Yppenplatz von Abfällen 845
28. Gem.-Rat Amoneta, betreffend den Ersatz der im Amtsgebrauch vorkommenden Fremdwörter durch deutsche Wörter . 845
29. Gem.-Rat Baugoin, betreffend Verlängerung der Straßenbahn-Pendellinie bis zur Jagdschloßgasse im XIII. Bezirke . . 846
30. Gem.-Rat Dr. Hein, betreffend Gassenbenennung nach Robert Blum, Adolf Fischhof und Konrad Füster 846

Referate:

31. Vize-Bürgermeister Hoß, betreffend die Regelung der Erholungsurlaube der definitiven Diener und mit ihnen gleichgestellten Bediensteten 846
32. Derselbe, betreffend die Vermehrung der systemisierten Schlachthausdienerstellen 846
33. Derselbe, betreffend die Regelung der Lohnverhältnisse ꝛc. für das Personale der städtischen Heizwerkstätte 847
34. Derselbe, betreffend die Subventionierung der Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Wien . . . 848
35. Derselbe, betreffend die Systemisierung von 15 Diurnistenstellen für den Bedarf der Magistrats-Abteilung XI und des Zentral-Armenkatasters 848
36. Derselbe, betreffend eine außerordentliche Subvention des Zentral-Verbandes „Maria Josephinum" anläßlich der Errichtung der Krippe und des Kinderasyls im XX. Bezirke . . 851
37. Derselbe, betreffend eine außerordentliche Subvention des Vereines „Heim für obdachlose Familien" pro 1912 851
38. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Asylvereines für Obdachlose 852
39. Derselbe, betreffend die Abänderung des Ermächtigungsgesetzes über das Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1908 . 852
40. Gem.-Rat Baron, betreffend das Übereinkommen mit den Eheleuten Karl Kalman und Anna Freund bezüglich der Arrondierung der Liegenschaft Einl.-Z. 5 Unter-Döbling im XIX. Bezirke 853
41. Derselbe, betreffend die Grundtransaktion zwischen der Gemeinde Wien und den Eheleuten Josef und Marie Sikora anläßlich der Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 440 Grundbuch Unter-Sievering im XIX. Bezirke 859
42. Gem.-Rat Hallmann, betreffend das Kaufoffert der Firma Georg Schicht, A.-G., auf die städtischen Baustellen Einl.-Z. 2301, 2302, 2311 und 2312 Margareten, V. Bezirk, Margaretengürtel-Kohlgasse 860
43. Gem.-Rat Hörmann, betreffend das Ansuchen des Wilhelm Beetz um Bestimmung des Übernahmspreises für den zur Liegenschaft Einl.-Z. 342, III., Erdbergstraße 17, Geusaugasse 42, einzubeziehenden Straßengrund 861
44. Gem.-Rat Knoll, betreffend das Kaufanbot des Hans Flicker und Anton Schäftner auf die städtische Mittelbaustelle an der Scheffelgasse im XXI. Bezirke, Einl.-Z. 265 Grundbuch Floridsdorf 861
45. Gem.-Rat Poyer, betreffend den Grundtausch mit der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankverein bezüglich eines Teiles der städtischen Kat.-Parz. 1168 Ober-St. Veit und der Kat.-Parz. 411 öffentliches Gut, Lainz im XIII. Bezirke . . . 862
46. Gem.-Rat Schmid, betreffend das Ansuchen der Pensionsgesellschaft der bildenden Künstler Wiens um Abänderung der Baulinie für die Liegenschaft Einl.-Z. 99 Grundbuch Wieden, IV., Favoritenstraße 1, und Bestimmung des Übernahmspreises für den in die Verbauung dieser Liegenschaft einzubeziehenden Straßengrund 863
47. Gem.-Rat Schneider, betreffend das Kaufoffert des Dr. Georg Sablich und der Milla Fillinich auf das der Gemeinde Wien gehörige Haus in Görz, Corso Francesco Giuseppe 90 864

Seite

48. Derselbe, betreffend die Grundtransaktion zwischen der Gemeinde Wien und der Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen in Wien „Der Anker" anläßlich des Umbaues der Häuser I., Hoher Markt 10 bis 13 865
49. Gem.-Rat Wippel, betreffend das Kaufanbot der Firma Gustav und Wilhelm Heller auf einen Teil der Straßenparzelle 816/1, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt, im X. Bezirke, Malborghetgasse 865
50. Gem.-Rat Zatzka, betreffend das Kaufanbot der Eheleute Rudolf und Gabriel Lang auf die städtische Liegenschaft Einl.-Z. 290 Grundbuch Ober-Baumgarten, Baustelle 65 an der Helmesbergergasse im XIII. Bezirke 866
51. Gem.-Rat Baron, betreffend den Regulierungsplan für das Gebiet des ehemaligen englischen Gaswerkes in Döbling zwischen der Gymnasium- und der Billrothstraße im XIX. Bezirke . . 866
52. Gem.-Rat Büsch, betreffend das Ansuchen des Karl und der Emma Schulder um Bewilligung zur Errichtung eines Werkstättengebäudes auf der Realität Einl.-Z. 124 Katastralgemeinde Altmannsdorf, XII., Hetzendorferstraße 55 867
53. Gem.-Rat Dechant, betreffend die Baulinienänderung in der Gersthoferstraße im XVIII. Bezirke 868
54. Gem.-Rat Dr. Haas, betreffend die Erhöhung der Handgelder für die Pfleglinge im Bürgerversorgungshause 868
55. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Zentral-Vereines für Volksernährung um außerordentliche Subvention für die Anstalt im X. Bezirke 869
56. Gem.-Rat Dr. Mataja, betreffend die Ergreifung der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde gegen die Entscheidung der k. k. Nordbahn-Direktion vom 5. Dezember 1912, Nr. 106861/III, betreffend die Erteilung des Baukonsenses für die Errichtung eines Spiritusmagazines im I. Kellerhofe der Nordbahn durch den Verein mährischer Zuckerfabriken in Olmütz 869
57. Derselbe, betreffend die Ergreifung der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 10. Februar 1913, Z. 2653, betreffend feuerpolizeiliche Aufträge über die Holzlagerungen am Nordbahnhofe . . 869
58. Gem.-Rat Panosch, betreffend Vermehrung des Personales der städtischen Elektrizitätswerke 870
59. Siehe unter „Mitteilungen".
60. Gem.-Rat Dr. Mataja, betreffend Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof, betreffend die der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien auferlegte Verpflichtung, mindestens 15 Prozent ihrer Einlagen zum Ankaufe von Staatswerten zu verwenden 870
61. Gem.-Rat Poyer, betreffend Offert des Eduard Hofbauer auf Verkauf der Liegenschaft Einl.-Z. 172 Speising an der Feldkellergasse im XIII. Bezirke 872
62. Gem.-Rat Rain, betreffend Neusystemisierung der Bürgererhaltungsbeiträge 872
63. Derselbe, betreffend Bewilligung eines unentgeltlichen Hochquellenwasserbezuges für die Kleinkinderbewahranstalt VII., Halbgasse 8 872
64. Gem.-Rat Schmid, betreffend Rechnungslegung über den für archäologische Zwecke pro 1912 bewilligten Kredit 872
65. Derselbe, betreffend Bewilligung einer Subvention an den Elektrotechnischen Verein in Wien pro 1912 873
66. Derselbe, betreffend Zurückziehung der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde gegen die Gebührenbemessung von dem neuen Schleppbahnvertrage der Zentrale Simmering der städtischen Elektrizitätswerke 873
67. Derselbe, betreffend den Abschluß eines Übereinkommens zwischen der „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke" und der Gemeinde Hainburg wegen Stromlieferung 873
68. Derselbe, betreffend die Adaptierungen in der Unterstation der städtischen Elektrizitätswerke VI., Kaunitzgasse 874
69. Derselbe, betreffend das Projekt für den Bau eines Schalt- und Umformerhauses im Simmeringer Kraftwerk mit dem veranschlagten Erfordernisse von 52.374 K 59 h 874
70. Gem.-Rat Schreiner, betreffend das Projekt für die Zufahrtsgeleise zur neu zu errichtenden Wagenhalle III im Bahnhofe Breitensee der städtischen Staßenbahnen 874
71. Gem.-Rat Tomola, betreffend das Mehrerfordernis für den Schulbau XVII., Heigerleinstraße 874
72. Derselbe, betreffend die Bewilligung einer Subvention für die Herausgabe des Bayrisch-österreichischen Gesamtwörterbuches 875
73. Derselbe, betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Remuneration für die Erteilung des Handfertigkeitsunterrichtes an den Spezial-Schul-Abteilungen 875
74. Derselbe, betreffend die Bewilligung eines Betrages für Schulpreise an die Genossenschaft der Zimmer- und Dekorationsmaler 875

Seite

75. Gem.-Rat Zatzka, betreffend das Ansuchen des Gustav Ziegler um Abstandnahme von den Verbauungsbestimmungen für bauliche Umgestaltungen in dem auf der Liegenschaft Einl.-Z. 481 Unter-St. Veit, XIII., Hietzinger Kai 101/103, befindlichen Fabriksgebäude 876
76. Derselbe, betreffend die Baulinienänderung für die Reichgasse im XIII. Bezirke und Anordnung von Vorgärten daselbst 876
77. Derselbe, betreffend die Baulinienänderung für die Kupelwiesergasse zwischen Wenzgasse und Lainzerstraße im XIII. Bezirke 876
78. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Dr. Alexander Vinzenz Wolf als Vormund der Erben nach Franziska Abel um Abstandnahme von den Verbauungsbestimmungen für die Liegenschaft Einl.-Z. 187 Hietzing, XIII., Hietzinger Kai 81 876
79. Derselbe, betreffend das Detailprojekt für die elektrische Anlange, Blitzableiteranlage, elektrische Aufzüge und die Gasanlage im Pavillon I des Wiener Versorgungsheimes 877
80. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Magistrats-Abteilung XIb um Umgangnahme von den Verbauungsbestimmungen für den Bau des Pavillons I des Versorgungsheimes 877

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 11. März 1913.

Inhalt:

1. Vize-Bürgermeister Hoß, betreffend Übernahme des Ober-Werkführers im K. k. Allgemeinen Krankenhause Josef Mokre in den Dienst des Kaiserjubiläums-Spitales 877
2. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Rosa Meuser, Wasserleitungsaufseherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe für ihren Sohn Josef 877
3. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Antonia Martinke, Aushilfsdienerswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe für ihren Sohn Leopold 877
4. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Josefa Danzinger, Straßenarbeiterswitwe, um Gnadengabe 877
5. Derselbe, betreffend das Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß 878
6. Derselbe, betreffend das Ansuchen der Leopoldine Hochhauser, Kanzlistenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe für ihren Sohn Josef 878
7. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Bau-Direktors Ingenieurs Karl Sykora um Versetzung in den bleibenden Ruhestand 878
8. Derselbe, betreffend das Ansuchen des Ober-Rechnungsrates Hans Summerer um Versetzung in den bleibenden Ruhestand 878
9. Gem.-Rat Baron, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirksvorsteher und Reichsratsabgeordneten des XIX. Bezirkes Wenzel Kuhn 878
10. Derselbe, betreffend die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirksrat Rudolf Klippel 878
11. Gem.-Rat Schreiner, betreffend die Verleihung kommunaler Auszeichnungen an die Bezirksräte des XV. Bezirkes Hermann Holzwarth, Franz Neuner, Josef Weinheimer und den Obmann des Ortsschulrates Theodor Krauß . . . 878
12. Gem.-Rat Tomola, betreffend die Verpachtung der Türkenschanzpark-Restauration 878

Bezirksvertretungen:
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom 17. Februar 1913 878
Allgemeine Nachrichten:
K. k. Bezirksschulrat 880
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 11. und 13. März 1913 880
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 11. März 1913 880
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 12. März 1913 880
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 13. März 1913 880
Pferdemarkt vom 11. März 1913 881
Jung- und Stechviehmarkt vom 10. und 13. März 1913 881
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 11. bis 13. März 1913 881
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 882
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 883
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 884
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1913.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten	
19. März 11 Uhr	Abteilung III (Mag.-Rat Dr. **Ehrenberg**, Neues Rathaus, V. Stiege 2. Stock)	5826	II., Obere Augartenstraße 12.	Baumeisterarbeiten	7204 K 75 h	3—3
18. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	230	Umbau des Hauptunratskanales in der Bergsteiggasse von der Jörgerstraße bis zur Pezzlgasse im XVII. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	9075 K 5 h	3—3
19. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	240	Neubau eines Hauptunratskanales in der neuen Gasse zwischen der Wallensteinstraße und Greiseneckergasse und Herstellung einer Spülkammer und Spülleitung in der Othmargasse im XX. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	3993 K 33 h	2—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
20. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, **Neues Rathaus**, VI. Stiege, 1. Stock)	254	Umbau des Hauptunratskanales in der Tannengasse und am Reithofferplatze in der Strecke von der Felberstraße bis zur Märzstraße im XV. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	17.674 K 11 h 2–3
21. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, **Neues Rathaus**, VI. Stiege, 1. Stock)	265	Neubau eines Hauptunratskanales in der Laxenburgerstraße in der Strecke vom Salvatorianerplatze bis zur projektierten äußeren Gürtelstraße im X. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	2846 K 43 h 1–2
26. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, **Neues Rathaus**, VI. Stiege, 1. Stock)	97	Neubau eines Hauptunratskanales in der Wilhelminenbergstraße von Or.-Nr. 1 bis Or.-Nr. 3 im XVII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	3374 K 58 h 1–3
27. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer** **Neues Rathaus**, VI. Stiege, 1. Stock)	1163/12	Neubau eines Hauptunratskanales in der Hameaustraße von dem Sulzweg bis Hameaustraße 54 im XVIII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	9361 K 77 h 1–3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
28. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	239	Neubau von Hauptunratskanälen in der Heindlgasse zwischen der Koppstraße und Herbststraße, in der Herbststraße zwischen der Heindl- und Possingergasse und in der Possingergasse zwischen der Koppstraße und Herbststraße im XVI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	15 862 K 1—3
19. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Dobl-hoffgasse 6, 1. Stock)	399	Dampfwäscherei im städtischen Donaubade, II., Erzherzog Karl-Platz 4.	1. **Wäschereimaschinen** (Zylinder-Dampfmangel samt Vorgelege, Wäschemangel „Lignitzia", liegende Waschmaschine samt Vorgelege, Gasplätte) . . . 2. **Einflammrohrkessel** samt Montierung (exklusive Einmauerung) 3. **Vier Elektromotoren** samt Leitungen . . . . . . Für die sub 1, 2 u. 3 genannten Lieferungen sind gesonderte Offerte einzubringen.	12.520 K 4200 K 3100 K 3—3
31. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Dobl-hoffgasse 6, 1. Stock)	160	Versorgungsleitung der Zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung vom Behälter Galitzinstraße bis zum Hernalsergürtel im XVI. Bezirke.	**Deichgräber-, Pflasterer-, Baumeister- und Maschinistenarbeiten**	123.879 K 43 h 2—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
4. April 10 Uhr	Abteilung IX (Mag.-Rat **Dr. Konst. Mayer,** Neues Rathaus, V. Stiege 2. Stock)	560	Errichtung einer V. Gruppe von Jungschweinstallungen auf dem Borstenviehmarkte in St. Marx.	**Baumeisterarbeiten** . . . . . **Betonarbeiten** . . . . . **Zimmermannsarbeiten** . . . . . **Schlosserarbeiten** . . . . . **Wasserleitungsarbeiten**	18.097 K 75 h 16.630 „ — „ 7.879 „ 50 „ 4.987 „ — „ 5.000 „ — „ Vorbemerkung: Pläne 2c. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II a, Neues Rathaus, zur Einsicht auf. 1—3
18. März 10 Uhr	Abteilung X (Mag.-Rat **Koniakowsky,** Neues Rathaus, III. Stiege, Hochparterre)	4590/11	—	**Veräußerung des durch Ausbrennen alter Kränze im Wiener Zentral-Friedhofe verbliebenen, nicht gepauschten Kranzdrahtes im Gesamtgewichte von etwa 2500 Meterzentnern.**	— Vorbemerkung: Bedingnisse in der Verwaltung des Wiener Zentral-Friedhofes. 3—3

D. Z. 132/32, 0/12.
61.

Kundmachung.

(Offertausschreibung für die Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XVIII., Währingergürtel.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen beabsichtigt, in der Wagenhalle des Bahnhofes XVIII., Währingergürtel, zwei getrennte Zentral-Heizanlagen ausführen zu lassen, von welchen die eine die Wagenhalle, die zweite die Nebenräume und die im Souterrain befindlichen Baderäume beheizen soll. Letztere ist mit einer Warmwasserbereitung für die Waschapparate der Diensträume und für die Badeanlage in Verbindung zu bringen.

Die Kosten für die beiden Heiz-, sowie für die Bade- und Warmwasserbereitungsanlage sind getrennt zu offerieren.

Wegen Vergebung dieser Arbeiten und Lieferungen wird eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung **für den 4. April 1913, um 10 Uhr vormittags,** im Sitzungssaale der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, Amerlingstraße, ausgeschrieben.

Pläne, Baubeschreibung, allgemeine und besondere Bedingnisse liegen bei der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, auf, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei bis zum 3. April an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung am 4. April 1913, betreffend Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XVIII., Währingergürtel", versehen zu richten oder am Tage der Offertverhandlung, das ist am 4. April 1913, vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu überreichen.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, die Baubeschreibung, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen hat und sich denselben vorbehaltlos unterwirft.

Bezüglich der näheren Bestimmungen über die zu erlegende Kaution wird auf den § 3 der allgemeinen Bedingnisse verwiesen.

Die notwendigen Behelfe, Bedingnisse und Pläne können — soweit der Vorrat reicht — in der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung, VI., Rahlgasse 3, erworben werden.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.
Wien, am 3. März 1913. 3—3

D. Z. 1046/32, 0/12.
80.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XIII., Speising an der verlängerten Hetzendorferstraße.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen beabsichtigt, im Verwaltungsgebäude und in der Wagenhalle des Bahnhofes Speising im XIII. Bezirke zwei getrennte Zentral-Heizungsanlagen ausführen zu lassen, von welchen die erstere mit einer im Souterrain befindlichen Badeanlage und Warmwasserbereitung für die Waschapparate der Diensträume zu kombinieren ist.

Die Kosten für die beiden Heiz-, sowie für die Bade- und Warmwasserbereitungsanlage sind getrennt zu offerieren.

Wegen Vergebung dieser Arbeiten und Lieferungen wird eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung für **10. April 1913, um 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, Amerlingstraße, ausgeschrieben.

Pläne, Baubeschreibung, allgemeine und besondere Bedingnisse liegen bei der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, auf woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei bis zum 9. April 1913 an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung am 10. April 1913, betreffend Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XIII., Speising" versehen, zu richten oder aber am Tage der Offertverhandlung, das ist am 10. April 1913, vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu überreichen.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, die Baubeschreibung, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen hat und sich denselben vorbehaltlos unterwirft.

Bezüglich der näheren Bestimmungen über die zu erlegende Kaution wird auf den § 3 der allgemeinen Bedingnisse verwiesen. Die notwendigen Behelfe, Bedingnisse und Pläne können, soweit der Vorrat reicht, in der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, käuflich erworben werden.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 5. März 1913. 2—3

M. Abt. VI, 2853/12.

Kundmachung.

(Verkauf von Motoren, Pumpen und Reservoiren.)

Die Gemeinde beabsichtigt, aus den zur Auflassung bestimmten Schöpfwerken die Motore und Pumpen samt Zubehör (bei einigen Schöpfwerken auch die Reservoire und sonstigen Eisenbestandteile) zu veräußern. Kauflustige erhalten nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VII a (Baurat Podstata), I., Doblhoffgasse 6, woselbst auch die Anbote, und zwar abgesondert für jedes Schöpfwerk einzubringen sind.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 22. Jänner 1913.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Maug,
Magistratsrat. 14—18

G. Z. 3500.

Kundmachung.

(Erledigte Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die nachstehend angeführten Lehrstellen zur Besetzung:

A.

Je eine Stelle eines Bürgerschullehrers (V. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

XIV., Märzstraße 70, XV., Friedrichsplatz 4, XVI., Habsburgplatz 18, XX., Jägerstraße 54.

*

Je eine Stelle eines Bürgerschullehrers (V. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

III., Sechskrügelgasse 11, V., Embelgasse 46, X., Herzgasse 27, Knöllgasse 59, XIV., Diefenbachgasse 15 bis 19, XVI., Habsburgplatz 18, XVII., Kalvarienberggasse 33.

*

Je eine Stelle eines Bürgerschullehrers (V. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

IV., Schaumburgergasse 7, V., Embelgasse 46, IX., Glasergasse 8, XI., Enkplatz 4, XII., Singrienergasse 19, XIV., Diefenbachgasse 15 bis 19.

*

***

Eine Stelle eines Bürgerschullehrers (V. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe** an der Bürgerschule für Mädchen XX., Leipzigerplatz 2.

B.

Je eine Stelle einer Bürgerschullehrerin (VI. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen:

II., Obere Augartenstraße 38, IX., Galileigasse 3, X., Erlachgasse 91, XII., Ruckergasse 40, XIV., Märzstraße 72, Diefenbachgasse 15 bis 19, XV., Friedrichsplatz 5, XVI., Wurlitzergasse 59, XIX., Kreindlgasse 24, XXI., Lorenz Kellner-Gasse 15.

*

Je zwei Stellen einer Bürgerschullehrerin (VI. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen:

II., Wolfgang Schmälzl-Gasse 13, XVI., Herbststraße 86.

*

Je eine Stelle einer Bürgerschullehrerin (VI. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen:

II., Kleine Sperlgasse 2 a, X., Siccardsburggasse 55/57, XII., Ruckergasse 40, Deckergasse 1, XIII., Zennerstraße 1, XIV., Heinickegasse 5, XV., Zinckgasse 12/14, XVI., Habsburgplatz 17, Herbststraße 86.

*

Je eine Stelle einer Bürgerschullehrerin (VI. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe** an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen:

II., Holzhausergasse 7, Obere Augartenstraße 38, VIII., Zeltgasse 7, X., Erlachgasse 91, Knöllgasse 61, XII., Deckergasse 1, XIV., Märzstraße 72, Diefenbachgasse 15 bis 19, Heinickegasse 5, XVI., Wurlitzergasse 59, Habsburgplatz 17, XVII., Redtenbachergasse 79.

*

Je eine Stelle eines Bürgerschullehrers (V. Kategorie) **oder einer Bürgerschullehrerin** (VI. Kategorie) **für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe** an der Bürgerschule für Mädchen X., Antonsplatz 11.

*

C.

Je eine Stelle eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

II., Pazmanitengasse 17, Schönngasse 2, III., Eslarngasse 23, Hainburgerstraße 40, Pfarrhofgasse 1, V., Einsiedlergasse 1, Stolberggasse 53, VII., Kandlgasse 30, VIII., Albertgasse 52, IX., Liechtensteinstraße 137, X., Sonnleithnergasse 32, Ullandgasse 1, XI., Meichlstraße 512, Münnichplatz 6, Herderplatz 1, XII., Schönbrunnerstraße 189, XV., Talgasse 2, XVI., Schinaglgasse 5, Panikengasse 31, Koppstraße 75, XVII., Parhamerplatz 19, Wichtelgasse 67, Arzbergergasse 2, XVIII., Schopenhauerstraße 66, XIX., In der Krim 6, XX., Gerhardusgasse 7, Wintergasse 34, Leystraße 34, XXI., Leopoldsplatz 9.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der allgemeinen Kaiser Franz Josef-Volksschule der Stadt Wien für Knaben XVI., Liebhardtgasse 21.

Eine Stelle eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der allgemeinen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Volksschule für Knaben XXI., Jubiläumsgasse 19.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der I. allgemeinen Volksschule für Knaben XVII., Kastnergasse 29.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XVIII., Celtesgasse 2.

*

Je zwei Stellen eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

II., Schüttaustraße 42, Blumauergasse 21, V., Wiedner Hauptstraße 107, XI., Braunhubergasse 3, Kaiser-Ebersdorferstraße 65, XIV., Goldschlagstraße 113, XV., Hackengasse 11, XIX., Hammerschmidtgasse 26.

*

Zwei Stellen eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XXI., Meißnergasse 1.

*

Je drei Stellen eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben: X., Knöllgasse 59, XX., Vorgartenstraße 50.

*

D.

Je eine Stelle einer Volksschullehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

I., Johannesgasse 4 a, II., Wolfgang Schmälzl-Gasse 15, III., Kleistgasse 12, Lechnerstraße 12, IV., Karolinenplatz 7, Phorusgasse 10, V., Castelligasse 9, Schönbrunnerstraße 101, VI., Gumpendorferstraße 4, Stumpergasse 10, IX., Marktgasse 2, Grünetorgasse 7, X., Quellenstraße 73, Schrankenberggasse 32, XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 65, Münnichplatz 6, XIII., Märzstraße 178, XIV., Kellinggasse 7, XVI., Abelegasse 29, XVIII., Anastasius Grün-Gasse 10, Scheibenbergstraße 63, XIX., Heiligenstädterstraße 129, XXI., Schöpfleuthnergasse 24, Wenhartgasse 34.

*

Je eine Stelle einer Volksschullehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben und Mädchen:

X., Laaerstraße 274, XIII., Speisingerstraße 44, XXI., Leopoldauerplatz 77.

*

Eine Stelle einer Volksschullehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an der allgemeinen Kaiser Franz Josef-Volksschule für Mädchen XVI., Liebhardtgasse 19.

*

Eine Stelle einer Volksschullehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an der II. allgemeinen Volksschule für Mädchen XVI., Stephanieplatz 1.

Je drei Stellen einer Volksschullehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

II., Schüttaustraße 78, X., Knöllgasse 61, XX., Allerheiligenplatz 7.

*

Vier Stellen einer Volksschullehrerin I. Klasse (VIII. Kategorie) an der allgemeinen Stephanie-Volksschule für Mädchen XXI., Kaiserin Elisabeth-Gasse 33.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) **oder einer Volksschullehrerin I. Klasse** (VIII. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen X., Laaerstraße 274.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers I. Klasse (VII. Kategorie) **oder einer Volksschullehrerin I. Klasse** (VIII. Kategorie) an der allgemeinen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Volksschule für Mädchen X., Randhartingergasse 17.

*

E.

Je eine Stelle eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

II., Obere Augartenstraße 68, Blumauergasse 21, Holzhausergasse 5, Pazmanitengasse 17, Pazmanitengasse 26, Kleine Sperlgasse 2a, Vorgartenstraße 191, III., Kolonitzgasse 15, V., Grüngasse 14, VI., Corneliusgasse 6, Stumpergasse 10, IX., Lazarettgasse 27, X., Alxingergasse 82, Herzgasse 27, Keplergasse 11, Sonnleithnergasse 32, Uhlandgasse 1, XI., Molitorgasse 11, Herderplatz 1, XII., Fockygasse 20, Rosasgasse 8, Ruckergasse 44, XIII., Diesterweggasse 30, Kuefsteingasse 38, Linzerstraße 419, Trogergasse 3, XIV., Selzergasse 19, XVI., Lorenz Mandl-Gasse 56, Grubergasse 6, Payergasse 10, XVII., Hernalser Hauptstraße 100, Pezzlgasse 29, Parhamerplatz 19, XIX., Hammerschmidtgasse 26, XX., Treustraße 9, Greiseneckergasse 29, Wintergasse 34, Vorgartenstraße 50, XXI., Leopoldsplatz 9, Wenhartgasse 34.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) an der I. allgemeinen Volksschule für Knaben XV., Ottakringerstraße 150.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) an der II., allgemeinen Volksschule für Knaben XVII., Kastnergasse 29.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XIX., Wigandgasse 29.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) an der allgemeinen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Volksschule für Knaben XXI., Jubiläumsgasse 19.

*

Eine Stelle eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XXI., Leopoldauerplatz 77.

*

Je zwei Stellen eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

II., Czerninplatz 3, Sterneckplatz 2, V., Hundsturmplatz 14, Stolberggasse 53, IX., Canisiusgasse 2, X., Knöllgasse 59, Puchsbaumgasse 55, XI., Braunhubergasse 3, XII., Vierthalergasse 11, XIII., Siebeneichengasse 15, Lortzinggasse 2, Linzerstraße 232, XIV., Kauergasse 3, XV., Talgasse 2, XX., Gerhardusgasse 7, Wasnergasse 33.

*

Je drei Stellen eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

III., Dietrichgasse 44, XIII., Spallartgasse 18, XVII., Wichtelgasse 67.

*

F.

Je eine Stelle einer Volksschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

II., Schüttaustraße 78, Czerninplatz 3, Novaragasse 30, Pazmanitengasse 26, Vorgartenstraße 191, III., Kleistgasse 12, VI., Sonnenuhrgasse 3, Stumpergasse 10, VII., Lerchenfelderstraße 61, X., Bernhardstalgasse 19, Keplerplatz 7, Leibnitzgasse 33, Quellenstraße 52, Quellenstraße 73, Schrankenbergasse 32, Uhlandgasse 1, XI., Brehmstraße 9, Kaiser-Ebersdorferstraße 65, Meidlstraße 512, XII., Migazziplatz 9, Ruckergasse 42, Vierthalergasse 13, XIII., Meiselstraße 47, Märzstraße 178, XIV., Kauergasse 5, Kellinggasse 7, Stättermayergasse 27, Johnstraße 40, XVI., Kreitnergasse 32, XVII., Jörgerstraße 38, Kindermanngasse 1, XX., Rafaelgasse 13, Greiseneckergasse 29, XXI., Heldenplatz 3, Kuenburgasse 1.

*

Eine Stelle einer Volksschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen X., Laaerstraße 274.

*

Eine Stelle einer Volksschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) an der allgemeinen Stephanie-Volksschule für Mädchen XXI., Kaiserin Elisabeth-Gasse 33.

*

Je zwei Stellen einer Volksschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

II., Feuerbachstraße 1, X., Herzgasse 87, XI., Pachmayergasse 6, XIII., Am Platz 2, Diesterweggasse 30, Kienmayergasse 41, Felbigergasse 97, XX., Gerhardusgasse 7.

*

Zwei Stellen einer Volksschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XXI., Stadlauerstraße 51.

*

Je drei Stellen einer Volksschullehrerin II. Klasse (IX. Kategorie) an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

XIII., Muthsamgasse 1, XIV., Kröllgasse 20, XX., Allerheiligenplatz 7.

*

****

Eine Stelle eines Volksschullehrers II. Klasse (IX. Kategorie) **oder einer Volksschullehrerin II. Klasse** (IX. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen XIX., Mannagettagasse 1.

G.

Je eine Stelle eines Bezirks-Aushilfslehrers (X. Kategorie) **mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe)** mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

II., Schwarzingergasse 4, III., Hegergasse 20, IV., Schaumburgergasse 7, XIII., Reimlgasse 19, XX., Staudingergasse 6.

*

Eine Stelle eines Bezirks-Aushilfslehrers (X. Kategorie) **mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe** mit dem Standorte an der Bürgerschule für Mädchen VIII., Zeltgasse 7.

*

Je eine Stelle eines Bezirks-Aushilfslehrers (X. Kategorie) **mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe** mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

V., Embelgasse 46, X., Eugengasse 30/32, XX., Jägerstraße 54.

*

Je eine Stelle eines Bezirks-Aushilfslehrers (X. Kategorie) **mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe** mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

X., Antonsplatz 12, XII., Singrienergasse 19, XIX., Pyrkergasse 16.

*

Eine Stelle eines Bezirks-Aushilfslehrers (X. Kategorie) **mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe** mit dem Standorte an der Bürgerschule für Mädchen XII., Hetzendorferstraße 66.

*

H.

Je eine Stelle eines Bezirks-Aushilfslehrers (XI. Kategorie) mit dem Standorte an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Knaben:

IV., Alleegasse 44, VI., Rahlgasse 2, X., Quellenstraße 54, XI., Meichlstraße 512, XIII., Kuefsteingasse 38, XIV., Goldschlagstraße 123, XVI., Panikengasse 31, XX., Gerhardusgasse 7, Pöchlarnstraße 14.

*

Eine Stelle einer Bezirks-Aushilfslehrerin (XI. Kategorie) mit dem Standorte an den nachbenannten allgemeinen Volksschulen für Mädchen:

VI., Mittelgasse 24, VIII., Josefstädterstraße 95, XI., Herderplatz 1, XIII., Felbigergasse 97, XX., Treustraße 9.

*

Mit jeder der ausgeschriebenen Stellen sind im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen nachstehende Bezüge verbunden:

1. Der Jahresgehalt für die V. Kategorie von 2500 K, für die VI. Kategorie von 2400 K, für die VII. Kategorie von 2100 K, für die VIII. Kategorie von 2000 K, für die IX. Kategorie von 1600 K, für die X. Kategorie von 2000 K, für die XI. Kategorie von 1600 K.

2. Das Quartiergeld von 1200 K für die Lehrpersonen der V. Kategorie, von 1000 K für die Lehrpersonen der VII. Kategorie, von 700 K für die Lehrpersonen der VI. und VIII. Kategorie, von 800 K für die männlichen und von 500 K für die weiblichen Lehrpersonen der IX. bis XI. Kategorie. Nach dem vollendeten 20. Dienstjahre wird dieses Quartiergeld in der V. Kategorie auf 1400 K, in der VII. Kategorie auf 1200 K erhöht; bei den männlichen Lehrpersonen der IX. bis XI. Kategorie tritt nach Vollendung von zehn Dienstjahren eine Erhöhung des Quartiergeldes auf jährlich 1000 K ein.

3. Der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 200 K, und zwar für die männlichen Lehrpersonen nach einer Dienstzeit von je drei Jahren, für die weiblichen Lehrpersonen nach einer Dienstzeit von je vier Jahren.

4. Anspruch auf eine Personalzulage von jährlich 400 K für die Lehrpersonen der V. und VII. Kategorie nach 30 für die Pension anrechenbaren Dienstjahren.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrat zu richten.

Die Bewerbungsgesuche der im Wiener Schulbezirke bereits angestellten Lehrpersonen sind **längstens bis einschließlich 7. April 1913** bei der unmittelbar vorgesetzten Bezirkssektion des k. k. Bezirksschulrates Wien einzubringen.

Auswärtige Bewerber haben ihre Bewerbungsgesuche **spätestens acht Tage vor Ablauf des Konkurstermines** bei dem ihnen vorgesetzten Bezirksschulrate zu überreichen.

Den Bewerbern ist es gestattet, für alle in dieser Konkursausschreibung enthaltenen Stellen nur ein Gesuch einzubringen, in welchem sämtliche angestrebten Lehrstellen nach Kategorien (V bis XI) und Bezirken geordnet, anzuführen sind. Dem Gesuche sind so viele Diensttabellen mit den erforderlichen amtlichen Auszügen aus dem Gesuche anzuschließen, daß für jede der voranstehend mit A bis H bezeichneten Kategorien der vom Bewerber (von der Bewerberin) angestrebten Lehrstellen jedem der betreffenden Ortsschulräte eine Diensttabelle zugestellt werden und noch eine Diensttabelle beim Gesuche verbleiben kann.

In jeder Diensttabelle, erforderlichenfalles auf deren Rückseite, sind sämtliche im Wiener Schulbezirke angestrebten Lehrstellen derselben Kategorie (V bis XI) nach Bezirken geordnet anzuführen.

Die Diensttabellen müssen mit dem Vermerke: „Über amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen" versehen sein.

Außerdem sind jedem Gesuche soviele Auszüge aus dem Absenzen- und Urlaubsausweise beizulegen, als Diensttabellen angeschlossen sind.

In diesen Auszügen sind die Urlaube und sonstigen Absenzen des Jahres, in welchem die Bewerbung stattfindet, und der drei vorhergegangenen Jahre zu verzeichnen. (Erlaß des k. k. Bezirksschulrates vom 31. Mai 1911, Z. 8602.)

Sämtlichen Bewerbern wird nachdrücklichst empfohlen, das vom k. k. Bezirksschulrate Wien aufgelegte Gesuchsformulare zu verwenden.

Dieses sowie die Formulare für die Diensttabellen, Indexblätter und Absenzenausweise sind von den im Wiener Schul-

bezirke bereits angestellten Bewerbern vom zuständigen Ortsschulrate zu beziehen.

Auswärtige Bewerber haben diese Drucksorten bei dem städtischen Schuldrucksortenverlage (Wien, VIII., Piaristengasse 43) anzusprechen.

Weiters ist jedes Gesuch zu belegen: Mit dem Heimatscheine von solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, von weiblichen in jedem Falle; mit dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine; mit dem Trauungsscheine von den verheirateten und verwitweten Bewerberinnen; mit dem Nachweise über die Erfüllung der Stellungspflicht von jenen männlichen Bewerbern, welche sich nicht mehr in einer der drei aufgerufenen Altersklassen befinden; mit dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung; mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürger-, beziehungsweise allgemeine Volksschulen; ferner mit den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Zuweisungs-, Enthebungs-Dekreten 2c.); endlich mit dem gesetzlichen Nachweise (Lehrbefähigungszeugnisse) über die besondere Befähigung für Turnen und Gesang für sämtliche ausgeschriebenen Lehrstellen.

Die geforderten Gesuchsbelege sind in Urschrift oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift beizubringen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Konkurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Konkurstermines nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

K. k. Bezirksschulrat Wien,
am 28. Februar 1913.

Für den Vorsitzenden:
Hoß. 1—1

M. Abt. XIX, 168.

Kundmachung.

In Gemäßheit der §§ 24 und 26 der Gemeindewahlordnung vom 24. März 1900, L.-G.-Bl. Nr. 17, wird die in der Zeit vom 27. bis 31. Jänner 1913 vorgenommene und vom Gemeinderate in der öffentlichen Sitzung vom 28. Februar 1913 anerkannte Neuwahl der Bezirksvertretung für den XIV. Bezirk öffentlich bekanntgemacht:

1. Wahlkörper:

Funktionsdauer bis zum Jahre 1919.

Döll Johann, Bürger und Hausbesitzer, Pereiragasse 25.
Dumfort Dominik, Hausbesitzer, Goldschlagstraße 78.
Gerber Franz, Bürger und Gastwirt, Geibelgasse 2.
Korneisl Anton, Bürger, Architekt und Hausbesitzer, Ullmannstraße 26.
Mayer Anton, Bürger, Gemischtwaren-Verschleißer und Hausbesitzer, Beckmanngasse 46.
Schlüsselberger Alois, Hausbesitzer, Heinickegasse 6.
Schrepfer Johann, Bürger, Maurermeister und Hausbesitzer, Illekgasse 17.
Vidoni Josef, Bürger, Gemischtwarenhändler und Hausbesitzer, Schwendergasse 29.
Wicha Leopold, Bürger, Gelbgießer und Hausbesitzer, Sturzgasse 18.
Zurmann Josef, Bürger und Uhrmacher, Schweglerstraße 24.

2. Wahlkörper:

Funktionsdauer bis zum Jahre 1919.

Brauneiß Josef, Volksschullehrer, Märzstraße 47.
Jonas Alois, Teppichreiniger und Hausbesitzer, Huglgasse 24.
Löscher Anton, Bürger und Krämer, Sechshausergürtel 3.
Lusk Josef, Bürger und Metalldrucker, Benedikt Schellinger-Gasse 28.
Meilegg Franz, Marktviktualienhändler und Hausbesitzer, Rustengasse 10.
Pascher Johann, Bürgerschullehrer, Mariahilferstraße 186.
Richter Hugo, Offizial der k. k. österr. Staatsbahnen, Felberstraße 56.
Schmidt August, Bürger und Übertandruckfabrikant, Reindorfgasse 9.
Siegmeth Adolf, k. k. Kassier, Goldschlagstraße 43.
Sitter Adolf, Pfaidler und Hausbesitzer, Storchengasse 8.

3. Wahlkörper:

Funktionsdauer bis zum Jahre 1919.

Dallinger Johann, Privatier, Holochergasse 3.
Frühwirt Raimund, Bürger, Bauunternehmer und Hausbesitzer, Johnstraße 63.
Gold Josef, Rauchfangkehrer, Johnstraße 67.
Hartweger Anton, Gastwirt, Sturzgasse 40.
Krikawa Ferdinand, Redakteur, Ullmannstraße 10.
Kunz Eduard, Bürger, Privatier und Hausbesitzer, Ullmannstraße 56.
Schober Leopold, Branntweinschenker, Märzstraße 68.
Schwarz Rudolf, Feigenkaffee-Erzeuger, Reichsapfelgasse 27.
Spitzhüttl Josef, Bürger, Kleidermacher und Hausbesitzer, Braunhirschengasse 45.
Turecek Thomas, Bürger, Schuhmacher und Hausbesitzer, Braunhirschengasse 11.

Wien, am 1. März 1913. 1—1

Der Bürgermeister:
Dr. Richard Weiskirchner.

M. Abt. XIX, 168.

Kundmachung.

In Gemäßheit der §§ 24 und 26 der Gemeindewahlordnung vom 24. März 1900, L.-G.-Bl. Nr. 17, wird die in der Zeit vom 27. bis 31. Jänner 1913 vorgenommene und vom Gemeinderate in der öffentlichen Sitzung vom 28. Februar 1913 anerkannte Neuwahl der Bezirksvertretung für den XIX. Bezirk öffentlich bekanntgemacht:

1. Wahlkörper:

Funktionsdauer bis zum Jahre 1919.

Duda Johann, Realitätenbesitzer, Saarplatz 14.
Hengl Leopold, Wirtschaftsbesitzer, Grinzingerstraße 66.
Klippel Rudolf, Hausbesitzer, Muthgasse 131.
Kühnel Klemens, Hauptlehrer, Döblinger Hauptstraße 20.
Dr. Püringer Rudolf, Adjunkt an der k. k. technischen Hochschule, Hardtgasse 33.
Schmidt Franz, Restaurateur, Heiligenstädterstraße 201.
Stump Kilian, k. u. k. Hofbäcker, Döblinger Hauptstraße 84.
Trubert Alfred, k. k. Postrat, Leidesdorfgasse 7.
Weinzinger Karl, Hausbesitzer, Heiligenstädterstraße 31.
Weis Josef, Hausbesitzer, Obkirchergasse 34.

2. Wahlkörper:

Funktionsdauer bis zum Jahre 1919.

Ferge Oskar, k. k. Weinbauadjunkt, Sandgasse 35.
Hohm Wilhelm, Handelsgärtner, Weinberggasse 17.
Kargl Richard, Oberlehrer, Kahlenbergerstraße 24.
Kuhn Wenzel, Realitätenbesitzer, Armbrustergasse 29.
Lehner Karl, Hausbesitzer, Sieveringerstraße 168a.
Musil Alois, Kaufmann, Probusgasse 13.
Partik Leopold, Gastwirt, Döblinger Hauptstraße 11.
Visintini Franz, Ingenieur, Gymnasiumstraße 71.
Werner Wilhelm, Bürgerschul-Direktor, Döblinger Hauptstraße 44.
Wodianka Alfred, k. k. Zolloffizial, Döblinger Hauptstraße 18.

3. Wahlkörper:

Funktionsperiode bis zum Jahre 1919.

Baar Julius, n.-ö. Landesbeamter, Billrothstraße 85.
Czeppan Nikolaus, Tapezierermeister, Sieveringerstraße 93.
Guttmann Gustav, Beamter, Döblinger Hauptstraße 5.
Hengl Karl, Gastwirt, Muckenthalerweg 2.
Pröll Franz, Bauunternehmer, Heiligenstädterstraße 271.
Ranftl Johann, Kaufmann, Gebhardtgasse 2.
Schiesel Johann, Gastwirt, Silbergasse 4.
Voith Ignaz, Postunterbeamter, Krottenbachstraße 36.
Woitek Karl, Kanzleioffiziant, Pantzergasse 28.
Zisch Josef, Hausbesitzer, Sieveringerstraße 155.

Wien, am 1. März 1913. 1—1

Der Bürgermeister:
Dr. Richard Weiskirchner.

Z. 889.

Kundmachung.

(Karl und Theresia Göschl'sche Stiftung.)

Von den Zinsen des Karl und Theresia Göschl'schen Stiftungskapitales kommen eine Zahl von Stiftungsbeträgen à 100 K im Monate Mai 1913 zur Verteilung.

Anspruch auf eine Beteilung mit diesen Stiftungsbeträgen haben nach der letztwilligen Anordnung der Stifter Geschäftsleute des III. Gemeindebezirkes, welche ohne ihr Verschulden verarmt und durch ihr Verhalten einer Unterstützung würdig und wenigstens zehn Jahre im Bezirke ansässig sind, ohne Unterschied der Nationalität und des Geschlechtes, jedoch müssen sie sich zu einer christlichen Konfession bekennen.

Bürger von Wien oder nach Wien heimatberechtigte Personen haben unter sonst gleichen Voraussetzungen den Vorzug vor anderen Bewerbern.

Wer einmal eine Beteilung aus den Stiftungserträgnissen bezogen hat, ist für das nächste Jahr von dem Bezuge einer solchen ausgeschlossen. Die Gesuche sind, mit den notwendigen Dokumenten versehen, **bis 10. April 1913** in der Kanzlei der Bezirksvertretung Landstraße, III., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 5. März 1913.

Der Bezirksvorsteher des III. Wiener Gemeindebezirkes:
Paul Spitaler. 3—3

M. Abt. XIII, 1502/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Franz und Marie Tautz'sche Stiftung

für verwitwete Bürger und Bürgerswitwen.

Zur Verteilung gelangen: 1400 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, verwitwete Wiener Bürger und Wiener Bürgerswitwen katholischer Religion, die nicht bereits im Vorjahre aus dieser Stiftung beteilt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Trauungsschein, Bürgerrechtsnachweis, Totenschein des verstorbenen Gatten teiles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Mai 1913.**

Verleihungstag: 16. September 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. März 1913. 1—3

M. Abt. XIII, 1334/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Andreas Zelinka'sche Stiftung
für mittellose Wiener Advokaten.

Verliehen wird: Vom 1. April 1913 angefangen ein Unterstützungsbetrag jährlicher 1200 K auf Lebensdauer.

Anspruchsberechtigt sind: Mittellose Wiener Advokaten, dieselben mögen ihre Praxis noch ausüben oder aufgegeben haben.

Vorzugsberechtigt sind unter sonst gleichen Verhältnissen die Nachkommen des Bruders des Stifters, Josef Zelinka, und der Schwester des Stifters, Franziska Fenz.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis, Bestellungs-Dekret als Advokat, eventuell Nachweise über ein geltend gemachtes Vorzugsrecht.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 4. März 1913. 1—3

M. Abt. XIII, 1466/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Kurrende.
(Begünstigungen für städtische Beamte im „Bavaria-Bad" in Hals.)

In der Kur- und Wasserheilanstalt „Bavaria-Bad" des Herrn Dr. Med. G. Mayerhausen in Hals bei Passau erhalten in der Zeit vom 1. Mai bis 10. Juni 1913 zwei mittellose, der Kur bedürftige Beamte der Stadt Wien vollständig freie Kur, ärztliche Behandlung, Beköstigung und Wohnung, und zwar je auf die Dauer von vier Wochen.

Ferner wird allen städtischen Beamten ohne Unterschied die ganze Saison hindurch eine Ermäßigung von 15 Prozent der prospektmäßigen Preise gewährt.

Bewerber um einen der Freiplätze haben ihre Gesuche, welche zugleich auch das Ansuchen um Erteilung des erforderlichen Urlaubes, die Angaben über die Bezüge, die Dienstzeit, die Vermögens- und Familienverhältnisse, sowie die Bestätigung der Kurbedürftigkeit zu enthalten haben, **bis einschließlich 10. April 1913** in der Einlaufstelle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 1. März 1913. 1—3

M. Abt. XIII, 1495/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Gögl'sche Heiratsausstattungs-stiftung
für Mädchen.

Verliehen wird: Ein Ausstattungsbetrag von 210 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, in Wien wohnhafte Mädchen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis und Wohnungsnachweis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. März 1913. 1—3

M. Abt. XIII, 906/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Gustav Freiherr v. Heine-Geldern'sche Stiftung
für Witwen und Waisen.

Verteilt werden: 620 K in Beträgen von 50 bis 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, welche arm und in Wien heimatberechtigt sind.

Der Stiftungsgenuß kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Dem Gesuche sind anzuschließen:

a) von Witwen: Tauf(Geburt)schein, Trauungs- und Totenschein des Gatten, Heimatschein, Nachweis, daß der Gatte ein Gewerbe betrieben hat;

b) von Waisen: Tauf(Geburt)schein, Totenschein des Vaters oder der Eltern, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis über die Krüppelhaftigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 20. April 1913.**

Tag der Verleihung: 1. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 901/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Treitl'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Zwei Stiftplätze im Betrage von je 1000 K an eine männliche und an eine weibliche Person.

Zur Bewerbung sind berufen: Ledige Männer im Alter von 24 bis einschließlich 32 und Mädchen im Alter von 20 bis einschließlich 28 Jahren, christlichen Glaubens, die einen unbescholtenen Charakter, Fleiß, sittlichen Lebenswandel, gesunde Leibeskonstitution, Dürftigkeit und den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes bei ihrer beabsichtigten Verehelichung gehörig auszuweisen imstande sind.

Die ehelichen Nachkömmlinge der Verwandten des Stifters und die Waisen oder Kinder verarmter braver Wiener Bürger sollen unter gleichen Umständen den Vorzug vor anderen haben.

In der Regel soll nur eines der Brautleute einen Ausstattungsbetrag bekommen, bei besonders rücksichtswürdigen Umständen aber können auch beide Brautleute beteilt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis und amtsärztliches Gesundheitszeugnis.

Der Nachweis über den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes kann auch nach Verleihung beigebracht werden.

Wenn ein Vorzugsrecht in Anspruch genommen wird, ist außerdem der entsprechende Nachweis hierüber beizubringen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. März 1913.**

Verleihungstag: 1. Mai 1913.

Auszahlung nach Antritt des Handwerkes und geschehener Verehelichung.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 114/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Ludwig Edler v. Reithoffer'sche Stiftung.

Verteilt werden: 1200 K in 12 gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte Wiener Bürger und verarmte, in Wien wohnende Personen, welche ein Gewerbe in Wien betrieben haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Bürgerrechtsnachweis, beziehungsweise Nachweis, daß Bittsteller ein Gewerbe in Wien betrieben hat.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Verleihungstag: 10. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 15. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 899/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Baron Moritz Wodianer'sche Stiftung
für verarmte Gewerbsleute.

Verteilt werden: 2040 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Gewerbs- und Handelsleute, welche in Wien wohnhaft sind und ihr Gewerbe noch betreiben.

Solche, welche für eine Familie zu sorgen haben, und nicht kinderlose Witwen, die ein Gewerbe betreiben, haben unter sonst gleichen Verhältnissen den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder, eventuell Totenschein des anderen Gattenteiles, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. März 1913.**

Verleihungstermin: Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 889/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Ignaz und Magdalena Trzebitzky'sche Stiftung
für Mitglieder der städtischen Berufsfeuerwehr.

Verteilt werden 840 K.

Zur Bewerbung sind berufen, und zwar:

1. um fortlaufende Unterstützungen von monatlich mindestens 10 K: Mitglieder der städtischen Berufsfeuerwehr, die infolge eines bei Ausübung ihres Dienstes erlittenen Unfalles unverschuldet durch längere Zeit oder immer dienst- und erwerbsunfähig geworden sind;

2. um einmalige Aushilfe von mindestens 60 K: Erkrankte, rekonvaleszente und solche verunglückte Feuerwehrmänner, deren Dienst- oder Erwerbsunfähigkeit nur kürzere Zeit dauert, ferner überhaupt notleidende Feuerwehrmänner, wenn die Notlage eine unverschuldete ist. — Eine einmalige Aushilfe kann auch als Beitrag zu den Leichenkosten für verstorbene Feuerwehrmänner gegeben werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Personaldokumente und sonstige erforderliche Nachweise.

Einreichstelle: Städtisches Feuerwehr-Kommando oder Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 115/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung
für Techniker.

Verliehen werden: Drei Stipendien im Betrage von je 210 K vom Sommersemester 1913 an auf Studiendauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbemittelte, in Wien geborene Hörer der k. k. Technischen Hochschule in Wien, welche sich durch fleißige Verwendung, vorzügliche Befähigung und gute Sitten auszeichnen.

Bei sonst gleichen Umständen genießen Söhne von Wiener Bürgern den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Verleihungstermin: November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 112/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josefine v. Königwarter'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen wird: Ein Betrag von 560 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbescholtene, nach Wien zuständige Mädchen; Waisen, namentlich mutterlose, haben den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Verleihungstag: 14. Mai 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. Jänner 1913.

KLEIDER
Für Herren und Damen
erzeugt elegant solid billigst.
Peter Drha
Wien IX/4.
Nussdorferstr. 30. Mezzanin
Auf Wunsch Zahlungsbegünstig.
Telephon 21338

Matscheko'sche
Kunststein- u. Zementwaren-Fabrik
Wien, X/1, Trostgasse 100
(Tramway-Endstation Triesterstrasse.)
Spezialität: Fassade-Inkrustation, Renovation aller Steinbauten, Stiegenstufen-Ausbesserung etc.
Telephon Nr. 2859.

AMERICAN **Trading** Company
Büromöbel-Fabrik
Wien, IX/2. Währingerstr. 27.
Telephon 16295.
Übernahme kompletter Einrichtungen für Banken, Sparkassen, Fabrikskontore etc.
Trading-Büromöbel geniessen Weltruf!

HOLZIMPRÄGNIERUNG

Guido Rütgers
WIEN, IX.,
Liechtensteinstrasse 20.

HOLZPFLASTERUNG

SIGNAL-UHR (Neuestes System)
Unentbehrlich für Werkstätten, Fabriken, Bureaus, Banken, Schulen, Pensionate etc. Zeitsignale einstellbar für **jede** gewünschte Zeit, von 65 K aufwärts.
Verlangen Sie Spezialliste über Signaluhren gratis und franko vom Erzeuger.
JOHANN MEINDL Uhr- und Chronometermacher
Lieferant der Kommune Wien,
WIEN I., Schulerstrasse Nr. 7.
Telephon 9812.

LEOPOLD GRÖBER, WIEN
V., RAMPERSTORFFERGASSE 35.
FABRIKATION v. HOLZTERRAZZO, KUNSTHOLZBÖDEN
Vorzüglich geeignet für Schulen, Gastlokalitäten, Bade- und Wohnräume, Amtsgebäude, Sanatorien und Spitäler, Fabriken aller Art. — Spezialist für Linoleum-Unterlagen,
KUNSTSTEIN-, ZEMENTWAREN- UND MOSAIK-ERZEUGUNG
Herstellung ganzer Fassaden; Vestibüle, Portale, Säulen, gearbeitet wie Naturstein; Grabsteine, Brunnen etc. etc. von einfachster bis feinster Ausführung und alle Arten von Betonierungen. Steinterrazzoböden werden nach Zeichnung ausgeführt. — Ferner Spezialität von Racish-Wänden. — Auskünfte u. Kostenvoranschläge bereitwilligst, Muster kostenlos

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

Vöslauer Dolomitsandwerke u. Dolomitin Jndustrie (Edelputz)

Adolf Strauss, Wien,

XII. Matzleinsdorf Bahnhof 2-6. Telephon 3230.

Maschinenbau-Aktiengesellschaft

vormals Breitfeld, Daněk & Co. früher Fürst Salm'sche

Blanskoer Eisenniederlage

Wien, III., Marxergasse 36

liefert Geländerstäbe und Säulen, Einfriedungs- und Grabgitter, Kandelaber, Bogenlampenständer, Tragsäulen, Balkone, Wendeltreppen, Brunnengegenstände, Wasserleitungs-, Abfall- und Abortrohre, Einsteigschachte, Kanalgitter, Fenster, gusseiserne Kessel und Pfannen, Dauerbrandöfen, Regulierfüll-, Zentralheiz- und gewöhnliche Kohlen- und Holzöfen, sowie Kochherde, Radiatoren, Rippenrohre, gusseiserne, emaillierte Badewannen, Kunst- und Figurenguss, Stalleinrichtungen, Kommerzguss etc. etc.

Ferner jede Art Guss nach fremden Modellen und Zeichnungen.

Daselbst auch technisches Bureau der Maschinenfabrik.

Klaviere

u. Leihanstalt

Johann Belehradek

WIEN

VII/2, Mechitaristeng. 4.

Musikalien und Bücher

jeder Art!

Kataloge gratis und franko.

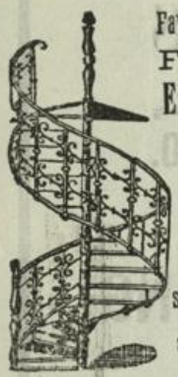
KARL MÜCK, WIEN

Musikalien-, Buchhandlung und Antiquariat.

VIII/2, Lerchenfelderstr. 78.

LeopoldKopriwa

Telephon 9778. Wien X.,



Favoritenstrasse 217 b.

Fabrik für Eisenkonstruktion und Baubedarf.

Spezialerzeuger von schmiedeeisernen Wendeltreppen und Stiegen, sowie eisernen profilierten Stiegenstufen, Abteilung für Herde etc.

Photograph. Apparate

Bequeme Zahlung!



J. SENGSBRATL

WIEN,

VII., Mariahilferstr. 74 B.

Katalog W. gratis.

Stauböl

dauerhaft und geruchlos.

EL. FRIEMEL

I., Liebenberggasse 4.

Telephon Nr. 11429.

Gegründet 1797. — Grand Prix Paris 1900.

Kollektiv-Ausstellung der österreichischen Leinen-Industrie.

Leinenwaren-Fabrik, Bleich- und Appretur-Anstalt

J. A. KLUGE

Hermannseifen (Böhmen)

Niederlage: Wien, I., Werdertorgasse 12.

Flachsspinnerei in Oberaltstadt und Marschendorf bei Trautenau.

Telegramm-Adresse: Leinenkluge, Wien.

FRANZ LEX

konzessionierte Anstalt für Gas- und Wasser-Anlagen.

Unternehmung aller Dimensionen von Gussrohrlegung

Wien, XVII., Steinergasse Nr. 8.

Übernimmt alle in dieses Fach einschlagenden Artikel, Kalt- und Warmbäder, sowie Warmwasser-Anlagen der bewährtesten Systeme.

Kostenvoranschläge auf Verlangen.

Gebrüder Thonet

Fabriken massiv gebogener Holzarbeiten

empfehlen ihre erstklassigen Fabrikate

für jeden Bedarf.

Metallschleiferei- u. Galvanisierungs-Anstalt

ERNST KNASIK

Wien, XVI., Thaliastrasse 12.

Spezial-Werkstätte für Vernickelung, Vergoldung, Versilberung, Verkupferung, Vermessingung und Oxidierung etc.



Swobodas-Original

Dauerbrandöfen

AUTOMAT mit selbsttätiger Regulierung

haben unerreichte ökonomische u. hygienische Vorzüge.

Zentralbureau u. Fabrikslager

Alois Swoboda & Co Wien, XVIII. Theresieng. 17.

Werke: Rainfeld N.Oesterreich.

WIEN XIX/6 HEILIGENSTÄDTERSTRASSE 125

PATENT LEITER FABRIK ERNST JUST, J. KERWIEN'S NACHF.

NIEDERLAGE: WIEN I. SCHOTTENRING Nr. 9

Telephon 6979. **MÖBEL!** Telephon 6979.

Erste genossenschaftl. Warenhalle der Tischlermeister Wiens

registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

VII., Lerchenfelderstr. 45 (Ecke Neubaugasse).

Reichhaltiges Lager von Möbeln in allen Stilarten, Einrichtung ganzer Wohnräume Villen, Hotels, Institute Bureaus etc.

Hof-Bier-Ausschank

Brauerei-Niederlage

Carl Speiser

zum

Wiener-Baben

Wien VI. Mollardgasse 12. Zollergasse 24.

FESTE PREISE

Dampfziegelei-, Tonöfen- u. Klinkersteine-Fabriken

L. Roth's Söhne

Wien — Klein-Pöchlarn.

Gegründet 1850. Telephon 13534.

Zentral-Bureau und Niederlage:

Wien, XX/1, Kluckygasse 14.

Komplette Ziegelei- und Hartzerkleinerungs-Anlagen

Moderne Transport-Anlagen nach bewährtem System.

Condenswasser-Rückleitungen System Krantz, Banguss

L. BOLLMANN & CO.

:-: WIEN, VII. Bezirk, Lindengasse Nr. 2 :-:

Telephon Nr. 35.018. Telephon Nr. 35.018.

FRIEDR. SIEMENS

FABRIK K. K. PRIV. BELEUCHTUNGS- U. HEIZAPPARATE.

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 22. Dienstag den 18. März 1913. Jahrgang XXII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (k. k. Tabak-Trafik) **und im Redaktionslokale I., Lichtenfelsgasse 5, 1. Stock.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Stadtrat.

Sitzung des Stadtrates.

Dienstag den 18. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **6. März 1913.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Baron, Braun, Brauneiß, Büsch, Dechant, Fraß, Gräf, Grünbeck Sebastian, Hallmann, Hermann, Hörmann, Kleiner, Knoll, Dr. Mataja, Oppenberger, Poyer, Rain, Schmid, Schneider, Schreiner, Schwer, Tomola, Wessely, Wippel, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Haas, Heindl.
Beigezogen: Magistratsrat Pfeiffer.
Schriftführer: Magistrats-Kommissär v. Radler.

Vize-Bürgermeister Hoß eröffnet die Sitzung.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hörmann** wird beschlossen:

(3673, M. A. XIV, 1280.) Die dem Wenzel König für den Neubau III., Keilgasse 9, zu erteilende Baubewilligung wird unter der Bedingung bestätigt, daß für die Zustimmung der Gemeinde Wien zur Anbringung der Erker mit einer Gesamtauslagefläche von 3·10 m eine Pauschalentschädigung von 400 K vor Hinausgabe der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa einbezahlt werde.

(3672, M. A. XIV, 2485/12.) Zwischen der Gemeinde Wien und Wilhelm Beetz wird folgendes Übereinkommen getroffen:

Die Gemeinde Wien überläßt an Wilhelm Beetz den nach Maßgabe der Baulinie in der Geusaugasse zur Liegenschaft Einl.-Z. 343 des Grundbuches des III. Bezirkes einzubeziehenden Grund im Ausmaße von ungefähr 95·48 m².

Wilhelm Beetz verpflichtet sich, binnen drei Monaten nach erfolgter Genehmigung des Übereinkommens die Einfriedungsmauer in die Flucht der Baulinie zu stellen und binnen 14 Tagen nach erfolgter Aufforderung den Preis von 115 K per Quadratmeter (für 95·48 m² 10.980 K 20 h) zu bezahlen.

Die Kosten der Vertragserrichtung, der Plananfertigung und der grundbücherlichen Durchführung, sowie die Übertragungsgebühr trägt Wilhelm Beetz. (An den Gemeinderat.)

(3750, M. A. III, 173.) Nachstehendes Übereinkommen zwischen dem k. k. Ärar (Militärverwaltung) einerseits und der Gemeinde Wien anderseits, betreffend die Überlassung, beziehungsweise die Übernahme eines Teiles des sogenannten Arsenalkanales im III. Bezirke, sowie eines Teiles der ärarischen Parz. 30, Einl.-Z. 2038 Grundbuch Favoriten, in das Eigentum der Gemeinde Wien wird genehmigt.

1. Das k. k. Ärar (Militärverwaltung) übergibt und die Gemeinde Wien übernimmt jenen Teil des sogenannten Arsenalkanales, welcher sich von der Grenze des ärarischen Besitzes bis zum Donaukanale erstreckt (Strecke N D des Planes des Stadtbauamtes vom Jänner 1913, D. Z. 122), in das alleinige unbeschränkte Eigentum, und besitzt die Gemeinde Wien nunmehr das ausschließliche Recht, zur Einhebung aller Kanaleinmündungsgebühren in der vorbeschriebenen Strecke.

2. Auf Arsenalgrund verbleibt der Kanal im alleinigen Eigentume des k. k. Ärars (Hauskanal). (Strecke A N des zitierten Planes.)

3. Mit Rücksicht auf die geringere Länge des nunmehr im Eigentume des Ärars verbleibenden Kanales erfolgt vom 1. Jänner 1913 an eine Reduktion der Räumungsgebühren im aliquoten Verhältnisse.

4. Die Gemeinde Wien verzichtet auf die Einhebung von Kanaleinmündungsgebühren und Vergütungen für Straßenkanalräumung für jetzt und in Zukunft — insoweit militärärarische Gebäude in Betracht kommen — für die Kanalstrecke von der ärarischen Besitzgrenze bis zum Donaukanale (Strecke N D des Planes), ferner für den bereits teilweise erbauten und den seinerzeit noch zu erbauenden Ersatzkanal in dieser ganzen Strecke, insofern die Verpflichtung zur Bezahlung der erwähnten Gebühren das k. k. Ärar treffen würde.

5. Das k. k. Ärar überläßt der Gemeinde Wien für Straßenzwecke (Landstraßergürtel) den rund 853 m² umfassenden, im Plane des Stadtbauamtes vom Februar 1912 mit den Buchstaben a b c f g (a) umschriebenen Teil der ärarischen (zum Komplex des k. u. k. Artillerie-Arsenales gehörigen) Parz. 30, Einl.-Z. 2038 Grundbuch Favoriten, gegen eine Barentschädigung von 3 K per Quadratmeter.

6. Diese Barentschädigung ist von der Gemeinde Wien binnen 14 Tagen nach erfolgter Verständigung von der Ratifikation des Vertrages seitens des k. k. Finanzministeriums bei der Staats-Zentralkassa in Wien einzuzahlen.

7. Der gelegentlich der Herstellung des Landstraßergürtels für die Anlage der Böschungen erforderliche Grundteil bleibt nach wie vor im ärarischen Eigentum.

Die Gemeinde Wien hat die Instandhaltung und Besämung der Böschung in sachgemäßer Weise zu besorgen und auch für die fernere Instandhaltung derselben aufzukommen. Sollte auf der oberen Kante der Böschung ein Schutzgeländer notwendig sein, so ist dasselbe auf Kosten der Gemeinde herzustellen und zu erhalten.

8. Einen wie immer gearteten Beitrag zur geplanten Niveauregulierung am Landstraßergürtel entlang der Kat.-Parz. 30, Einl.-Z. 2039 Grundbuch Favoriten, hat das k. k. Ärar nicht zu leisten.

9. Das k. k. Ärar erteilt die Zustimmung, daß die auf den Parzellen 1232/1, 1233/1, 1234/1 und 1235/1 Landt.-Einl.-Z. 390 (Eigentum des Wiener-Bürgerspitalfonds) in der Katastralgemeinde Landstraße, für das „k. k. Militär-Ärar" einverleibte Dienstbarkeit der Führung des Arsenalunratskanales gelöscht werde.

10. Die mit der Vertragserrichtung und der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Gebühren u. s. w. hat die Gemeinde Wien zu bestreiten.

11. Durch vorstehendes Übereinkommen erlöschen die Vertragsbestimmungen, welche im Kommissions-Protokolle ddo. Wien, den 30. September 1857 und in dem Nachtrags-Übereinkommen vom 16. Juni 1886 festgesetzt erscheinen.

(3492, M. B. A. III, 69.577/12.) Dem Rekurse der Margarete Jakše gegen die Erledigung des magistratischen Bezirksamtes vom 10. Oktober 1912, Z. 43677/12, mit welcher ihr Ansuchen um Verleihung eines Standplatzes zum Braten von Kastanien u. s. w. im III. Bezirke abgewiesen wurde, wird aus den in dieser Erledigung angeführten Gründen keine Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Büsch** wird beschlossen:

(3579, M. A. VII, 180.) Das beim Kanalumbaue in der Ratschkygasse im XII. Bezirke eingetretene Mehrerfordernis im bedeckten Betrage von 250 K wird genehmigt.

(3749, M. A. III, 366.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Lokal-Komitees des Knabenhortes für den XII. Bezirk um Überlassung von 20 Stück Saisonfreikarten für den Eislaufplatz im Steinbauerpark und beantragt die Gesuchsgewährung.

St.-R. Braun beantragt die Ablehnung aus prinzipiellen Gründen.

Referenten-Antrag abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Büsch wird weiters beschlossen:

(3754, M. A. XXII, 647.) Die über das genehmigte Projekt, betreffend die Erweiterung des Amtshauses für den XII. Bezirk, hinausgehenden, laut des Augenschein-Protokolles vom 25. Februar 1913, M. Abt. XXII, Z. 647, notwendigen Adaptierungen im alten Amtshause für den XII. Bezirk mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 10.000 K werden genehmigt und wird hierfür ein präliminarmäßig auf der Ausgabs-Rubrik XII 21 des Hauptvoranschlages pro 1913 bedeckter Kredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bauverhandlung wird für diese Adaptierungen die Baubewilligung erteilt.

(3535, M. A. XIV, 1802.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Karl und der Emma Schulder um Bewilligung zur Errichtung eines Werkstättengebäudes auf der Realität Einl.-Z. 124 Katastralgemeinde Altmannsdorf, XII., Hetzendorferstraße 55, und beantragt:

Unter Abstandnahme von dem Gemeinderats-Beschlusse vom 26. Juni 1903, Z. 11847, wonach im Gebiete der Hetzendorferstraße nur Wohnhäuser errichtet werden dürfen, wird die Zustimmung zur Erbauung eines Werkstättengebäudes (Blechschlosserei) auf der Realität Einl.-Z. 124 Katastralgemeinde Altmannsdorf, Hetzendorferstraße 55, nach dem vorgelegten Projekte erteilt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(3666, M. A. VIII, 1139/12.) Ein Dankschreiben der Jäger-Skiwettfahrer in Admont für die vom Gemeinderate bewilligte Subvention von 50 K wird zur Kenntnis genommen.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Vize-Bürgermeister Hoß beantragt zur Kenntnis zu nehmen, daß:

(7038) von dem für den Empfang der Teilnehmer an dem I. Verbandstage der Fleischhauer- und Fleischselcher-Genossenschaften

in Niederösterreich bewilligten Kredite von 10.000 K ein Betrag von 208 K 60 h,

(12510) von dem für den Empfang der Teilnehmer an der Fahrt mit den Aussichtswagen der Canadian Pacific Railway Cie. bewilligten Kredit von 4000 K ein Betrag von 25 K 85 h,

(10610) von dem für den Empfang des Brooklyner Sängerbundes bewilligten Kredit von 6000 K ein Betrag von 83 K 55 h

(14430) von dem für den Empfang der Teilnehmer am XXXI. Deutschen Juristentage bewilligten Kredite von 20.000 K ein Betrag von 61 K 40 h

in Ersparung gebracht wurde.

(3940, M. A. II, 11948/12.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über das Ansuchen der Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Wien um Subvention für das Jahr 1913 und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 1500 K unter der Bedingung, daß aus dem Subventionsbetrage für die Gemeindebeamten, die an den Vorträgen und Besichtigungen im Jahre 1913 teilnehmen, die Hälfte des von ihnen sonst zu entrichtenden Honorares bis zum Gesamtbetrage von 1500 K bestritten werde. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(3828, M. A. VI, 308.) St.-R. Baron referiert über das Projekt für die Neupflasterung der Sieveringerstraße im XIX. Bezirke in der Strecke von der Medlergasse bis zur Daringergasse und beantragt, dasselbe mit einem bedeckten Kostenbetrage von rund 32.200 K zu genehmigen.

Die Erd- und Pflasterungsarbeiten und die Besorgung der Steinzufuhr werden dem Franz Wolf gegen 9 Prozent, beziehungsweise 12 Prozent Aufzahlung übertragen.

Die übrigen Arbeiten sind im kurrenten Wege vorzunehmen.

St.-R. Sebastian Grünbeck beantragt die Annahme des Offertes des Franz Josef Lovato und Karl Piccardi gegen 5 Prozent Aufzahlung.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Baron wird weiters beschlossen:

(3833, M. A. VI, 698.) Das bedeckte Mehrerfordernis von 127 K 64 h, welches sich bei der im Jahre 1907 durchgeführten Regulierung der Wallmoden- und Silbergasse im XIX. Bezirke gegenüber dem bewilligten Betrage von 12.160 K 82 h ergeben hat, wird nachträglich genehmigt.

(3832, M. A. VI, 334.) Das Projekt für die Regulierung der Lannerstraße im XIX. Bezirke in der Strecke von der Cottagegasse bis zur Blaasstraße wird mit einem bedeckten Kostenbetrage von 9000 K, wovon 8000 K auf die Straßenherstellungsarbeiten und 1000 K auf die Aufstellung von vier Spritzhydranten entfallen, genehmigt.

Die Deichgräberarbeiten sind durch den Vorsteher des XIX. Bezirkes in eigener Regie durch die Bezirkstaglöhner in der üblichen Weise zu veranlassen. Die übrigen Arbeiten sind im kurrenten Wege vorzunehmen.

(3752, M. A. XXII, 3135/12.) Dem Bezirksrat Rudolf Klippel wird in Anerkennung seiner mehr als 20jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung sowie in Würdigung seiner langjährigen Tätigkeit als Mitglied, beziehungsweise Hauptmann der Freiwilligen Feuerwehr Nußdorf die goldene Salvator-Medaille verliehen.

(An den Gemeinderat.)

(3957, M. A. III, 1501.) Die Adaptierung des Dachbodenraumes des Arbeiterwohnhauses auf dem Kobenzl behufs Schaffung von Unterkünften für die Saisonarbeiter nach dem vorgelegten Projekte mit dem bedeckten Kostenbetrage von 3900 K wird genehmigt.

Die Korksteinarbeiten werden der Firma Kleiner & Bockmayer unter den Bedingungen des Offertes vom 26. September 1911 und 4. März 1913 übertragen, die übrigen Arbeiten sind im kurrenten Wege auszuführen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Oppenberger wird beschlossen:

(3834, M. A. VI, 423.) Der Rekurs der Verlassenschaft nach Elisabeth Peters gegen die Entscheidung des Magistrates vom 3. Dezember 1911, M. Abt. VI 4871/II, worin über diese Firma wegen mangelhafter und säumiger Ausführung der Arbeiten für die Trottoirumpflasterung in der Oberen Donaustraße im II. Bezirke eine Konventionalstrafe von 425 K verhängt wurde, wird als unzulässig und unbegründet abgewiesen. Die Konventionalstrafe wird jedoch im Gnadenwege auf 100 K herabgesetzt.

(3567, M. A. V, 151.) Dem Projekte der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien, betreffend Erweiterung der Station Wien-Donauuferbahnhof wird unter den üblichen seitens des Magistrates als Lokalpolizeibehörde und seitens der Gemeinde Wien als Grundeigentümerin zu stellenden Bedingungen zugestimmt.

Von dem Standpunkte der Gemeinde als Eigentümerin des Kommunalbades werden folgende Forderungen gestellt:

Neben der Zufahrt zum Kommunalbade ist durch die k. k. Staatsbahn-Direktion auf ihre Kosten ein mindestens 2 m breiter eiserner Steg herzustellen, zu beleuchten und in Stand zu halten.

Das Projekt ist im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien aufzustellen.

Die Gemeinde Wien ist bereit, zu den Kosten des Steges einen Beitrag in der Form zu leisten, daß sie die Umstellung der Einfriedung des Kommunalbades, die Versetzung der Eingangstore, die Umpflasterung der Zufahrt und die Versetzung der verschiedenen Objekte (Hydranten, Wechsel und dergleichen) auf ihre Kosten übernimmt.

Die k. k. Staatsbahn-Direktion Wien gibt ihre Zustimmung, daß die Verbauung der Realität des Kommunalbades auch innerhalb einer Entfernung von 5 Klafter (Hofkanzlei-Dekret vom 28. Dezember 1843, Z. 40114) erfolgen darf.

Sollten diese Vorschläge seitens der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien nicht angenommen werden, so werden folgende Forderungen gestellt:

Die k. k. Staatsbahn-Direktion hat die Versetzung der Einfriedung und Tore, sowie die Umpflasterung der Zufahrten und die Versetzung der verschiedenen Objekte auf ihre Kosten vorzunehmen.

Neben der Zufahrt zum Kommunalbade ist ein 2·5 m breiter eiserner Übergangssteg herzustellen, zu beleuchten und in Stand zu halten.

Zum Nachweise, daß die k. k. Staatsbahn-Direktion hiezu nach § 10 c der Ministerial-Verordnung vom 14. September 1854, R.-G.-Bl. Nr. 238, verpflichtet ist, ist in dem laufenden Jahre während der Badesaison im Einvernehmen mit der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien festzustellen, zu welcher Zeit und welcher Dauer der Zugang zum Kommunalbade durch den Bahnbetrieb gestört wird. Vor Abschluß dieser Erhebungen darf mit dem Umbaue des Bahnhofes nicht begonnen werden.

Die k. k. Staatsbahn-Direktion hat die Gemeinde Wien für alle Nachteile schadlos zu halten, welche sich durch Verschiebung des Bauverbotsrayons infolge Anlage eines dritten Geleises ergeben.

(3642, M. A. XII, 3074.) Die dichtere, allseitige Verschalung des an die Wächterwohnung des Florian Berndl angrenzenden Schuppenteiles inklusive Schiffboden, Innenfenster und Tür mit einem Kostenaufwande von 500 K und die Anbringung eines elektrischen Läutewerkes mit einem Kostenaufwand von 180 K wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hermann** wird beschlossen:

(3578, M. A. VII, 177.) Die vom Putzschachte vor Or.-Nr. 14 Gilgegasse bis zum Vorkopfe des Hauptunratskanales vor Or.-Nr. 16 dieser Gasse im IX. Bezirke führende Steinzeugrohrleitung wird in das Eigentum und die Erhaltung der Gemeinde Wien übernommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(1692, M. A. III, 6700.) **St.-R. Wippel** referiert über das Kaufanbot der Firma Gustav & Wilhelm Heller auf einen Teil der Straßenparzelle 816/1, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt, im X. Bezirke, Malborghetgasse, und beantragt:

I. Die im Plane des Stadtbauamtes vom November 1912, Z. 2884/XIII ex 1912, mit den Buchstaben a c und b d bezeichneten Baulinien der Malborghetgasse im X. Bezirke werden aufgelassen und die Baulinien in der Davidgasse und Inzersdorferstraße nach den rot schraffierten Linien a b und c d ergänzt.

II. Die Gemeinde Wien überträgt an die Firma Gustav & Wilhelm Heller als Eigentümerin und zum Zwecke der Arrondierung der im bauämtlichen Plane, Z. 1494/XIII ex 1911, mit A und B bezeichneten Baublöcke den im Plane mit den Buchstaben a b d c (a) umschriebenen Teil der aufzulassenden Malborghetgasse, Straßenparzelle 816/1, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt im X. Bezirke, im Ausmaße von 1350·89 m² um den Pauschalpreis von 61.000 K und unter nachstehenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Verständigung von der Annahme des Offertes durch den Wiener Gemeinderat bar zu bezahlen.

2. Die Kosten der Errichtung des Vertrages und dessen grundbücherlicher Durchführung, der Ausfertigung der Trennungspläne, sowie die Übertragungsgebühr samt Zuschlägen trägt die Firma Gustav & Wilhelm Heller.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Wippel wird weiters beschlossen:

(3512, M. A. VII, 105.) Das Bestbot des Maurermeisters Ferdinand Peterka auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten für den mit Stadtrats-Beschluß vom 7. Februar 1913, Z. 2428, genehmigten Neubau von Hauptunratskanälen in der Rotenhofgasse zwischen Knöllgasse und Gasse Zur Spinnerin und in der Fernkorngasse als Verlängerung über den bestehenden Vorkopf im X. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 7473 K 41 h gegen eine Aufzahlung von 14·5 Prozent auf die Kostenanschlagspreise wird angenommen.

(3258, M. A. XIV, 8825/10.) **St.-R. Dechant** referiert über die Baulinienänderung in der Gersthoferstraße im XVIII. Bezirk und beantragt:

In Festsetzung des Generalbaulinien- und Generalregulierungsplanes wird gemäß § 105 Wr. B.-O. bestimmt:

Die Baulininien für die Pötzleinsdorferstraße und Gersthoferstraße werden nach den im Plane des Stadtbauamtes, Z. 2171/XIII B ex 1910, rot schraffierten und mit den Buchstaben w b, d e f g h h', i' i k l, m n o p q r und s t u bezeichneten Linien abgeändert.

Hinter den Linien v w b, m' m'' und s t u sind Vorgärten in der aus dem Detailplane ersichtlichen Tiefe anzulegen, als solche dauernd zu erhalten und gegen die Pötzleinsdorferstraße, beziehungsweise Gersthoferstraße und Scheibenbergstraße mit gefälligem Gitter auf höchstens 1 m hohen Sockeln abzuschließen.

Der bestehende Fußsteig Kat.-Parz. 318/4, Grundbuch Gersthof, ist nach den im Übersichtsplane mit a b und c d bezeichneten Linien auf 5 m zu verbreitern. Hinter den Linien a b' und c d sind mindestens 6 m breite, hinter den Linien b' b und d' d mindestens 3 m breite Grundstreifen ständig unverbaut zu belassen, als Gärten auszugestalten und gegen den Weg mit einem gefälligen Gitter auf gemauerten, höchstens 1 m hohen Sockeln abzuschließen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dechant wird weiters beschlossen:

(3924, M. A. VII, 1163/12.) Das vorgelegte Offert des Stadtbaumeisters Eduard Rzehaczek, V., Kriehubergasse 16, auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten per 9361 K 77 h für den projektierten Kanalneubau in der Hameaustraße im XVIII. Bezirke mit einer begehrten Aufzahlung von 54 Prozent auf die Kostenanschlagspreise wird abgelehnt und die Ausschreibung einer neuen Offertverhandlung angeordnet.

(3936, M. A. III, 8392.) Die Gemeinde Wien erwirbt von Franz Dockenbauer und Josef Hengl die im Grundbuche Neustift am Walde in den Einl.-Z. 35 und 138 inneligenden Parz. 358, 357 und 367, im Plane des Stadtbauamtes vom Dezember 1912, Z. 3186/XIII, mit grüner Umränderung dargestellt, mit einem Katastralausmaße von zusammen 44·94 m², wie sie liegen und stehen, um den Pauschalpreis von 9500 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling ist binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien fällig.

2. Die Gründe sind der Gemeinde vollkommen lasten- und bestandfrei zu übergeben.

3. Die mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien.

4. Die Verkäufer verpflichten sich, binnen acht Tage nach Verständigung von der Annahme ihres Offertes ob den Einl.-Z. 35 und 138 des Grundbuches Neustift am Walde auf ihre Kosten die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung zu veranlassen.

5. Die Gemeinde Wien wird den Verkäufern die Kaufobjekte um einen ortsüblichen Zins und unter den üblichen Bedingungen in Bestand geben.

Die aus diesem Kaufgeschäfte erwachsenden Auslagen sind auf die Ausgabs-Rubrik XII 36 der Gruppe III zu Lasten des Investitions-Anlehens vom Jahre 1908 zu verweisen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(3830, M. A. X, 2529.) Der Beginn der Arbeitszeit in den im Eigenbetrieb der Gemeinde stehenden Friedhöfen wird für das ganze Jahr auf 7 Uhr früh festgesetzt.

(3652, M. A. X, 10063/12) Bei jenen Gräbern, auf welche der Gemeinderats-Beschluß vom 6. Mai 1910, P. Z. 19436, Anwendung findet, wird von der Einhebung der Verzugszinsen der zu entrichtenden Renovationsgebühr dann Umgang genommen, wenn das bezügliche Grab vor dem 6. Mai 1910, dem Datum des genannten Gemeinderats-Beschlusses, verfallen ist.

(3824, M. A. XV, 2080.) Die unentgeltliche Überlassung einer alten Schultafel samt Gestell aus dem städtischen Depot II., Am Tabor 5, an die Christlichen Schwestern von der schmerzhaften Mutter in Simmering, Simmeringer Hauptstraße 175, für den Kindergarten derselben wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(3362, M. A. XV, 2365.) Die gegenüber dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 7. Dezember 1909, Z. 15881, für den Schulbau XVII., Heigerleinstraße, bewilligten Gesamtkostenerfordernisse von 679.920 K 57 h aufgelaufenen Mehrkosten per 26.000 K werden genehmigt. (An den Gemeinderat.)

(3826, M. A. XV, 3705.) Die Auszahlung der restlichen Verdienstsumme per rund 7000 K an den Stadtbaumeister Guido Gröger gegen gleichzeitigen Erlag pupillarsicherer Wertpapiere in diesem Betrage wird genehmigt.

(3923, M. A. VII, 97.) Das vorgelegte Anbot des Stadtbaumeisters Eduard Rzehaczek, III., Erdbergerlände 36, auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten für den projektierten Kanalneubau in der Wilhelminenbergstraße im XVII. Bezirke mit der begehrten Aufzahlung von 62 Prozent auf die Kostenanschlagspreise wird abgelehnt und die Ausschreibung einer neuen Offertverhandlung verfügt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hörmann** wird beschlossen:

(3922, M. A. IX, 3468/12.) 1. Das vom Stadtbauamte ausgearbeitete Projekt, betreffend die Errichtung eines Magazinbaues im Schlachthause St. Marx zur Unterbringung der Österreichischen Fleischhauer-Gesellschaft zur Verwertung der Nebenprodukte und der Wiener Fleischhauervereinigung zur Verwertung der Nebenprodukte, wird mit dem Kostenerfordernisse von 24.913 K 37 h genehmigt.

2. Das Anerbieten der genannten Häutevereinigungen, zu den Baukosten einen einmaligen, freiwilligen Beitrag von 8000 K zu leisten, wird angenommen und wird das hiedurch nicht bedeckte Kostenerfordernis per 16.913 K 37 h auf den Reservefonds verwiesen.

3. Der Zinswert für dieses Objekt wird mit jährlich 2900 K bemessen, wobei die Beleuchtungs- und Wasserbezugskosten von den Mietern separat zu tragen sind.

4. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bauverhandlung wird die Baubewilligung erteilt.

5. Die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen hat in der vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Weise zu erfolgen.

6. Dem mit der permanenten Bauaufsicht betrauten Beamten des bauamtlichen Hilfsstatus wird ein in das Entfernungsgebührenpauschale nicht einzurechnendes Zehrgeld von täglich 3 K gewährt.

(3944, M. A. XIV, 13298/12.) Die den Eigentümern des Hauses III., Marxergasse 26, zu erteilende Bewilligung zur Herstellung einer eigenen Steinzeugrohrleitung zwecks Einmündung der Dachwasserabfallrohre in den Hauptunratskanal wird im Sinne des Magistrats-Antrages bestätigt.

(3945, M. A. XIV, 13420/12.) Die dem Heinrich Rischanek zu erteilende Baubewilligung für den Bau III., Rennweg 94, wird unter der Bedingung bestätigt, daß sich die Bauwerber für sich und ihre Rechtsnachfolger verpflichten, das geplante Vordach über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien zu beseitigen, den früheren Zustand wieder herzustellen, für den Bestand des Vordaches einen jährlichen Platzzins von 25 K vom Tage der Baubewilligung angefangen alljährlich im vorhinein an die städtische Hauptkassa zu entrichten und vor Hinausgabe der Baubewilligung den üblichen einverleibungsfähigen Revers auf ihre Kosten auszustellen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(3751, M. A. XV, 13148/12.) Die für den Schulbau XIII., Amalienstraße, notwendigen Bautischlerarbeiten werden an Anton Novosel, XIII., Kuefsteingasse 17/19, nach seinem Offerte gegen eine Aufzahlung von 8 Prozent auf die Kostenanschlagspreise übertragen.

(3943, M. A. XXII, 3420/12.) Behufs Vergebung der Lieferung der Einrichtung für die Amtszimmer der Leiter des magistratischen Bezirksamtes und der Stadtbauamts-Abteilung, des Bezirksvorstehers und des Obmannes des Armeninstitutes, sowie für den Sitzungssaal im neuen Amtshause des XIII. Bezirkes ist eine neuerliche öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben. Hiebei ist auf eine separate Vergebung der in dem Erfordernisse enthaltenen Tapeziererarbeiten Bedacht zu nehmen; dieselben sind daher von der vorstehend angeordneten neuerlichen Ausschreibung des obigen Möbelerfordernisses auszuscheiden, ohne daß jedoch wegen dieser Ausscheidung die im Kostenanschlage 1 a eingesetzten Pauschalsummen zu ändern sind.

Die Lieferung der übrigen für das neue Amtshaus im XIII. Bezirke erforderlichen neuen Möbel nach Kostenanschlag 2 a, sowie die Reparatur der alten Möbel durch den Tischler nach Kostenanschlag 3 werden an Fritz Breitenstein, XIV., Drei-

hausgasse 6, gegen 9 Prozent Nachlaß für beide Arbeitsgruppen übertragen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Fraß** wird beschlossen:

(3670, M. A. XIV, 1743.) Der Magistratsbericht, betreffend das Ansuchen der fürsterzbischöflichen Güter-Direktion in Wien um Bewilligung zur Vornahme baulicher Umgestaltungen im Hause I. Rotenturmstraße 2, Ecke des Stephansplatzes, wird zur Kenntnis genommen.

(2829, M. A. XIV, 12676/12.) **St.-R. Schneider** referiert über die Grundtransaktion zwischen der Gemeinde Wien und der Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen in Wien „Der Anker" anläßlich des Umbaues der Häuser I., Hoher Markt 10/13, und beantragt:

I. Die Baulinien für die Liegenschaft Einl.-Z. 508 des I. Bezirkes (Ankerhof) werden nach den im Plane des Stadtbauamtes rot schraffierten, mit den Buchstaben f g h am Hohen Markte, a b — c d e — i k l im Fischhof und m n o Fischhof, Rothgasse bezeichneten Linien abgeändert, beziehungsweise ergänzt.

II. a) Die vom Magistrate unter Nachsicht des teilweise fehlenden, gesetzlichen Hofausmaßes zu erteilende Baubewilligung wird im Sinne des § 105 Wr. B.-O. bestätigt.

b) Der Gesellschaft „Der Anker" wird der nach Maßgabe der ad I neu bestimmten Baulinien in die Verbauung einzubeziehende Grund im Ausmaße von 9·43 m² um den Betrag von 5658 K und die zur Herstellung des Torportales am Hohen Markt erforderliche Grundfläche im Ausmaße von 4·32 m² um den Betrag von 3888 K überlassen. Die Einzahlung dieser Beträge hat vor Ausfertigung der Baubewilligung zu erfolgen.

c) Die Zustimmung zur Herstellung des Kohlenablaß- und des Aschenaufzugsschachtes in der Judengasse wird unter der Bedingung erteilt, daß diese beiden Objekte über Verlangen der Gemeinde Wien entfernt, der frühere Zustand des Straßenkörpers wieder hergestellt und auf die Dauer des Bestandes dieser Objekte ein jährlicher Platzzins von je 20 K — vom Tage der Straßengrundübergabe angefangen — jährlich im vorhinein an die städtische Hauptkassa-Abteilung für den I. Bezirk bezahlt werde und daß ein diese Verpflichtungen sicherstellender Revers auf der Liegenschaft Einl.-Z. 508 des I. Bezirkes zugunsten der Gemeinde Wien auf Kosten des „Der Anker" einverleibt werde.

d) Die Herstellung der Brückenverbindung zwischen den beiden Neubauten, welche mit der Kunstuhr von Matsch geziert wird, wird genehmigt und die Zustimmung zur Anbringung eines Heizungskanales unterhalb der neuen Straße erteilt, unter der Bedingung, daß für diese beiden Objekte ein Anerkennungszins von je 20 K jährlich — vom Tage der Erteilung der ersten Benützungsbewilligung für den Neubau angefangen — jährlich im vorhinein an die städtische Hauptkassa-Abteilung für den I. Bezirk bezahlt werde, die an der Brückenverbindung angebrachte Kunstuhr stets im ordnungsmäßigen Zustand erhalten werde, der Heizungskanal über Verlangen der Gemeinde Wien wieder entfernt und der Straßenkörper in ordnungsmäßigen Zustand versetzt werde, und daß hierüber ein auf der Liegenschaft Einl.-Z. 508 des I. Bezirkes zugunsten der Gemeinde Wien einzuverleibender Revers vor Ausfertigung der Baubewilligung vorgelegt werde.

III. a) Die Gemeinde Wien übergibt der Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen in Wien „Der Anker" den nach Maßgabe der bekanntgegebenen Baulinien in die Bauarea einzubeziehenden Straßengrund einschließlich des Grundes der heutigen öffentlichen Durchfahrt im Gesamtausmaße von 125·02 m² unentgeltlich ins Eigentum und leistet

b) für die von den Liegenschaften Einl.-Z. 508, 509, 510 und 511 des I. Bezirkes (jetzt Einl.-Z. 508 des I. Bezirkes) zu Straßenzwecken abzutretenden Grundflächen im Gesamtausmaße von 733·82 m² eine Schadloshaltung im Betrage von 100.000 K. Die Kosten der grundbücherlichen Durchführung dieser Grundtransaktion einschließlich jener hinsichtlich der ad II. b) überlassenen Grundflächen, sowie die Übertragungsgebühren hat „Der Anker" zu tragen.

c) Die Gemeinde Wien leistet zum Ankaufe des Hauses I., Lichtensteg 4, einen Beitrag von 200.000 K unter der Bedingung, daß dieses Haus im November 1913 zur Demolierung gelangt und der zur Straßenverbreiterung abzutretende Grund ohne weitere Entschädigung ins öffentliche Gut übertragen und der Gemeinde in den physischen Besitz übergeben werde.

Das Dach ist um zirka 50 cm verhältnismäßig niedriger zu projektieren. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **7. März 1913.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende:

Baron,	Kleiner,
Braun,	Knoll,
Brauneiß,	Dr. Mataja,
Büsch,	Oppenberger,
Dechant,	Poyer,
Fraß,	Rain,
Gräf,	Schmid,
Grünbeck Sebastian,	Schneider,
Hallmann,	Schreiner,
Heindl,	Schwer,
Hermann,	Tomola,
Hörmann,	Wippel.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Haas.
Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Achleitner.

Vize-Bürgermeister Hoß eröffnet die Sitzung.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Büsch** wird beschlossen:

(3946, M. A. XIV, 1857.) In nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Statthalterei-Protokoll vom 15. Februar 1913 samt einem Plane, betreffend die Herstellung eines Wetterschutzdaches bei dem Neubaue der k. k. Telephon-Zentrale im XII. Bezirke, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Kleiner** wird beschlossen:

(3981, M. A. IX, 714.) Der k. k. Staats-Realschule für den VI. Bezirk wird zur Abhaltung von Jugendspielen, die in der Zeit vom 15. April bis 15. Oktober jedes Jahres an allen Mittwochen und Samstagen von 3 bis 6 Uhr nachmittags stattfinden sollen, auf dem Heu- und Strohmarkte im V. Bezirke ein Platz im Ausmaße von 75·50 m in der im Magistratsberichte bezeichneten Lage gemäß dem Magistrats-Antrage überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Oppenberger** wird beschlossen:

(3921, M. A. VI, 5348/12.) Die erledigte Stelle eines städtischen Streckenaufsehers für die Rettungszillen wird mit den für dieselben systemisierten Bezügen dem Ignaz Wellert, II., Linnégasse 2, unter Gewährung der Altersnachsicht verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Fraß** wird beschlossen:

(3925, M. A. II, 778.) Es wird genehmigt, daß beim Pfründen-Auszahlungsgeschäfte im VII. Bezirke noch ein dritter Diener herangezogen und demselben das übliche Kostgeld von 2 K gewährt wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Rain** wird beschlossen:

(3633, St. Stellw. Unt., 249.) Dem Ansuchen des Franz Wagner um Erteilung der Altersnachsicht behufs Aufnahme in den Dienst der „Gemeinde Wien — städtische Stellwagenunternehmung" wird Folge gegeben.

(3597, St. Stellw. Unt., 272.) Die Versetzung des Kutschers Stephan Koß der „Gemeinde Wien — städtische Stellwagenunternehmung" in den dauernden Ruhestand ab 24. Februar 1913 mit einer Pension von 400 K pro Jahr wird genehmigt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(3911, M. B. A. VIII, 253.) Dem Ansuchen des Anton Zabukovec um Bewilligung zur Aufstellung eines zweirädigen Sodawasserwagens im VIII. Bezirke, Friedrich Schmidt-Platz, an der Ecke Florianigasse nächst dem Telephon-Automaten wird Folge gegeben.

(3640, M. B. A. I, 39468/12.) In Stattgebung des Ansuchens der Fanni Spiegler wird genehmigt, daß die für die Verpflegung der Anna Höfner in der k. k. Krankenanstalt Rudolf-Stiftung in der Zeit vom 11. bis 25. April 1912 aufgelaufenen Verpflegskosten per 48 K nachsichtsweise auf Rechnung der städtischen Dienstboten-Krankenkassa übernommen werden.

(3448, M. A. XI, 8939.) Die Anzahl der Bürgererhaltungsbeiträge wird bis auf weiters festgesetzt, wie folgt:

100	Erhaltungsbeiträge	von	monatlich	40 K
130	„	„	„	36 „
675	„	„	„	30 „
700	„	„	„	25 „
700	„	„	„	20 „
570	„	„	„	16 „

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Baron** wird beschlossen:

(3987, M. A. XXII, 508.) Dem Bezirksvorsteher und Reichsrats-Abgeordneten des XIX. Bezirkes Wenzel Kuhn wird anläßlich des Ablaufens seiner zweiten Funktionsperiode als Bezirksvorsteher in Anerkennung seines langjährigen, ersprießlichen Wirkens auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens das taxfreie Bürgerrecht verliehen. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird beschlossen:

(3428, M. B. A. XXI, 8174.) Die Entschädigung, welche die Gemeinde Wien gemäß § 9 Wr. B.-O. an Leopoldine Fink für die Abtretung des anläßlich des Umbaues des Hauses Konskr.-Nr. 1140 Floridsdorf, Or.-Nr. 38 Floridsdorfer Hauptstraße im XXI. Bezirke zur Verbreiterung dieser Straße entfallenden Grundteiles per 95 m² der Realität Einl.-Z. 105 Floridsdorf zu bezahlen hat, wird mit dem Pauschalbetrage von 4500 K festgesetzt, die Kosten der Vertragsausfertigung hat die Partei aus Eigenem zu tragen.

(3954, M. A. IV, 7.) Dem Zilleneigentümer Johann Mayer, XX., Treustraße 77, wird die Bereithaltung von weiteren 17 kleinen Überschwemmungsschiffen für den Überschwemmungsbezirk XI (Floridsdorf) unter denselben Bedingungen wie für die Überschwemmungsbezirke I bis X übertragen.

Die Anschaffung von acht neuen kleinen Überschwemmungsschiffen samt Ausrüstung für den Überschwemmungsbezirk XII (Stadlau) wird mit dem Kostenerfordernisse von 1052 K 12 h genehmigt und ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses zur Ausgabs-Rubrik XXI bewilligt.

(3988, M. A. VII, 132.) Das Bestbot des Johann Trinkl, Unternehmer für Betonarbeiten und Deichgräbermeister, XXI., Schwaigergasse 25, auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Kanalbauten in der Überfuhrstraße und den angrenzenden Gassen rings um die neu erbauten Häuser der Gemeinnützigen Floridsdorfer Beamten-Baugenossenschaft, r. G. m. b. H. sowie für den Kanalbau in der Peter Kaiser-Gasse von Or.-Nr. 19 bis zur Schillgasse im XXI. Bezirke im veranschlagten Gesamtkostenbetrage von 16.313 K 57 h gegen einen Nachlaß von 12 Prozent von den Kostenanschlagspreisen wird angenommen.

(3951, M. A. XV, 603.) Die Einleitung des Hochquellenwassers in das städtische Gebäude XXI., Amtsstraße 25, in welchem eine Volksschule untergebracht ist, mit dem bedeckten Kostenvoranschlage von 1400 K, sowie der tägliche Wasserverbrauch von 10 hl für dieses Gebäude wird genehmigt.

Die Arbeiten sind im kurrenten Wege auszuführen.

(3919, 3920, 3961 bis 3967, M. B. A. XXI, 5838, 7202, 7199, 7181, 7168, 6309, 5768, 4823, 4657.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 214 Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1913, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(3985, M. A. XV, 3757.) Gemäß § 86 des Gesetzes vom 26. August 1910, L.-G.-Bl. Nr. 189, wird die Zustimmung erteilt, daß dem Volksschullehrer I. Klasse Josef Jarisch eine Erhöhung der Pension bis zum Gesamtbetrage des zuletzt bezogenen anrechenbaren Jahresbezuges gewährt werde.

(3984, M. A. XV, 3756.) Gemäß § 86 des Gesetzes vom 26. August 1910, L.-G.-Bl. Nr. 189, wird die Zustimmung erteilt, daß dem Volksschullehrer I. Klasse Michael Gallovics eine Erhöhung der Pension bis zum Gesamtbetrage des zuletzt bezogenen anrechenbaren Jahresgezuges gewährt werde.

(3983, M. A. XV, 3754.) Gemäß § 86 des Gesetzes vom 26. August 1910, L.-G.-Bl. Nr. 189, wird die Zustimmung erteilt, daß dem Bürgerschullehrer Franz Schütz eine Erhöhung der Pension bis zum Gesamtbetrage des zuletzt bezogenen anrechenbaren Jahresbezuges gewährt werde.

(3982, M. A. XV, 3758.) Gemäß § 86 des Gesetzes vom 26. August 1910, L.-G.-Bl. Nr. 189, wird die Zustimmung erteilt, daß der Volksschullehrerin I. Klasse Marie Bodene eine Erhöhung der Pension bis zum Gesamtbetrage des zuletzt bezogenen anrechenbaren Jahresbezuges gewährt werde.

(3958, M. A. XV, 2249.) Es wird die Zustimmung erteilt, daß vom Beginne des Schuljahres 1911/12 angefangen an der für die Kinder des 1. bis 6. Schuljahres bestehenden Abteilung der Station für die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichtes in Wien XXI., Meißnergasse 1, sowie an der für die Kinder des 4. bis 6. Schuljahres bestehenden zweiten Abteilung der Station XXI., Konstanziagasse 24/26, auch die Schüler und Schülerinnen der I. bis III. Bürgerschulklasse unterrichtet werden dürfen und von diesem Zeitpunkte angefangen für die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichtes an den oberwähnten beiden Sammelstationen für je zwei wöchentliche Unterrichtsstunden, und zwar (mit Rücksicht auf die Teilnahme der Bürgerschüler-, beziehungsweise Schülerinnen) eine Remuneration im Ausmaße von jährlich 100 K für jede wöchentliche Unterrichtsstunde aus den Mitteln der Gemeinde Wien zuerkannt und flüssiggemacht wird, daß für die im Schuljahre 1911/12 erfolgte Erteilung des evangelischen Religionsunterrichtes an der Sammelstation XXI., Schöpfleuthnergasse 21, die Remuneration für zwei wöchentliche Unterrichtsstunden in der III. Abteilung (4. und 5. Schuljahr) nach dem Maßstabe von jährlich 80 K, beziehungsweise ab 1. Jänner 1912 von jährlich 90 K für jede wöchentliche Unterrichtsstunde, sowie für die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichtes an den Sammelstationen XXI., Meißnergasse 1, Konstanziagasse 24/26, und Kuenburggasse 1, die Remuneration für je zwei wöchentliche Unterrichtsstunden nach dem Maßstabe von jährlich 100 K für jede wöchentliche Unterrichtsstunde aus den Mitteln der Gemeinde Wien zuerkannt und flüssiggemacht wird.

(3849, B. Sch. R., 2792/12.) Zur definitiven Versetzung des Theodor Schaz, Volksschullehrers I. Klasse, aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XVIII., Haizingergasse 37, an die allgemeine Volksschule für Knaben XVIII., Schulgasse 19, wird die Zustimmung erteilt.

(3850, B. Sch. R., 10041/12.) Zur definitiven Versetzung des Emmerich Kumhofer, Volksschullehrers I. Klasse, aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XV., Talgasse 2, an die allgemeine Volksschule für Knaben XV., Sperrgasse 8/10, wird die Zustimmung erteilt.

(3851, B. Sch. R., 2309/10.) Zur definitiven Versetzung der Hedwig Ullrich, Volksschullehrerin I. Klasse, aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XIII., Am Platz 2, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XIX., Vormosergasse 8, wird die Zustimmung erteilt.

(3825, M. A. XV, 3864.) Gemäß dem Magistrats-Antrage wird zur Kenntnis genommen, daß der k. k. Bezirksschulrat dem Direktor der Bürgerschule für Knaben in Wien, XII., Herthergasse 25, Ignaz Gratzl gestattet hat, das Schulgebäude an jedem Freitag im laufenden Schuljahre um 3 Uhr nachmittags zu verlassen, um der Lehrverpflichtung an der Privat-Handelsschule für Mädchen der Hietzinger Lyzeumsgesellschaft in Wien, XIII., Diesterweggasse 23, nachkommen zu können und daß der Obgenannte gleichzeitig beauftragt wurde, für die Zeit dieser Abwesenheit vom Schulhause für eine entsprechende Stellvertretung Sorge zu tragen.

(3827, M. A. XV, 14872/12.) Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 24. November 1911, P. Z. 17340, festgesetzte Bestimmung über die Remuneration für die Erteilung des Handfertigkeitsunterrichtes an den Spezialschulabteilungen (Punkt 5 des Beschlusses) wird hinsichtlich der beiden städtischen Taubstummen-Abteilungen in folgender Weise, und zwar rückwirkend vom 1. Jänner 1913 an abgeändert:

Der Handfertigkeitsunterricht an der V. Klasse (6. bis 8. Schuljahr) der beiden Taubstummenabteilungen wird mit einem jährlichen Pauschalbetrage von 200 K für die zu erteilenden sechs wöchentlichen Unterrichtsstunden den für den Handfertigkeitsunterricht lehrbefähigten Lehrpersonen für die Dauer der tatsächlichen Unterrichtserteilung remuneriert.

Der Handfertigkeitsunterricht an der I. bis IV. Klasse wird als obligater Lehrgegenstand innerhalb der Lehrverpflichtung gelegen, und da er eine spezielle Befähigung nicht erfordert, nicht besonders entlohnt.

Die Gemeinde Wien behält sich hinsichtlich der erhöhten Remuneration den seinerzeitigen Rückersatzanspruch gegen den zur Tragung der Kosten für die Spezialschulen Verpflichteten vor.

(An den Gemeinderat.)

(3829, M. A. XV, 3693.) Die unentgeltliche Überlassung der unten angeführten Schullokalitäten zu den angegebenen Zeiten an die Beamtinnen-Ortsgruppe Wien des Vereines „Südmark" zur Abhaltung unentgeltlicher Vorlesungen von Märchen, Sagen, Geschicht- und Reisethemen für Volks- und Bürgerschüler wird bis auf Widerruf unter der Bedingung genehmigt, daß die auflaufenden Beleuchtungs- und Beheizungskosten ersetzt werden und daß die Schuldiener für die Reinigung angemessen entlohnt werden:

1 Lehrzimmer der Knaben-Bürgerschule II., Sterneckplatz 1, Mittwoch von 5 bis 7;

1 Lehrzimmer (top. Nr. 63) der Knaben- und Mädchen-Volksschule III., Hörnesgasse 12, Mittwoch von 3 bis 5;

die Lehrzimmer top. Nr. 47 und 48 der Mädchen-Volksschule V., Vogelsanggasse 36, Mittwoch und Samstag von 3 bis 5;

der Zeichen- und Handarbeitssaal der Mädchen-Bürgerschule V., Castelligasse 25, Mittwoch von 2 bis 4;

das Lehrzimmer top. Nr. 12 der Mädchen-Volksschule IX., Marktgasse 2, Samstag von 2 bis 4;

der Turnsaal der Knaben-Bürgerschule X., Eugengasse, Mittwoch von 3 bis 5;

das Lehrzimmer top. Nr. 100 der Mädchen-Bürgerschule XV., Friedrichplatz 5, Mittwoch nachmittags;

1 Lehrzimmer der Mädchen-Volks- und Bürgerschule XVI., Lorenz Mandl-Gasse 58, Samstag von 2 bis 4;

1 Lehrzimmer der Knaben-Bürgerschule XVI., Koppstraße 75, Samstag von 2 bis 4;

1 Lehrzimmer der Mädchen-Bürgerschule XVII., Geblergasse 29, Mittwoch und Samstag von 2 bis 4;

das Lehrzimmer top. Nr. 94 der Knaben-Volksschule XX., Treustraße 9, Mittwoch und Samstag von 2 bis 4.

Die Überlassung von Lehrzimmern in der Knaben-Volks- und Bürgerschule XVII., Geblergasse 31 und in der Knaben-Bürgerschule XVII., Lienfeldergasse 96, zu dem gedachten Zwecke wird abgelehnt.

Die Entschließung des Herrn Bürgermeisters vom 4. März 1913, P. Z. 3829, mit welcher der genannten Ortsgruppe das Lehrzimmer top. Nr. 63 der Knaben- und Mädchen-Volksschule III., Hörnesgasse 12 und die Lehrzimmer top. Nr. 47 und 48 der Mädchen-Volksschule V., Vogelsanggasse 36, für den 5. März 1913 überlassen wurde, wird nachträglich genehmigt.

(3960, M. A. XV, 4066.) Es wird genehmigt, daß der Bürgerschullehrer Franz Maresch als Hospitant an dem V. Fortbildungskurse für den Kunst- und Zeichenunterricht teilnimmt.

(3823, M. A. XV, 3846.) Es wird die Zustimmung erteilt, daß an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Knaben XIV., Diefenbachgasse 15 bis 19, die Stelle eines eigenen katholischen Religionslehrers mit jährlichen Gehaltsbezügen mit der Verpflichtung des anzustellenden Religionslehrers, den Religionsunterricht bis zu 21 wöchentlichen Unterrichtsstunden ohne Anspruch auf eine über die Gehaltsbezüge hinausgehende Entlohnung auch an der allgemeinen Volksschule für Knaben XIV., Ortnergasse 4, zu erteilen, sowie daß an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen XIV., Diefenbachgasse 15 bis 19, gleichfalls die Stelle eines eigenen katholischen Religionslehrers mit jährlichen Gehaltsbezügen systemisiert werde.

(3959, M. A. XV, 12948/12.) Die Überlassung von 300 unbrauchbaren Schulbänken im Betrage von zirka 300 K aus dem städtischen Depot II., Am Tabor 5, an die Stadtgarten-Direktion zur Anfertigung von Deckläden, Pflanzenkästen ꝛc. wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Boyer** wird beschlossen:

(3094, M. A. III, 259.) I. Zu Regulierungszwecken erwirbt die Gemeinde Wien von Eduard Hofbauer die im Grundbuche Speising unter Einl.-Z. 172 inneliegenden Kat.-Parz. 351, 352 und 353 im Ausmaße von insgesamt 17.217·24 m², wie sie liegen und stehen, um den Einheitspreis von 11 K per Quadratmeter, somit um den Kaufschilling von 189.389 K 64 h und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Gründe sind der Gemeinde Wien vollständig lastenfrei zu übertragen.

2. Der Kaufschilling ist in der Weise zu berichtigen, daß binnen längstens acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien ein Teilbetrag von 120.000 K bar bezahlt, der Rest binnen Jahresfrist, vom Tage der termingemäßen Berichtigung der Anzahlung an gerechnet, beglichen und von diesem Tage an zu 4 Prozent verzinst wird.

Auf eine grundbücherliche Sicherstellung des Kaufschillingsrestes wird verzichtet.

3. Die mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin.

4. Der Verkäufer ist verpflichtet, auf Verlangen der Gemeinde Wien binnen acht Tagen nach Verständigung von der Annahme seines Offertes durch den Wiener Gemeinderat auf seine Kosten bei der Einl.-Z. 172 Speising die Rangordnung der Veräußerung anmerken zu lassen.

II. Die aus diesem Kaufgeschäfte erwachsenden Auslagen, soweit sie in diesem Jahre fällig werden, werden auf die Ausgabs-Rubrik XXII 3 verwiesen, soweit sie im nächsten Jahre zur Auszahlung zu gelangen haben, sind sie im Voranschlage für das Jahr 1914 sicherzustellen. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(3653, M. A. X, 8549/12.) Der Aloisia Hutter wird die Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 43 A, Reihe 6, Nummer 12, im Wiener Zentral-Friedhofe im Sinne des Magistrats-Antrages erteilt.

(3998, M. A. X, 1236.) Punkt 1 der Verordnung, betreffend den Verkehr und das Verhalten des Publikums im Innern des Wiener Zentral-Friedhofes insbesondere bei Ausschmückung der Gräber und Grüfte wird abgeändert und hat folgendermaßen zu lauten:

Vor Inangriffnahme der Arbeit ist in der Verwaltungskanzlei die Anzeige zu erstatten und das betreffende Grab oder die Gruft genau zu bezeichnen, worüber die amtliche Vormerkung gepflogen wird.

(3989, M. A. VII, 118.) 1. Das Projekt für die Regulierung des Gröretgrabens von Or.-Nr. 159 Kaiser-Ebersdorferstraße bis zur Einmündung desselben in den Seeschlachtgraben, sowie des angrenzenden Fußsteiges in Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk, mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 18.938 K 62 h wird genehmigt.

Die im heurigen Jahre voraussichtlich noch auflaufenden Kosten von 9947 K 29 h sind auf die Deckung bietende Präliminar-Rubrik XXIII 5 zu verweisen, während die restlichen Kosten im Hauptvoranschlage pro 1914 sicherzustellen sind.

2. Das Anbot des Giovanni Balestrin, Deichgräbermeisters, XI., Kopalgasse 14, auf Übernahme der Erd- und Pflasterungs-

arbeiten im veranschlagten Kostenerfordernisse von 18.938 K 62 h zu den Kostenanschlagspreisen wird angenommen.

3. Den mit den Grundinteressenten bei den Verhandlungen, sub M. Abt. VII, 1420/12, getroffenen Vereinbarungen über die teilweise Inanspruchnahme ihrer Gründe, sowie den Bestimmungen der Verhandlungsschrift der k. k. Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha vom 13. Februar 1913, Z. 195/2/L, über das wasserrechtliche Verfahren bezüglich des Projektes und der Verhandlungsschrift vom 26. Februar 1913, M. Abt VII, 1420/12, über die Inangriffnahme der Regulierungsarbeiten wird zugestimmt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(4002, M. A. VI, 482.) Die bei der Regulierung der Scheibenbergstraße im XVIII. Bezirke eingetretene, durch unvorhergesehene Mehrarbeiten begründete Kostenüberschreitung von 4000 K gegenüber den mit 33.600 K genehmigten Kosten wird nachträglich genehmigt.

(3999, M. A. VI, 700.) Es wird genehmigend zur Kenntnis genommen, daß die Gesamtkosten der im Jahre 1911 im XVIII. Bezirke ausgeführten Oberflächenteerungen, für die vom Magistrate ein Betrag von 3956 K 89 h genehmigt war, tatsächlich 4245 K 79 h beansprucht haben.

(4000, M. A. VI, 699.) Die bei Ausführung der Fahrbahnherstellung in der Sternwartestraße eingetretene, durch notwendige Mehrleistungen bei den Deichgräberarbeiten begründete Kostenüberschreitung im Betrage von 1227 K 24 h wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Gräf** wird beschlossen:

(3415, M. A. VII, 8100/12.) Das Projekt über die Herstellung einer Baumpflanzung in der Hasnerstraße im XVI. Bezirke zwischen der Haberl- und Klaußgasse wird genehmigt und hiefür ein Betrag von 12.470 K bewilligt.

Die Ausführung hat im Frühjahre 1914 zu erfolgen, der bezeichnete Kostenbetrag ist im Hauptvoranschlage für dieses Jahr sicherzustellen.

Die Lieferung der Ackererde und die Abfuhr des Aushubmateriales hat im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung zu erfolgen; die übrigen Arbeiten hat die Stadtgarten-Direktion in eigener Regie auszuführen.

Die Entnahme einer täglichen Wassermenge von 55 hl aus der Hochquellenleitung mittels der für Zwecke der Straßenbespritzung bereits aufgestellten Hydranten zur Bewässerung der Baumpflanzung wird genehmigt.

(3112, M. A. X, 10878/12.) Das Offert der Firma J. Posamentir, XVI., Hippgasse 23, worin dieselbe der Gemeinde Wien für etwa 9000 kg ausgebrannten Kranzdraht im Ottakringer Friedhofe einen Kaufpreis von 3 K per 100 kg ab Lagerort anbietet, wird angenommen.

(3110, M. A. XI, 6937.) Der Wahl des Anton Grubischitz zum Obmann der II. Sektion des Armeninstitutes für den XVI. Bezirk mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1913 wird die Bestätigung erteilt.

(2989, M. A. VI, 5281/12.) Die Aufnahme des Otto Schaller an Stelle des Robert Krottendorfer als Aushilfsschreibkraft für die Bezirksvertretung des XVI. Bezirkes wird genehmigt.

(3651, M. A. X, 2437.) Das vorgelegte Projekt der Gräbereinteilung in der Gruppe XIV des Ottakringer Friedhofes wird genehmigt.

(3654, M. A. X, 12084/12.) Die Gemeinde Wien überläßt der Therese Kroy-Pippich, XVI., Hyrtlgasse 21, die von der Gemeinde fertigzustellende einfache Gartengruft Gruppe IX, Nummer 29 im Ottakringer Friedhofe, und zwar als Spitzgruft um einen Preis von 3500 K, welcher vor Beginn der Arbeiten als Kaution zu erlegen ist.

(2959, 3328, M. B. A. XVI, 8807, 10205.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 24 Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1913, werden genehmigt.

(2681, M. A. III, 512.) Die Zurückziehung des Ansuchens um Pachtung der städtischen Gast- und Schankgerechtigkeit XVI., Brunnengasse 56, seitens des Pachtwerbers Josef Siller, wird gemäß dem Magistrats-Antrage zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(4007, M. A. VIII, 4407/12.) Der Anschluß von anderen als Feuerlöschzwecken dienenden Abzweigsleitungen an die im Frachtenbahnhofe der k. k. Nordwestbahn projektierte 130 mm Feuerleitung wird bis auf Widerruf und unter nachstehenden Bedingungen genehmigt:

1. Die Wasserabgabe erfolgt nur mittels eines beim Zollamtsgebäude in der Taborstraße einzubauenden Wassermessers.

2. Im Falle nachgewiesener Verwendung des durch den Wassermesser bezogenen Wassers zu Feuerlöschzwecken wird als Verbrauch für diejenige Ablesungsperiode, in welche die Löschaktion fällt, jene Wassermenge angenommen, welche auf Grund des durchschnittlichen Verbrauches der korrespondierenden Ablesungsperiode des Vorjahres und der der Löschaktion vorhergehenden und nachfolgenden Ablesungsperiode ermittelt wird.

3. Im Übrigen finden auf diese Wasserabgabe, insofern nicht im Vorstehenden abweichende Bestimmungen getroffen werden, die Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Dezember 1910, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 256, betreffend die Versorgung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit Hochquellenwasser, sowie die auf Grund des § 9 dieses Gesetzes jeweils von der Gemeinde Wien zu erlassenden näheren Vorschriften Anwendung.

(4039, M. B. A. XX, 10523/12.) Der Pfarrgruppenleitung des Katholischen Schulvereines „Zu Allerheiligen" wird die Benützung des Turnsaales der städtischen Volksschule für Mädchen XX., Pöchlarnstraße 12, für Sonntag den 9. März 1913, 6 Uhr abends, behufs Abhaltung einer Generalversammlung unter den üblichen Bedingungen bewilligt.

(3917, 3918, M. B. A. XX, 64800/12, 51394/12.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 40 Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1912 und 1913, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Büsch** wird beschlossen:

(4004, M. A. VII, 163.) Das vorgelegte Projekt für den Umbau des Hauptunratskanales in der Bischoffgasse von der Schönbrunnerstraße bis zur Tivoligasse im XII. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 25.000 K wird genehmigt.

2. Das Bestbot des Maurermeisters Ferdinand Peterka auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten per 14.344 K 75 h mit der begehrten Aufzahlung von 12·5 Prozent auf die Kostenanschlagspreise wird angenommen.

(3990, M. A. VII, 99.) 1. Das vorgelegte Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Wittmayergasse vom Johann Hoffmann-Platz bis zur unbenannten Gasse im XII. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 25.000 K wird genehmigt.

2. Das Anbot der Firma Josef Tokatsch auf Übernahme der ausgeschriebenen Erd- und Baumeisterarbeiten per 16.593 K 90 h mit der begehrten Aufzahlung von 15 Prozent auf die Kostenanschlagspreise wird angenommen.

Der Magistrat wird beauftragt, die Ausführung der Arbeiten genauestens zu überwachen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Mataja** wird beschlossen:

(3724, M. A. XVIII, 7450/11.) Dem Ludwig Schmaus, gewesenen Bediensteten der städtischen Straßenbahn, wird als einmalige Abfertigung seiner bisherigen 18prozentigen Unfallsrente der Betrag von 1530 K, abzüglich der seit 1. Jänner 1913 bereits fällig gewordenen und bis zur Auszahlung der Abfertigungssumme noch fällig werdenden Monatsraten bewilligt.

(4029, M. B. A. XVIII, 17.) Die Entscheidung des k. k. Handelsministeriums vom 9. Februar 1913, Z. 1423, mit welcher die Betriebsanlage des Sandor Zelmanowits zur Ausübung der chemischen Putzerei, Färberei und Appretur im Hause XVIII., Witthauergasse 37, genehmigt wurde, wird zur Kenntnis genommen.

(3996, M. A. XXII, 760.) Die Entscheidung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 16. Februar 1913, Z. III-3089/14, betreffend die Aufbringung der Hand- und Zugkosten für die Herstellung einer neuen Orgel in der Pfarrkirche St. Rochus und Sebastian, III. Bezirk, wird zur Kenntnis genommen.

(3940, M. A. XIII, 1360.) Der vom Magistrate vorgelegte Entwurf des Stiftbriefes über die Rosa und Josef Loibl-Stiftung wird genehmigt.

(3942, M. A. XIX, 223.) Von der Ergreifung eines Rekurses gegen die Entscheidung der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direktion vom 23. Jänner 1913, Z. VIII, 60/2, betreffend die Aufteilung der Erwerbsteuer bei der Bosnischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft pro 1911 wird Umgang genommen.

(3721, M. A. XIX, 213.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit Note der k. k. Steuer-Administration für den I. Bezirk vom 7. Jänner 1913, Z. II a-B/740, mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Aktiengesellschaft der Troppauer Tuch- und Schafwollwarenfabriken Jakob Quittner & Söhne in Wien für die Jahre 1910 bis 1912 wird Umgang genommen.

(3722, M. A. XIX, 225.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit dem Erlasse der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direktion vom 9. Jänner 1913, Z. VIII-11/12, mitgeteilte Reassumierung der Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Repräsentanz Wien des Norddeutschen Lloyd in Bremen für die Jahre 1910 und 1911 wird Umgang genommen.

(3908, St. E. W., 3293/12.) Es wird genehmigt, daß aus Anlaß des Anschlusses der Bahnhof-Restauration Schneider am Südbahnhofe an das Kabelnetz der städtischen Elektrizitätswerke für die bei Verlegung der Kabelleitung in die Zufahrtsstraße an der Ankunftseite des Aufnahmsgebäudes in Wien erfolgte Inanspruchnahme von Staatsbahngrund die von der k. k. Bahnerhaltungssektion Wien I (St.-E.-G.) im Entwurfe vorgelegte Erklärung ausgefertigt werde.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(4020, M. A. X, 2532/12.) Der Stadtrats-Beschluß vom 22. Dezember 1908, Z. 18238, wird aufgehoben. Der gegenwärtige Ober-Werkführer im K. k. Allgemeinen Krankenhause Josef Mokre wird zum definitiven Gemeindebebamten mit den Bezügen der IX. Rangsklasse (d. i. 3000 K Gehalt, 1500 K Quartiergeld oder nach Wahl der Gemeinde dem Genusse einer Naturalwohnung im Spitale und der 25prozentigen Quartiergeldquote) ernannt. Es kommt ihm der Titel „Revisor der medizinischen Einrichtung im Jubiläumsspitale" zu.

Die bisher im Dienste der k. k. Krankenanstalten ununterbrochen zugebrachte Dienstzeit vom 15. Oktober 1898 wird dem Josef Mokre hinsichtlich der Ruhegenüsse der Witwen- und Waisenversorgung eingerechnet. Es wird dem Josef Mokre die Altersnachsicht erteilt. Der Magistrat hat eine Dienstinstruktion für den Revisor auszuarbeiten (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Mataja** wird beschlossen:

(3756, M. A. V, 412.) Gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern ddto. 10. Februar 1913, Z. 2653, mit welcher der Bescheid des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk ddto. 20. Mai 1912, M. B. A. II, Z. 97142, betreffend feuerpolizeiliche Aufträge über die Holzlagerungen am Nordbahnhofe gemäß § 107 des Wiener Gemeindestatutes, außer Kraft gesetzt wurde, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen. (An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Porzer übernimmt den Vorsitz.)

(2780, M. A. V, 2926/12.) Gegen die Entscheidung der k. k. Nordbahn-Direktion vom 5. Dezember 1912, Nr. 106861/III, betreffend die Erteilung des Baukonsenses für die Errichtung eines Spiritusmagazines im I. Kellerhofe der Nordbahn durch den Verein mährischer Zuckerfabriken in Olmütz ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Sollte das k. k. Eisenbahnministerum den gegen oberwähnte Entscheidung der k. k. Nordbahn-Direktion vom Magistrate ein-

gebrachten Rekurs meritorisch erledigen, so ist die Beschwerde zurückzuziehen. (An den Gemeinderat.)

(2999, M. A. XI, 8961.) Das von den Erben des kaiserl. Rates Bernhard Pollack v. Parnau gewidmete Kapital von 20.000 K österr. Kronenrente wird den Namen „Bernhard und Regina Pollack Edle v. Parnau-Widmung" führen.

Die Erträgnisse des Kapitals werden alljährlich am 27. Dezember an bedürftige und unterstützungswürdige, in Wien wohnhafte und daselbst zuständige Personen verteilt, und zwar zu drei Viertel an Personen ohne Unterschied der Konfession und zu einem Viertel an Personen israelitischer Konfession. Sollte die Verteilung aus welchem Grunde immer am 27. Dezember nicht stattfinden oder beendigt werden können, so wird sie an den darauffolgenden Tagen vorgenommen, beziehungsweise beendigt. Die erste Beteilung wird am 27. Dezember 1913 stattfinden.

Von der bevorstehenden Verteilung an Personen israelitischer Konfession wird die israelitische Kultusgemeinde in Wien alljährlich bis längstens Ende November in Kenntnis gesetzt.

Nach stattgefundener Auszahlung wird eine die Namen und Adressen der Beteilten, sowie die Beteilungsbeträge enthaltende Liste mittels eingeschriebenen Briefes dem Dr. Bruno Pollack Edlen v. Parnau und nach dessen Ableben seinen Rechtsnachfolgern übersendet werden.

(2767, M. A. XXII, 32.) Der Magistrat wird ermächtigt, den Verzicht der Firma Brenner & Hengl auf alle Finderrechte bezüglich einer in ihrem Geschäfte gefundenen Geldbörse mit 15 K 70 h zugunsten der Armen als nicht erfolgt anzusehen und den Fund der Bedienerin Marie Kopecky auszufolgen.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(3746, M. A. II, 4851/12.) Dem Asylverein für Obdachlose wird eine Subention von 50.000 K pro 1913 bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(3678, M. D., 430.) Für den Bedarf der Magistrats-Abteilung XI und im Zentral-Armenkataster werden 15 Diurnistenstellen neu systemisiert. Die zufolge Gemeinderats-Beschluß vom 11. Dezember 1900, Z. 13708, erteilte prinzipielle Ermächtigung, je nach dem Umfange der Katasterarbeiten die erforderliche Zahl geeigneter Magistratsbeamten zur Nachmittagsarbeit gegen Kostgeldentschädigung heranziehen zu dürfen, wird widerrufen. (An den Gemeinderat.)

(3744, M. A. II, 11680/12.) Dem Zentral-Verbande „Maria Josephinum" wird eine außerordentliche Subvention von 1000 K für die Errichtung der Krippe und des Kinderasyls im XX. Bezirke bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(3679, M. A. XXII, 289.) Die Gemeinde Wien tritt dem „Vereine für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik" in Berlin mit einem jährlichen Mitgliedsbeitrag von 60 Mark als Mitglied bei.

(3725, M. A. XIX, 196.) Der provisorische Bezirkswahlkatasterbeamte Karl Maurus wird zum definitiven Bezirkswahlkatasterbeamten ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(3726, M. A. XIX, 209.) Der provisorische Akzessist Paul Wuketich wird zum definitiven Akzessisten des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(3934, M. A. II, 913.) Der Leopoldine Hochhauser, Kanzlistenswitwe, wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 72 K für ihren Sohn Josef vom 14. Februar 1913 bis Ende des Jahres 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(2537, M. A. X, 11736/12.) Die Besorgung der Totengräbergeschäfte im Simmeringer Friedhofe wird der Witwe des früheren Totengräbers Leopoldine Bolzer unter nachstehenden Bedingungen übertragen:

1. Beiden Teilen steht das Recht zu, das Dienstverhältnis halbjährig am 1. Juni oder 1. Dezember zu lösen.

2. Die Gemeinde Wien ist außerdem berechtigt, das Dienstverhältnis bei einer Ordnungswidrigkeit oder bei wiederholter Verletzung der Dienstpflichten jederzeit ohne Kündigung zu lösen.

3. Die Totengräberin ist verpflichtet, den bestehenden oder von den städtischen Ämtern zu erlassenden Vorschriften in Ansehung dieses Friedhofes vollinhaltlich zu entsprechen und den Weisungen der städtischen Organe nachzukommen, sowie dafür zu sorgen, daß zur Zeit des allgemeinen Friedhofsbesuches eine mit dem Dienste vertraute Person im Friedhofe anwesend ist.

4. Die Entschädigung der Totengräberin besteht lediglich in den Totengräbergebühren und in der unentgeltlichen Überlassung der Wohnung im rechtseitigen Friedhofsgebäude. Der Totengräberin steht auch das Recht zu, Gräberausschmückungen zu übernehmen und auszuführen.

5. Die Gemeinde Wien stellt der Totengräberin das erforderliche Pölzholz und für die Erhaltung der Wege, deren Pflege ihr ohne besondere Entschädigung obliegt, das erforderliche Schottermaterial bei.

(3913, St. E. W., 456.) Dem Hilfsarbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Heinrich Weidler wird für die Dauer seiner achtwöchentlichen militärischen Ausbildung gemäß dem Antrage der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke auch der Fortbezug der zweiten Hälfte seines Wochenlohnes als Unterstützungsbeitrag bewilligt.

(3745, M. A. II, 190.) Dem Vereine „Heim für obdachlose Familien" wird für das Jahr 1912 nachträglich eine außerordentliche Subvention von 2000 K für die Anstalt im XVI. Bezirke bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(3732, M. A. VI, 507.) Das in der Verhandlungsschrift vom 21. Februar 1913 gestellte Anbot des Heinrich Schmid, im Vergleichswege an die Gemeinde einen Pauschalbetrag von 1500 K als Entschädigung für die unbefugte Sandgewinnung auf einem Teile der Kat.-Parz. 4212/3 öffentliches Gut auf der Brigittenauer-

lände zu bezahlen, wird unter gleichzeitiger Genehmigung der daran geknüpften Bedingungen angenommen.

(3397, M. A. VIII, 460.) Die Anbringung einer Tränkevorrichtung für Hunde bei den Auslaufbrunnen wird genehmigt.

(3937, M. A. III, 8605/12.) Dem Grafen Leonhard Starzinsky ist mitzuteilen, daß die Gemeinde Wien auf eine pachtweise Übernahme der Wirtschaftsgründe der Herrschaft Mauerbach nicht einzugehen gedenkt.

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **10. März 1913.**

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.

Anwesende: Baron, Braun, Brauneiß, Dechant, Fraß, Gräf, Grünbeck Sebastian, Dr. Haas, Hörmann, Kleiner, Knoll, Oppenberger, Poyer, Rain, Schmid, Schneider, Schreiner, Schwer, Tomola, Wessely, Wippel, Zatzka. Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Schriftführer: Magistrats-Kommissär v. Radler.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer eröffnet die Sitzung.

(P. Z. 3986, M. A. II, 2236.) **Vize-Bürgermeister Hoß** referiert über die Abänderung des Ermächtigungsgesetzes, betreffend das Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1908, und beantragt:

Im niederösterreichischen Landtage ist unverzüglich eine Gesetzesvorlage folgenden Inhaltes einzubringen:

Gesetz vom ....., betreffend die Ermächtigung der Stadt Wien zur Aufnahme eines Anlehens von 360 Millionen Kronen.

Über Antrag des Landtages Meines Erzherzogtums Österreich unter der Enns finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

In Abänderung des § 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1908, L.-G.-Bl. Nr. 103, mit welchem der Stadt Wien die Aufnahme eines Anlehens von 360 Millionen Kronen bewilligt worden ist, wird die Stadt Wien ermächtigt, den bisher noch nicht begebenen Teilbetrag dieses Anlehens von 160 Millionen Kronen mit höchstens viereinhalb von Hundert zu verzinsen.

§ 2.

Mein Minister des Innern wird mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien, am .....

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XVII. Gemeindebezirk, Hernals.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom **13. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Karl Kretschek.**

Schriftführer: Kanzleileiter Ober-Offizial Ignaz Friers.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet und ordnet die Verlesung des Protokolles der Sitzung vom Dezember 1912 an, gegen welches keine Einwendung erhoben wird; dasselbe wird infolgedessen vom **Vorsitzenden** für verifiziert erklärt.

Der **Vorsitzende** teilt sodann mit, daß eine Deputation von Mitgliedern der Bezirksvertretung des XVI. und XVII. Bezirkes am 3. Februar 1913 in Angelegenheit der Erbauung des neuen Amtshauses für die k. k. Steuer-Administration für den XVI. und XVII. Bezirk zu dem Behufe vorgesprochen hat, daß der Herr Bürgermeister seinen ganzen Einfluß dahin aufbieten möge, daß der erwähnte Bau auf den von der Bezirksvorstehung des XVII. Bezirkes in Vorschlag gebrachten Gründen der Ölfabrik, welche im Eigentume der Gemeinde Wien stehen, zustande kommen möge. Der Herr Bürgermeister versprach, in diesem Sinne beim Finanzminister zu intervenieren und wurde ihm ein Elaborat, in welchem der Entwicklungsgang der Aktion der Bezirksvertretung und der damalige Stand der bezüglichen Angelegenheit veranschaulicht erscheint, zur Verfügung gestellt.

Weiters gibt der **Vorsitzende** bekannt, daß der Herr Bürgermeister ihm auch seine Anerkennung über das vorzügliche Aussehen der Straßen des Bezirkes und deren musterhafte Reinigung ausgesprochen hat, was sowohl dem Vorsitzenden als auch der Fuhrwerksbetriebsleitung, respektive dem Depotleiter des XVII. Bezirkes zur besonderen Freude gereichen muß.

Ferner gibt der **Vorsitzende** bekannt, daß die zur Durchführung der Erweiterung der Hernalser Hauptstraße notwendige Abtretung der Vorgärten bei der Realität Rußbacher und beim Blinden-Institute bereits erfolgt sein soll und er beantragt deshalb

eine dringende Eingabe an den Magistrat, um rascheste Durchführung der Einlösung der noch nicht abgetretenen Vorgartengründe auf beiden Straßenseiten.

In diesem Sinne wird eine Eingabe an die Magistrats-Abteilung III stimmeneinhellig beschlossen.

Einlauf.

(3775.) Die Magistrats-Abteilung XVI gibt mit der Zuschrift vom 23. Dezember 1912, Z. 13410, bekannt, daß in Gemäßheit des Stadtrats-Beschlusses vom 17. Dezember 1912, Z. 20120, die von der Wilhelminenberggasse bei der Sängerwarte abzweigende, bis zur Güpferlingstraße reichende Serpentinenstraße im XVII. Bezirke den Namen „Rosenackerstraße" erhält.

Zur Kenntnis.

(144 und 360.) Die Direktion der städtischen Sammlungen schlägt für zwei unbenannte Gassen im XVII. Bezirke zwischen der Hernalser Hauptstraße und Richthausenstraße, zu beiden Seiten der Vorortelinie der Stadtbahn liegend, die Namen Gräffer- und Dittersdorfgasse nach dem Lokalschriftsteller, beziehungsweise Komponisten gleichen Namens, welche beide bei ihren Lebzeiten in Wien in hohem Ansehen standen, vor.

Die Bezirksvertretung spricht sich mit Stimmeneinhelligkeit für den Vorschlag aus.

(229.) Die Bezirksvertretung des XXI. Bezirkes übermittelt einen zum Beschlusse erhobenen Antrag, bei Steuereinhebungen mit der größten Bedachtnahme auf die augenblickliche wirtschaftliche Stärke der Steuerpflichtigen, insbesondere der steuerpflichtigen Handels- und Gewerbetreibenden vorzugehen.

Es wird hierüber mit Stimmeneinhelligkeit der gleiche Beschluß an die Magistrats-Abteilung XIX geleitet.

(510.) Die Bezirksvertretung des XV. Bezirkes übermittelt zur eventuellen Stellungnahme den dortigen Beschluß-Antrag vom 1. Februar 1913, Z. 154, auf Veranlassung, daß die Automobilisten zur Wahrung der Nachtruhe angewiesen werden, in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr früh statt Huppen, Signalpfeifen zu verwenden.

Die Bezirksvertretung geht über diesen Antrag zur Tagesordnung über.

Antrag.

B.-R. Bielohlawek und Genossen beantragen, daß an den städtischen Koksverkaufsstellen der Verkauf von Teer, der durch die Koksfuhrwerke den Dachdeckern und sonstigen Teer benötigenden und verarbeitenden Geschäftsleuten zugeführt werden könnte, ermöglicht werde, da infolge der Verlegung der Gaswerke von Döbling und Fünfhaus der Teerbezug sehr erschwert ist.

Die Bezirksvertung beschließt mit Stimmeneinhelligkeit die entsprechende Eingabe an die städtischen Gaswerke.

Wahl.

Es erfolgt hierauf in Gegenwart von 19 Mitgliedern der Bezirksvertretung die Wahl von vier Armenräten für den XVII. Bezirk zur Ergänzung des nicht vollzähligen Standes derselben und werden die Herren Karl Rambausek, Privatbeamter, Geblergasse 42; Anton Gleis, Fleischhauer, Kastnergasse 5; Moritz Voytischek, k. k. Rechnungsrat, Kalvarienberggasse 60, und Franz Haslinger, Stadtbaumeister, Rosensteingasse 77 wohnhaft, mit je 19 gültigen Stimmen für die Funktionsdauer bis Ende 1913 gewählt, welches Wahlresultat der **Vorsitzende** sofort bekanntgibt, worauf er den Wahlakt schließt.

Anfragen.

B.-R. Twaroch fragt an, wann endlich einmal der Engpaß in der Veronikagasse verschwinden wird?

Der **Vorsitzende** erwidert, daß die Gemeinde demjenigen, der den Umbau der Realität Ecke Veronikagasse und Hernalser Hauptstraße zu führen bereit ist, einen Baukostenbeitrag von 24.000 K zu leisten sich verpflichtet.

B.-R. Bielohlawek macht darauf aufmerksam, daß das Probe- und Wettfahren der Automobile auf der Straße zur „Himmelmutter" in äußerst sicherheitsgefährlicher Weise fortdauert, trotzdem im Sommer 1912 eine von vielen Interessenten gefertigte Eingabe wegen Abstellung dieses Übelstandes an die Magistrats-Abteilung IV geleitet wurde.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, daß die Aufstellung der Verbotstafeln bereits im Zuge sein soll und wird sogleich die Angelegenheit zur dringenden Erledigung in Erinnerung bringen.

Schluß der Sitzung.

(II. Gemeindebezirk, Leopoldstadt.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom **19. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Leopold Blasek.**

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Wilhelm Landskron.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden, konstatiert die Beschlußfähigkeit und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung, das zur Einsichtnahme aufliegt, wird ohne Verlesung genehmigt.

Der **Vorsitzende** hält hierauf folgenden Nachruf:

Bevor wir in die Erledigung der Tagesordnung eingehen, halte ich es für meine Ehrenpflicht, des schweren Verlustes zu gedenken, von welchem das Allerhöchste Kaiserhaus betroffen wurde. Erzherzog Rainer, der kunstsinnige kaiserliche Prinz, hat sein irdisches Dasein beschlossen und ganz Österreich trauert an seiner Bahre.

Redner bespricht hierauf das Wirken des hohen Verstorbenen auf politischem Gebiete, seine Verdienste um Wissenschaft und Kunst und hebt die große Beliebtheit hervor, welche sich der Erzherzog Rainer in allen Schichten der Bevölkerung zu erwerben verstanden hatte.

Mit dem Danke an die Anwesenden für die Trauerkundgebung schließt der Redner.

Der **Vorsitzende** gedenkt hierauf des unter so tragischen Umständen verstorbenen Reichsrats-Abgeordneten Franz Schuhmeier. Trotz politischer Gegensätze sei er als Mensch uns sehr nahe gestanden.

In längerer Ausführung würdigt Redner die Persönlichkeit des Verstorbenen und erinnert an das fröhliche Beisammensein beim Bürgerball.

Redner schließt mit der Versicherung, daß die Versammelten dem Verstorbenen stets ein ehrenvolles Andenken bewahren werden.

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, Z. II, 480, betreffend den Antrag auf Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung der Aspernallee und Umgebung.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der k. k. n.-ö. Statthalterei, Z. II, 513, betreffend den Neubau des Kinderspitales im II. Bezirke.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, Z. II, 179, betreffend den Antrag auf Beschleunigung des Umbaues der Aspernbrücke.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, Z. II, 396, betreffend die zweigeleisige Ausgestaltung der Straßenbahnlinie Wagramerstraße und Schüttaustraße.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, Z. II, 510, betreffend den Antrag auf Erbauung einer Brücke über den Donaukanal im Zuge der Seegasse.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, Z. 225, betreffend die Transparentgestaltung zweier Zifferblätter der Turmuhr der Barmherzigenkirche.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, Z. II, 283, betreffend den Antrag auf Auspflasterung der Castellezgasse.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VIII, Z. II, 423, betreffend den Antrag auf Kassierung des Schöpfbrunnens in der Kaiser-Josef-Straße.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IX, Z. II, 511, betreffend den Antrag auf Einlösung des Hauses Alliiertenstraße 2/4, behufs Erbauung einer Detailmarkthalle.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII a, Z. II, 495, betreffend Platzordnung für den Automobilstandplatz Tempelgasse 2.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Direktion der städtischen Straßenbahnen, Z. II, 274, betreffend den Antrag auf Errichtung einer Wartehalle auf dem Praterstern im Geleise I der Ausstellungsstraße.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Direktion der städtischen Straßenbahnen, Z. II, 173, betreffend Errichtung einer Haltestelle in der Schüttelstraße nächst der Paffrathgasse.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des k. k. Polizei-Kommissariates Leopoldstadt, Z. II, 606, betreffend Räumung des Hauses Weintraubengasse 31, seitens der Prostituierten.

Zur Kenntnis.

Dankschreiben der Freiwilligen Feuerwehr Kaisermühlen, Z. II, 471, für die mit Sitzungs-Beschluß vom 9. Jänner 1913 ausgesprochene vollste Anerkennung.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des Österreichischen Zentral-Verbandes für Handel und Export landwirtschaftlicher Produkte, Z. II, 290, betreffend die Stellungnahme der Bezirksvertretung II zur Frage der Einführung des handelsrechtlichen Lieferungsgeschäftes an den landwirtschaftlichen Produktenbörsen in Österreich.

Zur Kenntnis.

Ersuchsschreiben der Eigentümer des Hauses II., Floßgasse 5, um Abhilfe wegen des baufälligen und sicherheitsgefährlichen Zustandes des Nachbarhauses, Floßgasse 7.

An den Magistrat.

Zuschrift aus dem Publikum, betreffend Pflasterung der Schweidlgasse zwischen Alliiertenstraße und Nordbahnstraße.

An den Magistrat.

Zuschrift aus dem Publikum, betreffend Vermehrung der Sicherheitswache in Kaisermühlen.

An die Polizei-Direktion.

Anträge, Urgenzen und Beschwerden.

B.-R. Pollak beantragt den Umbau des Marktamtsgebäudes auf dem Karmelitermarkte.

Angenommen.

B.-R. Vergel beantragt, daß zur Verhütung von Unglücksfällen verordnet werde, daß der Motorführer, wo immer auch der Wagen hält, erst auf das Zeichen des Kondukteurs hin weiterfahren dürfe.

Angenommen.

B.-R. Ortner beantragt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der Schrottgießergasse.

Angenommen.

Derselbe beantragt weiter die Errichtung eines Wartehäuschens der Straßenbahn vor dem Carltheater.

Angenommen.

B.-R. Rischka beantragt Maßnahmen zur Verhütung der Kohlendiebstähle während des Transportes mittels Fuhrwerks.

Angenommen.

B.-R. Hedlmayr beantragt wirksame Vorkehrungen gegen die Straßenverunreinigung durch das Kabsfuhrwerk.

Angenommen.

B.-R. Zisarsky stellt den Antrag, daß die Bezirksvorsteher jener Bezirke, welche von der Trasse der geplanten Untergrund-

bahnen berührt werden, den bezüglichen Verhandlungen beigezogen werden.

Angenommen.

B.-R. Prinz beantragt die Einstellung des Massenkorsos der Prostituierten in der Kaiser Josef-Straße und Praterstraße nächst dem Praterstern.

Angenommen.

B.-R. Zisarsky beantragt den korporativen Beitritt der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz.

Angenommen.

B.-V.-St. Klebinder stellt im Anschlusse den Antrag, an den Bürgermeister mit der Bitte heranzutreten, er möge veranlassen, daß Gesuche um Unterstützungen für die Angehörigen der einberufenen Reservisten mit tunlichster Beschleunigung der Erledigung zugeführt werden.

Angenommen.

B.-R. Wiesinger beantragt die Errichtung eines Marktes auf dem Volkertplatz.

Angenommen.

B.-R. Ludikowsky urgiert seinen Antrag auf Errichtung eines Kindergartens und einer Beschäftigungsanstalt für Schulpflichtige.

Derselbe urgiert seinen Antrag auf Pflasterung des Gehweges der Kronprinz Rudolf-Straße.

Derselbe beantragt ferner die Wiederherstellung des Gehweges auf dem Erzherzog Karl-Platz längs der Kaiserjubiläumskirche.

Derselbe stellt den Antrag auf Aufhebung der Zonengrenze Praterstern der städtischen Straßenbahnen.

Angenommen.

B.-R. Günther führt Beschwerde über einen Fall von Mietzinssteigerung, welche angeblich auf Betreiben der Steueradministration erfolgte, und ersucht den Vorsitzenden um Erhebung des Falles und eventuelle Abhilfe.

B.-R. Rübner urgiert seinen Antrag auf Entfernung der Verbotstafel in der Kaiser Josef-Straße.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung Floridsdorf, betreffend die durch die momentane wirtschaftliche Lage hervorgerufene Notwendigkeit, den Handel- und Gewerbetreibenden bei der Steuereinhebung Erleichterungen zu gewähren.

Angenommen.

Schluß der Sitzung.

(X. Gemeindebezirk, Favoriten.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom **26. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Leopold Hruza.**

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Eduard Dworschak.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen unter namentlicher Hervorhebung der Gäste, beziehungsweise Experten, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet; er erteilt dem Leiter der Magistrats-Abteilung VIII zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Errichtung eines Dampf-, Wannen- und Schwimmbades im X. Bezirke" das Wort.

Magistratsrat Hanisch gibt zunächst an der Hand der Akten einen Überblick über die einzelnen Phasen der Entwicklung dieser Frage und schildert dann den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit; für den Badbau im X. Bezirke kämen drei Bauplätze in Betracht:

1. Die der Gemeinde Wien gehörende Baustelle in der Buchengasse zwischen den Häusern Or.-Nr. 67 a und 67 c;

2. die dem Matzleinsdorfer Friedhofe vorgelagerte Bauarea an der Dampfgasse und

3. der Baublock zwischen der Bürger-, Gellertgasse und Laaerstraße.

Das erste Projekt, das bereits dreimal dem Magistrate zur Abänderung zurückgestellt worden sei, sehe einen drei Stock hohen Gassentrakt in einfacher Fassade mit Blumenschmuck und einen langgestreckten ebenerdigen Innentrakt vor, in welchem die 27·5 m lange und 13 m breite Schwimmhalle mit verschiebbarem Dache untergebracht ist, im Gassentrakte sei ein Dampfbad, vier Wannenbäder I. Klasse, 15 Wannenbäder II. Klasse und 23 Wannenbäder III. Klasse untergebracht; die Stockwerke seien durch einen elektrisch betriebenen Lastenaufzug untereinander verbunden; zur Reinhaltung des Weges in die Bassins sei die Errichtung eines sogenannten Stiefelganges geplant; dieses Projekt habe die Nachteile, daß infolge der Schmalheit der Hauptfront sowie überhaupt des Raummangels die Errichtung eines zweiten Vollbades für Frauen und eines zweiten Dampfbades für Frauen unmöglich sei, was die Rentabilität des Unternehmens ungünstig beeinflussen müsse; außerdem sei für die im X. Bezirke so notwendigen Brausebäder kein Raum zur Verfügung; schließlich mache eine später notwendig werdende Erweiterung Schwierigkeiten; die Kosten dieses Projektes stellen sich auf zirka 592.000 K; mit Rücksicht auf diese Mängel möchte Redner eher auf das zweite Projekt vor dem Matzleinsdorfer Friedhofe einraten. Der zur Verfügung stehende geräumige und jederzeit erweiterungsfähige Baublock gestattet die Errichtung einer großzügigen, mit Dampf- und Vollbädern für beide Geschlechter getrennt, sowie mit einer entsprechenden Anzahl von Wannen- und Brausebädern ausgestatteten Badeanstalt, welche mit Rücksicht auf ihre Lage auch von den Bewohnern des IV. und V. Bezirkes frequentiert werden wird und daher schon aus diesem Grunde eine bessere Rentabilität verspreche; außerdem sei nicht zu vergessen, daß nach Auflassung des Matzleinsdorfer Friedhofes dort eine Parkanlage geplant sei, wo die Badegäste in frischer Luft sich erholen könnten; hier könnten insbesondere auch alle Arten von medizinischen

Bädern eingerichtet werden. Die Kosten dieses Projektes würden sich natürlich bedeutend höher, etwa auf 1½ Millionen Kronen stellen; das dritte in jüngster Zeit aufgeworfene Projekt sei zentraler gelegen, wie das zweite und gestatte infolge seiner Dimensionierung eine günstigere und ausgedehntere Anlage der Badeanstalt wie das erste Projekt.

In der sich an die Worte des Magistratsrates Hanisch schließenden Debatte äußert B.-R. kaiserl. Rat Dobner schwere Bedenken bezüglich der Erwirkung der für das zweite Projekt erforderlichen Geldmittel; B.-R. Stepanek meint, man werde, wenn man sich auf ein neues Projekt einlasse, neuerlich eine Reihe von Jahren warten müssen, umsomehr, als die Abräumung des Friedhofes mehrere Jahre in Anspruch nehmen werde; die B.-R. Napotnik, Krist und andere sprechen sich ebenfalls für den Bau in der Buchengasse aus, während B.-R. Neckham rät, lieber noch zuzuwarten, um dann ein großes, den modernen Anforderungen entsprechendes Bad vor dem Matzleinsdorfer Friedhofe zu bekommen, als ein Bad zu errichten, das von vornherein für den Bezirk zu klein und schwer erweiterungsfähig sei; G.-R. Wawerka bespricht das Projekt vom sportlichen Standpunkte, erklärt es von diesem Gesichtspunkte für hinreichend und meint, daß man um den Betrag, welchen das zweite Projekt kosten würde, in jedem der drei Bezirke, IV, V und X ein Bad bauen könne; für das Bad in der Buchengasse sei auch eine Baurate von 100.000 K bewilligt, während für das zweite Projekt erst die Pläne hergestellt und langwierige Verhandlungen durchgeführt werden müßten; St.-R. Wippel erklärt, die Vertretung des X. Bezirkes stehe auf dem Standpunkte, daß ihr der Sperling in der Hand lieber sein müsse, als die Taube auf dem Dache; es würde seiner Überzeugung nach ein Projekt, das 1 Million und noch mehr Kosten verursacht, im Stadtrate auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen; übrigens würde sich die ganze Badeanlage mit ihrem Blumenschmucke an der Fassade, dem prächtigen Zugange zu den Baderäumen, sowie den gekachelten Wänden der Schwimmhalle mit dem verschiebbarem Dache, welche eine Fülle von Licht und Luft zulassen, prächtig machen, prächtiger, als es die Bewohner des Bezirkes bisher gewohnt gewesen wären.

Nach dem Vorschlage des **Vorsitzenden** wird demnach folgender Beschluß gefaßt:

Die Bezirksvertretung Favoriten ersucht den Stadt-, beziehungsweise Gemeinderat um eheste Inangriffnahme und rasche Durchführung des Baues einer Dampf-, Wannen- und Schwimmhallenbadeanlage auf dem der Gemeinde Wien gehörigen Baugrunde zwischen Or.-Nr. 67 a und 67 c in der Buchengasse.

Die Frage des Vertreters und Leiters der Magistrats-Abteilung VIII, ob die Bezirksvertretung auf die Reservierung des dem Matzleinsdorfer Friedhofe vorgelagerten Baublockes für ein großes Zentralbad bestehe, wird verneint.

Einstimmig angenommen.

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung vom 28. Jänner 1913 wird verlesen und die Fassung desselben genehmigt.

Einlauf.

(587.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend Ablehnung des Kaufoffertes der Firma Gustav und Wilhelm Heller auf Überlassung eines Teiles der Malborghetgasse um den Pauschalpreis von 55.000 K.

Zur Kenntnis.

(1005.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IX, betreffend Verpachtung des Wasenmeisterbetriebes; Gebührentarif.

Zur Kenntnis.

(968.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend Errichtung einer Transformatorenstation in der Doppel-Volksschule an der Triesterstraße.

Zur Kenntnis.

(729.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, betreffend Verbesserung der Beleuchtung der Gänsbachergasse und Schlechterstraße im X. Bezirke.

Zur Kenntnis.

(659.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend Errichtung einer Geleiseschleife am Ghegaplatze im X. Bezirke.

Zur Kenntnis.

(644.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend Instandhaltung des Denkmales „Spinnerin am Kreuz".

Zur Kenntnis.

Anträge und Interpellationen.

B.-R. Kolbeck beantragt die Erlassung einer Vorschrift auf Anbringung von Kotschützern auf Automobilen jeder Art.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Fritz beantragt, die Fortsetzung der elektrischen Beleuchtung bis zum Bürgerplatz.

B.-R. Napotnik stellt den Zusatz-Antrag auf elektrische Beleuchtung der Gudrunstraße zwischen Favoritenstraße und Remise der städtischen Straßenbahnen.

Der Antrag wird, nachdem **St.-R. Wippel** auf die hohen Kosten und die im Budget vorgesehene etappenweise Herstellung der elektrischen Beleuchtung der Favoritenstraße hingewiesen hat, vom Antragsteller zurückgezogen.

B.-R. Stepanek beantragt die Verbreiterung des Gehweges von der Feuchterslebengasse zum Laaerwald auf Kosten des Fuhrwerksbesitzers Josef Kaplan.

Angenommen.

B.-R. Napotnik fragt in einer Interpellation, ob der Vorsitzende die Entfernung der beiden Stände auf dem Eugenmarkte, welche trotz des Beschlusses der Bezirksvertretung, nur Stände mit Lebensmitteln zulassen, Zuckerln zum Verkaufe bringen, veranlassen wolle?

Der **Vorsitzende** verspricht, beim Magistrate zu intervenieren; übrigens werde die Marktfrage in der vertraulichen Sitzung zur Sprache kommen.

Über Vorschlag der Direktion der städtischen Sammlungen wird der Platz um die Schule in der verlängerten Steudelgasse, für welchen bisher der Name „Pergenplatz" vorgeschlagen war, nach dem Dichter Friedrich Hebbel, dessen 100jähriger Geburtstag in nächster Zeit gefeiert wird, mit „Friedrich Hebbel-Platz" benannt.

Angenommen.

Schluß der Sitzung.

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom **27. Februar 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Wolfgang Dirnbacher.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Kommissär Alexander Much.

Die Sitzung wird um 5 Uhr durch den **Vorsitzenden** nach Begrüßung der Anwesenden und Konstatierung der Beschlußfähigkeit eröffnet.

Sodann wird das Protokoll der letzten Sitzung vom 30. Jänner 1913 verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(361.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XIV, in welcher mitgeteilt wird, daß das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten in Stattgebung der Rekurse der Gemeinde Wien und des Wilhelm Beetz gegen die Entscheidung der Bau-Deputation für Wien die angefochtene Entscheidung behoben und die erstinstanzliche Entscheidung der Magistrats-Abteilung XIV, mit welcher dem Genannten die Bewilligung zur Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt vor den Häusern Or.-Nr. 75 und 77 der Mariahilferstraße, Ecke Amerlingstraße, bewilligt wurde, wieder in Kraft gesetzt.

Zur Kenntnis.

(346.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, in welcher mitgeteilt wird, daß die von der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk angeregte Umnumerierung der Mariahilferstraße und Gumpendorferstraße vom Stadtrate abgelehnt wurde.

Es wird beantragt, neuerlich die Umnumerierung zu verlangen.

(387.) Zuschrift des Josef Frauendorfer, Hausbesitzers, VI., Brückengasse 16, worin derselbe Beschwerde darüber führt, daß seitens der städtischen Straßenbahn die festgesetzten Intervallen in der Gumpendorferstraße nicht eingehalten werden.

Es wird beschlossen, die Beschwerde der Direktion der städtischen Straßenbahnen abzutreten.

(386.) Zuschrift des L. St. Rainer, in welcher dieser Beschwerde darüber führt, daß die am Hause Or.-Nr. 3 Dürergasse befindliche Straßenlaterne nicht angezündet werde.

Es wird beschlossen, die Beschwerde dem Magistrate abzutreten.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung für den XII. Bezirk, betreffend Einführung des Postscheckverkehres bei den Steuerbehörden zum Zwecke der Rückzahlung von Guthaben.

Es wird beschlossen, sich dem Antrage anzuschließen.

(231.) Zuschrift der Bezirksvertretung Fünfhaus, worin beantragt wird, daß die Automobilisten angewiesen werden sollen, in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr früh, statt der Huppen Signalpfeifen zu verwenden.

Die Bezirksvertretung schließt sich dem Antrage an.

(339.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Josefstadt, betreffend Einführung eines Umsteigverkehres zwischen der Straßenbahn und dem kommenden städtischen Autobus.

Die Bezirksvertretung schließt sich dem Antrage an.

(306.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung für den IX. Bezirk, betreffend Verunreinigung der Straßen durch das Kabsfuhrwerk und eventuelle Abhilfe dagegen.

Nach längerer Debatte, an der sich die **B.-R. Bockhorni, Grandauer** und **Petter** beteiligen, wird beschlossen, für die gänzliche Abschaffung des Kabsfuhrwerkes einzutreten.

(305.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Leopoldstadt, in welchem verlangt wird, die Bezirksvertretungen aller Wiener Gemeindebezirke mögen sich an den Herrn Bürgermeister mit der Bitte wenden, eine Enquete einzuberufen, welche im Interesse des Handels- und Gewerbestandes über die Reform des gewerblichen Kreditwesens Beratungen pflegen soll.

Die Bezirksvertretung schließt sich diesem Antrage an.

Anfragen, Beschwerden ꝛc.

B.-R. Petter führt Beschwerde über die Vorkommnisse bei Neubauten in Mariahilf, so in der Esterhazygasse, Schmalzhofgasse und besonders Mariahilferstraße, Ecke Barnabitengasse.

Nach längerer Debatte, an der sich die **B.-R. Glas** und **Späthe** beteiligen, wird beschlossen, sich an die Baubehörde mit dem Ersuchen zu wenden, die Bauaufsicht strenger zu handhaben und unter keinen Umständen zu dulden, daß die bewilligten Maße überschritten werden.

B.-R. Groyer führt Beschwerde darüber, daß in der Ägidigasse 24 seitens des Spediteurs Ebert oft stundenlang das Trottoir dadurch abgesperrt werde, daß auf Brücken, welche von den Speditionswagen in das Lokal gelegt sind, die Waren in das Lokal transportiert werden.

Der **Vorsitzende** verspricht, diesbezüglich tunlichst Abhilfe schaffen zu wollen.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Ignaz Singer'sche Schulstiftung.

Reisestipendien pro 1913.

Aus der Ignaz Singer'schen Schulstiftung werden im Sommer 1913 Reisestipendien an würdige, talentierte und unbemittelte Lehrer der Volks- und Bürgerschulen in Wien zur Verleihung gelangen, und zwar:

a) Ein Stipendium à 1200 K zum Besuche des IV. Internationalen Kongresses für Schulhygiene in Buffalo (Staat New-York) 25. bis 30. August 1913.

b) Vier Stipendien à 600 K zum Studium der nachstehenden Fragen:

1. Die fachliche berufliche Ausbildung der Lehrlinge im Deutschen Reiche mit besonderer Berücksichtigung des Lehrwerkstättenunterrichtes.

2. Einrichtungen und Unterrichtsbetrieb in den Taubstummenexternaten und Schwerhörigenschulen in Deutschland.

3. Die Lehrlingsfürsorge in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Lehrlingsheime.

4. Organisation und Ausbau des hauswirtschaftlichen Unterrichtes im Auslande (Deutschland, Schweiz).

Bewerber um diese Stipendien haben ihre mit dem Anstellungs-Dekrete, dem Nachweise über ihre Befähigung, bisherige Dienstleistung und Bedürftigkeit versehenen Gesuche an das Kuratorium der Ignaz Singer'schen Schulstiftung, Wien, I., Herrengasse 13, bis längstens 31. März 1913 zu überreichen.

Verspätet einlangende Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Dortselbst werden auch Samstag zwischen 12 bis 1 Uhr Auskünfte erteilt.

Die Bewerber haben sich zu verpflichten, bis 1. November 1913 einen sachgemäßen, druckreifen Bericht über die Ergebnisse der Studienreise an das Kuratorium zu erstatten, welches sich vorbehält, geeignet erscheinende Berichte zu veröffentlichen.

Bewerber für das sub a) genannte Stipendium haben die Kenntnis der englischen Sprache nachzuweisen.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 9. bis 15. März 1913.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . 409.863 kg Und zwar aus:

Wien	273.871 kg
dem sonst. Niederösterreich	36.266 „
Oberösterreich	1.013 „
Steiermark	2.174 „
Kärnten	113 „
Böhmen	448 „
Mähren	6.359 „
Galizien	42.261 „
Bukowina	2.747 „
Ungarn	11.100 „
Rumänien	10.084 „
Serbien	23.427 „

Kalbfleisch . . 46.080 kg Und zwar aus:

Wien	1.947 kg
dem sonst. Niederösterreich	110 „
Oberösterreich	70 „
Steiermark	2 „
Mähren	140 „
Galizien	43.307 „
Bukowina	186 „
Ungarn	299 „

Schaffleisch . . 9.605 kg Und zwar aus:

Wien	5.617 kg
dem sonst. Niederösterreich	4 „
Galizien	1.935 „
Bukowina	41 „
Ungarn	2.908 „

Schweinefleisch 241.276 kg Und zwar aus:

Wien	127.683 kg
dem sonst. Niederösterreich	2.074 „
Oberösterreich	30 „
Steiermark	101 „
Böhmen	3.136 „
Mähren	4.805 „
Galizien	53.076 „
Ungarn	27.336 „
Kroatien	6.248 „
Bosnien	730 „
Rumänien	110 „
Serbien	15.945 „

Kälber . . . . 4.152 Stück Und zwar aus:

Wien	942 St.
dem sonst. Niederösterreich	35 „
Oberösterreich	21 „
Salzburg	7 „
Kärnten	4 „
Mähren	23 „
Galizien	3.086 „
Ungarn	6 „
Kroatien	28 „

Schafe . . . . 115 Stück Und zwar aus:

Wien	36 St.
dem sonst. Niederösterreich	74 „
Galizien	5 „

Schweine . . . 1.367 Stück Und zwar aus:

Wien	420 St.
dem sonst. Niederösterreich	4 „
Mähren	16 „
Galizien	280 „
Ungarn	4 „
Serbien	448 „
Rumänien	195 „

Lämmer . . . 315 Stück Und zwar aus:

Wien	183 St.
Galizien	3 „
Ungarn	129 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K —·80	bis	2·50	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „ 1·60	„	2·50	„ „
Kalbfleisch		„ „ —·68	„	2·20	„ „
Schaffleisch		„ „ 1·28	„	1·44	„ „
Schweinefleisch		„ „ 1·32	„	2·20	„ „
Kälber		„ „ —·92	„	1·80	„ „
Schafe		„ „ 1·08	„	1·40	„ „
Schweine		„ „ 1·30	„	1·80	„ „
Lämmer		„ „ 20·—	„	34·—	per Paar
Lammfleisch		„ „ 1·40	„	2.—	per Kg.

Die Zufuhren waren geringer als in der Vorwoche; der Marktverkehr verflaute sich ziemlich gegen Wochenende. Rindfleisch und Schweinefleisch büßten 4 bis 6 h per Kilogramm ein; während Kälber und Kalbfleisch die vorwöchentlichen Preise behaupteten, zogen Schweine (Jungschweine) um 4 h per Kilogramm im Preise an.

Von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft wurden 30.793 kg Rind-, 46 kg Kalb- und 10.309 kg Schweinefleisch, 6 Kälber und 97 Schweine (darunter 23.651 kg Rind-, 102.227 kg Schweinefleisch und 97 Schweine aus Serbien), von

der „Gemeinde Wien — städtische Übernahmsstelle" 2020 kg Rind-, 742 kg Kalb-, 773 kg Schaffleisch und 1369 kg Schweinefleisch, 196 Kälber, 1 Schwein und 3 Lämmer zu Markte gebracht.

* * *

Pferdemarkt vom 14. März 1913.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 544 Pferde.

315 Gebrauchspferde, 229 Schlächterpferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 150 bis 1400 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 100 „ 214 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 17. März 1913

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 15. März 1913).

1. Gesamtauftrieb: 3924 Stück, und zwar:

Mastvieh	3261 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	663 „
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	187 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	2368 Stück	Kühe	723 Stück
Stiere	753 „	Büffel	80 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	2795 Stück
„ Galizien und der Bukowina	172 „
„ dem sonstigen Österreich	957 „
„ dem Auslande	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von	97	bis 128 K	(extrem bis 138 K)
„ II. „	„	90	„ 109 „	
„ III. „	„	80	„ 92 „	

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von	108	bis 118 K	(extrem bis 124 K)
„ II. „	„	98	„ 106 „	
„ III. „	„	88	„ 96 „	

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von	104	bis 124 K	(extrem bis 135 K)
„ II. „	„	94	„ 103 „	
„ III. „	„	84	„ 92 „	
Stiere	„	80	„ 96 „	(„ „ 106 „)
Kühe	„	80	„ 100 „	(„ „ 114 „)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	von	—	bis — K	(extrem bis — K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von	—	bis — K	(extrem bis — K)
Büffel	„	50	„ 74 „	(„ „ — „)
Beinlvieh	„	48	„ 80 „	(„ „ — „)

b) Preis per Stück.

Beinlvieh	von	224	bis 467 K.
Mastvieh	„	—	„ — „

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	— Stück
„ „ „ auswärts	— „
Unverkauft blieben	247 „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 3. bis 15. März 1913 für Wien angekauft . . . . . 681 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 179 Stück mehr aufgetrieben.

Bei sehr schwerfälligem Geschäftsverkehre wurden gegen die Vorwoche Prima-Stallmastsorten um 2 bis 3 K, Mittel- und mindere Sorten um 3 bis 4 K per Meterzentner billiger gehandelt. Im Nachmittagsverkehre mußen weitere Preisnachlässe gewährt werden.

Stiere wurden um 3 bis 4 K, Beinlvieh um 2 K per Meterzentner billiger abverkauft.

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 9. bis 15. März 1913.

Niederösterr. Bergheu	von K	7·—	bis 11·—	per 100 kg
„ Wiesenheu	„ „	7·20	„ 10·50	„ „ „
Slovakisches Heu	„ „	7·—	„ 8·50	„ „ „
Ungarisches Heu	„ „	7·—	„ 7·20	„ „ „
Klee	„ „	7·60	„ 12·40	„ „ „
Schaubstroh	„ „	5·40	„ 6·20	„ „ „
„	„ „	24·—	„ 34·—	per Schober
Rüttstroh	„ „	4·40	„ 5·40	per 100 kg
Grummet	„ „	6·—	„ 6·80	„ „ „

* * *

Städtisches Lagerhaus.

Vom 6. bis 13. März 1913.

Waren eingelagert	21.083 Meterzentner
„ ausgelagert	15.836 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 6.153 Meterzentner.

Lagerstand vom 13. März 1913: 369.730 Meterzentner, und zwar:

52.180	Meterzentner Weizen,	22.116	Meterzentner Roggen,
24.847	„ Gerste,	129.274	„ Hafer,
6.211	„ Mais,	6.206	„ Linsen,
9.998	„ Mehl und Kleie,	2.072	„ Ölsaaten,
—	„ Zucker,	4.341	„ Wein,

865 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 8,699.060 K.

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 9. bis 15. März 1913.

Artikel	Menge	Preise von K	von h	bis K	bis h
Weizengrieß	1 kg	.	38	.	46
Auszugmehl	„	.	38	.	45
Mundmehl	„	.	36	.	44
Semmelmehl	„	.	32	.	40
Pohlmehl	„	.	26	.	36
Futtermehl	100 kg	.	.	.	.
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 5·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel „ 4 „ 1 „	3·7 bis 7·4 dkg	—	—	—	—
„ „ 2 „ 1 „	2·0 bis 4·4 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	.	.	.	.
Weißgemischtes Brot	„	—	26·5	—	43·4
Schwarzgemischtes Brot	„	—	24·9	—	37·6
Schwarzes Brot	„	—	26·7	—	32·5
Erbsen, ganz	1 kg	.	40	.	60
„ gespalten	„	.	48	.	72
Linsen	„	.	44	.	90
Bohnen	„	.	40	.	70
Hirse	„	.	32	.	46
Rollgerste	„	.	34	.	72
Reis	„	.	40	.	80
Kaffee, roh	„	3	20	5	60
„ gebrannt	„	3	60	6	40
Kakao	„	3	65	9	.
Schokolade	„	2	20	5	20
Tee	„	5	.	24	.
Zucker	„	.	86	.	96
Honig	„	1	80	2	80
Bohnen, grün	1 kg	4	.	5	
Erbsen, grün, in Schoten	„	1	60	2	40
Paradiesäpfel	„	.	90	1	40
Kohl, grün	30 St.	1	20	7	.
„ „	1 „	.	10	.	30
Kohlrüben, heurige	30 „	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ alte	30 „	1	.	4	.
„ „	1 „	.	06	.	20
Kraut, weißes	30 „	.	.	.	.
„ „	1 „	.	20	.	60
Salat in Häupteln	50 St.	8	.	10	.
„ „	1 „	.	24	.	32
Spinat	1 kg	1	20	1	50
Rüben, weiß	4 St.	.	.	.	
„ gelb	1 „	.	04	.	08
„ rot	1 „	.	04	.	18
Sauerkraut	1 kg	.	28	.	32
Sauere Rüben	„	.	26	.	32
Knoblauch	„	.	24	.	32
Zwiebel	„	.	13	.	18
Erdäpfel, vorjährige	100 kg	8	.	10	.
„ „	1 „	.	12	.	16
„ heurige	100 „	.	.	.	.
„ „	1 „	.	.	.	.
„ Kipfel, vorjährige	100 „	18	.	20	.
„ „ „	1 „	.	22	.	28
„ „ heurige	100 „	.	.	.	.
„ „ „	1 „	.	.	.	.
Rindsfilz	1 kg	1	10	1	32
Butterschmalz	„	2	60	3	60
Schweinfilz	1 kg	1	84	2	40
Schweinschmalz	„	1	84	2	40
Schweinspeck	„	1	72	2	08
Unschlitt, geschmolzen	„	.	.	.	.
Milch	1 l	.	26	.	32
Rahm	„	.	60	1	20
Topfen	1 kg	.	72	1	.
Butter	„	3	40	4	80
Margarine	„	1	80	2	20
Eier, frische um 2 K	26—32	.	.	.	.
„ eingelegte um 2 K	. — .	.	.	.	.
Barben	1 kg	1	80	2	20
Brachsen	„	1	80	1	90
Forellen	„	9	.	10	.
Hechte, lebend	„	2	.	3	20
„ tot	„	2	.	3	20
Karpfen, lebend	„	2	.	2	60
„ tot	„	.	.	.	.
Lachse	„	11	.	16	.
Schaiden	„	.	.	.	.
Schille	„	3	.	3	60
Sterlette	„	.	.	.	.
Stockfische	„	.	90	1	.
Schellfische	„	.	70	1	30
Weißfische	„	.	60	1	20
Krebse	1 St.	.	.	.	.
Huhn, junges, geputzt	1 St.	1	60	2	40
Masthuhn, geputzt	„	2	.	3	60
Poulard	„	3	.	5	.
„ steir.	„	3	20	4	50
Kapaun	„	5	20	7	.
„ steir.	„	4	.	5	.
Ente	„	3	20	6	.
Gans	„	6	.	13	.
Indian	„	6	.	15	.
Taube	„	.	70	1	80
Fasan	1 St.	3	50	7	.
Rebhuhn	„	1	80	2	50
Wildente	„	2	20	3	50
Wildgans	„	2	60	4	40
Hase	„	4	.	5	40
Hirschfleisch	1 kg	1	.	3	.
Rehfleisch	„	1	20	2	.
Schwarzwild	„	1	20	2	80

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage) Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische von	bis	In den Markthallen von	bis	In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer von	bis
Fleischgattungen						
Rindfleisch, vorderes	160	200	160	210	160	220
Rindfleisch, hinteres	180	240	180	240	180	260
Kalbfleisch	140	200	160	200	160	240
Schaffleisch	110	160	120	160	120	160
Schweinefleisch	180	240	180	240	180	280
Pferdefleisch, vorderes	.	.	.	.	68	112
Pferdefleisch, hinteres	.	.	.	.	96	120

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 14. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K	20	h	bis	24	K	60	h
Roggen („ 69—74 kg)	„	18	„	50	„	„	19	„	80	„
Gerste	„	14	„	80	„	„	19	„	—	„
Mais	„	15	„	60	„	„	20	„	80	„
Hafer	„	18	„	50	„	„	22	„	10	„

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A.-C.)	von	33	K	40	h	bis	35	K	80	h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„	35	„	—	„
Roggenmehl	„	21	„	20	„	„	30	„	20	„
Weizenkleie	„	12	„	60	„	„	13	„	60	„
Roggenkleie	„	12	„	60	„	„	12	„	80	„

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 15. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg) . . .	von	20	K	20	h	bis	24	K	80	h
Roggen („ 69—74 kg) . . .	„	18	„	50	„	„	19	„	80	„
Gerste	„	14	„	80	„	„	19	„	—	„
Mais	„	15	„	60	„	„	20	„	80	„
Hafer	„	18	„	50	„	„	22	„	10	„

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A.-C.)	von	33	K	40	h	bis	35	K	80	h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„	35	„	—	„
Roggenmehl	„	21	„	20	„	„	30	„	20	„
Weizenkleie	„	12	„	60	„	„	13	„	60	„
Roggenkleie	„	12	„	60	„	„	12	„	80	„

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 17. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von	20	K	20	h	bis	24	K	80	h
Roggen („ 69—74 kg)	„	18	„	50	„	„	19	„	80	„
Gerste	„	14	„	80	„	„	19	„	—	„
Mais	„	15	„	60	„	„	20	„	70	„
Hafer	„	18	„	50	„	„	21	„	90	„

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A.-C.)	von	32	K	40	h	bis	35	K	80	h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„	26	„	—	„	„	35	„	—	„
Roggenmehl	„	21	„	60	„	„	30	„	20	„
Weizenkleie	„	12	„	60	„	„	13	„	60	„
Roggenkleie	„	12	„	60	„	„	12	„	80	„

per 100 kg.

Baubewegung

vom 14. bis 17. März 1913.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

I. Bezirk: Haus, Domgasse 8, von Wilhelm Wohlmeyer, XIX., Heiligenstädterstraße 27, und Dr. Ernst Hilfreich, Bauführer Josef Kavalir (2288).

II. Bezirk: Haus, Schönngasse, Einl.-Z. 5586, von Ad. Neugebauer, V., Zentagasse 45, und Ad. Gröbner, IV., Klagbaumgasse 3, Bauführer Ludwig Zimmermann (2289).

VI. Bezirk: Feuerwache, Verlängerte Eisvogelgasse 1 a, Mollardgasse 91, Linke Wienzeile 184, von der Magistrats-Abteilung IV, Bauführer Anton Waldhauser (2300).

VII. Bezirk: Haus, Zieglergasse 6, von Hans Miska, III., Landstraßer Hauptstraße 88, Bauführer derselbe (2222).

XIII. Bezirk: Garage und Dienerwohngebäude, Auhofstraße 15, von Richard Wustl, II., Afrikanergasse 7, Bauführer Hugo Schuster (13927).

„ „ Zweistöckiges Wohnhaus, Bossigasse 24, von Franz Wafler, V., Kleine Neugasse 11, Bauführer derselbe (14189).

„ „ Einstöckiges Familienhaus, Unter-St. Veit, Veitingergasse, Einl.-Z. 680, von Dr. Karl Bon, XII., Zenogasse 3, Bauführer Johann Hartl & August Baugoin (14190).

XX. Bezirk: Wohnhäuschen, Wexstraße, von G. A. Wayß, Betonbauunternehmung, IV., Möllwaldplatz 4, Bauführer derselbe (2290).

Umbauten.

XXI. Bezirk: Kühlkammer, Koloniestraße 63, von Franz Kapr, Bauführer Ferdinand Reckzügel (12627).

Zubauten.

V. Bezirk: Magazinstrakt, Schönbrunnerstraße 47, von Ad. Seidler, IV., Linke Wienzeile 12, Bauführer Ad. Rothermann & Wilhelm Kotscher (2200).

X. Bezirk: Küche, Leibnitzgasse 55, v.n F. und H. Lakoutsky (17247).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Am Hof 8, von der Hausverwaltung der k. k. priv. österr. Bodenkreditanstalt für Handel und Gewerbe, Am Hof 6, durch Wilh. L'Année, Bauführer W. Freisler (2247).

„ „ Krugerstraße 17, von Ad. Politzer, ebenda, Bauführer Al. M. Taufner (2284).

II. Bezirk: Ennsgasse 23, von Emil Silberstein, ebenda, Bauführer Josef Daniel (2208).

„ „ Große Sperlgasse 18, von Julius Czipan, ebenda, Bauführer Pittel & Brausewetter (2260).

IX. Bezirk: Sechsschimmelgasse 14, von Hans Berka, XVIII., Martinsstraße 36, Bauführer derselbe (2209).

X. Bezirk: Bürgerplatz 15, Josef Wawrina (17341).

XIII. Bezirk: Spallartgasse 3, von Franz Reiß, ebenda (13663).

„ „ Hernstorferstraße 27, von Charles Tabos, ebenda, Bauführer Johann Wolf (13677).

„ „ Lautensackgasse 14, von Stephan Gollerstepper, Geylinggasse 5, Bauführer Dücker & Olbrich (13943).

„ „ Versorgungsheim, Gebäude A, von der Gemeinde Wien (14031).

„ „ Bergmüllergasse 8, von Vinzenz Miller Ritter v. Aichholz, III., Beatrixgasse 12, Bauführer Matthäus Bohdal (14193).

XVI. Bezirk: Habichergasse 21, Einl.-Z. 2917, von Anton und Katharina Steiner, ebenda, Bauführer Jakob Pölz (16904).

XVII. Bezirk: Taubergasse 21, von Julius Polzer, Bauführer Ferdinand Ptaszek (11561).

„ „ Schadinagasse, Einl.-Z. 1501, von J. v. Petravic & Komp., Bauführer Lorenz Haas (11767).

„ „ Weidmanngasse 17, von Marie Hampel, Bauführer Anton Taschée (12018).

„ „ Heigerleinstraße 106, von Käthe Hofmann, Bauführer Franz Zelenka (12365).

„ „ Bergsteiggasse 5, von Alois Szalay, Bauführer W. Hules (12512).

XX. Bezirk: Leipzigerstraße 60, von August Helmreich, ebenda (2206).
XXI. Bezirk: Amtstraße 11, von Josef und Therese Neudorfer, Bauführer Franz Aubrecht (12626).
" " Floridsdorfer Hauptstraße 62, von Matthias Schilling, Bauführer L. Schuster (12776).
" " Ehrensteingasse 9, von Hans Oberleuthner, Bauführer Friedrich v. Dietz (12023).

Diverse geringere Bauten.

XII. Bezirk: Steinzeugrohrkanal, Rosaliagasse 9, von Marie Bechmann, VII., Apollogasse 22, Bauführer Rupert Nagler (11302).
XX. Bezirk: Verkaufshütte, Kaiserplatz, Parz. 5053/1, von Franz Lager, Klosterneuburgerstraße 30, durch Dr. Oskar Jacobovits, Bauführer Peter Jurka (2207).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

III. Bezirk: Reisnerstraße 29, von Antonia Legat, verehel. Rottauscher v. Malata, Linz, durch Ingenieur Ernest & Thalwitzer, IV., Preßgasse 4 (2274).
" " Reisnerstraße 27, von Ernest & Thalwitzer (2275).
VI. Bezirk: Stumpergasse 51, von Josef Beer, XIII., Auhofstraße 9 (Aussteckung) (2240).
XII. Bezirk: Migazziplatz 5, Albrechtsbergergasse 4, Roesnergasse 3, von Peter Tesar's Söhne, Migazziplatz 50 (11391).
XIII. Bezirk: Auhofstraße 136, von Katharina Lechner, Kaiser-Ebersdorf, Bauführer Franz Oppolzer (14019).
" " Meytensgasse, Ober-St. Veit, Einl.-Z. 1592, von Max Kellner, Spohrstraße 47 (14191).
" " Ober-St. Veit, Einl.-Z. 554, von Andreas Breitegger, Berghaidengasse 23 (14192).
XVIII. Bezirk: Pötzleinsdorf, Hockegasse, Einl.-Z. 414, Kat.-Parz. 554/76, von Gottfried Paukert, ebenda (422).
" " Gersthof, Schöffelgasse 56, Einl.-Z. 231, von Dr. Fritz Polack, Bastiengasse 9 (390).

Demolierungsanzeigen.

XII. Bezirk: Einwanggasse 37, von Johann Wolf, Breitenseerstraße 20/22 (1392a).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

M. Abt. IX, 4670/12.

13. März 1913.

Herstellung des Asphaltmakadampflasters auf dem Marktplatze im XXI. Bezirke, Hirschstetten, Genochplatz.

Asphaltmakadampflasterungsarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 14.900 K.

Cooper & Komp. — Aufzahlung 20%.
Brüder van Westrum — Kostenanschlagspreise.
Österreichische Straßenbaugesellschaft m. b. H. — Nachlaß 8·5%.
The Neuchatel Asphalte Company — Aufzahlung 40%.
Österreichische Asphalt-Aktiengesellschaft — Aufzahlung 30%.
Grafe's Otto Nachfolger, A.-G. — Aufzahlung 6%.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

(Siehe auch die Stadtrats-Sitzungs-Protokolle.)

M. Abt. VII, 118.

Regulierung des Gröretgrabens in Kaiser-Ebersdorf im XI. Bezirke.

Erd- und Pflasterungsarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 18.938 K 62 h.

Balestrin Giovanni — Kostenanschlagspreise.

M. Abt. VII, 132.

Neubau von Hauptunratskanälen in der Überfuhrstraße und in den angrenzenden Gassen sowie in der Peter Kaiser-Gasse im XXI. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 16.313 K 57 h.

Trinkl Johann — Nachlaß 12% von den Kostenanschlagspreisen.

* * *

M. Abt. VII, 163.

Umbau des Hauptunratskanales in der Bischoffgasse von der Schönbrunnerstraße bis zur Tivoligasse im XII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 14.344 K 75 h.

Peterka Ferdinand — Aufzahlung 12·5%.

* * *

M. Abt. VII, 105.

Neubau von Hauptunratskanälen in der Rotenhof- und Fernkorngasse im X. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 7473 K 41 h.

Peterka Ferdinand — Aufzahlung 14·5%.

* * *

M. Abt. VII, 99.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Wittmayergasse vom Johann Hoffmann-Platz bis zur unbenannten Gasse im XII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 16.593 K 90 h.

Tokats Josef — Aufzahlung 15%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

3. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Haltmar Franz — Fleischhauer — II., Schüttelstraße 77 a.
Handgriff Max — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Obere Donaustraße 15.
Höllebauer Johanna — Kaffeesiedergewerbe — I., Riemergasse 9.
Hofstatter Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — II., Valeriestraße 64.
Hohner Rudolf — Gastwirt — XX., Dresdnerstraße 128.
Hrdlicka Josef — Futteralmacher — VII., Bernardgasse 8.
Hulles Hersch Peiles — Handelsagentur — II., Ferdinandsstraße 31.
Jakitsch Stephan — Fragner — II., Novaragasse 25.
Judmann Franz — Fleischselcher — II., Schiffmühlenstraße 52.
Kanturek Karoline — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Praterstraße 19.
Kiesewetter Johann — Stukkaturer — XX., Klosterneuburgerstraße 26.
Klempner Erich — Handelsagentur — II., Negerlegasse 6.
Köck Matthias — Milchmeier — XII., Rosasgasse 27.
Kohn Josef — Mieder-Erzeugung — II., Taborstraße 45.
Kunz Franz — Warenhandel (beschränkt) — XIII., Linzerstraße 233.
Liebmann Wilhelmine — Gemischtwaren-Verschleiß (beschränkt) mit Flaschenbier — XX., Karajangasse 8.
Löb Wilhelm (Inhaber der Firma: Wilhelm Löb) — Spediteur — II., Gredlerstraße 4.

Löbl Wilhelm (Inhaber der Firma: Wilhelm Löbl) — Handel mit Modewaren — I., Schottengasse 4.
Löbl Wilhelm (Inhaber der Firma: Wilhelm Löbl) — Wäschewaren-Erzeugung — I., Schottengasse 4.
Mäntler Franziska — Gemischtwarenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — II., Zirkusgasse 21.
Meisl Gisela — Modistin — VII., Neubaugasse 33.
Melzer Friedrich — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Am Tabor 8.
Mordos Marco (Alleininhaber: Marco Mordos) — Handelsagentie — VII., Richtergasse 7.
Nedoluha Marie — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 96.
Netrval Gottlieb — Herrenkleidermacher — II., Obere Donaustraße 63.
Neumann Josef — Handel mit Beleuchtungsartikeln — XX., Wasnergasse 15.
Neumann Moritz (Inhaber der Firma: M. Neumann & Komp.) — Handel mit Isoliermaterial, Wärmeschutzmasse und Korkmaterial — II., Handelskai 150.
Neusteuer Anna — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Schüttelstraße 38.
Opawsky Ludmilla — Gastwirtsgewerbe — II., Obere Donaustraße 53.
Oppitz Marie — Kaffeeschank — XII., Eichenstraße 56.
Pazourek Anton — Insektenfänger-Erzeugung — XII., Fabriksgasse 11.
Peinsipp Karl — Kleinfuhrwerker — XX., Pöchlarnstraße 7.
Radl Franz — Einspänner-Lizenz Nr. 715 — XVII., Geblergasse 63.
Reinhart Johann — Stadtlohnfuhrwerk — XII., Premlechnergasse 28.
Rieger Maria Anna — Modistin — II., Mayergasse 6.
Schmolka Ernst (Inhaber der Firma: Bernhard Schmolka's Sohn Ernst Schmolka) — Vertretung landwirtschaftlicher Maschinenfabriken — II., Novaragasse 32.
Schuller Kathi — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — XX., Klosterneuburgerstraße 63.
Schulhof Oskar Wilhelm — Lederhandel — II., Praterstraße 16.
Sedlacek Eva, geb. Marx — Wäscheputzerin — XVII., Frauenfelderplatz 3.
Selkes Luise — Erzeugung von Lustern und Lampen — II., Schüttelstraße 95.
Stammer Juliana, geb. Stöger — Kaffeehaus-Konzession — VIII., Schlösselgasse 24.
Stiaßni Irene — Flaschenbier-Verschleiß — II., Taborstraße 77.
Wagenknecht Seraphine Auguste — Musikergewerbe — II., Molkereistraße 3.
Weitzmann Oskar — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 14.
Wiener Ernestine — Pensionsinhaberin — I., Seilergasse 16.

* * *

4. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Berkovits Leonhard — Erzeugung von künstlichen Augen — VIII., Albertgasse 57.
Bradatsch Augustin — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfelderstraße 31.
Breit Johann — Gastwirt — XV., Märzstraße 25.
Brukberger Karl — Spengler — XVI., Neulerchenfelderstraße 4.
Buczek Max — Kleinfuhrwerker — XIV., Rustengasse 6.
Cerny Rudolf — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVI., Friedmanngasse 15.
Cmolik Josef — Tischler — XIV., Huglgasse 11.
Diamant Adolf — Gemischtwaren- und Flaschenbierhandel — XVI., Thaliastraße 72.
Eybner Richard Stephan — Gewerbsmäßige Überlassung von Lokalitäten behufs Einstellung fremder Automobile und die gewerbsmäßige Reinigung derselben — VI., Fillgradergasse 10.
Fiala Marta — Gastwirtin — XV., Dingelstedtgasse 15.
Freund Gabriele, geb. Noll — Papierwarenhandel — XVI., Arnethgasse 27.
Gabler Marie, geb. Schlesinger — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß — XVI., Grundsteingasse 34.
Gagliardi Charlotte — Gemischtwaren-Verschleiß (beschränkt) und Flaschenbierhandel — XX., Denisgasse 6.
Gareiß Stephan — Zuckerbäcker — XX., Wallensteinstraße 56.
Hahn Adolf (Gesellschafter: Adolf Hahn, Ferdinand Hahn, Isidor Hahn) — Fournierhandel — XVI., Blumberggasse 24.
Herzog, Sommer & Komp. (Gesellschafter: Otto Herzog, Ludmilla Sommer, Julius Paszternak) — Gemischtwarenhandel — XVI., Brunnengasse 31.
Jor Franziska, geb. Sudkova — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Sechshauserstraße 75.
Karban Josef — Kartonagewaren-Erzeugung — XVI., Friedrich Kaiser-Gasse 14.
Kobrzek Josef jun. — Kleidermacher — XV., Turnergasse 13.
Koller Anton — Gemischtwaren-Verschleiß (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XX., Vorgartenstraße 63.
Kominek Leopoldine, geb. Ostertag — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVI., Thaliastraße 146.
Kopanszky Rudolf — Konditoreiwaren-Verschleiß — XVI., Kirchstetterngasse 20.
Kranzler & Korner (Gesellschafter: Abraham Kranzler, Josef Korner) — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Paletzgasse 16.
Kroneis Barbara, geb. Mylnar — Wanderhandel mit Grünwaren, Gemüse, Obst und Naturblumen im Gemeindegebiete von Wien mit Ausschluß des k. k. Praters — XVI., Pfenninggeldgasse 18.
Lachmaier Johanna — Mieder-Erzeugung — XIV., Ortnergasse 3.
Mac Josef — Lederhandel und Verschleiß von Schuhoberteilen und Schuhzugehörartikeln — XVI., Habichergasse 23.
Mark Franz — Gastwirt — XX., Greiseneckergasse 11.
Mittendorfer Heinrich — Kleinfuhrwerker — XIV., Arnsteingasse 30.
Praschl Marie — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Mariahilferstraße 200.
Prudil Johann — Kaffeesieder — I., Jordangasse 9.
Radosavlyewics Therese — Warenhandel (beschränkt) — XIV., Goldschlagstraße 112.
Ruschitz Georg — Fleischselcher — XVI., Konstantingasse 1.
Schlesinger Benno — Warenhandel (beschränkt) — XVI., Speckbachergasse 32.
Schnay Amalia, geb. Roner — Wäschewaren-Erzeugung — IX., Alserstraße 40.
Seidler Sidonie — Wäschewaren-Erzeugung — IX., Währingerstraße 12.
Sonntag Marie, geb. Hilbert — Marktviktualien-Verschleiß — XVI., Brunnengasse, Markt.
Strobl Ferdinand — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVI., Liebhardtgasse 46.
Svencenski Emilie, geb. Schiller — Handel mit Haus- und Küchengeräten — XVI., Brunnengasse 70.
Thamler Theresia — Gewerbsmäßiger Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — IX., Sechsschimmelgasse 25.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Sitzung des Stadtrates 889
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 6. März 1913 889
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 7. März 1913 894
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 10. März 1913 901
Bezirksvertretungen:
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 13. Februar 1913 901
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 19. Februar 1913 902
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 26. Februar 1913 904
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilfstraße vom 27. Februar 1913 906
Allgemeine Nachrichten:
Ignaz Singer'sche Schulstiftung 906
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 9. bis 15. März 1913 . 907
Pferdemarkt vom 14. März 1913 908
Schlachtviehmarkt vom 17. März 1913 908
Heu- und Strohmarkt vom 9. bis 15. März 1913 908
Städtisches Lagerhaus 908
Detailpreise für Lebensmittel vom 9. bis 15. März 1913 909
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 14. März 1913 910
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 15. März 1913 910
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 17. März 1913 910
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 14. bis 17. März 1913 910
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 911
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 911
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 911
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1913.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten	
19. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	240	Neubau eines Hauptunratskanales in der neuen Gasse zwischen der Wallensteinstraße und Greiseneckergasse und Herstellung einer Spülkammer und Spülleitung in der Othmargasse im XX. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	3993 K 33 h	3—3
20. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	254	Umbau des Hauptunratskanales in der Tannengasse und am Reithofferplatze in der Strecke von der Felberstraße bis zur Märzstraße im XV. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	17.674 K 11 h	3—3
21. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	265	Neubau eines Hauptunratskanales in der Laxenburgerstraße in der Strecke vom Salvatorianerplatze bis zur projektierten äußeren Gürtelstraße im X. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	2846 K 43 h	2—2

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten	
26. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	97	Neubau eines Hauptunratskanales in der Wilhelminenbergstraße von Or.-Nr. 1 bis Or.-Nr. 3 im XVII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	3374 K 58 h	2—3
27. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer** Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	1163/12	Neubau eines Hauptunratskanales in der Hameaustraße von dem Sulzweg bis Hameaustraße 54 im XVIII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	9361 K 77 h	2—3
28. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	239	Neubau von Hauptunratskanälen in der Heindlgasse zwischen der Koppstraße und Herbststraße, in der Herbststraße zwischen der Heindl- und Possingergasse und in der Possingergasse zwischen der Koppstraße und Herbststraße im XVI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten . .**	15.862 K	2—3
31. März 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Dobl-hoffgasse 6, 1. Stock)	160	Versorgungsleitung der Zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellen-leitung vom Behälter Galitzin-straße bis zum Hernalsergürtel im XVI. Bezirke.	**Deichgräber-, Pflasterer-, Bau-meister- und Maschinistenarbeiten**	123.879 K 43 h	3—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
4. April 10 Uhr	Abteilung IX (Mag.-Rat Dr. Konst. Mayer, Neues Rathaus, V. Stiege 2. Stock)	560	Errichtung einer V. Gruppe von Jungschweinstallungen auf dem Borstenviehmarkte in St. Marx.	**Baumeisterarbeiten**	18.097 K 75 h
				Betonarbeiten	16.630 „ — „
				Zimmermannsarbeiten	7.879 „ 50 „
				Schlosserarbeiten	4.987 „ — „
				Wasserleitungsarbeiten	5.000 „ — „
				Vorbemerkung: Pläne 2c. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II a, Neues Rathaus, zur Einsicht auf.	
					2—3

D. Z. 1046/32, 0/12.
80.

Kundmachung.

(Offertausschreibung. Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XIII., Speising an der verlängerten Hetzendorferstraße.)

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen beabsichtigt, im Verwaltungsgebäude und in der Wagenhalle des Bahnhofes Speising im XIII. Bezirke zwei getrennte Zentral-Heizungsanlagen ausführen zu lassen, von welchen die erstere mit einer im Souterrain befindlichen Badeanlage und Warmwasserbereitung für die Waschapparate der Diensträume zu kombinieren ist.

Die Kosten für die beiden Heiz-, sowie für die Bade- und Warmwasserbereitungsanlage sind getrennt zu offerieren.

Wegen Vergebung dieser Arbeiten und Lieferungen wird eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung für **10. April 1913, um 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale der Bezirksvertretung für den VI. Bezirk, Amerlingstraße, ausgeschrieben.

Pläne, Baubeschreibung, allgemeine und besondere Bedingnisse liegen bei der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, auf, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei bis zum 9. April 1913 an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung am 10. April 1913, betreffend Heiz- und Badeanlage im Bahnhofe XIII., Speising" versehen, zu richten oder aber am Tage der Offertverhandlung, das ist am 10. April 1913, vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu überreichen.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, die Baubeschreibung, sowie die allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen hat und sich denselben vorbehaltlos unterwirft.

Bezüglich der näheren Bestimmungen über die zu erlegende Kaution wird auf den § 3 der allgemeinen Bedingnisse verwiesen. Die notwendigen Behelfe, Bedingnisse und Pläne können, soweit der Vorrat reicht, in der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, käuflich erworben werden.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.
Wien, am 5. März 1913. 3—3

M. Abt. VI, 2853/12.

Kundmachung.

(Verkauf von Motoren, Pumpen und Reservoiren.)

Die Gemeinde beabsichtigt, aus den zur Auflassung bestimmten Schöpfwerken die Motore und Pumpen samt Zubehör (bei einigen Schöpfwerken auch die Reservoire und sonstigen Eisenbestandteile) zu veräußern. Kauflustige erhalten nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VII a (Baurat Podstata), I., Doblhoffgasse 6, woselbst auch die Anbote, und zwar abgesondert für jedes Schöpfwerk einzubringen sind.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 22. Jänner 1913.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Mang,
Magistratsrat. 15—18

Z. VI-726.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Die k. k. Staatsbahn-Direktion Wien hat laut Zuschrift vom 24. Februar 1913, Z. 425/III/5, das von ihr verfaßte Projekt, betreffend die Erweiterung der Station Wien Donaukaibahnhof der Linie Nußdorf—Kaiser-Ebersdorf vom fachlichen Standpunkte für entsprechend befunden und hierüber um Vornahme der politischen Begehung und Enteignungsverhandlung ersucht.

Diese Amtshandlungen wird von der Statthalterei **am Montag den 31. März 1913** unter Leitung des k. k. Statthalterei-Konzipisten Dr. Heinrich v. Zichardt durchgeführt werden.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage **um ½11 Uhr vormittags** in der Station Wien Donaukaibahnhof.

Die Projektsbehelfe, die Situations- und Grundeinlösungspläne, die Verzeichnisse der Wege und Wasserläufe, der in Anspruch genommenen Grundstücke und Rechte, der Namen und Wohnorte der zu Enteignenden liegen vom 17. März 1913 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Allen Beteiligten steht es frei, bei obiger Amtshandlung zu erscheinen.

Einwendungen gegen das Projekt oder die begehrten Enteignungen und allfällige Wünsche können während obiger Auflagefrist schriftlich oder mündlich bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, spätestens aber am Verhandlungstage bei der Kommission selbst vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Diese Verlautbarung dient für alle nicht besonders Verständigten als Einladung.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 13. März 1913. 1—1

Z. 530.

Konkursausschreibung.

Bei der Braunkohlen-Bergbaugewerkschaft Zillingdorf gelangt die Stelle eines Markscheiders zur Besetzung.

Für diese Stelle wird eine dreimonatliche Probedienstzeit mit beiderseits einmonatlicher Kündigung festgesetzt und gilt nach Ablauf der Probedienstzeit die gesetzliche beiderseits dreimonatliche Aufkündigungsfrist.

Bewerber um diese Stelle haben

1. Ein Lebensalter über 18 und unter 40 Jahren,
2. die österreichische Staatsbürgerschaft,
3. einen unbescholtenen Lebenswandel,
4. ihre deutsche Nationalität,
5. ihre vollkommen physische Eignung,
6. die durch erfolgreiche Absolvierung einer inländischen montanistischen Hoch- oder Mittelschule erworbene theoretische Kenntnis der Markscheidekunde und der Vorschriften des allgemeinen österreichischen Berggesetzes, sowie eine längere Praxis im Markscheidefache und die hiedurch erworbene vollkommene Versiertheit in den für den Betrieb in der Grube oder über Tags erforderlichen Vermessungsarbeiten mit Kompaß und Theodolit, Mappierungen und in sämtlichen im praktischen Markscheiderdienste vorkommenden Arbeiten, wie Schachtsenkeln, Profilaufnahmen, Verfassung von Betriebsplänen und Vortriebskontrolle u. s. w.

nachzuweisen, ein curriculum vitae vorzulegen und ihre Ansprüche hinsichtlich Gehalt und Quartier, beziehungsweise Quartiergeld, Spesen und Diäten bekanntzugeben.

Im übrigen finden auf die ausgeschriebene Stelle die Bestimmungen der §§ 201 bis 203 des allgemeinen Berggesetzes Anwendung.

Bewerber um diese Stelle haben ihre im Sinne der vorstehenden Ausschreibungsbedingungen entsprechend belegten Gesuche **bis spätestens 29. März 1913** bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke in Wien, IX., Mariannengasse 4, einzubringen und in denselben anzugeben, wann sie den Dienst antreten könnten.

Direktion der städtischen Elektrizitätswerke. 1—3

Wien, am 14. März 1913.

M. Abt. XI, 27000/11.

Kundmachung.

(Maschinistengehilfenstellen.)

Zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 30. Jänner 1913, Z. 1753, gelangen im städtischen Asyl- und Werkhause im X. Bezirke zwei Maschinistengehilfenstellen II. Bezugsklasse mit einem Monatslohne von 120 K und bei vollkommen zufriedenstellender Dienstleistung mit einem Quinquennium von monatlich 10 K zur Besetzung.

Die Anstellung erfolgt provisorisch gegen einmonatliche Kündigung durch den Magistrat.

Als Maschinistengehilfen können nur solche Personen aufgenommen werden, welche

1. nach Wien zuständig sind, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen und sich zur deutschen Umgangssprache bekennen,
2. das 18. Lebensjahr erreicht und das 40. nicht überschritten haben,
3. unbescholten sind,
4. vom Stadtphysikate vollständig gesund und für den Dienst tauglich befunden werden, und
5. die Kesselheizerprüfung mit Erfolg abgelegt haben.

Die Maschinistengehilfen sind verpflichtet, falls sie bei Einschränkung des Betriebes, zum Beispiel im Sommer in den

Heizhäusern nicht verwendet werden, im Asyl- und Werkhause Aufseherdienste zu leisten.

Bewerber um diese Stellen haben ihre mit 1 K-Stempel versehenen, selbstgeschriebenen, mit Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Trauschein und Dienstzeugnissen belegten Gesuche **bis längstens Samstag den 22. März 1913, 12 Uhr mittags,** bei der Magistrats-Abteilung XI (I., Neues Rathaus, Parterre) einzubringen.

Vom Wiener Magistrate,
am 10. März 1913.

Dr. Winkler,
Magistratsrat. 1—1

M. Abt. IX, 1311.

Edikt.

(Feststellung der Jagdgebiete im II., X., XI., XIII., XVII., XIX. und XXI. Bezirke.)

Gemäß § 11 des Gesetzes vom 8. Dezember 1902, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 22 ex 1903, womit ein Jagdgesetz für das Gemeindegebiet der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erlassen worden ist, werden hiemit jene Grundbesitzer, welche für die kommende, den Zeitraum vom 1. Jänner 1914 bis 31. Dezember 1918 umfassende Jagdperiode in dem nachbenannten für die Jagd in Betracht kommenden Teile des Gemeindegebietes von Wien auf Grund der §§ 4 und 5 des Jagdgesetzes für Wien die Befugnis zur Eigenjagd beanspruchen wollen, aufgefordert, ihre Ansprüche binnen sechs Wochen beim Wiener Magistrate, Abteilung IX (I., Neues Rathaus, 2. Stock) anzumelden und in angemessener Weise zu begründen.

Gegenwärtig bestehen in Wien folgende Gemeindejagdgebiete:

a) II. Gemeindebezirk: Der auf dem linken Donauufer gelegene Teil.

b) X. Gemeindebezirk: Die in das Wiener Gemeindegebiet einbezogenen Teile von Inzersdorf, Ober- und Unter-Laa.

c) XI. Gemeindebezirk: Das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Kaiser-Ebersdorf, ferner von der ehemaligen Gemeinde Simmering der an den X. Bezirk angrenzende südliche Teil, welcher nördlich von einer vom Rudolf'schen Ziegelwerke bis zum Hause Simmeringer Hauptstraße 168 geradlinig verlaufenden Linie und östlich von der Simmeringer Hauptstraße begrenzt wird.

d) XIII. Gemeindebezirk: Der nördlich vom Wienflusse gelegene Teil des XIII. Gemeindebezirkes (Penzing, Breitensee, Baumgarten, Hütteldorf und ein Teil von Hacking).

e) XIII. Gemeindebezirk: Der südlich vom Wienflusse gelegene Teil des XIII. Gemeindebezirkes (Auhof, Ober- und Unter-St. Veit, Lainz, Speising, Hietzing und ein Teil von Hacking).

f) XIII. Gemeindebezirk: Bezirksteil Mauer.

g) XVII. Gemeindebezirk mit Ausnahme des Gebietes der früheren Gemeinde Hernals.

h) XVIII. Gemeindebezirk mit Ausnahme jenes Teiles, welcher östlich von einer 200 m westlich von der Scheibenbergstraße längs derselben verlaufenden Linie mit der Verlängerung bis zur Ludwiggasse und südlich von dem von der Ludwiggasse zwischen den Ortsrieden Sonnleiten und Sandleiten einerseits und der Ortsriede Oberhohenwarth anderseits zur Gemeindegrenze des XVIII. und XIX. Bezirkes führenden Feldwege begrenzt wird.

i) XIX. Gemeindebezirk: Der nördlich vom Straßenzuge Grinzingerstraße—Straßergasse—Himmelstraße und von der Himmelstraße in deren Verlängerung zur Kreuzeiche führenden Waldfußwege bis zur Grenze des Stiftswaldes Parz. 110 Grundbuch Grinzing gelegene Teil des XIX. Gemeindebezirkes.

j) XIX. Gemeindebezirk: Der südlich von obiger Grenzlinie gelegene Teil des XIX. Gemeindebezirkes.

k) XXI. Gemeindebezirk: Das Gebiet der mit Wien auf Grund des Landesgesetzes vom 28. Dezember 1904, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 1 ex 1905, vereinigten Teile der Katastralgemeinden Langenzersdorf, Strebersdorf und Stammersdorf.

l) XXI. Gemeindebezirk: Das Gebiet des restlichen Teiles der mit Wien auf Grund des Landesgesetzes vom 6. Juli 1910, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 170, vereinigten Teile der Katastralgemeinde Strebersdorf.

m) XXI. Gemeindebezirk: Das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Floridsdorf.

n) XXI. Gemeindebezirk: Das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Groß-Jedlersdorf.

o) XXI. Gemeindebezirk: Das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Stadlau.

p) XXI. Gemeindebezirk: Das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Leopoldau.

q) XXI. Gemeindebezirk: Das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Kagran.

r) XXI. Gemeindebezirk: Das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Hirschstetten. Dieses Gebiet wird für die kommende Jagdperiode zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 27. Mai 1910, P.-Z. 8224, mit dem folgenden Gebiete ein Jagdgebiet zu bilden haben.

s) XXI. Gemeindebezirk: Die mit Wien auf Grund des Landesgesetzes vom 28. Dezember 1904, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 5 ex 1905, vereinigten Teile der Katastralgemeinde Breitenlee. Dieses Gebiet wird für die kommende Jagdperiode zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 27. Mai 1910, P.-Z. 8224, mit dem vorausgehenden ein Jagdgebiet zu bilden haben.

t) XXI. Gemeindebezirk: Der mit Wien vereinigte nördlich vom rechten Donauufer gelegene Teil der Ortsgemeinde Mannswörth.

u) XXI. Gemeindebezirk: Der nördlich von der Dampftramwaylinie gelegene Teil der ehemaligen Gemeinde Aspern.

v) XXI. Gemeindebezirk: Der südlich von der Dampftramwaylinie östlich der Lobaustraße gelegene Teil der ehemaligen Gemeinde Aspern.

w) XXI. Gemeindebezirk: Der südlich von der Dampftramwaylinie westlich von der Lobaustraße gelegene Teil der ehemaligen Gemeinde Aspern.

Die bezüglichen Gesuche samt den erforderlichen Beilagen sind ordnungsmäßig zu stempeln. Eigenjagden, welche nicht

innerhalb der obigen sechswöchentlichen Frist zur Ausscheidung aus dem Gemeindejagdgebiete beim Magistrate angemeldet wurden, werden für die kommende Jagdpachtperiode dem Gemeindejagdgebiete zugeschlagen.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz, 1—1
am 12. März 1913.

Kundmachung.

(Nachtrag zur Kundmachung der Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien vom Jänner 1913.)

Wichtig für Kleingewerbetreibende, die in ihren Betrieben Motoren oder Dampfkessel verwenden.

Mit dem Beschlusse des n.-ö. Landtages vom 21. Jänner 1913 wurden die unten angeführten Landtags-Beschlüsse vom 12. Oktober 1907 und 10. Jänner 1908 dahin abgeändert, daß

1. vom Jahre 1913 an gegen jederzeitigen Widerruf der bisher alljährlich für die Unterstützung der Unternehmer unfallversicherungspflichtiger gewerblicher Betriebe gewidmete Betrag von 8000 K bis auf 30.000 K erhöht wurde und

2. probeweise für das Jahr 1913 auch jenen Betriebsunternehmern der Anspruch auf Unterstützung gewährt wird, welche für das Jahr 1912 eine Personaleinkommensteuer von mehr als 18 K 40 h, jedoch höchstens 24 K zu entrichten hatten.

Diese Betriebsunternehmer haben bei der Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Niederösterreich in Wien, XX., Webergasse 2 bis 6, bis längstens **15 April 1913** um Befreiung von der Einzahlung ihrer auf das Jahr 1913 entfallenden Versicherungsbeiträge anzusuchen. Das Gesuch ist stempelfrei.

Wien, im Februar 1913.

Der Vorstandsobmann: Kitschelt m. p.

Der Direktor: Kögler m. p.

* * *

Beschlüsse des n.-ö. Landtages vom 12. Oktober 1907 und 10. Jänner 1908:

Der n.-ö. Landes-Ausschuß widmet alljährlich einen Betrag im Höchstausmaße von 8000 K zu dem Zwecke der Unterstützung der Unternehmer unfallversicherungspflichtiger gewerblicher Betriebe mit der Bestimmung, daß die Gesamtheit der unten näher bezeichneten Betriebsunternehmer um den betreffenden Betrag an Versicherungsbeitrag für das laufende Kalenderjahr weniger zu entrichten hat. Die Aufteilung dieses Unterstützungsbetrages wird prozentuell nach dem von dem einzelnen Kleingewerbetreibenden zu entrichtenden Versicherungsbeitrage erfolgen.

Anspruch auf diese Begünstigung haben jene Betriebsunternehmer, deren Betriebe wegen Verwendung eines Motors oder Dampfkessels unfallversicherungspflichtig sind und welche im vorangegangenen Kalenderjahre keine oder höchstens eine jährliche Personaleinkommensteuer von 18 K 40 h zu entrichten hatten. Diese Betriebe müssen jedoch solcher Art sein, daß sie auch ohne Verwendung eines Motors oder Dampfkessels ausgeübt werden könnten. Es haben daher zum Beispiel Mühlen- und Sägebesitzer keinen Anspruch auf diese Unterstützung aus Landesmitteln, weil Mühlen und Sägen ohne Verwendung motorischer Kraft nicht ausgeübt werden können. 1—1

M. Abt. XI, 1857.

Kundmachung.

(Jonas Freiherr v. Königswarter'sche Stiftung.)

Auszug aus der Jahresrechnung der Jonas Freiherr v. Königswarter'schen Stiftung zur Unterstützung notleidender Familien ohne Unterschied der Konfession pro 1912.

In der Höhe des Stiftungsfonds ist gegen das Jahr 1911 eine Veränderung nicht eingetreten. Derselbe besteht aus 36.000 K österreichische Notenrente.

Empfang.

An Kassarest verblieben mit Ende Dezember 1911	2888 K 41 h
Die Interessen des Stiftungskapitales betrugen im Jahre 1912	1500 „ — „
Summe	4388 K 41 h

Ausgaben.

Im Sinne des Stiftbriefes vom 4. November 1871 und des Stiftbriefnachtrages vom 22. März 1879 wurden an 12 Parteien verteilt	1600 K — h
Insertionskosten 2c.	10 „ — „
Summe	1610 K — h
Kassarest mit Dezember 1912	2778 K 41 h

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 26. Februar 1913. 1—1

M. Abt. XIII, 1334/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Andreas Zelinka'sche Stiftung
für mittellose Wiener Advokaten.

Verliehen wird: Vom 1. April 1913 angefangen ein Unterstützungsbetrag jährlicher 1200 K auf Lebensdauer.

Anspruchsberechtigt sind: Mittellose Wiener Advokaten, dieselben mögen ihre Praxis noch ausüben oder aufgegeben haben.

Vorzugsberechtigt sind unter sonst gleichen Verhältnissen die Nachkommen des Bruders des Stifters, Josef Zelinka, und der Schwester des Stifters, Franziska Fenz.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis, Bestellungs-Dekret als Advokat, eventuell Nachweise über ein geltend gemachtes Vorzugsrecht.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 4. März 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 1466/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Kurrende.

(Begünstigungen für städtische Beamte im „Bavaria-Bad" in Hals.)

In der Kur- und Wasserheilanstalt „Bavaria-Bad" des Herrn Dr. Med. G. Mayerhausen in Hals bei Passau erhalten in der Zeit vom 1. Mai bis 10. Juni 1913 zwei mittellose, der Kur bedürftige Beamte der Stadt Wien vollständig freie Kur, ärztliche Behandlung, Beköstigung und Wohnung, und zwar je auf die Dauer von vier Wochen.

Ferner wird allen städtischen Beamten ohne Unterschied die ganze Saison hindurch eine Ermäßigung von 15 Prozent der prospektmäßigen Preise gewährt.

Bewerber um einen der Freiplätze haben ihre Gesuche, welche zugleich auch das Ansuchen um Erteilung des erforderlichen Urlaubes, die Angaben über die Bezüge, die Dienstzeit, die Vermögens- und Familienverhältnisse, sowie die Bestätigung der Kurbedürftigkeit zu enthalten haben, **bis einschließlich 10. April 1913** in der Einlaufstelle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 1. März 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 1495/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Gögl'sche Heiratsausstattungsstiftung
für Mädchen.

Verliehen wird: Ein Ausstattungsbetrag von 210 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, in Wien wohnhafte Mädchen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis und Wohnungsnachweis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. März 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 906/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Gustav Freiherr v. Heine-Geldern'sche Stiftung
für Witwen und Waisen.

Verteilt werden: 620 K in Beträgen von 50 bis 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, welche arm und in Wien heimatberechtigt sind.

Der Stiftungsgenuß kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Dem Gesuche sind anzuschließen:

a) von Witwen: Tauf(Geburt)schein, Trauungs- und Totenschein des Gatten, Heimatschein, Nachweis, daß der Gatte ein Gewerbe betrieben hat;

b) von Waisen: Tauf(Geburt)schein, Totenschein des Vaters oder der Eltern, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis über die Krüppelhaftigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 20. April 1913.**

Tag der Verleihung: 1. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 1502/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Franz und Marie Tautz'sche Stiftung

für verwitwete Bürger und Bürgerswitwen.

Zur Verteilung gelangen: 1400 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, verwitwete Wiener Bürger und Wiener Bürgerswitwen katholischer Religion, die nicht bereits im Vorjahre aus dieser Stiftung beteilt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Trauungsschein, Bürgerrechtsnachweis, Totenschein des verstorbenen Gattenteiles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Mai 1913.**

Verleihungstag: 16. September 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. März 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 10279/12. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Anton Eckhart'sche Stiftung

für erwerbsunfähige Gewerbsleute.

Bei der am 7. März 1913 stattgehabten Ziehung der Lose der Johann Eckhart'schen Stiftung für erwerbsunfähige Gewerbsleute sind folgende 26 Losnummern gezogen worden, und zwar:

1, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 15, 18, 19, 21, 23, 24, 30, 33, 34, 35, 36, 39, 41, 42, 44, 48, 49, 51.

Die Inhaber dieser Lose haben behufs Behebung des Stiftungsbetrages von je 63 K in der Zeit vom 15. bis einschließlich 31. März 1913 an einem Werktage während der gewöhnlichen Amtsstunden bei der städtischen Hauptkassa im Rathause zu erscheinen und die in ihren Händen befindlichen Originallose mitzubringen.

Die bis einschließlich 31. März 1913 nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,

am 7. März 1913. 1—3

M. Abt. XIII, 901/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Treitl'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Zwei Stiftplätze im Betrage von je 1000 K an eine männliche und an eine weibliche Person.

Zur Bewerbung sind berufen: Ledige Männer im Alter von 24 bis einschließlich 32 und Mädchen im Alter von 20 bis einschließlich 28 Jahren, christlichen Glaubens, die einen unbescholtenen Charakter, Fleiß, sittlichen Lebenswandel, gesunde Leibeskonstitution, Dürftigkeit und den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes bei ihrer beabsichtigten Verehelichung gehörig auszuweisen imstande sind.

Die ehelichen Nachkömmlinge der Verwandten des Stifters und die Waisen oder Kinder verarmter braver Wiener Bürger sollen unter gleichen Umständen den Vorzug vor anderen haben.

In der Regel soll nur eines der Brautleute einen Ausstattungsbetrag bekommen, bei besonders rücksichtswürdigen Umständen aber können auch beide Brautleute beteilt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis und amtsärztliches Gesundheitszeugnis.

Der Nachweis über den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes kann auch nach Verleihung beigebracht werden.

Wenn ein Vorzugsrecht in Anspruch genommen wird, ist außerdem der entsprechende Nachweis hierüber beizubringen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. März 1913.**

Verleihungstag: 1. Mai 1913.

Auszahlung nach Antritt des Handwerkes und geschehener Verehelichung.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1913.

Robert Kern,

Vertretung des Witkowitzer Röhrenwalzwerkes,

WIEN, I., Walfischgasse 12,

liefert **schmiedeeiserne Gasröhren** und Verbindungsstücke, Siede-, Locomotiv-, Locomobil-, Blech- und Flanschenröhren aller Art etc. etc. **Gusseiserne Röhren** nach deutschem Normale, nach Normale der Wiener Commune nebst dazugehörigen Verbindungsstücken, Abflussröhren, Messing- und Kupferröhren, gusseiserne Rippenröhren, Bleiröhren, Armaturen für alle Zwecke, Radiatoren etc.

Preis-Courante gratis und franco.

Telephon 6979. **MÖBEL!** Telephon 6979.

Erste genossenschaftl. Warenhalle der Tischlermeister Wiens

registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

VII., Lerchenfelderstr. 45 (Ecke Neubaugasse).

Reichhaltiges Lager von Möbeln in allen Stilarten, Einrichtung ganzer Wohnräume, Villen, Hotels, Institute, Bureaus etc.

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN

I. Bezirk,

Stephansplatz Nr. 11.

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 23. Freitag den 21. März 1913. Jahrgang XXII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (k. k. Tabak-Trafik) **und im Redaktionslokale I., Lichtenfelsgasse 5, 1. Stock.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Die Nummer 24 des Amtsblattes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gelangt der hohen Feiertage wegen erst am Mittwoch den 26. März 1913 (abends) zur Ausgabe.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates **vom 11. März 1913.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Baron, Braun, Brauneiß, Büsch, Dechant, Fraß, Gräf, Grünbeck Sebastian, Dr. Haas, Hallmann, Heindl, Hermann, Hörmann, Kleiner, Knoll, Dr. Mataja, Oppenberger, Poyer, Rain, Schmid, Schneider, Schreiner, Schwer, Tomola, Wessely, Wippel, Zatzka.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Künzl.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer eröffnet die Sitzung.

(P. Z. 4134, B. A. XIX, 1/797/II.) **St.-R. Baron** referiert über Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1912 und 1913 und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Baron wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4158, M. A. III, 367.) Zu Regulierungszwecken erwirbt die Gemeinde Wien von Elisabeth Rath, Therese Schicht und Elise Rath die im Grundbuche Ober-Sievering unter Einl.-Z. 134 inneliegenden Kat.-Parz. 450/1, 450/2, 450/3 und die im gleichen Grundbuche unter Einl.-Z. 165 inneliegenden Kat.-Parz. 449/1 und 449/2 (nächst dem Reservoir Hackenberg) im Gesamtausmaße von 6770 m², wie sie liegen und stehen, um den Pauschalpreis von 30.500 K, gleich zirka 4 K 50 h per Quadratmeter, und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufpreis ist in der Weise zu berichtigen, daß die Gemeinde Wien die unter Post 1 des Lastenblattes der Einl.-Z. 134 Ober-Sievering zugunsten der Wiener Kommunal-Sparkassa Döbling aushaftende Satzpost per 6000 K, soweit sie tatsächlich noch aushaftet, auf Abschlag vom Kaufschillinge zur Zahlung übernimmt und den hienach sich ergebenden Rest des Kauf-

schillings binnen acht Tage nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien bar bezahlt.

2. Abgesehen von der oben erwähnten Satzpost sind die Gründe der Gemeinde Wien vollständig lastenfrei zu übertragen. Es ist demnach die unter Post 10 des Lastenblattes der Einl.-Z. 134 Ober-Sievering einverleibte Satzpost per 800 K spätestens gleichzeitig mit der Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien zu löschen.

3. Die durch die Löschung der einverleibten Satzposten verursachten Kosten und Gebühren treffen die Verkäufer, alle übrigen mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin.

4. Die Verkäufer sind verpflichtet, binnen acht Tagen nach Aufforderung auf ihre Kosten bei den Einl.-Z. 134 und 165 des Grundbuches Ober-Sievering die Rangordnung der Veräußerung anmerken zu lassen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4157, M. A. III, 6373/11.) Zu Regulierungszwecken erwirbt die Gemeinde Wien von Aloisia Hinterberger die im Grundbuche Grinzing unter Einl.-Z. 503 inneliegende Kat.-Parz. 497 (am Südabhang des Hungerberges) im Katastralausmaße von zirka 3381 m², wie sie liegt und steht, um den Einheitspreis von 9 K per Quadratmeter des durch einverständliche Vermessung zu ermittelnden Ausmaßes, somit um den Kaufschilling von zirka 30.439 K unter folgenden Bedingungen:

1. Der Grund ist der Gemeinde Wien vollständig lastenfrei zu übertragen. Zu diesem Behufe ist die unter Post 7 des Lastenblattes der Einl.-Z. 503 Grinzing zugunsten der Niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt einverleibte Satzpost spätestens gleichzeitig mit der Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien zu löschen.

2. Der Kaufpreis ist binnnen längstens acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien fällig.

3. Die durch die Löschung der einverleibten Satzpost verursachten Kosten und Gebühren fallen der Verkäuferin zur Last, alle übrigen mit dem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlicher Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin.

4. Die Verkäuferin ist verpflichtet, binnen acht Tagen nach Aufforderung bei der Einl.-Z. 503 Grinzing auf ihr Kosten die Rangordnung der Veräußerung anmerken zu lassen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4055, B. A. XIX, 227.) Die der Automobil- und Bahnfuhrwerksunternehmung Andreas Engel jun. zu erteilende Baubewilligung zur Aufführung einer Feuermauer bei dem Schuppen, den sie auf der von ihr gepachteten städtischen Liegenschaft Kat.-Parz. 195/I, Einl.-Z. 1452 Grundbuch Ober-Döbling, in der Schegargasse errichtet hat, wird gemäß §§ 97 und 105 Wr. B.-O. bestätigt.

(P. Z. 4072, M. A. XV, 4131.) Die von der Bauratswitwe Marie Schlierholz der Gemeinde Wien für die Lehrerbibliothek der Knaben- und Mädchen-Volksschule XIX., Hammerschmidtgasse 26, angebotene Schenkung von Bibliothekswerken samt Bücherkasten und zwei Wandregalen unter den von der Spenderin gestellten Bedingungen wird genehmigt.

(4212, M. A. III, 1646.) Der Magistratsbericht, betreffend den Ankauf von Kühen für das Gut Cobenzl, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 4211, M. A. XV, 2771.) Die in dem öffentlichen Kaiser Franz Josef-Kindergarten der Gemeinde Wien, XIX., Obkirchergasse 8, bisher bestandenen Aufnahme- und Besuchsgebühren von jährlich 2, beziehungsweise monatlich 3 K werden vom 1. April 1913 angefangen aufgehoben und wird der Besuch dieses Kindergartens von dem genannten Zeitpunkte an für unentgeltlich erklärt.

(P. Z. 4006, M. A. VIII, 4306/12.) **St.-R. Büsch** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Frage der Verwendung des aufgelassenen Pumpwerkes im Schlachthause Meidling für das Theresienbad, und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, das Pumpwerk im Theresienbad von einem Sachverständigen untersuchen zu lassen, ob die bestehende Pumpe mit nicht zu hohen Kosten ausgebessert werden kann.

Der Kommission ist ein Mitglied des Stadtrates zuzuziehen.

(Angenommen.)

(P. Z. 19694/12, B. A. XII, 45149/12.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Architekten Otto Walters um Baubewilligung für ein Wohn- und Geschäftshaus auf der Baustelle Einl.-Z. 744 Hetzendorf, Baustelle XII, Kat.-Parz. 404/9, 407/12, 417/9, in der Strohberggasse im XII. Bezirke und beantragt, die über die mit Stadtrats-Beschluß vom 2. März 1911, Z. 13916/10, beziehungsweise Gemeinderats-Beschluß vom 26. Februar 1904, Z. 2625, normierte Gebäudetiefe von 16 m hinausgehende Verbauung, beziehungsweise die Aufführung eines Wohnhauses mit einer Tiefe von 26·96 m abzulehnen. (Angenommen.)

(P. Z. 4176, B. A. XII, 4489.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Josef Nowak um Baubewilligung für drei Wohn- und Geschäftshäuser auf der Realität Einl.-Z. 79 Ober-Meidling, in der Rechten Wienzeile im XII. Bezirke und beantragt, die zu erteilende Baubewilligung bezüglich der beabsichtigten Balkonanlagen unter Zustimmung zu denselben gemäß § 97 Wr. B.-O, zu bestätigen und von der Forderung einer besonderen Entschädigung für den zu denselben in Anspruch genommenen Straßengrund, wie üblich, abzusehen. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Büsch wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3586, B. A. XII, 20251/12.) Das Ansuchen des Michael Polland, XII. Bezirk, Hetzendorferstraße 116 wohnhaft, um pachtweise Überlassung eines Teiles der Kat.-Parz. 482/1, Einl.-Z. 357 Hetzendorferstraße, zur Sandgewinnung wird abgelehnt.

(P. Z. 4060, M. A. XII, 16319/11, 43135/12.) Der nach Siegmund Schönwetter, Schuhmachermeister, aushaftende Betrag von 396 K 52 h, und zwar 368 K als Zins für die Wohnung im städtischen Hause XII., Schönbrunnerstraße 134 c, aus der Zeit von 1. November 1902 bis 1. August 1903 und 28 K 52 h als Prozeßkostenersatz wird infolge über Uneinbringlichkeit abgeschrieben.

(P. Z. 4067, M. A. VI, 104.) Das Anbot des Johann Anderle, V., Schönbrunnerstraße 31, betreffend die Geländerlieferung für die Abfriedung der Stadtbahnmauer nächst dem Storchensteg im XII. Bezirke wird mit dem angebotenen Nachlaß von 20 Prozent angenommen.

Gleichzeitig werden die hienach resultierenden Gesamtkosten für die Mauererhöhung daselbst per 31.366 K 76 h genehmigt.

(P. Z. 4009, M. A. I, 11848/12.) **St.-R. Schwer** referiert über das der Gemeinde vermachte Legat der am 3. Dezember 1911 verstorbenen Frau Franziska Lorenz, geb. Schweighofer, betreffend eine Hälfte des im Salon Schweighofer, VII., Breitegasse 10, befindlichen, zur Feier des 100jährigen Jubiläums der Firma J. M. Schweighofer's Söhne, von Theodor Zasche gemalte Jubiläumsbild und beantragt, im Sinne des Magistratsberichtes von weiteren Schritten zur Wahrung des Eigentumsrechtes der Gemeinde an der einen Hälfte des Bildes abzusehen. (Angenommen.)

(P. Z. 4028, St. S., 284.) St.-R. Schwer referiert über das Ansuchen des Medailleurs Ludwig Hujer um Zustimmung zur Aufnahme der für die Gemeinde anläßlich des 60jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers hergestellten, geschaffenen Huldigungsmedaille in den Verkaufskatalog des k. k. Münzamtes und beantragt, das Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(P. Z. 4147, M. A. XXII, 835.) St.-R. Schwer referiert über die Ausstellung der Konkurrenzprojekte für den Bau des Kaiser Franz Josef-Stadtmuseums im Festsaale des Rathauses und beantragt, in Abänderung des Beschlusses vom 25. Februar 1913 die Ausstellung der eingelangten Projekte statt im südlichen Büfettraum im Sinne des Magistratsberichtes vom 7. März 1913 im Festsaale des Rathauses zu genehmigen. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schwer wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4175, St. S., 286.) Dem Ansuchen des stud. phil. Artur Herr um Benützung der im Besitze der Stadt Wien befindlichen Handschriften des Dichters Adolf Gerle wird Folge gegeben.

(P. Z. 3674, M. A. XIV, 2185/12.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Ansuchen des Alois Breyer, sowie des Ludwig Bronts, Eigentümer der Realitäten III., Marxergasse 28/30, Einl.-Z. 1095, beziehungsweise 1096 Grundbuch des III. Bezirkes und der Adrienne Pollak, Eigentümerin der Realität Or.-Nr. 26 Marxergasse, Einl.-Z. 509 Grundbuch des III. Bezirkes, um Bewilligung zur Grundabteilung, beziehungsweise Abänderung der Baulinien für die Verbindung vom Esteplatz (Estegasse) und der Geusaugasse zur Marxergasse und beantragt:

1. In Festsetzung des General-Baulinienplanes wird gemäß § 105 Wr. B.-O. bestimmt:

Die mit Gemeinderats-Beschluß vom 21. Juli 1871, Z. 2226, genehmigten, im Plane des Stadtbauamtes, Z. 80/XIII, gelb geänderten Baulinien für eine projektierte Verbindungsgasse zwischen der Marxergasse und der Geusaugasse, sowie die mit den Buchstaben f i und k k' bezeichneten Baulinienstrecken der Marxer- und der Geusaugasse werden aufgelassen und an deren Stelle die im obigen Plane rot gezogenen und ebenso schraffierten, mit den Buchstaben a b c d e f — g h und i k umschriebenen Linien als neue Baulinien festgesetzt.

Die Niveaus der neuen Gasse sind im Anschlusse an die bereits genehmigten Höhenkoten der Marxer- und Geusengasse auszumitteln.

2. Die Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 1095 und 1096 des Grundbuches des III. Bezirkes, Kat.-Parz. 331, 332, 321 und 322 wird nach Maßgabe der vorgelegten Abteilungspläne auf vier Baustellen und einen Baustellenteil als Parzellierung im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt.

3. Zur Ausstellung einer Löschungserklärung über die auf den Liegenschaften Einl.-Z. 3099, 3668 und 3670 (Geusaugasse) in C sub Post 1 einverleibten Reallasten und zur Ausstellung einer Freilassungserklärung über die auf der Liegenschaft Einl.-Z. 1095 in C sub Post 18 einverleibte Reallast (Demolierungsverbindlichkeit) für die im Plane als provisorische Parz. 331/5, 331/4, 331/3 und 331/2 bezeichneten Grundflächen auf Kosten der Abteilungswerber wird unter der Bedingung die Zustimmung erteilt, daß die unter 2 genannte Abteilung gleichzeitig grundbücherlich durchgeführt werde.

4. Die Schadloshaltung für die Übertragung der im Plane als provisorische Parz. 331/4 bezeichneten Grundfläche in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes wird mit dem Betrage von 522 K bestimmt.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4015, M. A. IV, 826.) St.-R. Hörmann referiert über Mehrkosten für die elektrische Beleuchtung der Radetzkystraße im III. Bezirke und beantragt, die Mehrkosten per 635 K 15 h gegenüber dem bewilligten Kostenbetrage von 30.000 K gemäß dem Magistrats-Antrage zu genehmigen. (Bedeckt.) (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Hörmann wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4070, M. A. XV, 2866.) Dem Deutschen Turnverein „Guts Muts", welcher die Bewilligung zur Benützung des Turnsaales der Knaben-Volksschule III., Hainburgerstraße 40, besitzt, wird die Aufstellung eines neuen Waschtisches an Stelle des bisherigen in der Garderobe zu diesem Turnsaale gestattet.

(P. Z. 4078, M. A. VI, 174.) Der Vorstehung des III. Gemeindebezirkes wird die Genehmigung zur Aufnahme des Karl Janko und Leopold Weigl als Schreibkräfte an Stelle des ausgetretenen Josef Fritsch und Andreas Gstaltner erteilt.

(P. Z. 4154, M. A. IX, 463.) Der Verwendung von zehn Desinfektionsarbeitern über den mit Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1912, P. Z. 20012, normierten Stand der Aushilfsdesinfektionsarbeiter auf dem Zentral-Viehmarkte in St. Marx wird zugestimmt.

Die für die Zeit vom 24. Jänner 1913 bis 1. März 1913 entfallenden Kosten per 1876 K werden genehmigt.

(P. Z. 4066, M. A. VI, 754.) **St.-R. Braun** referiert über Mehrkosten für die Umpflasterung der Hauffgasse im XI. Bezirke und beantragt, die Mehrkosten per 249 K 3 h gegenüber dem bewilligten Kostenbetrage von 9000 K gemäß dem Magistrats-Antrage zu genehmigen. (Bedeckt.) (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 4150, M. A. X, 4456/12.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Simon März um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab

Gruppe 43 A, Reihe 2, Nummer 31 im Zentral-Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 4047, B. A. XI, 24176/12.) St-R. Braun referiert über die Erteilung der Baubewilligung für die mit Gemeinderats-Beschluß vom 25. Oktober 1907, Z. 13663, genehmigte maschinelle Kohlenförder- und Lagerungsanlage im Gaswerke Simmering (Kostenbetrag 1,362.100 K) und beantragt, mit Rücksicht auf die erfolgte Genehmigung der Detailprojekte durch das k. k. Eisenbahnministerium den Baukonsens für die Kohlenförderungs- und Kohlenlagerungsanlage auf der Gaswerks-Realität XI., Eyzinggasse, Einl.-Z. 1864, Kat.-Parz. 1193/1 zu erteilen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St-R. Braun wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4059, B. A. XI, 3442.) Dem Deutschen Turnerbunde Simmering wird die Bewilligung erteilt, den Turnsaal der Volksschule XI., Herderplatz 1, behufs Leitung eines Turnbetriebes für die Fortbildungsschüler Simmerings zu den an Sonntagnachmittagen geplanten Lehrlingsstunden unter den üblichen Bedingungen zu benützen.

(P. Z. 4135, 4136, B. A. XIII, 9022, 7211.) **St.-R. Poyer** referiert über Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1913 und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Poyer wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4155, M. A. III, 7787/12.) Das vorgelegte Projekt für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt (Variante I[1]I nach Modell II) im Penzinger Friedhofparke an der von der Augenscheins-Kommission vom 19. Februar 1913 vorgeschlagenen, im Plane mit B (rot) bezeichneten Stelle nächst der Einmündung der Einwanggasse in die Goldschlagstraße wird genehmigt und für dessen Ausführung ein (bedeckter) Kostenbetrag von 7800 K bewilligt, wovon 6900 K auf den Bau der Anstalt und 900 K auf die anderen damit zusammenhängen Arbeiten entfallen.

Der Bau der Bedürfnisanstalt wird der Firma Wilhelm Beetz, III., Erdbergstraße 17, übertragen, die übrigen Arbeiten sind im kurrenten Wege auszuführen. Allfällige gärtnerische Abänderungen sind von der Stadtgarten-Direktion im kurrenten Wege vorzunehmen.

Die von der Firma Beetz in ihren Zuschriften vom 28. Jänner 1913, beziehungsweise 11. März 1913 gestellten Bedingungen und abgegebenen Erklärungen werden angenommen, beziehungsweise zur Kenntnis genommen und der jährliche Betriebskostenbeitrag von 750 K bewilligt.

Die Errichtung einer öffentlichen Gasflamme im Pissoir der Bedürfnisanstalt, der jährliche Gasbezug im Werte von 50 K und die Entnahme einer täglichen Wassermenge von 5 hl aus der Hochquellenleitung während der Sommermonate wird genehmigt.

Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird für die Errichtung der Bedürfnisanstalt die Baubewilligung erteilt.

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten.

(P. Z. 4137, St. Buchh., 103.) **Vize-Bürgermeister Hoß** referiert über das Ansuchen des Ober-Rechnungsrates Hans Summerer um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt:

1. Die Gesuchsgewährung unter Anweisung der normalen Ruhebezüge per zusammen 9500 K im Sinne des Antrages des Direktors der Stadtbuchhaltung.

2. Dem Genannten wird für seine langjährige, pflichteifrige und sehr ersprießliche Dienstleistung die vollste Anerkennung ausgesprochen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 4019, M. D., 906.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über das Ansuchen des Bau-Direktors Ingenieur Karl Sykora in den bleibenden Ruhestand und beantragt:

1. Die Gesuchsgewährung unter Bemessung des Ruhegenusses auf Grund der anrechenbaren Dienstzeit von rund 40 Jahren:

a) Mit dem vollen letzten Gehalt als Ruhegehalt, das ist mit 10.000 K;

b) der Steigerungsquote im vollen Ausmaße (100 Prozent), das ist mit 1500 K;

c) dem vollen Quartiergelde als Mietzinsbeitrag, das ist mit 3000 K und

d) der für die Pension anrechenbaren Personalzulage im vollen Ausmaße, das ist mit 2400 K; zusammen daher mit 16.900 K.

2. Dem Genannten wird in Anerkennung seiner 40jährigen ausgezeichneten und hervorragenden Tätigkeit im Dienste der Gemeinde das taxfreie Bürgerrecht verliehen.

(Bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4148, M. A. X, 2824.) Dem Ansuchen des Konrad Jonak, Dieners der Freiwilligen Feuerwehr Döbling, um Gewährung der Altersnachsicht behufs Aufnahme in den städtischen Sanitätsdienst wird aus prinzipiellen Gründen keine Folge gegeben.

(P. Z. 4133, B. A. XXI, 3210.) **St.-R. Knoll** referiert über Ansuchen um Ermäßigung der Hundesteuer pro 1913 und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Knoll wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3638, B. A. XXI, 1325.) 1. Das Anbot der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn vom 9. Jänner 1913, Nr. 5 ad 2130/12, wonach dieselbe bereit ist, an die Gemeinde Wien unter Festhaltung des in der Zuschrift vom 28. November 1912, Nr. 4 ad 2130, eingenommenen Standpunktes einen Betrag von 1000 K zur Befriedigung aller von der Gemeinde Wien pro präterito et futuro zu stellenden Ansprüche auf Entschädigung der von der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn mit den Kaufverträgen vom 15. April 1904 an Matthias Peinlich und Mitbesitzer vom 28. November 1900 an Moritz Hirsch und vom 28. November 1900 an Anton Holzmann verkauften Teile der Angerergasse zu bezahlen, wird angenommen, jedoch auch nur unter Wahrung des vom magi-

stratischen Bezirksamte in der Zuschrift vom 21. Dezember 1912, Z. 26681, eingenommenen Standpunktes.

2. Die Anbote des Moritz Hirsch und der Erben nach Anton Holzmann vom 12., beziehungsweise 13. Dezember 1912, betreffend die Entschädigung des von ihnen in ihre Baustellen Einl.-Z. 729 Grundbuch Donaufeld, Konskr.-Nr. 495 Floridsdorf, Or.-Nr. 13 Angererstraße, beziehungsweise Einl.-Z. 730 Grundbuch Donaufeld, Konskr.-Nr. 1201 Floridsdorf, Or.-Nr. 15 Angererstraße einbezogenen Teiles der Angererstraße, insoweit er nicht der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn entschädigt wurde, mit je 72 K per Quadratklafter (ist gleich rund 20 K per Quadratmeter) zusammen also mit 424 K 80 h, beziehungsweise 631 K 84 h samt dreijährigen Verzugszinsen, zurückgerechnet vom Tage des Stadtrats-Beschlusses, werden angenommen.

3. Das Bezirksamt wird beauftragt, mit den in Betracht kommenden Grundbesitzern über die Abtretung des noch im Privatbesitz befindlichen Teiles der Schleifgasse zwischen der Angererstraße und Obermayergasse in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes Verhandlungen zu pflegen und nach Möglichkeit, sowohl diese Frage als auch der Entschädigung des in die Verbauung des Hauses Konskr.-Nr. 494 Floridsdorf, einbezogenen Teiles der Angererstraße gleichzeitig zur Lösung zu bringen. (Angenommen.)

(P. Z. 4213, M. A. XIV, 4027/12.) 1. Die Abteilung der in der Liegenschaft Einl.-Z. 254 Grundbuch Donaufeld (Leopoldauerstraße) inneliegenden Kat.-Parz. 1424, 1421 und 1420 auf zwei Baustellen und den restlichen Grund wird in Stattgebung des Ansuchens der Aktiengesellschaft der Wien-Floridsdorfer Mineralölfabrik nach Maßgabe der vorgelegten Pläne im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt.

2. Es wird die Zustimmung erteilt, daß gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieser Parzellierung der in den Plänen mit den Buchstaben a r (rot) m k (schwarz) a (rot) bezeichnete Grundteil im Ausmaße von 49·54 m² in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes übertragen werde, wobei die Kosten der grundbücherlichen Durchführung von der Abteilungswerberin zu tragen sind.

(P. Z. 4215, M. A. VI, 126.) Der Stadtbaumeister Georg Köhler wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 19. November 1912 von der weiteren Durchführung der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Wasserlaufherstellungen bei der Regulierung der Wagramerstraße im XXI. Bezirke enthoben.

Für dieses Objekt werden die Erd- und Baumeisterarbeiten für die Wasserlaufrillen und Weichenentwässerungsherstellungen dem Stadtbaumeister Franz Josef Hopf gegen eine Aufzahlung von 25 Prozent und die Erd- und Baumeisterarbeiten für die Spritzhydrantenaufstellung dem Bauunternehmer Josef W. Rella, XX., Gerhardusgasse 16, gegen eine Aufzahlung von 10 Prozent zu den Einheitspreisen der amtlichen Kostenanschläge übertragen.

(P. Z. 4043, B. A. XXI, 44269/12.) Es wird genehmigt, daß der mit dem Eishändler Lorenz Schuler, XXI., Biberhaufenweg Konskr.-Nr. 125, bis zum 1. November 1918 abgeschlossene Bestandvertrag über die Verpachtung von zwei Teilen der städtischen Kat.-Parz. 1044 Aspern im Riede Steinsporn zum Zwecke der Errichtung eines Eishauses, sowie der Wasserparzelle 1267 Aspern für Zwecke der Eisgewinnung mit 31. April 1913 unter der Bedingung aufgelöst werde, daß der Genannte den für diese Pachtung bis zum 30. April 1913 entfallenden Betrag, das ist 345 K, sogleich erlegt.

(P. Z. 4044, B. A. XXI, 6823.) Bei dem Umstande, als für diesen Bezirksteil die Baulinien und Höhenlage noch nicht bestimmt sind, wird gemäß §§ 97 und 105 Wr. B.-O. die Bewilligung, welche das magistratische Bezirksamt dem Johann Küschall für die Errichtung eines hölzernen Schuppens auf der dem Stifte Klosterneuburg gehörigen Kat.-Parz. 1067/1 in Einl.-Z. 630 Landtafel Kagran, Erzherzog Karl-Straße, erteilen will, unter der Bedingung bestätigt, daß diese Bauherstellungen auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung sofort entfernt werden.

(P. Z. 4046, B. A. XXI, 6980.) Bei dem Umstande, als für diesen Bezirksteil die Baulinien und Höhenlage noch nicht bestimmt sind und es sich um unparzellierte Gründe handelt, wird gemäß §§ 97 und 105 Wr. B.-O. die Bewilligung, welche das magistratische Bezirksamt der Firma E. Schatz & Komp. zur Errichtung eines hölzernen Schuppens und eines hölzernen Flugdaches auf der dem Stifte Klosterneuburg gehörigen Kat.-Parz. 1066/2 in Einl.-Z. 630 Landtafel Kagran, Erzherzog Karl-Straße 5, erteilen will, unter der Bedingung bestätigt, daß diese Bauherstellungen auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung sofort entfernt werden.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 1279, M. A. III, 5565/12.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Anerbieten des Karl Reichert, Eigentümers der Liegenschaft Einl.-Z. 1041 Grundbuch Dornbach, Hernalser Hauptstraße nächst der Urbangasse, zur Entschädigung des vor seiner Liegenschaft befindlichen, Privateigentum der Gemeinde bildenden Grnndes per 1163·50 m² mit 20.000 K, anläßlich der Übertragung dieses Grundes in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes und beantragt:

Das Anbot des Karl Reichert, für die Übertragung der in dem Plane vom 17. Mai 1911 mit b h i k b und mit m h i l m umschriebenen, gelb angelegten Flächen der in der Einl.-Z. 1037 des Grundbuches Dornbach inneliegenden Parz. 1126/2 und 1128/4 im Gesamtausmaße von 1163·50 m² in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes eine Pauschalentschädigung von 20.000 K zu leisten, wird abgelehnt.

Dem Karl Reichert ist jedoch mitzuteilen, daß der Stadtrat bereit ist, die Übertragung der vorgenannten Flächen in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes dem Gemeinderate zu empfehlen, wenn hiefür an die Gemeinde Wien eine Entschädigung von 25.600 K geleistet wird.

St.-R. Rain beantragt, die der Gemeinde zu leistende Entschädigung mit 30.000 K festzusetzen.

Es wird der Referenten-Antrag mit der von St.-R. Rain beantragten Änderung angenommen.

(P. Z. 4130, B. A. XVII, 2709.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über Ansuchen um Nachsicht der Hundesteuer pro 1913 und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

(P. Z. 4125, B. A. IV, 366/I.) **St.-R. Schmid** referiert über ein Ansuchen um Nachsicht der Hundesteuer pro 1913 und beantragt die Genehmigung nach dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schmid wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4077, M. A. VI, 266.) Die Vorstehung des IV. Gemeindebezirkes wird die Genehmigung zur Aufnahme des Alois Redlinger als Aushilfsdiener an Stelle des ausgetretenen Eduard Paar erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 4139, B. A. I, 12480.) Das Ansuchen des Sängerbundes „Dreizehnlinden" in Wien um Überlassung des Festsaales der Knaben-Bürgerschule I., Stubenbastei 3, zur Veranstaltung einer Chorprobe am Mittwoch den 12. März 1913 wird unter den üblichen Bedingungen (Erlag der Beheizungs- und Beleuchtungskosten sowie Entlohnung des Schuldieners) genehmigt.

(P. Z. 4074, M. A. XV, 13633/12.) Der Firma Merker & Liebscher, VII., Seidengasse 38, wird für die von derselben den Wiener Volks- und Bürgerschulen zu liefernden Lehrmittel, welche in dem vorgelegten Verzeichnisse angeführt erscheinen, eine Erhöhung der Preise in dem aus diesem Verzeichnisse ersichtlichen Ausmaße vom 1. Jänner 1913 an bewilligt.

(P. Z. 4073, M. A. XV, 1320.) Dem mit der pädagogischen Leitung der sechs neu errichteten Hilfsschulen für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder betrauten Direktor Hans Schiner wird für die hiemit verbundene Mühewaltung für das laufende Schuljahr 1912/13, sowie für die zwei nächsten Schuljahre 1913/14 und 1914/15 eine jährliche Remuneration von 800 K zuerkannt.

(P. Z. 4071, M. A. XV, 4171.) Es wird genehmigt, daß der Bürgerschullehrer Josef Ettel an dem Fortbildungskurse für den Zeichen- und Kunstunterricht als Hospitant teilnimmt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 4040, M. B. A. XVIII, 280/I.) Die Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Einl.-Z. 190, Konstr.-Nr. 94 Salmannsdorf des XVIII. Bezirkes, Or.-Nr. 3 Celtesgasse, des Franz Steinzer im Betrage von 549 K 60 h wird im Sinne des § 7 des mit Gesetz vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, abgeänderten Kanaleinmündungsgebührengesetzes vom 19. Jänner 1890, L.-G.-Bl. Nr. 9, auf den Betrag von 366 K 40 h ermäßigt.

Sollte jedoch nachträglich eine Änderung in den die Gebührenerleichterung begründenden Verhältnissen eintreten, so ist die diesen geänderten Verhältnissen entsprechende Ergänzungsgebühr einzubezahlen.

(P. Z. 4076, M. A. VI, 498.) Der Vorstehung des XVIII. Gemeindebezirkes wird die Genehmigung zur Aufnahme des Adolf Langer als Schreibkraft an Stelle des ausgetretenen Rudolf Schwach erteilt.

(P. Z. 4124, B. A. XVIII, 43201/12.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XVIII. Bezirk dem „Vereine zur Erhaltung und Förderung des Ersten öffentlichen Kinder-Krankeninstitutes in Wien" zu erteilende Baubewilligung für die behufs Errichtung eines Kinderspitales in den beiden, der Wenzeslaus Arco'schen Kinderspitalstiftung gehörigen Häusern Or.-Nr. 37/39 Theresiengasse im XVIII. Bezirke nach den vorgelegten Plänen erforderlichen Adaptierungen wird im Sinne des § 97 Wr. B.-O. unter der Bedingung bestätigt, daß für die Zustimmung der Gemeinde Wien zur Herstellung der Erkeranlage mit einer Auslagefläche von 3 m² nach dem Einheitspreise von 100 K per Quadratmeter ein Betrag von 300 K bei der Ausfertigung des Baukonsenses an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien erlegt werde.

(P. Z. 4128, B. A. V, 7868.) **St.-R. Hallmann** referiert über Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1913 und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Hallmann wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4216, M. A. XV, 2442, 4034.) 1. Die Schlußrechnung, betreffend den Schulbau V., Margaretenstraße 103, laut welcher gegenüber dem genehmigten Betrage von 328.725 K 43 h tatsächlich ein Betrag von 311.711 K 36 h verausgabt und sonach ein Ersparnis von 17.014 K 7 h erzielt wurde, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Der zur Ausbezahlung restlicher zwölf Rechnungen erforderliche Betrag von 1675 K 93 h wird auf den Reservefonds für das Jahr 1913 überwiesen,

St.-R. Dr. Mataja referiert über Zuschriften von Steuer-Administrationen, betreffend die Erwerbsteueraufteilung von Unternehmungen, und beantragt, in Kenntnisnahme der bezüglichen Entscheidungen von der Ergreifung eines Rekurses abzusehen:

(P. Z. 3562, M. A. XIX, 175.) Gegen die mit der Note der k. k. Steuer-Administration für den I. Bezirk vom 30. Dezember 1912 mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Spitzen-Industrie-Aktiengesellschaft für die Jahre 1910 bis 1912;

(P. Z. 3723, M. A. XIX, 184) gegen die mit der Note der vorbezeichneten Steuerbehörde vom 24. Dezember 1912 mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Rohöl-Handelsgesellschaft für das Jahr 1912;

(P. Z. 3941, M. A. XIX, 217) gegen die mit der Note der k. k. Steuer-Administration Brünn vom 29. Jänner 1914 mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Aktiengesellschaft für Maschinenbau vormals Brand & Lhuillier in Brünn für das Jahr 1912.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(P. Z. 3949, M. D., 140.) St.-R. Dr. Mataja referiert über die Zuerkennung von Remunerationen an das den Bezirksvorstehungen zugeteilte Personal für die Besorgung der Geschäfte der Gemeindevermittlungsämter im Jahre 1912 und beantragt die Bewilligung von Remunerationen im Gesamtbetrage von 7160 K im Sinne des Antrages der Magistrats-Direktion.

(Angenommen.)

(P. Z. 4170, Zentr. Spark., 162.) St.-R. Dr. Mataja referiert über den Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom

16. Jänner 1913, Z. 44669, mit welchem der Gemeinde die Verpflichtung zur Ausstellung eines Garantiebriefes auferlegt und die Zentral-Sparkassa verhalten wird, mindestens 15 Prozent ihrer Einlagen zum Ankaufe von staatlichen Wertpapieren zu verwenden, und beantragt, gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Mataja wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4058, St. E. W., 695/I c/12.) Es wird genehmigt, daß anläßlich der Herstellung eines Drehstromanschlusses von der auf dem Bahnhofe Floridsdorf verlegten Drehstromspannungsleitung der städtischen Elektrizitätswerke zur Parkettenfabrik der Gebrüder Engel in Floridsdorf an die k. k. Nordbahn-Direktion der mit deren Zuschrift vom 9. Oktober 1912, Z. 27399/III, im Entwurfe übersendete Revers ausgestellt wird.

(P. Z. 3955, M. A. XIII, 6775/12.) Der vom Magistrate vorgelegte Entwurf des Stiftbriefes, betreffend die Agnes Wuth'sche Armenstiftung, wird genehmigt. Von der Einhebung eines 5prozentigen Verwaltungskostenbeitrages wird nach dem Magistrats-Antrage abgesehen.

(P. Z. 2769, M. A. XI b, 736.) Zu dem Vergleichs-Antrage der Anna Husak, geb. Pazdera, Wien, XIV., Pillergasse 16, in der Verlassenschafts-Angelegenheit ihres Vaters wird im Sinne des Magistrats-Antrages ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 4011, M. A. XI, 15178/12.) **St.-R. Dr. Haas** referiert über die Abschreibung der nach Josef Krajak aushaftenden Kosten per 213 K 50 h für die Verpflegung seines Sohnes in der n.-ö. Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof" und beantragt die Erteilung der Zustimmung zur Abschreibung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(P. Z. 4159, M. A. XX, 15.) St.-R. Dr. Haas referiert über die Bewilligung von Remunerationen für Desinfektionsarbeiten im städtischen Polizeigefangenhaus im Jahre 1912 und beantragt, den mit der Reinigung der Hälftlinge und Schüblinge sowie ihrer Kleider im Jahre 1912 betraut gewesenen Sicherheitswachleuten gemäß dem Magistrats-Antrage Remunerationen im Betrage von zusammen 60 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(P. Z. 4142, M. A. XI b, 1000.) St.-R. Dr. Haas referiert über die Erhöhung der Handgelder für die Pfleglinge im Bürgerversorgungshause und beantragt:

Die Geldportionen der Bürgerpfleglinge werden auf 1 K 20 h pro Tag erhöht.

Die auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 5. Dezember 1912, P. Z. 19327, in der Zeit vom 15. Dezember 1912 bis zum heutigen Tage zur Auszahlung gelangten, von 1 K auf 1 K 10 h erhöhten Geldportionen werden nachträglich genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Haas wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4153, M. A. XII, 5921.) Die Magistrats-Abteilung XII wird ermächtigt, im Bedarfsfalle (das ist über motivierten Antrag des Anstaltsarztes) bis zu drei neue Wärterinnen und eine Wäscherin für die Säuglings-Abteilung der Kinderpflegeanstalt V., Siebenbrunnengasse 78, durch die betriebsführende Kongregation unter den für das übrige Personal geltenden Bedingungen (Vergütung von 50 K pro Monat und Kopf an die Kongregation gegen Selbstentlohnung und Verpflegung durch die Kongregation) aufnehmen zu lassen.

Die bereits am 22. Februar 1913 erfolgte Aufnahme der Wärterin Pistl wird unter Einbeziehung in das sub 1 genannte Mehrpersonal nachträglich genehmigt.

Die Magistrats-Abteilung XII wird zur Ausarbeitung einer Instruktion für das Wärterinnenpersonal beauftragt.

(P. Z. 3939, M. A. XII, 4469.) Der Gattin des der Magistrats-Abteilung XII zugewiesenen Amtsboten Gustav Seiff, Marie Seiff, wird für jene Tage, während welcher sie Kindertransporte (Heimbeförderung fremdzuständiger, beziehungsweise Abholung nach Wien zuständiger Kinder) durchzuführen hat, vom 1. März 1913 an eine Entlohnung von täglich 1 K 80 h zuerkannt.

(P. Z. 3645, M. A. XII, 2886/12.) Es wird genehmigt, daß die Interessen der Franz Sigmund'schen Waisenstiftung alljährlich so lange zum Kapitale zugeschlagen werden, bis die erforderliche Höhe von 26.500 K erreicht ist.

Die Verleihung dieses Stiftplatzes nach erfolgter Sicherstellung desselben wird dem Magistrate übertragen.

(P. Z. 3952, M. A. X, 9548/12.) Die Lieferung von

a) zirka 2000 l 5prozentigen Hyrdrargyrum oxycyanatum in reiner (filtrierter) wässeriger Lösung wird dem Richard Seipel, Apotheker, III., Landstraßer Hauptstraße 60, zum Preise von 160 K 45 h per 100 l und

b) zirka 2000 kg Ammoniakflüssigkeit mit einem Gehalte von 25 Prozent Ammoniakgeist der Firma Wilhelm Neuber, VI., Brückengasse 4, um den Preis von 56 K per 100 kg

im Sinne der vorgelegten Offerte für das Jahr 1913 übertragen.

(P. Z. 4132, B. A. X, 80902/12.) **St.-R. Wippel** referiert über Ansuchen um Nachsicht der Hundesteuer pro 1913 und beantragt, dem Franz Groß, Franz Strauch's Erben und dem Emil Marx von den angesuchten je drei Hundesteimarken je zwei Freimarken, dem Wilhelm Schoderböck von den angesuchten fünf Freimarken drei Freimarken zu bewilligen, im übrigen aber das Ansuchen der Genannten abzulehnen, beziehungsweise die Bezirksamts-Anträge zu genehmigen. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Wippel wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4069, M. A. XV, 4117.) Die Schlußrechnung für die Einrichtung der Heizanlage im Schulgebäude X., Quellenstraße 52/54, wird zur Kenntnis genommen und zur Bedeckung des noch zu begleichenden Restbetrages von 3555 K 97 h ein Zuschußkredit in gleicher Höhe zur Ausgabs-Rubrik XII 14 bewilligt.

(P. Z. 3759, M. A. XV, 14866/12.) 1. Die Gemeinde Wien kauft vom St. Philomenen-Kirchenbauvereine von dem diesem

gehörigen im Grundbuche Favoriten unter Einl.-Z. 253 inneliegenden Grundkomplexe den nördlich an den Schulbauplatz zwischen Dampfgasse, Alxingergasse und Herzgasse angrenzenden Grundstreifen in der Länge des Schulplatzes und in einer Breite von 10 m um den Einheitspreis von 50 K per Quadratmeter.

Der Grund ist der Gemeinde lasten- und bestandfrei zu übergeben und ist der Kaufschilling auf Grund einer vorzunehmenden Detailvermessung festzustellen.

Der Kaufpreis ist sofort nach grundbücherlicher Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig und zahlbar.

Die mit diesem Rechtsgeschäfte verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien.

Der Verkäufer ist verpflichtet, innerhalb acht Tagen nach erfolgter Verständigung von dem den Ankauf genehmigenden Gemeinderats-Beschlusse die Anmerkung des Verkaufes im Grundbuche auf seine Kosten vorzunehmen.

2. Der Bau einer Doppel-Volksschule auf dem unter 1 bezeichneten, der Gemeinde Wien gehörigen Platze wird nach dem vom Stadtbauamte vorgelegten Vorentwurfe mit dem beiläufigen Kostenerfordernisse von 650.000 K genehmigt.

Der Bau ist spätestens Mitte September 1913 zu beginnen und bis 1. September 1914 benützungsfähig fertigzustellen.

Das Stadtbauamt wird beauftragt, das Detailprojekt bis längstens 1. Juli 1913 auszuarbeiten und vorzulegen, wobei die Schaffung eines separaten Zuganges zu den Schuldienerwohnungen in Erwägung zu ziehen wäre. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 4129, 4140, B. A. VIII, 31319, 24747/12) **St.-R. Rain** referiert über Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1912 und 1913, sowie über Gesuche um Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des VIII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(P. Z. 4210, M. A. XIV, 874.) **St.-R. Schneider** referiert über das Ansuchen des Emil Wehle um Bewilligung zur Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 2539, 2192, 2191, 2211, 2538, 1234, 1236 und 2210 Grundbuch Brigittenau (Brigittenauerlände, Hirschvogelgasse, Treustraße und Othmargasse) im XX. Bezirke und beantragt:

1. Bezüglich der Straßengrundabtretung für die Brigittenauerlände und Hirschvogelgasse wird der Magistrats-Antrag genehmigt.

2. Gleichzeitig wird im Sinne des Magistrats-Antrages die Abteilung der bezeichneten Liegenschaften nach Maßgabe der vorgelegten Teilungspläne auf sechs Baustellen als Unterabteilung bewilligt. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schneider wird weiters beschlossen:

(P. Z. 4016, M. A. VIII, 513.) Das Ansuchen des Hilfsvereines für christliche Ehen XVIII., Anton Frank-Gasse 3 um Bewilligung zur Anbringung eines Plakates im Volksbade des XX. Bezirkes wegen Bekanntmachung der im Bezirksamtsgebäude des XX. Bezirkes befindlichen Vereinskanzlei wird nach dem Magistrats-Antrage aus prinzipiellen Gründen abgelehnt.

(P. Z. 4018, M. A. XXII, 3314/12.) **St.-R. Schreiner** referiert über die Verleihung kommunaler Auszeichnungen an die Bezirksräte des XV. Bezirkes Hermann Holzwarth, Franz Reuner, Josef Weinheimer und den Obmann des Ortsschulrates Theodor Krauß und beantragt:

In Anerkennung ihrer mehr als 15jährigen Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung wird den Bezirksräten des XV. Bezirkes Hermann Holzwarth, Franz Reuner und Josef Weinheimer die goldene, dem Obmanne des Ortsschulrates und Bezirksrat Theodor Krauß die große goldene Salvator-Medaille verliehen.

(Angenommen an den Gemeinderat.)

(P. Z. 3970, B. A. XV, 26876/12.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Restaurateurs und Hoteliers Johann Terschek um Bewilligung zur Aufstellung einer Reklamelaterne auf dem Trottoir in der Mariahilferstraße vor seinem Geschäftslokale Or.-Nr. 167 Mariahilferstraße, Ecke Thalgasse im XV. Bezirke, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(P. Z. 4152, M. A. X, 11779/12.) St.-R. Schreiner referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Lieferung von Blumen für die im Eigenbetriebe der Gemeinde stehenden Vorortefriedhöfe (Meidlinger, Baumgartner, Hietzinger, Hernalser und Ottakringer Friedhof), und beantragt, die Vergebung der Blumenlieferung in der Stückzahl von 500 bis 28.000 an die vom Magistrate in Vorschlag gebrachten Offerenten zu den offerierten Preisen. (Angenommen.)

(P. Z. 19980/12, M. A. III, 7077/12.) St.-R. Schreiner referiert über die Erwerbung von Gründung zur Arrondierung des Baublockes für Wohnhäuser der Straßenbahnbediensteten in der verlängerten Hetzendorferstraße in Speising im XIII. Bezirke, und beantragt:

1. Der Ankauf des der Sophie Stepančik gehörigen Teiles der Kat.-Parz. 350/7, Einl.-Z. 170 Grundbuch Speising im Ausmaße vom 510 m² um 16.000 K, sowie der Ankauf des dem Karl Blaimschein gehörigen Teiles der Kat.-Parz. 350/8, Einl.-Z. 171 Grundbuch Speising im Ausmaße von zirka 896 m² um 15 K per Quadratmeter, das ist um zirka 13.440 K, wird im Sinne des Magistrats-Antrages genehmigt.

2. Die Kosten im Betrage von 35.560 K samt Nebengebühren werden auf Kapitel VII, Posten 1 und 6 des Investitionspräliminares pro 1910 (bedeckt) verwiesen.

3. Das Offert des Siegmund Löwinsohn auf Überlassung eines Teiles seiner Realität Einl.-Z. 167 Speising im Ausmaße von zirka 530 m² um 40 K per Quadratmeter wird wegen zu hoher Forderung abgelehnt. Die Straßenbahn-Direktion wird beauftragt, die Enteignung dieser Grundteile einzuleiten.

4. Die Straßenbahn-Direktion wird weiters beauftragt, wegen Enteignung der für die Bahntrasse in der verlängerten Hetzendorferstraße in der Strecke von der gegenwärtigen Endstation der Straßenbahn in der Hetzendorferstraße bis zur Kat.-Parz. 350/8 Speising erforderlichen Grundflächen das Erforderliche mit tunlichster Beschleunigung zu veranlassen.

(Angenommen; Punkte 1 und 2 an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schreiner wird weiters beschlossen:

(P. Z. 3837, M. A. V, 401.) Die Frage einer Vertretung der Landeshauptstädte im Staatseisenbahnrate ist auf die Tagesordnung des nächsten Städtetages zu setzen.

Von diesem Beschlusse wäre der Stadtrat Graz mit Bezug auf die mit der Note vom 27. Jänner 1913, Z. III, 14761, gemachte Anregung in Kenntnis zu setzen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(P. Z. 4068, M. A. XV, 13432/12.) Von den für den Schulbau XIII., Linzerstraße, notwendigen Arbeiten und Lieferungen werden vergeben:

1. Die Eisenbetonarbeiten der Firma A. Porr, I., Dominikanerbastei 19, nach ihrem Offerte gegen eine Aufzahlung von 3·5 Prozent auf die Kostenanschlagspreise.

2. Die Möbeltischlerarbeiten an Fritz Breitenstein, XIV., Treihausgasse 8, gegen einen Nachlaß von 7 Prozent von den Kostenanschlagspreisen.

(Schluß der Sitzung.)

* * *

(Richtigstellung.) In der Nummer 20 des Amtsblattes vom 11. März 1913 hat es auf Seite 824, rechte Spalte, in dem oben verzeichneten Referate des St.-Rates Schwer:

(P. Z. 3596, St. S., 197), betreffend die Widmung eines Grabes für Andreas Keller, am Schlusse des Referates zu lauten:

„(Angenommen.)"

Bezirksvertretungen.

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

Protokoll

über die außerordentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom **4. März 1913.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Wolfgang Dirnbacher.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Kommissär Alexander Much.

Die Sitzung wird vom **Vorsitzenden** um 5 Uhr nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit eröffnet.

Hierauf ergreift der **Vorsitzende** das Wort zu folgender Ansprache:

Meine sehr geehrten Herren! (Die Versammlung erhebt sich.) Wir haben heute den Verlust unseres verehrten Herrn Vorstehers respektive Obmannes und lieben Kollegen des kaiserl. Rates F. J. Schadek zu beklagen. Gestern ist Schadek nach längerem Leiden verschieden.

Es ist heute nicht am Platze, der zahllosen Verdienste, welche sich der Verewigte auf öffentlichem Gebiete und insbesondere um den VI. Bezirk erworben hat, zu gedenken. Alle maßgebenden Körperschaften des Bezirkes haben schon zu wiederholtenmalen Anlaß genommen, ihrem Vorstande, beziehungsweise Obmanne die Wertschätzung seiner Person öffentlich zu dokumentieren und seine unvergänglichen Verdienste wurden von allerhöchster Stelle vor nicht langer Zeit durch Verleihung des Titels eines kaiserlichen Rates anerkannt. Der Verblichene, welcher sich bei seinen Kollgen der größten Wertschätzung erfreute, ist mit unermüdlichem Eifer und größter Hingebung seinen Obliegenheit nachgekommen. Wir alle haben sein bescheidenes Wesen und seine ernste Auffassung in der Erfüllung seiner öffentlichen Pflichten geschätzt. Wir bedauern alle den Heimgang unseres langjährigen Vorstehers und lieben Kollegen auf das schmerzlichste und wollen ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren. Ich werde der Witwe des Verewigten das Beileid der Versammlung übermitteln und auf dem Sarge des Verstorbenen einen Kranz niederlegen lassen und bitte die Herren, sich an dem Leichenbegängnisse vollzählig zu beteiligen. Ich danke den Herren für ihr Erscheinen und schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Festlicher Empfang.

Am 19. März, mittags, wurden die Teilnehmer an dem XI. Deutschösterreichischen Mittelschultag in den Festräumen des Rathauses von dem geschäftsführenden Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer feierlich empfangen.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 4. März 1913, Z. 14148/12:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 25. Februar 1913, Z. 1251/I-II eröffnet:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat laut Erlasses vom 11. Februar 1913, Z. 2940, dem Oberlehrer an der Knaben-Volksschule XII., Rosasgasse 8, Alois Köhler, in Anerkennung seiner langjährigen, sehr ersprießlichen Wirksamkeit im Dienste der Schule den Direktortitel zu verleihen gefunden.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 5. März 1913 Z. 7095/11:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat sich laut des Erlasses vom 25. Februar 1913, Z. 385/1-II, bestimmt gefunden, dem mit Ende Juni 1911 in den Ruhestand versetzten Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Mädchen II., Untere Augartenstraße 3, Josef Kotowski, für sein vieljähriges pflichteifriges Wirken im öffentlichen Schuldienste die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 5. März 1913, Z. 11614/11:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat sich laut des Erlasses vom 27. Februar 1913, Z. 281/1-II, bestimmt gefunden, der mit Ende Oktober 1911 in den Ruhestand versetzten Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVII., Kindermanngasse 1, Johanna Schulz-Dirnböck, für ihre vieljährige zufriedenstellende Wirksamkeit im öffentlichen Schuldienste die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 8. März 1913, Z. 14337/12:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit Erlaß vom 28. Februar 1913. Z. 40/1-II, folgendes eröffnet:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit dem Erlasse vom 19. Februar 1913, Z. 4804, dem Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Knaben XX., Wasnergasse 33, Leopold Kaindl, in Anerkennung seiner vieljährigen, sehr ersprießlichen Tätigkeit im Dienste der Schule den Direktortitel zu verleihen gefunden.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 18. und 20. März 1913.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine)	9475 Stück
Fettschweine	6435 „
Summe	15910 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 128 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	14779 Stück
für das Land	1079 „
unverkauft blieben	52 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I.	Qualität	von 134	bis 140 h	(extrem bis 148 h)
II.	„	„ 128	„ 132 „	
III.	„	„ 120	„ 126 „	

Fettschweine:

I.	Qualität	von 132	bis 140 h	(extrem bis — h
II.	„	„ 126	„ 131 „	
III.	„	„ 120	„ 125 „	

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten waren im Vergleiche zur Vorwoche um 222 Fleisch- und um 953 Fettschweine weniger aufgetrieben.

Bei lebhaftem Geschäftsgange wurden Fettschweine in Primasorten um 6 h, in Mittelware um 8 h, in minderen Sorten bis 12 h per Kilogramm teuerer verkauft.

Auf dem Markte vom 20. März 1913 waren Fleischschweine um 4 bis 6 h per Kilogramm teuerer.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 18. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von 20 K	10 h	bis 24 K	70 h
Roggen („ 69—74 kg)	„ 18 „	40 „	„ 19 „	70 „
Gerste	„ 14 „	80 „	„ 19 „	— „
Mais	„ 15 „	60 „	„ 20 „	80 „
Hafer	„ 19 „	10 „	„ 21 „	70 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von 33 K	40 h	bis 35 K	90 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„ 26 „	— „	„ 35 „	— „
Roggenmehl	„ 21 „	20 „	„ 30 „	20 „
Weizenkleie	„ 12 „	60 „	„ 13 „	60 „
Roggenkleie	„ 12 „	60 „	„ 12 „	80 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 19. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg) . . .	von 20 K	20 h	bis 24 K	80 h
Roggen („ 69—73 kg) . . .	„ 18 „	40 „	„ 19 „	70 „
Gerste	„ 14 „	80 „	„ 19 „	— „
Mais	„ 15 „	60 „	„ 20 „	80 „
Hafer	„ 18 „	40 „	„ 21 „	90 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von 33 K	40 h	bis 35 K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„ 26 „	— „	„ 35 „	— „
Roggenmehl	„ 21 „	20 „	„ 30 „	20 „
Weizenkleie	„ 12 „	60 „	„ 13 „	60 „
Roggenkleie	„ 12 „	60 „	„ 12 „	80 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 20. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	von 20 K	20 h	bis 24 K	80 h
Roggen („ 69—74 kg)	„ 18 „	40 „	„ 19 „	40 „
Gerste	„ 14 „	80 „	„ 19 „	— „
Mais	„ 15 „	60 „	„ 20 „	80 „
Hafer	„ 18 „	40 „	„ 21 „	90 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	von 33 K	40 h	bis 35 K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	„ 26 „	— „	„ 35 „	— „
Roggenmehl	„ 21 „	20 „	„ 30 „	20 „
Weizenkleie	„ 12 „	60 „	„ 13 „	60 „
Roggenkleie	„ 12 „	60 „	„ 12 „	80 „

per 100 kg.

* * *

Pferdemarkt vom 18. März 1913.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 390 Pferde.

300 Gebrauchspferde, 90 Schlächterpferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 150 bis 1400 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 60 „ 220 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 17. und 20. März 1913.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	16	Schafe lebend	—
Kälber ausgeweidet . .	6124	Schafe ausgeweidet . .	28
Lämmer lebend	285	Schweine ausgeweidet .	2417
Lämmer ausgeweidet .	18.215		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	100	„	128 „	
III.	„	„	—	„	— „	

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	148	bis	172 h	(extrem bis 190 h)
II.	„	„	126	„	146 „	
III.	„	„	108	„	124 „	

Lämmer lebend (per 1 kg:)

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	12	„	36 „	
III.	„	„	—	„	— „	

Lämmer ausgeweidet (per 1 Paar):

I.	Qualität	von	58	bis	64 K	(extrem bis — K)
II.	„	„	46	„	56 „	
III.	„	„	20	„	24 „	

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	120	„	144 „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	148	bis	164 h	(extrem bis 172 h)
II.	„	„	140	„	154 „	
III.	„	„	128	„	142 „	

Schafe lebend (per 1 Stück):

I.	Qualität	von	—	bis	— K	extrem bis — K)
II.	„	„	—	„	— „	
III	„	„	—	„	— „	

Schafe lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Auf den Jungviehmärkten wurden um 1793 Stück Kälber mehr zugeführt und wurden Primasorten um 4 bis 6 h, Mittel- und mindere Sorten um 4 h per Kilogramm teuerer verkauft.

Auf dem Schafmarkte wurden keine Schafe aufgetrieben.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 20. März 1913 254 Stück Mast- und 25 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Fleischschweine wurden um 4 bis 8 h, weidner Fettschweine um 2 bis 4 h per Kilogramm teuerer abverkauft. Weidner Lämmer wurden zu vorwöchentlichen Preisen verkauft.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Ausweis über die im Februar 1913 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte.

Station	Zahl der Transporte von Kranken: gewöhnlichen	Kranken: Infektions-	Leichen	Zusammen
Station, V., Bräuhausgasse 61	380	116	82	578
Station, X., Arsenalstraße 2	448	75	47	570
Station, XIV., Pillergasse 21	301	67	57	425
Station, XVII., Gilmgasse 18	440	109	122	671
Station, XX., Gerhardusgasse 3 . . .	557	157	80	794
Zusammen .	2126	524	388	3038
	2650			

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate Februar 1913 betrug die Zahl der:

Abgeschobenen	308
Zugeschobenen	67
Durchgeschobenen	220
Gesamtzahl . .	595

Baubewegung

vom 18. bis 20. März 1913.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

III. Bezirk: Haus, Landstraßer Hauptstraße 76, von Wenzel König, IV., Schikanedergasse 13, Bauführer derselbe (2333).

XIII Bezirk: Zweistöckige Wohn- und Geschäftshäuser, Cumberlandstraße, Einl.-Z. 1147 und 1684, Parz. ?, von Wilhelm und Marie Klor, Hadikgasse 146, Bauführer Ferd. Baldia (14658, 14659).

XV. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Block 2a, Stelle 3, von Cyrill Ognar, Thalgasse 9, Bauführer Josef Münster (6427).
" " Vierstöckiges Wohnhaus, Hütteldorferstraße 6, von Ludwig Supancic, VIII., Uhlplatz 8, Bauführer E. Ehrlich (6741).
XVI. Bezirk: Wohnhaus, Redtenbachergasse 54, Einl.-Z. 2370, von Florian Dračka, XVII., Wichtelgasse 59, Bauführer Rudolf Drazka (17592).
XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Hernalser Hauptstraße 156, von Luise Breither, Bauführer R. Städtler (12751).
XIX. Bezirk: Grinzing, Einl.-Z. 181, von Anton und Heinrich Marx, IX., Lustkandlgasse 21, Bauführer Adolf Micheroli (673).
" " Grinzing, Einl.-Z. 301, von Emanuel Wotawa, Schreiberweg 61, Bauführer Richard Puchner (698).
" " Ober-Döbling, Einl.-Z. 1506, 1589, von Rudolf Herzer, Billrothstraße 37, Bauführer Hugo Schuster (542).
" " Unter-Sievering, Einl.-Z. 853, von Dr. Alfred Ludwig Sachs und Alex. Reichenstein (256).

Zubauten.

II. Bezirk: Große Mohrengasse 5, von der Börse für landwirtschaftliche Produkte, Taborstraße 10, durch General-Sekretär Horowitz, Bauführer V. Laske & C. Fiala (2366).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Schmerlingplatz 3, von Albert Kirchhoff, Reichsratsstraße 3, Bauführer Alois V. Sallatmeyer (2443).
II. Bezirk: Linnégasse 7, von Josef Straßer, ebenda, Bauführer Heinr. Winkler (2345).
III. Bezirk: Münzgasse 1/3, von der Bauunternehmung Lechner & Komp., VIII., Skodagasse 23, Bauführer derselbe (2420).
IV. Bezirk: Trappelgasse 4, von Ad. Micheroli, XIX., Döblinger Hauptstraße 21, Bauführer derselbe (2312).
" " Rechte Wienzeile 21, von der Aktiengesellschaft Etablissement für Mietwäsche vormals W. Langer, XXI., Schwaigergasse 2, Bauführer Joh. Dobias (2315).
V. Bezirk: Margaretenstraße 82, von der Ersten Dalmatiner Weinproduzentengesellschaft, A.-G. m. b. H. aus Bol (Dalmatien), VIII., Alserstraße 19, Bauführer Heinrich Schwindshackl (2437).
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 117, von Luise Haist, ebenda, Bauführer Martin Draxlmeyer (2370).
VIII. Bezirk: Lenaugasse 13, von Franz Schneider, ebenda, Bauführer Matth. Jostal (2433).
IX. Bezirk: Universitätsstraße 8, von Franz Schröpfer, VI., Mariahilferstraße 23/25, Bauführer Franz Quidenus (2444).
XII. Bezirk: Ehrenfelsgasse 14, von Anna Pentl, ebenda, Bauführer Max Neuwirth (12209).
XVII. Bezirk: Neuwaldeggerstraße 36, von J. Exle (12889).
XIX. Bezirk: Billrothstraße 4, von Joh. Kotanyi, ebenda, Bauführer Martin Ranzinger (688).
" " Fürfanggasse 8, Einl.-Z. 377, von Hans Böttger, Bauführer Adolf Micheroli (697).
" " Boschstraße 10, Einl.-Z. 666, von Bertold Fürst de Maroth, ebenda, Bauführer derselbe (579).
XX. Bezirk: Dammstraße 39, von F. Halban & Josef Damask, ebenda, Bauführer Emanuel Kamenicky (2311).
" " Spaungasse 18, von Ferd. Janiczek, ebenda, Bauführer Franz Wawrla (2360).

Diverse geringere Bauten.

III. Bezirk: Zwei provisorische Riegelwandbauten, Erdbergermais, Einl.-Z. 2062, von der Firma Seb. Leißner & Sohn, Erdbergermais 2626, Bauführer Werner & Thrul (2484).
V. Bezirk: Steinzeugrohrkanal, Mittersteig 26, von Dr. Steinbach durch Leopold Duchlik, XIV., Sechshauserstraße 3, Bauführer derselbe (2335).
XII. Bezirk: Schuppen und Klosettanlage, Altmannsdorferstraße 101, von Ignaz Kuffner & Jakob Kuffner, A.-G., Bauführer Gustav Endl (11688).
XIX. Bezirk: Verkaufshütte, von Karl Wiedermann, Muthgasse 66 (670).
XXI. Bezirk: Öltank und Pumpenhäuschen, Siemensstraße 88, von den Siemens-Schuckert-Werken, Bauführer Franz Spiel (13449).
" " Kantinengebäude, Siemensstraße 88, von den Siemens-Schuckert-Werken, Bauführer Friedr. Zieritz (13450).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

II. Bezirk: Zirkusgasse 41, von Johann Nowak, Springergasse 16 (2362).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Ausstecknng der Baulinien wurden überreicht:

IV. Bezirk: Freundgasse 4/6, von Franz Fürst, ebenda (2445).
XII. Bezirk: Längenfeldgasse, Einl.-Z. 176, von Joh. Suck, V., Bacherplatz 10, Bauführer derselbe (12182).
" " Einl.-Z. 1474 Unter-Meidling, von Arnold Schmidt (12208).
XIII. Bezirk. Isbarygasse, Einl.-Z. 9 Hütteldorf, von Karoline Wohlmeyer, XIX., Heiligenstädterstraße 217, Bauführer Josef Ganser (14466).
" " Linzerstraße 403, von Karoline Wohlmeyer, XIX., Heiligenstädterstraße 217, Bauführer Josef Ganser (14610).
" " Jagdschloßgasse 13, von Martin Leopold, Linzerstraße 133, Bauführer derselbe (14688).
XIX. Bezirk: Kahlenbergerstraße, Einl.-Z. 758, von Otto F. Stitz (674).

Demolierungsanzeigen.

VI. Bezirk: Linke Wienzeile 64, Dürergasse 13, von M. Hecht, IX., Liechtensteinstraße 130a (2423).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

M. Abt. XXII, 672.

15. März 1913.

Vergebung und Sicherstellung von Schreibmaschinenutensilien für städtische Ämter und Anstalten.

Prokisch J. C. — Carbonpapier, schwarz, per Karton mit 8 K.
Carbonpapier, blau, per Karton mit 8 K.
Umdruckpapier, per 1000 Blatt 20 K.
Farbbänder, per Dutzend 20 K.
Radiergummi, per Dutzend 3 K 50 h.

The Rex Company — Carbonpapier, schwarz, per Karton 10 K 50 h.
Carbonpapier, blau, per Karton 10 K 50 h.
Umdruckpapier, per 1000 Blatt 2 K 20 h.
Farbbänder, per Dutzend 22 K.

Huffzky Oskar — Carbonpapier, schwarz, per Karton 8 K 50 h.
Carbonpapier, blau, per Karton 8 K 50 h.
Umdruckpapier, per 1000 Blatt 26 K.
Farbbänder, per Dutzend 24 K.
Radiergummi, rund, per Dutzend 3 K.
Radiergummi, lang, per Dutzend 5 K.

Carbonpapierindustrie — Carbonpapier, Marke Duretto 6 K, Marke Astoria 9 K per Karton mit 2% Kassaskonto.

Schott & Donath — Carbonpapier, schwarz, per Karton 11 K 50 h.
Carbonpapier, blau, per Karton 11 K 50 h.
Umdruckpapier, per 100 Blatt 4 K.
Farbbänder, per Stück 1 K 70 h.
Radiergummi, per Stück 12 h.

Underwood John & Co. — Carbonpapier, schwarz, per Karton 9 K.
Carbonpapier, blau, per Karton 9 K.
Umdruckpapier, per 1000 Blatt 20 K.
Farbbänder, per Stück 2 K.
Radiergummi, per Stück 15 h.

Caribonum Company — Carbonpapier, schwarz, per Karton:
Marke A zum Preise von 14 K.
Marke B zum Preise von 11 K.
Marke Z zum Preise von 10 K.
Marke C zum Preise von 7 K.
Carbonpapier, blau, zu den gleichen Preisen.
Umdruckpapier, per 100 Blatt 3 K 40 h.
Farbbänder, per Dutzend 24 K.
Radiergummi:
Muster A, per Dutzend 2 K 65 h.
Muster B, per Dutzend 2 K 30 h.

Peigerle Karl — Carbonpapier, schwarz und blau, Marke Exzello, per Karton 10 K.
Umdruckpapier per 1000 Blatt 28 K 80 h.
Farbbänder per Stück 2 K.
Radiergummi per Stück 30 h.

Weiniger Rudolf — Radiergummi per Stück 14 h.

Kraft F. C. — Umdruckpapier per 1000 Bogen 24 K.
Farbbänder, lithographisch, per Stück 5 K.

Raimann Johanna — Carbonpapier, schwarz und blau:
Marke Amerikam per Karton 10 K.
Marke Vienna per Karton 7 K 50 h.
Marke Duro per Karton 6 K.
Umdruckpapier per 100 Blatt 22 K.
Radiergummi:
Marke A per Stück 16 h.
Marke B per Stück 14 h.
Marke in Rombenform 10 h.
Marke in Idealform A 18 h.
Marke in Idealform B 14 h.

Österreichische Roneo-Aktiengesellschaft
— Carbonpapier, schwarz, per Karton 7 K.
Farbbänder, schwarz, nicht kopierfähig, per Stück 2 K 50 h.

Schrey Ferdinand — Carbonpapier, schwarz und blau:
Marke Pelikan 1015 per Karton 3 K 50 h.
Marke Pelikan 1025 per Karton 5 K 75 h.
Marke Triumph Umdruckpapier per 1000 Blatt 19 K 50 h.
Marke Triumph, stark, Umdruckpapier per 1000 Blatt 21 K 50 h.
Marke Pelikan Farbbänder per Stück 2 K.
Radiergummi:
Qualität Z R per Dutzend 2 K 65 h.
Marke Z R B per Dutzend 2 K.
Marke Z R O per Dutzend 2 K 35 h.
Marke Z R O per 50 Stück 9 K.
Marke Z R O B per 12 Stück 1 K 70 h.
Marke Z R O B per 50 Stück 6 K 30 h.
Marke Z G per Dutzend 4 K 70 h.
Marke Z G B per Dutzend 3 K.
Marke Z K per Dutzend 2 K 65 h.

Oliver Company — Carbonpapier, schwarz oder blau, per Karton:
Marke Prima 10 K 50 h.
Marke Sekunda 9 K 50 h.
Marke Terzia 6 K.
Umdruckpapier per 100 Blatt 24 K.
Farbbänder per Stück:
Ia 2 K 50 h.
IIa 1 K 80 h.
IIIa 1 K 30 h.
Farbbänder, lithographische oder hektographische, prima Qualität, per Stück 2 K.
Radiergummi 3 K.

Hoffmann Siegmund — Farbbänder per Dutzend 18 K.

Frankel Julius — Carbonpapier, schwarz und blau, per Karton 8 K.
Farbbänder per Stück 2 K.
Umdruckpapier per 1000 Blatt 40 K.
Radiergummi, Marke Kleveland, per Stück 25 h.

Koreska Wilhelm — Carbonpapier schwarz, oder blau:
Marke Kores 7 K.
Marke Veka 6 K.
Marke Multiple 5 K.
Umdruckpapier per 1000 Blatt 16 K.
Farbbänder per Stück 1 K 50 h.

Columbia Carbon und Ribbon Co.
— Carbonpapier, schwarz oder blau, per Karton:
Marke 480 10 K.
Marke Kohinor 9 K 50 h.
Marke B 66 8 K 50 h.
Farbbänder, Marke Pico, per Dutzend 28 K.

Bistritschan Ernst — Carbonpapier, schwarz oder blau, per Karton 9 K.
Farbbänder per Stück 2 K 40 h.

Standart Büro-Bedarfs-Gesellschaft m. b. H.
— Carbonpapier, schwarz, Marke Acepe, per Karton 8 K.
Carbonpapier, Marke Wepster 14 K.
Carbonpapier, blau, Marke Polycopy 8 K.
Farbbänder per Stück 1 K 80 h.
Radiergummi, mit Aufdruck Gemeinde Wien per 100 Stück 15 K.
Kohlenpapierhalter, Marke Greif per 100 Stück 10 K.

The Smith Premier Typewriter M. Risch
— Carbonpapier, schwarz, per Karton 8 K.
Carbonpapier, blau, per Karton 8 K.
Umdruckpapier per 1000 Blatt 25 K.
Farbbänder, schwarz, nicht kopierfähig per Dutzend 33 K.
Farbbänder, lithographisch, per Dutzend 33 K.
Farbbänder, hektographisch, per Dutzend 33 K.
Radiergummi, rund, per Dutzend 3 K.

Nachträglich macht Frau Johanna Reimann für Firma Reimann aufmerksam, daß in ihrem Offerte an Stelle des irrtümlich gesetzten: „100 Batt 22 K“ es richtig heißen soll: „1000 Blatt 22 K“.

M. Abt. XXII, 671.

17. März 1913.

Lieferung von Schreibmaschinen für städtische Ämter und Anstalten, ferner Instandhaltung der in städtischen Ämtern und Anstalten bereits befindlichen und während der Dauer der Vertragsperiode zu liefernden Schreibmaschinen für die Zeit von fünf Jahren vom Tage der Vergebung dieser Lieferungen und Arbeiten angefangen.

Gottwald Ignaz — 12 K Schreibmaschinentisch.

Bandler Otto — 330 K Schreibmaschine „Rival“ ohne Tabulator.
15 K 50 h Tisch.
30 K Instandhaltung im 1. und 2. Jahre.
35 K Instandhaltung im 3. und 4. Jahre.
37 K 50 h Instandhaltung im 5. und 6. Jahre.
40 K vom 7. Jahre angefangen.
Alte Maschinen:
80 K von 8 Jahren Verwendung.
40 K bei 10jähriger Verwendung.
400 K Maschine „Dea“ mit Tabulator.
15 K 50 h Tisch.
30 K Instandhaltung im 1. und 2. Jahre.
35 K Instandhaltung im 3. und 4. Jahre.
37 K 50 h Instandhaltung im 5. und 6. Jahre.
40 K Instandhaltung vom 7. Jahre angefangen.
80 K alte Maschinen 8jährig.
40 K alte Maschinen 10jährig.

Peigerle Karl — 450 K ohne Tabulator.
475 K mit Tabulator.
18 K Tisch.
12 K Instandhaltung im 1. und 2. Jahre.
18 K Instandhaltung im 3. und 4. Jahre.
30 K Instandhaltung im 5. und 6. Jahre.
36 K Instandhaltung vom 7. Jahre angefangen.
60 K alte Maschine 8jährige Verwendung.
30 K alte Maschine 10jährige Verwendung.

Schott & Donnath — 440 K „Ideal“ ohne Tabulator.
490 K mit Dezimal-Tabulator.
20 K Tisch.
16 K Instandhaltung im 1. und 2. Jahre.
18 K Instandhaltung im 3. und 4. Jahre.
24 K Instandhaltung im 5. und 6. Jahre.
30 K Instandhaltung vom 7. Jahre angefangen.
100 K alte Maschinen 8jährig.
80 K alte Maschinen 10jährig.

Glogowski & Komp. — 500 K „Remington“ mit Kolonnen-Tabulator.
600 K mit Dezimal-Tabulator.
15 K Tisch.
15 K Instandhaltung im 1. und 2. Jahre.
18 K Instandhaltung im 3. und 4. Jahre.
20 K Instandhaltung im 5. und 6. Jahre.
25 K Instandhaltung vom 7. Jahre angefangen.
100 K alte Maschinen 8jährig.
75 K alte Maschinen 10jährig.

Schrey Ferdinand — 370 K „Triumph“ ohne Tabulator.
395 K „Triumph“ mit Kolonnen-Tabulator.
445 K „Triumph“ mit Dezimal-Tabulator.
16 K Tisch.
12 K Instandhaltung pro Jahr.
70 K alte Maschinen bei 8jährig.
50 K alte Maschinen bei 10jährig.

Underwood & Komp. — 500 K „Underwood“ ohne und mit Tabulator.
18 K Tisch.
18 K Instandhaltung, 1. bis 4. Jahr (fremde Maschinen).
Gratis Instandhaltung, 1. bis 4. Jahr (eigene Maschinen).
24 K Instandhaltung, 5. und 6. Jahr (fremde Maschinen).
28 K Instandhaltung vom 7. Jahre (fremde Maschinen).
18 K Instandhaltung vom 5. Jahre angefangen (eigene Maschinen).
110 K alte Maschinen 8jährig.
85 K alte Maschinen 10jährig.

Oliver Company — 500 K mit Tabulator.
22 K Tisch.
15 K Instandhaltung, 1. und 2. Jahr.
18 K Instandhaltung, 3. und 4. Jahr.
22 K Instandhaltung, 5. und 6. Jahr.
26 K vom 7. Jahre an.
200 K alte Maschinen 8jährig.
150 K alte Maschinen 10jährig.

Huffzky Oskar — 380 K „Kontinental“ ohne Tabulator.
430 K „Kontinental“ mit Tabulator.
18 K Tisch.
18 K Instandhaltung per Maschine und Jahr.

70 K alte Maschinen 8jährig.
60 K alte Maschinen 10jährig.

Österr. Mercedes Bureaumaschinen-Gesellschaft
— 425 K ohne Tabulator.
450 K mit Tabulator.
18 K Tisch.
12 K Instandhaltung.
120 K alte Maschinen ohne Rücksicht auf das Alter.

Greger & Komp. — 385 K „Courier" ohne Tabulator.
445 K „Courier" mit Tabulator.
17 K 50 h Tisch.
24 K Instandhaltung pro Jahr (Beistellung einer Jahreskarte der städtischen Straßenbahnen).
110 K „Courier" 6jährig.
Fremde Maschinen 6jährig:
100 K mit sichtbarer Schrift.
50 K mit unsichtbarer Schrift.
80 K fremde Maschinen, 6. und 10. Jahr, sichtbar.
40 K fremde Maschinen, 6. und 10. Jahr, unsichtbar.
30 K fremde Maschinen mehr als 10 Jahre.

Schreibmaschinen-Vertriebsgenossenschaft, G. m. b. H.
— 450 K „Torpedo" mit Kolonnensteller.
430 K „Torpedo" ohne Kolonnensteller.
16 K Tisch.
12 K Instandhaltung.
50 bis 70 K alte Maschinen mit sichtbarer Schrift.
20 bis 30 K alte Maschinen mit unsichtbarer Schrift.

Kontor-Einrichtungs-Gesellschaft
— 450 K „Adler" ohne Tabulator.
520 K „Adler" mit Tabulator.
15 K Tisch.
10 K Instandhaltung, 1. und 2. Jahr.
8 K Instandhaltung, 3. und 4. Jahr.
6 K Instandhaltung, 5. und 6. Jahr.
50 K alte Maschinen 8jährig.
45 K alte Maschinen 10jährig.

The Smith Premier, Mary von Risch
— 500 K ohne Tabulator.
610 K mit Tabulator.
25 K Tisch.
20 K Instandhaltung, 1. und 2. Jahr.
24 K Instandhaltung, 3. und 4. Jahr.
30 K Instandhaltung, 5. und 6. Jahr.
35 K Instandhaltung, vom 7. Jahr.
60 K alte Maschinen 8jährig.
50 K alte Maschinen 10jährig.

The Rex Komp. — 450 K Smith Bros. mit Tabulator.
500 K Stille Smith Bros. mit Tabulator.
18 K Tisch.
14 K 40 h Instandhaltung, 1. und 2. Jahr.
18 K Instandhaltung, 3. und 4. Jahr.
24 K Instandhaltung, 5. und 6. Jahr.
30 K Instandhaltung, vom 7. Jahr.
155 K alte Maschinen 8jährig.
120 K alte Maschinen 10jährig.

* * *

M. Abt. VI, 499.
17. März 1913.

Lieferung der Gummispritzschläuche.

Reithoffer's J. Söhne — Dimension 38/6½ 7 K 28 h.
Dimension 52/7½ 10 K 44 h.

Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg, vormals Menier & J. N. Reithoffer
— Dimension 38/6½ 7 K 85 h.
Dimension 52/7½ 12 K 35 h.

Koczanderle & Potuznik, Gummiwarenhaus, Inhaber J. und L. Passon
— Dimension 38/6 6 K 95 h, beziehungsweise 7 K 50 h.
Dimension 38/6½ 7 K 75 h, beziehungsweise 8 K 70 h.
Dimension 38/7 8 K 45 h, beziehungsweise 9 K 50 h.
Dimension 52/7 11 K, beziehungsweise 12 K.
Dimension 52/7½ 12 K, beziehungsweise 13 K.
Dimension 52/8 13 K, beziehungsweise 14 K.

Speil Wilhelm — Dimension 38/6 6 K 85 h.
Dimension 38/7 8 K 75 h.
Dimension 52/6 9 K.
Dimension 52/7 11 K 25 h.

Schnek Alois — Dimension 38/6 7 K 60 h, beziehungsweise 8 K 25 h.
Dimension 38/6½ 8 K 25 h, beziehungsweise 9 K 50 h.
Dimension 38/7 9 K 70 h, beziehungsweise 10 K 80 h.
Dimension 52/7 11 K 80 h.
Dimension 52/7½ 13 K 50 h, beziehungsweise 13 K 75 h.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter, A.-G.
— Dimension 38/6 6 K 50 h.
Dimension 51/6 8 K 50 h.

Asbest-Gummiwerke Calmon
— Dimension 38/6½ 8 K 26 h.
Dimension 52/7½ 11 K 85 h.

„Semperit", Österreichisch-amerikanische Gummiwerke
— Dimension 38/6½ 8 K 10 h.
Dimension 52/7½ 12 K 20 h.

* * *

M. Abt. VII, 230.
18. März 1913.

Umbau des Hauptunratskanales in der Bergsteiggasse von der Jörgerstraße bis zur Pezzlgasse im XVII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 9075 K 5 h.

Rzehaczek Eduard — Aufzahlung 18·8%.
Peterka Ferdinand — Aufzahlung 18%.
Hopp Franz & Anton Grattoni
— Aufzahlung 16%.

* * *

M. Abt. VII, 240.
19. März 1913.

Neubau eines Hauptunratskanales in der neuen Gasse zwischen der Wallensteinstraße und Greiseneckergasse und Herstellung einer Spülkammer und Spülleitung in der Othmargasse im XX. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 3993 K 33 h.

Rzehaczek Ed. — Aufzahlung 10%.
Mehrwald Leopold — Aufzahlung 11·8%.
Trinkl Johann — Aufzahlung 20%.
Haala & Kasparek — Aufzahlung 12%.
Hopp Franz & Anton Grattoni
— Aufzahlung 15%.

* * *

M. Abt. VII, 254.
20. März 1913.

Umbau des Hauptunratskanales in der Tannengasse und am Reithofferplatze in der Strecke von der Felberstraße bis zur Märzstraße im XV. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 17.674 K 11 h.

Rzehaczek E. — Aufzahlung 14·6%.
Peterka Ferdinand — Aufzahlung 12·5%.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

(Siehe auch die Stadtrats-Sitzungs-Protokolle.)

Ad M. Abt. XXII, 3420/12.

Bau des Amtshauses im XIII. Bezirke.

Innere Einrichtung.

Breitenstein Fritz — Nachlaß 9% für Möbeltischlerarbeiten mit Ausnahme der Amtszimmer der Herren Leiter des magistratischen Bezirksamtes und der Stadtbauamts-Abteilung, des Herrn Bezirksvorstehers und des Herrn Obmannes des Armeninstitutes, sowie des Sitzungssaales, ferner Reparatur der alten Möbel.

* * *

M. Abt. VII, 131.

Umbau der Hauptunratskanäle in der Wagner-, Wiesen- und Lichtentalergasse im IX. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 11.906 K 16 h.

Haala & Kasparek — Aufzahlung 5%.

* * *

M. Abt. VII, 137.

Umbau des Hauptunratskanales in der Kasernengasse in der Strecke von der Schmalzhofgasse bis zur Mariahilferstraße im VI. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 8038 K 12 h.

Mehrwald Leopold — Aufzahlung 15·8%.

* * *

M. Abt. VII, 168.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Abt Karl-Gasse von Or.-Nr. 25 bis Or.-Nr. 21 im XVIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 1803 K 61 h.

Haala & Kasparek — Aufzahlung 20%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

4. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Tiltscher Leonhard — Gemischtwarenhandel — XVI., Speckbachergasse 5.

Tlumak Markus — Holzhandel — XVI., Arnethgasse 44.

Walter Ludwig — Holz- und Kohlenhandel — XVI., Hasnerstraße 84.

Wantra Wilhelm — Gemischtwarenhandel — XX., Dresdnerstraße 126.

Wessely Johann — Fleisch-Verschleiß — XVI., Wichtelgasse 37.

Wurz Emma, verw. Zyskal, geb. Beschtak — Marktviktualien-Verschleiß — XVI., Brunnengasse, Markt.

Umscheid Emilie, geb. Langer — Lebensmittel-, Konsumwaren- und Flaschenbier-Verschleiß (beschränkt) — XVI., Lerchenfeldergürtel 31.

Zrust Katharina, geb. Nowotny — Viktualien-Verschleiß — XVI., Rückertgasse 35.

* * *

5. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Automobil-Lohnwagen „Apollo", Ges. m. b. H. — Einspänner-Lizenz Nr. 531 — I., Schwertgasse 4.

Barth Anna — Einspänner-Lizenz Nr. 566 — XX., Leipzigerstraße 54.

Buhm Johann — Handel mit Papier, Schreib-, Zeichenrequisiten-, Galanterie- und Kurzwaren, Parfümerieartikeln, Kanditen und Bäckereien — III., Petrusgasse 8.

Cerny Ignaz — Schuhmacher — XVII., Bergsteiggasse 5.

Frank Alois — Gastwirt — XX., Allerheiligenplatz 4.

Großmann Karl — Gemischtwaren-Verschleiß (beschränkt) und Flaschenbierhandel — XX., Forsthausgasse 14 (Hütte).

Halama Franz — Damenkleidermacher — XX., Bäuerlegasse 34.

Hawranek Karl — Musiker — IV., Floragasse 5.

Heilpern Karl — Handel mit Bildern, Rahmen und Manufakturwaren — XX., Treustraße 18.

Jus Stephan — Kleidermacher — VI., Laimgrubengasse 5.

Kevork Aprahamian — Handel mit Teppichen — XX., Allerheiligengasse 1.

Lang Rosa — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt) — XVII., Hernalser Hauptstraße 116.

Loob Franz Josef — Warenhandel (beschränkt) — VI., Gumpendorferstraße 16.

Matiasek Karl — Friseur — VII., Neustiftgasse 15.

Matouschek Franz — Kaffeeschank — VI., Brückengasse 14.

Marounek Rudolf — Rauchfangkehrer — XV., Maria vom Siege 8.

Neumann Emilie — Verschleiß von Konditoreiwaren, Kanditen, Fruchtsäften und Sodawasser — XVII., Jörgerstraße 52.

Pikolon Karl — Übernahme fertiger, jedoch nicht auf das Zustandekommen von Privatgeschäften abzielenden Annoncen jeglicher Art und Anbringung derselben an, beziehungsweise in den zu diesem Zwecke gemieteten Objekten — XIX., Heiligenstädterstraße 3.

Podlehsegg Berta, geb. Mader — Eishandel — XVII., Leopold Ernst-Gasse 29.

Reichard Franz — Fiaker-Lizenz Nr. 209 — XIV., Nobilegasse 21.

Rieger Rudolfine, geb. Kralik — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XX., Allerheiligenplatz 1.

Schiener Franz — Gewerbsmäßiger Betrieb einer Wäscherolle mit elektro-motorischem Betriebe — XVII., Hernalser Hauptstraße 188.

Schwartz Leon — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — XX., Allerheiligenplatz 3.

Schwarz Johanna, geb. Berger — Handel mit Damen- und Kinderkleidern — XVII., Hernalser Hauptstraße 5.

Seidl Franz — Fiaker-Lizenz Nr. 11, 382, 513 — XVII., Taubergasse 46/48.

Seidling Georg — Herrenkleidermacher — III., Adamsgasse 12.

Spieß Georg — Gastwirt — XX., Traisengasse 21.

Stirner Ludwig — Fischhandel — XX., Allerheiligenplatz 6.

Stramberg Wittkowitzer Zementwerke, A.-G. — Erzeugung von Zement und verwandten Stoffen, sowie Handel mit diesen Produkten — I., Fichtegasse 10.

Teller Bernhard — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — XX., Wallensteinstraße 8.

Varecka Wenzel — Kleidermacher — XX., Webergasse 15.

Wackar Josefa, geb. Paseka — Fragnerin — XX., Wintergasse 20.

Wilner Barbara — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß (beschränkt) — XVII., Hernalser Hauptstraße 96.

Winnige Elisabeth — Einspänner-Lizenz Nr. 260 — X., Leebgasse 37.

Zacek Franz — Kleidermacher — XVII., Mariengasse 1.

* * *

6. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

„Albis", Mineralöl-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. — Engros- und Endetailhandel mit Mineralölen und Mineralölprodukten, Fetten und Ölen ꝛc. — I., Börsegasse 7.

Bamberger Ernst — Musiker — XX., Leystraße 69.

Berg Josefine, geb. Jungschaffer — Viktualien- und Flaschenbierhandel — III., Baumgasse 17.

Braun Leopold (Inhaber der Firma Leopold Braun) — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — I., Graben 29.

Buchmüller Rudolf — Uhrmacher — XIX., Billrothstraße 24.

Deutsch Pauline — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Pöchlarnstraße 2.

Dorst Luise — Kurzwarenhandel — XX., Marchfelderstraße 10.

Dostalik Leopoldine — Modistin — III., Rennweg 11.

Fabriczki Armin — Handelsagentie — VII., Neustiftgasse 57/59.

Fleck Samuel — Gastwirt — X., Arthaberplatz 1.

Flenner Charlotte — Übernahme zum Chemischputzen, Appretieren und Färben — VI., Mollardgasse 36.

Florian Josef — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — III., Stanislausgasse 10.
Fohmann Marie, geb. Binder — Warenhandel (beschränkt) — VII., Burggasse 105.
Frankenstein Klara, geb. Schreiber — Warenhandel (beschränkt) — VII., Neubaugasse 12/14.
Graftmann Oskar — Handelsagentur — XX., Wallensteinstraße 37.
Hamsa Leopold — Wäscheputzer — XIX., Rodlergasse 22.
Heidenreich Karl — Handel und Verlag von dramatischen und musikalischen Bühnenwerken sowie Werken der Kirchenmusik — I., Bäckerstraße 9.
Heindl Johann — Gastwirt und Kaffeesieder — X., Laxenburgerstraße 7.
Herzog Leopoldine — Kaffeeschank — X., Keplergasse 14.
Hromadko Josef — Fleisch-Verschleiß — XX., Klosterneuburgerstraße 119.
Hübner Ambrosius — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XX., Salzachstraße 22.
Fritz Marie — Warenhandel (beschränkt) — IV., Karolinengasse 25.
Jakisch Georg — Kleinfuhrwerker — XX., Wenzelgasse 9.
Brüder Königstein (Alleininhaber: Alexander Königstein) — Fabriksmäßiger Betrieb der Papierwaren-Erzeugung — VII., Zieglergasse 63.
Lanyi Richard — Buchhandel — I., Kärntnerstraße 44.
Löffler Johann — Fleischselcher — XVII., Geblergasse 69.
Machon Johann — Holz- und Kohlenhandel — XX., Rauscherstraße 13.
Marel Franz — Kleidermacher — XX., Streffleurgasse 1.
Matschinegg Johann — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften, Marmeladen, Sodawasser und Gefrornem — VII., Appollogasse 26.
Mitsch Johann — Stukkateur — XX., Wintergasse 21.
Moser Alois — Kleinfuhrwerker — XVII., Jörgerstraße 20.
Nowotny Rudolf — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — XX., Burghardtgasse 30.
Pohanka Josef — Selchwaren-Verschleiß — XX., Hellwagstraße 1.
Pohanka Josef — Fleisch-Verschleiß — XX., Hellwagstraße 1.
Reinhalt Max — Handelsagentie — IX., Brünnlbadgasse 16.
Schiller Franz — Handel mit Beleuchtungsartikeln — VI., Kopernikusgasse 2.
Schrammel Johann — Anstreicher und Lackierer — III., Erdbergstraße 123.
Schubert Franz — Raseur und Friseur — XX., Allerheiligenplatz 3.
Schwingel Alois Karl — Handel mit alten und neuen Musikalien — I., Kärntnerstraße 8.
Schwingel Alois Karl — Musikalienleihanstalt — I., Kärntnerstraße 8.
Sittner Eduard — Gastwirtskonzessionserweiterung auf Faßbier — VIII., Josefstädterstraße 57.
Smital Anna — Warenhandel (beschränkt) — VI., Ägidigasse 16.
Triebl Therese — Vervielfältigung von Schriftstücken kommerziellen und literarischen Inhaltes (ohne Verwendung von Druckerpressen) — I., Schönlaterngasse 11.
Ujhely Rosalia — Branntweinschank — III., Rennweg 69.
Vasicek Eduard — Schlosser — III., Marxergasse 10.
Vocilka Anton — Schweinefleisch- und Schweinefselchwaren-Verschleiß — XIX., Cobenzlgasse 11.
Witzmann Leopoldine — Kanditen-Verschleiß — IX., Alserstraße 40.
Zimmer Rudolf — Zuckerbäcker — III., Rennweg 53.

* * *

7. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Altmann Gisela — Wäschewaren-Erzeugung — VII., Kaiserstraße 24.
Arbesser Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Waldgasse 36.
Aßmann Friedrich Anton — Handelsagentie — X., Laxenburgerstraße 80.
Bauer Rosalia — Warenhandel (beschränkt) — X., Knöllgasse 66.
Berg Leopoldine — Kleidermacherin — XIII., Penzingerstraße 64.
Dietscher Josef — Fleischhauer — VII., Burggasse, Markthalle, Zellen Nr. 195 und 197.
Edlhauser Ludwig — Gastwirt — I., Dorotheergasse 4.
Esterer Franz — Pferdeverleiher — XIII., Glasauergasse 12.
Fischer Ignaz — Pferdehandel — X., Laaerstraße 12.
Fuchs Cäcilie — Warenhandel (beschränkt) — XIII., Auhofstraße 147.
Fuchs Cäcilie — Wäschewaren-Erzeugung — XIII., Auhofstraße 147.
Hammer Rosalia — Warenhandel (beschränkt) — X., Ordengasse 3.
Harzhauser Anna Leopoldine, geb. Uskoreit — Marktviktualienhandel — X., Eugenplatz, Markt.
Hausleitner Johann — Dachdecker — X., Gellertplatz 5.
Heinicke Emil, A.-G. — Übernahme von Bestellungen auf Inneneinrichtungen und Portalbauten, behufs Ausführung durch hiezu befugte Gewerbetreibende — VI., Mariahilferstraße 47.
Heinisch Johann — Klaviermacher — X., Waldgasse 31.
Huber Michael — Elektrotechniker-Konzession — XX., Dresdnerstraße 110.
Knöpfmacher Moritz — Kaffeesieder — I., Kaiser Wilhelm-Ring 10.
Kothbauer Franz J. — Land- und Stadtlohnfurwerk-Lizenz Nr. 1196 — X., Favoritenstraße 133.
Krasa Therese — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Knöllgasse 72.
Krejci Marie — Weiß- und Monogrammstickerin — X., Quellenstraße 50.
Lehmann Friedrich — Kaffeesieder — I., Kärntnerstraße 18.
Lenz Anton — Warenhandel (beschränkt) — X., Quellenstraße 183.
Luda Anton — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — — XIII., Märzstraße 154.
Malacek Marie — Putzerei-Übernahme — X., Inzersdorferstraße 42.
Mestrozzi Anton — Marktviktualienhandel — X., Eugenplatz (Markt).
Nadler Franz — Musiker — I., Krugerstraße 3.
Neugebauer Bernhard — Zimmer- und Fensterputzer — X., Eugengasse 88.
Plaschkowitz Josef — Handel mit Galanteriewaren, Sport- und Fechtgeräten — III., Landstraßer Hauptstraße 64.
Probst Alois — Pferdeagentie — X., Quellenstraße 96.
Pürstinger Josef — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — X., Eugenmarkt.
Rohrbacher Karl — Handel mit Torfstreu — XIII., Hietzinger Hauptstraße 135/137.
Salzborn Alois — Kaffeesieder — I., Krugerstraße 8.
Scherer & Klaußecker (Gesellschafter: Max Scherer, Johann Klaußecker) — Kaffeesieder — XIII., Am Platz 6.
Schilberg Karl — Marktviktualienhandel — X., Eugenplatz.
Schimko Gustav jun. — Schuhmacher — X., Eugenplatz 4.
Speth Pinkas Leib — Handel mit Galanteriewaren, Haus- und Küchengeräten — X., Favoritenstraße 76.
Spitzer Bernard — Warenhandel (beschränkt) — X., Favoritenstraße 78.
Stanzel Franz — Häckeln von Spitzen aus Häckelgarn — III., Rüdengasse 25.
Stesl Rudolf — Dachpappendeckerei und Dachpappenanstrich mit Teer — — X., Gellertgasse 22.
Stepan Peter — Schuhmacher — X., Hebelgasse 2 a.
Svik Bozena — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — X., Neilreichgasse 19.
Swercl Johanna — Pferdefleisch-Verschleiß — X., Van der Nüllgasse 14.
Voracek Katharina — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen ꝛc. — XIII., Rosenthalgasse (Steinbruch).
Voracek Katharina — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Rosenthalgasse (Steinbruch).
Wiener Auto-Betriebsgesellschaft m. b. H. — Fiaker-Lizenz Nr. 964, 995, 996 und 997 — XVI., Reinhartgasse 32.
Winter Leopold — Kleinfuhrwerker — X., Laxenburgerstraße 103.

Inhalt.

Seite

Stadtrat:
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 11. März 1913 913
Richtigstellung 921
Bezirksvertretungen:
Protokoll über die außerordentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 4. März 1913 921
Allgemeine Nachrichten:
Festlicher Empfang 921
K. k. Bezirksschulrat 921
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 18. und 20. März 1913 922
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 18. März 1913 922
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 19. März 1913 922
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 20. März 1913 922
Pferdemarkt vom 18. März 1913 923
Jung- und Stechviehmarkt vom 17. und 20. März 1913 923
Sanitäts-Angelegenheiten:
Ausweis über die im Februar 1913 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte 923
Öffentliche Sicherheit 923
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 18. bis 20. März 1913 923
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 924
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 927
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 927
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1913.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
26. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	97	Neubau eines Hauptunratskanales in der Wilhelminenbergstraße von Or.-Nr. 1 bis Or.-Nr. 3 im XVII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	3374 K 58 h 3—3
27. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer** Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	1163/12	Neubau eines Hauptunratskanales in der Hameaustraße von dem Sulzweg bis Hameaustraße 54 im XVIII. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	9361 K 77 h 3—3
28. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	239	Neubau von Hauptunratskanälen in der Heindlgasse zwischen der Koppstraße und Herbststraße, in der Herbststraße zwischen der Heindl- und Possingergasse und in der Possingergasse zwischen der Koppstraße und Herbststraße im XVI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	15.862 K 3—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
29. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	272	Neubau und Umbau von Hauptunratskanälen in der Oberen Augartenstraße von Or.-Nr. 6 bis 2, auf dem Unbenannten Platze von der St. Leopoldskirche bis zum Kanale in der Kleinen Pfarrgasse und in der Schwarzingergasse von der Kleinen Pfarrgasse bis zur Leopoldsgasse im II. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	6317 K 31 h 1—3
3. April 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	310	Umbau des Hauptunratskanales in der Wurlitzergasse von der Thaliastraße bis zur Ottakringerstraße im XVI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	5898 K 32 h 1—3
4. April 10 Uhr	Abteilung IX (Mag.-Rat **Dr. Konst. Mayer**, Neues Rathaus, V. Stiege 2. Stock)	560	Errichtung einer V. Gruppe von Jungschweinstallungen auf dem Borstenviehmarkte in St. Marx.	**Baumeisterarbeiten** . . . . . . **Betonarbeiten** . . . . . . **Zimmermannsarbeiten** . . . . . **Schlosserarbeiten** . . . . . . **Wasserleitungsarbeiten**	18.097 K 75 h 16.630 „ — „ 7.879 „ 50 „ 4.987 „ — „ 5.000 „ — „ Vorbemerkung: Pläne rc. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II a, Neues Rathaus, zur Einsicht auf. 3—3
31. März 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat **Dr. Loderer**, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	2652/12	—	**Revision der Blitzableiteranlagen auf städtischen Gebäuden in den Jahren 1913, 1914 und 1915.**	— 1—3

M. Abt. XI b, 12804/12.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Versorgungsheim: Bau Pavillon I Elektrische Anlage, Blitzableiter, Personenaufzug, Speisenaufzug.)

Anläßlich der Erbauung des Heimes I im Wiener Versorgungsheime werden nachstehende Arbeiten und Lieferungen im Offertwege vergeben werden:

1. Elektrische Anlage, veranschlagter Kostenbetrag 17.202 K 47 h;
2. Blitzableiteranlage, veranschlagter Kostenbetrag 1227 K 80 h;
3. Personenaufzug, veranschlagter Kostenbetrag 7500 K;
4. Speisenaufzug, veranschlagter Kostenbetrag 4500 K.

Zu diesem Zwecke wird am **Montag den 14. April 1913, pünktlich um 9 Uhr vormittags**, in den Amtsräumen der Magistrats-Abteilung XI b, Wien XIII., Versorgungsheim eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne, Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VIII, Neues Rathaus (Mezzanin), während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptkassa gegen Kostenerlag bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen oder an die Magistrats-Abteilung XI b einzusenden.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt. Der Bewerber, dessen Anbot angenommen wird, hat binnen acht Tagen nach Vertragsabschluß ein Pfandgeld (Kaution) von 5 Prozent gemäß § 3 der allgemeinen Bedingnisse zu erlegen.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 14. März 1913.

Der Abteilungs-Vorstand:
Paul m. p.,
Magistrats-Sekretär. 1—3

M. Abt. VI, 2853/12.

Kundmachung.

(Verkauf von Motoren, Pumpen und Reservoiren.)

Die Gemeinde beabsichtigt, aus den zur Auflassung bestimmten Schöpfwerken die Motore und Pumpen samt Zubehör (bei einigen Schöpfwerken auch die Reservoire und sonstigen Eisenbestandteile) zu veräußern. Kauflustige erhalten nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VII a (Baurat Podstata), I., Doblhoffgasse 6, woselbst auch die Anbote, und zwar abgesondert für jedes Schöpfwerk einzubringen sind.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 22. Jänner 1913.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Maug,
Magistratsrat. 16—18

Z. 530.

Konkursausschreibung.

Bei der Braunkohlen-Bergbaugewerkschaft Zillingdorf gelangt die Stelle eines Markscheiders zur Besetzung.

Für diese Stelle wird eine dreimonatliche Probedienstzeit mit beiderseits einmonatlicher Kündigung festgesetzt und gilt nach Ablauf der Probedienstzeit die gesetzliche beiderseits dreimonatliche Aufkündigungsfrist.

Bewerber um diese Stelle haben

1. Ein Lebensalter über 18 und unter 40 Jahren,
2. die österreichische Staatsbürgerschaft,
3. einen unbescholtenen Lebenswandel,
4. ihre deutsche Nationalität,
5. ihre vollkommen physische Eignung,
6. die durch erfolgreiche Absolvierung einer inländischen montanistischen Hoch- oder Mittelschule erworbene theoretische Kenntnis der Markscheidekunde und der Vorschriften des allgemeinen österreichischen Berggesetzes, sowie eine längere Praxis im Markscheidefache und die hiedurch erworbene vollkommene Versiertheit in den für den Betrieb in der Grube oder über Tags erforderlichen Vermessungsarbeiten mit Kompaß und Theodolit, Mappierungen und in sämtlichen im praktischen Markscheiderdienste vorkommenden Arbeiten, wie Schachtsenkeln, Profilaufnahmen, Verfassung von Betriebsplänen und Vortriebskontrolle u. s. w.

nachzuweisen, ein curriculum vitae vorzulegen und ihre Ansprüche hinsichtlich Gehalt und Quartier, beziehungsweise Quartiergeld, Spesen und Diäten bekanntzugeben.

Im übrigen finden auf die ausgeschriebene Stelle die Bestimmungen der §§ 201 bis 203 des allgemeinen Berggesetzes Anwendung.

Bewerber um diese Stelle haben ihre im Sinne der vorstehenden Ausschreibungsbedingungen entsprechend belegten Gesuche **bis spätestens 29. März 1913** bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke in Wien, IX., Mariannengasse 4, einzubringen und in denselben anzugeben, wann sie den Dienst antreten könnten.

Direktion der städtischen Elektrizitätswerke. 2—3
Wien, am 14. März 1913.

**

Z. 3815.

Kundmachung.

(Erledigte Stellen von katholischen Religionslehrern im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die nachstehend angeführten Stellen von eigenen Religionslehrern für den katholischen Religionsunterricht mit jährlichen Gehaltsbezügen zur Besetzung:

1. Eine Stelle an der Bürgerschule für Knaben im I. Bezirke, Stubenbastei 3 und an der Bürgerschule für Mädchen im I. Bezirke, Zedlitzgasse 9;

2. eine Stelle an der Bürgerschule für Knaben im V. Bezirke, Gassergasse 44;

3. eine Stelle an der Bürgerschule für Knaben im XV. Bezirke, Friedrichsplatz 4;

4. eine Stelle an der Bürgerschule für Mädchen im XVI. Bezirke, Wurlitzergasse 59, mit der Verpflichtung des anzustellenden Religionslehrers, bis zu 21 wöchentlichen Unterrichtsstunden den Religionsunterricht ohne Anspruch auf eine über die Gehaltsbezüge hinausgehende Entlohnung auch an den höheren Klassen der mit dieser Bürgerschule unter gemeinsamer Leitung stehenden allgemeinen Volksschule für Mädchen zu erteilen.

Mit jeder der ausgeschriebenen Stellen ist der Jahresgehalt von 2500 K und das Quartiergeld von jährlich 1200 K, welches nach dem vollendeten 20. Dienstjahre auf jährlich 1400 K erhöht wird, der Anspruch auf Dienstalterszulagen von jährlich je 200 K nach einer Dienstzeit von je drei Jahren, der Anspruch auf eine Personalzulage von jährlich 400 K nach 30 für die Pension anrechenbaren Dienstjahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrat zu richten.

Die Gesuche der noch nicht im öffentlichen Volksschuldienste stehenden Bewerber müssen **längstens bis einschließlich 11. April 1913** bei jenen Ortsschulräten, in deren Sprengel die ausgeschriebenen Lehrstellen erledigt sind, und zwar, falls der Bewerber in irgend einem anderen öffentlichen Dienstverhältnisse steht, im vorgeschriebenen Dienstwege eingelangt sein.

Die Gesuche der außerhalb des Wiener Schulbezirkes bereits im öffentlichen Volksschuldienste stehenden Bewerber sind spätestens acht Tage vor Ablauf des oben angeführten Konkurstermines bei dem ihnen vorgesetzten Bezirksschulrate einzubringen.

Die Bewerbungsgesuche der im Wiener Schulbezirke im öffentlichen Volksschuldienste stehenden Bewerber sind **längstens bis einschließlich 11. April 1913** bei der unmittelbar vorgesetzten Bezirkssektion des k. k. Bezirksschulrates durch die Schulleitung zu überreichen. Solchen Bewerbern ist es gestattet, für alle in dieser Konkursausschreibung enthaltenen Lehrstellen nur ein Gesuch zu überreichen, in welchem die angestrebten Lehrstellen, nach Bezirken geordnet, anzuführen sind. Dem Gesuche sind so viele Dienstabellen mit den erforderlichen amtlichen Auszügen aus dem Gesuche anzuschließen, daß jedem der betreffenden Ortsschulräte eine Dienstabelle zugestellt werden und noch eine Dienstabelle beim Gesuche verbleiben kann. In jeder Dienstabelle sind die angestrebten Lehrstellen nach Bezirken geordnet anzuführen. Die Dienstabellen müssen mit dem Vermerke: „Über amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen" versehen sein.

Außerdem sind jedem Gesuche so viele Auszüge aus dem Absenzen- und Urlaubsausweise beizulegen, als Dienstabellen angeschlossen sind.

In diesen Auszügen sind die Urlaube und sonstigen Absenzen des Jahres, in welchem die Bewerbung stattfindet, und der drei vorhergegangenen Jahre zu verzeichnen. (Erlaß des k. k. Bezirksschulrates vom 31. Mai 1911, Z. 8602/11.)

Sämtlichen Bewerbern wird nachdrücklichst empfohlen, das vom k. k. Bezirksschulrate Wien aufgelegte Gesuchsformulare zu verwenden.

Dieses, sowie die Formulare für die Dienstabellen, Inderblätter und Absenzenausweise sind von den im Wiener Schulbezirke bereits angestellten Bewerbern vom zuständigen Ortsschulrate zu beziehen.

Auswärtige Bewerber haben diese Drucksorten bei dem städtischen Schuldrucksortenverlage (Wien, VIII. Bezirk, Piaristengasse 43) anzusprechen.

Jedes Gesuch ist weiters zu belegen: Mit dem Taufscheine, dem Heimatscheine, den Nachweisen über etwa geleistete Volksschuldienste, einem Zeugnisse des unmittelbar Vorgesetzten über das Verhalten und die Verwendung des Bewerbers, falls derselbe nicht im öffentlichen Volksschuldienste steht.

Die geforderten Gesuchsbelege sind in Urschrift oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift beizubringen.

Die etwa ausgewiesene Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Konkurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Konkurstermines nicht gehörig belegte Gesuche dürfen nicht berücksichtigt werden.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien,
am 28. Februar 1913.

Für den Vorsitzenden:
Hoß. 1—1

M. A. X, 6672/12.

Kundmachung.

(Friedhöfe im XXI. Bezirke; Festsetzung der Besuchszeit.)

Zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 27. Februar 1913, P. Z. 3459, ist der Besuch der Friedhöfe im XXI. Bezirke dem Publikum in den Monaten April bis einschließlich Oktober und am 1. und 2. November von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends, in den übrigen Monaten von 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends gestattet.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
im März 1913.

Der Abteilungs-Vorstand:
Koniakowsky,
Magistratsrat. 1—3

M. A. XIX. 322.

Kundmachung.

(Auflegung der Wählerlisten und Einbringung von Einwendungen gegen dieselben.)

Infolge Mandatsablaufes ist die Neuwahl der Bezirksvertretung Währing erforderlich.

Behufs deren Durchführung wird nachstehendes bekanntgemacht:

Die für diese Wahlen nach den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung verfaßten Wählerlisten liegen gemäß § 16 dieser Wahlordnung, wonach die Auflegung der Wählerlisten mindestens sechs Wochen vor der Wahl stattzufinden hat, vom 23. März 1913 an in der Gemeindebezirkskanzlei, XVIII., Martinstraße 100, zu jedermanns Einsicht auf.

Einwendungen gegen die Wählerlisten können daselbst in der Zeit **vom 23. März 1913 bis einschließlich 5. April 1913** mündlich oder schriftlich eingebracht werden.

Auf später eingebrachte Einwendungen kann keine Rücksicht genommen werden.

Alle jene Wahlberechtigten, welche gegen diese Wählerlisten auf Grund des Gesetzes Einwendungen erheben zu können glauben, werden eingeladen, diese Einwendungen in der obenbezeichneten Gemeindebezirkskanzlei einzubringen. Hiebei sind die Ausweise über das beanspruchte Wahlrecht (Zuständigkeits-Dekret, Heimatschein, Anstellungs-Dekret, dann Tauf-, beziehungsweise Geburtschein, Meldezettel, Steuerdokumente 2c.) vorzulegen.

Mündliche Einwendungen werden an den bezeichneten Orten innerhalb obiger Fallfrist täglich während der üblichen Amtsstunden, das ist an Werktagen von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, an Sonn- und Feiertagen dagegen von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags zu Protokoll genommen, schriftliche Einwendungen können innerhalb derselben Frist und während der gleichen Stunden ebendaselbst überreicht werden.

Den in die Wählerlisten für diese Wahlen eingetragenen Personen wird ein gedrucktes Wählerverzeichnis zugesendet. Es werden daher insbesondere jene Wahlberechtigten, welchen dieses Verzeichnis nicht zukommen sollte, eingeladen, ihr Wahlrecht innerhalb der obigen Fallfrist an den bezeichneten Orten mündlich oder schriftlich zu reklamieren.

Über die rechtzeitig erhobenen Einwendungen entscheidet der Magistrat binnen längstens zehn Tagen und nimmt die für zuläßig anerkannten Berichtigungen sogleich vor.

Gegen die Entscheidung des Magistrates steht innerhalb dreier Tage die Berufung an den Stadtrat offen, welcher endgültig entscheidet.

Acht Tage vor der Wahl darf in den Wählerlisten für die im Zuge befindliche Wahl keine Veränderung vorgenommen werden.

Die näheren Bestimmungen über Ort und Zeit der Wahl sowie über die Zahl der zu besetzenden Stellen werden seinerzeit zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden.

Auszug aus der Gemeindewahlordnung vom 24. März 1900, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 17.

Wahlberechtigung.

§ 2. Wahlberechtigt im 1. Wahlkörper sind unter den österreichischen Staatsbürgern männlichen Geschlechtes, welche das 24. Lebensjahr vollstreckt und im Gemeindegebiete von Wien ihren ordentlichen Wohnsitz haben:

a) Die Ehrenbürger von Wien;

b) die Pfarrer und höhren Geistlichen aller staatlich anerkannten christlichen Konfessionen und die Rabbiner der israelitischen Kultusgemeinden;

c) die wirklichen, pensionierten oder quieszierten Beamten des Allerhöchsten Hofstaates, des Staates, des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien, der öffentlichen Fonds, der Handels- und Gewerbekammer Wien, ferner die Offiziere (Auditore, Militärärzte) und Militärgeistliche im Ruhestande oder im Verhältnisse außer Dienst, die aktiv dienenden, im Ruhestande oder im Verhältnisse außer Dienst stehenden Militärbeamten, schließlich die an den in der Gemeinde bestehenden öffentlichen mittleren oder höheren Lehranstalten angestellten Direktoren und Professoren — alle diese, insofern sie von ihren Bezügen eine Besoldungssteuer entrichten;

d) diejenigen, welche an Grundsteuer mindestens 200 K, an Grund- und Gebäudesteuer (einschließlich der Steuer vom Einkommen aus dem Ertrage steuerfreier Häuser) mindestens 400 K oder an allgemeiner Erwerbsteuer mindestens 100 K nebst Gemeindezuschlägen seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

e) diejenigen, welche an Personaleinkommensteuer mindestens 200 K seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten.

§ 3. Wahlberechtigt im 2. Wahlkörper sind unter den österreichischen Staatsbürgern männlichen Geschlechtes, welche das 24. Lebensjahr vollstreckt und im Gemeindegebiete von Wien ihren ordentlichen Wohnsitz haben:

a) Die Bürger von Wien;

b) die Geistlichen der staatlich anerkannten christlichen Konfessionen;

c) die wirklichen, pensionierten oder quieszierten Beamten des Allerhöchsten Hofstaates, des Staates, des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien, der öffentlichen Fonds, der Handels- und Gewerbekammer Wien, ferner die Offiziere (Auditore, Militärärzte, Truppenrechnungsführer) und Militärgeistliche im Ruhestande und im Verhältnisse außer Dienst, die aktiv dienenden, im Ruhestande und im Verhältnisse außer Dienst stehenden Militärbeamten;

d) Doktoren, welche ihren akademischen Grad an einer inländischen Universität erlangt haben, Notare, ferner die von einer inländischen Universität oder Anstalt approbierten Patrone oder Magister der Chirurgie, dann Magister der Pharmazie, dann diejenigen Techniker Bergbau-Ingenieure, Landwirte, Forstwirte und Tierärzte, welche an einer inländischen Hochschule die Diploms- oder Staatsprüfungen bestanden haben, schließlich die behördlich autorisierten Privattechniker, insofern dieselben Gemeindeangehörige sind.

***

e) die bleibend angestellten Vorsteher und Lehrer der in der Gemeinde befindlichen öffentlichen allgemeinen Volks- und Bürgerschulen sowie der mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestatteten Privatschulen, ferner die an den in der Gemeinde bestehenden öffentlichen mittleren oder höheren Lehranstalten angestellten Direktoren, Professoren, wirklichen Lehrer;

f) diejenigen, welche an Grundsteuer, an Grund- und Gebäudesteuer (einschließlich der Steuer vom Einkommen aus dem Ertrage steuerfreier Häuser) oder an allgemeiner Erwerbsteuer mindestens 40 K nebst Gemeindezuschlägen seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

g) diejenigen, welche an Personaleinkommensteuer mindestens 40 K seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

alle diese Personen, insofern sie nicht schon im 1. Wahlkörper wahlberechtigt sind.

§ 4. Wahlberechtigt im 3. Wahlkörper sind unter den österreichischen Staatsbürgern männlichen Geschlechtes, welche das 24. Lebensjahr vollstreckt und im Gemeindegebiete von Wien ihren ordentlichen Wohnsitz haben:

a) Diejenigen, welche an Grundsteuer, an Grund- und Gebäudesteuer (einschließlich der Steuer vom Einkommen aus dem Ertrage steuerfreier Häuser) oder an allgemeiner Erwerbsteuer mindestens 8 K nebst Gemeindezuschlägen seit einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

b) die wirklichen, mit Dekret definitiv angestellten, pensionierten oder provisionierten Bediensteten des Allerhöchsten Hofstaates, des Staates, des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien, der öffentlichen Fonds, der Handels- und Gewerbekammer in Wien;

c) diejenigen, welche an Personaleinkommensteuer mehr als 20 K seit wenigstens einem Jahre in der Gemeinde jährlich entrichten;

alle diese Personen, insofern sie nicht schon im 1. oder 2. Wahlkörper wahlberechtigt sind.

§ 6. Wenn ein Wahlberechtigter verschiedenartige Steuern zu entrichten hat, gehört er, wenn eine dieser Steuerleistungen das im vorstehenden für den 3., 2. oder 1. Wahlkörper angeführte Ausmaß erreicht, in den 3., 2., beziehungsweise 1. Wahlkörper. Die auf Grund von Bekenntnissen vorgeschriebene Rentensteuer wird jedoch der dem Wahlberechtigten vorgeschriebenen Personaleinkommensteuer zugerechnet.

Jedem Wahlberechtigten wird in dem Gemeindebezirke, in welchem er wohnt, die von ihm im gesamten Gemeindegebiete entrichtete Jahresschuldigkeit an direkten Steuern der betreffenden Steuergattung angerechnet.

Die von einer Realität, die mehreren gehört, zu entrichtende Steuer wird unter die Mitbesitzer entsprechend dem Anteile an dem Besitze, der jedem einzelnen zusteht, die von einer öffentlichen Handelsgesellschaft zu entrichtende Steuer unter die einzelnen öffentlichen Handelsgesellschafter zu gleichen Teilen verteilt.

§ 7. Behufs der Einreihung in die drei ersten Wahlkörper werden dem Vater die von seinen minderjährigen Kindern, dem Gatten die von seiner Gattin in der Gemeinde entrichteten direkten Steuerbeträge zugerechnet, solange das dem Vater, beziehungsweise Gatten gesetzlich zustehende Befugnis der Vermögensverwaltung nicht aufgehört hat.

Ausnahmen.

§ 8. Ausgenommen von der Ausübung des aktiven Wahlrechtes sind alle Personen, welche unter väterlicher Gewalt, unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, ebenso diejenigen, welche eine Armenversorgung genießen oder innerhalb der letzten zwei Jahre vom Wahltage des Wahlkörpers an gerechnet, dem der Unterstützte angehören würde, eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten haben.

Ausnahmen bei Militärpersonen.

§ 9. Aktiv dienende Offiziere (Auditore, Militärärzte, Truppenrechnungsführer) und Militärgeistliche, dann die im Bezuge einer Gage stehenden, in keine Rangsklasse eingereihten Militärpersonen, sowie die dem aktiven Mannschaftsstande angehörigen Militär-(Landwehr-)Personen einschließlich der zeitlich Beurlaubten sind von der Wahlberechtigung ausgenommen.

Ausschluß wegen strafbarer Handlungen.

§ 10. Solange das Strafgesetz keine anderen Bestimmungen trifft, sind vom Wahlrechte ausgeschlossen:

a) Personen, welche wegen eines Verbrechens in Untersuchung gezogen wurden, solange diese dauert;

b) Personen, welche wegen eines Verbrechens, der Übertretung des Diebstahls, der Veruntreuung, der Teilnahme an einer dieser Übertretungen oder des Betruges (§§ 460, 461, 463, 464 Str.-G.) oder wegen der im § 1 des Gesetzes vom 28. Mai 1881, R.-G.-Bl. Nr. 47, und im § 1 des Gesetzes vom 25. Mai 1883, R.-G.-Bl. Nr. 78, bezeichneten Handlungen zu einer Strafe verurteilt worden sind, jedoch nur so lange, als die im § 6 des Gesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 131, Absatz 2 und 4, ausgesprochene Unfähigkeit zur Erlangung der im ersten Absatze des zitierten Paragraphen erwähnten Vorzüge und Berechtigungen dauert.

Ausschließung aus anderen Gründen.

§ 11. Vom Wahlrechte sind ferner ausgeschlossen:

a) Personen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet wurde, solange das Konkursverfahren dauert;

b) Personen, welche über die ihnen anvertraute Vermögensgebarung der Gemeinde oder einer Gemeindeanstalt mit der zu legenden Rechnung noch im Rückstande sind.

Ausübung des Wahlrechtes.

§ 12. Das Wahlrecht ist persönlich auszuüben.

§ 13. Die Verpflichtung der Wähler zur Ausübung des Wahlrechtes wird durch ein besonderes Gesetz normiert werden.

Wählbarkeit.

§ 14. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet.

Ausgenommen von der Wählbarkeit sind: Gemeindebeamte, Gemeindediener und sonstige Angestellte der Gemeinde. Remunerationsbezüge, welche jemand von der Gemeinde erhält, machen ihn der Wählbarkeit nicht verlustig.

Ausgeschlossen sind: Personen, welche wegen eines aus Gewinnsucht verübten Disziplinarvergehens ihres öffentlichen Amtes oder Dienstes entsetzt worden sind, während der drei auf ihre Entlassung folgenden Jahre, vom Zeitpunkte des Eintrittes der Rechtskraft des bezüglichen Erkenntnisses an gerechnet, ferner diejenigen, welchen auf Grund des Statutes sowie der Wahlordnung die Wählbarkeit auf die Dauer von zwei Jahren aberkannt wurde.

Gemäß § 42 des Gemeindestatutes können einer Bezirksvertretung nur solche Gemeindemitglieder angehören, welche ihren Wohnsitz im Bezirke haben und nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeinderates sind.

Auszug aus dem Gesetze, betreffend strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Wahl- und Versammlungsfreiheit.

§ 14. Verlust des Wahlrechtes und der Wählbarkeit.

Die Verurteilung wegen der in den §§ 3 (Wahlbestechung), 5 (Wahlnötigung), 7 (Wahlfälschung), 8 (Wahlbehinderung) und 10 (Wahlvereitelung) bezeichneten Vergehen bewirkt, wenn sie bei Wahlen zum Abgeordnetenhause des Reichsrates oder zu den Landtagen begangen wurden, den Verlust des Wahlrechtes und der Wählbarkeit in Bezug auf das Abgeordnetenhaus des Reichsrates, die Landtage und die Gemeinde- und Bezirksvertretungen für die Dauer von sechs Jahren nach dem Ende der Strafe. Dies ist im Urteile auszusprechen.

Wien, am 14. März 1913.

Der Bürgermeister:
Dr. Richard Weiskirchner.

1—1

M. Abt. XIII, 1495/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Gögl'sche Heiratsausstattungsstiftung
für Mädchen.

Verliehen wird: Ein Ausstattungsbetrag von 210 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, in Wien wohnhafte Mädchen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis und Wohnungsnachweis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. März 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 1334/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Andreas Zelinka'sche Stiftung
für mittellose Wiener Advokaten.

Verliehen wird: Vom 1. April 1913 angefangen ein Unterstützungsbetrag jährlicher 1200 K auf Lebensdauer.

Anspruchsberechtigt sind: Mittellose Wiener Advokaten, dieselben mögen ihre Praxis noch ausüben oder aufgegeben haben.

Vorzugsberechtigt sind unter sonst gleichen Verhältnissen die Nachkommen des Bruders des Stifters, Josef Zelinka, und der Schwester des Stifters, Franziska Fenz.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis, Bestellungs-Dekret als Advokat, eventuell Nachweise über ein geltend gemachtes Vorzugsrecht.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 4. März 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 1466/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Kurrende.
(Begünstigungen für städtische Beamte im „Bavaria-Bad" in Hals.)

In der Kur- und Wasserheilanstalt „Bavaria-Bad" des Herrn Dr. Med. G. Mayerhausen in Hals bei Passau erhalten in der Zeit vom 1. Mai bis 10. Juni 1913 zwei mittellose, der Kur bedürftige Beamte der Stadt Wien vollständig freie Kur, ärztliche Behandlung, Beköstigung und Wohnung, und zwar je auf die Dauer von vier Wochen.

Ferner wird allen städtischen Beamten ohne Unterschied die ganze Saison hindurch eine Ermäßigung von 15 Prozent der prospektmäßigen Preise gewährt.

Bewerber um einen der Freiplätze haben ihre Gesuche, welche zugleich auch das Ansuchen um Erteilung des erforderlichen Urlaubes, die Angaben über die Bezüge, die Dienstzeit, die Vermögens- und Familienverhältnisse, sowie die Bestätigung der Kurbedürftigkeit zu enthalten haben, **bis einschließlich 10. April 1913** in der Einlaufstelle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 1. März 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 1502/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Franz und Marie Tautz'sche Stiftung

für verwitwete Bürger und Bürgerswitwen.

Zur Verteilung gelangen: 1400 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, verwitwete Wiener Bürger und Wiener Bürgerswitwen katholischer Religion, die nicht bereits im Vorjahre aus dieser Stiftung beteilt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Trauungsschein, Bürgerrechtsnachweis, Totenschein des verstorbenen Gattenteiles

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Mai 1913.**

Verleihungstag: 16. September 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. März 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 906/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Gustav Freiherr v. Heine-Geldern'sche Stiftung

für Witwen und Waisen.

Verteilt werden: 620 K in Beträgen von 50 bis 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, welche arm und in Wien heimatberechtigt sind.

Der Stiftungsgenuß kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Dem Gesuche sind anzuschließen:

a) von Witwen: Tauf(Geburt)schein, Trauungs- und Totenschein des Gatten, Heimatschein, Nachweis, daß der Gatte ein Gewerbe betrieben hat;

b) von Waisen: Tauf(Geburt)schein, Totenschein des Vaters oder der Eltern, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis über die Krüppelhaftigkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 20. April 1913.**

Tag der Verleihung: 1. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 10279/12. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Anton Eckhart'sche Stiftung

für erwerbsunfähige Gewerbsleute.

Bei der am 7. März 1913 stattgehabten Ziehung der Lose der Johann Eckhart'schen Stiftung für erwerbsunfähige Gewerbsleute sind folgende 26 Losnummern gezogen worden, und zwar:

1, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 15, 18 19, 21, 23, 24, 30 33, 34, 35, 36, 39, 41, 42, 44, 48, 49, 51.

Die Inhaber dieser Lose haben behufs Behebung des Stiftungsbetrages von je 63 K in der Zeit vom 15. bis einschließlich 31. März 1913 an einem Werktage während der gewöhnlichen Amtsstunden bei der städtischen Hauptkassa im Rathause zu erscheinen und die in ihren Händen befindlichen Originallose mitzubringen.

Die bis einschließlich 31. März 1913 nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,

am 7. März 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 115/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung

für Techniker.

Verliehen werden: Drei Stipendien im Betrage von je 210 K vom Sommersemester 1913 an auf Studiendauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbemittelte, in Wien geborene Hörer der k. k. Technischen Hochschule in Wien, welche sich durch fleißige Verwendung, vorzügliche Befähigung und gute Sitten auszeichnen.

Bei sonst gleichen Umständen genießen Söhne von Wiene Bürgern den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Verleihungstermin: November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 964/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Karl und Magdalena Braun-Stiftung
für Blinde.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 160 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Blind geborene oder unheilbar erblindete, nach Wien zuständige, außerhalb eines Blindeninstitutes lebende und unzureichend bemittelte Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Zuständigkeitsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und die Ursache derselben.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. März 1913. 1–3

M. Abt. XIII, 931/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Invalidenstiftung
der ehemaligen Gemeinde Währing.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 25 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, in dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Währing wohnhafte Militärinvaliden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Zuständigkeitsnachweis und Nachweis über die Eigenschaft als Militärinvalide.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. März 1913. 1–3

M. Abt. XIII, 1494/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Eugen Dub'sche Stiftung
für Waisenknaben der Stadt Wien, unheilbare, in Wien geborene Kranke und hilfsbedürftige Staats- und Privatbeamtenfamilien.

Verliehen werden:

a) 558 K an Waisenknaben der Stadt Wien;
b) 558 K an drei arme, in Wien geborene unheilbare Kranke und
c) 558 K an drei hilfsbedürftige Staatsbeamtenfamilien und an drei hilfsbedürftige Privatbeamtenfamilien, welche ihren Ernährer durch den Tod verloren haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Totenschein des Gatten, Trauungsschein, Taufscheine der Kinder, Nachweis, daß der Verstorbene Staats- oder Privatbeamter war.

Jene, welche sich auf eine unheilbare Krankheit berufen, haben ein armenärztliches Gutachten anzuschließen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Bewerbungsfrist: **Bis 15. Mai 1913.**
Verleihungstag: 23. September 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. März 1913. 1–3

M. Abt. XIII, 898/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef und Anna Wasner'sche Stiftung
für Gewerbetreibende.

Verteilt werden: 830 K in vier gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, ohne ihr Verschulden zugrunde gegangene Gewerbsleute, welche ihr Gewerbe noch betreiben. Jedes Jahr ist je ein verarmter Gewerbsmann aus der Leopoldstadt und Brigittenau zu berücksichtigen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**
Verleihungstag: 26. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 891/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Stettner'sche Stiftung
für Gastgeberswitwen.

Verteilt werden: 150 K in fünf Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Gastgeberswitwen in Wien, die kränklich und ohne ihr Verschulden verarmt sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Totenschein des Gatten, Nachweis über den früheren Gewerbebetrieb desselben, ärztliches Gutachten über die Kränklichkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**
Verleihungstag: 24. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 114/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Ludwig Edler v. Reithoffer'sche Stiftung.

Verteilt werden: 1200 K in 12 gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte Wiener Bürger und verarmte, in Wien wohnende Personen, welche ein Gewerbe in Wien betrieben haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Bürgerrechtsnachweis, beziehungsweise Nachweis, daß Bittsteller ein Gewerbe in Wien betrieben hat.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Verleihungstag: 10. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 15. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 112/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josefine v. Königwarter'sche Heirats-ausstattungsstiftung.

Verliehen wird: Ein Betrag von 560 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbescholtene, nach Wien zuständige Mädchen; Waisen, namentlich mutterlose, haben den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Verleihungstag: 14. Mai 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 24. Jänner 1913.

KLEIDER
Für Herren und Damen
erzeugt elegant solid billigst.
Peter Drha
Wien IX/4. Nussdorferstr. 30. Mezzanin
Auf Wunsch Zahlungsbegünstig.
Telephon 21338

AMERICAN Trading Company
Büromöbel-Fabrik
Wien, IX/2. Währingerstr. 27.
Telephon 16295.
Übernahme kompletter Einrichtungen für Banken, Sparkassen, Fabrikskontore etc.
Trading-Büromöbel geniessen Weltruf!

Matscheko'sche
Kunststein- u. Zementwaren-Fabrik
Wien, X/1, Trostgasse 100
(Tramway-Endstation Triesterstrasse.)
Spezialität: Fassade-Inkrustation, Renovation aller Steinbauten, Stiegenstufen-Ausbesserung etc.
Telephon Nr. 2859.

Photograph. Apparate
Bequeme Zahlung!

J. Sengsbratl
WIEN,
VII., Mariahilferstr. 74 B.
Katalog W. gratis.

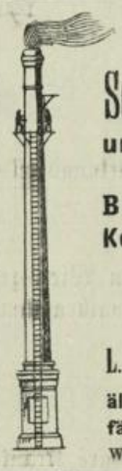
Schilder-
Malerei
FRANZ REISNER
WIEN
XIV., Mariahilferstrasse 186.
Städtischer Kontrahent.

KLINKERPLATTEN PORZELLAN-WANDVERKLEIDUNGEN STEINZEUGRÖHREN
KANALISIERUNGEN · PFLASTERUNGEN
BRÜDER SCHWADRON
WIEN I. FRANZ JOSEF QUAI 3. ORIGINAL-AMERIK. BADEEINRICHTUNGEN TELEFON 13236 & 16292

Telephon 6979. **MÖBEL!** Telephon 6979.
Erste genossenschaftl. Warenhalle der Tischlermeister Wiens
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
VII., Lerchenfelderstr. 45 (Ecke Neubaugasse).
Reichhaltiges Lager von Möbeln in allen Stilarten, Einrichtung ganzer Wohnräume, Villen, Hotels, Institute, Bureaus etc.

Klaviere
u. Leihanstalt
Johann Belehradek
WIEN
VII/2, Mechitaristeng. 4.

Musikalien und Bücher
jeder Art!
Kataloge gratis und franko.
KARL MÜCK, WIEN
Musikalien-, Buchhandlung und Antiquariat.
VIII/2, Lerchenfelderstr. 78.


Fabriks-
Schornsteinbauten
und Reparaturen
ohne
Betriebsstörung!
Kesseleinmauerungen
Ofenbauten
Wassertürme
übernehmen
L. GUSSENBAUER & SOHN
ältestes und leistungsfähigstes Spezialgeschäft.
Wien, IV/2. — Telephon 2301.

Sans & Peschka
Industrielle aller Sanitäts-Erfordernisse
Kontrahent der Kommune Wien, der niederösterr. Landes-Wohltätigkeits-Anstalten.
Wien
Comptoir: IX./3, Garnisongasse 22.
Fabrik: XVII./2, Albrechtskreithgasse 24.

NORBERT FRÖMEL
behördl. konz. Gas- und Wasserleitungs-Installateur und Bauspengler.
XI., Simmering, Hauptstrasse 28.
Telephon S. 204.
Empfiehlt sich zur Herstellung von Bade-Einrichtungen und Klosetts nach neuestem System. — Reparaturen prompt und billigst.

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 24. Dienstag den 25. März 1913. Jahrgang XXII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (k. k. Tabak-Trafik) **und im Redaktionslokale I., Lichtenfelsgasse 5, 1. Stock.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Gemeinderat.

Sitzung des Gemeinderates.

Freitag den 28. März 1913, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 27. März 1913, vormittags 10 Uhr.
Freitag den 28. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **13. März 1913.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Baron, Braun, Brauneiß, Büsch, Dechant, Fraß, Gräf, Grünbeck Sebastian, Dr. Haas, Hermann, Hörmann, Kleiner, Knoll, Dr. Mataja, Oppenberger, Poyer, Rain, Schmid, Schneider, Schwer, Tomola, Wessely, Wippel, Zatzka.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.

Beurlaubt: St.-R. Heindl.
Entschuldigt: St.-R. Schreiner.
Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Achleitner.

Vize-Bürgermeister Hoß eröffnet die Sitzung.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(4207, M. A. XIV, 10893/12.) Über Ansuchen der Ein- und Mehrfamilienhäuser-Baugenossenschaft für Eisenbahner wird die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 562 des Grundbuches Simmering im XI. Bezirke, Kat.-Parz. 564, unter Einbeziehung der in den Plänen mit b e_2 m c' c (b) umschriebenen Grundfläche der im Eigentume der Gemeinde Wien stehenden Kat.-Parz. 1854, Einl.-Z. 157 des Grundbuches Simmering, auf 16 Baustellen und einen Baustellenteil als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-O. im Sinne des Magistrats-Antrages genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Oppenberger** wird beschlossen:

(4271, M. A. XIV, 426.) In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 2. Jänner 1913, Z. 20101/12, wird gemäß dem Magistrats-Antrage die Erkerentschädigung beim Hausbaue II.,

Erzherzog Karl-Platz 18, für 8·87 m² Ausladefläche statt mit 887 K mit 800 K bestimmt.

(4278, M. A. XIV, 13133/12.) Über Ansuchen der Dianabad-Aktienunternehmung wird die Abteilung der provisorischen Parz. 129/2 von der Liegenschaft Einl.-Z. 2025, Kat.-Parz. 129 und 130, nach Maßgabe des vorgelegten Teilungsplanes als Unter-Abteilung nach § 3 b Wr. B.-O. unter der Bedingung nachträglich bewilligt, daß das Trennstück, welches bereits in die eigene Einlage 5629 des Grundbuches des II. Bezirkes gelegt wurde, vor der Verbauung mit der Einl.-Z. 385 im selben Grundbuche grundbücherlich zusammengelegt werde.

(4346, M. A. XI, 69299/12.) Dem Armenrate des II. Bezirkes Peter Kirchengast wird für die mehr als zehnjährige Ausübung des Armenratsmandates ein Diplom verliehen.

(4294, M. A. VIII, 260.) Für die diesjährigen Instandsetzungsarbeiten am städtischen Strandbade „Gänsehäufel" wird nach dem vorgelegten Kostenanschlage und im Sinne des Magistratsberichtes ein Betrag von 15.000 K genehmigt.

Die Ausführung der Arbeiten hat teils durch die Kurrenterstehen, teils in eigener Regie zu erfolgen.

Die Ausbesserungsarbeiten an elektrischen Schwachstromleitungen werden der Firma Österreichische Siemens-Schuckert-Werke übertragen.

(4017, M. A. VIII, 4142/12.) Dem Ansuchen des Franz Pfeiffer um Altersnachsicht behufs Anstellung als Badediener wird aus prinzipiellen Gründen keine Folge gegeben.

(4127, M. B. A. II, 4/68.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 16 Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1913, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(4343, M. A. XIV, 466.) Über Ansuchen des Theodor und der Marie Wiala wird die angesuchte Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 35 des Grundbuches Simmering, Kat.-Parz. 143, auf zwei Baustellen als Unter-Abteilung im Sinne des § 3, lit. h Wr. B.-O. gemäß dem Magistrats-Antrage genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(4269, M. A. XII, 3260.) Die provisorische Hilfslehrerstelle am V. städtischen Waisenhause in Klosterneuburg wird dem Ernst Bodensdorfer unter der Voraussetzung verliehen, daß derselbe die Zuständigkeit nach Wien binnen sechs Monaten erwirbt.

(4268, M. A. XV, 1429.) Der Handarbeitslehrerin Alexandra Prochaska wird ein gnadenweiser Beitrag zu den Krankheitskosten für ihre verstorbene Mutter im Betrage von 300 K gewährt.

(4322, B. Sch. R., 3500.) Die vorgelegte Konkursausschreibung zur Besetzung erledigter Lehrstellen im Wiener Schulbezirke wird zur Kenntnis genommen.

(4266, M. A. XV, 4133.) Der Magistrats-Antrag, betreffend die Bewilligung einer Nebenbeschäftigung für den Direktor der Mädchen-Bürgerschule XVIII., Schulgasse 57, Johann Pibus, für den Oberlehrer der allgemeinen Volksschule für Knaben X., Quellenstraße 54, Oskar Staudigl, für den Direktor der Mädchen-Bürgerschule X., Siccardsburggasse 55/57, Mauriz Hoffmann, für den Direktor der Knaben-Bürgerschule VII., Zieglergasse 49, Josef Schamanek, für den Oberlehrer der allgemeinen Volksschule für Knaben, XII., Fockygasse 20, Edmund Reim, und für den Direktor der Mädchen-Bürgerschule IX., Währingerstraße 43, wird zur Kenntnis genommen.

(4289, M. A. XV, 14565/12.) Die käufliche Überlassung von 48 Sitzen alter Schulbänke (welche für städtische Schulen nicht benötigt werden) aus dem Depot II., Am Tabor 5, an den jüdischen Schulverein für den IX. Bezirk zum Preise von zusammen 144 K wird genehmigt.

(4288, M. A. XV, 622.) Der Ankauf des Buches „Kreuzenstein", Gedichte von Johanna Dirnböck-Schulz, für die Bezirkslehrerbibliotheken wird genehmigt.

(4265, M. A. XIV, 4059.) Zur Teilung des Unterrichtes in der französischen Sprache an dem einjährigen Lehrkörper der Knaben-Bürgerschule III., Sechskrügelgasse 11, in zwei Gruppen wird die Zustimmung verweigert.

(4350, M. A. XV, 4421.) St.-R. Tomola referiert über die Entsendung von Delegierten der Gemeinde Wien zum IX. Verbandstag der Hilfsschulen Deutschlands in Bonn und beantragt:

1. Zur Teilnahme an dem IX. Verbandstage der Hilfsschulen Deutschlands in Bonn in der Zeit vom 25. bis 27. März 1913, werden als Vertreter des k. k. Bezirksschulrates Wien k. k. Bezirksschul-Inspektor Dr. Josef Gaismaier, ferner ein Vertreter des Magistrates (Abteilung XV) und ein Vertreter der Stadtbuchhaltung (Abteilung IX) entsendet.

2. Dem für den Verbandstag delegierten Vertreter der Wiener Hilfsschullehrerschaft Ferdinand Tremel wird ein Reisekostenbeitrag von 200 K bewilligt.

3. Die mit ungefähr 1620 K veranschlagten, bedeckten Gesamtauslagen, worin auch ein Reisekostenbeitrag von 300 K für den k. k. Bezirksschul-Inspektor Dr. T. Gaismaier und der von 200 K für den Hilfsschullehrer Ferdinand Tremel inbegriffen ist, werden genehmigt.

St.-R. Schwer beantragt die Entsendung eines Mitgliedes des Stadtrates zu diesem Verbandstag.

Der Referenten-Antrag wird mit dem Zusatz-Antrage des St.-R. Schwer angenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hermann** wird beschlossen:

(4008, M. A. VIII, 381.) 1. Das Mehrerfordernis von 805 K 19 h, welches sich bei der Stockwerksaufsetzung und bei der Auswechslung der Heizanlage im städtischen Volksbade für den IX. Bezirk ergeben hat und welches in der Durchführung der von der Baupolizei vorgeschriebenen Sicherungsarbeiten begründet ist, wird genehmigt und dieser Betrag auf den Reservefonds (Ausgaben-Rubrik XXXIV 25) überwiesen.

2. Dem Bademeister Adalbert Dalla-Bonna wird anläßlich der Durchführung oberwähnter Arbeiten eine Remuneration von 140 K zuerkannt, welcher Betrag ebenfalls auf den Reservefonds überwiesen wird.

(4273, M. A. VII, 131.) 1. Das Projekt für den Umbau der Hauptunratskanäle in der Wagnergasse von der Bad- bis zur Wiesengasse, in der Wiesengasse von der Wagner- bis zur Fechtergasse und in der Liechtenthalergasse von der Wiesen- bis zur Marktgasse im IX. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 23.000 K wird genehmigt.

2. Das Bestbot der Tiefbauunternehmung Haala & Kasparek XII., Schönbrunnerstraße 195, auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 11.906 K 16 h gegen eine Aufzahlung von 5 Prozent auf die Kostenanschlagspreise wird angenommen.

(4323, M. B. A. IX, 19.) Der Bezirksamts-Antrag, betreffend ein Ansuchen um Nachsicht der Hundesteuer pro 1912, wird genehmigt.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(3728, M. D. 770.) Dem Otto Hallas wird der Fortbezug des halben Diurnums während des einjährigen Präsenzdienstjahres bewilligt.

(4144, M. D., 893.) Die Fortbenützung der Naturalwohnung des verstorbenen Maschinenmeisters Bucher durch seine Witwe Juliana Bucher wird gnadenweise bis Ende April bewilligt.

(4149, M. A. X, 2787.) Dem Ansuchen des Josef Dangl um Aufnahme in den städtischen Sanitätsdienst und um Erteilung der Altersnachsicht hiezu wird aus prinzipiellen Gründen keine Folge gegeben.

(3727, M. A. VI, 464.) Dem Straßenaufseher Georg Mischinger des IV. Bezirkes wird das Definitivum mit den systemisierten Bezügen von 150 K Monatslohn und 25 K monatlichem Mietzinsbeitrage verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(3522, M. A. XXII, 2912/12.) 1. Die Bezüge des Hausaufsehers im Amtshause für den XII. Bezirk werden in nachstehender Weise bestimmt:

Der Hausaufseher steht im Genusse einer Naturalwohnung und erhält für die Bedienung des Personenaufzuges einen Taglohn von 3 K. Für die Ausführung der ihm zuzuweisenden Reinigungsarbeiten ist er nach den Bestimmungen der Verfügung des landesfürstlichen Kommissärs Dr. v. Friebeis von 31. März 1896, Z. 1684, zu entlohnen. Auf eine Hausbesorgerbestallung und auf das von den Mietparteien zu zahlende Reinigungsgeld hat er keinen Anspruch.

2. Die Belassung der zweiten Dienstwohnung im Amtshause für den XII. Bezirk und die Zuweisung dieser Wohnung an jene Person, welcher die Reinigung der Amtslokalitäten übertragen wird, wird genehmigt; der Mietzins für diese Wohnung wird mit 240 K jährlich festgesetzt und ist von dem für die Reinigung der Amtslokalitäten nach den Bestimmungen der Verfügung des landesfürstlichen Kommissärs Dr. v. Friebeis vom 31. März 1896, Z. 1684, zu berechnenden Reinigungspauschale in Abzug zu bringen.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Dr. Porzer** wird beschlossen:

(3916, St. L. B., 219.) Die auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 11. April 1912, Z. 53, erfolgte Zeichnung von 3000 K zur Erwerbung von Stammaktien behufs Errichtung der Landes-Lokalbahn Pürbach, Schrems-Langegg wird unter denselben Bedingungen für den Fall der Errichtung einer schmalspurigen Privatbahn Pürbach, Schrems, Eugenia grundsätzlich aufrecht erhalten.

Doch wird der Vorbehalt gemacht, daß die definitive Trasse den Interessen der Schremser Torfstreu- und Torfmullfabrik vollkommen entspricht.

(3910, Zentr. Spark., 198.) Der Geschäftsausweis der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien, demzufolge im Monate Februar 1913 von 25.780 Parteien 8,175.189 K 58 h eingelegt und an 11.220 Parteien 5,532.619 K 16 h rückgezahlt wurden, wird zur Kenntnis genommen.

(4056, St. L. B., 237.) Der Aufnahmsbeamte III. Kategorie der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattungsunternehmung" Josef Landgraf wird vom 1. April 1913 ab zum Depotverwaltungs-Assistenten mit dem Jahresbezuge von 2200 K einschließlich des Quartiergeldes und dem jährlichen Spesenpauschale von 400 K ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(4236, M. B. A. I, 7749.) Dem Josef Ax wird gegen Bezahlung eines jährlichen Platzzinses von 111 K 30 h und Einhaltung der anderen hiefür geltenden Bestimmungen die Bewilligung erteilt, vor dem Geschäftslokale I., Freyung 1, Einl.-Z. 325/1, nach den vorgelegten Plänen eine Gewölbedekoration mit zwei höchstens 0·38 m vom Mauergrunde vorspringenden Vitrinen an den beiden Enden desselben aufstellen zu dürfen.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(4351, M. A. III, 1625.) Die Forstverwaltung Spitz an der Donau wird ermächtigt, an Rudolf Merkl, Ziegelofenbesitzer in Willendorf, 100 m³ weiches Brennholz zum Preise von 7 K 40 h per Kubikmeter loko Willendorf aus freier Hand zu verkaufen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(4400.) Die Gemeinde Wien widmet zur Beerdigung der Leiche des k. und k. Hofkapellmeisters Josef Bayer das Ehrengrab Nummer 66 an der linksseitigen Friedhofsmauer im Wiener Zentral-Friedhofe unter den üblichen Bedingungen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Oppenberger** wird beschlossen:

(4064, M. A. VIII, 418.) Die Nachschaffung von Strandbadewäsche für das städtische Strandbad „Gänsehäufel" in der Saison 1913 wird mit dem bedeckten Erfordernisse von 10.000 K genehmigt.

Die Lieferungen werden auf Grund der amtlichen Bedingnisse und der bezüglichen Offerte in nachfolgender Weise vergeben:

a) 1000 Stück der Herrenstrandtrikots an die Firma Felbermayer & Komp., Wien, I. Bezirk;
b) 700 Stück Damenstrandkostüme an die Firma Karl Klamer, VI., Webgasse 21.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Rain** wird beschlossen:

(4234, M. B. A. VIII, 155.) Dem Ansuchen der Anna Sentl um Erteilung der Bewilligung zur Aufstellung eines Sodawasserwagens an der Ecke der Langegasse und Alserstraße im VIII. Bezirke wird keine Folge gegeben.

(4235, M. B. A. XIV, 25048/12.) Dem Ansuchen der Josefine Beck, Hebamme, um nachsichtsweise Übernahme des Verpflegskostenbetrages von 12 K 80 h für ihr Dienstmädchen Katharina Tichon durch die Dienstbotenkrankenkassa wird Folge gegeben.

(4233, M. B. A. VIII, 33093/12.) Dem Ansuchen der Wilhelmine Hofbauer um nachsichtsweise Übernahme der für die Verpflegung der Dienstmagd Anna Kotulek im k. k. Krankenhause Wieden erwachsenen Verpflegskosten im Betrage von 44 K 80 h wird Folge gegeben.

(4053, M. B. A. II, 98026/12.) Die für die Pflege des Dienstmädchens Johanna Venkobco im k. k. Kaiser Franz Josef-Spitale vom 13. September 1912 bis 30. September 1912 aufgelaufenen Verpflegskosten im Ausmaße von 44 K 80 h sind seitens der Wiener Dienstbotenkrankenkassa nachsichtsweise zu übernehmen.

(4054, M. B. A. II, 60880/12.) Die für die Pflege des Dienstmädchens Anna Pansi vom 21. bis 30. März 1912 im k. k. Kaiser Franz Josef-Spitale aufgelaufenen Verpflegskosten im Ausmaße von 32 K sind seitens der Wiener Dienstboten-Krankenkassa nachsichtsweise zu übernehmen.

(3969, M. B. A. IX, 55952/12.) Dem Ansuchen des israelitischen Versorgungshauses in Wien, IX., Seegasse 9, um nachsichtsweise Übernahme der für die Verpflegung des Dienstmädchens Pauline Mayer im K. k. Allgemeinen Krankenhause vom 22. Jänner bis 6. Februar 1912 aufgelaufenen Verpflegskosten per 44 K 80 h auf die Wiener städtische Dienstboten-Krankenkassa wird Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(4352, M. A. XV, 4400.) Zur Beurlaubung der Bürgerschullehrerinnen Amalia Gley und Olga Kowarschik und der definitiven Bezirksaushilfslehrerin Johanna Haidegger vom 1. bis 19. April 1913 unter Belassung der Bezüge wird, jedoch unter der Voraussetzung die Zustimmung erteilt, daß für eine solche Supplierung gesorgt wird, wodurch der Gemeinde keine Kosten erwachsen.

(4202, M. A. III, 1095.) **St.-R. Zatzka** referiert über das Offert des Dr. Mauritius und der Eleonore Pokorny auf Verkauf der Realität Einl.-Z. 225, 226, 227 und 277 Grundbuch Lainz, und beantragt, zur Verhandlung mit den Offerenten ein Komitee zu wählen. (Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Zatzka wird weiters beschlossen:

(4331, M. B. A. XIII, 47964/12.) Die der Gemeinnützigen Familienhäuser-Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Ostmark", Gen. m. b. H., zu erteilende Bewilligung zur Erbauung je eines Familienhauses auf der Realität Grundb.-Einl.-Z. 163 Lainz, Kat.-Parz. 274/1 bis 274/8, Gruppe I, Bauf. I bis VIII, wird unter nachfolgenden Bedingungen bestätigt:

1. Die sub Nr. 739 deponierte Kaution per 10.000 K hat bis zur grundbücherlichen Durchführung jener Grundtransaktionen erliegen zu bleiben, welche zur Arrondierung der vorbezeichneten Baustellen, beziehungsweise zur Eröffnung des vor den Baustellen geplanten Straßenzuges in der halben Breite erforderlich erscheinen.

2. Die definitive Regelung dieser Grundtransaktionen hat bis zur Erteilung der ersten Benützungsbewilligung zu erfolgen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hörmann** wird beschlossen:

(4292, M. A. VI, 5120.) Die Beistellung von 15.000 Stück 7" Würfeln an die Bezirksvertretung des III. Bezirkes für kurrente Pflasterungen mit dem bedeckten Kostenbetrage von 9750 K wird genehmigt.

(4276, M. A. XIV, 1673.) Die vom Magistrate dem Albert und Otto Wirth zu erteilende Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Hauses auf der Realität Bauf. 7, Kat.-Parz. 777/8, Einl.-Z. 1696 Grundbuch III. Bezirk, Or.-Nr. 19 Neulinggasse, wird im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung bestätigt, daß die Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage mit einer Ausladefläche von 4·72 m² den Betrag von 200 K per Quadratmeter, das ist zusammen den Betrag von 944 K vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegen.

Von einer Entschädigung für die Herstellung einer Balkonanlage wird der herrschenden Praxis entsprechend abgesehen.

(4275, M. A. XIV, 1672.) Die vom Magistrate dem Albert und Otto Wirth zu erteilende Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Hauses auf der Realität Bauf. 8, Kat.-Parz. 777/9, Einl.-Z. 1696 Grundbuch III. Bezirk, Or.-Nr. 21 Neulinggasse, wird im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung bestätigt, daß die Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage mit einer Ausladefläche von 3·76 m² den Betrag von 200 K per Quadratmeter, das ist zusammen den Betrag von 752 K vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegen.

(4349, M. A. VI, 4484/12.) Die Umpflasterung der Oberen Viaduktgasse vom Radetzkyplatze bis zur Zollgasse im III. Bezirke wird mit dem bedeckten Kostenbetrage von 9200 K genehmigt.

Die Ausführung der Arbeiten hat ungesäumt im kurrenten Wege zu erfolgen.

(4286, M. A. XVI, 15040/12.) Im Nachhange zum Stadtrats-Beschlusse vom 25. Oktober 1912, P. Z. 17412, mit welchem die Bequartierung der 1. Batterie eines neuen Kanonen-Regimentes für die k. k. Landwehr in der dem Anton und Georg Nagler gehörigen Realität III., Schützengasse 25 bis 29, mit dem bedeckten

Kostenbetrage von rund jährlich 20.600 K genehmigt wurde, wird die Ausdehnung der Bequartierung auf ein Augmentationsmagazin mit einem bedeckten Mehrerfordernis von jährlich 719 K 45 h und die Ablehnung der Beistellung von Remisen genehmigend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Kleiner** wird beschlossen:

(4277, M. A. VII, 137.) 1. Das Projekt für den Umbau des Hauptunratskanal in der Kasernengasse in der Strecke von der Schmalzhofgasse bis zur Mariahilferstraße im VI. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenerfordernisse von 14.000 K wird genehmigt.

2. Das Bestbot des Bauunternehmers Leopold Mehrwald, II., Engerthstraße 235, auf Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 8038 K 12 h gegen eine Aufzahlung von 15·8 Prozent auf die Kostenanschagspreise wird angenommen.

3. Den in der Verhandlungsschrift vom 19. Februar 1913, M. A. VII, 137, enthaltenen Vereinbarungen über die Regelung des allgemeinen Fuhrwerksverkehres während des obigen Umbaues wird zugestimmt.

(4298, M. A. II, 1310.) Den Wiener Philharmonikern wird für die philharmonischen Konzerte im Jahre 1913 eine Subvention von 2000 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird beschlossen:

(4296, M. A. XVI, 11366/12.) Die neue, von Or.-Nr. 237 Erzherzog Karl-Straße abzweigende, zur Aspernstraße führende, 12 m mit beiderseitigen Vorgärten 18 m breite, zirka 125 m lange Gasse in Aspern, XXI., Bezirk, Floridsdorf in Wien, enthaltend die Parz. 542/61 öffentliches Gut der Katastralgemeinde Aspern, wird nach dem am 6. April 1815 verstorbenen Artillerie-Obersten und Ritter des Maria Theresia-Ordens Johann Freiherrn v. Fasching, welcher durch die umsichtige Verteidigung der Munitionsreserve wesentlich zum glücklichen Ausgange der Schlacht bei Aspern beitrug, mit dem Namen „Faschinggasse" benannt.

Die neue, von der Smolagasse nächst der Malzfabrik Hauser & Sobotka abzweigende, zu einer noch uneröffneten Gasse führende, 15 m breite, zirka 212 m lange Gasse in Stadlau, XXI. Bezirk, Floridsdorf in Wien enthaltend die Parz. 132/5, 133/3 und 134/2 sowie Teile der Parz. 132/3 und 135 Katastralgemeinde Stadlau wird nach dem am 7. März 1821 verstorbenen Feldmarschalleutnant und Ritter des Maria Theresien-Ordens Grafen Ferdinand Wartensleben, welcher in der Schlacht bei Aspern mit seiner Kavalleriebrigarde den Ansturm der französischen Reiterei auf die österreichische Kavallerieresерve zurückschlug, mit dem Namen „Wartenslebengasse" benannt.

(4295, M. A. VIII, 473.) Der Bericht des Magistrates über den Besuch des städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebades in Floridsdorf im Jahre 1913 wird zur Kenntnis genommen.

Auf Grund desselben ergab das Jahr 1912 folgende Frequenz:

Dampfbad . . .	28.293 Personen.
Wannenbad . . .	17.584 Personen.
Brausebad . . .	110.198 Personen.

(4362, M. A. III, 3921/12.) Das Offert der Eheleute Franz und Marie Sterl, der Gemeinde Wien die im Grundbuche Kagran unter Einl.-Z. 759 inneliegenden Kat.-Parz. 619 und 647 im Ausmaße von zusammen 11.448 m² oder 1 Joch und 1582 □° käuflich zu überlassen, wird mit Rücksicht auf die weitaus zu hohe Forderung abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(3935, M. A. II, 484.) Der Freiwilligen Feuerwehr St. Andrä a. d. Traisen wird die Erhöhung der mit Gemeinderats-Beschluß vom 8. Februar 1883, P. Z. 30, bewilligten alljährlichen Subvention von 40 K auf 100 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(4321, St. S., 272.) Dem k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht wird die angesuchte Bewilligung zur Reproduktion von drei Werken Pettenkofen's (der Kaiser während der Überschwemmung 1862, Bildnis der Baronin Helfert und Lithographie aus dem Jahre 1848) erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(4293, M. A. VIII, 725.) Es wird genehmigt, daß die Ausführung der im Detailprojekt für den Bau des Dampf-, Wannen- und Hallenschwimmbades im XVII. Bezirke, Jörgerstraße, Ecke Bergsteiggasse, vorgesehenen Wäscherei unterbleibt und an deren Stelle ein Luft- und Sonnenbad laut vorgelegter Planskizze ausgeführt werde.

Für die dadurch verursachte Abweichung vom genehmigten Bauplane wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses des baubehördlichen Lokalaugenscheines die Genehmigung erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(3309, M. A. VIII, 1917/12.) 1. Es wird genehmigt, daß die Wassermesser bis auf weiteres durch hiezu geeignete Wasserleitungsaufseher abgelesen werden; denselben wird eine Prämie in der Höhe von 5 h für jeden abgelesenen Wassermesser zuerkannt.

2. Dem in vorgelegter Tabelle vom 11. Februar 1913 angeführten Wasserleitungspersonale werden wegen geleisteter Mehrarbeiten für 1912 Remunerationen nach dem im Verzeichnisse des Magistrates ersichtlichen Ausmaße in einer Gesamthöhe von zusammen 1685 K bewilligt.

(4344, M. A. XI, 1932.) **St.-R. Gräf** referiert über das Ergebnis der von der Bezirksvertretung des XVI. Bezirkes am 27. Dezember 1912 vorgenommenen Ergänzungswahl von drei Armenräten.

Gewählt wurden für die Funktionsperiode bis Ende 1913:

Gustav Kahrer, Gastwirt;

Johann Neudorfer, städtischer Exekutionsamts-Offizial, und

Ferdinand Wimmer, Bürger.

Referent beantragt, die Wahlen zu bestätigen.

(Angenommen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Gräf wird weiters beschlossen:

(4214, M. A. III, 692.) Das Anbot des Emil Wehle auf Verkauf der dem Jakob Posamentier gehörigen Gründe

Parz. 285, Einl.-Z. 385, Parz. 283, 403, Einl.-Z. 443 und Teil der Parz. 422, Einl.-Z. 545 inneliegend im Grundbuche Ottakring, im Ausmaße von zirka 1179 m² wird wegen zu hoher Forderung abgelehnt.

(4126, 4131, M. B. A. XVI, 13765, M. B. A. XVI, 67186/12.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 14 Ansuchen um Ermäßigung beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1912 und 1913, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Mataja** wird beschlossen:

(4281, M. A. III, 45.) Der Magistratsbericht, betreffend die Auflösung des Kaufgeschäftes bezüglich der Liegenschaft Einl.-Z. 237 Ober-Baumgarten, demzufolge das k. k. Zentral-Taxamt verordnet hat, daß mit Rücksicht auf die Rechtsungültigkeit des Kaufvertrages zwischen der Gemeinde Wien und Hans Theymer keine Gebühr zur Vorschreibung gelangt, wird zur Kenntnis genommen.

(4299, M. A. I, 4893/12.) Die Ausstellung einer Löschungserklärung für die auf der Liegenschaft der Österreichischen Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft in Wien, Einl.-Z. 217 in Gaudenzdorf, zugunsten der Gemeinde Wien haftenden Pfandrechte auf Kosten der Gesuchstellerin wird genehmigt.

(4287, M. A. XIX, 276.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit Note der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk vom 18. Februar 1913, Z. II a 13/744, mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Holzindustrie-Aktiengesellschaft Bukowina pro 1911/12 wird Umgang genommen.

(4267, M. A. XIX, 242.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit der Note der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk in Wien vom 16. Jänner 1913, Z. II a B/445, mitgeteilte Erwerbsteuerteilung bezüglich der Zuckerfabriken Schoeller & Komp., Aktiengesellschaft in Wien, für die Jahre 1910/12 wird Umgang genommen.

(4348, M. D., 887.) Gegen die Statthalterei-Entscheidung vom 20. Februar 1913, Z. VI-1900 ex 1912, betreffend Einbringung von rückständigen Telephongebühren, ist der Rekurs zu ergreifen.

(19350/12, M. A. VI, 4167/12.) Das Ansuchen der Bezirksvertretung des II. Bezirkes um Genehmigung zur Aufnahme des Karl Windisch als Aushilfsdiener wird abgelehnt.

Über die Durchführung dieses Beschlusses ist an das Präsidium zu berichten.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Büsch** wird beschlossen:

(4361, M. A. III, 1292.) Das Offert des Dionys Ehrenreich, womit derselbe die im Plane des Stadtbauamtes vom Februar 1913, Z. 379/XIV, blau umränderten Grundstücke der Firma P. Hagyi-Risto & Komp. im XII. Bezirke, Katastralgemeinde Unter-Meidling an der Grünberg- und Altmannsdorferstraße sowie die im selben Plane rot umränderten Gründe der Allgemeinen österreichischen Baugesellschaft im XII. Bezirke, Katastralgemeinde Unter-Meidling, an der Hohenberg- und Altmannsdorferstraße der Gemeinde Wien zum Kaufe anbietet, wird wegen der weitaus zu hohen Forderung und mit dem Bemerken abgelehnt, daß die Gemeinde Wien die Erwerbung dieser Liegenschaften nicht beabsichtigt.

(4341, M. A. X, 2553.) Dem Franz Sammüller wird die Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 8, Reihe 1, Nummer 23 im Meidlinger Friedhofe im Sinne des Magistrats-Antrages erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Branneiß** wird beschlossen:

(4239, M. B. A. XIV, 1702.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend vier Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1913, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(4279, M. A. X, 8360/11.) Der mit Gemeinderats-Beschluß vom 28. Februar 1913, P. Z. 19200/12, für die städtischen Armenärzte festgesetzte Summarstand von 110 Stellen wird unter gleichzeitiger Auflassung der mit Gemeinderats-Beschluß vom 28. Mai 1909, P. Z. 6113, systemisierten fünf Sanitäts-Praktikantenstellen auf 113 Stellen erhöht.

Über die Anträge der Bezirksvertretung Meidling auf Vermehrung der städtischen Ärzte im XII. Bezirke und der Bezirksvertretung Fünfhaus auf Wiederbesetzung der dritten Arztensstelle in diesem Bezirke sind neuerliche Erhebungen zu pflegen und über die gepflogenen Erhebungen die Anträge zu stellen.

Der von der Gemeinde Strebersdorf anläßlich der Einverleibung übernommene städtische Arzt Dr. Leopold Nekowitsch wird zum definitiven städtischen Arzt II. Klasse in der X. Rangsklasse mit dem Range vom 28. Juli 1910 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(4342, M. A. X, 2182.) Dem k. k. Notar Dr. Emanuel Tjuka als Testamentexekutor und Abhandlungspfleger nach Laura v. Hörmann wird ausnahmsweise die Bewilligung erteilt, das eigene Grab Gruppe 13 A, Reihe 1, Nummer 27, hinter den Arkaden des Wiener Zentral-Friedhofes um den angebotenen Pauschalpreis von 350 K auf Friedhofsbestand zu erwerben.

(Schluß der Sitzung.)

Nachtrag.

Bei dem in Nummer 22 des Amtsblattes auf Seite 890, zweite Spalte, abgedruckten Stadtrats-Beschluß vom 6. März 1913, P. Z. 3535, M. A. XIV, 1802 (Ansuchen des Karl und der Emma Schulder um Bewilligung zur Errichtung eines Werkstättengebäudes auf der Realität Einl.-Z. 124 Katastralgemeinde Altmannsdorf, XII., Hetzendorferstraße 55) ist als drittes Alinea hinzuzufügen:

„Die vom magistratischen Bezirksamte des XII. Bezirkes zu erteilende Baubewilligung wird unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen bestätigt. (Angenommen.)"

Allgemeine Nachrichten.

Die gewerberechtlichen Gesetze und Verordnungen der Jahre 1911 und 1912.

Zu der Sammlung „Österr. Gesetze", Verlag Georg Schöpperl, Wien, IV., ist ein neues Bändchen erschienen, das die Verordnungen über die neuen konzessionierten Gewerbe, die Bestimmungen über die Nachtarbeit der Frauen, der Meisterprüfungsordnungen, die neue Azetylen-Verordnung, die Neuregelung der Sonntagsruhe und die neuen Arbeiterschutzvorrichtungen enthält. Das Werk, welches von Dr. Karl Hartl herausgegeben wird, kostet broschiert 1 K 50 h.

Bezirkskrankenkassa Floridsdorf-Wien, XXI.

Bei den am 9. und 16. März 1913 stattgefundenen Wahlen wurden 131 Delegierte der Mitglieder und 65 Vertreter der Arbeitgeber auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Die Zusammensetzung der gewählten Delegierten und Arbeitgebervertreter nach Wahlbezirken stellt sich wie folgt dar:

Bezirk Floridsdorf (Wien XXI): 61 Delegierte, 30 Vertreter, zusammen 91.

Bezirk Groß-Enzersdorf: 14 Delegierte, 7 Vertreter, zusammen 21.

Bezirk Haugsdorf: 3 Delegierte, 2 Vertreter, zusammen 5.

Bezirk Korneuburg: 4 Delegierte, 2 Vertreter, zusammen 6.

Bezirk Marchegg: 3 Delegierte, 2 Vertreter, zusammen 5.

Bezirk Matzen: 11 Delegierte, 5 Vertreter, zusammen 16.

Bezirk Oberhollabrunn: 14 Delegierte, 7 Vertreter, zusammen 21.

Bezirk Stockerau: 13 Delegierte, 6 Vertreter, zusammen 19.

Bezirk Wolkersdorf: 8 Delegierte, 4 Vertreter, zusammen 12.

Zusammen: 131 Delegierte, 65 Vertreter, zusammen 196.

Die Generalversammlung besteht daher bis auf weiteres aus 131 Delegierten der Mitglieder und 65 Vertretern der Arbeitgeber. (Z. 220, XIII.)

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Städtisches Lagerhaus.

Vom 13. bis 20. März 1913.

Waren eingelagert . . . . . 15.933 Meterzentner
„ ausgelagert . . . . . 22.669 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 6.434 Meterzentner.

Lagerstand vom 20. März 1913: 362.994 Meterzentner, und zwar:

53.969	Meterzentner	Weizen,	20.852	Meterzentner	Roggen,
24.468	„	Gerste,	124.368	„	Hafer,
5.917	„	Mais,	5.752	„	Linsen,
9.314	„	Mehl und Kleie,	2.059	„	Ölsaaten,
—	„	Zucker,	2.679	„	Wein,
		865 Hektoliter à 100% Spiritus.			

Der Assekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 8,893.720 K.

Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 17. Februar 1913, Z. Vt.-927/26, betreffend die wegen des Bestandes der Maul- und Klauenseuche im Deutschen Reiche erlassenen Verbote der Einfuhr von Klauentieren zu Zucht- und Nutzzwecken nach Niederösterreich. — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 21. Februar 1913, Nr. 43.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 27. Februar 1913, Z. Vt.-31/1, betreffend die Einfuhr von Tieren aus Bosnien und der Herzegowina nach Niederösterreich. (M. Abt. IX, 1187/13.) — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 28. Februar 1913, Nr. 50.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 28. Februar 1913, Z. Vt.-656/1, betreffend die Verlegung der Märkte am Wiener Zentral-Viehmarkte in der Osterwoche 1913. (M. Abt. IX, 1231/13.) — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 29. Februar 1913, Nr. 51.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 5. März 1913, Z. Vt.-16/2, betreffend den für das I. Quartal 1913 festgestellten Werttarif für lebende Nutzschweine und den für den Monat März 1913 geltenden Entschädigungspreis für Schlachtschweine in Niederösterreich. (M. Abt. IX, 1267/13.) — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 6. März 1913, Nr. 55.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 11. März 1913, Z. Vt.-927/28, betreffend die wegen des Bestandes der Maul- und Klauenseuche im Deutschen Reiche erlassenen Verbote der Einfuhr von Klauentieren zu Zucht- und Nutzzwecken nach den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern. (M. Abt. IX, 1393/13.) — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 12. März 1913, Nr. 60.

Baubewegung

vom 21. bis 24. März 1913.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Zubauten.

II. Bezirk: Pazmanitengasse 15, von Karl Coos, ebenda (2310).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Kärntnerstraße 28, von der Freiherr Gustav Springer'schen Häuseradministration, Augustinerstraße 8, Bauführer E. A. Schwarzer (2496).

II. Bezirk: K. k. Prater, Praterhütte 178, von Johann und Anna Drapalik, ebenda, Bauführer J. Ledolder (2517).

IV. Bezirk: Johann Strauß-Gasse 22, von Wicherek & Tintner, durch Rudolf Tintner, Bauführer Wicherek & Tintner (2490).

XX. Bezirk: Wallensteinstraße 13, von Josefine Gruber, durch Th. J. Lucchesi, VIII., Florianigasse 40, Bauführer derselbe (2487).

Diverse geringere Bauten.

XX. Bezirk: Steinzeugrohrkanal, Dresdnerstraße 113, von Robert Hauser, II., Vorgartenstraße 103 (2418).

Gesuche um Baulinienbestimmung beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

VII. Bezirk: Kirchengasse 25/27, von Hugo Schuster, V., Wiedner Hauptstraße 98 (2428).

Demolierungsanzeigen.

VII. Bezirk: Kandlgasse 26, von Anton Ipser, X., Bürgerplatz 10 (2427).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

M. Abt. VII, 265.

21. März 1913.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Laxenburgerstraße in der Strecke vom Salvatorianerplatze bis zur projektierten äußeren Gürtelstraße im X. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 2846 K 43 h.

Rzehaczek Eduard — Aufzahlung 19%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster

8. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Aust Johanna, verehel. Csenar — Kleinfuhrwerk — XXI., Frömmelgasse, Platz.

Barthel Gustav — Handel mit Löt-, Heiz- und Kochapparaten — XIX., Heiligenstädterstraße 5.

Bartonek Josefine — Verschleiß von Milch, Molkereiprodukten, Brot, Gebäck ꝛc. — V., Strobachgasse 4.

Becvar Alois — Musiker — XIV., Diefenbachgasse 31.

Benes Philomena, geb. Kamenik — Woll- und Seidenstickerei — V., Rüdigergasse 3.

Biletzky Georgine — Verschleiß von Spielkarten, Schreib- und Rauchrequisiten, sowie Ansichtskarten — V., Kriehubergasse 27.

Braun Adele — Kleidermacherin — VI., Stumpergasse 47.

Breyer Hermine — Erzeugung von Ledermatten — XIV., Johnstraße 63.

Bugl Franz — Kleinfuhrwerker — III., Apostelgasse 22.

Busek Josef — Kleidermacher — IV., Luisengasse 21.

Chraska Philomena, geb. Kriz — Handel mit Viktualien, Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Flaschenbier und -Wein ꝛc. — V., Spengergasse 15.

Dvorak Rosine (Alleininhaberin der Firma Pelischek & Dworak) — Miedermachergewerbe und Erzeugung von Miedererſatz — I., Seilerstätte 2.

Edlinger Therese — Marktviktualienhandel — V., Am Hundsturm, Markt.

Elias Ignaz (Gesellschafter: Emilie Kornblüh, Hermine Pollak, Anna Thalberg, Ludwig Kornblüh; Geschäftsführer: Ludwig Kornblüh) — Spirituosen-Erzeugung — XVII, Palffygasse 17.

Fleischer Franz — Bäcker — V., Wiedner Hauptstraße 91.

Fleischmann Abraham — Kaffeesieder — III., Hetzgasse 22.

Frittum Helene — Wäschewaren-Erzeugung — XIV., Storchengasse 12.

Gorski Marie — Handel mit Fischen aller Art in rohem, geräuchertem, gebackenem und mariniertem Zustande sowie Konservierung von Fischen — XXI., Schenkendorfgasse 7.

Haas Marie, geb. Prucker — Handel mit Schuhwaren, Schuhpasta und Schuhriemen — V., Schönbrunnerstraße 58.

Haberzettel Franz — Fleischhauer — V., Reinprechtsdorferstraße 70.

Heidler Wilhelmine — Modistin — V., Am Hundsturm 3.

Heller Camill — Warenhandel (beschränkt) — VII., Schottenfeldgasse 65.

Herlicek Katharina — Modistin — IV., Rainerplatz 5

Hieblinger Andreas — Goldschmied — V., Margaretenstraße 132.

Horak Juliane, geb. Kammerländer — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Einsiedlergasse 28.

Ibl Irma — Wäschewaren-Erzeugung — IV., Margaretenstraße 22.

Ille Leopold — Zimmermaler — XXI., Wernholzgasse 157.

Jisa Barbara — Warenhandel (beschränkt) — VIII., Josefstädterstraße 69.

Kallert Otto — Bronzewaren-Erzeugung — V., Rüdigergasse 9.

Kallischet Katharina — Viktualien- und Kanditen-Verschleiß — V., Kompertgasse 2.

Ketschek Josef — Vergolder — IV., Schleifmühlgasse 18.

Kleinhampl Marianne, geb. Mega — Handel mit Lebensmitteln und Flaschenbier, sowie anderen Verbrauchsgegenständes des tägliches Bedarfes (beschränkt) — XXI., Stadlauerstraße 26.

Kovar Marie — Tambouriererin — V., Johannagasse 30.

Kowarik Johanna — Modistin — VI., Mariahilferstraße 109.

Krauß Hugo — Handelsagentie — I., Hohenstaufengasse 13.

Kreisler Katharina — Kaffeesiederin — XVII, Hernalser Hauptstraße 57.

Krenn Franz — Kaffeesieder — IV., Mayerhofgasse 8.

Kriz Heinrich — Schlosser — XXI., Überfuhrstraße 9.

Kupka Wenzel — Kleidermacher — I., Kurrentgasse 8.

Lahner Josef — Pferdehandel — XXI., Leopoldauerstraße 2.

Löwy Olga — Modistin — VIII., Lerchenfelderstraße 54/56.

Müller Ernestine — Kanditen-Verschleiß — V., Margarentenstraße 71.

Müller Heinrich — Ausschank von gebrannten geistigen Getränken und Verabreichung von Tee — IV., Alleegasse 62.

Musil Franz — Herrenkleidermacher — V., Margaretenstraße 114.

Nagy Leopold — Selchwaren-Verschleiß — I., Rotenturmstraße 27.

Näßberger Rudolf — Handelsagentur — I., Stephansplatz 6.

Nemasta Petronella, geb. Gfrerer — Warenhandel (beschränkt) — IV., Schönbrunnerstraße 4.

Neulreich Otto Karl — Damenkleidermacher — V., Hamburgerstraße 8.

Neumann Emil (Alleininhaber der Fima L. Dietl) — Kommissionshandel en gros mit Ausnahme jener Waren, deren Vertrieb an eine Konzession im Sinne des § 15 G.-O. gebunden ist — I., Wipplingerstraße 35.

Neumann, Dr. Robert — Handel mit natürlichen Mineralwässern — V., Fendigasse 26.

Neusser Alfred — Gemischtwarenhandel — I., Konkordiaplatz 1.

Nowotny Adelheid — Naturblumenhandel nach Maßgabe der marktbehördlichen Zulassungserklärung — I., Freyung (Nachtmarkt).

Nowy Karl — Musikalienhandel — VII., Lerchenfelderstraße 33.

Papke Robert — Handel mit kosmetischen Artikeln, Ondulierеisen und Bürsten — V., Anzengrubergasse 28.

Paulovics Johann — Handel mit Christbäumen nach Maßgabe der marktbehördlichen Zulassungserklärung — I., Am Hof.

Pitzinger Andreas — Fleischhauer — I., Tiefer Graben 10.

Pollak Nathan — Wirkwaren-Erzeugung — I., Börsegasse 7.

Rauch Rosa — Privatkrankenpflege — I., Werdertorgasse 15.

Reich Richard — Handel mit Manufaktur-, Wäsche-, Wirk-, Seiden-, Baumwoll- und Modewaren, soweit der Vertrieb nicht an eine Konzession oder an einen Befähigungsnachweis gebunden ist — I., Marc Aurel-Straße 3.

Reingruber Johanna — Wäschewaren-Erzeugung — I., Tuchlauben 14.

Reinkraut Moses — Handel mit neuen Kleidern — I., Judengasse 14.

Rode Wilhelm — Selchwaren-Verschleiß — I., Fleischmarkt 20.

Rücker Karl — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Grimmgasse 44.

Ruzicka Rosa — Viktualien-, Flaschenbier- und Flaschenwein-Verschleiß — I., Freyung.

Saßmann Anna — Wäschewaren-Erzeugung (Pfaidlerei) — XXI., Lebnergasse 14.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:
Sitzung des Gemeinderates 929
Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 929
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 13. März 1913 929
Nachtrag 934
Allgemeine Nachrichten:
Die gewerberechtlichen Gesetze und Verordnungen der Jahre 1911 und 1912 935
Bezirkskrankenkassa Floridsdorf-Wien, XXI 935
Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Städtisches Lagerhaus 935
Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr 935
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 21. bis 24. März 1913 935
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
Offertverhandlungs-Ergebnisse 936
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 936
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Joh. Stich.

Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1913.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
29. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	272	Neubau und Umbau von Hauptunratskanälen in der Oberen Augartenstraße von Or.-Nr. 6 bis 2, auf dem Unbenannten Platze von der St. Leopoldskirche bis zum Kanale in der Kleinen Pfarrgasse und in der Schwarzingergasse von der Kleinen Pfarrgasse bis zur Leopoldsgasse im II. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	6317 K 31 h 2—3
3. April 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	310	Umbau des Hauptunratskanales in der Wurlitzergasse von der Thaliastraße bis zur Ottakringerstraße im XVI. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	5898 K 32 h 2—3
4. April 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	320	Umbau des Hauptunratskanales in der Höfergasse in der Strecke von der Nadlergasse bis Höfergasse 1 a im IX. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten . .	7978 K 64 h 1—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
2. April 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat Schaufler, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	1127	Schulbau, XXI., Schillgasse.	Turnsaaleinrichtung . . . . . Schulbaulieferung	5725 K 6 h 10.215 K 20 h Vorbemerkung: Pläne 2c. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II a, auf.
					1—3
31. März 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat Dr. Loderer, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	2652/12	—	Revision der Blitzableiteranlagen auf städtischen Gebäuden in den Jahren 1913, 1914 und 1915.	—
					2—3
7. April 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat Dr. Loderer, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	3420/12	Bau des Amtshauses im XIII. Bezirke.	**Möbeltischlerarbeiten** für die Einrichtung der Amtszimmer des Herrn Leiters des magistratischen Bezirksamtes, des Herrn Leiters der Stadtbauamts-Abteilung, des Herrn Bezirksvorstehers, des Herrn Obmannes des Armeninstitutes und des Sitzungssaales . . .	11.200 K Vorbemerkung: Pläne, Kostenanschlag und Bedingnisse liegen bei der Bauleitung des Amtshausbaues, XIII., Hietzingerkai, Ecke Eduard Klein-Gasse (ehemaliges Stationsgebäude der Dampfstraßenbahn) zur Einsicht auf.
					1—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau) der Offertverhandlung	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten	Im veranschlagten Kostenbetrage von Kronen Pauschale
5. April 10 Uhr	Direktion der städt. Elektrizitätswerke, IX., Mariannengasse 4, 1. Stock	678/I c	Zentrale Engerthstraße der städtischen Elektrizitätswerke.	A. Aufstellung von drei Dampf-Turbo-Generatoren.		
				1. Erd- und Baumeisterarbeiten .	48.736·21	6000
				2. Träger und Eisenkonstruktionen	10.883·35	1000
				3. Betoneisenkonstruktionen . . .	13.650·—	1000
				4. Tonwarenlieferung	4835·—	400
				B. Herstellung von Schalträumen.		
				1. Erd- und Baumeisterarbeiten .	16.027·—	1500
				2. Träger und Eisenkonstruktionen	40.639·35	2500
				3. Betoneisenkonstruktionen . . .	15.507·50	1500
				4. Anstreicherarbeiten	3589·45	500

Vorbemerkung:

Pläne, Bedingnisse und Kostenanschläge liegen bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke an Werktagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags zur allgemeinen Einsicht auf; Formularien der Bedingnisse und Kostenanschläge sind während der Kassastunden (9 bis 1 Uhr) um 30 h per Stück auch käuflich. Die Sicherheit beträgt 5 Prozent der betreffenden Kostenanschlagssumme.

1—3

D. Z. 104/12, 0/12.
43

Kundmachung.

(Offertausschreibung für die Zimmermalerarbeiten und die Holzjalousienlieferung beim Bedienstetenwohnhausbau im XVI. Bezirk, Montleartstraße.)

Der Gemeinderat hat mit Beschluß vom 22. März 1912, P. Z. 2618, die Erbauung von Bedienstetenwohnhäusern im XVI. Bezirke, Montleartstraße, genehmigt.

Für die Lieferung der Holzjalousien und die Ausführung der Zimmermalerarbeiten findet **am 4. April 1913, 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale, IV., Paulanergasse 3, eine öffentliche Offertverhandlung statt.

Die Kostenanschläge und Bedingnisse liegen zur Einsicht bei der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, auf. Dort werden auch Auskünfte erteilt.

Die Anbote sind nach dem aufliegenden Muster stempelfrei an die Direktion der städtischen Straßenbahnen in verschlossener Briefhülle zu richten, die mit der Aufschrift „zur Offertverhandlung für die Bedienstetenwohnhäuser in Ottakring" zu versehen und bis 3. April 1913 bei der genannten Direktion, IV., Favoritenstraße 9, oder am Offertverhandlungstage vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu übergeben ist.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, Kostenanschläge, allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen hat und sich ihnen vorbehaltlos unterwirft.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 20. März 1913. 1—3

**

D. Z. 1553/41, 0/12.
28

Kundmachung.

(Offertverhandlung.)

Anläßlich des zweigeleisigen Ausbaues der Linie in der Wagramerstraße von der Ausweiche Kaisermühlen bis zur Ausweiche Franz Josefs-Land und der Linie in der Schüttaustraße bei deren Einmündung in die Wagramerstraße im II. Bezirke, gelangen seitens der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" hiemit im Offertwege zirka 8000 m³ Dammanschüttungen samt Planierungen, und zwar:

a) an der stromaufwärtigen Seite der Wagramerstraße nächst der Kronprinz Rudolf-Brücke zirka 6700 m³;
b) an der Kagranerseite der Schüttaustraße bei deren Einmündung in die Wagramerstraße zirka 1300 m³,

sowie zirka 1000 m³ Erdabgrabung für die Stufenanlagen in den alten Böschungen zur Vergebung.

Die öffentliche schriftliche Offertverhandlung hierüber findet am **Samstag den 5. April 1913, um 10 Uhr vormittags** im Sitzungssaale, IV., Paulanergasse 3, 1. Stock, statt.

Berücksichtigung finden nur Angebote solcher Personen, die zu diesen Arbeiten rechtlich befugt sind.

Die Angebote sind unter Benützung der hiefür vorgeschriebenen Drucksorte unterschrieben, in verschlossener Briefhülle, welche die Aufschrift „Anbot zur Offertverhandlung am 5. April 1913" zu tragen hat, in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße 9, spätestens bei Eröffnung der Offertverhandlung zu überreichen.

Nach Eröffnung der Offertverhandlung einlangende Angebote sind von der Verhandlung ausgeschlossen, es wäre denn, daß durch den Poststempel auf dem betreffenden Umschlage zweifellos nachgewiesen erschiene, daß das Anbotschreiben derart rechtzeitig aufgegeben worden ist, daß es nach dem ordnungsmäßigen Postlaufe noch vor dem Ablaufe des Einreichungstermines hätte eintreffen müssen.

In dem Angebote muß die Erklärung des Bewerbers enthalten sein, daß er von den in dieser Ausschreibung bekanntgegebenen Bedingungen und Plänen Kenntnis genommen hat und sie als für das Baugeschäft maßgebend anerkennt.

Die Arbeit wird unter allen Umständen nur im Pauschale vergeben. Eine Abrechnung unter Zugrundelegung der faktischen Leistungen findet nicht statt. Die Angebote können daher nach der einen oder anderen der nachfolgend angeführten Alternativen A, B oder C gestellt werden, und zwar:

A. Entweder bietet der Anbotsteller einen Pauschalbetrag an, den er bereit ist, an die Straßenbahn zu zahlen, und verpflichtet sich, alle erforderlichen Leistungen vorschriftsmäßig ohne besondere Vergütung auszuführen oder

B. er erklärt in seinem Angebote alle Leistungen vorschriftsmäßig durchführen zu wollen ohne hiefür irgend welche Entschädigung zu verlangen, aber auch ohne eine Vergütung an die Straßenbahn zu leisten, oder endlich

C. der Anbotsteller erklärt, die ausgeschriebenen Leistungen nur gegen einen ihm von der Straßenbahn zu zahlenden Pauschalbetrag zu übernehmen.

In jedem dieser drei Fälle hat der Ersteher eine Kaution in der Höhe von 500 K, im Falle A auch den offerierten Pauschalbetrag bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, innerhalb acht Tagen nach erfolgter Verständigung von der Annahme seines Angebotes zu erlegen.

Die Kaution kann in Barem oder in Einlagsbüchern der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien, der Ersten österreichischen Sparkassa, der Neuen Wiener Sparkassa oder einer der Wiener Kommunalsparkassen oder aber in inländischen, pupillarsicheren Wertpapieren bestehen. Wertpapiere werden nach dem Börsenkurse des Tages der Verständigung von der Annahme des Anbotes, jedoch niemals über dem Nennwert oder dem Betrage des kleinsten Treffers berechnet. Die erlegte Kaution muß von jeder Beschränkung in der Behebungs- oder Veräußerungsmöglichkeit frei sein.

Wird die Kaution und im Falle ad A auch der Pauschalbetrag in der bezeichneten Frist nicht erlegt, so erlischt der Zuschlag an den Säumigen, der verpflichtet ist, der Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" den ihr dadurch erwachsenden Schaden zu ersetzen.

Die Kautionen der Ersteher werden während der Dauer des Vertrages und bis zu dessen vollständiger Erfüllung von der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurückbehalten und haften derselben als Pfand zur Sicherstellung aller ihr gegen den Unternehmer zustehenden Rechte.

Die Kaution wird nur verwahrt, aber nicht verwaltet, eine in Bargeld erlegte Kaution wird nicht verzinst.

Ein Umtausch der Kaution ist nur mit Zustimmung der Direktion zulässig. Wenn der Kurswert der als Kaution erlegten Wertparpiere so weit sinkt, daß sie nach dem erwähnten Maßstabe zur Kautionsleistung nicht mehr hinreichen, so ist der Unternehmer verbunden, über Aufforderung der Direktion der städtischen Straßenbahnen die Kaution nach den vorstehenden Bestimmungen bis zur festgesetzten Höhe zu ergänzen. Ebenso hat er für die Ergänzung der Kaution im Falle ihrer gänzlichen oder teilweisen Einziehung zu sorgen.

Die Kaution wird der Unternehmung über ihr Ansuchen ausgefolgt, sobald die Leistungen beendet, von der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in Ordnung befunden und übernommen worden sind.

Mit den Dammherstellungen ist drei Tage nach Erhalt der diesbezüglichen an die Unternehmung gerichteten Aufforderung zu beginnen. Die Arbeiten sind in 30 Arbeitstagen zu beenden.

Für jeden Tag der Überschreitung dieser Arbeitsfrist wird eine Konventionalstrafe von 20 K festgesetzt. Gleichhohe Konventionalstrafen sind auch bei Nichteinhaltung der Bestimmungen des § 17 der „Allgemeinen Bedingnisse" zu bezahlen.

Die ausgeschriebenen Leistungen sind unter Einhaltung nachfolgend angeführter Bedingnisse und Vorschriften auszuführen:

1. „Allgemeine Bedingnisse für die Vergebung und Ausführung von Bauarbeiten" der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen";

2. die im Mengenverzeichnisse und in den besonderen Vorschriften für den zweigeleisigen Ausbau der Linie in der Wagramerstraße von der Ausweiche Kaisermühlen bis zur Ausweiche Franz Josefs-Land und der Linie in der Schüttaustraße, bei deren Einmündung in die Wagramerstraße im II. Bezirke enthaltenen Bestimmungen;

3. „Besondere Bedingnisse für die Ausführung von Bauarbeiten" der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen";

4. die Projektspläne.

Das Mengenverzeichnis und die besonderen Vorschriften sowie die Pläne und Bedingnisse liegen zur Einsicht im Bureau der Bauleitung der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße 9, 4. Stock, während der Amtsstunden auf.

Dort sind auch die Formulare für das Offert sowie die angeführten Bedingnisse und Vorschriften sowie das Mengenverzeichnis unentgeltlich erhältlich.

Im Anbote hat sich der Bewerber auf Datum und Zahl dieser Kundmachung zu berufen und sich den vorstehend angegebenen Bedingnissen vollinhaltlich und vorbehaltlos zu unterwerfen.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die vollständig freie Auswahl unter den Angeboten, ebenso deren Ablehnung und die Einleitung jeder weiteren Maßnahme vor. Von der Genehmigung oder Ablehnung des Angebotes wird der Offerent von der Direktion der städtischen Straßenbahnen verständigt.

Die Bewerber bleiben mit ihrem Angebote im Worte, bis sie durch die Direktion der städtischen Straßenbahnen von der Entscheidung verständigt werden.

In allen aus dem Vertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen besonderen Gerichtsstand gehören, sind in I. Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, I., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 19. März 1913. 1—1

M. Abt. XI b, 12804/12.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Versorgungsheim: Bau Pavillon I. Elektrische Anlage, Blitzableiter, Personenaufzug, Speisenaufzug.)

Anläßlich der Erbauung des Heimes I im Wiener Versorgungsheime werden nachstehende Arbeiten und Lieferungen im Offertwege vergeben werden:

1. Elektrische Anlage, veranschlagter Kostenbetrag 17.202 K 47 h;
2. Blitzableiteranlage, veranschlagter Kostenbetrag 1227 K 80 h;
3. Personenaufzug, veranschlagter Kostenbetrag 7500 K;
4. Speisenaufzug, veranschlagter Kostenbetrag 4500 K.

Zu diesem Zwecke wird am **Montag den 14. April 1913, pünktlich um 9 Uhr vormittags**, in den Amtsräumen der Magistrats-Abteilung XI b, Wien XIII., Versorgungsheim eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne, Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VIII, Neues Rathaus (Mezzanin), während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptkassa gegen Kostenerlag bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen oder an die Magistrats-Abteilung XI b einzusenden.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt. Der Bewerber, dessen Anbot angenommen wird, hat binnen acht Tagen nach Vertragsabschluß ein Pfandgeld (Kaution) von 5 Prozent gemäß § 3 der allgemeinen Bedingnisse zu erlegen.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 14. März 1913.

Der Abteilungs-Vorstand:
Paul m. p.,
Magistrats-Sekretär. 2—3

M. Abt. VI, 2853/12.

Kundmachung.

(Verkauf von Motoren, Pumpen und Reservoiren.)

Die Gemeinde beabsichtigt, aus den zur Auflassung bestimmten Schöpfwerken die Motore und Pumpen samt Zubehör (bei einigen Schöpfwerken auch die Reservoire und sonstigen Eisenbestandteile) zu veräußern. Kauflustige erhalten nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VII a (Baurat Podstata), I., Doblhoffgasse 6, woselbst auch die Anbote, und zwar abgesondert für jedes Schöpfwerk einzubringen sind.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 22. Jänner 1913.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Maug,
Magistratsrat. 17—18

Ad M. Abt. V, 611.

Kundmachung.

(Kommissionelle Verhandlung.)

Über das Projekt der „Gemeinde Wien – städtisches Elektrizitätswerk", betreffend Errichtung einer Transformatorenstation im städtischen Schulgebäude XVI., Speckbachergasse 48, findet **am Dienstag den 8. April 1913, um 9 Uhr vormittags,** die kommissionelle Verhandlung im Sinne des III. Hauptstückes der Gewerbeordnung statt.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich zur anberaumten Stunde vor dem Schulgebäude XVI., Speckbachergasse 48.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichen Projektsbehelfe vom 25. März 1913 bis zum Verhandlungsvortage in der Magistrats-Abteilung V (I., Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock, im Bureau des Herrn Magistratsrates Dr. Müller) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegen.

Einwendungen gegen dieses Projekt oder etwaige Bemerkungen können in der genannten Magistrats-Abteilung oder bei der Lokalverhandlung schriftlich oder mündlich vorgebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung eingebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 19. März 1913. 1–1

Z. 530.

Konkursausschreibung.

Bei der Braunkohlen-Bergbaugewerkschaft Zillingdorf gelangt die Stelle eines Markscheiders zur Besetzung.

Für diese Stelle wird eine dreimonatliche Probedienstzei mit beiderseits einmonatlicher Kündigung festgesetzt und gilt nach Ablauf der Probedienstzeit die gesetzliche beiderseits dreimonatliche Aufkündigungsfrist.

Bewerber um diese Stelle haben

1. Ein Lebensalter über 18 und unter 40 Jahren,
2. die österreichische Staatsbürgerschaft,
3. einen unbescholtenen Lebenswandel,
4. ihre deutsche Nationalität,
5. ihre vollkommen physische Eignung,
6. die durch erfolgreiche Absolvierung einer inländischen montanistischen Hoch- oder Mittelschule erworbene theoretische Kenntnis der Markscheidekunde und der Vorschriften des allgemeinen österreichischen Berggesetzes, sowie eine längere Praxis im Markscheidefache und die hiedurch erworbene vollkommene Versiertheit in den für den Betrieb in der Grube oder über Tags erforderlichen Vermessungsarbeiten mit Kompaß und Theodolit, Mappierungen und in sämtlichen im praktischen Markscheiderdienste vorkommenden Arbeiten, wie Schachtsenkeln, Profilaufnahmen, Verfassung von Betriebsplänen und Vortriebskontrolle u. s. w.

nachzuweisen, ein curriculum vitae vorzulegen und ihre Ansprüche hinsichtlich Gehalt und Quartier, beziehungsweise Quartiergeld, Spesen und Diäten bekanntzugeben.

Im übrigen finden auf die ausgeschriebene Stelle die Bestimmungen der §§ 201 bis 203 des allgemeinen Berggesetzes Anwendung.

Bewerber um diese Stelle haben ihre im Sinne der vorstehenden Ausschreibungsbedingungen entsprechend belegten Gesuche **bis spätestens 29. März 1913** bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke in Wien, IX., Mariannengasse 4, einzubringen und in denselben anzugeben, wann sie den Dienst antreten könnten.

Direktion der städtischen Elektrizitätswerke. 3–3
Wien, am 14. März 1913.

M. A. X, 6672/12.

Kundmachung.

(Friedhöfe im XXI. Bezirke; Festsetzung der Besuchszeit.)

Zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 27. Februar 1913, P. Z. 3459, ist der Besuch der Friedhöfe im XXI. Bezirke dem Publikum in den Monaten April bis einschließlich Oktober und am 1. und 2. November von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends, in den übrigen Monaten von 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends gestattet.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
im März 1913.

Der Abteilungs-Vorstand:
Koniakowsky,
Magistratsrat. 2–3

M. Abt. XIII, 1074/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Agnes Wuth'sche Armenstiftung.

Verteilt werden: 1200 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Würdige Arme.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Heimatsnachweis, von Verheirateten oder Verwitweten auch der Trauungsschein und allenfalls auch die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, beziehungsweise der Totenschein.

Einreichungsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 28. April 1913.**

Verleihungstag: 26. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. März 1913. 1–3

M. Abt. XIII, 10279/12. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Anton Eckhart'sche Stiftung

für erwerbsunfähige Gewerbsleute.

Bei der am 7. März 1913 stattgehabten Ziehung der Lose der Johann Eckhart'schen Stiftung für erwerbsunfähige Gewerbsleute sind folgende 26 Losnummern gezogen worden, und zwar:

1, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 15, 18, 19, 21, 23, 24, 30 33, 34, 35, 36, 39, 41, 42, 44, 48, 49, 51.

Die Inhaber dieser Lose haben behufs Behebung des Stiftungsbetrages von je 63 K in der Zeit vom 15. bis einschließlich 31. März 1913 an einem Werktage während der gewöhnlichen Amtsstunden bei der städtischen Hauptkassa im Rathause zu erscheinen und die in ihren Händen befindlichen Originallose mitzubringen.

Die bis einschließlich 31. März 1913 nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
am 7. März 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 115/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung

für Techniker.

Verliehen werden: Drei Stipendien im Betrage von je 210 K vom Sommersemester 1913 an auf Studiendauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbemittelte, in Wien geborene Hörer der k. k. Technischen Hochschule in Wien, welche sich durch fleißige Verwendung, vorzügliche Befähigung und gute Sitten auszeichnen.

Bei sonst gleichen Umständen genießen Söhne von Wiene Bürgern den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Mittellosigkeitszeugnis und Studiennachweise.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Verleihungstermin: November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 964/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Karl und Magdalena Braun-Stiftung

für Blinde.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 160 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Blind geborene oder unheilbar erblindete, nach Wien zuständige, außerhalb eines Blindeninstitutes lebende und unzureichend bemittelte Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Zuständigkeitsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und die Ursache derselben.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. März 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 931/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Invalidenstiftung

der ehemaligen Gemeinde Währing.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 25 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, in dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Währing wohnhafte Militärinvaliden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Zuständigkeitsnachweis und Nachweis über die Eigenschaft als Militärinvalide.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. März 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 1494/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Eugen Dub'sche Stiftung

für Waisenknaben der Stadt Wien, unheilbare, in Wien geborene Kranke und hilfsbedürftige Staats- und Privatbeamtenfamilien.

Verliehen werden:

a) 558 K an Waisenknaben der Stadt Wien;

b) 558 K an drei arme, in Wien geborene unheilbare Kranke und

c) 558 K an drei hilfsbedürftige Staatsbeamtenfamilien und an drei hilfsbedürftige Privatbeamtenfamilien, welche ihren Ernährer durch den Tod verloren haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Totenschein des Gatten, Trauungsschein, Taufscheine der Kinder, Nachweis, daß der Verstorbene Staats- oder Privatbeamter war.

Jene, welche sich auf eine unheilbare Krankheit berufen, haben ein armenärztliches Gutachten anzuschließen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Bewerbungsfrist: **Bis 15. Mai 1913.**

Verleihungstag: 23. September 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 13. März 1913. 2–3

M. Abt. XIII, 116/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Salomon Mayer Freiherr v. Rothschild'sche Stiftung

für Gewerbetreibende.

Verteilt werden: 2100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Wiener Gewerbetreibende und Witwen von solchen mit Kindern, welche ihr Gewerbe noch betreiben, ohne ihr Verschulden mittellos geworden sind und ohne Beihilfe außerstande wären, ihr Gewerbe weiter zu betreiben.

Bei sonst gleichen Verhältnissen haben Bürger von Wien den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)schein des anderen Gattenteiles, Tauf(Geburt)zettel der Kinder, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Heimatschein oder Bürgerrechts-Dekret, von Witwen der Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1913.**

Verleihungstermin: Im November 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 898/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef und Anna Wasner'sche Stiftung

für Gewerbetreibende.

Verteilt werden: 830 K in vier gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, ohne ihr Verschulden zugrunde gegangene Gewerbsleute, welche ihr Gewerbe noch betreiben. Jedes Jahr ist je ein verarmter Gewerbsmann aus der Leopoldstadt und Brigittenau zu berücksichtigen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Gewerbeschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Verleihungstag: 26. Juli 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. Februar 1913.

TERRANOVA Wasserabweisender, patentierter Fassadenputz! Wetterbeständig, farbecht, vornehme Wirkung!

Ältester Edelputz, seit 1893 schon bei vielen Millionen von Quadratmetern im In- und Auslande bewährt!

Warnung vor minderwertigen Nachahmungen

unter allerlei, teils ähnlich klingenden Namen!

Poröse Estriche als Unterlage für Linoleum!

Österr.-ungar. Terranova-Verwertung G. m. b. H.

Wien, VI., Mariahilferstrasse Nr. 47.

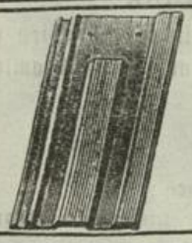
Telephon 6979. **MÖBEL!** Telephon 6979.

Erste genossenschaftl. Warenhalle der Tischlermeister Wiens

registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

VII., Lerchenfelderstr. 45 (Ecke Neubaugasse).

Reichhaltiges Lager von Möbeln in allen Stilarten, Einrichtung ganzer Wohnräume, Villen, Hotels, Institute, Bureaus etc.



Doppelfalzziegel und Strangfalzziegel

erzeugt als Spezialität in bezug auf ausgezeichnetes Material und sorgfältigste Ausführung unübertroffen:

Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke

in Naturbrand oder mit dauerhafter Imprägnierung, mit der nach patentiertem Verfahren hergestellten besonders einfachen sehr praktischen und sturmsicheren Anhängevorrichtung versehen.

Direktion und Zentrale: **Wien, I., Schottenbastei 16.** — **Telephon 14185.**



Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN

I. Bezirk,

Stophansplatz Nr. 11.

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 25. Freitag den 28. März 1913. Jahrgang XXII.

Pränumerationspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Rathause (k. k. Tabak-Trafik) **und im Redaktionslokale I., Lichtenfelsgasse 5, 1. Stock.**

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling,** I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei **Haasenstein & Vogler A.-G.,** I., Kärntnerstraße 18, Eingang Neuer Markt 3.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **18. März 1913.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Porzer.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.

Anwesende: Braun, Brauneiß, Büsch, Dechant, Fraß, Gräf, Grünbeck Sebastian, Hallmann, Hermann, Hörmann, Kleiner, Knoll, Dr. Mataja, Oppenberger, Poyer, Rain, Schmid, Schreiner, Schwer, Wessely, Wippel, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Baron, Schneider.
Schriftführer: Magistrats-Kommissär v. Radler.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer eröffnet die Sitzung.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(4506, M. A. IV, 723.) Es wird zur Kenntnis genommen, daß die Wegräumung des Pissoirs bei der Kirche nach Fertigstellung der Bedürfnisanstalt auf dem neuen Rudolfsheimer Heu- und Strohmarkte erfolgen kann.

(4517, M. A. X, 1612.) Die Ausführung einer Niederdruckdampfheizung für die Garage in der städtischen Sanitätsstation im XIV. Bezirke wird nach dem Offerte der Firma Milischowski mit dem Gesamterfordernis von 1500 K genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hörmann** wird beschlossen:

(4509, M. A. IX, 1058.) Die anläßlich des Baues einer V. Gruppe von Jungschweinstallungen auf dem Borstenviehmarkte in St. Marx erforderlichen Rekonstruktionsarbeiten an der Hochquellenwasserzuleitungsanlage werden mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 8000 K genehmigt.

(4542, M. A. XIV, 2135.) In nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Statthalterei-Protokoll vom 25. Februar 1913, samt Plänen, betreffend den Bau eines Schwimmbades und Adaptierungen in der k. k. Militär-Ober-Realschule III., Boerhavegasse 13, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Oppenberger** wird beschlossen:

(4466, M. B. A. II, 65690/11.) Die Abschreibung der zur Einl.-Z. 4440 im II. Bezirke, Obermüllnergasse 1, nach dem früheren Besitzer Salomon Leopold Borg, Privatier, II., Obermüllnergasse 1 wohnhaft, aushaftenden Zins- und Schulheller pro 1906 per 294 K 28 h aus dem Titel der Uneinbringlichkeit wird genehmigt.

(4446, M. A. III, 7664.) Das anläßlich der Herstellung der Baumpflanzung in der Wolfgang Schmälzl-Gasse, II. Bezirk, bei den gärtnerischen Arbeiten aufgelaufene Mehrerfordernis von 21 K 77 h wird nachträglich genehmigt.

Der Magistrat wird ermächtigt, in jenen Fällen, in welchen eine Kostensumme vom Stadtrate, beziehungsweise vom Gemeinderate bewilligt worden ist, ein etwa auftretendes Mehrerfordernis dann nachträglich zu genehmigen, wenn dasselbe in jedem einzelnen Falle den Betrag von 200 K nicht überschreitet und diese Überschreitung bedeckt ist. (An den Gemeinderat.)

(4401, M. A. VIII, 119.) Die Errichtung einer explosionssicheren Benzinlagerung für 1000 l nach dem System Martini & Hüneke im städtischen Strandbad „Gänsehäufel" wird mit dem bedeckten Erfordernisse von 2500 K nachträglich genehmigt.

(4334, 4335, 4337, M. B. A. II, 4/8, 4/127, 4/105.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 46 Ansuchen um Nachsicht der Hundesteuer pro 1913, werden genehmigt.

(4403, M. A. VIII, 221.) St.-R. Oppenberger referiert über das Betriebsergebnis des städtischen Strandbades „Gänsehäufel" im Jahre 1912 und beantragt, dasselbe genehmigend zur Kenntnis zu nehmen und die in den vorgelegten Ausweisen verzeichneten Remunerationen zu bewilligen.

St.-R. Rain beantragt, mit Rücksicht auf das schlechte Betriebsergebnis bloß Remunerationen in der Höhe wie im Vorjahre zu genehmigen.

Antrag Rain angenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Knoll** wird beschlossen:

(4366, M. B. A. XXI, 7402.) Dem Frauenwohltätigkeitsverein „Donaufeld" wird die Bewilligung erteilt, seine General-Versammlung an einem Mittwochnachmittage im Monate März 1913 im Turnsaale der Mädchen-Volksschule XXI., Theodor Körner-Gasse 25, abhalten zu dürfen, und zwar unter der Bedingung, daß der Verein dafür sorgt, daß nach Schluß der Versammlung der Turnsaal wieder gereinigt und gelüftet wird und der Schuldiener für diese Mehrleistung eine entsprechende Entschädigung erhält.

(4365, M. B. A. XXI, 7695.) Dem Ambros Zeger werden die der Gemeinde Wien gehörigen Grundstücke Kat.-Parz. 81, 375 und 376 im XXI. Bezirke, Hirschstetten, Ried „Krautgärten" im Ausmaße von zirka 3925 m² um den Jahrespachtzins von 25 K auf die Dauer vom 1. Oktober 1912 bis 28. September 1916 zum Zwecke der Gewinnung von Feldfrüchten bestandweise überlassen.

(4541, M. A. XIV, 1835.) In nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Statthalterei-Protokoll vom 17. Februar 1913, Z. VI-364/7, samt Plänen, betreffend den Bau einer k. k. Telegraphenzentrale XXI., Floridsdorf, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(4336, M. B. A. XIII, 11581/12.) Der Bezirksamts-Antrag, betreffend ein Ansuchen um Nachsicht der Hundesteuer pro 1913, wird genehmigt.

(4465, M. B. A. XIII, 1404.) Im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, wird die Genehmigung erteilt, daß die mit 648 K für das dem Josef Steck gehörige Haus Konskr.-Nr. 91, Grundb.-Einl.-Z. 87 Speising, Or.-Nr. 47 Gallgasse im XII. Bezirke, bemessene Kanaleinmündungsgebühr bei Gewährung einer 30prozentigen Ermäßigung vorläufig nur mit dem Betrage von 453 K 60 h, und zwar in mit 15. Februar 1913 beginnenden vier gleichen vierteljährigen Raten per 113 K 40 h eingehoben werde.

Im Falle einer nachträglichen Änderung in den die Gebührenerleichterung begründenden Verhältnissen wird die entsprechende Ergänzungsgebühr eingehoben werden.

(4609, M. A. XV, 3536.) Dem Baumeister Matthäus Bodhal wird der Erlag eines Garantiebriefes der Anglo-österreichischen Bank als Kaution für die Baumeisterarbeiten am Schulbaue XIII., Linzerstraße, bewilligt, wenn die genannte Bank eine Verpflichtungserklärung im Sinne der Stadtbuchhaltungsäußerung vom März 1913 abgibt.

(4511, M. A. X, 10768/12.) St.-R. Poyer referiert über das Ansuchen der Totengräberin im Hütteldorfer Friedhofe und beantragt:

Die Gemeinde verzichtet ausnahmsweise auf den Rückersatz eines Betrages von 72 K, den die Totengräberin des Hütteldorfer Friedhofes aus Anlaß einer schlechten Bedienung eines Sargversenkungsapparates der Gemeinde zu ersetzen hätte.

(Abgelehnt.)

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(4507, M. A. V, 2097.) Die Asphaltierungsarbeiten beim Neubaue der Adlerbrücke im XI. Bezirke werden auf Grund der abgehaltenen Offertverhandlung der Österreichischen Asphalt-Aktiengesellschaft (10 Prozent Aufzahlung) übertragen.

(4464, M. B. A. XI, 25788/12.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk zu erteilende Baubewilligung für bauliche Herstellungen auf den Realitäten Grundb.-Einl.-Z. 193 und 85, Kat.-Parz. 1184/2 und 1183/2 Kaiser-Ebersdorf, wird unter den in der Verhandlungsschrift vom 7. November 1912, Z. 25788, gestellten, insbesondere aber unter der Bedingung bestätigt, daß die Bauobjekte über jedesmaliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung von den Bauwerbern kassiert werden und daß diese Verpflichtung hinsichtlich der auf der Realität Grundb.-Einl.-Z. 193, Kat.-Parz. 1184/2, befindlichen Baulichkeiten als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien mittels Reverses grundbücherlich sichergestellt werde.

Gleichzeitig werden Bauerleichterungen, bestehend in der Herstellung von Wohnräumen aus ausgemauerten Riegelwänden und 30 cm starken Umfassungsmauern zugestanden.

(4518, M. A. X, 7968.) Der Gebührenrückstand per 502 K 40 h des Franz Gattermayer, Zier- und Handelsgärtners,

XI., Pachmanngasse 4/5 wohnhaft gewesen, für die Entnahme von Wasser aus den im St. Marxer Friedhofe aufgestellten Bottichen ist in Evidenz zu halten.

(14453, M. A. XI, 3557.) **St.-R. Fraß** referiert über den Magistrats-Antrag auf Zuerkennung eines Diplomes an den Armenrat des VII. Bezirkes Karl Obenaus für die mehr als zehnjährige Ausübung des Armenratsmandates und beantragt die Genehmigung.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Fraß wird weiters beschlossen:

(4467, M. B. A. VII, 250.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend sieben Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1912 und 1913, werden genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Büsch** wird beschlossen:

(4546, M. A. VI, 379.) Das Projekt für die Neupflasterung der Vivenotstraße von der Rauchgasse bis zur Wilhelmstraße im XII. Bezirke wird mit dem bedeckten Gesamterfordernisse per 79.868 K 62 h zur Ausführung genehmigt.

Die Erd- und Pflasterungsarbeiten werden dem Josef Tokats, XII., Gaudenzdorfergürtel 19, mit einer Aufzahlung von 2 Prozent unter der Voraussetzung übertragen, daß Tokats erklärt, daß er die Pflasterungsarbeiten durch A. Vielgut ausführen läßt.

(4160, M. A. XV, 4287.) Dem k. k. n.-ö. Landesschulrate ist auf die Zuschrift vom 11. Februar 1913, Z. 634/4, I, mitzuteilen, daß die Gemeinde Wien im Falle der Verstaatlichung der vom Vereine zur Gründung einer Kaiserjubiläumsschule im XII. Wiener Gemeindebezirke errichteten Privatrealschule geneigt ist, innerhalb der nächsten vier Schuljahre die für die provisorische Unterbringung von sieben Stammklassen und sonstigen Räumlichkeiten (Direktionskanzlei, Zeichensäle, eventuell Lehrmittelzimmer) nötigen Lokale im städtischen Gebäude XII., Schönbrunnerstraße 189, und in der Volksschule für Mädchen XII., Kobingergasse 5/7, sukzessive unentgeltlich unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß der Staat für die Beheizung (Brennmaterial und Heizerdienst), Beleuchtung, Reinigung, Schulbedienung, Wasserversorgung, Einrichtung und für die Kosten der behufs Unterbringung der Realschule in den erwähnten Gebäuden noch notwendigen Adaptierungen und seinerzeitigen von der Gemeinde Wien etwa gewünschten Readaptierungen, sowie für die Instandhaltung der von der Realschule ausschließlich benützten Räume und Kommunikationen aufkommt und schließlich bei der seinerzeitigen Räumung die Kosten für die Erneuerung der Färbelung (des Ölfarbanstriches, der Malerei, Weißigung) an den Wänden der mehr als zwei Jahre von der Realschule benützten und in den letzten zwei Jahren nicht auf Staatskosten gefärbelten (gemalten, geweißten) Lehrzimmer und Nebenräume trägt.

Die unentgeltliche Mitbenützung des Turnsaales und der naturgeschichtlichen Lehrmittel der Knaben-Volksschule in der Schönbrunnerstraße 189, sowie des Turnplatzes derselben wird unter der Bedingung gestattet, daß der Staat die Kosten der durch die Benützung der Realschule erforderlichen Beheizung, Beleuchtung und Reinigung trägt, und für die Abnützung der Geräte und insbesondere Turnmatratzen einen angemessenen, mit dem Magistrate zu vereinbarenden Beitrag leistet.

An die k. k. Staatsverwaltung wird bei diesem Anlasse das dringende Ersuchen gestellt, innerhalb der kürzesten Zeit, längstens aber während der nächsten vier Schuljahre für den Neubau eines staatlichen Realschulgebäudes im XII. Bezirke und für die Fertigstellung desselben innerhalb der angegebenen Frist Sorge zu tragen, in welchem Falle sich die Gemeinde Wien bereit erklärt, einen einmaligen Beitrag von 50.000 K zu den Baukosten auf die übliche Weise zu leisten. (An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(4582, M. B. A. XVIII, 23181.) Dem Vereine Pestalozzi werden für Vereinszwecke in der städtischen Volksschule XVIII., Köhlergasse 9, ein derzeit leerstehendes Klassenzimmer, der Turnsaal und der Turnplatz am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 5 bis 9 Uhr nachmittags, am Samstag von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends und am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, eventuell 3 bis 6 Uhr nachmittags (der Mittwoch ist ausgeschlossen) unentgeltlich gegen jederzeitigen Widerruf und gegen Einhaltung der allgemeinen Bedingungen für Schullokalitätenüberlassung zur Benützung überlassen.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer berichtet über die Wünsche der Wiener Fiaker in der Taxameterfrage.

Nach einer längeren Debatte, an der sich die St.-R. Sebastian Grünbeck, Knoll, Wippel, Poyer und Hallmann beteiligen, wird beschlossen, durch zwei Delegierte des Stadtrates die Wünsche der Fiaker beim k. k. Statthalter für Niederösterreich wärmstens zu befürworten.

Zu Delegierten in dieser Angelegenheit werden gewählt: Vize-Bürgermeister Hierhammer und St.-R. Sebastian Grünbeck.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Kleiner** wird beschlossen:

(4602, M. A. IV, 5822/12.) Das Mehrerfordernis für die Anschaffung von 22 Feuermeldern für die Feuermeldeanlage im Ausrückungsgebiete der Hauptfeuerwache Mariahilf wird mit dem Betrage von 240 K gegenüber den mit Stadtrats-Beschluß vom 29. Oktober 1912, Z. 17433, genehmigten Kosten von 10.170 K genehmigt.

(4455, M. A. XIV, 414.) Die dem Geza Schiffmann zu erteilende Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau VI., Mollardgasse 2, wird im Sinne des Magistrats-Antrages bestätigt.

(4605, M. A. XIV, 163.) Die dem Josef Marco zu erteilende Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau VI., Gumpendorferstraße 67, wird im Sinne des Magistrats-Antrages bestätigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(4618, M. A. IX, 1044.) Dem Ansuchen des Marktgebühreneinhebers II. Bezugsklasse Johann Zink um Belassung der Diensteszulage während der Dauer seiner derzeitigen Erkrankung wird gnadenweise Folge gegeben.

(3649, M. A. II, 10740/11) Das Ansuchen des derzeit im Kanzleidienste verwendeten Kontrollors des städtischen Asyl- und Werkhauses Rudolf Leminger um Einreihung in den Hauptkassenstatus wird abgewiesen.

(4201, M. A. XV, 8682.) Vize-Bürgermeister Hoß referiert über die Errichtung einer Staatsgewerbeschule im XXI. Bezirke und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, der k. k. Staatsverwaltung zur provisorischen Unterbringung einer Werkmeisterschule mechanisch-technischer Richtung im XXI. Bezirke das städtische, ehemals vom Floridsdorfer Staatsgymnasium benützte Schulgebäude XXI., Schloßhoferstraße 8, unentgeltlich auf die Dauer von fünf Jahren, vom Schuljahre 1913/14 angefangen, zu überlassen.

2. Die k. k. Staatsverwaltung hat jedoch auf die Dauer dieser provisorischen Unterbringung die Kosten für die Beleuchtung, Beheizung, Reinigung, Schulbedienung, Hausbesorgung, Wasserversorgung und Instandhaltung dieses Gebäudes zu tragen, während die Gemeinde Wien die Kosten der zur Unterbringung der Werkmeisterschule in diesem Gebäude notwendigen Adaptierungen trägt, und die Staatsverwaltung von der Verpflichtung der eventuellen seinerzeitigen Readaptierungen in diesem Gebäude enthebt.

3. Die Gemeinde Wien stellt der k. k. Staatsverwaltung zwecks Errichtung eines Staatsgewerbeschulgebäudes im XXI. Bezirke einen an der Moltkegasse im XXI. Bezirke gelegenen Baugrund im Gesamtausmaße von 4433·75 m² oder einen anderen gleichfalls entsprechend großen, geeigneten Baugrund zur Verfügung und verpflichtet sich, denselben unentgeltlich ins Eigentum des k. k. Ärars zu übergeben.

4. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, zu den Baukosten für das neue Staatsgewerbeschulgebäude im XXI. Bezirke in der zuversichtlichen Erwartung, daß der Neubau bis spätestens zu Ende des Schuljahres 1917/18 vollkommen benützungsfähig fertiggestellt ist, einen einmaligen Beitrag von 150.000 K zu leisten. Dieser Beitrag ist in drei Raten abzustatten, von denen die erste per 50.000 K im Jahre des Baubeginnes, die zweite per 50.000 K im darauffolgenden Jahre und die dritte und letzte Rate per 50.000 K nach gänzlicher Fertigstellung des Anstaltsgebäudes fällig ist.

Der Stadtrat ermächtigt den Magistrat auf Grund dieser Anträge, die Verhandlungen mit der Staatsverwaltung weiter zu führen. Über das Resultat ist dem Stadtrate ehestens zu berichten.

(4619, M. A. IX, 5638.) Die Ausführung des Fassadeverputzes des Speicherbaues im Lagerhause der Stadt Wien nach dem Nachtragsofferte der Firma R. Heid vom 11. März 1913 wird genehmigt.

(4461, St. Buchh., 112.) Den mit Vorarbeiten aus Anlaß der definitiven Regelung der Wassergebühren in außerämtlicher Zeit beschäftigt gewesenen Beamten des Stadtbuchhaltungs-Departements XI a werden Remunerationen von zusammen 621 K, deren Verteilung nach Maßgabe der aufgewendeten Zeit dem Buchhaltungs-Direktor überlassen wird, bewilligt.

(d450, M. A. II, 1341.) Der Marie Lehner, Amtsdienerswitwe, wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 240 K für sich und von 72 K für ihr Kind Johann im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(4449, M. A. II, 927.) Der Rosa Mayerhofer, Straßenaufseherswitwe, wird eine Gnadengabe von jährlich 600 K für sich und von 72 K für ihr Kind Marie vom 1. Jänner 1913 bis Ende des Jahres 1914, beziehungsweise bis 22. Jänner 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(4448, M. A. II, 1477.) Der Werkleiterswitwe Irma Forstner wird der Fortbezug der Gnadenerziehungsbeiträge von jährlich je 120 K für ihre Kinder Gustav und Marie vom 1. Dezember 1913 bis 30. November 1914, beziehungsweise vom 16. Juli 1913 bis 15. Juli 1914, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(4447, M. A. II, 113.) Der Straßenarbeiterswitwe Sophie Vacek wird eine Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1913 bis Ende des Jahres 1915, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung im Sinne des Magistrats-Antrages bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(4304.) Es wird die prinzipielle Genehmigung erteilt, daß die Teilnehmer an dem II. Internationalen Kongreß für Rettungswesen und Unfallverhütung im Rathause festlich empfangen werden.

(4410, M. D., 995.) Es wird ausgesprochen, daß keine Veranlassung vorliegt, eine Bestimmung zu treffen, nach welcher die erhöhten Beschreibungsanforderungen für die Zeitbeförderung (Klassenvorrückung) erst mit Ende 1913 in Wirksamkeit treten.

(4291, M. A. IX, 894.) Dem Schlachthausdiener der II. Bezugsklasse Franz Ferlany werden die anläßlich der Versetzung vom Zentral-Pferdeschlachthause im X. Bezirke in das Schlachthaus Nußdorf aufgelaufenen Übersiedlungskosten im Betrage von 32 K vergütet.

(4232, St. Buchh., 89.) Dem Wasserbezugsrevisor II. Klasse Friedrich Petz wird eine Aushilfe von 300 K bewilligt.

(4045/12.) Es wird zur Kenntnis genommen, daß von dem zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 7. Juni 1912 für den Empfang der Teilnehmer an dem Kongresse des Deutschen Werkbundes bewilligten Kredit von 10.000 K ein Betrag von 64 K 20 h;

(6812/12) von dem zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 12. Juni 1912 für den Empfang der Teilnehmer am XIV. Kongreß der „Ligue Internationale des Associations Touristes" bewilligten Kredit von 5000 K ein Betrag von 708 K;

(10332/12) von dem zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 14. Juni 1912 für den Empfang der Teilnehmer an der öster-

reichischen Alpenfahrt 1912 bewilligten Kredit von 6500 K ein Betrag von 49 K 95 h und

(10610/12) von dem zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 17. Juli 1912 für den Empfang der Bukarester deutschen Liedertafel bewilligten Kredit von 6000 K ein Betrag von 104 K 50 h erübrigt wurde.

(3591.) Für den am 19. März 1913 im Rathause stattfindenden Empfang der Teilnehmer am XI. Deutsch-österreichischen Mittelschultag wird ein nachträglich zu verrechnender Kredit von 8500 K bewilligt und diese Auslage auf den Reservefonds verwiesen.

(4452, M. A. XXII, 727.) Dem Telegraphisten I. Klasse des Stadtbauamtes Anton Kölbig jun. wird im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 10. Mai 1912 (Z. 7361), P. 5, das Definitivum verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Dr. Porzer** wird beschlossen:

(4478, St. L. B., 261.) Die Abschreibung der Leichenkosten nach dem am 27. Februar 1913 verstorbenen Friedhofsarrangeur der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" Josef Galovics sen. im Betrage von 336 K 56 h wird in Anbetracht vieljähriger, zufriedenstellender Dienstleistung des Verstorbenen genehmigt.

(4480, Zentr. Spark., 912.) Die Bilanz der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien und deren Voranschlag pro 1913 wird genehmigt. (An den Gemeinderat.)

(4479, St. L. B., 262.) Der Witwe Elisabeth Galovics nach dem am 27. Februar 1913 verstorbenen Friedhofsarrangeur der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" Josef Galovics sen. wird die ihr laut § 13 der Pensionsvorschrift der Gemeindebeamten und -Diener gebührende Witwenpension im jährlichen Ausmaße von 720 K ab 1. März 1913 bis zur eventuellen Wiederverehelichung oder Erlangung einer anderweitigen Versorgung zuerkannt, und für den minderjährigen Sohn Felix Galovics laut §§ 17 und 18 obiger Pensionsvorschrift ein jährlicher Erziehungsbeitrag von 144 K ab 1. März 1913 bis zu seinem vollendeten 24. Lebensjahre, beziehungsweise bis zur Erlangung einer anderweitigen Versorgung bewilligt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(4538, St. L. B., 248.) Der Witwe des Kutschers der städtischen Leichenbestattung Michael Artmann wird eine Gnadengabe von jährlich 400 K vom 1. April 1913 auf drei Jahre, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(4524, St. L. B., 260.) Die Abschreibung der restlichen Leichenkostenforderung an Emanuel Kuhl im Betrage von 304 K 2 h samt Kosten wegen Uneinbringlichkeit wird genehmigt.

(4274, M. A. XXII, 627.) Dem Militär-Veteranenverein Feldmarschall Erzherzog Albrecht wird der Arkadenhof des Neuen Rathauses für Sonntag den 11. Mai 1913, vormittags, zur Abhaltung einer Feldmesse aus Anlaß der Fahnenweihe überlassen. (An den Gemeinderat.)

(4375, St. L. B., 252.) Der Jahresbezug (einschließlich des Quartiergeldes) des Betriebsleiters der Schremser Torfstreu- und Torfmullfabrik Ignaz Mölzer wird vom 1. April 1913 ab mit 1500 K festgesetzt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(4441, M. D., 890.) Im Status der rechtskundigen Beamten werden im Wege der Zeitbeförderung nach den Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 28. Februar 1913, P. Z. 19200/12, die nachbenannten Konzepts-Praktikanten zu Magistrats-Konzipisten in der X. Rangsklasse ernannt:

Dr. Adolf Stempfl mit dem Range vom 17. Februar 1913;

Dr. Friedrich Edler v. Tepser mit dem Range vom 10. März 1913;

Dr. Ignaz Pichler mit dem Range vom 10. März 1913;

Dr. Emil Schacherl mit dem Range vom 10. März 1913.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Porzer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(4338, M. B. A. X, 9140.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 21 Ansuchen um Ermäßigung, beziehungsweise Nachsicht der Hundesteuer pro 1913, werden genehmigt.

(4456, M. A. XI, 12802.) Der Verkauf der seit Jahren unbenützten Pulsometeranlage im städtischen Asyl- und Werkhause wird genehmigt und die Ausschreibung einer Offertverhandlung angeordnet.

(4606, M. A. XVI, 13707.) Der neue Platz an der verlängerten Steudelgasse, in welchen die Alpengasse, die Schleier- und Hebbelgasse einerseits, die Rissaweggasse und Wienerbergstraße anderseits einmünden, bestehend aus den Parz. 934/147, 934/148, 934/149, 934/129, 1600/19, 16/25, Nr. 5, 2349 Katastralgemeinde Favoriten, im Gesamtausmaße von 38 432 m² wird nach dem am 13. Dezember 1863 zu Wien verstorbenen deutschen Dichterphilosophen Friedrich Hebbel mit den Namen „Hebbelplatz" bezeichnet.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

(4208, M. A. VIII, 2423/12.) Das Vorprojekt für die Erbauung eines städtischen Dampf-, Wannen- und Hallenschwimmbades auf der städtischen Realität X., Buchengasse 67 bei Grundb.-Einl.-Z. 2491, wird mit dem Gesamtkostenbetrage von 600.000 K genehmigt und der Magistrat beauftragt, das Detailprojekt mit aller Beschleunigung vorzulegen, so daß noch im Sommer 1913 mit dem Baue des Bades begonnen werden kann. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(4614, M. A. XV, 3365.) Die unentgeltliche Überlassung des Klassenzimmers top. Nr. 61 in der allgemeinen Volksschule für Knaben XI., Molitorgasse 11, an die k. k. Unterrichtsverwaltung zum Zwecke der Eröffnung einer neuen Klasse mit Beginn des Schuljahres 1913/14 an der k. k. Staatsrealschule im XI. Bezirke wird unter den bisherigen Modalitäten, sowie unter der weiteren

Bedingung bis 31. August 1914 genehmigt, daß die k. k. Unterrichtsverwaltung etwaige Kosten, welche sich aus der Überlassung eines weiteren Lehrzimmers, sei es an der allgemeinen Volksschule XI., Molitorgasse 11, sei es an einer anderen Volksschule des XI. Bezirkes für die Gemeinde Wien ergeben, trägt, und der Neubau für die Realschule bis September 1914 fertiggestellt ist.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(4615, M. A. IX, 5556.) Die Belassung der Brückenwagen an der Zollernsperggasse im XIV. Bezirke und infolgedessen die Anschaffung einer zweiten neuen Brückenwage für den Heu- und Strohmarkt im XIV. Bezirke an der Hütteldorferstraße mit 15.000 kg Tragkraft nach dem Offerte der Firma Josef Forenz vom 22. Jänner 1913, sowie der hiedurch hervorgerufene Mehraufwand von 3110 K (bedeckt) auf Ausgabs-Rubrik XXVIII 9 wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R Schreiner** wird beschlossen:

(4404, M. A. VII, 223.) Die Fällung der auf der Seite der künftigen geraden Orientierungsnummern in der verlängerten Draskovichgasse im XV. Bezirke stehenden Baumreihe wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Büsch** wird beschlossen:

(4644, M. A. VIII, 3580/12.) Nach einem Berichte des Magistrates wird genehmigt, daß die bei der Sandaufbringung im städtischen Strandbade „Gänsehäufel" erzielten Ersparungen zur gärtnerischen Ausgestaltung der Insel verwendet werden.

(4648, M. A. XV, 3520.) Die folgenden Arbeiten und Lieferungen für den Kindergartenbau XII., Hetzendorferstraße 57, werden in nachstehender Weise vergeben:

1. Die Wasserleitungs- und Klosettinstallationsarbeiten an die Firma Valentin Reder, VI., Köstlergasse 1, gegen einen Nachlaß von 23 Prozent von den amtlichen Kostenanschlagspreisen;

2. die Pissoirherstellung an die Firma M. Schubert, XVIII., Staudgasse 46, zu den Preisen des Kostenanschlages.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(4645, M. A. VIII, 972.) 1. Die Verkachelung des Schwimmbassins im Hernalser Dampf-, Wannen- und Hallenschwimmbad wird mit dem bedeckten Erfordecnisse von 14.226 K 85 h genehmigt.

Diese Arbeiten werden der Ersten Schattauer Tonwarenfabriks-Aktiengesellschaft (vorm. C. Schlimp) gegen einen Nachlaß von 3 Prozent übertragen.

2. Es wird genehmigt, daß anläßlich der Verkachelung des Bassins letzteres in ein 25 m langes Schwimmbassin und 5 m langes Kinderbad geteilt wird.

(4672, M. A. VIII, 40.) Für die Vergebung der Anstreicherarbeiten für das Hernalser Dampf-, Wannen- und Hallenschwimmbad ist eine neue Offertverhandlung mit kurzem Termine auszuschreiben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(4515, M. A. XV, 4163.) Die Verwendung alter Ziegel für das Fundamentmauerwerk beim Schulbaue XIII., Linzerstraße, wird unter der Bedingung genehmigt, daß nur ganze, gut gereinigte und bezüglich der Qualität einwandfreie Ziegel zur Verwendung gelangen.

Im Falle der Nichteinhaltung dieser Bedingung hat die Bauleitung die Verwendung alter Ziegel sofort einzustellen.

(4463, M. B. A. XIII, 10262.) Die von den Bauwerbern Anton Richard und Karoline Bauer angesuchte Bauerleichterung, bestehend in der Herstellung einer nur 0·30 m starken Umfassungsmauer bei dem ebenerdigen Zubaue zum Hause Konskr.-Nr. 156, Grundb.-Einl.-Z. 295 Speising im XIII. Bezirke, Or.-Nr. 32 Anton Langer-Gasse wird zugestanden.

(4217, M. A. XI b, 10875/12.) Die Ausführung der Bautischlerarbeiten am Baue des Pavillons I des Versorgungsheimes, mit einem veranschlagten Erfordernisse von 34.203 K 70 h, beziehungsweise 63.990 K, wird der Firma Anton Novoselc und die Herstellung der in Asphalt zu legenden Eichenbrettelböden der Firma J. Zielenieckі übertragen.

(4503, M. A. III, 7804.) Dem Bildhauer Friedrich Bredeweg, XII., Rechte Bahnzeile 20, wird für die Ausführung der von Rudolf Panholzer modellierten Brunnenfigur „Jungbrunnen" und für die Beistellung des hiezu erforderlichen Materiales eine Entschädigung von 2000 K bewilligt.

Dieser Betrag, sowie die dem Bildhauer Panholzer mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 4. Juli 1911, P. Z. 10414, zugesicherte Subvention von 6000 K ist erst nach der Aufstellung der Brunnenfigur flüssig zu machen.

Der Betrag von 8000 K ist auf einer neu zu eröffnenden außerordentlichen Sub-Rubrik der Ausgabs-Rubrik LII in Gruppe XIII zu verrechnen und mangels budgetmäßiger Bedeckung auf den Reservefonds zu überweisen.

In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 4. Juli 1911, P. Z. 10414, wird die Brunneninschrift folgendermaßen festgesetzt: „Jungbrunnen, errichtet im Jahre 1913".

(An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(3119, M. A. XIX, 3277.) 1. Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 17. März 1911, P. Z. 472, für die Verleihung der X. Rangsklasse an die definitiven Bezirkswahlkatasterbeamten bestimmte Beförderungsfrist von drei Jahren wird auf zwei Jahre herabgesetzt.

2. Die definitiven Bezirkswahlkatasterbeamten, denen nach den Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 17. März 1911, P. Z. 472, ihre vor dem 21. Oktober 1901 bei der Gemeinde zugebrachte Kanzlisten- oder Diurnistendienstzeit für die Verleihung der X. Rangsklasse nicht angerechnet wird, rücken, wenn ihre Dienstzeit als Bezirkswahlkatasterbeamte einschließlich ihrer Kanzlisten- und Diurnistendienstzeit zwölf Jahre beträgt und sie die für die Verleihung der X. Rangsklasse vorgeschriebenen Erfordernisse auf-

weisen, in die Bezüge der X. Rangsklasse vor (Klassenvorrückung); hiedurch bleibt die künftige Verleihung der X. Rangsklasse an diese Beamten unberührt.

Ist diese zwölfjährige Gesamtdienstzeit bereits am 31. Dezember 1912 vollstreckt, so beginnt das Bezugsrecht auf den höheren Gehalt vom 1. Jänner, das Bezugsrecht auf das höhere Quartiergeld vom 1. Februar 1913, ansonsten aber von dem ersten des auf die Vollendung der zwölfjährigen Frist nachfolgenden Monates, beziehungsweise Zinsquartales.

Jenen Bezirkswahlkatasterbeamten, die am Tage dieses Gemeinderats-Beschlusses die für die Klassenvorrückung erforderliche Gesamtdienstzeit bereits aufweisen, wird zur Ablegung der vorgeschriebenen Fachprüfung eine Frist von einem Monate vom Tage dieses Beschlusses eingeräumt, ohne daß ihnen, wenn sie diese Prüfung bestehen, dieser Aufschub in Ansehung des Anspruches auf die höheren Bezüge zum Nachteile gereichen soll; im übrigen haben die §§ 9 und 10 der „Bestimmungen über die Zeitbeförderung und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten" auch in diesen Fällen Anwendung zu finden.

Für den Anfall der in der X. Rangsklasse systemisierten Gehaltsstufen ist der Zeitpunkt der Vorrückung in die Bezüge dieser Rangsklasse maßgebend.

3. Den definitiven Bezirkswahlkatasterbeamten wird bei Beibehaltung der rangsklassenmäßigen Stellung die Klassenvorrückung in die Bezüge der IX. Rangsklasse der städtischen Beamten zuerkannt, wenn bei ihnen die Voraussetzungen der Klassenvorrückung zutreffen.

In Betreff dieser Voraussetzungen sind die §§ 7 bis 11 der „Bestimmungen über die Zeitbeförderung und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten" sinngemäß anzuwenden, sofern im folgenden nichts anderes festgesetzt ist.

Die Vorrückungsfrist beträgt sechs Jahre von der Verleihung der X. Rangsklasse an gerechnet.

Die Beschreibung muß in einer der beiden Rubriken 5 und 6 des Personalstandesausweises „sehr gut", in der anderen „vorzüglich", in der 7. Rubrik „sehr fleißig" und in der 8. „tadellos" sein.

Hinsichtlich des Anfalles der Bezüge findet der § 5 der obenerwähnten Bestimmungen sinngemäße Anwendung.

Die Vorrückung in die für die IX. Rangsklasse systemisierten Gehaltsstufen erfolgt nach je drei Jahren.

(An den Gemeinderat.)

(3242, M. A. VIII, 292/12.) 1. Die Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 16. Mai 1911, P. Z. 6753, betreffend die Organisation des Wasserleitungs-Aufsichtspersonales, werden durch folgende Bestimmungen ergänzt, beziehungsweise abgeändert:

1. Punkt 2, Absatz a) hat zu lauten:

„26 Wasserleitungs-Ober-Aufseherstellen mit einem Jahresbezuge von 1900 K, zwei Quinquennien von 200 K und einem jährlichen Quartiergelde von 600 K oder einer Naturalwohnung nebst einer 25prozentigen Quote des Quartiergeldes."

2. Der monatliche Mietzinsbeitrag für die Wasserleitungsaufseher wird von 30 K auf 40 K erhöht.

3. Die im Punkte 4, 2. Absatz des Statutes, festgesetzte Frist zur Erlangung des Difinitivums wird auf 15 Jahre herabgesetzt.

4. Als 3. Absatz ist dem Punkte 4 anzureihen:

„Auf die definitiv angestellten Wasserleitungs-Aufsichtsorgane finden die Bestimmungen der Dienstpragmatik Anwendung."

5. Das im Punkte 5 des Organisationsstatutes festgesetzte Heizpauschale für einen von der Wohnung getrennten Dienstraum wird auf 72 K erhöht.

6. Der Punkt 9 hat zu lauten:

„Die Wasserleitungs-Aufsehergehilfen haben bei ihrer Aufnahme in den städtischen Dienst die gewissenhafte Erfüllung ihrer Dienstpflichten zu geloben.

Sämtliche Aufsichtsorgane der Aquäduktstrecken sind im Sinne der Landes-Kulturgesetze beeiden zu lassen."

7. Als Punkt 13 ist beizufügen:

„Das Wasserleitungs-Aufsichtspersonale untersteht in Ausübung seines Dienstes dem Stadtbauamte, in allen übrigen Angelegenheiten, insbesondere den Personal-Angelegenheiten, dem Magistrate."

II. Die unter Punkte 1, 2 und 5 angeführten Bestimmungen haben mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1913 in Kraft zu treten.

III. Das mit der Durchführung dieser Bestimmungen verbundene Mehrkostenerfordernis für das laufende Jahr im Betrage von 10.668 K wird auf die Deckung bietende Rubrik XXVI 1 a verwiesen. (An den Gemeinderat.)

(4620, M. A. IX, 832.) Der von der Firma Feld- und Industriebahnwerke Dr. Brukner & Pollitzer der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien anläßlich der Errichtung eines Abladegeleises im Lagerhause der Stadt Wien auszustellende Schlußbrief wird von der Firma Lagerhaus der Stadt Wien mitgefertigt.

(Vize-Bürgermeister Dr. Porzer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(4536, M. B. A. XXI, 8566.) Gemäß §§ 97 und 105 Wr. B.-O. wird die Bewilligung, welche das magistratische Bezirksamt dem Deutschen Segel- und Ruderverein „Wiking" zur Errichtung eines hölzernen Boothauses auf der dem Stifte Klosterneuburg gehörigen Kat.-Parz. 1069/1 in Einl.-Z. 630 Landtafel an der unteren alten Donau im XXI. Bezirke. erteilen will, unter den in der Verhandlungsschrift vom 5. März 1913 angeführten Bedingungen bestätigt.

(4442, M. A. X, 274.) Der Magistrat wird zum Abschluß eines Haftpflichtversicherungsvertrages, betreffend das Speisetransportautomobil im Kaiserjubiläums-Spitale, mit der Landes-Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt auf die Dauer von zehn Jahren gemäß dem Anbot der Gesellschaft ermächtigt.

(4300, M. A. X, 2831 a.) Es wird die Genehmigung zur Aufstellung eines Selchofens und Schmalzkessels im Souterrain des Küchengebäudes des Kaiserjubiläums-Spitales erteilt, die Arbeit wird dem Josef Wolf, XIII., Linzerstraße 412, nach dem vorgelegten Kostenanschlag übertragen und die hiefür erforderlichen, aus den erzielten Nachlässen zu bestreitenden Kosten per 1525 K bewilligt.

(4451, M. A. II, 2542.) Dem Förster Franz Wlk in Mannswörth wird als Beitrag zu dem von ihm für seinen Sohn zu bestreitenden Ärztehonoar von 394 K eine Aushilfe von 300 K bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Rain** wird beschlossen:

(4364, M. B. A. IV, 25051/12.) Die nachsichtsweise Übernahme des Verpflegskostenbeitrages von 12 K 80 h für Anna Vogel durch die Dienstbotenkrankenkassa wird bewilligt.

(4462, St. Stellw. Unt., 328.) Der Kutscherswitwe Juliane Steininger wird eine Witwenpension in der Höhe von 391 K 20 h pro Jahr ab 1. April 1913 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(4523, St. Stellw. Unt., 315.) Der Verkauf von zwei alten ausrangierten Stellwagen an Ludwig Biel, Inhaber der Neustifter Hammerwerke zum Preise von 300 K per Stück ab Depot wird genehmigt.

(4535, St. Stellw. Unt., 349.) Der Ankauf von 46 Stück Pferden für die städtische Stellwagenunternehmung mit einem Kredit von rund 40.000 K wird genehmigt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(1354, M. A. IV, 5615/12.) Dem Löschmeister II. Klasse Josef Schießbühl wird vom Ersten des auf den Stadtrats-Beschluß folgenden Monates an der Bezug der Alterszulage von 25 h täglich gnadenweise wieder zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(4406, M. A. XXII, 544.) Es wird genehmigt, daß entsprechend dem Antrage des österreichischen Exekutiv-Komitees für die Leipziger Baufach-Ausstellung die Installation des Raumes, welcher im österreichischen Pavillon der Gemeinde Wien zugewiesen ist, im Sinne des Vorschlages des Stadtbauamtes gegen eine Entschädigung von 5000 K dem oberen Exekutiv-Komitee übertragen wird.

(4505, M. A. IV, 6167/12.) Der Freiwilligen Feuerwehr in Albern wird eine ausgemusterte tragbare Schiebleiter der städtischen Feuerwehr unentgeltlich überlassen.

(4457, M. A. IV, 414.) Ein Bericht über das Ergebnis der Studienreise in die Feuerlöschgerätefabrik von C. D. Nagirus in Ulm wird zur Kenntnis genommen.

(4603, M. A. IV, 1323.) Dem Ansuchen der Brand-Direktion Graz um Zulassung des Brand-Inspektors Fiedler zum Studium der Einrichtungen der Wiener städtischen Feuerwehr wird stattgegeben.

(4591, St. S., 336.) Die Auszahlung des noch ausständigen Honorarteiles im Betrage von 7000 K für Hans Larwin's Gemälde: „Der Stadtrat unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Lueger bei Beschlußfassung über den Bau des Jubiläumsspitales" hat zu erfolgen und der Stadtrat erwirbt das alleinige Reproduktionsrecht für dieses Gemälde um den Betrag von 3000 K für die Gemeinde und bewilligt den hiezu erforderlichen Kredit.

(4607, M. A. III, 964.) Vize-Bürgermeister Hierhammer referiert über das Ansuchen um Bewilligung zur Ausfertigung von Fischerei-Lizenzen und beantragt, dem Ansuchen des Rudolf Jedek, Pächter des Fischerei-Eigenrevieres Nr. 12 des Fondsgutes Spitz an der Donau und der diesem Eigenreviere zur Bewirtschaftung zugewiesenen Fischwässer, um die Bewilligung zur Ausfertigung von weiteren Fischerei-Lizenzen wird insofern stattgegeben, als demselben gestattet wird, außer den ihm eingeräumten fünf Lizenzen noch weitere fünf Fischerei-Lizenzen an Parteien auszufertigen.

Diese fünf Lizenzen dürfen jedoch nur für das Fischen in der Donau lauten, sind auf Namen und auf ein ganzes Jahr auszustellen, sind unübertragbar und für diese Bewilligung ist ab 1. Mai 1913 per Lizenz und Jahr ein Betrag von 10 K, somit zusammen der Betrag von 50 K ohne Unterschied, ob der Pächter von der Ausfertigung dieser fünf Lizenzen Gebrauch macht oder nicht, an das Wiener Bürgerspital-Fondsgut Spitz zu bezahlen.

Es wird deshalb in Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 4. Dezember 1912, P. Z. 17588, der jährliche Pachtschilling von 300 K ab 1. Mai 1913 auf 350 K erhöht.

Im übrigen bleibt der Pächter verpflichtet, die Namen der mit Lizenzen beteilten Personen der Forstverwaltung Spitz an der Donau im Sinne der Bestimmung des Pachtvertrages anzuzeigen.

St.-R. Schreiner beantragt, dem Gesuchsteller kostenlos zu gestatten, noch weitere zehn Lizenzen für die Donaufischerei an Parteien auszufertigen.

Referenten-Antrag mit Abänderungs-Antrag Schreiner angenommen.

(4445, M. A. V, 508.) **St.-R. Dr. Mataja** referiert über den Erlaß des k. k. Handelsministeriums vom 11. Februar 1913, Z. 4513/P, mit dem ausgesprochen wurde, daß elektrische Zentral-Uhrenanlagen einer Konzession des Handelsministeriums im Sinne der Ministerial-Verordnung vom 28. April 1905, R.-G.-Bl. Nr. 72, bedürfen und beantragt, gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Mataja wird weiters beschlossen:

(4504, M. A. IV, 555.) Ein Magistratsbericht, betreffend das Ergebnis der Schadenersatzklagen Letz und Liebenstein wegen der durch ein Feuerwehrautomobil entstandenen Unfälle, wird zur Kenntnis genommen.

(4520, M. A. I, 2716.) In Ausfertigung einer Löschungserklärung an Bernhard Weiß und Bela Honig, betreffend die Liegenschaft Einl.-Z. 33 im VI. Bezirke, wird unter der Bedingung erteilt, daß die Kosten derselben der Gemeinde Wien vom Gesuchsteller ersetzt werden.

(4556, M. A. VIII, 235.) Das Ansuchen des Josef Fiebiger um Ersatz des infolge eines Hydrantenbruches erlittenen Schadens wird abgewiesen.

(4601, M. A. XIX, 1535/11.) Der unterm 31. Mai 1910 eingebrachte Rekurs, M. Abt. XIX, 577, betreffend die Erwerbsteuer-aufteilung bei der Ersten österreichischen Aktiengesellschaft zur Erzeugung von Möbeln aus gebogenem Holze Jakob & Josef Kohn in Wien für die Jahre 1901 bis 1903 wird zurückgezogen.

Die Gemeinde Wien erhebt keine Einwendung, wenn die besondere Erwerbsteuer der genannten Aktiengesellschaft ab 1905 derart aufgeteilt wird, daß die Gemeinde Wien 40 Prozent der Gesamtsteuer erhält.

Vize-Bürgermeister Dr. Porzer übernimmt den Vorsitz und macht folgende Mitteilungen:

1. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat telegraphisch mitgeteilt, daß er glücklich in Lovrana angekommen sei und allen beste Grüße übermittle. (Zur Kenntnis.)

2. Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt dem Stadtrate zur Kenntnis, daß er sein Automobil nach Lovrana mitnahm, da er mit dem erkrankten Fuße am Gehen noch immer gehindert sei. Auch habe Ratsdiener Pumera ihn begleitet. (Zur Kenntnis.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Gemeindevermittlungsämter.

Die Gemeindevermittlungsämter Innere Stadt, Josefstadt, Alsergrund, Simmering und Hietzing werden im Monate April 1913 am 2., 9., 16., 23. und 30. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen. Das Gemeindevermittlungsamt Neubau hat hiefür den 2., 16. und 30., das Gemeindevermittlungsamt Fünfhaus den 4., 11., 18. und 25. und das Gemeindevermittlungsamt Floridsdorf den 1., 8., 15., 22. und 29. April bestimmt.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 16. bis 22. März 1913.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	333.582 kg	Und zwar aus:	
		Wien	229.792 kg
		dem sonst. Niederösterreich	16.653 „
		Oberösterreich	1.642 „
		Steiermark	1.531 „
		Mähren	8.338 „
		Galizien	45.096 „
		Bukowina	4.987 „
		Ungarn	8.795 „
		Rumänien	4.771 „
		Serbien	11.977 „
Kalbfleisch	60.256 kg	Und zwar aus:	
		Wien	3.100 kg
		Mähren	99 „
		Galizien	56.491 „
		Bukowina	421 „
		Ungarn	145 „
Schaffleisch	14.490 kg	Und zwar aus:	
		Wien	2.054 kg
		dem sonst. Niederösterreich	228 „
		Mähren	14 „
		Galizien	377 „
		Bukowina	77 „
		Ungarn	11.740 „
Schweinefleisch	285.671 kg	Und zwar aus:	
		Wien	138.613 kg
		dem sonst. Niederösterreich	4.094 „
		Steiermark	716 „
		Böhmen	4.037 „
		Mähren	11.437 „
		Galizien	40.610 „
		Ungarn	67.399 „
		Kroatien	18.685 „
		Bosnien	1.200 „
		Rumänien	151 „
		Serbien	8.729 „
Kälber	6.950 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	987 St.
		dem sonst. Niederösterreich	50 „
		Steiermark	10 „
		Mähren	51 „
		Galizien	5.787 „
		Ungarn	28 „
		Bukowina	43 „
Schafe	33 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	5 St.
		dem sonst. Niederösterreich	26 „
		Galizien	2 „
Schweine	1.077 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	437 St.
		dem sonst. Niederösterreich	28 „
		Mähren	19 „
		Galizien	199 „
		Ungarn	16 „
		Serbien	260 „
		Rumänien	118 „
Lämmer	3443 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	2.332 St.
		dem sonst. Niederösterreich	5 „
		Galizien	17 „
		Ungarn	1.089 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K —·68	bis	2·50	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „ 1·50	„	2·60	„ „
Kalbfleisch		„ „ —·80	„	2·30	„ „
Schaffleisch		„ „ 1·28	„	2·—	„ „
Schweinefleisch		„ „ 1·40	„	2·40	„ „
Kälber		„ „ 1·—	„	1·80	„ „
Schafe		„ „ 1·20	„	1·32	„ „
Schweine		„ „ 1·36	„	1·92	„ „
Lämmer		„ „ 1·36	„	1·60	per Stück

Die Zufuhren waren stärker als in der Vorwoche; der Marktverkehr war Engros ziemlich flau, im Detail aber Ende der Woche ungemein lebhaft. Rindfleisch, Kälber und Kalbfleisch verkehrten zu schwach behaupteten Vorwochenpreisen, während Schweine und Schweinefleisch um 12 bis 16 h per Kilogramm im Preise anzogen; Schaf(Lamm)fleisch war stark gefragt.

Von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft wurden 11.510 kg Rind-, 174 kg Schaf(Lamm)fleisch, 11.644 kg Schweinefleisch, 4 Kälber, 20 Lämmer und 5 Schweine (darunter 5220 kg Rind- und 5265 kg Schweinefleisch aus Serbien), von der „Gemeinde Wien — städtische Übernahmsstelle" 583 kg Rind-, 485 kg Kalb-, 619 kg Lamm- und 410 kg Schweinefleisch, dann 409 Kälber, 23 Schweine und 17 Kitze zu Markte gebracht.

* * *

Pferdemarkt vom 21. März 1913.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 313 Pferde.

270 Gebrauchspferde, 43 Schlächterpferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 150 bis 1400 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 50 „ 140 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Pferdemarkt vom 26. März 1913.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 296 Pferde.

227 Gebrauchspferde, 69 Schlächterpferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . 150 bis 1400 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 80 „ 154 „ „ „

Der Markt war wenig lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 27. März 1913.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	40	Schafe lebend	646
Kälber ausgeweidet . .	3174	Schafe ausgeweidet . .	110
Lämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet	1782
Lämmer ausgeweidet . .	1165		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	120	„	140 „	
III.	„	„	—	„	— „	

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	158	bis	180 h	(extrem bis 200 h)
II.	„	„	140	„	156 „	
III.	„	„	116	„	136 „	

Lämmer lebend (per 1 kg:)

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Lämmer ausgeweidet (per 1 Paar):

I.	Qualität	von	—	bis	— K	(extrem bis — K)
II.	„	„	20	„	56 „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	100	„	140 „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	146	bis	164 h	(extrem bis 176 h)
II.	„	„	140	„	154 „	
III.	„	„	128	„	142 „	

Schafe lebend (per 1 Stück):

I.	Qualität	von	—	bis	— K	extrem bis — K)
II.	„	„	—	„	— „	
III	„	„	—	„	— „	

Schafe lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	72	bis	76 h	(extrem bis — h)
II.	„	„	64	„	70 „	
III.	„	„	50	„	62 „	

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 2891 Stück Kälber weniger zugeführt und wurden Primasorten um 6 bis 8 h, Mittel- und mindere Sorten um 8 bis 12 h per Kilogramm teuerer gehandelt.

Auf dem Schafmarkte wurden 646 Stück Schafe aufgetrieben und wurde bei ruhigem Geschäftsverkehre zu den Preisen vom 13. März 1913 gehandelt.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurde am 27. März 1913 20 Stück Mastvieh aufgetrieben.

Weidner Schweine und weidner Lämmer konnten die vorwöchentlichen Preise behaupten.

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 16. bis 22. März 1913.

Niederösterr. Bergheu . . .	von K	8·—	bis 10·80	per 100 kg	
„ Wiesenheu . . .	„ „	7·80	„ 11·—	„ „ „	
Slovakisches Heu	„ „	8·—	„ 9·—	„ „ „	
Ungarisches Heu	„ „	7·40	„ 7·60	„ „ „	
Klee	„ „	10·—	„ 13·—	„ „ „	
Schaubstroh	„ „	5·60	„ 6·40	„ „ „	
„	„ „	24·—	„ 34·—	per Schober	
Rüttstroh	„ „	4·50	„ 5·20	per 100 kg	
Grummet	„ „	—·—	„ —·—	„ „ „	

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 16. bis 22. März 1913.

Artikel	Menge	Preise von K	von h	bis K	bis h
Weizengrieß	1 kg	.	38	.	46
Auszugmehl	"	.	38	.	45
Mundmehl	"	.	36	.	44
Semmelmehl	"	.	32	.	40
Pohlmehl	"	.	26	.	36
Futtermehl	100 kg	.	.	.	.
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3·2 bis 5·2 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel " 4 " 1 "	3·7 bis 7·4 dkg	—	—	—	—
" " 2 " 1 "	2·0 bis 4·4 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	.	.	.	.
Weißgemischtes Brot	"	—	26·5	—	43·4
Schwarzgemischtes Brot	"	—	24·9	—	37·6
Schwarzes Brot	"	—	26·7	—	32·5
Erbsen, ganz	1 kg	.	40	.	60
" gespalten	"	.	48	.	72
Linsen	"	.	44	.	90
Bohnen	"	.	40	.	70
Hirse	"	.	32	.	46
Rollgerste	"	.	34	.	72
Reis	"	.	40	.	80
Kaffee, roh	"	3	20	5	60
" gebrannt	"	3	60	6	40
Kakao	"	3	65	9	.
Schokolade	"	2	20	5	20
Tee	"	5	.	24	.
Zucker	"	.	86	.	96
Honig	"	1	80	2	80
Bohnen, grün	1 kg	4	.	5	
Erbsen, grün, in Schoten	"	.	.	.	.
Paradiesäpfel	"	.	90	1	40
Kohl, grün	30 St.	1	20	7	.
" "	1 "	.	10	.	30
Kohlrüben, heurige	30 "	.	.	.	.
" "	1 "	.	.	.	.
" alte	30 "	1	.	4	.
" "	1 "	.	06		20
Kraut, weißes	30 "	.	.	.	.
" "	1 "	.	20	.	60
Salat in Häupteln	50 St.	8	.	10	.
" "	1 "	.	24	.	32
Spinat	1 kg	1	20	1	50
Rüben, weiß	4 St.	.	.	.	.
" gelb	1 "	.	04	.	08
" rot	1 "	.	04	.	18
Sauerkraut	1 kg	.	.	.	.
Sauere Rüben	"	.	26	.	32
Knoblauch	"	.	24	.	32
Zwiebel	"	.	13	.	18
Erdäpfel, vorjährige	100 kg	8	.	10	.
" "	1 "	.	12	.	16
" heurige	100 "	.	.	.	.
" "	1 "	.	.	.	.
" Kipfel, vorjährige	100 "	18	.	20	.
" " "	1 "	.	22	.	28
" " heurige	100 "	.	.	.	.
" " "	1 "	.	.	.	.
Rindsfilz	1 kg	1	10	1	32
Butterschmalz	"	2	60	3	60
Schweinfilz	1 kg	1	84	2	40
Schweinschmalz	"	1	84	2	40
Schweinspeck	"	1	72	2	08
Unschlitt, geschmolzen	"	.	.	.	.
Milch	1 l	.	26	.	32
Rahm	"	.	60	1	20
Topfen	1 kg	.	72	1	.
Butter	"	3	40	4	80
Margarine	"	1	80	2	20
Eier, frische um 2 K	26—32	.	.	.	.
" eingelegte um 2 K	. — .	.	.	.	.
Barben	1 kg	1	80	2	20
Brachsen	"	1	80	1	90
Forellen	"	9	.	10	.
Hechte, lebend	"	2	.	3	20
" tot	"	2	.	3	20
Karpfen, lebend	"	2	.	2	60
" tot	"	.	.	.	.
Lachse	"	11	.	16	.
Schaiden	"	.	.	.	.
Schille	"	3	.	3	60
Sterlette	"	.	.	.	.
Stockfische	"	.	90	1	.
Schellfische	"	.	70	1	30
Weißfische	"	.	60	1	20
Krebse	1 St.	.	.	.	.
Huhn, junges, geputzt	1 St.	1	60	2	40
Masthuhn, geputzt	"	2	.	3	60
Poulard	"	3	.	5	.
" steir.	"	3	20	4	50
Kapaun	"	5	20	7	.
" steir.	"	4	.	5	.
Ente	"	3	20	6	.
Gans	"	6	.	13	.
Indian	"	6	.	15	.
Taube	"	.	70	1	80
Fasan	1 St.	3	50	7	.
Rebhuhn	"	1	80	2	50
Wildente	"	2	20	3	50
Wildgans	"	2	60	4	40
Hase	"	4	.	5	40
Hirschfleisch	1 kg	1	.	3	.
Rehfleisch	"	1	20	2	.
Schwarzwild	"	1	20	2	80

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage) Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleische		In den Markthallen		In den Bänken der Fleischhauer und Fleisch-Verschleißer	
Fleischgattungen	von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch, vorderes	160	200	160	210	160	220
Rindfleisch, hinteres	180	240	180	240	180	260
Kalbfleisch	140	200	160	200	160	240
Schaffleisch	110	160	120	160	120	160
Schweinefleisch	180	240	180	240	180	280
Pferdefleisch, vorderes	.	.	.	.	68	112
Pferdefleisch, hinteres	.	.	.	.	96	120

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 22. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	. . . .	von	20	K	10	h	bis	24 K	80 h
Roggen („ 69—74 kg)	. .	„	18	„	40	„	„	19 „	40 „
Gerste	. . . . .	„	14	„	80	„	„	19 „	— „
Mais	. . . . .	„	15	„	60	„	„	20 „	80 „
Hafer	. . . . .	„	18	„	40	„	„	21 „	90 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	. . . . .	von	33	K	40	h	bis	35 K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	. . . .	„	26	„	—	„	„	35 „	— „
Roggenmehl	. . . . .	„	21	„	20	„	„	30 „	20 „
Weizenkleie	. . . . .	„	12	„	60	„	„	13 „	60 „
Roggenkleie	. . . . .	„	12	„	60	„	„	12 „	80 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 26. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	. . .	von	20	K	10	h	bis	24 K	80 h
Roggen („ 69—74 kg)	. . .	„	18	„	40	„	„	19 „	70 „
Gerste	. . . . .	„	14	„	80	„	„	19 „	— „
Mais	. . . . .	„	15	„	60	„	„	20 „	80 „
Hafer	. . . . .	„	18	„	40	„	„	21 „	90 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	. . . . .	von	33	K	40	h	bis	35 K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	. . . .	„	26	„	—	„	„	35 „	— „
Roggenmehl	. . . . .	„	21	„	20	„	„	30 „	20 „
Weizenkleie	. . . . .	„	12	„	60	„	„	13 „	60 „
Roggenkleie	. . . . .	„	12	„	60	„	„	12 „	80 „

per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 27. März 1913.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 kg)	. . . .	von	20	K	10	h	bis	24 K	80 h
Roggen („ 69—74 kg)	. . . .	„	18	„	40	„	„	19 „	70 „
Gerste	. . . . .	„	14	„	80	„	„	19 „	— „
Mais	. . . . .	„	15	„	50	„	„	20 „	80 „
Hafer	. . . . .	„	18	„	40	„	„	21 „	90 „

per 100 kg.

b) Mahlprodukte.

Grieß (A-C)	. . . . .	von	33	K	40	h	bis	35 K	80 h
Weizenmehl, Wiener Type 0—7½	. . . .	„	26	„	—	„	„	35 „	— „
Roggenmehl	. . . . .	„	21	„	20	„	„	30 „	20 „
Weizenkleie	. . . . .	„	12	„	60	„	„	13 „	60 „
Roggenkleie	. . . . .	„	12	„	60	„	„	12 „	80 „

per 100 kg.

* * *

Borstenviehmarkt vom 26. und 27. März 1913.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine)	9961 Stück
Fettschweine	6597 „
Summe	16558 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche — Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	14290 Stück
für das Land	1220 „
unverkauft blieben	1048 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I.	Qualität	von	132	bis	140 h	(extrem bis 148 h)
II.	„	„	124	„	131 „	
III.	„	„	116	„	123 „	

Fettschweine:

I.	Qualität	von	131	bis	137 h	(extrem bis 138 h)
II.	„	„	124	„	130 „	
III.	„	„	116	„	123 „	

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten waren im Vergleiche zur Vorwoche um 486 Fleisch- und um 162 Fettschweine mehr aufgetrieben.

Bei ruhigem Geschäftsgange wurden Fettschweine in Primasorten um 2 bis 3 h, in den übrigen Sorten um 3 bis 4 h per Kilogramm billiger verkauft.

Fleischschweine haben bei lebhafterem Verkehre in schwerer Ware 2 h, in leichter Ware bis 4 h per Kilogramm im Preise eingebüßt.

Auf dem heutigen Borstenviehmarkte (27. März 1913) waren Fleischschweine um 4 bis 6 h per Kilogramm billiger.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 26. März 1913

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 22. März 1913).

1. Gesamtauftrieb: 1896 Stück, und zwar:

Mastvieh	1510 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	386 „
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	126 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	1149 Stück	Kühe	360 Stück
Stiere	325 „	Büffel	62 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	1519 Stück
„ Galizien und der Bukowina	96 „
„ dem sonstigen Österreich	281 „
„ dem Auslande	— „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität . .	von	102	bis	130 K	(extrem bis	138 K)
„ II. „ . .	„	94	„	111 „		
„ III. „ . .	„	84	„	94 „		

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität . .	von	110	bis	118 K	(extrem bis	122 K)
„ II. „ . .	„	100	„	108 „		
„ III. „ . .	„	92	„	96 „		

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität . .	von	108	bis	126 K	(extrem bis	136 K)
„ II. „ . .	„	100	„	106 „		
„ III. „ . .	„	—	„	— „		
Stiere	„	85	„	100 „	(„ „	102 „)
Kühe	„	84	„	100 „	(„ „	120 „)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	von	—	bis	— K	(extrem bis	— K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von	—	bis	— K	(extrem bis	— K)
Büffel	„	52	„	74 „	(„ „	— „)
Beinlvieh	„	46	„	84 „	(„ „	— „)

b) Preis per Stück.

Beinlvieh	von	130	bis	170 K.	
Mastvieh	„	—	„	— „	

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts verkauft.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	— Stück
„ „ „ auswärts	— „
Unverkauft blieben	— „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 16. bis 22. März 1913 für Wien angekauft . . . . . 635 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 2028 Stück weniger aufgetrieben.

Bei schleppendem Geschäftsverkehre konnten Prima-Stallmastsorten die vorwöchentlichen Preise fest behaupten. Mittel- und mindere Sorten wurden um 2 bis 3 K per Meterzentner teuerer gehandelt.

Stiere wurden um 2 bis 3 K, Beinlvieh um 2 K per Meterzentner teuerer abverkauft.

Baubewegung

vom 25. bis 27. März 1913.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

VI. Bezirk: Haus, Magdalenenstraße 33, Mollardgasse 8, von der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassa Wien, VI., Gumpendorferstraße 62 (2645).

VII. Bezirk: Haus, Kirchengasse 25, von Dr. Gustav Walker im eigenen Namen und noe. Amalia Lieser, durch Friedr. Schöne (2558).

IX. Bezirk: Haus, Spittelauerplatz, Einl.-Z. 1758, von Karl Hofmeier, VI., Mariahilferstraße 112, Bauführer Franz Wasgestian (2665).

XIII. Bezirk: Familienhaus, Ober-St. Veit, Meytensgasse, Einl.-Z. 1645, von Dr. Leopold und Karoline Senfelder, Bauführer E. Frauenfeld & Berghof (15515).

„ „ Zweistöckiges Wohnhaus, Ober-St. Veit, Meytensgasse, Einl.-Z. 1592, von Josef Max Kellner, Spohrstraße 47, Bauführer Josef Eigl (15781).

XVIII. Bezirk: Pfarrhaus bei der Pfarrkirche St. Josef in Weinhaus, Gentzgasse (Pfarrer Deckert-Platz) von Pfarrer Ludwig Heppenheimer mit Zustimmung des Kirchenbauvereines St. Josef, Gentzgasse 142, Bauführer Josef Schmalzhofer (240).

„ „ Wohn- und Geschäftshaus, Pötzleinsdorf, Hockegasse, Kat.-Parz. 554/76, Einl.-Z. 414, von Antonia Weiner, Wegelergasse 3, Bauführer Alexander Zeeh (422).

„ „ Wohnhaus, Hameaustraße 44, von Jakob Billig, II., Untere Augartenstraße 12 (271).

XX. Bezirk: Haus, Hellwagstraße 23, von Georg Löwitsch, XIX., Kahlenbergstraße 61, noe. Paula Falkensteiner, Bauführer derselbe (2630).

XXI. Bezirk: Magazin, Kanzlei und Wohngebäude, Pilzgasse 3, 5 und 7, von Rudolf Sack, Kronprinz Rudolf-Straße 36, Bauführer Karl Nemec (13672).

Umbauten.

XIII. Bezirk: Zweistöckiges Wohn- und Geschäftshaus, Lainzerstraße 141, von Karl und Cäcilie Winkler, ebenda, Bauführer Martin Leopold (15035).

Zubauten.

II. Bezirk: Reparaturwerkstätte und Abort, Am Kaisermühlendamm 43, von der Aktiengesellschaft für Dampfwäscherei und Appretur, IV., Schwindgasse 5, Bauführer Em. Kamenicky (2577).

VII. Bezirk: Werkstätte, Halbgasse 3, von Karl Krötlinger, Marie Osterkorn, Therese Czermak und Franz Krötlinger, ebenda (2634).

XIII. Bezirk: Ebenerdiges Bureaugebäude, Linzerstraße 348, von Leopold Kohn, ebenda, Bauführer Matthäus Bohdal (15678).

XVIII. Bezirk: Ladenburggasse 9, von Fritz Ebeling, ebenda, Bauführer Th. J. Lucchesi (451).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Schauflergasse 6, von Alois Robl, VIII., Alserstraße 45, Bauführer derselbe (2641).

II. Bezirk: Blumauergasse 6, von Moritz Waldmann & Bruder, ebenda, Bauführer B. Brusenbauch (2538).

III. Bezirk: Hintzerstraße 4, von Wenzel König, IV., Schikanedergasse 10, einverständlich Leopold Fischhof, Bauführer derselbe (2615).

„ „ Hintzerstraße 2, Landstraßer Hauptstraße 78, von Wenzel König, IV., Schikanedergasse 10, einverständlich Leopold Fischhof, Bauführer derselbe (2616).

VI. Bezirk: Kaunitzgasse 6/8, von der „Gemeinde Wien — städtische Elektrizitätswerke", IX., Mariannengasse 4, Bauführer A. Rella & Neffe (2549).

„ „ Nelkengasse 3, von Franz Nowotny, X., Senefeldergasse 48, Bauführer derselbe (2583).

„ „ Wallgasse 4, von Karoline Höller, durch Matth. Petsch, XIV., Prinz Karl-Gasse 9/11, Bauführer derselbe (2706).

VII. Bezirk: Mariahilferstraße 76, von Julius Goldschläger, IV., Prinz Eugen-Straße 32 (2568).

IX. Bezirk: Nußdorferstraße 14, von Fritz Kreisel, I., Gonzagagasse 7, Bauführer Al. B. Sallatmayer (2627).

„ „ Liechtensteinstraße 52, von Wilhelm Epstein, ebenda, Bauführer Julius Müller (2671).

XII. Bezirk: Mandlgasse 7, von Franz Badstöber, Bauführer August Altmann (12659).

„ „ Mandlgasse 20, von Therese Nowacek, Bauführer Rudolf Hartl (12667).

XIII. Bezirk: Breitenseerstraße 86, von den Wiener Sauerstoffwerken, ebenda, Bauführer Theodor Loserth (15090).

„ „ Hietzinger Hauptstraße 93, von Guido und Max Eckstein, I., Wildbretmarkt 5, Bauführer M. Stagl (15470).

„ „ Teyhergasse 7, von Anna Baronin Engerth, ebenda, Bauführer Anton Taschée (15765).

XVI. Bezirk: Weyprechtgasse 3, von Johann Kretschmer, Yppenplatz, Bauführer Karl Kobermann (18337).

„ „ Wattgasse 11, von Brokſch & Komp. (18041).

„ „ Koppstraße 131, von Johann Gahsamas, ebenda, Bauführer Lorenz Retzl (18743).

XVII. Bezirk: Gschwandnergasse 37, von Berger & Rosenfeld, Bauführer Josef Grünbeck (13899).
" " Teichgasse 8, von Johann Schelepa, Bauführer W. Hules (13923).
XX. Bezirk: Klosterneuburgerstraße 89, von Dr. Moritz Madel (2578).
" " Pöchlarnstraße 18, von Eduard v. Moser, ebenda, Bauführer K. Rostock (2688).
XXI. Bezirk: Aspern, Lobaugasse, von Franz Engelmann, ebenda, Bauführer Leopold Werther (13594).

Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Autogarage, Taborstraße 18, von Ferdinand Kaznár (Hotel National), ebenda, Bauführer Wenzel Rausch (2540).
" " Flugdach und Schmelzöfen, Untere Augartenstraße 15/17, von Jakob Neurath, ebenda, Bauführer Werner & Thrul (2640).
" " Provisorische Tabak-Verschleißhütte, Handelskai, Erzherzog Karl-Platz, Parz. 4088/1, von Marie Stastny, Vorgartenstraße 150 (2685).
XVI. Bezirk: Expeditionshäuschen, Ottakringerstraße 264, von der Wiener Autobus-Gesellschaft m. b. H., X., Laxenburgerstraße 33, Bauführer Milik & Brandl (18285).
XX. Bezirk: Ebenerdiger Riegelwandbau, Leithastraße 12, von Elisabeth und Johann Handschuh durch Aug. Schlesak, Wallensteinstraße 60, Bauführer derselbe (2676).
XXI. Bezirk: Hölzerner Schuppen, Floridsdorf, Einl.-Z. 828, Parz. 78, von Friedrich Sollinger, Schindlergasse 3, Bauführer Josef Donner (13612).
" " Tischlerwerkstätte, Aspern, Raasdorferstraße, Kat.-Parz. 466/2, von Josef Thon, V., Grüngasse 30, Bauführer Josef Rausch (13595).

Gesuche um Parzellierungen.

XX. Bezirk: Jägerstraße, Pappenheim- und Gerhardusgasse, Landt.-Einl.-Z. 630, Parz. 3552/3556 u. s. w. (2555).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

XX. Bezirk: Burghardtgasse 18/20, von Joh. Machhörndl und Hermann Heiland (2683).

Gesuche um Baulinienbestimmung beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

II. Bezirk: Große Sperlgasse 11, von der k. k. n.-ö. Statthalterei (2653).
III. Bezirk: Rennweg 28, von Otto Volkert (Aussteckung) (2648).
V. Bezirk: Geigerstraße 12, von Lambert Ferd. Hofer, Schloßgasse 9 (Aussteckung) (2675).
VII. Bezirk: Kirchengasse 27, von Dr. Gustav Walker im eigenen Namen und noe. Amalia Lieser durch Friedrich Schöne (2559).
" " Kaiserstraße 67/69, von der Wiener Baugesellschaft, Aktiengesellschaft in Wien, I., Wallnerstraße 1 a, noe. Karl und Edmund Demuth (Aussteckung) (2673).
XIII. Bezirk: Ober-Baumgarten, Lautensackgasse, Einl.-Z. 230, von Rudolf und Gabriele Lang, Linzerstraße 237 (15095).
" " Ober-St. Veit, Schweizertalstraße, Einl.-Z. 520, von Lorenz Miller, IX., Währingerstraße 6 (15360).
" " Lainz, Veitingergasse, Einl.-Z. 680, von Karl Bon, XII., Zenogasse 3 (15772).
XVI. Bezirk: Wilhelminenstraße 139, Einl.-Z. 339, von Johann Rada, ebenda (19326).
XVIII. Bezirk: Schopenhauerstraße 74, Einl.-Z. 1241, von Josef Leskoschek, ebenda (341).
XX. Bezirk: Treustraße, Einl.-Z. 2211, 2191, Baust. VI, von Emil Wehle, IX., Bleichergasse 6 (2536).

Demolierungsanzeigen.

V. Bezirk: Siebenbrunnenfeld (Pferdemarkt), Parteienunterkunftsgebäude, von Emanuel Kamenicky, III., Marxergasse 40 (2677).
XVII. Bezirk: Hernalser Hauptstraße 106, von Franz und Anton Twaroch (13898).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

M. Abt. VII, 97.
26. März 1913.

Neubau eines Hauptmunratskanales in der Wilhelminenbergstraße von Or.-Nr. 1 bis 3 im XVII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 3374 K 58 h.

Rzehaczek Ed. — Aufzahlung 58%.
Trinkl Johann — Aufzahlung 25%.

* * *

M. Abt. VII, 1163/12.
27. März 1913.

Neubau eines Hauptmunratskanales in der Hameaustraße von dem Sulzweg bis Hameaustraße 54 im XVIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 9361 K 77 h.

Tokats Josef — Aufzahlung 39%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

8. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Schulhof Julius — Warenhandel (beschränkt) — XIV., Toßgaße 2.
Stefan Adele — Verschleiß von Viktualien, Kanditen und Flaschenbier — V., Margaretenstraße 113.
Stefan Sophie — Nußkernhandel — V., Einsiedlergasse 44.
Stidl Franziska — Handel mit Viktualien, Flaschenbier, Flaschenwein, Zuckerbäckerwaren und Kanditen, sowie mit Haushaltungsgegenständen — V., Wiedner Hauptstraße 130.
Stolla August — Glaser — V., Reinprechtsdorferstraße 5.
Stolla August — Handel mit Haus- und Küchengeräten — V., Reinprechtsdorferstraße 5.
Svehla Josef — Kleidermacher — VI., Gumpendorferstraße 122.
Svoboda Josef — Kleidermacher — V., Einsiedlerplatz 9.
Till Jakob — Spielwaren-Erzeugung — XXI., Jenneweingasse 9.
Tischler Franziska, geb. Steffek — Handel mit Viktualien, Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Flaschenbier, Flaschenwein und Haushaltungsgegenständen — V., Stolberggasse 12.
Vavra Johann — Handel mit Obst, Grünwaren und Naturblumen im Umherziehen in Wien (ohne Prater) — XIV., Dreihausgasse 32.
Vrzal Alois — Herrenkleidermacher — V., Hauslabgasse 35.
Wachauer Leopold — Zimmer- und Dekorationsmaler — VI., Gfrornergasse 14.
Walcher Friedrich — Musiker — V., Anzengrubergasse 17.
Wiesinger Anton — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Sodawasser und Fruchtsäften — XXI., Schulzgasse 11.
Wild Franz — Drechsler — V., Arbeitergasse 21.
Wilhelm Anna — Frauen- und Kinderkleidermacherin — V., Schönbrunnerstraße 60.
Wohlfahrtsverein, Witwen- und Waisen-Versorgung (Geschäftsführerin: Luise Kleiß) — Vertrieb des Gesellschaftsspieles „Sybille" — V., Pilgramgasse 24 (Vereinskanzlei).
Wondraczek Marie — Damenkleidermacherin — V., Franzensgasse 21.
Zehetbauer Rosa, geb. Lahner — Pfaidlerin — XXI., Klagergasse 8.
Zlöbl Franz — Reinigen von Wohnungseinrichtungsgegenständen mittels Staubsaugeapparaten — V., Kohlgasse 42.

* * *

10. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Biagi Alexander — Erzeugung von Gipsfiguren — II., Venedigerau 4.
Brandstetter Ignaz — Kaffeesieder — I., Maria Theresien-Straße 32.
Buchwald Viktor — Handel mit Halbseidenbändern — II., Glockengasse 11.
Diamantis Kaliope, geb. Vonvalis — Handel mit Schwämmen zum Waschen, Lederflecken, Bürsten, Frottierhandschuhen, Kämmen und Spitzen — I., Lichtensteg 2.
Erdstein Abraham Hersch — Handelsagentur — II., Pazmanitengasse 20.
Friedrich Anna — Viktualienhandel — II., Vereinsgasse 5.
Gottwald Josefa — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Arnetzhoferstraße 9
Heeberger Marie — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Arnetzhoferstraße 3.
Hofer Johann — Bauunternehmung — IV., Starhemberggasse 5.
Holzer Franziska — Konzession zur Verabreichung von aus Pferdefleisch zubereiteten Speisen — II., Am Tabor 30.
Horacek Franz — Gemischtwarenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — II., Innstraße, Parzelle 3811 a.
Hubert Anna — Kleidermacherin — II., Vereinsgasse 24.
Jedlinsky Eduard — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Taborstraße 5.
Keßler Artur — Fleischhauer — II., Praterstraße 35.
Kinderfreund Benedikt — Handelsagentie — VI., Gumpendorferstraße 65.
Knopf Berl — Branntwein- und Teeschank — X., Eugengasse 68.
Koch Leopoldine — Handelsagentur — II., Borgartenstraße 154.
Körber Amalie — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Kaiser Josef-Straße 32.
Kroutil Josefa — Kaffeeschank — I., Dominikanerbastei 3.
Kunz Josef — Kaffeesieder — I., Schultergasse 4.
Magerl Karl Leopold — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — II., Leopoldsgasse 2 a.
Malcher Rosalia — Kaffeeschank — I., Sonnenfelsgasse 5.
Mandel Elisabeth, geb. Kunz — Warenhandel (beschränkt) — XVII., Rosensteingasse 59.
Pittel & Brausewetter (Gesellschafter: Ingenieure Viktor Brausewetter, Benno Brausewetter, Max Lob, Konrad Kluge) — Bauunternehmung — IV., Gußhausstraße 16.
Popper Julius — Handelsagentur — IX., Alserstraße 22.
Presser Adolf — Gemischtwarenhandel — IX., Severingasse 8.
Raab Wilhelm (Inhaber der Firma Molkerei Wilhelm Raab) — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Wagramerstraße 47.
Raab Wilhelm (Inhaber der Firma Molkerei Wilhelm Raab) — Erzeugung von Molkereiprodukten — II., Wagramerstraße 47.
Reiner Sali — Branntweinschank — I., Singerstraße 8.
Schein Irma — Verabreichung von warmen Würsten an Sitz- und Stehgäste — II., Rueppgasse 7.
Schifferes Jakob — Erzeugung genetzter und gehäckelter Waren — II., Große Schiffgasse 3.
Schifferes Julius (Alleininhaber der Firma Brüder Schifferes) — Verschleiß von Rupfen — IX., Maria Theresien-Straße 3.
Schildberger Karl — Warenhandel (beschränkt) — IX., Servitengasse 14.
Schimmel Anton — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — II., Schüttaustraße 52.
Sindl Marie — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Engerthstraße 203.
Skoda Aloisia Franziska — Damenkleidermacherin — IX., Kinderspitalgasse 3.
Stastny Marie — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — II., Erzherzog Karl-Platz (Kiosk).
Steidler Karl — Industriemaler — IX., Versorgungshausgasse 3.
Stieglitz Pauline Barbara — Damenkleidermacherin — VII., Wimbergergasse 34.
Stoppel Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — II., Engerthstraße 198.
Szente Edmund — Handelsagentie — IX., Porzellangasse 7 a.
Ullmann Anton — Warenhandel (beschränkt) — IX., Canisiusgasse 21.
Bytlacil Thomas — Kleidermacher — VII., Neustiftgasse 51.
Wambacher Franz Josef — Gewerbsmäßige Sandgewinnung — XIX., Kat.-Parz. 521/2 (Ober-Sievering).
Weitzmann Hersch — Photograph — II., Große Stadtgutgasse 22.
Weldler Josef — Handelsagentie — VII., Zollergasse 35.
Wolfert Antonia — Wäscher- und Wäscheputzergewerbe — IX., Sobieskigasse 42.
Zenoni Anton — Erzeugung von Gipsfiguren — II., Venedigerau 4.

* * *

11. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Babel Josef — Maurermeister — XVI., Seitenberggasse 23.
Benak Gabriele Katharina, geb. Lenz — Kaffeesiederin — VI., Schmalzhofgasse 18.
Berger Anna — Handel mit Naturblumen — XV., Talgasse 9.
Bernard Florian — Fabriksmäßige Samt- und Seidenpresserei — VI., Webgasse 4.
Breinhölder Franziska — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Auhofstraße, Kat.-Parz. 1247/44.
Bruckner Marianne — Nähen von Blusen aus Waschstoffen — XX., Hellwagstraße 9.
Columbus Johann — Warenhandel (beschränkt) — XV., Hütteldorferstraße 36.
Defris Otto — Glühkörper-Erzeugung — VI., Stiegengasse 8.
Deneberg Nathan — Glaser — XX., Hellwagstraße 16 a.
Dolejs Franz — Kleidermacher — XVI., Habichergasse 8.
Duschek Marianne — Wäscheputzerei — III., Klopfsteinplatz 3.
Endler Johann Adolf — Einspänner-Lizenz Nr. 1404 — XIX., Gatterburggasse 21/23.
Fischer Karl (Inhaber der Firma: Bildhauer-Konsortium Fischer & Haselsteiner) — Bildhauergewerbe — XX., Wintergasse 54.
Fischer Karl (Inhaber der Firma: Bildhauer-Konsortium Fischer & Haselsteiner) — Stukkaturergewerbe — XX., Wintergasse 54.
Freiburghaus Elisabeth — Übernahme zum Chemischputzen — XVI., Thaliastraße 3.
Graff Paula — Kostgebergewerbe — XVI., Seeböckgasse 24.
Grimm Arthur — Bäcker — XII., Arndtstraße 9.
Gruber Anna — Warenhandel — VI., Webgasse 43.
Hannus Karl — Drechsler — VI., Mollardgasse 33.
Hebenstreit Susanna — Vorhänge-Appretur — III., Hetzgasse 12.
Herold Anna, geb. Strobek — Holzschachtel-Erzeugung — XVI., Bachgasse 26.
Hofmann Aloisia, verwitw. Karazeye, geb. Kminek — Konditoreiwaren- und Gefrornes-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
Hopfer Konstantia, geb. Peisinger — Handel mit Grabsteinen und von in die Gräberausschmückung einschlägigen Artikeln — XIX., Hammerschmidtgasse 7.
Huppert David — Übersetzungsbureau — VIII., Florianigasse 12.
Kandl Karl — Klein-Verschleiß mit Brennmaterialien — VI., Gfrornergasse 10.
Kanner Georg — Verkauf von gebackenem und gebratenem Pferdefleisch und von gebackenen und gebratenen Pferdefleischwürsten, jedoch nur über die Gasse — XVI., Reinhartgasse 36.
Keil Anna, geb. Kubista — Naturblumenhandel — III., Würtzlerstraße 12.
Klement Theresia, geb. Pustet — Konditoreiwaren-Verschleiß — XVI., Degengasse 36.
Kolarik Anton — Tischler — XVI., Degengasse 17.
Koppensteiner Marie — Zuckerwaren- und Kanditen-Verschleiß — XX., Pöchlarnstraße 19.
Korkesch Josef — Kaffeeschenker — I., Dominikanerbastei 22.
Kranzler Israel rekte Kuslik — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Paletzgasse 16.
Kufeke Anton Peter Friedrich (Alleininhaber der Firma R. Kufeke) — Handel mit Kindernährmehl — III., Arenbergring 18.
Langer Franz — Drechsler — XII., Rosenhügelstraße 32.
Lenze Otto Alois (Alleininhaber der Firma Otto Lenze) — Pfaidlergewerbe — III., Rennweg 13.
Liebling Siegmund — Manufakturwaren — I., Gonzagagasse 1.
Linz Hedwig — Warenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — VIII., Lerchengasse 6.
Marek Anna — Warenhandel (beschränkt) — VIII., Piaristengasse 45.
Maresch Viktor — Schuhmacher — XV., Holochergasse 28.
Mattula Katharina — Warenhandel (beschränkt) — VI., Gumpendorferstraße 72.
Mayer Anna — Marktviktualien-Verschleiß — VI., Detailmarkthalle, Zelle 139 bis 142.
Miklin Josefine, geb. Solinger — Lebensmittel-, Konsumwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
Mlejnek Franz — Fleischselcher — XX., Leystraße 75.
Neuber Wilhelm, G. m. b. H. (Stellvertreter: Wilhelm Neuber) — Herstellung und Verkauf von Giften — VI., Brückengasse 1.
Nissel Marie — Warenhandel (beschränkt) — XV., Märzstraße 13.
Noura Therese — Verkauf von gebackenem Pferdefleisch über die Gasse, jedoch nur in Verbindung mit dem bereits betriebenen Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiße — XVI., Hadichergasse 36.
Perkovic Marie — Gast- und Schankgewerbe — VI., Stumpergasse 19/21.
Piller Marie — Gastwirtin — XV., Löhrgasse 1.
Pittach Ernst — Gastwirt — XII., Mandlgasse 20.
Podemlinski Stephan — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c, f und g G.-O. — XII., Ignazgasse 9.
Raidl Johann — Erzeugung von Tuchscheiben — XV., Märzstraße 11.

Rauscher Ignaz — Milchhandel und Erzeugung von Molkereiprodukten — XVII., Hormayrgasse 32.
Reiterer Josef — Klein-Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken — XVI., Koppstraße 84.
Sachs Johann — Gastwirt — I., K. k. Volksgarten.
Schebor Susanna — Lebensmittelhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — XIX., Cobenzlgasse 12.
Schindler Johann — Fleischselcher — XIV., Märzstraße 44.
Schrammel Johann — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c, d und f G.-O. — XVI., Johann Nepomuk Beger-Platz 7.
Sehmisch Ernestine Franziska — Herstellung von Jute und wasserdichten Stoffartikeln — XX., Dresdnerstraße 76.
Seifert Anna — Modistin — XVI., Weyprechtgasse 7.
Sejnoha Gottfried — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschenbierhandel — XVI., Schinaglgasse 8.
Stefan Thekla — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c, f, g G.-O. (ohne Billard) — XII., Schönbrunnerstraße 250.
Steiner Therese — Gastwirtsgewerbe — XVI., Hofferplatz 2.
Tuma Anna — Fragnerin — XIII., Anschützgasse 31.
Vykydal Ludwig — Musiker — XIII., Leyserstraße 1.
Weise Paul — Handelsagentie — VIII., Buchfeldgasse 15.
Weiß Julius — Warenhandel (beschränkt) — XV., Mariahilferstraße 131.
Wenger Helen, geb. Eder — Pferdefleisch- und Pferdefleischselchwaren-Verschleiß — XVI., Fröbelgasse 32.
Wondratsch Thomas — Gastwirt — XX., Klosterneuburgerstraße 86.

* * *

12. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Julius Appoth — Verschleiß von Rauchrequisiten, Ansichtskarten und Schreibpapier — XVIII., Martinsstraße 66.
Bannert Raimund — Tapezierer — V., Bacherplatz 9.
Bayer Josef — Damenkleidermacher — V., Wiedner Hauptstraße 104.
Berger Theresia — Lebensmittel-, Konsumwaren-, Milch- und Kanditen-Verschleiß — XVIII., Währingerstraße 152.
Blau Helene — Konditoreiwaren-Verschleiß — XVIII., Martinsstraße 54.
Ehrentraut Leopoldine — Konditoreiwaren-Verschleiß — XVIII., Kreuzgasse 67.
Eisinger Wilhelm — Gastwirt — XVIII., Schöffelgasse 5.
Fehringer Richard — Metalldreherei — XVIII., Abt Karl-Gasse 8.
Fenz Johann — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — XVIII., Dempschergasse 3.
Frank Josef — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — XX., Treustraße 12.
Friemel Mathilde — Elektrische Wäscherolle — XVIII., Antonigasse 18.
Glut Wenzel — Schuhmacher — XVIII., Paulinengasse 7.
Gorctschan Robert — Gewerbsmäßige Prüfung von Kontokorrent, Bilanzen, Abrechnungen aller Art, Ausführung sonstiger auf das Buch- und Rechnungsfach bezughabender Gutachten, sowie Erteilung von diesbezüglichen fachmännischen Gutachten — XVIII., Martinsstraße 60.
Grantz Richard — Übernahme der Ausführung und Einrichtung von Fabriksbetrieben unter Verwendung befugter Gewerbetreibender — V., Schönbrunnerstraße 47.
Havlicek Ottilie, geb. Petruzela — Weißnäherei — V., Spengergasse 3.
Hecht & Stierschneider (Gesellschafter: Irma Hecht, Heinrich Stierschneider) — Handel mit Maschinen — XVIII., Abt Karl-Gasse 21.
Hirnschall Leopold — Gastwirtsgewerbe gemäß § 16, lit. b, c, g G.-O. (ohne Billard) — XVIII., Dempschergasse 10.
Hölzel Berta — Pfaidlerin — XVIII., Alseggerstraße 51.
Holeka Franziska, geb. Bruschek — Kerzen-, Seifen- und Parfümeriewarenhandel (beschränkt) — XVIII., Gymnasiumstraße 30.
Hoppy Katharina — Wäscheputzerei mit elektrischer Wäscherolle — XVIII., Anastasius Grün-Gasse 14.
Irra Marie — Gastwirtsgewerbe — XVIII., Antonigasse 64.
Janotha Katharina, geb. Kubjenak — Viktualien-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 12.
Klein Marie — Viktualienhandel — XVIII., Gentzgasse 101.
Knabl Franz — Verschleiß von Milch und Molkereiprodukten, Viktualien, Geflügel, Flaschenbier und -Wein, Kanditen und Zuckerbäckerwaren — V., Spengergasse 18.
Kotrba Josef — Schlosser — I., Krugerstraße 5.
Marschall Antonia, geb. Braunauer — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Karl Beck-Gasse 14.
Mayer Koppel — Gemischtwaren-Verschleiß (beschränkt) mit Flaschenbier — XX., Streffleurgasse 10.
Moser Leonhard — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Kreuzgasse 23.
Pazdera Wenzel — Rind- und Kalbfleisch-Verschleiß — XVIII., Witthauergasse 28 (Bischof Faber-Platz 9).
Pospichal Johann — Schuhmacher — XVIII., Martinsstraße 46.
Razim Karl — Handel mit Viktualien, Zuckerbäckerwaren und Kanditen — V., Arbeitergasse 23.
Röllig Albine, geb. Kober — Modistin — XVIII., Kreuzgasse 34.
Rudolf Wenzel — Zier- und Handelsgärtner — XVIII., Währingerstraße 105.
Sadila Paul — Damenkleidermacher — XVIII., Anastasius Grün-Gasse 7.
Schmircher Karl — Friseur — V., Reinprechtsdorferstraße 43.
Schremmer Sophie, geb. Schönener — Erzeugung chemischer und kosmetischer Präparate (beschränkt) — XVIII., Lazaristengasse 12.
Seda Anton — Schuhmacher — IV., Paulanergasse 10.
Semecek Eva — Viktualien-Verschleiß — XVIII., Canongasse 22.
Smutka Josef — Schuhmacher — XVIII., Schopenhauerstraße 48.
Stiefmeier Anton — Handel mit Zuckerbäckerwaren und Kanditen — V., Wimmergasse 21.
Stingl Franz — Musiker — XVIII., Witthauergasse 33.
Strenn Friederike, geb. Granz — Modistin — VII., Lerchenfeldergürtel 4.
Timofejen Peter — Handelsagentur — XVIII., Karl Beck-Gasse 37.
Tomola Marie — Damen- und Kinderkleidermacherin — XVIII., Karl Beck-Gasse 37.
Vierheilig Franziska Maria, geb. Dolezal — Warenhandel (beschränkt) — XVIII., Währingerstraße 127.
Wegscheider Franz Thomas — Milchmeier — XVIII., Martinsstraße 88.
Wessely Katharina, geb. Jenik — Verschleiß von Bier in vorschriftsmäßig verschlossenen Flaschen — VII., Myrtengasse 5.
Wiedemann J., Gesellschaft m. b. H. (Stellvertreter: Johann Wiedemann) — Handel mit autogenen Schweißapparaten mit Metallspritzapparaten sowie mit unechten Metallen — V., Bacherplatz 9.
Windirsch Johann — Wäscheputzerei — XVIII., Mitterberggasse 14.
Wurst Leopoldine, geb. Mayer — Pfaidlerin — VII., Neubaugasse 63.

* * *

13. März 1913.

Gewerbe-Unternehmungen.

Adam Robert — Tischler — I., Singerstraße 11.
Albrecht Rudolf — Faßbinder — XX., Traisengasse 22.
Aschauer Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XV., Sperrgasse 6.
Bach Theodor — Kleinfuhrwerker — XIV., Dreihausgasse 8.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Stadtrat:	
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 18. März 1913	937
Allgemeine Nachrichten:	
Gemeindevermittlungsämter	945
Approvisionierung:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 16. bis 22. März 1913	945
Pferdemarkt vom 21. März 1913	946
Pferdemarkt vom 26. März 1913	946
Jung- und Stechviehmarkt vom 27. März 1913	946
Heu- und Strohmarkt vom 16. bis 22. März 1913	946
Detailpreise für Lebensmittel vom 16. bis 22. März 1913	947
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 22. März 1913	948
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 26. März 1913	948
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 27. März 1913	948
Borstenviehmarkt vom 26. und 27. März 1913	948
Schlachtviehmarkt vom 26. März 1913	948
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 26. bis 27. März 1913	949
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
Offertverhandlungs-Ergebnisse	950
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	950
Kundmachungen.	
Beilage:	
Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderates, Stadtrates und des Magistrates (III).	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm. J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1913.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
29. März 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	272	Neubau und Umbau von Hauptunratskanälen in der Oberen Augartenstraße von Or.-Nr. 6 bis 2, auf dem Unbenannten Platze von der St. Leopoldskirche bis zum Kanale in der Kleinen Pfarrgasse und in der Schwarzingergasse von der Kleinen Pfarrgasse bis zur Leopoldsgasse im II. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	6317 K 31 h 3—3
3. April 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	310	Umbau des Hauptunratskanales in der Wurlitzergasse von der Thaliastraße bis zur Ottakringerstraße im XVI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	5898 K 32 h 3—3
4. April 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, VI. Stiege, 1. Stock)	320	Umbau des Hauptunratskanales in der Höfergasse in der Strecke von der Nadlergasse bis Höfergasse 1 a im IX. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** . .	7978 K 64 h 2—3

*

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
1. April 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag.-Rat **Hanisch**, I., Dobl-hoffgasse 6, 1. Stock)	40	Hernalser Dampf-, Wannen- und Hallenschwimmbad, XVII., Jörgerstraße, Ecke Bergsteiggasse.	**Anstreicherarbeiten**	15.890 K 20 h 1—1
2. April 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat **Schaufler**, Neues Rathaus, VII. Stiege, 2. Stock)	1127	Schulbau, XXI., Schillgasse.	**Turnsaaleinrichtung** . . . . . **Schulbaulieferung**	5725 K 6 h 10.215 K 20 h Vorbemerkung: Pläne 2c. liegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung II a, auf. 2—3
31. März 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat **Dr. Loderer**, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	2652/12	—	**Revision der Blitzableiteranlagen auf städtischen Gebäuden in den Jahren 1913, 1914 und 1915.**	— 3—3

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. April 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Rat Dr. Loderer, Neues Rathaus, Parterre, Eingang v. der Lichtenfelsgasse)	3420/12	Bau des Amtshauses im XIII. Bezirke.	**Möbeltischlerarbeiten** für die Einrichtung der Amtszimmer des Herrn Leiters des magistratischen Bezirksamtes, des Herrn Leiters der Stadtbauamts-Abteilung, des Herrn Bezirksvorstehers, des Herrn Obmannes des Armeninstitutes und des Sitzungssaales . . .	11.200 K Vorbemerkung: Pläne, Kostenanschlag und Bedingnisse liegen bei der Bauleitung des Amtshausbaues, XIII., Hietzingerkai, Ecke Eduard Klein-Gasse (ehemaliges Stationsgebäude der Dampfstraßenbahn) zur Einsicht auf. 2–3
5. April 10 Uhr	Direktion der städt. Elektrizitätswerke, IX., Mariannengasse 4, 1. Stock	678/I c	Zentrale Engerthstraße der städtischen Elektrizitätswerke.	A. Aufstellung von drei Dampf-Turbo-Generatoren. 1. **Erd- und Baumeisterarbeiten** . 2. **Träger und Eisenkonstruktionen** 3. **Betoneisenkonstruktionen** . . . 4. **Tonwarenlieferung** . . . . . B. Herstellung von Schalträumen. 1. **Erd- und Baumeisterarbeiten** . 2. **Träger und Eisenkonstruktionen** 3. **Betoneisenkonstruktionen** . . . 4. **Anstreicherarbeiten**	Im veranschlagten Pauschale Kostenbetrage von Kronen 48.736·21 6000 10.883·35 1000 13.650·— 1000 4835·— 400 16.027·— 1500 40.639·35 2500 15.507·50 1500 3589·45 500 Vorbemerkung: Pläne, Bedingnisse und Kostenanschläge liegen bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke an Werktagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags zur allgemeinen Einsicht auf; Formularien der Bedingnisse und Kostenanschläge sind während der Kassastunden (9 bis 1 Uhr) um 30 h per Stück auch käuflich. Die Sicherheit beträgt 5 Prozent der betreffenden Kostenanschlagssumme. 2–3

**

D. Z. 104/12, 0/12.
43

Kundmachung.

(Offertausschreibung für die Zimmermalerarbeiten und die Holzjalousienlieferung beim Bedienstetenwohnhausbau im XVI. Bezirke, Montleartstraße.)

Der Gemeinderat hat mit Beschluß vom 22. März 1912, P. Z. 2618, die Erbauung von Bedienstetenwohnhäusern im XVI. Bezirke, Montleartstraße, genehmigt.

Für die Lieferung der Holzjalousien und die Ausführung der Zimmermalerarbeiten findet **am 4. April 1913, 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale, IV., Paulanergasse 3, eine öffentliche Offertverhandlung statt.

Die Kostenanschläge und Bedingnisse liegen zur Einsicht bei der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, auf. Dort werden auch Auskünfte erteilt.

Die Anbote sind nach dem aufliegenden Muster stempelfrei an die Direktion der städtischen Straßenbahnen in verschlossener Briefhülle zu richten, die mit der Aufschrift „zur Offertverhandlung für die Bedienstetenwohnhäuser in Ottakring" zu versehen und bis 3. April 1913 bei der genannten Direktion, IV., Favoritenstraße 9, oder am Offertverhandlungstage vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu übergeben ist.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, Kostenanschläge, allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen hat und sich ihnen vorbehaltlos unterwirft.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 20. März 1913. 2—3

D. Z. 1553/41, 0/12.
28

Kundmachung.

(Offertverhandlung.)

Anläßlich des zweigeleisigen Ausbaues der Linie in der Wagramerstraße von der Ausweiche Kaisermühlen bis zur Ausweiche Franz Josefs-Land und der Linie in der Schüttaustraße bei deren Einmündung in die Wagramerstraße im II. Bezirke, gelangen seitens der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" hiemit im Offertwege zirka 8000 m³ Dammanschüttungen samt Planierungen, und zwar:

a) an der stromaufwärtigen Seite der Wagramerstraße nächst der Kronprinz Rudolf-Brücke zirka 6700 m³;
b) an der Kagranerseite der Schüttaustraße bei deren Einmündung in die Wagramerstraße zirka 1300 m³,

sowie zirka 1000 m³ Erdabgrabung für die Stufenanlagen in den alten Böschungen zur Vergebung.

Die öffentliche schriftliche Offertverhandlung hierüber findet **am Samstag den 5. April 1913, um 10 Uhr vormittags** im Sitzungssaale, IV., Paulanergasse 3, 1. Stock, statt.

Berücksichtigung finden nur Angebote solcher Personen, die zu diesen Arbeiten rechtlich befugt sind.

Die Angebote sind unter Benützung der hiefür vorgeschriebenen Drucksorte unterschrieben, in verschlossener Briefhülle, welche die Aufschrift „Anbot zur Offertverhandlung am 5. April 1913" zu tragen hat, in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße 9, spätestens bei Eröffnung der Offertverhandlung zu überreichen.

Nach Eröffnung der Offertverhandlung einlangende Angebote sind von der Verhandlung ausgeschlossen, es wäre denn, daß durch den Poststempel auf dem betreffenden Umschlage zweifellos nachgewiesen erschiene, daß das Anbotschreiben derart rechtzeitig aufgegeben worden ist, daß es nach dem ordnungsmäßigen Postlaufe noch vor dem Ablaufe des Einreichungstermines hätte eintreffen müssen.

In dem Angebote muß die Erklärung des Bewerbers enthalten sein, daß er von den in dieser Ausschreibung bekanntgegebenen Bedingungen und Plänen Kenntnis genommen hat und sie als für das Baugeschäft maßgebend anerkennt.

Die Arbeit wird unter allen Umständen nur im Pauschale vergeben. Eine Abrechnung unter Zugrundelegung der faktischen Leistungen findet nicht statt. Die Angebote können daher nach der einen oder anderen der nachfolgend angeführten Alternativen A, B oder C gestellt werden, und zwar:

A. Entweder bietet der Anbotsteller einen Pauschalbetrag an, den er bereit ist, an die Straßenbahn zu zahlen, und verpflichtet sich, alle erforderlichen Leistungen vorschriftsmäßig ohne besondere Vergütung auszuführen oder

B. er erklärt in seinem Angebote alle Leistungen vorschriftsmäßig durchführen zu wollen ohne hiefür irgend welche Entschädigung zu verlangen, aber auch ohne eine Vergütung an die Straßenbahn zu leisten, oder endlich

C. der Anbotsteller erklärt, die ausgeschriebenen Leistungen nur gegen einen ihm von der Straßenbahn zu zahlenden Pauschalbetrag zu übernehmen.

In jedem dieser drei Fälle hat der Ersteher eine Kaution in der Höhe von 500 K, im Falle A auch den offerierten Pauschalbetrag bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, VI., Rahlgasse 3, innerhalb acht Tagen nach erfolgter Verständigung von der Annahme seines Angebotes zu erlegen.

Die Kaution kann in Barem oder in Einlagsbüchern der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien, der Ersten österreichischen Sparkassa, der Neuen Wiener Sparkassa oder einer der Wiener Kommunalsparkassen oder aber in inländischen, pupillarsicheren Wertpapieren bestehen. Wertpapiere werden nach dem Börsenkurse des Tages der Verständigung von der Annahme des Anbotes, jedoch niemals über dem Nennwert oder dem Betrage des kleinsten Treffers berechnet. Die erlegte Kaution muß von jeder Beschränkung in der Behebungs- oder Veräußerungsmöglichkeit frei sein.

Wird die Kaution und im Falle ad A auch der Pauschalbetrag in der bezeichneten Frist nicht erlegt, so erlischt der Zuschlag

an den Säumigen, der verpflichtet ist, der Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" den ihr dadurch erwachsenden Schaden zu ersetzen.

Die Kautionen der Ersteher werden während der Dauer des Vertrages und bis zu dessen vollständiger Erfüllung von der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" zurückbehalten und haften derselben als Pfand zur Sicherstellung aller ihr gegen den Unternehmer zustehenden Rechte.

Die Kaution wird nur verwahrt, aber nicht verwaltet, eine in Bargeld erlegte Kaution wird nicht verzinst.

Ein Umtausch der Kaution ist nur mit Zustimmung der Direktion zulässig. Wenn der Kurswert der als Kaution erlegten Wertpapiere so weit sinkt, daß sie nach dem erwähnten Maßstabe zur Kautionsleistung nicht mehr hinreichen, so ist der Unternehmer verbunden, über Aufforderung der Direktion der städtischen Straßenbahnen die Kaution nach den vorstehenden Bestimmungen bis zur festgesetzten Höhe zu ergänzen. Ebenso hat er für die Ergänzung der Kaution im Falle ihrer gänzlichen oder teilweisen Einziehung zu sorgen.

Die Kaution wird der Unternehmung über ihr Ansuchen ausgefolgt, sobald die Leistungen beendet, von der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in Ordnung befunden und übernommen worden sind.

Mit den Dammherstellungen ist drei Tage nach Erhalt der diesbezüglichen an die Unternehmung gerichteten Aufforderung zu beginnen. Die Arbeiten sind in 30 Arbeitstagen zu beenden.

Für jeden Tag der Überschreitung dieser Arbeitsfrist wird eine Konventionalstrafe von 20 K festgesetzt. Gleichhohe Konventionalstrafen sind auch bei Nichteinhaltung der Bestimmungen des § 17 der „Allgemeinen Bedingnisse" zu bezahlen.

Die ausgeschriebenen Leistungen sind unter Einhaltung nachfolgend angeführter Bedingnisse und Vorschriften auszuführen:

1. „Allgemeine Bedingnisse für die Vergebung und Ausführung von Bauarbeiten" der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen";
2. die im Mengenverzeichnisse und in den besonderen Vorschriften für den zweigeleisigen Ausbau der Linie in der Wagramerstraße von der Ausweiche Kaisermühlen bis zur Ausweiche Franz Josefs-Land und der Linie in der Schüttaustraße, bei deren Einmündung in die Wagramerstraße im II. Bezirke enthaltenen Bestimmungen;
3. „Besondere Bedingnisse für die Ausführung von Bauarbeiten" der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen";
4. die Projektspläne.

Das Mengenverzeichnis und die besonderen Vorschriften sowie die Pläne und Bedingnisse liegen zur Einsicht im Bureau der Bauleitung der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße 9, 4. Stock, während der Amtsstunden auf.

Dort sind auch die Formulare für das Offert sowie die angeführten Bedingnisse und Vorschriften sowie das Mengenverzeichnis unentgeltlich erhältlich.

Im Anbote hat sich der Bewerber auf Datum und Zahl dieser Kundmachung zu berufen und sich den vorstehend angegebenen Bedingnissen vollinhaltlich und vorbehaltlos zu unterwerfen.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" behält sich die vollständig freie Auswahl unter den Angeboten, ebenso deren Ablehnung und die Einleitung jeder weiteren Maßnahme vor. Von der Genehmigung oder Ablehnung des Angebotes wird der Offerent von der Direktion der städtischen Straßenbahnen verständigt.

Die Bewerber bleiben mit ihrem Angebote im Worte, bis sie durch die Direktion der städtischen Straßenbahnen von der Entscheidung verständigt werden.

In allen aus dem Vertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen besonderen Gerichtsstand gehören, sind in I. Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, I., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 19. März 1913. 2—3

M. Abt. XI b, 12804/12.

Kundmachung.

(Offertverhandlung. — Versorgungsheim: Bau Pavillon I. Elektrische Anlage, Blitzableiter, Personenaufzug, Speisenaufzug.

Anläßlich der Erbauung des Heimes I im Wiener Versorgungsheime werden nachstehende Arbeiten und Lieferungen im Offertwege vergeben werden:

1. Elektrische Anlage, veranschlagter Kostenbetrag 17.202 K 47 h;
2. Blitzableiteranlage, veranschlagter Kostenbetrag 1227 K 80 h;
3. Personenaufzug, veranschlagter Kostenbetrag 7500 K;
4. Speisenaufzug, veranschlagter Kostenbetrag 4500 K.

Zu diesem Zwecke wird am **Montag den 14. April 1913, pünktlich um 9 Uhr vormittags**, in den Amtsräumen der Magistrats-Abteilung XI b, Wien XIII., Versorgungsheim eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Pläne, Kostenanschläge und die allgemeinen und besonderen Bedingnisse können im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VIII, Neues Rathaus (Mezzanin), während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptkassa gegen Kostenerlag bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen oder an die Magistrats-Abteilung XI b einzusenden.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt. Der Bewerber, dessen Anbot angenommen wird, hat binnen acht Tagen

***

nach Vertragsabschluß ein Pfandgeld (Kaution) von 5 Prozent gemäß § 3 der allgemeinen Bedingnisse zu erlegen.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 14. März 1913.

Der Abteilungs-Vorstand:
Paul m. p.,
Magistrats-Sekretär. 3–3

M. Abt. VI, 2853/12.

Kundmachung.

(Verkauf von Motoren, Pumpen und Reservoiren.)

Die Gemeinde beabsichtigt, aus den zur Auflassung bestimmten Schöpfwerken die Motore und Pumpen samt Zubehör (bei einigen Schöpfwerken auch die Reservoire und sonstigen Eisenbestandteile) zu veräußern. Kauflustige erhalten nähere Auskünfte im Stadtbauamte, Fach-Abteilung VII a (Baurat Podstata), I., Doblhoffgasse 6, woselbst auch die Anbote, und zwar abgesondert für jedes Schöpfwerk einzubringen sind.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 22. Jänner 1913.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Maug,
Magistratsrat. 18–18

M. Abt. XII, 7525.

Konkurs.

(Besetzung einer Industrielehrerinnenstelle im V. städtischen Waisenhause in Klosterneuburg.)

Im V. städtischen Waisenhause in Klosterneuburg gelangt die Stelle einer Industrielehrerin zur Besetzung.

Mit dieser Stelle ist ein Remunerationsbezug von 600 K pro Jahr (50 K pro Monat), die Verköstigung in der Anstalt nach der bestehenden Speiseordnung und die Bequartierung daselbst verbunden.

Die Kündigungsfrist ist beiderseits eine einmonatliche.

Bewerberinnen um diese Stelle haben ihre mit dem Taufschein, Heimatschein, dem Lehrbefähigungszeugnisse für weibliche Handarbeiten an Volksschulen und eventuell mit einem Nachweise über ihre bisherige Verwendung belegten Gesuche **bis spätestens 12 April 1913, 12 Uhr mittags** in der Magistrats-Abteilung XII (Neues Rathaus) zu überreichen.

Verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate
(Armenkinderpflege),
im selbständigen Wirkungskreise,
am 18. März 1913.

Der Abteilungs-Vorstand:
Dr. Weiser,
Magistratsrat. 1–3

Z. 530.

Konkursausschreibung.

Bei der Braunkohlen-Bergbaugewerkschaft Zillingdorf gelangt die Stelle eines Markscheiders zur Besetzung.

Für diese Stelle wird eine dreimonatliche Probedienstzei mit beiderseits einmonatlicher Kündigung festgesetzt und gilt nach Ablauf der Probedienstzeit die gesetzliche beiderseits dreimonatliche Aufkündigungsfrist.

Bewerber um diese Stelle haben

1. Ein Lebensalter über 18 und unter 40 Jahren,
2. die österreichische Staatsbürgerschaft,
3. einen unbescholtenen Lebenswandel,
4. ihre deutsche Nationalität,
5. ihre vollkommen physische Eignung,
6. die durch erfolgreiche Absolvierung einer inländischen montanistischen Hoch- oder Mittelschule erworbene theoretische Kenntnis der Markscheidekunde und der Vorschriften des allgemeinen österreichischen Berggesetzes, sowie eine längere Praxis im Markscheidefache und die hiedurch erworbene vollkommene Versiertheit in den für den Betrieb in der Grube oder über Tags erforderlichen Vermessungsarbeiten mit Kompaß und Theodolit, Mappierungen und in sämtlichen im praktischen Markscheiderdienste vorkommenden Arbeiten, wie Schachtsenkeln, Profilaufnahmen, Verfassung von Betriebsplänen und Vortriebskontrolle u. s. w.

nachzuweisen, ein curriculum vitae vorzulegen und ihre Ansprüche hinsichtlich Gehalt und Quartier, beziehungsweise Quartiergeld, Spesen und Diäten bekanntzugeben.

Im übrigen finden auf die ausgeschriebene Stelle die Bestimmungen der §§ 201 bis 203 des allgemeinen Berggesetzes Anwendung.

Bewerber um diese Stelle haben ihre im Sinne der vorstehenden Ausschreibungsbedingungen entsprechend belegten Gesuche **bis spätestens 29. März 1913** bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke in Wien, IX., Mariannengasse 4, einzubringen und in denselben anzugeben, wann sie den Dienst antreten könnten.

Direktion der städtischen Elektrizitätswerke. 3–3
Wien, am 14. März 1913.

M. Abt. IX, 1184.

Kundmachung.

(Nachträgliche Lizenzierung von Privathengsten für das Jahr 1913.)

Bei der am 3. März 1913 in Wien, XXI., Traberzuchtanstalt Kagran, gemäß dem Gesetze vom 17. Jänner 1885, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 27, und den Verordnungen des k. k. Statthalters im Erzherzogtum Österreich unter der Enns vom 26. Februar 1885, Z. 7621, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 28, und vom 28. Jänner 1890, Z. 1232, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 11, für Wien abgehaltenen nachträglichen Lizenzierungsverhandlung hat die Hengstenkörungs-Kommission für den nachbenannten Privathengst eine Lizenz zum Beschälen fremder Stuten erteilt:

Besitzer	Name	Farbe	Alter in Jahren	Rasse	Abstammung	Der Hengst darf im Jahre 1913 verwendet werden	
des Hengstes						zum Belegen fremder	im Standorte
Flaminio Brunatti. Mailand, Italien	Custer	Schwarzbraun	11	französischer Traber	von Marquois a. d. Mistry Morning	Traberstuten und Stuten des Gestütsschlages	Wien, XXI., Traberzuchtanstalt Kagran

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 4. März 1913. 1—1

M. A. X, 6672/12.

Kundmachung.

(Friedhöfe im XXI. Bezirke; Festsetzung der Besuchszeit.)

Zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 27. Februar 1913, P. Z. 3459, ist der Besuch der Friedhöfe im XXI. Bezirke dem Publikum in den Monaten April bis einschließlich Oktober und am 1. und 2. November von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends, in den übrigen Monaten von 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends gestattet.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
im März 1913.

Der Abteilungs-Vorstand:
Koniakowsky,
Magistratsrat. 3—3

M. Abt. XIII, 1074/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Agnes Wuth'sche Armenstiftung.

Verteilt werden: 1200 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Würdige Arme.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Heimatsnachweis, von Verheirateten oder Verwitweten auch der Trauungsschein und allenfalls auch die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, beziehungsweise der Totenschein.

Einreichungsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 28. April 1913.**

Verleihungstag: 26. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. März 1913. 2—3

M. Abt. XIII, 1495/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Gögl'sche Heiratsausstattungs-stiftung
für Mädchen.

Verliehen wird: Ein Ausstattungsbetrag von 210 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, in Wien wohnhafte Mädchen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis und Wohnungsnachweis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. März 1913.

****

M. Abt. XIII, 964/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Karl und Magdalena Braun-Stiftung
für Blinde.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 160 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Blind geborene oder unheilbar erblindete, nach Wien zuständige, außerhalb eines Blindeninstitutes lebende und unzureichend bemittelte Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Zuständigkeitsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und die Ursache derselben.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. März 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 931/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Invalidenstiftung
der ehemaligen Gemeinde Währing.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 25 K auf Lebensdauer.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, in dem Gebiete der ehemaligen Gemeinde Währing wohnhafte Militärinvaliden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Zuständigkeitsnachweis und Nachweis über die Eigenschaft als Militärinvalide.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. März 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 1494/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Eugen Dub'sche Stiftung
für Waisenknaben der Stadt Wien, unheilbare, in Wien geborene Kranke und hilfsbedürftige Staats- und Privatbeamtenfamilien.

Verliehen werden:
a) 558 K an Waisenknaben der Stadt Wien;
b) 558 K an drei arme, in Wien geborene unheilbare Kranke und
c) 558 K an drei hilfsbedürftige Staatsbeamtenfamilien und an drei hilfsbedürftige Privatbeamtenfamilien, welche ihren Ernährer durch den Tod verloren haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Totenschein des Gatten, Trauungsschein, Taufscheine der Kinder, Nachweis, daß der Verstorbene Staats- oder Privatbeamter war.

Jene, welche sich auf eine unheilbare Krankheit berufen, haben ein armenärztliches Gutachten anzuschließen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Bewerbungsfrist: **Bis 15. Mai 1913.**
Verleihungstag: 23. September 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. März 1913. 3—3

M. Abt. XIII, 1502/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Franz und Marie Tautz'sche Stiftung
für verwitwete Bürger und Bürgerswitwen.

Zur Verteilung gelangen: 1400 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, unbescholtene, verwitwete Wiener Bürger und Wiener Bürgerswitwen katholischer Religion, die nicht bereits im Vorjahre aus dieser Stiftung beteilt wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Trauungsschein, Bürgerrechtsnachweis, Totenschein des verstorbenen Gattenteiles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 30. Mai 1913.**
Verleihungstag: 16. September 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. März 1913.

M. Abt. XIII, 891/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Stettner'sche Stiftung
für Gastgeberswitwen.

Verteilt werden: 150 K in fünf Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Gastgeberswitwen in Wien, die kränklich und ohne ihr Verschulden verarmt sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Totenschein des Gatten, Nachweis über den früheren Gewerbebetrieb desselben, ärztliches Gutachten über die Kränklichkeit.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**
Verleihungstag: 24. Juni 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 6. Februar 1913.

M. Abt. XIII, 1501/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Siechenstiftung

der Gemeinden des ehemaligen Gerichtsbezirkes Hietzing mi Ausschluß von Inzersdorf.

Verliehen werden: 1000 K in Teilbeträgen von je 100 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige Arme, welche im Gebiete des XIII. Bezirkes oder in den gegenwärtig dem XII. Bezirke einverleibten ehemaligen Gemeinden Hetzendorf und Altmannsdorf wohnen oder gewohnt haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und armenärztliches Zeugnis.

Einreichungsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. Mai 1913.**

Verleihung: Im August 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 6. März 1913. 1—3

M. Abt. XIII, 10059/12. Selbständiger Wirkungskreis.

Hermine Elßler'sche Stipendienstiftung

für Schüler der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien, der k. k. Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien und der Kirchenmusik-Abteilung der letzteren in Klosterneuburg.

Verliehen werden: Vom Sommersemester 1913 angefangen zwei Stipendien im Betrage von je 600 K jährlich.

Anspruchsberechtigt sind: Junge Männer, welche an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien, an der k. k. Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien oder an der Kirchenmusik-Abteilung der letzteren in Klosterneuburg ihren Studien obliegen, ferner in Wien geboren und österreichische Staatsbürger sind, sowie das 15. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Dieselben müssen überdies durch ein Zeugnis der vorgenannten Lehranstalten hervorragende Begabung und vorzüglichen Fleiß nachweisen, schließlich mittellos und sittlich unbescholten sein.

Vorzugsberechtigt sind: Bewerber, welche mit der Stifterin verwandt sind, und zwar nach dem Grade der Verwandtschaft mit derselben, oder welche von dem Stiftungskurator vorgeschlagen werden, jedoch nur insofern sie den oben angeführten Bedingungen entsprechen, mit der Ausnahme, daß bei Verwandten der Stifterin das Erfordernis der Geburt des Bewerbers in Wien entfällt.

Dem Gesuche sind anzuschließen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, das letzte Studien-Zeugnis, sowie der etwaige, durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf(Geburt)matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge zu erbringende Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. April 1913.**

In dem Gesuche muß — abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse — ferner ausdrücklich angeführt werden, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums oder eines Erziehungsbeitrages u. s. w. steht oder nicht, bejahenden Falles ist dieses Stipendium, beziehungsweise der betreffende Genuß sowie dessen Betrag anzuführen.

Ein Verschweigen oder eine unrichtige Angabe rücksichtlich eines derartigen Genusses würde im gegebenen Falle die Annullierung der Stipendienverleihung nach sich ziehen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. März 1913. 1—3

M. Abt. XIII, 112/13. Selbständiger Wirkungskreis.

Josefine v. Königwarter'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen wird: Ein Betrag von 560 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbescholtene, nach Wien zuständige Mädchen; Waisen, namentlich mutterlose, haben den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1913.**

Verleihungstag: 14. Mai 1913.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Jänner 1913.

KLEIDER
Für Herren und Damen
erzeugt elegant solid billigst.
Peter Drha
Wien IX/4. Nussdorferstr. 30. Mezzanin
Auf Wunsch Zahlungsbegünstig.
Telephon 21338

Matscheko'sche
Kunststein- u. Zementwaren-Fabrik
Wien, X/1, Trostgasse 100
(Tramway-Endstation Triesterstrasse.)
Spezialität: Fassade-Inkrustation, Renovation aller Steinbauten, Stiegenstufen-Ausbesserung etc.
Telephon Nr. 2859.

AMERICAN Trading Company
Büromöbel-Fabrik
Wien, IX/2. Währingerstr. 27.
Telephon 16295.
Übernahme kompletter Einrichtungen für Banken, Sparkassen, Fabrikskontore etc.
Trading-Büromöbel geniessen Weltruf!

Vöslauer Dolomitsandwerke u. Dolomitin Jndustrie (Edelputz)
Adolf Strauss, Wien,
XII. Matzleinsdorf Bahnhof 2-6. Telephon 3230.

Größte Auswahl Spazierstöcke nur bei Carl Speiser zum Wiener-Raben Wien VI. Mariahilferstrasse 12. Gollergasse 24. FESTE PREISE

Klaviere
u. Leihanstalt
Johann Belehradek
WIEN
VII/2, Mechitaristeng. 4.

Musikalien und Bücher
jeder Art!
Kataloge gratis und franko.
KARL MÜCK, WIEN
Musikalien-, Buchhandlung und Antiquariat.
VIII/2, Lerchenfelderstr. 78.

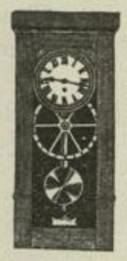
Stauböl
dauerhaft und geruchlos.
EL. FRIEMEL
I., Liebenberggasse 4.
Telephon Nr. 11429.

J. SPERBER
Kupferwaren-, Dampfkessel- und Maschinenfabrik
XX/2. Hochstädtplatz 3. WIEN, XX/2. Marchfeldstr. I.
liefert Dampfkessel, Rohrleitungen, Reservoire etc. sowie alle Kessel- :: u. Kupferschmiedearbeiten ::
Telephon Nr. 13.485. Telephon Nr. 13.485.

ZIDEK & WAGNER
∴ WIEN, I., Seilerstätte Nr. 7. ∴
Fabrik wasserdichter Stoffe, Decktücher, Pferdedecken, Kutscher-Regenmäntel, Tränk- und Feuerlöscheimer
Telephon Nr. 7180. Telephon Nr. 7180.

A. C. SPANNER'SCHE
Wassermesserfabrik - Gesellschaft m. b. H.
WIEN, XI/1, Drischützgasse 14.
Budapest. — Frankfurt a. M. — Mailand. Odessa.

LEOPOLD GRÖBER, WIEN
V., RAMPERSTORFFERGASSE 35.
FABRIKATION v. HOLZTERRAZZO, KUNSTHOLZBÖDEN
Vorzüglich geeignet für Schulen, Gastlokalitäten, Bade- und Wohnräume, Amtsgebäude, Sanatorien und Spitäler, Fabriken aller Art. — Spezialist für Linoleum-Unterlagen,
KUNSTSTEIN-, ZEMENTWAREN- UND MOSAIK-ERZEUGUNG
Herstellung ganzer Fassaden; Vestibüle, Portale, Säulen, gearbeitet wie Naturstein; Grabsteine, Brunnen etc. etc. von einfachster bis feinster Ausführung und alle Arten von Betonierungen. Steinterrazzoböden werden nach Zeichnung ausgeführt. — Ferner Spezialis von Rabish-Wänden. — Auskünfte u. Kostenvoranschläge bereitwilligst, Muster kostenlos.



SIGNAL-UHR (Neuestes System)
Unentbehrlich für Werkstätten, Fabriken, Bureaus, Banken, Schulen, Pensionate etc. Zeitsignale einstellbar für jede gewünschte Zeit, von 65 K aufwärts.
Verlangen Sie Spezialliste über Signaluhren gratis und franko vom Erzeuger.
JOHANN MEINDL Uhr- und Chronometermacher Lieferant der Kommune Wien,
WIEN I., Schulerstrasse Nr. 7.
Telephon 9812.

Telephon 6979. **MÖBEL!** Telephon 6979.
Erste genossenschaftl. Warenhalle der Tischlermeister Wiens
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
VII., Lerchenfelderstr. 45 (Ecke Neubaugasse).
Reichhaltiges Lager von Möbeln in allen Stilarten, Einrichtung ganzer Wohnräume, Villen, Hotels, Institute, Bureaus etc.

LeopoldKopriwa
Telephon 9778. Wien X.,
Favoritenstrasse 217 b.
Fabrik für Eisenkonstruktion und Baubedarf.
Spezialerzeuger von schmiedeeisernen Wendeltreppen und Stiegen, sowie eisernen profilierten Stiegenstufen, Abteilung für Herde etc.





Fabriks-Schornsteinbauten
und Reparaturen
ohne Betriebsstörung!
Kesseleinmauerungen
Ofenbauten
Wassertürme
übernehmen
L. GUSSENBAUER & SOHN
ältestes und leistungsfähigstes Spezialgeschäft.
Wien, IV/2. — Telephon 2301.

A. JOSEF SELZER
Firma: THEODOR THOMAS SRPEK
Kunsterz-, Metall- u. Phosphorbronze-Giesserei
WIEN X/1, Gudrunstrasse Nr. 182.
Rohabgüsse in allen Legierungen. — Kunst-Bronzen nach Modellen der hervorragendsten Künstler. — Monumente, Fassaden, Gruften. — Patinierung.
Spezialität: Französisches (Prager und Salzburger) Lot. Leichtflüssige Wood'sche Legierungen. — Devarde Legierung für Stickstoffbestimmung. — Aluminiumguss.
Gegründet 1860. Erprobte Weissmetalle. Telephon 4592.

FRANZ LEX
konzessionierte Anstalt für Gas- und Wasser-Anlagen.
Unternehmung aller Dimensionen von Gussrohrlegung
Wien, XVII., Steinergasse Nr. 8.
Übernimmt alle in dieses Fach einschlagenden Artikel, Kalt- und Warmbäder, sowie Warmwasser-Anlagen der bewährtesten Systeme.
Kostenvoranschläge auf Verlangen.

Gegründet 1797.— Grand Prix Paris 1900.
Kollektiv-Ausstellung der österreichischen Leinen-Industrie.
Leinenwaren-Fabrik, Bleich- und Appretur-Anstalt
J. A. KLUGE
Hermannseifen (Böhmen)
Niederlage: Wien, I., Werdertorgasse 12.
Flachsspinnerei in Oberaltstadt und Marschendorf bei Trautenau.
Telegramm-Adresse: Leinenkluge, Wien.

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN I. Bezirk, Stephansplatz Nr. 11. Parterre.